Geschichte des dreissigjährigen Krieges

Georg Winter

Conserto turbant acies sorte agmine amicas
Si paret hostis atrox, nostra Sarissa vetat.

University of Wisconsin
LIBRARY
Class F
Book On3
3
2

Allgemeine Geſchichte

in

Einzeldarſtellungen.

Unter Mitwirkung von

Felix Bamberg, F. von Bezold, Alex. Brückner, Conſt. Bulle, Felix Dahn, G. Droyſen, Joh. Dümichen, Bernh. Erdmannsdörffer, Theod. Flathe, Ludw. Geiger, Guſt. Hertzberg, O. Holtzmann, F. Hommel, E. O. Hopp, Ferd. Juſti, B. Kugler, S. Lefmann, Ed. Meyer, A. Müller, W. Oncken, M. Philippſon, R. Pietſchmann, Hans Prutz, S. Ruge, Th. Schiemann, B. Stade, A. Stern, Ed. Winkelmann, Georg Winter, Adam Wolf, H. v. Zwiedineck-Südenhorſt

herausgegeben

von

Wilhelm Oncken.

Dritte Hauptabtheilung.

Dritter Theil, zweite Hälfte.

Geſchichte des dreißigjährigen Krieges.

Von G. Winter.

Berlin,

G. Grote'ſche Verlagsbuchhandlung Separat-Conto

(Müller-Grote & Baumgärtel).

1893.

Geſchichte

des

Dreißigjährigen Krieges.

Von

Dr. Georg Winter,
Königl. Archivar in Magdeburg.

Mit Porträts, Illuſtrationen und Karten.

Berlin,
G. Grote'ſche Verlagsbuchhandlung Separat-Conto
(Müller-Grote & Baumgärtel).
1893.

Ueberſetzungsrecht wie alle anderen Rechte vorbehalten.

Druck von Fiſcher & Wittig in Leipzig.

Beginn des Satzes am 8. Juni 1903.

Digitized by Google

31128
7
·Cn3

Erſtes Buch.

Gänzlicher Zerfall der Reichsverfaſſung. Organiſation entgegengeſetzter Parteien. Union und Liga.

Rückblick und Ausblick.

Nicht ohne energiſchen Widerſtand pflegen ſich die großen neuen Ideen, welche den Fortſchritt der menſchlichen Entwickelung und Geſittung im geſchichtlichen Leben der Völker bedingen, geltend zu machen. Nachdem ſie durch die ihnen innewohnende Kraft und Bedeutung ſich eine große Zahl von Anhängern erworben haben, ſtellt ſich ihnen in der Regel mit leidenſchaftlicher und verzweifelter Kraft das Altgewordene, durch jahrhundertelange Ueberlieferung ſcheinbar Geheiligte entgegen, um das Recht der eigenen Exiſtenz im Kampfe gegen das Neue, im innerſten Weſen Entgegengeſetzte zu behaupten. Auf dieſem Kampfe zwiſchen dem Gewordenen und dem Werdenden beruht vornehmlich die lebendige Bewegung im Gange der geſchichtlichen Entwickelung.

So war es im Verlaufe des 16. Jahrhunderts auch der proteſtantiſchen Idee, die nicht allein eine religiöſe, ſondern zugleich auch eine politiſche war, ergangen. Nicht Luther erſt hatte ſie geſchaffen; ſie war im Gegenſatz zu den ſittlichen Zuſtänden der alten Kirche und zu den univerſalen Anſprüchen, welche dieſelbe auch gegenüber dem politiſchen Leben der Völker erhob, im 15. Jahrhundert langſam und allmählich emporgewachſen und hatte in ſich den Keim einer neuen, modernen, von der Oberhoheit des römiſchen Papſtthums unabhängigen kirchlichen und ſtaatlichen Entwickelung gezeitigt. Luthers weltgeſchichtliches Verdienſt beruht, ſo durchgreifend und ſtaunenerregend mächtig ſich ſeine Wirkſamkeit geſtaltete, doch keineswegs darauf, daß er bewußt und abſichtlich ein völlig Neues der bisherigen Entwickelung entgegenſtellte, ſondern vielmehr darauf, daß er zuerſt ausſprach und in ein von Grund aus durchdachtes Syſtem brachte, was Hunderttauſende vor ihm und mit ihm unklar empfunden und gedacht hatten. Eben darauf beruht das Geheimniß des großartigen Erfolges, den er errang. Die große Menge des Volkes, die unter den Mißbräuchen und finanziellen Bedrückungen der verweltlichten Kirche gelitten und ſich nach einer Befreiung des individuellen ſtaatlichen Lebens der Völker von der Oberherrſchaft des Papſtthums geſehnt hatte, fühlte, daß der unerſchrockene Wittenberger Mönch, der mit unerſchütterlichem Muth und niemals wankender Ueberzeugungstreue der allmächtigen kirchlichen Hierarchie entgegenzutreten wagte, der Vorkämpfer ſei, der das erreichen werde, was man ſeit Jahrzehnten erſehnte und erſtrebte. Wie ein Sturmwind brauſte die von ihm ins Leben gerufene geiſtige Bewegung durch die Lande und rüttelte mit titanenhafter Kraft an den Grundlagen des morſchen Gebäudes,

welches die Hierarchie aufgerichtet hatte, um die Welt zu beherrſchen. Es war das erſte Mal, daß der Individualismus der Völker und der Einzelnen ſich machtvoll auflehnte gegen die Bevormundung, in welcher die mittelalterliche Hierarchie, über ihre urſprünglichen Zwecke weit hinausgehend, das Leben der Völker und der Einzelnen zu halten erfolgreich geſtrebt hatte. Indem die neue Bewegung nicht nur die unüberſteigliche Schranke, welche die alte Kirche zwiſchen dem Einzelnen und ſeinem Gotte aufzurichten beſtrebt war, niederriß, ſondern zugleich auch die ſeitdem nie wieder zum Schweigen gekommene Frage über die Grenzen zwiſchen Staat und Kirche einer neuen Phaſe der Löſung zuführte, nahm ſie zugleich einen tief innerlich religiöſen und einen nationalen politiſchen Charakter an. In dieſer letzteren Richtung knüpfte ſie an die alten Kämpfe wieder an, welche zuletzt dereinſt unter Kaiſer Ludwig dem Baiern zwiſchen dem Papſtthum und der weltlichen Gewalt entbrannt waren. Zum erſten Male ſeit langer Zeit ging eine große einheitliche geiſtige Bewegung durch das ganze in ſtaatlicher Zerriſſenheit getrennte deutſche Volk. Fürwahr, von unermeßlicher Bedeutung für die ganze weitere Entwickelung der deutſchen Geſchichte wäre es geweſen, wenn die Centralgewalt den großen Augenblick verſtanden und ſich an die Spitze dieſer tiefgehenden geiſtigen Bewegung geſtellt hätte. Nicht nur die kirchliche Einheit wäre dadurch gerettet worden, auch das politiſche Leben hätte einen neuen, auf nationale Einheit und Kraft gerichteten Antrieb erhalten, der von unermeßlicher Tragweite geweſen wäre. Es war ein tragiſches Verhängniß ohne Gleichen für unſer Volk, ein Verhängniß, an deſſen Folgen wir noch heute zu leiden haben, daß das nicht geſchah, daß die herrliche Blüthe nationalen Geiſteslebens, die dem deutſchen Volke damals aufging, in ihrer Fortentwickelung gehemmt und geknickt wurde gerade durch den, welcher die Geſchicke der Nation als oberſte weltliche Macht in der Hand hatte. Es kann kein Zweifel ſein, daß die reformatoriſche Idee das ganze deutſche Volk ebenſo einheitlich mit ſich fortgeriſſen hätte, wie das ſpäter in den nordgermaniſchen Reichen geſchah, wenn nicht Karl V., der Fremdling auf deutſchem Thron, der für den warmen Pulsſchlag des Lebens des deutſchen Volkes nicht das geringſte Verſtändniß hatte, alle ihm zur Verfügung ſtehenden Machtmittel aufgeboten hätte, um die „religiöſe Neuerung“ zu erſticken. Wenn für die Fortdauer des unſeligen inneren Zwieſpalts, für den verderblichen religiöſen Dualismus und die immer weiter fortſchreitende ſtaatliche Zerriſſenheit unſeres Volkes eine einzelne Perſönlichkeit verantwortlich gemacht werden kann, ſo iſt es ohne Frage Kaiſer Karl V. Ohne ihn wären wir ein im reformatoriſchen Evangelium geeinigtes Volk geworden.

Eine Zeit lang konnte es ſogar ſcheinen, als werde trotz aller Machtmittel des mit dem Papſtthum zur Unterdrückung der Ketzerei verbundenen Kaiſers der Proteſtantismus die Oberhand, ja die Alleinherrſchaft in Deutſchland erringen. Mit unwiderſtehlicher Gewalt ſchien er ſich geltend zu machen. Ein gewiß unverdächtiges Zeugniß dafür iſt es, wenn der päpſtliche Nuntius

Aleander vom Wormſer Reichstage aus nach Rom berichtet, von zehn Deutſchen ſeien immer neun lutheriſch und der zehnte zum wenigſten antipäpſtlich. Und das war im Anfange der Bewegung! Zwar brachte dann der Bauernkrieg mit ſeinen furchtbar verwüſtenden Folgen einen Rückſchlag in dem Fortſchritt der proteſtantiſchen Idee, aber er war doch nur vorübergehend. Nachdem die neue Lehre in der Augsburger Confeſſion von 1530 eine feſte Grundlage erhalten hatte, breitete ſie ſich unaufhaltſam weiter aus und begann bald ſelbſt die alten geiſtlichen Gebiete, die durch ihre Lebensintereſſen am engſten mit der alten Kirche verbunden waren, zu ergreifen. In den Territorien, in welchen ihr kein äußerer Zwang entgegentrat, errang ſie in kurzer Zeit die unzweifelhafte Oberherrſchaft.

Aber in Einer Richtung war der Widerſtand, welchen die alte Centralgewalt der Reichsverfaſſung der neuen Lehre entgegenſtellte, von vornherein, auch wo ſie deren Fortſchritte nicht zu hemmen vermochte, von verhängnißvoller Bedeutung. Die Bewegung, welche wie keine vor ihr geeignet geweſen wäre eine nationale zu werden, der zerſplitterten Nation einen einigenden Mittelpunkt zu geben, wurde eine particulare. Von der Reichsgewalt zurückgeſtoßen, mußte ſie Zuflucht und Rettung bei den Territorialgewalten ſuchen, die, ſoweit ſie weltlich waren, in ihrer überwiegenden Mehrheit der neuen Lehre anhingen und dadurch nun eine außerordentliche Steigerung ihrer ſtaatlichen Gewalt erfuhren. Mit den aufrichtigen religiöſen Sympathieen für die neue Lehre verband ſich naturgemäß bei den weltlichen Fürſten das Streben, dieſen neuen Factor des nationalen Lebens zugleich zu einer Verſtärkung ihrer ſtaatlichen Selbſtändigkeit gegenüber der dem Proteſtantismus feindlichen Reichsgewalt zu benutzen. Statt einer von Rom unabhängigen reformirten deutſchen Nationalkirche, wie ſie anfangs als möglich erſchienen war, entſtanden die territorialen Landeskirchen; ſtatt die nationale Einheit zu ſtärken, mußte der Proteſtantismus, obwohl er das ganze deutſche Volk in ſeinen tiefſten Tiefen erregte und durchdrang, doch zu einer neuen Stärkung der territorialen Selbſtändigkeit dienen, weil er nur in ihr ſeine Exiſtenz zu retten vermochte. Der religiöſe Kampf wurde zugleich ein politiſcher, in welchem die in tiefſtem Grunde echt deutſch nationale proteſtantiſche Idee thatſächlich im Bunde mit den particularen Mächten gegen die centrale Reichsgewalt zu kämpfen gezwungen war. In dieſer tragiſchen Verflechtung liegt der Knoten zu der ganzen ſpäteren Entwickelung unſerer nationalen Geſchichte, die zur Begründung einer ſtaatlichen Einheit erſt wieder gelangen konnte, als die nationale proteſtantiſche Idee thatſächlich zur Grundlage der ſtaatlichen Neuſchöpfung gemacht wurde. Für die erſten Zeiten eines Ringens um die von der Centralgewalt beharrlich verweigerte rechtliche Anerkennung der Exiſtenz kann es aber nicht geleugnet werden, daß der Proteſtantismus es geweſen iſt, der die letzten Reſte der einheitlichen Verfaſſungsinſtitute erſt völlig lahm legte, dann vernichtete, um aus den Ruinen des alten einen neuen Bau erſtehen zu laſſen.

In dem Verlaufe dieses gewaltigen Kampfes, der bald nur mit geistigen Waffen, bald mit Feuer und Schwert unser Vaterland durch anderthalb Jahrhunderte durchtobte und unserem Volke tausendfache Wunden schlug, gab es in der That einmal einen Moment, in welchem es scheinen konnte, als sei Karl V. die unerschütterlich festgehaltene Lebensaufgabe, die Unterdrückung der „Ketzerei" und die Wiederaufrichtung der Einen alleinseligmachenden Kirche, wirklich gelungen. Als nach dem schmalkaldischen Kriege und der Wittenberger Capitulation (1547) die hauptsächlichsten fürstlichen Führer des Protestantismus in Deutschland, der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen, vom Kaiser völlig besiegt und persönlich in dessen Gefangenschaft gerathen waren, da glaubte man auf päpstlicher Seite wirklich, des unbequemen und gefährlichen Gegners Herr geworden zu sein, den Protestantismus vernichtet zu haben. Aber alsbald zeigte sich doch aufs Neue, daß große lebendige Ideen, wenn sie einmal die Gemüther einer großen Zahl von Menschen durchdrungen und erfüllt haben, mit Gewalt der Waffen nicht zu unterdrücken sind. Wenn in Frankreich, wo der Protestantismus bei weitem weniger als in Deutschland in die Herzen der Massen eingedrungen war, das Hugenottenthum nach jeder neuen Maßregel der Unterdrückung, nach jeder scheinbar noch so gewaltigen Niederlage immer von Neuem mit unvergleichlicher Lebenskraft und Elasticität wieder emporschnellte, so war das in noch weit höherem Maße mit dem Protestantismus in Deutschland der Fall. Zeigte schon der heldenhafte Widerstand der einen Stadt Magdeburg gegen die Restaurationsmaßregeln des Kaisers, welche Summe von Energie der neuen Lehre innewohnte, so warf die große protestantische Fürstenverschwörung des Jahres 1552 unter Leitung des Kurfürsten Moritz von Sachsen vollends alle mühsam errungenen Ergebnisse des schmalkaldischen Krieges wieder über den Haufen. Am Abend seines rastlos dem Dienste der alten Kirche gewidmeten Lebens stand Karl V. ungefähr wieder auf demselben Standpunkte wie am Anfange seiner Regierung. Er hatte den Fortgang der religiösen Neuerung wohl aufzuhalten, aber nicht zu hindern, er hatte die schönste Blüthe des nationalen geistigen Lebens wohl in ihrer Entwickelung zu hemmen, aber nicht zu vernichten vermocht. Sein Lebenswerk war ein vergebliches gewesen. Er mußte es noch mit ansehen, daß der verachteten Ketzerei die rechtliche Grundlage einer weiteren Existenz gegeben wurde. Er konnte sich nicht entschließen, diese ihm in der innersten Seele verhaßte rechtliche Anerkennung des Protestantismus selbst auszusprechen, überließ vielmehr den Abschluß des nicht mehr zu vermeidenden Ausgleichs zwischen der alten und neuen Kirche, welche jetzt erst eine rechtlich begründete Existenz erlangte, seinem jüngeren Bruder Ferdinand (1555). Er selbst zog sich, in der resignirten Erkenntniß, daß er den mit allem Eifer und mit allen Mitteln der ihm zu Gebote stehenden Macht verfolgten Endzweck seiner Lebensarbeit verfehlt habe, in die Mauern eines Klosters zurück. Dort ist er, fern von den Geschäften weltlicher und kirchlicher Regierung, denen er doch die erstrebte Richtung nicht zu geben vermochte, gestorben.

Aber Eines hatte er doch durch den gewaltigen Kampf, den er gegen den Protestantismus entflammt hatte, erreicht: wenn es ihm nicht gelungen war die neue Lehre zu vernichten, so hatte er doch den sonst unausbleiblichen Untergang der alten Kirche in Deutschland verhindert. Ein Rest ihres Besitzstandes war ihr verblieben, vor Allem aber, sie hatte Zeit gewonnen, sich auf sich selbst zu besinnen und die Kräfte des Widerstandes zu organisiren. Durch den Orden Jesu und durch das Tridentiner Concil innerlich gekräftigt, ging sie nun von den ihr verbliebenen Punkten der Macht aus daran, nicht nur das Gerettete zu erhalten, sondern auch den verlorenen Boden wenigstens theilweise wiederzugewinnen. Und nur zu wohl ist ihr das gelungen. Als sie den Kampf kurz nach der Mitte des Jahrhunderts mit neu gestärkten Kräften wieder aufnahm, standen von den bedeutendsten weltlichen Fürsten Deutschlands nur noch zwei, Oesterreich und Bayern, treu und fest zu ihr. Der gesammte übrige weltliche Fürstenstand war entweder erklärt protestantisch oder zeigte doch starke Hinneigung zur neuen Lehre. Aber auch in Oesterreich und Bayern war ein großer Theil der Bevölkerung evangelisch und hatte in heftigen inneren Bewegungen ein gewisses Maß religiöser Duldung errungen. Selbst in den geistlichen Fürstenthümern, die der alten Kirche noch verblieben waren — es waren im Wesentlichen die west- und süddeutschen; denn die norddeutschen waren, zum Theil schon vor dem Augsburger Religionsfrieden, in den Besitz der Protestanten gelangt — regte es sich nicht allein in den Bevölkerungen, sondern auch unter den geistlichen Kurfürsten und Fürsten gab es solche, welche trotz des im Augsburger Religionsfrieden enthaltenen geistlichen Vorbehalts geneigt gewesen wären, zum Protestantismus überzutreten, wenn es ohne Schaden für ihre reichsfürstliche Stellung geschehen konnte. Noch war der Versuch, den Hermann von Wied in Köln in dieser Richtung unternommen hatte, nicht vergessen. Gebhard Truchseß ging daran ihn zu wiederholen. Noch immer schien es möglich, ganz Deutschland für die neue Lehre zu gewinnen.

Wodurch nun wurde es den schwachen Resten der alten Kirche dennoch möglich, nicht allein sich zu behaupten, sondern im Verlauf der zweiten Hälfte des zehnten Jahrhunderts den Protestantismus aus einer ganzen Reihe von Gebieten, die er schon fast unbestritten im Besitz zu haben schien, wieder zu verdrängen? Die kaiserliche Gewalt allein hätte unter den Nachfolgern Karls V., die eine weit versöhnlichere Richtung einschlugen als dieser, gewiß nicht ausgereicht, den Fortgang des Protestantismus aufzuhalten. Es war ein Ineinandergreifen der verschiedenartigsten Ursachen, was es ermöglichte. Gewiß ist dabei das Wiedererstarken des katholischen Geistes, die unverkennbare Besserung der sittlichen Zustände der Geistlichkeit ebenso hoch anzuschlagen als die unermüdliche Propaganda, welche der Jesuitenorden entfaltete. Beides bewirkte zunächst, daß der Protestantismus in den von katholischen Fürsten beherrschten Gebieten nicht mehr mit der Schnelligkeit um sich griff wie bisher. Aber daß der Katholicismus nicht dabei stehen blieb, sondern seinerseits zum

Angriff übergehen konnte, iſt doch in erſter Linie durch die Uneinigkeit unter den Proteſtanten, welche auf dem leidenſchaftlichen Haſſe der Lutheraner und Calviniſten gegen einander beruhte, und durch die Unklarheit und zweifelhafte Gültigkeit einer Reihe von grundlegenden Beſtimmungen des Augsburger Religionsfriedens bewirkt worden. Dazu kam dann noch, daß die Inſtitute der Reichsverfaſſung ſelbſt eben unter dem Druck dieſer Unklarheiten und in Folge der Fiction, nach welcher der katholiſche Charakter der Centralgewalt und der hauptſächlichſten anderen Verfaſſungseinrichtungen beibehalten wurde, einen nahezu widerſinnigen Charakter annahmen, indem ſie der katholiſchen Minderheit der Bevölkerung rechtlich zu einem unzweifelhaften Uebergewicht über die proteſtantiſche Mehrheit verhalfen. Während nach der Zahl der Bevölkerung Deutſchland ein ohne Zweifel ganz überwiegend proteſtantiſches Land war, hatten in der reichsrechtlichen Vertretung der Einzelſtaaten, im Reichstage, die Katholiken die Entſcheidung faſt ausſchließlich in der Hand. Im Kurfürſtenrathe ſtanden den drei proteſtantiſchen weltlichen Kurfürſten die drei katholiſchen geiſtlichen gegenüber. Dadurch war dieſes Inſtitut, auf dem die Bedeutung der ſtändiſchen Vertretung in erſter Linie beruhte, in allen Fragen, in denen Katholiken und Proteſtanten ſich nicht verſtändigen konnten, und das waren eben alle grundlegenden kirchenpolitiſchen Fragen, von vornherein mattgeſetzt und zur Unthätigkeit verurtheilt. Zu wirklichen Entſcheidungen konnte es hier thatſächlich zumeiſt nur dann kommen, wenn Kurſachſen, wie das nur zu häufig geſchah, ſich von ſeinen Glaubensgenoſſen trennte und den katholiſchen geiſtlichen Kurfürſten anſchloß. Im Fürſtenrath aber hatten die Katholiken durch die ſehr zahlreichen kleinen geiſtlichen Fürſtenthümer die ganz entſchiedene Mehrheit in der Hand, auch wenn ſämmtliche weltliche Fürſten, die in ihrer überwiegenden Zahl proteſtantiſch waren, zuſammenſtimmten. Dieſe Gunſt der Umſtände aber konnte von den Katholiken um ſo rückſichtsloſer ausgenutzt werden, als eben die Proteſtanten faſt in keiner Frage einhellig ſtimmten, ſondern durch den unſeligen Gegenſatz zwiſchen Lutherthum und Calvinismus in zwei lange Zeit ſcharf getrennte Lager geſpalten waren. Die Städte aber, in denen der Proteſtantismus unzweifelhaft überwog, hatten eine reichsrechtlich niemals widerſpruchslos klargeſtellte, jedenfalls aber nicht entſcheidende Stimme in der ſtändiſchen Vertretung. So hatte, ebenſo ſicher wie die Mehrheit der Bevölkerung im deutſchen Reiche proteſtantiſch war, ebenſo ſicher in deſſen offizieller Vertretung der Katholicismus die Oberhand. Aehnlich lag die Sache bei den großen Rechtsinſtituten, welche auch in den zwiſchen Proteſtanten und Katholiken ſtreitigen Rechtsſachen die Entſcheidung in der Hand hatten. Dieſer Zuſtand mußte in der That für die Dauer unhaltbar werden und iſt es geworden, indem die Proteſtanten der Reihe nach die Mehrheitsbeſchlüſſe des Reichstags und die Autorität des Reichshofraths und des Reichskammergerichts als für ſie nicht bindend erklärten. Gewiß ging dadurch der Reichsverfaſſung ihr letztes gemeinſames Band verloren, aber es war der einzige Weg, auf dem der Proteſtantismus ſich vor einer Vergewaltigung in

seinen höchsten Lebensinteressen zu schützen und zu retten vermochte. Die Sprengung des Reichstages von 1608 durch die protestantische Minderheit war nur das letzte Glied in einer langen Entwickelungsreihe, die sich aus der Widersinnigkeit einer unveränderten Beibehaltung der alten Reichsinstitute gegenüber den von Grund aus veränderten Verhältnissen mit Nothwendigkeit ergab. Die einheitlichen Institute zerfielen, das staatliche Leben zog sich immer ausschließlicher in die territorialen Einzelstaaten zurück, die sich nach dem Bekenntniß ihrer Herrscher in immer ausgesprochenerer Feindseligkeit in scharf getrennten Parteien gegenüberstanden. Der Augsburger Religionsfriede hatte diese Entwickelung nicht aufzuhalten vermocht; im Gegentheil, er hat sie begründet und nothwendig gemacht, indem er durch die Vieldeutigkeit seiner Bestimmungen den Streit zwischen den Parteien verewigte, dessen Ausgleichung innerhalb der einer überwundenen Epoche angehörenden Verfassungsinstitute ein Ding der Unmöglichkeit war.

So kam es, daß, während die staatliche Macht der Territorien sich zu immer größerer Selbständigkeit entwickelte und dem Ziele voller Souveränität immer näher kam, der deutsche Gesammtstaat in seinen wichtigsten Lebensäußerungen mattgesetzt wurde und nach außen zu fast vollkommener Machtlosigkeit herabsank, und das gerade in derselben Zeit, da die Nachbarstaaten des Reichs zu immer größerer innerer Festigung gelangten, Spanien zu einer Weltmacht ersten Ranges zu werden begann, Frankreich nach langen und schweren inneren Stürmen endlich unter Heinrich IV. eine feste und straff organisirte monarchische Gewalt begründete. Während das große deutsche Reich den fortgesetzten Anfällen der Türken fast wehrlos gegenüberstand und durch wiederholte Tribute neue schwere Unfälle abwenden mußte, während es auf jede Einmischung in die damals zur Entscheidung stehende Frage über das Schicksal der zu einem großen Theile deutschen baltischen Provinzen verzichten mußte, schritt die umfassende und zwar fanatisch einseitige, aber auch streng folgerichtige Politik Philipps II. von Erfolg zu Erfolg. Trotz der schweren und langen Kämpfe, in die das spanische Reich mit den nach staatlicher und kirchlicher Selbständigkeit in heldenhaftem Kampfe ringenden niederländischen Provinzen verwickelt war, nahm es doch mehrere Jahrzehnte hindurch in ganz Europa eine so beherrschende Stellung ein, daß es scheinen konnte, als werde dem Sohne gelingen, was der Vater vergeblich erstrebt hatte: die Begründung einer staatlich organisirten papistisch-katholischen Suprematie gegenüber den zersplitterten protestantischen Mächten, ja die fast völlige Unterwerfung des protestantischen Princips. Alle Fäden der päpstlich-katholischen Politik liefen in dem Cabinet von Madrid zusammen, überall in allen europäischen Verwickelungen, in den inneren Wirren Frankreichs und Englands wie in den Kämpfen zwischen den nordischen Mächten über die Ostseeprovinzen, hatte es seine mächtige Hand im Spiele, und überall unterstützte es mit größter Folgerichtigkeit die katholischen Mächte gegenüber den protestantischen. In den Jahren des Conflicts der französischen Krone mit

den Guiſen und der Ligue, namentlich in dem Augenblicke, da die Möglichkeit der Nachfolge des proteſtantiſchen Königs Heinrich von Navarra in immer greifbarere Nähe trat, iſt dem Könige Philipp ſehr ernſtlich der Gedanke gekommen, ganz Frankreich wenigſtens mittelbar mit ſeinem ſpaniſchen Weltreiche zu vereinigen, indem er die Erbanſprüche ſeiner Tochter Iſabella an die franzöſiſche Krone zur Geltung brachte. Und wirklich ſind die Guiſen in ihrer partei- und kirchenpolitiſchen Verblendung auf dieſen Gedanken, deſſen Ausführung die Selbſtändigkeit ihres Vaterlands vernichtet hätte, eingegangen. In der That haben dann an den inneren Kämpfen in Frankreich ſpaniſche Truppen unter Alexander Farneſe wiederholt ſehr lebhaften thätigen Antheil genommen. In dieſer Epoche (etwa um 1590), war die thatſächliche Macht Philipps II. ohne Frage bedeutender, als die ſeines Vaters jemals geweſen war. In Spanien herrſchte er unumſtritten; in den Niederlanden hatten zwar die nördlichen Provinzen ihre Unabhängigkeit von Spanien proclamirt, waren aber noch entfernt davon ſie endgültig erſtritten zu haben, im Gegentheil war derſelbe Alexander von Parma, welcher die extrem katholiſche Partei in Frankreich gegen ihren hugenottiſchen König unterſtützte, nach mehreren erfolgreichen kriegeriſchen Unternehmungen in beſtändigem Vorrücken begriffen und hatte nicht nur die katholiſchen ſüdlichen Provinzen feſter als vorher an Spanien gekettet, ſondern ſchien auch die Wiederunterwerfung der nördlichen Provinzen erreichen zu können; in Frankreich war, während Heinrich von Navarra ſich Jahre lang vergeblich abmühte, ſeine ihm kraft Erbrechtes zugefallene Königswürde zur Anerkennung zu bringen, thatſächlich der Einfluß der ſpaniſchen Politik der entſcheidende; in Deutſchland gewann ſie gegenüber dem haltlos ſchwachen Kaiſer ſtets wachſenden Einfluß bei dem katholiſchen Fürſtenthum; in Italien behauptete ſie nicht nur ihren alten Beſitz, ſondern fand auch bei einigen Fürſtenthümern, namentlich bei Herzog Karl Emanuel von Savoyen, energiſche Unterſtützung in ihrer ganzen Richtung; auf die päpſtliche Politik übte ſie einen oft drückend empfundenen, aber doch nicht minder ſicheren energiſchen Einfluß aus, in den Kämpfen an der Oſtſee war ſie nicht nur erfolgreich beſtrebt, die Holländer vom dortigen Seehandel auszuſchließen, ſondern unterſtützte auch in den polniſch-ſchwediſchen Kämpfen wirkſam das katholiſche Polenthum gegen das proteſtantiſche Schweden. Spanien war unbeſtritten die erſte Weltmacht Europas.

Wie hätten ſich aber nicht gegen dieſes drückende Uebergewicht, welches den geſammten Proteſtantismus nicht allein, ſondern alle andern nationalen Staaten in ihrer Exiſtenz bedrohte, allenthalben Kräfte des Widerſtands regen ſollen? Schon im Augenblick der höchſten äußeren Machtentwickelung Spaniens hatten ſie ſich im Stillen entwickelt. Abgeſehen von dem heldenmüthigen Ringen der proteſtantiſchen Niederländer um ihre kirchliche und ſtaatliche Selbſtändigkeit, deren ſelbſt der allmächtige Philipp nicht Herr zu werden vermochte, war es zuerſt die durch Eliſabeths umſichtige und kraftvolle Regierung organiſirte und durchaus mit proteſtantiſchem Geiſte erfüllte Macht

des engliſchen Inſelreichs, welche ſich gegen die ſpaniſche Uebermacht auflehnte. Der Mißerfolg der zur Niederwerfung Englands beſtimmten ſpaniſchen Ar-

Herzog Alexander von Parma.
Facſimile des Kupferſtiches, 1591, von Johann Wierix (geb. 1550).

mada im Jahre 1588 war der erſte Stoß, der die Alles beherrſchende Weltmacht erſchütterte. Wie eine Befreiung von einem drückenden Alp wurde dies

Ereigniß in allen proteſtantiſchen Kreiſen Europas empfunden. Darnach begann in den Niederlanden nach Alexander von Parmas Tode das Vordringen Spaniens zu erlahmen; vor Allem aber regte ſich, zu je umfaſſenderer Größe die univerſale Macht Spaniens emporwuchs, um ſo mehr doch auch in Frankreich wieder der Gedanke der nationalen Selbſtändigkeit auch in katholiſchen Kreiſen mit verſtärkter Kraft. Diejenige Richtung, welche Heinrich von Navarra auch dann dauernd vom Throne ausſchließen wollte, wenn er wieder zum Katholicismus übertrete, hörte auf, die allgemeine im katholiſchen Frankreich zu ſein. Heinrich IV. fand in den inneren Kämpfen, in denen er um die Krone rang, nicht mehr bloß die Unterſtützung der franzöſiſchen Hugenotten und deutſcher Proteſtanten, ſondern auch der national geſinnte katholiſche Adel begann ſich in ſeinem Lager einzufinden. Es gelang ihm eine Reihe von Erfolgen zu erringen, welche es ſogar eine Zeit lang möglich erſcheinen ließen, daß er als Proteſtant den franzöſiſchen Thron beſteige. Als er dann 1593 thatſächlich aus Gründen der Staatsraiſon den Uebertritt vollzog, gelangte er nach kurzer Zeit zur unbeſtrittenen Herrſchaft in ganz Frankreich, die er in großartiger organiſatoriſcher Thätigkeit anwendete, um durch ſtrenge Ordnung der Finanzen und der geſammten Verwaltung, durch eifrige Förderung und Hebung der Landwirthſchaft, des Handels und Gewerbfleißes ſein Land innerlich zu kräftigen und nach außen widerſtandsfähig zu machen. Indem er zugleich ſeinen früheren Glaubensgenoſſen eine weitgehende Duldung ihrer religiöſen Gemeinſchaft verſchaffte, ſtellte er nicht nur den inneren Frieden in der Hauptſache her, ſondern vereinigte auch alle die reichen Kräfte ſeines Landes um das nationale Königthum. Er iſt der erſte Vertreter der modernen Staatsgewalt, der erſte Landesherr, der den ſonſt bei Proteſtanten wie Katholiken noch gleich wenig anerkannten Gedanken der religiöſen Toleranz zur Grundlage der Staatsverwaltung gemacht hat. Obwohl ſelbſt Katholik, erſchien er doch nach kurzer Zeit als der Vorkämpfer der proteſtantiſchen Idee gegenüber dem übermächtigen papiſtiſch-katholiſchen Spanien, welchem er ſich, zunächſt natürlich aus rein politiſchen Gründen, entgegenſtellte. Durch den Frieden, den er im Jahre 1598, demſelben Jahre, welches in ſeiner inneren Politik durch das Toleranzedict von Nantes bezeichnet wird, mit Spanien zu Vervins abſchloß, trat er keineswegs aus ſeiner gegenſätzlichen Stellung zu der ſpaniſchen Politik heraus, ſondern er wünſchte nur die Kraft zu ſammeln, um ſeine Stellung um ſo nachdrücklicher geltend zu machen. Als Philipp II. in demſelben Jahre ſtarb, war das Syſtem der ſpaniſchen Vorherrſchaft in Europa zwar noch nicht zuſammengebrochen, aber in ſeinen Grundfeſten erſchüttert. An die Stelle der ſpaniſchen Oberherrſchaft begann der Dualismus zwiſchen Spanien und Frankreich zu treten, der die nächſten anderthalb Jahrzehnte politiſch beherrſchte.

Welche Stellung nahm nun innerhalb dieſer die Welt bewegenden Gegenſätze das deutſche Reich ein, welches doch das ganze Mittelalter hindurch und bis ins ſechzehnte Jahrhundert hinein wenigſtens in der Theorie und An-

ſchauung der Menſchen die Vormacht des chriſtlichen Europa geweſen war? Nach dem, was wir früher über den langſamen, aber ſtetig fortſchreitenden Verfall der Reichsverfaſſung geſagt haben, wird es nicht überraſchen, wenn wir wahrnehmen, daß es von jener Vormachtſtellung zu faſt völliger Bedeutungsloſigkeit in den großen europäiſchen Fragen herabgeſunken war. Wenn die Unhaltbarkeit und klägliche Schwäche der reichsrechtlichen Zuſtände, welche ſich unter dem Einfluſſe der in einem Bundesſtaate doppelt verhängnißvollen religiöſen Zerſplitterung der Nation herausgebildet hatte, in dem Auftreten nach außen hin noch eine Zeit lang verborgen bleiben konnte, ſolange die gegenüber der ſtändiſchen Zerſplitterung noch allein vorhandene Centralgewalt in den Händen wenigſtens einigermaßen kraftvoller und zielbewußter Herrſcher war, ſo trat die ganze klägliche Ohnmacht und Schwäche dieſes Organismus der Desorganiſation mit erſchreckender Deutlichkeit zu Tage, ſeitdem die kraftloſe Hand eines Rudolf II. die Zügel der Regierung führte. Es war ein tragiſches Verhängniß für unſer Vaterland, daß in dieſer Epoche einer großen europäiſchen Kriſis, in der es ſich an den verſchiedenſten Stellen der vorwaltenden Kämpfe um deutſche Länder und deutſche Intereſſen handelte, die Geſchicke der Nation einem Manne anvertraut waren, der in rathloſer Schwäche und Haltloſigkeit zwiſchen den inneren und äußeren Gegenſätzen umherſchwankte und in einer Zeit, in der energiſches und zielbewußtes Wollen und Handeln die erſte aller Herrſcherpflichten ſein mußte, in ſtumpfer Thatenloſigkeit verharrte, die ſehr erheblich dazu beitragen mußte, jene inneren Gegenſätze, welche durch kein centrales Gegengewicht im Zaume gehalten wurden, ſich zu voller Schärfe ausreifen zu laſſen. Zug um Zug waren im Innern des Reiches die ſchweren Schläge gegen die letzten Reſte einer centralen Reichsgewalt von beiden einander entgegengeſetzten Parteien

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 1.
Zwölf Radirungen, 1587, von Jakob de Gheyn (1565—1615), nach Heinrich Goltzius (1558—1617).

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 2.

geführt worden, ohne daß der Kaiſer auch nur verſucht hätte, an irgend einem Punkte entſcheidend einzugreifen und einen Ausgleich der Gegenſätze herbeizuführen. Man erinnere ſich nur an die vollſtändige Haltloſigkeit, die er in der für die Reichsverfaſſung ſo wichtigen Grundfrage der Seſſion der proteſtantiſchen Stifter an den Tag legte! Es war von vornherein klar, daß dieſe Frage nicht wieder von der Tagesordnung verſchwinden könne, daß es ein Ding der Unmöglichkeit war, die alte Stimmenvertheilung am Reichstage beizubehalten, die Stimmen derjenigen geiſtlichen Fürſtenthümer aber, die in den Händen von Proteſtanten waren, ruhen zu laſſen und dabei doch zu verlangen, daß die ſo ihrer verfaſſungsmäßigen Rechte beraubten Fürſten dennoch die Ausführung der ohne ihre Mitwirkung zu Stande gekommenen Beſchlüſſe des Reichstags in ihren Ländern auf ſich nehmen ſollten. Es lag auf der Hand, daß die Proteſtanten über kurz oder lang, wenn dieſe Frage nicht in der einen oder andern Form gelöſt wurde, naturnothwendig dahin gedrängt werden mußten, die rechtliche Gültigkeit der geſetzgeberiſchen Handlungen des ſo verſtümmelten Reichstages oder doch deren Verbindlichkeit für die von den Berathungen Ausgeſchloſſenen anzufechten. Denn es war in der That eine Lebens- und Exiſtenzfrage für die proteſtantiſchen Adminiſtratoren geiſtlicher Stifter, daß ihnen ihre reichsrechtlichen Befugniſſe nicht dauernd entzogen wurden; ſelbſt die Ordnung und Feſtigkeit der inneren Verwaltung in dieſen Stiftern begann unter dieſer Rechtsunſicherheit zu leiden. Hier war ein energiſches Durchgreifen von Seiten des Kaiſers nach der einen oder der andern Seite eine unbedingte Nothwendigkeit. Statt deſſen ſchwankte Rudolf von einer augenblicklichen Verlegenheitsauskunft zur andern, weil er nicht den Muth und die Kraft hatte, eine ernſte Entſcheidung zu fällen. Und wie in dieſer, ſo war es in allen

den anderen ſchwierigen Verfaſſungs- und kirchenpolitiſchen Fragen, die gebieteriſch eine geſetzliche Löſung verlangten, wenn nicht mit Sicherheit eine gewaltſame erfolgen ſollte. Aber völlige Energieloſigkeit, die gänzliche Unfähigkeit, einen feſten Entſchluß in irgend einer wichtigen Frage zu faſſen, iſt das Charakteriſtiſche dieſer ganzen, verzweifelt langen Regie ung, nicht bloß in allen politiſchen, ſondern auch in rein perſönlichen Angelegenheiten, die dann wieder ihre Rückwirkung auf die Politik hatten. Wie viele Jahre iſt nicht zwiſchen Philipp II. und Rudolf über die Vermählung des letzteren mit der Tochter des erſteren, Iſabella,

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 3.

verhandelt worden! Aber es war nicht möglich den Kaiſer zu einem Entſchluſſe zu bringen. Weder that er jemals einen ernſtlichen Schritt, um die geplante Heirath zu vollziehen, noch war er dahin zu bringen, nun endgültig auf dieſelbe zu verzichten. Und als dann Philipp II., nachdem dieſer Zuſtand der Unentſchiedenheit Jahre lang gedauert hatte, dazu ſchritt, ſeine allmählich nachgerade alternde Tochter einem andern Bewerber zu vermählen, da empfand das der Kaiſer als eine unerhörte Beleidigung, die er dem ſpaniſchen Hofe niemals völlig vergeben hat. Der Gegenſatz und das Mißtrauen, welches ihn ſpäter, im Widerſpruch zu ſeiner kirchlich-politiſchen Stellung und zu den verwandtſchaftlichen Beziehungen zu den ſpaniſchen Habsburgern, gegen die ſpaniſche Politik erfüllte, iſt neben der ihm in der Seele verhaßten Succeſſionsfrage in erſter Linie auf dieſes Scheitern des Heirathsprojectes mit Iſabella zurückzuführen.

Wie aber hätte man von einem Herrſcher, der ſelbſt in einer ſolchen ihn perſönlich aufs Nächſte berührenden Frage unfähig zu jedem Willensacte war, einen ſolchen in den Fragen der Politik erwarten ſollen? Während um ihn her in heftigen Zuckungen ein Glied des Reichsorganismus nach dem

andern abſtarb und an Stelle der gemeinſamen Vertretung gemeinſamer Intereſſen immer mehr ein zügelloſer Kampf der Parteien gegen einander trat, ſtand er inmitten dieſer ſchroffen Gegenſätze haltlos und rathlos, wie ein ſchwankendes Rohr zwiſchen ihnen umhergetrieben, zu ſchwach, ſich für einen von ihnen zu entſcheiden, zu ſchwach auch, um eine Ausgleichung auch nur zu verſuchen.

Man könnte dieſe abſolute Rath- und Thatenloſigkeit ſeiner Regierung, deren hauptſächlichſter Inhalt in den Beſtrebungen liegt, ihm ſchon bei Lebzeiten einen Nachfolger zu geben, nicht eigentlich auf einen Mangel an Intellect zurückführen, der vielmehr erſt ſpäter im Laufe ſeiner immer mehr zum Wahnſinn hin ſich entwickelnden Krankheit zu Tage trat. Die Geſandten, die einmal das ſeltene Glück hatten, eine Audienz bei ihm zu erlangen, rühmten vielmehr die Klarheit, mit der er die ſchwierigſten politiſchen Fragen erfaßte und den Dingen auf den Grund ging. In der That war er keineswegs geiſtig unbedeutend. Seine wiſſenſchaftlichen und künſtleriſchen Beſchäftigungen und Liebhabereien beſchränkten ſich keineswegs auf die alchymiſtiſchen und aſtrologiſchen Träumereien, in denen ſich in jenen Tagen auch ſo hervorragende Männer wie Keppler gefielen, ſondern er zeigte in der That eindringendes Verſtändniß in wiſſenſchaftlichen und künſtleriſchen Dingen. Es darf ihm ebenſo wenig vergeſſen werden, daß er einem Tycho de Brahe und Keppler eine Zufluchtsſtätte und die Mittel zu ihren epochemachenden Forſchungen gewährte, als daß er in ſeiner Königsburg auf dem Hradſchin eine herrliche Sammlung von hervorragenden Gemälden und von unvergleichlichen hiſtoriſchen und kunſtgewerblichen Schätzen vereinigte. An weitreichenden und umfaſſenden Kenntniſſen hat es ihm nicht gefehlt, auch nicht auf dem Gebiete der Hiſtorie und der Politik. Aber ein gewaltiger Unterſchied iſt doch zwiſchen vernunftgemäßem Erkennen der Dinge und dem Willen, der die Erkenntniß in die That umſetzt. Beide Gaben ſind nur ſelten in einem Menſchen vereinigt. Bei Rudolf trug die eine ſogar unzweifelhaft dazu bei, ihm die andere faſt völlig zu rauben. Durch ſeine eifrigen Studien und Arbeiten in ſeinen Sammlungen und Laboratorien wurde er in einem ihm von Natur eigenen Hange zur Einſamkeit und Abſchließung beſtärkt, der mit zunehmender Krankheit ſich ſtändig vermehrte und ſehr erheblich dazu beitrug, ihn in wachſendem Maße zur Regierung unfähig zu machen. Sehr bald wurde es für Geſandte fremder Staaten, ſpäter auch für ſeine eigenen Räthe immer ſchwieriger, zuletzt unmöglich, eine Audienz bei ihm zu erlangen. Wochen und Monate lang lebte er in ſeinem Palaſte, ohne ſich nur ein einziges Mal in

Zu der Abbildung auf Seite 17: Dieſer Prunkharniſch Rudolfs II. iſt vermöge des Reichthums, der genialen Anordnung und vollendet künſtleriſchen Durchbildung ſeiner Ornamentirung, wie auch der vortrefflichen techniſchen Behandlung der hochgetriebenen und mit Gold tauſchirten Darſtellungen eine der ſchönſten überhaupt exiſtirenden Rüſtungen. Der Entwurf iſt von dem Münchener Maler Chriſtoph Schwarz (1550—1597). Der Harniſch iſt von matt-grau gehaltenem Stahl; die nackten Körpertheile der figürlichen Darſtellungen ſind blank, die Bekleidung und manches Beiwerk aber mit Gold tauſchirt. Auf Bruſt und Rücken ſind die Thaten des Herkules dargeſtellt: in der Mitte der Bruſt Herkules im goldenen Schuppenrock auf ſeine Keule geſtützt. — Der Panzerſchurz iſt eine ſpätere Zugabe. (Nach O. Leitner.)

der Oeffentlichkeit ſehen zu laſſen. Da iſt dann von Zeit zu Zeit das Gerücht entſtanden, er ſei überhaupt nicht mehr am Leben, ſein Tod aber werde dem Volke, um Verwirrung zu vermeiden, verheimlicht. Wie ſollten ſich aber in ſolcher krankhaften Abgeſchiedenheit auch nur die gewöhnlichen Geſchäfte der Regierung erledigen, geſchweige denn der großen Politik Wege und Richtung vorzeichnen laſſen! Es gab Zeiten, in denen der Kaiſer, in ſeine Laboratorien eingeſchloſſen, Wochen lang überhaupt nichts von Geſchäften hören wollte. Immer deutlicher traten die Spuren von Melancholie auf, die ſehr bald auf unzweifelhafte Geiſtesſtörung ſchließen ließen. Die weitere Entwickelung dieſes Krankheitszuſtandes erinnert in manchen Einzelheiten an das tragiſche Geſchick des unglücklichen Bayernkönigs Ludwigs II. Seit 1600 wollte man periodiſch wiederkehrende Wahnſinns- und Tobſuchtsanfälle an ihm bemerkt haben. Dazwiſchen aber lagen doch auch wieder Perioden völlig klaren Geiſtes. Aber in ſeiner Lebensweiſe, in ſeiner Menſchenſcheu und ſeiner Abgeſchiedenheit von der Oeffentlichkeit änderte ſich auch während dieſer Zeiten relativer Geſundheit nichts. Die Rath- und Thatloſigkeit blieb dieſelbe und äußerte ihren verhängnißvollen Einfluß auf alle Geſchäfte. Vielleicht hätten die ſchroffen Gegenſätze, die in den Reichstagen des endenden ſechs-

Prunkharniſch Kaiſer Rudolfs II.;
Wien, Kaiſ. Artillerie-Arſenal-Muſeum (ſ. Anm. S. 16).

zehnten und beginnenden siebzehnten Jahrhunderts immer ſchärfer zu Tage traten, durch ein perſönliches Eingreifen des Kaiſers doch wenigſtens einigermaßen ausgeglichen werden können. Allein durch keine noch ſo gewichtigen Gründe konnte der Kaiſer mehr bewogen werden, den Verhandlungen perſönlich beizuwohnen, vielmehr beauftragte er anfangs ſeinen Bruder Matthias, ſpäter, als er mit dieſem in ſcharfen Conflict gerathen war, den Erzherzog Ferdinand mit ſeiner Stellvertretung. Wenn nur dieſe Stellvertretung wenigſtens eine unbedingte geweſen wäre! Aber die letzte Entſcheidung wollte der Kaiſer doch immer ſich ſelbſt vorbehalten, ſo daß dann ein fortwährender ſchriftlicher Verkehr zwiſchen dem Reichstage und dem Hofe zu Prag erforderlich wurde. Nimmermehr hätte ſich der Kaiſer dieſer letzten Entſcheidung begeben. Daß man ihn, von ſeiner Unfähigkeit zur Regierung mehr und mehr überzeugt, von Seiten Spaniens, der Kurie und ſelbſt ſeiner eigenen nächſten Verwandten, der öſterreichiſchen Erzherzöge, dazu drängte, bei ſeinen Lebzeiten einen Nachfolger zu ernennen, der dann ſein natürlicher Stellvertreter geworden wäre, hat er als eine ſchwere Beleidigung aufgefaßt. Die Handlungen ſeiner Regierung in den ſpäteren Jahren ſeines Lebens ſind ſehr entſcheidend durch dies Mißtrauen und dieſen Argwohn, daß man ihn ſeiner Würde, von der er eine ſehr hohe Vorſtellung hatte, berauben wolle, beeinflußt worden. Trotz ſeiner Thatenloſigkeit und ſeines Widerwillens gegen die Geſchäfte der Regierung, trotzdem oder vielleicht gerade weil er zu Zeiten ſeine Unfähigkeit zur Regierung wohl erkannte, hat er mit voller Entſchiedenheit darauf beſtanden, ſie unumſchränkt in ſeiner Hand zu behalten. Wenn ſie thatſächlich oder nach ſeiner mißtrauiſchen Annahme bedroht war, hat er ſich, um ſeine Fähigkeit zur Regierung zu beweiſen, hie und da zu ſelbſtändigem Handeln aufgerafft, in dieſer ſcheinbaren Energie dann aber oft die verhängnißvollſten und übereilteſten Fehler begangen. Das zeigte ſich namentlich in ſeinem Verhalten in den ſeiner eigenſten Verwaltung unterſtehenden Erblanden, in denen ähnliche Gegenſätze zu Tage traten und gebieteriſch das Eingreifen eines zielbewußten Willens erforderten, wie die Dinge draußen im Reich. Aber durch die Kopfloſigkeit und das ſyſtemloſe Schwanken von einem Extrem zum andern, welches in den Handlungen des Kaiſers zu Tage trat, wurde auch hier Alles verdorben. Zu derſelben Zeit, wo auf dem Regensburger Reichstage durch die Seceſſion der Proteſtanten das letzte Reichsinſtitut zuſammenbrach, welches noch die Einheit über der Vielheit repräſentirte, entfielen den ſchwachen Händen des Kaiſers auch die Zügel der Regierung in ſeinen eigenen Erblanden. Auch hier entſtand ein wirres Chaos, welches die Grundlagen der ſtaatlichen Exiſtenz in Frage ſtellte. Gerade dieſe Vorgänge haben nicht unweſentlich auf den Verlauf der Verhandlungen des Regensburger Reichstages von 1608 mit eingewirkt. Daß in dieſem einem Falle zum erſten Male ſeit langer Zeit Kurſachſen mit den anderen, von Kurpfalz geleiteten Proteſtanten zuſammenging, war in erſter Linie durch die Beſorgniß veranlaßt, welche die Entwickelung der Dinge in Öſterreich, Ungarn und

AVGVSTISSIMO ET [illegible]ISSIMO ROM IMPERATORI,
RVDOLPHO II. GERMANIÆ, HVNGARIÆ, BOHEMIÆ ETC REGI DNO SVO
CLEMENTISSIMO SVBIECTISSIMVS CLIENS ÆGIDIVS SADELER IN DEMISSÆ
ET DEBITÆ OBSERVANTIÆ SIGNVM DEDICABAT ANNO M DC IIII PRAGÆ.

Kaiſer Rudolf II.

Facſimile des Kupferſtiches von Aegidius Sadeler (1575—1629)

Mähren, die gewaltſamen Reſtaurationsverſuche, die dort in unbedachteſter Weiſe gegenüber dem Proteſtantismus unternommen wurden, in dem Kurfürſten von Sachſen wachriefen. Und auch für den weiteren Verlauf der allgemeinen Entwickelung im Reiche, für die immer feindlichere Zuſpitzung der dortigen Gegenſätze ſind dieſe Zuſtände in den Erblanden von ſo entſcheidender Bedeutung geworden, daß wir es nicht länger verſchieben dürfen, ihnen eine eingehende Betrachtung zu widmen.

Der Alchymiſt.
Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Chriſtoph Maurer (1558—1614).

Die Umwälzung in den Erblanden des Kaisers und der Zwist im Kaiserhause.

Trotz der eifrigen Bemühungen der Habsburger, den Protestantismus wenigstens aus ihrem Hausbesitze, den österreichischen, ungarischen, böhmischen, mährischen und steirischen Gebieten grundsätzlich auszuschließen, hatte doch die neue Lehre auch hier bald Eingang und eine immer wachsende Zahl von Anhängern gefunden. Karl V. selbst würde sich wohl diesen evangelischen Elementen gegenüber niemals zu einer wirklichen Nachgiebigkeit verstanden haben, allein er hatte die Regierung der deutschen Besitzungen des Hauses Habsburg schon bei seinen Lebzeiten seinem Bruder Ferdinand, der auch zu seinem Nachfolger im Reiche bestimmt war, überlassen, dieser aber war, obwohl selbst gleichfalls eifriger und gläubiger Katholik, doch minder starr und einseitig als sein mächtiger Bruder, bemühte sich vielmehr aufrichtig, durch vermittelnde Maßregeln und kleinere Zugeständnisse an die Anhänger der neuen Ideen die völlige Auflösung der Einheit der Kirche zu verhindern, wenngleich er sich zu einer vollen Anerkennung der lutherischen Lehre, welche schon 1556 von einem landständischen Ausschuß von ihm erbeten wurde, nicht zu entschließen vermochte. Bekannt sind seine Bestrebungen, die Protestanten dadurch zu beruhigen, daß er vom Papst für seine Länder die Erlaubniß des Gebrauchs des Kelchs beim Abendmahl erwirkte. Ueberhaupt zeigte er sich versöhnlich und entgegenkommend und verschloß sich der Erkenntniß nicht, daß so manche der Beschwerden, welche die Protestanten gegen die katholische Kirche erhoben, berechtigt seien. Er drang in Folge dessen auf dem Trienter Concil eifrig auf eine innere Reform der Kirche und gerieth, als dasselbe darauf nicht einging, vielmehr sich fast ausschließlich mit der Berathung der Dogmen beschäftigte, gar bald in ernstliche Mißhelligkeiten

---

Zu der Abbildung auf Seite 21: Die Turnierharnische der zweiten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts, ia der meist nur noch gefahrlose Gestiche abgehalten wurdea, unterscheiden sich wesentlich von denen früherer Zeiten mit ihren gefahrvollea ritterlichen Turnieren. Im Allgemeiaen wurdea die Feldharnische so eingerichtet, daß sie durch Anbringung von Wechsel- und Verstärkungsstücken auch zu dea üblichen Gestechen benutzt werden konnten. So unterscheidet sich der hier abgebildete Turnierharnisch von einer gewöhnlichen Feldrüstung derselben Zeit nur durch den Helm, das Verstärkungsstück am linken Ellbogen und eine Schraube auf der linken Brust zur Befestigung der Tartsche. Der Helm ist ein Stechhelm der jüngsten Form nad besteht aus dem Scheitelstück mit steifem an den Rücken anzuschraubendem Genick, dem Visir, welches in einen steifea Bart endet und durch zwei Schrauben mit dem Brustsstück verbunden ist, aad aus dem auf das Scheitelstück aufgeschraubten Stirnverstärkungsstücke. Die Beinröhren sind an der inneren Seite geschnürt. (Nach O. Leitner.)

mit dem Papste, die ihn immerhin zeitweilig abhielten, den protestantischen Neuerungen mit voller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Protestanten konnten daher, wenn auch nicht rechtlich anerkannt, so doch thatsächlich in leidlicher Sicherheit ihres Glaubens leben. Noch günstiger wurde diese Lage des protestantischen Theils der Bevölkerung unter Ferdinands Sohne und Nachfolger Maximilian II. Freilich, wenn man in früheren Jahren in protestantischen Kreisen gehofft hatte, daß Maximilian, der in den ersten Regierungsjahren seines Vaters eine ganz unzweifelhafte Hinneigung zu den protestantischen Ideen gezeigt hatte, diese nun auch durch offenen Uebertritt zur neuen Lehre bethätigen werde, so hatte man sich getäuscht. In dem Conflict zwischen seiner religiösen Anschauung und den Gründen der Staatsklugheit, in den er dadurch versetzt wurde, daß sein Vater ihn, wenn er Protestant geworden wäre, niemals zum Nachfolger hätte erheben lassen, entschied er sich schließlich dafür, äußerlich an der alten Kirche festzuhalten. Es war kein Zweifel, daß er andernfalls auf die Nachfolge im Reich und auf die mächtige politische Verbindung mit der spanischen Linie seines Hauses hätte verzichten müssen. Seine Lage war in Folge dessen eine ganz ähnliche wie die Hein-

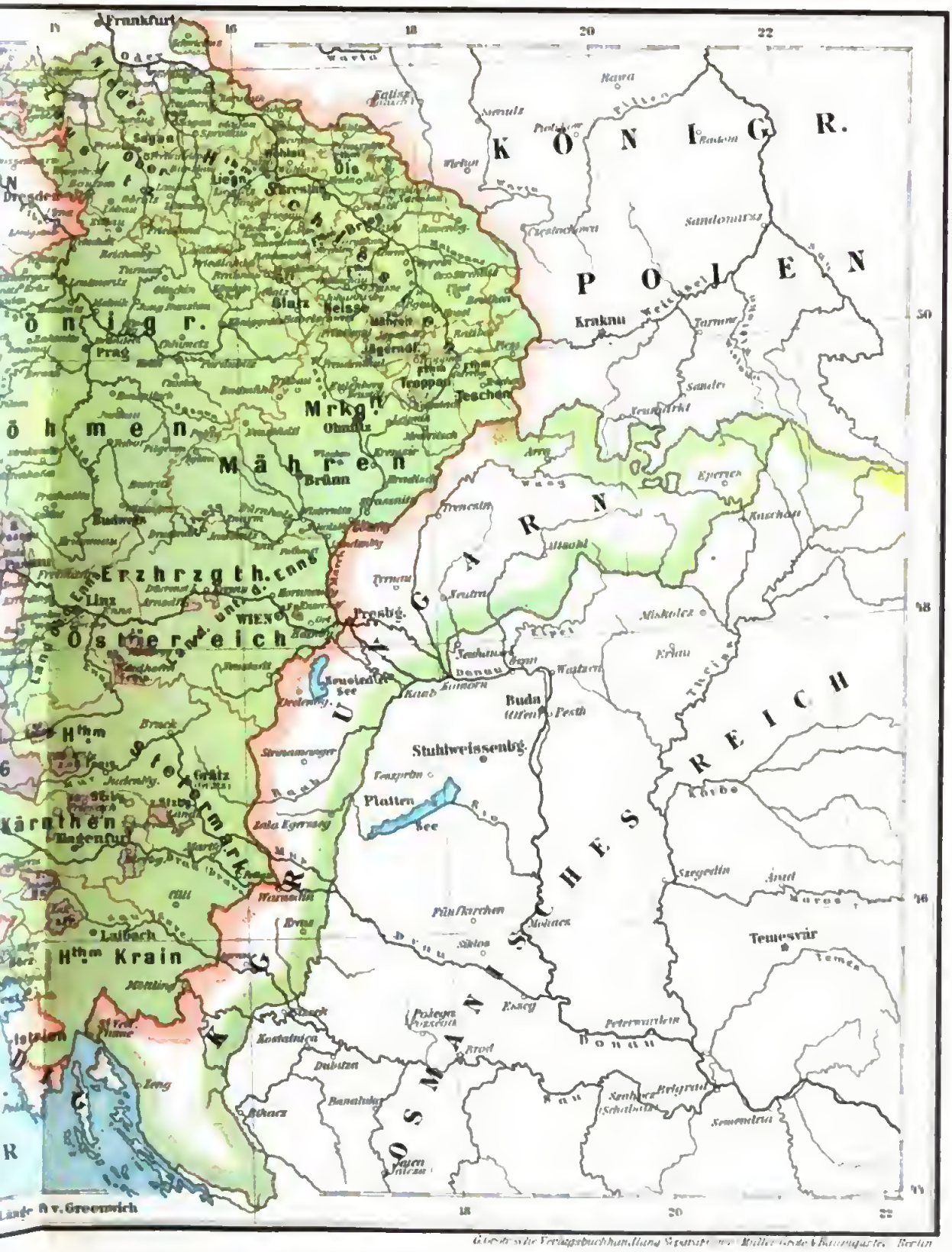
Turnierharnisch Kaiser Maximilians II.;
Wien, Kais. Artillerie-Arsenal-Museum (s. Anm. S. 20).

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 4.
Zwölf Radirungen, 1587, von Jakob de Gheyn (1565—1615), nach Heinrich Goltzius (1558—1617).

richs IV. von Frankreich vor ſeinem Regierungswechſel, und ähnlich fiel ſeine Entſcheidung. Im Dezember 1561 nahm er, nachdem die Verhandlungen wegen ſeiner Nachfolge mit den geiſtlichen Kurfürſten eröffnet worden waren, ſtatt ſeines bisherigen lutheriſchen Hofpredigers Pfauſer einen katholiſchen an, gab den päpſtlichen Nuntien Hoſius und Commendone beruhigende Verſicherungen und leiſtete endlich im Februar 1562 ſeinem Vater in Gegenwart ſämmtlicher Erzherzöge die feierliche Zuſage, er wolle die in der Wahlcapitulation vorgeſchriebene Verpflichtung zum Schutze des päpſtlichen Stuhles und der chriſtlichen Kirche gleichfalls eingehen. Das ſchloß nun, ſtreng genommen, eine directe Verleugnung ſeiner proteſtantiſchen Meinungen nicht in ſich, aber es legte ihm doch eine äußerlich katholiſche Haltung auf, welche allerdings die katholiſchen Fürſten beruhigte, aber doch ſeinem Charakter eine verhängnißvolle Doppelzüngigkeit verlieh.

Immerhin konnte es doch keinem Zweifel unterliegen, daß er nach ſeinen bisherigen innerſten Ueberzeugungen jedenfalls nicht geneigt ſein werde, dem Proteſtantismus in ſeinen Erblanden mit beſonderer Energie entgegenzutreten; er ſchlug vielmehr hier wie im Reiche eine zuweilen ſogar etwas ſchwächliche vermittelnde Richtung ein. Wenn die proteſtantiſchen Stände dann aber, im Vertrauen auf die von ihnen bereits erlangte Mehrheit in den Landtagen und auf die proteſtantiſchen Neigungen Maximilians, nicht allein die Anerkennung der Augsburger Confeſſion verlangten, ſondern ſogar offen danach ſtrebten, die neue Lehre zur alleinherrſchenden zu machen, ſo war der Kaiſer doch keineswegs geneigt darauf einzugehen. Wohl aber entſchloß er ſich am 18. Auguſt 1568 zur Freigabe der Augsburger Confeſſion in den ober- und niederöſterreichiſchen Ländern, allerdings nur für die Herren und Ritter und

Zeichn. u. Ausführung d. Geogr. artist. Anst. v. C. Opitz, Leipzig.



Frankfurt
Oder
Warta
Rawa
Pilica
KÖNIGR.
POLEN
Sandomirsz
Weichsel
Kraku
Tarnow
Sandec
Neumarkt
Dresden
Sagan
Liegn.
Breslau
Ohlau
Glatz
Neisse
Jägerndf.
Troppau
Teschen
Prag
Mrkgr.
Ohmütz
Mähren
Brünn
Budweis
Erzhrzgth.
Linz
WIEN
Österreich
Pressbg.
Neutra
Trencsin
Arva
Waag
Eperies
Kaschau
Miskolcz
Erlau
Theiss
Donau
Raab
Komorn
Buda
Pesth
Stuhlweissenbg.
Platten
See
Neusiedler See
Bruck
Steiermark
Grätz
Kärnthen
Klagenfurt
Zala Egerszeg
Warasdin
Krapa
Laibach
Krain
Mottling
Istrien
Zeng
Kostainica
Dubitza
Banaluka
Pakrac
Pozega
Brod
Essig
Peterwardein
Szabacz
Belgrad
Semendria
Jaicza
Pünfkirchen
Mohacs
Siklos
Szegedin
Arad
Maros
Temesvár
Temes
Donau
Drau
Sau
Mur
Sotla
Save
Kroatien
Slavonien
Ungarn
Türkisches Reich
Osmanische
Länge n. v. Greenwich

deren Hinterſaſſen, nicht auch für die Städte, in denen vielmehr die katholiſche Religion die ausſchließliche Geltung behalten ſollte. Dieſes Zugeſtändniß wurde dann 1571 nochmals und endgültig bewilligt. Ebenſo ertheilte er im Jahre 1575 den Lutheranern und böhmiſchen Brüdern in ſeinem Königreiche Böhmen das mündliche Verſprechen, ſie in ihrer Religion nicht zu hindern.

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 5.

Schon dieſe, auf eine beſchränkte Duldung des Proteſtantismus hinauslaufenden Zugeſtändniſſe genügten aber vollſtändig, um dieſem in kurzer Zeit das unbedingte Uebergewicht zu verſchaffen. Kurz nach dem Regierungsantritte Rudolfs II. lag dies bereits offen zu Tage. Namentlich in Oberöſterreich war die neue Lehre faſt völlig zur Herrſchaft gelangt. Unter dem dortigen Adel befand ſich im Jahre 1578 nur noch ein einziger Katholik, und auch die ſieben landtagsfähigen Städte waren, entgegen jenen Privilegien Maximilians, faſt völlig proteſtantiſch. Der Katholicismus war in Oberöſterreich bis auf wenige Reſte verſchwunden; die größere Zahl der noch vorhandenen Klöſter hatte gar keine Prälaten, die wenigen Aebte, welche ihren Klöſtern noch vorſtanden, waren meiſt, die Pfarrer faſt ſämmtlich verheirathet.

Nicht ganz ſo weit war die Entwickelung in Niederöſterreich gediehen; hier war nicht der ganze Adel, wenn auch immerhin ein ſehr beträchtlicher Theil deſſelben, proteſtantiſch, und in vielen Städten war, wenn auch nicht die Mehrzahl der Bürger, ſo doch eine nicht unbeträchtliche Minderheit bei der alten Kirche verblieben. Vor Allem aber befanden ſich in den Städten faſt alle Kirchen und damit der officielle Gottesdienſt in den Händen der katholiſchen Geiſtlichkeit.

Auch in Böhmen und Mähren bildeten die Proteſtanten, da man die alten Utraquiſten und die böhmiſchen und mähriſchen Brüder unbedenklich zu ihnen rechnen kann, die unzweifelhafte Mehrheit der Bevölkerung; namentlich

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 6.

war der Adel faſt durchweg proteſtantiſch, im mähriſchen Herrenſtande befand ſich am Schluß der Regierung Maximilians II. nur noch ein Katholik, dagegen hielten die königlichen Städte mit Ausnahme von Iglau und Znaim, die ganz proteſtantiſch waren, an der alten Kirche feſt. Und da nun in Mähren der Adel durchweg ſlaviſch, die Bewohner der Städte aber ebenſo durchweg deutſch waren, ſo fiel hier der religiöſe Gegenſatz mit dem nationalen in der Weiſe zuſammen, daß die Deutſchen das katholiſche, die Slaven das proteſtantiſche Element darſtellten.

Etwas ſtärker als in Mähren hatte ſich der Katholicismus in Böhmen behauptet, namentlich hielt ſich noch ein nicht unerheblicher Theil des hohen Adels zur alten Lehre. Immerhin war auch hier die Mehrheit des Adels und ſämmtliche Städte mit Ausnahme von Pilſen und Budweis den verſchiedenen proteſtantiſchen oder doch akatholiſchen Richtungen zugethan. So gut wie völlig proteſtantiſch war Ungarn und zwar hatten ſich dort die Städte, welche der Mehrzahl ihrer Bevölkerung nach deutſch waren, dem Lutherthum angeſchloſſen, während der Adel der energiſcheren Richtung des Calvinismus angehörte. In Schleſien endlich war der Fürſtbiſchof von Breslau im Grunde genommen die einzige wirklich feſte Stütze des Katholicismus.

So lagen die Dinge beim Regierungsantritt Rudolfs II. Wir ſahen: im Weſentlichen war die Mehrheit der Stände in allen Erbländern entſchieden proteſtantiſch, und dem entſprechend hatten ſich auch die verfaſſungsrechtlichen Zuſtände entwickelt, da in allen dieſen Gebieten die Landſtände neben dem Landesherrn eine ſehr ſelbſtändige Stellung einnahmen. Daher war auch der Widerſtand gegen die kurz nach dem Regierungsantritt Rudolfs energiſch einſetzenden Reſtaurationsbeſtrebungen nicht allein ein religiös-kirchlicher,

Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 7.

ſondern zugleich auch ein ſtändiſch-, zum Theil auch, wie in Mähren, national-politiſcher. Denn nur durch einen Angriff auf die ſtändiſche Autonomie konnte man eine Erſchütterung der Machtſtellung des Proteſtantismus zu erreichen hoffen.

Wie aber war ein ſolcher Kampf gegen die vorherrſchende Richtung in den Erbländern möglich, wie war er vollends von Seiten eines Herrſchers möglich, deſſen Walten im deutſchen Reiche durch jene abſolute Rath- und Thatenloſigkeit charakteriſirt wird, die wir früher geſchildert haben? Es liegt auf der Hand, daß der Entſchluß zur Eröffnung des Kampfes ſchwerlich der perſönlichen Initiative des ſchwachen Kaiſers zugeſchrieben werden kann. Vielfach iſt man geneigt geweſen, ihn dem Einfluß der Kurie oder des ſpaniſchen Hofes, welcher als der hauptſächlichſte Hort des katholiſch-ultramontanen Syſtems galt, zur Laſt zu legen. Aber abgeſehen davon, daß der Einfluß Spaniens auf den Hof Rudolfs II., wie wir ſchon hervorhoben, keineswegs ſo bedeutend war, wie man früher annahm, im Gegentheil namentlich nach der Verheirathung Iſabellas mit dem Erzherzoge Albrecht eine unzweifelhafte Spannung obwaltete, ergiebt auch der weitere Verlauf der Ereigniſſe, daß der ſpaniſche Hof entſchieden gegen die unbedachten und übereilten Reſtaurations-Maßregeln Rudolfs Front machte. Im Allgemeinen wird man annehmen dürfen, daß Rudolf die leidenſchaftliche Oppoſition in ſeinen Erbländern weniger durch das, was er ſelbſt aus eigenem Antriebe that, als vielmehr dadurch veranlaßte, daß er in ſeiner haltloſen Schwäche eben nichts that, um die zuerſt mehr particular auftretenden Conflicte zu beſeitigen, daß er, ſelbſt von katholiſchen Anſchauungen durchdrungen und von Widerwillen gegen die große Selbſtändigkeit der proteſtantiſchen Stände erfüllt, den eifrigen Katholiken, die aus eigenem Antriebe den Kampf gegen den Proteſtantismus aufnahmen, freie Hand ließ und ihren ungeſtüm vorwärts drängenden Maßregeln

ſeine kaiſerliche Sanction gab. Zudem darf man nicht vergeſſen, daß wie im ganzen Reiche, ſo auch in den habsburgiſchen Erbländern doch trotz des Vorſchreitens des Proteſtantismus in der Stille die Kräfte des Widerſtandes innerhalb des Katholicismus herangereift waren.

Vor Allem waren es die Zöglinge der Jeſuiten, welche ſich eine Wiederaufrichtung des Katholicismus auch hier eifrig angelegen ſein ließen und vor Allem dafür ſorgten, daß wieder würdigere Geiſtliche die kirchlichen Stellen einnahmen. Schon im Jahre 1552 hatten die Jeſuiten ihren Einzug in Wien gehalten und dort ein Collegium begründet, denen andere in Prag, Innsbruck und Ingolſtadt (1556) gefolgt waren. Und wie überall in der Welt, ſo nahm ſich auch hier der neue Orden vor Allem mit größtem Eifer der Erziehung der Jugend an, um dieſe und mit ihr die Zukunft für ſeine Beſtrebungen zu gewinnen. In der That waren es dann namentlich einige ebenſo eifrige, als hochbegabte Zöglinge dieſes Ordens, welche den ſcheinbar ausſichtsloſen Kampf gegen den Proteſtantismus mit Eifer und Energie in die Hand nahmen. In Mähren, wo ſchon um 1550 durch Herrn von Haugwitz Jeſuiten ins Land gerufen worden waren, widmete ſich mit großem Erfolge der Kardinal von Dietrichſtein der katholiſchen Reaction und wurde für ſeine Thätigkeit vom Papſte mit den Ausdrücken höchſter Anerkennung belobt. Vor Allem aber war es die unermüdliche Thätigkeit des Officials des Paſſauer Biſchofs für Niederöſterreich, Melchior Kleſel, welche für die Wiederherſtellung des Katholicismus in dieſem Lande von entſcheidender und grundlegender Bedeutung geworden iſt. Als Sohn eines lutheriſchen Bäckers in Wien 1553 geboren, trat er 1569 und nach ihm auch ſeine Eltern zum Katholicismus über und zeichnete ſich alsbald durch großen Eifer für das von ihm gewählte Bekenntniß aus. Er trat als päpſtlicher Alumnus in das Convict der Jeſuiten zu St. Barbara in Wien ein und ſtieg, 1579 zum Prieſter gewählt, ſehr ſchnell die Stufen der katholiſchen Hierarchie empor. Ein weites Gebiet für ſeine reformirende und reſtaurirende Thätigkeit wurde ihm eröffnet, als ihn der Biſchof Urban von Paſſau, in richtiger Erkenntniß ſeiner großen Begabung, zum niederöſterreichiſchen Official für die Diöceſe Paſſau mit der Reſidenz in Wien ernannte. Mit dieſer Würde verband er ſeit 1590 die Stellung als Generalreformator der niederöſterreichiſchen Lande. Selbſt ſtreng in ſeinem Lebenswandel und ein unerſchrockener Vorkämpfer für ſeine Kirche, auch gegenüber der ſtaatlichen Gewalt, wie er denn mit dem aus geiſtlichen und weltlichen Elementen gemiſchten ſtaatlichen Kloſterrath ſehr bald in heftigen Conflict gerieth, verlangte er ein gleich ſtrenges, ſittliches Leben auch von dem ihm unterſtellten Clerus und ging überhaupt vorerſt daran, den Katholicismus innerlich zu kräftigen und dadurch zum Kampf gegen den Proteſtantismus fähig zu machen. Er ſorgte vor Allem für die Beſetzung der erledigten Pfarrſtellen mit tüchtigen und ſittlich vorwurfsfreien Geiſtlichen, ſtellte häufige und ſtrenge Kloſterviſitationen an und begründete in Wien ein Cleriker-Seminar. Auf dieſem Wege brachte

REVERENDISSIMO, ET ILLVSTRISSIMO DOMINO DNO MELCHIORI
KLESEL, DEI GRATIA EPISCOPO VIENNENSI &c. SAC. CÆS. MAI.tis
CONSILII ARCANI DIRECTORI &c. RARO, IVSTO, PIO, ET
OPTIMO PRÆSVLI &c. DOMINO SVO GRATIOSISSIMO

demum fecit, et obtulit Sac. Cæs. Mai. Sculptor.
Ægidius Sadeler.
ANNO. M. DC. XV.

Cum privil. Sac. Cæs. Mtis

Melchior Klesel.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1615, von Aegidius Sadeler (1575—1629).

er es so weit, daß er nach elf Jahren sagen konnte, sämmtliche ihm untergebene Pfarreien, in welchen er bei seinem Amtsantritte kaum fünf

tüchtige Geiſtliche gefunden habe, ſeien nunmehr mit wirklichen katholiſchen Prieſtern beſetzt. Und ſchon begann er auch zum Angriff auf den Proteſtantismus überzugehen.

Wir ſahen, daß, trotzdem das Edict Maximilians II. die freie Ausübung der Augsburger Conſeſſion nur den Herren und Rittern geſtattet, den Städten aber unterſagt hatte, auch die letzteren proteſtantiſchen Gottesdienſt bei ſich eingeführt hatten. Dagegen waren nun zwar im Jahre 1578 ſcharfe Edicte ergangen, hatten aber, da es an ausführenden Organen fehlte, wenig Beachtung gefunden. Nunmehr aber drang Kleſel auf die ſtricte Durchführung derſelben und wußte es zunächſt durchzuſetzen, daß im Jahre 1588 die religiöſen Angelegenheiten in Wien dem Magiſtrate entzogen und vom Landesherrn zwei Verordneten übertragen wurden, deren einer Kleſel ſelbſt war. Bis zum Jahre 1602 brachte er ſämmtliche unteröſterreichiſchen Städte mit Ausnahme von Wien, Krems und Stein zu einem Revers, in welchem ſie ſich auf die katholiſche Religion verpflichteten. Ueberall wurden die Proteſtanten aus den Stadtämtern entfernt.

In Oberöſterreich, wo der Proteſtantismus viel tiefer eingedrungen war, wurde nunmehr gleichwohl ebenfalls verſucht, gegen ihn anzukämpfen. Im Jahre 1596 erging ein Edict, welches alle gegen die proteſtantiſche Religion bisher ergangenen Maßregeln zuſammenfaßte; doch konnte es zunächſt wegen des heftigen Unwillens des Adels, unter dem ſich Proteſtanten zu Katholiken wie dreihundert zu achtzig verhielten, nicht durchgeführt werden, um ſo weniger, als bald darauf (1597) ein zunächſt durch wirthſchaftliche Bedrückungen hervorgerufener Bauernaufſtand ausbrach, der ſich zugleich auch gegen jene religiöſen Edicte wendete. Trotzdem gelang es, die Proteſtanten wenigſtens aus allen höchſten Landesämtern zu verdrängen. Die Wirkſamkeit Kleſels fing an, auch in Oberöſterreich ihre Früchte zu zeitigen.

Kleſel ſelbſt, der nunmehr auch zu einer einflußreichen Vertrauensſtellung bei dem vom Kaiſer zum Statthalter in Oeſterreich ernannten Erzherzoge Matthias gelangte, hielt unentwegt an den Zielen ſeiner Politik feſt, die in erſter Linie auf eine energiſche Bekämpfung der Häreſie zu Gunſten der katholiſchen Kirche, dann aber auch auf eine unermüdliche Unterſtützung des öſterreichiſchen Kaiſerhauſes hinausliefen. In welchem Geiſte er ſeine Wirkſamkeit auffaßte, ergiebt ſich aus mehreren bezeichnenden Ausſprüchen, die ſich in einigen von ihm erſtatteten bezw. entworfenen kirchlich-politiſchen Gutachten finden. Da heißt es u. A.: „Die von der katholiſchen Kirche abfallen, fallen von Gott ab.“ „Die Häreſie iſt die Urſache der Rebellion. Um dem Uebel in der Wurzel abzuhelfen, wäre es das Beſte, die für Unter- und Oberöſterreich gegebene Conceſſions-Aſſecuranz (die Edicte Maximilians II. von 1568 und 1571) aufzuheben.“

Wie hätte ſich nun aber gegen eine ſo ſchroffe und einſeitige katholiſch-reactionäre Richtung nicht unter den Anhängern der proteſtantiſchen Ideen,

Erläuterung

zu der Abbildung

des großen Siegels von Kaiſer Maximilian II.

Auf einem Throne, der in eine reich ornamentirte Niſche eingebaut, von einem Baldachin überdacht iſt und hinten durch einen Teppich abgeſchloſſen wird, ſitzt der Kaiſer im Krönungsornat mit Scepter, Reichsapfel und Kaiſerkrone. Ueber ihm halten in einer über den Franſen des Thronhimmels ſich aufbauenden Muſchelniſche zwei Greife den Reichsſchild mit dem Doppeladler und der Kaiſerkrone darüber. Um den Thron herum ſind fünf Schilde gruppirt. Rechts vom Kaiſer oben das geſpaltene Wappen mit der Königskrone von Alt- und Neu-Ungarn, welches ein Adler, deſſen Kopf ein Heiligenſchein umgiebt, in den Klauen hält. Darunter vor zwei ſich aufrichtenden Löwen das quadrirte, mit der Königskrone bedeckte Wappen von Kaſtilien, Leon, Arragonien, Sizilien und Granada: letzteres in der unten eingeſetzten Spitze des Schildes. Auf dem über die Thronſtufen gebreiteten Teppich ſteht, gehalten von zwei Engelsfigürchen und mit dem Herzogshute bedeckt, der quadrirte Schild von Oeſterreich und Burgund. Links vom Kaiſer oben trägt ein Adler, deſſen Kopf von einem Heiligenſchein umgeben iſt, das Wappen von Böhmen mit der Königskrone auf dem oberen Schildrand. Darunter halten zwei Löwen das Wappen von Dalmatien, ebenfalls mit der Königskrone. — Die Umſchrift iſt in zwei Kreiſe vertheilt und lautet: MAXIMILIANVS II. D(ei). G(ratia). ELEC. ROMA. IMPERA. SEMP. AVG. AC. GER. HVNGARIE. BOHE. DALMA. CROATIE (zweiter Kreis) SCLAVO. RAME. SERVIE. GALLITIE. BOSNI. LODOMERIE. CVMANIE. BVLGARIEQ. REX.

Auf dem Bande zwiſchen den beiden Umſchriftskreiſen zu beiden Seiten der Thronſtufen ſteht die Jahreszahl der Ausführung des Stempels: MDLXVII.

Es iſt nicht bekannt, von welchem Künſtler dieſes ſchöne Siegel ausgeführt worden iſt. Dieſe Arbeit aber iſt eines der vorzüglichſten Werke deutſcher Kleinkunſt in der Renaiſſancezeit; auch als Porträt iſt der Kopf des Kaiſers vortrefflich aufgefaßt und ähnlich.

Das große Siegel Kaiſer Maximilians II.

Originalgröße. Nach dem Abdruck im königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.
Hierzu Erläuterungsblatt.

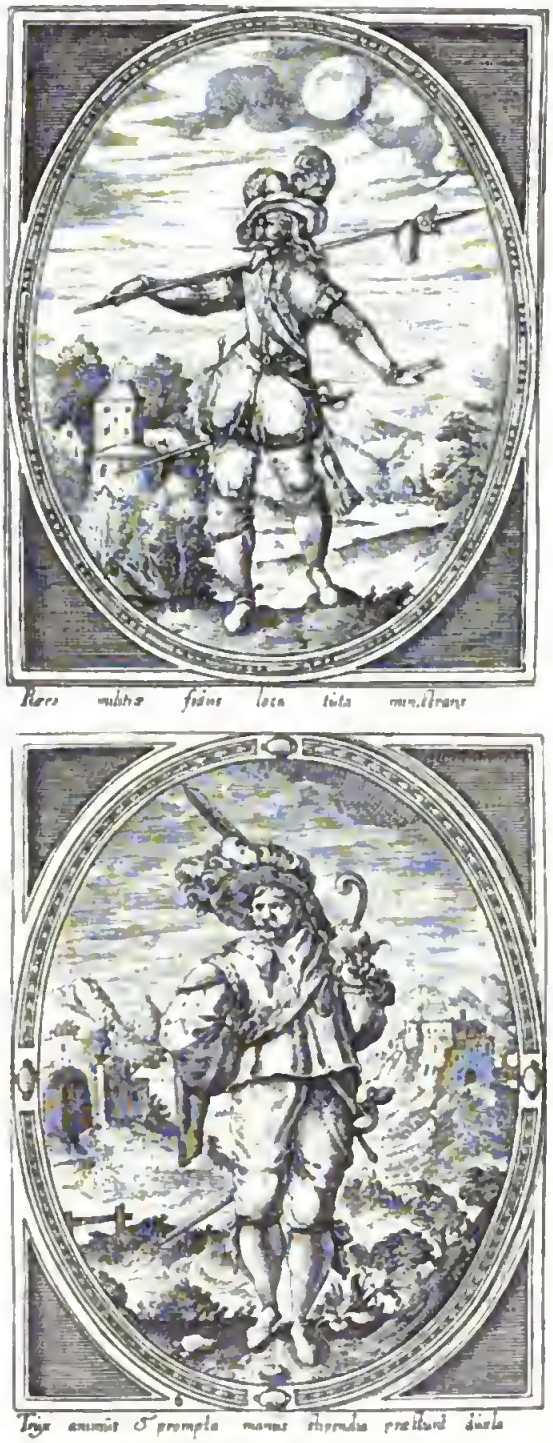
nachdem sie einmal die Mehrheit in den ständischen Körperschaften erlangt hatten, leidenschaftlicher Widerstand regen sollen? Die Opposition, welche hieraus entsprang, nahm aber alsbald zugleich einen ständischen Charakter an, da durch diese Politik des Landesherrn die Grundlagen der ständischen Verfassung ernstlich in Frage gestellt zu sein schienen. In der That wurden gegen die ständische Autonomie der einzelnen Gebiete ebenso gewaltsame Eingriffe versucht, wie gegen den zur Herrschaft gelangten Protestantismus. In dieser Richtung aber scheint wirklich der Prager Hof die vornehmste Schuld an den Conflicten, die dann entstanden, zu tragen, während, wie wir sahen, die religiös-kirchliche Reaction mehr von den autonomen kirchlichen Gewalten in den einzelnen Gebieten, Klesel in Oesterreich, Dietrichstein in Mähren, ausgegangen ist. Mancherlei verschiedenartige Beschwerden kamen da zusammen, um den Unwillen der Stände zu erregen, und die letzte Veranlassung wies zumeist auf den Prager Hof als den Ausgangspunkt hin. Die ärgerlichen, unüberlegten und daher ergebnißlos verlaufenden Hochverrathsprocesse, welche gegen einige der vornehmsten Führer der ständisch-protestantischen Bewegung, einen Carl von Zierotin in Mähren, einen Illyeshazy in Ungarn u. a. von Prag aus angestrengt wurden, riefen eine unmuthige Bewegung unter dem Adel der Erblande hervor. Inwieweit Rudolf selbst diese Maßregeln des Prager Hofes veranlaßte, läßt sich im Einzelnen mit Bestimmtheit nicht sagen. Unzweifelhaft ist, daß der Kaiser eine sehr lebhafte Abneigung gegen die particulare Selbständigkeit der einzelnen Gebiete seines Erbreiches hatte, und daß er, hierin den Spuren seines Großvaters folgend, das an sich gewiß nicht unberechtigte Bestreben hatte, dieser ständischen Autonomie gegenüber zu einer gewissen Centralisation der Verwaltung zu gelangen, für welche er in Prag eine Anzahl von Centralbehörden neu schuf oder wieder ins Leben rief. Der Geheime Rath namentlich ist unter ihm zur bestimmenden Centralbehörde geworden. Allein während Ferdinand mit der unbedingt gebotenen Vorsicht und Schonung des ständischen Selbstgefühls in dieser Richtung vorging und auf dem Wege der Vereinbarung die centralisirenden Maßregeln nicht ohne Erfolg durchzusetzen suchte, zeigen die Bestrebungen Rudolfs jene unvermittelte, sprunghafte, von einem Extrem ins andere überspringende Art, welche für seine Regierung auch im Reiche charakteristisch ist. Zum Theil wurde er darin durch die ständige Rücksicht auf die verschiedenen Phasen, welche die Successionsfrage durchlief und die ihn bewogen, bald mit dieser, bald mit jener Partei Fühlung zu suchen, bestimmt, zum andern Theil war er in seinen Entschließungen von den Einflüssen seiner Hofumgebung abhängig, die zuweilen und, je älter er wurde, um so mehr, von recht untergeordneten und staatsmännisch wenig einsichtigen Elementen ausgingen. Eben dadurch, daß der Kaiser äußerlich stets darauf bedacht war, in seinen Entschließungen unabhängig zu erscheinen und dadurch seine Regierungsfähigkeit zu beweisen, dadurch, daß er in Folge dessen seine höheren Beamten und die Botschafter der fremden Mächte, um nicht unter ihren Einfluß zu gerathen, fern von sich

Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facſimiles der Kupferſtiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

hielt und ſich immer mehr von der Außenwelt abſchloß, gerieth er, zu wirklich innerlich ſelbſtändigem Handeln kaum mehr fähig, immer mehr und mehr in Abhängigkeit von den untergeordneten Perſonen ſeiner Umgebung. Während ſeine eigentlichen Staatsbeamten Mühe hatten, eine Audienz zu erhalten, erlangten ſeine Kammerdiener eine faſt unerhörte Macht in den Staatsgeſchäften. Sehr bald kam es dahin, daß Anträge und Geſuche, Bittſchriften und alle wichtigen amtlichen Geſchäfte eigentlich nur noch durch ihre Vermittelung an den Kaiſer gelangten. Namentlich hat der Kammerdiener Philipp Lang, den man neuerdings für bedeutend genug gehalten hat, ihm eine eigene Biographie zu widmen, mehrere Jahre hindurch einen unberechenbaren und nahezu unbegrenzten Einfluß auf den Kaiſer gehabt. Der Hochmuth, mit dem Männer ſo untergeordneter Art ihren Einfluß und ihre Macht mißbrauchten, hat dann natürlich nicht geringen Unwillen unter dem einflußreichen hohen Adel der Erbländer erregt. Dazu kam jene Scheu des Kaiſers ſich öffentlich zu zeigen. In Ungarn wie in Oeſterreich verlangte und erwartete man ebenſo wie im Reiche, daß der Kaiſer perſönlich an den Verhandlungen ſeiner getreuen Stände theilnehme. Das aber war ſo gut wie niemals zu erreichen. Wäh-

rend von Prag aus fortwährend in willkürlichſter Weiſe in die altverbrieften Rechte der Stände eingegriffen wurde, war es den letzteren unmöglich gemacht, ihre Beſchwerden dem Kaiſer perſönlich vorzutragen. Verſuchte es einmal Jemand, nach Prag zu reiſen, um mit dem Kaiſer zu verhandeln, ſo gelang es faſt niemals eine Audienz bei ihm zu erlangen. Bei einer der Perſönlichkeiten, welche in den ſpäteren Umwälzungen eine hervorragende Rolle ſpielten, bei Stephan Bocskay, dem ſpäteren Fürſten von Siebenbürgen, läßt es ſich mit Beſtimmtheit nachweiſen, daß ſeine feindliche Geſinnung gegen den Prager Hof unmittelbar dadurch veranlaßt war, daß er mehrere Monate vergeblich in Prag auf die Bewilligung einer Audienz wartete.

Dieſer Zuſtand wurde aber um ſo drückender empfunden, als der berechtigten Klagen und Beſchwerden, ganz abgeſehen von den willkürlichen Eingriffen des Kaiſers in die ſtändiſchen Gerechtſame, genug und mehr als genug vorhanden waren. Vor Allem hatten die an das türkiſche Gebiet angrenzenden Lande, Mähren, Ungarn und Oeſterreich, ſehr durch die fortwährenden Grenzkriege zu leiden, die, obwohl das Reich auf den letzten Reichstagen anſehnliche Summen für den Türkenkrieg bewilligt hatte, doch vornehmlich mit den militäriſchen Kräften dieſer Grenzlande geführt werden



Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facſimiles der Kupferſtiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

mußten. Genauere Angaben beſitzen wir u. A. über das mähriſche Armeecontingent, welches von 800 Pferden und 2000 Mann Infanterie, die es im Jahre 1592 zählte, in wenigen Jahren auf 2000 Pferde und 3000 Mann Infanterie gebracht werden mußte. Und das war nur das Contingent, welches unmittelbar auf dem Kriegsſchauplatze zur Verwendung kam. Außerdem aber mußte, wenn ſich die Türkengefahr, wie das oft genug geſchah, den Landesgrenzen näherte, eine Art von Landſturm aufgeſtellt und unterhalten werden. Alles das konnte natürlich nicht ohne eine erhebliche Erhöhung der Steuern durchgeſetzt werden, welche die mähriſchen Stände unter Zierotins kluger, patriotiſcher und umſichtiger Führung anſtandslos bewilligten und weiter bewilligt hätten, wenn man in Anerkennung deſſen ihre verbrieften Rechte und Privilegien geſchont hätte. Aber während der zu jeder energiſchen Handlung unfähige Kaiſer die Vertheidigung dieſer Länder, ſo oft er auch von ihnen um Hilfe angegangen wurde, dieſen ſelbſt überließ und ihnen geradezu eröffnete, ſie möchten ſich ſelbſt helfen, wie denn auch die Mähren im Jahre 1599 einen in ihr Land einfallenden Tatarenſchwarm allein durch ihre eigenen Landestruppen unter Günther von Goltz und Dionys von Zierotin aus dem Lande hinausjagten, war er doch weit entfernt, im Uebrigen die herkömmliche Selbſtändigkeit der Stände irgendwie zu ſchonen. In Mähren, wo von Alters her die Aufnahme in das faſt ausſchließlich proteſtantiſche ſtändiſche „Landrecht“ nur durch die Abſtimmung der Mitglieder ſelbſt erfolgte und ſtets auf im Lande begüterte Adlige beſchränkt war, ernannte der Kaiſer, ohne auf dieſe Rechte Rückſicht zu nehmen, neue Mitglieder und ſetzte dem Lande im Jahre 1602 in dem gewaltthätigen und ſchroff willkürlich auftretenden Ladislaus von Berka einen Landeshauptmann, mit dem ſelbſt der eifrig katholiſche Biſchof Dietrichſtein von Olmütz (ſeit 1599) nicht auszukommen vermochte. Dieſer bei den mähriſchen Ständen ſehr verhaßte Mann wurde nun am 1. April 1603 auch mit der oberſten militäriſchen Autorität bekleidet, indem er zum Oberbefehlshaber des mähriſchen Contingents des kaiſerlichen Heeres in Ungarn ernannt wurde. Unter der von ihm begründeten, im Gegenſatz zu den ſtändiſchen Gerechtſamen ſich bewegenden Herrſchaft traten nun die früher völlig vereinzelten Katholiken in Mähren immer ſchroffer auf. Der bis dahin in Mähren unbekannte Orden der Kapuziner wurde, um dieſe Reſtaurationsbeſtrebungen zu unterſtützen, im Lande eingeführt. Nachdem ſchon im Jahre 1601 ein kaiſerlicher Befehl ergangen war, nach welchem in den Städten nur Katholiken zu Bürgern und Rathsherren aufgenommen werden durften, jagte Berka in vielen Orten, namentlich in Kromau, die proteſtantiſchen Paſtoren weg und ſetzte katholiſche an ihre Stelle. Ebenſo ging Berka noch ſchroffer und unmittelbarer, als früher ſchon geſchehen war, gegen die von der Verfaſſung gewährleiſteten ſtändiſchen Privilegien vor. Während beim Regierungsantritte Rudolfs das ganze Landrecht bis auf ein Mitglied proteſtantiſch geweſen war, brachte Berka es durch octroyirte Aufnahmen dahin, daß die Mehrheit deſſelben katholiſch wurde; ja es gelang, einige der vor-

nehmsten Führer der Proteſtanten, namentlich Karl von Zierotin (1602), geradezu aus dem Landrecht auszuſchließen. Nachdem man ſo weit gelangt war, erließ Berka im Jahre 1604 eine neue Landesordnung, welche die grundlegenden Beſtimmungen der alten, des Tobitſchauer Buches, geradezu vernichtete. Der Unwille über alle dieſe Maßregeln wurde aber allmählich ſo ſtark, daß der Kaiſer, zumal auch in der Verwaltung einige finanzielle Unregelmäßigkeiten zu Tage traten, Berka ſeines Amtes entſetzen mußte Sein Nachfolger wurde zwar ein angeſeſſener Adliger, der aber convertirter Katholik war und ebenfalls eine ſehr ſchroffe kirchenpolitiſche Haltung einnahm: Carl von Liechtenſtein. Die Zuſtände wurden immer unerträglicher. Von 1604 bis 1608 wurde in Mähren keine Gerichtsſitzung gehalten, weil der Kaiſer ſich nicht entſchließen konnte, einen Oberſtlandrichter zu ernennen. Statt deſſen wurde der unverzeihliche Fehler begangen, denſelben Ladislaus von Berka, der 1604 ſeinen Poſten wegen unzweifelhafter Unterſchleiſe hatte verlaſſen müſſen, 1607 wieder zum proviſoriſchen Landeshauptmann zu ernennen. Immer größerer Gährungsſtoff ſammelte ſich in dem Lande an, das früher treu und loyal zum Hauſe Habsburg gehalten hatte.

Aehnlich erging es in den anderen Erblanden; die Gegenſätze ſpitzten ſich in derſelben Weiſe wie im Reiche immer mehr zu. Im Jahre 1603 ſchloſſen ſich die proteſtantiſchen Stände vom Lande unter und ob der Enns zu gemeinſamer Betreibung ihrer Anſprüche zu einer Körperſchaft zuſammen, an deren Spitze der oberöſterreichiſche, eifrig calviniſche Freiherr Erasmus von Tſchernembel ſtand; dem gegenüber ſchloſſen dann 1605 auch die Katholiken unter Kleſels eigener Führung eine Einung unter einander ab, ähnlich wie ſich einige Jahre ſpäter Proteſtanten und Katholiken im Reich in der Union und Liga zu feſtgeſchloſſenen Bünden organiſirten. An Stelle der einheitlichen Staatsgewalt, die in den entſcheidenden Fragen verſagte, trat die Organiſation der einander ſchroff entgegengeſetzten Parteien, welche den Staatsverband in ſeinen Grundlagen lockern zu müſſen ſchien. Zündſtoff war an allen Punkten in Menge aufgehäuft; es bedurfte nur des Funkens, um ihn zur Exploſion zu bringen.

Dieſer Funken fiel in Ungarn. Wir ſahen ſchon, daß dort faſt die ganze Bevölkerung proteſtantiſch war, der Adel calviniſch, die Städte lutheriſch. Gleichwohl wurden auch dort katholiſche Reſtaurationsverſuche unternommen. Nachdem der Kaiſer 1598 und 1602 in Böhmen auf Betrieb des eifrig katholiſchen Kanzlers Popel von Lobkowitz ein altes Mandat Wladislaus' II. von 1508 gegen die Brüderunität wieder hervorgeholt und feierlich hatte publiciren laſſen, glaubte er auch in Ungarn in gleichem Sinne um ſo mehr vorgehen zu können, als ſeine Stellung gegenüber den Türken, ſeitdem Sigmund Battory von Siebenbürgen 1597 ſich durch Vertrag eng an ihn angeſchloſſen hatte, ſich ohne Zweifel ſehr verbeſſert hatte, ſo daß er glaubte, ohne Beſorgniß nach dieſer Seite auch in Ungarn zu einer größeren Macht gegenüber der ſtändiſchen Selbſtändigkeit gelangen zu können. Denn auf deren

Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facſimiles der Kupferſtiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

Niederhaltung kam es ihm im Weſentlichen noch mehr an, als auf die Unterdrückung des Proteſtantismus. Aus dieſem Grunde hatte er auch in den letzten Jahren die Regierung nicht mehr wie früher nach dem Rathe geborener Ungarn geführt, ſondern mit „Ausländern" regiert, die althergebrachte Stellung des Palatinats nicht mehr beſetzt und auch hier wie in Mähren Hochverrathsprozeſſe gegen einige Häupter der ſtändiſch-proteſtantiſchen Partei, wie Illyeshazy und Homonay, angeſtrengt. Als er nun im Jahre 1603 mit unzweifelhaften kirchlichen Reſtaurationsverſuchen begann und u. A. dem Capitel der von den Türken zerſtörten Stadt Erlau die proteſtantiſche Kirche in Kaſchau überwies und durch ſeinen ſiegreichen General Belgioſoſo gewaltſam einräumen wollte, kam die lange verhaltene Oppoſition der ſtändiſch-proteſtantiſchen Beſtrebungen offen zum Durchbruch. Der Reichstag von Preßburg forderte am 3. Februar 1604 ſehr energiſch die Reſtitution der Kaſchauer Kirche und Genugthuung für den gewaltſamen Eingriff. Statt nun auf eine Verſöhnung der Gegenſätze bedacht zu ſein, beging der Kaiſer eine neue verhängnißvolle Ungeſetzlichkeit. Obwohl er ſelbſt nicht, wie die Ungarn wünſchten und erwarteten, auf dem Reichstage erſchienen war, griff er ſehr perſönlich und verfaſſungswidrig in deſſen Beſchlüſſe ein, indem er

eigenmächtig die einundzwanzig vom Reichstage vereinbarten Artikel um einen zweiundzwanzigſten vermehrte, welcher die proteſtantiſche Religion in Ungarn für rechtlos erklärte und alle von den früheren Königen zum Schutz der katholiſchen Religion erlaſſenen Geſetze erneuerte. Dagegen erhoben ſich nun Magnaten und Volk in einmüthiger Oppoſition und wandten ſich an den ſoeben noch durch den Kaiſer perſönlich verletzten ſiebenbürgiſchen Edelmann Stephan Bocskay, der den anfangs ſiegreichen, dann aber aus Mangel an Sold ſchwankend gewordenen kaiſerlichen Truppen eine völlige Niederlage beibrachte. Niemandem konnte dies willkommener ſein, als den Türken, die alsbald mit Bocskay und den unzufriedenen Ungarn in nahe Verbindung traten. Bocskay ſchwang ſich unter Zuſtimmung der Türken und Ungarn zum Herrn von Siebenbürgen auf und verſuchte nun die Rebellion auch in die anderen kaiſerlichen Erblande zu übertragen. Seine wilden Schaaren ergoſſen ſich über Ungarn nach Mähren. Hier aber waren die Dinge noch nicht ſo weit gereift, daß man ſich ſogleich zum Anſchluſſe an dieſe offene Revolution entſchloſſen hätte, zumal die Truppen Bocskays nicht gerade glimpflich in den von ihnen heimgeſuchten Gebieten verfuhren. Vielmehr wandten ſich die mähriſchen und mit ihnen die ſchleſiſchen Stände um Hilfe

Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facſimiles der Kupferſtiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

an den Kaiſer, der aber dieſer von ihm ſelbſt entfeſſelten Erhebung wie immer in kritiſchen Augenblicken völlig rathlos gegenüberſtand und die Landesvertheidigung den bedrohten Ständen ſelbſt überließ. Dieſe brachten dann in der That ein Heer von 20000 Mann zuſammen und erwehrten ſich, die Mähren unter der umſichtigen Führung von Hoditz, der Bocskay'ſchen Schaaren, ſo gut es eben gehen wollte. Die kaiſerliche Macht in den Erblanden ſchien unter dieſem erſten Anprall völlig in ſich zuſammenzubrechen.

Zu dieſem Augenblick ſchwerer Bedrängniß aber mußten ſich naturgemäß vor Allem die habsburgiſchen Erzherzöge der Gemeinſamkeit ihrer Intereſſen bewußt werden. Die gänzliche Rath- und Hilfloſigkeit des Kaiſers, die das Anſehen des Geſammthauſes in Frage ſtellte und den Beſitz deſſelben ernſtlich gefährdete, mußte ihnen die ſchon ſeit einer Reihe von Jahren von den verſchiedenſten Seiten aufgeworfene Frage nahe legen, ob denn der Kaiſer bei ſeinem ſtändig fortſchreitenden Krankheitszuſtande noch fähig ſei, die Regierung zu führen, ob es nicht vielmehr an der Zeit ſei, ernſtlich auf ihn einzuwirken, daß er einen Nachfolger ernenne, der ſchon bei ſeinen Lebzeiten ſeine Stellvertretung in bedrohlichen Augenblicken übernehme. Um über dieſe Frage und über die damit zuſammenhängende Noth des Reiches zu berathen, kamen die Erzherzöge der verſchiedenen Linien des Hauſes Habsburg, die Brüder des Kaiſers, Matthias und Maximilian, und ihre ſteiriſchen Vettern Ferdinand und Maximilian Ernſt im April 1605 in Linz zuſammen und einigten ſich dahin, einmal vom Kaiſer zu verlangen, daß der von ihm in Prag angeſammelte Schatz für Heereszwecke verwendet werde, dann aber, daß Rudolf entweder ſelbſt nach Preßburg oder Wien komme, um ſich mit ſeinen Ständen zu vergleichen, oder die Regierung in Ungarn ſeinem Bruder Matthias übertrage. Außerdem aber verlangten die Erzherzöge die Ernennung eines römiſchen Königs, und zwar kamen ſie überein, für dieſe Würde den älteſten von ihnen, Matthias, vorzuſchlagen, während bisher die energiſch katholiſche Partei, die Matthias für zu nachgiebig gegenüber den Proteſtanten hielt, dem ſehr eifrigen Erzherzoge Ferdinand von Steiermark, Spanien und der Papſt dem Erzherzoge Albrecht, ſpaniſchem Statthalter in den Niederlanden, die Proteſtanten aber dem Erzherzoge Maximilian die Nachfolge im Reiche zugedacht hatten. Um dem Kaiſer dieſe Forderungen vorzulegen, begaben ſich die Erzherzöge im Juni 1605 an den Prager Hof, trafen aber in ihren hauptſächlichſten Forderungen bei Rudolf auf leidenſchaftlichen Widerſtand und vermochten zunächſt gar nichts zu erreichen. Dagegen zeigten ſich die Ungarn, welche mit der Bundesgenoſſenſchaft der Türken keine ſehr angenehmen Erfahrungen gemacht hatten, zu Friedensverhandlungen an ſich ſehr geneigt. Namentlich war ihnen, wie ſich auf dem im Weſentlichen von Stephan Illyeshazy beherrſchten Kärpſener Landtage vom December 1605 zeigte, die von den Erzherzögen aufgeſtellte Forderung, daß der Kaiſer ſeinem Bruder Matthias die Regierung in Ungarn überlaſſen ſolle, ſehr ſympathiſch. Aus nichts erhellt deutlicher als aus dieſer Thatſache, daß das tiefſinnerſte Motiv

der ungarischen Erhebung nicht eigentlich die katholische Richtung der Politik des Kaisers im Allgemeinen, sondern seine mit gänzlicher Energielosigkeit im Großen gepaarten willkürlichen Eingriffe in die ständische Verfassung, wie seine beständige Entfernung aus Ungarn war. Denn von dem Erzherzoge Matthias, dessen einflußreichster Rathgeber der eifrig katholische Reformator Klesel war, eine unbedingte Nachgiebigkeit gegenüber dem Protestantismus und eine akatholische Haltung zu erwarten, waren sie nach dem, was bisher über ihn verlautbart war, in keiner Weise berechtigt. Worauf es ihnen ankam, war vor Allem, ihren Landesherrn unter sich zu haben und vor willkürlichen und jeder Kenntniß der Bedürfnisse des Landes entbehrenden Eingriffen des fernen Prager Hofes geschützt zu sein. Natürlich hofften sie daneben auch, von dem in ihrer Mitte weilenden Landesherrn auch auf religiösem Gebiete ein größeres Maß von Entgegenkommen zu finden. Sie ordneten daher eine eigene Botschaft an Matthias ab, um mit diesem weiter zu verhandeln.

Matthias sah sich vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Obwohl durch die Zustimmung der anderen Erzherzöge in der Hauptsache gedeckt, trug er doch Bedenken, sich seinem kaiserlichen Bruder geradezu feindlich gegenüberzustellen. Er beschloß, noch einmal einen Versuch zu machen, ihn umzustimmen. Gemeinschaftlich mit seinem Bruder Maximilian und seinem Vetter Ferdinand begab er sich im December 1605 nochmals nach Prag und erreichte jetzt wenigstens so viel, daß Rudolf ihm Vollmacht zu Verhandlungen mit den Ungarn und den Türken, allerdings vorbehaltlich seiner Genehmigung, ertheilte. Nach seiner Rückkehr aus Prag gelang es ihm dann sehr schnell, zunächst einen Waffenstillstand mit Bocskay bis zum 24. Juli 1606 abzuschließen. Dann wandte er sich zu den Verhandlungen mit den Ungarn, mit denen am 9. Februar 1606 eine Einigung über sechszehn Artikel zu Stande kam, die ein hohes Maß von Zugeständnissen von Seiten Matthias' enthielten. Dem protestantischen Bekenntnisse wurde gesetzliche Freiheit bewilligt, Matthias sollte zum Stellvertreter des Kaisers mit ausgedehntester Vollmacht ernannt, Bocskay im Besitze Siebenbürgens und eines großen Theils von Ungarn bestätigt werden. Von allen diesen Bedingungen des Präliminarvertrages bestätigte der Kaiser zunächst nur eine: er ernannte am 21. März 1606 Matthias in der That zu seinem Stellvertreter in Ungarn, sonst aber gab er nicht nach und wollte den Frieden auf diese Bedingungen hin nicht abschließen. Da entschlossen sich die Erzherzöge noch einmal zu einem sehr eigenmächtigen Schritte gegenüber dem Kaiser. Auf einer Zusammenkunft in Wien schlossen sie am 25. April 1606 einen Vertrag, in welchem sie den Erzherzog Matthias in aller Form als den Erstgeborenen zum Haupt und zur Stütze des Hauses erklärten. Dadurch erhielt dieser einen so starken Rückhalt in seiner Stellung, daß er sich entschloß, am 23. Juni 1606 mit den Ungarn in Wien einen förmlichen Frieden abzuschließen, bei dem freilich die Ratification des Kaisers noch immer vorbehalten wurde. Der Wiener Friede stellte dem Adel, den Städten und den privilegirten, der Krone un-

Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facſimiles der Kupferſtiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

mittelbar untergebenen Gemeinden die Uebung des lutheriſchen und reformirten Bekenntniſſes frei, ſtellte die Wahl eines Palatins in Ausſicht und beſtätigte Bocskay im Beſitze von Siebenbürgen und ſieben ungariſchen Comitaten, die aber nach ſeinem Tode an den Kaiſer zurückfallen ſollten. Allein Rudolf verweigerte anfangs die Ratification vollſtändig, und als er ſie am 6. Auguſt endlich vollzog, machte er ſo viele Vorbehalte, daß Matthias ſie den Ungarn gar nicht mitzutheilen wagte, ſondern vorgab, der Kaiſer habe die volle Ratification ertheilt. Am 11. November kam dann in Zſitva-Torok auch der Friede mit den Türken auf Grundlage des augenblicklichen Beſitzſtandes, aber gegen die einmalige Zahlung der ſehr beträchtlichen Summe von 200 000 Gulden zu Stande. Bald darauf ſtarb Stephan Bocskay. Da nun, entgegen den Beſtimmungen des Friedens, nach denen nach deſſen Tode ſeine Lande an den Kaiſer zurückfallen ſollten, an ſeiner Stelle Sigismund Ragoczy zu ſeinem Nachfolger gewählt wurde, ſo benutzte dies Rudolf als willkommenen Vorwand, um die Ratification des Zſitva-Toroker Friedens, nachdem er ſie am 9. December 1606 vollzogen hatte, zurückzuhalten. Zugleich verlangte er von Matthias, gegen den er wegen ſeines eigenmächtigen Vorgehens einen nie mehr völlig überwundenen

Groll gefaßt hatte, die Entlaſſung ſeiner vornehmſten Räthe, Kleſel, Krenberg und Cavriani, denen er die Initiative zu den Entſchlüſſen ſeines Bruders zuſchrieb. Matthias aber lehnte dieſe Forderung in faſt verletzender Form ab. Der Conflict zwiſchen den Brüdern nahm eine immer ſchärfere Form an. Und ſchon ging der Kaiſer daran, der von ſeinem Bruder eingeſchlagenen Politik nicht bloß ſeine Ratification zu verſagen, ſondern direct entgegenzuwirken.

Nicht vollſtändig hatte Rudolf im März 1606 zu Gunſten ſeines Bruders auf ſeine Herrſchaft in Ungarn verzichtet; nicht die Königswürde hatte er ihm übertragen, wie das ſpäter geſchehen iſt, ſondern er hatte ihn nur zu ſeinem Statthalter ernannt. In den wichtigſten Fragen, namentlich in Bezug auf die Verhandlungen mit den ungariſchen Ständen ſelbſt, behielt er ſich die Entſcheidung, namentlich das Recht der Berufung des Landtages vor. Aber zur Ausübung dieſes Rechtes fehlte es ihm wieder an der Fähigkeit des Entſchluſſes. Zweimal im Jahre 1607 berief er den Reichstag nach Preßburg, beide Male vertagte er ihn im letzten Augenblicke wieder. Die ſchon hierüber aufgebrachten Magnaten wurden noch mehr erbittert, als es ſich immer deutlicher herausſtellte, daß der Kaiſer weder den Frieden mit ihnen noch den mit den Türken einzuhalten beabſich-

Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.

Facſimiles der Kupferſtiche, 1588, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

tige, vielmehr auf Erneuerung des Krieges ſinne. In der That hatte er in unbegreiflicher Verblendung und Ueberſchätzung ſeiner Kräfte im September 1607 mit den Rüſtungen gegen die Ungarn und Türken und damit auch gegen ſeinen Bruder Matthias begonnen, die er aber nach ſeiner Weiſe in durchaus ungenügender und unentſchloſſener Weiſe betrieb. Die Hauptſache erhoffte er von neuen Bewilligungen des von ihm nach Regensburg ausgeſchriebenen Reichstages, von dem er eine neue Türkenhilfe fordern wollte. Er bedachte dabei nicht, daß die deutſchen Stände, an ſich ſchon wenig geneigt, nach den beträchtlichen Bewilligungen von 1598 und 1603 noch neue Mittel herzugeben, dazu jetzt, da der Friede mit den Türken in der Hauptſache geſchloſſen war und nur noch der von den Ständen eifrig gewünſchten kaiſerlichen Beſtätigung harrte, noch weniger bereit ſein würden, zumal da die Proteſtanten in der Erneuerung der Feindſeligkeiten gegen die ungariſchen und öſterreichiſchen Proteſtanten zugleich eine Gefährdung für ſich ſelbſt erblickten. Daß aber die etwa bewilligten Mittel nicht nur gegen die Türken, ſondern auch gegen die proteſtantiſchen Stände in den kaiſerlichen Erblanden Verwendung finden würden, wußten die Proteſtanten im Reiche ſehr genau. Gerade die hierdurch hervorgerufenen ſehr ernſten Beſorgniſſe für das Schickſal des Proteſtantismus im Reiche führten die verſchiedenen Richtungen der deutſchen Proteſtanten enger als je zu einander und veranlaßten, zum erſten Male ſeit langen Jahren, ſelbſt Kurſachſen, mit den Calviniſten unter Kurpfalz's Führung auf dem Reichstage von 1608 zuſammenzugehen. Neben dem im engeren Sinne kirchlich-politiſchen Conflicte, der auf dem Regensburger Reichstage zu Tage trat, waren es auch jene Vorgänge in den kaiſerlichen Erblanden, welche die Proteſtanten zur Sprengung des Reichstages veranlaßten und ihnen lebhafter als je zuvor den Gedanken einer engen Vereinigung unter einander eingaben.

Auf Bewilligungen von Seiten des Reiches hatte alſo der Kaiſer in dieſem Kampfe, den er in verhängnißvoller Entſchließung auf ſich nahm, nicht zu rechnen. Seine eigenen Kräfte aber hätten, ſelbſt wenn er ſie mit voller Energie zur Geltung zu bringen verſtanden hätte, nicht ausgereicht, der vereinigten Macht ſeiner im Abfall begriffenen Erbländer und der der Türken erfolgreich entgegenzutreten. Noch bevor Rudolf mit ſeinen Rüſtungen auch nur einigermaßen zum Abſchluß gekommen war, kamen ihm die Erblande, vor Allem Ungarn, mit einer tiefgreifenden Bewegung zuvor; ſie durften hoffen, daß ſich des Kaiſers eigener Bruder an ihre Spitze ſtellen werde. Und nicht minder groß als in Ungarn war jetzt die Gährung in Mähren und Oeſterreich; allenthalben fürchtete man, daß die Ergebniſſe der letzten Friedensſchlüſſe durch das Treiben des Prager Hofes wieder rückgängig gemacht werden würden. Noch einmal, zum letzten Male, verſuchte Matthias, durch perſönliche Einwirkung auf Rudolf dieſen zu überzeugen, daß die in den Friedensſchlüſſen von Wien und Zſitwa-Torok eingeſchlagene Richtung der Politik der einzige Weg zur Erhaltung der habsburgiſchen Herrſchaft in dieſen Gebieten ſei. Als es ihm nicht gelang, den Bruder umzuſtimmen, that er

den ersten wirklichen Schritt zur Revolution, indem er seinerseits den ungarischen Reichstag nach Preßburg berief und sich damit jetzt an die Spitze der ständischen Opposition gegen den Kaiser stellte. Er that es unter der Einwirkung von Rathgebern, deren katholische Gesinnung über allen Verdacht erhaben ist, die aber gleichwohl die Nothwendigkeit eines gewissen Maßes von Zugeständnissen anerkannten.

Noch bevor der Preßburger Reichstag zusammentrat, war es den ungarischen Magnaten gelungen, Verbindungen mit der gleichgesinnten Opposition in Mähren und Oesterreich anzuknüpfen, in die auch Matthias eingeweiht war. In diesen Verhandlungen hat namentlich der keineswegs fanatisch-protestantische, aber für die ständische Verfassung seines Landes begeisterte mährische Staatsmann Karl von Zierotin, der seine gemäßigte Gesinnung später mehr als einmal deutlich an den Tag legte, eine hervorragende und eifrige Thätigkeit entwickelt. Auch er hatte klar erkannt, daß die unberechenbare Politik des Prager Hofes nur zum Verderben der habsburgischen Erbländer ausschlagen könne. Gleich den weit radikaleren österreichischen und ungarischen Protestanten sah auch er jetzt in der Losreißung von der Herrschaft Rudolfs das einzige Heil. Auf einem seiner Schlösser, in Rositz, hat im December 1607 eine Versammlung der Häupter der Opposition der drei Länder stattgefunden, die sich im Wesentlichen über ein gemeinsames Vorgehen einigte. Zugleich verhandelte Zierotin auf der einen Seite mit Christian von Anhalt, der für den äußersten Fall eine Unterstützung durch die Protestanten im Reiche in Aussicht stellte, auf der andern Seite durch Vermittelung seines Schwagers Albrecht von Waldstein (Wallenstein) mit dem Erzherzoge Matthias, der seinerseits jetzt einen Ausschuß der ober- und niederösterreichischen Stände nach Wien berief, auf deren Anrathen dann aber zunächst nach Preßburg reiste, um dort persönlich den Verhandlungen des ungarischen Reichstages beizuwohnen.

In der That war dort seine Anwesenheit dringend erforderlich. Denn nicht so ganz ohne Widerstand, wie man wohl erwartet hatte, ist dort der Beschluß, förmlich vom Kaiser abzufallen, gefaßt worden. Die wenigen noch vorhandenen katholischen Prälaten und einige weltliche katholische Mitglieder des Reichstages traten nicht ohne Wärme für den Kaiser ein. Wohl waren auch sie in der Hauptsache für Aufrechterhaltung des Wiener Friedens, aber denselben nun auch im Gegensatz zum Kaiser mit Gewalt durchzusetzen waren sie doch nicht geneigt. Nicht ohne scharfe Opposition von ihrer Seite ist dann am 1. Februar 1608 der Beschluß zu Stande gekommen, den Wiener und Zsitwa-Toroker Frieden *gegen Jedermann ohne* Ausnahme, d. h. auch gegen den Kaiser, aufrecht zu erhalten. Die Ausschüsse der österreichischen Stände, welche ebenfalls nach Preßburg herbeigeeilt waren, traten diesem Beschlusse bei. Am 24. Februar nahm dann ein von Matthias nach Wien einberufener österreichischer Landtag die Preßburger Beschlüsse an, aber auch hier erst nach schweren Kämpfen, in denen selbst Klesel gegen Matthias auftrat.

Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facſimiles der Kupferſtiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Manr.

So wurden faſt in denſelben Tagen zu Regensburg und zu Preßburg, dort von den Ständen des Reiches, hier von denen der Erblande, Beſchlüſſe von weittragendſter Bedeutung gefaßt, welche für den Kaiſer und die Aufrechterhaltung ſeiner Macht von den verhängnißvollſten Folgen begleitet ſein mußten. Es war nur natürlich, daß die ſiegreiche Oppoſition gegen den Kaiſer in Preßburg mit der proteſtantiſchen Oppoſition in Regensburg in Verbindung zu treten ſuchte. In der That richteten die Ungarn mehrere Schreiben an den Kurfürſten von der Pfalz und die übrigen proteſtantiſchen Fürſten in Regensburg. Auch Matthias aber fühlte das dringende Bedürfniß, ſich vor den deutſchen Fürſten zu rechtfertigen, vor Allem wegen ſeiner Erhebung gegen den Kaiſer, vor den katholiſchen noch beſonders wegen ſeiner Verbindung mit den Proteſtanten der Erblande. Zu dieſem Zwecke ſandte er den im April 1606 von den Erzherzögen der verſchiedenen Linien geſchloſſenen Vertrag nach Regensburg, um ſich durch die darin enthaltene Zuſtimmung ſeiner Brüder und Vettern zu decken. Aber Ferdinand, längſt mißtrauiſch wegen der allzu großen Nachgiebigkeit ſeines Bruders gegenüber den Proteſtanten und auch ſonſt nicht geneigt, den Gegenſatz gegen den Kaiſer bis zu offener Rebellion wachſen zu

laſſen, ſagte ſich jetzt förmlich von dem Unternehmen ſeines Vetters los und ſandte die in ſeine Hände gefallenen Briefe der ungariſchen Magnaten nebſt der Abſchrift des Aprilvertrages von 1606 an den Kaiſer ein mit der demüthigen Bitte, ihm die Theilnahme an dem letzteren zu verzeihen.

Inzwiſchen aber waren die Dinge in Ungarn, Mähren und Oeſterreich ſo weit gediehen, daß nicht mehr daran zu denken war, ſie rückgängig zu machen. Auch ſtand die Sache keineswegs ſo, daß alle katholiſchen Elemente in derſelben Weiſe wie Ferdinand das Vorgehen des Erzherzogs Matthias mißbilligt hätten. Zu ſehr lag die Regierungsunfähigkeit Rudolfs zu Tage, als daß man nicht auch von katholiſcher Seite die Nothwendigkeit einer Aenderung dieſes Zuſtandes dringend empfunden hätte. Selbſt der ſpaniſche Geſandte hat Matthias mit Geld unterſtützt. Vor Allem aber rafften ſich die vom Kaiſer abgefallenen Länder ſelbſt zu energiſchen Kraftleiſtungen auf. Der Führer der ungariſchen Heiducken, Andreas Nagy, trat mit dem türkiſchen Paſcha von Ofen in Verbindung; ein Heer von 20000 Mann wurde aufgeſtellt. In ſtürmiſchen Berathungen ſchloſſen ſich die mähriſchen Stände der ungariſchen Bewegung an. Eine kaiſerliche Geſandtſchaft, beſtehend aus dem Cardinal von Dietrichſtein und Wilhelm von Slawata, welche

Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts.
Facſimiles der Kupferſtiche, 1598, von Heinrich Ullrich nach Paulus Mayr.

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 8.
Zwölf Radirungen, 1587, von Jakob de Gheyn (1565—1615), nach Heinrich Goltzius (1558—1617).

die Mähren auffordern ſollte, Deputirte zu einem vom Kaiſer berufenen Generallandtage von Böhmen, Mähren, Schleſien und Lauſitz für den 14. April nach Prag zu entſenden, erhielt eine entſchieden abſchlägige Antwort. Der von dem mähriſchen hohen Adel eigenmächtig nach Eibenſchitz einberufene mähriſche Landtag, auf dem die in der Hauptſache kaiſerlich geſinnten Städte nicht vertreten waren, ſchritt zu offen revolutionären Handlungen fort, indem er den kaiſerlichen Landeshauptmann Berka förmlich abſetzte und eine proviſoriſche Regierung einrichtete, an deren Spitze Karl von Liechtenſtein trat (13. April 1608). Am 19. April ſchloß ſich der mähriſche Landtag dem Preßburger Bündniß an, ja er ging über dasſelbe hinaus, da er nicht nur Durchſetzung der Beſtätigung der Friedensſchlüſſe, ſondern auch die Vertheidigung der Rechte und Freiheiten der Länder verlangte. Das ſtändiſche Princip trat hier, wo Zierotin eine Alles beherrſchende Stellung einnahm, faſt noch mehr in den Vordergrund als das religiös-proteſtantiſche.

Nunmehr betrieb auch Matthias, nachdem im März Kleſel noch einmal vergeblich verſucht hatte, auf den Kaiſer in männlich offener und entſchiedener Weiſe einzuwirken, ernſtlich die Rüſtungen zum offenen Kampfe; nach kurzer Zeit hatte er durch die opferwillige Unterſtützung der Stände der verſchiedenen Länder ein Heer von 20 000 Mann zuſammen, an deſſen Spitze er Sigmund von Herberſtein ſetzte. Ein zweites Heer von 18 000 Mann unter Valentin Hommonays' Führung wurde an der ungariſchen Grenze aufgeſtellt. Vergeblich verſuchte jetzt der Kaiſer durch eine zweimalige Geſandtſchaft Dietrichſteins das über ihn hereinbrechende Unheil zu beſchwören; Matthias hätte jetzt auf ſeine noch immer ſehr beſcheidenen Anerbietungen nicht mehr eingehen können, ſelbſt wenn er es gewollt hätte. Seitdem er einmal an die

Die Garden Kaiser Rudolfs II. Nr. 9.

Spitze der ständischen Bewegung getreten war, war er nicht mehr völlig und allein Herr seiner Entschlüsse; er konnte und durfte sich nicht mehr mit der Erreichung seiner persönlichen Forderungen begnügen, sondern mußte auch die der mit ihm verbundenen Stände durchsetzen. Eifersüchtig wachten darüber, daß das geschehe, die Vertreter der verschiedenen Länder, die sich in seiner Umgebung befanden.

Am 23. April rückte Matthias, von der Bevölkerung mit Jubel empfangen, in Znaim in Mähren ein und erließ alsbald ein Manifest, in welchem er sein Vorgehen rechtfertigte und die böhmischen Stände auf den 4. Mai nach Czaslau entbot. Allein in Böhmen waren die Dinge zu einem offenen Anschlusse an die Empörung noch nicht gediehen, zum Theil auch deshalb, weil die Böhmen, eifersüchtig auf ihre Vorrechte gegenüber den Kronländern Mähren und Schlesien, von Mißtrauen gegen deren autonome Bewegung erfüllt waren. Als Matthias am 10. Mai in Czaslau eintraf, fand er von den böhmischen Ständen Deputirte nicht vor — selbst der vornehmste Führer der Protestanten, Rosenberg, war nicht erschienen —, wohl aber Gesandte des Kaisers und der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, welche Rosenberg auf Veranlassung Christians von Anhalt zur Vermittelung ausersehen hatte. Dieselben waren angewiesen, wenn möglich in einem Vertrage die Grundsätze für die Regelung sämmtlicher österreichischer Interessen festzusetzen und zugleich das öffentliche Recht in Ungarn, Böhmen und Oesterreich fortan unter die Garantie des deutschen Reiches zu stellen. Aber die Verhandlungen führten zu keinem Ergebniß und konnten zu einem solchen nicht führen, weil sie in einem zu späten Stadium der Entwickelung unternommen wurden. Nur volle Loslösung von der Herrschaft des Kaisers konnte jetzt noch die Wünsche der aufständischen Länder befriedigen. Dringend rieth daher der spanische Gesandte Clemente dem Kaiser, Matthias zu befriedigen, indem er ihm Ungarn

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 10.

und Oeſterreich vollſtändig überlaſſe und ihm die Anwartſchaft auf die böhmiſche Krone zuſage. Am 8. Mai entſchloß ſich der Kaiſer trotz des Einſpruchs ſeines Kanzlers Lobkowitz dazu, auf dieſer Grundlage mit Matthias zu verhandeln, da er in der That keine Machtmittel in der Hand hatte, der Bewegung in irgend einer Weiſe Herr zu werden. Matthias aber ließ ſich auch durch die jetzt ernſtlich begonnenen Unterhandlungen nicht abhalten, den Kaiſer das Uebergewicht ſeiner Waffen empfinden zu laſſen. Unaufgehalten rückte er am 14. Mai bis Kolin, am 19. nach Böhmiſch-Brod, wenige Meilen von Prag, vor. Im erſten Schrecken über dieſe drohende Nähe des feindlichen Heeres beabſichtigte Rudolf alles Ernſtes zu fliehen und wurde nur mit Mühe von ſeiner Umgebung davon abgehalten. Ein weiterer Widerſtand war um ſo mehr unmöglich, als in dieſem Augenblicke auch der am 23. Mai von Rudolf perſönlich eröffnete böhmiſche Landtag alsbald mit ſeinen religiöſen und politiſchen Forderungen hervortrat, die Budowec in fünfundzwanzig Artikeln formulirte. Die Gefahr lag nahe, daß die Böhmen ſich mit den aufſtändiſchen Ungarn, Mähren und Oeſterreichern vereinigen könnten. Es iſt bezeichnend für des Kaiſers völlig unbedachte Politik, daß er in dieſem kritiſchen Augenblicke ſich von ſeinem Kanzler Lobkowitz beſtimmen ließ, die Bewilligung der Forderungen der böhmiſchen Stände zu verweigern (24. Mai). Als nun aber am 25. Mai die Abgeſandten von Matthias und ſeinen Verbündeten im böhmiſchen Landtage erſchienen und Zierotin in einer meiſterhaften Rede die Böhmen zum offenen Anſchluß an die Rebellion aufforderte, erkannte Rudolf doch die ganze Größe der Gefahr und entſchloß ſich zunächſt ſeinen böhmiſchen Ständen gegenüber zur Nachgiebigkeit, indem er am 29. die fünfundzwanzig Artikel mit Ausnahme des Religionsartikels bewilligte, über den ein beſonderer Landtag entſcheiden ſollte. Da ſich die Stände damit zunächſt zufrieden gaben, ſo mußte

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 11.

Matthias nunmehr, wie ſeine eigene Umgebung einſah, auf die directe Eroberung Böhmens verzichten. Um ſo energiſcher beſtand er aber gegenüber den Anerbietungen des Kaiſers, die ſich nur auf die Abtretung von Oeſterreich und Ungarn erſtreckten, darauf, daß dieſelbe auch auf Mähren ausgedehnt werde, welches Rudolf nicht aufgeben wollte, weil es zu den mit der Krone Böhmen vereinigten Kronländern gehöre. Hierüber iſt es noch zu ziemlich erregten Verhandlungen, erſt in Dubec (11. bis 17. Juni), dann in Lieben (18. bis 24. Juni) gekommen, in denen die Böhmen ebenſo energiſch die Aufrechterhaltung der alten Verbindung Mährens mit Böhmen forderten, wie die Mähren auf der Trennung beſtanden und Matthias zwangen, für dieſelbe einzutreten. Am 25. Juni kam es dann doch endlich zum Abſchluß des Vertrages, nach welchem Matthias als Gubernator nicht bloß von Oeſterreich, ſondern auch von Mähren und als König von Ungarn anerkannt wurde. Mähren erhielt ausdrücklich das Recht, falls Matthias vor Rudolf ſterbe, ſich einen andern Herrn aus dem Hauſe Habsburg auf die Lebensdauer Rudolfs zu wählen; denn unter des Letzteren Herrſchaft auch nur vorübergehend zurückzukehren hätten die Mähren niemals bewilligt. Außerdem wurde Matthias die Nachfolge und für den Fall, daß der Kaiſer Leibeserben hinterlaſſe, die Regentſchaft in Böhmen zugeſichert. Endlich ertheilte Rudolf nunmehr dem Frieden mit den Türken ſeine Beſtätigung. Die einzige Gegenconceſſion, die Matthias machte, war der Verzicht auf ſeine Anſprüche auf Tyrol zu Gunſten des Kaiſers. In feierlichem Zuge wurde dann am 27. Juni die ungariſche Königskrone in das Lager Matthias' überbracht und deſſen Krönung zum Könige von Ungarn vollzogen. Der Kaiſer war mit einem Federſtriche des größten Theils ſeiner Erblande beraubt.

Der Erfolg aber kam faſt noch mehr als Matthias der ſiegreichen ſtändiſchen Oppoſition der Erblande zu gute. Sie war die eigentliche Siegerin und ging alsbald auch daran, die Früchte des Sieges auch etwa in Zukunft bevorſtehenden Eingriffen ihres neuen Herrn gegenüber ſicher zu ſtellen. Am 29. Juni ſchloſſen die unirten Stände von Oeſterreich, Ungarn und Mähren in Sterbohol ein geheimes Bündniß, in welchem ſie ſich zu gegenſeitiger Unterſtützung behufs Aufrechterhaltung ihrer Privilegien und Rechte verpflichteten. Die Verſuche Rudolfs, die religiöſen Freiheiten und die autonomen ſtändiſchen Privilegien ſeiner Erblande zu Gunſten einer centraliſirteren Verwaltung zu brechen, hatten, ungeſchickt, ſyſtemlos und unbedacht, wie ſie unternommen worden waren, zu einem den Abſichten des Kaiſers genau entgegengeſetzten Reſultate geführt: die ſtändiſche Selbſtändigkeit triumphirte offen über jede Centralgewalt, der Kaiſer ſelbſt aber hatte die Herrſchaft in dem größten Theile ſeiner Erbländer ebenſo verloren, wie ihm die Zügel der Regierung im Reiche vollſtändig aus den Händen zu fallen drohten.

Und ſchon gährte es auch in Böhmen, wo er noch ſoeben mit Mühe den Sturm beſchwichtigt hatte.

Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 12.

Unruhen in Böhmen. Der Majestätsbrief.

Mit den Liebener Verträgen, in denen der Kaiser auf den größten Theil seiner Erblande zu verzichten gezwungen war, schien der tiefste Punkt in der Entwickelung seiner Machtstellung erreicht zu sein. Eine weitere Demüthigung des schwachen Kaisers schien nicht im Interesse irgend eines der betheiligten Factoren zu liegen. Im Gegentheil waren Anzeichen dafür vorhanden, daß schon die bisherige Entwickelung, welche nicht nur die persönliche Stellung Rudolfs, sondern auch seine kaiserliche Würde ernstlich gefährdete, doch von vielen Seiten mit Mißbilligung betrachtet werde. Wir sahen, daß schon während des Verlaufs der Ereignisse selbst von verschiedenen Seiten Vermittelungsversuche gemacht worden waren. Auch unter den Protestanten im Reiche tauchte wiederholt der Gedanke auf, sich des bedrängten Kaisers anzunehmen und ihn dadurch in seiner Reichspolitik zu einer Schwenkung zu ihren Gunsten zu veranlassen. Vor Allem aber glaubte das Kurfürstencollegium, welches mit Recht den Anspruch erhob, in allen entscheidend wichtigen Fragen des Reiches zur Mitwirkung herangezogen zu werden, einer Entwickelung, welche zur Vernichtung der kaiserlichen Centralgewalt zu führen drohte, nicht unthätig zuschauen zu dürfen. Die geistlichen Kurfürsten, welche am 7. Juli 1608 in Andernach zusammenkamen, ließen deutlich eine dem Vorgehen des Erzherzogs Matthias feindliche Gesinnung erkennen und hielten sich geradezu für verpflichtet, den Kaiser in der Wiedergewinnung des Verlorenen zu unterstützen. Sie beschlossen, zunächst eine Gesandtschaft nach Prag zu senden, um mit Rudolf in Unterhandlung zu treten und sich über die wahre Lage der Dinge am Prager Hofe zu unterrichten. Allein eben diese Gesandtschaft, an deren Spitze der kurkölnische Rath Hennot stand, überzeugte sich doch sehr bald davon, daß eine gemeinsame Politik mit dem Kaiser unmöglich sei. Was sie in Prag wahrnahm, rief in ihr die Ueberzeugung wach, daß Rudolf in der That unfähig sei, irgend eine klare und folgerichtige Politik zu verfolgen.

In den Kreisen der weltlichen Kurfürsten war diese Ueberzeugung schon seit längerer Zeit vorhanden. Den Anknüpfungs- und Vermittelungsversuchen

gegenüber, welche von dieſer Seite wiederholt unternommen worden waren, hatte der Kaiſer eine ſo ſchwankende und unſichere Haltung beobachtet, daß man auf jeden weiteren Erfolg zunächſt verzichtete. Zudem lag auf der Hand, daß Rudolf's verzweifelte Lage in erſter Linie durch ſeine Bedrückungen der Proteſtanten in den Erblanden veranlaßt worden war. Wie hätten alſo die proteſtantiſchen Kurfürſten ohne beſtimmte Zuſicherungen von Rudolfs Seite große Neigung verſpüren ſollen, ſich ſeiner thatkräftig anzunehmen? Als auch die weltlichen Kurfürſten, wie vorher die geiſtlichen, ſich zu einer Berathung über die Lage des Reiches zuſammenfanden (in Hof in Bayern), verſuchte Kurpfalz geradezu die Abſetzung Rudolfs zu betreiben, ſtieß dabei aber auf Widerſtand bei Kurſachſen, welches einer geradezu antikaiſerlichen Politik entſchieden widerſtrebte. Ende Juli 1608 traten dann in Fulda Geſandte der Kurfürſten, der geiſtlichen wie der weltlichen, zuſammen. Auch Abgeſandte von Rudolf und Matthias waren zugegen. Von einem ausgeſprochenen Plane, darauf hinzuwirken, daß der Kaiſer die ihm durch ſeinen Bruder entriſſenen Länder wieder erhalte, iſt hier nicht mehr die Rede geweſen. Nach Hennot's Berichten waren auch die geiſtlichen Kurfürſten von dieſem Gedanken zurückgekommen. Immerhin traten namentlich Kurköln und Kurſachſen eifrig für Rudolf ein, und ziemlich allgemein mißbilligte man das gewaltſame Vorgehen des Erzherzogs Matthias. Der Geſandte des Kölner Erzbiſchofs hat Matthias geradezu einen Majeſtätsverbrecher genannt. Aber zu einer völligen Verwerfung der Liebener Verträge kam es doch nicht. Nach langen Debatten, in denen man über die Verletzung der Reichshoheit und der Rechte der Kurfürſten bitter klagte, wurde doch endlich beſchloſſen, über den Liebener Vertrag weiter kein Urtheil abzugeben, aber energiſch dagegen zu proteſtiren, daß dergleichen Verträge je wieder ohne Betheiligung des Reiches abgeſchloſſen würden. Bei dieſem papiernen Proteſte aber blieb es, dem Kaiſer ernſtlich zu helfen war Niemand geneigt. Mehr oder minder klar erkannten Alle aus dem bisherigen Gange der Dinge, daß ihm eben nicht zu helfen war. Im Gegentheil wurde ſeine Lage immer düſterer; das einzige Land, welches er in den Stürmen von 1608 noch gerettet hatte, das Königreich Böhmen, wurde jetzt auch, wiederum nicht ohne Rudolfs eigene Schuld, in die unruhige Bewegung der anderen Erbländer mit fortgeriſſen.

Wir ſahen, wie Rudolf, um einen Anſchluß des Prager Mai-Landtages an Matthias zu verhüten, die fünfundzwanzig von Budowec aufgeſetzten Artikel der Stände mit Ausnahme des Religionsartikels genehmigt hatte. Die Einigung über dieſen letzteren war einem beſonderen Landtage vorbehalten, den der Kaiſer im November zu berufen verſprochen hatte. Aber Rudolf bereute alsbald nach dem Abſchluß der Liebener Verträge ſeine ihm durch die Noth der Umſtände abgezwungene Nachgiebigkeit ſowohl gegenüber Matthias als gegenüber den böhmiſchen Ständen. Auf der einen Seite war er eifrig beſtrebt, Verbindungen anzuknüpfen, um Matthias die ihm abgetretenen Länder

Digitized by Google

wieder zu entreißen, auf der andern Seite zeigte er sich wenig geneigt, den böhmischen Ständen ihre Forderungen zu bewilligen. Erst zögerte er lange Zeit, den versprochenen Landtag zu berufen, und als es endlich geschah, enthielt die am 28. Januar 1609 vom Kanzler Popel von Lobkowitz vorgelegte Proposition nicht eine den Religionsartikel betreffende Vorlage, sondern der Kanzler verlangte von den Protestanten zunächst die Auslieferung und Vernichtung einer Urkunde, welche sämmtliche Namensunterschriften jener Personen enthielt, die sich während Matthias' Anwesenheit bei Prag verbunden hatten, vom Kaiser die Freigebung der Religion zu verlangen. Statt eines Vergleichsvorschlags also eine offenbar feindselige Maßregel. Und dennoch zeigten sich die Stände nach einem vergeblichen Protest Budowecs bereit auch darauf einzugehen. Sie übergaben die Urkunde Rudolf persönlich. Um so mehr glaubten sie nun auch auf Entgegenkommen seinerseits rechnen zu dürfen. Schlimm war nun freilich von vornherein für den Gang der Verhandlungen, daß die protestantischen Stände unter einander nicht völlig einig waren. Gleich am Anfange tauchte die Frage auf, wie das Verhältniß zwischen Lutheranern und böhmischen Brüdern, die in der böhmischen Confession von 1575 eine gemeinsame rechtliche Grundlage erhalten hatten, zu regeln sei. Die Lutheraner waren zweifelhaft, ob sie sich mit der bloßen Anerkennung jener auf gemeinsamer Vereinbarung beruhenden Confession begnügen oder vom Kaiser geradezu die Freigebung der Augsburger Confession verlangen sollten. Die Frage war namentlich für die Kirchenverfassung von Wichtigkeit, da bisher beide Parteien dieselbe Verfassung und dieselben Kirchenhäupter gehabt hatten. In diesen Verhandlungen spielte nun wieder Budowec eine große Rolle; er war es, der ähnlich wie Zierotin in Mähren, eifrig und offen für den Grundsatz religiöser Toleranz eintrat und daher auch die Unterschiede der verschiedenen akatholischen Richtungen nicht in den Vordergrund treten lassen wollte. Seine Bemühungen in dieser Richtung wurden dadurch unterstützt, daß sehr bald das Bestreben des Kaisers, die Städte vom Adel zu trennen und dadurch Uneinigkeit unter den Ständen hervorzubringen, deutlich zu Tage trat. Demgegenüber wurden sich die verschiedenen Richtungen des Protestantismus nur um so deutlicher der Gemeinsamkeit ihrer Interessen bewußt. Die Folge war, daß man sich sehr schnell darüber einigte, in der That die Gewährung der gemeinsamen Confession von 1575 zum Ausgangspunkte der Verhandlungen zu machen. Am 3. Februar trug eine Deputation der Stände unter Führung Stephans von Sternberg diese Bitte dem Kaiser vor. Hätte Rudolf in diesem Augenblicke aus eigener Initiative nachgegeben, so würde er die böhmischen Stände wahrscheinlich dauernd für sich gewonnen haben. Allein wiederum vermochte er zu keinem eigenen Entschlusse zu kommen, sondern unterbreitete die Sache einigen katholischen Theologen zur Entscheidung. Außerdem zog er den päpstlichen Nuntius, den Erzbischof von Prag und seinen eifrig katholischen Kanzler Lobkowitz zu Rathe. Es konnte kein Zweifel sein, daß diese Rathgeber sich gegen jede Nachgiebigkeit gegen-

über dem Proteſtantismus erklären würden. Ihrem Votum folgend ertheilte der Kaiſer eine entſchieden ablehnende Antwort und beſchwor dadurch auch über Böhmen einen ähnlichen Conflict herauf, wie er früher in den anderen Erblanden ausgebrochen war. Die Stände ließen nun durch ein zu dieſem Zwecke niedergeſetztes Comité eine ſchriftliche Antwort abfaſſen, die nicht mehr bloß Gewährung der Religionsfreiheit, ſondern auch Uebergabe des Conſiſtoriums und der Univerſität in ihre Verwaltung forderte. Der offene Conflict zwiſchen den geſetzgebenden Gewalten war ausgebrochen und wurde von beiden Seiten, zunächſt litterariſch in einer Reihe hiſtoriſcher Deductionen, mit wachſender Erbitterung geführt. Als nun aber der Kaiſer auf ſeiner Verwerfung aller religiöſen Forderungen beſtand und von den Ständen verlangte, daß ſie ausſchließlich über Steuerfragen verhandeln ſollten, weigerten ſich dieſe energiſch und erklärten, als ihnen mit der Auflöſung des Landtags gedroht wurde, daß ſie beſchloſſen hätten, mit Aufwendung aller Kraft jedes Unrecht, das ſie treffen könnte, abzuwehren. Darauf wurde dann die Auflöſung des Landtages durch den Oberſtburggrafen ausgeſprochen. Nunmehr wandten ſich die Häupter der Proteſtanten durch beſondere Geſandtſchaften an die proteſtantiſchen Kurfürſten, an Matthias ſowie an den Herzog von Braunſchweig, um ſie zu veranlaſſen, bei Rudolf zu ihren Gunſten zu interveniren.

Auf der andern Seite aber drängte die Umgebung des Kaiſers, unter der außer dem Kanzler Lobkowitz namentlich Wilhelm von Slawata, Jaroslaw von Martinitz und Herr von Atems eifrig gegen die Proteſtanten ſprachen, zu immer extremeren Schritten. Sie riethen dem Kaiſer die Rüſtung eines Heeres von 20 000 Mann und die Berufung des Erzherzogs Leopold, dem der Kaiſer auch die Nachfolge im Reiche zuſagen möge. In ſeinem bitteren Groll gegen Matthias und immer noch erfüllt von dem ſehnlichen Wunſche, dieſem die abgetretenen Erbländer wieder zu entreißen, war der Kaiſer nur zu geneigt, auf dieſe Gedanken einzugehen. Berief er Leopold nach Prag, wozu er ſich dann in der That entſchloß, und ſicherte ihm die Nachfolge im Reiche, ſo konnte er hoffen, an ihm, der ihm noch nie offen entgegengetreten war, eine kräftige Hilfe zu gewinnen und zugleich die Anſprüche Matthias' zu nichte zu machen. Aber noch weiter gingen ſeine Gedanken. In der ſprunghaften Art und Weiſe, in der ſich ſeine Politik überhaupt entwickelte, hatte er eine Zeit lang trotz des heftigen Conflictes, in dem er mit den Proteſtanten ſeiner eigenen Länder ſich befand, ernſtlich daran gedacht, ſich den Proteſtanten im Reiche in die Arme zu werfen; wiederholt hatte er zu dieſem Zwecke mit dem eifrigſten derſelben, dem Herzoge Chriſtian von Anhalt, verhandelt. Jetzt wandte er ſich wieder nach der entgegengeſetzten Seite und trat mit den geiſtlichen Kurfürſten und mit dem Kurfürſten von Sachſen, der immer auf ſeiner Seite geſtanden hatte, in Verbindung. Außerdem aber wandte er ſich, ohne ſeinen Räthen etwas davon mitzutheilen, an Herzog Maximilian I. von Bayern, der nach ſeinem energiſchen Vorgehen gegen

Donauwörth als der vornehmſte Hort des Katholicismus in Deutſchland betrachtet wurde. Aber nach Allem, was vorangegangen war, zeigte ſich keiner der Angerufenen geneigt, thatkräftig für die unberechenbare Politik des Kaiſers einzutreten. Der Kurfürſt von Köln, den Rudolf dringend gebeten hatte, perſönlich nach Prag zu kommen, lehnte es ab, dieſer Einladung Folge zu leiſten und ſandte nur ſeinen vertrauten Rath Hennot, der von ſeiner früheren Miſſion her allzuſehr mit den Schwankungen der kaiſerlichen Politik vertraut war, als daß er jetzt ſeinem Herrn ernſtlich hätte rathen ſollen, thätig auf die ebenſo umfaſſenden wie aller realen Machtmittel entbehrenden Pläne Rudolfs einzugehen.

Während aber der Kaiſer mit dieſen vergeblichen Verhandlungen die koſtbarſten Augenblicke vergeudete, waren die böhmiſchen Proteſtanten nicht müßig geweſen. Bei der Auflöſung des Landtags hatten ſie ſich eidlich unter einander verpflichtet, ſich Ende April wieder in Prag einzufinden. In der That verſammelten ſie ſich ſo ſtark wie nie zuvor in Prag und traten, nachdem ſie den Kaiſer vergeblich um Wiedereröffnung des Landtags gebeten hatten, am 5. Mai widerrechtlich im Neuſtädter Rathhauſe zuſammen. Damit war der Weg der Rebellion beſchritten. Unter wachſender Aufregung des über die Haltung des Kaiſers erbitterten Volkes gingen die Verhandlungen weiter. Die Stände ließen durch vier Advocaten, zwei Lutheraner und zwei böhmiſche Brüder, eine eingehende Rechtfertigungsſchrift verfaſſen, in der ſie den Kaiſer um Freigebung des Bekenntniſſes und Wiedereinberufung des Landtages baten. Am 12. Mai nahm der Kaiſer die Bittſchrift aus den Händen einer Deputation, an deren Spitze wieder Budowec ſtand, entgegen. Und diesmal gelang es wirklich, trotz des eifrigen Widerſpruchs, den namentlich der ſpaniſche Geſandte Zuñiga erhob, den Kaiſer wenigſtens ſo weit zur Nachgiebigkeit zu bewegen, daß er den aufgelöſten Landtag auf den 25. Mai wieder einberief.

Allein die Nachgiebigkeit war wieder nur von kurzer Dauer. Wenige Tage nach der Wiedereröffnung des Landtages traf Erzherzog Leopold in Prag ein, der, von den umfaſſendſten und phantaſtiſchſten Reſtaurationsplänen erfüllt, alsbald im Verein mit dem Kanzler Lobkowitz dem Kaiſer energiſch von jeder Conceſſion an die Proteſtanten abrieth. Das hieß thatſächlich aufs Neue einen von vornherein ausſichtsloſen Conflict proclamiren; denn der Landtag, auf dem das Verhältniß der Katholiken zu den Proteſtanten etwa wie eins zu zehn ſtand, trat mit größter Energie für Freigebung der Confeſſion von 1575 und für Selbſtverwaltung der geiſtlichen und Unterrichtsangelegenheiten ein und hatte die große Mehrheit des tieferregten Volkes hinter ſich. Selbſt der eifrig katholiſche kaiſerliche Rath Hanewald rieth jetzt dringend die Freigebung ſogar der Augsburger Confeſſion an, vermochte aber gegen den Einfluß des Erzherzogs Leopold und des Kanzlers Lobkowitz nicht aufzukommen. Der Kaiſer entſchloß ſich noch einmal zum Widerſtand und erklärte ſich nur bereit, den Proteſtanten diejenige Duldung zu verheißen, welche unter Ferdinand I. Gel-

tung gehabt habe. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß ſich die Stände mit dieſer ganz allgemein gehaltenen Zuſicherung nicht begnügen würden. Im Gegentheil gewann jetzt, nachdem ſie ſich bisher ſehr gemäßigt in ihren Forderungen gezeigt hatten, die extremere Richtung des Grafen Thurn die Oberhand, der offen für eine Bewaffnung der Stände zum Widerſtande gegen den Kaiſer eintrat. Die Stände verfaßten drei Proteſt-Actenſtücke, deren eines für den Kaiſer, das zweite für die Oeffentlichkeit beſtimmt war, während das dritte den förmlichen Entwurf eines Privilegiums enthielt, wie es die Proteſtanten für die Sicherſtellung ihrer religiöſen Freiheit und Selbſtändigkeit wünſchten. Dieſes letzte Actenſtück iſt mit Ausnahme eines einzigen Wortes — das Wort „evangeliſch“ wurde vom Kaiſer in „utraquiſtiſch“ abgeändert — der ſpätere Majeſtätsbrief. Als Rudolf nun am 20. Juni noch einmal ausweichend antwortete, nahmen die Stände die Berathungen über die allgemeine Bewaffnung wieder auf und beſchloſſen, eine proviſoriſche Regierung von dreißig Directoren einzuſetzen. Zugleich traten ſie mit den Schleſiern in Verbindung und ſchloſſen mit ihnen einen Vertrag, durch welchen ſie ſich zu gegenſeitiger Hilfeleiſtung verpflichteten. Am 26. Juni erklärten dann die Stände ſelbſt unter tumultariſchen Scenen den Landtag für abgebrochen. Viele von ihnen reiſten ab; die Vertretung der gemeinſamen Sache wurde dreißig Directoren übertragen, von denen zehn aus dem Herrenſtande, zehn aus den Rittern und zehn aus den Städten entnommen waren. Dieſe begannen am 27. Juni ihre Sitzungen im Altſtädter Rathhauſe.

Jetzt endlich kam Rudolf die ganze Größe der Gefahr zum Bewußtſein, jetzt endlich erkannte er, daß nichts mehr und nichts weniger als der Verluſt ſeiner Herrſchaft auch in dem einzigen, ihm bisher noch treu verbliebenen Stammlande auf dem Spiele ſtand. Hatte er ſich bisher ebenſo halsſtarrig wie machtlos der gegen ihn andringenden Bewegung entgegengeſtemmt, ohne den Entſchluß zur Nachgiebigkeit faſſen zu können, aber ebenſo wenig zu einem wirklich energiſchen, auf realen Machtmitteln fußenden Widerſtande ſich aufzuraffen, ſo entſchied er ſich nunmehr doch, rath- und hilflos wie er war, für den völligen Ausgleich mit den Proteſtanten. Er eröffnete die Verhandlungen zwiſchen einem Ausſchuß der Directorialregierung und den katholiſchen Kronbeamten, die endlich zu der völligen Bewilligung des Majeſtätsbriefes mit jener einzigen Aenderung führten (9. Juli 1609). Durch dieſes Privileg, welches in der geſchichtlichen Entwickelung des nächſten Jahrzehnts eine ſo hervorragende Rolle ſpielte, wurde allen Einwohnern Böhmens, alſo auch den Bauern, das Bekenntniß der katholiſchen Religion oder des Bekenntniſſes von 1575 freigeſtellt, der Bau der Kirchen dagegen nur den drei Ständen, Herren, Rittern und königlichen Städten, eingeräumt. Das Recht des freien Glaubensbekenntniſſes ſtand alſo auch den Bewohnern der königlichen beziehungsweiſe geiſtlichen Güter frei, nicht aber der Kirchenbau. Daneben aber wurde noch ein Vergleich zwiſchen den katholiſchen und pro-

testantischen Ständen geschlossen, durch welchen auch diese Frage geregelt wurde. Der Vertrag erklärte das Kirchenvermögen für unantastbar und bestimmte bezüglich der königlichen Güter, daß es den Protestanten, wenn sie in einem Ort oder einer Stadt keine Kirche oder keinen Friedhof hätten, unverwehrt sein sollte, solche zu bauen beziehungsweise anzulegen. Unter diesen königlichen Gütern verstanden aber die Protestanten auch die geistlichen Güter, welche in Böhmen ebenfalls unmittelbar unter der königlichen Kammer standen, so daß nach ihrer, ohne Zweifel, wie selbst Slawata zugiebt, berechtigten Ansicht ihnen auch die Erbauung protestantischer Kirchen auf geistlichem Gebiete freistand. Daran, daß die Katholiken später in einigen Einzelfällen einen entgegengesetzten Standpunkt geltend machten, haben sich die Streitigkeiten geknüpft, welche zum Ausbruche des dreißigjährigen Krieges führten.

Vorläufig aber wurde durch die Verleihung des Majestätsbriefes die Ruhe im Lande und die Herrschaft Rudolfs über dasselbe noch einmal hergestellt. Aber unter welcher neuen Einbuße des persönlichen Ansehens des Kaisers war dies Ergebniß zu Stande gekommen? Wieder hatte sich die völlige Unfähigkeit Rudolfs, in schwierigen Krisen eine einheitliche, selbständige und folgerichtige Politik einzuschlagen, mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Hätte der Kaiser, was er schließlich doch bewilligen mußte, dem regelmäßigen, von ihm selbst berufenen Landtage bewilligt, so wäre Alles als ein Ausfluß seiner Gnade und seines persönlichen Entschlusses erschienen, während ihm jetzt die Bewilligung durch eine gesetzwidrige, ja offen revolutionäre bewaffnete Organisation seiner Stände abgetrotzt worden war. Wollte er aber den andern Weg einschlagen und die Bewilligung der ständischen Forderungen energisch versagen, dann mußte er sich auch voll und ganz dazu entschließen und die hierfür erforderlichen Mittel der Macht verfügbar machen. Indem er keines von beiden that, sondern unsicher und schwächlich von einem Extrem zum andern schwankte, bald den vermittelnden Rathschlägen Gehör gab, ja sogar mit den Protestanten im Reiche Verbindungen anknüpfte, bald wieder sich den extremen katholischen Restaurationsgedanken des Erzherzogs Leopold und des Kanzlers Lobkowitz zuneigte, büßte er den letzten Rest von Ansehen ein, den seine Regierung in Böhmen noch besessen hatte. Die weitere Entwickelung der Dinge hing jetzt thatsächlich nicht mehr von seinem Willen ab: die Regelung seines Verhältnisses zu seinen Unterthanen hörte auf eine Rechtsfrage zu sein, sie wurde zu einer Frage der Macht, deren Entscheidung zu seinen Ungunsten in dem Augenblicke, in welchem sie von Neuem entrollt wurde, erfolgen mußte.

Wie aber hätte der Kaiser, während er in keiner Weise im Stande war, der Bewegungen in seinen Erblanden Herr zu werden, seines Amtes als Kaiser eines Reiches, welches aus einer Fülle fast selbständiger Einzelstaaten bestand, mit besserem Erfolge warten können? Auch hier hatte seine Regierung oder vielmehr Nichtregierung zu einem so gänzlichen Zerfall der Verfassungs-

einrichtungen geführt, war durch die Sprengung aller Reichsinſtitute ſo ſehr jedes gemeinſame Band verloren gegangen, daß die Parteien im Reiche, durch keine innere Gemeinſchaft mehr zuſammengehalten, daran gegangen waren, ſich in ſich ſelbſt zu organiſiren, um ſelbſt ihre eigenen Intereſſen vertreten und ſchützen zu können. Immer mehr und mehr gediehen die Zuſtände auch im Reiche dahin, daß eine reichsrechtliche Ausgleichung der Gegenſätze unmöglich erſchien und die Parteien ſich wie Macht gegen Macht gegenüberſtanden.

St. Georgsthaler des Grafen David von Mansfeld. Silber. Originalgröße.

Umſchrift der Vorderſeite: DAVID · CO(mes) · E(t) · DO(minus) · I(n) · MANSF · NOR(ilis) · D(ominus) · I(n) · HEL · ET · SCHRAPL · (Heldrungen und Schraplau). Im Felde der heilige Georg, den Drachen bekämpfend. Auf der Rückſeite das Wappenſchild des Grafen mit der Jahreszahl 1607 und den Buchſtaben G M zu den Seiten; darüber der Spruch „Bei Gott iſt Rath und That". Im dreißigjährigen Kriege galten dieſe Sanct Georgsthaler als Amulette gegen Schuß und Hieb. (Berlin, Königl. Münz-Cabinet.)

Union und Liga.

Es war kein zufälliges Zusammentreffen, sondern stand in nothwendigem innerem Zusammenhange, daß fast unmittelbar nach dem Schlusse des Regensburger Reichstages von 1608 der lange gehegte Plan eines engeren Bündnisses der protestantischen Fürsten unter einander zu gegenseitigem Schutze ihrer Rechte und Interessen zur That wurde. Zu deutlich hatten die Vorgänge auf dem Reichstage selbst und die vorausgegangenen Ereignisse in Donauwörth den Protestanten gezeigt, wohin die Pläne der Katholiken sich richteten. Die Forderung, daß der Religionsfriede nur bestätigt werden solle, wenn alle seit dem Passauer Vertrage von protestantischer Seite eingezogenen geistlichen Güter wieder herausgegeben würden, ließ keinen Zweifel darüber, daß man Recht gehabt hatte, als man den Vierklosterstreit als die Einleitung zu einem allgemeinen Angriffe auf die eingezogenen Kirchengüter bezeichnet hatte. Diese seit Jahrzehnten in ungestörtem Besitze der Protestanten befindlichen Kirchengüter aber bildeten einen integrirenden Bestandtheil der landesherrlichen Finanzen. In manchen Territorien waren sie von vornherein für Kirchen- und Schulzwecke festgelegt, in anderen in die allgemeine Finanzverwaltung eingestellt worden, deren Existenz auf's Aeußerste gefährdet war, wenn der Besitz der Kirchengüter ernstlich in Frage gestellt wurde.

Dazu kamen die allgemeinen, immer schroffer protestantenfeindlichen Theorieen, welche von den Jesuiten und ihren Schülern literarisch vertreten und von den katholischen Fürsten mit begeisterter Zustimmung begrüßt wurden. Eben in den ersten Jahren des siebzehnten Jahrhunderts wurden sie mit besonderem Eifer wieder geltend gemacht. Im Jahre 1603 erschien in Köln ein Buch von Paul Windeck unter dem Titel: Prognosticon futuri status ecclesiae, dessen zweiter Theil die sehr bezeichnende Ueberschrift trug: deliberatio de haeresibus extirpandis. Hier werden, ganz im Sinne der katholischen Ultras, ja in ganz unverkennbarer Hinneigung zu den Maßregeln der Inquisition, die härtesten Strafen gegen die Ketzer empfohlen und die denselben vertragsmäßig eingeräumten Rechte für ebenso unstatthaft wie verderblich erklärt. Ausdrücklich wurde dieser Grundsatz auch auf den Religionsfrieden angewandt, der danach, ganz der von Anfang an in jesuitischen Kreisen vertretenen Theorie entsprechend, nur als eine durch die Noth erzwungene Maßregel erschien, die so bald als möglich rückgängig gemacht werden müsse.

Zugleich wurde mit Eifer und dialectiſchem Scharfſinn die alte Lehre von der Unterordnung der ſtaatlichen Gewalt unter die päpſtliche wieder hervorgeholt. Dieſe Lehre, welche für proteſtantiſche Fürſten überhaupt keinen Raum ließ, ja den Unterthanen geradezu das Recht des Widerſtandes gegen den Fürſten, wenn er ſeine Macht mißbrauche und z. B. vom katholiſchen Glauben abfalle, zuerkannte, ja welche ſogar unter gewiſſen Umſtänden den „Tyrannenmord“ geſtattete, wurde namentlich von Bellarmin (de membris ecclesiae militantis) und von Mariana (de rege et regis institutione. Toledo 1599) mit voller Schroffheit vertreten. Der letztere lobte u. A. ausdrücklich jenen Mönch, der König Heinrich III. von Frankreich getödtet hatte.

Gegenüber ſolchen Auffaſſungen konnte eine rein literariſche Vertheidigung, wie ſie u. A. der kurpfälziſche Rath Michael Löſenius in einer 1600 erſchienenen Schrift „Warnung an alle chriſtlichen Potentaten wider des Bapſts Practiken“ unternahm, nicht genügen. Man mußte endlich daran denken, ſich gegen ſolche Uebergriffe, wie die dauernde Beſetzung Donauwörths durch den Herzog Maximilian von Bayern, mit eigenen Kräften zu wehren, da die Verfaſſungseinrichtungen des Reiches in immer wachſendem Maße ſich als unfähig erwieſen, in ſolchen kritiſchen Fragen Abhilfe zu ſchaffen. Je mehr Kammergericht, Reichshofrath und ſpäter auch der Reichstag nicht ohne Schuld der Proteſtanten verfielen, um ſo dringender trat an die letzteren die Nothwendigkeit heran, ſich ſelbſt vor der practiſchen Auslegung, welche von katholiſcher Seite dem Religionsfrieden gegeben wurde, thatkräftig zu ſchützen. Es war nur natürlich, daß die Proteſtanten ſchon in den letzten Jahren des ſechzehnten Jahrhunderts gegenüber der wachſenden Noth der Zeit auf jenen Gedanken zurückgriffen, der dereinſt den ſchmalkaldiſchen Bund ins Leben gerufen hatte. Bis zum Jahre 1608 aber waren alle die zahlreichen Verſuche, einen ähnlichen Bund ins Leben zu rufen, welche namentlich von dem thatkräftigſten proteſtantiſchen Staate, dem kurpfälziſchen, unternommen worden waren, immer wieder an dem unſeligen Gegenſatze zwiſchen Lutheranern und Calviniſten geſcheitert. Es ſei geſtattet, die Hauptphaſen dieſer Entwickelung dem Leſer ins Gedächtniß zurückzurufen.

Der Verwirklichung ſehr nahe war der Gedanke eines allgemeinen Bündniſſes der deutſchen Proteſtanten namentlich in der Zeit geweſen, da auf dem kurſächſiſchen Throne nach Auguſts Tode der einer Verſtändigung mit dem Calvinismus mehr geneigte Kurfürſt Chriſtian I. geſeſſen hatte. Damals war es in der That in Torgau am 13. Februar 1591 zu einem vorläufigen Abſchluß gekommen; allein das endgiltige Zuſtandekommen des Bundes wurde durch den Tod Chriſtians I. und Johann Caſimirs von der Pfalz verhindert. Dann hatte die auf die proteſtantiſche Einigung gerichtete Bewegung neue Antriebe durch die Vorgänge auf dem Reichstage von 1598 erhalten. Die Proteſtanten, welche dort erklärt hatten, durch den Mehrheitsbeſchluß über die Türkenſteuer nur ſo weit gebunden zu ſein, als ſie ſelbſt demſelben zugeſtimmt hatten, wurden vom Kaiſer, der naturgemäß dieſe Auffaſſung nicht

gelten lassen wollte, mit Executionen und Kammergerichtsprocessen bedroht. Damals ließ sich sogar Herzog Heinrich Julius von Braunschweig zu den Correspondirenden herüberziehen. Dazu kam die durch den Einfall spanischer Völker unter Franz Mendoza in das Jülicher Gebiet heraufbeschworene Gefahr, bei der sich die Kreis- und Kriegsverfassung des Reiches wieder in ihrer ganzen Nichtigkeit und Hohlheit gezeigt hatte. Aber auch die Rüstungen, welche die Protestanten dann selbständig und unabhängig von der Kreisverfassung betrieben hatten, waren an der Uneinigkeit der Führer gescheitert. Mendoza hatte ruhig auf deutschem Gebiete seine Winterquartiere bezogen, die endlich nach vielen vergeblichen Anläufen gegen ihn ins Werk gesetzte Execution hatte einen kläglichen Ausgang gehabt. Weder die Kreise noch die Protestanten in eigener Organisation waren fähig gewesen, die höhnende Verletzung des Reichsgebiets durch die spanische Soldateska, welche die deutschen Lande auf's grausamste gebrandschatzt und geplündert hatte, auch nur in den bescheidensten Grenzen abzuwehren.

Ebenso wenig vermochten die immer wachsenden Gefahren im Innern die correspondirenden Fürsten zu bewegen, sich von der Rücksicht auf ihre Sonderinteressen und inneren Streitigkeiten frei zu machen. Die Execution in Aachen (1598) und die Belehnung des Cardinals von Lothringen mit dem Bisthum Straßburg (1599) hätten den Protestanten die Gemeinsamkeit ihrer Interessen gewiß klar machen sollen. Allein sie beschränkten sich in beiden Fällen auf Interceſſionen beim Kaiser, die natürlich wirkungslos verhallten. Immer wieder versuchte Kurpfalz, die abgerissenen Fäden der Verständigung wieder anzuknüpfen. Während des Speierer Deputationstages versammelte der Pfälzer Kurfürst die dort anwesenden protestantischen Stände zu besonderer Berathung (4. August 1600), um gegen die mit dem Reichskammergerichte concurrirende Justiz des Reichshofraths zu protestiren. Anfangs waren nur Brandenburg, Pfalz und Braunschweig hierzu bereit, während der Administrator von Kursachsen, Herzog Friedrich Wilhelm, wie immer, entschieden gegen eine solche extreme Maßregel eintrat. Kurpfalz zog darauf einige nicht in Speier vertretene Anhänger seiner Auffassung, namentlich den Markgrafen von Baden, den Administrator von Straßburg und den Markgrafen von Ansbach zu den Berathungen zu und suchte die Widerstrebenden, namentlich Kursachsen und Nürnberg, zu entfernen. Allein trotz alledem kam es nicht zu einer strafferen Einigung. Der sonst so energische und eifrig für den Unionsgedanken eintretende Landgraf Moritz von Hessen, der seit 1598 in die Reihe der führenden Fürsten unter den Protestanten eingerückt war, versagte diesmal seine Mitwirkung und rief seine Gesandten ab. Die übrigen kamen nur zu dem vorläufigen Beschluß, ein Schreiben an den Kaiser wegen der Justiz des Reichshofraths abzusenden und kamen überein, wenn sie eine abschlägige Antwort erhielten, die Erklärung abzugeben, daß sie sich den Hofprocessen nicht zu unterwerfen gedächten. Doch sollte die Absendung des Schreibens nicht sogleich erfolgen, vielmehr wollte man vorher versuchen, alle

bedeutenderen Stände, darunter Sachsen, Pfalz-Neuburg und Württemberg, zur Unterschrift desselben einzuladen. Allein nur bei Württemberg hatten die dann eröffneten privaten Verhandlungen einen Erfolg, Kursachsen und Neuburg dagegen wurden nicht gewonnen. Auf einem Convent in Friedberg, auf dem Kurpfalz von Neuem die Begründung eines Vertheidigungsbündnisses vorschlug, aber wiederum vergeblich, wurde dann wirklich die Absendung des Schreibens, welches namentlich die Hofprocesse und den Vierklosterstreit in den Vordergrund stellte, beschlossen (Februar 1601). Eine eigene Gesandtschaft überbrachte das Schreiben nach Prag und überreichte dann, als sie nach monatelangem Warten eine ablehnende Antwort erhielt, jene in Friedberg beschlossene protestirende Erklärung, daß ihre Herren sich den Hofprocessen nicht unterwerfen würden. Weitere Ergebnisse wurden auch auf einem zweiten Convent in Friedberg (März 1602) nicht erzielt. Im Wesentlichen kam man in allen diesen Verhandlungen nicht über das negative Resultat hinaus, daß man erklärte, sich den Entscheidungen der Organe der Reichsverfassung nicht unterwerfen zu wollen.

Aber wäre es für die Dauer möglich gewesen, dabei stehen zu bleiben? Mehrere der deutschen Fürsten, unter denen in den letzten Jahren neben dem Landgrafen Moritz von Hessen namentlich der kühne und unternehmende Fürst Christian von Anhalt in den Vordergrund getreten war, erkannten doch allmählich immer klarer die zwingende Nothwendigkeit und Richtigkeit der auf die Begründung eines protestantischen Bündnisses gerichteten, folgerichtig festgehaltenen kurpfälzischen Politik. Wiederholt war unter ihnen der Gedanke aufgetaucht, daß man, um dem zu begründenden Bunde gegenüber den großen Kräften der katholischen, mit Spanien verbündeten Mächte einen Rückhalt zu sichern, mit dem Könige von Frankreich, Heinrich IV., in Verbindung treten müsse, zumal bei der demnächst zu erwartenden Erledigung der jülich-clevischen Erbschaft ernstere Verwickelungen in Aussicht standen, da man mit Sicherheit annehmen konnte, daß nicht allein der Kaiser, sondern auch Spanien den Erbansprüchen der protestantischen Fürsten nachdrücklich entgegentreten werde.

Und wie hätte Heinrich IV. nicht mit Eifer und Freude auf eine solche Anregung von Seiten der deutschen Protestanten eingehen sollen? Wir sahen, wie er nach wie vor trotz seines Uebertrittes zur katholischen Kirche der damaligen Welt als der vornehmste Hort des Protestantismus gegenüber dem erdrückenden Uebergewicht der spanischen Weltmacht erschien. In der That war er es, wenn nicht direct — denn an eine energische Bekämpfung des Katholicismus zu Gunsten des Protestantismus konnte er natürlich nicht denken —, so doch indirect. Sein ganzes politisches System brachte ihn in einen unbedingten Gegensatz zu Spanien, das die herrschende Vormacht des Katholicismus war und diese Macht thatsächlich überall zur Bekämpfung des Protestantismus verwendete. Es konnte nicht anders sein, als daß der hauptsächlichste Gegner dieser Macht, obwohl er von rein politischen Beweggründen

geleitet wurde, doch zugleich als der Vorkämpfer des proteſtantiſchen Princips in Europa betrachtet wurde. Heinrich IV. ließ es ſich angelegen ſein, die Proteſtanten in dieſer Auffaſſung ſeiner Stellung zu beſtärken. Er hat ihnen, um

König Heinrich IV. von Frankreich.
Originalgroßes Facſimile des Kupferſtiches von Thomas de Leu.

die Verbindung mit ihnen in Gang zu bringen, einmal geradezu erklären laſſen, obgleich er zur katholiſchen Religion übergetreten ſei, ſo ſei doch die Neigung, die er einmal für die reformirte Religion gefaßt habe, nicht vermindert, ſondern er gedenke ſich der Stände, die ſich zu ihr bekennen, alle Zeit anzu-

nehmen. Schon in den Jahren 1599 und 1600 hatte er durch einen an den pfälzischen und hessischen Hof entsandten Bevollmächtigten, Bongars, engere Beziehungen anzuknüpfen versucht. Von deutscher Seite wurden die damals geknüpften Fäden namentlich vom Landgrafen Moritz von Hessen wieder aufgenommen, der im Oktober 1602 zu diesem Zwecke sich einige Zeit in Paris aufhielt. Sehr merkwürdig sind doch in der That die Nachrichten, die uns aus Moritz's eigener Feder über die damaligen Verhandlungen erhalten sind. Als Ziel schwebte König Heinrich neben Schwächung der spanischen Weltmacht namentlich der Ausschluß des Hauses Habsburg von der nächsten Kaiserwahl vor; man sprach davon, dieselbe vielmehr auf den Herzog von Bayern zu lenken. Denn gerade in der Verbindung der spanisch-habsburgischen Weltmacht mit der deutschen Kaiserwürde in habsburgischen Händen sah Heinrich die dringendste Gefahr für das Gleichgewicht Europas, das er zu erhalten bezw. wiederherzustellen strebte. Gleichwohl hatten die Verhandlungen zwischen ihm und den deutschen Protestanten in den nächsten Jahren keinen rechten Fortgang, weil die letzteren in Folge des Zerwürfnisses, in welches Heinrich IV. mit dem Herzoge von Bouillon und dadurch mit vielen Führern der hugenottischen Bewegung in Frankreich gerathen war, mißtrauisch geworden waren. Daß es sich hier doch um eine Angelegenheit handelte, die ebenso wohl einen politischen wie religiösen Charakter zeigte, daß Bouillon den Zorn des Königs durch offenen Ungehorsam gereizt hatte, vermochten die deutschen Protestanten, mit denen Bouillon seinerseits in Verbindung getreten war, nicht völlig klar zu erkennen. Sie haben sich wiederholt beim Könige für Bouillon verwendet, dadurch aber nur diesen in seinem Argwohn bestärkt, daß der aufsässige Herzog wie in den Niederlanden so auch in Deutschland Unterstützung für seine Auflehnung suche. Es war aber natürlich, daß die deutschen Fürsten in Folge dessen wenig geneigt waren, in engere Beziehungen zu dem französischen Könige zu treten, zumal bei mehreren von ihnen doch auch ernstliche prinzipielle Bedenken gegen eine solche Verbindung mit dem Auslande auftauchten, die schon dereinst vor fünfzig Jahren bei der Fürstenverschwörung gegen Karl V. dem Vaterlande schwere Verluste zugefügt hatte.

Auf der andern Seite war doch aber wieder klar, daß ohne eine solche Verbindung ein energischer Widerstand gegen die allenthalben von Spanien unterstützte katholische Restauration nicht möglich war. Es ist das Verhängniß unserer Geschichte, daß der Protestantismus, um seine Existenz zu retten, immer wieder auf auswärtige Hilfe angewiesen war, gerade so wie die Hugenotten in Frankreich unter den früheren Königen wiederholt ihre Rettung der Hilfe der deutschen Protestanten verdankt hatten. Von dem Gedanken der Nothwendigkeit dieser Verbindung mit Heinrich IV. war Niemand lebhafter erfüllt, als Christian von Anhalt, der jetzt von Jahr zu Jahr mehr die Seele der deutschen Unionsbestrebungen wurde und einen bestimmenden Einfluß auf den kurpfälzischen Hof, in dessen Dienste er getreten war, ausübte. In ihm verkörperten sich gleichsam die protestantischen Bestrebungen der Zeit ähnlich wie

Palladis, Imperij, Pacis, Patriæ, populi, Aræ,
Altor, Atlas, columen, pyramis, Ancora, Apex.
Euſebiæ, Eunomiæ, Fidei, Sophiæ, Virtutis,
Ecdicus, Adjutor, Murus, Ocellus, Honos. W. Kilian. ſcalp.

Moritz, Landgraf von Heſſen.
Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Wolfgang Kilian (1581—1662).

in den nächſten Jahren die der katholiſchen Reſtauration in dem Erzherzoge Leopold. Ohne eigene und ſelbſtändige ſtaatliche Macht war Chriſtian doch

von den kühnſten Plänen für die Stärkung der proteſtantiſchen Sache, der er mit inniger und echter Frömmigkeit zugethan war, erfüllt. Ueberall hin, wo proteſtantiſche Intereſſen in Frage kamen, waren ſeine wachſamen Augen gerichtet. Mit gleicher Aufmerkſamkeit verfolgte er die verſchiedenen Phaſen, welche die Frage der Succeſſion im Reiche in jenen Jahren durchmachte, und die Vorgänge in den Erblanden des Hauſes Habsburg. Wie er in Böhmen mit dem einflußreichen Adel, namentlich mit Roſenberg, in beſtändiger Verbindung ſtand, ſo dachte er auch an einen Anſchluß der Proteſtanten in Oeſterreich, Mähren und Ungarn an ihre Glaubensgenoſſen in Deutſchland. Zugleich aber verlor er die allgemein europäiſchen Verhältniſſe nicht aus dem Auge. Klarer wie viele ſeiner Standesgenoſſen erkannte er die von Spanien drohende Gefahr und die Bedeutung, die gerade von dieſem Geſichtspunkte der jülich-cleviſchen Frage innewohnte. Gelang es der ſpaniſchen Politik, dieſe niederrheiniſchen Gebiete den proteſtantiſchen Fürſten, welche Anſprüche auf dieſelben erhoben, zu entreißen, ſo gewann ſie einen entſcheidenden Einfluß auf Niederdeutſchland überhaupt, den ſie in ganz anderer Weiſe als der ſchwache Kaiſer geltend gemacht haben würde. Aus demſelben Grunde war Chriſtian für eine energiſche Unterſtützung der Generalſtaaten in ihrem Verzweiflungskampfe gegen die ſpaniſche Herrſchaft. Alle dieſe Geſichtspunkte wirkten zuſammen, um ihm den Gedanken einer näheren Verbindung mit dem Hauptgegner Spaniens, mit Heinrich IV., nahe zu legen. Seit 1605, d. h. gerade ſeit jener Zeit, da die öſterreichiſch-ungariſchen Wirren ſeine Aufmerkſamkeit auf die von jener Seite drohenden Gefahren von Neuem hinlenkten, ſtand er in fortwährender Verbindung mit dem Könige von Frankreich. Die Verhandlungen wurden von großen Geſichtspunkten aus geführt und betrafen vor Allem die Frage, wer der Nachfolger Rudolfs II. auf dem deutſchen Kaiſerthrone werden ſolle. Der Gedanke, der ſchon früher in den Verhandlungen mit Frankreich erörtert worden war, das Haus Habsburg gänzlich von der Nachfolge auszuſchließen, tauchte wieder auf, wurde aber als zur Zeit ausſichtslos zunächſt verworfen. Man begnügte ſich vielmehr vorerſt damit, der von Spanien angeſtrebten Candidatur des Statthalters in den Niederlanden, Erzherzog Albrechts, entgegenzutreten und, um Zwieſpalt unter die Habsburger zu bringen, den kinderloſen Erzherzog Maximilian, Statthalter von Tyrol, in Vorſchlag zu bringen. Zu dieſem Zwecke verhandelte Chriſtian von Anhalt nicht allein mit Maximilian ſelbſt (Februar 1606), ſondern auch mit dem Erzbiſchofe von Mainz, mit dem in der That am 28. März 1607 ein die Nachfolge Maximilians in Ausſicht ſtellender Vertrag zu Stande kam. Daneben verhandelte Chriſtian weiter mit Frankreich, und zwar erſt mit dem Agenten Heinrichs IV., Bongars, dann mit dem Könige ſelbſt, den er im Jahre 1606 in Paris aufſuchte. Dabei zeigte ſich dann Heinrich IV. in der Nachfolgefrage lauer, als Chriſtian vermuthet hatte, dagegen brachte er ſehr ernſtlich die Begründung einer proteſtantiſchen Union in Deutſchland, die zugleich auch die Staaten gegen Spanien unterſtützen ſolle, in Vorſchlag.

Nominis eiusdem tecum Regesque, Ducesque,
Ipsiusque tuæ Proceres Celsissime, stirpis,
Currenti est, Princeps, tibi non opus, addere calcar:
A quo nomen habes, aderit tibi ad omnia CHRISTVS.

Lucas Kilian. sculpsit et excud. A°. 1615.

Fürſt Chriſtian II. von Anhalt.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1615, von Lucas Kilian (1579—1637).

Der König erbot sich, einen sehr erheblichen Geldbeitrag für dieselbe zu leisten, den er auf zwei Fünftel der überhaupt erforderlichen Summe bemaß. Freudig ging Christian von Anhalt auf diese Gedanken ein, die durchaus seinen eigenen Plänen entsprachen. Man nahm zunächst Kurpfalz, Kurbrandenburg, Württemberg und Hessen für die zu gründende Union in Aussicht. Bald nach Christians Rückkehr aus Paris fanden die ersten Verhandlungen zwischen Pfalz und Württemberg statt (17. September 1606), die von pfälzischer Seite durch Christian selbst, von württembergischer durch den Rath Buwinkhausen geführt wurden. Aber Christian stieß doch vorerst sowohl hier, als bei den folgenden Verhandlungen mit dem Landgrafen Moritz in Cassel und dem Kurfürsten von Brandenburg in Berlin, die er wiederum persönlich führte, auf größere Schwierigkeiten, als er erwartet hatte. Namentlich erregte der Gedanke einer thätigen Unterstützung der Niederlande gegen Spanien, auf die Heinrich IV. großen Werth legte, ernstliche Bedenken. Sich zum Schutz der nächsten eigenen Interessen zu vereinigen, war man wohl geneigt, nicht aber sich auf so weitaussehende Unternehmungen einzulassen. Der unermüdliche Fürst Christian aber ließ sich nicht abschrecken, seine Pläne weiter zu verfolgen. Auch die Kaiserwahl des Erzherzogs Maximilian, für die er in Oesterreich durch geheime Verhandlungen mit den protestantischen Ständen Stimmung zu machen suchte, verlor er nicht aus dem Auge. In dieser Frage aber wurden seine Bemühungen durch die Ereignisse und das Auftreten des Erzherzogs Matthias gegen seinen kaiserlichen Bruder hinfällig. Dagegen wirkten dieselben Ereignisse in den österreichischen Erblanden fördernd auf die Unionsbestrebungen ein, für welche es inzwischen gelungen war, wenigstens eine vorläufige Grundlage zu schaffen.

In den Jahren 1604—1606 war es der von Christian von Anhalt geleiteten kurpfälzischen Politik gelungen, eine nähere specielle Verständigung mit Ansbach, Culmbach, Anhalt-Dessau und dem Landgrafen Moritz herzustellen, außerdem aber Württemberg, welches sich bisher, noch auf dem Reichstage von 1603, aus religiösen Gründen von dem calvinistischen Pfälzer ferngehalten hatte, zu der Partei der „Correspondirenden" herüberzuziehen und ein Sonderbündniß mit ihm anzubahnen. Angeknüpft war dieses Verständniß schon auf einer Zusammenkunft des Kurfürsten mit dem Herzoge zu Pfullingen im Jahre 1600. Die Veranlassung zu der Annäherung Württembergs lag vor Allem darin, daß inzwischen der Reichshofrath auch in württembergische kirchliche Verhältnisse eingegriffen hatte.

Ehe es aber noch zu einem Abschlusse des Sonderbündnisses zwischen Pfalz und Württemberg gekommen war, war letzteres in Unionsverhandlungen mit Pfalz-Neuburg und Baden-Hochberg hineingezogen worden, welche ebenfalls die Nothwendigkeit einer Einigung einsahen, diese aber aus Haß gegen den Calvinismus allein auf lutherische Fürsten beschränken wollten. So lag die Gefahr nahe, daß es zu einer gesonderten calvinistischen und lutherischen Union kommen könne, zumal Neuburg und Baden auch den Kurfürsten von

Sachſen zu gewinnen ſuchten, der dann aber ausweichend antwortete. Wirklich kam es auf einer in Stuttgart im Mai 1605 abgehaltenen Tagung zu einem Sonderbündniß zwiſchen Württemberg, Neuburg und Baden, bei welchem die Zuziehung anderer aufrichtiger Bekenner der Augsburger Confeſſion vorbehalten wurde. Daſſelbe ſollte zwölf Jahre dauern; in den erſten vier Jahren ſollte die bedeutende Summe von fünfzig Römermonaten, in der folgenden Zeit noch jährlich ſechs Römermonate erlegt werden. Die Bundeshilfe ſollte nicht allein geleiſtet werden, wenn ein Unirter in Bezug auf die Lande, die er inne hat, widerrechtlich verletzt werde, ſondern auch, wenn ihm Länder oder Rechte, die er innerhalb des Reiches durch Erbſchaft oder Kauf in ordentlicher Weiſe erworben hat, — man dachte dabei vor Allem an Pfalz-Neuburgs Anſprüche auf die Jülicher Erbſchaft — gewaltſam vorenthalten werden. Am 9. Mai wurde die dahin gehende Bundesurkunde von den drei Fürſten unterzeichnet. Damit war nun ja eine ziemlich lebensfähige Grundlage eines, allerdings zunächſt auf die Lutheraner beſchränkten proteſtantiſchen Bundes geſchaffen, allein der weitere Ausbau wollte wegen verſchiedener kleinlicher territorialer Streitigkeiten zwiſchen Württemberg und Baden nicht recht vorwärts kommen, zumal der Herzog von Württemberg auch ſonſt ſeit der Wiederanknüpfung ſeiner Verbindung mit Kurpfalz nicht mehr mit vollem Herzen zu der Sache dieſes lutheriſchen Sonderbündniſſes ſtand. Herzog Friedrich von Württemberg wurde ſo der natürliche Vermittler zwiſchen den beiden im Werden begriffenen Bündniſſen, deren Vereinigung zu einer gemeinſamen Union vor Allem das Ziel des Fürſten Chriſtian von Anhalt war. Im Auguſt 1606 verhandelte der Herzog von Württemberg zu gleicher Zeit in Geislingen mit Neuburg und Baden, in Bretten mit Kurpfalz. 1607 kam es zu einem Sonderbunde zwiſchen Kurpfalz und dem Herzoge von Württemberg, welcher nunmehr alſo thatſächlich beiden Bündniſſen angehörte.

Naturgemäß brachte dann der Fortgang der Ereigniſſe im Reich, die aus dem offenen Zwieſpalt im Kaiſerhauſe und den bedenklichen Conflicten auf dem Regensburger Reichstage klar zu Tage tretende Gefahr für alle Proteſtanten eine weitere Annäherung der beiden Sonderbündniſſe zu Stande, für welche Chriſtian von Anhalt, wie wir ſahen, inzwiſchen die thatkräftige Hilfe Heinrichs IV. von Frankreich gewonnen hatte. Auf dem Regensburger Reichstage ſelbſt nahm Chriſtian die Verhandlungen energiſch wieder auf; es gelang ihm dort namentlich, den Markgrafen von Ansbach für den Unionsgedanken zu gewinnen. Während der Reichstagsverhandlungen ſtarb der Herzog Friedrich von Württemberg (8. Februar 1608). Zu deſſen feierlichem Leichenbegängniſſe fand ſich dann eine größere Anzahl proteſtantiſcher Fürſten in Stuttgart zuſammen, mit denen Chriſtian von Anhalt alsbald rührig in doppelter Richtung verhandelte. Auf der einen Seite drang er bei dem neuen Herzoge von Württemberg Johann Friedrich auf die Erneuerung des pfalzwürttembergiſchen Bündniſſes, auf der andern Seite verhandelte er mit den

übrigen anwesenden Fürsten, dem Markgrafen von Baden und dem ältesten Sohne des Herzogs von Pfalz-Neuburg, Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm, über die Verschmelzung der beiden Bündnisse zu einer allgemeinen protestantischen Union. Er hatte gleich eine Unionsakte mitgebracht, welche 1606 auf Grund der Vorschläge Heinrichs IV. entworfen und 1607 bei den Conferenzen zwischen den pfälzischen und württembergischen Räthen vielfach geändert worden war. Hierzu sollten fürs erste die Fürsten von Oberdeutschland, Hessen, Ansbach, Culmbach, Neuburg, Württemberg, Baden, Anhalt und einige vornehme Reichsstädte gewonnen werden.

Da tauchte in letzter Stunde trotz der heftigen und für die Protestanten gefahrdrohenden Conflicte, welche sich gleichzeitig am Regensburger Reichstage abspielten, von Seiten der lutherischen Fürsten, die bisher mit Württemberg verhandelt hatten, noch einmal der Gedanke des lutherischen Sonderbundes, wenn auch in erweiterter Form, auf. Danach sollten im Ganzen drei Bündnisse geschlossen werden: eines von den Lutheranern unter einander, das zweite von den Calvinisten unter einander und an dritter Stelle von den in Norddeutschland wohnenden Ständen; diese drei Einungen sollten dann wieder unter sich ein Bündniß schließen, bei dem jeder einzelnen ihre Selbständigkeit, besonders ihr eigener Vorstand verbleiben sollte. Man sieht, wie trotz der ernsten Gefahr, in der man sich befand, doch das Mißtrauen der Lutheraner gegen den „verdächtigen Calvinismus“ noch immer nicht weichen wollte. Schließlich gelang es aber doch, das Ueberwiegen der gemeinsamen Interessen gegenüber allen trennenden Unterschieden allen Versammelten zum Bewußtsein zu bringen. Namentlich war es der nach beiden Seiten hin verpflichtete junge Herzog Johann Friedrich von Württemberg, der schließlich energisch sich zu der Ansicht bekannte, daß eine gemeinsame Union vorzuziehen und der lutherische Sonderbund aufzugeben sei. Da blieb dann Neuburg und Baden nichts anderes übrig als nachzugeben, wenn sie nicht völlig vereinzelt bleiben wollten.

So war man endlich dahin gelangt, an den endgiltigen Abschluß des lange geplanten Bündnisses zu gehen. Zu diesem Zwecke fanden sich in dem Ansbach'schen Dorfe Ahausen am 12. Mai 1608 der Herzog von Württemberg, die Markgrafen von Ansbach, Culmbach und Baden, der Sohn des Herzogs von Neuburg, Wolfgang Wilhelm, und als Vertreter von Kurpfalz die Seele der ganzen Unionsbewegung, Christian von Anhalt, zusammen. Und jetzt, da einmal der Entschluß der Einigung feststand, ging Pfalz-Neuburg sogar noch über den pfälzischen Entwurf hinaus. Dieser sprach nur von kleinen Truppencontingenten, welche die Unirten stellen sollten, der Neuburger aber griff auf die Torgauer Unionsakte von 1591 zurück und schlug, dieser entsprechend, regelmäßige Bundessteuern und Vorbereitungen für die Aufstellung einer einheitlichen Bundesarmee, deren Stärke auf 20 000 Mann veranschlagt wurde, vor. Dazu bedurfte es aber noch einer einheitlichen Kriegsverfassung, über die man sich in der That einigte. An die Spitze der

Illus^tris^simus Princeps ac Dominus D. WOLFGANGUS GUILIELMUS D G Comes Palatinus ad Rhenum, Dux Bavariæ, Juliæ, Cliviæ, et Montium, Comes Veldenty, Spanhemi, March Ravensb et Marsæ, Dō in Ravenst.

Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Crispin de Paſſe (1560—1629).

ganzen Union trat als Bundesdirector der Kurfürſt von der Pfalz, dem von den Unirten eine Anzahl von Kriegsräthen an die Seite geſtellt wurde. Die Entſcheidung, ob die Bundeshilfe nöthig iſt, trifft der Director entweder mit ſeinen Räthen allein oder mit den Unirten insgeſammt. Die Führung des zuſammengebrachten Heeres übernimmt der Angegriffene, der bei ganz plötzlichen Angriffen ſelbſtändig auf gemeinſame Koſten die erforderlichen Truppen aufbringen darf. Außerdem aber ſoll der Bund auch in Verwickelungen, in denen das Recht oder die Intereſſen der Unirten oder der proteſtantiſchen Stände insgeſammt gefährdet erſcheinen, ſich zum Kampfe bereit zeigen und ſoll dann auch vor einem größeren, außerhalb der Lande der Unirten zu führenden Kriege nicht zurückſchrecken. In dieſem Falle ſoll ein beſonderer General die Aufſtellung und Führung der Truppen übernehmen. Als Zweck des Bundes wurde zunächſt Vertheidigung der Bundesgenoſſen in allen Fällen, in denen ein Angriff gegen Perſon und Land eines Verbündeten unternommen wurde, bezeichnet. Außerdem aber beſchloſſen die Unirten, in Bezug auf alle am letzten Reichstage vorgetragenen Beſchwerden feſt zuſammenzuhalten. Zu allen dieſen Zwecken wurde eine Bundeskaſſe gegründet, zu der die Verbündeten für das erſte Jahr dreißig Römermonate, für die folgenden vier Jahre je fünfzehn, für die letzten fünf Jahre — denn auf zehn Jahre wurde der Bund zunächſt geſchloſſen — je zehn Römermonate beizuſteuern hatten.

Man ſieht, es war eine ſtramme und weitausſehende Organiſation, die hier geſchaffen wurde und ſich nun neben die verfallenden Einrichtungen des Reiches ſtellte; ja ohne Frage wohnte ihr von Anfang an eine geradezu gegen die centralen Reichsgewalten gerichtete Tendenz inne. Gerade gegen die Vergewaltigungen, welche die Proteſtanten von dieſen auf Grund einer weitgehenden Auslegung des Religionsfriedens zu beſorgen hatten, war der Bund gegründet. Da mußte nun Alles daran liegen, ob es gelingen werde, ihm die zu einer wirkſamen Förderung der proteſtantiſchen Intereſſen erforderliche Ausdehnung zu geben. Noch in Ahauſen ſelbſt, wo ſchon am 14. Mai der Abſchluß der Union erfolgte, übernahm jeder der Unirten die Verhandlungen mit einigen weiteren Fürſten. Man gedachte dann die Union in zwei Kreiſe zu zerlegen; der eine ſollte aus den ober- und niederſächſiſchen Ständen gebildet und eventuell unter die Führung von Kurſachſen, wenn es gelinge dies zum Beitritt zu bewegen, geſtellt werden, während der andere die ſüddeutſchen Stände umfaſſen und unter kurpfälziſcher Leitung ſtehen ſollte. Außerdem faßte man noch eine engere Verſtändigung mit Heinrich IV. von Frankreich ins Auge, dem der Abſchluß des Bundes mitgetheilt wurde. Endlich gab man ſich, um einen engeren Anſchluß an einander zu ermöglichen und die alten Zwiſtigkeiten zwiſchen Calviniſten und Lutheranern nicht wieder aufleben zu laſſen, gegenſeitig das Verſprechen, den Predigern und Schriftſtellern Verleumdungen der Gegner und maßloſe Angriffe zu unterſagen.

Chriſtian von Anhalt brachte außerdem ſchon in Ahauſen zur Sprache, ob es nicht angezeigt erſcheine, daß die Union mit den proteſtantiſchen Ständen

in den öſterreichiſchen Erbländern in Verbindung trete. In der That iſt das dann in den Wirren der Jahre 1609 und 1610 wiederholt verſucht worden, ohne daß es indeß zu erheblichen Ergebniſſen gekommen wäre. Wir kommen darauf noch weiter zurück.

Von günſtigerem Erfolge waren die Bemühungen um eine weitere Ausdehnung der Union auf die anderen, in Ahauſen nicht vertretenen proteſtantiſchen Stände des Reiches begleitet. Zwar lehnte der Kurfürſt von Sachſen nach wie vor ſeinen Beitritt ab. Recht eigentlich im Gegenſatz zu den unirten Fürſten ſah er in der Aufrechthaltung der kümmerlichen Reſte der Reichsverfaſſung das einzige Heil und ließ ſich in ſeinen darauf gerichteten Beſtrebungen auch dadurch nicht irre machen, daß eben dieſe Reichsinſtitute in Folge ihrer unbilligen Zuſammenſetzung das Meiſte dazu beitrugen, den Proteſtantismus in ſeiner Exiſtenz zu gefährden. War doch Kurſachſen ſelbſt nicht zu einem Vorgehen gegen die mit dem Reichskammergericht concurrirende, den Proteſtanten ausnahmlos ungünſtige Jurisdiction des Reichs-

25. Gegen dem rechten Fuß ewern Spies fellet/vnd die Wehr von Leder ziehet
25. Polez la picque contre le pied droict, & tirez l'eſpée.

Truppen aus dem Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts: 1. Spießknecht in Vertheidigungsſtellung gegen einen Reiter: den vorgeſtreckten Spieß gegen den rechten Fuß geſtemmt, mit der rechten Hand den Degen ziehend.

(Facſimile aus: Waffenhandlung Van den Roehren, Mußquetten vnd Spieſſen. Geſtalt nach der Ordnung deß Hochgebornen Fürſten vnd Herrn, Herrn Moritzen, Printzen zu Oranien, u. ſ. w. Figurlichen abgebildet, durch Jacob de Gheyn. Gedruckt zu Franckfort am Main 1609.)

hofraths zu bewegen. Wie oft hatte Kurſachſen nicht dadurch und durch ſeine ſtets wiederkehrende Trennung von ſeinen Glaubensgenoſſen die Niederlage der letzteren herbeigeführt!

Während aber Kurſachſen gleichgiltig oder gar feindlich abſeits ſtand, traten auf einem im Jahre 1609 zu Schwäbiſch-Hall abgehaltenen Unionstage die Städte Straßburg, Ulm und Würzburg der Union bei, denen im Laufe des folgenden Jahres Kurbrandenburg, Landgraf Moritz von Heſſen und mehrere weitere Reichsſtädte folgten.

Auf der andern Seite aber rief dieſe feſte Organiſation der proteſtantiſchen Kräfte naturgemäß auch eine Reaction von katholiſcher Seite hervor. Am lebhafteſten empfand ſeit langer Zeit das Bedürfniß einer Vereinigung der katholiſchen Stände der Herzog Maximilian von Bayern. Auf der einen Seite flößte ihm die dauernde Feindſchaft zwiſchen Kaiſer Rudolf und ſeinem Bruder Matthias ernſte Beſorgniſſe für die Schickſale des Reiches ein, auf der andern Seite erkannte er ebenſo klar wie die Führer der Proteſtanten, welche entſcheidende Bedeutung für die Machtverhältniſſe beide Religionsparteien der demnächſt zu gewärtigenden Erledigung der Jülicher Erbfolge innewohne. An dieſem Punkte ſtießen die Intereſſen der entgegengeſetzten

25. Ewer Rohr ladet.
23. Chargez l'Harquebuſe.

Truppen aus dem Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts: 2. Schütze Pulver ins Rohr ſchüttend. (Ebd.)

Parteien in der That am ſchärfſten auf einander. Die Rückſicht auf jenen Conflict im Kaiſerhauſe, der ein entſcheidendes Eingreifen der Centralgewalt in die religiös-kirchlichen Händel im Reiche faſt unmöglich machte, mußte in der That den Gedanken nahe legen, nachdem die Proteſtanten ſich zu einer feſten Organiſation zur Vertretung ihrer Intereſſen unabhängig von der Centralgewalt zuſammengeſchloſſen hatten, den gleichen Schritt nun auch auf katholiſcher Seite zu unternehmen. Auch dieſe Verbindung aber mußte, ſollte ſie nicht von vornherein in die unſeligen Zwiſtigkeiten der Habsburger hineingezogen werden, unabhängig vom Kaiſer und dem geſammten Habsburgiſchen Hauſe gehalten werden. Zu energiſcheren Schritten zur Begründung eines ſolchen katholiſchen Bündniſſes hatte ſich Maximilian ſchon faſt gleichzeitig mit den entſprechenden Verſuchen der Proteſtanten auf dem Regensburger Reichstage von 1608 entſchloſſen; ſeine Geſandten waren dort auf ſeine Weiſung mit denen der geiſtlichen Kurfürſten und denen von Salzburg und Würzburg in Verhandlungen getreten, die nach dem Reichstage auf einige weitere biſchöfliche Höfe ausgedehnt wurden. Maximilian ſchickte dann ſeinen Rath Wenſin an die geiſtlichen Kurfürſten, die in Andernach mit ihm ſich beſprachen. Da ſich aber dieſe Ver-

Truppen aus dem Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts: 3. Schütze im Marſch. (Ebd.)

handlungen zu lange hinzogen und der Herzog eine Beſchleunigung ſeines Vorhabens mit Rückſicht auf den inzwiſchen erfolgten Abſchluß der proteſtantiſchen Union für dringend wünſchenswerth hielt, ſo entſchloß er ſich kurz, zunächſt einen engeren Bund mit einigen benachbarten geiſtlichen Fürſten, den Biſchöfen von Augsburg und Konſtanz und den Aebten von Kempten und Ellwangen abzuſchließen (9. März 1609). Dann lud er zu weiteren Verhandlungen die Biſchöfe von Würzburg, Paſſau und Regensburg nach München ein und bewog in der That die beiden letzteren, dem Bündniſſe vom 9. März beizutreten. Ein Vertrag vom 10. Juli bildete die Grundlage dieſes Bundes, der als ein Defenſionsbund bezeichnet wurde.

Truppen aus dem Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts: 4. Musketier. (Ebd.)

Die Verfaſſung war ſo ziemlich der der Union nachgebildet, welcher man auch den Namen entlehnte. Das katholiſche Bündniß hat anfangs in der That wie das proteſtantiſche den Namen „Union“ geführt, an deſſen Stelle erſt ſpäter der Name „Liga“ aufkam. An die Spitze trat ein Bundesoberſt und ihm zur Seite drei Adjuncten. Eine gemeinſame Kaſſe mit genau feſtgeſetzten Beiträgen wurde begründet, mit deren Hilfe ein Bundesheer ausgerüſtet werden ſollte. Am 30. Aug. traten dann die geiſtlichen Kurfürſten, nachdem ſie ſich am 14. Juni auf einer auf Ver-

anlaſſung Schweikharts von Mainz zuſammenberufenen Tagung verſtändigt hatten, der Liga bei, an deren Spitze jetzt zwei Bundesoberſten, der Herzog Maximilian von Bayern und der Kurfürſt von Mainz, traten. Der erſtere wurde außerdem zum Bundesfeldherrn gewählt.

Gleich am Anfange zeigte ſich deutlich, einen wie mächtigen Beweggrund für die Begründung der Liga bei vielen katholiſchen Fürſten die Rückſicht auf die Jülicher Erbfolgefrage gebildet hatte. Die geiſtlichen Kurfürſten verlangten alsbald, daß ein Drittel der Bundeskaſſe zur Unterſtützung des Erzherzogs Leopold, der ſich ſeit einiger Zeit im Beſitz der Feſtung Jülich befand, verwendet werde. Das war aber keineswegs im Sinne Maximilians, der das Abenteuerliche der Pläne des Erzherzogs ſehr wohl erkannte. Wohl aber war Maximilian gleich den geiſtlichen Kurfürſten dafür, die Hilfe Spaniens für die Liga nachzuſuchen und, wenn möglich, deſſen Beitritt zu dem Bunde zu erreichen. Zu dieſem Zwecke wurde der Kapuziner Fra Lorenzo von Brindiſi nach Spanien geſandt. Dieſen Schritt, der von dem ſpaniſchen Geſandten Zuñiga und dem päpſtlichen Nuntius gebilligt wurde, hielt man vor dem Kaiſer, der nach wie vor von Mißtrauen gegen den ſpaniſchen Hof erfüllt war, geheim; dagegen machte man den Erzherzögen Leopold und Ferdinand von dem-

17. Thut Pulver auff ewere Pfannen.
17. Amorçez.

Truppen aus dem Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts: 5. Musketier Pulver auf die Pfanne ſchüttend. (Ebd.)

ſelben Mittheilung. Der König von Spanien wurde durch Zuñiga und den Papſt auf die Sendung Lorenzos vorbereitet nnd für die Liga günſtig geſtimmt. Aber er verlangte, als ihm Lorenzo nun das Anliegen der Liga vortrug, beſtimmtere Angaben über die Ziele derſelben und die thätige Theilnahme des Papſtes, der an Geld und Truppen ebenſo viel leiſten müſſe wie er, der König. Endlich forderte er, daß die Liga den Erzherzog Ferdinand in den Kreis der Schutzbefohlenen aufnehme; d. h. er ſuchte ſie mit den Geſchicken des Hauſes Habsburg zu verflechten, während doch Herzog Maximilian gerade dies mit allem Eifer zu verhindern ſtrebte. Dieſe Bedingungen wurden am 1. November 1609 von den ſpaniſchen Staatsräthen Lorenzo ſchriftlich mitgetheilt. Dieſer erkannte ſehr wohl, wie bedenklich mehrere dieſer Bedingungen für ſeine Auftraggeber waren, und verſuchte den König zum bedingungsloſen Eintritt in die Liga zu bewegen. Allein das vermochte er nicht zu erreichen, doch gab man ihm beruhigende Zuſicherungen und erklärte, der ſpaniſche Geſandte in Prag, Zuñiga, habe Vollmacht zu weiteren Verhandlungen und ſei an dieſe Bedingungen nicht gebunden. Thatſächlich ſah der König von der Bedingung, daß der Papſt ebenſo viel zahlen müſſe als er, ab, dagegen beſtand er auf ſeiner Forderung, daß das Intereſſe des öſterreichiſchen Hauſes von der Liga gewahrt werden müſſe. Die Hilfe, welche der König leiſten wollte, wurde dann auf 3000 Infanteriſten und 1000 Reiter oder auf jährlich 360 000 Dukaten bemeſſen, eine Summe, deren Höhe deutlich erkennen läßt, welchen Werth der König auf dieſes katholiſche Bündniß legte, von dem er ein thätiges Eingreifen in die Jülicher Frage, Unterſtützung gegen die „rebelliſchen“ Niederländer und überhaupt eine neue Stütze für ſein ganzes umfaſſendes politiſches Syſtem erhoffte.

Weit weniger thatkräftig zur Unterſtützung der Liga bereit erwies ſich Papſt Paul V., an deſſen Hof ſich Lorenzo von Spanien aus begab. Er fürchtete, durch ein offenes Auftreten für die mit Spanien verbündete Liga in ein geſpanntes Verhältniß zu Heinrich IV. zu kommen, auf den er damals weitgehende Rückſicht zu nehmen veranlaßt war. Zudem war er, mehr von politiſchen als von kirchlichen Beweggründen geleitet, überhaupt wenig geneigt, das an ſich ſchon große und auch in Italien ſehr fühlbare Uebergewicht der ſpaniſchen Politik noch zu verſtärken. So kam es, daß er dem Bruder Lorenzo und den Geſandten der geiſtlichen Kurfürſten, die gleichzeitig mit dieſem in Rom anweſend waren, zwar ſehr freundliche Erklärungen gab, aber zu deren großer Enttäuſchung zu einem poſitiven Vertrage mit der

Fiſcherring von Papſt Paul V.
Originalgröße.
Nach einem Abdruck im königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.

Liga nicht zu bewegen war. Auch bei den anderen italieniſchen Fürſten, welche die Geſandten zu gleichem Zwecke noch beſuchten, hatten dieſelben

Papſt Paul V.
Facſimile des Kupferſtiches von Crispin de Paſſe (1560—1629).

keinen Erfolg, weil die meiſten von dieſen, aus Abneigung gegen die ſpaniſche Politik, mehr oder weniger offen zu Frankreich hinneigten.

Die Hauptfrage war nur, in wie weit es gelingen werde, wenigſtens mit dem Könige von Spanien in enger Verbindung zu bleiben, d. h. ob es möglich ſein werde, deſſen Bedingungen zu erfüllen. In dieſer Beziehung mußte, wie ſich alsbald auf dem nächſten im Februar 1610 in Würzburg zuſammentretenden Ligatage zeigte, namentlich die Stellung zum Hauſe Habsburg Schwierigkeiten bereiten. Darüber war man nicht im Zweifel, daß weder Kaiſer Rudolf noch Matthias in die Liga aufzunehmen ſei. Dagegen wollten die Geiſtlichen die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand aufgenommen wiſſen, und ſie konnten ſich dabei auf die Forderung König Philipps III. von Spanien berufen, deſſen Geſandter Zuñiga, ſeinen Weiſungen entſprechend, verlangte, daß den Erzherzögen, namentlich Ferdinand, eine hervorragende Stellung in der Liga eingeräumt werde. Eben hierzu aber war Herzog Maximilian von Bayern, wie wir ſahen, wenig geneigt. Es kam ſo weit, daß er auf dem Bundestage in München (22. Mai 1610) geradezu erklärte, von der Direction der Liga zurücktreten zu wollen. Es war kein Zweifel, daß dies den Zuſammenbruch des vor Allem auf der thatkräftigen Politik Herzog Maximilians beruhenden Bundes bedeutet hätte. Es entſtand daher eine große Aufregung unter den Mitgliedern, die Maximilian ſämmtlich inſtändig baten, die Leitung zu behalten. Endlich erklärte er ſich bereit, ſein Amt noch bis zur nächſten Bundesverſammlung zu verwalten. Vor Allem kam es nun auf die Haltung des ſpaniſchen Geſandten Zuñiga an. Nach längeren Verhandlungen verlangte dieſer nur noch, daß Erzherzog Ferdinand in die Liga nicht als einfaches Mitglied, ſondern als Mitdirector und Bundesoberſter eintrete, doch ſolle dies nur ein Titel ſein und keine Beſchränkung Maximilians in ſich ſchließen. Der letztere war bereit dies zu bewilligen, wenn der Erzherzog ſich ſchriftlich verpflichte, mit dem *Titel* eines Directors und Oberſten ſich zu begnügen, ohne die entſprechenden Functionen ausüben zu wollen. Darauf wollte aber Ferdinand nicht eingehen. Nunmehr ſchlug Zuñiga für Ferdinand den Titel Viceprotector vor und verlangte außerdem für ihn die Vergünſtigung, daß er von den Beiträgen zur Liga befreit bleiben ſolle, da die des Königs von Spanien als die ſeinigen aufgefaßt werden könnten. Nach einigem Widerſtande gegen die letztere Bedingung gab Maximilian endlich nach.

Damit war die Organiſation der Liga, nachdem im Februar 1610 in Würzburg die Abgeordneten aller bedeutenden katholiſchen Reichsſtände mit Ausnahme von Oeſterreich und Salzburg beſchloſſen hatten, die Beiträge der einzelnen Bundesglieder gemäß der im Reich gebräuchlichen Matrikel, und zwar für 1610 in Höhe von 42 Römermonaten, zu leiſten, vollendet. Am 14. Auguſt wurde dann auch der Vertrag zwiſchen Herzog Maximilian Namens der Liga und Philipp III. auf drei Jahre abgeſchloſſen. In voller Rüſtung ſtanden ſich die proteſtantiſchen und katholiſchen Streitkräfte feindlich gegenüber. An Stelle der Reichsverfaſſung war thatſächlich ein in entgegengeſetzten Bündniſſen organiſirtes Syſtem der Selbſthilfe getreten. Ein An-

einanderprallen der feindlichen Parteien war in gefahrdrohende Nähe gerückt, ſobald irgend ein Ereigniß eintrat, welches die entgegengeſetzten Intereſſen berührte. Und ein ſolcher nur zu bedenklicher Anlaß ſchien ſich aus der Jülicher Erbfolgefrage zu ergeben, welche eben damals in die entſcheidende Kriſis eingetreten war.

Prachtſiegel von Johann Georg, Kurfürſt von Sachſen, mit der Jahreszahl ſeines Regierungsantrittes, 1611.

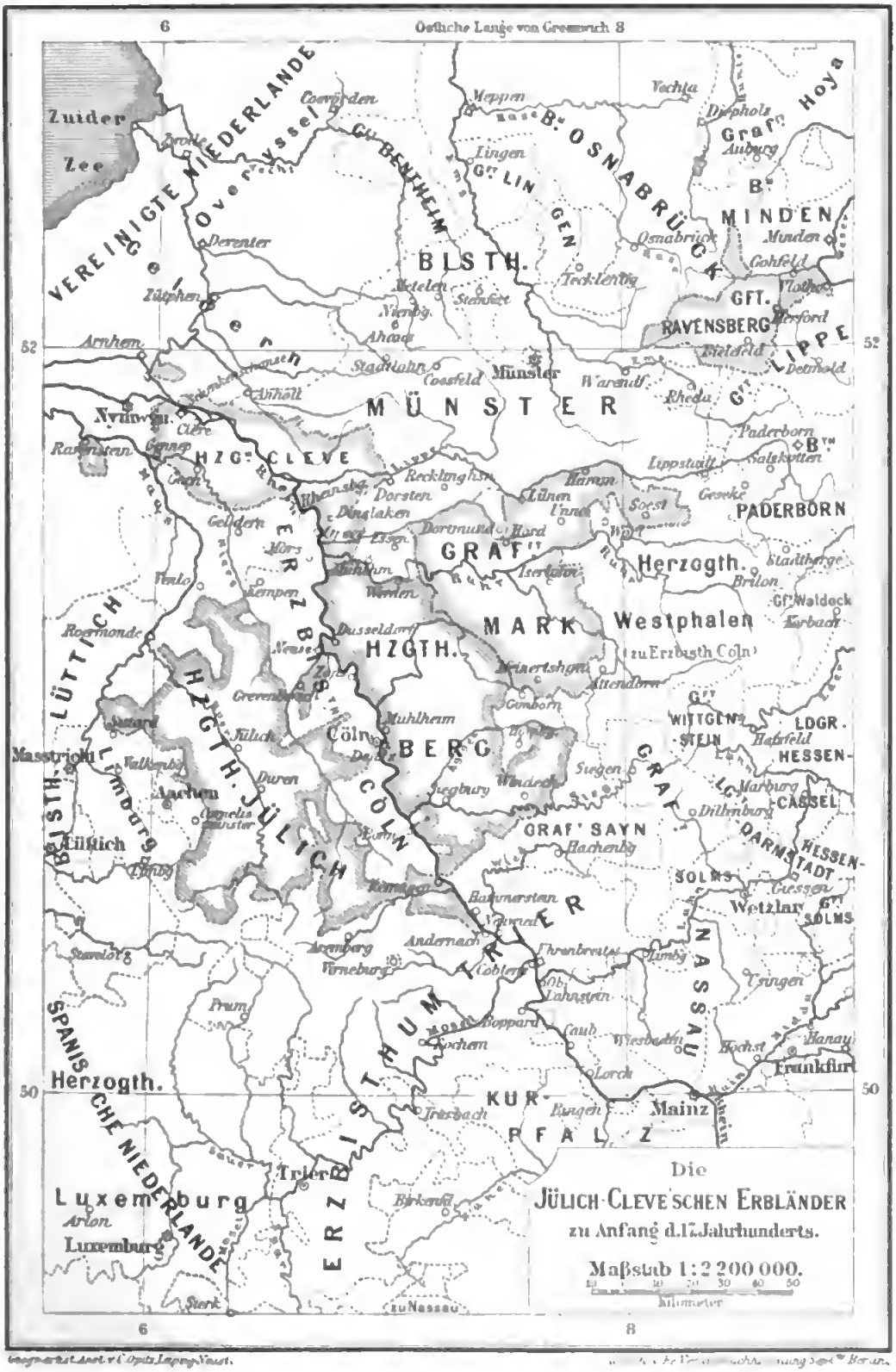
Nach dem Abdruck im königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.

Der Jülich-Clevische Erbfolgestreit.

Seit vielen Jahren schon war die Politik der protestantischen Fürsten durch die beständige Rücksicht auf die Jülicher Erbfrage bestimmt gewesen. Sie hatte auch in den Unionsbestrebungen eine hervorragende Rolle bis zum Moment der thatsächlichen Gründung der Union gespielt. Daß Pfalz-Neuburg endlich auf das lutherische Sonderbündniß verzichtete und der allgemeinen Union beizutreten bereit war, wurde nicht in letzter Linie dadurch herbeigeführt, daß es bei der Geltendmachung seiner Erbschaftsansprüche auf die Unterstützung des protestantischen Bündnisses hoffte.

In der That war diese Frage für die protestantischen Interessen von hervorragender, ja entscheidender Bedeutung. Die reichen niederrheinischen Gebiete, welche aus einer Reihe kleinerer Territorien erst seit 1511 durch Erbgang zu einem einheitlichen Staatswesen vereinigt worden waren, bildeten gleichsam die Brücke zwischen den spanischen Niederlanden und den großen geistlichen Gebieten Nordwestdeutschlands. Das Erzbisthum Köln war von den Herzogthümern Jülich und Berg mit seinen fruchtbaren Landschaften und aufstrebenden Städten Jülich, Düsseldorf, Mühlheim ꝛc. rings umschlossen; das Herzogthum Cleve und die Grafschaft Mark waren wie ein Keil zwischen den westphälischen Bisthümern und den spanisch-niederländischen Gebieten Geldern und Brabant eingeschoben. In ihrer Gesammtheit nahmen sie eine den rein deutschen Niederrhein völlig beherrschende Stellung ein. Wie klar hatte sich nicht ihre Bedeutung in negativer Richtung unter der schwachen Regierung des letzten Herzogs in den spanisch-niederländischen Wirren gezeigt, als dereinst Mendoza mit seinen spanischen Truppen vollkommen willkürlich und, als ob er der Herr dieser Gebiete wäre, in dieselben eingefallen war. Kamen diese Länder nach dem Aussterben des Fürstenhauses in katholische Hände, wonach der Kaiser wie der spanische Hof gleich eifrig strebten, so erlangte der Katholicismus in Niederdeutschland ein noch erdrückenderes Uebergewicht als bisher. Gelang es den Protestanten, ihre Erbansprüche wirksam zur Geltung zu bringen, so war dem siegreichen Vordringen der katholischen Restauration in diesen Gebieten und der Anlehnung derselben an die spanisch-ultramontane Politik ein fester Damm entgegengestellt.

Zum Glück lagen die Dinge rechtlich so, daß, so verschiedenartig, mannigfach begründet und verwickelt auch diese Erbansprüche waren, sie doch alle


Östliche Länge von Greenwich 8
6
8
52
50
Zuider Zee
VEREINIGTE NIEDERLANDE
Overyssel
Gelder
Coevorden
Meppen
Vechta
Diepholz
Graf. Hoya
Auburg
B. OSNABRÜCK
Lingen
Gr. LINGEN
Gr. BENTHEIM
B. MINDEN
Minden
Osnabrück
Gohfeld
Tecklenbg
BISTH.
Metelen
Stemfert
Nienbg.
Ahaus
Zütphen
Deventer
GFT. RAVENSBERG
Herford
Bielefeld
Detmold
Gr. LIPPE
Arnhem
Stadtlohn
Coesfeld
Münster
Warendf.
Rheda
MÜNSTER
Anholt
Nymwgn.
Clere
Ravenstein
Gennep
HZG. CLEVE
Paderborn
B. Pn.
Salzkotten
Lippstadt
Geseke
PADERBORN
Recklinghsn.
Dorsten
Dinslaken
Lünen
Hamm
Unna
Soest
Geldern
Mörs
Dortmund
Hörd
GRAF.
Herzogth.
Stadtberge
Brilon
Gf. Waldeck
Korbach
Venlo
Kempen
Werden
Iserlohn
Roermonde
Dusseldorf
MARK
Westphalen
(zu Erzbisth. Cöln)
HZGTH.
Meinertshgn.
Attendorn
Grevenbrock
Gonborn
Gr. WITTGENSTEIN
LDGR. HESSEN-CASSEL
Hatzfeld
Masstricht
Jülich
Cöln
BERG
Siegen
Marburg
Dillenburg
Valkenbg.
Aachen
Duren
Siegburg
Windeck
GRAF. SAYN
Hachenbg.
Lüttich
Limbg.
Bonn
Remagen
Hammerstein
Neuwied
Andernach
Ehrenbreitst.
Limbg.
SOLMS
Giessen
Wetzlar
Gr. SOLMS
Stavelot
Aremberg
Virneburg
Coblenz
Ob. Lahnstein
Usingen
Prum
Boppard
Caub
Wiesbaden
Hochst
Hanau
Frankfurt
Rochem
Lorch
Mainz
Bingen
Trarbach
KURPFALZ
Herzogth.
Trier
Birkenfd.
Luxemburg
Arlon
Luxemburg
Sierk
zu Nassau
ERZBISTH. HUMTRIER
ERZBISTH. CÖLN
HZGTH. JÜLICH
BISTH. LÜTTICH
Limburg
SPANISCHE NIEDERLANDE
Die
JÜLICH-CLEVE'SCHEN ERBLÄNDER
zu Anfang d. 17. Jahrhunderts.
Maßstab 1:2 200 000.
Kilometer

ausnahmslos proteſtantiſchen Fürſten zu Gute kamen. Gelang es, unter ihnen oder doch unter den vornehmſten unter ihnen eine Einigung herbeizuführen, ſo mußte es auch gelingen, den Plänen des Kaiſers, die im letzten Grunde auf Einziehung dieſer erledigten Lehen an das Reich gerichtet waren, wirkſam entgegenzutreten. Aber leicht war eine ſolche Einigung nicht, weil in der That eine Entſcheidung darüber, weſſen Anſprüche die rechtlich am beſten begründeten ſeien, nur ſehr ſchwer zu fällen war. Die kaiſerlichen Privilegien, welche darüber vorlagen, widerſprachen einander auf das ſchroffſte. Suchen wir uns über das Weſen der Rechtsfrage, über die damals eine ganze Unmenge von Deductionen und Streitſchriften erſchien, wenigſtens in den Grundlinien klar zu werden.

Seit 1539 waren die ſämmtlichen reichen Gebiete von Jülich, Cleve, Berg, Mark und Ravensberg von Herzog Wilhelm dem Reichen beherrſcht geweſen, der gegen Ende ſeines Lebens, von Alter und Schwachſinn gebrochen, ſich den Regierungsgeſchäften faſt völlig entzogen hatte. Von ſeinen Söhnen war der ältere, Karl Friedrich, im Jahre 1575 geſtorben; darnach ruhte der Mannesſtamm des Hauſes auf den beiden Augen des zweiten, einem unheilbaren Wahnſinn verfallenen Sohnes Johann Wilhelm, der nach dem Tode ſeines Vaters 1592 die Regierung übernahm, aber trotz zweimaliger Verheirathung kinderlos blieb. Außer ihm waren nur noch vier Töchter Wilhelms des Reichen, Marie Eleonore, Anna, Magdelene und Sibylla vorhanden. Die grundſätzliche Frage war nun vor Allem, ob die Länder als Mannlehen aufzufaſſen ſeien, in welchem Falle ſie allerdings nach Reichsrecht dem Kaiſer als „erledigte Lehen“ anheimfielen, oder ob eine Erbfolge der Töchter bez. ihrer Nachkommen möglich ſei. Schon dieſe grundſätzliche Frage war ſchwer zu entſcheiden, weil eben die über dieſelben vorliegenden kaiſerlichen Privilegien einander widerſprachen.

Das älteſte dieſer Privilegien war zu Gunſten Sachſens verliehen. Als Belohnung für im Türkenkriege geleiſtete treue Dienſte hatte Kaiſer Friedrich III. dem Herzoge Albrecht von Sachſen und ſeinen Erben d. h. dem damals noch ungetheilten Geſammthauſe Sachſen, die Zuſage ertheilt, daß er ihnen die Lande Jülich, Berg und Ravensberg, die damals noch nicht mit Cleve und Mark vereinigt waren, falls ſie mangels männlicher Erben „dem Reiche ledig würden“, als Lehen verleihen wolle (1483). Dieſes Privileg, welches auf der Vorausſetzung der Eigenſchaft der Länder als Mannlehen beruhte, wurde den Häuptern beider ſächſiſchen Linien, dem Kurfürſten Ernſt und dem Herzoge Albrecht, 1486 erneuert und 1495 feierlich beſtätigt.

Im Gegenſatz zu dieſem Privileg hatten 1496 Herzog Wilhelm von Jülich, der nur eine Tochter Marie hatte, und Herzog Johann II. von Cleve einen von ihren Ständen genehmigten Vertrag geſchloſſen, nach welchem des erſteren Tochter Marie mit dem jungen Herzoge Johann (ſpäter III.) von Cleve, dem Sohne Johanns II., vermählt werden und ihrem Gemahl die

Lande Jülich-Berg zubringen sollte. Trotzdem damit das Erbrecht der Tochter des Jülicher Herzogs stipulirt wurde, während die früheren kaiserlichen Privilegien Jülich als Mannlehen bezeichneten, genehmigte Kaiser Maximilian dennoch im Jahre 1508 jenen Heirathsvertrag. Als nun Herzog Wilhelm von Jülich 1511 ohne männliche Erben starb, verlangte Sachsen, auf jene älteren kaiserlichen Privilegien gestützt, den Anfall der Lande, Johann III. von Cleve aber, Gemahl der Maria, nahm, auf die Bestätigung des Ehevertrages gestützt, ohne Weiteres das Land in Besitz. Maximilian gerieth dadurch in arge Verlegenheit. Es entstand ein gerichtliches Verfahren, in welchem der Kaiser anfangs für Sachsen Partei nahm, dann aber versuchte, es zum Verzicht zu bewegen. Johann III. blieb im Besitz und erlangte nach Maximilians Tode von Karl V. am 22. Juni die Belehnung. Damit war also von dem Grundsatze, daß diese Länder Mannlehen seien, thatsächlich und mit ausdrücklicher Genehmigung des Kaisers abgewichen worden. Aber widerspruchsvoll, wie die kaiserliche Politik bisher in dieser Frage gewesen war, blieb sie auch jetzt. Indem der Kaiser Johann III. in dem durch seine Gemahlin ererbten Besitz bestätigte, stellte er doch eine gleichlautende Belehnungsurkunde auch für Sachsen aus, ohne Zweifel, um im gegebenen Augenblick die Entscheidung über die streitigen Ansprüche in der Hand zu haben. Aber die Sache wurde noch verwickelter.

Der Kurfürst von Sachsen hatte schließlich den bestehenden Zustand, d. h. die thatsächliche Nachfolge Johanns III. in den Jülicher Landen, anerkannt. Er ging jetzt darauf aus, seiner Linie, der ernestinischen, das nähere Recht vor der albertinischen zu verschaffen. Zu diesem Zwecke vereinbarte er mit Johann III. von Jülich-Cleve-Berg eine Heirath zwischen dessen ältester Tochter Sibylla und seinem ältesten Sohne Johann Friedrich. Wenn — so hieß es in dem Vertrage — die männlichen Erben des Herzogs von Jülich-Cleve aussterben, so sollen Johann Friedrich und Sibylla bezw. ihre Erben in sämmtlichen Landen, den jülichschen wie den clevischen, nachfolgen (1526). Dieser Vertrag war im Grunde ein Widerspruch in sich selbst. In seinem ersten Theile betrachtete er die Länder als Mannlehen und sah sie für erledigt an, wenn der Herzog ohne männliche Erben sterbe; im zweiten Theile aber begründete er die sächsisch-ernestinischen Ansprüche auf eine Heirath mit einer Tochter Johanns III. Trotzdem fand auch dieser Vertrag die Genehmigung des Kaisers (13. Mai 1544). Auf diese Verleihungen gründete das sächsische Haus und insbesondere die ernestinische Linie ihre Erbansprüche und erklärte die Länder für „rechte Mannlehen", die jedoch durch das letzte kaiserliche Privileg den männlichen Nachkommen der Kurfürstin Sibylla zuzufallen bestimmt seien.

Zwei Jahre darnach aber, als der Kaiser im Schmalkaldischen Kriege in äußerste Feindseligkeit mit dem sächsischen Kurhause gerathen war, ertheilte Karl V. dem nunmehrigen Herzoge Wilhelm dem Reichen von Jülich-Cleve, der im Schmalkaldischen Kriege treu zu ihm gestanden hatte, ein Privileg,

welches, ohne die sächsischen geradezu und ausdrücklich aufzuheben, thatsächlich im stricten Gegensatz zu der sächsischen Auffassung, nach welcher diese Länder als Mannlehen zu betrachten seien, stand, indem er für den Fall, daß Herzog Wilhelm oder seine Nachfolger ohne männliche Nachkommen stürben, den Töchtern des Herzogs Wilhelm, Schwestern Johann Wilhelms, und ihren männlichen Nachkommen das Successionsrecht zusicherte (19. Juli 1546). Wurde, wie man wohl nicht anders konnte, dieses letzte kaiserliche Privileg als das entscheidende betrachtet, so waren damit die sächsischen Ansprüche ein für allemal hinfällig geworden. Thatsächlich aber hat sie Rudolf II., wie wir sehen werden, um den Ansprüchen der anderen Interessenten entgegenzuarbeiten und dadurch Zwistigkeiten unter ihnen zu säen, später hervorgeholt und als die am besten begründeten bezeichnet.

Auf dem letzten Privileg von 1546, welches im Falle des Mangels männlicher Erben den Töchtern des Herzogs Wilhelm das Nachfolgerecht zuerkannte, beruhten die Ansprüche aller andern Prätendenten, die danach als so gut begründet erschienen, daß Sachsen lange Zeit mit seinen Ansprüchen gar nicht hervorzutreten wagte. Diese Begründung war eine um so unzweifelhaftere, als das Privileg von 1546 im Jahre 1558 von Ferdinand I. ausdrücklich bestätigt und auch von Maximilian II. und Rudolf II. durch Zusicherungen anerkannt wurde.

Durch dieses Privileg war also ausdrücklich den Töchtern Wilhelms des Reichen und ihren männlichen Nachkommen das Successionsrecht zugestanden. Von diesen Töchtern war die älteste, Marie Eleonore, an den blödsinnigen Herzog Albrecht Friedrich von Preußen verheirathet, die zweite, Anna, an den Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg, die dritte, Magdalena, an Johann von Zweibrücken, die vierte, Sibylla, in erster Ehe an den Markgrafen Philipp von Baden, in zweiter an den Markgrafen Karl von Burgau. Ob diesen Töchtern insgesammt oder einer von ihnen und welcher das Erbfolgerecht für sich und ihre Nachkommen zukomme, war im kaiserlichen Privileg von 1546 nicht bestimmt, wohl aber festgesetzt, daß die Länder ungetheilt, wenn auch eventuell von mehreren zu gesammter Hand, regiert werden sollten. Im Namen der ältesten Tochter Marie Eleonore erhob nun Johann Sigismund von Brandenburg, der mit deren Tochter Anna vermählt war, Anspruch auf die ganze Erbschaft; er konnte sich dabei auf den Heirathsvertrag, den sein Schwiegervater mit Marie Eleonore geschlossen hatte, berufen; denn in diesem hatte Wilhelm der Reiche der Marie Eleonore und ihren ehelichen Leibeserben für den Fall, daß ihre Brüder Karl Friedrich († 1575) und Johann Wilhelm ohne Erben sterben sollten, alle seine Lande zugesichert (1572). Dadurch war das kaiserliche Privileg, welches nur das Nachfolgerecht der Töchter im Allgemeinen feststellte, dahin ergänzt, daß dasselbe nur speciell der ältesten Tochter und ihren „ehelichen" Leibeserben, d. h. nicht nur den männlichen, zugesprochen wurde. Nach dieser Bestimmung Herzog Wilhelms des Reichen war also unzweifelhaft das Haus Brandenburg das alleiu

erbberechtigte. Dem entsprechend hatten in der That die andern Schwestern bei ihrer Verheirathung, Anna mit dem Herzoge von Neuburg (1574), Magdalena mit dem Herzoge von Zweibrücken (1579) nebst ihren Gemahlen ausdrücklich anerkannt, daß sie mit ihren Kindern erst dann erbberechtigt werden sollten, wenn Marie Eleonore ohne eheliche Leibeserben versterben sollte. Denselben Verzicht leistete auch die vierte Schwester Sibylla bei ihrer Verheirathung mit dem Markgrafen Philipp von Baden. Später aber erhoben sie alle doch auf Grund des kaiserlichen Privilegs von 1546, nach welchem nur die Töchter und ihre „männlichen" Nachkommen erbberechtigt sein sollten, Ansprüche auf die Erbschaft, da Marie Eleonore männliche Erben nicht hatte. Nach dieser Auffassung wäre nach dem Tode des letzten Herzogs zunächst die älteste Tochter Marie Eleonore, nach ihr aber, wenn sie keine Söhne hätte, die Herzogin von Neuburg und deren männliche Nachkommen zur Nachfolge berufen gewesen. Dieser Erbanspruch Neuburgs wurde dann um so wirkungsvoller geltend gemacht, da Marie Eleonore schon vor dem letzten Herzoge Johann Wilhelm starb (23. Mai 1608). Demgemäß erschien nach der Neuburgischen Auffassung der Sohn der zweiten Tochter Anna, Wolfgang Wilhelm von Neuburg, näher berechtigt als der brandenburgische Kurprinz, welcher nur der Schwiegersohn Marie Eleonorens war. Beiden Prätendenten gemeinsam war zunächst nur, daß sie, auf das letzte Privileg Karls V. von 1546 gestützt, die auf den früheren Privilegien beruhenden Ansprüche Sachsens für erloschen betrachteten. Ebenso wenig wurden die Ansprüche der jüngeren Schwestern ernstlich berücksichtigt. (Vgl. über diese sehr verwickelten Erbverhältnisse die Tabelle auf Seite 87).

Einstweilen aber trat, solange Herzog Johann Wilhelm noch lebte, die Verschiedenheit dieser Auffassungen neben der Gemeinsamkeit des Interesses zurück, welches vor Allem dahin ging, die reiche Erbschaft den protestantischen Prätendenten zu erhalten und zu sichern. Diese entscheidende Frage aber wurde schon lange vor dem Tode des letzten Herzogs acut, weil die Regierung des schwachsinnigen Fürsten keinerlei Garantie für die Erhaltung der Erbschaft gab. So hatten, wie wir früher berichteten, in den spanisch-niederländischen Kriegen beide kriegführenden Theile Durchzüge durch Jülicher Gebiet unternommen, ja sich zeitweilig völlig in demselben festgesetzt; so die Staaten seit 1586 in der Schenkenschanze, die Spanier seit 1590 in der Stadt Berg. In Folge dessen beanspruchten die unzweifelhaft nächstberechtigten Erben Brandenburg und Pfalz die Curatel über den unglücklichen Herzog. Gegen diese Forderung trat nun namentlich Spanien auf und fand Unterstützung bei den Räthen des Herzogs, welche spanische Besoldungen bezogen. 1590 war die Verwirrung in den Ländern so groß geworden, daß der Herzog selbst den Kaiser um Ordnung seiner zerrütteten Regierung bat. Dieser eröffnete alsbald durch seinen Kanzler Popel von Lobkowitz Unterhandlungen mit den Jülicher Räthen. Demgegenüber beschlossen die Pfalzgrafen von Neuburg und Zweibrücken auf einer Zusammenkunft zu Eßlingen (October

1590), ohne Präjudiz für die beiderſeitigen Erbanſprüche vereint wie ein Mann zu handeln, und bewogen auch die Herzogin Marie Eleonore von Preußen, ſich dem anzuſchließen. Im Juli 1591 erſchienen ihre Abgeſandten zum Entſetzen der Jülicher Räthe in Düſſeldorf und verlangten Einberufung der Stände. Die Räthe ſahen kein Mittel ſich dem zu widerſetzen, verſtändigten aber den Kaiſer von der Lage der Dinge. Dieſer, der in keinem Falle geſtatten wollte, daß die Prätendenten einſeitig die Frage zu ihren Gunſten entſchieden, ſandte Ludwig von Hoyas und Daniel Prinz als Commiſſare zu dem Landtage. Dieſe ſuchten nun, ſehr im Gegenſatz zu den durch die bisherige Mißregierung aufgebrachten Landſtänden, die Regierungsgewalt den Jülicher Räthen allein zu übertragen und octroyirten, als die Stände nicht darauf eingingen, am 7. December 1591 einen Abſchied über die Form, in welcher die Regierung fortan zu führen ſei. Danach ſollte der Herzog möglichſt mit Regierungsgeſchäften verſchont, dieſe vielmehr den Räthen anvertraut werden, welche ſie dann in entſchieden ſpaniſch-katholiſchem Sinne geführt haben würden. Alle Proteſte der Stände und der intereſſirten Fürſten waren fruchtlos.

Noch trauriger und ſchwieriger wurden die Verhältniſſe, als nach des alten Herzogs Wilhelm Tode deſſen völlig ſchwachſinniger Sohn Johann Wilhelm die Regierung übernahm (1592). Die proteſtantiſchen erbberechtigten Fürſten erkannten jetzt immer deutlicher die zwingende Nothwendigkeit energiſchen gemeinſamen Vorgehens. Sie einigten ſich am 18. Februar 1593 in dem Frankfurter Abſchiede dahin, daß die fürſtlichen Vertreter der drei Töchter Herzog Wilhelms nebſt der vierten Tochter Sibylla und deren Erben gemeinſchaftlich, aber ohne Präjudiz ihrer Erbanſprüche, ſowohl dasjenige durchführen ſollten, was für die Vertheidigung und Regierung der Jülicher Lande nothwendig ſei, als auch mit vereinten Kräften dahin arbeiten, daß dieſe Lande dem Reiche und ihren Erben nicht entzogen würden. Keiner der vereinigten Intereſſenten ſollte, wenn die Lande durch den Tod des Herzogs erledigt würden, vor gütlicher oder rechtlicher Entſcheidung der Erbfrage durch einſeitige Beſetzung der Lande oder durch ſonſtige Thätlichkeiten den anderen vorgreifen. Um dieſer Verabredung auch im Lande einen feſten Rückhalt zu verſchaffen, beriefen ſie im September 1593 eigenmächtig die Ausſchüſſe der Stände, unter denen eine große Anzahl Proteſtanten waren, die in beſtändiger Beſorgniß vor den ſpaniſchen Einmiſchungen lebten, und ſchloſſen am 7. September mit denſelben eine ihre Anſprüche unterſtützende Einigung ab, von der ſich nur die der Mehrzahl nach katholiſchen Stände des Jülicher Landes abſonderten. Nunmehr verlangten die erbberechtigten Fürſten, von einer großen Zahl anderer proteſtantiſcher Fürſten unterſtützt, von Rudolf II. Uebertragung der Curatel über den Herzog auf die Vertreter der drei älteſten Töchter. Der Kaiſer, der die Sache möglichſt hinziehen und ſchließlich den Heimfall der erledigten Lande ans Reich herbeiführen wollte, gerieth dadurch in arge Verlegenheit. Wie er in kritiſchen Lagen zu thun pflegte, antwortete

Stammtafel zur Jülich-Clevischen Erbfolge-Frage.

Johann III. von Cleve, Mark und Ravenstein, † 1539, vermählt seit 1510 mit Marie, Erbin von Jülich, Berg und Ravensberg.

Sibylle, vermählt mit Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen.

Anna, vermählt mit König Heinrich VIII. von England.

Wilhelm der Reiche, seit 1539 Herzog von Jülich-Cleve-Berg, † 1592, vermählt mit Anna von Oesterreich.

1. Marie Eleonore, † 23. Mai 1608, vermählt mit Herzog Albrecht Friedrich von Preußen, † 1618.

Anna, vermählt seit 1594 mit Johann Sigismund von Brandenburg.

Eleonore, seit 1603 zweite Gemahlin Kurfürst Joachim Friedrichs von Brandenburg, † 1607.

2. Anna, vermählt mit Philipp Ludwig, Pfalzgrafen von Neuburg.

Wolfgang Wilhelm, seit 1614 Pfalzgraf.

3. Magdalene, verm. mit Johann von Zweibrücken.

4. Karl Friedrich, † 1575.

5. Sibylle, verm. mit 1. Markgraf Philipp v. Baden, 2. Markgraf Karl von Burgau.

6. Johann Wilhelm, seit 1592 Herzog von Jülich-Cleve-Berg, † 25. März 1609.

er zunächſt ein volles Jahr gar nicht; dann aber gab er die Antwort, welche gegenüber den thatſächlichen Zuſtänden nur als eine Ausflucht betrachtet werden konnte: er wolle ſich erſt durch Commiſſarien über den Zuſtand der Länder näher unterrichten. Die kaiſerlichen Commiſſarien, die dann in der That nach Düſſeldorf entſandt wurden, begnügten ſich damit, den octroyirten Abſchied von 1591 zu erneuern. Immer deutlicher ſchienen dieſe Maßregeln und andere Anzeichen darauf hinzudeuten, daß ſich der Kaiſer ſelbſt der Lande als erledigter Reichslehen bemächtigen oder ſie mit Hilfe der völlig ſpaniſch geſinnten Räthe in die Hände Spaniens ſpielen wolle. Namentlich dieſe letztere Möglichkeit flößte aber den Generalſtaaten mit Recht ernſte Beſorgniß ein, und ſie erklärten ſich in Folge deſſen in den folgenden Jahren wiederholt bereit, die proteſtantiſchen Fürſten in ihren Anſprüchen thätig zu unterſtützen. Anfangs wagten die Fürſten, welche Bedenken trugen, ihrerſeits eine auswärtige Macht in die innerdeutſchen Verhältniſſe hineinzuziehen, nicht, die dargebotene Hand zu ergreifen, endlich aber entſchloß ſich doch zuerſt die kurpfälziſche Politik, mit den Generalſtaaten in Verbindung zu treten, zumal inzwiſchen vom Kaiſer wieder mehrere entſcheidende Schritte zu Ungunſten der erbberechtigten Fürſten unternommen worden waren. Im Jahre 1600 hatte Rudolf nämlich die zweite Gemahlin des Jülicher Herzogs, Antoinette von Lothringen, zur Mitregentin ernannt, 1601 aber die vierte Tochter Herzog Wilhelms, Sibylla, mit ſeinem Vetter, dem Markgrafen Karl von Burgau, vermählt. Dieſe Vermählung wurde als ein neuer Schritt des Kaiſers, die Lande an ſein Haus zu bringen, um ſo mehr betrachtet, als Sibylla ſich weigerte, den Verzicht zu Gunſten der älteſten Schweſter zu unterzeichnen, der Kaiſer vielmehr entſchied, ſie ſolle nur zu Gunſten der etwa noch zu hoffenden Söhne ihres Bruders Johann Wilhelm verzichten.

Medaillon mit dem Bildniß des Markgrafen Johann Sigismund von Brandenburg.

Das Medaillon iſt mit einer in ſchwarz und weiß emaillirten Einfaſſung umgeben, mit Perlen und Edelſteinen geſchmückt; es hängt an Kettchen von einem Adler herab, welcher vorn ſchwarz, hinten roth emaillirt iſt mit Beziehung auf Preußen und Brandenburg. Originalgröße. Berlin, königl. Münzkabinet.

Demgegenüber gerieth nun auch Markgraf Johann Sigismund von Brandenburg in ernſte Beſorgniß. Er wandte ſich zunächſt, da er bei ſeinem

Fors fati transverſa meis est linea rebus,
Mente meum spero tum patiente DEVM.
Forte an hunc qui nunc fati niger ingruit imber,
Mutabit fato candidiore DEVS

Wilf Kilian ſcalp. et exc.

Georg Wilhelm Markgraf von Brandenburg.
Facſimile des Kupferſtiches von Wolfgang Kilian (1581—1662)

kurfürſtlichen Vater keine Hilfe fand, an Kurpfalz und an den Markgrafen von Ansbach und fand namentlich bei dem letzteren und ſeinem Rathe Ott'

Heinrich von Reit bereitwillige Unterſtützung. Endlich gelang es auch, den Kurfürſten Joachim Friedrich für den Plan zu gewinnen, ſich bei den Generalſtaaten für den Fall, daß irgend Jemand gegen die Jülicher Lande Gewalt brauche, um Hilfe zu bewerben, um die Uebergabe der Lande an Brandenburg zu erreichen. Dafür ſollte dann den Generalſtaaten Geldhilfe in ihrem Kampfe gegen Spanien gewährt und hierfür auch Kurpfalz gewonnen werden. Im Jahre 1604 wurde zu dieſem Zwecke der Freiherr von Reit, der inzwiſchen in Brandenburgiſche Dienſte getreten war, nach der Pfalz entſendet, dem es in der That gelang, am 17. Februar 1605 einen Vertrag zwiſchen Brandenburg und Kurpfalz zum Abſchluß zu bringen, nach welchem der älteſte Sohn Johann Sigismunds, Georg Wilhelm, mit Eliſabeth Charlotte oder einer andern Tochter des Kurfürſten Friedrich verlobt werden ſollte. In Bezug auf die Jülicher Lande verpflichteten ſich beide Häuſer, ſich in der Wahrung ihrer Rechte gegenſeitig beizuſtehen; außerdem aber einigte man ſich dahin, daß Kurbrandenburg, Kurpfalz und Johann Sigismund Geſandte nach dem Haag ſchicken ſollten, um gegen eine Geldhilfe den Beiſtand der Staaten für die Jülicher Anſprüche zu gewinnen.

Dieſe Geſandtſchaft kam im April 1605 im Haag an und wurde hier um ſo freudiger aufgenommen, als durch den inzwiſchen erfolgten Friedensſchluß zwiſchen Jacob von England und Spanien die Schwierigkeit ihrer Lage noch bedeutend gewachſen war, ſo daß ſie dringend der in Ausſicht geſtellten Geldhilfe bedurften. Schon am 25. April kam ein Vertrag zu Stande, nach welchem Brandenburg und Pfalz zuſammen in den Jahren 1605, 1606 und 1607 den Generalſtaaten je 100000 Gulden zu erlegen verſprachen, die Staaten dagegen ſich verpflichteten, in der Jülicher Sache oder wenn ſich ſonſt im Reiche eine große Aenderung begebe, auf Anſuchen ein Hilfsheer zu ſtellen.

Zugleich verſuchten die proteſtantiſchen Fürſten nun auch König Heinrich IV. von Frankreich, mit welchem Chriſtian von Anhalt eben damals über die Nachfolge Erzherzog Maximilians im Reiche verhandelte, auch für die Jülicher Anſprüche zu gewinnen. Vor Allem erhoffte man eine Geldunterſtützung für die Brandenburgiſchen Anſprüche. Aber hier traf man doch auf größere Schwierigkeiten, als man erwartet hatte. Des Königs eigenes Intereſſe an dieſer Sache war nur ein negatives: ihm lag nur daran, die Lande nicht in den Beſitz einer ſpaniſch oder öſterreichiſch geſinnten Macht kommen zu laſſen. Die Brandenburger Anſprüche vor denen der andern Prätendenten zu bevorzugen hatte er keine Veranlaſſung. Er verlangte alſo, daß ſich die Bewerber zunächſt unter einander über ihre Anſprüche oder wenigſtens über ein gemeinſames Vorgehen gegen ihre gemeinſamen Gegner verſtändigten. Zu feſten Verabredungen mit Frankreich kam es alſo zunächſt nicht.

So lagen die Dinge, als der letzte Herzog von Jülich-Cleve-Berg, Johann Wilhelm, am 25. März 1609 verſtarb. Während nun der Kaiſer

Johann Wilhelm Herzog von Jülich-Cleve-Berg.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1592, von Crispin de Passe (1560—1629).

unmittelbar verfügte, daß die Regierung des Landes unter Oberleitung kaiserlicher Bevollmächtigter von der Herzogin-Wittwe und ihren Räthen bis zur Entscheidung der Erbfolgefrage weitergeführt werden solle, und sämmtliche Bewerber vor den Reichshofrath einlud, ergriffen Brandenburg und Pfalz-

Neuburg, indem ſie ihren Streit unter einander zunächſt hintanſetzten, gemeinſam Beſitz von den Ländern und verlangten Entſcheidung nicht durch den Reichshofrath, ſondern durch ein Schiedsgericht proteſtantiſcher Fürſten. Unter einander aber ſchloſſen ſie unter Vermittelung des Landgrafen Moritz von Heſſen den vorläufigen Vergleich von Dortmund am 10. Juni 1609, in welchem ſie, die beiden „poſſidirenden Fürſten", verabredeten, die Regierung gemeinſchaftlich zu führen, bis weitere Beſtimmungen getroffen ſein würden, zugleich aber ſich verpflichteten, unter einander Frieden zu halten und alle fremden Anſprüche an die Länder, auch die des Kaiſers, gemeinſam abzuwehren. Die Frage war nun, wie ſich Rudolf hierzu ſtellen, ob er geneigt ſein werde, dieſe gewaltſame Beſitznahme der „erledigten" Gebiete ſtillſchweigend hinzunehmen.

Erinnern wir uns nun, daß Rudolf eben in dieſen Wochen und Monaten, in welchen jene entſcheidenden Vorgänge in Jülich ſich abſpielten, in den heftigen Conflict mit ſeinen böhmiſchen Ständen gerathen war, der erſt durch die Verleihung des Majeſtätsbriefes mehrere Wochen nach dem Dortmunder Vertrage in der Hauptſache beigelegt wurde, ſo wird es, auch völlig abgeſehen von der Sinnesart des Kaiſers, verſtändlich, daß er nicht in der Lage war, perſönlich thätig einzugreifen. Daß er aber wenigſtens indirect den Verſuch machte, dem Gange der Dinge in Jülich Einhalt zu thun, wurde in erſter Linie durch den Einfluß des Erzherzogs Leopold veranlaßt, der, wie wir ſahen, eben während jener böhmiſchen Conflicte nach Prag geeilt war, um ſeinem kaiſerlichen Bruder mit Rath und That beizuſtehen. Und weitausſehend genug waren die Pläne, für die er den Kaiſer zu gewinnen ſuchte. Hatte er es ſchon ungern und nur mit Widerſtreben geſchehen laſſen, daß der Kaiſer nach langen Schwankungen in jenem Conflicte mit den böhmiſchen Ständen ſchließlich doch nachgab, ſo war er jetzt um ſo entſchiedener der Meinung, daß in der Jülicher Sache etwas Energiſches geſchehen müſſe; ja er glaubte, daß dieſelbe benutzt werden könne, um mittelbar auch dem Kaiſer in ſeinen Erblanden zu einer anderen kräftigeren Stellung zu verhelfen. Nachdem daher Rudolf durch mehrere Erlaſſe vom 7. und 11. Juli auf die weitere Behauptung des Beſitzes der Jülicher Lande die Acht geſetzt hatte, wurde er von dem ſtürmiſchen und von kühnen Plänen erfüllten Erzherzoge Leopold auch zu weiteren, extremen Maßregeln fortgeriſſen. Derſelbe erwirkte zunächſt, daß er zum kaiſerlichen Commiſſar für die Jülicher Lande ernannt und mit der Beſetzung der einzigen von den „poſſidirenden Fürſten" noch nicht in Beſitz genommenen, vielmehr von ihrem Commandanten für den Kaiſer ſorgſam verwahrten Feſtung Jülich betraut wurde. Der Erzherzog, der in der Kühnheit und Verwegenheit ſeiner Politik in mehr als einer Beziehung an ſeinen proteſtantiſchen Antipoden Chriſtian von Anhalt erinnert, dem er aber an ſtaatsmänniſcher Einſicht und klarer Erkenntniß des wirklich Erreichbaren bei weitem nicht gewachſen war, hatte ſich ein kühnes und umfaſſendes Syſtem der Wiederherſtellung der kaiſerlichen Macht einerſeits, der

Zeitung auß Cöln / vom 18. Junij. Anno 1609.

AVß dem Hage wirdt mit den letſten Brieffen anders nichts geſchrieben / dann daß die Frantzöſiſche vnnd Engliſche Geſanden daſelbſt nunmehr bereitſchaffe machen/erſtes eages wider nach Hauß zuziehen. Sonſt hett ſo wol der Ertzhertzog als die Herrn Staden ein gute anzahl Kriegsvolck abgedanckt / vnd ſie vollends bezahlen laſſen. Es ſchreiben die von Ambſterdam/daß die Kauffhandlung vnd Nahrung/daſelbſt vnd ander orten wegen dieſes anſtands täglich abnemen/ vornemlich / weil ſich jetzt ſo viel Meerräuber auff dem Meer erzeigen/welche immer die Kauffahrende Schiff plundern/vnnd theils gar zu ſich nemen / wie dann auch wegen deß jetzigen Kriegsweſen zwiſchen Schweden / Polen vnd Moßkaw die handlung auß Holl: vnd Seeland nach den orteen auch nit dann mit groſſer gefahr geſchehen könne. Brieff auß Londen melden / daß die Flotta mit 8 Schiffen / mit viel Manns vnnd Weibsperſohnen ſampt anderer *proviſion*, vmb das Land *Virginia* Volckreich vnd wohnhaffe zumachen/dahin abgeſegele ſein/mit groſſem mißfall der Spannier. Beyde Fürſten von Brandenburg vnd Newburg/ haben ſich zu Dortmund vnder einander / durch mittel Landgraff Moritzen dahin vergliechen/daß ſie gegen alle andere anmaſſungen/zu erhaltung vnd *defenſion* der Gülliſchen Lande zuſamen ſetzen/vnd innerhalb 4 Monaten ſich allerdings dahin vergleichen ſollen/wer der rechte Erb dieſer Landen ſein wird/vnnd ſollen ihn inmittelſt von den Stenden etliche zugeordnet werden/vmb die Regierung / biß zu beſſerer beſtellung zu *continuiren*, auch mit deß Fürſten Begräbnuß fort fahren/ vnnd ſonſten weiters zu verordnen/was der ſachen zum beſtē dieſer Landen erfordern wird/darauff obgedachte beede Fürſten zu Duſſeldorff angelangt ſein/ wiewol ſich die geweſene Güliſche Räthe noch dargegen geſetzt / aber durch die Burger gleichwol eingelaſſen worden / vnd auffs Schloß ziehen laſſen/was nun weitters folgen wird/gibt zeit.

Auß Rom / vom 30. May.

DEmnach der *Pater Spinola* ein Jeſuiter / ſo deß Cardinals *Spinola* Bruder iſt / auß den Orientaliſchen Indien/alda er ſeither Bapſts *Gregorij* deß 13. lebzeiten bey 30. Jahren geweſt/ alher kommen/hat er Sontags beym Bapſt *Audienz* gehabt/in welcher er demſelben *referirt*, wie die Römiſche Religion der orten ſtets zunehme / auch viel wunderliche ſachen *præſentirt*. Die Maltheſiſche vnd Neapolitaniſche Galleren ſind mit einander in *Compagnia* außgefahren/ die *reveriren* daß Königreichs Neapolt vmbzuſchiffen / es iſt auch der Orteen den reiſigen befehl zukommen/ſich mit der Landſchafft beſatzung in bereitſchafft finden zulaſſen/damit auff 24. Junij iede *Compagnia* an beſtimpten ort ſich einſtellen möge. Weil man *Aviſo*. daß die Türckiſche Galleren vnd Vaſellen von *Thunis* außgefahren/ alſo wirdt beſorgt/ ſie möchten in *Romagna* einfallen/deßwegen ſolches zuverhüten / hat man etlich 100. Soldaten zur *Guardia* dahin geſchickt / auch dem *Signor Leon del fale* Oberſten vber dieſelbe *Provinz* vom General

Fran-

Facſimile einer Seite aus der älteſten erhaltenen politiſchen Zeitung Deutſchlands vom Jahre 1609.

Die zweite Hälfte des oberen Abſatzes enthält Nachrichten über die Jülich-Cleviſche Erbſchafts-Angelegenheit.

Der Titel der Zeitung lautet: „Relation: Aller Fürnemen vnd gedenckwürdigen Hiſtorien ſo ſich hin vnnd wider in Hoch vnnd Nieder Teutſchland/ auch in Franckreich/ Italien/ Schott vnd Engelland/ Hiſpanien/ Hungern/ Polen/ Siebenbürgen/ Wallachey/ Moldaw/ Türckey ꝛc. Jn dieſem 1609. Jahr verlauffen vnd zutragen möchte/ Alles auff das trewlichſt wie ich ſolche bekommen vnd zu wegen bringen mag/ in Truck verfertigen will." Dieſe Zeitung wurde von dem Verleger und Buchdrucker Johannes Carolus in Straßburg herausgegeben und erſchien regelmäßig in wöchentlichen Nummern. Die Heidelberger Univerſitäts-Bibliothek beſitzt das einzige bekannte Exemplar.

Restauration des Katholicismus andrerseits zurechtgelegt, zu dessen Erreichung die Besetzung der Festung Jülich nur ein Schritt unter vielen war. Er war bisher in der geistlichen Laufbahn groß geworden und hatte es bis zum Bischofe von Passau und Straßburg gebracht, war aber von brennendem Ehrgeiz nach einer noch mächtigeren Stellung, wenn möglich der kaiserlichen selbst, erfüllt. Er hielt es um so mehr für möglich, dieses Ziel zu erreichen, als der alte Kaiser im Zorn gegen seinen Bruder Matthias nur zu geneigt war, die Candidatur Leopolds für die Nachfolge im Reich zu unterstützen. Nicht ohne Vorwissen Rudolfs hatte der kühne Passauer Bischof, um sich die für seine Pläne erforderliche Machtstellung zu verschaffen, in seinem Bisthum und ebenso im Elsaß größere Truppenmassen angesammelt, mit denen er im geeigneten Momente entscheidend in die Ereignisse in den kaiserlichen Erblanden einzugreifen und auch den Protestanten überhaupt energisch entgegentreten zu können hoffte. Demselben Zwecke sollte auch die Besetzung Jülichs dienen. Gelang es ihm, dort in weiterem Umfange festen Fuß zu fassen und sich eine Machtstellung zu gründen, so wollte er diese und die in Passau und im Elsaß angesammelten Truppen verwerthen, um in den kaiserlichen Erblanden einen gründlichen Umschwung herbeizuführen und sich eventuell die Nachfolge in der Kaiserwürde zu sichern. Man wollte wissen, daß die Elsässer und Passauer Truppen angewiesen waren, auf erfolgende Weisung von seiner Seite in Böhmen einzurücken. Zugleich suchte er durch eine eigene Gesandtschaft, wie wir gleich sehen werden, den spanischen Hof für seine Pläne zu gewinnen. Man sieht, was für die Protestanten auf dem Spiele stand, wenn das Jülicher Unternehmen des Erzherzogs gelang.

Der Kaiser aber war, nicht nur aus Zorn gegen Matthias, gegen den die weitergehenden Pläne Leopolds gerichtet waren, sondern auch in der Hoffnung, die Jülicher Lande auf diesem Wege für sein Haus zu erwerben, sehr geneigt, den Erzherzog, wenn auch in seiner Weise lässig und ohne eigentliche Thatkraft, zu unterstützen. Leopold wurde in der That von Prag direct nach Jülich als kaiserlicher Commissar entsandt. Verkleidet gelangte er, trotz der Besetzung der Lande durch die „Possidirenden", bis an die Festung Jülich und wurde von dem kaiserlich gesinnten Commandanten mit Freuden aufgenommen (23. Juli 1609). Es mußte sich nun zeigen, in wie weit es ihm gelingen werde, von diesem festen Punkte aus auch das übrige Land für sich zu gewinnen.

Der Kaiser selbst suchte ihm diese Aufgabe und die zu ihrer Erfüllung nothwendige Erschütterung der Stellung der „Possidirenden" auch in anderer Richtung zu erleichtern, indem er jetzt energisch die sächsischen Ansprüche auf die Jülicher Erbschaft, die lange geruht hatten, gegen Brandenburg und Neuburg ausspielte und, wenn möglich, die Uebertragung derselben auf das Haus Habsburg zu erreichen suchte.

Diese sächsischen Ansprüche waren gegenüber den auf das spätere kaiserliche Privileg von 1546 begründeten brandenburgisch-pfälzischen lange Zeit fast

völlig in Vergeſſenheit gerathen. Auch in Sachſen ſelbſt war das der Fall. Im Jahre 1590 z. B. hatte Chriſtian I. in einem Schreiben an den Markgrafen von Ansbach die Rechte der Marie Eleonore d. h. die des Hauſes Brandenburg für die am beſten begründeten erklärt. Man entſann ſich damals kaum noch der alten, durch das Privileg von 1546 ſtillſchweigend thatſächlich aufgehobenen kaiſerlichen Privilegien, auf denen die ſächſiſchen Anſprüche beruhten. Erſt ſeit 1604 hören wir von eigentlichen Verhandlungen Sachſens mit dem Kaiſer darüber, die aber damals nicht ſehr ernſtlich gemeint geweſen waren, weil Sachſen nicht in den mit Wahrſcheinlichkeit bevorſtehenden Krieg verwickelt werden wollte. Es war daher bereit, ſeine Anſprüche an den Kaiſer abzutreten, wenn dieſer dafür ein öſterreichiſches, für Sachſen wohl gelegenes Gebiet abzutreten bereit ſei. Dieſer Gedanke war es nun, welchen der Kaiſer mit Freuden aufgriff, weil er dadurch auch ein formelles Recht erhielt, Anſprüche auf die Erbſchaft geltend zu machen, die ſich dann zum wenigſten für den Gemahl der vierten Tochter Herzog Wilhelms des Reichen, den kaiſerlichen Vetter Karl von Burgau, verwerthen ließen. Darüber ſind in den Jahren 1604 und 1605 vielfach Verhandlungen gepflogen worden, in deren Verlauf der kaiſerliche Unterhändler ſogar einmal ernſtlich vorſchlug, die erledigten Jülicher Lande an die ſpaniſchen Niederlande anzuſchließen. Dieſe ſächſiſchen Anſprüche fing der Kaiſer jetzt an ernſtlich geltend zu machen und flößte dadurch den „poſſidirenden“ Fürſten ernſte Beſorgniß ein, die ſich auch litterariſch in mannigfachen Flugſchriften äußerte. Eine derſelben, welche die Pläne des Kaiſers mit beſonderer Deutlichkeit enthüllte, das ſogenannte Stralendorf'ſche Gutachten, iſt lange Zeit wirklich für ein Erzeugniß der kaiſerlichen Kanzlei zur Begründung ihrer Anſprüche gehalten worden, während man neuerdings anzunehmen geneigt iſt, daß es eine von einem der poſſidirenden Fürſten veranlaßte Fälſchung iſt, die eben beſtimmt war, die Proteſtanten auf die von dieſer Seite drohenden Gefahren aufmerkſam zu machen. Gerade dieſe kaiſerlichen Pläne trugen dann das Ihrige dazu bei, den „poſſidirenden Fürſten“ die Gemeinſamkeit ihrer Intereſſen klar zu machen. Jedenfalls aber war dieſe Streitfrage nicht durch papierne Rechtsdeductionen von dieſer oder jener Seite zu löſen, ſie war eine eminente Machtfrage. Für den Proteſtantismus und ſeine Stellung in dieſer wichtigen Sache war es vor Allem von entſcheidender Bedeutung, ob es dem Erzherzoge Leopold gelingen werde, in den Jülicher Gebieten feſten Fuß zu faſſen und eine die der „Poſſidirenden“ überragende Machtſtellung zu erringen.

Das aber war nicht der Fall. Leopold fand vielmehr bei den Verhandlungen, die er im Lande ſelbſt anzuknüpfen verſuchte, allenthalben eine ungünſtige Aufnahme. Er mußte daher daran denken, ſich vor Allem auswärtige Hilfe zu ſichern. Zunächſt wünſchte er ſich nach der franzöſiſchen Seite hin zu decken. Wohl kannte er die antiſpaniſche Richtung der Politik Heinrichs IV.; aber da vorläufig wenigſtens offenkundig ein unmittelbares ſpaniſches Intereſſe nicht in Frage ſtand, ſo mochte er hoffen, zum mindeſten die Neutralität

Frankreichs in dem bevorstehenden Kampfe erreichen zu können. Allein sein Gesandter Tennagel erkannte sehr bald, daß auch das nicht zu erreichen sein werde, daß vielmehr Heinrich IV. thatsächlich die Entscheidung der Frage fast völlig in der Hand habe und sie zu Gunsten der „Possidirenden" fällen werde. Der Pariser Hof war in der That der diplomatische Mittelpunkt aller Verhandlungen in diesem entscheidenden Augenblicke der Jülicher Frage. Der Beauftragte Leopolds traf dort Gesandte des Kaisers, des Erzherzogs Albrecht, aller Kurfürsten sowie des Pfalzgrafen von Neuburg an. Die französischen Diplomaten aber, an die Heinrich IV. den Gesandten des Erzherzogs Leopold wies, erklärten diesem offen, daß der König die Ansprüche Brandenburgs und Neuburgs als berechtigt ansehe und diese Fürsten daher nicht im Stich lassen könne. Sie nahmen ohne Rückhalt für ihren König das Recht der Einmischung in diese innerdeutsche Angelegenheit in Anspruch; sie stellten geradezu den Grundsatz auf, dem Könige von Frankreich sei es erlaubt, überall im Interesse der Gerechtigkeit einzugreifen, wo er die Macht dazu habe. Dahin war es in der That in Folge der kläglichen Schwäche und Ohnmacht der Centralgewalt und der ganzen Verfassung im Deutschen Reiche gekommen, daß die Einmischung fremder Staaten in die innerdeutschen Verhältnisse allgemein als etwas Selbstverständliches betrachtet wurde. Von diesem Punkte war nur noch ein Schritt zu der thatsächlichen Lage im dreißigjährigen Kriege und den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts, in welchen Deutschland als der gegebene Tummelplatz für die Kriegsschaaren der europäischen Staaten betrachtet wurde. Zur Herbeiführung dieser traurig-kläglichen Lage hatten beide deutsche Parteien in gleicher Weise beigetragen. Es ist vollkommen unrichtig, wenn neuerdings von katholischer Seite behauptet wird, daß nur die Protestanten stets zur Herbeirufung des Auslandes bereit waren. Wir sahen, wie die Liga sich alsbald der Hilfe Spaniens und italienischer Fürsten zu versichern suchte, und nur zu gern hätten der Kaiser und Erzherzog Leopold außerdem auch Frankreich auf ihre Seite gezogen, wenn es ihnen nur hätte gelingen wollen. Jetzt, nach dem gänzlichen Scheitern der Tennagel'schen Mission nach Paris, begab sich dieser Gesandte sogleich nach Spanien, um dort für seinen Herrn zu wirken. Er traf dort noch den Abgesandten der Liga, Fra Lorenzo de Brindisi, an, mit dem das spanische Cabinet schon zu einem gewissen Einverständniß gelangt war, so daß die Geneigtheit, auf die sehr weitaussehenden Pläne Leopolds, welche Tennagel in einem ausführlichen, aber von Uebertreibungen und Unrichtigkeiten strotzenden Memoire vorlegte, einzugehen nicht sehr groß war. Schließlich einigten sich die spanischen Räthe dahin, die Entscheidung der ganzen Angelegenheit dem spanischen Gesandten in Deutschland, Zuñiga, zu überlassen. Dieser aber, der die ausschweifende Abenteuerlichkeit der auf nur geringe Machtmittel begründeten Pläne Leopolds sehr wohl erkannte, rieth entschieden davon ab, sich mit denselben zu identificiren. Und so erreichte Leopold schließlich nur eine nicht erhebliche Geldhilfe (30000 Scudi) von Spanien, die selbst mit

einer ſpäteren Nachtragsbewilligung bei Weitem nicht ausreichte, auch nur das Jülicher Unternehmen zu halten.

Dagegen nahm ſich Heinrich IV. mit großem Eifer der poſſidirenden Fürſten an und ſuchte zugleich einen Ausgleich zwiſchen ihnen und Sachſen herbeizuführen, indem er letzteres mißtrauiſch gegen den Kaiſer machte und ihm, der Wahrheit entſprechend, vorſtellte, daß Rudolfs Endabſicht doch nicht auf die Anerkennung der ſächſiſchen Anſprüche, ſondern auf die Einziehung der ganzen Erbſchaft für das Haus Habsburg in einer oder der andern Weiſe gerichtet ſei. Sehr geſchickt wurden, um die Beſorgniſſe Sachſens vor dieſen und weitergehenden Plänen des Kaiſers zu verſtärken, einige aufgefangene Briefe des Erzherzogs Leopold verwerthet, in denen dieſer den ganzen Umfang ſeiner Reſtaurationspläne enthüllt oder doch angedeutet hatte. Zum mindeſten wurde dadurch immerhin ſo viel erreicht, daß Sachſen den Kaiſer in dieſer Frage nicht energiſch unterſtützte und ſeine eigenen Anſprüche nicht mit vollem Nachdruck geltend machte. Damit war aber zunächſt ſchon viel gewonnen. Nunmehr konnte Heinrich IV. daran denken, ſeine Allianz mit Brandenburg und Pfalz-Neuburg, die inzwiſchen in der Hauptſache zum Abſchluß gekommen war, auch auf die Union auszudehnen. Die Geneigtheit der letzteren, darauf einzugehen, war anfangs nicht ſehr groß. Wohl waren auch einige der nicht an der Jülicher Erbſchaft direct betheiligten Fürſten an ſich geneigt, die Kräfte der Union zur Erwerbung der Jülicher Lande zur Verfügung zu ſtellen, da ſie in dieſer mit Recht eine allgemeine proteſtantiſche Sache erkannten. Allein namentlich die Städte, auf deren Capitalvorſchüſſe man angewieſen war, zeigten ſich im Allgemeinen nicht geneigt, ſich auf ein ſo weitausſehendes Unternehmen einzulaſſen, noch viel weniger aber auf die weiteren Pläne Heinrichs IV., der die Union auch in den niederländiſch-ſpaniſchen Krieg hineinzuziehen trachtete. Auf dem Ende Januar 1610 in Schwäbiſch-Hall abgehaltenen Unionstage kam es darüber zu ſehr erregten Auseinanderſetzungen. Man hatte zu demſelben auch Vertreter der übrigen befreundeten Fürſten eingeladen, von denen einer, der Landgraf Moritz von Heſſen-Caſſel, alsbald als Mitglied in die Union eintrat. Die Städte aber trugen hier nachdrücklich ihre Bedenken gegen eine Betheiligung an der Jülicher Sache vor. Es ſchien geradezu zu einer Spaltung kommen zu ſollen; ſchließlich aber gelang es dem franzöſiſchen Geſandten Boiſſiſe doch, den Beſchluß herbeizuführen, daß die Jülicher Sache als eine gemeinſame der Union behandelt werden ſolle. Aber auch dann noch ergaben ſich mancherlei Schwierigkeiten. Während Boiſſiſe dafür eintrat, ſich erſt Jülichs völlig zu bemächtigen und dann über die Vertheilung der Länder zu beſchließen, verlangte Pfalz-Neuburg ſofortige Beſtimmung über die Vertheilung. Außerdem aber zeigten doch nicht nur die Städte, ſondern auch mehrere Fürſten Mißtrauen gegen die weitergehenden Pläne Heinrichs IV., welches ſich am offenkundigſten in der Forderung ausſprach, daß der König das Unternehmen nur durch Geldunterſtützung, nicht aber durch eigene Truppen fördern ſolle. Darauf aber war

Boiſſiſe in keinem Falle einzugehen ermächtigt. Heinrich wollte eben nicht nur die Union unterſtützen, ſondern mit ſeiner eigenen Truppenmacht entſcheidend in die Dinge eingreifen. Schließlich einigte man ſich dann wirklich dahin, daß Frankreich und die Union die poſſidirenden Fürſten ſo lange mit Truppen unterſtützen ſollten, als der zu erwartende Krieg dauere. Am 11. Februar wurde ein dahin gehender Vertrag in Schwäbiſch-Hall geſchloſſen, den nun Boiſſiſe nach Paris zur Ratification ſandte.

Heinrich IV. ſchwankte doch eine Zeit lang, ob er den Vertrag in dieſer Form beſtätigen ſolle. Da die Fürſten auf ſeine eigenen weitergehenden Pläne nicht eingegangen waren, ſo fürchtete er, die Jülicher Streitigkeit, auf welche die Union den Vertrag beſchränken wollte, könne beigelegt werden, bevor es noch zu einem Unternehmen komme, welches das Haus Habsburg ernſtlich ſchwächen könne. Dies aber war doch der Endzweck, den er im Auge hatte und dem zu Liebe er die Laſten einer umfaſſenden Rüſtung auf ſich nehmen wollte. Schließlich aber unterzeichnete er doch und geſtand auch zu, daß Chriſtian von Anhalt nicht allein die Truppen der Union, ſondern auch die Frankreichs befehligen ſollte.

Sobald der Vertrag einmal unterzeichnet war, betrieb Heinrich IV. mit gewohnter Energie nicht nur ſeine eigenen Rüſtungen, ſondern auch die allgemeine politiſche Sicherſtellung des ganzen Unternehmens. Er ſchloß ein Bündniß mit Karl Emmanuel von Savoyen und ſuchte auch die Unterſtützung der Niederländer zu gewinnen, die ſich in der That zu einer Hilfeleiſtung von 12000 Mann an die Poſſidirenden verpflichteten. Endlich verhandelte Heinrich IV. mit England, an das ſich auch verſchiedene proteſtantiſche Fürſten gewandt hatten. Allein König Jakob I. wurde lange Zeit durch die Bemühungen des kurſächſiſchen Geſandten von einer offenen Unterſtützung der Poſſidirenden abgehalten und erbot ſich nur, an einem Schiedsgericht theilzunehmen, welches die Intereſſen Brandenburgs, Neuburgs und Sachſens auf friedlichem Wege wahren ſollte. Endlich aber gelang es doch dem franzöſiſchen Geſandten in London, de la Broderie, den König umzuſtimmen und zur Theilnahme an dem Bündniß mit Frankreich zu gewinnen. Jakob erbot ſich, 4000 Mann durch die Niederlande nach Jülich marſchiren zu laſſen.

Ende Mai ſollten die franzöſiſchen Truppen mit denen der Unirten am Niederrhein zuſammentreffen. Heinrich ſelbſt wollte an der Spitze von 34000 Mann durch Belgien marſchiren. Chriſtian von Anhalt, mit achtundzwanzig Fähnlein von den Niederlanden unterſtützt, überfiel das Jülicher Fußvolk des Erzherzogs Leopold und errang einen Sieg über daſſelbe. Da dieſer nun ſeinerſeits den Statthalter der ſpaniſchen Niederlande, Erzherzog Albrecht, zu Hilfe rief und Heinrich IV. ſelbſt ſich zum Abmarſche rüſtete, ſo ſchien ein gefährlicher allgemeiner Krieg bevorzuſtehen, deſſen unabſehbare Folgen ſich gar nicht ermeſſen ließen; denn unberechenbar war es doch, welche Ausdehnung der von den kühnſten Plänen erfüllte franzöſiſche König in dem mit großer Wahrſcheinlichkeit vorauszuſehenden Falle eines günſtigen Ausganges dem

Unternehmen gegeben haben würde. Ohne alle Frage wären die beiden feindlichen Parteien in Deutſchland, Union und Liga, einander ſchon jetzt in offenem Kampfe gegenübergetreten. Da warf die Ermordung Heinrichs IV. durch Ravaillac (14. Mai 1610) alle die umfaſſenden Pläne, die von beiden Seiten gehegt wurden, mit einem Schlage über den Haufen. Die Gefahr eines allgemeinen Krieges war noch einmal vermieden; denn die neue Regierung in Frankreich unter der Regentſchaft der Königin-Wittwe gerieth zunächſt im Innern des Landes in zu große Schwierigkeiten, als daß ſie an eine Durchführung des Unternehmens in den von dem ermordeten Könige beabſichtigten Grenzen hätte denken können. Die Königin-Regentin Maria von Medici ſchwankte unter den verſchiedenartigſten Einflüſſen hin und her; die ſpecifiſch-katholiſchen Intereſſen, welche gegen einen Krieg mit Spanien zu Gunſten der deutſchen proteſtantiſchen Fürſten ſprachen, machten ſich jetzt, nachdem die von univerſalen politiſchen Geſichtspunkten und Beweggründen geleitete, großangelegte Perſönlichkeit des Königs nicht mehr war, wieder ſchärfer geltend. Immerhin hätte es doch gar zu ſehr der Ehre und Vertragstreue der franzöſiſchen Politik widerſprochen, von den Verabredungen mit den Poſſidirenden nun völlig zurückzutreten. Zwar forderte die Königin-Regentin dieſe auf, einen Ausgleich herbeizuführen, weil ſie bald genöthigt ſein werde, einen Theil der Truppen zu entlaſſen, zwar ernannte ſie an Stelle des proteſtantiſchen Herzogs von Bouillon einen entſchiedenen Katholiken, Marſchall de la Chaſtre, zum Commandanten der franzöſiſchen Truppen; allein ſchließlich ließ ſie ſich doch durch den Pfalzgrafen Johann von Zweibrücken, der von Kurpfalz und Württemberg nach Paris entſandt wurde, beſtimmen, dem Marſchall den Befehl zu geben, auf Jülich zu marſchiren. Trotz alledem konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß über kurz oder lang die Union und die Poſſidirenden auf ihre eigenen Kräfte angewieſen ſein würden. Ihr mächtigſter Schirm und Rückhalt war mit Heinrich IV. dahingegangen.

Wenn es ihnen gleichwohl gelang, ſich in der Hauptſache zu behaupten, ſo iſt das ein neuer Beweis von der abſoluten Ohnmacht der kaiſerlichen Politik, die ſich im Weſentlichen mit papiernen Proteſten und Edicten begnügte. Gerade in den Tagen, in denen die kriegeriſchen Rüſtungen Frankreichs und der Union zum Abſchluß gekommen waren, die Truppen Heinrichs IV., der Union und der Niederländer ſich zum Einmarſch nach Jülich vorbereiteten und der Markgraf von Ansbach bereits in Würzburg und Bamberg lagerte, tagte in Prag ein Fürſtencongreß, der ſich, wie wir noch ſehen werden, vor Allem damit beſchäftigte, eine Ausſöhnung zwiſchen Kaiſer Rudolf und ſeinem Bruder Matthias herbeizuführen. Dort kam nebenher auch die Jülicher Sache zur Sprache, allein von energiſchen Maßregeln war kaum die Rede. Von den umfaſſenden Plänen Heinrichs IV. ſcheint man kaum etwas gewußt zu haben. Man meinte noch immer, daß Alles im Weſentlichen von der rechtlichen Entſcheidung des Kaiſers abhänge. Deshalb drang Chriſtian II. von Sachſen vor Allem darauf, vom Kaiſer mit der ganzen

Erbschaft belehnt zu werden. Der einzige, der die Gefahr der Lage wenigstens einigermaßen erkannte, war der Kurfürst von Köln. Aber auch er trat doch nur mit dem lahmen Vorschlage hervor, der Kaiser solle Mittel zur allgemeinen Entwaffnung ergreifen und einen friedlichen Ausgleich herbeiführen. Zu diesem Zwecke sollten Gesandtschaften an Heinrich IV. und die Possidirenden geschickt werden. Wie wenig man aber über den vollen Umfang der Kriegsgefahr im Klaren war, erhellt daraus, daß die am 25. Mai in Prag eintreffende Nachricht vom Tode Heinrichs IV. gar keinen besonderen Eindruck machte, obwohl dieser Todesfall doch von der einschneidendsten Bedeutung, für den Kaiser ein geradezu unerhörter Glücksfall war. Kein Gedanke daran, jetzt bei der für ihn so günstig veränderten Lage nun doch einen Versuch selbstthätigen Eingreifens zu machen! Im Gegentheil, man blieb bei dem Entschluß einer Gesandtschaft nach Frankreich stehen, die nun nur eben der neuen Regierung dieselben Vorschläge machen sollte wie früher der alten; d. h. sie sollte verlangen, daß Frankreich und die Possidirenden die Waffen niederlegten, dagegen aber versprechen, daß der Kaiser am Besitzstande nichts ändern werde. Recht im Gegensatz zu diesem Versprechen aber entschloß sich Rudolf bald darauf (7. Juli), Sachsen die erbetene Belehnung mit der ganzen Jülicher Erbschaft nunmehr zu ertheilen und — ein geharnischtes Edict gegen die Union zu erlassen, das natürlich nicht den geringsten Eindruck machte.

Vielmehr schien es trotz der Ermordung Heinrichs IV. zu offenem Kriege kommen zu sollen, der nunmehr in erster Linie zwischen den beiden entgegengesetzten innerdeutschen Bündnissen, der Union und der Liga, hätte ausgefochten werden müssen. Während die Possidirenden und die Truppen der Union nach wie vor die Jülicher Lande besetzt hielten und den Erzherzog Leopold auf seinem isolirten Posten in der Festung Jülich in eine immer bedrohlichere Lage brachten, faßte nun auch die Liga den Entschluß zur Kriegsbereitschaft. Am 22. August 1610 wurde auf einem Bundestage in München beschlossen, auf gemeinsame Kosten ein Heer von 15 000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern zu werben, zu dessen Feldmarschall Johann Tserclaes von Tilly ernannt wurde. Allein es zu einem Kriege mit der Liga kommen zu lassen, daran hatte die Union, die ihren hauptsächlichsten Zweck durch die Besetzung der Jülicher Lande erreicht sah — im September 1610 fiel auch Jülich in ihre Hände, Erzherzog Leopold mußte aus den Landen völlig weichen — kein Interesse. Sie erklärte sich bereit, vom Kriege zurückzutreten und die weitere Verfolgung der Jülicher Sache den Possidirenden allein zu überlassen, wenn auch die Liga sich eines kriegerischen Eingreifens in den Erbfolgestreit enthalte. Auf dieser rein negativen Grundlage kam dann in der That am 24. October 1610 noch einmal ein Vertrag zwischen den feindlichen Bünden zu Stande, in dem sich beide zur Abrüstung verpflichteten. Die Possidirenden waren nunmehr auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. Sie blieben zunächst in unbestrittenem Besitz der Länder, ohne jedoch vorerst unter

einander eine endgiltige Regelung oder Theilung der Erbſchaft, die allein weiteren Streitigkeiten hätte vorbeugen können, zu vereinbaren. So blieb die Ungewißheit über das zukünftige Schickſal des unglücklichen Landes, welches in den kriegeriſchen Wirren der letzten Monate von den beiderſeitigen Truppen bis aufs Mark ausgeſogen worden war, vor der Hand noch beſtehen. Alle Theile begnügten ſich damit, daß wenigſtens ein offener Krieg in der Hauptſache noch vermieden worden war.

Medaille mit dem Bildniß Tilly's. Silber; geprägt. Originalgröße.
Berlin, königl. Münz-Cabinet.

Umſchrift der Vorderſeite: IO · TS(eralae) C(omes) DE · TYLLI · B(aro) MAR(baienſis) D(ominus) BAL(lastensis) ET · MO(ntigny) CAP(itaneus) GEN(eralis). Auf der Rückſeite eine Landſchaft, darüber eine geflügelte Erdkugel ſchwebend, auf dieſer ein Kreuz und ein Kranz; Umſchrift: SIC SORTEM VINCO FERENDO · CM bedeutet den Namen des Stempelſchneiders: Chriſtian Maler aus Nürnberg. Im Abſchnitt C(um) PRIVI(legio) CAE(saris). (Nach Friedlaender.)

Uebergang der Herrschaft auf Matthias.

Daß Kaiser Rudolf in den Jülicher Erbfolgestreit in keiner irgendwie thatkräftigen Weise eingriff, daß er nichts that, um seinem am 21. Juni 1610 gegen die Union erlassenen Edicte Wirkung zu verschaffen, lag vor Allem daran, daß der alte Conflict zwischen ihm und seinem Bruder Matthias durch die Liebener Verträge von 1608 wohl vorübergehend beigelegt, keineswegs aber beseitigt war. Gerade in der Zeit, in welcher sich die entscheidenden Vorgänge in Jülich abspielten, trat die Spannung zwischen beiden Brüdern wieder so deutlich und schroff hervor, daß Rudolf sogar die unverkennbare Neigung bekundete, sich der Union, gegen die er jenes geharnischte Edict erlassen hatte, zu nähern. Im October 1610 ließ er den Unirten indirect erklären, er wolle „mit der Union im unguten nichts zu thun haben".

Um diese Lage der Dinge zu verstehen, müssen wir uns die Entwickelung vergegenwärtigen, welche die Zustände in den kaiserlichen Erblanden seit dem Erlasse des Majestätsbriefes genommen hatten.

Wir erwähnten schon, daß Erzherzog Leopold mit der Bewilligung des Majestätsbriefes keineswegs einverstanden war und sich eifrig bemühte, den Kaiser für seine umfassenden Restaurationspläne zu gewinnen. Rudolf war nur zu geneigt, darauf einzugehen. Ihm kam es vor Allem darauf an, Matthias die ihm abgetretenen Länder wieder abzugewinnen. Am 11. Juli 1609, zwei Tage nach der Verleihung des Majestätsbriefes, hat er mit dem Erzherzoge Leopold ein enges Bündniß geschlossen, dessen verhängnißvolle Folgen sich anderthalb Jahre später bei dem Passauer Einfalle nur zu deutlich zeigen sollten.

Zunächst trat die Wirkung der wieder veränderten Haltung des Kaisers nur in seinem Verhältniß zu den böhmischen Ständen zu Tage, die naturgemäß ein immer stärkeres Mißtrauen gegenüber der unberechenbaren Politik Rudolfs an den Tag legten. Als der böhmische Landtag am 21. Juli 1609 wieder eröffnet wurde, verlangten die Stände, bevor sie über die Proposition verhandelten, vor Allem Entlassung des Kanzlers Lobkowitz, dem sie den entscheidenden Einfluß auf den Kaiser zuschrieben und außerdem Bestechlichkeit vorwarfen; ferner forderten sie Bestätigung ihres im Juni mit den Schlesiern geschlossenen Bündnisses. Beides verweigerte der Kaiser, und es schien in Folge dessen schon jetzt wieder zu einem scharfen Conflicte kommen zu sollen,

der dann aber doch durch einige Concessionen des Kaisers vermieden wurde. Auf der einen Seite erließ er für Böhmen das von den Ständen verlangte Amnestiedecret (6. October 1609), welches das bisherige Gebahren derselben für loyal erklärte und jede spätere Untersuchung darüber verbot; auf der andern Seite ertheilte er auch den Schlesiern einen Majestätsbrief, der auch auf die Lausitzen, die Grafschaft Glatz und den Egerer Kreis ausgedehnt wurde und den Bewohnern dieser Länder das freie Bekenntniß der Augsburger Confession zugestand.

Zweierlei war für diese maßvolle und verständige Haltung des Kaisers, die in der That in diesem Augenblicke für ihn eine dringende Nothwendigkeit war, entscheidend; einmal, daß Erzherzog Leopold inzwischen nach Jülich abgegangen war und seinen verderblichen Einfluß auf Rudolf nicht mehr ausüben konnte; dann aber der Wunsch des letzteren, mit seinen böhmischen Ständen wenigstens vorläufig in einem leidlichen Einvernehmen zu bleiben, bis es ihm gelungen sein würde, die an Matthias abgetretenen Erbländer wieder zu gewinnen. Denn inmitten des Wirrsals der widersprechendsten Pläne, welche sich in dem kranken Kopfe des Kaisers kreuzten, war diese Wiedergewinnung des Verlorenen der einzige feste Punkt, den er nie aus dem Auge verlor, den zu erreichen er aber zumeist auf die denkbar verkehrtesten Auswege verfiel.

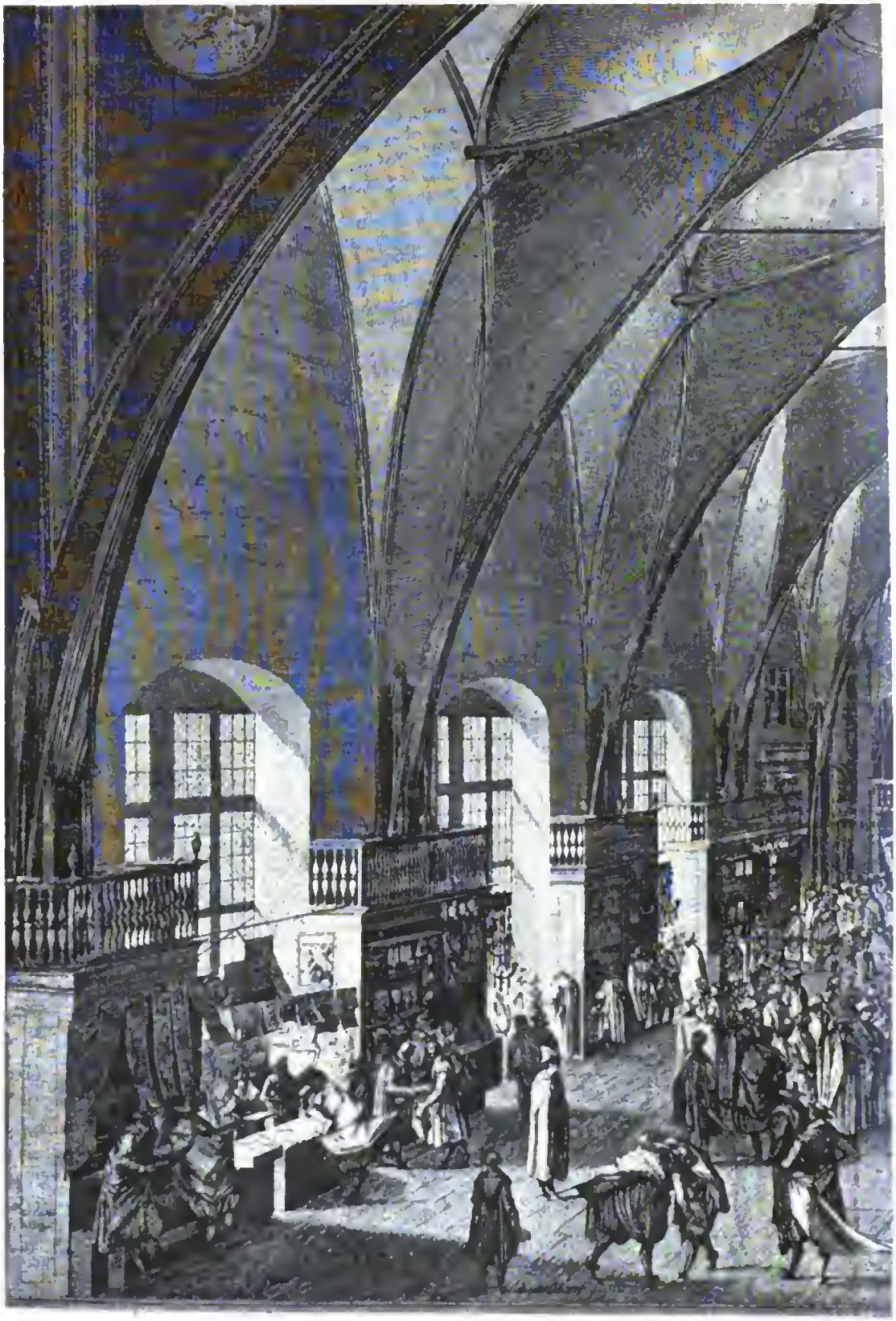
Eben damals schien ihm in der That eine Möglichkeit aufzugehen, einen Theil der abgetretenen Erbländer wieder von Matthias zu sich herüberzuziehen; denn es war dem letzteren keineswegs gelungen, die Länder, welche von Rudolf zu ihm abgefallen waren und ihn mit Gewalt der Waffen zu ihrem Herrscher gemacht hatten, nun auch völlig durch seine Regierungsweise zufrieden zu stellen. Im Gegentheil war er, noch bevor sie ihm nach seinem Siege über Rudolf gehuldigt hatten, bereits in ernste Streitigkeiten namentlich mit seinen österreichischen Ständen gerathen, wie das von vornherein nicht anders zu erwarten gewesen war. In ihrer Entrüstung über die Mißwirthschaft Rudolfs hatten sich die Erbländer gegen diesen erhoben und sich Matthias in die Arme geworfen, aber nicht, um sich diesem nun willig unterzuordnen, sondern in der Hoffnung, von ihm die Abstellung aller ihrer ständischen und religiösen Beschwerden zu erreichen. Sobald Matthias, der, wie wir sahen, unter dem Einflusse einer streng katholischen Umgebung gehandelt hatte, zögerte, auf die Begehren der protestantischen Stände einzugehen, traten diese zu ihm in ebenso scharfe Opposition wie früher zu Rudolf. Im Herbst 1608 und im Anfang 1609 war der so drohende Conflict zwischen Matthias und den österreichischen Ständen, die eine Secession von Wien nach Horn vorgenommen hatten (daher der Name „Horner Unruhen"), durch die aufopfernde Vermittelungsthätigkeit des wackeren mährischen Landeshauptmanns Zierotin noch einmal beigelegt worden, indem Matthias durch einen Revers vom 19. März 1609 die hauptsächlichsten ständischen Forderungen, namentlich das Recht freier Religionsübung auch für die Städte, bewilligte. Aber durch diese „Resolution" hatte Matthias

wieder ſeine katholiſchen Unterthanen, vor Allem aber ſeinen einflußreichſten Rathgeber Kleſel, in ſolche Aufregung verſetzt, daß dieſer die kirchliche Cenſur über ihn verhängte und eine Zeit lang ihm ſeine weitere Mitwirkung in der Regierung verſagen zu wollen ſchien. Im Gegenſatz zu ihm gewannen eine Zeit lang deſſen Widerſacher Lichtenſtein, Breuner und Harrach den entſcheidenden Einfluß auf Matthias; ſchließlich aber erhielt doch Kleſel wieder die Oberhand und drängte Matthias dazu, in ſtrenger katholiſche Bahnen einzulenken. Die „Reſolution" vom 19. März wurde von Matthias nicht veröffentlicht, die Freiſtellung der Religionsübung für die Städte unterblieb. In Folge deſſen aber gerieth Matthias im Herbſt 1609 wieder in ernſtere Differenzen mit ſeinen Ständen. Die Proteſtanten, welche durch Unterſtützungs-Zuſicherungen von Seiten der Fürſten der deutſchen Union ſehr an Selbſtbewußtſein gewonnen hatten, zeigten in der That Neigung, wieder mit Rudolf in Verbindung zu treten; ſie meinten, durch ihren Abfall von dem Kaiſer um nichts gebeſſert zu ſein und daher dieſen Abfall wieder rückgängig machen zu ſollen. Mit Mühe wurden ſie von Zierotin, der wieder die Vermittelung zwiſchen Matthias und den Ständen in die Hand genommen hatte, davon zurückgehalten. Vor Allem richtete ſich der Haß der Proteſtanten gegen Kleſel, den man mit Recht für die katholiſirenden Tendenzen an Matthias' Hofe in erſter Linie verantwortlich machte. Dem gegenüber glaubte ſelbſt Zierotin, da Matthias diesmal unbeugſam blieb und die Veröffentlichung der Reſolution vom 19. März 1609 nicht zugeſtehen wollte, in der Bildung eines Centralausſchuſſes der unirten Erbländer die einzige Rettung zu ſehen. Die radicaleren Elemente in Oeſterreich aber hegten viel weiter gehende Pläne und wünſchten mit der deutſchen Union, mit deren Führer Chriſtian von Anhalt ſie ſchon längſt in Verhandlung ſtanden, in Verbindung zu treten.

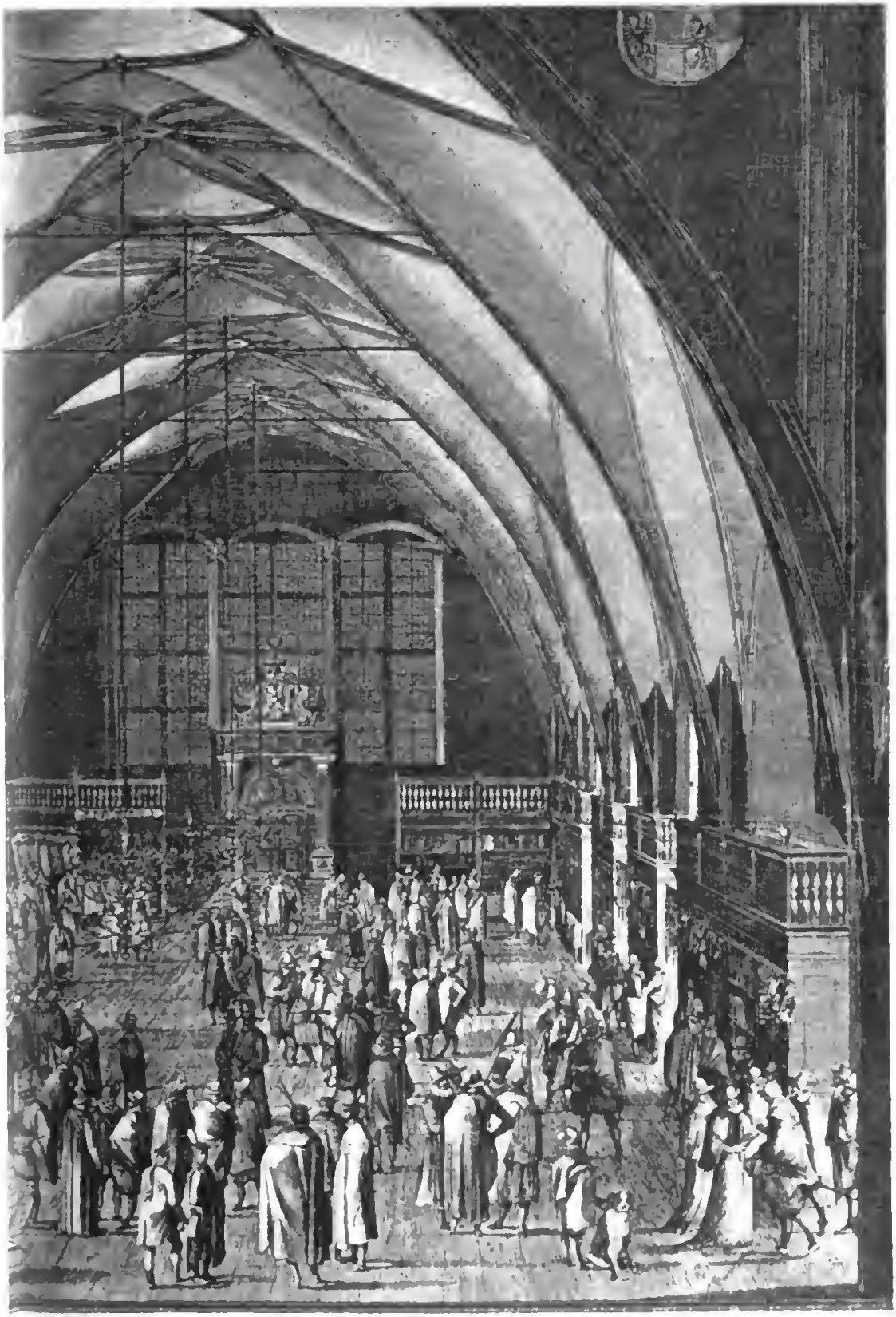
Es braucht kaum geſagt zu werden, daß Chriſtian von Anhalt mit Freuden auf dieſen Gedanken einging. Er hatte, wie wir ſahen, gleich bei der Begründung der Union die Anknüpfung einer Verbindung mit den Proteſtanten in den habsburgiſchen Erbländern in den Kreis ſeiner Berechnungen gezogen. Welchen Werth er auf dieſe Verbindung legte, erkennt man namentlich aus einer umfaſſenden Aeußerung hierüber, welche ſich in einer Inſtruction Chriſtians für einen ſeiner Geſandten vom September 1608 findet. Er ſagt hier wörtlich: „Wenn wir Ungarn, Mähren, Oeſterreich und Schleſien für uns haben werden, ſo könnte ſich das Haus Habsburg keiner anderen Kräfte gegen uns bedienen als der Böhmens, Bayerns und einiger Biſchöfe, denen gegenüber wir, menſchlich geſprochen, nicht bloß ſtark genug zum Widerſtande wären, ſondern auch vermöchten den geſammten Clerus zu reformiren und „der Religion" (d. h. der evangeliſchen) zu unterwerfen; wir würden dann nur noch Italien zu fürchten haben ... Das Spiel würde etwa auf dieſe Weiſe beginnen: ſobald Bayern rüſten würde, um Oeſterreich, wenn es Mitglied der Union wäre, anzugreifen, würden wir rüſten, nach Bayern eilen und Donauwörth wieder gewinnen. Durch daſſelbe Mittel könnten wir, koſte es, was

es wolle, einige Bisthümer in Besitz nehmen. Es kommt in diesem Falle nur auf Italien an, dem gegenüber man Deckung bei Frankreich suchen muß. Jedenfalls ist klar, daß, wenn wir geschickt vorgehen, wir auf diese Weise mit Gottes Hilfe Allen Gesetze dictiren und diejenigen zu Herren machen könnten, welche wir dazu bestimmen." Man sieht, wie weitgehende und umfassende Combinationen Anhalt an diese Möglichkeit eines Eintritts der österreichischen Erbländer in die Union knüpfte. Deshalb hatte er sich auch schon im Herbst 1608 während der Horner Unruhen in Oesterreich eifrig bei dem Kurfürsten von der Pfalz für eine Intervention zu Gunsten der dortigen Protestanten verwendet und hatte in Wittingau bei Rosenberg mit den Führern der ständischen Bewegung in den Erblanden, namentlich mit Tschernembel, verhandelt, während Zierotin, der den Conflict der Stände mit Matthias unter keinen Umständen verschärfen wollte, der Einladung nach Wittingau nicht Folge geleistet hatte. Anhalt aber gewann damals die Ueberzeugung, daß es für die Union jetzt angezeigt sei, lieber Rudolf gegen Matthias zu unterstützen, da dem ersteren gegenüber die Selbstständigkeit und religiöse Freiheit der protestantischen Stände noch eher zu halten sei als dem stärkeren und energischeren Könige Matthias gegenüber. Natürlich aber hielt er für nothwendig, sich Sicherheiten gegen eine Wiederkehr der Rudolfinischen Politik früherer Jahre zu verschaffen. Er hoffte, daß es gelingen werde, in allen österreichischen Ländern die Regierungsgewalt einem ständischen Ausschusse mit einem Gouverneur an der Spitze in die Hände zu spielen. In der That schienen die österreichischen Stände eine Zeit lang geneigt, wenn Matthias nicht nachgebe, sich Rudolfs Herrschaft wieder gefallen zu lassen, wenn dieser sich zu den gewünschten Concessionen verstehe. Man dachte daran, die Reichsfürsten zu ersuchen, die Garantie des mit Rudolf zu schließenden Vertrages zu übernehmen. Natürlich ging Rudolf mit großem Eifer auf diese Gedanken ein und trat in sehr ernsthafte Unterhandlungen mit Christian von Anhalt. Die Möglichkeit schien nicht ausgeschlossen, daß es noch einmal zu einem wirklichen Kampfe zwischen Rudolf und Matthias über den Besitz der Erbländer käme.

Dahin aber wollte es vor Allem die spanisch-römische Partei unter keinen Umständen kommen lassen; denn dieser Kampf konnte, wer auch immer Sieger blieb, nur mit neuen Concessionen desselben an die Protestanten enden und mußte außerdem dem Ansehen des Hauses Habsburg einen neuen verhängnißvollen Stoß versetzen. Man war daher in diesen Kreisen energisch bestrebt, eine wirkliche Versöhnung zwischen Rudolf und Matthias herbeizuführen. Bei Rudolf fand aber dieses Bestreben zunächst wenig Entgegenkommen. Der Kaiser erging sich, durch seine Beziehungen zur Union und zu den unzufriedenen Unterthanen seines verhaßten Bruders ermuthigt, wieder einmal in den thörichtesten Hoffnungen. Dagegen waren Matthias und Klesel, welche zu gefährlichen Experimenten dieser Art wenig Neigung hatten und ohne Zweifel eine besonnenere Politik verfolgten, in der Hauptsache bereit, auf einen Verständigungsversuch einzugehen; und zwar meinten sie, daß der



Der Wladislaus'sche Huldigungssaal im Schlosse zu Prag. Der



rkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1607, von Aegidius Sadeler (1575—1629).

einzige erfolgreiche Weg nach dieſem Ziele ein Convent der Mitglieder des habsburgiſchen Hauſes ſei, der die getroffenen Vereinbarungen unter ſeine Garantie ſtelle und es dadurch Rudolf unmöglich mache, von Neuem auf die Rückgängigmachung eines eben geſchloſſenen Vertrages hinzuarbeiten. Es galt nun, Rudolf für dieſen Gedanken eines ſolchen Convents, den auch die ſpaniſch-römiſche Partei für die einzige Rettung aus den unaufhörlichen Wirren betrachtete, zu gewinnen. Anfangs, ſo lange die Verhandlungen mit Anhalt noch Erfolg verſprachen, ſchien jeder Verſuch, den Kaiſer zur Zuſtimmung zu bewegen, vergeblich. Als ſich aber die Verhandlungen ſehr in die Länge zogen, als immer mehr zu Tage trat, daß die Union ſelbſt doch keineswegs ohne weiteres bereit war, den Kaiſer durch einen gefährlichen Krieg aus ſeiner von ihm ſelbſt verſchuldeten ſchwierigen Lage zu befreien, kam Rudolf doch ſelbſt auf den Gedanken eines Fürſtencongreſſes zurück; nur wollte er nicht wie Matthias nur die habsburgiſchen Erzherzöge, ſondern alle befreundeten Kurfürſten und Fürſten nach Prag zuſammenrufen; er hoffte noch immer im Stillen, daß es ihm gelingen werde, ſich dieſes Fürſtencongreſſes gegen ſeinen Bruder zu bedienen. In dieſem Sinne wandte er ſich zunächſt an den Kurfürſten von Köln und bat ihn, ſich bei ihm in Prag einzufinden. Allein als der Kurfürſt dieſer Einladung bereitwillig Folge leiſtete und im December 1609 in Prag anlangte, fand er die Stimmung des Kaiſers wieder völlig verwandelt und gegen einen Fürſtenconvent gerichtet. Wie immer von einem Extrem zum andern ſchwankend, meinte Rudolf jetzt wieder, den verhaßten Bruder durch Gewalt der Waffen zur Unterwerfung bringen zu können. Er ordnete an, daß in dem Bisthum des Erzherzogs Leopold, Paſſau, Rüſtungen vorgenommen würden und ſchien wieder ganz in die Bahnen dieſes ſeines Vetters einlenken zu wollen. Nur mit Mühe konnte der Kölner Erzbiſchof im Januar 1610 einige Audienzen beim Kaiſer erlangen. Alle ſeine Bemühungen, Rudolf für den Fürſtenconvent zu gewinnen, waren vergeblich. Der Kaiſer befand ſich wieder einmal in einer jener Perioden ſcheinbar ernſter Thatkraft; er ſchien mit Energie auf einen offenen Conflict mit ſeinem Bruder hinzuarbeiten. Kaum aber war der Erzbiſchof abgereiſt, ſo ſchlug die Stimmung Rudolfs wieder um, und er ließ nun ſeinerſeits Einladungen an den eben abgereiſten Kurfürſten von Köln, ferner an Mainz, Sachſen, die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand, den Herzog Maximilian von Bayern und den Landgrafen von Heſſen-Darmſtadt ergehen, denen er vier Punkte als Verhandlungsgegenſtände bezeichnete: die Succeſſionsfrage, den Ausgleich mit Matthias, die Donauwörther Frage und die Jülicher Erbfolge-Streitigkeit. Kein Zweifel, daß den geladenen Fürſten der zweite Punkt, der Ausgleich mit Matthias, als die Hauptſache erſchien. Aber gerade in dieſe Streitigkeiten innerhalb des Hauſes Habsburg wollte ſich der mächtigſte von ihnen, das Haupt der Liga, Maximilian von Bayern, nicht einmiſchen. Er lehnte es geradezu ab, zu erſcheinen. Die Anderen aber leiſteten der Einladung trotz aller widerwärtigen Erfahrungen, die ſie mit dem Wankelmuthe des Kaiſers

gemacht hatten, wirklich Folge und erſchienen um den 20. April 1610 in Prag. Nachträglich zu den Verhandlungen eingeladen wurde noch der wegen einer eigenen territorialen Angelegenheit zufällig in Prag anweſende Herzog Heinrich Julius von Braunſchweig, der dann in den Ausgleichsverhandlungen in ſelbſtloſer Aufopferung für das Haus Habsburg die vornehmſte Rolle ſpielen ſollte.

Matthias, deſſen Gedanke auf einen Convent der Mitglieder des Hauſes Habsburg gerichtet geweſen war, verſprach ſich von einem derartig zuſammengeſetzten Convente nur wenig, ſuchte ſich vielmehr in erſter Linie gegen etwaige neue feindliche Anſchläge ſeines kaiſerlichen Bruders zu decken und zu ſeinen öſterreichiſchen Unterthanen wieder in ein leidliches Verhältniß zu kommen, indem er am 3. März 1610 die Reſolution vom 19. März 1609 nunmehr wirklich ausführte und den Städten gleiche religiöſe Freiheit wie dem Adel bewilligte.

Am 1. Mai wurden die zu dem Convente geladenen Fürſten in feierlicher Audienz von Rudolf empfangen. Die Propoſition, die er ihnen dann als Grundlage für ihre Verhandlungen übergab, ſprach in der That in erſter Linie von der Ausſöhnung mit Matthias, doch äußerte Rudolf unverhohlen, daß er dabei die Rückgabe der ihm von Matthias entriſſenen Länder erwarte. In der That ſtellten ſich die Fürſten anfangs auf Rudolfs Seite und ſchienen anzunehmen, daß die abgefallenen Länder ohne weiteres unter deſſen Herrſchaft zurückkehren würden. Man forderte die Erzherzöge Ferdinand und Maximilian auf, ihre Meinung darüber abzugeben. Allein dieſe lehnten es ab, mit einem Ausgleichsvorſchlage hervorzutreten (8. Mai). Alsdann dachte man daran, Matthias ſelbſt einzuladen, in Prag zu erſcheinen. Allein dieſer war dazu nicht zu bewegen, erbot ſich aber Geſandte zu ſchicken, wenn dieſen Sicherheit gewährleiſtet werde. In der That langte am 31. Mai eine Geſandtſchaft von Matthias in Prag an, an deren Spitze Karl von Lichtenſtein ſtand. Aber inzwiſchen hatte der Kaiſer wieder einen eigenmächtigen Schritt unternommen, indem er am 20. Mai die Oeſterreicher aufforderte, unter ſeine Herrſchaft zurückzukehren. Die hierüber ſchon erzürnten Geſandten wurden natürlich noch mehr aufgebracht, als auch der Convent jetzt alles Ernſtes Reſtitution der entriſſenen Länder forderte, während Matthias ſich nur zu einer „perſönlichen Genugthuung“ erbieten wollte. Die Verhandlungen ſchienen ſchon in dieſem Stadium in eine Sackgaſſe zu gerathen. Da erboten ſich der Kurfürſt von Köln, Erzherzog Ferdinand und der Herzog von Braunſchweig, perſönlich nach Wien zu reiſen, um mit Matthias zu verhandeln. Sie fanden dort, wo ſie am 3. Juli anlangten, bei den leitenden Kreiſen allgemeine Erbitterung und das größte Mißtrauen gegen den Kaiſer, welches noch dadurch vermehrt wurde, daß inzwiſchen das Gerücht von den in Paſſau vorgenommenen und auch jetzt während der Verhandlungen nicht unterbrochenen Rüſtungen nach Oeſterreich gelangt war. Die Unterhandlung nahm daher einen ſehr erregten Verlauf und kam erſt in ein einigermaßen ruhigeres Fahr-

wasser, als die Abgesandten des Fürstenconvents von der in der That undurchführbaren Forderung der Restitution der Länder abgingen. Schließlich einigte man sich wirklich dahin, daß Matthias für sein Vorgehen Abbitte leisten und 50000 Gulden und 2000 Eimer Wein jährlich an Rudolf entrichten, dieser aber sich verpflichten sollte, beim böhmischen Landtage dahin zu wirken, daß er den der Türkengefahr am meisten ausgesetzten Ländern des Königs Matthias eine Türkenhilfe bewillige. Mit diesen Vereinbarungen wurde der Herzog von Braunschweig zu Rudolf geschickt. Dieser aber weigerte sich entschieden, auf diese Bedingungen einzugehen. Er verlangte Anerkennung seiner Lehnshoheit über die Erbländer, das Commando über die ungarischen Grenzfestungen und verschiedene andere kleine Concessionen; darauf aber konnte Matthias nicht eingehen, wenn er die Möglichkeit der Regierung seiner Länder nicht aufs Spiel setzen wollte. Noch mehrmals ist dann der unermüdliche und aufopfernde Herzog von Braunschweig zwischen Wien und Prag hin und her gereist; jedesmal thürmten sich neue Schwierigkeiten auf. Auf der einen Seite wuchs natürlich bei Matthias das Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der versöhnlichen Gesinnung Rudolfs, je mehr neue Einwände dieser erhob; auf der andern Seite schwankte Rudolf in der That auch in den Tagen der entscheidenden Verhandlungen rath- und haltlos hin und her und zeigte so selbst am deutlichsten, wie berechtigt das Mißtrauen seines Bruders war. Er dachte nicht daran, das Passauer Kriegsvolk zu entlassen, ja er knüpfte, während die Verhandlungen mit Matthias mit seiner Zustimmung ihren Fortgang nahmen, gleichzeitig aufs Neue Verbindung mit der Union, namentlich mit Kurpfalz an. Ganz bestimmt formulirte Anträge gelangten an den Kurfürsten von der Pfalz, und Niemand kann sagen, ob sie nicht zu einem förmlichen Abschluß geführt hätten, wenn der Kurfürst nicht eben in diesen Tagen (9. September 1610) gestorben wäre. So mußte sich nun Rudolf wohl oder übel zu einer ernstlichen Annäherung an Matthias entschließen. Der unerschütterlichen Ausdauer des Herzogs von Braunschweig gelang es schließlich, einen Vertragsentwurf mit dem Kaiser zu vereinbaren, dem Matthias seine Zustimmung zu ertheilen vermochte. Danach sollte Matthias den Kaiser durch die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand und den Herzog von Braunschweig nach einer vereinbarten Formel um Verzeihung bitten, außerdem aber ihn wegen der österreichischen Länder als seinen Lehnsherrn und als das Haupt des Hauses Oesterreich und der gesammten Christenheit anerkennen. Die meisten Einzelbestimmungen, über welche früher von beiden Seiten so viel gestritten worden war, mußten einfach fallen gelassen werden, so von Rudolfs Seite die Zahlung einer jährlichen Pension an Geld und Wein, von Matthias' Seite das Verlangen einer Türkenhilfe. Nur ganz allgemein wurde die Versöhnung ausgesprochen. Selbst das Versprechen sofortiger Entlassung des Passauer Kriegsvolks ward nicht officiell und schriftlich, sondern nur mündlich von Rudolf gegeben und dann, wie wir sehen werden, nicht gehalten, obwohl Matthias seinerseits seiner vertrags-

mäßigen Verpflichtung gewissenhaft nachkam und abrüstete. Immerhin schien doch in der Hauptsache ein Ausgleich erreicht zu sein. Am 9. October 1610 leisteten dann die Erzherzöge Maximilian und Ferdinand — von der Theilnahme des Herzogs von Braunschweig war schließlich abgesehen worden — die vorgeschriebene Abbitte. Sie wurden vom Kaiser in feierlicher Audienz mit dem ganzen Prunke und feierlichen Ceremoniell, welches Rudolf von Spanien mit herüber genommen hatte, empfangen. Als die Erzherzöge nun niederknieen wollten, um die kaiserliche Anweisung zu erbitten, duldete der Kaiser das nicht; denn kein Mitglied seines Hauses sollte vor ihm sein Knie beugen. Er begnügte sich mit der kundgegebenen Absicht und nahm die Abbitte als geschehen an. Maximilian dankte für dieses freundliche Entgegenkommen und zerriß dann vor den Augen des Kaisers jenen Aprilvertrag der Erzherzöge von 1606, der damals Rudolfs Unwillen in so hohem Grade erregt hatte. Nun trat der Kaiser den Erzherzögen wieder als ihr Bruder und Oheim entgegen, unterhielt sich längere Zeit freundlich und leutselig mit ihnen von anderen Dingen und begleitete sie beim Abschied bis in das Vorzimmer. Der Form war in jeder Richtung Genüge geschehen. Aeußerlich war die Aussöhnung zwischen Rudolf und seinem Bruder eine vollständige.

Aber war sie es auch innerlich und in Wahrheit? Wer sich einmal von der Sinnesart und dem Charakter Rudolfs eine deutliche Vorstellung gemacht hat, kann von vornherein nicht zweifelhaft sein, daß es dem Kaiser mit seiner Aussöhnung keineswegs voller Ernst war, daß er sie thatsächlich nur nothgedrungen vollzogen hatte und im Herzen ruhig weiter danach strebte, seinem verhaßten Bruder entgegenzuarbeiten.

Das zeigte sich noch auf demselben Prager Convente, auf dem u. A. auch die Frage der Successsion zur Sprache kam. In dieser Frage trat von vornherein deutlich zu Tage, daß Rudolf nach wie vor sehr wenig geneigt war, seinem Bruder Matthias die Nachfolge in Böhmen und im Reiche wirklich zuzugestehen. Auf eine schriftliche Vorstellung der Fürsten hierüber antwortete Rudolf gar nicht, dagegen verhandelte er eifrig mit den Kurfürsten separat und suchte sie zu bestimmen, zu seinem Nachfolger nicht seinen Bruder Matthias, sondern seinen Neffen, Erzherzog Leopold, in Aussicht zu nehmen. In der That fand er bei den geistlichen Kurfürsten, welche Matthias wegen seiner Verbindungen mit den protestantischen Ständen und wegen seiner Waffenerhebung gegen den Kaiser sehr wenig geneigt waren, Gehör und Zustimmung. Sie nahmen die Candidatur Leopolds an und haben darüber später auf einer Zusammenkunft in Koblenz in aller Form eine Verschreibung ausgestellt; ja Erzbischof Schweikhart von Mainz ging auch nach Dresden und suchte sich mit dem Kurfürsten von Sachsen über die Candidatur Leopolds zu einigen. Im December 1610 verständigten die geistlichen Kurfürsten den Kaiser von ihrer Vereinbarung und stellten dabei die Forderung, daß Rudolf dem zu Erwählenden entsprechenden Länderbesitz zuweise. Wirklich verlautete dann, der Kaiser wolle Erzherzog Leopold im Widerspruch mit den Liebener Ver-

trägen zum Könige von Böhmen, außerdem aber zum Grafen von Tyrol und zum Herzoge von Jülich machen. In der That war Rudolf damals enger wie je mit Leopold verbündet und ganz auf ſeine Gedanken und Pläne eingegangen. Aber die Art und Weiſe, wie ſie es verſuchten, dieſe Pläne zu verwirklichen, war ſo unbeſonnen und von Grund aus verkehrt, daß Leopold vielmehr dadurch die Ausſichten auf die Nachfolge im Reiche, die ihm die Kurfürſten ſoeben ſehr ernſtlich eröffnet hatten, nicht allein in Frage ſtellte, ſondern ein für alle Mal vernichtete.

Wir erinnern uns, daß der Kaiſer ſchon im December 1609 Rüſtungen in dem Bisthum Paſſau angeordnet hatte, unter dem Vorwande, daß die dort geworbenen Truppen gegebenen Falls in Jülich verwendet werden ſollten. Daß dieſelben thatſächlich zu einem Angriff gegen Matthias beſtimmt waren und nach den umfaſſenden Plänen Leopolds der Reſtauration Rudolfs und des Katholicismus in ſeinen Erblanden dienen ſollten, könnte ſelbſt dann keinem Zweifel unterliegen, wenn wir nicht durch jenen Geſandten Tennagel, den Leopold 1609 nach Spanien entſandt hatte, ausdrücklich darüber unterrichtet wären. Wir ſahen ſchon, wie in den Verhandlungen von 1610 die ununterbrochen fortgeſetzten Rüſtungen in Paſſau erheblich dazu beitrugen, das Mißtrauen Matthias' gegen Rudolf wach zu erhalten. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Oeſterreicher und Mähren Gegenwerbungen anſtellten, um ſich gegen einen Ueberfall von Seiten des Paſſauer Kriegsvolks, welches unter der Leitung der mit den Rüſtungen von Rudolf bevollmächtigten Grafen von Althan und Sulz, Trautmannsdorfs und Ramés bald auf 12000 Mann anwuchs, zu decken. Es war ein unwürdiges und hinterliſtiges Doppelſpiel, welches Rudolf dann nach dem Abſchluß des Vertrages mit Matthias mit jenen Truppen ſpielte. Der Kaiſer hatte ſich, wenn auch nicht ſchriftlich, ſo doch ſehr ausdrücklich mündlich verpflichtet, die Paſſauer Truppen binnen Monatsfriſt zu entlaſſen. Die gleiche Verpflichtung der Entlaſſung ſeiner angeworbenen Truppen war auch Matthias eingegangen und hatte ſie gewiſſenhaft erfüllt. Allgemein nahm man mit Sicherheit an, daß Rudolf das Gleiche thun werde. In dieſer Annahme erbat Herzog Maximilian von Bayern die Ueberlaſſung der Truppen an die Liga, welche damals gerade rüſtete, um eventuell in dem Jülicher Erbfolgeſtreit der Union entgegenzutreten (oben S. 99). Allein er erhielt eine abſchlägige Antwort. War der Kaiſer an ſich ſchon entſchloſſen, trotz jenes Verſprechens die Truppen beizubehalten, ſo wurde er in dieſem Vorſatze noch mehr beſtärkt, als Erzherzog Leopold, nachdem er die Feſtung Jülich hatte verlaſſen müſſen, in Prag eintraf und alsbald wieder entſcheidenden Einfluß auf Rudolf gewann. Mit aller Energie ſuchte er den ſchwachen Kaiſer zur Ausführung ſeiner abenteuerlichen Pläne

zu beſtimmen, die nur in einem Kriege mit Matthias durchgeführt werden konnten. Vor Allem ſuchte ſich Leopold hierfür der Beihilfe Spaniens und des Herzogs von Bayern zu verſichern, begegnete aber bei beiden einer durchaus ablehnenden Haltung. Wir ſahen, wie ſchon im Jahre 1609 das ſpaniſche Cabinet ſich äußerſt zurückhaltend gegenüber den ausſchweifenden Vorſchlägen Leopolds verhalten hatte. Noch weniger war es jetzt, da mit vieler Mühe der Ausgleich zwiſchen Rudolf und Matthias bewerkſtelligt worden war, geneigt, das eben Errungene durch ein zum wenigſten äußerſt gewagtes Unternehmen wieder in Frage zu ſtellen. Es wies vielmehr ſeinen Geſandten Zuñiga an, Leopold entſchieden zu warnen und ſeinen Plänen entgegenzuarbeiten. Ebenſo verharrte Herzog Maximilian von Bayern in ſeiner ſehr zurückhaltenden Stellung. Trotzdem ließen ſich weder Rudolf noch Leopold abhalten, auf ihrem verhängnißvollen Wege weiter vorzuſchreiten. Der erſtere entgegnete allen von den verſchiedenſten Seiten an ihn herantretenden Mahnungen zur Entlaſſung der Truppen mit der Behauptung, es fehle ihm an den Mitteln, dieſelben abzulohnen. In der That hat er lange Zeit mit dieſer heuchleriſchen Angabe Glauben gefunden, ſo daß bis vor Kurzem noch in der heutigen Geſchichtſchreibung die Anſicht vorherrſchte, der Paſſauer Einfall in Oeſterreich und Böhmen ſei durch eine vom Kaiſer nicht verſchuldete Meuterei der Truppen herbeigeführt worden. Thatſächlich kann nach den neueſten Forſchungen kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß das nicht der Fall war, ſondern daß das ganze Unternehmen ein wohlüberlegtes und in hinterliſtiger Weiſe zur Durchführung gebrachtes war. Der Rückſtand an Sold betrug nur 400 000 Gulden, nachweislich aber ſtanden dem Kaiſer hierfür 300 000 Gulden zur Verfügung, und außerdem brachte der Herzog von Braunſchweig, der auch hier die Vermittelung übernahm, aber vom Kaiſer und Erzherzog Leopold in ſchmählicher Weiſe mißbraucht wurde, durch Verhandlungen mit verſchiedenen Privatleuten 148 000 Gulden baar und 312 000 Gulden in Anweiſungen auf, ſo daß die Deckungsmittel in reichſtem Maße vorhanden waren. Der Kaiſer ließ den Herzog Heinrich Julius, der im beſten Glauben, nachdem er dieſe Geldmittel flüſſig gemacht hatte, die Unterhandlung mit den Truppen wegen ihrer Entlaſſung übernommen hatte, nach Paſſau reiſen und verſprach ihm, daß ihm nicht allein die Vollmacht, ſondern auch der Zahlmeiſter mit den erforderlichen Geldmitteln nachgeſchickt werden ſollte. Am 13. November traf der Herzog in Paſſau ein, wo er den Erzherzog Leopold antraf, der inzwiſchen mit dem Führer der Truppen hinter Heinrich Julius' Rücken die letzten Verabredungen über den Einfall in Oeſterreich und Böhmen getroffen hatte. Der Herzog vereinbarte mit den Truppen eine Muſterung auf den 20. November und verſprach ihnen, auf die Zuſicherungen Kaiſer Rudolfs vertrauend, an dieſem Tage ihre Soldrückſtände auszuzahlen. Der 20. November nahte heran, aber der Zahlmeiſter des Kaiſers erſchien nicht. Der Herzog war rathlos; er gerieth in noch größere Verlegenheit, als nun Erzherzog Leopold mit allen höheren Officieren nach Prag abreiſte und ihn

mit den Truppen, unter denen jetzt der Oberſt Ramé, der Vertraute der Pläne Leopolds, den erſten Platz einnahm, allein ließ. Er wandte ſich in ſeiner Noth an den Herzog von Bayern, erhielt aber von dieſem die offenbar zutreffende Antwort, der Kaiſer ſuche nur unter dem Scheine, die Paſſauer abzudanken, Geld aufzubringen, um dann erſt recht ſeine Pläne durchzuführen. Vergeblich proteſtirte der Herzog gegen dieſes Verfahren des Kaiſers und

Anwerbung und Ausrüſtung von Soldaten.

Facſimile eines Kupferſtiches in: Defensio patriae oder Landtrettung. Von Joh. Jac. von Wallhauſen, derzeit Churf. Mainz. beſtellten Obr. Leutenant. Franckfurt a. M. 1621.

ſeines Hofkriegsraths; er mußte ſich endlich entſchließen, die Muſterung der Truppen abzuhalten, ohne denſelben ihren rückſtändigen Sold auszuzahlen. Er fand ſie wirklich geneigt, auf ſeine Anerbietungen einzugehen, nach denen ihnen am 6. December eine Abſchlagszahlung geleiſtet werden ſollte. Noch immer hoffte Heinrich Julius auf das Erſcheinen des kaiſerlichen Zahlmeiſters. Allein derſelbe kam nicht, obwohl er bis zum 25. November ſchon faſt 125 000 Thaler baar und 230 000 Thaler in Verſchreibungen erhalten hatte. Es kann nach alle dem kein Zweifel ſein, daß der Kaiſer den gutmüthigen Unterhändler in ſchändlicher Weiſe hinterging. In der That beabſichtigte er,

im Einverſtändniß mit Erzherzog Leopold, die Truppen nach Krumau in Böhmen zu verlegen, dorthin einen Landtag zu berufen und dann den Majeſtätsbrief zu caſſiren, die Wortführer der Proteſtanten aber durch Anſtrengung von Hochverrathsproceſſen unſchädlich zu machen. Vergeblich verſuchte Zuñiga nochmals, den Erzherzog, welcher im Hofkriegsrath und im Geheimen Rath die unbeſtrittene Herrſchaft ausübte, zur Beſinnung zu bringen. Das unwürdige Doppelſpiel wurde bis zum Schluſſe durchgeſpielt. Es gelang auch ferner, den vertrauensſeligen Herzog von Braunſchweig hinzuhalten und über die letzten Abſichten des Prager Hofes zu täuſchen. Heinrich Julius gab ſich die größte Mühe, die Truppen mit Anweiſungen zufriedenzuſtellen; Althan und Ramé erklärten ihm, darauf könnten dieſelben nicht eingehen; Geld oder Veränderung der Quartiere — denn das Paſſauer Land war in der That völlig ausgeſogen — ſei das Einzige, was man ihnen bieten könne. Die Truppenführer brachten es ſchließlich ſogar fertig, den Herzog, der noch immer hoffte, den Prager Hof zur Auszahlung der verfügbaren Gelder zu bringen, dazu zu beſtimmen, daß er den Befehl zur Verlegung der Truppen ſelbſt ertheilte, wenn innerhalb zehn Tagen die verſprochenen Soldzahlungen nicht einträfen. Um dieſe doch noch durchzuſetzen, reiſte der Herzog am 9. December 1610 perſönlich nach Prag. Und damit der Tragödie auch das Satyrſpiel nicht fehle, verlangten jetzt die Mitglieder der böhmiſchen Stände, welche das Geld für die Ablohnung der Truppen dem Herzoge von Braunſchweig gegeben hatten, von ihm die Rückgabe deſſelben, da daſſelbe nicht für den angegebenen Zweck verwendet worden ſei.

Wie wenig man berechtigt iſt, das ganze Unternehmen als eine willkürliche und von Rudolf nicht verſchuldete Meuterei der Truppen aufzufaſſen, ergiebt ſich aus nichts deutlicher als aus der Thatſache, daß die Truppen noch drei Tage über die vom Herzoge ausbedungene Zeit warteten. Dann erſt verließen ſie am 21. December 1610 unter Führung ihrer Offiziere die Quartiere, nicht in Meuterei, ſondern unter Berufung auf die Erlaubniß, die ihnen der Herzog ſelbſt bedingungsweiſe gegeben hatte.

Ramé richtete ſeinen Marſch nicht unmittelbar nach Böhmen, ſondern gegen Oeſterreich, wo er bei der mit Matthias' Regierung unzufriedenen Bevölkerung auf Unterſtützung rechnete. Dieſer Marſch nach Oeſterreich aber war eine offenbare Verletzung des ſoeben mit Matthias geſchloſſenen Friedens. Ein Rath des Erzherzogs Leopold hat dem Herzoge Maximilian von Bayern rückhaltlos zugeſtanden, daß es auf einen Angriff gegen Matthias abgeſehen war. Zu dieſem verhängnißvollen Entſchluſſe haben nicht unweſentlich Rudolfs aſtrologiſche Träumereien beigetragen. Seine Aſtrologen hatten ihm prophezeit, Matthias werde in dem bevorſtehenden Kriege geſtürzt werden; er hatte ihnen für dieſe erwünſchte Auskunft reiche Geſchenke zu Theil werden laſſen. Aber wie ganz anders kam es, als er und ſeine Umgebung gehofft und gewünſcht hatten! Zunächſt zwar ſtanden die öſterreichiſchen Länder wehrlos dem Angriffe der Paſſauer Truppen offen, da Matthias die angeworbenen

Truppen entlassen hatte. Ramé gestattete seinen Truppen die empörendsten Brandschatzungen und Plünderungen, durch welche sie sich für alle Zeiten einen fluchwürdigen Namen erworben haben. Haarsträubende und ohne Frage authentische Schilderungen sind davon auf uns gekommen, wie die entmenschten Truppen, nachdem sie die Ortschaften völlig ausgeplündert hatten, die Bewohner mitten im grimmigen Winter nackt in die Wälder hinaustrieben, wo sie jammervoll zu Hunderten zu Grunde gingen. Khevenhiller schätzt den von den Passauern in Oesterreich angerichteten Schaden auf über zwei Millionen Gulden. Es waren schreckliche Vorspiele des großen Krieges der dreißig Jahre. Aber weder strategisch noch taktisch konnte Ramé auch nur das Geringste erreichen. Wenn er gehofft hatte, der protestantische Adel und ein Theil der Bevölkerung werde sich gegen Matthias erheben, so sah er sich furchtbar getäuscht. Er traf im Gegentheil bei den durch den Einfall und die schrecklichen Plünderungen aufs tiefste empörten Einwohnern auf die feindseligste Gesinnung. Zugleich aber gelang es Matthias, der von seinen Ständen aufs eifrigste unterstützt wurde, mit großer Schnelligkeit wieder ein Heer aufzustellen. Nach wenigen Wochen sah Ramé ein, daß er sich in Oesterreich nicht werde behaupten können. Schon am 26. Januar 1611 kündigte er Rosenberg seine Absicht, nach Böhmen einzumarschieren, an und verlangte von ihm und den böhmischen Ständen eine freundliche Haltung, damit er nicht genöthigt wäre, in ihrem Lande als Feind aufzutreten. Die Antwort war natürlich, daß die böhmischen Stände zu umfassenden Rüstungen schritten und den Kaiser zwangen, einen Landtag zusammenzuberufen, der dann alsbald die feindseligste Haltung gegenüber dem Passauer Einfall zur Schau trug.

Rudolf gerieth in die peinlichste Verlegenheit und in eine von vornherein unhaltbare Lage. Da er bisher stets die Täuschung aufrecht zu halten versucht hatte, als sei der Einbruch der Passauer Truppen in Oesterreich und Böhmen gegen seinen Willen geschehen und auf eine Meuterei zurückzuführen, so konnte er jetzt den auf umfassende Rüstungen gegen die Passauer gerichteten Anträgen seiner getreuen Stände keinen Widerstand entgegensetzen. Er mußte selbst die Beschlüsse sanctioniren, die gegen die Truppen gerichtet waren, deren er sich als Werkzeug gegen seinen Bruder hatte bedienen wollen. Wieder wie im Jahre 1608 fing er jetzt zu spät die Gefahr der Lage, in der er sich befand, zu erkennen an. Er gestattete, daß der noch immer zur Vermittelung bereite Herzog von Braunschweig nach Wien reiste, um Matthias zu beschwichtigen und ihm vorzustellen, daß das ganze Unternehmen gegen Rudolfs Willen erfolgt sei. Aber Matthias wußte jetzt nur zu gut, was er von Rudolf zu halten hatte; er lehnte jede Vermittelung energisch ab, betrieb eifrig seine Rüstungen und setzte sich mit den böhmischen Ständen in Verbindung, um eine weitere Verletzung der geschlossenen Verträge zu hindern. Schon jetzt konnte es kein Zweifel mehr sein, daß das ganze tollkühne Unternehmen Rudolfs und Leopolds als gescheitert zu betrachten sei.

Zunächſt freilich machten die Paſſauer Truppen naturgemäß noch weitere Fortſchritte. Am 1. Februar gelang es ihnen, Budweis durch einen Handſtreich zu überrumpeln, am 4. Februar fiel Tabor in ihre Hände. In unaufhaltſamem Vormarſche näherten ſie ſich der böhmiſchen Hauptſtadt.

Dort war nun auf die anfängliche übermüthig-zuverſichtliche Stimmung bald, nachdem der Einbruch in Oeſterreich geſcheitert war und kein Zweifel mehr obwalten konnte, daß Matthias in den Kampf in Böhmen eingreifen werde, ebenſo große Niedergeſchlagenheit und Muthloſigkeit gefolgt. Nicht nur Rudolf, der wieder völlig in ſeine Rath- und Thatloſigkeit zurückfiel, ſondern auch Leopold verzweifelte an dem Unternehmen und wandte ſich jetzt in ſeiner Noth an den ſpaniſchen Geſandten Zuñiga, deſſen Warnungen und Rathſchlägen er bisher nicht die geringſte Beachtung geſchenkt hatte. Er bat ihn (am 30. Januar), die Vermittelung zwiſchen Rudolf und Matthias zu übernehmen. Zuñiga aber lehnte es ab, ſich dieſer jetzt völlig ausſichtsloſen Aufgabe zu unterziehen. Da trat Leopold mit einem ebenſo abenteuerlichen als unſinnigen Gedanken hervor: er ſchlug vor, die Truppen Rudolfs und Matthias' zu vereinigen, um mit ihnen die proteſtantiſchen Stände der Erbländer gemeinſam niederzuſchlagen. Natürlich wies Zuñiga auch dieſen Gedanken zurück, indem er den Erzherzog auf die offenkundige Thatſache aufmerkſam machte, daß Matthias' Heer zum großen Theile aus Proteſtanten beſtehe.

Noch würde ſich der Groll der Böhmen haben beſänftigen laſſen, wenn die Paſſauer ſich auf die Beſetzung der Herrſchaft Krumau beſchränkt hätten. Sie verlangten von dem Kaiſer nur ernſtliche Anſtalten zu deren Abdankung und, wie nicht anders zu erwarten war, die Entlaſſung Leopolds, den ſie mit Recht für den Urheber des ganzen unheilvollen Unternehmens betrachteten. Im Uebrigen benahmen ſie ſich, in der Hoffnung, mit dieſen beſcheidenen Forderungen doch noch durchzudringen, ſo gemäßigt und beſonnen, daß ſie ſogar an Matthias Geſandte ſchickten und ihn bitten ließen, zunächſt wegen der Paſſauer die böhmiſche Grenze nicht zu überſchreiten. In dieſem Augenblicke ſtand es noch in Rudolfs Hand, wenigſtens das, was er noch beſaß, die Herrſchaft in Böhmen, ſich zu erhalten.

Allein der verblendete Erzherzog Leopold konnte ſich nicht entſchließen, den Vormarſch Ramés aufzuhalten. Dieſes ſein Verhalten iſt um ſo unbegreiflicher, als auch die katholiſchen Böhmen, den Kanzler Lobkowitz nicht ausgeſchloſſen, gegen das tollkühne Unternehmen waren. Nur Slawata, Martinitz und der frühere mähriſche Landeshauptmann Berka unterſtützten die Pläne Leopolds.

Da Ramé einen Gegenbefehl nicht erhielt, ſo rückte er unaufhaltſam weiter vor. Am 13. Februar ſtand er vor Prag. Da ſchien es den aufs äußerſte empörten böhmiſchen Ständen noch einmal zu gelingen, Rudolf zur Umkehr zu bewegen. Er ließ ſich in der That beſtimmen, Ramé den Befehl zur Zurückführung ſeiner Truppen nach Krumau zu ſenden. Allein es war nur natürlich, daß Ramé und Leopold, welcher ſich jetzt ebenfalls bei den

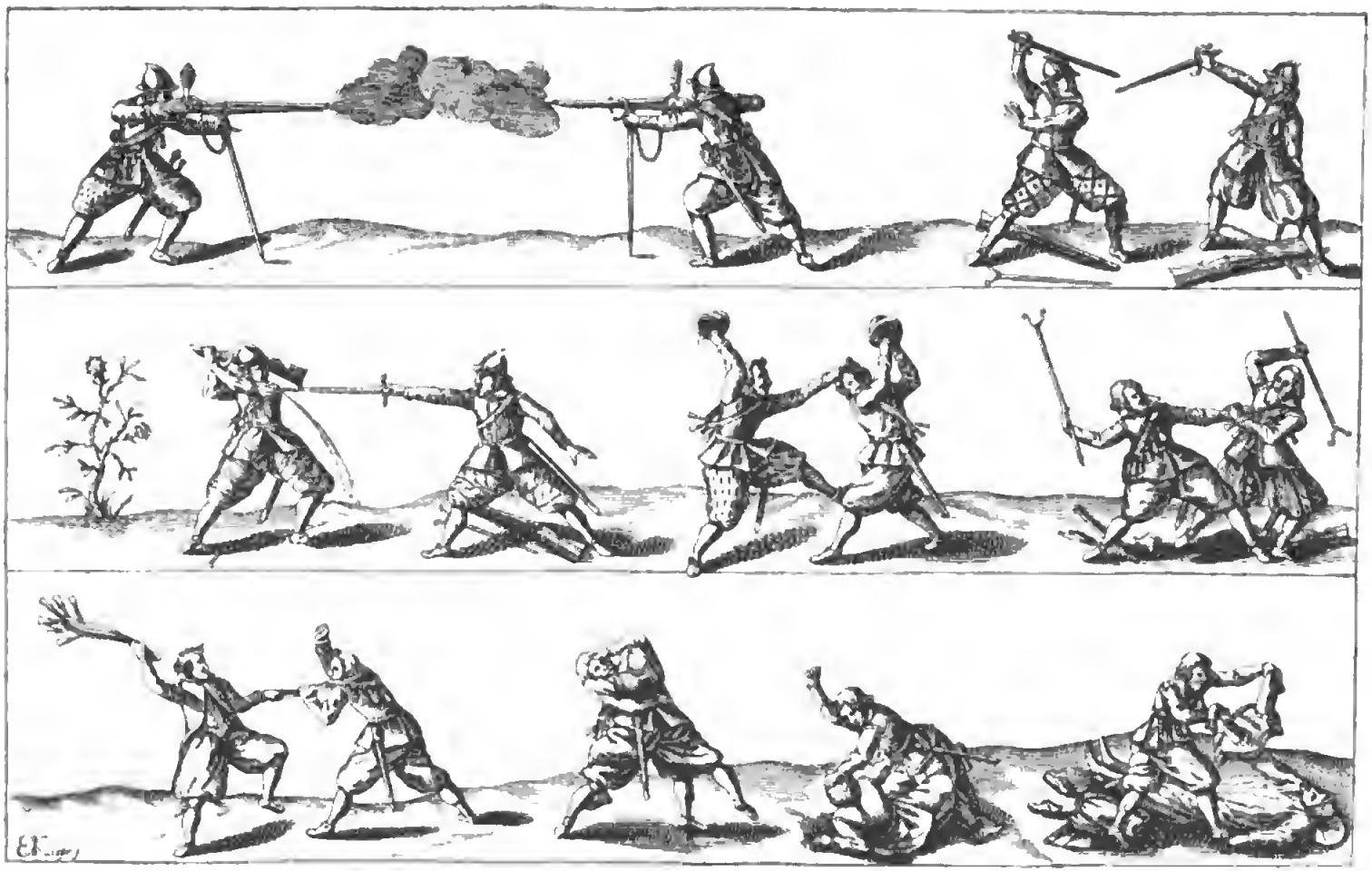
Truppen befand, dieſen Befehl für nicht ernſt gemeint und für erzwungen hielten und ſich nicht danach richteten. Vielmehr rüſteten ſie ſich ernſtlich zum Angriff gegen Prag, welches von den Böhmen in aller Eile nothdürftig befeſtigt worden war und eine nicht unanſehnliche Truppenmacht beherbergte. In der Nacht vom 14. zum 15. Februar wurde der Angriff von einer Seite her, von der man ihn nicht vermuthete, an dem ſüdlichen Aujezder Thore unter perſönlicher Anführung Leopolds, der in ſtrahlender Rüſtung den Truppen voranging, unternommen. Ohne ernſtlichen Widerſtand gelang es den Paſſauern, ſich der Kleinſeite zu bemächtigen. Dann erſt kam es zu ernſtlichen Straßenkämpfen, in denen die Paſſauer die Oberhand behielten. Die böhmiſchen Truppen zogen ſich über die Moldaubrücke nach der Altſtadt hinüber und warfen die ihnen nachdrängenden Paſſauer Truppen vom Brückenkopf aus zurück. Ein Fähnlein Paſſauer Reiter, welches ſich zu weit vorgewagt hatte, wurde völlig aufgerieben. Dem Sturme folgten auf beiden Seiten der Moldau entſetzliche Straßenkämpfe. Während die Paſſauer auf der Kleinſeite in ihrer gewohnten Weiſe raubten und plünderten, warf ſich in der Alt- und Neuſtadt die nur zu erklärliche Wuth des durchweg proteſtantiſchen Volkes auf die katholiſchen Klöſter, von denen man, mit Recht oder Unrecht, annahm, daß ſie Mitwiſſer und Förderer der räuberiſchen Gegner ſeien. Die Peterskirche, das Benedictinerkloſter Emmaus, das Franciskanerkloſter Maria Schnee u. a. m. wurden unter den gräulichſten Gewaltthaten gegen die Geiſtlichen und Mönche geplündert und verwüſtet. Nur mit Mühe gelang es den Ständen, von denen mehrere angeſehene Mitglieder in Prag anweſend waren — darunter Kinsky, der ſich mit Beihilfe Zuñigas von der Kleinſeite nach der Altſtadt gerettet hatte —, die Ruhe und Ordnung einigermaßen wiederherzuſtellen.

Inzwiſchen hatte ſich auf der andern Seite der Moldau Erzherzog Leopold nach der Einnahme der Kleinſeite nach der Burg begeben, wo er in feierlicher Audienz vom Kaiſer empfangen wurde. Bei Rudolf war der Anflug von Nachgiebigkeit, den er am 13. Februar gezeigt hatte, ſehr ſchnell wieder verflogen. Mit dem erſten Erfolge der Paſſauer Truppen, der ihn in den Beſitz eines eigenen Heeres ſetzte, waren ſeine Hoffnungen wieder mächtig emporgeſchnellt. Er meinte jetzt wieder, das Ziel ſeiner Wünſche erreichen zu können und gab ſeine Zuſtimmung dazu, daß das Paſſauer Kriegsvolk verſuchen ſollte, ſich auch der anderen Stadttheile zu bemächtigen. Kurze Zeit ſchien Alles gut zu gehen. Die böhmiſchen Truppen in der Burg ließen ſich in der That bereit finden, mit dem Kaiſer bezw. den Paſſauern gemeinſame Sache zu machen. Dazu kam als weiterer günſtiger Umſtand, daß drei der bedeutendſten Führer der Stände, Graf Thurn, Coloma von Fels und Wilhelm von Lobkowitz auf der linken Moldauſeite zurückgeblieben waren, während die anderen nach der Altſtadt geflohen waren.

Gleichwohl aber gelang es dem in der Altſtadt verſammelten Rumpfparlamente, den Widerſtand zu organiſiren, der durch Zuzüge aus den ein-

zelnen böhmiſchen Kreiſen verſtärkt wurde. Unter den Ständen erlangte, da die eigentlichen Parteiführer nicht anweſend waren, Wilhelm von Kinsky, der jetzt endgiltig auf ſeine vermittelnde Stellung verzichtete und auf Matthias' Seite trat, die beherrſchende Stellung. Er trat offen für die Abſetzung Rudolfs und für die Erhebung Matthias' auf den böhmiſchen Thron ein, während verſchiedene andere Mitglieder der Stände noch weiter gingen, von der Herrſchaft des Hauſes Habsburg gar nichts mehr wiſſen, ſondern ein Mitglied eines andern Hauſes auf den Thron erheben wollten. Für Rudolf ſelbſt trat Niemand mehr ein. Als dieſer am 16. Februar durch einen Herold die Aufnahme einer kaiſerlichen Beſatzung in die Altſtadt und die Vereidigung der ſtändiſchen Truppen für ſich forderte, erhielt er eine rundweg abſchlägige Antwort. Dieſes Paſſauer Unternehmen hatte ihn des letzten Reſtes von Sympathie, den er etwa noch beſeſſen hatte, beraubt. Denn klarer als je zuvor zeigte es ſich, daß das Verhalten der Paſſauer Truppen keineswegs im Gegenſatz zu dem Willen Rudolfs erfolgte, ſondern durchaus von demſelben gebilligt wurde. Man ſah den Kaiſer ſelbſt in voller Rüſtung bei den Kanonen umherreiten, die am linken Moldauufer aufgefahren wurden, um die Altſtadt zu beſchießen. Immer mehr ſpitzte ſich der Conflict zwiſchen Kaiſer und Ständen zu. Es kam dahin, daß, als Rudolf am 19. Februar ein Patent erließ, welches das anbefohlene Landesaufgebot rückgängig machen ſollte, die Stände am 25. ein ſcharfes Gegenpatent veröffentlichten, welches das des Kaiſers als verfaſſungswidrig bezeichnete.

Die politiſch völlig unhaltbare Lage des Kaiſers wurde aber auch militäriſch von Tag zu Tage ſchwieriger. In der Altſtadt befanden ſich an dreißigtauſend Bewaffnete; an eine Eroberung von Seiten der Paſſauer war nicht entfernt zu denken. Dabei aber fingen die kaiſerlichen Truppen auf der Kleinſeite an, am Nothwendigſten Mangel zu leiden. Rudolf mußte ſich dazu verſtehen, mit ſeinen Ständen Verhandlungen anzuknüpfen, wozu er ſich des in ſeinen Händen befindlichen Mitgliedes der Stände Colonna von Fels bediente. Aber zu einem Ergebniß konnten dieſe Verhandlungen nicht mehr führen; jetzt hätte hierzu ſelbſt die Entlaſſung der Paſſauer Truppen nicht mehr genügt. Noch rathloſer und verzweifelter als der Kaiſer benahm ſich Erzherzog Leopold, der doch allein die Schuld an der unſeligen Verwickelung trug. Er verfiel auf die verzweifeltſten und unſinnigſten Auswege. Bald wollte er ſich Frankreich in die Arme werfen, bald äußerte er den Entſchluß, Kapuziner zu werden. Vergeblich ließ der Kaiſer in den Tagen vom 22. bis 25. Februar noch einmal durch den Oberſtburggrafen Sternberg und den Präſidenten der böhmiſchen Hofkammer von Dohna mit den Ständen über einen Ausgleich verhandeln. Der Verſuch ſcheiterte an dem Mißtrauen der letzteren gegen die Verſprechungen Rudolfs. Vielmehr gingen dieſe nun daran, eine proviſoriſche Regierung von dreißig Directoren zu ernennen, in welche Thurn, Fels und Lobkowitz, denen es gelungen war, vom linken Moldauufer nach der Altſtadt zu entkommen, eintraten. Und ſchon begannen



Einzelkämpfe aus der Kriegführung zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts.

Aus: Ritterkunst Darinnen begriffen I. Ein Trewhertziges Warnungschreiben wegen deß Betrübten Zustands jetziger Christenheit. II. Unterricht aller Handgriffen so ein jeder Cavalliror hochnötig zu wissen bedarff. Von Joh Jac von Wallhausen. Franckfurt am Mayn 1616.

die nicht beſoldeten und mangelhaft verpflegten Truppen des Kaiſers zu den Ständen zu deſertiren. Dem Kaiſer blieb nichts übrig, als am 2. März ein Patent zu unterzeichnen, durch welches Leopold zur Abdankung der Paſſauer ermächtigt wurde. Jetzt aber war wirklich das zur Ablohnung der Truppen erforderliche Geld nicht vorhanden; nur einen Theil deſſelben vermochte der Kaiſer Ramé einzuhändigen, der ſich alsbald mit demſelben in der Nacht vom 7. zum 8. März mit der Mehrzahl der Kavallerie heimlich entfernte. Natürlich aber geriethen hierüber die zurückgebliebenen Truppen, welche gar keinen Sold erhalten hatten, in die äußerſte Erregung und bedrohten den Erzherzog Leopold und die Grafen Althan und Sulz perſönlich. Endlich gelang es, wenigſtens einen dreimonatlichen Sold für ſie aufzutreiben, worauf ſie dann beſchloſſen, ihren Rückzug in der Nacht auf den 11. März zu bewerkſtelligen. Erzherzog Leopold ſchloß ſich ihnen an. Die Truppen ſetzten nun, von einigen nachſetzenden böhmiſchen verfolgt, ihren Marſch ununterbrochen bis Budweis fort, wo vorläufig geraſtet wurde. Dann ging ein Theil derſelben mit dem Erzherzoge und Ramé nach Paſſau zurück, während die anderen Truppen abgedankt wurden und zum Theil in den Dienſt des Königs Matthias traten.

Der Kaiſer aber ſtand nun wieder allein rath- und hilflos in ſeiner Prager Burg. Sein ſo wie ſo ſchon äußerſt feindſeliges Verhältniß zu den Ständen war dadurch noch unhaltbarer geworden, daß es den letzteren gelungen war, einen Convoi Ramés und mit ihm den Vertrauten des Erzherzogs Leopold, Tennagel, abzufangen, der dann in mehreren mit ihm angeſtellten Verhören (5. und 7. März) Alles, was er über Entſtehung und Verlauf des Paſſauer Unternehmens wußte, ausſagen mußte, ſo daß alle den Kaiſer in hohem Maße compromittirenden Thatſachen den Ständen bekannt wurden, die dadurch nur in dem Entſchluſſe, der Herrſchaft Rudolfs ein Ende zu machen, beſtärkt werden konnten. Dazu kam nun, daß eben jetzt Matthias ſich mit ſeinem wohlgerüſteten Heere auf den Weg machte, um mit ſeinem kaiſerlichen Bruder Abrechnung über deſſen flagranten Friedensbruch zu halten. Es war kein Zweifel, daß dieſe Abrechnung nur mit dem Sturze Rudolfs enden konnte.

Schon am 10. März, alſo unmittelbar vor dem Abzuge der Paſſauer Truppen, hatten die böhmiſchen Stände eine Einladung an Matthias ergehen laſſen, in Böhmen zu erſcheinen. Daß man dabei an ſeine Erhebung zum Könige dachte, war von vornherein nicht zweifelhaft. Noch bevor Matthias ſelbſt erſchien, hatte er den Böhmen ein Hilfscorps von fünfzehnhundert Mann zu Fuß, tauſend Reitern und ſechs Kanonen unter Herberſteins Führung geſandt. Nach deren Eintreffen verlangten die Stände vom Kaiſer die Uebergabe der Burg. Bei dieſer Gelegenheit mußte Rudolf

die heftigsten Vorwürfe über sein Verhalten von Seiten des Grafen Thurn über sich ergehen lassen. Hilflos, wie er jetzt war, mußte er die Besetzung der Burg durch dreihundert Böhmen und hundertundfünfzig Mähren zugeben. Er wurde mehr und mehr als Gefangener in seinem eigenen Schlosse behandelt.

Inzwischen war Matthias selbst am 8. März von Wien aufgebrochen. Er durfte sich seiner Sache jetzt für ziemlich sicher halten. Hatte er doch bald nach dem Passauer Einfall von Spanien 200 000 Dukaten und damit das Anerkenntniß, daß er mit einem etwaigen Vorgehen gegen Rudolf im Rechte sei, erhalten. Auch die Union, die von den Passauer Werbungen Gefahr für Jülich befürchtet hatte, stand jetzt mehr oder weniger ausgesprochen auf seiner Seite. Als er bis Iglau vorgerückt war, traf er als Gesandten derselben den Obersten Schönberg an, der mit ihm eine nähere Verbindung anknüpfen sollte. Am 17. März hat er dann, bevor er die böhmische Grenze überschritt, einen feierlichen Revers ausgestellt, durch den er sich verpflichtete, daß er die böhmischen Stände „bei ihren Freiheiten und Rechten wollte verbleiben lassen".

Rudolf blieb jetzt nichts Anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiele zu machen und zu versuchen zu retten, was noch zu retten war. Nachdem er vergeblich von Kurmainz und Sachsen Hilfe erbeten hatte, verstand er sich dazu, Matthias eröffnen zu lassen, „daß dessen Reise nach Böhmen ihm nicht zuwider sei". Er schickte den so oft von ihm mißbrauchten Unterhändler, den Herzog von Braunschweig, und den Grafen von Zollern als Bevollmächtigte an Matthias und bewog auch den spanischen Gesandten Zuñiga, noch einmal eine Vermittelung zu versuchen. Alle drei trafen Matthias noch in Iglau. Allein Zuñiga erkannte von vornherein mit voller Deutlichkeit, daß ein wirklicher Ausgleich nicht mehr möglich sei, und beschränkte sich darauf, dahin zu wirken, daß die unvermeidliche Absetzung Rudolfs in möglichst glimpflichen Formen vor sich gehe. Am 24. März zog Matthias, von der Bevölkerung glänzend und mit hellem Jubel empfangen, in Prag ein. In der Form benahm er sich dann in der That dem Kaiser gegenüber höflich und zuvorkommend; sie tauschten einige Begrüßungsgeschenke miteinander aus; sachlich aber ließ er so wenig wie die böhmischen Stände an ihren Endabsichten einen Zweifel. Im Verein mit den Kronbeamten, die auf Zuñigas Veranlassung keinerlei Widerstand versuchten, wurde an den Kaiser die Forderung gestellt, einen Generallandtag zu berufen, der dann auf Rudolf eine Pression zu seiner Abdankung ausüben sollte. Der Kaiser vermochte sich diesem Verlangen nicht zu widersetzen, sondern berief den Landtag auf den 11. April ein.

In der Zwischenzeit bis zum Zusammentritt desselben wurden dann die vertrauten Rathgeber des Kaisers und des Erzherzogs Leopold wiederholten Verhören unterworfen, um weiteres Material zum Erweise der Mitschuld des Kaisers an den Vorgängen der letzten Monate zu sammeln.

Jetzt riethen ſelbſt die Wenigen, die ihm in dieſer Kriſis noch treu geblieben waren, dem Kaiſer an, dem Landtage die Krönung ſeines Bruders ſelbſt vorzuſchlagen; ſie hofften dann noch zu erreichen, daß die Uebertragung der Regierung mit dieſer Krönung nicht verbunden zu werden brauche. Nach einigem Zögern ließ ſich Rudolf in der That bewegen, eine dahin gehende Landtags-Propoſition zu unterzeichnen. Aber mit dieſem Anerbieten war der am 12. April eröffnete Landtag nicht mehr zufrieden zu ſtellen. Die Stände hielten vielmehr die Abſetzung Rudolfs für ſelbſtverſtändlich und wollten nur noch über die Bedingungen, unter denen dieſelbe erfolgen ſollte, verhandeln. Am 14. April erklärte ſich der Kaiſer in der That bereit, unter folgenden Bedingungen die Regierung von Böhmen niederzulegen: Einmal ſollte ihm der Titel eines Königs von Böhmen verbleiben, ferner verlangte er eine jährliche Penſion, über deren Höhe dann lange hin und her verhandelt wurde; weiter forderte er, daß die Prager Burg ſeine Reſidenz bleibe, daß die Stände ſeine Schulden bezahlen ſollten, daß die Güter, die er in Böhmen angekauft hatte, in ſeinem Beſitze verblieben, daß die rückſtändigen Steuern von ihm eingezogen werden durften, daß ſeine gefangenen Diener freigegeben würden, ein Amneſtie-Decret erlaſſen und alle Unterſuchungen niedergeſchlagen würden. Endlich verlangte er noch, daß nichts geſchrieben oder gedruckt werden ſollte, was als Schimpf gegen ihn ausgelegt werden könnte.

Dieſe Forderungen in ihrer Geſammtheit zu bewilligen, waren die Stände keineswegs geneigt. Der Kaiſer aber that Alles, was in ſeinen Kräften ſtand, um die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Denn noch einmal glaubte er einen Hoffnungsſtern aufgehen zu ſehen und eine Möglichkeit zu erblicken, wie ſeine Abdankung vermieden werden könne.

Während der Verhandlungen trafen nämlich die ebenfalls zum General-Landtage geladenen Deputirten der Böhmen incorporirten Länder, Mähren, Schleſien und der beiden Lauſitzen, in Prag ein. Zwiſchen ihnen und den böhmiſchen Deputirten kam es aber alsbald zu nicht unerheblichen Streitigkeiten über die beiderſeitigen Rechte. In den incorporirten Ländern war nämlich, ähnlich wie heute im öſterreichiſchen Kaiſerſtaate, eine ſtarke autonome Bewegung vorhanden, welche möglichſte Lostrennung von Böhmen und möglichſte Beſchränkung der Privilegien erſtrebte, welche Böhmen vor den anderen Ländern voraus hatte. Namentlich behaupteten die Vertreter der anderen Länder, zur Theilnahme an der Königswahl berechtigt zu ſein. Dieſer Anſpruch aber wurde unter Berufung auf die früheren Königswahlen von den Böhmen aufs ſchroffſte zurückgewieſen. Rudolf hoffte aus dieſen Streitigkeiten Nutzen für ſeine verlorene Sache zu ziehen und verſuchte zu dieſem Zwecke, die Schleſier und Lauſitzer durch Verſprechungen für ſich zu gewinnen. Allein dieſe Hoffnung erwies ſich ſehr bald als trügeriſch. In der Mißſtimmung und Empörung über Rudolfs Regierungsweiſe waren vielmehr alle Länder ſo vollkommen einig, daß ſie den Streit unter einander neben

diesem gemeinsamen Interesse zunächst in den Hintergrund stellten. Die incorporirten Länder gaben nach und waren erbötig, zur Krönung von Matthias ihre Zustimmung zu geben. Sie begnügten sich, ihre Sonderrechte durch einen Protest zu wahren. Auf eine weitere Hinausschiebung der Krönung wollte man es nicht ankommen lassen. Da aber der Kaiser nach wie vor bestrebt war, die Verhandlungen über die Bedingungen seiner Abdankung möglichst in die Länge zu ziehen, so kam man endlich zu dem Entschlusse, die Krönung vorzunehmen, noch bevor jene Verhandlungen zum Abschluß gediehen waren. Am 13. Mai mußte sich der Kaiser endlich bereit erklären, die Krönung seines Bruders am Pfingstmontage (23. Mai) zu gestatten.

Da entstand noch in letzter Stunde eine Schwierigkeit nach der andern Seite hin. Es war nur natürlich, daß die Stände, durch die unter Rudolf gemachten Erfahrungen gewitzigt, sich nun auch Matthias gegenüber eine Deckung gegen ähnliche Uebergriffe verschaffen wollten. Sie stellten daher eine Reihe von Forderungen an ihn, die nicht nur eine Sicherstellung der bisherigen ständischen Privilegien, sondern eine wesentliche Erweiterung derselben zum Nachtheile der Krone in sich schlossen. Sie forderten nämlich einmal die Freiheit, ihrerseits beliebig Kreisversammlungen berufen zu dürfen, ferner die Vollmacht zur Anstellung von Truppenwerbungen ohne vorhergehende Erlaubniß des Königs, die Bestätigung des im Jahre 1609 mit den Schlesiern zu wechselseitiger Hilfe abgeschlossenen Bündnisses, endlich gar die vorläufige Zustimmung zu dem Bündnisse, welches sie mit Ungarn und Oesterreich zu schließen gedachten. Diese Forderungen, welche in der That eine fast unerträgliche Beschränkung der Prärogative der Krone enthielten, konnte und wollte Matthias nicht bewilligen; er wurde in seinem Widerstande dagegen durch seinen hauptsächlichsten Rathgeber Klesel bestärkt. Aber der Krönungstag stand unmittelbar bevor; ein Ausweg *mußte* gefunden werden. Unter dem Drucke dieser Lage verstand sich Matthias schließlich dazu, einen Revers auszustellen, in welchem er sich verpflichtete, nach vollzogener Krönung alle Rechte und Privilegien, deren wichtigste insbesondere angeführt wurden, zu bestätigen, außerdem aber dem Bündnisse mit Schlesien seine Zustimmung zu ertheilen. Die drei anderen Forderungen lehnte er ab, versprach aber, den nächsten Landtag darüber verhandeln zu lassen.

Nachdem dieser Revers am 22. Mai unterzeichnet war, fand am 23. die Krönung im Prager Dom mit großem Gepränge und unter ungeheurem Zulaufe des jubelnden Volkes statt. Kaiser Rudolf aber zog sich während des feierlichen Vorganges in die abgelegensten Theile seines Fasanengartens zurück, um das Jubelgeschrei des Volkes, welches die Erhebung seines verhaßten Bruders begleitete, nicht zu hören. Nicht ohne Genugthuung vernahm er, daß an dem auf die feierliche Krönung folgenden Prunkmahle die Gesandten der Kurfürsten von Sachsen und Mainz nicht theilgenommen hatten. Er meinte darin eine Mißbilligung des Geschehenen zu erkennen. Ueberhaupt war er keineswegs geneigt, auf jede Hoffnung der Wiederwinnung des Ver-

Digitized by Google

lorenen zu verzichten. Er betonte, daß er die Erlaubniß zur Krönung nicht bedingungslos ertheilt hätte, ſondern nur für den Fall, daß ſeine Forderungen eine angemeſſene Berückſichtigung fänden. Jetzt, nach der Krönung, mußten die Verhandlungen hierüber wieder aufgenommen werden. Er gedachte ſie wieder in die Länge zu ziehen und dann jede ſich etwa bietende Gelegenheit zu benutzen, um das Geſchehene wieder rückgängig zu machen. Um dies zu erreichen, verfiel er auf die abenteuerlichſten Auswege. Er wandte ſich zunächſt an den Kurfürſten von Sachſen und ließ ihm eröffnen, daß er ſeine Reſidenz in einer Reichsſtadt aufſchlagen wolle; der Kurfürſt möge ihm hierbei das Geleite geben. Wiederholt hat er während der weiteren Verhandlungen mit ſeinem Bruder gedroht, er wolle einen Reichstag nach Regensburg berufen und ſich perſönlich dorthin begeben, um ſich mit den Reichsſtänden zu vereinbaren. Demgegenüber und bei der unerſchütterlichen Paſſivität, welche Rudolf, der jetzt thatſächlich nichts mehr zu verlieren hatte, bei den Verhandlungen an den Tag legte, gerieth Matthias wirklich in große Verlegenheit. Faſt vier Wochen waren ſeit der Krönung verfloſſen, und noch war man einander kaum einen Schritt näher gekommen. Am 16. Juni beſchloß dann Matthias in einer Berathung mit Kleſel, den Oeſterreichern, Mähren und den vornehmſten böhmiſchen Ständen, eine Deputation an Rudolf zu ſchicken und um raſche Wiederaufnahme der Verhandlungen, ſowie um ſeine Belehnung mit der Krone Böhmen zu bitten. Trotzdem verſuchte Rudolf die Verhandlungen weiter in die Länge zu ziehen, bis ſich Matthias endlich zu förmlichen Drohungen entſchließen mußte. Darauf kamen die Verhandlungen wieder in Fluß, aber Monate vergingen noch, ehe ſie zu einem endgiltigen Abſchluß gediehen.

In dieſen Monaten der Unentſchiedenheit aber machte der Kaiſer noch immer die verzweifeltſten Anſtrengungen, Hilfe gegen ſeinen Bruder zu erlangen. Er iſt jetzt in ſehr ernſtliche Verhandlungen mit der Union eingetreten und hat unzweifelhaft die Abſicht gehabt, ſich ihr völlig in die Arme zu werfen und durch eine grundſätzliche Aenderung ſeiner Reichspolitik die Unterſtützung der Proteſtanten zu gewinnen, ja er hat ſich zeitweiſe mit dem Gedanken getragen, ſelbſt zum Proteſtantismus überzutreten.

Allein auch dieſe radicalen Pläne blieben ohne Erfolg. Die Union wäre ja gewiß an ſich ſehr geneigt geweſen, auf eine derartige enge Verbindung mit dem Reichsoberhaupte einzugehen, und bis zu einer gewiſſen Grenze iſt es in der That gelungen, eine Verſtändigung anzubahnen. Eine Zeit lang hat einer der proteſtantiſchen Unionsfürſten, der Markgraf von Ansbach, eine entſcheidende Rolle am kaiſerlichen Hofe geſpielt. Aber zu oft hatte man doch die Unzuverläſſigkeit Rudolfs erfahren, als daß man ſich ganz mit ſeinen Beſtrebungen hätte identificiren und in offenen Gegenſatz zu Matthias treten wollen. Im Gegentheil ſuchte auch der letztere in ein leidliches Verhältniß zur Union zu kommen. Auf einer Unionsverſammlung zu Rotenburg, die eben in den Tagen, da ſich die Verhandlungen zwiſchen Rudolf und Matthias

ihrem Abſchluſſe näherten, ſtattfand, erſchienen ſowohl Geſandte des Kaiſers als auch ſolche des Königs Matthias. Das Haupt der letzteren, Gundacker von Polheim bat geradezu um Unterſtützung durch die Union, falls ein Vertrag mit Rudolf nicht zu Stande kommen ſollte. Seinen Zug nach Böhmen ließ Matthias nicht ohne Berechtigung ſo darſtellen, daß er den böhmiſchen Ständen auf deren Bitte gegen die Paſſauer zu Hilfe gekommen ſei: er ließ, hierin wohl weniger der Wahrheit gemäß, hinzufügen, daß ſeine Krönung zum Könige von Böhmen urſprünglich von ihm gar nicht beabſichtigt geweſen ſei, ſondern auf einer Vereinbarung des Kaiſers mit ſeinen Ständen beruht habe. Die Unirten äußerten ſich naturgemäß ſehr zurückhaltend und drückten vor Allem den Wunſch aus, der König möge in den weiteren Verhandlungen mit dem Kaiſer ſich allen Reſpects befleißigen und dafür ſorgen, daß Rudolf in Prag bleibe. Dann werde er wohl der erbetenen Beihilfe von Kriegsvolk nicht bedürfen.

Ebenſo wenig kam es auf dieſem Unionstage zu einer weitergehenden Annäherung zwiſchen der Union und dem Kaiſer, weungleich nach verſchiedenen Richtungen dahin gehende Fäden angeknüpft wurden. Wir kommen darauf ſpäter noch zurück.

Faſt gleichzeitig mit dieſen Verhandlungen kam dann doch der Ausgleich zwiſchen Rudolf und Matthias endlich am 11. Auguſt 1611 zu Stande. Danach wurde dem Kaiſer das Schloß zu Prag auch ferner als Reſidenz angewieſen, doch ſollte dem Könige die Benutzung der ſogenannten erzherzoglichen Zimmer freigeſtellt bleiben. Der Schloßhauptmann und die gewöhnliche Thorwache ſollte für den Kaiſer und den König in Eid und Pflicht genommen werden. Die Jurisdiction des Hofmarſchalls über alle zum kaiſerlichen Hofe gehörigen Perſonen einſchließlich der Geſandten ſollte nicht geſchmälert werden. Die Regierung Böhmens führt Matthias im eigenen Namen, doch verpflichtet er ſich vom nächſten Landtage zu fordern, daß die Regierungsakte in des Kaiſers Namen erlaſſen werden. Der Kaiſer erhält von Matthias jährlich 300 000 Gulden und den Mitgenuß von vier Gütern, darunter Pardubitz, und das Teſtirungsrecht über 200 000 Gulden. Dagegen verſpricht Rudolf, Matthias mit der Krone Böhmen zu belehnen und ihn den Kurfürſten bei dem bevorſtehenden Kurfürſtentage zu empfehlen.

Damit waren dem Kaiſer eine Anzahl von Ehrenrechten reſervirt, die Regierung Böhmens aber thatſächlich auf ſeinen Bruder übergegangen. Die böhmiſchen Proteſtanten trugen ſich mit der Hoffnung, daß damit eine grundſätzliche Aenderung in der Beſetzung der Kronämter zu ihren Gunſten verbunden ſein werde. Aber es zeigte ſich ſehr bald, daß Matthias, der jetzt noch mehr als früher ausſchließlich von ſeinem ſtreng katholiſchen Rathgeber Kleſel geleitet wurde, eine tiefgreifende Aenderung in dieſer Richtung nicht beabſichtigte. Zwar erhielt Graf Thurn, der vornehmſte Führer der ſtändiſchen Oppoſition, das Burggrafenamt von Karlſtein, welches bisher der katholiſche Eiferer Slawata inne gehabt hatte. Aber nicht einmal die gänzliche Ent-

ſernung des Letzteren aus den Aemtern wurde durchgeſetzt; vielmehr wurde der bisherige Oberſthofrichter veranlaßt, ſein Amt niederzulegen, und dieſes Amt wurde dann Slawata verliehen. Sonſt blieb Alles beim Alten.

Rudolf aber war nach wie vor keineswegs geneigt, ſich mit der ihm belaſſenen Ehrenſtellung in Böhmen und mit der deutſchen Kaiſerwürde zu begnügen. Er hoffte noch immer, die letztere benutzen zu können, um in ſeinen Erblanden die verlorene Macht wieder zu erringen. Seine vornehmſte Hoffnung hatte er in Bezug hierauf auf den Kurfürſtentag geſetzt, der ſich im October in Nürnberg verſammeln ſollte. Aber auch hier blieb ihm eine grauſame Enttäuſchung nicht erſpart.

Der Kaiſer ſtrebte naturgemäß danach, ſeine erſchütterte Stellung dadurch wieder neu zu ſtärken, daß er die Reichsgewalten von der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung ſeiner Machtſtellung überzeugte. Eben hierfür ſchien ihm der anfangs nach Mühlhauſen, ſpäter nach Nürnberg berufene Kurfürſtentag die geeignete Gelegenheit. Zweierlei wollte er dort vor Allem erreichen: einmal nämlich ſollte verhindert werden, daß die Kurfürſten etwa daran gingen, ihm einen Nachfolger im Reiche zu beſtellen, dann aber ſollte, wenn irgend möglich, eine Abänderung ſeines Vertrages mit Matthias durchgeſetzt werden. Außerdem hegte der Kaiſer auch noch die Hoffnung, ſich wieder eine wirkſamere Stellung in der Reichsverfaſſung zu verſchaffen. Zu dieſem Zwecke wollte er, wenn möglich, durch Abſtellung der Beſchwerden der Proteſtanten die Organe der Juſtiz wieder neu kräftigen und beleben; ferner gedachte er, zur Erhaltung der kaiſerlichen Regierung eine Reichsſteuer vorzuſchlagen, endlich aber, um perſönlich in die Reichsgeſchäfte eingreifen zu können, zugleich aber der ihm jetzt verhaßten Prager Umgebung zu entrinnen, ſeine Reſidenz in eine Reichsſtadt zu verlegen. Ohne Frage eine Reihe an ſich vernünftiger und ausſichtsreicher Gedanken. Wenn es nur nicht gar zu klar zu Tage gelegen hätte, daß ſie ihm nur durch ſeine verzweifelte Lage eingegeben und alſo Ausgeburten einer augenblicklichen Laune waren; wenn man nur nicht gar zu gut gewußt hätte, daß dieſe Gedanken, wenn ſie überhaupt ernſt gemeint waren, ſich doch nie in entſprechende Thaten umſetzen würden! Wurde durch dieſe Erwägungen das Mißtrauen der Proteſtanten nach wie vor lebendig erhalten, ſo verdarb es Rudolf durch einen Theil dieſer Vorſchläge von vornherein mit den Katholiken, zumal dieſe Reformgedanken, ſoweit ſie überhaupt ernſt zu nehmen ſind, unzweifelhaft auf Anregung von proteſtantiſcher Seite im Geiſte des Kaiſers entſtanden ſind. Denn die Verſuche Rudolfs, in enge Verbindung mit der proteſtantiſchen Union zu treten, konnten auch den Katholiken nicht verborgen bleiben, zumal der Kaiſer nichts dazu that, ſie geheim zu halten, im Gegentheil den Markgrafen von Ansbach immer offenkundiger zum vertrauten Rathgeber ſeiner Politik machte.

Eben jetzt hatte er ihn eingeladen, wieder nach Prag zu kommen, wo er am 15. October erschien. Jeder Zweifel an seiner Hinneigung zu der Union, deren Mitglied der Markgraf war, mußte schwinden, als Rudolf denselben der Gesandtschaft beigesellte, welche er zum Nürnberger Kurfürstentage entsandte. Ohne Frage war auch dies eine große Unvorsichtigkeit, die gerade in diesem Momente und an dieser Stelle sicher nicht dazu beitragen konnte, Rudolfs Stellung zu heben. Denn eine offene Hinneigung zur Union mußte nicht nur den katholischen geistlichen Kurfürsten höchst bedenklich und gefährlich erscheinen, sie war sicher auch dem einen der weltlichen Kurfürsten, dem von Kursachsen, welcher sich stets von der in der Union vereinigten protestantischen Actionspartei ferngehalten hatte, keineswegs erwünscht.

Weit geschickter wurde die Sache des Königs Matthias auf dem Kurfürstentage durch dessen Gesandten Klesel vertreten, der es vortrefflich verstand, bei keiner der beiden Parteien Anstoß zu erregen. Einmal war er schon dadurch im Vortheil, daß er nicht eine Abänderung, sondern gerade die Bestätigung der mit Rudolf geschlossenen Verträge verlangte; dazu waren aber natürlich die Kurfürsten weit mehr geneigt, als zu einer Wiederaufnahme der soeben nach vielen Mühen abgeschlossenen Unterhandlungen. Außerdem aber suchte Klesel, ohne wie Rudolf eine directe Verbindung mit der Union anzustreben, doch in ein leidliches Verhältniß zu derselben zu kommen, soweit es geschehen konnte, ohne die Katholiken vor den Kopf zu stoßen. Ganz consequent strebte er eine zwischen den Parteien vermittelnde Stellung an, zu welcher schon der Gesandte des Königs Matthias auf dem Rothenburger Unionstage, Gundacker von Polheim, die Grundlage geebnet hatte. Dort war zuerst jener Gedanke der „Composition", eines wirklichen und dauernden Ausgleichs zwischen den beiden Religionsparteien, zur Sprache gekommen. Namentlich war es dort der Herzog von Württemberg gewesen, welcher ihn mit Nachdruck ausgesprochen und auch bei einigen katholischen Fürsten, unter anderen, wie es scheint, bei Maximilian von Bayern, Verständniß dafür gefunden hatte. Diesen Gedanken hatte sich nun Matthias völlig angeeignet und wiederholt darüber mit Württemberg correspondirt. Auf diesem Grunde baute Klesel weiter. Vor Allem ging er darauf aus, jetzt schon die Kurfürsten für die Wahl Matthias' zum Nachfolger Rudolfs geneigt zu machen, und betonte daher vor Allem immer wieder aufs Neue die Nothwendigkeit der Königswahl. Dabei versäumte er nicht, den Protestanten gegenüber auf das erfolgreiche Streben des Königs, mit den protestantischen Ständen der Erbländer durch Concessionen in ein gutes Verhältniß zu kommen, hinzuweisen, den Katholiken gegenüber aber die persönliche streng katholische Haltung des Königs zu betonen und nachzuweisen, daß die Concessionen, die er den Protestanten in seinen Erbländern gemacht habe, durch den Drang der Umstände gerechtfertigt gewesen seien. Indem Klesel so versuchte, es mit keiner der beiden Parteien zu verderben, erreichte er für seinen Herrn Alles, was nach Lage der Dinge zu erreichen war.

Ein Erfolg war es zunächſt ſchon, daß Matthias' Mitgliedſchaft im Kurfürſtencollegium anerkannt wurde; denn damit war zugleich in der Hauptſache der Vertrag zwiſchen Rudolf und Matthias, auf welchem des Letzteren böhmiſche Königswürde beruhte, anerkannt. In der That wurde ausdrücklich beſchloſſen, an jenem Vertrage keine Aenderung vorzunehmen. Damit war der dahin gehende Antrag Rudolfs beſeitigt. Aber auch in der Nachfolgefrage wurde auf den Vorſchlag Rudolfs, dieſelbe bis nach dem nächſten Reichstage zu vertagen, keine Rückſicht genommen, ſondern beſchloſſen, durch eine Geſandtſchaft ſeine Zuſtimmung zur Vornahme der Wahl einzuholen. Und als dieſe nicht erfolgte, wurde gleichwohl der Wahltag auf den 21. Mai 1612 nach Frankfurt ausgeſchrieben. Es iſt nicht wunderbar, daß der Kaiſer über dieſen Beſchluß in hohem Maße aufgebracht war. Dergleichen dürfe „billig nur mit ſeiner Approbation geſchehen, auch müſſe er die Perſon aus ſeinem Hauſe andeuten", ſo ſchrieb er darüber an den neuen Kurfürſten von Sachſen, Johann Georg — Chriſtian II. war am 3. Juli 1611 geſtorben —, und zu ſeinem Kämmerer Proskowsky äußerte er: „Diejenigen, die mir in meinem Ungemach nicht mit einem Roß zu Hilfe gekommen ſind, haben mir gleich einem Todten eine Leichenpredigt gehalten, gleichſam als ob ſie mit dem Herrn zu Rathe ſäßen und wüßten, daß ich in dieſem Jahre ſterben werde." Aber alle Einreden und Proteſte konnten an dem einmal gefaßten Beſchluſſe nichts ändern. Dagegen gelang es Kleſel in dieſem Augenblicke doch noch nicht, auch eine Einigung darüber, daß Matthias als Nachfolger zu erwählen ſei, herbeizuführen, ſo ſehr er auch in ſeinen darauf gerichteten Beſtrebungen durch den ſpaniſchen Geſandten Zuñiga unterſtützt wurde. Von der Candidatur Leopolds zwar, auf welche ſich, wie wir ſahen, vor dem Paſſauer Einfalle die geiſtlichen Kurfürſten im Einverſtändniß mit Rudolf geeinigt hatten, war jetzt nach dem abenteuerlichen und leichtfertigen Verhalten deſſelben nicht mehr die Rede; dagegen glaubte namentlich Kurmainz an der früher von Spanien unterſtützten Candidatur des Erzherzogs Albrecht feſthalten zu müſſen; nur Kurſachſen trat eifrig für Matthias ein und verhandelte auch mit den geiſtlichen Kurfürſten, um ſie für deſſen Wahl zu gewinnen. Doch kam es zu einer Einigung über die Perſon des zu Wählenden auf dem Nürnberger Kurfürſtentage noch nicht.

Wohl aber war es für Matthias von großem Werthe, daß ein im December in Wien abgehaltener Habsburger Familientag, auf welchem auch Erzherzog Albrecht durch einen Geſandten vertreten war, für ihn eintrat, zumal auch Zuñiga im Namen Philipps III. den Uebrigen zuſtimmte.

Rudolf aber hatte auch auf dem Kurfürſtentage nur Enttäuſchungen erlebt. Noch ernſtlicher als früher faßte er daher jetzt den Beſchluß, ſich völlig der Union in die Arme zu werfen. Seine alten Räthe, auch Hanewald und Hegenmüller, verloren jeden Einfluß und hielten ſich vom Hofe fern, dagegen erlangten der Oberſt Günderode, diplomatiſcher Agent Jacobs I. in Prag, außerdem aber wieder eine Reihe völlig untergeordneter Perſonen, wie der

Johann Georg, Kurfürſt von Sachſen.
Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Willem de Paſſe (geb. 1590).

Secretair Härttel, die Kammerdiener Rusky und Haſtal u. a. eine dominirende Stellung an ſeinem Hofe. Der Herzog Heinrich Julius von Braunſchweig, der formell in den Sitzungen des Geheimen Rathes den Vorſitz führte, ſtand den abenteuerlichen Plänen des Kaiſers fern, blieb aber auch ohne jeden

Einfluß. Dagegen schenkte Rudolf ein völlig unbeschränktes Vertrauen dem Markgrafen Joachim Ernst von Ansbach, der auf seine Einladung in den ersten Tagen des Jahres 1612 sich wieder in Prag eingefunden hatte. Mit ihm hat der Kaiser sehr eingehende Berathungen gepflogen, bei denen namentlich sein Herzenswunsch, wieder in den Besitz seiner Erbländer zu gelangen, eine große Rolle spielte: hierfür sollte ihm der Markgraf die Hilfe der Union verschaffen. Ja selbst eine Vermählung des alten Kaisers mit der Wittwe des Kurfürsten von der Pfalz, Louise Juliane, wurde ernstlich in Erwägung gezogen. Vor Allem aber wollte der Kaiser sich dem beengenden Einflusse Prags, wo er sich fortwährend beobachtet wußte, entziehen und seine Residenz in eine Reichsstadt verlegen. Er hat einen furchtbaren Fluch über Prag ausgesprochen, das ihm seine Größe verdanke und ihm nun mit crassem Undanke lohne. Die Vorbereitungen zu seiner Abreise waren getroffen, ein besonders construirter, mit einer Sänfte versehener Reisewagen für den Kaiser angeschafft. Von Tag zu Tage erwartete man in Prag seine Abreise. Da verfiel Rudolf in eine schwere Krankheit, die schließlich mit Wassersucht verbunden war und der er nach wenigen Tagen am 20. Januar 1612 erlag.

Noch einmal hatte er in seinen letzten Tagen eine hervorragende Stellung, wenn auch nicht erreicht, so doch in Gedanken angestrebt. Und wer will sagen, von welcher Bedeutung es hätte werden können, wenn wirklich einmal eine Verbindung der Reichsgewalt mit dem protestantischen Element, wie sie der Kaiser in seinen letzten Lebenstagen erwogen hat, zu Stande gekommen wäre? Trotz der Schwäche und innern Haltlosigkeit Rudolfs hätte dadurch doch noch vielleicht das Uebergewicht des Protestantismus begründet werden können. Auf der andern Seite aber wäre doch das Reich durch diese, von schwachen Händen unternommene grundsätzliche Aenderung der Richtung seiner Politik ganz unberechenbaren Wechselfällen ausgesetzt gewesen. Allen diesen Hoffnungen und Gefahren wurde durch seinen Tod ein jähes Ende bereitet. Die in den letzten Jahren schon so oft verhandelte Frage, wer nun an seiner Statt die Zügel der Reichsregierung in die Hand nehmen und an die durch die Wirren seiner letzten Regierungsjahre arg zerrütteten Zustände die bessernde Hand legen sollte, trat nun in den Vordergrund des allgemeinen Interesses.

Wir wiesen darauf hin, wie schon bei Lebzeiten Rudolfs, je klarer dessen zunehmende Regierungsunfähigkeit zu Tage trat, nicht bloß unter seinen Gegnern, sondern auch und ganz besonders unter den Mitgliedern seines Hauses wiederholt daran gedacht worden war, ihm einen Nachfolger zu geben, der dann zugleich sein Stellvertreter geworden wäre. Anfangs war die

ſpaniſche Linie des Hauſes Habsburg für den Statthalter der Niederlande, Erzherzog Albrecht, eingetreten, während die entſchieden katholiſch geſinnten Fürſten Deutſchlands Neigung gezeigt hatten, den Erzherzog Ferdinand von Steiermark, der als energiſcher katholiſcher Eiferer von den Reſtaurationsverſuchen in ſeinen Erblanden her bekannt war, auf den deutſchen Kaiſerthron zu erheben. Als aber die durch die verkehrte Politik Rudolfs herbeigeführten Stürme in Oeſterreich, Ungarn und Mähren die Erzherzöge der verſchiedenen deutſchen Linien des Hauſes Habsburg zu gemeinſamem Auftreten veranlaßt hatten, war Matthias, dem die Beſänftigung der empörten Erbländer im Gegenſatz zu ſeinem Bruder gelungen war, immer mehr und mehr in den Vordergrund getreten und in den Familienverträgen von 1605 und 1606 officiell als Haupt des Hauſes und gewieſener Nachfolger Rudolfs erklärt worden. Schließlich war auch Spanien durch die Bemühungen Zuñigas dieſer Candidatur beigetreten, obwohl es eine Zeit lang nicht nur die Erhebung Albrechts befürwortet, ſondern auch daran gedacht hatte, für Philipp III. ſelbſt, deſſen Mutter eine Tochter Kaiſer Maximilians II. war, die deutſche Kaiſerwürde zu gewinnen.

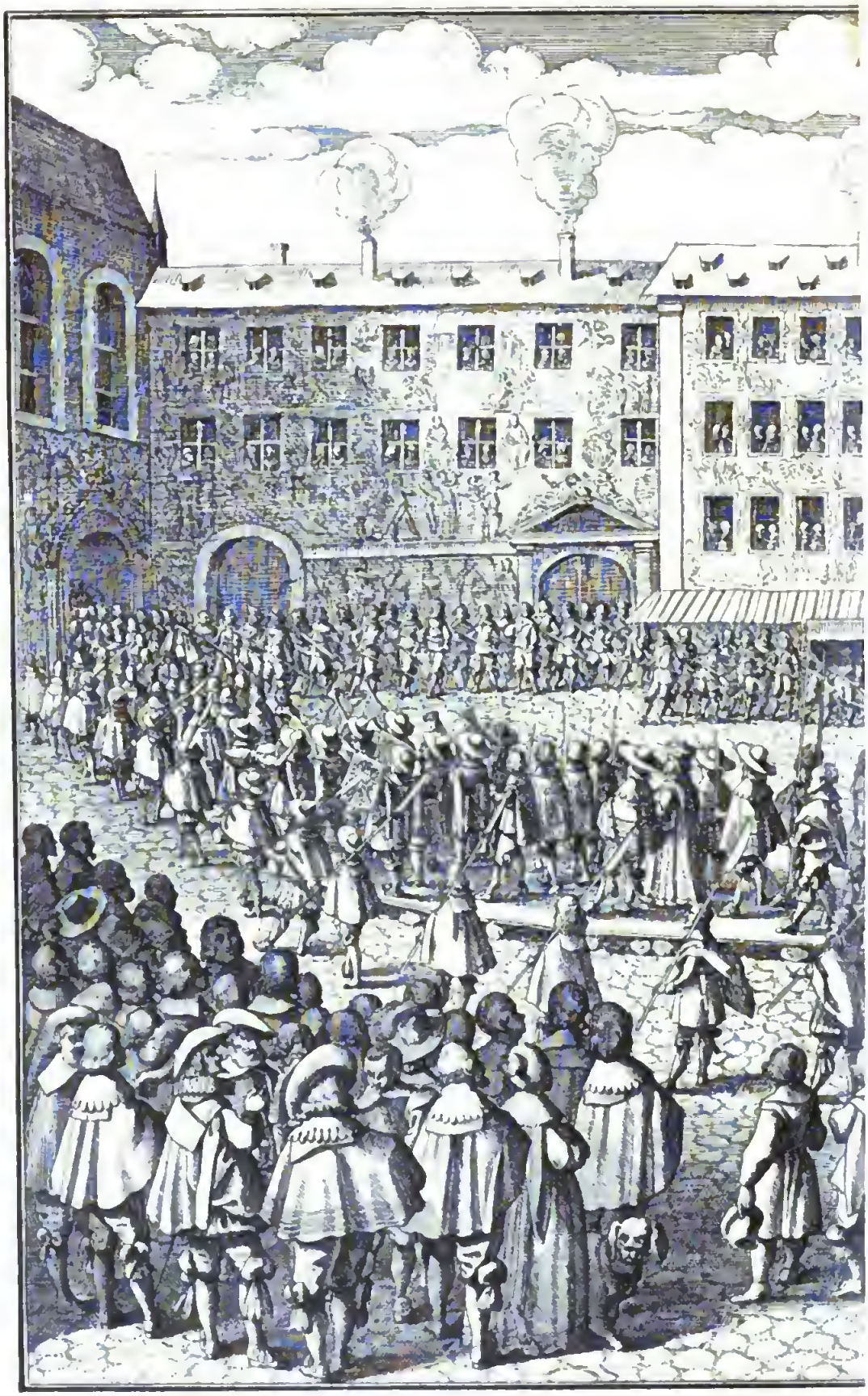
Während aber die Mitglieder des Kaiſerhauſes ſich ſchließlich auf Matthias als Candidaten geeinigt hatten und noch kurz vor dem Tode Rudolfs auf dieſen Beſchluß zurückgekommen waren, traten unter den Kurfürſten ſelbſt doch auch noch verſchiedene andere Möglichkeiten in den Vordergrund. Wir ſahen, daß die geiſtlichen Kurfürſten eine Zeit lang ſehr ernſtlich an die Erhebung Leopolds gedacht, ja ſogar eine dahin gehende ſchriftliche Vereinbarung getroffen hatten. Allein daß von dieſer Candidatur jetzt nicht mehr ernſtlich die Rede ſein konnte, hatte ſich ſchon auf dem Kurfürſtentage zu Nürnberg deutlich gezeigt. Statt deſſen kam jetzt namentlich Kurmainz wieder auf die Candidatur des Erzherzogs Albrecht zurück, wiewohl dieſer ſelbſt zu Matthias' Gunſten verzichtete. Aber gerade gegen dieſen waren die Katholiken wegen der Conceſſionen, die er den Proteſtanten in den Erblanden gemacht hatte, ſehr mißtrauiſch. Zudem billigten ſie keineswegs ſein Vorgehen gegen ſeinen kaiſerlichen Bruder. Sie hielten daher zunächſt noch an Albrecht feſt.

Von anderer Seite aber, namentlich von der der Proteſtanten, wurde doch auch ſehr ernſtlich daran gedacht, überhaupt von dem Hauſe Habsburg bei der Neuwahl abzuſehen. Eine Zeit lang dachte man an den Herzog von Bayern, der aber jede dahin gehende Andeutung entſchieden ablehnte. Die Wahl eines Proteſtanten aber würde aller Wahrſcheinlichkeit nach auf unüberwindliche Schwierigkeiten geſtoßen ſein. In den Verhandlungen mit Frankreich über die Begründung der Union war man dann auf den Gedanken gekommen, den alternden und kinderloſen Erzherzog Maximilian für die Nachfolge zu beſtimmen. Aber auch dieſe Candidatur war als ausſichtslos fallen gelaſſen worden. Ernſthaft konnten ſchließlich nur Matthias und Albrecht in Frage kommen. Von dieſen beiden aber war der erſtere in Folge der ver-

mittelnden und verſöhnlichen Haltung, die er in den Erblanden beobachtet hatte, den Proteſtanten weit genehmer. Daher war auch der erſte Kurfürſt, den Kleſel für die Wahl des Königs Matthias endgiltig gewann, ein proteſtantiſcher: der von Sachſen. Und als es Matthias durch Kleſels Bemühungen auf dem Kurfürſtentage zu Nürnberg auch gelungen war, mit der Union in ein erträgliches Verhältniß zu kommen, ſo war auch dieſe geneigt, ſeine Wahl zu unterſtützen. In der That iſt der Markgraf von Ansbach im Frühjahr 1612 im Reiche herumgereiſt, um für die Wahl des Königs Matthias zu wirken. Am 25. März finden wir ihn am kurpfälziſchen Hofe; dann begab ſich der Adminiſtrator der Kurpfalz, Johann von Zweibrücken, der für den unmündigen Kurfürſten Friedrich V. die Regierung führte, mit Chriſtian von Anhalt nach Mainz.

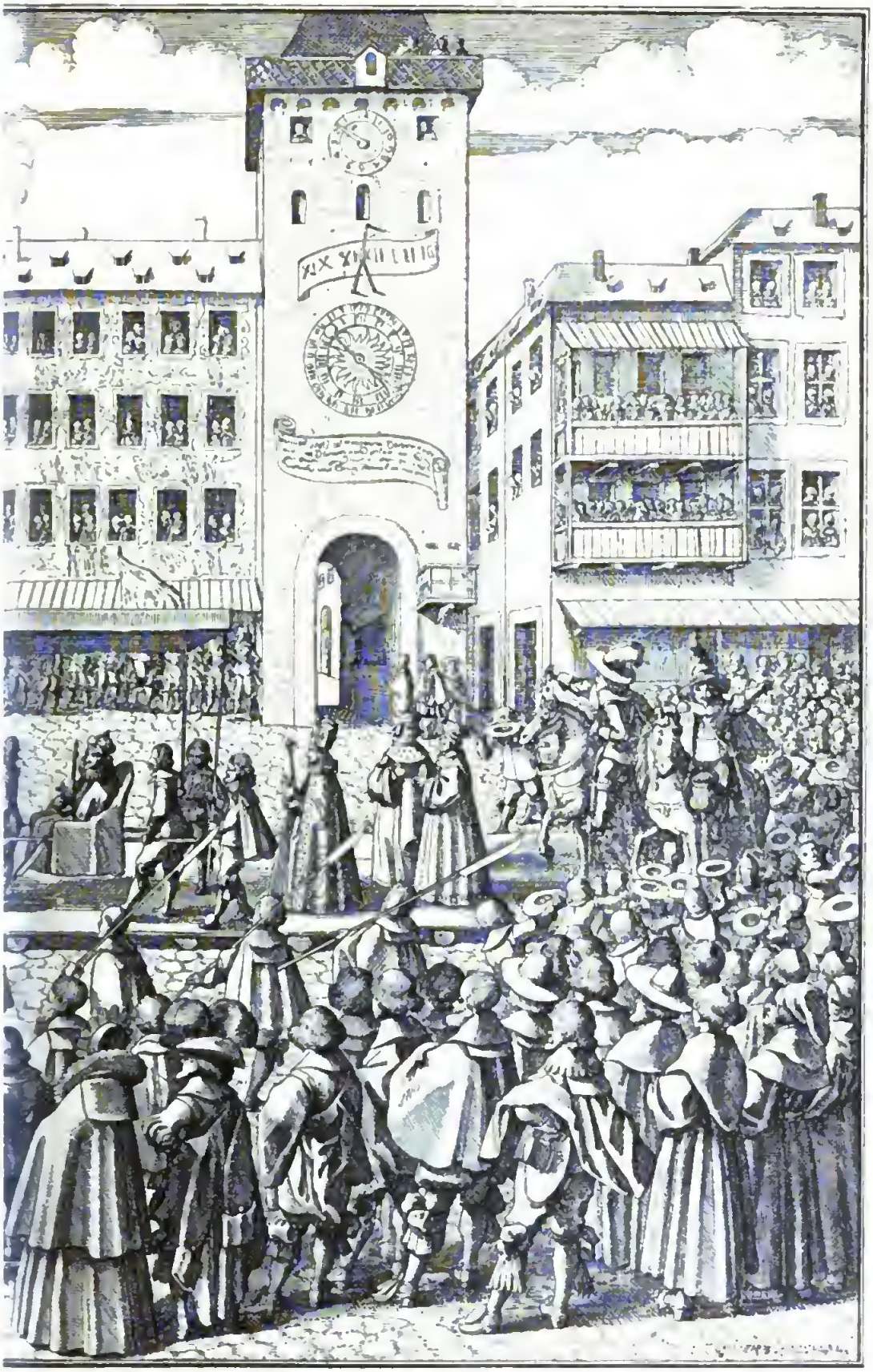
Als daher im Mai 1612 der Wahltag in Frankfurt zuſammentrat, waren die weltlichen Kurfürſten im Weſentlichen zur Wahl Matthias' entſchloſſen; ja ſie ließen es ſich angelegen ſein, auch die geiſtlichen, die noch immer an Albrecht feſthalten wollten, zu gewinnen. Sie wurden dabei durch den ſpaniſchen Geſandten, vor Allem aber durch Kleſel eifrig unterſtützt, der den noch immer mißtrauiſchen geiſtlichen Kurfürſten durch eine ausführliche Darlegung klarzumachen ſuchte, daß durch die Conceſſionen, die Matthias unter dem Drange der Umſtände den Proteſtanten in ſeinen Erblanden gemacht habe, doch ſeine katholiſche Geſinnung und Ueberzeugung nicht berührt worden ſei.

Während man ſich aber in dieſer Frage der Perſon des zu Erwählenden ſehr bald näher kam, gerieth man bei der Berathung der Bedingungen, die dem zu Erwählenden in einer Wahlcapitulation zu ſtellen ſeien, in ſehr ernſtliche Differenzen, in denen eine Einigung lange Zeit unmöglich erſchien. In einer Beziehung zwar waren weltliche wie geiſtliche Kurfürſten vollkommen einig: alle wünſchten eine Sicherſtellung des Reiches gegen die zahlreichen Uebergriffe der Behörden, wie ſie unter Rudolf vorgekommen waren. Man wollte dem zu wählenden Kaiſer eine beſſere Beſetzung des Reichshofraths und der Reichsregierung zur Pflicht machen. Daß die Reichshofrathsſtellen ſchlechter und unregelmäßiger beſoldet waren, als die Rathsſtellen bei Kurfürſten und Fürſten, hatte zu den größten Unzuträglichkeiten geführt. Beſtechungen waren an der Tagesordnung geweſen. Dieſen Mißſtänden, die ſich auch in der Reichsregierung fühlbar machten, energiſch abgeholfen zu ſehen, war der gemeinſame Wunſch aller Kurfürſten; aber über die Richtung, in der das geſchehen ſollte, ſowie über die Einzelheiten der aufzuſtellenden Forderungen gingen die Meinungen der beiden Religionsparteien, die im Kurfürſtencollegium in gleicher Anzahl vertreten waren, weit auseinander. Die weiteſtgehenden Forderungen ſtellte wie bisher immer Kurpfalz. Während Kurbrandenburg nur vorſchlug, daß die Reichshofrathsſtellen auch Evangeliſchen zugänglich gemacht und mit beſſeren Leuten, gelehrteren und unbeſtechlichen, beſetzt werden und daß alle zwei Jahre eine durch Kurmainz und einen weltlichen Kurfürſten



Krönungszug des Kaiſers Matthias zu Frankfurt a.

Digitized by Google



fl. 1612. Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.

vorzunehmende Visitation stattfinden solle, verlangte der Administrator der Kurpfalz eine ganz neue, vollkommen paritätische Verfassung des Reichshofraths und eine nähere Bestimmung seines Verhältnisses zum Reichskammergericht; ja es wurde sogar der Vorschlag laut, wie das Gericht, so auch die Reichsregierung ständisch zu organisiren, den Reichshofrath nicht durch den Kaiser allein, sondern unter Mitwirkung der Reichsstände besetzen und durch Zuschüsse derselben besolden zu lassen. Neben den Reichshofrath, der vorwiegend als juristische Behörde aufgefaßt wird, soll nach den pfälzischen Vorschlägen ein Geheimer Rath treten, in den eine Anzahl von den Kurfürsten präsentirter Räthe aus jeder der beiden Religionsparteien aufgenommen werden sollten. Darin lag ohne Zweifel ein Zurückgreifen auf jene Gedanken einer reichsständischen Organisation, die dereinst unter Maximilian I. durch Berthold von Henneberg verfochten worden waren. Erheblich weniger weit gingen die kursächsischen Vorschläge. Sie forderten vor Allem, im Hinblick auf die unerträglichen Zustände in den letzten Regierungsjahren Rudolfs, schleunige Audienz, unverzögerte Reichung der Lehen, Einholung des Raths der Kurfürsten, verbesserte, aber nicht von den Kurfürsten hergestellte Ordnung des Reichshofraths und geheimen Raths. Aber darauf bestand auch Kursachsen, daß die beiden Räthe aus Angehörigen beider Religionen mit wechselndem Präsidium besetzt werden sollten. Darin glaubten nun einmal die Protestanten die einzige Garantie für eine unparteiische Regierung und Justiz erblicken zu sollen. Wenn nun Kursachsen nur wenigstens auf diesen beschränkten Forderungen fest bestanden hätte! Ohne Frage hätten dann die geistlichen Kurfürsten nach einigem Sträuben darauf eingehen müssen. Allein wie schon so oft, so ging es auch diesmal. Im entscheidenden Augenblicke trennte sich Kursachsen von seinen Glaubensgenossen. Kurmainz hatte ein Gegengutachten gegen das kursächsische aufgestellt, welches in einigen Einzelheiten diesem möglichst angenähert war, in mehreren entscheidenden Fragen aber, so in Bezug auf die Parität der Besetzung des Reichshofraths und des Geheimen Raths und in der wichtigen Frage des Lehnsindults, eine mehr oder weniger schroffe Ablehnung der kursächsischen, geschweige denn der kurpfälzischen Forderungen in sich schloß. Von großer Bedeutung war da namentlich die Frage des Lehnsindults, deren Lösung zugleich die Entscheidung über die seit mehreren Jahrzehnten so heftig bestrittene Frage der Session der protestantischen Stifter in sich geschlossen hätte. Die Protestanten hatten nämlich gefordert, daß das vom Kaiser zu ertheilende Lehnsindult nicht auf die Kurfürsten und die weltlichen Stände beschränkt, sondern auch auf die Stifter ausgedehnt werden sollte. Wurde diese Forderung durchgesetzt, so konnte den protestantischen Bischöfen Sitz und Stimme für ihre Stifter am Reichstage nicht mehr versagt werden. Aber als sich nun die geistlichen Kurfürsten mit aller Entschiedenheit gegen diese Forderung aussprachen, war es wiederum Kursachsen, welches der katholischen Auffassung zum Siege verhalf, indem es sich von seinen Glaubensgenossen trennte. Es kam schließlich nur zu einem jener wenig besagenden unklaren Zusätze zu dem Mainzischen

Entwurfe, nach welchem der Kaiſer verſprechen ſollte, „männiglich“ ſchleunig und unparteiiſch Recht widerfahren zu laſſen. Die Capitulation, die ſo zu Stande kam und von Matthias nach ſeiner dann am 13. Juni 1612 einſtimmig erfolgenden Wahl beſchworen wurde, gewährte den Proteſtanten rechtlich nicht erheblich größere Garantieen wie die ſeiner Vorgänger. Es kam nun Alles darauf an, in wiefern Matthias ſelbſt perſönlich geneigt und im Stande ſein würde, die ſchroffen Gegenſätze der kirchlichen Parteien durch eine Politik des Ausgleichs mit einander zu verſöhnen.

Union und Liga und der Reichstag von 1613.

Nach Einer Richtung hin war ohne Frage durch den Thronwechsel eine Besserung der im Reiche herrschenden Zustände eingetreten: jenes unberechenbare Element in der Politik der Centralgewalt, jenes jähe und unvermittelte Umspringen von einem Extrem zum andern nach den Eingebungen augenblicklicher krankhafter Launen und Neigungen, welches durch die nahe bis zur Unzurechnungsfähigkeit gesteigerte geistige Krankheit Rudolfs herbeigeführt worden war, kam in Fortfall, damit aber auch die äußeren Folgen, welche damit verknüpft gewesen waren. Während Rudolf in Folge seiner krankhaften Disposition eine stets wachsende Menschenscheu an den Tag gelegt hatte, welche die Erledigung der einfachsten Regierungsgeschäfte nicht selten unmöglich gemacht hatte, zeigte sich der neue Herrscher oft und gern in der Oeffentlichkeit; er war leutselig und gesellig, beides Eigenschaften, die man an dem unglücklichen verstorbenen Kaiser schmerzlich vermißt hatte. Der äußere Gegensatz der Hofhaltungen war ein in die Augen fallender. Nach jener völligen Abgeschiedenheit, die zuweilen Zweifel aufkommen ließ, ob der Kaiser überhaupt noch lebe, herrschte jetzt munteres und buntes Leben am Hofe, der nach kurzer Zeit aus der düsteren Prager Burg nach der lebensfrischen Hauptstadt Oesterreichs verlegt wurde. Matthias liebte es, wenn er sich öffentlich zeigte, Glanz und Prunk zu entfalten, die er für nothwendige Attribute seiner kaiserlichen Würde hielt, von deren Ansehen und Bedeutung er eine sehr hohe Vorstellung hatte. Sie zu erhöhen und seinem Stammhause die Stellung innerhalb der deutschen Reichsverfassung wiederzugewinnen, die ihm durch die Schwäche und Kopflosigkeit seines verstorbenen Bruders verloren gegangen war, zeigte er sich eifrig bemüht. War es doch dieses Streben gewesen, welches ihn dereinst veranlaßt hatte, sich gegen seinen kaiserlichen Bruder aufzustellen. Der Erledigung der äußeren Regierungsgeschäfte widmete er sich mit unverkennbarem Eifer; man sah ihn oft und viel an seinem Schreibtische sitzen. Aber zu eigener, durchgreifender und energischer Thätigkeit im großen Stile fehlte es ihm doch an der erforderlichen Energie und Ausdauer. Um die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich ihm in Folge der religiös-kirchlichen und staatlichen Zersplitterung des Reiches entgegenstellten, zu überwinden, dazu gebrach es dem schon alternden Manne doch an der Fähigkeit des großen Entschlusses und an der erforderlichen Thatkraft. In den entscheidenden Fragen zeigte er sich stets von seiner Umgebung abhängig; weiter als bis zu schwäch-

lichen und im letzten Grunde doch vergeblichen Vermittelungsverſuchen zwiſchen den Gegenſätzen, die mit einander im Kampfe lagen, hat er es nie gebracht. Selbſt durchaus katholiſch geſinnt, ſah er den Zweck ſeiner vermittelnden Haltung ausſchließlich darin, durch eine, ſo weit es ſich mit ſeiner kirchlichen Geſinnung vertrug, nachgiebige Haltung gegenüber den Proteſtanten den Ausbruch eines offenen Krieges nach Möglichkeit zu verhüten. Indem er ſo weder eine entſchloſſene katholiſche Haltung beobachtete, wie das ſpäter Ferdinand II. gethan hat, noch auch den Entſchluß fand, wenigſtens den Forderungen der Proteſtanten gerecht zu werden, welche er als berechtigt anerkannte, iſt er ſchließlich dem Geſchick aller Derer verfallen, welche in großen Kriſen zwiſchen zwei unvereinbar ſchroff entgegengeſetzten Parteien ſich keiner von beiden ganz und voll anſchließen können und es daher mit beiden verderben. Aber verkennen darf man dabei doch auch nicht, daß es an ſich, ſo lange die kirchlich-religiöſen Geſichtspunkte die herrſchenden blieben und der Gedanke einer wirklich aufrichtigen Parität nicht zum Durchbruch kam, bei dem dermaligen Zuſtande der Reichsverfaſſung für einen katholiſchen Kaiſer in der That unermeßlich ſchwierig war, einen Ausweg aus dieſem Dilemma zu finden. Den einzigen wirklichen Ausweg, den es gab, konnte er als Katholik nicht wählen; dieſer konnte allein darin beſtehen, daß den Proteſtanten eine ihrer Zahl und Bedeutung entſprechende Repräſentation in den Verfaſſungsinſtituten des Reiches gewährt wurde, daß das Princip der grundſätzlichen, in rechtliche Formen gebrachten Majoriſirung der Majorität durch die Minorität der Bevölkerung aufgegeben wurde. Hätte er dies verſucht, ſo würde er den leidenſchaftlichſten Widerſtand bei ſeinen eigenen Glaubensgenoſſen erregt haben. Wir werden ſehen, welche Aufregung ſchon ein einziger Schritt in dieſer Richtung, den ſein vornehmſter Rathgeber Kleſel in Vorſchlag brachte, hervorrief. Wurde dieſer Ausweg, der allein zu einer dauernden Beruhigung der Proteſtanten hätte führen können, nicht gewählt, weil er nach Lage der Dinge undurchführbar war, ſo blieben eigentlich nur zwei andere Wege, die in verſchiedener Richtung für das Reich als Ganzes gleich verhängnißvoll waren: entweder mußte der Kaiſer offen und energiſch katholiſche Politik treiben und die Proteſtanten nach Kräften unterdrücken, wenn möglich vernichten; dieſer Weg konnte natürlich nur zu einem verheerenden Kriege führen und hat dazu geführt; oder er mußte die Dinge eben gehen laſſen, wie ſie gingen, die Einzelſtaaten und Parteien im Weſentlichen ſich ſelbſt überlaſſen, ſich auf Vermittelungsverſuche von Fall zu Fall beſchränken, d. h. im Weſentlichen die Reichsverfaſſung als ſolche der unrettbaren Selbſtauflöſung überlaſſen; das iſt der Gang, den die Dinge nach dem Ende des ſchrecklichen Krieges der dreißig Jahre genommen haben. Daß Matthias und ſein Rathgeber Kleſel doch noch einmal den Verſuch gemacht haben, dieſen beiden traurigen Eventualitäten zu entgehen und einen Mittelweg einzuſchlagen, muß ihnen, trotzdem der Verſuch geſcheitert iſt und ſcheitern mußte, als Verdienſt angerechnet werden.

Kaiſer Matthias.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1616, von Aegidius Sadeler (1575—1629).

In der That gab es einen ſolchen Mittelweg, aber er war in dem Deutſchen Reiche, wie es damals nun einmal geſtaltet war, ungangbar. In Frankreich iſt er von Heinrich IV. und ſpäter noch einmal von dem Cardinal Richelieu eingeſchlagen worden. Er hätte darin beſtanden, daß der Kaiſer ſich über die beiden entgegengeſetzten Parteien geſtellt und beide in gleicher Weiſe als ſeine Unterthanen betrachtet hätte, wie das im Weſentlichen im heutigen Deutſchen Reiche der Fall iſt. Im ſiebzehnten Jahrhundert aber war dieſer Mittelweg wohl für das ſtraff monarchiſche und ſtaatlich centraliſirte Frankreich, nicht aber für das Deutſche Reich gangbar, in dem der Kaiſer den Reichsfürſten beider Parteien eben nicht als Herr und König, ſondern als ein auf einige Ehrenrechte beſchränkter princeps inter pares gegenüberſtand. War die Durchführung jenes Grundſatzes, daß der Monarch über beiden Parteien ſeiner Unterthanen ſtehen müſſe, Matthias ſchon in den eigenen Erblanden nur nach vielen vergeblichen Verſuchen und auch dann nur auf das Nothdürftigſte gelungen, wie hätte er in dem ſo überaus complicirten Organismus des deutſchen Bundesſtaates, der allgemach immer mehr und mehr ein lockerer Staatenbund geworden war, gelingen ſollen? Aber von großer Merkwürdigkeit ſind und bleiben doch die Vorſchläge und Anregungen, die nach dieſer Richtung hin am kaiſerlichen Hofe gemacht worden ſind. Sie ſind, ſoweit ſie wirklich Gedanken von allgemeinerem Werthe und allgemeinerer Bedeutung enthalten, ſämmtlich von dem Director des Geheimen Raths, Melchior Kleſel, ausgegangen.

Der katholiſche Eiferer und „Generalreformator" von Oeſterreich, wie wir ihn früher geſchildert haben, war doch, ſeitdem er auch in die Leitung der weltlichen Geſchäfte eingetreten war, weit über ſeine frühere Stellung hinausgewachſen. Während er früher die kirchlich-hierarchiſchen Anſprüche als die höchſten angeſehen und auch dem katholiſchen Landesherrn gegenüber mit Nachdruck verfochten hatte, während er noch in Folge jener den öſterreichiſchen Proteſtanten von Matthias ertheilten „Reſolution" vom 19. März 1609 über ſeinen König die kirchliche Cenſur ausgeſprochen hatte, war ihm allmählich durch ſeine politiſche Thätigkeit doch die Erkenntniß von der ſtaatlichen Nothwendigkeit und den unentbehrlichen Vorrechten der weltlichen Fürſtenwürde aufgegangen. Er iſt hier und da den hierarchiſchen Anſprüchen gegenüber der weltlichen Gewalt nicht ohne Energie entgegengetreten. Je mehr er praktiſche Einſicht in die Wirklichkeit der ſtaatlichen Zuſtände gewann, um ſo mehr hörten ihm die kirchlichen Fragen auf, die allein maßgebenden zu ſein, um ſo mehr erkannte er, daß es daneben doch auch noch andere Momente gebe, welche das ſtaatliche Leben bedingen. Er ſah ein, daß, ſo wie die Dinge nun einmal lagen, bei dem thatſächlichen Vorherrſchen der proteſtantiſchen Neigungen ſelbſt in den habsburgiſchen Erblanden, ein Zuſtand ſtaatlicher Ordnung doch nur denkbar war, wenn man auch den Proteſtanten eine rechtlich geſicherte Exiſtenz zugeſtand. Niemals zwar wäre er geneigt geweſen, die Oberherrſchaft des Katholicismus, wie ſie nun einmal rechtlich

feſtgeſtellt war, aufzugeben; er hielt vielmehr mit aller Entſchiedenheit daran feſt; aber er hielt ſie nicht mehr für unvereinbar mit weitgehenden, nicht nur thatſächlichen, ſondern auch rechtlich feſtgelegten Zugeſtändniſſen an den Proteſtantismus. Er iſt, ſeiner kirchlichen Geſinnung unbeſchadet, rein patriotiſchen Regungen keineswegs unzugänglich, und er findet, daß die Vaterlandsliebe, die unter Heinrich IV., auf deſſen Wirkſamkeit er ausdrücklich hinweiſt, ſo Großes geleiſtet habe, in deutſchen Landen zu gleicher allgemeiner Verbreitung und Leiſtungsfähigkeit doch nur kommen könne, wenn man allen Unterthanen, alſo auch den Proteſtanten, ihr Vaterland durch eine geſicherte Exiſtenz lieb und werth mache. Von dieſem Geſichtspunkte aus iſt er zu praktiſchen Folgerungen vorgeſchritten, denen man bei einem aufrichtig katholiſch geſinnten Staatsmanne die Anerkennung nicht verſagen kann. Es war ein Sichlosreißen von den mit aller Zähigkeit feſtgehaltenen Anſchauungen ſeiner Glaubensgenoſſen, wenn er dem Kaiſer ſehr ernſtlich ans Herz legte, die Proteſtanten in der Frage der Seſſion evangeliſcher Biſthumsadminiſtratoren zufriedenzuſtellen. Er hat ſich in dieſer Frage die Gründe, welche die Proteſtanten mit Recht geltend machten, faſt völlig zu eigen gemacht. Er betonte mit allem Nachdruck, daß es nach Lage der Reichsverfaſſung ein Unding ſei, den von den Capiteln gewählten und von dem Kaiſer durch Lehnsindult anerkannten Adminiſtratoren die Ausübung ihrer reichsrechtlichen Befugniſſe, des Sitz- und Stimmrechts am Reichstage und Reichskammergerichte, zu verſagen und dann doch von ihnen zu verlangen, daß ſie die ohne ihre Mitwirkung zu Stande gekommenen Beſchlüſſe für ihre Stifter zur Ausführung brächten. Er war dabei auch rein praktiſch-politiſchen Erwägungen nicht unzugänglich, indem er auf die vornehme fürſtliche Verwandtſchaft dieſer Adminiſtratoren hinwies, die ihnen Anſehen und Bedeutung im Reiche verſchaffe. Auch darauf machte er aufmerkſam, daß thatſächlich gerade durch dieſe Verweigerung des Seſſionsrechts die Inſtitute der Reichsverfaſſung, namentlich der oberſten Jurisdiction, völlig lahmgelegt würden. Dadurch, daß man dem Adminiſtrator von Magdeburg ſeine reichsrechtlichen Befugniſſe abgeſprochen habe, ſeien die Viſitationen des Kammergerichts unmöglich geworden. Er hat es ſelbſt übernommen, in dieſem Sinne auf die geiſtlichen Kurfürſten einzuwirken.

Aber wie hätte er hier Zuſtimmung zu finden hoffen können! Wir ſahen, daß es ſchon auf dem Wahltage zu Frankfurt unmöglich geweſen war, einen Paſſus über dieſes Seſſionsrecht proteſtantiſcher Adminiſtratoren in die Wahlcapitulation hineinzubringen. Ja ſelbſt bei denjenigen Kreiſen der Umgebung des Kaiſers, welche der vermittelnden Richtung angehörten, wie bei dem Reichspfennigmeiſter Zacharias Geizkofler, ſtieß Kleſel mit der Forderung vollſtändiger Bewilligung des Seſſionsrechts an die proteſtantiſchen Adminiſtratoren auf Widerſtand. Daß in dieſer Frage etwas geſchehen müſſe, wenn man nicht die Wirkſamkeit der Reichsinſtitute völlig in Frage ſtellen wolle, erkannte auch Geizkofler an; aber ſo weit wie Kleſel wollte er doch nicht gehen; er meinte, daß der Kaiſer den pro-

testantischen Administratoren zwar die Lehnsindulte ertheilen, zugleich aber von ihnen fordern solle, daß sie sich der Ausübung ihres Sessionsrechtes wenigstens bei Matthias' Lebzeiten enthielten. Also dieselbe Verlegenheitsauskunft, mit der man so lange unter Rudolf auszukommen gesucht hatte und die unter ihm gerade zu so heftigen und niemals ausgetragenen Streitigkeiten geführt hatte! Wenn der gemäßigte und zu Zugeständnissen nächst Klesel am meisten geneigte kaiserliche Rathgeber in dieser Frage eine solche Stellung einnahm, was war dann erst von den Räthen streng katholischer Observanz, wie dem Reichsvicekanzler von Ulm, zu erwarten! Es war von vornherein unzweifelhaft, daß sie sich mit Entschiedenheit gegen dieses weitgehende Zugeständniß Klesels aussprechen würden. Dieser aber ließ sich zunächst dadurch nicht beirren. Er trat vielmehr auch in anderen Fragen, in denen die Protestanten offenbar im Rechte waren, wie vor Allem in der der Restitution Donauwörths, für ihre Forderungen ein. Ich glaube nicht, daß man an der Ehrlichkeit seiner den Protestanten ertheilten Versicherung, er strebe danach, die Reichsregierung wieder in die versöhnlichen Bahnen Ferdinands I. und Maximilians II. einzulenken, zweifeln darf.

Wenn aber eine derartige Versöhnung der Gegensätze auch nur entfernt als möglich gedacht werden sollte, so war die nothwendige Voraussetzung dazu die Aussöhnung der beiden militärisch organisirten Bündnisse, in denen sich die entgegengesetzten Parteien gegenüberstanden und die eine einheitliche Richtung der Reichsregierung geradezu undurchführbar erscheinen ließen: der protestantischen Union und der katholischen Liga. In der That ist diese Auflösung beider der Angelpunkt in dem politischen Programm Klesels. Und hierin durfte er von vornherein der Zustimmung des Kaisers gewiß sein, dem, wie wir uns erinnern, eine Theilnahme an dem katholischen Bunde in irgend einer Form von dem auf seine beherrschende Stellung eifersüchtigen Herzoge Maximilian von Bayern nicht eingeräumt worden war. Trotzdem aber scheiterte Klesel mit seinem Vermittelungsprogramm gerade an diesem entscheidenden Punkte. Die Ereignisse der letzten Jahre hatten die beiden Parteien zu sehr mit Mißtrauen erfüllt, zu sehr auf sich selbst angewiesen, ihnen zu deutlich gezeigt, welchen starken Rückhalt für die rücksichtslose Vertretung ihrer Sonderinteressen ihnen diese Organisation verschafft hatte, als daß sie jetzt geneigt gewesen wären, auf dieselbe zu verzichten. Im Gegentheil, gerade jetzt, unmittelbar vor dem Zusammentreten des ersten von Matthias einberufenen Reichstages, hatten sich die beiden Bündnisse enger als früher jedes in sich selbst zusammengeschlossen, machten sie rücksichtsloser als je ihre schroff entgegengesetzten Forderungen geltend. Und zugleich waren beide wie in früheren Jahren eifrig bestrebt, sich Rückhalt für ihre Sonderbestrebungen durch Bündnisse mit auswärtigen Staaten zu verschaffen. Fürwahr, ein schlimmes Prognosticon für Bestrebungen, welche auf die innere Festigung der Reichsverfassung gerichtet waren.

Pfalzgraf Friedrich V.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1615, von Boëtius Bolswert (1580—1634); Originalgemälde von M. de Miereveld (1567—1651).

Union und Liga waren faſt gleichzeitig im März 1613, die eine in Rothenburg an der Tauber, die andere in Frankfurt verſammelt. Beide fühlten ſich innerlich gekräftigt und in ihrer Stellung befeſtigt.

Die Union hatte im April 1612 einen Vertrag mit England geſchloſſen, durch welchen ſich dieſes zu einer Bundeshilfe von 4000 Mann verpflichtete. Im Februar 1613 hatte dieſes Bündniß einen äußeren Ausdruck durch die Vermählung des jungen Kurfürſten Friedrichs V. von der Pfalz mit Jacobs I. von England Tochter Eliſabeth gefunden. Als ſich nun die Mitglieder des Bundes im März 1613 in Rothenburg zuſammenfanden, waren ſie von vornherein entſchloſſen, an der Union feſtzuhalten, ja ſie beſchloſſen ausdrücklich, dies auch dann zu thun, wenn die Katholiken ihnen die Auflöſung der Liga als Gegendienſt für die Auflöſung der Union verſprechen ſollten. Man machte umfaſſende Vorſchläge zur Verſtärkung der Vertheidigungsfähigkeit, vor Allem aber, man hielt mit allem Nachdruck daran feſt, die Geſammtheit der Beſchwerden, welche die Proteſtanten gegen die Handhabung der Reichsregierung ſeit Jahren geltend machten, auf dem bevorſtehenden Reichstage aufs Neue vorzulegen, ihre Abſtellung zu verlangen und vor der Erörterung derſelben an keinen anderen Verhandlungen theilzunehmen, insbeſondere keine Steuer zu bewilligen, vielmehr, falls nichts zu erreichen ſei, eventuell wieder wie 1608 durch Mehrheitsbeſchluß eine Seceſſion vorzunehmen. Für die Beſchwerden ſelbſt wurde eine neue Faſſung feſtgeſtellt, die vor Allem die Ausübung der reichsſtändiſchen Rechte durch die proteſtantiſchen Biſthumsadminiſtratoren und Zulaſſung der Proteſtanten zu Stiftscapiteln, ferner aber Anerkennung der Ferdinandeiſchen Declaration, Beſeitigung der Jurisdiction des Reichshofraths, Verzicht auf die Geltung der Mehrheit im Reichstage in Bezug auf Religionsſachen und freiwillige Steuern, paritätiſche Beſetzung des Kammergerichts und der Deputationstage, Zuziehung der Proteſtanten zum Reichshofrath, Reſtitution von Donauwörth und eine Reihe einzelner weiterer Forderungen enthielt. Danach wurde der Unionstag am 28. März geſchloſſen.

In diametralem Gegenſatz hierzu ſtanden die Beſchlüſſe, welche inzwiſchen in Frankfurt a. M. von der Liga gefaßt worden waren. Hier wurde verlangt, daß in Streitigkeiten, die nach Maßgabe des Religionsfriedens zu entſcheiden ſeien, das Kammergericht zu urtheilen und in allen Reviſionsſachen ohne Ausſchluß der vier Kloſterſachen die Viſitationscommiſſion zu erkennen habe, daß der Reichstag in den Streitfragen zwiſchen den confeſſionellen Parteien ſeine geſetzliche Entſcheidung durch Majorität treffen müſſe, daß des Kaiſers Jurisdiction nicht nur mit der des Kammergerichts concurrire, ſondern ſie übertreffe, da der Kaiſer die Quelle aller Gerichtsbarkeit ſei, daß der Beſitz der proteſtantiſchen Biſthumsadminiſtratoren ein widerrechtlicher ſei. Endlich erklärte man, im Hinblick auf die Vorgänge auf dem letzten Reichstage ganz im Allgemeinen mit voller Schroffheit, eine Erneuerung des Augsburger Religionsfriedens in der Form, die er 1566 erhalten habe, ſollte

Friderici D.G. Bohemiae Rex Comes Palatinus Rheni S. Romani Imperij Princeps Elector. Dux Bavariae Marchio Moraviae Dux Silesiae et Lucemburgi Marchio utriusque Lusatiae etc. et eam M. effigiem a Michaele Johan. Mierevelto nunc denuo ad vivum depictam et reformatam et Guilielmo Tac. Delphio rursus solo hac formâ expressam dedicant consecrantque idem pictor ac sculptor. Cum privilegio Illustr. DD. Ordinum Generalium ad annos octo. Anno Domini CIↃIↃ CXXXII.

Friedrich V. von Böhmen u

Verkleinerte Facsimiles der Kupferstiche von Willem Jacobzen Delff (1580–

Digitized by Google

und seine Gemahlin Elisabeth.

(1638); Originalgemälde von Michiel Janszoon van Mierevelt (1567—1651).

Digitized by Google

nur dann zugegeben werden, wenn dieſe Wiederholung keinem an einer Klage etwas benehme, noch dadurch irgend eine gegen den Frieden vorgenommene Handlung gutgeheißen werde. Der Sinn der letzteren Erklärungen war klar genug; er wandte ſich mit aller Schärfe gegen die Einziehung geiſtlicher Güter durch die Proteſtanten, welche nach dem Religionsfrieden erfolgt waren, d. h. er erklärte in jener Frage, welche für die Proteſtanten ein Lebensintereſſe in ſich ſchloß, dieſen offen den Krieg.

Es iſt kein Zweifel: dieſe beiderſeitigen Beſchlüſſe waren weit entfernt davon, eine Grundlage für eine Verſtändigung und Verſöhnung darzubieten, vielmehr offene Kriegsmanifeſte der einander entgegengeſetzten Parteien, welche für einen gedeihlichen Verlauf der in allernächſter Zeit bevorſtehenden Reichstagsverhandlungen die denkbar ungünſtigſten Ausſichten eröffneten.

Die durch dieſe Beſchlüſſe in Rothenburg und Frankfurt hervorgerufenen Schwierigkeiten konnten aber natürlich dadurch nicht vermindert werden, daß am kaiſerlichen Hofe, wie wir ſahen, keineswegs völlige Uebereinſtimmung über die auf dem Reichstage einzuſchlagende Politik herrſchte. Für die vermittelnde Richtung Kleſels war es ſchon von übler Vorbedeutung, daß die Abfaſſung der Propoſition nicht ihm, ſondern Andreas Hanewald übertragen wurde. Gleichwohl enthielt ſie mehrere Gedanken, die dem Programme Kleſels entſprachen: ſo forderte ſie offen und rückhaltlos Auflöſung der Bündniſſe und Vereinigung der beiderſeitigen Streitkräfte zum Kampfe gegen die Türken. Sie verlangte ſtatt der Bündniſſe Einigkeit unter den Ständen, Wiederbelebung der Reichsverfaſſung und Wiederaufrichtung der Juſtiz. Zum Kriege gegen die Türken, welcher durch den Kampf zwiſchen Bathory und Bethlen Gabor wieder in größere Nähe gerückt erſchien, forderte die Propoſition die unerhört hohe Summe von zweihundertundſechzig Römermonaten und regte, auf frühere ähnliche Gedanken zurückgreifend, die Errichtung eines ſtehenden Heeres an. Dagegen enthielt ſie nichts von etwaigen Zugeſtändniſſen an die Proteſtanten, wohl aber wurde hierüber, freilich ohne die Garantie des Namens eines Verfaſſers, eine Schrift verbreitet, welche die Löſung der Seſſionsfrage zu Gunſten der Proteſtanten in Ausſicht ſtellte. Allgemein glaubte man, dieſelbe auf die Initiative Kleſels zurückführen zu dürfen. Allein eine wirkliche amtliche Autorität wohnte der Schrift nicht bei. Auf dem Reichstage ſelbſt aber, der am 13. Auguſt 1613 eröffnet wurde, trat alsbald die Unvereinbarkeit der Gegenſätze wieder offen zu Tage. Die beiden großen entgegengeſetzten Parteien waren eigentlich nur in Einem Punkte einig: in ihrer abwehrenden Haltung gegen eine neue Türkenſteuer. Wenn der Kaiſer die Nothwendigkeit derſelben durch den Hinweis auf die Kämpfe zwiſchen Bathory und Bethlen Gabor in Siebenbürgen, in welche ſich auch die Türken einmiſchten, zu begründen ſuchte, ſo fand er damit wenig Anklang. Es gewann ſogar, in der Erinnerung an die Vorgänge unter Rudolf, die Meinung an Boden, der Kaiſer habe dieſe Kämpfe ſelbſt veranlaßt, um ſo Mittel zur Rüſtung zu erlangen.

Auch in den Erblanden, die von der Türkengefahr am unmittelbarſten betroffen waren, herrſchte dieſe Anſicht vor. Zierotin hat ihr auf eine von den proteſtantiſchen Fürſten in dieſer Angelegenheit an ihn gerichtete Anfrage mit rückhaltloſer Offenheit Ausdruck verliehen.

Ein ſchlechtes Vorzeichen für den Gang der Verhandlungen war es ſchon, daß ſich trotz der durch einen beſonderen Geſandten, Gundacker von Polheim, den Proteſtanten vom Kaiſer vorgetragenen Bitte keiner der Unirten perſönlich in Regensburg eingefunden hatte; ebenſo wenig war das Haupt der Liga, Herzog Maximilian von Bayern, erſchienen. Die Geſandten der Unirten regten dann alsbald nach der Eröffnung des Reichstages Sonderverhandlungen an, die unter kurpfälziſcher Leitung ſtattfanden und den ausgeſprochenen Zweck verfolgten, alle Proteſtanten zum Beitritt zu den Rothenburger Beſchlüſſen und zu gemeinſamer abwehrender Haltung zu beſtimmen. Allein wie auf allen früheren Reichstagen, ſo war auch auf dieſem Einhelligkeit unter den Proteſtanten nicht zu erzielen. Kurheſſen verweigerte ſeinen Beitritt, und ihm ſchloß ſich Heſſen-Darmſtadt an. Dagegen wurden Mecklenburg, Lauenburg, Braunſchweig-Lüneburg, Pommern-Stettin, die Wetterauer Grafen und mehrere Städte zum Anſchluß an die Beſchlüſſe der Union gewonnen. Danach ſtand es feſt, daß die Unirten und die eben genannten anderen Proteſtanten ſich bis zur Erledigung ihrer Beſchwerden an den Verhandlungen des Reichstages überhaupt nicht betheiligen würden. Die katholiſche Mehrheit des Fürſtenrathes aber nahm darauf keine Rückſicht, ſondern ſtellte, durch Sachſen und Darmſtadt verſtärkt, die Reihenfolge der Berathungsgegenſtände feſt, wobei dem Punkte über die Reichsjuſtiz, der eben der hauptſächlichſte ſtreitige war, die erſte Stelle angewieſen wurde. In Folge deſſen traten am 17. Auguſt die Correſpondirenden, nach einer vorherigen eingehenden Berathung mit jener Erklärung hervor, nach welcher ſie an den Berathungen theilzunehmen verweigerten. Dadurch geriethen die Verhandlungen gleich am Anfang ins Stocken. Eine Aeußerung des kurkölniſchen Geſandten, man werde die Reſtitution der ſeit dem Paſſauer Vertrage eingezogenen Güter diesmal durchſetzen, trug natürlich nicht dazu bei, die ſchon vorwaltende Spannung und Erregung zu beſchwichtigen. Die Möglichkeit einer Ausgleichung der Gegenſätze ſchwand vielmehr in noch höherem Grade dadurch dahin, daß die katholiſche Mehrheit durch die Anweſenheit und energiſche Wirkſamkeit des päpſtlichen Legaten Madruzzi auf ihrem ſtreng katholiſch-päpſtlichen Standpunkte feſtgehalten wurde. Demgegenüber unterzeichneten nun die Proteſtanten am 18. Auguſt eine eingehende Beſchwerdeſchrift, welche am folgenden Tage dem Kaiſer in aller Form überreicht wurde. Matthias nahm ſie verhältnißmäßig freundlich entgegen, aber die Verhandlungen des Reichstages bis zu ihrer Erledigung völlig ruhen zu laſſen, war er doch nicht geneigt; er meinte vielmehr, die Erledigung der Beſchwerden könne neben den Berathungen über den Juſtizpunkt hergehen. Es wurden dann noch mehrere Schriften zwiſchen dem Kaiſer und den Correſpondirenden gewechſelt, in denen

beide Theile auf ihrem Standpunkte verharrten. In der Umgebung des Kaisers machten sich bei diesen Verhandlungen deutlich die beiden Strömungen bemerkbar, welche schon vor dem Reichstage hervorgetreten waren. Klesel, der zu Zugeständnissen an die Protestanten rieth und mit der Schärfe der vom Reichsvicekanzler von Ulm redigirten Antworten des Kaisers unzufrieden war, vermochte diesmal nicht durchzudringen. Der Conflict spitzte sich zu, statt abgeschwächt zu werden. Naturgemäß wurden aber durch dies Verhalten des kaiserlichen Hofes die Protestanten jetzt auch an der Aufrichtigkeit der Vermittelungsbestrebungen Kleſels irre. Während er nur mit seiner Meinung am Hofe nicht durchgedrungen war, glaubten sie von ihm betrogen zu sein. Klar war jedenfalls, daß der Kaiser nicht geneigt war, den Protestanten durch wirkliche Zugeständnisse entgegenzukommen. Er verlangte vielmehr mit Entschiedenheit die Erledigung der Proposition vor der der Beschwerden und suchte zugleich die Opposition der Protestanten wirkungslos zu machen, indem er die Mehrheitsbeschlüsse in Reichssachen für entscheidend erklärte. Natürlich trat dem die katholische Mehrheit ohne Weiteres bei; nur Sachsen und Darmstadt fingen jetzt doch an stutzig zu werden. Und auch unter den Katholiken gab es doch gemäßigte Elemente, welche zu einem Ausgleiche auf Grundlage des gegenwärtigen Besitzstandes neigten, d. h. bereit waren, auf die Restitution der seit dem Passauer Vertrage eingezogenen geistlichen Güter zu verzichten, wenn nur in Zukunft jede weitere Einziehung unterbliebe. Aber die Mehrheit verharrte in ihrer schroffen Haltung.

Nun traf Anfang September die Nachricht in Regensburg ein, daß die Türken mit etwa achtzigtausend Mann die kriegerischen Operationen thatsächlich begonnen hätten. Der Krieg, in welchem Bathory fiel und Bethlen Gabor sich mit Hilfe der Türken zum Herrn von Siebenbürgen emporschwang, war ausgebrochen und brachte den Kaiser in die schrecklichste Verlegenheit, da es ihm völlig an Mitteln gebrach, um seine militärische Stellung gegen die Türken zu behaupten. Da fingen die Männer des Ausgleichs, vor Allem Klesel und neben ihm Geizkofler an, bei Matthias wieder Gehör zu finden. Am 11. September versuchte Klesel zum ersten Male eine Verständigung mit den Correspondirenden, die ihm an diesem Tage eine neue Denkschrift an den Kaiser überreichten. Er suchte ihnen in den beweglichsten Ausdrücken klar zu machen, daß man den Kaiser in seiner jetzigen Noth nicht im Stiche lassen dürfe; man solle die Berathungen vielmehr zunächst nur auf die Türkenhilfe beschränken. Geizkofler war es dann, der in einem besonderen, sehr gemäßigt gehaltenen Gutachten Mittel zur Einigung in Vorschlag brachte. Danach sollten die sämmtlichen Beschwerden in der That erörtert werden und zwar auf dem Wege freier Verständigung zwischen den Kurfürsten und einem paritätisch zusammengesetzten Ausschusse der übrigen Stände. Als Vermittler und Leiter dieser Verständigungsverhandlungen schlug Geizkofler den Erzherzog Maximilian vor, der sich in der That bereit erklärte und Ende September in Regensburg eintraf. Aber es zeigte sich doch bald, wie schwierig es sein

Digitized by Google

würde, den Verhandlungen einen gedeihlichen Verlauf zu sichern, obwohl Erzherzog Maximilian thatsächlich eine versöhnliche Haltung beobachtete und sich die größte Mühe gab, zu einer Verständigung zu gelangen. Gleich am Anfange trat eine nicht unerhebliche Differenz hervor. Während nämlich die Protestanten die Vereinbarungen des Ausschusses nur als vorläufige anerkennen, die definitive Vereinbarung aber dem Reichstage vorbehalten wollten, sollte nach Geizkoflers Vorschlage der Ausgleich des Ausschusses endgiltige Geltung haben und über Alles, was er nicht erledigen und beilegen könne, der Kaiser vorläufig den Ausschlag geben.

Es war danach kein Zweifel, daß diese Ausschuß-Verhandlungen sich sehr in die Länge ziehen würden. Da nun aber dem Kaiser wegen des Türkenkrieges an einer schnellen Geldbewilligung sehr viel gelegen war, so suchte er zugleich auf anderem Wege zum Ziele zu gelangen. Er trat am 1. October mit einer Nebenproposition hervor, nach der zunächst die Verhandlungen auf die dringend nothwendige Bewilligung von vierzig bezw. achtzig Römermonaten beschränkt, alle anderen Angelegenheiten aber und damit der ganze Reichstag, verschoben werden sollten.

An demselben Tage hatte Erzherzog Maximilian die erste Unterredung mit den Correspondirenden. Aber eben weil gleichzeitig mit diesen Sonderverhandlungen die Vorlegung der Nebenproposition erfolgte, wurden die Protestanten mißtrauisch, indem sie zu der Ansicht kamen, der Kaiser wolle den Ausgleichsversuch mit den Protestanten bloß anbahnen, statt ihn zu vollenden; vor Allem komme es ihm auf die Steuerbewilligung an. Demgegenüber warfen sie die Frage auf, bis wie weit der Anfang der Verständigung noch auf dem gegenwärtigen Reichstage gemacht werden solle, um einen gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen zu sichern. Hierüber haben sie dann am 2. October noch einmal eine Sonderberathung gehalten, in der die radicaleren Elemente verlangten, man solle sich auf gar nichts einlassen, die Mehrheit aber doch endlich, den Bitten Erzherzog Maximilians wenigstens einigermaßen entsprechend, beschloß, den Berathungen des Reichstages zwar beizuwohnen, aber die Bewilligung der Türkensteuer an bestimmte Bedingungen zu knüpfen.

Demgemäß erschienen die Protestanten am 3. October in der Sitzung der drei Räthe und ließen im Kurfürstencollegium durch Kurpfalz, im Fürstencollegium durch Pfalz-Lautern, in dem städtischen durch Straßburg diejenigen Forderungen vortragen, von deren Bewilligung sie ihrerseits den Beitritt zu den Beschlüssen des Reichstages in der Türkensteuer-Frage abhängig machten. Sie forderten jetzt nur noch Abstellung der allerdringendsten Beschwerden, deren Erledigung nach ihrer Auffassung in der Hand des Kaisers liege: Durchführung der Parität in der Besetzung des Reichskammergerichts, Abschaffung der Jurisdiction des Reichshofrathes, die Restitution Donauwörths und die Erledigung einer Reihe von Einzelbeschwerden. Die anderen Forderungen sollte ein paritätischer Deputationstag erledigen, dessen Mitglieder sogleich er-

nannt werden sollten. Diesen Deputationstag bezeichneten sie mit dem Namen „Compositionscommission", der dann in den Verhandlungen der nächsten Jahre eine hervorragende Rolle gespielt hat. Die Vierklostersachen sollten, so forderten sie weiter, überhaupt abgesetzt und zu gütlicher Vergleichung zwischen den Parteien oder auf einem neuen Reichstage verwiesen werden. Außerdem bestanden sie, um eine Garantie für das Zustandekommen der „Compositionscommission" zu haben, darauf, daß die Art und Weise des vorbereitenden Verfahrens noch auf dem gegenwärtigen Reichstage festgesetzt werden solle. Wenn diese Forderungen zugestanden würden, wollten sie eine freilich in bescheidenen Grenzen gehaltene Türkensteuer bewilligen, aber unter dem alten Vorbehalt, daß die Minorität nur das zu leisten verpflichtet sei, was sie selber zugestanden habe. Darauf einzugehen war aber die feststehende katholische Mehrheit nicht geneigt, sie überstimmte vielmehr die Correspondirenden und setzte den Beschluß durch, daß die Türkenhilfe nach der Nebenproposition ohne Rücksicht auf die von den Protestanten gestellten Bedingungen zu leisten sei. Danach beschlossen diese dann, sich der Theilnahme an den Sitzungen des Reichstages abermals zu enthalten.

Dagegen nahmen die Verhandlungen der Protestanten allein mit dem Erzherzoge Maximilian ihren Fortgang. Am 4. October überreichten die ersteren dem Erzherzoge eine Denkschrift, welche ihr Votum in der Reichstagssitzung vom 3. rechtfertigte, zugleich aber doch ihre Geneigtheit zu einer Verständigung erkennen ließ, indem sie jetzt von ihren Forderungen die der Parität in der Besetzung des Kammergerichts fallen ließen und nur noch die gesetzliche Regelung der Competenz des Hofraths mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte neue Hofrathsordnung, im Zusammenhange damit aber sofortige Einstellung der schwebenden Hofprocesse und Nichtanstrengung von neuen Processen verlangten. Es kann kein Zweifel sein, daß auf dieser Grundlage bei einigem Entgegenkommen des Kaisers und der katholischen Mehrheit ein Ausgleich möglich gewesen wäre, der dann auch eine einhellige Bewilligung der für das Ansehen des Reiches im Auslande so hochnothwendigen Türkensteuer zur Folge gehabt hätte. Aber der Kaiser konnte sich doch zu rückhaltloser Bewilligung der protestantischen Forderungen nicht entschließen. Auf die gesetzliche Regelung des Reichshofraths, welche die Protestanten in den Vordergrund gestellt hatten, ging er überhaupt nicht ein; das einzige Zugeständniß, welches er machte, bestand in der Erklärung, er werde, ohne sich gerade die Hände binden zu wollen, in der Aachener und wohl auch in den anderen speciellen Streitsachen bis zur Eröffnung des Compositionstages den Protestanten keine Schädigung zufügen. Damit aber konnten und wollten sich diese nicht zufrieden geben. Da entschloß sich Erzherzog Maximilian, der bisher alle Erklärungen an die Protestanten im Namen des Kaisers abgegeben hatte, denselben gleichsam auf eigene Verantwortung einen weiteren Schritt entgegenzukommen, indem er sich erbot, den Correspondirenden eine Bescheinigung auszustellen, daß bis zum Com-

poſitionstage die Hofproceſſe, ſoweit ſie in den proteſtantiſchen Beſchwerden angefochten würden, ſuſpendirt ſein ſollten. Damit wären die Proteſtanten vorerſt ſich zu begnügen bereit geweſen. Allein in einer darauf folgenden Audienz beim Kaiſer nahm dieſer das Anerbieten des Erzherzogs zurück und gab nur die Erklärung ab, er wolle ſolche Mäßigung zeigen, daß ſich Niemand zu beſchweren habe.

Aehnlich verliefen die Dinge in der Frage der Reſtitution Donauwörths, in der doch das Recht ohne alle Frage auf Seiten der Proteſtanten war. Der Kaiſer hatte ſich bereit erklärt dieſe Reſtitution zu bewilligen, allein er ſtellte die Bedingung, daß erſt die Executionskoſten an den Herzog Maximilian von Bayern bezahlt werden müßten. Dieſe Bedingung ließ der Erzherzog auf Bitten der Proteſtanten am 13. October fallen, der Kaiſer aber nahm ſie wieder auf. Ebenſo unnachgiebig zeigte er ſich in Bezug auf die Beſtimmungen über den Compoſitionstag. Daß ein ſolcher in paritätiſcher Beſetzung Oſtern 1614 in Speier zuſammentreten und die Erledigung der Beſchwerden der Proteſtanten in die Hand nehmen ſollte, bewilligte er zwar, aber in Bezug auf die Wahl der Perſonen und die näheren Modalitäten wich er aus.

Nach dem ganzen Verlauf der Verhandlungen zwiſchen dem Erzherzoge Maximilian und den Proteſtanten kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es zwiſchen ihnen zu einer Verſtändigung gekommen wäre, wenn Matthias nicht die Zuſagen des Erzherzogs immer wieder zurückgezogen hätte. Dadurch wurde ein Erfolg unmöglich. Sobald der Erzherzog dies erkannte, gab er die weiteren Verhandlungen auf und reiſte am 16. October von Regensburg ab. Danach verließen auch die Proteſtanten den Reichstag. Aber diesmal geſchah, was 1608 vermieden worden war: ohne Zuthun der Proteſtanten wurde von der katholiſchen Mehrheit ein Reichsabſchied im Sinne des Kaiſers gefaßt, der für den Türkenkrieg dreißig Römermonate bewilligte. An dieſe Bewilligung aber hielten ſich natürlich die Proteſtanten nicht für gebunden. So verſagte wieder im entſcheidenden Augenblicke die einzige Inſtitution des Reiches, welche neben dem Kaiſer deſſen Einheit noch repräſentirte, und zwar in Folge der Unnachgiebigkeit deſſelben Kaiſers, deſſen Regierungsprogramm auf der Vermittelung zwiſchen den entgegengeſetzten Parteien beruhte. Woran lag es doch, daß dieſe ſich in derſelben Schroffheit gegenüberſtanden wie dereinſt unter Rudolf?

Einmal natürlich daran, daß ſich die Parteien in jenen Bündniſſen organiſirt hatten, die eine Ausgleichung der beſtehenden Gegenſätze erheblich erſchwerten, dann aber daran, daß der Kaiſer gerade in Bezug auf dieſe Bündniſſe inzwiſchen von dem Kleſelſchen Programm, welches in der Auflöſung derſelben die einzige Rettung für das Reich in ſeiner Geſammtheit erkannte, abgewichen war. Während der Verhandlungen des Reichstags hatte er, als er gleich am Anfange energiſchen Widerſtand von Seiten der proteſtantiſchen Unirten fand, den Verſuch gemacht, ſich als Mitglied in die

Liga aufnehmen zu laſſen, und dieſer Verſuch war ihm gelungen. Von dem Augenblicke an, da er dem einen der beiden Bündniſſe angehörte, war er naturgemäß minder als früher geneigt, den Mitgliedern des andern Zugeſtändniſſe zu machen. Damit aber war in der Hauptſache die Vermittelungspolitik Kleſels, welcher der Kaiſer bisher gefolgt war, zunächſt mattgeſetzt. Es mußte ſich nun zeigen, ob es Kleſel gelingen werde, trotzdem ſeinen Einfluß am kaiſerlichen Hofe zu behaupten und den Kaiſer wieder in die Bahnen einer verſöhnlichen und vermittelnden Politik zurückzudrängen.

Vergebliche Vermittelungsversuche. Die Compositions- und Successionsfrage.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als wenn mit dem Eintritte des Kaisers in das eine der einander entgegengesetzten Bündnisse jeder weitere Versuch einer Versöhnung der Parteien von vornherein aussichtslos, als wenn von dem Augenblicke an, da auf dem Reichstage aufs Neue die beiden religiösen Parteien sich in voller Schroffheit getrennt hatten, eine einheitliche Reichspolitik überhaupt nicht mehr möglich gewesen wäre. Allein ganz so lag die Sache doch nicht. Die Schwierigkeiten der Lage waren allerdings dadurch vermehrt worden; denn naturgemäß wurde Matthias in seiner Politik durch seine Eigenschaft als Mitglied der Liga beeinflußt. Auf der andern Seite gab es doch aber auch wieder wichtige Fragen, in denen der Kaiser auf die Mitwirkung der Protestanten nicht völlig verzichten konnte, in denen ihm vielmehr daran liegen mußte, ihre Unterstützung zu gewinnen. Hier konnte Klesel versuchen einzusetzen, um sich und seinem politischen Programm den Einfluß zu bewahren und zu retten, den er bisher am kaiserlichen Hofe besessen hatte.

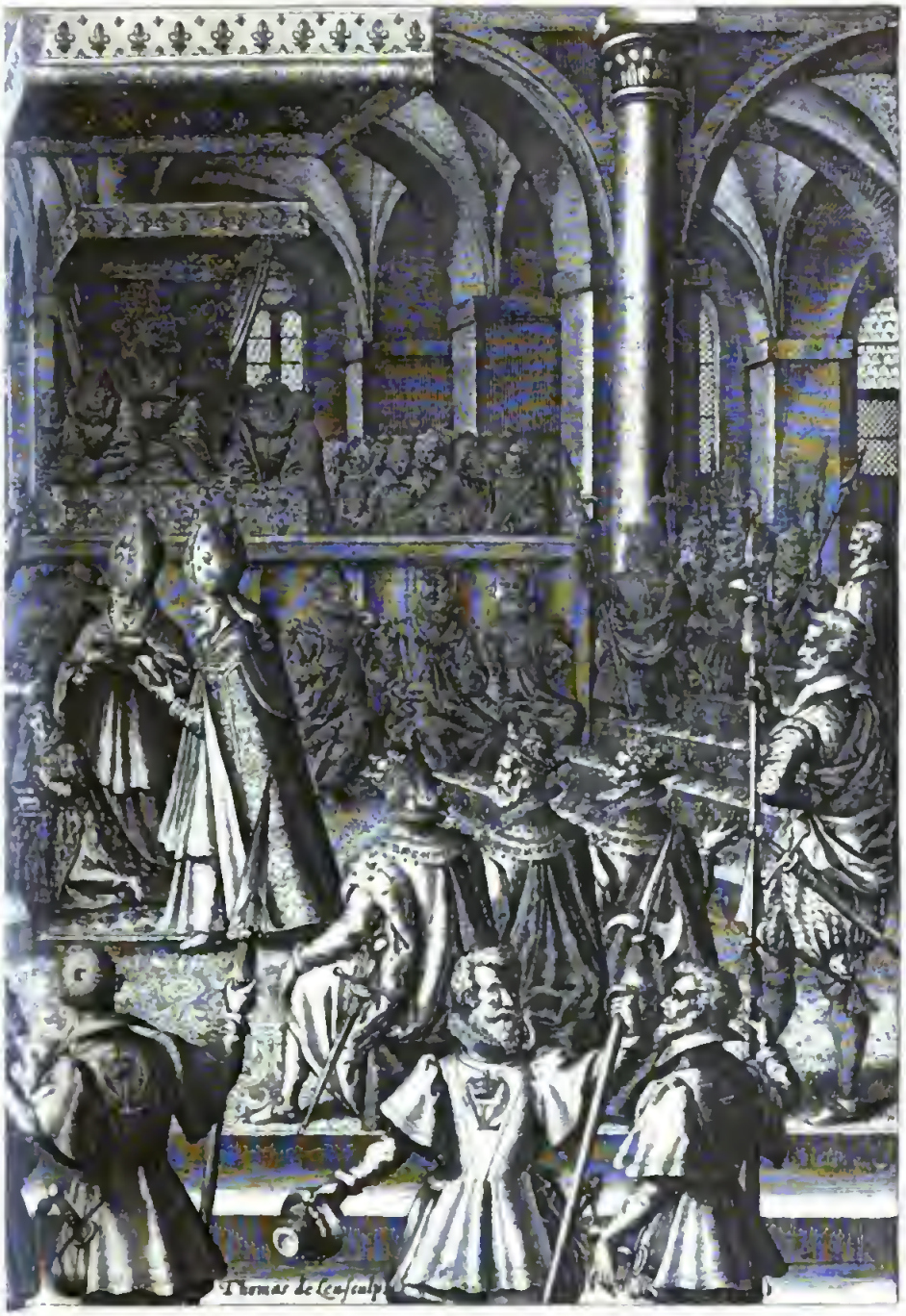
Zunächst freilich entwickelten sich die Dinge in den Bahnen weiter, die ihnen durch den Verlauf des Regensburger Reichstages vorgezeichnet waren; d. h. der Gegensatz der Parteien verschärfte sich, indem ihre feste Organisation sich weiter entwickelte. Schon damals, unmittelbar nach dem Schlusse des Regensburger Reichstages, hatten einsichtige Politiker den Eindruck, daß eine Ausgleichung der Gegensätze nicht mehr möglich sei, daß man sich darauf gefaßt machen müsse, durch die großen ungelösten Streitfragen in einen großen inneren Krieg verwickelt zu werden. Daher sehen wir in den nächsten Jahren beide Parteien eifrig bestrebt, ihre Machtmittel zu erweitern und Verbindungen mit auswärtigen Mächten anzuknüpfen, wie das ja leider in den inneren Kämpfen des deutschen Reiches seit vielen Jahrzehnten schon zur Gewohnheit geworden war.

Schon vor dem Regensburger Reichstage war die Union zu dem 1612 mit England abgeschlossenen Bündnisse ein neues mit den Generalstaaten der Niederlande auf fünfzehn Jahre eingegangen; unter Vermittelung König Jacobs von England hatte man sich im Mai 1613 zu gegenseitiger Unterstützung im Falle der Noth verpflichtet. Außerdem aber stand die Union schon seit dem Januar 1613 mit dem Schwedenkönige Gustav Adolf in Verbindung.

Neueu de tant de Rois qui viuent dans les Cieux. *Qu'ainsi le Sainct Esprit*
O Treziesme LOVYS espoir de nos Prouinces. *Comme ce diuin huile en*
Que ceste alme liqueur rare present des Dieux *Confirme son amour d*
Influe en ton esprit les vertus des grands Princes. *Qu'jusque au plus haut*

Salbung Ludwigs XIII. von Frankreich; unter

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Thomas de



prit tousiours dedans ton cœur Diuin Oinct du Seigneur! ô Fleur de l'Vuiners!
en toy montre sa gloire: Heritier glorieux du plus grand Roy du Monde!
r d'vn amour si vaincueur Que tousiours tes Palmiers et tes Lauriers soient vers.
ant Ciel en luise la victoire Et que tousiours ta France à tes souhaicts responde DD

ter dem Baldachin seine Mutter, Maria von Medici.
s de Leu: Originalgemälde von François Quesnel (1542—1619).

Digitized by Google

Die Energie, welche der König in seinem Kampfe mit Dänemark und Polen sowie in der Ordnung der Verwaltung seines Königreichs entfaltete, ließ schon damals viele deutsche Protestanten in ihm einen Hort und Schützer ihrer Sache erkennen. Namentlich war es der Landgraf Moritz von Hessen, der diese neue Verbindung eifrig pflegte. Er entsendete seinen Geheimen Rath Johann Zobel nach Stockholm, um den König über die Lage des Protestantismus in Deutschland zu unterrichten und sich und seinen Verbündeten im Falle der Noth seine Hilfe zu sichern. Auch diese Verbindung erhielt ihren äußeren Ausdruck durch eine Vermählung. Die Halbschwester Gustav Adolfs wurde die Gemahlin Johann Casimirs, des jüngeren Bruders des Pfalzgrafen von Zweibrücken.

In ähnlicher Weise hatte die Liga schon auf dem Frankfurter Tage vom März 1613 beschlossen, Verbindungen mit Lothringen und Savoyen, dem Papste und Spanien anzuknüpfen; von dem Letzteren hoffte man namentlich auch fernerhin mit Geldmitteln unterstützt zu werden. Dazu kam der für die Liga sehr günstige Umstand, daß seit dem Tode Heinrichs IV. in Frankreich unter der Regierung seiner Gemahlin Maria Medici die katholischen Tendenzen wieder das Uebergewicht erhalten hatten; in Folge dessen begann aber auch alsbald der alte politische Gegensatz zu Spanien zu verblassen. Zwar hielt die Königin, wie wir sahen, in der Jülicher Frage zunächst an der Unterstützung der protestantischen Possidirenden fest; die Eroberung von Jülich durch dieselben geschah noch mit ihrer Unterstützung. Dann aber suchte sie ihrer Verpflichtungen nach dieser Seite hin möglichst schnell ledig zu werden und sich Spanien immer mehr zu nähern. Sehr bald begannen dann jene Unterhandlungen, von denen man an den anderen Höfen zuerst im Anfange des Jahres 1612 Kunde erhielt, über eine Vermählung des jungen Königs von Frankreich, Ludwigs XIII., mit der ältesten Infantin von Spanien, Donna Anna, und der ältesten Schwester des Königs, Elisabeth, mit dem Prinzen von Spanien, Philipp. Damit schien nicht allein eine Aufhebung des alten Dualismus zwischen Spanien und Frankreich, sondern eine enge politische Verbindung der beiden Mächte angebahnt zu sein. Dem entsprechend hatte jetzt auch die Liga von Frankreich keine Feindseligkeiten und keinerlei Unterstützung der Protestanten, wie sie noch in dem Jülicher Erbstreit erfolgt war, mehr zu befürchten, vielmehr dachte sie jetzt ihrerseits sehr ernstlich daran, sich die Hilfe Frankreichs für den Fall eines innerdeutschen Krieges zu sichern.

Und mußte man nicht annehmen, daß ihr Ansehen und ihre Macht vor Allem auch dadurch verstärkt werden würde, daß der Kaiser selbst sich ihr angeschlossen hatte? Das war nun freilich nicht in dem Maße der Fall, wie man erwarten sollte; im Gegentheil, in mancher Hinsicht lag darin vielmehr ein Nachtheil, ein Hemmniß für ihre Entwickelung. Wir sahen schon, daß der bisherige unbestrittene Führer der Liga, Herzog Maximilian von Bayern, dessen energischer und umsichtiger Haltung sie ihr Ansehen von Anfang an in erster Linie verdankt hatte, alle Zeit sehr entschieden gegen die Aufnahme

der Mitglieder des Hauses Habsburg gewesen war, daß er nur unter dem Drucke Spaniens seiner Zeit dem Erzherzoge Ferdinand den Beitritt, aber auch ihm nur unter sehr beschränkenden Bedingungen, gestattet hatte. Er wußte sehr wohl, warum. Einmal nämlich hatte er vermeiden wollen, daß die Streitkräfte der Liga für specifisch Habsburgische Interessen verwendet würden; aus diesem Grunde hat er persönlich wie als Haupt der Liga sich gänzlich ablehnend und vorsichtig zurückhaltend gegenüber den abenteuerlichen Plänen des Erzherzogs Leopold benommen; dann aber erkannte er sehr wohl, daß die Hauptstärke der Liga gegenüber der Union eben auf ihrer einheitlichen Leitung beruhe, die er daher ebenso aus persönlichen wie aus sachlichen Gründen in seiner Hand zu behalten bestrebt war. Jetzt, nachdem der Staatskunst des Kaisers auf dem Regensburger Reichstage gelungen war, in die Liga aufgenommen zu werden, war es mit dieser einheitlichen Leitung und Organisation ein für alle Mal vorüber. Es war nicht zu vermeiden, daß nun für die Liga eine neue Verfassung eingerichtet wurde, welche dem Hause Oesterreich ein Directorium neben Bayern und einen überwiegenden Einfluß verschaffte. Im Falle eines Krieges sollten fortan drei Kriegsdirectorien bestehen, ein bayerisches unter Herzog Maximilian, ein rheinisches unter Erzherzog Albrecht, ein österreichisches unter Erzherzog Maximilian von Tyrol. Außerdem sollte vor jeder Entscheidung zu einer „Thathandlung" die Zustimmung des Kaisers eingeholt werden. So wurden durch diesen Beitritt des Kaisers zwar die Machtmittel der Liga vermehrt, aber die bisherige Einheitlichkeit der Leitung und Schnelligkeit der Entschließungen ging verloren, der bisher Alles beherrschende Einfluß des thatkräftigen Herzogs von Bayern wurde sehr vermindert, außerdem aber wurde die Liga dadurch in alle österreichischen Streitigkeiten mit hineingezogen. Maximilian empfand diese Veränderungen als so drückend, daß er die Annahme des Regensburger Bundesabschiedes verweigerte und im März 1614 mit den Bischöfen von Bamberg, Würzburg, Eichstätt und Augsburg und dem Propste von Ellwangen einen engeren Schutzbund abschloß.

Während sich so die Bündnisse der beiden religiösen Parteien zu verstärken suchten, schien eine der zwischen ihnen streitigen wichtigen Fragen, die der Jülicher Erbschaft, aufs Neue einem Conflicte entgegenzutreiben und die Möglichkeit eines Krieges ebenso wie dereinst im Jahre 1610 in Aussicht zu stellen.

Wir sahen, daß es zu einer endgiltigen Vereinbarung zwischen den beiden possidirenden Fürsten über eine eventuelle Theilung der Erbschaft nicht gekommen war, daß man sich vielmehr dahin geeinigt hatte, daß beide, Brandenburg und Pfalz-Neuburg, die Länder zunächst gemeinsam verwalten sollten. Dieser gemeinsame Besitz aber führte naturgemäß zu fortwährenden Streitigkeiten und Reibereien, unter denen die Länder nicht wenig zu leiden hatten. Beide Possidirende erkannten schließlich, daß dieser Zustand für die Dauer nicht haltbar sei. Man verfiel daher auf den Ausweg, eine Schlichtung des Streites dadurch zu ermöglichen, daß man den einen der Prätendenten, den

Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm, mit der Tochter des anderen, Anna Sophie, vermählte. Aber bei einer zu diesem Zwecke veranstalteten Zusammenkunft der Fürsten in Düsseldorf kam es nicht zu einer Verständigung, sondern zu einer Verschärfung des Conflicts, ja zu persönlichen Beleidigungen. Als der junge Pfalzgraf geradezu die gesammten brandenburgischen Erbansprüche als Mitgift forderte, soll Kurfürst Johann Sigismund aufgesprungen sein und dem jungen Pfalzgrafen eine Ohrfeige versetzt haben. Genug, die erhoffte Verständigung erfolgte nicht, die Ehe kam nicht zu Stande, vielmehr verheirathete sich Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm, nachdem er heimlich zum Katholicismus übergetreten war, mit der Schwester Herzog Maximilians von Bayern, Magdalena, um dadurch die Hilfe der katholischen Partei und der Liga für seine jülichschen Erbansprüche zu erlangen. Dadurch gerieth der Kurfürst von Brandenburg nun in der That in eine sehr schwierige Lage; der Besitz der Jülicher Lande schien aufs äußerste gefährdet. In dieser Lage entschloß er sich, einen Schritt, zu dem er schon seit längerer Zeit hinneigte, nunmehr öffentlich zu thun. Zum nicht geringen Schrecken seiner streng-lutherischen Brandenburger trat er zum Calvinismus über, zu dem er schon seit langer Zeit eine stets wachsende Hinneigung bekundet hatte. Der Schritt erregte auf katholischer wie auf lutherischer Seite ungeheures Aufsehen, und man war allgemein geneigt, ihn nicht auf religiöse, sondern auf politische Beweggründe zurückzuführen. In der That gewann der Kurfürst durch seinen Uebertritt den Beistand der deutschen Calvinistenpartei, die allein eine energische und zielbewußte Politik verfolgte; außerdem aber war anzunehmen, daß die vorwiegend calvinistisch gesinnten holländischen Generalstaaten dadurch in höherem Maße als früher zu seiner Unterstützung geneigt sein würden. Trotzdem wird man kaum behaupten dürfen, daß der Kurfürst den entscheidenden und schwerwiegenden Schritt wirklich nur oder auch nur vorwiegend aus Gründen der Staatsraison gethan habe. Im Gegentheil gab es auch sehr wichtige politische Gründe, welche ihn von dem offenen Uebertritt hätten abhalten können und bisher in der That abgehalten hatten. Einmal wußte er von vornherein, daß er bei seinen Unterthanen auf leidenschaftlichen Widerstand stoßen würde; derselbe machte sich in der That sehr stark geltend, obwohl der Kurfürst in hochherziger und in jener Epoche noch sehr seltener Toleranz keineswegs, wie das früher wiederholt in der Pfalz geschehen war, von seinen Unterthanen verlangte, daß sie den Uebertritt gleichfalls vollzögen, im Gegentheil durch ein Edict vom 24. Februar 1614, welches das Bekenntniß völlig dem Gewissen jedes Einzelnen anheimstellte, den Weg zum wahren Religionsfrieden zeigte. Außerdem aber vermehrte sein Uebertritt die Schwierigkeiten, welche sich seiner demnächst zu erwartenden Nachfolge im Herzogthum Preußen entgegenstellten, da dort unter den der brandenburgischen Herrschaft an sich wenig geneigten Ständen die Gesinnung gegen den Calvinismus noch feindseliger war als in den Marken. Die Gefahr lag daher nahe, daß die preußischen Stände die Belehnung des Kurfürsten mit dem Herzogthum bei

dem Lehnsherrn, dem Könige von Polen, zu hintertreiben suchen würden. Wenn also durch den Uebertritt auf der einen Seite die politische Stellung des Kurfürsten in der Jülicher Frage verbessert wurde, so wurde sie um eben so viel in der preußischen verschlechtert. Dazu kam noch, daß Johann Sigismund dadurch mit Kursachsen, mit dem er in der Jülicher Frage in unausgesetzten Vergleichsverhandlungen stand, aufs Neue in ein gespanntes Verhältniß gerieth. Die politischen Gründe dafür und dagegen werden sich also ungefähr die Waage gehalten haben. Es ist daher doch wohl anzunehmen, daß der entscheidende Beweggrund zu dem Schritte, der dem Kurfürsten zeitweise die Mehrzahl seiner angestammten Unterthanen entfremdete, im letzten Grunde doch religiöser Natur war, d. h. in seiner im Laufe der letzten Jahre langsam herangereiften religiösen Ueberzeugung lag. Er selbst wenigstens hat sich sehr entschieden in diesem Sinne ausgesprochen. Gerade im Hinblick auf die Schwierigkeiten seiner Lage, in die er dadurch gerieth, hat er geäußert, er wolle wenigstens „Ruhe in seinem Gewissen haben".

Natürlich aber wurde durch den doppelten, in entgegengesetzter Richtung erfolgenden Uebertritt der beiden Possidirenden die Spannung unter ihnen immer größer. Beiderseits griff man zu offen feindseligen Maßregeln. Die Brandenburger versuchten sich während der Abwesenheit Wolfgang Wilhelms der Stadt Düsseldorf zu bemächtigen. Der Anschlag gelang nicht. Darauf kam es zu weiteren Conflicten in Jülich. Diese Festung war von Truppen beider possidirender Fürsten besetzt; der Commandant war ausdrücklich verpflichtet worden, keinem der beiden Fürsten Einlaß zu gewähren, wenn nicht auch der andere zugegen sei. Als nun im Widerspruch mit dieser Abmachung im März 1614 der Pfalzgraf mit zahlreicher Begleitung Einlaß forderte, verweigerte ihn der Commandant und wandte sich, um die Festung zu sichern, um Hilfe an die Holländer, die dann in der That Truppen in das Jülicher Gebiet entsandten. Darauf überschritt dann im August auch Spinola mit einem spanischen Heere von 16000 Mann zu Fuß und sechzehn Compagnien Reiter die Jülichsche Grenze, und es fielen von beiden Seiten mannigfache Feindseligkeiten vor. Die spanischen Truppen bemächtigten sich der Städte Rheinberg und Duisburg und der Festung Wesel, während Moritz von Oranien zu Emmerich und Rees neue Befestigungswerke anlegte und die Besatzung von Jülich noch weiter verstärkte. Inzwischen hatte die Liga, die jetzt natürlich auf Seiten des katholischen Pfalzgrafen stand, auf einem Bundestage zu Ingolstadt (im Juli 1614) beschlossen, Wolfgang Wilhelm zu Hilfe zu kommen. Wiederum wie im Jahre 1610 vor Heinrichs IV. Tode schien der Krieg unvermeidlich.

Da kam es, nachdem im August 1614 der Pfalzgraf Philipp Ludwig gestorben war und Wolfgang Wilhelm selbst die Regierung seines Stammlandes übernommen hatte, noch einmal zu einem gütlichen Ausgleiche, der wenigstens eine vorläufige Entscheidung herbeiführte. Durch den Vertrag von Xanten (10. November 1614) wurde die bisherige Doppelregierung aufgelöst

Ambrosius Spinola.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Hendrik Hondius (1573—1630).

und vereinbart, daß Cleve, Mark, Ravensberg und Ravenſtein an Brandenburg, Jülich und Berg aber an Pfalz-Neuburg fallen ſollten.

Alle dieſe für die territoriale Geſtaltung Deutſchlands ſo überaus wichtigen Vorgänge hatten ſich aber wiederum abgeſpielt, ohne daß die centrale Reichsgewalt, das Kaiſerthum, irgend einen ernſtlichen Verſuch gemacht hätte einzugreifen, obwohl die Veranlaſſung dazu nahe genug gelegen hätte, da doch von Seiten des Kaiſers keiner der thatſächlich Poſſidirenden, ſondern der Kurfürſt von Sachſen die Belehnung mit der Jülich-Cleviſchen Erbſchaft erhalten hatte. Der Grund zu dieſer paſſiven Haltung lag, wie dereinſt unter Rudolf im Jahre 1610, auf anderem Gebiete. Matthias war inzwiſchen im Reiche ſelbſt in ganz ähnliche Schwierigkeiten gerathen, wie er ſelbſt ſie früher ſeinem Bruder bereitet hatte; nur lagen die Urſachen in ganz anderen Dingen als dereinſt bei Rudolf. Nur in Einer Beziehung waltete eine unverkennbare Verwandtſchaft vor: auch bei Matthias ergab ſich die vornehmſte Schwierigkeit aus der Frage der Succeſſion.

Wir wieſen ſchon darauf hin, daß Kleſel die Ideen ſeiner Vermittelungspolitik trotz des Eintritts des Kaiſers in die Liga nicht aufgegeben hatte; er war im Gegentheil ſehr ernſtlich beſtrebt, den Compoſitionstag, der die Streitfragen zwiſchen Katholiken und Proteſtanten zur Entſcheidung bringen ſollte, in der Weiſe zu Stande kommen zu laſſen, wie das auf dem Regensburger Reichstage angeregt worden war. Nach wie vor hielt er an dem Gedanken feſt, daß, um zu einer Geſundung der Verhältniſſe im Reiche zu gelangen, die beiden entgegengeſetzten Bündniſſe aufgelöſt und der Schwerpunkt der Verfaſſung wieder in die noch beſtehenden einheitlichen Einrichtungen verlegt werden müſſe. Die Verbindung des Kaiſers mit dem einen dieſer Bündniſſe ſah er nicht als ein abſolutes Hemmniß für die Durchführung dieſes Programms an. Er meinte im Gegentheil, der Liga dadurch ihren extrem katholiſchen Charakter, den ſie namentlich durch die folgerichtige und einheitliche Leitung Herzog Maximilians von Bayern erhalten hatte, abſtreifen zu können. Er hoffte, ſie in einen Bund zur Aufrechthaltung des Religions- und Profanfriedens, ähnlich wie es einſt das Landsberger Bündniß geweſen war, umwandeln zu können; in dieſem Sinne ſtrebte er ſogar darnach, auch den Proteſtanten den Zutritt zu ermöglichen, ſtieß aber hierbei auf den nachdrücklichen Widerſtand Herzog Maximilians.

Dagegen ſtanden ſonſt die Ausſichten für die von ihm verfolgte Vermittelungspolitik doch nicht ſo ungünſtig, wie es wohl ſcheinen konnte. Sowohl unter den Katholiken wie unter den Proteſtanten gab es doch neben denjenigen, welche die religiöſen Fragen als die einzig entſcheidenden und daher nothwendig tremenden auffaßten, auch gemäßigte Elemente, welche die

Rückſichten auf den Frieden des Vaterlandes und das Beſtehen der gemeinſamen einheitlichen Einrichtungen deſſelben in den Vordergrund ſtellten. Man hat ſie deshalb wohl „die Politiker“ genannt. Ihr Einfluß war aber darum kein geringer, weil ſich jetzt unter den gemäßigten Elementen beider Parteien ernſtlich die Beſorgniß vor einem verheerenden Kriege geltend machte. Selbſt Geizkofler, der früher in den vermittelnden Vorſchlägen doch bei weitem nicht ſo weit gegangen war als Kleſel, ſchloß ſich jetzt den Gedanken des Letzteren an. Wir beſitzen von ihm ein in dieſem verſöhnlichen Sinne gehaltenes Gutachten aus dem Jahre 1614, in welchem er ſehr energiſch davor warnt, durch Unnachgiebigkeit ein verhängnißvolles Blutvergießen herbeizuführen, und offen zugiebt, daß die Forderungen der Proteſtanten im Weſentlichen doch nur auf gleichmäßiges und unparteiiſches Recht und auf die Erhaltung ihrer Freiheiten hinausliefen, die man ihnen wohl gewähren könne, ohne die Exiſtenz und Vorherrſchaft der katholiſchen Kirche zu gefährden. Aehnliche Tendenzen, die mit den Kleſelſchen Beſtrebungen übereinſtimmten, regten ſich nun aber auch unter den gemäßigten Proteſtanten, namentlich unter den Bisthums-Adminiſtratoren, die durch den beſtehenden Zuſtand der Spannung ihre ganze Exiſtenz, ſelbſt die innere Verwaltung ihrer Stifter in Frage geſtellt ſahen. Hatten ſie doch alle noch immer nicht die Belehnung des Kaiſers, auf der im letzten Grunde rechtlich die Ausübung ihrer Herrſchaft beruhte, empfangen. In dieſer bedrängten Lage hat ſich der Vornehmſte von ihnen, der Adminiſtrator von Magdeburg, ſogar zu dem Anerbieten verſtanden, er wolle auf die Ausübung ſeines Sitz- und Stimmrechts auf dem Reichstage verzichten und dennoch die ohne ſeine Mitwirkung beſchloſſenen Reichscontributionen leiſten, wenn der Kaiſer ihm nur die Belehnung ertheilen wolle.

Auf dieſe gemäßigten „Politiker“ beider Parteien ſuchte ſich Kleſel in ſeinen Vermittelungsverſuchen zu ſtützen; allein naturgemäß erregte er dadurch den lebhaften Widerſpruch namentlich der ſchroff-katholiſchen Elemente, vor Allem den der geiſtlichen Kurfürſten und des Herzogs Maximilian von Bayern, die von Zugeſtändniſſen an die Proteſtanten nicht das Mindeſte hören wollten und den Gedanken eines paritätiſchen Compoſitionstages weit von ſich wieſen. Recht eigentlich im Gegenſatze hierzu forderte Maximilian von Bayern vielmehr eine vorläufige Verſammlung der Katholiken, welche ihrerſeits die Bedingungen einer Ausſöhnung mit den Proteſtanten erſt feſtſetzen ſolle. Daß auf dieſem Wege eine annehmbare Grundlage zur Verſtändigung nicht gewonnen werden könne, mußte Kleſel von vornherein klar ſein.

Während er ſo mit ſeiner Vermittelungspolitik bei den extrem katholiſchen Fürſten auf den nachdrücklichſten Widerſtand ſtieß, wurde ſeine Lage noch durch die Schwierigkeiten, welche die Frage der Succeſſion mit ſich brachte, verſchlimmert.

Matthias war bei ſeinem Regierungsantritt ſchon fünfundfünfzig Jahre alt; obgleich er ſich in dieſem vorgerückten Alter noch mit Anna von Tyrol vermählt hatte, war doch auf Nachkommenſchaft nicht mehr zu rechnen. In

Folge deſſen war die katholiſch-ſpaniſche Partei gleich am Anfange ſeiner Regierung eifrig beſtrebt, die Nachfolge zu regeln, damit dieſelbe dem Hauſe Habsburg und dem Katholicismus geſichert bleibe. Unter den deutſchen Mitgliedern des Hauſes Habsburg drang namentlich der Erzherzog Maximilian, der früher einmal ſelbſt viele Ausſicht gehabt hatte, zum Kaiſerthum zu gelangen, jetzt mit Eifer auf die Beſtimmung der Nachfolge; und zwar trat er energiſch für den ſtreng-katholiſchen, freilich durch ſeine bis zur Grauſamkeit harte Reſtaurationspolitik in ſeinen Erblanden bei den Proteſtanten beſonders verhaßten Erzherzog Ferdinand von Steiermark ein. Indem er ſelbſt auf jeden Anſpruch auf die Nachfolge verzichtete, ſuchte er auch den Erzherzog Albrecht, der im Jahre 1612 der einzige ernſte Nebenbuhler Matthias' geweſen war, zu dem gleichen Verzicht zu bewegen. Gleich eifrig war für die endgiltige Regelung der Succeſſionsfrage der ſpaniſche Geſandte Oñate thätig. Doch war das ſpaniſche Cabinet nicht von vornherein für Ferdinand einzutreten bereit, machte vielmehr jetzt ſehr ernſtlich jenen Anſpruch Philipps III. ſelbſt geltend, der ſich auf die Abſtammung von einer Tochter Maximilians II. ſtützte. Mit Nachdruck wurde von ſpaniſcher Seite geltend gemacht, daß dieſer Nachfolgeanſpruch der näher berechtigte vor dem der ſteiermärkiſchen Seitenlinie ſei. Wir werden ſehen, welche Opfer es ſpäter koſtete, Philipp III. zum Verzicht auf ſeinen Anſpruch und zur Zulaſſung der Candidatur Ferdinands zu bewegen.

Vorerſt aber ſtieß die Regelung der Nachfolge, ähnlich wie früher bei Rudolf, ſo jetzt bei Matthias ſelbſt auf den entſchiedenſten Widerſtand. Der Kaiſer war ſich völlig klar darüber, daß die Wahl Ferdinands zu ſeinem Nachfolger dieſem einen beſtimmenden Einfluß auf die Regierung ſchon bei ſeinen Lebzeiten verſchaffen werde. Aus demſelben Grunde war auch Kleſel gegen die Regelung der Succeſſion, die ihn aller Vorausſicht nach ſofort ſeiner beherrſchenden Stellung am kaiſerlichen Hofe beraubt hätte. Der Kaiſer und ſein leitender Miniſter waren in dieſer Frage völlig mit einander einverſtanden. Wie aber hätte dies nicht auch auf ihr ſonſtiges Verhältniß zu einander von Einfluß ſein ſollen? Das Kleſelſche Programm trat um ſo mehr wieder in den Vordergrund, als es vortrefflich dazu dienen konnte, die Erledigung der Succeſſionsfrage auf unbeſtimmte Zeit zu vertagen. Denn nicht ohne Berechtigung konnte Kleſel behaupten, daß dieſe nicht eher erledigt werden könne, als bis ein Ausgleich mit den Proteſtanten herbeigeführt ſei; denn ſonſt würden Kurpfalz und Kurbrandenburg, welche beide Mitglieder der Union ſeien, nicht auf dem Wahltage erſcheinen, ſo daß es zu einer reichsrechtlich giltigen Wahl eines Nachfolgers gar nicht kommen könne. Compoſition und Succeſſion erſchienen nach dieſer Auffaſſung in untrennbarer Verbindung. In beiden Fragen aber ſtanden die ſpaniſchen wie die deutſchen Mitglieder des Hauſes Habsburg in ausgeſprochenem ſchroffem Gegenſatze zu dem leitenden Miniſter des Kaiſers und zu dieſem ſelbſt. Ein neuer Conflict im Kaiſerhauſe fing an ſich anzubahnen.

Unter diesen Umständen war es Klesel in hohem Maße erwünscht, daß die Unirten, welche sich im Februar 1615 in Nürnberg zu einem Bundestage zusammenfanden, den Kaiser nochmals nachdrücklich um die Einsetzung der auf dem Regensburger Reichstage in Aussicht genommenen Compositionsdeputation ersuchten und diesem Verlangen dadurch Nachdruck zu geben strebten, daß sie beschlossen, auch mit den protestantischen Ständen Böhmens, die in lebhafter Besorgniß vor einer eventuellen Nachfolge Ferdinands lebten, in Verbindung zu treten. Ueberhaupt konnte Klesel, um die Nothwendigkeit der Composition und der Aufschiebung der Regelung der Succession zu erreichen, mit Recht darauf aufmerksam machen, daß die Union sich in letzter Zeit wesentlich verstärkt habe und daher vermehrte Rücksicht verdiene. Es hatte Aufsehen gemacht, daß auf dem Nürnberger Unionstage sich auch französische, englische, dänische und holländische Gesandte eingefunden hatten und in lebhafte Verhandlungen mit den unirten Fürsten getreten waren. Im October 1615 schloß sich dann ein Städtetag zu Eßlingen dem Bunde der Union mit den Generalstaaten an und beschloß, jährlich 45000 Gulden in die Bundescasse zu zahlen.

Klesel konnte daher nicht ohne Berechtigung behaupten, daß ein Ausgleich mit den Protestanten jetzt mehr denn je geboten erscheine, wenn man nicht den letzten Zusammenhalt des Reiches aufs Spiel setzen wollte. Er nahm in der That die Verhandlungen über die Composition wieder auf, stieß aber wiederum namentlich bei den geistlichen Kurfürsten auf unüberwindlichen Widerstand.

Noch viel heftiger aber war derselbe bei den Erzherzögen, die dadurch die Regelung der Nachfolgefrage aufs Neue vereitelt sahen. In diesen Kreisen fing man jetzt an, sehr ernstlich auf den Sturz des kaiserlichen leitenden Ministers hinzuarbeiten, der mit seiner ränkevollen Politik Alles verderbe. Man dachte daran, ohne Rücksicht auf ihn und den Kaiser einen Kurfürstentag zusammentreten zu lassen, der sich dann nicht mit der Composition, sondern nur mit der Succession zu beschäftigen habe. Aber noch weit radicalere Bestrebungen traten innerhalb der Habsburger Familie hervor; der hauptsächlichste Vertreter derselben war der Erzherzog Maximilian. Ungeheures Aufsehen machte es, als eine Denkschrift bekannt wurde, welche dieser im Februar 1616 dem Kaiser eingereicht hatte. Hier wurde vorgeschlagen, der Kaiser solle, ohne die Liga aufzulösen, unabhängig von ihr ein großes Heer unter Erzherzog Ferdinand aufstellen, wozu Spanien die Kosten bewilligen werde, dadurch alle Ungehorsamen erschrecken und von den Jülichschen Landen aus den Krieg gegen die Niederländer eröffnen, im Reiche selbst aber eine Militärdictatur aufstellen. Es waren Gedanken, die an die Pläne des Erzherzogs Leopold erinnern, die sie aber an Verwegenheit und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Herkommen und der Verfassung des Reiches noch übertreffen. War es schon eine revolutionäre Maßregel, wenn man vorgeschlagen hatte, einen Kurfürstentag ohne Bewilligung des Kaisers abzuhalten, so waren

die leitenden Gedanken des Gutachtens des Erzherzogs ein noch weit ſchärferer Schlag gegen die geſammte Reichsverfaſſung, vor deſſen Folgen aber Maximilian keineswegs zurückſchreckte. Er gab der Meinung Ausdruck, daß Sachſens Stimme für die Wahl Ferdinands ſchon zu haben ſein werde, und daß man dann auf Pfalz und Brandenburg, wenn dieſe auf ihrem Widerſtande verharrten, keine Rückſicht nehmen ſolle. Vor Allem aber drang er darauf, daß zunächſt Ferdinands Nachfolge in den Erblanden, namentlich in Böhmen, ſichergeſtellt werden müſſe. Wenn Kleſel ihn darauf aufmerkſam machte, daß das darum von ſehr großen Schwierigkeiten begleitet ſein werde, weil die Böhmen, die nachdrücklich auf ihrem Wahlrecht beſtänden, eine unüberwindliche Abneigung gegen Ferdinand empfänden, von dem ſie eine jeſuitiſche Reaction befürchteten, ſo maß Maximilian dieſen Einwürfen keine entſcheidende Bedeutung bei. Er gab der Anſicht Ausdruck, daß das Wahlrecht der Böhmen ſehr zweifelhafter Art ſei, daß die böhmiſche Krone vielmehr als erblich im Hauſe Habsburg zu betrachten ſei. Außerdem aber könne man ſich ja auf die katholiſchen Elemente des böhmiſchen Adels ſtützen und dann verſuchen, auch einige der proteſtantiſchen zu gewinnen.

Die Spannung zwiſchen den Erzherzögen, namentlich Maximilian, und Kleſel wurde durch dieſe Verhandlungen natürlich keineswegs vermindert. Im Gegentheil, Maximilian war mehr als je gegen Kleſel aufgebracht, weil er ihm, wohl mit Recht, die Schuld daran beimaß, daß jenes von ihm dem Kaiſer erſtattete Gutachten bekannt geworden war und ſo großes Aufſehen bei den Proteſtanten hervorgerufen hatte. Sein Haß gegen den Miniſter des Kaiſers ging ſo weit, daß er ſehr ernſtlich ſchon jetzt an gewaltſame Mittel dachte, um ihn zu beſeitigen. Jedenfalls war er nicht geneigt, ſich in ſeinen Beſtrebungen um die Regelung der Nachfolge Ferdinands durch ihn irgendwie behindern zu laſſen.

Zu dieſer endgiltigen Regelung gehörte aber vor Allem eine Vereinbarung mit dem ſpaniſchen Hofe, der ſeine Anſprüche, die er jetzt für Philipps III. Sohn Karlos geltend machte, bisher keineswegs fallen gelaſſen hatte. Es kam zu ſehr eingehenden Verhandlungen zwiſchen Ferdinand und dem ſpaniſchen Geſandten, in denen ſich jedoch bald zeigte, daß es Spanien weniger auf die wirkliche Nachfolge, als auf eine angemeſſene Entſchädigung für den Verzicht auf ſeine Erbanſprüche ankomme. In der That ließ ſich Ferdinand, der ſeinen vornehmſten Rückhalt bei Spanien zu ſuchen entſchloſſen und angewieſen war, zu einer ſolchen Entſchädigung bereit finden. Im Juni 1617 unterzeichnete er eine geheime Verſchreibung, nach welcher nach Matthias' Tode die Landgrafſchaft Elſaß, die Landvogtei Hagenau und die Grafſchaft Ortenburg an Spanien übergehen ſollte.

Mit Recht hat Ranke dieſen Vertag einen verhängnißvollen genannt. Denn an ihn knüpfen ſich in der That „die Uebergriffe der Spanier in dem folgenden Jahrzehnt, eigentlich die Wiederaufnahme ihrer alten Territorialpolitik, gegen welche ſich dann die Franzoſen erhoben. Er bildet überhaupt

einen der vornehmſten Momente des großen Conflicts von Europa, aus dem eine Umgeſtaltung der Machtverhältniſſe hervorging".

Aber zu verkennen iſt nicht, daß Ferdinand den Abſchluß deſſelben nicht vermeiden konnte; er war gleichſam die Vorbedingung für das Zuſtandekommen ſeiner Nachfolge. Nachdem die Einigung mit Spanien vollzogen war, vermochte aller Widerſtand Kleſels nicht mehr, die Anerkennung der Nachfolge Ferdinands zu verhindern. Zuerſt in Böhmen wurde ſie durchgeſetzt. Zwar leiſteten die Führer der proteſtantiſchen Partei, namentlich Graf Heinrich Matthias von Thurn, energiſchen Widerſtand, und eine regelrechte Wahl wäre in der That nicht durchzuſetzen geweſen. Aber eine ſolche lag auch gar nicht in den Intentionen der habsburgiſchen Erzherzöge. Die Anhänger Ferdinands, die Katholikenführer Lobkowitz, Slawata, Martinitz und Adam von Sternberg, behaupteten mit voller Beſtimmtheit, daß Böhmen ſeit dem Jahre 1526 ein Erbreich ſei. Ferdinand wurde dementſprechend nicht gewählt, ſondern nur „einſtimmig angenommen"; am 29. Juni 1617 wurde die Krönung als König von Böhmen an ihm vollzogen.

Aber gerade dieſe gegen das Widerſtreben des Kaiſers und Kleſels von den Erzherzögen durchgeſetzte Krönung des fanatiſch-katholiſchen Erzherzogs Ferdinand von Steiermark zum Könige von Böhmen ſollte dann in ihren weiteren Folgen die Veranlaſſung werden, daß noch zu Lebzeiten des Kaiſers Matthias und bevor die Nachfolge im Reiche endgiltig geregelt war, der verderbliche Krieg ausbrach, der dreißig Jahre lang Deutſchland und ganz Europa mit ſeinem Schrecken erfüllte.

Zweites Buch.

Der dreißigjährige Krieg.

Erſte Periode.

Der böhmiſch-pfälziſche Krieg.

(1618—1623.)

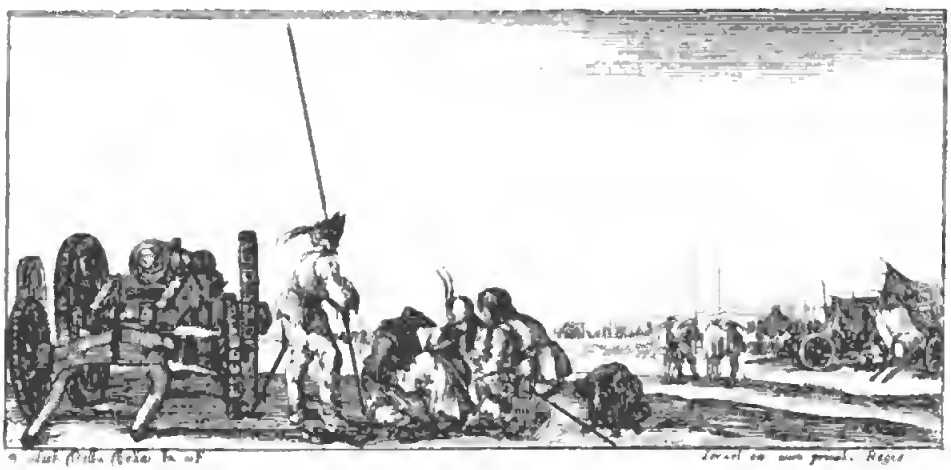
Mit grauſamer Folgerichtigkeit hatte die Entwickelung im Deutſchen Reiche dahin geführt, daß nur eine Entſcheidung durch die Schärfe des Schwertes den ſchweren, aber unvermeidlichen Ausweg aus einer unhaltbaren und unentwirrbaren Lage eröffnen zu können ſchien. Seitdem die beiden großen kirchlich-religiöſen Parteien, welche innerhalb der reichsgeſetzlichen Formen einen Ausgleich ihrer entgegengeſetzten Beſtrebungen und Intereſſen nicht mehr finden konnten, ſich in militäriſch organiſirten Bündniſſen gegenüberſtanden, konnte es nur noch eine Frage der Zeit ſein, in welchem Augenblicke der ſeit lange angehäufte Zündſtoff ſich mit furchtbarer Heftigkeit entladen werde. Schon hatte es zu wiederholten Malen und an den verſchiedenſten Stellen im Reiche grell gewetterleuchtet: im Jahre 1610 wurde der Ausbruch eines unabſehbaren Kampfes nur durch den plötzlichen Tod Heinrichs IV. verhütet; 1614 war die Lage in Jülich ſchon wieder zu einer Höhe der Spannung gediehen, daß man allgemein eine kriegeriſche Entſcheidung erwartete. Noch drohender hatte ſich die Lage in den letzten Regierungsjahren Rudolfs und während der Regierung des Kaiſers Matthias in den eigentlichen Erblanden des Hauſes Habsburg geſtaltet, die in dieſer ganzen Periode gleichſam einen Mikrokosmus der gleichartigen Bewegungen im geſammten Reiche dargeſtellt hatten. Union und Liga hatten ihre Vorläuferinnen in den Bündniſſen der Katholiken und Proteſtanten unter einander in den öſterreichiſchen Gebieten gefunden. Hier wie dort war es der Widerſtand der herrſchenden Gewalten gegen die mächtige proteſtantiſche Bewegung in den weiteſten Kreiſen des Volkes, welcher den Conflict heraufbeſchwor und ſeine gewaltſame Löſung unvermeidlich erſcheinen ließ. Die Unhaltbarkeit der Lage zeigte ſich vor Allem darin, daß dem Proteſtantismus weder im Reiche noch in den Erbländern eine rechtliche Vertretung ſeiner Intereſſen gewährt wurde, welche der Zahl ſeiner Anhänger auch nur einigermaßen entſprochen hätte. Namentlich war es den Proteſtanten im Reiche völlig unmöglich gemacht, ſelbſt die unzweifelhaft berechtigten Forderungen, die ſie an die Centralgewalt ſtellten, auf geſetzlichem Wege zur Geltung zu bringen, weil ſie von der feſtſtehenden, zumeiſt aus altkirchlichen geiſtlichen Fürſten zuſammengeſetzten Mehrheit des Fürſtenrathes ſtets und in allen Fragen niedergeſtimmt wurden. Dieſer Zuſtand konnte nur in einigermaßen gerechter Weiſe geändert werden, wenn den Proteſtanten wenigſtens die eine, ſelbſt von ſtrengen Katholiken als berechtigt

anerkannte Forderung bewilligt worden wäre, daß die protestantischen Administratoren geistlicher Stifter ihr Recht auf Sitz und Stimme im Reichstage ausüben dürften. In der That war es ein Widersinn, diese Administratoren im ruhigen Besitz der Regierung ihrer Länder zu lassen und ihnen dann doch die Ausübung der reichsrechtlichen Befugnisse zu versagen. Mit voller Klarheit und vielem Nachdruck hatte das vor Allem Klesel wiederholt offen zugestanden und auf Bewilligung dieser Forderung gedrungen. Aber seine Mahnungen verhallten ungehört. Die katholische Mehrheit bestand auf ihrem Schein; sie war naiv genug, offen einzugestehen, aus welchem Grunde sie es thue. Herzog Maximilian von Bayern hat es einmal offen ausgesprochen, daß den protestantischen Administratoren Sitz und Stimme im Reichstage unter keinen Umständen gestattet werden dürfe, weil dann die katholische Mehrheit im Fürstenrathe in Frage gestellt würde; und gehe man dieser verlustig, so sei die katholische Kirche in ihrer Existenz bedroht. Darin liegt doch das offene Zugeständniß, daß die katholische Religion und Kirche in sich selbst nicht die Kraft zu selbständiger Existenz habe, daß der Protestantismus die geistig stärkere Bewegung sei, die, sobald man ihr Freiheit der Bewegung und Sprengung der reichsrechtlichen Fesseln, in die man sie gelegt hatte, gewähre, alsbald die katholische Kirche völlig matt setzen werde. Wer aber wollte es dem Protestantismus verdenken, daß er sich diese Freiheit zu schaffen, daß er die Fesseln zu sprengen suchte, die seine Bewegung durch eine ungerechte und in gar keinem Verhältniß zur Bevölkerungszahl der beiden Kirchen stehende Vertheilung der Stimmen einengten? Die einen wollten für den neuen Inhalt eine neue Form, verlangten Berücksichtigung der gänzlich veränderten Verhältnisse, die anderen wollten unter allen Umständen den bestehenden, für ihre Interessen vortheilhaften, aber der Idee der Gerechtigkeit in keiner Weise entsprechenden Zustand mit allen Mitteln aufrecht erhalten oder gar noch zu ihren Gunsten rückwärts revidiren. Zwischen diesen beiden entgegengesetzten Parteien, deren jede starr und fest auf ihrem Standpunkte beharrte, wäre eine Ausgleichung nur möglich gewesen durch eine über beiden stehende starke Centralgewalt. Eine solche aber gab es im Reiche nicht, und wenn sie wirklich die Macht zu einem solchen Ausgleiche besessen hätte, so würde sie sie nicht angewendet haben. Der heute im Großen und Ganzen zu vollem Durchbruch gekommene Gedanke der Parität war in der That dem siebzehnten Jahrhundert unfaßbar. Eine Form für ein gemeinsames Wirken und Schaffen religiös entgegengesetzter Elemente auf allen nicht kirchlichen Gebieten des Staatslebens war nicht etwa nur den Katholiken, sondern ganz ebenso den Protestanten völlig unbekannt. Wo die Protestanten die Macht in der Hand hatten, in den einzelnen protestantischen Territorialstaaten, wandten sie dieselbe ebenso zur Bekämpfung Andersgläubiger an, wie die katholischen Fürsten in ihren Gebieten. Der Versuch einer Vermittelung, wie ihn Klesel anfangs unternommen hatte, war gescheitert und mußte scheitern, weil alle Zugeständnisse, die man dem Gegner formell gemacht hatte, immer nur formell blieben

und als erzwungen galten. Das aufrichtige und rückhaltlose Streben, seine protestantischen Unterthanen wirklich und in vollem Umfange den katholischen gleichzustellen, hat Matthias ganz ebenso fern gelegen wie seinen Vorgängern. Seine religiösen Bewilligungen waren immer nur Verlegenheitsauskünfte in Augenblicken einer gefahrdrohenden Krisis, die nie aufrichtig und mit wahrer Ueberzeugung beobachtet wurden. Eben weil es so war, mußten die Ausgleichsverhandlungen auf dem Regensburger Reichstage scheitern, aus demselben Grunde kamen die dort in Aussicht genommenen Compositionsverhandlungen gar nicht zu Stande. Wollten die Protestanten im Reiche wirklich zu ihrem Rechte und zu einer wirksamen Vertretung ihrer Existenz kommen, so mußten sie diese nicht durch den Reichsverband, sondern trotz desselben und unabhängig von ihm erreichen, wie sie dies in der Union versuchten. Daß der Reichsverband selbst aber auf diese Weise ein immer schattenhafteres Gebilde wurde, daß an die Stelle desselben immer mehr die Einzelstaaten traten, in die sich thatsächlich mehr und mehr die staatenbildende Kraft des Volkes zurückzog, liegt auf der Hand. Es war in der That so weit gekommen, daß ein wirkliches staatliches Leben nur noch möglich war, wenn die Fesseln, welche das alte Reich trotz seiner Schwäche doch noch immer der Entwickelung der Einzelstaaten anlegte, gesprengt wurden. Dann konnten wenigstens in den Einzelstaaten des Reiches, das auf diesem Wege aus einem Bundesstaate ein Staatenbund wurde, neue tüchtige Kräfte emporkommen, die dereinst vielleicht den Weg finden konnten, der Zersplitterung eine Einheit auf neuen Grundlagen folgen zu lassen. Die alten Grundlagen waren morsch und unhaltbar; sie *mußten* zusammenbrechen, um Raum für neue, festere frei zu machen. Aber daß dieser Zusammenbruch eines auf einer Tradition von fast einem Jahrtausend beruhenden Gebäudes nicht ohne gewaltige, furchtbare Zuckungen vor sich gehen konnte, liegt auf der Hand.

Zunächst aber schien es, als wenn von dem allgemeinen Zusammenbruch in erster Linie nicht das Deutsche Reich, sondern vor Allem die habsburgisch-österreichische Monarchie betroffen werden sollte. Wir sagten schon, daß dieselbe im Großen und Ganzen ein Abbild des Reiches im Kleinen bildete. Hier wie dort ein katholischer Herrscher an der Spitze eines Volkes, welches in seiner überwiegenden Mehrheit dem Protestantismus anhängt; hier wie da unausgesetzte Versuche, die entgegengesetzten Elemente doch in einem einheitlichen staatlichen Verbande zusammenzuhalten, hier wie dort dasselbe unmögliche Bestreben der Monarchie, durch Ausgleichsversuche und Zugeständnisse im Kleinen, die man doch nicht aufrichtig zu halten gesonnen ist, den drohenden Sturm zu beschwören. Daß dieser Sturm zuerst in den österreichischen Erblanden ausbrach, lag vor Allem daran, daß hier die monarchische Gewalt doch eine weit unmittelbarere Einwirkung und weiter reichende Gewalt in den Händen hatte, so daß jeder Fehlgriff, jedes Zuwiderhandeln der staatlichen Autorität gegen die von ihr selbst verliehenen Privilegien sich weit unmittelbarer fühlbar machte. Dazu kam, daß gerade in den Krisen unter der schwachen Regierung

Rudolfs II. den Proteſtanten weitgehende Privilegien hatten ertheilt werden müſſen, die Matthias nicht in vollem Umfange beobachten konnte, ohne ſich in Gegenſatz zu ſeinen Glaubensgenoſſen zu ſetzen. In dem Augenblicke aber, in welchem er jene Privilegien thatſächlich verletzte, war die Empörung von proteſtantiſcher Seite unvermeidlich, wie ſie es dereinſt unter Rudolf geweſen war. Diesmal aber blieb dann der Funke, der in Böhmen aufflammte, nicht wie in den Jahren 1608 und 1611 auf das Land, in dem er emporgeflogen war, beſchränkt, ſondern entzündete ein Feuer, welches ganz Europa mit ſeinen verheerenden Flammen erfüllte.



Lagerſcene.

Facſimile der Radierung von Stefano della Bella (1610—1664).

Der Urſprung des böhmiſchen Aufſtandes.

Recht eigentlich durch den Wunſch und Willen der Unterthanen in den verſchiedenen Erbländern der habsburgiſchen Monarchie war dereinſt Erzherzog Matthias noch bei Lebzeiten ſeines Bruders, Kaiſer Rudolfs, zum König von Ungarn und Böhmen, zum Herrſcher der geſammten öſterreichiſchen Monarchie emporgeſtiegen. Allein es war nicht die Liebe zu ihm, ſondern der Unwille über die unerträgliche Mißregierung Rudolfs geweſen, welcher dieſe Entwickelung veranlaßt hatte. „Los von Rudolf!“ war der allgemeine Ruf geweſen, in den ſchließlich ſelbſt ein ſo gemäßigter Mann wie Zierotin in Mähren eingeſtimmt hatte. Aber man hatte ſich nicht von Rudolf losgeſagt und Matthias angeſchloſſen, um ſich nun von dieſem in derſelben oder doch in ähnlicher Weiſe behandeln zu laſſen wie von Rudolf. Von Anfang an hatten die Stände der verſchiedenen Erbländer dem neuen Herrſcher, ehe ſie ſich ihm voll und ganz anſchloſſen, ganz beſtimmt formulirte Bedingungen geſtellt, die ſich vornehmlich auf die Sicherung der religiöſen Freiheit der zum überwiegenden Theil proteſtantiſchen Bevölkerung bezogen. Matthias war, um der Mißwirthſchaft Rudolfs ein Ende zu machen und ſelbſt zur Herrſchaft zu gelangen, auf die meiſten dieſer Bedingungen eingegangen. Aber die Art, wie er ſie, eben weil ſie ſeiner innerſten Geſinnung nicht entſprachen, zur Durchführung brachte, fand doch keineswegs die Zuſtimmung ſeiner Unterthanen. Gleich, nachdem er thatſächlich zur Herrſchaft gelangt war, noch bevor dieſelbe formell anerkannt war, gerieth er in Oeſterreich und Ungarn in ernſte Differenzen mit ſeinen Ständen, die nur mit Mühe durch die unermüdliche Ausgleichsthätigkeit Zierotins beigelegt werden konnten. In Böhmen aber ſollte es dann zu einem Conflicte kommen, den friedlich beizulegen ſelbſt einem größeren Staatsmanne, als Zierotin es war, unmöglich geweſen wäre.

Der Urſprung deſſelben geht auf jenes große Privileg zurück, welches die Stände im Jahre 1609 dem ſchwachen Kaiſer Rudolf abgetrotzt hatten und welches unter dem Namen des Majeſtätsbriefes bekannt iſt. Wir ſahen, daß in dieſem Privileg den böhmiſchen Unterthanen Rudolfs in der That die freie Wahl des Bekenntniſſes in der Hauptſache freigeſtellt wurde. Dagegen war das Recht des Kirchenbaus in dem Majeſtätsbriefe ſelbſt nur den drei landtagsfähigen Ständen, Herren, Rittern und königlichen Städten, zugeſtanden worden. Daneben aber war gleichzeitig zwiſchen den katholiſchen und proteſtantiſchen Ständen ein Vergleich abgeſchloſſen worden, in welchem

dieſes wichtige Recht des Kirchenbaues auch auf die Bewohner königlicher Güter ausgedehnt wurde. Nun gehörten nach der bisherigen böhmiſchen Tradition, welche der Krone das freie Verfügungsrecht über die geiſtlichen Güter einräumte, dieſe zur königlichen Kammer. Die Proteſtanten waren daher unzweifelhaft im Recht, wenn ſie behaupteten, daß unter den „königlichen Gütern“ die geiſtlichen Güter mit einbegriffen ſeien. Ohne alle Frage haben ſie die Beſtimmung des Vergleichs von vornherein in dieſem Sinne aufgefaßt, ſonſt hätten ſie es in jenem Augenblicke, in welchem Rudolf thatſächlich ihre Forderungen bewilligen mußte, mühelos erreichen können, daß die Befugniß des Kirchenbaues ausdrücklich auch auf die Bewohner geiſtlicher Güter ausgedehnt worden wäre. Daß ſie dies nicht thaten, war ohne Frage eine Läſſigkeit und ein verhängnißvoller Fehler. Denn eben dadurch haben ſie erſt die Möglichkeit einer andern, ihnen ungünſtigen Auslegung herbeigeführt, die in dem Augenblicke Wirklichkeit werden konnte und geworden iſt, in welchem die Katholiken die Geſammtlage als zu ihren Gunſten verſchoben betrachten konnten.

Der Verſuch einer der proteſtantiſchen entgegengeſetzten Auslegung jenes Vergleichs, d. h. der Verſuch, den Bewohnern geiſtlicher Güter das Recht des Kirchenbaues zu verſagen, wurde ſchon ſehr früh gemacht. Matthias war kaum nach Beſtätigung des Majeſtätsbriefes und des Vergleiches zum Könige von Böhmen gekrönt, als er ſchon in einem beſtimmten Falle ſich für eine den Proteſtanten ungünſtige Auslegung jenes Artikels entſchied.

Die in ihrer großen Mehrheit proteſtantiſchen Bürger der dem dortigen Benedictinerſtift gehörigen Stadt Braunau, welche ſchon ſeit Jahren in Streitigkeiten mit dem Abte dieſes Stifts, Wolfgang Selender, lebten, hatten im Jahre 1611 mit dem Bau einer proteſtantiſchen Kirche begonnen. Alsbald beſchwerte ſich der Abt hierüber als über eine Verletzung der beſtehenden Geſetze bei dem eben gekrönten neuen Könige von Böhmen. Matthias täuſchte ſich nicht über die Wichtigkeit des Vorganges. Er beobachtete ein ſcheinbar objectives Verfahren, indem er von den oberſten Beamten ſeiner Krone ein Gutachten darüber verlangte, ob den Bewohnern geiſtlicher Güter der Bau eigener Kirchen ohne Bewilligung der Grundherrſchaft geſtattet ſei. Als darauf, wie er erwartet hatte, ein von einigen katholiſchen Kronbeamten verfaßtes Gutachten einlief, welches dieſe Frage verneinte, verbot Matthias am 25. Auguſt 1611 den Weiterbau. Natürlich erfolgte ſofort von Seiten der proteſtantiſchen Stände und der Defenſoren ein nachdrücklicher Einſpruch gegen dieſe Entſcheidung, weil der geiſtliche Beſitz zur königlichen Kammer gehöre. Die Proteſtanten konnten ſich dabei nicht bloß auf die von vornherein von ihnen beabſichtigte Interpretation jenes Artikels, ſondern auch auf die faſt ein Jahrhundert lang von den böhmiſchen Königen geübte Praxis berufen und darauf hinweiſen, daß dieſelben ſeit Ferdinand I. vollkommen frei durch Schenkungen und Verkäufe über die geiſtlichen Güter verfügt hatten. Das Recht dazu hatte ſelbſt der ſtreng katholiſche Kanzler Lobkowitz

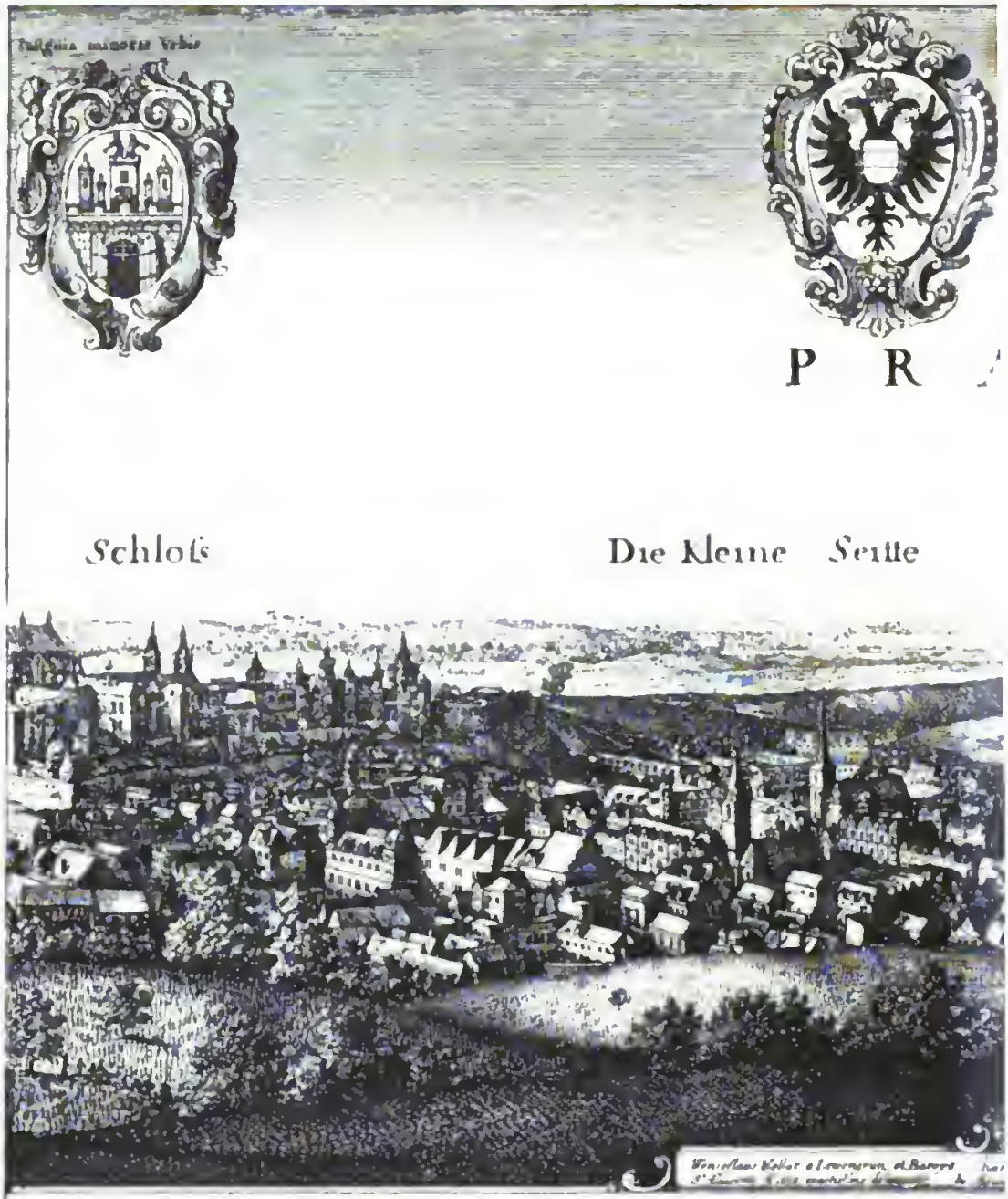
anerkannt. Da der Kaiser bald darauf sich zur Entgegennahme der Huldigung nach Schlesien und der Lausitz begab, so nahmen die Defensoren ihrerseits die Sache in die Hand und beriefen nach dem ihnen ebenfalls im Jahre 1609 zugestandenen Rechte eine Versammlung der protestantischen Landesbeamten und königlichen Räthe, die dann die Braunauer aufforderte, ihre Kirche weiter zu bauen, und den Kaiser von dieser Maßregel in Kenntniß setzte (11. November 1611). Die Bürger von Braunau hielten sich danach für berechtigt, den Bau fortzusetzen und brachten ihn im Jahre 1612 seiner Vollendung nahe. Der Kaiser trug dann seinerseits Bedenken, die extremen Maßregeln, welche ihm von katholischer Seite angerathen wurden, zu ergreifen, und so ruhte die Sache zunächst volle zwei Jahre.

Ganz ähnlich war die Sachlage in Klostergrab, nur war hier die Frage der Gutsherrlichkeit, die von dem benachbarten Kloster Ossek in Anspruch genommen wurde, lange Zeit streitig gewesen, so daß der Kirchenbau zunächst ohne erhebliche Schwierigkeiten zu Ende gediehen war. Dann aber hatte sich der Erzbischof von Prag, Johann Lohelius, ein katholischer Eiferer, der Sache angenommen und hatte die Kirche 1614 schließen lassen und dadurch der weiteren Benutzung entzogen.

Hand in Hand mit diesen Verletzungen des 1609 abgeschlossenen Vergleichs waren eine Reihe von Maßregeln ergangen, welche der Kaiser auf seinen eigenen, unzweifelhaft unter jenen Vergleich fallenden Gütern vorgenommen hatte. Er hatte dem Prager Erzbischof im October 1612 die geistliche Oberaufsicht über seine Güter aufgetragen, um dort den Katholicismus wiederherzustellen. Die Erregung über diese offenkundigen Verletzungen des Majestätsbriefes mußte aber für den Kaiser um so größere Schwierigkeiten im Gefolge haben, als er es nun nicht mehr länger vermeiden konnte, den schon bei seiner Krönung versprochenen Generallandtag zu berufen, dem er die damals unerledigt gebliebenen Forderungen (S. 121) der Stände zur Berathung vorzulegen zugesagt hatte. Er suchte dieser Nothwendigkeit noch einmal aus dem Wege zu gehen, indem er im Jahre 1614 statt eines Generallandtages einen speciell böhmischen Landtag, nicht nach Prag, sondern nach der katholischen Stadt Budweis einberief. Aber die Absicht, die protestantischen Stände dadurch nachgiebiger zu machen, schlug völlig fehl. Ebenso wenig führte die Versammlung von Ausschüssen der Stände aller Erbländer, welche Matthias im August desselben Jahres in Linz veranstaltete und die man wohl als einen ersten Versuch eines gesammtösterreichischen Reichstages bezeichnen kann, zum Ziele. Er mußte sich endlich doch zur Einberufung des Generallandtages entschließen, der dann am 15. Juni 1615 in Prag eröffnet wurde. Derselbe ist in mehr als einer Beziehung beachtenswerth, vor Allem aber dadurch, daß hier von zwei diametral entgegengesetzten Gesichts- und Zielpunkten aus zum ersten Male der Versuch unternommen wurde, das bloße Nebeneinander der verschiedenen Bestandtheile der österreichischen Monarchie, die bisher nur in der Person des Herrschers zu einer Einheit

verbunden waren, zu einer ſtrafferen Centraliſation zu organiſiren. Aber während die Stände, an die Beſtrebungen von 1608 und 1611 anknüpfend, in erſter Linie darauf ausgingen, dieſe ſtraffere Einigung unter ſich ſelbſt herbeizuführen, d. h. ſich zu gemeinſamer Vertheidigung ihrer Rechte gegenüber dem gemeinſamen Herrſcher zuſammenzuſchließen, ſuchte Kleſel dieſer von den Ständen angeſtrebten Conföderation einen ganz andern, nicht centralſtändiſchen, ſondern centralſtaatlichen Charakter zu verleihen. Er wollte nicht eine Vereinigung der Stände gegenüber dem Herrſcher, ſondern eine Vereinigung derſelben mit dem Herrſcher gegenüber dem Auslande, namentlich alſo zu gemeinſamer Abwehr gemeinſamer Feinde begründen. Es war ein ausſichts- und zukunftsreicher Gedanke, den er vertrat, der aber in dieſem Stadium der Entwicklung, bei der vorherrſchenden Spannung zwiſchen Herrſcher und Ständen, nicht verwirklicht werden konnte. Gleichwohl ſcheint er der hiſtoriſchen Beachtung in hohem Maße werth. Hat doch Kleſel zuerſt u. A. den Vorſchlag gemacht, ein feſtorganiſirtes ſtehendes Heer von 40 000 Mann aus allen Erbländern zu organiſiren, während es bisher ſtets den einzelnen Grenzländern überlaſſen worden war, ſich mit ihren eigenen, vereinzelten Kräften der Angriffe äußerer Feinde, wie namentlich der Türken, zu erwehren.

Daneben aber ließ es ſich der Generallandtag natürlich vor Allem angelegen ſein, ſeine Beſchwerden über die mancherlei Verletzungen des Majeſtätsbriefes vorzulegen. Allein erſt im Mai 1616 entſchloß ſich der Kaiſer dazu, mehreren Defenſoren der proteſtantiſchen Stände eine Antwort auf dieſe Beſchwerden, die ſich namentlich auf die Angelegenheit des Kirchenbaues in Braunau und Kloſtergrab bezogen, zu geben. Sie lautete durchaus ablehnend; Matthias erklärte geradezu, er könne nicht finden, „daß den geiſtlichen Unterthanen Kirchen zu bauen zugelaſſen ſei“. Nach dieſer ſchroff zurückweiſenden und die ſchwebende Principienfrage zu ihren Ungunſten entſcheidenden Antwort begannen die proteſtantiſchen Stände nicht ohne Berechtigung zu fürchten, daß das Ziel der Regierung die Katholiſirung des geſammten geiſtlichen und königlichen Beſitzes ſei. Die dadurch hervorgerufene Gährung wurde erheblich geſteigert, als nach der Erhebung des fanatiſch katholiſchen Erzherzogs Ferdinand auf den böhmiſchen Königsthron die religiöſe Reaction zu noch weit extremeren Maßregeln griff. Die Bewohner der königlichen Güter, denen im Majeſtätsbrief Religionsfreiheit zugeſtanden worden war, ſollten jetzt geradezu zur Annahme des katholiſchen Glaubens oder zur Auswanderung gezwungen werden. Die Ausführung dieſes Vorhabens wurde zwar zunächſt auf einige, ſcheinbar zufällig gewählte Orte beſchränkt. Allein ſchon dieſe vorbereitenden Maßregeln legten die Befürchtung nahe, als wolle die Regierung in Böhmen mit denſelben Mitteln wirken, mit denen Ferdinand in ſeinen Erbländern den Proteſtantismus bis zur Vernichtung bekämpft hatte. In der That bewegte ſich die praktiſche Politik der Regierung bereits offenkundig in dieſer Richtung. In den königlichen Städten wurden Proteſtanten nicht mehr zur Aufnahme in den Bürger-



Ansicht von Prag. Facsimile eines Teils de

der Radirung von Wenzel Hollar (1607—1677).

Digitized by Google

verband zugelassen, zu Hauptleuten der königlichen Herrschaften wurden nur noch Katholiken ernannt. Selbst die durchweg protestantischen Städte, namentlich Prag und Leitmeritz, wurden zur Aufnahme von Katholiken in den Bürgerverband gezwungen, die dann alsbald auch in die Rathsverfassung einzudringen und dort ihre katholischen Bestrebungen zu verfechten suchten. Um dies zu erleichtern, wurde durch die „Instruction" an die Prager Königsrichter vom 4. November 1617 der Stadt Prag eine neue Gemeindeordnung octroyirt, welche die Autonomie der Stadt nahezu aufhob und die Königsrichter zu Herren derselben machte. Danach sollte der Königsrichter bei allen Versammlungen der Gemeinde den Vorsitz führen, Einsicht in alle Acten derselben nehmen; nichts sollte ohne sein Vorwissen berathen und entschieden werden, keine Sitzung des Gemeinderathes ohne seine vorherige Erlaubniß stattfinden; schließlich sollten auch die Rechnungen der Gemeinde ihm zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt werden. Es war nur natürlich, daß in Folge so schroff katholisirender und in die verbrieften Rechte der Stände eingreifender Maßregeln die bisher von der protestantischen Mehrheit in den Hintergrund gedrängten Katholiken anfingen, sehr stolz und zuversichtlich ihr Haupt zu erheben. Selbst im gesellschaftlichen Verkehr fing das an hervorzutreten. Man erzählte sich von mehrfachen Aeußerungen von katholischer Seite, die in einem die Protestanten offen bedrohenden Sinne gehalten waren. Selbst hervorragende katholische Beamte ließen sich vernehmen, bald werde in Böhmen kein anderer Glaube als der katholische geduldet werden; ja bis zu persönlichen Drohungen ließen sich die Katholiken hinreißen. Man vernahm, daß der oberste Münzmeister, Wilhelm von Wresowic, geäußert habe, die Defensoren würden bestraft werden; namentlich müsse den Grafen Thurn und Schlick, ferner Wilhelm von Lobkowitz und dem „Ziegenbart" (Budowec) der Kopf abgeschlagen werden.

Durch alles dies wurde die Erregung der Protestanten erheblich gesteigert. Und da alle Beschwerden nichts fruchteten, der Kaiser vielmehr am 12. December 1617 endgiltig verfügte, die Braunauer hätten ihre protestantische Kirche dem Abte abzutreten, so kam es zu offenen Gewaltsamkeiten. Eine Deputation von fünf Braunauer Bürgern, die in Prag erschien, wurde dort festgehalten und in den weißen Thurm geworfen; nicht anders erging es einer zweiten. Als nun Bürgermeister und Rath sich fügen und die Kirche wirklich sperren wollten, griff die Bevölkerung zu den Waffen und widersetzte sich nachdrücklich der Schließung der Kirche. Als dann im December 1617 der Erzbischof von Prag die Kirche zu Klostergrab gar niederreißen ließ, glaubten die auf Grund des Majestätsbriefes eingesetzten Defensoren, nicht mehr länger unthätig bleiben zu dürfen, beriefen vielmehr, von jenem ihnen von Rudolf zugestandenen Rechte Gebrauch machend, auf den 5. März 1618 eine Versammlung sämmtlicher protestantischen obersten Beamten und Räthe und je sechs Deputirter aus jedem Kreise des Landes zu einer Berathung über diese Vorgänge ein, die dann am 6. März eröffnet wurde. In dieser Versammlung erlangte

alsbald der Graf Heinrich Matthias von Thurn, der eifrigſte Vorfechter der proteſtantiſchen Sache, den entſcheidenden Einfluß. In der am 6. März im Carolinum in Prag abgehaltenen Eröffnungsverſammlung hielt er einen zündenden Vortrag über die Bedrückungen der Proteſtanten in Braunau, Kloſtergrab und auf den königlichen Gütern. Alsdann verſuchten die Defenſoren, die ſich des Ernſtes und der Gefahr der Lage wohl bewußt waren, der Verſammlung ſelbſt die Initiative zu dem weiteren Vorgehen zuzuſchieben. Allein die Verſammelten verlangten vielmehr, daß die Defenſoren Mittel zur Abſtellung der Beſchwerden in Vorſchlag bringen ſollten. Dieſe riethen nun zu einer Eingabe an die Statthalter des Kaiſers, welche dieſer bei ſeiner Abreiſe von Prag nach Wien (November 1617), zehn an der Zahl, ſieben Katholiken und drei Proteſtanten, in Prag zurückgelaſſen hatte und unter denen der Oberſtburggraf Adam von Sternberg, der Oberſthofmeiſter Adam von Waldſtein und die als katholiſche Eiferer bekannten Herren von Slawata und Martinitz die erſten Stellen einnahmen. Für den Fall, daß dieſe Eingabe an die Statthalter keinen Erfolg habe, ſolle ſie an den Kaiſer geſchickt werden. Die Statthalter, welche von dieſen Vorgängen im Carolinum natürlich unterrichtet waren, ſuchten zunächſt der Ueberreichung der Bittſchrift aus dem Wege zu gehen und waren zweimal, als die ſtändiſche Deputation unter Führung des Grafen Andreas Schlick auf der Kanzlei erſchien, nicht anweſend. Endlich aber mußten ſie ſich doch entſchließen, die Eingabe entgegenzunehmen. Ihre Antwort aber lautete in allen Punkten ablehnend. Nunmehr beſchloſſen die proteſtantiſchen Stände, ſich nicht nur an den Kaiſer zu wenden, ſondern auch ein Geſuch an die Stände der böhmiſchen Nebenländer abzuſchicken und dieſe um ihre Fürbitte bei Matthias zu erſuchen. Nachdem die Schreiben abgegangen waren, wurde die Verſammlung bis zum Eintreffen der Antwort des Kaiſers, die man nach etwa ſechs Wochen erwartete, vertagt und dem entſprechend der Wiederzuſammentritt derſelben auf den 21. Mai anberaumt.

Diesmal erkannte man am kaiſerlichen Hofe mit voller Deutlichkeit die Wichtigkeit der Sache und beſchleunigte die Antwort ſo ſehr, daß ſie ſchon am 21. März von Wien abgehen konnte. Sie war nicht an die Defenſoren, ſondern an die Statthalter gerichtet und lautete ſchroff ablehnend. Matthias erklärte zunächſt, daß er eine Wiederholung bezw. die Wiedereröffnung des Proteſtantentages nicht dulden, vielmehr die Urheber dieſer Vorgänge vor Gericht ſtellen werde. Er forderte dann die Statthalter auf, die Defenſoren vorzuladen und ihnen zu befehlen, ſie ſollten die für den Mai wieder einberufene Verſammlung rückgängig machen. Die Behandlung der Braunauer und Kloſtergraber Angelegenheit wurde ausdrücklich für rechtmäßig erklärt und behauptet, daß der Majeſtätsbrief und der Vergleich dadurch nicht verletzt ſeien.

Es konnte kein Zweifel ſein, daß dieſe Antwort die Erbitterung nur vermehren werde. Man nahm in proteſtantiſchen Kreiſen an, daß ſie nicht von der kaiſerlichen Kanzlei, ſondern von Slawata und Martinitz verfaßt ſei, ſo daß ſich gegen dieſe beiden Statthalter die Hauptwuth der erregten

Bevölkerung richtete. Thatsächlich ist sie aber von Klesel entworfen, der also in diesem Falle seinen vermittelnden Tendenzen untreu wurde und wieder ganz in das ausschließlich katholische Fahrwasser seiner ersten Jahre zurück gerieth.

Als die Prager Statthalter am 28. März den Defensoren die Antwort mittheilten und sie aufforderten, die Wiedereinberufung des Protestantentages auf den 21. Mai zurückzunehmen, erwiderten diese, das sei unmöglich: sie hätten sich bisher streng innerhalb der Schranken des Gesetzes gehalten; die Abhaltung derartiger Versammlungen sei ihnen durch die Artikel von 1609 ausdrücklich gestattet. Da versuchten die Statthalter ihrerseits der Versammlung entgegenzuwirken, indem sie an die königlichen Beamten in den Städten den gemessenen Befehl erließen, die Bürger von jeder Theilnahme an den protestantischen Zusammenkünften abzuhalten. Einigen besonders geschickten katholischen Agitatoren gelang es sogar, Loyalitätsadressen in einigen Städten, so in der Hauptstadt selbst, zu Stande zu bringen. Der Secretär Michna vor Allem war unermüdlich thätig und suchte dem Protestantismus dadurch Boden abzugewinnen, daß er die alten utraquistischen Bestrebungen ihm gegenüber unterstützte.

Aber von durchgreifender Wirkung waren alle diese Maßregeln doch nicht; die Leiter der protestantischen Bewegung zeigten vielmehr eine ernste und zielbewußte Entschlossenheit. An dem Zustandekommen des Protestantentages konnte kein Zweifel sein, obwohl das Verbot desselben in einem zweiten, in der Form etwas milder und nachgiebiger gehaltenen Schreiben des Kaisers vom 17. April wiederholt wurde. Die protestantischen Stände erschienen zur festgesetzten Zeit in großer Anzahl in Prag, nur einige städtische Deputirte fehlten. Am 21. Mai wurde die Versammlung wieder eröffnet, die in ihrem Verlaufe den verhängnißvollen Conflict zu offenem, nicht wieder rückgängig zu machendem Ausbruche bringen sollte.

In der Eröffnungsversammlung selbst erschienen zwei Beamte der Statthalterei und forderten die Versammlung auf, nach dem Schloß zu kommen. Dort wurde ihnen ein vom 16. Mai datirtes kaiserliches Schreiben vorgelesen, welches das Verbot der Versammlung nochmals wiederholte, im Uebrigen aber mild gehalten war und die Versicherung enthielt, daß an eine Verkürzung der ständischen Freiheit nicht gedacht werde. Darauf fand am 22. Mai eine weitere Berathung der Protestanten statt, in der Graf Thurn die Versammelten zu Vorsichtsmaßregeln gegenüber etwaigen Gewaltsamkeiten der Statthalter warnte. In Folge dessen wurde eine Deputation an diese geschickt, welche die Erlaubniß erbitten sollte, daß die Stände sich bewaffnet in der Burg einfinden dürften, um die Antwort auf das kaiserliche Schreiben zu überbringen. Diese Erlaubniß wurde in der That ertheilt und darf wohl als ein Beweis dafür betrachtet werden, daß die Statthalter eine Gewaltthat gegen die Protestanten nicht im Schilde führten. Wohl aber waren die energischen Führer der letzteren, namentlich Graf Thurn, durch die fortwährenden Verletzungen des Majestätsbriefes und den Mangel an sachlichem Entgegenkommen in den Erlassen des Kaisers aufs Aeußerste gereizt, jetzt fest

entſchloſſen, den Bruch zu einem unheilbaren zu machen und ſich die religiöſe Freiheit, die ihnen der Kaiſer zu entreißen trachtete, im Kampfe mit demſelben zu retten. Es kann in der That kein Zweifel ſein, daß die Gewaltthat gegen die Statthalter, welche am folgenden Tage erfolgte und ſo ungeheures Aufſehen in ganz Europa machte, nicht eine That augenblicklicher Erregung war, ſondern von Thurn mit einigen Vertrauten in einer Beſprechung in dem Palaſte Albrecht Smirickys förmlich beſchloſſen wurde. Dunkle Gerüchte davon gingen in der Stadt um und veranlaßten den als katholiſchen Agitator beſonders verhaßten Sekretär Michna, in der Nacht vom 22. zum 23. Mai nach Wien zu entfliehen.

Am Morgen des 23. verſammelten ſich dann die Mitglieder des Proteſtantentages im Carolinum und ſetzten ſich in langem bewaffnetem Zuge, der ſich unterwegs durch Volksmaſſen beſtändig verſtärkte, nach der Burg in Bewegung, um dem Statthalter die Antwort auf das kaiſerliche Schreiben vom 16. zu überbringen. In der neunten Morgenſtunde kam der Zug vor dem Schloſſe an, in deſſen Landtagslokalitäten den Ständen erſt die entworfene Antwort vorgeleſen wurde, welche u. A. die directe Frage an die Statthalter enthielt, ob und welchen Antheil ſie an der Redaction des kaiſerlichen Drohſchreibens vom 21. März gehabt hätten. Dann ſuchte man die Statthalter in ihrem Sitzungsſaale auf. Anweſend waren in dem mäßig großen Raume nur vier von den zehn Statthaltern: Der Oberſtburggraf Adam von Sternberg mit ſeinem Schwiegerſohne, dem Burggrafen von Karlſtein Jaroslaw von Martinitz, der Oberſtlandrichter Wilhelm von Slawata und der Grandprior des Maltheſerordens Diepold von Lobkowitz; außerdem der bis dahin in den kirchlich-ſtändiſchen Kämpfen nie genannte Sekretär M. Philipp Fabricius. Von den Ständen fand nur ein Theil in dem Sitzungszimmer Platz, die anderen mußten auf der Treppe Halt machen. Bald nach dem Eintritt der Stände kam es zu erregten Auseinanderſetzungen zwiſchen einem der Deputirten, Paul von Riczan, und dem Oberſtburggrafen. Alsdann verlas der erſtere die Antwort der Stände und legte dabei namentlich Nachdruck auf jene Frage, ob die Statthalter an der Abfaſſung des kaiſerlichen Drohſchreibens vom 21. März betheiligt ſeien. Als der Oberſtburggraf eine Antwort hierauf verweigerte, weil dies eine unter den Begriff der Amtsverſchwiegenheit fallende Frage ſei, und dann Aufſchub verlangte, um ſich mit den abweſenden Statthaltern, namentlich mit Adam von Waldſtein, zu berathen, bemächtigte ſich der Stände, unter denen Thurn, Fels und Lobkowitz die lauteſte Oppoſition machten, eine ſtets wachſende und von den Führern bewußt geſchürte Erregung, die ſich namentlich ſtürmiſch Luft machte, als Graf Schlick mit Donnerſtimme ſich gegen Slawata und Martinitz wandte und dieſe als die Urheber alles Unglücks bezeichnete. Der Haß gegen dieſe beiden Männer, die in der That an den gegen den Proteſtantismus gerichteten Maßregeln der Regierung einen hervorragenden Antheil gehabt hatten, machte ſich in immer leidenſchaftlicheren Kundgebungen geltend, während dem Oberſtburggrafen und dem Grandprior

wiederholt die Verſicherung ertheilt wurde, daß man gegen ſie nichts habe. Als nun aber Thurn, Fels und Lobkowitz den beiden angegriffenen Statthaltern direct zuriefen, es handle ſich um ihr Leben, mit dem ſie für all ihr Thun büßen müßten, und dann die Frage an die Verſammelten richteten, ob das auch ihre Meinung ſei, überkam die Verſammlung doch ein plötzliches Grauſen, ſo daß kein bejahender Laut die Stille unterbrach. Von Neuem kam es dann noch einmal zu heftigen Auseinanderſetzungen, in denen namentlich Riczan alle die Handlungen der Angegriffenen, durch die ſie den Majeſtätsbrief verletzt hätten, aufzählte und mit den Worten ſchloß: „Da die Stände thatſächlich überzeugt ſind, daß die beiden Herren als Verletzer des Majeſtätsbriefes anzuſehen ſind, ſo erklären ſie dieſelben für ihre und des Gemeinwohls Feinde.“ Jetzt, in der aufs Höchſte geſteigerten Erregung fand dieſe Erklärung einſtimmigen Beifall. Nach einer kurzen erregten letzten Verhandlung, während deren man die für die Angegriffenen in bewegten Worten Fürbitte einlegenden beiden anderen Statthalter, Sternberg und Lobkowitz, aus der Kanzlei gewaltſam entfernte, zogen Thurn und Wilhelm von Lobkowitz Slawata und Martinitz an die Fenſter des Zimmers und ſtürzten ſie, von mehreren anderen unterſtützt, in den an dieſer Stelle achtundzwanzig Ellen tiefen Graben hinab; dann traf den Geheimſchreiber Fabricius, gegen den eigentlich gar keine ernſtlichen Beſchwerden vorlagen, gegen den ſich aber der allgemeine Haß an Stelle des entflohenen Sekretärs Michna kehrte, daſſelbe Schickſal. Allein wie durch ein Wunder entkamen alle drei dem ſcheinbar ſicheren Tode und vermochten ſich faſt unverletzt aus dem Bereich ihrer Feinde zu retten, obwohl ihnen noch eine Anzahl von Kugeln nachgeſendet wurden. Die Katholiken ſäumten nicht, dieſe wunderbare Rettung dem unmittelbaren Eingreifen Gottes oder der Jungfrau Maria zuzuſchreiben, während die Proteſtanten behaupteten, daß die Betroffenen dadurch dem ſonſt ſicheren Tode entgangen ſeien, daß ſie auf einen an dieſer Stelle angeſammelten Kehrichthaufen fielen.

Daran aber konnte von vornherein kein Zweifel ſein, daß durch dieſen an hervorragenden Beamten des Kaiſers begangenen Gewaltſtreich, der allüberall das ungeheuerſte Aufſehen machte, eine Ausſöhnung der Stände mit Matthias unendlich erſchwert, wenn nicht unmöglich gemacht war. Wenn die Führer, namentlich Graf Thurn, wirklich, wie nach vielfachen Anzeichen mit Sicherheit anzunehmen iſt, einen ſolchen unheilbaren Bruch mit dem Kaiſer beabſichtigt hatten, ſo war es nun die höchſte Zeit, die Conſequenzen aus dieſer Handlungsweiſe zu ziehen und den Aufſtand im Großen zu organiſiren, die Streitkräfte auszurüſten, welche zu offenem Kampfe mit dem Kaiſer erforderlich waren. Hierfür war nun die entſcheidende Frage, wie ſich die übrigen Erbländer der öſterreichiſchen Monarchie, die im Jahre 1611 ein enges Bündniß mit den böhmiſchen Ständen geſchloſſen hatten, wie ſich außerdem die anderen deutſchen Staaten zu dieſer offenen Gewaltthat der böhmiſchen Proteſtanten ſtellen würden.

Die Organisation des Aufstandes. Klesels Sturz und der Tod des Kaisers Matthias.

Die erste Handlung, welche die böhmischen Stände nach dem verhängnißvollen Fenstersturze vornahmen und vornehmen mußten, war die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Denn wenn auch zunächst zum Scheine die Fiction aufrecht erhalten wurde, daß sich die gewaltsame Erhebung nicht gegen den Kaiser, sondern gegen dessen böhmische Regierung richte, so konnte es doch keinem Zweifel unterliegen, daß man ernsten und schwierigen Verwickelungen entgegenging, für die man vorbereitet sein mußte. Es wurde also eine provisorische Regierung von dreißig Mitgliedern eingesetzt, deren Präsident Wenzel Wilhelm von Ruppa wurde, während Graf Thurn an die Spitze des von den Ständen in aller Eile angeworbenen Heeres trat. In kurzer Zeit war das ganze, seiner überwiegenden Mehrheit nach protestantische Land in offenem Aufruhr. Von dem in Aussicht genommenen allgemeinen Aufgebot, mit dem man traurige Erfahrungen machte, mußten die Directoren sehr bald absehen und sich mit Werbungen begnügen. Mitte Juni waren 3000 Mann zu Fuß und 1100 Reiter ausgerüstet und gemustert, mit denen sich Thurn am 16. Juni gegen die österreichische Grenze in Bewegung setzte. Allein schon jetzt stießen die weiteren in Aussicht genommenen Werbungen, welche das Heer auf 8000 Mann bringen sollten, auf finanzielle Schwierigkeiten, da die 60 000 Gulden monatlicher Steuern, welche in die Kassen fließen sollten, nicht ganz regelmäßig eingingen, jedenfalls aber in keiner Weise zur Bestreitung der sehr erheblichen Heereskosten ausreichten. In Folge dessen sahen sich die Directoren zunächst zur Berufung eines Landtags genöthigt, der am 25. Juni von Ruppa eröffnet wurde und in der That außer den im Jahre 1615 votirten Steuern noch weitere 385 000 Thaler für die Rüstungen bewilligte.

Vor Allem aber kam es nun darauf an, welche Stellung die übrigen Erbländer zu dem Aufstande einnehmen würden, ob man von ihrer Seite auf thatkräftige Unterstützung rechnen könne. In dieser Beziehung erfüllten sich die Hoffnungen, welche man gehegt hatte, doch nicht in vollem Maße. Zwar fand das Vorgehen der Böhmen überall die wärmsten Sympathieen, aber zunächst beobachteten die einzelnen Länder doch eine ruhige und zuwartende Haltung, obgleich die böhmischen Stände sogleich durch eigene Agenten auf den offenen Anschluß ihrer Verbündeten von 1611 hinarbeiteten. Am schwierigsten für die Aufständischen war die Lage gerade in dem Lande,

Digitized by Google

von welchem dereinſt unter Rudolf der Anſtoß zur allgemeinen Empörung ausgegangen war: in Ungarn, weil dort gerade der Reichstag verſammelt war, der Ferdinand zum Könige zu wählen und zu krönen beſtimmt war. So wurden die zum Anſchluſſe an Böhmen geneigten proteſtantiſchen Elemente durch Ferdinands Anweſenheit in Schach gehalten; ſie konnten es nicht einmal verhindern, daß der Abgeſandte der böhmiſchen Stände, der Rector der Prager Univerſität Dr. Jeſſenius, von dem neuernannten katholiſchen Palatin Forgach gefangen geſetzt und nach Wien gebracht wurde. Auch in Ober- und Niederöſterreich, wo die Sympathieen für den Aufſtand der Böhmen beſonders ſtark waren, konnte zunächſt nichts Ernſtliches zu ſeiner Unterſtützung geſchehen, weil das Prager Ereigniß gar zu plötzlich und unerwartet eingetreten war. Die Stände begnügten ſich zunächſt damit, dem Kaiſer ſehr nachdrücklich einen Ausgleich mit den böhmiſchen Ständen anzurathen. Am ſicherſten hatten die Böhmen auf den Anſchluß Mährens gerechnet; gerade hier aber wurden ihre Hoffnungen vorerſt am grauſamſten getäuſcht, und zwar gerade durch den Mann, auf den man am beſtimmteſten gerechnet hatte, durch Karl von Zierotin. Er, welcher dereinſt im Jahre 1608 einer der eifrigſten Organiſatoren des Aufſtandes gegen Rudolf geweſen war, beobachtete jetzt eine gänzlich veränderte Haltung, deren Gründe wahrſcheinlich nie mit voller Sicherheit feſtzuſtellen ſein werden. Das Wahrſcheinlichſte iſt wohl, daß er über die Berechtigung der böhmiſchen Beſchwerden nicht ausreichend unterrichtet war, außerdem aber den Aufſtand in dieſem Augenblicke für ausſichtslos hielt. Genug, er ſah in einem friedlichen Ausgleiche zwiſchen dem Kaiſer und den Ständen die einzige Rettung und ſtellte ſich dem erſteren für die zu dieſem Zwecke einzuleitenden Verhandlungen zur Verfügung. Je eifriger er aber ſich um dieſe Vermittelung bemühte, um ſo nachdrücklicher war er gegen jede thatkräftige Unterſtützung des böhmiſchen Aufſtandes. Er ließ ſich vom Kaiſer geradezu dafür gewinnen, in Mähren auf dem am 26. Juni eröffneten Landtage, auf dem ſich auch eine böhmiſche Geſandtſchaft eingefunden hatte, direct gegen den Anſchluß an Böhmen zu wirken. Durch ſeinen Einfluß kam der Beſchluß zu Stande, daß nicht, wie die Böhmen gebeten hatten, eine Geſandtſchaft nach Prag, ſondern eine Deputation nach Wien geſchickt werde. Und als dann am 13. Auguſt Ferdinand ſelbſt einen mähriſchen Landtag in Brünn eröffnete und dieſem die Forderung vorlegte, Mähren ſolle den kaiſerlichen Truppen den Durchzug geſtatten, erreichte er wirklich die Annahme derſelben, ſo daß eines der dann nach Böhmen zur Bewältigung des Aufſtandes einrückenden Heere thatſächlich ſeinen Weg durch Mähren nehmen konnte. Dagegen ſchlugen die den Böhmen günſtiger geſinnten ſchleſiſchen Stände dem Kaiſer den Durchmarſch der in Polen für ihn geſammelten Truppen ab. Hier war es namentlich der Markgraf Johann Georg von Jägerndorf, der eifrig zum offenen Anſchluſſe an den böhmiſchen Aufſtand trieb.

Zunächſt aber ſchien Zierotin Recht zu behalten; es ſchien in der That noch einmal trotz der von den Böhmen begangenen Gewaltthat zu ernſtlichen

Ausgleichsversuchen zu kommen. Sehr bezeichnend für die Lage ist es vor Allem, daß selbst die kaiserlichen Statthalter in Böhmen, welche die Gefahr der Lage deutlich erkannten, nachdrücklich zu einer friedlichen Beilegung des Conflictes riethen und der Meinung Ausdruck gaben, daß sich eine solche nur erreichen lassen werde, wenn der Kaiser nach Böhmen kommen und die Behandlung der Protestanten und der Kirchengüter „nach dem Gesetz" regeln wolle. Die Statthalter räumten damit offen ein, daß das bisherige Verhalten der kaiserlichen Regierung mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringen sei.

Der alte Kaiser und sein Hauptrathgeber Klesel, die zu ihrer religiösen Restaurationspolitik in erster Linie durch die Umgebung Ferdinands gedrängt worden waren, wären an sich, um Frieden und Ordnung herzustellen, zu einem gewissen Maße von Nachgiebigkeit bereit gewesen. Dagegen erklärte sich Ferdinand entschieden gegen einen Ausgleich und drängte zu entschlossenem Widerstande. Seine Auffassung aber fand eine kräftige Stütze an dem spanischen Gesandten Oñate, der sich geradezu bereit erklärte, bei seinem Könige auf eine thatkräftige Hilfeleistung, die außer einer erheblichen Geldsumme in einem Hilfsheer von 10—12000 Mann bestehen sollte, hinzuwirken.

Da nun aber der Kaiser auf Klesels Rath zunächst an seinen vermittelnden Bestrebungen festhielt und in mehreren, wesentlich milder als die früheren gehaltenen Manifesten an die böhmischen Stände vom 11., 18. und 23. Juni u. A. offen anerkannte, daß dieselben Grund zu Beschwerden hätten, und die Beobachtung aller Privilegien, also auch des Majestätsbriefes und des Vergleichs, zusagte, ohne freilich zuzugeben, daß dieselben bisher nicht beobachtet worden seien, da der Kaiser außerdem die Rüstungen, welche Ferdinand angerathen hatte, nur sehr lässig betrieb, so bemächtigte sich der Kriegspartei, namentlich Ferdinands selbst und des mit ihm einverstandenen Erzherzogs Maximilian, ein solcher Unwille gegen den verantwortlichen Leiter der kaiserlichen Politik, daß sie den Entschluß faßten, denselben gewaltsam aus der Umgebung des Kaisers zu entfernen. Die Erinnerung an den hartnäckigen Widerstand, welcher von dem Cardinal der Ordnung der Nachfolgefrage Jahre lang entgegengesetzt worden war, wirkte dabei ebenfalls mit. Die Umgebung Ferdinands sah in Klesel den Hauptvertreter und Urheber derjenigen Richtung der kaiserlichen Politik, der sie sich stets entgegengestellt hatte. Auch der spanische Gesandte Oñate theilte diese Auffassung und munterte Ferdinand und Maximilian auf, den Sturz Klesels herbeizuführen. Allein an einer directen Gewaltthat gegen ihn theilzunehmen, lehnte er doch ab. Ferdinand und Maximilian aber schritten alsbald zur Ausführung ihres Vorhabens. Am 20. Juli 1618 wurde Klesel, als er sich auf Grund einer vorherigen Verabredung zu einem Besuche beim Erzherzoge Maximilian in der Hofburg einfand, im Vorzimmer gefangen genommen, in einen sechsspännigen Wagen gesetzt und in achttägiger, fast ununterbrochener Fahrt nach Schloß Ambras in Tyrol gebracht und erst in

Ambras ſelbſt, dann in Innsbruck, ſpäter im Kloſter St. Georgenberg bei Schwaz in ſtrengem Gewahrſam gehalten, bis er endlich nach Jahren (1622) ſeine Freiheit wieder erhielt und nach weiteren fünf Jahren in ſeine Heimath zurückkehren durfte, wo er im Jahre 1637 geſtorben iſt.

Es war ein Gewaltſtreich gegen das Haupt des Hauſes Habsburg und das Oberhaupt des Deutſchen Reiches, der faſt ebenſo ſchlimm war, als das Vorgehen, welches dereinſt Matthias ſeinem Bruder Rudolf gegenüber eingeſchlagen hatte. Es war gleichſam die Gerechtigkeit des Schickſals, die ſich an ihm erfüllte. Die Gefangennahme ſeines vertrauteſten Miniſters hat in der That einen niederſchmetternden Eindruck auf den Kaiſer gemacht. Er war, als er die Kunde davon erhielt, vor Zorn und Entrüſtung keines Wortes mächtig. Er weigerte ſich einige Zeit, die Veranſtalter dieſes Gewaltſtreiches auch nur zu ſehen. Allmählich gelang es aber doch, ſeinen Unmuth zu beſänftigen, ja ſogar in gewiſſem Sinne ihn zu überzeugen, daß die Wirkſamkeit des Miniſters dem Reiche und den Erblanden Schaden geſtiftet habe, daß ſeine Entfernung daher ein Gebot der Nothwendigkeit geweſen ſei. Daß die von Ferdinand und Maximilian auf den Cardinal gehäuften Vorwürfe auch Matthias ſelbſt trafen, der ſeiner Politik die kaiſerliche Sanction gegeben hatte, ſchien dem Kaiſer nach den erſten Tagen der Entrüſtung nicht mehr voll und ganz zum Bewußtſein zu kommen. Als Ferdinand und Maximilian am 29. Juli Abbitte leiſten wollten, duldete er das, ebenſo wie dereinſt Rudolf, nicht, ſondern umarmte ſie und nahm ſie wieder zu Gnaden auf.

Die Hauptſache aber war, daß Ferdinand ſeinen Zweck vollkommen erreichte. Der Kaiſer, der ſeit Jahren ſich gewöhnt hatte, von Kleſel faſt völlig geleitet zu werden, beſaß nicht mehr die zu einer wirklich ſelbſtändigen Regierung erforderliche Thatkraft, ſondern überließ jetzt, da er ſeines früheren Berathers beraubt war, die Leitung der ſo ſehr complicirten und ſchwierigen böhmiſchen Angelegenheit ſeinem ſteiriſchen Vetter, der dann alsbald die Organiſirung des Widerſtandes gegen die böhmiſchen „Ketzer und Rebellen“ energiſch in die Hand nahm. Mit den Kleſel'ſchen Traditionen wurde gründlich gebrochen; er iſt nie mehr zu irgend einem Einfluß auf die politiſchen Geſchäfte gelangt.

Auf den weiteren Verlauf der Ereigniſſe hatte übrigens Kleſels Entfernung doch nicht einen ſo tiefgreifenden Einfluß, wie man wohl hätte erwarten dürfen. Ein wirklich großer Staatsmann war er nie geweſen, und die Tage einer mit kleinen Mitteln arbeitenden Vermittelungspolitik waren nach dem Ereigniß vom 23. Mai ein für alle Mal vorüber. Das hatte ſich am deutlichſten in der vollen Wirkungsloſigkeit der unter Kleſels Einfluß erlaſſenen, milderen und verſöhnlicheren Manifeſte des Kaiſers gezeigt. Der Conflict zwiſchen dem Staatsoberhaupte und ſeinen von ihm in ihren verbrieften Rechten bedrohten und gekränkten Unterthanen ließ ſich auf dem Wege einer mehr oder minder ſchwächlichen Vermittelung nicht mehr löſen.

Ferdinand war von vornherein entschlossen, mit voller Energie die Waffen in Bereitschaft zu setzen und es auf eine kriegerische Entscheidung ankommen zu lassen.

Die Aussichten für eine solche lagen nun allerdings zunächst für ihn traurig genug. In Ungarn hatte er zwar am 1. Juli vom Preßburger Reichstage seine Wahl und Krönung endlich nach langwierigen Verhandlungen, nicht ohne mancherlei Concessionen von seiner Seite durchgesetzt. Aber auf eine thatkräftige Unterstützung in seinem Kampfe gegen die Böhmen konnte er doch auch dort in keinem Falle rechnen. In Ober- und Niederösterreich aber herrschte eine starke Gährung gegen die kaiserliche Regierung, die über kurz oder lang zu einem Anschlusse an die Böhmen führen zu müssen schien. Gleichwohl zagte und zauderte Ferdinand nicht, sondern betrieb die Rüstungen mit großem Eifer. Im August war das Heer auf 14 000 Mann gebracht. Den Oberbefehl erhielt Buquoy, unter dessen Leitung Khuen und Dampierre standen. Der letztere brach alsbald mit 6000 Mann in Böhmen ein und drang bis Neuhaus vor.

Allein wenn Ferdinand geglaubt hatte, daß die Widerstandsfähigkeit der Böhmen alsbald bei dem Erscheinen eines kaiserlichen Heeres in sich zusammenbrechen werde, und diesen Glauben auch bei seinen Heerführern zu erwecken gesucht hatte, so sah er sich grausam getäuscht. Schon das erste geplante Unternehmen, die Einnahme von Neuhaus, scheiterte; die Besatzung verweigerte die Uebergabe, Dampierre mußte sich auf Bystric zurückziehen. Und auch als Khuen durch Mähren bis nach Polna in Böhmen vordrang und sich hier am 2. September mit Buquoy, vier Tage darauf bei Deutschbrod mit Dampierre vereinigte, trat die erhoffte Auflösung der böhmischen Truppen keineswegs ein; im Gegentheil, das kaiserliche Heerlager gerieth in Folge der leidenschaftlich feindseligen Gesinnung der Bevölkerung alsbald in einen so drückenden Mangel an Verpflegung und Munition, daß dadurch die beabsichtigten Operationen sehr erheblich erschwert wurden. Außerdem aber erkannte Buquoy nach kurzer Zeit mit voller Klarheit, daß auch die militärische Rüstung und Führung der Böhmen keineswegs so unbedeutend war, als man sie in der Umgebung Ferdinands anzusehen gewöhnt war. Vielmehr geboten die böhmischen Stände, welche neben Thurn noch einen zweiten Generallieutenant in dem Grafen von Hohenlohe gewonnen hatten, über ein Heer von 10—12 000 Mann, und ein neuer, gegen Ende August eröffneter böhmischer Landtag hatte weitere umfassende Aushebungen angeordnet. Gleichzeitig aber war es den böhmischen Ständen durch einen ganz unerwarteten Glücksfall gelungen, für ihr Heer eine neue, sehr werthvolle Verstärkung unter einem kühnen Führer zu finden. Der Graf Ernst von Mansfeld trat mit einer Armee von 2000 Mann, die bisher im Dienste des Herzogs Karl Emanuel von Savoyen gestanden hatte, in ihre Dienste.

Graf Ernst von Mansfeld, der in den kriegerischen Verwickelungen der nächsten Jahre eine hervorragende, wenn auch nicht immer rühmliche Rolle

Hic Arrebatum natiuam otiuitatem tantum non captam ab Henrico quarto Rege Galli-
arum: liberauit: Ostendam secundus militiæ princeps quadriennii constantia ad deditio-
nem compulit Wachtenduncum solida vi expugnauit Viennam iterato conseruauit
Austriam hostibus purgauit Bohemiam subegit Morauiam recuperauit Silesiam terre-
fecit: Hungariam debellauit Regis Franciæ impetum frustrauit Ac tandem in obsidi-
one Ouariana a suis turpiter deseritus decem confossus ab Hungaris vulneribus gene-
rose Domino animam reddidit 10 July Anno 1621.

General Graf von Buquoy.

Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

Digitized by Google

spielen sollte, hatte ein abentheuerliches und bewegtes Leben hinter sich, als er durch einen Zufall in böhmische Dienste verschlagen wurde. Er war als natürlicher Sohn des Fürsten Peter Ernst von Mansfeld im Jahre 1580 geboren. Schon als dreiundzwanzigjähriger junger Mann hatte er sich in den Kämpfen in Ungarn ausgezeichnet und war damals in nähere Beziehungen zu Matthias getreten. Allein seine zügellose Lebensweise hatte ihn dort in eine häßliche Spiel- und Duellgeschichte verwickelt, in deren Folge er seine Stellung niederlegen mußte. Dann hatte er in Belgien ein Reiterregiment befehligt, das sich aber durch Mangel an Disciplin, durch Räubereien und Gewaltsamkeiten aller Art auszeichnete und so gleichsam einen Vorgeschmack der Art der Kriegführung gab, welche Mansfeld später im dreißigjährigen Kriege in ein förmliches System gebracht hat. Später trat er in die Dienste des Erzherzogs Leopold bei dessen Jülicher, gegen die Protestanten gerichteten Werbungen; er fiel dort in die Hände des Grafen von Solms, der für Brandenburg und Kurpfalz das Commando in Düren führte, und trug dann keine Bedenken, aus den Diensten Leopolds in die seiner Gegner überzugehen. Endlich übernahm er die Führung eines von dem Herzoge von Savoyen in seinem Streit mit Spanien über Montferrat angeworbenen Heeres, das dann im Juni 1618 nach Beilegung dieses Streites aufgelöst werden sollte. Da erfuhr der Herzog, der nicht bloß zu der spanischen Linie, sondern zu dem gesammten Hause Habsburg in einem Verhältniß äußerster Feindseligkeit lebte, von dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes, in dem er alsbald eine unvergleichliche Gelegenheit, die Machtstellung der Habsburger zu bedrohen und in ernste Gefahr zu bringen, erkannte. Er theilte daher sofort, ohne erst von böhmischer Seite darum angegangen zu werden, dem Grafen Mansfeld seinen Entschluß mit, daß er von den 4000 Mann, die unter dessen Commando standen, die Hälfte weiter erhalten und den Böhmen zu Hilfe schicken wolle, wenn dies Geheimniß — denn offen wollte er noch nicht gegen das Haus Habsburg auftreten — nur drei Personen mitgetheilt werde: dem Kurfürsten von der Pfalz, dem Fürsten Christian von Anhalt und dem Markgrafen von Ansbach. Der Oeffentlichkeit gegenüber sollte also Mansfeld selbständig zu handeln und aus eigenem Entschlusse in die Dienste der Böhmen zu treten scheinen. Den Böhmen gegenüber aber trat der Kurfürst von der Pfalz, der sowohl mit ihnen als mit dem Herzog in sehr intimen Verhandlungen stand und den ersteren alsbald schon im Juli seine Hilfe zusagen ließ, als derjenige auf, dem sie diese Verstärkung ihres Heeres zu verdanken hätten. Der Kurpfälzer übernahm diese Rolle um so lieber, als er sich die Böhmen dadurch, ohne selbst etwas dafür leisten zu müssen, zu Dank verpflichtete und doch dem Kaiser gegenüber behaupten konnte, daß Mansfeld aus eigenem Antriebe handele, indem er in die Dienste der Böhmen trat.

Eben in den Tagen, in denen die kaiserlichen Heerführer von verschiedenen Seiten in Böhmen einrückten, trat nun Mansfeld als General der Artillerie

in das böhmische Heer ein und rückte mit seinen Truppen in die Gegend von Pilsen. Zwischen dieser Stadt und Klattau schlug er seine Quartiere auf. Gleichzeitig eilte Graf Thurn nunmehr nach Czaslau, wo sich seine Truppen inzwischen concentrirt und durch neue Zuzüge verstärkt hatten. Er stand dort in unmittelbarer Nähe der von Deutschbrod heranrückenden kaiserlichen Truppen, wich aber einer von diesen angebotenen Schlacht aus, weil er wußte, daß der große Mangel im kaiserlichen Heere dies auch ohne Kampf zum Rückzuge nöthigen werde. Es kam nur zu einigen kleinen Scharmützeln. In der That hatte Thurn richtig gerechnet; als am 17. September Hohenlohe mit frischen Streitkräften und einem Artillerieparke bei ihm eintraf, blieb Buquoy in Folge des drückenden Mangels an Lebensmitteln nichts anderes übrig, als sich gegen Ledec zurückzuziehen.

Noch bei Weitem günstiger wurde die Lage der Böhmen, als im October der schlesische Fürstentag, der bisher in seinen Berathungen unentschieden hin und her geschwankt hatte, den Beschluß faßte, sich dem böhmischen Aufstande anzuschließen, und den Markgrafen von Jägerndorf mit einem Heere von 3000 Mann den Böhmen zu Hilfe schickte.

Jetzt wurde Buquoys Lage in der That von Tag zu Tage schwieriger, da er weder neue Truppen noch Verpflegung vom kaiserlichen Hofe erhielt; ebenso erging es der kaiserlichen Besatzung von Budweis, deren Commandant Aulner dringend um Hilfe bat.

Vergebens versuchte der Kaiser jetzt, bei verschiedenen katholischen Fürsten, namentlich bei dem Herzoge Maximilian von Bayern und dem Erzbischofe von Salzburg, Hilfe an Geld und Munition zu erlangen. Als diese Versuche scheiterten, beschloß der kaiserliche Hof, die Vorräthe des städtischen Zeughauses in Wien in Anspruch zu nehmen. Allein die Bürgerschaft verweigerte entschlossen ihre Zustimmung. In dieser stetig wachsenden Nothlage, in die man durch die Unterschätzung der böhmischen Streitkräfte gerathen war, gewannen am kaiserlichen Hofe die Anhänger des Friedens wieder an Einfluß. Selbst Buquoy, der die gänzliche Unzulänglichkeit der kaiserlichen Streitkräfte deutlich erkannte, rieth energisch zu einem friedlichen Ausgleiche. Aber zu wirklich ernstlichen Verhandlungen, die in der That durch Vermittelung Zierotins versucht wurden, ließ es der weitere Fortgang der kriegerischen Operationen nicht kommen. Schon hatte Mansfeld mit der Belagerung der katholisch und kaiserlich gesinnten Stadt Pilsen begonnen, Buquoy und Dampierre aber wurden von Thurn mit so überlegenen Streitkräften bedrängt, daß sie sich gegen Ende October zu weiterem Rückzuge entschließen mußten, den der erstere gegen Neuhaus und Budweis nehmen wollte, während der letztere noch eine Zeit lang bei Pilgram stehen blieb, um den Rückzug nach Mähren vorzubereiten. Aber bevor er noch seinen Rückmarsch antreten konnte, wurde Dampierre am 3. November von Thurn in seinem Lager bei Pilgram angegriffen, erlitt starke Verluste und mußte nun den Rückzug mit erheblich geschwächten Kräften ausführen. An diesem Siege Thurns hatten bereits die

schlesischen Hilfstruppen thätigen Antheil genommen. Noch größer als der tactische war aber der moralische Erfolg, den Thurn dadurch gewonnen hatte. Die Niederlage Dampierres steigerte bei den Mähren die Neigung zum Anschlusse an Böhmen in dem Grade, daß sie dem auf dem Rückzuge nach Iglau begriffenen kaiserlichen Heere den Eintritt in diese Stadt verweigerten, so daß dasselbe, durch die Niederlage schon erheblich desorganisirt, nunmehr völliger Auflösung anheimfiel.

Während dieser Kämpfe Dampierres mit Thurn hatte Buquoy am 5. November vergeblich versucht, Neuhaus mit Sturm zu nehmen. Vier Tage darauf erlitt vielmehr auch er unweit Budweis eine Niederlage durch Thurn, in welcher er selbst verwundet wurde. Und um das Unglück des kaiserlichen Heeres voll zu machen, fiel am 21. November auch die hartnäckig vertheidigte Stadt Pilsen durch Sturm in Mansfelds Hände. Hätte sich Thurn in diesem Augenblicke auf das durch seine Niederlage und den beständigen Rückzug stark geschwächte Heer Buquoys geworfen, so wäre der Kaiser in eine im höchsten Maße gefährliche Lage gerathen. Allein statt dessen ließ er gegenüber Buquoy nur ein Beobachtungscorps unter Hohenlohe zurück und unternahm, den zweiten Schritt vor dem ersten versuchend, mit 4000 Mann einen Einfall ins österreichische Gebiet. Dort aber gelang es ihm wohl vorübergehende Vortheile, aber keinen dauernden Erfolg zu erringen. Zwar warf er Dampierre, der inzwischen neue Zuzüge erhalten hatte und mit diesen nach Oesterreich herbeigeeilt war, zurück, so daß man ernstlich für Wien zu fürchten begann, aber seine Hoffnungen auf den sofortigen Anschluß der österreichischen Stände verwirklichten sich zunächst nicht. Zwar erschien Starhemberg in seinem Lager und verhandelte mit ihm über die Dislokation der Truppen, aber den offenen Anschluß an den Aufstand machte er von dem Verhalten Mährens abhängig. Und da es dort Zierotin, der fest bei seiner Friedens- und Vermittelungspolitik stehen blieb und nicht dahin zu bringen war, für eine Unterstützung des Aufstandes zu wirken, trotz der Anwesenheit Thurns und Tschernembls, die schleunigst nach Brünn gereist waren, noch einmal gelang, die stürmisch den Anschluß an Böhmen verlangenden mährischen Protestanten von dieser Absicht abzulenken und zu dem Beschluß zu bestimmen, daß man dem Kaiser nur energisch zu einem Ausgleiche rathen solle, so wurde dadurch auch der Anschluß Oesterreichs und damit Thurns ganzes Unternehmen vereitelt, welches bei einer Vereinigung der österreichischen und mährischen Truppen mit den böhmischen den Kaiser in eine fast rettungslos verlorene Lage versetzt hätte. So aber entging er noch einmal der ihm drohenden Gefahr; Thurn mußte, zumal auch in seinem Heere in Folge der jämmerlichen Schäden der ständischen Heeresverwaltung empfindlicher Mangel an Lebensbedürfnissen ausbrach, Oesterreich wieder verlassen. Da nun während des Winters die weiteren Operationen ruhten, so konnten die von den böhmischen Truppen errungenen Vortheile zu einem dauernden Erfolge nicht führen. Der Winter wurde nun von beiden kämpfenden Parteien eifrig benutzt, um sich neue Hilfs-

AVSTRIA TE LAVDAT, TE TERRA BOEMA TREMISCIT
ORBIS MIRATVR GALLICVS, ISTER AMAT
ET SIMVL, Ô SITE BELLI DVX INCLYTE CERNAM
OPTAT, INAVDIERAT PALLAS, ET EFFIGIAT
I MODO, TE COELO NISI NOSTRO CHARTA NOTASSET
NON POTERAS TOTIDEM SEMPER ADESSE LOCIS

General Graf von Dampierre.

Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian (1581 – 1662).

quellen sowohl im eigenen Lande, als durch Verhandlungen mit fremden Staaten zu erschließen.

Den Böhmen kam es vor Allem darauf an, sich der kurpfälzischen Hilfe, welche ihnen schon im Juli angeboten worden war und nach ihrer Meinung ihnen die Verstärkung ihres Heeres durch Mansfeld verschafft hatte, auch für die Zukunft zu versichern. In der That durften sie von dieser Seite mit Bestimmtheit auf Unterstützung rechnen; denn alsbald nach dem Ausbruche des böhmischen Aufstandes hatten die pfälzischen leitenden Staatsmänner mit der Möglichkeit, daß ihr Kurfürst die böhmische Königskrone erlangen könne, zu rechnen begonnen. Sich für dieses ebenso aussichtsvolle wie gefährliche Unternehmen den nothwendigen Rückhalt auswärtiger Hilfe zu verschaffen, war während des Winters ihr eifrigstes Bestreben. Vor Allem wünschten die pfälzischen Räthe, die Verbindung mit dem Herzoge von Savoyen fester zu gestalten, ihn dazu zu vermögen, daß er die Mansfeldschen Truppen weiter besolde, außerdem aber ein wirkliches Bündniß mit ihm abzuschließen und dieses, wenn möglich, auch auf Venedig auszudehnen; sie hofften von dieser reichen Stadt zum wenigsten eine ansehnliche Geldhilfe erlangen zu können.

Um alle diese Ziele zu erreichen, wurde im Oktober 1618 Christoph von Dohna nach Turin geschickt. Er fand bei Karl Emanuel freundliche Aufnahme und volles Verständniß für seine auf eine Schwächung der habsburgischen Monarchie abzielenden Pläne. Allein die Gefahren des weiteren Kampfes allein oder gar ohne irgend einen greifbaren Vortheil für sich selbst auf sich zu nehmen, war der Herzog doch keineswegs geneigt. Er schlug vielmehr den Anschluß einer umfassenden Allianz mit England, Frankreich, Holland und Venedig vor, von denen jeder 25 bis 30 000 Dukaten monatlich zahlen sollte. Seine eigenen Hilfeleistungen machte er davon abhängig, daß zum wenigsten Jacob I. von England seine energische Unterstützung zusage. Weiter war vorerst nicht zu gelangen. Venedig schlug jede Hilfeleistung von vornherein ab.

Einer zweiten pfälzischen Gesandtschaft gegenüber, an deren Spitze Mansfeld stand, trat dann der Herzog weit offener und rückhaltloser mit einem umfassenden Plane hervor, der auf nichts mehr und nichts weniger hinauslief als auf eine vollständige Zerstückelung der österreichischen Monarchie. Aber ehe man hierüber zu näheren Abmachungen gelangte, wurde die ganze Lage durch den Tod des alten Kaisers Matthias verwandelt.

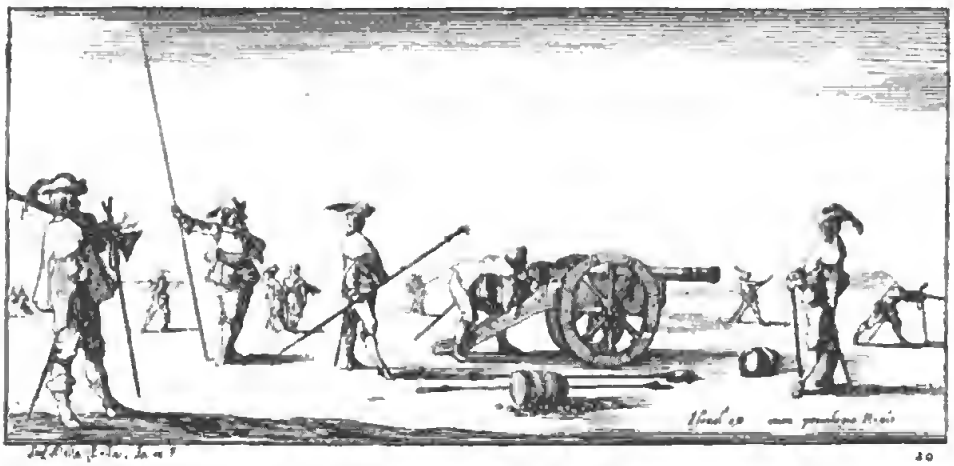
Zu gleicher Zeit war aber von pfälzischer Seite auch unmittelbar mit den Böhmen selbst verhandelt worden. Der dorthin geschickte Gesandte, auch ein Dohna, mit Vornamen Achatius, hatte von Wenzel von Ruppa die bestimmte Erklärung erhalten, daß man, um die Situation zu klären, den Kurfürsten von der Pfalz zum Könige von Böhmen machen wolle. Jetzt also trat dieser Gedanke dem jungen Kurfürsten Friedrich V. zum ersten Male in greifbarer Gestalt entgegen. Wir erfahren von ihm selbst und aus seiner Umgebung, daß er, als der Gedanke nun Wahrheit werden zu wollen schien, doch von

furchtbaren Zweifeln und Seelenkämpfen heimgeſucht wurde. Von den Gefahren, die mit einem eventuellen Eingehen auf den Plan verbunden waren, ganz abgeſehen, mußte er ſich nunmehr doch ernſtlich die Frage vorlegen, ob er, ein Fürſt von Gottes Gnaden, der von dieſem eingeborenen Fürſtenrechte eine ſehr hohe Vorſtellung hatte, die Hand zu einem Unternehmen bieten dürfe, bei dem verbriefte Fürſtenrechte angegriffen wurden. Wohl lockte ihn der Glanz der Königskrone, und dieſe Lockung wurde noch durch die Rathſchläge ſeiner Umgebung, namentlich des Fürſten Chriſtian von Anhalt, verſtärkt, aber doch konnte er ſich auch den ernſten Bedenken, die dagegen obwalteten, nicht verſchließen. Er beſchloß zunächſt, den Rath ſeines Schwiegervaters, des Königs Jacob von England, einzuholen, von deſſen Entſchließung ja auch der Herzog von Savoyen die ſeinige abhängig gemacht hatte.

Hier aber fand er keinerlei Aufmunterung zu dem ihm angetragenen Unternehmen. Die Verhandlungen ſeines Geſandten, wiederum jenes Chriſtoph von Dohna, der vor Kurzem erſt in Turin geweſen war, ſcheiterten vielmehr vollkommen. Jacob I., der an ſich wenig zu ſo weit ausſehenden Unternehmungen und zu energiſchen Entſchlüſſen neigte, war um ſo weniger Willens, die pfälziſchen Pläne zu unterſtützen, als er eben damals in Verhandlungen mit Spanien über eine Heirath zwiſchen dem Prinzen von Wales und der Infantin Maria ſtand und in Folge deſſen nichts mehr ſcheute, als einen offenen Conflict mit dem Hauſe Habsburg. Recht eigentlich im Gegenſatz zu jenem pfälziſchen Plane erbot er ſich vielmehr nur zu vermitteln, und zwar unter der Bedingung, daß die Böhmen unter die Herrſchaft des Hauſes Habsburg zurückkehrten. Er ließ den Kurfürſten vor jeder Uebereilung warnen und drückte ſich ſehr vorſichtig dahin aus, er habe gegen die Erhebung ſeines Schwiegerſohnes nach dem Tode des Kaiſers nichts einzuwenden, wenn die Wahl eine berechtigte (legitima) ſein würde, d. h. wenn den Böhmen wirklich ein Wahlrecht zuſtehe. Auf Unterſtützung von dieſer Seite war alſo in einem hierüber entbrennenden Kampfe nicht zu rechnen.

Auf der andern Seite hatten auch die Verhandlungen zwiſchen dem Kaiſer, der in Folge der Verſuche Buquoys den Mahnungen der Friedenspartei wieder mehr als früher ſein Ohr öffnete, und den böhmiſchen Ständen nicht geruht. Allein ſie hatten von vornherein wenig Ausſicht auf Erfolg, da Ferdinand gegen jedes weitere Zugeſtändniß an die böhmiſchen Proteſtanten mit Energie eintrat und erklärte, er wolle „eher ſterben und verderben, als den Böhmen etwas über den Majeſtätsbrief hinaus bewilligen“. Aber auch auf böhmiſcher Seite war die Neigung zum Ausgleiche nur ſehr gering. Wenn das Streben bei einigen der Führer der Bewegung ab und zu einmal ernſtlich zu Tage trat, ſo wußte die Kriegspartei, an deren Spitze Thurn und Smiricky ſtanden, dem ſtets rechtzeitig und nachdrücklich entgegen zu treten. Bei ihr war ſeit langer Zeit die Ueberzeugung vorherrſchend, daß eine Sicherung der proteſtantiſchen und ſtändiſchen Privilegien nur möglich ſei, wenn man die Herr-

ſchaft des Hauſes Habsburg endgiltig abſchüttele. Schließlich gelang es zwar doch, einen Ausgleichstag auf den 14. April nach Eger anzuſetzen; allein ehe derſelbe herannahte, ſtarb der alte Kaiſer Matthias (20. März 1619), und damit ging die Herrſchaft in den öſterreichiſchen Erblanden endgiltig auf Ferdinand über. Dadurch aber wurde die Lage der Dinge ſo von Grund aus verändert, daß an einen ernſtlichen Verſuch einer friedlichen Beilegung des Conflicts nicht mehr zu denken war. Die Alles beherrſchende Frage wurde jetzt vor Allem, ob es Ferdinand gelingen werde, auch im Reiche der Nachfolger ſeines verſtorbenen Vetters zu werden.



Das Geſchütz.

Facſimile der Radierung von Stefano della Bella (1610—1664).

Kaiſer Matthias und ſeine Gemahlin Anna. Verkleinertes Facſimile des Kupfers

...pferstiches, 1613, von Peter Isselburg (um 1580 — nach 1630); Originalzeichnung von G. Wyer.

Digitized by Google

Die Wahl Ferdinands zum deutſchen Kaiſer.

Seit Jahren ſchon waren die Augen aller Katholiken im Reiche mit großen, hochgeſpannten Erwartungen, die aller Proteſtanten mit ernſter Beſorgniß auf Ferdinand gerichtet geweſen. Beide ſahen in ihm den feſteſten Hort des Katholicismus, den ſtrengſten Eiferer gegen jedes Zugeſtändniß an die Proteſtanten. Und gewiß hatten ſie Recht darin. Mit welcher durch nichts zu erſchütternden Ausdauer, durch keinen Widerſtand beirrten Härte hatte er dereinſt als ganz junger Herrſcher, als er kaum die Zügel der Regierung in die Hand genommen hatte, in ſeinen ſteiriſchen Erblanden den Proteſtantismus, der auch dort zu einer überwiegenden Stellung gelangt war, nicht allein niedergehalten, ſondern ſo gut wie vernichtet! Was Niemand für möglich gehalten hätte, war ihm gelungen: er hatte ein faſt völlig proteſtantiſches Land in kurzer Zeit dem Katholicismus wieder gänzlich unterworfen. Nachdem er zuerſt die Lutheraner aus ſeiner Umgebung verbannt hatte, war er im Lande mit den ſtrengſten Maßregeln vorgegangen. Ohne Weiteres wurden den proteſtantiſchen Bauern katholiſche Pfarrer gegeben. Wer ſich nicht fügen wollte, wurde zur Auswanderung gezwungen. Als der proteſtantiſche Adel auf die Privilegien hinwies, die ihm von Ferdinands Vater ertheilt worden waren, gab er ohne Zögern die Erklärung ab, daß ein Fürſt an Freibriefe, die ihm nachtheilig ſeien, nicht gebunden ſei. Starr und rückſichtslos hielt er an dem feſt, was er ſich vorgenommen hatte. In dieſer Energie auf kirchlich-religiöſem Gebiete, die im Grunde mehr eine paſſive als eine active war, mehr auf einer unbedingten kirchlichen Hingebung, als auf eigenen freien Entſchließungen beruhte, lag ſeine vornehmſte Stärke. Es mußte ſich jetzt zeigen, wie ſie ſich größeren Verhältniſſen gegenüber bewähren werde. Es ſtand nicht ſo ganz, wie die Katholiken wohl annahmen, außer Frage, ob er den großen Schwierigkeiten, die ſich ihm im Augenblicke, da der alte Kaiſer Matthias ſtarb, entgegenſtellten, wirklich in vollem Maße gewachſen ſein werde. So groß ſeine Erfolge in Steiermark geweſen waren, ſo verdankte er ſie doch nicht eigentlich großen ſtaatsmänniſchen Eigenſchaften. Es fehlte ihm im Gegentheil durchaus an dem weiten, von dem Nächſtliegenden zum Allgemeinen ſich erhebenden Blick, der den wahren Staatsmann ausmacht. Er war mehr Mönch als Politiker; ſeine Thatkraft mehr die des religiöſen Fanatikers, als die des großen Herrſchers. Er war ein echter und durch und durch überzeugter Zögling der Jeſuiten.

Als Sohn des Erzherzogs Karl von Steiermark und ſeiner Gemahlin Maria, einer gebornen Herzogin von Bayern, einer eifrigen, von der Wahrheit und Allgemeingiltigkeit ihres Glaubens völlig durchdrungenen Katholikin, im Jahre 1578 geboren, hatte er die entſcheidenden Eindrücke ſeiner Jugend auf der Jeſuiten-Univerſität in Ingolſtadt in ſich aufgenommen, die er zugleich mit ſeinem etwas älteren Vetter Maximilian von Bayern beſucht hatte. Hier hatte er ſich völlig mit dem Gedanken der hohen kirchlichen Aufgabe ſeines Herrſcherberufes erfüllt, der ihn nie wieder verlaſſen hat, den er vielmehr auch in den kritiſchſten Augenblicken ſeines Lebens, in feſtem Vertrauen darauf, daß ihm die Hilfe der Vorſehung dabei nicht fehlen könne, ſtets feſthielt. Auf einer Reiſe nach Italien, die er vor dem Antritt ſeiner Regierung in Steiermark unternahm, hatte er in der Kapelle von Loretto das feierliche Gelübde abgelegt, daß er ſelbſt mit Gefahr ſeines Lebens alle Sekten und Irrlehren aus den von ihm ererbten Ländern vertreiben werde. Aeußerungen verwandten Inhalts wurden in großer Anzahl von ihm verbreitet. Er ſollte einmal erklärt haben, er wolle lieber über eine Wüſte herrſchen, als über ein Land von Ketzern. Ohne eigentlich grauſam zu ſein, war er doch keineswegs wähleriſch in der Wahl der Mittel, um dieſen ſeinen kirchlichen Zweck zu erreichen. Er ſelbſt trug ſeine kirchliche Geſinnung, die ohne Zweifel auf wirklicher Ueberzeugung beruhte, überall offen zur Schau. Er konnte ſich in kirchlichen Ceremonien, Theilnahme an Proceſſionen und frommen Uebungen aller Art, nie genug thun. Er ging in der Bethätigung dieſer Geſinnung, die ſich in lobenswerther Weiſe auch in ſeiner verſchwenderiſchen Fürſorge für die Armen zeigte, ſo weit, daß er zuweilen ſehr erheblich in der Erfüllung ſeiner Regentenpflichten dadurch gehindert wurde. In den weltlichen Geſchäften zeigte er ſich ſtark abhängig von ſeiner Umgebung. Sein Günſtling, der Freiherr von Eggenberg, gewann einen faſt unumſchränkt beherrſchenden Einfluß auf ihn. Aber auch ſonſt fehlte ihm, ſoweit es ſich nicht um ſpecifiſch kirchliche Dinge handelte, die Fähigkeit eigener großer Entſchlüſſe. Er ließ ſich vielmehr vollkommen von ſeinen geheimen Räthen leiten. Stets ſchloß er ſich der Meinung der Mehrheit im Geheimen Rathe, deſſen Sitzungen er gewiſſenhaft und regelmäßig beizuwohnen pflegte, an; es iſt uns kein einziger Fall überliefert, in welchem er deſſen Gutachten entgegen gehandelt oder ſich auch nur der Meinung der Minderheit im Geheimen Rathe angeſchloſſen hätte. Es fehlte ihm durchaus an den großen, ſchöpferiſchen Gedanken eines wirklich originalen Kopfes, wohl aber beſaß er den Starrſinn und die Ausdauer, die dazu gehört, an einem einmal gefaßten Gedanken mit vollem Nachdruck und unerſchütterlich feſtzuhalten. Er war im Stande, Alles, Leib und Leben, Reich und Unterthanen daran zu ſetzen. Und dieſer Eine Gedanke, für den er Alles, was ihm theuer und werth war auf Erden, preiszugeben bereit war, war eben der der Wiederherſtellung des Katholicismus, der Unterdrückung jeglicher Ketzerei. Nur in dieſer Einen Richtung bewährte ſich ſeine Energie unter allen Umſtänden. Sonſt war er leutſelig und zugänglich gegen Jeder-

mann, gern zu helfen und zu spenden bereit. Die brutale und rücksichtslose, einsam fanatische Grausamkeit eines Philipp II. lag ihm völlig fern. Er verkehrte gern mit Menschen, mit Vorliebe sogar mit solchen niederen Ranges. Selbst im Verkehr mit Gegnern konnte er freundlich und liebenswürdig sein. Aber von den Maßregeln, die er gegen sie plante, ließ er sich darum nicht abbringen. Er vollzog sie ohne Haß und Grausamkeit, aber auch ohne jede persönliche Rücksicht. Es klingt ganz glaubhaft, wenn versichert wird, daß er bei den harten Maßregeln, die er gegen die Ketzer verordnete, oft Thränen vergossen und erklärt habe, er gäbe sein Leben darum, wenn er dadurch alle Ketzer gesund machen könne. Ihre Bekämpfung erschien ihm als eine religiöse Pflicht, gleichsam auch gegen sie selbst. Jede Politik der Nachgiebigkeit und der Vermittelung, wie sie dereinst Klesel eingeschlagen hatte, erschien ihm als frevelhaft; an seinem kirchlichen Standpunkte hielt er mit einer Entschlossenheit fest, die fast mehr Starrsinn als Energie war. Aber waren diese Eigenschaften ausreichend, um ihn der ungewöhnlich schwierigen Aufgabe gewachsen zu machen, die seiner harrte? Gewiß wird man das nicht behaupten wollen. Wenn er trotzdem, wie einst in Steiermark, so jetzt in den gesammten habsburgischen Erblanden und später im Reiche Erfolge errang, so hat er das neben jener passiven Energie, die ihn nie verließ, vor Allem der Schwäche, Uneinigkeit und Unfähigkeit seiner Gegner zu verdanken gehabt. Gleich am Anfange seiner Regierung aber schien es doch, als wenn er den durch den böhmischen Conflict heraufbeschworenen Gefahren erliegen werde.

Alsbald nach Matthias' Tode eilte Ferdinand nach Oesterreich, um auch dort die Regierung in die Hand zu nehmen. Allein sowohl in Ober- als in Niederösterreich wollte man seine Berechtigung dazu durchaus nicht ohne Weiteres anerkennen. Die Stände erklärten ihm, daß mit der Krone Böhmens und Ungarns keineswegs nothwendig die Regierung in Oesterreich verbunden sei. Sie meinten, daß dem Erzherzoge Albrecht, dem jüngeren Bruder des verstorbenen Kaisers Matthias, das nähere Recht zustehe. Ob dies nun wirklich ihre Meinung oder nur ein Vorwand war, um sich der Herrschaft Ferdinands zu entziehen, bleibe dahingestellt. Wahrscheinlicher ist das Letztere; denn sonst würde es haben Eindruck auf sie machen müssen, als Ferdinand ihnen einen Revers Albrechts vorlegte, in welchem dieser auf seine Ansprüche auf Oesterrreich zu Gunsten Ferdinands verzichtete. Das hielt die Stände aber durchaus nicht ab, auf ihrem Widerstand gegen Ferdinand zu beharren. Nur die katholischen Mitglieder waren geneigt, ihn anzuerkennen. Dadurch wurde in Ober- und Niederösterreich eine vollständige Trennung der katholischen und der protestantischen Stände zu eigenen Organisationen herbeigeführt. In Oberösterreich wählten die Protestanten sogar geradezu einen Landeshauptmann, Herrn von Pohlheim, und traten durch Gotthard von Starhembergs Vermittelung in enge Beziehungen zu den Führern des böhmischen Aufstandes.

Diesen aber war inzwischen ein neuer schwerer Schlag gegen die Herrschaft Ferdinands in den Erbländern gelungen. Durch einen im Einverständniß

mit einigen eingeſeſſenen Edelleuten von Thurn unternommenen Einfall nach Mähren waren die böhmiſchen Sympathieen der Bevölkerung, welche bisher durch Zierotins Friedens- und Vermittelungskunſt niedergehalten worden waren, ſo mächtig emporgelodert, daß ſich auch dieſes Land offen dem Aufſtande der Böhmen gegen die habsburgiſche Herrſchaft angeſchloſſen hatte. Am 23. April hielt Thurn ſeinen Einzug in Iglau. Vergeblich verſuchte Zierotin, der ſeiner bisherigen Haltung nach wie vor getreu blieb, ſeine Standesgenoſſen von dem extremen Schritte zurückzuhalten; er hatte durch ſeine Haltung in den letzten Jahren jeden Einfluß bei ihnen verloren. Es kam ſogar ſo weit, daß über ihn, den jahrelangen Führer der ſtändiſchen Bewegung, ebenſo wie über den Cardinal Dietrichſtein, von den Ständen ein ſtrenger Hausarreſt verhängt wurde. Sowie aber die mähriſchen Stände den Anſchluß an Böhmen beſchloſſen hatten, wurden auch ihre Truppen von der Bewegung ergriffen und verſagten den beiden ferdinandiſch geſinnten Oberſten Georg von Nachod und Albrecht von Wallenſtein, die ſie dem Könige erhalten und aus Mähren wegführen wollten, den Gehorſam. Nur Wallenſtein, der hier zum erſten Male ſich ein großes Verdienſt um Ferdinand erwarb, gelang es, wenigſtens einen Theil ſeines Regiments und eine ſtändiſche Kaſſe in Höhe von 90 000 Thalern, deren er ſich bemächtigt hatte, dem ſchwer bedrängten Könige zuzuführen. Die Stände aber gingen nun daran, ähnlich wie es die böhmiſchen gethan hatten, ihr Land unabhängig vom Könige und im Gegenſatze zu ihm zu organiſiren. Der Landeshauptmann Ladislaw von Lobkowitz wurde abgeſetzt und an ſeiner Statt eine Regierung von dreißig Directoren gebildet, von denen zwölf aus dem Herren-, zwölf aus dem Ritter- und ſechs aus dem Bürgerſtande entnommen wurden.

Dieſer Erfolg der Böhmen in Mähren aber bildete alsbald auch das Signal zu ſtürmiſchen Bewegungen in Oeſterreich. Starhemberg richtete geradezu an Thurn die Aufforderung, einen Einfall in Niederöſterreich zu unternehmen, wo man ſeiner wie eines Meſſias harre. Thurn beeilte ſich, dieſer Einladung zu entſprechen und rückte von Znaim aus in Oeſterreich ein. In dieſem Augenblicke hielt ſelbſt der ſpaniſche Geſandte Oñate Ferdinand für verloren. Am 31. Mai trat Thurn mit einem Heere von etwa 10 000 Mann den Marſch auf Wien an, überſchritt die Donau bei Fiſchamend und beſetzte das eine Meile donauabwärts von Wien gelegene Städtchen Großenzersdorf. Dadurch verlegte er zugleich den in Ungarn für Ferdinand angeworbenen und eben im Anmarſch begriffenen Truppen den Weg; er ſchlug ſie mit Verluſt zurück. In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni bemächtigte er ſich der Wiener Vorſtädte.

In der öſterreichiſchen Hauptſtadt entſtand eine ungeheure Aufregung. Während die Katholiken in die äußerſte Angſt und Beſorgniß geriethen, waren die Proteſtanten in hohem Maße erfreut über Thurns Erſcheinen und beſchloſſen, die ſo geſchaffene Lage auszunutzen, um die ſo lange verſagten Zugeſtändniſſe auf religiöſem Gebiete in dieſem Augenblicke der Bedrängniß von Ferdinand doch noch zu erlangen. Die Führer der Stände fanden ſich in

großer Anzahl bewaffnet in der Burg ein und begehrten eine Audienz, die ihnen von Ferdinand gewährt wurde. Er empfing sie ganz allein ohne jeden Minister. Es kam zu einer äußerst erregten und stürmischen Scene, in welcher die Stände in drohender Haltung Bewilligung der Religionsfreiheit verlangten. Ihr Wortführer war Paul Jakob von Starhemberg, außerdem aber betheiligten sich mehrere andere Edelleute an der Unterredung, darunter Andreas Thonradl. In diesem Augenblicke größter Bedrängniß aber bewährte sich in vollem Maße jene passive Energie Ferdinands, die ihm seine streng kirchliche Gesinnung und sein festes Gottvertrauen verlieh. Er verlor nicht einen Augenblick seine königliche Haltung und ließ sich kein Zugeständniß erpressen. Eben als die Erregung am höchsten gestiegen war, sprengte Gilbert von Saint-Hilaire mit einigen Schwadronen Dampierrescher Cüraſſiere in den Hof der Burg hinein und rettete dadurch den Kaiser aus seiner gefährlichen Lage. Die ständischen Deputirten dachten nicht anders, als daß es auf einen Gewaltstreich gegen sie abgesehen sei. Die Audienz wurde abgebrochen, die Deputirten suchten so schnell als möglich aus der Burg zu entkommen. Es wurde ihnen keinerlei Hinderniß bereitet. Ferdinand war froh, der augenscheinlichen Gefahr entgangen zu sein. Nach wenigen Tagen war sie völlig beseitigt. Denn Thurn sah sehr wohl ein, daß er eine wirkliche Belagerung Wiens nicht werde durchführen können. Er hatte darauf gerechnet, daß ihm eines der Thore der Stadt durch die Protestanten werde in die Hände gespielt werden. Als dies nicht geschah, mußte er sich zum Rückzuge entschließen. In der Stadt hatten sich allmählich 6000 Mann königlicher Truppen vereinigt, denen Thurn nur etwa 8000 Mann entgegenzustellen hatte, mit denen er eine Belagerung einer so umfangreichen Stadt um so weniger unternehmen konnte, als es ihm an dem erforderlichen Belagerungsgeschütz mangelte. Dazu kam aber weiter, daß Hohenlohe, der Buquoy gegenüber in Böhmen in eine sehr bedrängte Lage gerathen war, dringende Hilferufe an Thurn gerichtet hatte. Eben in den Tagen, in welchen dieser in Folge dessen den Rückzug nach Böhmen anzutreten beschloß, erlitt die böhmische Sache dort eine schwere Niederlage, indem Mansfeld, der von den Directoren angewiesen worden war, von Pilsen aus Hohenlohe zu Hilfe zu eilen, auf dem Marsche durch Buquoy bei Zablat und Netolitz angegriffen und gänzlich, fast bis zu völliger Vernichtung seines 3000 Mann zählenden Corps geschlagen wurde. Den entscheidenden Stoß in dieser Schlacht führte ein von Wallenstein befehligtes wallonisches Reiterregiment aus. Diese Niederlage aber machte in ganz Böhmen einen niederschmetternden Eindruck; man begann für das Geschick der Hauptstadt zu fürchten, es war in der That die höchste Zeit, daß Thurn nach Böhmen zurückkehrte. Am 14. Juni trat er seinen Rückzug an, Ferdinand war von der drohenden Nähe des Feindes befreit. Er konnte nun daran denken, sich nach Frankfurt zu begeben, wohin für den Juli von dem Kurfürsten von Mainz der Kurfürstentag ausgeschrieben worden war, der dem Deutschen Reiche einen neuen Kaiser geben sollte.

Es war für Ferdinand eine Lebensfrage, daß er auch auf dem Kaiſerthrone der Nachfolger ſeines verſtorbenen Vetters werde. Denn ſo wenig reale Machtmittel die Herrſcherwürde im Reiche auch ihrem Träger gewährte, ſo mußte doch ſeine Stellung in den Erblanden erheblich gefeſtigt werden, wenn er ſie errang, während im entgegengeſetzten Falle, wenn ſein Haus dieſer ſeit Jahrhunderten von ihm innegehabten Würde verluſtig ging, ſein Anſehen einen ſchweren Stoß erleiden mußte. Wie wichtig der Beſitz der Kaiſerwürde für ihn war, ſollte ſich dann bald genug in dem Fortgange des böhmiſchen Krieges zeigen.

Aber dieſelben Gründe, welche ihm die Nachfolge im Reiche in höchſtem Maße wünſchenswerth erſcheinen ließen, hätten die Proteſtanten und ſelbſt die gemäßigten, zum Frieden geneigten Katholiken im Reiche veranlaſſen müſſen, ſich ſeiner Wahl mit aller Energie entgegenzuſtellen. Die Exiſtenz des Reiches als Einheit hing doch von dem Nebeneinander der beiden großen kirchlichen Parteien ab. Mußte es nicht zum Verderben gereichen, wenn an die Spitze desſelben nicht bloß, wie das ja bisher ſtets geſchehen war, ein Katholik, ſondern auch ein Katholik von ſo extremer Richtung, wie Ferdinand ſie bisher eingeſchlagen hatte und in ſeinen Erblanden noch fortgeſetzt verfolgte, trat? Die früheren Kaiſer waren doch noch immer beſtrebt geweſen, den Frieden der Parteien wenigſtens innerhalb der durch die Rückſicht auf das Ganze gebotenen Grenzen zu erhalten. Was ſollte geſchehen, wenn ein Kaiſer an die Spitze trat, der es offen als ſeine Lebensaufgabe bezeichnete, die eine der beiden Parteien bis zur Vernichtung zu bekämpfen? Dazu kam noch ein anderer Geſichtspunkt. Wurde Ferdinand zum Kaiſer gewählt, ſo wurde das Reich dadurch von vornherein mit Nothwendigkeit in die Kämpfe hineingeriſſen, die er ſoeben in ſeinen Erblanden zu beſtehen hatte.

Mit voller Klarheit und Erkenntniß der Lage machte aber alle dieſe Geſichtspunkte eigentlich nur die pfälziſche Politik geltend. Sie hatte ſich ſchon bei Lebzeiten des alten Kaiſers Matthias bemüht, der ſchon damals vom Hauſe Habsburg ernſtlich in Ausſicht genommenen Nachfolge Ferdinands mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Vor Allem galt es da, einen geeigneten Gegencandidaten zu finden. Aber gerade die in dieſer Richtung unternommenen Verſuche ſcheiterten ſämmtlich. Zuerſt wurde als Candidat der Herzog von Lothringen in Ausſicht genommen, über deſſen Aufſtellung der junge Kurfürſt Friedrich V. mit dem Herzoge von Bouillon in Verhandlung getreten war. Allein der Herzog wies alle dahin gehenden Anerbietungen zurück. Da traf am kurpfälziſchen Hofe die, freilich, wie ſich ſpäter herausſtellte, nicht zutreffende Nachricht ein, daß der Kurfürſt von Köln für ſeinen Bruder, Herzog Maximilian von Bayern, in Paris um die deutſche Krone werbe. Mit größtem Eifer ging die kurpfälziſche Politik alsbald auf den Gedanken von deſſen Candidatur ein. Denn wenngleich auch Maximilian ſehr energiſch katholiſch war, ſo war doch für den Proteſtantismus nach der nicht unberechtigten

kurpfälzischen Auffassung schon viel gewonnen, wenn durch die Wahl Maximilians ein unheilbarer Zwiespalt zwischen den beiden mächtigsten katholischen Häusern der Habsburger und Wittelsbacher entstand. Eben aus diesem Grunde aber war Maximilian, ganz abgesehen von seiner persönlichen Freundschaft zu Ferdinand, nicht geneigt, sich als Candidat für die Kaiserwürde aufstellen zu lassen. Er erklärte das dem von Kurpfalz an ihn abgesandten Sekretär des Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg, Neu, mit aller Entschiedenheit; ja er ging noch weiter; er theilte, um dem Könige Ferdinand seine Loyalität in dieser Frage deutlich zu zeigen, diesem die Anträge der Pfälzer und ihre Ablehnung durch ihn offen mit (7. November 1617). Kurpfalz aber konnte sich doch noch nicht entschließen, alle Hoffnung, Maximilian für die Candidatur zu gewinnen, aufzugeben. Friedrich V. reiste im Februar 1618 persönlich nach München, um ihn umzustimmen. Aber es war vollkommen vergeblich. Maximilian lehnte mit aller Bestimmtheit ab. So war eigentlich, als Matthias starb, ein anderer, ernst zu nehmender Candidat gar nicht vorhanden als Ferdinand. Die geistlichen Kurfürsten waren von vornherein entschlossen, ihn zu wählen, und von den weltlichen konnte man mit ziemlicher Sicherheit zum wenigsten auf den Kurfürsten von Sachsen zählen, der sich schon zu Lebzeiten Matthias' in einem Ferdinands Wahl keineswegs ungünstigen Sinne geäußert hatte.

So lagen die Dinge, als der Kurfürstentag in Frankfurt zusammentrat und Ferdinand sich von Wien aufmachte, um als Kurfürst und König von Böhmen an demselben theilzunehmen. Er ernannte bei seiner Abreise von Wien, die am 11. Juli erfolgte, den Erzherzog Leopold zu seinem Stellvertreter in den Erblanden. Er selbst umgab sich mit einem stattlichen Gefolge, unter welchem sich neben dem Freiherrn von Eggenberg der Reichshofrathspräsident Graf von Zollern, der böhmische Kanzler Lobkowitz und andere hochgestellte Personen befanden. Unterwegs in Salzburg traf er zu seiner nicht gerade angenehmen Ueberraschung einen Gesandten des Königs Jacob von England, Lord Doncaster, der in diesem dafür wenig geeigneten Momente eine Vermittelung des böhmischen Streites durch seinen Herrn in Vorschlag brachte. Wenige Monate früher hätte sich Ferdinand einen solchen englischen Vermittelungsversuch allenfalls gefallen lassen; jetzt, da aus Böhmen immer zahlreichere, für ihn günstige Nachrichten eintrafen und allenthalben die für ihn geworbenen Truppen zur Hilfe bereit standen, war ihm ein solches Anerbieten nichts weniger als bequem, zumal auch der Wahltag drängte. Er erging sich daher in Höflichkeitsversicherungen und Dankesbezeugungen für die gute Absicht des Königs, aber ein Versprechen, die Vermittelung desselben anzunehmen, ertheilte er nicht, beeilte sich vielmehr, seine Reise fortzusetzen, um noch rechtzeitig in Frankfurt anwesend sein zu können. Am 28. Juli traf er daselbst ein.

Er fand den Kurfürstentag schon versammelt; einige Sitzungen hatten bereits stattgefunden. Vergeblich hatte sich der Kurfürst von der Pfalz bei

dem Erzbischofe von Mainz und durch Verhandlungen mit Sachsen und Brandenburg bemüht, eine Verschiebung des Wahltages herbeizuführen. Auf seinen Vorschlag, vor der Kaiserwahl einen Kurfürstentag zur Berathung über die böhmische Angelegenheit zusammentreten zu lassen, war Niemand einzugehen bereit gewesen. Dagegen hatte sich Brandenburg durch einen eigenen zu Lichtenburg abgeschlossenen Vertrag mit Kurpfalz verpflichtet, seine Stimme nicht Ferdinand zu geben und bei der Wahl überhaupt im Einverständniß mit Kurpfalz vorzugehen.

Persönlich erschienen waren in Frankfurt nur die drei geistlichen Kurfürsten, die drei weltlichen hatten nur Gesandte geschickt. Die erste Sitzung, welche mehr einen vorbereitenden Charakter trug, fand am 26. Juli statt. In der zweiten, die am 28. gehalten wurde, sah sich das Kurfürstencollegium bereits vor eine schwierige, mit dem böhmischen Conflicte zusammenhängende Frage gestellt. Es waren nämlich inzwischen Abgesandte der böhmischen Stände bei Frankfurt erschienen, die Ferdinand die Berechtigung, die Kurstimme Böhmens auszuüben, absprechen und die Rechte der böhmischen Kur für sich in Anspruch nehmen sollten. Sie hatten den Stadtrath um Einlaß gebeten, dieser aber die Sache zur Entscheidung an das Kurcollegium verwiesen. Hier traten nun die weltlichen Kurfürsten nach dem Vorgange von Kurpfalz für die Zulassung der böhmischen Gesandten ein, die man doch zum wenigsten anhören müsse. Die Geistlichen aber waren der Meinung, daß das Wahlrecht Ferdinands als rechtmäßigen Königs von Böhmen gar nicht in Frage gestellt werden könne, eine Zulassung der böhmischen Gesandten also zwecklos und, da sie die Wahlverhandlungen nur stören könne, sogar schädlich sei. Zu einer Abstimmung über diese Frage, welche Stimmengleichheit ergeben haben würde, ließ es der Mainzer Kurfürst in dieser Sitzung nicht kommen, da er wußte, daß Ferdinand noch an demselben Tage in Frankfurt eintreffen werde. Immerhin hätte die ganze Sache für den Fortgang der Verhandlung leicht verhängnißvoll werden können, wenn die drei weltlichen Kurfürsten in gleichem Maße fest geblieben wären. Denn mit voller Deutlichkeit trat dadurch die Gefahr zu Tage, welche mit der Erhebung Ferdinands auf den Kaiserthron verbunden war. Mit Recht konnten die weltlichen Kurfürsten darauf hinweisen, daß sich damit wieder klar gezeigt habe, daß das Reich in die erbländischen Streitigkeiten Ferdinands hineingezogen werden würde, und noch einmal auf den alten kurpfälzischen Gedanken zurückkommen, daß die Beilegung des böhmischen Conflicts der Wahl vorhergehen müsse. In der That, unermeßliches Elend hätte dadurch vermieden werden können. Denn nur dadurch, daß Ferdinand Kaiser wurde und von dieser Stellung Gebrauch machte, um den Pfälzer Kurfürsten, der die böhmische Königskrone angenommen hatte, nach seinem Siege über ihn in des Reiches Acht zu thun, wurde der ursprünglich rein lokale böhmisch-habsburgische Conflict erst zu einem Kriege des Reiches, dann zu einem europäischen. Die Bedenken der protestantischen weltlichen Kurfürsten waren also nur zu berech-

Aufzug der Kurfürsten bei der Krönung Kaiser Ferdinands II. zu Frankfurt a. M. 1619. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.
1. Mainz. 2. Trier. 3. Böhmen. 4. Cöln. 5. Pfalz. 6. Sachsen. 7. Brandenburg.

tigt; allein sie verloren an Gewicht, da an der schließlichen Absicht Kursachsens, Ferdinand trotz alledem seine Stimme zu geben, kaum ein Zweifel obwalten konnte, wenngleich der kursächsische Gesandte zunächst mit Pfalz und Brandenburg zusammenhielt.

Am Abend des 28. Juli hielt nun Ferdinand mit einem Gefolge von 800 Personen seinen Einzug in Frankfurt. Es kam dabei an dem Thore der Stadt zu einem ärgerlichen Conflicte zwischen den mainzischen Truppen, die ihm entgegengingen, und den Soldaten der Frankfurter Besatzung. Nachdem derselbe glücklich beigelegt war, zeigte sich doch beim Einritt Ferdinands überall in der Stadt die ihm feindselige Gesinnung der Einwohnerschaft. Und auch die Verhandlungen des Kurfürstencollegiums wollten anfangs nicht recht von der Stelle kommen. In der dritten Sitzung, die am 30. Juli wiederum, da die böhmische Frage noch nicht entschieden war, ohne Ferdinand abgehalten wurde, kam es abermals über diese böhmische Frage zu keinem Mehrheitsbeschluß. Nach wie vor standen die drei geistlichen gegen die drei weltlichen Kurfürsten. Die Schwierigkeit wurde dadurch erhöht, daß Ferdinand als Bedingung jeder Verhandlung verlangte, daß er von vornherein als König von Böhmen und die Stände als seine Unterthanen behandelt würden. Hiermit waren die geistlichen Kurfürsten in der Hauptsache einverstanden; sie erklärten, Ferdinands Anrecht auf die böhmische Königskrone dürfe nicht bestritten werden. Eine „Interposition" des Kurfürstencollegiums im böhmischen Streite schlugen auch sie vor, allein sie verlangten, daß die Kaiserwahl *vor* dieser Interposition erfolgen solle. Dahin spitzte sich also die Frage endgiltig zu, ob die Interposition vor der Wahl oder nach derselben stattzufinden habe; es war in der That eine nicht bloß für den Protestantismus, sondern für das Reich in seiner Gesammtheit entscheidend wichtige Frage. Die Pfälzer Gesandten verharrten natürlich bei ihrer Meinung, daß die Interposition sofort vorgenommen werden müsse; die Brandenburger schlossen sich ihnen an, während die Sachsen behaupteten, hierüber nicht instruirt zu sein und daher erst zu Hause anfragen zu müssen. Darauf riethen die geistlichen Kurfürsten auch den pfälzischen und brandenburgischen Gesandten, Weisungen von ihren Kurfürsten einzuholen und erklärten sich bereit, mit den weiteren Verhandlungen acht bis zehn Tage bis nach dem Eintreffen der Antwort zu warten. Wieder stand die Entscheidung einer wichtigen Frage bei Johann Georg von Sachsen. Verharrte er in seiner bisherigen Stellung, hielt er auch ferner mit seinen Glaubensgenossen im Kurcollegium zusammen, so war die Wahl Ferdinands zum mindesten ins Ungewisse verschoben, vielleicht für immer in Frage gestellt; in jedem Falle aber wäre damit sein vertrauliches Verhältniß zu der katholischen Partei gelöst worden. Aber dahin wollte es Johann Georg nicht kommen lassen; noch bevor der von Kurpfalz an ihn geschickte Gesandte, Christoph von Dohna, der ihn bewegen sollte, seine bisherige Stellung beizubehalten, in Dresden eingetroffen war, hatte sich der Kurfürst schon entschlossen, seine Gesandten zum Anschluß an die geistlichen Kurfürsten anzuweisen.

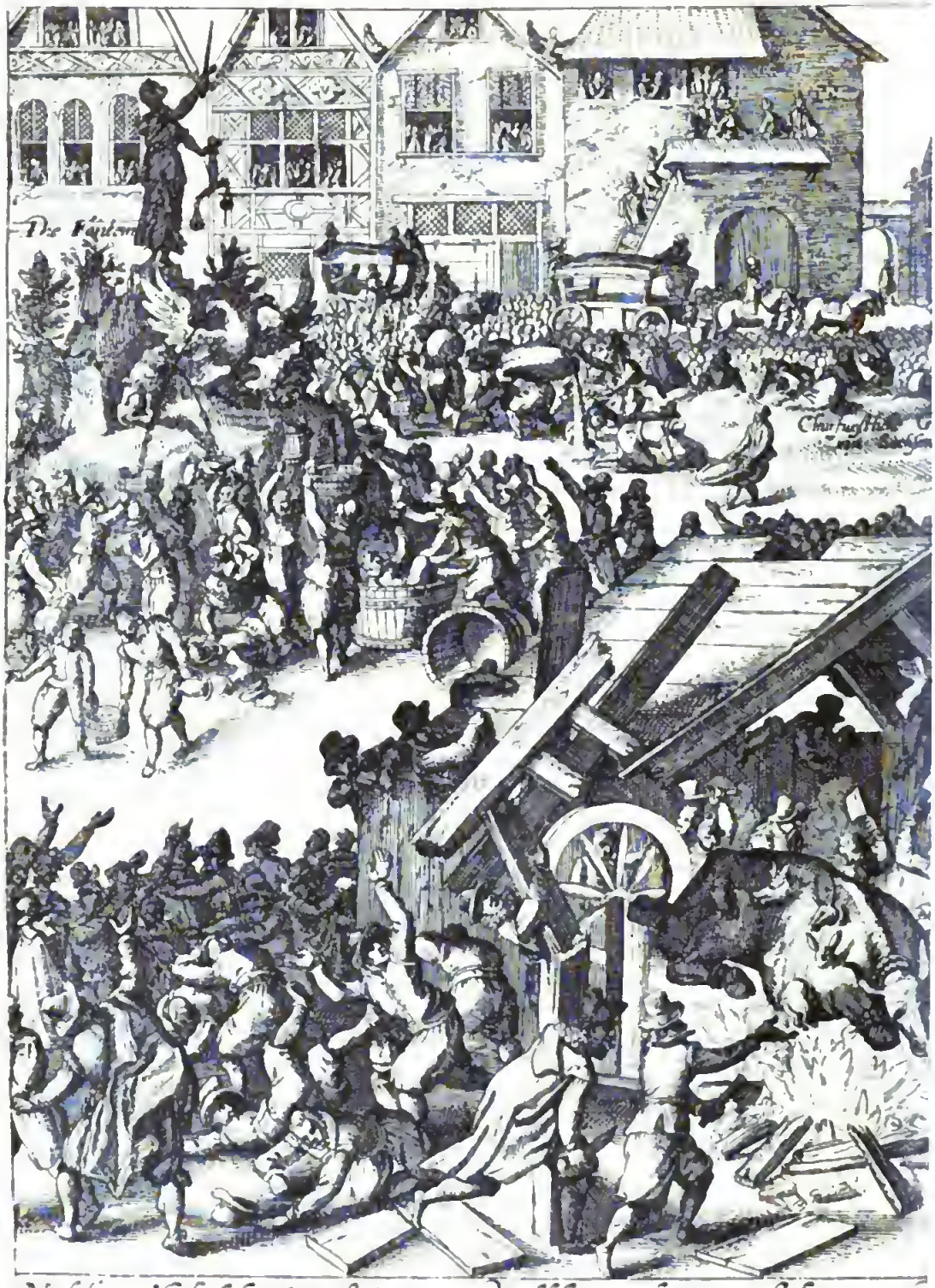
Kaiser Ferdinand II.

Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

Aber noch eine weitere schmerzliche Enttäuschung stand Kurpfalz bevor: Kurbrandenburg gab in diesem entscheidenden Augenblicke ebenfalls seine bisherige Haltung auf und trat von dem Lichtenburger Vertrage zurück, da die pfälzischen Bemühungen, Sachsen, Köln und Trier für Maximilian von Bayern zu gewinnen, gescheitert seien und Ferdinand nunmehr doch außer seiner eigenen noch über vier Stimmen verfüge.

Damit war die Entscheidung über die Wahl im letzten Grunde schon gefallen. Da Sachsen und Brandenburg ihre bisherige Opposition aufgaben, so wurde zunächst beschlossen, den böhmischen Gesandten den Zuzug nach Prag nicht zu gestatten. Um so fester aber bestand man jetzt auch von katholischer Seite darauf, daß wenigstens nach der Wahl ein Ausgleich durch das gesammte Kurcollegium versucht werden müsse. Sie verlangten darüber eine feste Zusage von Ferdinand. Dieser zeigte sich im Allgemeinen zur Annahme geneigt, verlangte aber, daß außer den Kurfürsten auch Herzog Maximilian von Bayern zur Interposition zugezogen werden solle. Das lehnte aber der Kurfürst von Trier, der diese Verhandlungen mit Ferdinand führte, ab, da dann naturgemäß Kurpfalz die Zuziehung noch eines Protestanten verlangen werde. Der Kurfürst verlangte energisch eine rasche Entscheidung, da man darüber vor der Wahl ins Reine kommen müsse. Ferdinand richtete in Folge dessen an Maximilian die Anfrage, ob er damit einverstanden sei, daß er auf seine Theilnahme an der Interposition verzichte, worauf der Herzog, der durchaus nicht gern an den Ausgleichsversuchen sich betheiligt hätte, freudig seine Zustimmung gab. Nunmehr gab dann Ferdinand schriftlich die Erklärung ab, daß er in die Interposition, die am 10. November beginnen sollte, einwillige.

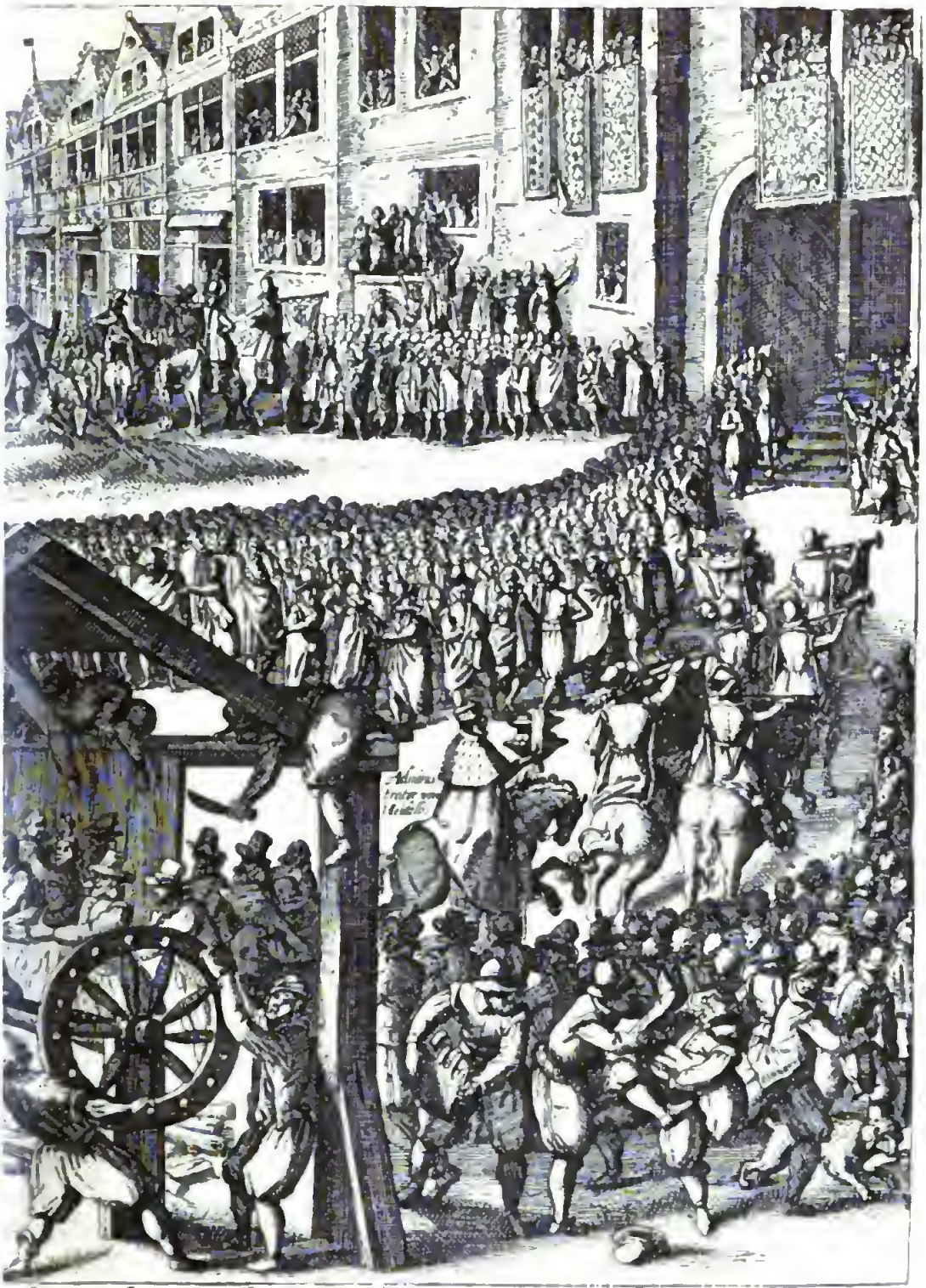
Danach machte die Feststellung der Wahlcapitulation keine erheblichen Schwierigkeiten mehr. Im Allgemeinen wurde die des Kaisers Matthias zu Grunde gelegt, zu der Kurpfalz vergeblich mehrfache Verbesserungen vorschlug. Die Wahl selbst wurde nun auf den 28. August festgesetzt. An diesem Tage begaben sich die Kurfürsten bezw. deren Gesandten und Räthe in festlichem Zuge von dem altehrwürdigen Römer nach der Bartholomäuskirche, wo der Erzbischof ein feierliches Hochamt celebrirte. Dann zogen sich die Wähler in die nebenan liegende Wahlcapelle zurück. Der Kurfürst von Mainz fragte erst den Kurfürsten von Trier, dann den von Köln, wem sie ihre Stimme gäben; beide votirten für Ferdinand. Darauf wäre die Reihe an Ferdinand gewesen, aber der Kurfürst von Mainz wendete sich „gleichsam in Folge eines Versehens" zuerst an den Vertreter des Kurfürsten von der Pfalz. Dieser erklärte, sein Kurfürst habe ihm sein Votum schriftlich mitgegeben; er entfaltete darauf ein Papier, in welchem der Kurpfälzer seine Stimme in ausführlicher Motivirung in erster Linie für Maximilian von Bayern abgab, aber seinen Gesandten ermächtigte, wenn alle anderen oder die Mehrheit für Ferdinand seien, dieser Mehrheit nicht entgegenzutreten. Da nun die übrigen Kurfürsten der Reihe nach für Ferdinand stimmten, so konnte dessen Wahl



Nachdem Keiſerlich Mauſtat
Die wahl und Kron empfangen hat,
ein gebratnen Ochsen gut
Stuck der Paltzgraf holen thut,
s auffs Keisers Tafel bald.

Wie solchs von alts is engeſtelt,
Das ander wird zerrissen geschwind
Von dem umbstehenden gesind.
Desgleichen der von Sachsen holt
Den haber, drauf manigich fult,

Aus den Festlichkeiten bei der Krönung Kaiſer Ferdinands II. zu



nd tregt ihm weg in kurtzer stund.
Auff dem Marckt auch ein Brun sich fund.
arauß lieff roter vnd weisser wein
Wie muß es da zugangen sein?

Iam Rege electo, tota instauratur in vrbe
Festum ingens, læti concelebrantq; diem
Aduena cum eini, assatur bos integra, auena
Diripitur, præbet publica vena merum.

rankfurt a/M. 1619. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

Digitized by Google

nicht ohne Grund als eine einſtimmige proclamirt werden. Die Kurpfälziſche Politik war auf der ganzen Linie geſchlagen; ſie mußte ſchließlich ſelbſt noch dazu mitwirken, dem ſchlimmſten Gegner des Proteſtantismus die Kaiſerkrone zu verſchaffen. Die Würfel waren gefallen, das Geſchick des Deutſchen Reiches auf Jahrzehnte hinaus entſchieden. Die Zügel ſeiner Regierung lagen in den Händen des Mannes, der ſich nicht allein in offenem Kriege mit ſeinen eigenen proteſtantiſchen Unterthanen befand, ſondern auch im Allgemeinen die Bekämpfung aller „Ketzerei“ für ſeine wichtigſte Lebensaufgabe anſah.

Das Winterkönigthum Friedrichs V. von der Pfalz.

Faſt in demſelben Augenblicke, in welchem Ferdinand in Frankfurt a. M. die deutſche Kaiſerkrone errang, wurde ihm die böhmiſche Königskrone von ſeinen aufſtändiſchen Unterthanen entriſſen. Auf dem Generallandtage der böhmiſchen Kronländer, der ſeit dem 8. Juli 1619 in Prag verſammelt war, trat von Anfang an die entſchloſſene Abſicht hervor, ſich endgiltig von Ferdinand und vom Hauſe Habsburg loszureißen. Zu oft hatte man im letzten Jahrzehnt die Erfahrung machen müſſen, daß die religiöſe Freiheit der Proteſtanten unter habsburgiſcher Herrſchaft trotz aller feierlichen Privilegien nun einmal nicht zu erreichen ſei. Nachdem die Stände daher in langen und mühevollen Berathungen eine durchgreifende Reviſion der geſammten Verfaſſung, die ſich im Weſentlichen in der Richtung einer größeren Selbſtändigkeit der einzelnen Kronländer bewegte, vorgenommen hatten, wurde alsbald auch von böhmiſcher Seite der letzte und entſcheidende Schritt, die förmliche Abſetzung Ferdinands, in Anregung gebracht. Nicht ganz ohne ſtändiſchen Widerſtand wurde die Abſicht durchgeſetzt. Denn ſobald es ſich nun darum handelte, den ſchon ſeit längerer Zeit gehegten Plan in Wirklichkeit umzuſetzen, wurde doch manchen unter den beſonneneren und gemäßigteren Elementen die ganze Größe der Gefahr klar, welche mit dieſer extremen Maßregel nothwendig verbunden war. Vielleicht wäre ſie überhaupt nicht erfolgt, wenn man in Böhmen mit Sicherheit gewußt hätte, daß in dem Augenblick, als die Berathungen über dieſe Frage begannen, in Frankfurt die Wahl Ferdinands zum deutſchen Kaiſer ſchon ſo gut wie geſichert war. Allein noch hoffte man, daß es der kurpfälziſchen Politik gelingen werde, dieſe Wahl zu verhüten. So kam es, daß ſich die Schleſier und Lauſitzer in den Verhandlungen ſogleich auf die Seite der die Abſetzung betreibenden Böhmen ſtellten. Nur die mähriſchen Deputirten erhoben Widerſpruch und erklärten, zunächſt über dieſe Frage erſt Inſtructionen von den heimiſchen Ständen einholen zu müſſen. In der That ſchwankten dieſe in Folge eines Dampierreſchen Einfalles in Mähren und der Wirkſamkeit Zierotins und Dietrichſteins eine Weile, erklärten ſich aber doch ſchließlich auf dem am 7. Auguſt eröffneten Brünner Landtage bereit, auch in dieſer entſcheidenden Frage mit den Böhmen zuſammen zu ſtehen. Danach ſprach dann in Prag zuerſt der böhmiſche Landtag einſtimmig die Abſetzung Ferdinands aus (19. Auguſt), und in den nächſten Tagen traten die ſchleſiſchen, lauſitzer und mähriſchen Deputirten dem Beſchluſſe der Böhmen bei.

Nunmehr stand man vor der nicht minder wichtigen Frage, wen man an Ferdinands Stelle zum Könige von Böhmen wählen solle. Es stand keineswegs von vornherein fest, daß die Wahl auf den Kurfürsten von der Pfalz, mit dem man schon seit längerer Zeit deswegen in Unterhandlungen gestanden hatte, fallen werde. Im Gegentheil, es gab unter den Ständen eine Partei, welche den Kurfürsten von Sachsen erheblich vorgezogen hätte, wenn dieser sich zur Annahme der Krone hätte bereit finden lassen. Diese Partei hatte sogar in der öffentlichen Meinung trotz der ablehnenden Haltung, welche Johann Georg beobachtete, einen bei weitem stärkeren Rückhalt als die, welche die Wahl des Pfalzgrafen betrieb. Noch am 25. nahm der sächsische Gesandte in Prag mit Bestimmtheit an, daß sein Herr gewählt werden würde. Außerdem aber kam als Candidat noch der Herzog Karl Emanuel von Savoyen in Betracht, der in seinen Verhandlungen mit Kurpfalz eine Zeit lang sehr entschieden die Forderung, daß er zum Könige von Böhmen gewählt werde, aufgestellt hatte. Schließlich gab der große Einfluß Ruppas, Thurns und Hohenlohes, welche an der Spitze der pfälzischen Partei standen, den Ausschlag zu Gunsten des Pfalzgrafen, der dann am 26. August zunächst von dem böhmischen Landtage, dann aber auch von den Deputirten sämmtlicher Kronländer zum Könige von Böhmen gewählt wurde. Nur einige wenige Stimmen fielen auch in der endgiltigen Abstimmung auf den Kurfürsten von Sachsen. Am 27. August wurde dann die vollzogene Wahl durch eine unter Kanonendonner veröffentlichte feierliche Proclamation der Einwohnerschaft von Prag mitgetheilt. Die Frage war nun, ob der Kurfürst von der Pfalz sich entschließen werde, das gefährliche Geschenk anzunehmen.

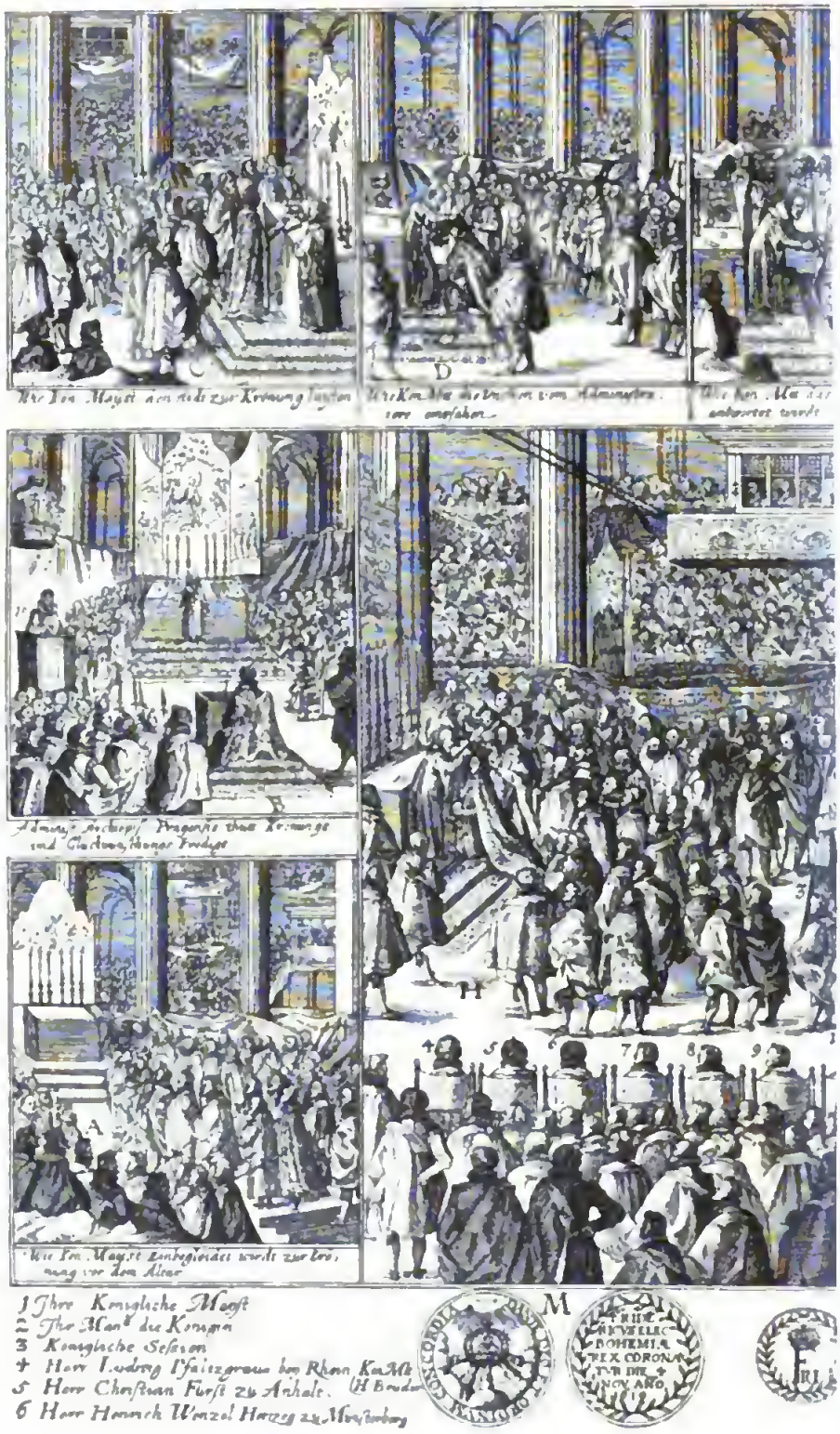
Der junge Kurfürst hielt sich in jenen Tagen bei Christian von Anhalt in Amberg auf und verfolgte dort mit ängstlicher Spannung die Vorgänge auf dem Prager Landtage. Ihm bangte doch vor der Entscheidung. Anfangs hatte er versucht, dieselbe hinauszuschieben, bis er sich noch einmal bei seinem Schwiegervater Raths erholt habe. Er hatte die böhmischen Directoren durch Achaz von Dohna bitten lassen, die Absetzung Ferdinands und die Wahl eines neuen Königs zu verschieben. Allein darauf hatten die Directoren nicht eingehen wollen, weil sie, wie sie offen erklärten, fürchteten, daß, wenn die Kaiserwahl auf Ferdinand falle, die Bevölkerung Prags gegen dessen Absetzung Widerstand leisten werde. Jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen war, wurde Friedrich noch einmal, wie schon in den früheren Stadien der Frage, von heftigen Zweifeln gequält. Fürst Christian von Anhalt mußte alle seine Ueberredungskunst aufbieten, um ihn zur Annahme der Krone zu bewegen. „Euer Liebden", so rief er ihm zu, „setzen Sich nur in den Stuhl, wer wird dieselben sobald wieder heraustreiben?" Aber die Bedenken des Pfalzgrafen wollten nicht verstummen. Auch nachdem er sich Christian von Anhalt gegenüber im Grundsatze für die Annahme der Wahl entschieden hatte, wollte er doch die endgiltige Entscheidung noch hinausschieben, bis er

ſich, da er von ſeinem Schwiegervater bisher keinerlei zuſtimmende Erklärung empfangen hatte, für den Fall der Noth wenigſtens des Beiſtandes der Union verſichert habe.

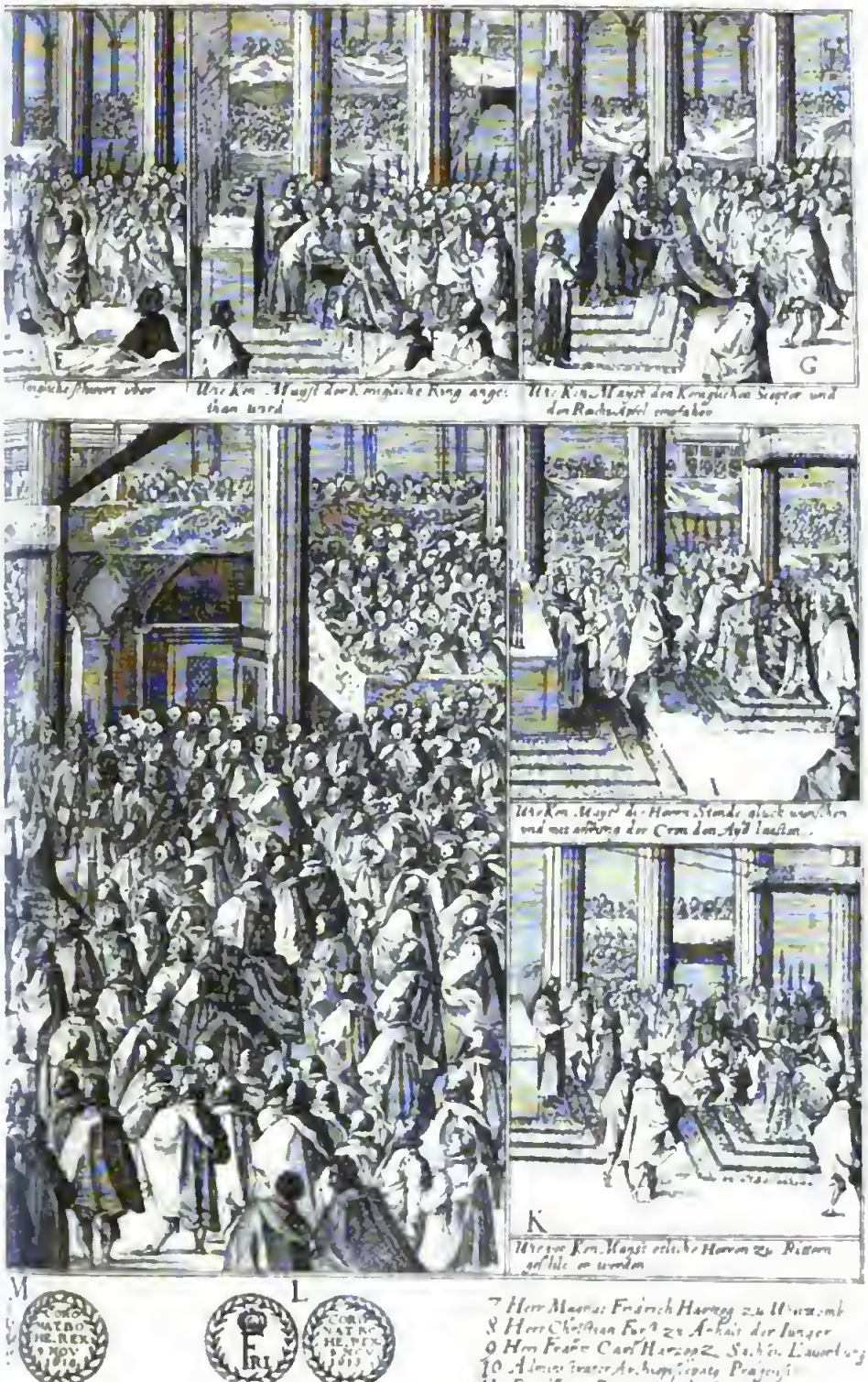
Zu dieſem Zwecke lud er die Häupter derſelben und auch eine Reihe anderer proteſtantiſcher Fürſten zu einer Verſammlung nach Rothenburg an der Tauber zuſammen. Die Beſchlüſſe, die dort gefaßt wurden, waren im Grunde wenig geeignet, ihn zur Annahme der Wahl, durch die er in einen Kampf auf Leben und Tod mit Ferdinand verwickelt werden mußte, zu beſtimmen. Zwar riethen ihm die Mitglieder der Union, die Krone anzunehmen, da dadurch der Proteſtantismus einen großen Vortheil erlangen könne. Allein zu einem Beſchluſſe, der eine energiſche Unterſtützung des Kurfürſten in Ausſicht geſtellt hätte, ließen ſie ſich nicht bewegen. Nur ſo weit ſcheinen ſie ſich, einem Antrage Chriſtians von Anhalt folgend, verpflichtet zu haben, daß ſie dem Pfalzgrafen ihren Schutz leihen wollten, falls er wegen der Annahme der Krone in ſeinen Erbländern angegriffen werde.

Noch einmal gerieth der junge Kurfürſt danach ins Schwanken, zumal bei einer erneuten Berathung mit ſeinen Räthen die Mehrzahl ſich für die Aufſchiebung der definitiven Annahme der Krone, ſolange keine ſichere Nachricht von Jacob I. von England eingetroffen ſei, ausſprach. Endlich gelang es aber dem Fürſten Chriſtian, der in ſeinen Bemühungen von der ehrgeizigen Gemahlin des Fürſten unterſtützt wurde, doch, Friedrich zur endgiltigen Annahme der Krone zu bewegen.

Bald darauf aber langte bei ihm von ſeinem nach London geſchickten Geſandten Chriſtoph von Dohna die niederſchmetternde Nachricht an, daß Jacob ſich mit aller Entſchiedenheit und heftig gegen die Annahme der Krone ausgeſprochen habe. Ja, er war noch weiter gegangen; er hatte an Philipp III. von Spanien, auf den er die weitgehendſte Rückſicht nehmen zu müſſen glaubte, geſchrieben, um ihn ausdrücklich zu verſichern, daß er völlig unſchuldig an der Erhebung ſeines Schwiegerſohnes ſei. Trotzdem das Vermählungsproject von Spanien offenbar abſichtlich hingezogen wurde, verharrte der König doch in ſeiner faſt unwürdigen, jedenfalls aber den Intereſſen ſeines Reiches ſchroff entgegenlaufenden Abhängigkeit von dem Madrider Cabinet, obgleich ſich das Parlament wie die öffentliche Meinung in England in ſeltener Einmüthigkeit beſtimmt gegen die ſpaniſche Allianz und für die Unterſtützung des königlichen Schwiegerſohnes ausſprach. Und war es nicht natürlich genug, daß der Sache des Pfalzgrafen durch dieſe unbegreifliche Haltung König Jacobs der größte Schaden zugefügt wurde? Wenn der eigene Schwiegervater ſich ſeiner Erhebung gleichgiltig, ja faſt feindſelig gegenüberſtellte, wer ſollte dann Muth und Intereſſe haben, dem neuen Könige von Böhmen ſeine Unterſtützung zu theil werden zu laſſen? Der Herzog von Savoyen und die Generalſtaaten waren beide, wenn auch von ganz verſchiedenen Geſichtspunkten aus, bereit, große Opfer für Friedrich V. zu bringen, aber wer wollte es ihnen verdenken, wenn ſie erklärten, ihre Hilfe



Krönung Kurfürſt Friedrichs V. von der Pfalz zum Könige von Böhm



im Dom zu Prag. Verkleinertes Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.

davon abhängig machen zu wollen, ob Jacob I. die Sache seines Schwiegersohnes für die seinige erklären werde? Aber vergeblich drangen die englischen Staatsräthe in Jacob, sich für Friedrich zu erklären, vergebens waren dessen eigene Bitten und die seiner Gemahlin, der leiblichen Tochter des Königs. Mit immer wachsendem Unmuthe lehnte Jacob jede thatkräftige Unterstützung seines Schwiegersohnes ab. Damit waren aber auch dessen übrige Allianzen, auf die man bei seiner Wahl in Böhmen in freudiger Zuversicht gerechnet hatte, völlig in Frage gestellt.

Jetzt aber konnte der junge Kurfürst nicht mehr zurück. Mit stattlichem Gefolge, man zählte 569 Personen, machte er sich, von seiner Gemahlin und seinem ältesten Sohne begleitet, auf, um sich nach Prag zu begeben, wo er am 31. October mit allem Glanz und Pomp königlicher Herrlichkeit seinen festlichen Einzug hielt. Am 3. November fand die feierliche Krönung im Prager Dom statt. Fast genau ein Jahr später sollte die kurze Herrlichkeit in Trümmer sinken.

Anfangs aber schien Alles gut zu gehen. Von großer Bedeutung war es vor Allem, daß sich soeben, kurz vor Friedrichs Königskrönung, Ungarn, wo längere Zeit die antihabsburgischen Tendenzen fast völlig geruht hatten, dem böhmischen Aufstande anschloß. Dieser Umschwung zu Ungunsten Ferdinands war durch das Auftreten des mächtigen Fürsten von Siebenbürgen, Bethlen Gabor, hervorgebracht worden, der mit den ungarischen Protestanten, namentlich mit Stanislaus Thurzo, in Verbindung getreten war und dann im Einverständniß mit ihnen unter dem Vorwande, daß es gegen die Türken gelte, eifrig gerüstet hatte. Schon am 18. August hatte er dann die Directoren in Prag benachrichtigt, daß er im September in Mähren einrücken werde. In der That entsandte er, während er selbst, von den ungarischen Protestanten eifrig unterstützt, in Ungarn siegreich vordrang, seinen Unterfeldherrn Redey mit 10000 Mann nach Mähren. Ferdinand gerieth dadurch, namentlich als im October Preßburg in Bethlen Gabors Hände gefallen war, von Neuem in solche Bedrängniß, daß er sich in Wien nicht mehr sicher fühlte, sondern nach Graz entfloh.

Natürlich aber wirkten diese Erfolge Bethlens auch auf Böhmen ein. Der dortige kaiserliche Oberbefehlshaber Buquoy mußte eiligst nach Oesterreich zurückkehren, um Wien zu schützen. Wäre das böhmische Kriegsheer, welches ihm gegenüberstand, schlagfertig genug gewesen, um sich seinem Rückzuge energisch entgegenzustellen, so wäre die Lage des Kaisers eine verzweifelte geworden. Aber wiederum, wie schon so oft, wurde die kriegerische Action des Heeres durch die immer trauriger zu Tage tretenden Mängel der böhmischen Heeresverwaltung vereitelt. Die Truppen, die seit Monaten keinen Sold erhalten hatten, während in Prag in der unbesonnensten und leichtfertigsten Weise große Summen für minder wichtige Dinge verschleudert wurden, versagten ihrem Feldherrn Hohenlohe offen den Gehorsam. Buquoy konnte ungehindert nach Oesterreich abziehen.

Mit Mühe wurden die Truppen durch eine Abschlagszahlung beruhigt, so daß sich nunmehr Hohenlohes Corps mit der mährisch-ungarischen Armee, welche unter Thurns Commando stand, in der Nähe von Wülfersdorf vereinigen konnte. Beide vereinigt zählten gegen 35 000 Mann, während die Kaiserlichen nur über 20 000 Mann verfügten. In der That gelang es Thurn und Hohenlohe jetzt, dem kaiserlichen Heere bei seinem Rückzuge über die Donau in einem heftigen Gefechte nicht unerhebliche Verluste beizubringen. Im November ging das böhmisch-ungarische Heer bei Preßburg über die Donau, rückte gegen Bruck an der Leitha vor, unternahm dann einen neuen Angriff auf Buquoy und zwang ihn zum Rückzuge nach Wien, wo sich Ferdinand selbst inzwischen wieder eingefunden hatte. In den letzten Tagen des November langte Thurn wiederum, wie im Juni des vorigen Jahres, vor den Thoren von Wien an. Hätten in diesem Augenblick auch die Oesterreicher den muthigen Entschluß gefaßt, sich endgiltig von Ferdinand loszusagen und dem Aufstande voll und ganz anzuschließen, so wäre Ferdinand menschlicher Voraussicht nach verloren gewesen. Aber eben der Mangel an rechtzeitigem Zusammenwirken im Verein mit der elenden Verwaltung, welche unter der Prager Directorialregierung herrschte und auch von dem jungen Könige nicht gebessert wurde, war es, was Ferdinand immer aufs Neue aus seiner bedrängten Lage errettete. Im letzten Grunde ist der böhmische Aufstand gescheitert, weil es dem böhmischen Adel an der entsagungsvollen Opferwilligkeit fehlte, die Alles an Alles zu setzen bereit ist. Trotz des großen Reichthums vieler seiner Mitglieder, trotz der von den Generalstaaten regelmäßig gezahlten monatlichen Subsidien von 50 000 Gulden, trotz der gewaltsamsten Confiscationsmaßregeln waren die böhmischen Kassen immer leer, so daß weder den Truppen ihr Sold, noch Bethlen Gabor die mit Recht von ihm für seine energische Unterstützung geforderten Subsidien gezahlt werden konnten. Auch jetzt wieder brachen in der Armee verheerende Krankheiten aus, die nur durch den Mangel und die Noth veranlaßt waren. Schon aus diesem Grunde wäre eine längere Belagerung oder gar eine Eroberung Wiens durch die ermatteten und wenig zuverlässigen Truppen kaum möglich gewesen. Daß aber der Rückzug schon nach wenigen Tagen (am 5. December) angetreten werden mußte, wurde dadurch veranlaßt, daß inzwischen in Ungarn durch den convertirten katholischen Edelmann Georg Drugeth de Homonna eine katholische Gegenbewegung gegen die mit Bethlen Gabor verbündete protestantische ausgebrochen war. Drugeth war nach Polen gegangen und hatte dort mit Einwilligung des Königs ein Kosakenheer geworben, mit dem er am 21. November in Oberungarn eingefallen war und dem ungarischen Befehlshaber Rakoczi eine vernichtende Niederlage beigebracht hatte. Dadurch aber war Bethlen Gabor natürlich genöthigt, seine Truppen von Wien zurückzuziehen, um zunächst der Drugethschen Bewegung Herr zu werden. Dies gelang zwar nach kurzer Zeit, aber — Ferdinand war aufs Neue aus seiner äußerst bedrängten Lage errettet, der Erfolg der böhmischen Waffen aufs

Bethlen Gabor.

Verkleinertes Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.

Neue vereitelt. Es war das letzte Mal, daß ſie in kühnem Angriff den Kaiſer ſelbſt im Mittelpunkte ſeiner Macht bedroht hatten.

Während der Wintermonate behaupteten ſich die böhmiſchen Truppen, obwohl wiederum Mangel und Noth bei ihnen herrſchte, noch leidlich. Ja, im Januar 1620 wurde die allgemeine wie die ſtrategiſch-taktiſche Lage

dadurch noch einmal sehr zu ihren Gunsten verschoben, daß sich jetzt, freilich viel zu spät für einen dauernden Erfolg, die Niederösterreicher endgiltig dem Aufstande anschlossen und das Heer der Böhmen um etwa 9000 Mann vermehrten. Dasselbe lagerte während der nächsten Monate im nördlichen Theile Niederösterreichs zwischen Horn und Langenlois in unmittelbarer Nähe der kaiserlichen Armee unter Buquoy, welche in der Umgegend von Krems stand. Dort kam es dann im Februar, März und April zu einigen größeren und kleineren Gefechten, die für die Böhmen nicht ungünstig verliefen. Die Gelegenheit zu einer Schlacht, die sich für Buquoy nach seiner Vereinigung mit Dampierre wiederholt in sehr günstiger Lage darbot, benutzte dieser zu Dampierres größtem Aerger nicht. Inzwischen gelang es zwar einem Theile der Truppen, welche von Italien her Ferdinand zu Hilfe gekommen waren und den Winter über in Passau standen, unter dem Commando des tüchtigen und umsichtigen Führers Marradas nach Böhmen vorzudringen; aber auf der andern Seite erhielt das böhmische Heer Verstärkung durch das Mansfeldsche Corps, welches in Stärke von 5000 Mann auf Befehl des Königs sich mit dem Hauptheere vereinigte, außerdem aber langten bei dem letzteren auch neue, frische Truppen aus Schlesien, 1500 Musketiere und 1000 Reiter, an, endlich aber schickte auch Bethlen Gabor, der im Januar einen Waffenstillstand mit Ferdinand eingegangen war, bald darauf aber sich doch wieder den Böhmen angeschlossen hatte, am 28. April 3000 Mann gegen die mährische Grenze vor. Die militärisch-taktische Lage der Böhmen war also, trotzdem im Heere aufs Neue in Folge der mangelhaften Soldzahlungen Meutereien ausgebrochen waren, welche Thurn nur mit Mühe zu dämpfen vermochte, bei Beginn des Frühjahrs 1620 eine keineswegs ungünstige. Sie verfügten insgesammt über eine Truppenmasse von 25—30 000 Mann und waren den bisher im Felde stehenden kaiserlichen Truppen zum mindesten gewachsen. Hätte der

Truppen des dreißigjährigen Krieges: 1. Lanzenreiter.
(Facsimile aus: Kriegskunst zu Pferdt. Von Joh. Jac. von Wallhausen; der löblichen Statt Danzig bestelten Obristen Wachtm: vnd Hauptman. Franckfurt am Mayn 1616.)

Truppen des dreißigjährigen Krieges: 2. Lanzenreiter und Einzelheiten seiner Ausrüstung. (Ebd.)

Krieg nur zwiſchen dieſen beiden Heeren ausgefochten werden müſſen, ſo hätte es den Böhmen wohl gelingen können, ſich zu behaupten und ihre Unabhängigkeit von Ferdinand zu erringen. Allein während der eben geſchilderten militäriſch-kriegeriſchen Vorgänge hatte ſich auf einem andern Felde, auf dem der Diplomatie, die Entſcheidung zu ihren Ungunſten vorbereitet. Es war dem von ſeinen aufſtändiſchen Unterthanen ſchwer bedrängten Kaiſer gelungen, eine furchtbare Coalition gegen den jungen Böhmenkönig zu Stande zu bringen, der ſeine Kräfte für die Dauer ſelbſt bei heldenmüthigſter Anſpannung derſelben um ſo mehr erliegen mußten, als er ſelbſt diplomatiſch völlig vereinſamt und allein auf die Hilfe der verſchiedenen Erbländer der öſterreich-ungariſchen Monarchie angewieſen blieb.

Truppen des dreißigjährigen Krieges: 3. Harquebuſierer oder Bandelierreuter. (Ebd.)

Wenn Ferdinand in der Bedrängniß, in welche er durch die vereinigte Erhebung aller ſeiner Erbländer gerathen war, ſich nach Unterſtützung bei den katholiſchen Fürſten des Deutſchen Reiches und des Auslandes umſah, ſo konnte er vor Allem nach wie vor der Hilfe ſeines ſpaniſchen Vetters völlig ſicher ſein. Bisher war ihm dieſelbe verhältnißmäßig wenig zu ſtatten gekommen. Die Rüſtungen, welche Philipp III. in Italien für ihn unternommen hatte, waren nur langſam vorwärts gediehen; erſt am 15. November hielten 7000 Mann italieniſcher Truppen ihren Einzug in Innsbruck. Sie wurden dann, wie wir ſahen, nach Paſſau verlegt, ein Theil von ihnen unter Marradas nach Böhmen entſandt. Als nun aber im November Thurn wieder vor Wien erſchienen war und den Kaiſer in die äußerſte Bedrängniß gebracht hatte, hatte er an Philipp III. neue Hilfegeſuche gerichtet, welche von dem die kaiſerlichen Intereſſen ſehr lebhaft vertretenden ſpaniſchen Geſandten Oñate energiſch unterſtützt wurden. Oñate war es, der zuerſt bei ſeinem Könige einen Angriff auf die Erblande des böhmiſchen Königs, zunächſt auf die Niederpfalz, der von Flandern aus erfolgen ſollte, in Vorſchlag brachte. Anfangs war Philipp III. wenig geneigt, noch größere Opfer als bisher

für Ferdinand zu bringen. Trotz der reichen Hilfsquellen seines Landes, die seinem Vater die Mittel zu seiner großen universalen Politik geboten hatten, befand sich Spanien unter der lässigen und unfähigen Regierung des Sohnes in beständig wachsender Finanznoth, welcher der Staatsrath vergebens abzuhelfen bemüht war. Es bedurfte der energischsten Wirksamkeit des kaiserlichen Gesandten in Madrid, Khevenhiller, ehe man den König endlich am 12. Januar 1620 dahin brachte, daß er dem Statthalter der Niederlande, Erzherzog Albrecht, die Weisung gab, einen Angriff auf die Niederpfalz zu unternehmen und ihm zu diesem Zwecke einen Credit von 230 000 Dukaten monatlich anwies. Außerdem wollte er auch ferner 12 000 Mann Infanterie und 4000 Reiter in Oesterreich unterhalten und den Sold für 3000 polnische Kosaken bestreiten. Es ist begreiflich, daß in Wien heller Jubel herrschte, als diese Nachricht am 13. Februar 1620 daselbst anlangte.

Truppen des dreißigjährigen Krieges: 4. Kürissierer. (Ebd.)

Schon vorher aber war es Ferdinand gelungen, noch eine andere wichtige Allianz zum Abschluß zu bringen, welche thatsächlich noch bei Weitem mehr als die spanische zu einer Entscheidung des böhmischen Krieges zu seinen Gunsten beigetragen hat. Nachdem es durch geschickt geführte Verhandlungen des österreichisch-spanischen Agenten Bruneau gelungen war, die früher unter kaiserlicher Einwirkung vorübergehend aufgelöste Liga wieder ins Leben zu rufen, wurde am 8. October 1619 zwischen Ferdinand und dem Leiter der Liga, Maximilian von Bayern, ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem der letztere mit dem von der Liga anzuwerbenden Heere dem Kaiser zu Hilfe zu kommen versprach, wenn die eigene Vertheidigung und die seiner Bundesgenossen es gestatte. Aber Maximilian war keineswegs geneigt, die Gefahr

dieſer Unterſtützung auf ſich zu nehmen, ohne ſich eine ausreichende Entſchädigung für die ihm daraus erwachſenden Koſten und für den Schaden, den er ſelbſt dadurch laufen konnte, zu ſichern. Er ließ ſich durch eben jenen Vertrag nichts mehr und nichts weniger zuſichern, als die Verpfändung

Truppen des dreißigjährigen Krieges: 5. Küraſſierer und die Einzelheiten ſeiner Ausrüſtung. Als Pappenheimer Küraſſiere von beſonderem Ruf. (Ebd.)

aller deutſchen Beſitzungen des habsburgiſchen Hauſes und vollen Erſatz etwaiger Länderverluſte. Außerdem aber verſprach ihm der Kaiſer mündlich die eventuelle Uebertragung der Kur des Pfalzgrafen, deſſen Aechtung alſo ſchon in Ausſicht genommen wurde, ehe er ſich noch endgiltig für die Annahme der böhmiſchen Königskrone entſchieden hatte; endlich ſollte Maximilian noch

denjenigen Theil des Beſitzes ſeines pfälziſchen Verwandten erhalten, deſſen er ſich im Laufe des Krieges bemächtigen werde. Nach Abſchluß dieſes Vertrages ſetzte dann Maximilian bei der Liga auf einer im December 1619 in Würzburg abgehaltenen Verſammlung den Beſchluß durch, daß eine Armee von 21 000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern angeworben werden ſolle.

Aber Maximilian war, nachdem er ſich einmal der Sache des Kaiſers endgiltig und voll angeſchloſſen hatte, auch ferner bemüht, Ferdinand weitere Hilfsquellen für den Krieg zu eröffnen. Vornehmlich durch ſeine Bemühungen gelang es, Papſt Paul V. zu bewegen, die monatlichen Subſidien von 10 000 Gulden, die er ſchon bisher dem Kaiſer gezahlt hatte, auf 20 000 zu erhöhen und außerdem auch der Liga eine beträchtliche Geldhilfe zuzuſichern.

Ferner konnte der Kaiſer auf die Hilfe des Königs Sigismund von Polen rechnen; derſelbe geſtattete nicht nur, daß das Corps des Ungarn Drugeth de Homonna, welches von Bethlen Gabor aus Ungarn wieder verdrängt worden war, nunmehr in Oeſterreich verwendet werde, ſondern er ſchickte dem Kaiſer Oſtern 1620 auch noch einige weitere tauſend Mann zu Hilfe.

Das größte Meiſterſtück diplomatiſcher Kunſt aber gelang doch Maximilian von Bayern, indem er es im März 1620 auf einem Convente in Mühlhauſen erreichte, den proteſtantiſchen Kurfürſten von Sachſen zu einem Bündniſſe mit der Liga zu vermögen. Verſtimmt über ſein Unterliegen bei der böhmiſchen Königswahl und beſorgt durch die Verbindung ſeines erneſtiniſchen Vetters mit Böhmen ließ ſich Johann Georg endlich nach längeren geſchickt geleiteten Verhandlungen bereit finden, das feierliche Verſprechen abzugeben, Ferdinand zu unterſtützen, ja ſich an der Execution in Böhmen und der Lauſitz zu betheiligen, wogegen ihm die Verſicherung ertheilt wurde, daß die niederſächſiſchen Stände im Beſitze der geiſtlichen Güter nicht mit Waffengewalt angegriffen werden ſollten. Es war ein ähnlicher Verrath an der proteſtantiſchen Sache, wie ihn einſt im ſchmalkaldiſchen Kriege Herzog Moritz von Sachſen begangen hatte.

Aber auch damit begnügte ſich Maximilian von Bayern noch nicht. Er wollte, indem er mit den Streitkräften der Liga dem Kaiſer ſeine proteſtantiſchen Unterthanen wieder zu unterwerfen ins Feld zog, auch gegen einen Angriff im Rücken gedeckt ſein, d. h. die Union mattſetzen bezw. veranlaſſen, dem böhmiſchen Kriege fern zu bleiben. Und ſo unglaublich es erſcheint, wenn man bedenkt, daß der Kurfürſt von der Pfalz, deſſen Exiſtenz in dieſem Kriege auf dem Spiele ſtand, der Führer der Union war: auch das gelang. Um dies zu begreifen, müſſen wir uns in wenigen Zügen vergegenwärtigen, welche Stellung die Union bisher gegenüber dem böhmiſchen Unternehmen ihres Leiters eingenommen hatte.

Schon jener vor der Annahme der böhmiſchen Königskrone durch Friedrich V. in Rothenburg abgehaltene Unionstag hatte ſich ſehr reſervirt gegenüber dem böhmiſchen Unternehmen Friedrichs verhalten und ſich nur dazu verſtanden, die Erbländer des Kurfürſten im Falle eines Angriffs gegen dieſelben zu vertheidigen. Eine directe Unterſtützung des böhmiſchen Unternehmens war ſchon damals von der Union abgelehnt worden. Gleichwohl hatte Friedrich, als er nun nach Böhmen aufbrach, um ſich die Königskrone aufs Haupt zu ſetzen, eine Abtheilung von Truppen, welche von der Union angeworben worden war, mit nach Böhmen genommen. Er hoffte noch immer, daß es gelingen werde, die Union in ſein Unternehmen in ähnlicher Weiſe mit fortzureißen, wie das früher im Jülicher Erbfolgekriege geſchehen war. Zu dieſem Zwecke hatte er im November 1619 einen neuen Unionstag nach Nürnberg berufen. Am 19. November hielt er ſelbſt ſeinen feierlichen Einzug daſelbſt. Aber für die Verhandlungen war es ſchon von vornherein von verhängnißvoller Bedeutung, daß derjenige Mann, der dem Pfalzgrafen in allen ſeinen Plänen am meiſten zur Seite ſtand und ihn auch zur Annahme der Königskrone bewogen hatte, daß Fürſt Chriſtian von Anhalt durch einen Podagra-Anfall in Amberg zurückgehalten wurde und nicht in der Unionsverſammlung erſcheinen konnte. Nur zu bald zeigte es ſich, daß er thatſächlich außer dem Kurfürſten von der Pfalz ſelbſt der einzige unter den Unionsmitgliedern war, der ernſtlich ein enges Bündniß zwiſchen der Union und den Böhmen anſtrebte. Die übrigen waren nicht nur wenig geneigt, den König von Böhmen mit Hilfstruppen zu unterſtützen, ſondern ſie verlangten im Gegentheil Rückſendung jener von der Union geworbenen und bezahlten Truppen, die Friedrich mit nach Böhmen genommen hatte und gerade damals doppelt nothwendig brauchte, um den Anmarſch des von Italien heranrückenden kaiſerlichen Heeres zu verhüten. Aber die Unirten, die ein für alle Mal mit dem gefährlichen böhmiſchen Unternehmen nichts zu thun haben wollten, gingen noch weiter: ſie entzogen dem Kurfürſten auch noch das Gehalt von 6000 Gulden, welches er als Unionsgeneral bezog. Das Einzige, wozu ſie ſich verſtanden, war eine Erneuerung jener ſchon auf dem Rothenburger Tage gegebenen Zuſage, daß ſie die Erblande Friedrichs gegen einen Angriff ſchützen und keine kaiſerlichen Truppenmärſche durch Unionsgebiet geſtatten wollten. Im Uebrigen zeigte ſich keine Spur von Erkenntniß der wahren Sachlage. Es ſchien, als ob die unirten Fürſten in ihrer Zerfahrenheit und Schwäche keine Ahnung von der einfachen Thatſache hätten, daß ein Unterliegen des Pfalzgrafen in Böhmen nicht nur für die Union, ſondern auch für das Schickſal des Proteſtantismus im Reiche von der verhängnißvollſten Bedeutung werden mußte. Man ſah thatſächlich nur das Nächſtliegende, ein Jeder verfolgte nur ſeine eigenen Sonderintereſſen. Man beſchloß zu rüſten, aber nicht um die proteſtantiſche Sache an der Stelle zu unterſtützen, wo ſie in einem Verzweiflungskampfe begriffen war, ſondern um einen Einfall in die geiſtlichen Gebiete zu unternehmen. Und dabei hatten die Unirten die unglaubliche Naivität, eine eigene Geſandtſchaft

an Herzog Maximilian von Bayern zu entsenden und ihn gleichsam auf diesen beabsichtigten Angriff gegen die geistlichen Fürsten aufmerksam zu machen, indem sie ihm eine Schrift über die Reichsgravamina und über die katholischen Rüstungen überreichten, in der sie Abrüstung und volle Gleichberechtigung der Protestanten in der Besetzung des Reichshofraths und Reichskammergerichts verlangten und für den Fall, daß man ihnen von katholischer Seite nicht innerhalb zweier Monate eine völlig zufriedenstellende Antwort gäbe, geradezu mit jenem beabsichtigten Angriffe drohten. Natürlich ließ sich Maximilian dadurch in keiner Weise einschüchtern, sondern antwortete ihnen in ähnlich schroffem Tone, daß er einen Angriff auf die Gebiete der geistlichen Fürsten nicht dulden werde.

Die Hoffnung, die Friedrich von der Pfalz auf die Unterstützung der Union gesetzt hatte, wurde also auf dem Unionstage zu Nürnberg gründlich zu Schanden. Aber es sollte noch schlimmer kommen, noch klarer zu Tage treten, daß Ferdinand seine Erfolge in erster Linie der Zerfahrenheit und Uneinigkeit seiner Gegner zu verdanken habe.

Im Laufe des Winters hatte die Liga ihre Rüstungen beendet; im Juni standen ihre Truppen, etwa 24 000 Mann an Zahl, zum Einmarsch in Oesterreich bereit, bei Lauingen und Günzburg. Auch die Union hatte inzwischen ein Heer von 13 000 Mann zusammengebracht, welches bei Ulm versammelt war. In diesem Augenblick, unmittelbar bevor Maximilian von Bayern mit den Streitkräften der Liga activ in den Kampf zu Gunsten Ferdinands eingriff, trat in Ulm ein neuer Unionstag zusammen. Und schon war Maximilians Respect vor der Union so weit geschwunden, daß er es unternehmen konnte, in diesem kritischen Moment zwei Gesandte, die Herren von Donnersperg und Wensin, nach Ulm zu entsenden, um mit der Union zu verhandeln und ihr die Aufrechthaltung des Friedes im Reiche anzubieten, wenn sie dieselbe Verpflichtung eingehe. Es lag auf der Hand, daß er damit nichts Anderes bezweckte, als sich eine Rückendeckung für seinen Zug nach Oesterreich und Böhmen zu verschaffen. Gleichwohl war die Union, auf deren Versammlung auch eine französische Gesandtschaft in vermittelndem Sinne wirksam war, wirklich bereit, auf diese sonderbaren Friedensanerbietungen Maximilians einzugehen. Ein Rest von Schamgefühl veranlaßte sie indeß, wenigstens die eine Bedingung zu stellen, daß von keiner Seite, also nicht nur nicht von Seiten Maximilians, sondern auch von der Erzherzogs Albrecht von den Niederlanden aus, ein Angriff gegen das Unionsgebiet, also auch gegen die pfälzischen Erbländer des böhmischen Königs, unternommen werde, und daß Niemand sich zur Durchführung einer eventuellen Achtserklärung gegen Friedrich hergebe. Aber auch auf dieser Bedingung, deren Aufrechterhaltung doch eine Ehrensache für sie hätte sein müssen, bestanden die Unirten nicht, ließen sich vielmehr nach langen Verhandlungen, an denen die französische Gesandtschaft einen hervorragenden Antheil nahm, endlich doch bereit finden, auf einen Vertrag einzugehen (Juli 1620), nach welchem Union und Liga

die Versicherung abgaben, mit einander in Frieden leben zu wollen. Die Liga verpflichtete sich, die Erbländer des Pfalzgrafen, von denen aber Böhmen ausdrücklich ausgenommen wurde, mit jedem Angriff zu verschonen. Des Erzherzogs Albrecht geschah keine Erwähnung. Ihm blieb es mithin freigestellt, die unter Spinola in Flandern aufgestellte Truppenmasse entweder nach Böhmen oder nach der Pfalz marschieren zu lassen. Damit hatte die Union ihren bisherigen Führer thatsächlich seinem Schicksale preisgegeben. Maximilian konnte sich ungestört an dessen Niederwerfung betheiligen, ohne einen Angriff auf sein bayrisches Herzogthum besorgen zu müssen. Schon jetzt konnte die Union als politisch todt betrachtet werden.

Immer enger und enger zog sich so das Netz über dem Haupte des unglücklichen Böhmenkönigs zusammen, für den schon jetzt seine Feinde den Namen „Winterkönig" aufgebracht hatten. Woher sollte er Mittel und Kräfte nehmen, um der furchtbaren Coalition zwischen dem Kaiser, Spanien, dem Papste und der deutschen Liga erfolgreichen Widerstand zu leisten? Das Schicksal des böhmischen Aufstandes war jetzt schon besiegelt. Er hätte nur gelingen können, wenn sich in Einem mächtigen Anprall alle Erbländer mit den Böhmen vereinigt und die damals schwachen Kräfte des Kaisers in wuchtigem Schlage niedergeworfen hätten. Aber indem sich ganz vereinzelt und allmählich ein Land nach dem andern dem Aufstande anschloß, gewann der Kaiser Zeit, die Kräfte des Widerstandes zu organisiren und einen Bund gegen seine aufständischen Unterthanen zu Stande zu bringen, dem diese in ihrer Vereinzelung nimmermehr gewachsen waren.

Und vereinzelt, völlig vereinzelt waren und blieben sie. Die Union hatte jede Unterstützung abgelehnt, Frankreich und England erschöpften sich in völlig aussichtslosen Vermittelungsversuchen; zu wirklicher Hilfe war selbst der eigene Schwiegervater des jungen Königs trotz aller begeisterten Sympathieen, die demselben von dem englischen Volke entgegengebracht wurden, nicht zu vermögen. Frankreich aber, das sonst traditionell die deutschen Protestanten in ihrem Kampfe gegen das Haus Habsburg unterstützt hatte, beobachtete jetzt eine dem Kaiser freundliche Neutralität. Ja, selbst darauf, daß alle Erbländer des Kaisers in dem Kampfe gegen denselben ausharrten, konnte sich der Pfalzgraf nicht unbedingt verlassen. Namentlich hatte es sich deutlich genug gezeigt, daß man auf Bethlen Gabors Hilfe nicht mit unbedingter Sicherheit zählen könne, zumal es sich für die böhmischen Stände dauernd als unmöglich herausstellte, dessen Geldforderungen zu befriedigen. Schon einmal, im Januar, hatte der tapfere und energische, aber auch sehr unzuverlässige Fürst, den die Ungarn inzwischen zu ihrem Herrn erwählt hatten, mit dem Kaiser verhandelt und endlich einen Waffenstillstand mit ihm geschlossen. Seitdem hatte er sich dann wieder an dem Kriege zu Gunsten der Böhmen

Abriß / wie der Caluiniſche Geiſt durch ſein

vndconſequenter wider die Catholiſche Römiſ

Practicken felb

Was Glerte durch die Schrifft verſtahn/

A.

Bäbſt: heil:

Jn Chriſtlich Kirch der Römiſch ſtuel
Zerreiſſt den Armen jhren Schuel/
Verdeckt anſchleg gehen zu machen/
Gott ſelbſt führt Koch vnd Kuchen ſtehe.

B.

Kayſer.

Wol ſonſt ſchon nichts herfür wer kommen/
Als diß was Bayern hat außgenommen
Auß Anhalts gheimer Schrifft ſo gut/
So hett es jhnen verdient den Baan.

C.

Spanien.

Zu ſchirm vnd ſchutz meines Hauſs
Mach ich den Bayern manchen grauß
Zu erhaltung der Religion
Setz ich Gelt/Gut/ vnd Blut daran.

D.

Bayrn.

Jetzt kombt es nun an ſpitz vnd knopf
Jhr habt verſtoſſen Euren kopf
Leicht wer gern handen daß * Königreich
Hett jhr nur Eur Conſcyley bey Euch.
(* In præſentia.)

E.

Graf Schlick abgſandter zu Sachſſ.

Auß Böhem bin ich gſandt ſo fert
Zu Eur Churfürſtlich Gnaden herr/
Zu ſtewren das gemeine weſen
Wuß mehrers wird ſie ſchreiffelich leſen.

F.

Chur Sayen.

Lockt Caluiniſten wie jhr wölt/
Eur glang mir gar nit mehren gfelt/
Der Kayſer gilt bey mir vil mehr:
Hinweck mit euer falſchen lehr.

G.

Secretari New zu Venedig.

Wan vnß Venedig allgemach
Wolt helffen in der gmainen ſach
Sie konden vberkommen wol
Das gantz Jrtaul darzue Tyrol.

H.

Venedig.

Wolt jhr das wir Euch helffen ſolten
So kan es nit ſeyn wann wir ſchon wolten
Wir ſorgen jhr möcht vns vil gwinnen
Wir wöllen vns noch drüber beſinnen.

I.

Chriſtoph von Dona.

Der weil in Prag Achaz von Den
Dem Pfaltzgraf practiciert die Cron
Thue ich hin zu den Staden laufen
Laß jm vnd halin wer jn verhaiſſen.

K.

Staden.

(Pſal. 44. & 61. & 118.)

An vnſer Hilff ſoll manglen nicht/
Jr ſetzt vns vnd wir euch verpflicht/
Eur Reiten helffen wir verſorgen/
Vnd ſollen wir darzu ertworgen.

Pfaltzgraf.

Gehe nur fein ſtill ſolz niemand wiſſen
Das ich mich vmb die Cron geriſſen/
Wir ſchwören doch ich wiß nichts drumb
Wie mir die Cron auß Böheim kumb.

Anhalt.

Wann aber ich den Ständten
In Böhem zu einer
Vnruhung mach ich die gantz
Allein ſo mangelts noch an

Facſimile eines Flugblattes gegen den

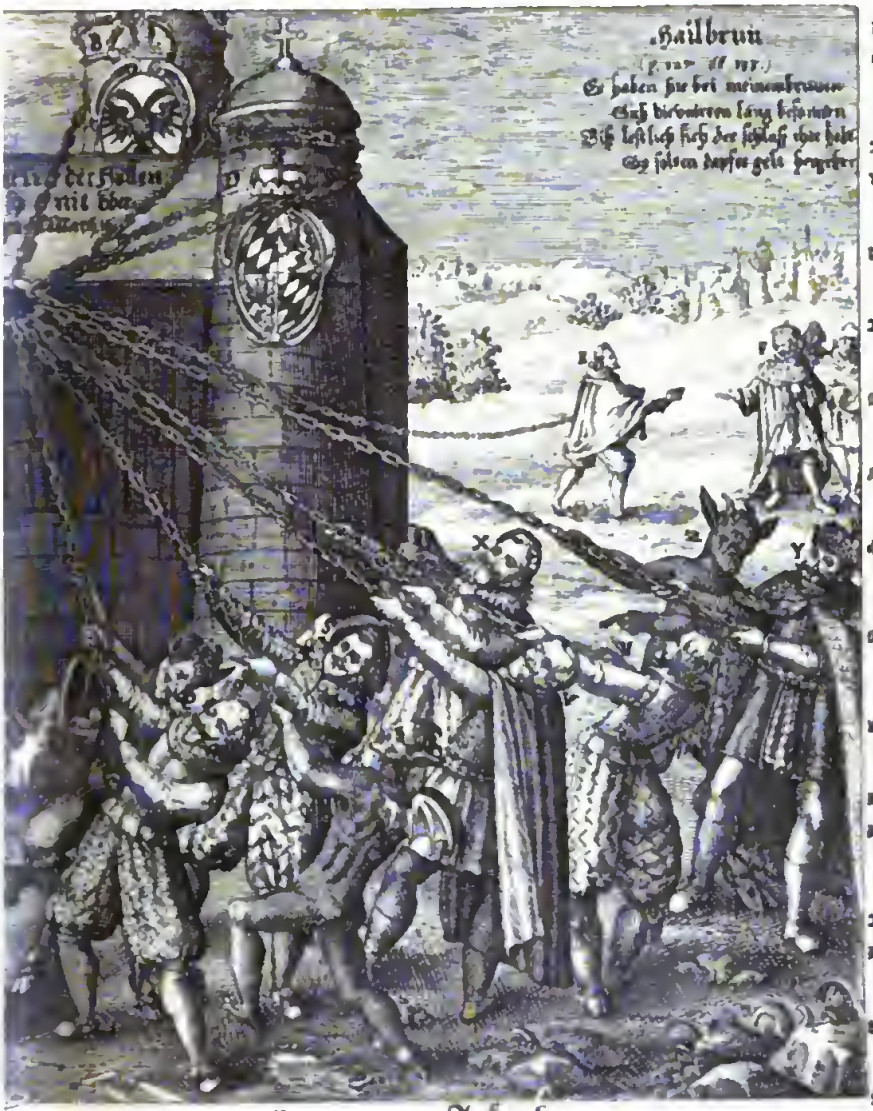
In der Ueberſchrift iſt der Zweck der bildlichen Darſtellungen dieſer ſtreitbaren Flugſchriften-Litteratur charakte

Extract
leꝛſchen Cantzley/
Das iſt:

: gehaime Räth / wider das Römiſche Reich/

he Kirchen practiciert, doch die Rahtſchläger ob jhren
r zuſchanden worden.

Das lehrt das Gmähl den gmainen Mann.



Anſpach.

Es wolt noch nicht die Vnion
Waß wir bey miteinander hon/
Allem ſag ich es denn von Baden
Dem mocht noch anno mit Preyſach fraten.

L.
Camerarius.
(p. 125.)
Die Sachſen wollen nit darzu
Sie haben wol ſein gſtudiert nu
Sie wöllens aber nit außtragen
Vor jorn möcht mir mein Kopf zerſpringen

M
Bieſſen.
(p. 140. &c. 111.)
Ach liebe Herren wann doch nur
Der Ferdinand nit Kayſer wer:
Von Ferdinando mögen wir nit wehren/
Wan Türck vñ Teuffel ſoll Kayſer weren.

N
Calumniſtengeiſt.
Nur wachtlich dran/ die guetten Rath
Groß lob verdienen ihr warhaft.

O.
Pfaltzgraf.
Ich Cron da machſt mir grobe Poſſen
Hab mein Kopf gern an der rechten Roſen.

P
Calumniſtengeiſt
Ey Frisch auf mit der Stadt dem Hauß/
Da wirſt ſonſt deinem feind zu Paß.

Q.
Anhalt.
Laſt uns zerſtören das Römiſch Reich
So fält die Römiſch Kirch zugleich

R.
Calumniſtengeiſt.
Halt an/ halt an/ mein lieber Anhalt
Ehe uns dem Anſchlag ſich zerſpalt

S.
Anſpach.
(p. 51.)
Ey laſt uns eylen ſchwind vñ flug
Eh ſich die leidig Kun zertrug.

T
Cal: Geiſt.
(p. 61.)
Wer ſich mit handlen will bemühen
Der muß bey zeit zum Jarmarck ziehen

V
Graf von Thurn.
Das ich mich mit der Cron Behaim verwirrt/
Hab wider den Kayſer auffgeſtanden
Das hat mein Weib vnd Hoffart gemacht
Derwegen ich bald in der Acht.

W
Jägendorf.
(p. 151.)
Auf Pollen hab ich mein auff/
Mich überredt der Nicolas Wolfart zu weiß
Der mir ein groſſe Hülff verheißt
Darvon noch kein Felchhauſen man weißt

X.
Hollach.
Zur vorhut bin ich guetter ſtatt
Dem Gabor gibt ich wider mich

Y
Gabor.
Mein Herren die fangt an zu kratzen/
Ich wil mich auß dem ſtaub bald machen

Z
Calumniſten Geiſt.
Hut dein Beichl Gabor gib dich nicht/
Auf dich iſt all ihr zuverſicht.

---

den Calvinismus; aus der Zeit nach 1621.

ſprüchlich ausgeſprochen: „Was Gelehrte durch die Schrift verſtahn, das lehrt das Gemälde dem gemeinen Mann.

betheiligt. Aber wer bürgte dafür, daß er nicht im ersten kritischen Augenblicke aufs Neue seinen Frieden mit dem Kaiser zu machen versuchen werde?

Vergegenwärtigt man sich alle diese Thatsachen, so erhellt auf den ersten Blick, daß die Lage des Königs von Böhmen schon eine verzweifelte war, ehe die kriegerischen Operationen nach Ablauf der Winterruhe erst ernstlich begonnen hatten. Sie war es um so mehr, als er sich selbst durch eine Reihe verhängnißvoller Fehler die Sympathieen seiner böhmischen Unterthanen verscherzt hatte. Während die böhmischen Protestanten, welche zum großen Theil aus den alten Utraquisten hervorgegangen waren, noch vielfach an den Formen und Gebräuchen der alten Kirche hingen, ging Friedrich, von seiner calvinistischen pfälzischen Umgebung verleitet, mit unverständigem Eifer dagegen, namentlich gegen den Bilderschmuck der Kirchen vor. Es erregte unter den böhmischen Protestanten Unwillen und Entrüstung, als selbst der herrliche Prager Dom mit seiner Fülle kostbarer Kunstschätze dem calvinistischen Vandalismus zum Opfer fiel, aller seiner Pracht entkleidet und in einen kahlen calvinistischen Betraum verwandelt wurde. Dazu kam des Königs mit seinem strengen Calvinismus in schroffem Gegensatz stehende Genuß- und Prunksucht, die nicht selten geradezu den Eindruck des Lächerlichen machte und um so verderblicher wurde, als dadurch Mittel verschwendet wurden, die für die Vertheidigung des Landes ungleich besser hätten verwendet werden können. Trotz der Ueberlegenheit, welche die kaiserlichen Truppen jetzt sehr bald erlangten, hätten die Böhmen in einem geschickt geleiteten Vertheidigungskriege ohne Zweifel erfolgreichen Widerstand leisten können, wenn sie alle Kräfte angespannt und mit den anderen aufständischen Provinzen einmüthig zusammengewirkt hätten. Aber dies wurde eben in erster Linie durch die mangelnde Energie des Königs unmöglich gemacht. Immer deutlicher trat außerdem vor Allem der Mangel an tüchtigen Heerführern hervor; Friedrich selbst fehlte es gänzlich an jeder militärischen Begabung. Die Truppen wurden schlecht oder gar nicht besoldet und verpflegt und versagten in Folge dessen wiederholt in offenen Meutereien ihren Führern den Gehorsam; eine heillose Finanzwirthschaft der unfähigen Regierung, der der König nicht nur nicht abzuhelfen vermochte, sondern durch seine Verschwendungs- und Prunksucht noch Vorschub leistete, beraubte nutzlos das Land der besten Kräfte. Alle diese Gründe wirkten zusammen, um das unglückliche Land an den Abgrund des Verderbens zu bringen. Es bedurfte nur des energischen Eingreifens des zielbewußten Herzogs Maximilian von Bayern, um die ganze böhmische Königsherrlichkeit in Trümmer sinken zu lassen. Mit seinem Einmarsche in Oesterreich beginnt der letzte Akt des verhängnißvollen böhmischen Dramas.

Die ligistischen Streitkräfte, welche sich im Juni und Juli um Lauingen und Günzburg concentrirt hatten, zählten 24 500 Mann zu Fuß

und 5500 Reiter. Ihr eigentlicher Anführer mit dem Range eines Generallieutenants war der Freiherr Johann Tserclaes von Tilly. Am 24. Juli überschritten die ersten ligistischen Truppen die Grenze von Oberösterreich. Sie stießen auf keinen nennenswerthen Widerstand. In schnellem Marsche drang Maximilian vorwärts; jede Verhandlung, welche die oberösterreichischen, in Linz versammelten Stände wiederholt mit ihm anzuknüpfen versuchten, lehnte er ab und verwies sie auf seine Ankunft in Linz. So zu handeln war er von Wien aus ausdrücklich angewiesen worden. Ferdinand hatte ihm durch einen eigenen Gesandten, Herrn von Harrach, die kurze und bündige Instruction gegeben, er solle „die Prädicanten sammt der verdammten Ketzerei aus Oberösterreich abschaffen". Nicht so ganz war Maximilian mit dieser Anweisung einverstanden, er rieth dem Kaiser vielmehr, zunächst noch nicht mit aller Schärfe gegen die Protestanten vorzugehen, weil dies den Widerstand der Bevölkerung aufs Aeußerste reizen und den Weitermarsch nach Böhmen unnöthig verzögern werde. Zugleich aber mahnte er schon jetzt den Kaiser in sehr nachdrücklicher Weise an die Bestimmungen des October-Vertrages, indem er auf eine an ihn gerichtete Anfrage erklärte, er werde die Besetzung des Landes und dessen ganze Verwaltung nicht im Namen des Kaisers, sondern im eigenen Namen führen bis zu dem Augenblicke, da er sich für die Kriegskosten schadlos gemacht hätte. Der Kaiser solle sich einstweilen damit begnügen, daß ihm die Stände huldigten. Sie dazu zu zwingen, ließ Maximilian seine nächste Aufgabe sein.

Am 4. August traf Maximilian mit seinem Heere vor Linz ein. Die zum Tode erschrockenen Stände, die vergeblich von den Böhmen Hilfe erbeten hatten, boten jetzt ihre Unterwerfung an, wenn ihnen ihre politischen und religiösen Freiheiten, wie sie unter Maximilian II. und Matthias gegolten hätten, garantirt würden. Aber die Zeit, Bedingungen für die Unterwerfung zu stellen, war jetzt gründlich überwunden. Maximilian verlangte vielmehr die bedingungslose provisorische Huldigung an Ferdinand, welche die Stände nach längerem Sträuben am 20. August thatsächlich leisten mußten. Nachdem Maximilian dann den Obersten Freiherrn von Herbersdorf zum Landeshauptmann ernannt hatte, setzte er seinen Marsch fort und vereinigte sich mit dem noch immer bei Horn und Eggenburg stehenden kaiserlichen Heere unter Buquoy (8. September), nachdem es, zum letzten Male in diesem Kriege, dem böhmischen Heere unter Anhalts Führung gelungen war, dem Dampierreschen Theile der kaiserlichen Armee in Abwesenheit des Führers eine nicht unerhebliche Niederlage beizubringen. Am 20. September überschritt dann das vereinigte kaiserlich-ligistische Heer die böhmische Grenze, nachdem auf Ferdinands Drängen ein Corps von 6000 Mann unter Dampierres Führung nach Wien entsandt worden war, um die Hauptstadt gegen einen etwaigen Angriff Bethlen Gabors zu decken. Dem böhmischen Heere unter Anhalts Führung blieb darnach nichts Anderes übrig, als sich ebenfalls nach Böhmen zurückzuziehen.

In Prag selbst herrschte natürlich in Folge der Hiobsposten, welche aus Oesterreich einliefen, die fürchterlichste Bestürzung. In aller Eile wurde die Hauptstadt befestigt und ein neues Aufgebot ausgeschrieben. Jetzt endlich

Johann Tserclaes Freiherr von Tilly.
Nach dem Gemälde von Anthonie van Dyck (1599—1641).
(München, Königl. Pinakothek.)

entschloß man sich auch, in Prag einen Kriegsrath zu begründen, um die Heerführer der Nothwendigkeit zu überheben, oft in den entscheidendsten Augenblicken nach der Hauptstadt zu kommen, um sich Weisungen von hier zu holen,

wie das bisher stets, nicht selten zum großen Nachtheil für die kriegerischen Operationen, geschehen war. Den entscheidenden Einfluß in diesem Kriegsrathe erlangte einer der flüchtigen Führer der Oberösterreicher, der energische und umsichtige Freiherr von Tschernembl. Unter seiner Leitung machte die Regierung jetzt wirklich, nur leider zu spät, um einen wirklichen Erfolg zu erzielen, die verzweifeltsten Anstrengungen. Tschernembl war es auch, der den König veranlaßte, sich persönlich zur Armee zu begeben (28. September).

Während dieser Vorgänge in Prag aber waren Maximilian und Buquoy nach Budweis vorgerückt und hatten Wodnian und Prachatitz eingenommen. Im südlichen Zipfel von Böhmen befand sich jetzt nur noch Wittingau in den Händen der Aufständischen.

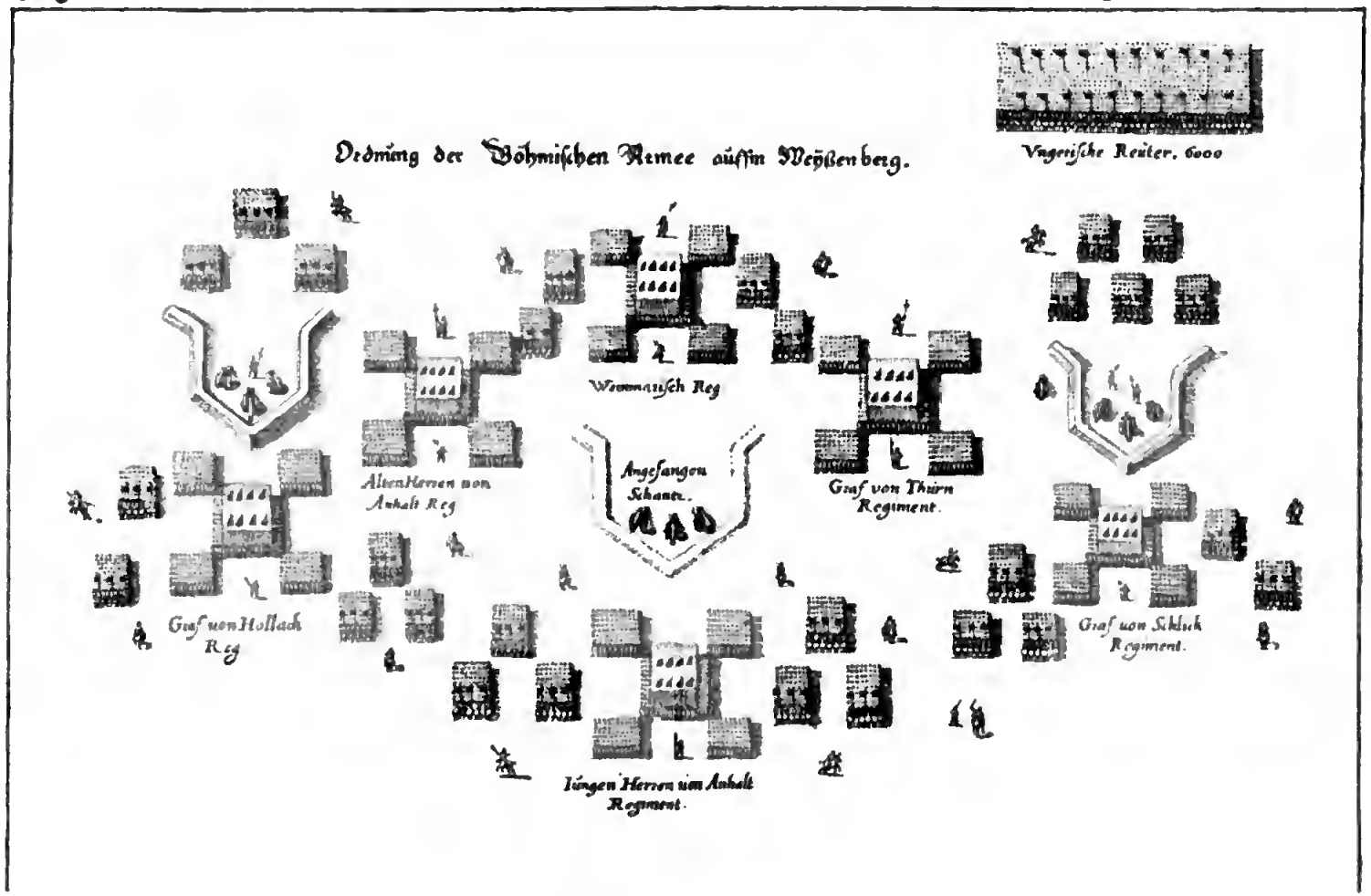
Schon jetzt begann man in den Kreisen der böhmischen Regierung einen Angriff auf die Hauptstadt selbst zu fürchten. Aber Maximilian wollte sich, ehe er diesen unternahm, erst völlig des südwestlichen Böhmens bemächtigen, außerdem aber seine Verbindung mit Bayern sichern. Das kaiserlich-ligistische Heer wandte sich in Folge dessen, nachdem es am 30. September Pisek mit Sturm genommen und furchtbar ausgeplündert hatte, nicht nach Prag, wohin ihm der Weg jetzt völlig offen stand, sondern gegen Pilsen, wohin Mansfeld von Tabor aus marschirt war, um das Nachrücken eines Theils der ligistischen Truppen, welche Maximilian bei seinem Einmarsch in Oesterreich in Furth und Taus aufgestellt hatte, zu verhindern. Ihm hatte Maximilian schon von Budweis aus ein kleineres Corps unter Marradas nachgesandt, jetzt rückte das Hauptheer von Pisek über Strakonitz und Horazdowitz nach. Jetzt endlich rührte sich auch die böhmische Hauptarmee unter Anhalt. Sie folgte dem Marsche der kaiserlich-ligistischen Armee und griff die Nachhut des Buquoyschen Heeres, welches etwa eine Meile getrennt von dem Maximilians marschirte, an; aber einen erheblichen Erfolg errang Anhalt nicht, da Buquoy sehr wachsam gewesen war und Maximilian rechtzeitig von der Nähe des böhmischen Heeres benachrichtigt hatte, so daß sich beide glücklich wieder vereinigten und gemeinsam gegen Blowitz marschirten. Inzwischen war es Marradas gelungen, sich mit den ligistischen Truppen in Taus und Furth, welche 6000 Mann zu Fuß und 1700 Reiter zählten, zu vereinigen. Maximilian zog dann auch diesen Heerestheil an sich und rückte nun mit Buquoy direct gegen Pilsen vor. Am 12. October schlug er sein Hauptquartier in dem Dorfe Lititz bei Pilsen auf. Da hat es dann Mansfeld in diesem für Böhmen kritischen Augenblicke über sich gewonnen, die Sache, die er bisher vertreten hatte, zu verrathen, indem er an Buquoy directe Anerbietungen gelangen ließ, in denen er in Aussicht stellte, seine Sache von der der Böhmen zu trennen. Ueber die Bedingungen dieses Verraths haben dann in der That Verhandlungen mit den kaiserlichen Vertrauensmännern, welche Buquoy auf Mansfelds Bitten an ihn entsandte, stattgefunden. Mansfeld schlug seinen eigenen Werth nicht gering an. Er verlangte Zahlung von 400 000 Gulden, außerdem aber, daß ihn der Kaiser in Gnaden aufnehme, zum Reichsgrafen erhebe und ihm das von seinem

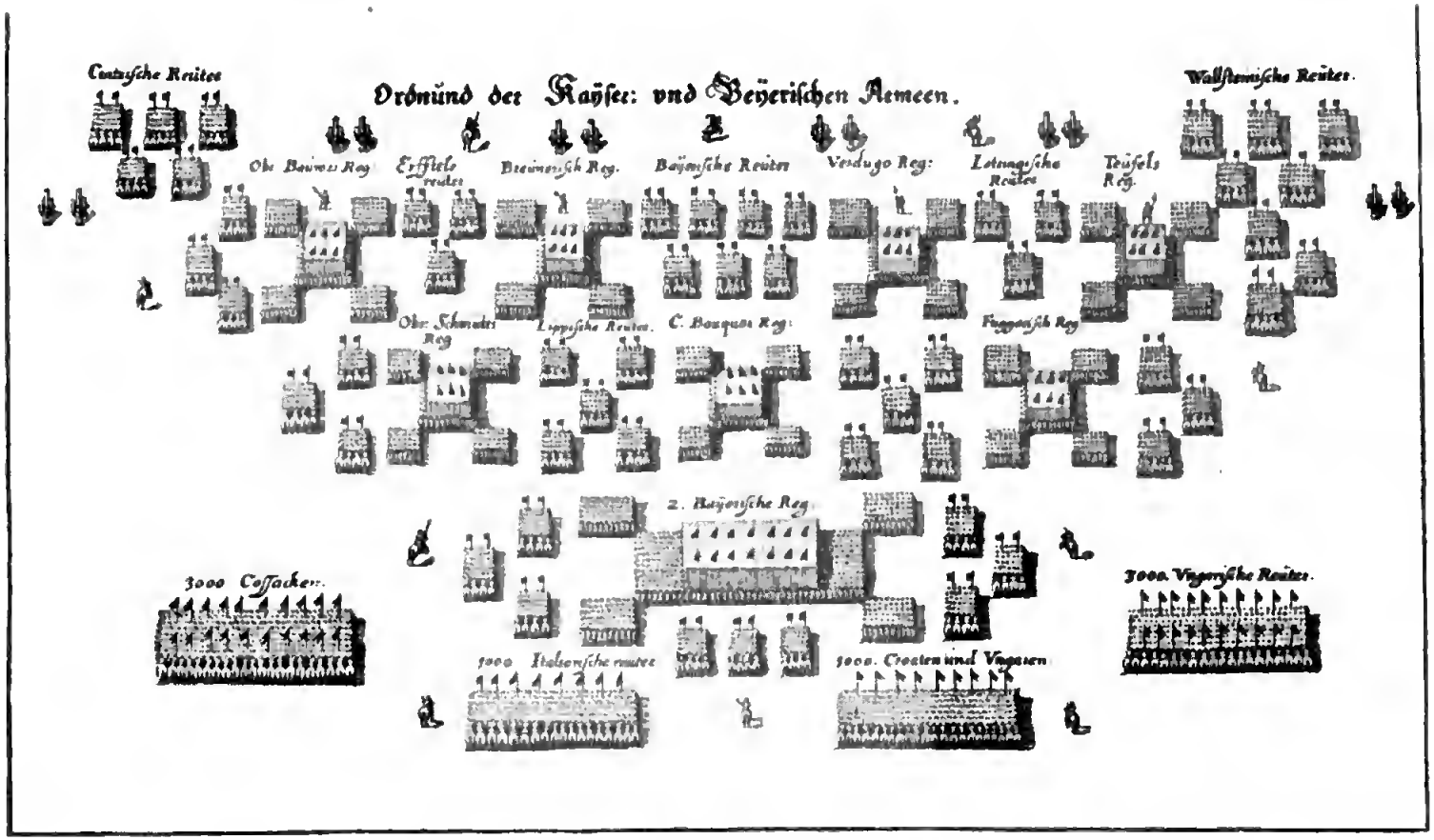
Vater innegehabte Amt eines Statthalters im Herzogthum Luxemburg übertrage. Dafür erbot sich Mansfeld, Pilsen an die Kaiserlichen auszuliefern. Die Verhandlungen gediehen indeß nicht zum Abschlusse, da Maximilian und Buquoy sich nicht für berechtigt hielten, diese Bedingungen selbständig zu bewilligen. Sie erboten sich wohl, 100 000 Gulden gleich zu zahlen — eine größere Summe meinten sie aus ihrer Kriegskasse nicht entbehren zu können —, außerdem wollte Maximilian für weitere 100 000 Gulden die Bürgschaft übernehmen. Wegen der übrigen 200 000 Gulden und der anderen Forderungen aber fragte er durch einen eigens entsandten Boten erst beim Kaiser an. Bis zum Eintreffen der Antwort versprach Mansfeld, mit den Kaiserlichen Frieden zu halten, sowie auch diese sich jedes Angriffs auf ihn enthalten wollten.

Wenn also auch die Uebergabe Pilsens und der directe Uebertritt Mansfelds nicht erfolgte, so war doch durch diese Verhandlungen so viel erreicht worden, daß sich Mansfeld mit seinem Corps an der Entscheidung, die nunmehr unmittelbar bevorstand, nicht betheiligte. Das Gerücht von diesen Verhandlungen war übrigens auch zu den Böhmen und zu dem Führer ihres Heeres, Christian von Anhalt, gedrungen. Mansfeld schickte daher einen Boten an den letzteren und ließ ihm sagen, seine Verhandlungen seien nur auf die Täuschung des Feindes berechnet. Wenn man aber in Betracht zieht, daß Maximilian und Buquoy mit Vernachlässigung der Festung Pilsen und ihrer starken Besatzung den Marsch auf Prag fortsetzten, und daß Mansfeld nach ihrem Abzuge sich weigerte, Pilsen bloß mit einer kleinen Besatzung zu versehen und mit der Mehrzahl seiner Truppen zu Anhalt zu stoßen, so gewinnt doch die Annahme große Wahrscheinlichkeit, daß es Mansfeld mit seinen verrätherischen Anerbietungen, die übrigens mit seinem Vorleben keineswegs im Widerspruch stehen, voller Ernst gewesen ist.

Nunmehr wandte sich das kaiserlich-ligistische Heer gegen Prag. Da der kürzeste Weg durch das böhmische Heer, welches bei Rokitzan stand, verlegt war, so bogen Maximilian und Buquoy zunächst gegen Norden aus und wandten sich dann erst gegen Osten. Aber Anhalt, der ihnen eilig gefolgt war, stellte sich ihnen auch jetzt wieder in einer vortrefflich gewählten Stellung bei Rakonitz entgegen. Hier haben sich die beiden Heere mehrere Tage gegenübergestanden. Es kam zu einigen kleineren Gefechten, in denen sich die Böhmen behaupteten. Einen wirklichen Sturmangriff auf ihre Stellung zu unternehmen, hielt man im Hauptquartier der Gegner für unmöglich. Man beschloß daher am 5. November, die böhmische Stellung zu umgehen und direct in Eilmärschen gegen Prag zu marschieren, um die Hauptstadt, wenn möglich, noch vor dem böhmischen Heere zu erreichen. Aber auch dies gelang nicht. Anhalt hatte den Grafen Thurn mit einem Regiment Fußvolk und einiger Reiterei vorausgeschickt, er selbst war am 6. gefolgt und am 7. bei Unhoscht angelangt. Von hier aus konnte er die Umgebung Prags übersehen und entdeckte zu seiner Freude, daß ihm der Feind noch nicht zuvorgekommen sei. Er ersuchte nun den König, der nach der Stadt eilte, um

Eigentliche Delineation der Kayſ: vnd Böhmiſchen Schlachtordnung auf dem Weiſſe berg bei Prag. Anno 1620.





Die Schlachtordnung der Heere auf dem Weißen Berge.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches im „Theatrum Europaeum“ von Matth. Merian; Frankfurt a. M 1635.

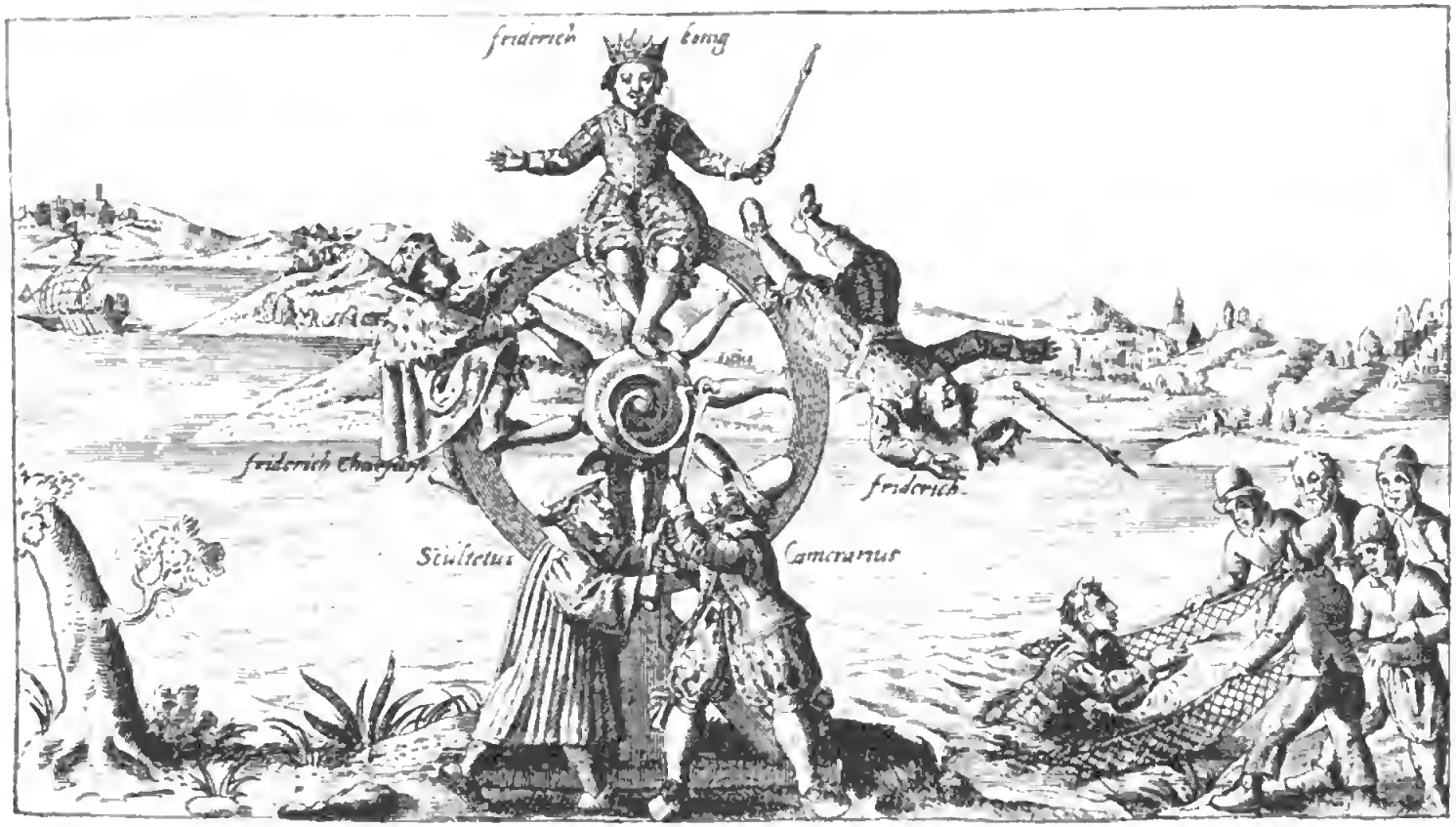
deren Vertheidigung zu leiten, für Errichtung von Schanzen auf dem Weißen Berge Sorge zu tragen. Auf diesem, dicht vor den Mauern der Hauptstadt gelegenen Hügel ordneten Anhalt und Hohenlohe am Morgen des 8. November die Stellung des böhmischen Heeres, dessen rechter Flügel an den mit einer Mauer umgebenen Sternthiergarten angelehnt war, während der äußerste linke Flügel gegen Motol zu etwas gesenkt stand. Von den Schanzen, deren Aufwerfung der König angeordnet hatte, waren nur zwei, eine am äußersten linken, die andere am äußersten rechten Flügel, fertig geworden, während die im Centrum der Stellung liegende nicht mehr hatte vollendet werden können. Immerhin war die Stellung des Heeres eine sehr günstige und starke, und auch der Zahl nach war das böhmische Heer (etwa 21 000 Mann) dem kaiserlich-ligistischen, welches zusammen etwa 25 000 Mann zählte, nur wenig unterlegen.

Trotzdem währte die ganze Schlacht, die dann hier an dem nebeligen Vormittage des 8. November geschlagen wurde und über das Schicksal des böhmischen Königreichs entschied, nur wenig über eine Stunde. Die Unfähigkeit einiger der Führer und die jämmerliche Feigheit eines Theils der Truppen führten trotz rühmlicher Anstrengungen Einzelner jene klägliche Niederlage des böhmischen Heeres herbei, die fast einzig in ihrer Art dasteht.

Der Kampf begann mit einem kühnen Reiterangriff der Kaiserlichen gegen das Regiment Thurn am äußersten linken Flügel der Böhmen. Graf Thurn selbst sprengte mit einer Reiterabtheilung herbei, um seinem Regimente zu Hilfe zu kommen. Wirklich gelang es ihm die Kaiserlichen zurückzudrängen und einen Erfolg zu erringen, der leicht für die Kaiserlichen hätte verhängnißvoll werden können. Allein er konnte ihn nicht verfolgen, da sich inzwischen die sechs Fähnlein seines Infanterie-Regiments zur Flucht gewandt hatten. Wie Thurn, so legte auch der Fürst von Anhalt und namentlich sein jugendlicher Sohn Proben großen persönlichen Muthes und unerschrockener Tapferkeit ab. Der letztere, der sich hier seine Sporen verdiente, unternahm gegen den linken Flügel der Kaiserlichen einen kühnen Reiterangriff, der nicht bloß die kaiserliche Reiterei, sondern auch zwei Infanterie-Regimenter zum Weichen brachte. Aber er wagte sich dann im freudigen Gefühl seines Erfolges zu weit vor, stieß auf zwei weitere Regimenter, denen von Tilly eine Reiterabtheilung zu Hilfe geschickt wurde, und wurde nun in einen neuen Kampf verwickelt, in welchem seine Reiterschaar fast völlig aufgerieben, er selbst aber gefangen genommen wurde.

Aehnlich erging es bei der ligistischen Armee, die anfangs so mörderisch beschossen wurde, daß sie den Angriff aufgeben wollte, bis Tilly selbst herbeiritt und die Ordnung schnell wieder herstellte. Und als nun die kaiserliche wie die ligistische Armee zu geschlossenem Angriffe übergingen, da war es mit der Widerstandskraft des böhmischen Heeres, die an und für sich nicht groß war und nur durch den Heldenmuth der genannten Führer zeitweise zu größeren Anstrengungen hingerissen werden konnte, vorüber. Vergeblich bot Christian von Anhalt Alles auf, um den Muth der Truppen neu zu entflammen. Die beim

Deß gweſten Pfaltzgrafen Glück vnd Vnglück.



Wer Glück vnd Vnglück wiſſen wil/
Der ſeh an deß Pfaltzgrafen ſpil.
Sehr glücklich war er in dem Reich/
So bald hett er nit ſeines gleich/
Jhm manglet nit an Leit vnd Land
Regieret weißlich mit Verſtand
Ein Fraw von Königlichem Stam̃/
Die mehret jhm ſein hohen Nam/
War glückhaffeig mit jungen Erben
Sein Stam̃ ſo bald nit ſolt abſterben.
Von reich vnd arm von jung vnd alten
Ward er in groſſer Ehr gehalten.
Wie ſolches dann auch billich gſchach
Weil er die höchſte Chur verſach
Auß Weltlichen Churfürſten vier
Dem Römiſchn Reich war er ein zier.
Jn Summ jhm war wol allermaſſen
Wann er ſich nur hett gnügen laſſen.
O Ehrgeitz du verfluchte ſucht:
Hie ſicht man dein vergiffte frucht/
Die Ehr vnd Würd machſt manchem ſüß
Biß er kompt andern vnder d Füß.

Wie anſehlich wie zierlich wol
Wie dapffer alles Glücks ſo vol
War Pfaltzgraf Friderich zuuor/
Ehe das jhn Hoffart hebt empor.
Die beſten Maiſter in dem Rath
Die waren da ſein höchſter ſchad
Der Bleſſen/ Camerarins/
Kein Müh kein Arbeit ſie verdruß/
Biß ſie jhn in die höch gebracht
Vnd auß jhm einen König gmacht
Das hett doch in die läng kein bſtand
Weil er ſich brauchet frembder Land
Sein Reich war nit von diſer Welt
Darumb er bald zu boden felt.
Wo felt er hin? Jns tieffe Möhr/
Verlaſſen von ſeim gantzen Heer/
Die Staden haben jhn auffgfangen
Thun mit dem newen Fiſch jetzt prangen
Vnd halten jhn für ein Gſchauеſſen
Das Glück hat ſeiner gar vergeſſen
Hat jhn zu ſpott gmacht vor der Welt
Vnd wie ein Spiegel fürgeſtellt

Daß ſich ein jeder hin fürbaß
Am ſeinigen genügen laß
Wie gern wolten jhn ſeine Räth
(Die das Rath zu ſtarck vmbgedräht)
Jetzt wider in die höch auffſchwingen
Es wil jhn aber alls mißlingen
Er iſt zu tieff hinab geſuncken
Er wer villeicht gar wol ertruncken
Wann nit Holland geholffen hett
Da es vmb jhn noch mißlich ſteht
Dann als er auß dem Netz gekrochen
Hand ſie jhm weiter nichts verſprochen
Als daß er mög bey jhnen wohnen
Jetzt ſeynd hindurch vil gute Kronen.
Der hett zuuor vil Leit vnd Land
Der hat jetzund ein lære Hand
Der vor hett auff dem Haupt ein Kron
Hat jetzt kaum ein gantz Hemet an
Helff Gott dem armen Friderich
Er kompt doch nimmer vberſich.

Getruckt im Jahr/ 1621.

Flugblatt vom Jahre 1621 auf den Sturz des Winterkönigs. Verkleinertes Facſimile.

erſten Angriff in ungeordneter Flucht zurückweichenden ungariſchen Regimenter, welche bisher wohl in muthigen Streifereien Tüchtiges geleiſtet, aber eine geordnete Feldſchlacht noch nicht mitgemacht hatten, riſſen einen großen Theil des böhmiſchen Fußvolks mit in die Flucht. Trotz des mannhaften Widerſtandes, welchen namentlich das mähriſche Infanterie-Regiment leiſtete, wurde die Niederlage bald eine allgemeine: in regelloſer Flucht wälzten ſich die geſchlagenen Truppen nach den Thoren der Hauptſtadt zu, die ſie in namenloſer Verwirrung und Auflöſung erreichten.

Während hier in dem kurzen Zeitraum einer Stunde das Geſchick Böhmens entſchieden wurde, ergötzte ſich der, für den der Kampf in erſter Linie geſchlagen wurde, in Prag an den Freuden der Tafel. Als er nun nach Tiſch hinausreiten wollte, um ſich über den Stand der Dinge zu unterrichten, ſtieß er in der Nähe des Thores ſchon auf ſeine fliehenden Truppen, deren Führer ihm über den ganzen Umfang der Niederlage, die er erlitten hatte, die volle Wahrheit berichteten. Mit einem Schlage ſah er den ganzen Traum ſeiner Königsherrlichkeit über den Haufen geworfen. Faſſungslos dachte er jetzt nur noch an ſchleunige Flucht, während ſeine Gemahlin eine ruhigere und würdigere Haltung beobachtete. In dem Kriegsrathe, der alsbald berufen wurde, war man keineswegs einſtimmig der Anſicht, daß Alles verloren ſei und der König ſein Heil in der Flucht ſuchen müſſe. Die Hauptſtadt ſelbſt war gut befeſtigt, außerdem aber wußte man, daß ein 8000 Mann ſtarkes Hilfscorps Bethlen Gabors unterwegs war. In der That war dieſes am Tage der Schlacht nur noch vier Meilen von der Stadt entfernt. Namentlich traten der jüngere Graf Thurn, Tſchernembl und der Oberſt Schlammersdorf dafür ein, daß der König in Prag verbleiben und verſuchen ſollte, die Stadt zu halten. Allein ſelbſt Anhalt und der ältere Graf Thurn waren doch der Meinung, daß das nicht möglich ſein werde, und daß der König vor Allem ſich ſelbſt in Sicherheit bringen müſſe. So verließen denn der König und ſeine Gemahlin und mit ihnen Thurn, Hohenlohe, Anhalt und die höchſten Landesbeamten in langem Wagenzuge, in dem ſie in der Eile ihre hauptſächlichſten Koſtbarkeiten geborgen hatten, die Stadt. Mit bangen, verzweifelten Mienen ſahen die Bürger Prags ihren König die Hauptſtadt verlaſſen. In eiliger Flucht wandte ſich Friedrich zunächſt nach Schleſien. Der Traum des Winterkönigthums war zu Ende geträumt.

Die Reaction in den kaiſerlichen Erblanden.

Mit der eiligen Flucht des proteſtantiſchen Gegenkönigs von Böhmen war die Sache des Aufſtandes und damit bei der Geſinnung und Gemüthsart des Kaiſers auch die des Proteſtantismus nicht allein in Böhmen, ſondern auch in den übrigen habsburgiſchen Erblanden verloren. Die Nachricht von der vernichtenden Niederlage, welche die böhmiſchen Proteſtanten auf dem Weißen Berge erlitten hatten, verbreitete überall paniſchen Schrecken und lähmte die Kräfte des Widerſtandes, die noch in gar nicht geringer Stärke vorhanden waren. Die Hauptſtadt Böhmens öffnete ohne nennenswerthen Widerſtand den ſiegreichen Kaiſerlichen und Ligiſten die Thore und wurde nun von den Siegern mit einer unmenſchlichen Plünderung heimgeſucht, an der ſich ſelbſt die Mitglieder angeſehenſter Familien ungeſcheut betheiligten. Wieder, wie damals nach dem ſchmalkaldiſchen Kriege, ſollte es ſich mit großer Deutlichkeit zeigen, daß die Proteſtanten mit denſelben Geldmitteln, die ihnen jetzt und in den folgenden Monaten theils geraubt theils durch Confiscationen weggenommen wurden, ſehr wohl im Stande geweſen wären, einen erfolgreicheren Widerſtand zu organiſiren. Aber man hatte ſich eben in den Kreiſen des böhmiſchen Adels nicht in ausreichender Weiſe klar gemacht, daß es ein Kampf um die Exiſtenz war, den man kämpfte, und daß man an dieſen Kampf ſein Alles hätte einſetzen müſſen. Auch jetzt noch, nach der vernichtenden Niederlage, die man erlitten hatte, waren ſich die meiſten Führer des Aufſtandes der Tragweite derſelben in keiner Weiſe bewußt. Sie glaubten, daß nach dem Mißlingen ihrer Erhebung im Weſentlichen der Zuſtand vor dem Beginn derſelben wiederkehren werde. Daß Ferdinand, deſſen Sinnesart ihnen doch aus ſeinem Auftreten in ſeinen ſteiriſchen Erblanden zur Genüge hätte bekannt ſein müſſen, jetzt ganz andere Maßregeln ergreifen werde, wie etwa ein Rudolf oder Matthias, daß er die Ausrottung des Proteſtantismus mit Syſtem und Folgerichtigkeit in die Hand nehmen werde, daran ſcheint unter den Führern der Bewegung kaum einer gedacht zu haben. Rechnete doch ſelbſt Graf Thurn auf Vergebung des Kaiſers, und die Mehrzahl der Directoren und der anderen am Aufſtande hervorragend betheiligten Perſönlichkeiten dachte gar nicht an Flucht, die ihnen in den erſten Tagen der Verwirrung ſehr wohl möglich geweſen wäre. Daß ſie dadurch nicht allein ihr Eigenthum, ſondern ihr Leben aufs Spiel ſetzten, iſt ihnen offenbar gar nicht in den

Sinn gekommen. Hätten sie, hätten die gesammten Protestanten des Landes geahnt, welche namenlosen Leiden ihnen nach ihrer Niederlage auferlegt werden würden: sie hätten auch jetzt noch den Muth und die Aufopferung gefunden, den Aufstand fortzusetzen. Denn mehr als Alles verlieren, wie ihnen das jetzt, da sie sich in ihr Schicksal ergaben, widerfuhr, konnten sie auch nicht, wenn sie noch ferner das Glück der Waffen versuchten. Und so aussichtslos, wie ihnen das in den ersten Tagen jähen Schreckens erschien, wäre die Fortsetzung des Aufstandes keineswegs gewesen, wenn sie nur jetzt noch den Entschluß äußerster Opferwilligkeit gefunden hätten. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß in den nächsten Jahren Bethlen Gabor, der Markgraf von Jägerndorf und Mansfeld auch nach der völligen Niederwerfung Böhmens und der böhmischen Kronländer den Widerstand gegen Ferdinand nicht nur erfolgreich fortsetzen, sondern den Kaiser zeitweise in sehr ernste Bedrängniß bringen konnten. Hätte sich zu diesen jetzt vereinzelten Gegnern die gesammte, mit Aufgebot aller Kräfte gewaffnete Macht Böhmens in neuem, muthigem Aufschwunge gesellt, so wäre ein Erfolg durchaus nicht ausgeschlossen gewesen, in keinem Falle aber wäre eine so klägliche und jämmerliche Vernichtung alles dessen, um was man seit einem Jahrzehnt gekämpft hatte, erfolgt.

Ebenso wenig wie Ferdinands Unterthanen war sich auch der von ihnen zum König erhobene Pfalzgraf des vollen Umfangs und der Bedeutung seiner Niederlage bewußt. Auch nicht der leiseste Gedanke daran stieg in ihm auf, daß sich der Kaiser etwa nicht damit begnügen würde, ihm Böhmen wieder zu entreißen, sondern gar versuchen würde, ihn auch seiner Erblande zu berauben. Als Friedrich erst aus dem Bereich der gegnerischen Waffen heraus war und in Breslau einen zunächst sicheren Aufenthalt gefunden hatte, faßte er seine Lage keineswegs mehr als so verzweifelt auf, wie sie ihm im ersten Schrecken im Augenblicke seiner Flucht erschienen war. In den Verhandlungen, die er erst durch Vermittelung des Kurfürsten von Sachsen, später durch die seines Schwiegervaters mit seinem siegreichen Gegner Ferdinand anzuknüpfen suchte, wollte er anfangs nicht einmal von einem endgiltigen Verzicht auf Böhmen etwas wissen; und als ihm allmählich klar wurde, daß dieser doch am Ende nicht zu vermeiden sein werde, suchte er ihn an Bedingungen zu knüpfen, die im Hinblick auf die Lage, in der er sich befand, geradezu lächerlich erscheinen müssen. Er war naiv genug, vom Kaiser eine Geldentschädigung für seine Resignation, ja sogar eine jährliche Pension und Ersatz der in Böhmen aufgewandten Kosten zu verlangen, d. h. an den Sieger das Ansinnen zu stellen, daß er dem besiegten Angreifer die Kosten des Angriffs ersetze. Sein ganzes Verhalten war ebenso unüberlegt und politisch unklug als unmännlich und schwächlich. Zwei Wege konnte es für ihn doch nur geben, nachdem er in einer entscheidenden Schlacht geschlagen war. Entweder mußte er alle Kraft zusammennehmen, den Widerstand aufs Neue zu organisiren, die Länder seiner böhmischen Krone zu den äußersten Anstrengungen fortzureißen und dann die Niederlage wieder wett zu machen. Das wäre um so eher möglich

gewesen, als Bethlen Gabor noch in offenem Kriege mit Ferdinand begriffen und die Kräfte Mährens, Schlesiens und der Lausitzen noch keineswegs erschöpft oder gar vernichtet waren. Fehlte es ihm aber zu diesem Wege an Muth und Entschlossenheit, so mußte er sich wenigstens resignirt in das Unvermeidliche fügen, kurz entschlossen dem Kaiser seine Unterwerfung als König von Böhmen und seinen Verzicht auf diese Krone anzeigen und sich dadurch wenigstens seinen erblichen Besitz sichern. Auch durch diese Maßregel hätte er den Kaiser, der schon im Octobervertrage von 1619 dem Herzoge Maximilian von Bayern die pfälzische Kur versprochen hatte, in arge Verlegenheit gebracht. Denn hätte sich der Pfalzgraf zur Unterwerfung und zum Verzicht auf Böhmen sofort entschlossen, so wäre es dem Kaiser schwerlich gelungen, ihn auch seiner Erblande und der Kurwürde zu berauben. Der Widerstand, der sich gegen diese Maßregel alsdann erhoben hätte, wäre noch weit energischer gewesen, als er selbst bei diesem unklugen Verhalten Friedrichs war. Indem der Kurfürst keinen der beiden ihm durch die Lage vorgezeichneten Wege einschlug, weder sich zu weiterem energischem Kampfe entschloß, vielmehr von Breslau erst nach Brandenburg, dann nach Wolfenbüttel, endlich nach dem Haag entfloh, noch auch sich zu einem bedingungslosen Verzichte auf Böhmen oder zu einer Demüthigung irgend einer Art vor dem Kaiser verstehen wollte, gab er diesem ein gewisses Recht, ihn auch ferner als seinen Feind zu betrachten, und den Vorwand, um ihn zu ächten und seiner pfälzischen Erblande zu berauben.

Während so der König von Böhmen sein persönliches Geschick besiegelte, brach über die Länder, die er ein kurzes Jahr lang beherrscht hatte, unsagbares Elend und Leiden herein. Ferdinand war fest entschlossen, seinen Sieg aufs Aeußerste auszubeuten und jetzt jenes Gelübde einzulösen, welches er dereinst in Loretto abgelegt hatte, lieber Leib und Leben zu lassen, als ferner Ketzer in seinen Erblanden zu dulden. Was er einst in Steiermark glücklich erreicht hatte, das sollte jetzt mit denselben oder mit noch schärferen Mitteln in Böhmen und den anderen Kronländern unternommen werden. Der Anfang wurde mit der unerhört harten Bestrafung der „Rädelsführer" des Aufstandes gemacht. Indem man die Führer vernichtete, hoffte man am gründlichsten eine Wiederkehr ähnlicher Bewegungen, wie der soeben niedergeschlagenen, unmöglich machen zu können. Am 6. Februar 1621 übersandte Ferdinand dem Fürsten von Lichtenstein, den er zum Statthalter von Böhmen ernannt hatte, ein Verzeichniß aller der Persönlichkeiten, welche er verhaften lassen sollte; es waren außer den Directoren noch zweiunddreißig, von denen sich indeß einige rechtzeitig geflüchtet hatten. Lichtenstein lud sie sämmtlich zu einer bestimmten Stunde vor sich, „um ihnen einen Erlaß des Kaisers mitzutheilen." Obwohl mehrere von ihnen gewarnt wurden — eine solche Warnung soll sogar von Tilly ausgegangen sein — erschienen sie doch sämmtlich, soweit sie in Prag anwesend waren. Der tödtliche Schrecken, den sie bekamen, als sie nun sämmtlich in Haft genommen wurden, zeigt deutlich, daß sie an eine gegen ihr Leben und

ihre Freiheit gerichtete Maßregel auch jetzt noch nicht geglaubt hatten. Von den Abweſenden gelang es nur, den alten Grafen Schlick in ſeinem Zufluchtsort auf Schloß Friedland zu erreichen. Den Weiſungen Ferdinands entſprechend ſetzte nun Lichtenſtein für die Unterſuchungsproceſſe gegen die Verhafteten einen beſonderen Gerichtshof ein, da von vornherein klar war, daß die beſtehenden böhmiſchen Gerichtshöfe ſolche Urtheile, wie man ſie haben wollte und brauchte, nicht fällen würden. Natürlich wichen auch die Normen des gerichtlichen Verfahrens ſehr erheblich von dem regelmäßigen ab. Der Ankläger war angewieſen, keine Beweiſe zu bringen, ſondern von vornherein die Notorietät des Factums feſtzuſtellen, die Richter aber ſollten ſich einer „ſchnellen Procedur befleißigen.“ Einhundertachtunddreißig Fragen wurden zuſammengeſtellt, die jedem der Angeklagten vorgelegt werden ſollten. Am 15. März conſtituirte ſich der Gerichtshof unter dem Vorſitze Lichtenſteins. In wenigen Tagen waren die Urtheile gefällt. Die Vorſchrift „ſchneller Procedur“ wurde pünktlich erfüllt. Sämmtliche Angeklagten wurden zur Confiscation aller ihrer Güter, ſiebenundzwanzig zum Tode, zum Theil mit gräßlichen verſchärfenden Zuſatzſtrafen in Bezug auf die Art ihrer Hinrichtung, verurtheilt. Die Urtheile wurden dann nach Wien zur Beſtätigung durch den Kaiſer geſchickt und von dieſem dem Staatsrathe zur Begutachtung vorgelegt. Hier erhob ſich doch ſelbſt unter den ſonſt ſtreng und ſchroff geſinnten kaiſerlichen Räthen manche warnende Stimme, welche zur Mäßigung rieth, damit die böhmiſche Bevölkerung nicht zur äußerſten Verzweiflung gebracht werde. Die Vierteilung bei lebendigem Leibe, die nach den Urtheilen an mehreren der Angeklagten vorgenommen werden ſollte, ſcheint im Staatsrathe wirklich abgelehnt worden zu ſein; wenigſtens wurde ſie an Niemand vollzogen. Aber ſonſt wurden die Urtheile doch von der Mehrheit des Staatsraths gebilligt und dann auch vom Kaiſer am 26. Mai beſtätigt. Nur fünf Perſonen, darunter Wilhelm von Lobkowitz, wurde die Todesſtrafe erlaſſen. Alle übrigen mußten am 21. Juni in Prag das Blutgerüſt beſteigen; ſie ſtarben ſämmtlich muthig und gefaßt.

Nachdem ſo die Rache an den vornehmſten Führern vollzogen war, ſchritt man zu umfaſſenden Güterconfiscationen gegen die übrigen hervorragenden Theilnehmer des Aufſtandes. Für dieſe war ſchon vor der Schlacht bei Prag ein förmliches Syſtem in Ausſicht genommen, welches entworfen zu haben der frühere böhmiſche Statthalter Wilhelm von Slawata den traurigen Ruhm hat. Wenn man ſich ſtreng nach dieſem Syſtem richtete, ſo war in der That von allen irgendwie hervorragenden und wohlhabenderen Bewohnern Böhmens kein einziger ſeines Eigenthums ſicher. Slawata hatte in ſeinem Gutachten drei Kategorieen aufgeſtellt: 1) alle diejenigen, welche nur gehuldigt hatten, d. h. ſo gut wie ſämmtliche Einwohner des Landes, ſollten einen Theil ihres Beſitzes hergeben; 2) allen denjenigen, welche bei Beginn des Aufſtandes irgend ein Amt oder eine Würde bekleidet und ſich trotzdem dem Aufſtande angeſchloſſen hatten, ſollte ihr ganzer Beſitz confiscirt werden; 3) die hervor-

ragenden Theilnehmer sollten mit dem Tode und dem Verlust aller Güter bestraft werden. Mit grausamer Folgerichtigkeit wurde dann nach diesen Normen verfahren, obwohl selbst der Statthalter Lichtenstein zur Mäßigung rieth. Die Confiscationen liegender Güter umfaßten dann thatsächlich zwei Drittel des gesammten Grundbesitzes im Werthe von etwa 30—35 Millionen Thaler. Es war die umfassendste Eigenthumsberaubung, die wohl je in unserer nationalen Geschichte vorgekommen ist. Die Anhänger des Kaisers häuften dabei die ungeheuersten Reichthümer auf, theils durch directe Beraubung, theils durch Ankäufe von Gütern zu Schleuderpreisen. Auf dem letzteren Wege hat namentlich Wallenstein den Grund zu seinem ungeheuren Vermögen gelegt.

Aber mit diesen Güterconfiscationen war dem Kaiser keineswegs genug geschehen. Das Hauptziel, welches ihm vor Augen schwebte, war die Vernichtung des Protestantismus und, im engsten Zusammenhange damit, der ständischen Privilegien in Böhmen. Auch bei den hierauf gerichteten Maßregeln konnte er auf jenes Gutachten Slawatas zurückgehen, das er durch ein weiteres der sämmtlichen kaiserlichen Räthe ergänzen ließ. Eine Reihe der hier vorgeschlagenen Maßregeln, welche in erster Linie bestimmt waren, den Zustand vor Ausbruch des Aufstandes wiederherzustellen und die Wiederkehr eines solchen zu verhüten, wird man als berechtigt anerkennen dürfen, so wenn der Kaiser, nachdem aus dem Wahlrecht der Stände ihm so große Schwierigkeiten und Bedrängnisse erwachsen waren, dies ohnehin seit langer Zeit streitige Recht aufhob und die böhmische Königskrone für erblich in seinem Hause erklärte, wenn er die Macht der obersten Landesofficiere einschränkte und ihre Unverletzbarkeit beseitigte. Auch von den Maßregeln der religiösen Reaction kann man denjenigen, welche auf Zurückführung des früheren Zustandes und Beseitigung der während des Aufstandes den Katholiken im Lande zugefügten Benachtheiligungen gerichtet waren, ihre Berechtigung nicht absprechen. Dahin gehört die Wiedereinsetzung der katholischen Geistlichen, Domherren und Mönche der verschiedenen Orden in ihren früheren Besitz. Bedenklicher für den religiösen Frieden im Lande war es schon, daß alsbald nach der Niederwerfung des Aufstandes die Jesuiten ins Land zurückgerufen wurden (20. December 1620), die dann natürlich unter der zum Tode erschrockenen Bevölkerung alsbald eine eifrige, aber im Anfange sehr wenig erfolgreiche Bekehrungsthätigkeit entfalteten. Immerhin läßt sich auch dies als eine bloße Zurückführung auf den Standpunkt vor dem Ausbruche des Aufstandes auffassen. Ganz von selbst verstand es sich, daß der von dem Winterkönige all seines Schmuckes beraubte Dom zu Prag alsbald wieder für den katholischen Gottesdienst hergerichtet wurde.

Hätte sich Ferdinand mit diesen, auf eine volle Gleichberechtigung der verschwindenden katholischen Minderheit mit der protestantischen Mehrheit gerichteten Maßregeln begnügt und den Zustand, wie er etwa nach der Verleihung des Majestätsbriefes gewesen war, wiederhergestellt, so wäre nach kurzer Zeit Ruhe und Frieden ins Land zurückgekehrt, so wäre vor Allem

menſchlicher Vorausſicht nach der Krieg auf Böhmen beſchränkt geblieben. Indem er aber jetzt im Widerſpruch zu allen verbrieften Privilegien an einen ſyſtematiſchen Vernichtungskampf gegen den geſammten Proteſtantismus in Böhmen ging, indem er das hauptſächlichſte böhmiſche Privileg, um das dereinſt ſo ſchwere Kämpfe durchgefochten worden waren, den Majeſtätsbrief, mit eigener Hand durchſchnitt, erregte er Mißtrauen und ernſte Beſorgniß ſelbſt bei ſo gemäßigten Proteſtanten wie dem Kurfürſten von Sachſen, der ihn ſoeben noch in ſeinem Kampfe gegen ſeine aufſtändiſchen Unterthanen unterſtützt hatte. Im Lande ſelbſt aber, das durch ſeine Reſtaurationsmaßregeln namenloſen Leiden preisgegeben wurde, ſtellte er allerdings nach jahrelangen Anſtrengungen Ruhe und Ordnung wieder her, aber es war die Ruhe des Friedhofs, in der Böhmen völlig verödete, Tauſende von angeſehenen Familien zur Auswanderung getrieben, die Blüthe des Landes vernichtet wurde. Nach neueren zuverläſſigen Berechnungen ſank die Bevölkerung Böhmens, welche vor dem Kriege vier Millionen zählte, auf 7 — 800 000, die der anſäſſigen Bauern in Böhmen von 150 000 auf 50 000, in Mähren von 90 000 auf 30 000 herunter. Der größte Theil der Einwohner, welche treu an ihrem Glauben hingen, verſank in dumpfe Verzweiflung oder wandte der Heimath den Rücken, darunter eine große Anzahl des alteingeſeſſenen Adels, deſſen Mitglieder dann in den Kämpfen der nächſten fünfundzwanzig Jahre in allen Heeren der Gegner des Kaiſers anzutreffen waren. Diejenigen Proteſtanten aber, welche im Lande blieben, mußten den Kelch des Leidens bis zur Neige leeren. In ununterbrochener Steigerung wurde ihnen eines ihrer Rechte nach dem andern entriſſen, bis ihnen zuletzt nur die Wahl zwiſchen Auswanderung und Uebertritt zum Katholicismus blieb. Den Anfang der Reaction bildeten Maßregeln gegen die proteſtantiſchen Geiſtlichen, welche der Reihe nach von dem Schickſal der Ausweiſung betroffen wurden. Anfangs ging man nur gegen die calviniſtiſchen Geiſtlichen und gegen die, welche in hervorragender Weiſe, durch Theilnahme an der Krönung Friedrichs ꝛc., in dem Aufſtande hervorgetreten waren, vor. Zu einem ſolchen ſchrittweiſen Vorgehen war man ſchon dadurch genöthigt, daß man zunächſt keinen Erſatz für die ausgewieſenen Prediger hatte, weil die katholiſche Geiſtlichkeit Böhmens auf ein Minimum reducirt war. Man verſuchte daher anfangs wenigſtens die gemäßigten utraquiſtiſchen Geiſtlichen zur Unterwerfung unter die katholiſche Kirche zu bewegen und ſtellte ihnen in Ausſicht, ſie dann in ihrem Amte zu belaſſen. Aber von den Prager Geiſtlichen, an die man ſich zunächſt wandte (April 1621), ſchenkte auch nicht ein einziger dieſen Lockungen Gehör. Man mußte daher vor Allem für Ausbildung katholiſcher Geiſtlicher ſorgen. Dieſer Aufgabe unterzogen ſich namentlich die Jeſuiten mit größtem Eifer. Je mehr Erſatz man auf dieſem Wege gewann, deſto rückſichtsloſer ging man gegen die proteſtantiſchen Geiſtlichen vor. Nachdem drei von den proteſtantiſchen Kirchen Prags mit Beſchlag belegt und rekatholiſirt waren und nun auch die Ausweiſungen gegen die Geiſtlichen der böhmiſchen Confeſſion begannen,

flüchteten viele protestantische Prediger freiwillig, bevor sie von dieser Maßregel betroffen wurden. Andere aber wollten doch ihre Gemeinden nicht ohne Seelsorger lassen und harrten in ihrem Amte aus. Diese sowie die protestantischen Professoren der Prager Universität wandten sich an den Kurfürsten von Sachsen mit der Bitte um Rath und Fürbitte beim Kaiser. In der That beschwerte sich Johann Georg, dem jetzt doch die Erkenntniß aufzugehen begann, welcher Sache er gedient hatte, als er dem Kaiser in seinem Kampfe beigestanden hatte, wiederholt bei Ferdinand über die Verfolgung seiner Glaubensgenossen, ohne daß der von dem päpstlichen Nuntius Caraffa immer aufs Neue angestachelte Kaiser darauf irgend welche Rücksicht genommen hätte. Seit dem Frühjahr 1622 war in Prag mit Ausnahme der den deutschen Protestanten gehörigen Kirchen, gegen die man doch aus Rücksicht auf den Kurfürsten von Sachsen zunächst nicht vorzugehen wagte, nur noch der katholische Gottesdienst gestattet, ebenso auf allen königlichen Gütern, so daß die Protestanten nur noch einigen Rückhalt an den Privatgütern hatten. Aber auch dieser verblieb ihnen nicht lange. Ein besonderes Edict verbot allen Priestern den Gebrauch des Laienkelchs. Den Laien, die sich gegen diese Neuerung widerspenstig zeigen sollten, durften keine Sacramente gereicht, sie durften nicht kirchlich getraut und beerdigt werden. Aber so viele Gewaltmaßregeln man auch anwandte — nach einiger Zeit begann man auch mit Zwangseinquartirungen Lichtensteinscher Dragoner, der sogenannten „Seligmacher“ —, der Protestantismus wollte und wollte nicht weichen. Vertrieb man die Prediger aus ihren Pfarren, so wandten sich die Einwohner heimlich in Massen an die protestantischen Prädicanten, die zahlreich im Lande von Ort zu Ort zogen. Wirkliche Uebertritte zur katholischen Kirche, die man mit allen Machtmitteln zu erzwingen suchte, waren äußerst selten, und wenn sie geschahen, waren sie rein äußerlich; im Stillen hielten die Leute zäh und unerschütterlich an ihrem Glauben fest. Wer es aber irgend durchsetzen konnte, wandte der jetzt so ungastlich gewordenen Heimath den Rücken.

Neben diesen Maßregeln kirchlicher Reaction, welche jede selbständige geistige Regung ertödteten und unsagbares Elend im ganzen Lande verbreiteten, wurde nun auch die „Revision“ der Verfassung in Angriff genommen, um auch auf politischem Gebiete jedes eigene Leben zu vernichten und den Kaiser zum unumschränkten Herrn zu machen. Auch hier ging man zunächst Schritt für Schritt vor. Vor Allem suchte man den Rath der böhmischen Hauptstadt von verdächtigen Elementen zu säubern. Am 21. und 22. October 1621 nahm Lichtenstein eine Erneuerung der Rathsmitglieder in der Alt- und Neustadt vor, bei der er alle Anhänger der böhmischen Confession ausschied. Der Königliche Stadthauptmann und der Königsrichter sollten fortan die Aufsicht über die Gemeinde führen. Man besetzte alle hohen Landesämter nur noch mit Katholiken und beschränkte selbst die erwerbende Thätigkeit der Protestanten. Kein Protestant durfte mehr Bürger werden, keiner ein Gewerbe treiben, eine Ehe schließen oder ein Testament machen. Schwerer

Strafe verfiel, wer einem protestantischen Prediger Aufenthalt gewährte oder protestantischen Unterricht duldete. Es war nur der letzte Schritt auf dieser Bahn, wenn endlich ein Termin bestimmt wurde, bis zu dem jeder Protestant entweder zur katholischen Kirche übertreten oder auswandern mußte. Auf diesem Wege wurde nun, wenigstens äußerlich, die völlige Vernichtung des Protestantismus in Böhmen erreicht. Freilich wurde dies Resultat nicht bloß mit einer beispiellosen Entvölkerung, sondern auch mit einer völligen geistigen Verödung des Landes erkauft.

In ganz ähnlicher Weise, wie in Böhmen selbst, ging Ferdinand in den übrigen Erbländern, in Mähren und Oesterreich, zu Werke, die kurze Zeit nach der Prager Schlacht nach vergeblichem Sträuben und ebenso vergeblichen Versuchen, ihre Unterwerfung von der Bestätigung ihrer religiösen und politischen Privilegien abhängig zu machen, endlich bedingungslos in den Gehorsam des Kaisers zurückkehrten. Wie in Böhmen der Statthalter Lichtenstein, so verfuhr in Mähren der dort zum kaiserlichen Commissar ernannte Cardinal Dietrichstein. Güterconfiscationen und planmäßige Unterdrückung des Protestantismus mit allen Mitteln der Gewalt gingen Hand in Hand mit einander. Nur Schlesien und die Lausitzen, wo der Kurfürst von Sachsen im Auftrage des Kaisers die Execution übernommen und ohne nennenswerthen Widerstand durchgeführt hatte, erlangten erheblich mildere Bedingungen. Obwohl Ferdinand mehrfach energische Einwände dagegen erhob, so verbürgte sich der Kurfürst doch, unter Berufung auf seine Vollmacht, allenthalben gegenüber den Ständen, welche sich freiwillig unterwarfen, für die Bestätigung ihrer kirchlichen und religiösen Freiheiten. Und er hielt darauf, daß der Kaiser, so unangenehm es ihm auch war, dieses sein Versprechen respectirte. In der Lausitz konnte er dafür um so leichter sorgen, als diese ihm als Ersatz für seine Kriegskosten zunächst als Pfandbesitz überlassen wurde.

So waren die Länder der böhmischen Krone in der Hauptsache sämmtlich dem Kaiser wieder unterworfen. Nur Bethlen Gabor von Siebenbürgen und mit ihm Ungarn stand noch gegen ihn unter den Waffen; doch auch mit ihm wurde über den Frieden unterhandelt. In Böhmen selbst hielten sich noch eine Anzahl von befestigten Plätzen eine Zeit lang, namentlich Pilsen, welches von Mansfelds Corps vertheidigt wurde. Allein die Uebergabe derselben konnte nur eine Frage der Zeit sein, zumal Mansfeld, wie wir sahen, schon vorher zu Verhandlungen bereit war und auf dieselben ohne Weiteres hätte eingehen müssen, wenn er in seinem Widerstande vereinzelt geblieben wäre. Der Krieg konnte in der Hauptsache als beendigt betrachtet werden, wenn sich Ferdinand mit der Niederwerfung der empörten Erbländer begnügt hätte.

Allein schon bald nach der Schlacht am Weißen Berge hatte er einen Schritt gethan, der deutlich zeigte, daß er bei dem errungenen Erfolge nicht stehen zu bleiben gewillt sei. Wir sahen, wie er schon in dem im October 1619 mit Maximilian von Bayern geschlossenen Vertrage diesem die Aussicht

auf Uebertragung der pfälzischen Kurwürde, welche thatsächlich nur durch eine Absetzung und Aechtung des Kurfürsten Friedrich ermöglicht werden konnte, eröffnet hatte. Er wußte, daß Maximilian, wie er jenem Octobervertrage entsprechend alsbald die Verwaltung von Oberösterreich als Pfandbesitz in die Hand genommen hatte, so auch auf der Erfüllung jener mündlich ertheilten Zusage bestehen würde, daß er die österreichischen Länder nur dann schnell wieder abtreten werde, wenn er durch Länderbesitz des Pfalzgrafen entschädigt würde. Allein klar war Ferdinand doch, daß er, wenn er den Kurfürsten von der Pfalz seiner Erblande berauben und dadurch eine der drei protestantischen Kuren in katholische Hände übertragen würde, einen Sturm des Unwillens und ernster Besorgniß bei allen deutschen Protestanten erregen würde. Trotzdem hatte er sich nach einer vorherigen Anfrage bei Herzog Maximilian entschlossen, den entscheidenden und gefährlichen Schritt zu thun. Trotz aller Abmahnungen, die von den verschiedensten Seiten, auch von der des Kurfürsten von Sachsen, erfolgten, hatte er schon am 22. Januar 1621 des Reiches Acht über den Kurfürsten verhängt. Dadurch aber rief er naturgemäß lebhafte Befürchtungen in den Kreisen des gesammten evangelischen Fürstenthums wach und bewirkte, daß der bisher rein lokale Krieg erst zu einem allgemein deutschen, dann gar zu einem europäischen wurde.

Der Kampf um die pfälziſche Kur.

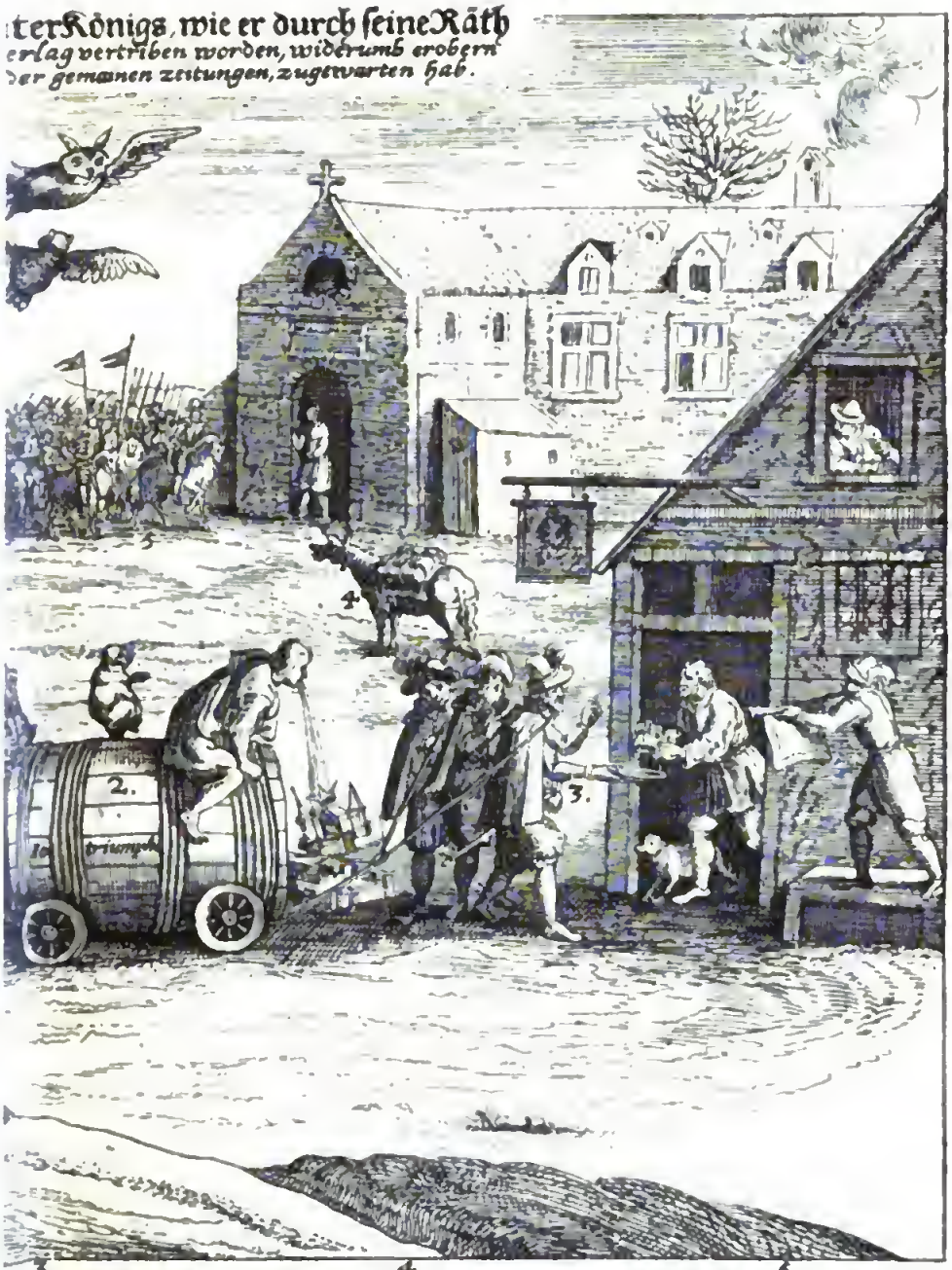
Der unglückliche Winterkönig hat im Laufe der Verhandlungen, die in ſeinem Intereſſe namentlich durch engliſche Vermittelung faſt ununterbrochen mit dem Kaiſer gepflogen wurden, wiederholt der Anſicht Ausdruck verliehen, daß er nicht als Kurfürſt von der Pfalz mit ſeinem Herrn und Kaiſer, ſondern nur als erwählter König von Böhmen mit Ferdinand in ſeiner Eigenſchaft als böhmiſcher König im Kampfe begriffen ſei. Er wollte damit die Meinung begründen, daß der Kaiſer nicht berechtigt ſei, den Kampf in ſeine, des Kurfürſten von der Pfalz, Erblande zu übertragen. Wer aber hätte es Ferdinand verdenken wollen, wenn er dieſe Auffaſſung nicht zur Richtſchnur ſeines Handelns machte? Von ſeinem Standpunkte aus betrachtet war die Annahme der ihm gebührenden böhmiſchen Königskrone durch Friedrich von der Pfalz ein Angriff gegen ſeine angeſtammten Erblande, den er recht wohl ſeinerſeits durch einen Angriff auf die Erblande des Kurfürſten erwidern konnte. In der That hat man ein ſolches Vorgehen des Kaiſers in proteſtantiſchen Kreiſen von vornherein für wahrſcheinlich gehalten und befürchtet. Nur ſo iſt doch die Zuſage der ſonſt in ſtarrer Zurückhaltung verharrenden Union zu verſtehen, daß ſie die Erblande des Pfalzgrafen gegen einen etwaigen Angriff vertheidigen wolle, nur ſo ſind die Verhandlungen zu begreifen, welche Maximilian vor ſeinem Einmarſche in Oeſterreich mit der Union gepflogen hat und die zu jenem Vertrage vom Juli 1620 führten, durch welchen Union und Liga mit einander Frieden zu halten verſprachen, wogegen ſich die Liga jedes Angriffs auf den pfälziſchen Beſitz Friedrichs zu enthalten verpflichtete. Aber Maximilian war dieſe Verpflichtung nur für ſich und die Liga eingegangen, er hatte es ausdrücklich abgelehnt, ſie auch auf den Statthalter der Niederlande, Erzherzog Albrecht, auszudehnen. Unbegreiflicher Weiſe war die Union, nachdem ſie anfangs verſucht hatte, die Abmachung in dieſer Richtung zu erweitern, trotz der Weigerung Maximilians, dies zu thun, auf jenen Vertrag eingegangen, und ſo war es gekommen, wie es kommen mußte. Die Liga ſelbſt und Maximilian hatten jene Verpflichtung, die Pfalz nicht anzugreifen, gehalten — die Erfüllung des Verſprechens wurde ihnen nicht ſchwer, da ſie vollauf mit dem Kriege in Böhmen zu thun hatten —, der Erzherzog Albrecht aber hatte trotz aller diplomatiſchen Gegenbemühungen Jacobs I. von England ſchon im Auguſt 1620 ſeinen General

Spinola in die Unterpfalz einrücken laſſen. Das Verhalten der Union gegenüber dieſem Vorgehen entſprach durchaus der kläglichen Schwäche, welche ſie auf diplomatiſchem Gebiete bei den Verhandlungen mit Maximilian an den Tag gelegt hatte. Das Unionsheer unter dem Markgrafen von Ansbach machte kaum einen nennenswerthen Verſuch, ſich dem Einmarſche Spinolas zu widerſetzen, ſondern verblieb im Weſentlichen ruhig in ſeinem Lager bei Worms, wo es die holländiſchen und engliſchen Hilfstruppen erwartete und ruhig zuſah, wie Spinola Oppenheim eroberte und dann ſtark befeſtigte, während deſſen Unterbefehlshaber Cordova mit einem Corps von 1800 Mann einen Angriff auf Bacharach unternahm und es am 1. October 1620 einnahm. Auch als dann am 4. October die von dem Prinzen Heinrich von Oranien befehligten holländiſchen und engliſchen Truppen, 5000 Mann ſtark, bei dem Unionsheere angelangt waren, entfaltete dieſes keine irgendwie lebhaftere Thätigkeit. Der letzte Reſt von Energie aber, der bei der Union noch vorhanden war, ſchwand, als die Schlacht am Weißen Berge geſchlagen war; immer deutlicher trat die volle Auflöſung in ihren Reihen zu Tage. Zuerſt begann der Abfall bei den Reichsſtädten, die ſchon ſeit langer Zeit der fürſtlichen Leitung des Bundes mißtrauiſch gegenübergeſtanden hatten. Nachdem im März 1621 Straßburg förmlich ſeinen Austritt aus der Union erklärt hatte, folgten eine Reihe von anderen Reichsſtädten dieſem Beiſpiele. Unter den noch ausharrenden Mitgliedern wirkte Landgraf Ludwig von Heſſen-Darmſtadt, der ſich noch gründlicher als der Kurfürſt von Sachſen von ſeinen Glaubensgenoſſen getrennt und dem Kaiſer angeſchloſſen hatte, mit nur zu gutem Erfolge auf völlige Preisgebung des Kurfürſten von der Pfalz hin. In der That trat die Union in Verhandlungen mit Spinola ein, die am 12. April 1621 zum Abſchluß des Mainzer Accordes führten, in welchem die erſtere ſich ſo gut wie völlig von der Sache des Pfalzgrafen trennte, indem ſie ſich verpflichtete, die Pfalz zu räumen und neutral zu bleiben. Es war die thatſächliche Banquerotterklärung des Bundes, der allgemach zum Geſpött der ganzen Welt geworden war. Unmittelbar darauf löſte er ſich auch formell völlig auf. Die Pfalz ſchien ſchutzlos den Angriffen des Kaiſers und der Spanier preisgegeben zu ſein.

Vergebens hoffte der Kurfürſt von der Pfalz, daß Ferdinand, nachdem in Böhmen die Entſcheidung gefallen war, weitere Angriffe auf die Pfalz unterlaſſen werde. In der That wäre das, wenn der Kaiſer den Frieden erhalten wollte, jetzt unbedingt ein Gebot der Klugheit geweſen. König Jacob von England gab ſich ununterbrochen Mühe, in dieſem Sinne auf ihn einzuwirken. Und wirklich wäre Ferdinand in arge Verlegenheit gerathen, wenn der flüchtige Kurfürſt von der Pfalz den Rathſchlägen ſeines Schwiegervaters Gehör gegeben und ſeine bedingungsloſe Reſignation auf Böhmen ausgeſprochen hätte. Ferdinand hätte dann trotz der Achtserklärung mit Rückſicht auf den König von England kaum vermeiden können, in wirkliche Friedensverhandlungen einzutreten, in denen er ſich zum mindeſten dazu hätte ver-

Der Kronte Adler hie auſweiſt. Das Haidelberger faſs gar groſs. Drei gſpann v
Wie der Kaiſer mit recht abreiſt. Vorzeit vol wein ietzt bodenloſs. Ihn fuhrn vnd
Vom haubt des Pfaltzgrafs Friderich. Das mag der winterKönig ſparn, Vmb hilf von g
Die Cron ſo er anmaſset ſich. Das er drauff mit ſeim Aff mög farn. Doch ziehens
Die Furſten in dem Reich getreu, Er ſitzt darauf, ſehr ſchwach vnd kranck Die Klag ſo hi
Den Adler zieren mit federn neu. Vom behemiſchen biergetranck. Sind ſeine ru
Vmbhengen ihm das Garter band, Sein magen mit mehr dewen kon. Die Predican
Drauf ſteht, wers vbel meint hab ſchand. Wirfft herauſs lender, stett vnd Cron. Fliegen dar

Verkleinertes Facſimile eines gleichzeitigen Spottblattes auf die Ver



3 4 5

...n von seinen freunden theur, Noch hat er aber grossen trost. Wan diss mit kleckt, so hat er doch.
...mblen ihm ein steur. Dan taglich kommen frische post. Vil freund die ihme helffen noch.
...gelt thon sie aufblasen, Ein Schlesing Esel, bringt guet sold, Ohn zweiffel, Sweden, vnd Denemarck,
...ab mit langer nasen. Wol vier vnd zwentzig thonnen gold. Schicken im geld, vnd kriechsleut starck,
...den nach gsetzt wird, Vil tausent man England in gsehwind Mark an im Köng in Lapland machen,
...ist so ihn verfurt. Berait, die warten nur auf wind. Da ist lang winter, merck die sachen.
...ten mit geheul, Es lassen ihn die Staden nit, Entzwischn sein knecht an zörung sma',
...on wie Kautz vnd Eül. Bethlem kombt, bringt Turcken mit. Suechen herberg im Hospital. 2

...uche des Winterkönigs in seine verlorene Herrschaft zurückzukehren.

Digitized by Google

ſtehen müſſen, Friedrich einen Theil ſeiner Erblande zurückzuerſtatten. Aber Friedrich that ihm den Gefallen, bei ſeiner thörichten Haltung zu verharren und nicht allein die unbedingte Verzichtleiſtung auf Böhmen, ſondern auch jede perſönliche Demüthigung, die nach der Achtserklärung nun einmal nicht zu vermeiden war, abzulehnen. So ſchuf er für Ferdinand die Möglichkeit, den Vermittelungsverſuchen Jacobs aus dem Wege zu gehen und in ſeiner feindlichen Haltung gegen die erblichen Beſitzungen des Kurfürſten zu verharren. Es ſchien, als ob dieſelben widerſtandslos in ſeine Hände fallen ſollten. Da war es Mansfeld, der ſich von Neuem zum Vertreter der Sache des Kurfürſten machte und die Vertheidigung der Pfalz in die Hand nahm.

Die Unterhandlungen, welche Mansfeld vor der Schlacht am Weißen Berge mit Maximilian und Buquoy angeknüpft hatte, waren nach dieſer für die Böhmen vernichtenden Entſcheidung von kaiſerlicher Seite natürlich mit geringerem Eifer weiter geführt worden, da man jetzt auch ohne die Bewilligung ſeiner Forderungen zum Ziele kommen zu können meinte. In Folge deſſen bot Mansfeld dem Pfalzgrafen ſeine weiteren Dienſte an (Ende Januar 1621) und wurde von ihm mit dem Commando über alle Streitkräfte in Böhmen und ſeinen incorporirten Ländern, nicht aber, wie er gewünſcht hatte, auch in der Pfalz betraut. Er verſuchte dann in der That zunächſt noch, der Sache Friedrichs in Böhmen ſelbſt zu dienen, indem er von Pilſen aus verſchiedene Streifzüge in das benachbarte Gebiet unternahm und ſich durch Contributionen und Brandſchatzungen die für den Unterhalt der Truppen erforderlichen Geldmittel zu verſchaffen ſuchte. Dann ging er Anfang Februar nach Heilbronn, wo er den allerdings ausſichtsloſen Verſuch machte, die in den letzten Zügen liegende Union zu weiteren Opfern für die Sache Friedrichs zu bewegen. Als er von dort zurückkehren wollte, war ihm der Zugang nach Pilſen durch ſächſiſche und bayriſche Truppen verlegt. Er mußte daher nach der Pfalz zurückkehren und konnte es nicht verhindern, daß die Garniſon von Pilſen jetzt ſelbſtändig in Unterhandlungen mit den Kaiſerlichen trat, die dann nach nicht langer Zeit zur Uebergabe der Stadt gegen Zahlung von 150 000 Gulden rückſtändigen Soldes führten. Die Garniſon durfte frei nach Klattau abziehen. Am 3. April hielten die Ligiſten ihren Einzug in Pilſen.

Mansfeld aber ging nun daran, zunächſt auf ſeinen eigenen Namen zwei Regimenter Fußvolk zu werben; außerdem erboten ſich die erneſtiniſchen Herzöge Wilhelm und Friedrich von Sachſen-Weimar, die auch nach der Niederlage des Winterkönigs treu an ſeiner Sache feſthielten, ſowie die Grafen von Löwenſtein und Lippe zur Anwerbung von Truppen. Bis Ende April 1621 hatte Mansfeld 9—10 000 Mann um ſich, unter denen ſich viele von der Union entlaſſene Truppen befanden. Die Mittel zum Unterhalte derſelben mußte die bis dahin vom Kriege verſchonte Oberpfalz hergeben. Im Juni, nach völliger Auflöſung der Union, wuchs ſein Heer bis auf 14 000 Mann an, ſo daß trotz des rückſichtsloſen Contributions- und Plünderungs-

Syſtems, dem Mansfeld nach wie vor huldigte, die Schwierigkeiten der Verpflegung immer größer wurden. Dadurch wurde er genöthigt, zum Angriff vorzugehen, obwohl er von dem Kurfürſten von der Pfalz mit Rückſicht auf die damals von Neuem von engliſcher Seite durch Lord Digby angeknüpften Verhandlungen angewieſen worden war, ſich ruhig zu verhalten. Er wollte den Kriegsſchauplatz nach Böhmen verlegen, um von dort aus Bethlen Gabor, der ebenfalls wieder zu den Waffen gegriffen hatte, die Hand zu reichen. Zu dieſem Zwecke wollte er gegen Tilly, der mit 15 000 Mann ligiſtiſcher Truppen ihm gegenüber ſtand — denn jetzt hielt ſich die Liga an ihr Verſprechen, die Pfalz nicht anzugreifen, nicht mehr für gebunden — zur Offenſive übergehen, bevor Maximilian von Bayern, der noch 10 000 Mann auf eigene Koſten gerüſtet und von Ferdinand am 6. Juli die Erlaubniß zum Angriff auf die Oberpfalz erhalten hatte, ſelbſt herankäme. Am 14. Juli rückte Mansfeld von Waidhauſen aus, wo er eine feſte Schanze angelegt hatte, nach Heſſelsdorf vor, überfiel das dortige Lager der kroatiſchen Hilfstruppen Tillys und brachte den zu Hilfe heranrückenden Ligiſten nicht unerhebliche Verluſte bei. Am 16. Juli wurde er dann ſeinerſeits von Tilly angegriffen; es kam zu einem heftigen Gefechte, welches von Morgens ſieben bis Abends acht Uhr dauerte und in dem ſich beide Theile den Sieg zuſchrieben. Mansfeld behauptete ſich dann trotz der in ſeinem Heere ausbrechenden epidemiſchen Krankheiten und trotz einer Niederlage, die er am 8. Auguſt durch Tilly erlitt, noch faſt zwei Monate in ſeiner Schanze bei Waidhauſen. Als aber nun im September Maximilian ſelbſt heranrückte, um ſich mit Tilly zu vereinigen, zog ſich Mansfeld in die Unterpfalz zurück und ließ nur eine Beſatzung in den Schanzen von Waidhauſen und Cham ſtehen. Die letztere Schanze nahm Maximilian nach mehrtägiger Belagerung am 25. September ein und vereinigte ſich dann Ende September oder Anfang October mit Tilly bei Schwarzenfeld; ihr gemeinſames Heer zählte jetzt etwa 25 000 Mann.

Wieder wie im Jahre vorher hat dann Mansfeld neue Verhandlungen mit ſeinen Gegnern angeknüpft und die Niederlegung der Waffen angeboten, wenn der Pfalzgraf eine angemeſſene Entſchädigung, er ſelbſt aber Erſatz der Soldrückſtände erhalte. Allein zum Abſchluß gediehen dieſe Verhandlungen, die anfangs mit dem Erzherzoge Albrecht, dann nach deſſen am 13. Juli 1621 erfolgten Tode mit deſſen Wittwe Iſabella einerſeits, mit Maximilian von Bayern andrerſeits gepflogen wurden, auch diesmal nicht. Der tüchtige und militäriſch reich begabte, aber characterloſe Mann ſtellte ſo hohe Forderungen, daß die Gegner nur zögernd auf dieſelben eingingen. Zudem traf der engliſche Geſandte Digby, deſſen Vermittelungsverſuche wieder einmal geſcheitert waren, eben jetzt im Heerlager Mansfelds ein und wirkte beſtimmend auf dieſen dahin ein, daß er beim Pfalzgrafen auszuharren beſchloß.

In der Unterpfalz war die militäriſche Lage der Dinge in dem Augenblicke, als Mansfeld mit ſeinem Heere daſelbſt anlangte, für den Pfalzgrafen wenig günſtig. Zwar war Spinola, deſſen tüchtiger Kraft die Statthalterin

Graf Ernſt von Mansfeld.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Willem Jacobzen Delff (1580—1638); Originalgemälde von Michiel Janszoon van Mierevelt (1567—1651).

Iſabella in den Niederlanden dringend bedurfte, aus der Pfalz abberufen worden, allein der General Cordova, der jetzt an die leitende Stelle aufrückte, hatte doch nicht ohne Erfolge den Kampf weitergeführt. Er hatte das feſte Schloß Stein am Rhein in ſeine Gewalt gebracht und trotz der wiederholten Verſuche des wackeren pfälziſchen Oberſten Obentraut, es wieder zu gewinnen, behauptet. Am 3. October hatte er Kaiſerslautern eingenommen und ſich dann zur Belagerung Frankenthals gewendet (8. October). Hier aber hatte er bei der Beſatzung und der dem Kurfürſten treu ergebenen Bürgerſchaft energiſchen Widerſtand gefunden. Als nun jetzt Mansfeld heranrückte, mußte ſich Cordova entſchließen, die Belagerung Frankenthals aufzuheben und bei Oppenheim ein Lager zu beziehen. Er vermochte es nicht zu hindern, daß ſich Mansfeld mit den etwa 8000 Mann zählenden Truppen des Kurfürſten vereinigte. Zu einem eigentlichen Kampfe kam es nicht, aber die Sache des Pfalzgrafen, die ſo wie ſo ſchon eifrige Unterſtützung bei der Bevölkerung fand, hatte doch auch militäriſch wieder einen feſten Stützpunkt in der Unterpfalz erhalten.

Allein Maximilian von Bayern, der immer offenkundiger darauf hinarbeitete, die pfälziſchen Lande dauernd in ſeinen Beſitz zu bringen, war mit der Vertreibung Mansfelds aus der Oberpfalz keineswegs zufriedengeſtellt, er wollte ihn auch aus der Unterpfalz verdrängen und ſo die letzte Grundlage der Macht ſeines pfälziſchen Vetters untergraben. Er befahl daher Tilly, mit 12000 Mann Infanterie, 26 Reitercornetten und der erforderlichen Artillerie in die Unterpfalz einzurücken und im Verein mit Cordova den Kampf mit Mansfeld energiſch in die Hand zu nehmen. Allein zwiſchen Tilly und Cordova wollte es zu keinem rechten Einvernehmen über die vorzunehmenden Operationen kommen, da der letztere, um ſich nicht zu weit von ſeiner Operationsbaſis zu entfernen, jedem weiter ausſehenden Unternehmen, welches von Tilly vorgeſchlagen wurde, widerſtrebte und namentlich den Neckar nicht überſchreiten wollte. Als daher Mansfeld, der einer Schlacht gefliſſentlich auswich, in die linksrheiniſchen Theile des Bisthums Speier einfiel, um dort zu brandſchatzen, benützte Cordova freudig die Gelegenheit, um auch ſeinerſeits auf das linke Ufer des Stromes zurückzukehren, wo er dann einen Angriff auf das Lager, welches Mansfeld bei Deidesheim aufgeſchlagen hatte, unternahm. Zu ernſteren Kämpfen kam es indeß auch hier nicht, da Mansfeld ſich nach Germersheim zurückzog und ſich bald darauf nach dem Elſaß wandte, um in dieſem vom Kriege noch unberührten Lande ſeine an allen Nothwendigkeiten Mangel leidenden Truppen zu befriedigen. Tilly aber nahm inzwiſchen die Neckarſtädte mit Ausnahme Heidelbergs ein, während Cordova, nachdem Worms ſich entſchieden gegen die Aufnahme einer Beſatzung gewehrt hatte, die Winterquartiere bei Oppenheim bezog. Entſcheidende Erfolge gegen Mansfeld zu erringen war ihnen alſo nicht gelungen. Dieſer blieb vielmehr nach wie vor mit ſeinen Streifzügen, Plünderungen und Contributionen der Schrecken des ſüdweſtlichen Deutſchlands.

Digitized by Google

Der Kaiser, der mit Sicherheit auf einen schnellen Erfolg des pfälzischen Unternehmens gehofft hatte, empfand das Scheitern dieser Hoffnung um so schmerzlicher, als er selbst gleichzeitig im Osten durch Bethlen Gabor in wachsende Bedrängniß gerathen war.

Bethlen Gabor hatte alsbald nach der Schlacht am Weißen Berge Verhandlungen mit Ferdinand angeknüpft, die dann unter hervorragender Betheiligung der französischen Gesandten, namentlich des Herzogs von Angoulême, in Hainburg weiter geführt wurden, aber zu keinem Ergebnisse führten, da der Kaiser fast bedingungslose Unterwerfung forderte und deutlich die Absicht erkennen ließ, in Ungarn ähnlich vorzugehen, wie in Böhmen, Mähren und Oesterreich.

Bethlen Gabor zog es daher vor, die Verhandlungen am 17. April 1621 abbrechen zu lassen und wieder zu den Waffen zu greifen. Der Kaiser berief alsbald, um Oesterreich zu decken, Buquoy aus Böhmen herbei, der dann anfangs den Kampf nicht ohne Erfolg führte. Es gelang ihm, am 6. Mai nach längerem Widerstande Preßburg und dann auch Tyrnau zu nehmen. Bethlen Gabor mußte sich nach Kaschau zurückziehen, wo er eifrig bestrebt war, die Lücken in seinem Heere auszufüllen. Gleichwohl gerieth er eine Zeit lang in eine sehr bedrängte Lage, da auch in den Reihen der Ungarn selbst sich Opposition gegen ihn und die Neigung, unter Ferdinands Herrschaft zurückzukehren, regte, zumal der Kaiser in einem Patent allen denen, welche bis zu einer bestimmten Frist zum Gehorsam zurückkehren würden, Amnestie versprach. Allein an der Belagerung der von Stanislaus Thurzo glänzend vertheidigten Stadt Neuhäusel brachen sich Buquoys Kräfte. Sieben Wochen lag er vergeblich vor der Stadt und fand vor derselben in einem kleinen Gefecht, welches sich um eine einziehende Proviantcolonne entspann, am 10. Juli seinen Tod.

Während dieser langwierigen Belagerung aber war es Bethlen Gabor gelungen, neue Kräfte zu sammeln. Er konnte jetzt daran denken, die belagerte Stadt zu entsetzen. Nachdem er zu diesem Zwecke von Kaschau aus erst ein Corps von 6000 Mann entsandt hatte, rückte er selbst um die Mitte des Juli, zu derselben Zeit, da Mansfeld in der Pfalz zum Angriff auf Tilly überging, gegen Neuhäusel heran und brachte der kaiserlichen Armee, welche in Folge dessen die Belagerung aufheben mußte, auf ihrem Rückzuge empfindliche Verluste bei. Da nun Bethlen Gabor jetzt auch noch durch den Markgrafen Johann Georg von Jägerndorf eine Verstärkung von 8000 Mann zugeführt erhielt, so erlangte er bald wieder das Uebergewicht gegenüber den kaiserlichen Truppen. Als er nun auch einen Einfall in Mähren, wo ein für den Kaiser bedrohlicher Aufstand unter der Landbevölkerung ausgebrochen war, unternahm und der Markgraf von Jägerndorf von hier aus einen

Aufruf an ſeine ſchleſiſchen Landsleute erließ, in dem er ſie zum Anſchluß aufforderte, gerieth Ferdinand doch um ſo mehr in ernſte Beſorgniß, als er ſeine Streitkräfte dringend für den Kampf in der Pfalz brauchte, von wo wiederholt Hilferufe an ihn ergangen waren. Er entſchloß ſich daher trotz der oft erfahrenen Unzuverläſſigkeit Bethlen Gabors, aufs Neue Verhandlungen mit dieſem anzuknüpfen, die im October in Nikolsburg ihren Anfang nahmen und am 6. Januar 1622 zum Abſchluß des Friedens führten, in welchem Bethlen Gabor zwar dem Titel eines Königs von Ungarn entſagte und Krone und Reichskleinodien auslieferte, dafür aber ſieben ungariſche Comitate auf Lebenszeit und die Fürſtenthümer Oppeln und Ratibor erblich, außerdem aber den Titel eines Reichsfürſten und eine beträchtliche Geldentſchädigung erhielt. Dagegen übernahm er die Verpflichtung, alle den Anhängern des Kaiſers und den katholiſchen Geiſtlichen entriſſenen Güter in ganz Ungarn, alſo auch in dem ihm abgetretenen Theile, wiederherzuſtellen, und gab nicht nur die Böhmen, ſondern auch den Markgrafen von Jägerndorf, der ſich noch ſoeben als treuer Bundesgenoſſe erwieſen hatte und ſicher darauf rechnete, in den Frieden mit eingeſchloſſen zu werden, völlig preis. Der Kaiſer aber konnte jetzt alle ſeine Kraft auf den Kampf im Weſten verwenden.

Zwei Tage vor dem Nikolsburger Frieden (4. Januar 1622) ſprach Ferdinand die Reichsacht über Mansfeld aus und entſandte alsdann ein Hilfsheer in die Pfalz.

Inzwiſchen war aber auch der Kurfürſt von der Pfalz eifrig für den Schutz ſeines ererbten Beſitzes thätig geweſen. Schon im Auguſt 1621 hatte er durch einen eigenen Geſandten den König Chriſtian IV. von Dänemark um Ueberlaſſung eines für ſeinen Dienſt geworbenen Truppencorps von 6000 Mann bitten laſſen. Der König war anfangs nicht abgeneigt, Friedrich zu unterſtützen, machte aber ſeinen endgiltigen Entſchluß von der Haltung König Jacobs von England abhängig. Und da dieſer nach wie vor trotz des leidenſchaftlich kundgegebenen Wunſches ſeines Volks und Parlaments zu einer thatkräftigen Unterſtützung ſeines Schwiegerſohnes nicht zu bewegen war, ſo lehnte der König von Dänemark das Hilfsgeſuch des Pfalzgrafen ab. Dagegen fand der letztere einen eifrigen Helfer in der Noth in dem ritterlichen Vetter ſeiner Gemahlin, dem Adminiſtrator des Bisthums Halberſtadt, Chriſtian von Braunſchweig, der trotz aller Abmahnungen ſeiner Mutter und ſeines Bruders, des regierenden Herzogs von Braunſchweig, ſich bereit erklärte, für die unglückliche Böhmenkönigin, deren Handſchuh er in ritterlicher Galanterie auf ſeinem Helm befeſtigt trug, und für ihren Gemahl in die Schanze zu treten. Er war dabei nicht bloß von dieſen ritterlichen Gefühlen geleitet. Die Vertheidigung des Pfalzgrafen im Beſitz ſeiner Erblande war keineswegs

CHRISTIANVS QVARTVS DEI GRATIA DANIÆ, NORWEGIÆ,
VANDALORVM GOTHORVMQVE REX, DVX SCHLESVICI, HOLSATIÆ,
STORMARIÆ ET DITHMARSIÆ; COMES IN OLDENBORCH ET DELMENHORST
Amstelodami, ex officina Iudoci Hondii

Chriſtian IV., König von Dänemark.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Jodocus Hondius (1563—1611).

der einzige Grund, der ihn zu ſeinem kriegeriſchen Vorgehen, was ihm dann den Beinamen des „tollen Chriſtian“ verſchaffte, antrieb; es kam vielmehr

die lebhafte Beſorgniß hinzu, welche ihm die kaiſerliche Reſtaurationspolitik, die in Böhmen immer ſchroffer zu Tage trat, einflößte. Er fürchtete Gefahr für ſein geiſtliches Fürſtenthum, in deſſen Beſitz er noch nicht vom Kaiſer beſtätigt war. Es lebte in ihm eine lebendige Vorſtellung von der bedrohlichen Lage, in welche nicht allein er ſelbſt, ſondern der geſammte proteſtantiſche Fürſtenſtand gerathen mußte, wenn der Kaiſer der alleinige Herr in Deutſchland wurde. Die Art, wie ſich Chriſtian dann zum Vorkämpfer des Pfalzgrafen und des Proteſtantismus in Deutſchland aufwarf, entſprach allerdings nur wenig ſeiner geiſtlichen Würde. In barbariſcher Ausplünderung der Landſchaften, die er heimſuchte, und in der ganzen Art und Weiſe ſeiner Kriegführung erinnert er in bedenklicher Weiſe an ſeinen Kampfgenoſſen Mansfeld.

Am Anfange ſeiner kriegeriſchen Laufbahn aber ſchien es, als wolle es ihm mit dem Kriegshandwerke nicht recht gelingen. Schon die Werbungen gingen ſehr langſam von Statten, da es an den erforderlichen Geldmitteln gebrach. Es dauerte lange Zeit, bis er ein einziges Reiterregiment zuſammen hatte, und auch ſpäter war ſein Heer bei Weitem nicht ſo ſtark, als man früher allgemein angenommen hat. Dazu kam, daß der Hof ſeines Bruders in Wolfenbüttel ihm nach Möglichkeit Hinderniſſe in den Weg legte, um nicht in das Verderben, das man ihm prophezeite, mit hineingezogen zu werden. Als er endlich ein Heer von etwa 4000 Mann zuſammen hatte und demſelben das Gebiet von Heſſen-Caſſel als Vereinigungspunkt angewieſen hatte, begegnete es ihm, daß das von Achaz von Dohna geführte Fußvolk ſchon auf dem Marſche völliger Auflöſung anheimfiel. Darauf ſchlug er ſelbſt ſein Hauptquartier in Hildesheim auf und ſtellte neue Werbungen an. Er wurde dabei von dem Landgrafen Moritz von Heſſen-Caſſel, an dem er ſehr bald einen treuen, wenn auch ſehr vorſichtigen Freund gewann, mit Geld und Kriegsbedürfniſſen aller Art unterſtützt. Von Bielefeld aus unternahm dann Chriſtian nach den verſchiedenſten Richtungen hin Raub- und Streifzüge, deren einer ſich bis in das kurmainziſche Amt Amöneburg erſtreckte. Jetzt fühlte ſich Landgraf Ludwig von Heſſen-Darmſtadt veranlaßt, ihn energiſch zur Umkehr zu mahnen, allein als Antwort kündigte er ihm die Ausraubung ſeines eigenen Landes an, bewirkte aber dadurch nur, daß ſich der Landgraf jetzt völlig dem Kaiſer in die Arme warf und Tilly um Hilfe bat. Dieſer entſandte dann in der That ein Corps von zwölf Reitercompagnien und 1000 Musketieren unter Führung des Freiherrn von Anholt gegen Chriſtian, der dadurch am Schluß des Jahres 1621 gezwungen wurde, ſich in das Gebiet des damals mit Kurköln vereinigten Bisthums Paderborn zurückzuziehen, wo er alsbald, namentlich in Soeſt und Lippſtadt, hohe Contributionen erhob und das Land auf alle Weiſe brandſchatzte, um Unterhalt für ſeine Truppen zu gewinnen. In Paderborn ſelbſt zog er am 31. Januar 1622 ein und machte dort reiche Beute, wobei auch die Heiligthümer der Kirche nicht verſchont wurden. Während ſeine übermüthigen Reiter mit den

Herzog Christian von Braunschweig, Administrator von Halberstadt.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Simon de Passe (1591—1644); Originalgemälde von Paulus Moreelse (1571—1638).

Digitized by Google

Meßgewändern und Mitren ihren Spott trieben, ließ er ſelbſt ſilberne Statuen von Apoſteln und Heiligen einſchmelzen und davon Münzen prägen mit der Umſchrift „Gottes Freund und der Pfaffen Feind!“

Thaler Chriſtians von Braunſchweig. Silber.
Soll aus ſilbernen Kirchengeräthen oder aus Heiligenfiguren in Paderborn geprägt ſein.
Originalgröße. Berlin, Kgl. Münz-Cabinet.

Anfang März verfügte Chriſtian über 3000 Reiter und 4000 Mann zu Fuß; er beſchloß jetzt ſeinen ziellosen Streifzügen ein Ende zu machen und ernſtlich eine Vereinigung mit Mansfeld in der Pfalz anzuſtreben. War es doch unzweifelhaft, daß dort die endgiltige Entſcheidung über das Schickſal des Pfalzgrafen fallen werde.

Während dieſer Streifzüge Chriſtians hatte nun Mansfeld in der Pfalz einen neuen Helfer, Kurfürſt Friedrich einen neuen Bundesgenoſſen in dem Markgrafen Georg Friedrich von Baden-Durlach gefunden, dem einzigen Mitgliede der Union, welches die Sache des Pfalzgrafen nicht preisgab. Unter verſchiedenen Vorwänden hatte er ein Heer geſammelt, welches auf 20 000 Mann angegeben wird, und hatte dann, um ſein Land der eventuellen Rache und Strafe des Kaiſers zu entziehen, am 25. April 1622 in Gegenwart ſeiner Söhne und ſeiner Räthe feierlich auf alle ſeine Beſitzungen zu Gunſten ſeines älteſten Sohnes reſignirt, um fortan nur als Kriegsmann zu leben und ritterlich die Sache ſeines pfälziſchen Freundes zu vertreten. Mit Mansfelds und Chriſtians Truppen zuſammen mochte das für den Pfalzgrafen im Felde ſtehende Heer jetzt etwa 50 000 Mann betragen. Gleichwohl war es dem kaiſerlich-ligiſtiſchen, welches inzwiſchen nach dem Nikolsburger Frieden Zuzüge aus Ungarn und auch durch neue Werbungen des bayriſchen und fränkiſchen Kreiſes Verſtärkungen erhalten hatte, nicht völlig gewachſen. Immerhin war es eine ſtattliche Macht, die ohne Frage noch erheblich größer geworden wäre, wenn durch große und dauernde Erfolge die übrigen proteſtantiſchen Fürſten zum Anſchluß vermocht worden wären. Schon begannen in den Kreiſen des Pfalzgrafen die Hoffnungen gewaltig in die Höhe zu ſchnellen. Er ſelbſt glaubte es jetzt wagen zu dürfen, ſich perſönlich zu ſeinem Heere zu verfügen und dadurch

bei dieſem und bei der Bevölkerung ſeiner Stammlande die Begeiſterung für ſeine Sache zu beleben bezw. zu erhalten. Am 7. April reiſte er im tiefſten Geheimniß vom Haag ab und langte nach einer abenteuerlichen, in Verkleidung ausgeführten Reiſe über Paris und Lothringen bei dem Heere Mansfelds an, der ſich eben wieder in verrätheriſche Verhandlungen mit der Erzherzogin Iſabella eingelaſſen hatte, die jetzt zum Erſtaunen der ſpaniſchen Unterhändler durch die Ankunft des Pfalzgrafen jäh abgebrochen wurden. Der Pfalzgraf verſuchte dann von Germersheim aus, den Herzog von Württemberg zum Anſchluß zu bewegen, der aber, in vorſichtiger Erwägung ſeiner Lage, ſeine lebhafte Neigung, den Wünſchen des Pfalzgrafen zu entſprechen, niederkämpfte und ſein Unterſtützungsgeſuch ablehnte.

Ohne alle Frage aber kam durch die bloße Anweſenheit des Landesherrn in die ganze Kriegführung, die bis jetzt im Weſentlichen in Raubzügen und Brandſchatzungen beſtanden hatte, ein höherer Schwung. Bei Wiesloch kam es am 27. April 1622 zum erſten Male ſeit langer Zeit zu einer wirklichen Schlacht, in welcher Tilly eine ſchwere Niederlage erlitt, in der er nach den geringſten Angaben 2000 Mann einbüßte. Dann aber trennten ſich die Heere Mansfelds und des Markgrafen von Baden bald nach ihrer Vereinigung wieder, weil die Verpflegung eines ſo großen Heeres Schwierigkeiten bereitete, außerdem aber weil zwiſchen den beiden Heerführern Eiferſucht herrſchte, da jeder von ihnen den Oberbefehl für ſich in Anſpruch nahm.

Da kam es dann am 6. Mai bei Wimpfen zu einer neuen Schlacht zwiſchen Tilly, der ſein Heer durch ſeine Vereinigung mit Cordova auf 18000 Mann gebracht hatte, und dem Markgraf von Baden, deſſen Heer nach der Trennung von Mansfeld nur noch 15000 Mann zählte. Trotz dieſer Ueberlegenheit der Gegner herrſchte im Lager der Markgräflichen Muth und Selbſtvertrauen. Obwohl Tilly ſich am Abend vor der Schlacht einer die Ebene dominirenden Anhöhe bemächtigt hatte, ging der Markgraf doch ſeinerſeits zum Angriff über, und zwar ſchon am frühen Morgen zwiſchen drei und vier Uhr. Er hatte ſein Heer, ganz abweichend von der damaligen Sitte, etwa nach Art der Heere der Huſſitenzeit, ſo aufgeſtellt, daß der Fuhrpark eine große Wagenburg bildete, innerhalb welcher der größte Theil des Fußvolkes poſtirt war. Die Schlacht begann mit einem ſehr heftigen Geſchützfeuer. Der Markgraf verſuchte dann auf alle Weiſe, den Gegner aus der günſtigen Stellung, die er einnahm, hervorzulocken; allein das gelang nicht. Im Laufe des Vormittags kam es zu keiner Entſcheidung, ja eigentlich nicht einmal zu einer regulären Schlacht; denn ſonſt wäre es kaum möglich geweſen — wie es thatſächlich geſchah —, den Kampf um Mittag abzubrechen und wegen der großen Hitze einige Stunden ruhen zu laſſen. Auch am Nachmittage eröffnete der Markgraf ſeinerſeits den Kampf von Neuem, dann aber gingen Tilly und Cordova zu geſchloſſenem Angriff über. Erſterer ſprengte den rechten Flügel der badiſchen Truppen. Noch einmal gelang es dann der badiſchen Reiterei, Tilly zurückzuwerfen. Dann aber erfolgte die für den

Markgrafen verhängnißvolle Wendung der Schlacht, die theils durch einen ungeſtümen Angriff der ſpaniſchen Truppen unter Cordova, theils durch die Exploſion mehrerer Pulverwagen in der badiſchen Wagenburg herbeigeführt wurde und nach tapferer Gegenwehr, bei der einige Truppentheile, namentlich das ſogenannte weiße Regiment, ſehr Hervorragendes leiſteten, mit einer völligen Niederlage des Markgrafen endete.

Aber es war nicht eine ſo klägliche und ſchmähliche Niederlage, wie vor anderthalb Jahren die am Weißen Berge. Viele Stunden lang hatten ſich die Truppen behauptet und auch nach der ungünſtigen Wendung der Schlacht ſich ſo mannhaft gewehrt, daß dieſe Niederlage dem geſchlagenen Heere bei den Zeitgenoſſen eher Ehre als Schande eintrug. Sie iſt bekanntlich ſpäter durch die Sage von jenen vierhundert Pforzheimer Bürgern, welche als Leibgarde des Markgrafen ſich bis zum letzten Mann hätten niederhauen laſſen, um die Flucht ihres Landesherrn zu ermöglichen, verherrlicht worden. Die neuere Forſchung hat die in ihren Einzelzügen ſehr heroiſch ausgeſchmückte Sage als eine Erfindung weit ſpäterer Zeit erwieſen, aber bezeichnend bleibt es doch, daß ſie entſtehen konnte, daß das Gedächtniß auch ſpäterer Tage mit einer gewiſſen Vorliebe an dieſer Schlacht haftete.

Für den Augenblick aber war ſie trotz aller rühmlichen Gegenwehr, die die Badenſer geleiſtet hatten, doch ein ſehr ſchwerer Verluſt für ihren Markgrafen. 5000 Mann blieben todt oder verwundet auf dem Schlachtfelde, weitere 1000 geriethen in Gefangenſchaft. Noch ſchlimmer faſt war es, daß der größte Theil der Kriegsausrüſtung des Markgrafen, faſt alle Geſchütze, die Wagenburg, die Bagage, alle Mundvorräthe und die Kriegskaſſe im Betrage von 100 000 Thalern dem Feinde in die Hände fielen. Der Markgraf war von dieſem Verluſte anfangs ſo betäubt und niedergeſchlagen, daß er ſeinem Sohne rieth, unter jeder Bedingung ſeinen Frieden mit dem Kaiſer zu machen. Bald aber raffte er ſich wieder auf und ſchloß ſich mit dem Reſte ſeines Heeres Mansfeld an, der ſich nach der Schlacht bei Wimpfen auf das linke Rheinufer zurückgezogen hatte. Tilly ließ ihm gegenüber Cordova zurück und zog ſeinerſeits Chriſtian von Braunſchweig entgegen, der ſich inzwiſchen dem Main genähert hatte, um ſich mit Mansfeld zu vereinigen. Natürlich verſuchten dann auf der andern Seite Mansfeld und der Pfalzgraf, dem Adminiſtrator die Hand zu reichen. Sie überſchritten den Rhein wieder und rückten in Eilmärſchen nach Norden vor. Am 2. Juni erreichten ſie Darmſtadt; der Landgraf Ludwig, der ſich durch ſeine kaiſerfreundliche Politik die Proteſtanten nicht gerade zu Freunden gemacht hatte, verſuchte zu entfliehen, fiel aber auf der Flucht in die Hände des Markgrafen von Baden und wurde fortan als Gefangener behandelt.

Währenddem hatte Chriſtian von Halberſtadt, der Mitte Mai von Paderborn nach dem Eichsfelde marſchiert und dann nach Weſten, nach dem Heſſen-

Cassel'schen Gebiete abgeschwenkt war, versucht, den Landgrafen Moritz zum Anschluß zu bewegen. Allein dieser hatte, so sehr er mit seinen Sympathieen auf Seiten Christians stand, doch nicht den Muth eines thatkräftigen Entschlusses gefunden. Hätte dann Christian nicht zu viel Zeit mit Contributionen und Streifzügen vergeudet, so hätte er in den ersten Junitagen in Darmstadt eintreffen und sich mit Mansfeld vereinigen können. So aber ließ er den Ligisten und Spaniern Zeit, sich zwischen ihn und Mansfeld zu werfen.' Am 8. Juni stand Anholt bei Ostheim, Tilly zog am 13. ins Amt Dieburg, Cordova lagerte in Zwingenberg, die eben jetzt angekommenen neuen kaiserlichen Hilfstruppen unter Cariaccioli (ca. 6000 Mann) in Miltenberg. Alle vereinigten sich dann in einer Gesammtstärke von 20 000 Mann am rechten Mainufer bei Dettingen. Christian traf am 17. Juni bei Höchst ein. Noch hätte er durch rechtzeitiges Ueberschreiten des Mains die Schlacht vermeiden können; allein seine Kampf- und Ruhmbegier trieb ihn sie anzunehmen. Er erlitt am 20. Juni eine mörderische Niederlage; mit Mühe gelang es ihm, den Rest seiner Truppen über den Main zu retten und sich mit Mansfeld zu vereinigen.

Der Feldzug durfte noch keineswegs als verloren gelten, noch viel weniger war die Pfalz in vollem Umfange im Besitze der Kaiserlichen und Ligisten. Mansfeld und Christian unternahmen einen gemeinsamen Einfall in das Elsaß. Dort aber erhielten sie plötzlich und völlig unerwartet die Nachricht, daß der Pfalzgraf sie aus seinem Dienste entlassen habe. Was den Waffen nicht gelungen war, gelang den diplomatischen Verhandlungen, mit denen man den unerfahrenen Pfalzgrafen von kaiserlicher Seite nicht ohne Beihilfe seines eigenen Schwiegervaters umgarnt hatte.

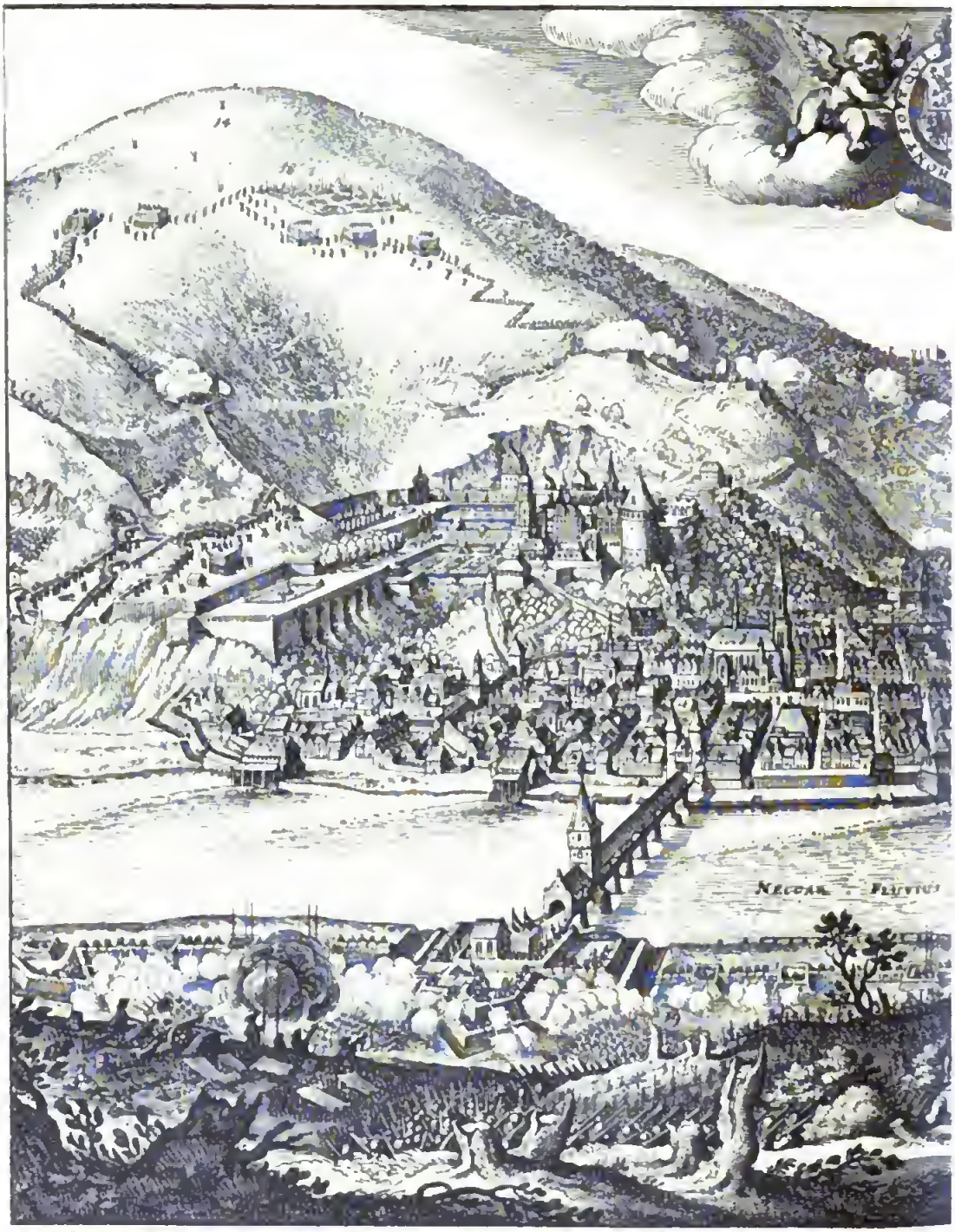
Jacob von England war, statt auf die kriegerischen Wünsche seines Parlaments einzugehen, während der Kämpfe in der Pfalz unablässig bemüht gewesen, durch diplomatische Einwirkungen in Brüssel, Madrid und Wien die Wiedereinsetzung seines Schwiegersohnes in seinen erblichen Besitz zu erlangen. Der Kaiser schien eine Zeit lang nicht ganz abgeneigt darauf einzugehen; wenigstens gab er sich den Anschein, als thue er es. Er verlangte aber, bevor er sich zur Weiterführung der Verhandlungen bereit erklärte, daß Friedrich vorher die Waffen niederlege und Mansfeld und Christian von Braunschweig entlasse. Friedrich ließ sich von seinem Schwiegervater in der That bestimmen, diesem Ansinnen stattzugeben und nach Holland zurückzukehren. Die Folge davon war aber nicht der ihm in Aussicht gestellte Friede, sondern die völlige Unterwerfung der Pfalz durch seine Gegner.

Mansfeld unternahm, seines Dienstes vom Pfalzgrafen entlassen, zunächst einen ziemlich plan- und ziellosen Einfall in Lothringen, durch welchen er die beiden wieder in lebhaftem Conflict begriffenen Parteien in Frankreich in nicht geringe Aufregung versetzte, trat dann aber auf die dringenden Bitten der von Spinola bedrängten Holländer in deren Dienste. Auf dem Marsche nach Holland lieferte er am 29. August den Spaniern unter Cordova, der ihm

gefolgt war, eine Schlacht, in der ſich beide Theile den Sieg zuſchrieben, Mansfeld inſofern mit größerem Rechte, als er durch die Schlacht die Möglichkeit gewann, ſeinen Marſch fortzuſetzen. Chriſtian von Braunſchweig verlor durch eine in dieſer Schlacht davongetragene Verwundung ſeinen linken Arm, ließ ſich aber dadurch weder entmuthigen noch von der weiteren Theilnahme am Kriege abhalten. Er ließ Spinola melden, er habe zwar den einen Arm verloren, aber den andern behalten, um ſich zu rächen, und ſchlug von erbeutetem Silber Münzen mit der Umſchrift „altera restat“.

Tilly, der nun in der Pfalz keinen Feind mehr ſich gegenüber ſah, nahm dann im September die pfälziſche Hauptſtadt Heidelberg, welche er ſeit dem 1. Juli belagerte, durch Sturm ein. Die Stadt wurde von den Soldaten, obwohl ſich ihnen Tilly perſönlich mit gezogenem Degen entgegenſtellte, auf das Grauſamſte geplündert. Einen unerſetzlichen Verluſt aber fügte ihr Maximilian von Bayern zu, indem er die herrliche Bibliothek, die „Palatina“, dem Papſte ſchenkte und nach Rom ſchaffen ließ. Nachdem im November auch Mannheim gefallen war, befand ſich thatſächlich die ganze Pfalz in bayriſchem Beſitz. Jetzt galt es, dieſen thatſächlichen Beſitz in einen rechtlichen zu verwandeln, d. h. das Gegentheil von dem zu thun, was man dem leichtgläubigen Pfalzgrafen in Ausſicht geſtellt hatte, um ihn zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Das im Octobervertrage von 1619 Maximilian von Bayern gegebene Verſprechen ſollte jetzt eingelöſt werden. Zu dieſem Zwecke berief der Kaiſer für den Dezember 1622 einen Deputationstag nach Regensburg, der die Uebertragung der pfälziſchen Kur auf Maximilian ſanctioniren ſollte.

Wahre Contrafactur der Churfürſtlichen Statt Heidelberg vnd wie dieſelbige vo



Deſignation der Ziffern. 1 Das Schloſſ. 2 de Newe Statt. 3. Heylig Geiſt kirch. 4. Barfüßer Cloſt
10. Speuer thor 11 der Türk Keyſer. 12. der Türk Beyer. 13 der Geißberg. 14. der Königſtul. 15
Stum 20 Croaten ſetzen durch den Neccar, vnd da geht die Statt vber.

Ansicht von Heidelberg im Jahre 1622 während der Belagerung durch Tilly. D

General Tilly Belägert vnd eingenohmen worden Anno 1622.

5. St Iacob. 6. St Pettes. 7. Auguſtiner Cloſter 8 des alte Churf. Garten 9. des Reiche Spital.
10 A Schloß. 16. die Statt Speir 17. des Marſtall. 18 Tillyſche Läger. 19. des Tillyſchen General.

Verkleinertes Facsimile der Radirung von Matthaeus Merian (1593—1650) im „Theatrum Europaeum“.

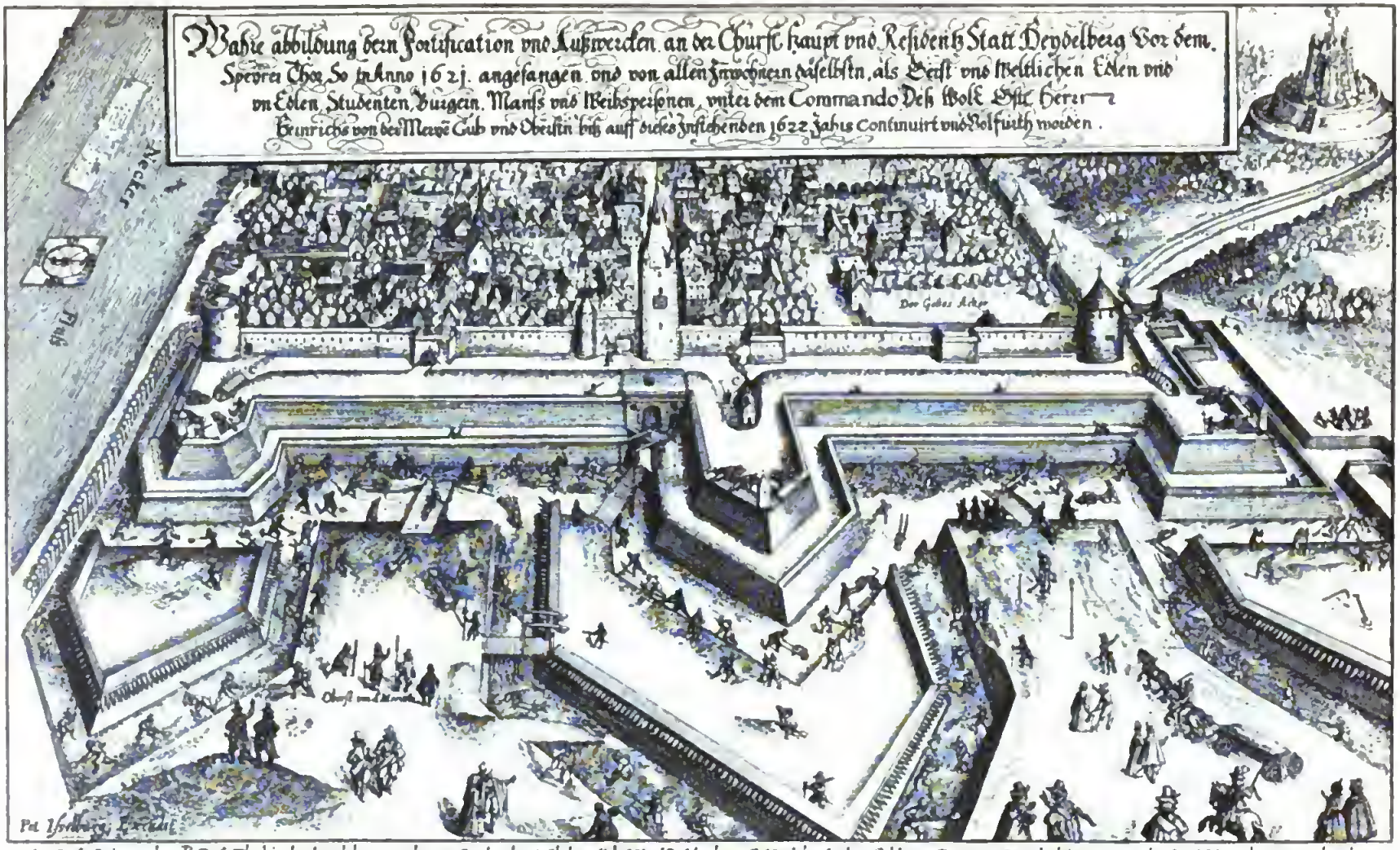
Der Deputationstag zu Regensburg.

Von Anfang an hatte sich Ferdinand darüber keiner Täuschung hingegeben, daß die Uebertragung der bisher protestantischen pfälzischen Kur auf einen Katholiken den lebhaftesten Widerspruch in der ganzen protestantischen Welt erregen werde. Aber wenn ihm hie und da wohl einmal der Gedanke kam, ob es nicht zweckmäßiger sei, einen Ausgleich mit dem Kurfürsten von der Pfalz zu schließen, wie das namentlich der König von England immer und immer wieder, nicht ohne selbst bei dem Madrider Hofe Unterstützung zu finden, in Vorschlag brachte, so leuchtete ihm doch alsbald wieder die Unmöglichkeit ein, eine anderweite Entschädigung für die hochgespannten Forderungen, welche Maximilian von Bayern für seine Kriegshilfe erhob, ausfindig zu machen. Der Herzog von Bayern bestand mit aller Energie auf seinem Scheine, auf jenem October-Vertrage von 1619, durch den ihm der Kaiser als Ersatz für seine Kriegskosten alle seine Länder verpfändet und die Kur in Aussicht gestellt hatte. Das letztere Versprechen war von Ferdinand am 22. September 1621 auf des Herzogs Drängen schriftlich wiederholt worden. Der Kaiser ist dann mit ihm über die Art der Ausführung, namentlich über die Frage, ob und welcher Theil der pfälzischen Besitzungen neben der Kur auf Maximilian zu übertragen sei, zuweilen in sehr ernste Differenzen gerathen, aus denen es aber einen andern Ausweg, als den, welchen der Herzog forderte, nicht gab. Als der letztere nach langem Sträuben auf wiederholtes Ansuchen des Kaisers diesem die Gesammtsumme seiner Entschädigungsansprüche nannte, war dieselbe so hoch, daß der Kaiser in den äußersten Schrecken gerieth und einsah, daß eine Abzahlung derselben für ihn völlig unmöglich sei. Nicht weniger als zwanzig Millionen forderte der Herzog. Vielleicht nannte er absichtlich diese hohe Summe, um dem Kaiser deutlich zu zeigen, daß eine Abtragung derselben auf anderem Wege als auf dem der endgiltigen Uebertragung der Kur nicht möglich sei. Die Haltung des Herzogs war unerbittlich und unerschütterlich. Selbst auf einen Austausch der Oberpfalz, die er schon 1621 erobert hatte, gegen Oberösterreich, welches er noch immer im Pfandbesitz festhielt, wollte er nicht eingehen, da er nicht einen sicheren Besitz gegen einen noch unsicheren eintauschen könne. Er verlangte nicht bloß die Uebertragung der Kur, sondern auch die der gesammten Kurlande, während der Kaiser ihm nur die Oberpfalz zugedacht hatte, die Unterpfalz aber entweder dem Könige von Spanien oder den Agnaten des Kurfürsten von der Pfalz

übertragen wollte. Wie oft ist nicht der Graf von Hohenzollern Ende 1621 und Anfang 1622 von dem kaiserlichen Hoflager nach München gereist, um den Herzog zu größerer Nachgiebigkeit zu bewegen. Es war Alles vergeblich. Maximilian bestand nur mit erhöhter Energie darauf, daß das mündlich und schriftlich ertheilte Versprechen nunmehr endlich ausgeführt werde.

Er fand dabei die lebhafteste Unterstützung bei dem Papste, welcher seit dem 9. Februar 1621 den Stuhl Petri inne hatte, bei Gregor XV., der, von seinem umsichtigen und glänzend beanlagten Nepoten Ludovico Ludovisio unterstützt, in weit höherem Maße als sein Vorgänger Pius V. für die Erhöhung der Macht der katholischen Kirche thätig war. Zu diesem Zwecke hatte er schon die Subsidien an den Kaiser und die Liga auf das Doppelte des bisherigen Betrages erhöht, zu demselben Zwecke trat er eifrig und unerschütterlich für die Uebertragung der Kur auf Maximilian ein, weil er darin mit Recht einen gewaltigen Vortheil für die Entwickelung und reichsrechtliche Stellung des Katholicismus in Deutschland erkannte. Schon seit dem Juni 1621 war er in diesem Sinne thätig, indem er Philipp IV. von Spanien — Philipp III. war am 31. März 1621 gestorben — aufforderte, sich dieser Uebertragung nicht zu widersetzen. In seinem Auftrage wirkte namentlich der Kapuzinerpater Hyacinth de Casale am Kaiserhofe, der dann in dieser ganzen Angelegenheit eine hervorragende Thätigkeit entfaltet und es namentlich bewirkt hat, daß Ferdinand dem Herzoge von Bayern jene schriftliche Zusicherung der Uebertragung der Kur vom 22. September 1621 ausstellte.

Trotz dieser energischen Stellungnahme des Papstes erfolgte aber energischer Widerspruch gegen die beabsichtigte Maßregel gerade von der Seite, von der man es am wenigsten erwartet hatte, von dem Hofe zu Madrid. In Spanien hatte nach dem Tode Philipps III. dessen gleichnamiger Sohn als Philipp IV. den Thron bestiegen, der sich der Geschäfte der Regierung, obwohl er erst vierzehn Jahre alt war, anfangs mit großem Eifer annahm und den Anschein erweckte, als wenn er mit der kläglichen Mißwirthschaft, die unter seinem schwachen und unfähigen Vater geherrscht hatte, gründlich aufräumen werde. Er hatte den bisherigen leitenden Minister, den Herzog von Uzeda, entlassen und eine große Anzahl seiner Geschöpfe aus ihren Stellen entfernt. Den bestimmenden Einfluß auf die Geschäfte erhielt jetzt der Graf Olivares, der aufrichtig bestrebt war, Spanien aus seinem tiefen Verfall zu heben. Dies konnte aber nicht ohne eine gewissenhafte Regelung der sehr im Argen liegenden Finanzen geschehen. So wenig man daher auch am Madrider Hofe eine grundsätzliche Aenderung der auswärtigen Politik beabsichtigte, so sehr man vielmehr an dem Grundgedanken derselben, der Unterstützung des Kaisers, festhielt, so wenig war man doch geneigt, die spanischen Geldmittel in derselben Weise wie bisher für eine unabsehbare weitere Ausdehnung des deutschen Krieges zu verwenden. Darüber aber, daß die völlige Entsetzung Friedrichs von der Pfalz und die Uebertragung der Kur auf Maximilian den Krieg ins Ungemessene verlängern werde, und daß dies wieder nur auf



A Daß Speyrer Thor B Daß Thorlein durch welches man vber eine Brucken das Geschütz auff die Werck gebracht hat C Wachthauser der Soldaten D Eine Brustwehr biß zum Trutz kayser E Trutz kayser ein Alt gebew

Die Einwohner von Heidelberg das Speyrer Thor gegen die heranrückenden Spanier befestigend. Facsimile des Kupferstiches, 1622, von Peter Isselburg (um 1580 bis nach 1630)

Kosten des spanischen Staatsschatzes geschehen könne, war man im Madrider Geheimen Rath keinen Augenblick in Zweifel. Dazu kam, daß der spanische Hof eifrig wünschte, sich die Freundschaft Englands, zu dem man bisher in sehr günstigen Beziehungen gestanden hatte, zu erhalten. Daher wollte man, obgleich man die von Jacob I. angestrebte Vermählung des Prinzen von Wales mit der spanischen Infantin aufzugeben beabsichtigte, weil die letztere trotz der sehr versöhnlichen Haltung Jacobs gegenüber dem Katholicismus einen unbezwinglichen Widerwillen gegen die Vermählung mit einem Protestanten an den Tag legte, doch unter keinen Umständen den Unwillen Jacobs dadurch reizen, daß man seinen Schwiegersohn völlig der Rache Ferdinands bezw. des Herzogs Maximilian preisgab. Denn so jämmerlich schwächlich auch die Haltung des englischen Königs gegenüber den böhmisch-pfälzischen Verwickelungen in Deutschland war, daran ließen doch weder er selbst noch seine Gesandten in Madrid, namentlich Lord Digby, einen Zweifel, daß er seine Beziehungen zu Spanien abbrechen werde, wenn dieses in die Beraubung seines Schwiegersohnes und in die Uebertragung der Kur auf Maximilian willigen werde. Daher vermochten weder der Pater Hyacinth, der eigens nach Spanien entsandt wurde, um den Widerstand des Königs gegen die beabsichtigte Uebertragung der Kur zu brechen, noch auch der kaiserliche Gesandte in Madrid, Graf Khevenhiller, eine dauernde Wandlung in der Haltung des spanischen Cabinets zuwege zu bringen. Hyacinth glaubte in großer Ueberschätzung seiner Wirksamkeit einen solchen Erfolg erzielt zu haben, aber sehr bald stellte es sich doch heraus, daß die Nachgiebigkeit der spanischen Geheimen Räthe nur eine scheinbare oder doch eine sehr vorübergehende gewesen war. Die Ankunft Lord Digbys im Juni 1622 genügte vollkommen, um die Geneigtheit des Madrider Cabinets für die Restitution des Pfalzgrafen wieder wachzurufen, und zwar um so mehr, als der einzige unter den Geheimen Räthen, der sich endlich für die Ansprüche Maximilians hatte gewinnen lassen, Zuñiga, schon am 7. October 1622 starb, wie man sagte aus Aerger über eine Desavouirung, die ihm in dieser Frage von den anderen Geheimen Räthen widerfahren war. In der That konnte das spanische Cabinet eine andere Politik nicht verfolgen, wenn es die Freundschaft mit England, die ihm in vielen anderen Beziehungen sehr erwünscht war, nicht aufs Spiel setzen wollte. Denn Jacob schien damals wirklich einen Anlauf zu einer energischeren Haltung in der Frage der Restitution seines Schwiegersohnes zu nehmen. Er verlangte kategorisch, daß Philipp IV. die Restitution der eben eroberten Hauptstadt Heidelberg an den Pfalzgrafen beim Kaiser innerhalb siebzig Tagen erwirke. Man sprach in London mit hellem Jubel davon, daß der König ein Heer von 30—40 000 Mann aufstellen wollte, um seinem in seiner Existenz bedrohten Schwiegersohne zu Hilfe zu kommen. Sein Unwille war namentlich auch dadurch in besonders hohem Maße erregt worden, daß er Kenntniß von einigen Briefen des Kaisers an den König von Spanien erhalten hatte, in welchen Ferdinand ganz offen seine Absicht, die Kur auf

Herzog von Olivares.

Nach dem Kupferſtich von Paul du Pont (1603—1658); Originalgemälde des Porträts von Diego Velazquez de Silva (1599—1660), der Ornamente von Peter Paul Rubens (1577—1640).

Maximilian zu übertragen, ausgesprochen hatte. Diese Briefe waren durch einen unglücklichen Zufall in Mansfelds Hände gefallen, der sie alsbald dem Pfalzgrafen übermittelte, von dem sie dann schleunigst der Oeffentlichkeit übergeben wurden. Sie haben nicht wenig dazu beigetragen, um die Opposition der deutschen Protestanten gegen Ferdinand zu verstärken.

Das offenbarte sich dann deutlich genug, als der Deputationstag, dessen Einberufung Ferdinand schon 1621 beabsichtigt hatte, der aber immer wieder wegen der sich aufhäufenden diplomatischen Schwierigkeiten verschoben worden war, nun endlich im Dezember 1622 eröffnet wurde. Nach den vom sechszehnten Jahrhundert her geltenden Bestimmungen über diese Deputationstage, welche in einzelnen wichtigen Fragen an die Stelle der Reichstage traten, waren die Einladungen zu demselben an die Kurfürsten, die Herzöge von Bayern, Braunschweig, Pommern und Mecklenburg, den Landgrafen von Hessen-Darmstadt, den Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Würzburg, Bamberg und Speier ergangen. Allein von den eingeladenen protestantischen Fürsten erschien nur ein einziger, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, persönlich. Diesmal lehnte selbst Johann Georg von Sachsen ab, der Einladung des Kaisers Folge zu leisten. Er war nicht nur durch die Veröffentlichung jener nach Spanien gesandten Briefe stutzig geworden, sondern auch lebhaft erzürnt über die zunehmende Härte der religiösen Reaction in Böhmen, die sich nunmehr trotz seiner Abmahnungen und Gegenvorstellungen auch gegen die deutschen Lutheraner in Prag gewandt hatte. Selbst mit der Absendung von Gesandten beeilte er sich nicht allzu sehr; dieselben trafen erst nach der nach längerem Warten am 5. Dezember erfolgten Eröffnung des Conventes ein. Sie waren von vornherein angewiesen, nicht allein gegen die Beschlagnahme der lutherischen Kirchen in Böhmen zu protestiren, sondern auch und vor Allem in die Uebertragung der Kur an Maximilian nicht einzuwilligen; nur dazu waren sie im äußersten Falle ermächtigt, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die Kur und die Kurlande nicht dem Pfalzgrafen selbst, sondern seinen Kindern übertragen würden.

Konnte der Kaiser also selbst von Seiten dieses seines Verbündeten im Kampfe gegen seine aufständischen Unterthanen auf Zustimmung zu der Uebertragung der Kur nicht rechnen, so war dies noch viel weniger bei den anderen protestantischen Fürsten der Fall. Die Gesandten von Brandenburg, Braunschweig, Pommern und Mecklenburg waren, auch als die sächsischen in Regensburg eintrafen, noch immer gar nicht erschienen. Die beiden ersteren trafen dann noch im Laufe der Verhandlungen ein, Braunschweig und Mecklenburg aber blieben der Versammlung bis zum Schlusse fern. Ja selbst der Kurfürst von Mainz zeigte anfangs unzweifelhafte Neigung, sich gegen die Uebertragung der Kur an Maximilian zu erklären; er ließ sich dabei in erster Linie durch die Rücksicht auf den Kurfürsten von Sachsen leiten, mit dem er in einem freundschaftlichen Verhältnisse stand. Vor Allem trat auch nach wie vor der spanische Gesandte Oñate energisch gegen die bayrischen Ansprüche auf.

Unter so ungünstigen Aussichten überreichte Ferdinand am 17. Januar 1623 in feierlicher Sitzung dem Kurfürsten von Mainz die Proposition, welche den Verhandlungen zu Grunde gelegt werden sollte und deren erster Punkt die Absicht des Kaisers aussprach, den Pfalzgrafen seiner Kur zu entkleiden und dieselbe auf Maximilian zu übertragen. Die anderen Punkte, über die eigentlich nur ein voller Reichstag hätte berathen können, bezogen sich auf die Mittel zur Herstellung des Friedens, die Abwehr der Angriffe der Holländer auf das Reichsgebiet, Abstellung der Reichsgravamina im Sinne der Verhandlungen des Reichstages von 1613, endlich auf das Justiz- und das Münzwesen. Natürlich aber traten alle diese Fragen neben der Alles beherrschenden der Uebertragung der Kur völlig in den Hintergrund. Es war nach der Haltung, welche die Protestanten bisher beobachtet hatten, kein Zweifel, daß es darüber zu offenem Zwiespalt kommen werde und müsse. Das war eben der Grund, aus welchem Spanien mit solcher Energie gegen die geplante Maßregel protestirt hatte. In der ersten Sitzung, die in dieser Frage abgehalten wurde, am 24. Januar, sprachen nur die Bischöfe einschließlich des Kurfürsten von Mainz, der inzwischen bewogen worden war seinen Widerspruch fallen zu lassen, ihre Zustimmung zum ersten Punkte der Proposition aus, Ludwig von Hessen-Darmstadt und die Vertreter von Sachsen und Brandenburg aber erklärten sich mit aller Entschiedenheit dagegen. Ohne endgiltigen Beschluß ging man aus einander. Um Sachsens Widerstand zu brechen, wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, diesmal aber vergeblich. Am 26. Januar mußte sich der Kurfürst von Mainz entschließen, der kaiserlichen Kanzlei die entgegengesetzten Erklärungen der beiden Parteien zu übersenden. Er that es in einer Weise, aus der zu erkennen war, daß er bestrebt war, dem Kaiser noch einmal die ernsten Bedenken gegen die Maßregel darzulegen, obwohl er selbst mit schwerem Herzen dafür gestimmt hatte. Der Kaiser antwortete am 30. Januar mit einer Gegenschrift gegen die Verwahrung der Protestanten, in welcher er sich sehr entschieden das Recht, über die Kur frei zu verfügen, vindicirte, während die Protestanten auf Grund der §§ 26 und 39 der Wahlcapitulation ihm dieses Recht bestritten hatten. Es kann kein Zweifel sein, daß das Reichsrecht auf Seiten der letzteren stand. Die von ihnen angeführten Paragraphen enthielten die Bestimmungen, daß der Kaiser in keiner wichtigen Sache Entscheidung ohne den Rath der Kurfürsten treffen und keine Execution gegen einen Reichsstand vornehmen dürfe, ehe die Acht über ihn zu Recht erkannt sei. Gegen beide Bestimmungen hatte der Kaiser gefehlt, indem er die Acht über Friedrich ohne vorher eingeholte Zustimmung der Kurfürsten verhängt hatte. Mit voller Energie harrten die Protestanten auf ihrem Standpunkte aus, auch Sachsen stand diesmal unbeirrt und fest zu ihnen. Der Kaiser, der auch außerdem durch die Rüstungen, welche eben jetzt der niedersächsische Kreis vornahm, und durch die neuen Werbungen Mansfelds und Christians von Halberstadt in Besorgniß versetzt wurde, begann nunmehr einzusehen, daß sich die Uebertragung der Kur in vollem Umfange gegenüber

dem einmüthigen Widerstande der Protestanten nicht werde durchführen lassen. Am 17. oder 18. Februar entschloß er sich, Bayern und Kurköln die Unmöglichkeit einer erblichen Uebertragung der Kur an Maximilian vorzustellen und ihnen die Nothwendigkeit einer wenigstens theilweisen Nachgibigkeit gegen die protestantische Opposition klar zu machen. Beide Theile einigten sich dann über einen Mittelweg, dem Hessen-Darmstadt zustimmen zu können erklärte. Am 21. Februar schlugen die Kurtrierer Gesandten auf Weisung des Kaisers vor, daß die kurfürstliche Würde dem Herzoge von Bayern zwar jetzt zu übertragen sei, daß aber mit dem Pfalzgrafen über seine Aussöhnung verhandelt und zu diesem Zwecke ein neuer Convent berufen werden solle. Sollte der Friede auch dann nicht zu Stande kommen, so sollte das kurfürstliche Collegium darüber urtheilen, ob der Kaiser über die Kur frei verfügen oder sie den Kindern und Agnaten des Pfalzgrafen zuerkennen solle. Der Herzog von Bayern aber solle sich schriftlich verpflichten, diesem Urtheile des Kurfürstencollegiums Folge zu leisten und eventuell auf die kurfürstliche Würde zu verzichten. Diesem Vorschlage stimmte dann in der That wenigstens der eine der Protestanten, Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt, unter der Bedingung zu, daß der Kaiser in der Reformation der lutherischen Kirchen Prags innehalten solle. Dem entsprechend schickte dann Ferdinand am 23. Februar dem Deputationstage seine letzte Entscheidung zu, in welcher er den Pfalzgrafen wegen der „großen und unverantwortlichen Verbrechen", die er begangen habe, mit der Entziehung der Kur bestrafte, aber seine Begnadigung in Aussicht stellte, wenn er sich zur „schuldigen Humiliation und Deprecation verstehen und von allen Machinationen ablassen" werde. Die Ansprüche der Kinder und Agnaten versprach der Kaiser zu untersuchen und zu diesem Zwecke entweder mit dem Könige von England zu verhandeln oder einen Kurfürstentag zu berufen; dann übertrug er die Kur auf Maximilian auf Lebenszeit. Danach erfolgte dann am 25. Februar in feierlicher Weise die Investitur Maximilians im Sinne dieses Vermittelungsvorschlages, obwohl die Protestanten außer Darmstadt auch jetzt bei ihrem Widerstande verharrten. Wie sehr sie damit im Rechte waren, wie wenig es dem Kaiser mit jener ihm abgedrungenen Concession gegenüber den Protestanten Ernst war, ergiebt sich aus einer, in schroffem Widerspruche mit jenem Vermittelungsvorschlage stehenden schriftlichen Versicherung, welche der Kaiser dem Herzoge Maximilian am Tage vor der Investitur ertheilte, nach der derselbe zum Wenigsten im lebenslänglichen Besitze der Kur bleiben sollte, der Kaiser aber weiter versprach, falls sich der neue Convent für die Rechte der Kinder des Pfalzgrafen entscheide, darauf keine Rücksicht zu nehmen. Man sieht, es war ein häßliches, abgekartetes Gaukelspiel, durch welches man die Protestanten zu umgarnen und zu fangen gesucht hatte. Der Hauptzweck, die Beseitigung der protestantischen Opposition, war zwar dadurch nicht erreicht worden. Immerhin war schon damit viel gewonnen, daß sich der Landgraf von Hessen-Darmstadt durch diese scheinbare Nachgiebig-

keit des Kaisers hatte bethören lassen. Ferdinand verfehlte nicht, ihm seinen Dank dafür durch eine für ihn günstige Rechtsentscheidung abzustatten. Zwischen dem Landgrafen Ludwig und seinem Kasseler Vetter Moritz schwebte seit längeren Jahren ein Proceß beim Reichshofrathe über die Erbschaft des 1601 verstorbenen Landgrafen Ludwig von Hessen-Marburg. Dieser hatte in seinem Testamente seine Länder unter die Kasseler und Darmstädter Linie so getheilt, daß Marburg selbst an Hessen-Kassel gefallen war; aber er hatte beiden Erben die Bedingung gestellt, daß die lutherische Religion in seinen Landen erhalten werden solle. Diese Bedingung hatte Moritz von Hessen-Kassel nicht erfüllt, sondern in seinem Antheile den Calvinismus eingeführt. Aus diesem Grunde hatte dann Landgraf Ludwig von Darmstadt Anspruch auf die ganze Erbschaft erhoben und die Sache beim Reichshofrath anhängig gemacht. Mit Freuden ergriff jetzt Ferdinand die Gelegenheit, demselben eine Gefälligkeit zu erweisen und zugleich den Landgrafen Moritz für die heimliche Unterstützung, die er Christian von Braunschweig hatte zu Theil werden lassen, zu bestrafen. Er sprach nicht allein dem Landgrafen Ludwig die ganze Erbschaft zu, sondern verurtheilte den Landgrafen Moritz auch zum Ersatz der sämmtlichen Einkünfte, die er aus seinem Theile der Erbschaft erhoben hatte, seitdem er im Widerspruche mit jenem Testamente Ludwigs von Marburg in den erworbenen Besitzungen die Augsburger Confession zu Gunsten des Calvinismus unterdrückt hatte. Dadurch erhielt der seit Jahren zwischen den beiden Linien des hessischen Fürstenhauses geführte Streit um die Marburger Erbschaft einen Abschluß, der für den Landgrafen Moritz einen äußerst empfindlichen Nachtheil in sich schloß. Es war vorauszusehen, daß es zu weiteren Kämpfen zwischen den beiden Vettern in dieser Frage kommen werde, welche dem Kaiser Gelegenheit zu neuen Eingriffen geben konnten. Vorerst aber war dadurch Landgraf Ludwig nicht allein für seine Dienste auf dem Regensburger Deputationstage belohnt, sondern auch für die Zukunft an die Sache des Kaisers gefesselt.

Wirklich hatten Ferdinand und Maximilian alle Veranlassung, dem Landgrafen von Darmstadt dankbar zu sein. Ohne seine Zustimmung hätten sie gegenüber dem geschlossenen Widerstande der Protestanten die Uebertragung der Kur kaum durchzuführen wagen können. So aber konnten sie sich darauf berufen, daß auch einer der protestantischen Fürsten der Maßregel zugestimmt hatte.

Das nun glücklich erreichte Resultat wurde in der katholischen Welt mit hellem Jubel begrüßt; vor Allem gab Papst Gregor XV., der einen sehr wesentlichen Antheil an dem Gelingen desselben hatte, seiner Freude sehr unverhohlenen Ausdruck. Maximilian hatte ihn alsbald von der Uebertragung der Kur in einem von Dankesbezeugungen überströmenden Schreiben benachrichtigt. „Euere Heiligkeit", so hatte er ihm geschrieben, „hat diese Sache nicht allein befördert, sondern durch ihre Erinnerungen, ihr Ansehen, ihre eifrigen Bemühungen geradezu bewirkt. Ganz und gar muß sie der Gunst

Papſt Gregor XV.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Peter Iſſelburg (1580 bis nach 1630).

und Wachſamkeit Euerer Heiligkeit zugeſchrieben werden.“ Darauf antwortete dann Gregor XV. in nicht minder überſchwänglichen Worten: „Dein Schreiben, o Sohn, hat unſere Bruſt mit einem Strome von Wonne wie mit himmliſchem Manna erfüllt; endlich darf die Tochter Sion die Aſche der Trauer von ihrem Haupte ſchütteln und ſich in feſtliche Gewande kleiden.“

In der That war es der größte Sieg, den der Katholicismus im Reiche ſeit langer Zeit davongetragen hatte. Allein die Sache hatte doch auch noch eine andere Seite, die namentlich der doch gewiß eifrig katholiſche ſpaniſche Geſandte bis zum letzten Augenblicke nachdrücklich betont hatte. Er hatte immer und immer wieder darauf hingewieſen, daß dieſer Sieg nur durch ſchwere, neue Kämpfe werde behauptet werden können. Es mußte ſich nun zeigen, wer Recht behalten würde, diejenigen, welche über den Triumph des Katholicismus frohlockten, oder der, welchem vor den Folgen dieſes Triumphes bangte.

Scene in einem Heerlager des dreißigjährigen Krieges.
Facſimile aus Jacques Callots (1594—1635) Radirung „Die Belagerung von Breda“, 1624.

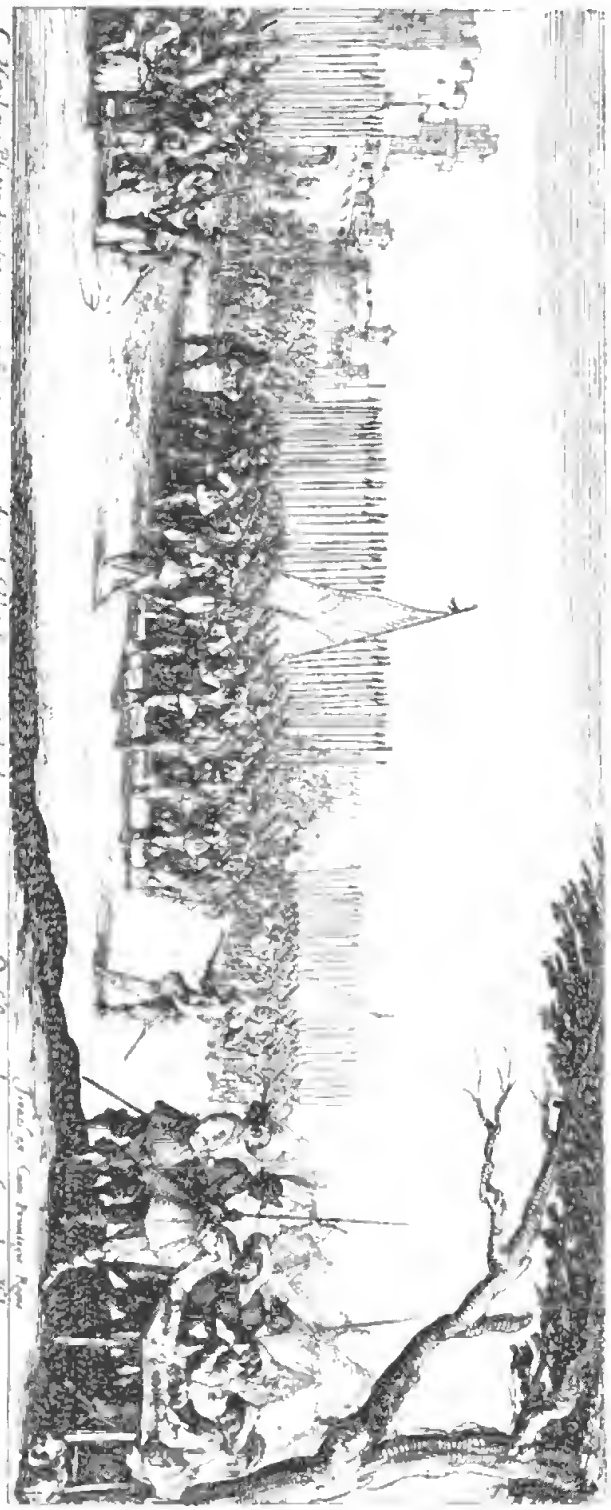
Zweite Periode.

Der niederdeutsch-dänische Krieg. Wallensteins erstes Generalat.

(1623—1630.)

Wandlungen der allgemeinen Weltlage in den Jahren 1623 bis 1625.

Die Uebertragung der pfälziſchen Kur auf Maximilian von Bayern war im letzten Grunde doch mehr ein Erfolg für dieſen als für den Kaiſer, der ſie gegen den Widerſtand der proteſtantiſchen Fürſten mit großer Mühe durchgeſetzt hatte. Ferdinand war dabei thatſächlich mehr der Getriebene als der Treibende geweſen; er hatte mehr dem Drängen Maximilians nachgegeben als aus eigenem Antriebe gehandelt. Denn er gab ſich darüber ebenſo wenig wie die ſpaniſche Regierung einer Täuſchung hin, daß durch dieſen extremen Schritt die Kräfte des Widerſtandes unter den Proteſtanten eine neue Stärkung erfahren würden. In der That zeigte ſich das ſchon aus den Nachrichten, die noch während des Deputationstages ſelbſt in Regensburg einliefen. Nicht bloß in dem beharrlichen Widerſtande, welchen Kurſachſen und Kurbrandenburg der Maßregel des Kaiſers entgegenſetzten, trat die Gefahr, die dieſer dadurch über ſich heraufbeſchwor, zu Tage; man vernahm, daß die Holländer, durch die bedrohliche Verſtärkung der habsburgiſchen Uebermacht erſchreckt, dem Grafen Mansfeld Geldmittel zu neuen Rüſtungen gewährten. Mit ihrer Zuſtimmung war er nach Oſtfriesland gegangen und hatte dort umfaſſende Werbungen angeſtellt, welche angeblich für die Generalſtaaten ſelbſt beſtimmt waren, thatſächlich aber — woran Niemand zweifelte — der Wiederaufnahme des Kampfes zu Gunſten des aus ſeinem erbländiſchen Beſitze vertriebenen Pfalzgrafen dienen ſollten. Zugleich erfuhr man in Regensburg, daß ſich jetzt auch unter den proteſtantiſchen Fürſten Niederdeutſchlands ernſte Beſorgniſſe vor einer weiteren durchgreifenden religiöſen Reaction regten, daß auch hier die Neigung, ſich activ am Kampfe gegen dieſe katholiſirenden Tendenzen zu betheiligen, überhandnahm. Der Erſte, welcher offen mit dieſer Abſicht hervortrat und alsbald ſelbſt zur Anwerbung von Truppen ſchritt, war Herzog Wilhelm von Weimar. Vor Allem aber gerieth jetzt doch auch der geſammte niederſächſiſche Kreis in Aufregung und Bewegung. Zwar war man hier noch nicht geneigt, ſich in einen offenen Kampf mit dem Kaiſer einzulaſſen, aber man dachte doch jetzt zum erſten Male ernſtlich daran, ſich für alle Fälle ernſtlich zu rüſten, zunächſt unter dem Vorwande, daß man ſich dadurch die Beobachtung einer feſten Neutralität zwiſchen den kämpfenden Parteien ermöglichen wolle. In dieſem Sinne beſchloß ein gleichzeitig mit

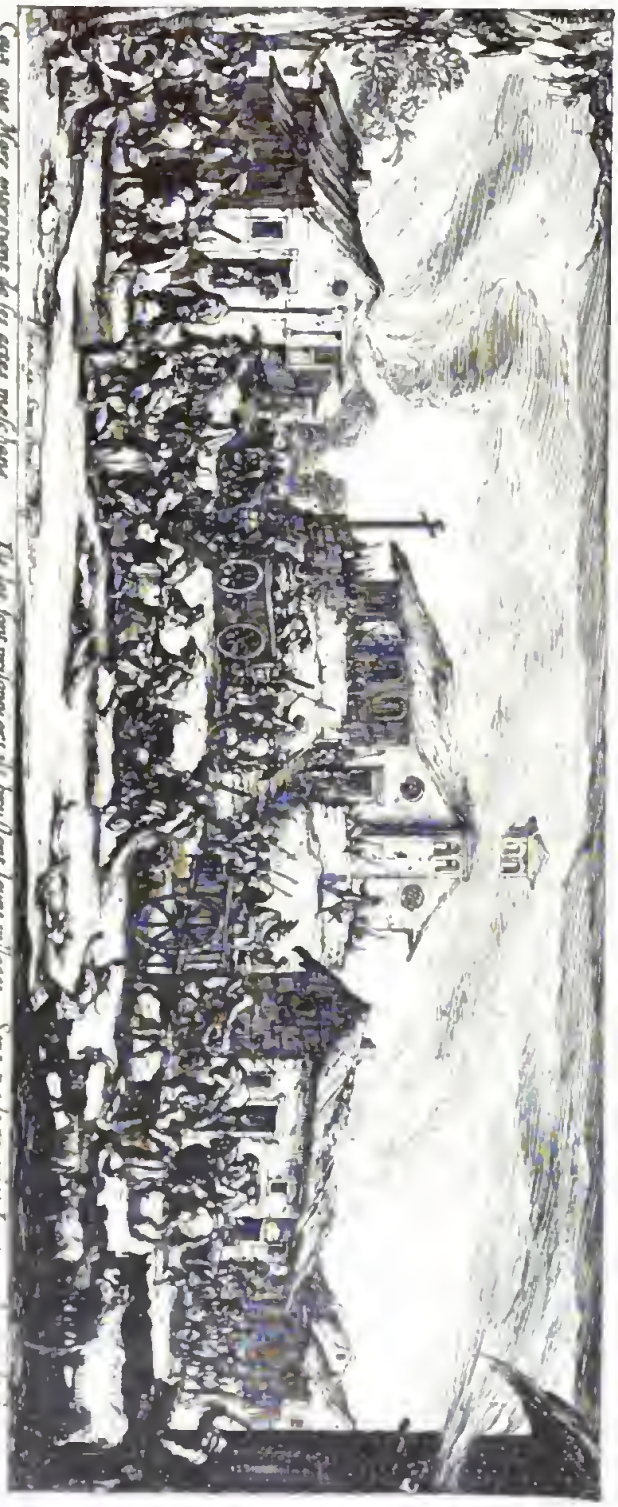


Truppenwerbung. Nachstich der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheurs de la guerre.

dem Regensburger Deputationstage in Braunschweig versammelter niedersächsischer Kreistag im Februar 1623, Herzog Wilhelm von Weimar mit seinen bisher geworbenen Truppen in seine Dienste zu nehmen und noch weitere 7000 Mann zu Fuß und 3000 Reiter anzuwerben, durch die man sich gegen Gewalt und Plünderung schützen wolle. Zum Obersten wurde Herzog Georg von Lüneburg gewählt. Dem Kaiser gegenüber suchte man diesen Schritt damit zu rechtfertigen, daß aus der Nähe Christians von Braunschweig und Tillys, der zur Bekämpfung des Ersteren heranuahte, Gefahren für das Kreisgebiet erwüchsen. Der Kaiser, der diese Rüstungen nicht zu hindern vermochte, gab sich den Anschein, als glaube er wirklich an die beabsichtigte Neutralität, und gestattete ausdrücklich die Werbungen, angeblich in der Erwartung, daß

die Kreisſtände mit den geworbenen Truppen Mansfeld und Chriſtian vom Eintritt in ihr Gebiet abhalten würden. Wirklich forderten die niederſächſiſchen Kreisſtände den Erſteren auf, ſeine Truppen aus dem Kreisgebiet zurückzuziehen. Eine Zeit lang konnte es ſcheinen, als ſei damit die dem Kaiſer drohende Gefahr beſeitigt. War doch ſogar Chriſtian von Halberſtadt ſcheinbar geneigt, ſich von der Sache des Pfalzgrafen loszuſagen. Er war in ein Zerwürfniß mit Mansfeld gerathen und hatte vorübergehend ſeine Stellung als Generallieutenant deſſelben aufgegeben, ja er hatte auf einer Zuſammenkunft mit ſeinem Bruder Friedrich Ulrich in Kalenberg (24. Februar 1623) dieſem in der That in Ausſicht geſtellt, von ſeinem Bündniſſe mit „König Friedrich" und Mansfeld zurückzutreten und bei dem niederſächſiſchen Kreiſe Dienſte zu nehmen, deſſen Kreisoberſtem er treuliche Aſſiſtenz zu leiſten verſprach. Aber nachdem er auf Grund dieſer Abmachungen von dem niederſächſiſchen Kreiſe die Erlaubniß zum Eintritt in deſſen Gebiet erlangt hatte, ging er alsbald zum nicht geringen Schrecken ſeines Bruders und des Kreiſes dazu über, ſeine Truppen aufs Neue durch Werbungen zu verſtärken. Dann rückte er ins Stift Hildesheim ein und ſtand ſo mitten im niederſächſiſchen Kreiſe.

Von großem Werthe für den vertriebenen Kurfürſten von der Pfalz wäre es nun geweſen, wenn in dieſem Augenblicke der niederſächſiſche Kreis den Entſchluß gefunden hätte, ſich im Verein mit Chriſtian von Halberſtadt offen an ihn anzuſchließen. In der That wäre dies vielleicht geſchehen, wenn Kurſachſen, welches dem Kaiſer in Regensburg ſo energiſch opponirt hatte, auch jetzt eine feſte Haltung bewahrt hätte. Der Kurfürſt von Brandenburg, der jetzt ſehr lebhafte Theilnahme an dem Geſchick des unglücklichen Böhmenkönigs zeigte, gab ſich alle erdenkliche Mühe, den Kurfürſten von Sachſen zu offener Bekämpfung des Kaiſers zu bewegen. Allein auf einer Zuſammenkunft Beider, die am 21. März 1623 in Annaberg ſtattfand, lehnte Johann Georg einen dahin gehenden Antrag Georg Wilhelms ſchließlich doch ab. Einen ſo ſchroffen Syſtemwechſel gegen ſein Verhalten in den letzten Jahren vorzunehmen, trug er doch Bedenken. In Folge deſſen aber beobachtete auch der niederſächſiſche Kreis zunächſt eine zuwartende Haltung. So ſahen ſich Chriſtian von Halberſtadt und Wilhelm von Weimar auf ſich ſelbſt angewieſen; ja der niederſächſiſche Kreis war ſchwächlich genug, Tilly, der jetzt gegen Chriſtian heranrückte, den Durchzug durch ſein Gebiet zu geſtatten. Darauf blieb dem Letzteren nichts Anderes übrig, als den Verſuch zu machen, ſich wieder mit Mansfeld zu vereinigen. Auf dem Marſche zu ihm aber wurde er von dem eilig heranrückenden ligiſtiſchen Heere unter Tilly zwiſchen Nienburg und Stadtlohn angegriffen und völlig geſchlagen (6. Auguſt 1623). Seine ganze Armee wurde zerſprengt, die Herzöge Friedrich und Wilhelm von Weimar fielen in die Gefangenſchaft der Feinde, Chriſtian ſelbſt entkam nach Holland. Danach ſtand den ligiſtiſch-katholiſchen Fürſten in Norddeutſchland kein organiſirtes gegneriſches Heer mehr gegenüber. Gleichwohl



Brandschatzung. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les miseres et malheures de la guerre.

blieb Tilly in Niederdeutschland stehen und erfüllte das Land mit Brandschatzungen und Gewaltsamkeiten. Schon begann er auch Maßregeln zu ergreifen, welche auf energische katholische Restaurationsbestrebungen in den vorwiegend oder ausschließlich protestantischen niederdeutschen Territorien hindeuteten. Die unerhörten Bedrückungen, die er ausübte und die zu einer Militärherrschaft schlimmster Art zu führen drohten, hatten in Braunschweig und Hessen-Kassel offene Empörungen der Bevölkerung zur Folge. Die Machtfülle, die der Kaiser oder vielmehr die Liga nunmehr in Norddeutschland erlangte, war um so größer, als einige der protestantischen Fürsten, namentlich Hessen-Darmstadt und Braunschweig-Lüneburg, durch territoriale Vortheile, die ihnen der Kaiser verschaffte, veranlaßt, zu Ferdinand hielten. Immer deutlicher trat jetzt die Absicht des

Kaisers hervor, den Besitzstand der norddeutschen Protestanten anzugreifen, indem er die geistlichen Güter, welche sich in ihren Händen befanden, wieder an Katholiken zu bringen suchte. So hegte er den Plan, an die Stelle Christians von Braunschweig seinen eigenen Sohn Leopold Wilhelm zum Bischof von Halberstadt wählen zu lassen. Es zeigte sich jetzt deutlich, daß die Niederlage des Protestantismus in Böhmen und der Pfalz eine Niederlage für den Protestantismus in ganz Deutschland bedeutete. Allenthalben erhob der Katholicismus kühner als je sein Haupt. Der Kurfürst von Mainz begann jetzt energische Maßregeln der Gegenreformation an der Bergstraße, die süddeutschen Bischöfe folgten seinem Beispiele, die kaiserliche Justiz aber unterstützte diese Bestrebungen, indem sie in den Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten, welche in den reichsrechtlichen Verwickelungen vor Ausbruch des Krieges eine so große Rolle gespielt hatten, Urtheile zu Gunsten der Ersteren fällte. Der Katholicismus und mit ihm das habsburgische Kaiserhaus schien ein erdrückendes Uebergewicht in Deutschland erlangen zu sollen.

Aber nicht bloß für Deutschland war diese Gefahr eine nahe liegende und offen zu Tage tretende. Wie hätte dieser Erfolg der Habsburger in Deutschland nicht auch auf die allgemeine Weltlage seine Rückwirkung äußern sollen? Auch hier schien die habsburgische Weltmacht zu neuem Leben zu erwachen und das Gleichgewicht der europäischen Mächte ernstlich zu gefährden. Wohl war Spanien gegen die Uebertragung der Kur auf Maximilian eingetreten. Aber sobald diese Frage einmal entschieden war, stellte sich die alte Interessengemeinschaft zwischen der spanischen und deutschen Linie des Hauses Habsburg alsbald wieder her. Beide vereinigt schienen wieder die vorwaltende Weltmacht in Europa zu bilden. Spanien hatte soeben den längeren Waffenstillstand mit den Holländern wieder gekündigt; auch die Selbständigkeit dieser durch und durch protestantischen Macht schien dem Uebergewichte Habsburgs erliegen zu müssen. Und da das Elsaß durch jenen Vertrag Ferdinands mit Philipp III. bereits an Spanien abgetreten war, die Abtretung der Unterpfalz an diese Macht aber noch immer im Bereiche der Möglichkeit lag, so schien sich hier in den alten lothringischen Grenzgebieten zwischen Deutschland und Frankreich eine ununterbrochene spanische Machtsphäre herzustellen. Gelang es, diese auch mit den italienischen Besitzungen des Hauses Habsburg in Verbindung zu bringen, so erlangte Spanien hier neben der deutschen habsburgischen Herrschaft einen bedrohlichen unmittelbaren Machtbereich.

Eben hierauf aber war das Augenmerk des Hauses Habsburg unausgesetzt gerichtet. Jene Verbindung zwischen den deutschen und italienischen Gebieten herzustellen, bot sich damals eine vortreffliche Gelegenheit durch den sogenannten Veltliner Handel. Zwischen den vorwiegend protestantischen drei Bünden in dem an Tyrol angrenzenden Theile der östlichen Schweiz und einigen dazu gehörigen südlichen Landschaften, dem Veltlin und den Grafschaften Bormio und Chiavenna, deren Bevölkerung dem alten Glauben anhing, war es 1620 zu einem gräßlichen und blutigen Religionskriege

gekommen. Mehrere exilirte Katholikenhäupter aus dem Veltlin hatten sich mit einigen Banditen aus dem mailändischen und venezianischen Gebiete vereinigt, um der Herrschaft der Graubündener in ihrer Heimath ein Ende zu machen. Von einem fanatischen Capuzinerpater angefeuert, waren sie in der Nacht zum 19. Juli 1620 in Tirano eingedrungen und hatten dort ein schreckliches Blutbad unter den Protestanten angerichtet. Der gräßliche Vorgang hatte im ganzen Veltlin Nachahmung gefunden. Aus Furcht vor der Rache der Graubündener hatten sich die Veltliner dann an die Spanier gewendet, die mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, um sich dieser wichtigen Alpenpässe zu bemächtigen. Von Mailand aus hatte der Herzog von Feria, nachdem die Graubündener mehrmals vergeblich versucht hatten, das Veltlin wieder zu unterwerfen und für jene Gewaltthaten zu züchtigen, spanische Truppen ins Veltlin entsandt, während von Tyrol aus eine Anzahl flüchtiger Bündner, von österreichischen Truppen unter Rudolf von Planta unterstützt, ins Münsterthal einfielen. Der Statthalter von Tyrol, Erzherzog Leopold, faßte den Plan, bei dieser Gelegenheit das untere Engadin zu erobern. Wirklich wurden dann nicht allein die so heiß begehrten Alpenpässe, sondern das ganze Veltliner Land von den spanischen Truppen in Besitz genommen. Vergebens suchten die protestantischen Schweizer den Graubündenern Hilfe zu bringen; sie wurden gleich jenen zurückgeschlagen. Das Veltlin blieb zunächst in spanischen Händen.

Wie hätte aber dieser neuen gewaltsamen Machterweiterung Spaniens der alte Rivale dieser Macht, Frankreich, unthätig zusehen sollen? Das vertrauliche Verhältniß, welches unter der Königin-Regentin zwischen Frankreich und Spanien geherrscht hatte, erlitt durch dieses Vorgehen Spaniens im Veltlin zum ersten Male eine ernstere Erschütterung. Es kam in Paris wie in Madrid zu mancherlei erregten Verhandlungen und Verträgen, in denen man wohl einmal daran dachte, die Entscheidung des ganzen Handels dem Papste zu übertragen; allein die bereits geschlossene Abkunft wurde nicht innegehalten, angeblich weil sie durch eine neue Waffenerhebung der Bündner ungiltig geworden sei. Vielmehr gelang es den Spaniern, in dem Tractat von Mailand (10. Januar 1622) die Bündner dazu zu vermögen, daß sie auf ihre Ansprüche auf das Veltlin und die Grafschaft Bormio Verzicht leisteten und zugleich versprachen, dem Kriegsvolk des Königs von Spanien freien und ungehinderten Zugang durch ihr Gebiet zu gestatten. Damit war dann der Zusammenhang zwischen den italienischen und deutschen Besitzungen des Hauses Habsburg hergestellt.

Dem gegenüber schlossen am 7. Februar 1623 Frankreich, Venedig und Savoyen ein Offensiv- und Defensivbündniß gegen Spanien zur Wiederherstellung der Bünde in ihre Herrschaft über das Veltlin. Zwar suchte dann der Papst, dem an der Erhaltung der Einigkeit unter den katholischen Mächten in diesem kritischen Augenblicke viel gelegen war, zu vermitteln und erreichte es in der That, daß es zu einem eigentlichen Kriege zwischen Spanien und Frankreich nicht kam. Aber der alte politische Gegensatz war doch

wieder erwacht. Langſam und allmählich lenkte die franzöſiſche Politik, namentlich nachdem an Stelle der bisherigen ſchwachen Miniſter Frankreichs

König Philipp III. von Spanien.

Verkleinertes Facſimile der Radirung von Francisco José de Goya y Lucientes (1746—1828); Originalgemälde von Diego Velazquez de Silva (1599—1660).

größter Staatsmann jener Epoche, der Cardinal Richelieu, die Leitung der Geſchäfte in die Hand genommen hatte, wieder in die Bahnen und Anſchauungen Heinrichs IV. ein, die Frankreich im Gegenſatz zu Spanien ein vorwaltendes Anſehen in Europa verſchafft hatten.

Naturgemäß hatte das aber auch seine Rückwirkung auf die Haltung Frankreichs gegenüber den kriegerischen Vorgängen in Deutschland. Während es in den Jahren 1619 und 1620 im Großen und Ganzen eine dem Kaiser freundliche Neutralität beobachtet hatte, vollzog sich jetzt ein langsamer Wandel zu Gunsten der deutschen protestantischen Opposition gegen den Kaiser. Es war keineswegs ein so schroffer Widerspruch, wie man zumeist behauptet hat, daß Richelieu auf der einen Seite die französischen Hugenotten ihrer Sonderstellung zu berauben und der königlichen Gewalt zu unterwerfen strebte, auf der anderen Seite aber die deutschen Protestanten in ihrem Existenzkampfe gegen den Kaiser unterstützte. Er handelte in beiden Fällen nicht aus religiösen, sondern aus politischen Beweggründen. Obwohl er ein frommer und überzeugungstreuer Katholik war, hat er die Hugenotten doch nicht eigentlich ihrer religiösen Ueberzeugung wegen bekämpft, der er vielmehr freie Bewegung zu gestatten geneigt und in mehreren Fällen erbötig war. Was er an ihnen bekämpfte, war die politische Sonderstellung, die sie einnahmen; er sah in derselben gleichsam einen Staat im Staate, den zu dulden er mit seiner politischen Auffassung, deren A und O die Machtvollkommenheit der französischen Krone im Innern und ihr Ansehen nach Außen war, nicht vereinbaren konnte. Wie er in dem Kampfe gegen die Factionen, unter denen die hugenottische eine hervorragende Stelle einnahm, auf eine Stärkung der königlichen Gewalt im Innern ausging, so suchte er in der äußeren Politik das Ansehen Frankreichs dadurch wieder herzustellen, daß er bewußt und absichtlich in die habsburgfeindlichen Bahnen Heinrichs IV. wieder einlenkte; nicht als ob er es nun sogleich auf einen offenen Krieg hätte ankommen lassen wollen; wohl aber war er bestrebt, die oppositionellen Kräfte gegen die habsburgische Machtstellung des Hauses Habsburg sowohl in Spanien wie in Deutschland zunächst wenigstens durch Subsidienzahlungen und durch diplomatische Unterstützung zu fördern. Zu diesem Zwecke suchte er nicht nur die abgerissenen Fäden der Verhandlungen mit den deutschen Protestanten wieder aufzunehmen, unterstützte er nicht nur die Holländer in ihrem von Neuem ausgebrochenen Kampfe gegen Spanien, sondern er suchte auch vor Allem Verbindung mit England anzuknüpfen und dieses von dem seinen politischen Lebensinteressen widersprechenden Bunde mit Spanien abzuziehen.

Da war es nun von entscheidender Bedeutung, daß jenes von Jacob I. Jahre lang mit größter Hartnäckigkeit verfolgte Project einer Vermählung des Prinzen von Wales mit der spanischen Infantin, welches am meisten zu der bisherigen spanienfreundlichen und in den deutschen Kämpfen passiven Haltung des Königs beigetragen hatte, jetzt endlich, nachdem man dicht am Ziele zu sein geglaubt hatte, endgiltig scheiterte. Jene romantische Brautfahrt, welche der junge Prinz von Wales mit seinem Vertrauten Buckingham in strengstem Incognito nach Spanien unternommen hatte, um die Braut persönlich abzuholen, hatte ihren Endzweck nicht nur nicht erreicht, sondern zum endgiltigen Abbruch der Verhandlungen geführt. Der junge Prinz aber

En tibi, Rex; suprá, cum Pallade doctus Apollo,
In laudes meritò, Magne Iacobe, tuas:
Infrâ te posita est Pax alma et Copia rerum,
Quam felix populus, Magne Iacobe, tuus!

König Jacob I. von England.
Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian (1581—1662).

brachte von dieſer Fahrt zur nicht geringen Freude der Engländer ſtatt der ſpaniſchen Braut eine ſehr energiſche Abneigung gegen das Madrider Cabinet mit nach Hauſe, die dann alsbald auch auf die Politik ſeines Vaters, der nunmehr ſich aus der jahrelangen ſpaniſchen Umgarnung befreite und ſich ſeiner Pflichten gegen ſeinen unglücklichen Schwiegerſohn bewußt wurde, eingewirkt hat. Die veränderte Richtung der engliſchen Politik fand alsbald ihren Ausdruck darin, daß Jacob ſowohl an Mansfeld wie an Chriſtian von Braunſchweig nicht unerhebliche Subſidienzahlungen gelangen ließ, welche dieſen weitere Werbungen ermöglichten. Außerdem war die engliſche Regierung unter dieſen Umſtänden natürlich in hohem Maße geneigt, nunmehr ſtatt bei Spanien fortan bei Frankreich Anlehnung zu ſuchen. Henriette von Frankreich, Ludwigs XIII. Schweſter, wurde des Prinzen von Wales Gemahlin. Vor Allem aber trat der König nunmehr mit den Holländern, welche von jeher zur Unterſtützung ſeines Schwiegerſohnes, des vertriebenen Pfalzgrafen, geneigt geweſen waren, in Verbindung, um im Verein mit ihnen die Reſtitution des Letzteren in ſeine Erblande ins Werk zu ſetzen. Für dieſe Aufgabe galt es nun vor Allem, die ausführende Kraft zu gewinnen, da die Streitkräfte Mansfelds und Chriſtians von Braunſchweig ſelbſt im Verein mit denen Bethlen Gabors dazu nicht ausreichten. Zu dieſem Zwecke trat man zunächſt mit dem Könige Chriſtian IV. von Dänemark in Verhandlungen, der aber bei der erſten an ihn gelangenden Anregung eine ablehnende Antwort gab. Dagegen ging der junge Schwedenkönig Guſtav Adolf, der durch ſeine Erfolge im Innern ſeines Reiches wie nach Außen die allgemeine Aufmerkſamkeit auf ſich gezogen hatte, mit Feuereifer darauf ein, ſich an einer in größtem Stile unternommenen Bekämpfung der habsburgiſchen Uebermacht zu betheiligen und das alleinige Directorium in dieſem Kampfe zu übernehmen. Er entwarf einen umfaſſenden und großartigen Plan, wie das Unternehmen im Einzelnen zu geſtalten ſei. Allein gerade die Großartigkeit und die dadurch bedingte Höhe der finanziellen Opfer machten den engliſchen Hof ſtutzig. Als daher Chriſtian IV., der von den Verhandlungen mit Schweden Kenntniß erhalten hatte und in ſeiner Eiferſucht gegen dieſe Macht dem nordiſchen Nebenbuhler das Directorium nicht zugeſtehen wollte, nunmehr ſich zur Uebernahme des Oberbefehls, freilich in weit beſchränkterem Maße, bereit erklärte, entſchloß ſich England, in einem Augenblicke, in welchem Guſtav Adolf vor dem unmittelbaren Abſchluſſe der Verhandlungen zu ſtehen glaubte, doch dem Dänenkönige, der minder hohe finanzielle Anforderungen ſtellte, den Vorzug zu geben. Dieſer, ein Oheim der unglücklichen Böhmenkönigin, ſchien zur Ausführung des Unternehmens um ſo mehr geeignet zu ſein, weil er als Herzog von Holſtein zugleich Fürſt des Deutſchen Reiches war und ſchon wiederholt mit den niederſächſiſchen Ständen in Verbindung getreten war. Mit ihm, der ſich in ſeiner däniſchen Heimath unter ſehr ſchwierigen Verhältniſſen als ein ſehr einſichtiger Staatsmann und tüchtiger Organiſator erwieſen hatte, der zugleich ein energiſcher und unentwegter Anhänger des Proteſtantismus war,

König Karl I. von England.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Benoit Audran (1661—1721); Originalgemälde von Adriaan van der Werff (1659—1722).

traten daher England und Holland in nähere Verhandlungen, die namentlich nach dem Tode des schwachen und wankelmüthigen Königs Jacob († 27. März 1625) unter der Einwirkung seines Sohnes Karls I. einen gedeihlichen Fortgang nahmen und am 9. December 1625 zu einem Vertrage zwischen England, Holland und Dänemark führten, in welchem eine große Expedition auf dem Continent zur Bekämpfung des Kaisers und zur Wiederherstellung des Pfalzgrafen Friedrich in seine Erblande in Aussicht genommen wurde.

Frankreich betheiligte sich nicht unmittelbar an dem Vertrage, leistete aber unter der Hand ebenfalls Subsidienzahlungen.

Während dieser diplomatischen Verhandlungen, die den norddeutschen Protestanten kein Geheimniß geblieben waren, und unter dem Eindrucke derselben hatten sich nun endlich auch die Fürsten des niedersächsischen Kreises zu einem energischeren Vorgehen aufgerafft. Solange der eigene Schwiegervater des Pfalzgrafen dessen Vertreibung aus seinen Erblanden unthätig gegenübergestanden hatte, vermochten sich auch die deutschen protestantischen Fürsten, so sehr sie auch die ihnen durch die katholische Reaction drohende Gefahr erkannten, nicht zu offenem Kampfe gegen den Kaiser und die Liga zu entschließen. Je weiter aber jene Verhandlungen zwischen England und Holland gediehen, je mehr sie die Ueberzeugung befestigten, daß es dem Könige von England jetzt Ernst mit der seinem Schwiegersohne zu leistenden Hilfe sei, um so mehr war man auch in den Kreisen der niederdeutschen Protestanten geneigt, offenen Widerstand gegen das Vorgehen des Kaisers zu versuchen.

Noch bevor jener Vertrag vom 9. December endgiltig zu Stande kam, hatte der niedersächsische Kreis, schon im Einvernehmen mit Holland und England, ernstlich zu rüsten begonnen, zunächst um sich gegen weitere Bedrückungen des ligistischen Heeres zu vertheidigen. Nicht eigentlich ein förmlicher Kreistag, sondern eine Versammlung mehrerer niedersächsischer Fürsten zu Lauenburg hatte dann die Aufstellung eines förmlichen Bundesheeres beschlossen und den König von Dänemark als Herzog von Holstein „wegen seiner hochrühmlichen Tapferkeit, Dexterität und begabten Verstandes" zum Führer und Kreisobersten gewählt (3. April 1625).

An der Spitze eines tüchtigen und wohlgeschulten Heeres von 16000 Mann rückte Christian schon vor dem endgiltigen Abschluß des Vertrages mit England und Holland im Mai 1625 in den niedersächsischen Kreis ein. Unter Hinzurechnung der Heere Mansfelds und Christians von Braunschweig war er den ligistischen Truppen unter Tilly zum Mindesten gewachsen. Als nun in Folge dessen Maximilian von Bayern auf Anwerbung kaiserlicher Truppen oder vielmehr auf Verstärkung des ligistischen Heeres durch kaiserliche Hilfstruppen drang, gerieth der Kaiser in die größte Verlegenheit. Auf der einen Seite fehlte es ihm an Geldmitteln, ein eigenes Heer auszurüsten, auf der anderen Seite wollte er auch die Liga, die thatsächlich die

Führung des Kampfes ſo gut wie allein in die Hand genommen hatte, nicht noch mächtiger werden laſſen, da er ſich bereits in faſt völliger Abhängigkeit von deren ehrgeizigem Führer Maximilian befand.

Aus dieſer Noth befreite ihn ein einfacher böhmiſcher Edelmann: der Oberſt Albrecht von Wallenſtein.

Thaler Albrechts von Wallenſtein. Silber. Originalgröße. Berlin, Kgl. Münz-Cabinet.

Auf der Vorderſeite das Bruſtbild des Herzogs, unter demſelben eine Sonne, als Zeichen der Münzſtätte Gitſchin. Umſchrift: ALBERTVS · D · G · DVX FRIDLANDIAE. Im Felde der Rückſeite, mit dem Herzogshute bedeckt, ein Schild mit dem Friedländiſchen Adler, welcher auf der Bruſt das Wallenſteiniſche Wappen trägt. Umſchrift: SAC · ROM · IMPERII PRINCEPS · 1627.

Emporkommen Wallensteins.

Es gibt Erscheinungen in der Weltgeschichte, welche dem belebenden Lichte der Sonne vergleichbar ein ganzes Zeitalter erleuchten und erwärmen, deren Schöpfungen gleich denen des Weltenraums unvergänglich zu sein und das Leben der Menschheit in neue Bahnen zu lenken scheinen. Solche Erscheinungen bewundern wir vor Allem in dem Stifter der christlichen Religion, dann in Männern wie Luther, Newton, Kepler, Karl dem Großen, Friedrich dem Großen und in unseren Tagen einem Fürsten von Bismarck. Neben ihnen aber zeitigt das vielgestaltige und proteusartige Leben der Völker andere Gestalten, welche meteorartig plötzlich aus dem Nichts entstehen, die Welt mit ihrem übernatürlichen und doch nicht wohlthätigen Glanze erfüllen, um dann ebenso schnell wieder in dem Nichts zu verschwinden, aus dem sie hervorgegangen. Es sind Persönlichkeiten wie Attila und Napoleon I., an die wir denken.

Wallenstein nimmt zwischen ihnen gleichsam die Mitte ein, auch er tauchte aus dem Dunkel der Unbedeutendheit plötzlich hervor und wurde bald, glänzend in seiner Erscheinung, bedeutend in seinen Schöpfungen, ein Gegenstand allgemeiner Bewunderung auf der einen, allgemeinen Schreckens auf der anderen Seite; auch ihm ist es begegnet, daß er von der schwindelerregenden Höhe, welche er erstiegen, jäh herabstürzte in den Abgrund, der sich unsichtbar und unbemerkt vor ihm eröffnet hatte. Ist diese Katastrophe von ihm selbst verschuldet gewesen? Ist er, dem Meteor ähnlich, an seinem eigenen verzehrenden Glanze zu Grunde gegangen? Das sind Fragen, welche schon die Zeitgenossen in dem Augenblicke, da die unerwartete Katastrophe eintrat, auf das Lebhafteste bewegten und die dann von der historischen Forschung immer und immer wieder mit erneutem Eifer und unter sorgfältigster Prüfung aller gleichzeitigen Zeugnisse aufgeworfen wurden, ohne daß es doch lange Zeit recht gelingen wollte, eine definitive Antwort zu finden, bis dann in unseren Tagen der Altmeister der deutschen Geschichtschreibung, Leopold von Ranke, der Nachwelt mit genialer Klarheit und vollem Nachdruck zum Bewußtsein brachte, daß es bei der Lösung dieses historischen Problems nicht so sehr auf die Frage ankomme, ob Wallenstein nach den Gesetzen der Moral und des Rechtes „schuldig" gewesen sei, daß es vielmehr Aufgabe der Geschichtschreibung sein müsse, die eigenthümliche Combination historischer und politischer Thatsachen und Beziehungen klar zu

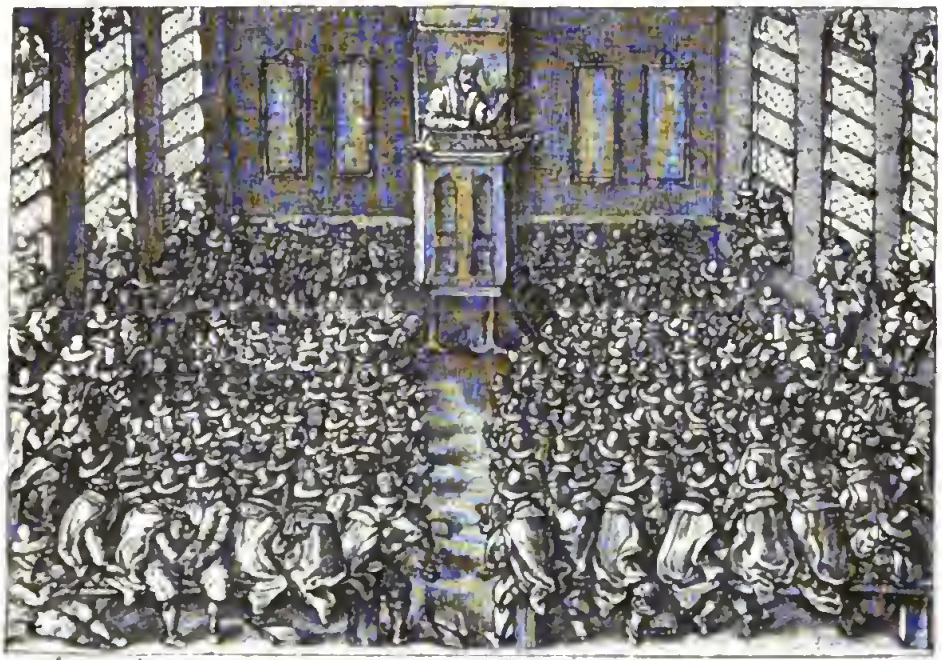
legen, denen der wunderbare Mann erlegen iſt. Gewiß haben namentlich die neueſten archivaliſchen Entdeckungen, die wir dem Stockholmer Archive verdanken, über allen Zweifel klar geſtellt, daß die Verhandlungen Wallenſteins mit Schweden mit ſeiner Eigenſchaft als Feldherr des Kaiſers in keinem Falle in Einklang zu bringen und in gewiſſem Sinne als hochverrätheriſch zu bezeichnen ſind. Aber wenn man das ganze Verhalten Wallenſteins vom Anfange ſeiner Laufbahn an auch nur begreifen will, ſo muß man ſich ſtets gegenwärtig halten, daß er eben nicht nur Feldherr war und ſich in Folge der außerordentlichen Art, wie er zu ſeiner Stellung gelangte, niemals nur als dem Kaiſer untergebenem Feldherrn gefühlt hat, daß er vielmehr von vornherein den Ehrgeiz hatte, unbeſchadet ſeiner Feldherrneigenſchaft eine ſelbſtändige politiſche Rolle als deutſcher Landesfürſt zu ſpielen, wobei er dann freilich nicht ausreichend in Betracht zog, daß er dieſe Stellung eines Landesfürſten ausſchließlich der Verleihung und Gnade ſeines Kaiſers zu verdanken hatte. Das ſtolze Bewußtſein, daß er allein es war, der dem Kaiſer in einer überaus ſchwierigen Lage zu einer herrſchenden Stellung neben und über dem deutſchen Fürſtenthum verhalf, in Verbindung mit den ganz außergewöhnlichen, mit ſeiner Stellung als Unterthan des Kaiſers kaum zu vereinbarenden Vollmachten, die er in Folge deſſen von ſeinem kaiſerlichen Herrn erhielt, mußte über kurz oder lang zu einem inneren Conflicte führen, dem der ehrgeizige und ſelbſtſüchtige Mann nicht gewachſen war. Wir werden ſehen, daß dieſe Vollmachten, welche ihm auch auf politiſchem Gebiete ertheilt wurden, ſo allumfaſſende waren, daß die Grenze, bis an welche ihm dieſe zu gehen geſtatteten und an welcher er ſie überſchritt, nur ſehr ſchwer zu ziehen iſt. Vor Allem aber darf bei der geſammten Beurtheilung des überaus merkwürdigen Mannes niemals vergeſſen werden, daß die Kühnheit ſeiner politiſchen Entwürfe, die er mit dem geheimnißvollen myſtiſchen Schleier des Unerklärbaren zu umgeben liebte, noch weit größer war als ſeine eigentlich militäriſch-ſtrategiſche Begabung. Auch auf militäriſchem Gebiete aber war er größer als Organiſator wie als Meiſter der Feldſchlacht. Die Art, wie er aus den verſchiedenartigſten und zum Theil nicht eben lauterſten Elementen ein einheitliches und von feſtem Corpsgeiſt erfülltes Heer zu bilden, wie er dieſes Heer mit rückſichtsloſer Energie und doch mit vorſichtiger Schonung der erhaltenden Kräfte des Landes zu verpflegen verſtand, iſt ebenſo ſtaunenswerth, wie die Umſicht und Sorgfalt, mit der er die Verwaltung und Organiſation ſeiner ausgedehnten Ländergebiete regelte und für ſeine politiſchen Zwecke nutzbar machte. Während er in der hochfliegenden und oft alles Maß überſteigenden Kühnheit und Verwegenheit, in der unvermittelten und ſprunghaften Entwickelung ſeiner umfaſſenden politiſchen Entwürfe und Pläne bei aller Genialität doch die Art des rückſichtsloſen Emporkömmlings nicht verleugnet, iſt er als Organiſator und Verwalter ein Meiſter allererſten Ranges von einer Sicherheit und Schärfe des Blicks, von einer auf das Größte wie auf das Kleinſte gerichteten Umſicht, die Jeden, der dieſer Seite ſeiner Thätigkeit

im Einzelnen nachgeht, immer von Neuem mit Bewunderung erfüllen muß. Trotz alles Glanzes, den er, wo es ihm darauf ankam, in königlicher Weise zu entfalten verstand, war er ein ausgezeichneter Haushalter. Die Summen, welche er in sparsamer Verwaltung gesammelt hatte, wußte er dann, wenn er am Hofe erschien, in scheinbar zweckloser Verschwendung doch sehr wohl zu verwerthen. Alles mußte den wohldurchdachten Zwecken dienen, die ihm sein unermeßlicher Ehrgeiz vorzeichnete. Dieser Ehrgeiz war es, der ihn zu Großem befähigte, er war es aber auch, der ihn alles überlieferte Herkommen, alle geschichtlichen Mächte verachten und ihn dadurch in seinem Kampfe gegen das „ewig Gestrige" zu Grunde gehen ließ. Immer aber wird es ein im höchsten Maße anziehender Gegenstand historischer Betrachtung sein und bleiben, den eigenthümlichen Lebenswegen des außerordentlichen Mannes in ihren Einzelheiten nachzugehen, zu sehen, wie er zu dem geworden, was er war, welches die Ideen und Pläne waren, die er auf dem Zenith seiner Macht verfolgte, welches die Mächte und Kräfte, denen er erlag. Wenn irgend eine Erscheinung der Weltgeschichte, so ist er nur durch ein liebevolles Versenken in die Eigenart seines Seins und Denkens und durch eine klare Erkenntniß der umgebenden Weltkräfte, von denen er beeinflußt wurde und auf die er seinerseits Einfluß zu gewinnen suchte, wirklich und voll zu verstehen. Wer in ihm nichts Anderes als einen General des Kaisers sieht, der wird ihn allerdings aufs Schärfste verurtheilen müssen, aber er wird ihm nie völlig gerecht werden, sein ganzes Thun und Denken nie verstehen lernen. Suchen wir uns nun zu vergegenwärtigen, wie dieser Mann unscheinbarer Herkunft zu jener Stellung emporstieg, in welcher er Jahre lang als eines der bestimmenden Elemente der europäischen Politik betrachtet werden konnte.

Albrecht Wenzel Eusebius von Wallenstein (eigentlich Waldstein) gehörte nicht zu der hohen böhmischen Aristokratie, sondern entstammte dem Kreise einfacher Edelleute. Seine Familie war in mehrere Linien gespalten, deren Mehrzahl, wie das in Böhmen natürlich war, einem der protestantischen Bekenntnisse angehörte. Seine Eltern hielten sich zur Brüderunität. Auf der Burg Hermanic im Kreise Königingrätz am 24. September 1583 geboren, wurde er zunächst von seinen Eltern in streng protestantischen Traditionen erzogen. Aber diese starben ihm, ehe er zwölf Jahre alt war. Seine weitere Erziehung übernahm zunächst sein ebenfalls protestantisch gesinnter Oheim Heinrich Slawata von Chlum und Koschumberg. Als ihm aber auch dieser nach kurzer Zeit entrissen wurde, kam er unter die Vormundschaft eines zweiten, streng katholischen Oheims, Kawka von Riczans; dieser übergab ihn dem Jesuitencolleg in Olmütz, in welchem er trotz anfänglicher unbändiger Wildheit so tiefe Eindrücke empfing, daß er zum Katholicismus übertrat. Doch ist er weder damals noch später je ein Eiferer für den neugewählten Glauben geworden, vielmehr auf religiösem Gebiete, zum Theil in Folge einer gewissen Gleichgiltigkeit gegenüber den spitzfindigen dogmatischen Fragen, immer zu einer weitgehenden Duldung geneigt gewesen. Immerhin

iſt ſein Uebertritt für ſein ſpäteres Leben von entſcheidender Bedeutung geworden, da ihm ſein katholiſches Bekenntniß von vornherein ſeine Stellung an der Seite des Kaiſers anwies, während faſt alle übrigen Mitglieder ſeiner Familie ſich zu den proteſtantiſchen Aufſtändiſchen hielten.

Aber in ſeinem perſönlichen Leben ließ er ſich ſonſt durch die Rückſicht auf ſeinen katholiſchen Glauben wenig beeinfluſſen. Derſelbe hielt ihn nicht ab, ſeine weitere Ausbildung auf der proteſtantiſchen Univerſität in Altorf



Ein deutſches Univerſitäts-Auditorium im Anfange des 17. Jahrhunderts.
Originalgroßes Facſimile des Kupferſtiches von Crispin de Paſſe (1560 bis nach 1629) in: „Academia sive speculum vitae scholasticae. 1612.

zu ſuchen. Später ging er dann noch nach Padua, wo er ſich u. A. auch mit aſtrologiſchen Studien beſchäftigte, denen er bekanntlich auch ſpäter mit Eifer ſich hingab. Die aſtrologiſchen Träumereien, die ſelbſt ein Kepler theilte, haben in ſeinem ferneren Leben eine hervorragende Rolle geſpielt. Viele ſeiner Handlungen ſind durch die Rathſchläge der Aſtrologen beſtimmend beeinflußt worden. Er ſelbſt bekennt, welchen tiefen Eindruck es auf ihn machte, als Kepler, von dem er ſich im Jahre 1609 das Horoſkop ſtellen ließ, prophezeite, „er ſei zu hohen Dingen berufen; unter der Conjunctur des Jupiter und Saturnus geboren, habe er ein unruhiges Gemüth, trachte nach Neuerungen durch außergewöhnliche Mittel. Viele und große Feinde werde er ſich zuziehen, aber ihnen meiſtens obſiegen.“ Dieſe Horoſkopſtellung war

einer der hauptsächlichsten Gründe, aus denen Wallenstein so fest an seinen Stern glaubte und so furchtlos und unerschrocken seine verwegenen Entwürfe verfolgte. Es ist das eine jener dunkeln, geheimnißvollen und mystischen Neigungen und Eigenschaften, die in ihm mit seiner im Allgemeinen nüchternen und kalt berechnenden Natur auch sonst in höchst eigenthümlicher Weise vermischt sind.

Nachdem er nach vollendeten Studien in seine Heimath zurückgekehrt war, vermählte er sich mit einer schon alternden, aber sehr begüterten Wittwe, Lucrezia Nekyssowa von Landeck, und gelangte, als diese nach kurzer Zeit starb, in den Besitz sehr beträchtlicher Geldmittel und einigen Landbesitzes in Mähren. Er benutzte diese Mittel bald, um dem habsburgischen Hause in dem Kriege gegen die Ungarn und später im venetianischen Kriege (1617) wichtige Dienste zu leisten. Schon damals hat er aus eigenen Mitteln ein ganzes Regiment angeworben und dem jungen Erzherzoge Ferdinand, dem späteren Kaiser, zur Verfügung gestellt. Mit demselben hat er sich namentlich bei der Belagerung von Gradisca hervorragend ausgezeichnet. Dann kamen die böhmisch-mährischen Unruhen, in denen er sich ohne Besinnen sofort auf die Seite des Kaisers stellte und in unentwegter Treue fest zu ihm hielt. Wir erwähnten, wie er erst in Mähren inmitten des allgemeinen Abfalls dem Kaiser sehr wesentliche Dienste leistete und wie er sich auch später in dem böhmisch-ungarischen Kriege wiederholt, z. B. in dem Siege über Mansfeld bei Netolitz (10. Juni 1619), rühmlich hervorthat. Er hatte dabei nicht gezögert, eigene erhebliche pecuniäre Opfer zu bringen. Dann aber nahte für ihn die Zeit der Ernte. Als nach der Niederwerfung des böhmischen Aufstandes jene massenhaften Güterconfiscationen erfolgten, die wir früher schilderten, bot sich für Jedermann, der erhebliche Geldmittel zur Verfügung hatte, bei den zu Schleuderpreisen erfolgenden Güterverkäufen eine unvergleichliche Gelegenheit, großen Landbesitz zu erwerben. Wallenstein hat diese Gelegenheit in rücksichtsloser Weise ausgebeutet und nicht weniger als sechzig Landbesitzungen, darunter die Herrschaften Friedland und Reichenberg, insgesammt für $7^1/_2$ Millionen Gulden, an sich gebracht, zum Theil auch dadurch, daß er dem stets um Geld verlegenen Kaiser erhebliche Darlehen bewilligte und sich dafür große böhmische Herrschaften pfandweise verschreiben ließ. Nach dem frühen Tode seiner ersten Frau vermählte er sich dann mit der Tochter des kaiserlichen Günstlings, Grafen Karl von Harrach, und stieg durch diese einflußreiche Verbindung immer höher empor. Er wurde Oberst zweier Regimenter, wurde zum Herzog von Friedland und am 7. September 1623 in den Reichsfürstenstand erhoben.

Dieser ehrgeizige und organisatorisch hochbedeutende Mann war es nun, der in dem Augenblicke, da durch das Eingreifen des Königs Christian IV. von Dänemark der Krieg aufs Neue größere Dimensionen annahm, der Kaiser aber eines eigenen, und ihm zur Verfügung stehenden Heeres dringend bedurfte, diesem seine Dienste für die Anwerbung eines solchen anbot. Die

Albrecht von Wallenſtein.

Nach dem Gemälde von Anthonie van Dyck (1599—1641). (München, Königl. Pinakothek.)

Digitized by Google

Erzählung, daß er auf die Anfrage, ob er ſich 20000 Mann zu werben und zu erhalten getraue, geantwortet habe, nicht 20000, wohl aber 50000, iſt nicht verbürgt, ſondern wohl eine ſpätere, aus ſeinem thatſächlichen Verhalten abſtrahirte Ueberlieferung. Genug, er verſprach, aus eigenen Mitteln ein Heer von 20000 Mann anzuwerben, das nur dem Kaiſer zur Verfügung ſtehen, im Uebrigen aber ſeinem alleinigen Oberbefehl unterſtellt werden ſollte. Zu dieſem Zwecke erhielt er vom Kaiſer, der anfangs zweifelte, ob er auf das immerhin nicht unbedenkliche und eine gefährliche Neuerung in ſich ſchließende Anerbieten eingehen ſollte, aber endlich doch durch die Macht der Umſtände gezwungen wurde es anzunehmen, am 7. April 1625 das Patent zur Werbung und wurde zum „Capo über alles Ihro Volk, ſo dieſer Zeit im heiligen römiſchen Reich und Niederland vorhanden, oder noch dahinwärts geſchickt und abgeordnet werden möchte“, ernannt. Noch erſchien es Vielen, ſelbſt in der Umgebung des Kaiſers, zweifelhaft, ob es Wallenſtein möglich ſein werde, ſein Verſprechen zu halten. Aber zu ſehr hatten die bisherigen Kriegsjahre mit ihren mannigfachen Wechſelfällen dafür geſorgt, daß an unbeſchäftigten und nach reichem Solde lüſternen Landsknechten und ſolchen, die es werden wollten, kein Mangel war, zumal Wallenſtein von vornherein in der Auswahl nicht allzu ſcrupulös war, vor Allem aber keinen Unterſchied unter den Nationalitäten und Conſeſſionen machte. Zum nicht geringen Schrecken der ſtreng katholiſchen Fürſten der Liga, die in der Wiederaufrichtung des Katholicismus den Endzweck des ganzen Krieges ſahen, verlieh Wallenſtein ſogar zahlreiche Oberſtenſtellen an Proteſtanten. Er war weit entfernt, ſeine militäriſche Aufgabe in erſter Linie als eine kirchlich-religiöſe zu faſſen und in der Weiſe, wie etwa Tilly es that, auf die Reſtauration des Katholicismus in proteſtantiſchen Gebieten hinzuarbeiten. Worauf es ihm von vornherein ankam, das war, der kaiſerlichen Autorität im Reiche gegenüber dem Fürſtenthum, proteſtantiſchem wie katholiſchem, zu einer feſten militäriſchen Stütze zu verhelfen. In dieſem Streben aber begegnete er ſich mit dem ſonſt ſtreng katholiſchen Kaiſer, dem ſein Anerbieten ja gerade darum ſo willkommen geweſen war, weil er die Abhängigkeit von der Uebermacht der katholiſchen Liga ſo drückend empfunden hatte. So ließ er dem Kriegsmanne, der ihn aus dieſer Abhängigkeit befreien wollte, freie Hand. Unter den Landsknechten aber, die ſich anwerben ließen, war ſchon längſt jedes Bewußtſein nationaler oder religiöſer Zuſammengehörigkeit verſchwunden und die Rückſicht auf den zu erhoffenden Gewinn die Hauptſache geworden. Wer am beſten zahlte, dem liefen ſie in Schaaren zu. Wie die Mansfeldſchen Truppen dereinſt aus den Dienſten des Erzherzogs Leopold ſcrupellos in die der Union übergetreten waren und ſpäter wieder ſich bereit zeigten, mit ihrem Führer zu den Kaiſerlichen überzugehen, ſo war es unter den Landsknechten überhaupt Herkommen, der Fahne zu folgen, welche den größten Sold und die reichſte Beute verhieß. Nur wenige Elitetruppen in den beiderſeitigen Heeren waren es, welche mit voller Ueberzeugung der Sache dienten, für die ſie ſtritten. Zu den

eigentlichen Landsknechten aber geſellten ſich die zahlloſen durch den Krieg vernichteten Exiſtenzen, die nichts mehr zu verlieren hatten und aus einer Art von Verzweiflung dem Rufe der Werbetrommel um ſo lieber folgten, wenn er durch ſo reiche Geldmittel unterſtützt wurde, wie ſie Wallenſtein zu Gebote ſtanden. So gelang es dieſem wirklich, in kurzer Zeit ein Heer von der verſprochenen Zahl zuſammenzubringen. Im Mai begannen die Werbungen und ſchon im nächſten Monate war eine anſehnliche Truppenzahl vorhanden. Der Kaiſer kargte nicht mit Anerkennungen für den kühnen Condottiere, der ihm in der Noth beigeſprungen war. Am 13. Juni wurde ihm der Herzogtitel verliehen, am 27. Juni erhielt er eine eingehende Inſtruction, welche, da ſein am 25. Juli ausgeſtelltes Patent nicht mehr vorhanden iſt, die Hauptquelle für die Kenntniß der ihm ertheilten Vollmachten bildet. Danach wurde ihm in militäriſcher wie politiſcher Beziehung eine weitgehende Machtfülle eingeräumt. Auf militäriſchem Gebiete legte ihm der Kaiſer vor Allem Aufrechthaltung einer ſtrengen Disciplin ans Herz, die freilich bei einem ſo bunt zuſammengewürfelten Haufen von vornherein große Schwierigkeiten hatte. Es wurde ihm befohlen, außer der gewöhnlichen Verpflegung für den Soldaten der Bevölkerung der Länder, in die ſich ſeine Unternehmungen erſtrecken würden, keine übermäßigen Laſten aufzuerlegen. Die Behandlung der Kriegsgefangenen und deren Entlaſſung gegen Löſegeld wird ihm anheimgegeben mit Ausnahme der vornehmſten Befehlshaber, Standesherren u. ſ. w., die er nicht ohne beſondere kaiſerliche Erlaubniß freigeben darf. Von der Beute ſoll Geſchütz und Munition dem Kaiſer gehören, die Hälfte der übrigen Beute zur Bezahlung der Soldaten verwendet werden, die andere Hälfte dieſen und den Befehlshabern über ihre Beſoldung hinaus verbleiben. Brandſchatzungen ohne beſonderen Specialbefehl werden ihm verboten, dagegen die Erhebung von Contributionen „zur Erhaltung der Soldatesca“ in der Weiſe, daß dieſelben auf die Beſoldung angerechnet werden, geſtattet. Dieſe Erlaubniß war im Grunde ſelbſtverſtändlich, da dem Kaiſer Geldmittel zur regelmäßigen Beſoldung einer ſo großen Armee nicht zur Verfügung ſtanden. Sehr wichtig für den Fortgang der militäriſchen Operationen war es dann vor Allem, daß zwiſchen dem oberſten Leiter der kaiſerlichen und dem der ligiſtiſchen Armee volles Einverſtändniß herrſche. Dem entſprechend ward Wallenſtein in der Inſtruction ausdrücklich angewieſen, ſich mit Tilly in Verbindung zu ſetzen, mit welchem er „guten Raths gebrauchen und ſich demſelben in Allem, was er gemeinnützlich befinden wird, accommodiren“ ſoll. Die Muſterplätze ſollen, um übermäßige Belaſtungen der davon betroffenen Länder zu verhüten, nicht über fünfzehn Tage offen gehalten und dabei gute Disciplin gehalten werden. Für die Heeresverwaltung wird ihm Johann Aldringer als Quartiercommiſſarius beigegeben.

Aber mit dieſen auf die Führung und Verwaltung des Heerweſens bezüglichen Beſtimmungen war der Inhalt jener Inſtruction noch nicht erſchöpft. Vielmehr wurden dem Feldherrn auch wichtige politiſche Befugniſſe

Quartiercommissarius Johann Aldringer.

Facsimile des gleichzeitigen Kupferstiches von Godf. Muller.

Digitized by Google

eingeräumt, auf die er großen Werth legte, die aber doch für sein Unterthanenverhältniß zum Kaiser von vornherein schwerwiegende Bedenken und Gefahren in sich schlossen, obgleich er bei deren Handhabung auf den Rath und das Gutachten des ihm beigegebenen Reichshofraths Johann Freiherrn von Beck ausdrücklich hingewiesen wurde. Unter diesen politischen Befugnissen, in denen der Keim zu späteren Conflicten verborgen lag, steht obenan das Recht der Verhandlung mit den Landesherren, deren Gebiete er bei seinen strategischen Operationen berührt. Es entspricht durchaus seinen eigenen Intentionen, die überhaupt bei der Abfassung der Instruction sehr ins Gewicht fielen, wenn ihm empfohlen wird, in Norddeutschland, wohin er zunächst entsandt wird, stets zu versuchen, „durch sanfte politische Mittel und Tractamente" die Gemüther zu gewinnen, die Waffen aber nur gegen halsstarrige Feinde zu gebrauchen, wenn er weiter namentlich angewiesen wird, den protestantischen Fürsten „den praetextum der Religion, welches Unsere Feind bishero am allermeisten zu Bedeckung ihrer rebellischen Anschläg und Interessen sich meisterlich gebraucht, so viel möglich zu benehmen" und den kaiserlichen Patenten gemäß, die er darüber besonders erhalten hat, denjenigen, die dem Kaiser gehorsam sein wollen, in seinem Namen zuzusagen und zu versprechen „in ihrer Religion und Ceremonien der Augsburgischen Confession keinen Eintrag zu thun, auch ihrer innehabenden Stifter halber" ihnen ihre Besorgnisse zu nehmen. Wir werden in diesen politischen Bestimmungen, die dem Verfahren, welches der Kaiser in seinen Erblanden eingeschlagen und auch im Reiche einzuschlagen versucht hatte, zum Theil direct entgegengesetzt waren, bereits ein Eingehen Ferdinands auf das später immer klarer hervortretende politische Programm Wallensteins zu erkennen haben. War der Kaiser entschlossen, diese Zusagen zu halten, so verzichtete er damit darauf, die Maßnahmen extrem religiöser Reaction, welche er in seinen Erblanden durchgeführt hatte, auch im Reiche in Anwendung zu bringen; er stellte sich dann gleichsam als Oberhaupt über die Parteien und suchte alle Fürsten, katholische wie protestantische, unter die Oberhoheit der kaiserlichen Gewalt zurückzubringen. Je größere Fortschritte Wallenstein auf militärischem Gebiete machte, um so klarer treten die Grundzüge dieses einfachen politischen Programms zu Tage, das die Billigung Ferdinands II. fand. Dadurch wird es aber auch erklärlich, daß die Fürsten der Liga, daß überhaupt alle eifrig particularistisch-territorial gesinnten Kräfte in Deutschland dieser Politik, die noch dazu von Wallenstein mit rücksichtslosen Mitteln der Gewalt und Willkür zur Geltung gebracht wurde, von vornherein feindlich gegenüber standen. Es mußte zweifelhaft erscheinen, ob ein einträchtiges Zusammenwirken unter diesen Umständen möglich sein werde, zumal die beiden Heerführer Wallenstein und Tilly die denkbar verschiedensten waren, der eine mehr Politiker als Feldherr, immer von kühnen und abenteuerlichen Plänen von umfassendster Aussicht erfüllt, gleichgiltig gegen die confessionellen Unterschiede, fast völlig indifferent auf religiösem Gebiete, prachtliebend und großartig in seiner ganzen Erscheinung, der andere ein gegen

ſich und andere ſtrenger Soldat von einfachſter Lebensweiſe, ſtrenger und glaubenseifriger Katholik, erfüllt von den Ideen der katholiſchen Reſtauration, aller eigenen politiſchen Ideen baar, geiſtig beſchränkt, aber ein unerſchrockener und umſichtiger Feldherr, durch und durch Soldat und nichts Anderes, gewöhnt, Gehorſam zu leiſten und von ſeinen Untergebenen zu verlangen. Ein Nebeneinander dieſer beiden faſt antagoniſtiſch gearteten Naturen war in der That ſchwer auszudenken. Und doch ſchien gerade auf ihrem Zuſammenwirken die Möglichkeit eines militäriſch-ſtrategiſchen Erfolges zu beruhen.

Aus dem Studentenleben im Anfang des 17. Jahrhunderts.

Originalgroßes Facſimile eines anonymen Kupferſtiches in: Pugillus Facetiarum Iconographicarū in Studiosorum puttſaimum grattam ex pruprijs eorundem Albis desumptarum. Um 1600.

Die Feldzüge von 1626 und 1627.
Wallenstein und Tilly gegen Christian IV. und Mansfeld.

Als in den Jahren 1623 bis 1625 jene große europäische Combination zwischen England, Holland und Dänemark, in gewissem Sinne auch Frankreich gegen das Haus Habsburg sich anbahnte und der wackere und umsichtige Dänenkönig Christian IV. sich entschloß, an die Spitze des von derselben aufzustellenden Heeres zu treten, da rechnete man u. A. auch auf eine Mitwirkung jenes unruhigen, wenig zuverlässigen, aber in letzter Stunde immer zum Kampfe gegen Oesterreich geneigten Fürsten von Siebenbürgen, der schon so oft der Sache der Protestanten im Reiche durch seine Mitwirkung in den östlichen Grenzgebieten erfolgreiche Unterstützung geleistet hatte. In der That hatte derselbe kurz nach dem Nikolsburger Frieden in Folge von Streitigkeiten, die über dessen Ausführung ausgebrochen waren, im Jahre 1623 schon wieder zu den Waffen gegriffen und der unter dem Grafen von Schwarzenberg ihm gegenüberstehenden kaiserlichen Armee empfindliche Verluste beigebracht. Als aber inzwischen der Widerstand gegen den Kaiser in Norddeutschland durch Tilly unterdrückt worden war, hatte Bethlen Gabor alsbald wieder einen Waffenstillstand geschlossen, dem am 8. Mai 1624 ein neuer Friede auf der Grundlage des Nikolsburgers gefolgt war. Gleichwohl glaubten die Haager Verbündeten nach wie vor auf den unruhigen Siebenbürger rechnen zu dürfen, da er ihnen gegenüber von vornherein kein Hehl daraus machte, daß er bei nächster Gelegenheit wieder loszuschlagen beabsichtige, um noch günstigere Bedingungen und eine größere Ausdehnung seines auf den Grenzgebieten orientalischer und occidentalischer Cultur gelegenen Landes zu erlangen. In dem Augenblicke aber, da Christian IV. mit seinem dänischen Heere in den niedersächsischen Kreis einrückte (Mai 1625), war zunächst auf Bethlens Mitwirkung nicht zu rechnen. Von den anderen treuen Anhängern des Pfalzgrafen Friedrich war der eine, der Markgraf von Jägerndorf, der noch zuletzt treu an der Seite Bethlens ausgeharrt hatte, am 2. März 1624 gestorben, zwei andere aber, der Fürst Christian von Anhalt, recht eigentlich der Urheber der böhmischen Politik Friedrichs, und der Graf von Hohenlohe, einer der Anführer der böhmischen Truppen, hatten sich jetzt förmlich von der Sache des Pfalzgrafen losgesagt und durch Demüthigung und Abbitte vor dem Kaiser dessen Verzeihung und die Aufhebung der Acht erlangt. Die niedersächsischen Kreisstände aber, welche Christian IV. zu ihrem Kreisobersten

gewählt und herbeigerufen hatten, unterſtützten ihn jetzt keineswegs in der nachdrücklichen Weiſe, die er erwarten zu können glaubte. Ueberall herrſchte bei den durch die Erfolge der ligiſtiſchen Waffen erſchreckten Ständen Verwirrung und Zerfahrenheit. Trotzdem man die dem Proteſtantismus von dem wachſenden Uebergewicht der Liga drohende Gefahr klar erkannte, trat man doch noch immer nicht mit vollem Nachdruck für ſeine Sache ein, ſondern meinte durch ſchwächliche Neutralität dem drohenden Verderben entgehen zu können. So ſtand es in Kurſachſen, ſo auch in Kurbrandenburg, wo der ſchwache Kurfürſt Georg Wilhelm durch ſeinen katholiſchen Miniſter, den Grafen Schwarzenberg, von einer irgendwie lebhafteren Theilnahme an der proteſtantiſchen Sache abgehalten wurde. Der däniſche König erlebte gleich am Anfang ſeiner kriegeriſchen Wirkſamkeit nichts als Enttäuſchungen. Die Hanſeſtädte ſchloſſen ihm ihre Thore, thatkräftige Mitwirkung fand er faſt nirgendwo. Im Weſentlichen blieb er auf die Kräfte Mansfelds und Chriſtians von Halberſtadt, die Beide durch die engliſch-holländiſchen Subſidien in den Stand geſetzt worden waren, ihre Truppen zu ergänzen, angewieſen.

Zunächſt aber ſchien es zu offenem Kriege noch gar nicht kommen zu ſollen. Wir haben geſehen, daß die Rüſtungen des niederſächſiſchen Kreiſes formell mit Zuſtimmung des Kaiſers erfolgt waren, angeblich um die Neutralität des Kreiſes aufrecht zu erhalten. Die Aufſtellung dieſes Heeres ſchloß alſo an und für ſich noch nicht die Nothwendigkeit eines Kampfes zwiſchen dieſem und dem ligiſtiſchen Heere in ſich, der vielmehr zunächſt von beiden Theilen gefliſſentlich vermieden wurde. Chriſtian IV. hielt ſich am rechten Weſerufer innerhalb der Grenzen des niederſächſiſchen Kreiſes, während Tilly am linken Weſerufer ſtehen blieb, dort aber bald in Verpflegungsſchwierigkeiten gerieth, ſo daß er eine Klärung der an ſich unhaltbaren Lage und die Erlaubniß zum Angriff gegen das niederſächſiſche Kriegsheer zu wünſchen begann. Er wandte ſich daher an den Kaiſer, um dieſe Erlaubniß zu erhalten, erhielt ſie aber zunächſt nicht, da Ferdinand noch hoffte, den Frieden mit dem niederſächſiſchen Kreiſe erhalten zu können. Der Wiener Hof ſchien in jenen Tagen, durch die Schwierigkeiten, welche die Uebertragung der Kur an Maximilian hervorgerufen hatte, erſchreckt, immer mehr einer planloſen Unentſchloſſenheit zu verfallen. Vergeblich drang Maximilian von Bayern, der an der Durchführung des einmal begonnenen Unternehmens am unmittelbarſten intereſſirt war, auf Beſchleunigung der Rüſtungen und auf die Ertheilung der von Tilly erbetenen Erlaubniß zum Angriff, ohne daß er auf den Zuzug des in der Bildung begriffenen Wallenſteinſchen Heeres warten müſſe. Als Ferdinand noch immer zögerte, entſchloß ſich Maximilian, den entſcheidenden Schritt aus eigener Machtvollkommenheit zu thun: er ertheilte Tilly den Befehl, in den niederſächſiſchen Kreis einzurücken. Die Ausführung dieſes Befehls (Ende Juli 1625) wurde mit Recht von Chriſtian IV. als Kriegsfall betrachtet. Der Kaiſer, der wohl Urſache gehabt hätte, Maximilian wegen ſeiner Eigenmächtigkeit zu zürnen, ſchien ſchließlich doch froh zu ſein, der bisherigen

Deutſche Rüſtung aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges.
(Muſeum Czarskoe-Selo.)

Unentſchiedenheit der Lage zu entrinnen, und belobte den Herzog ſogar wegen ſeines mannhaften Entſchluſſes.

Inzwiſchen war nun Wallenſtein das Unglaubliche gelungen: in wenigen Monaten hatte er ein Heer von 30 000 Mann zuſammengebracht, dem es freilich in vieler Hinſicht noch an der einheitlichen Ausbildung und Disciplin gebrach, das er aber in bewundernswerther Weiſe ſehr ſchnell zu einer wirklichen Einheit zu geſtalten verſtand. Nachdem er ſeine Truppen in Eger zuſammengezogen hatte, ſetzte er ſich gegen Niederdeutſchland in Bewegung, und zwar beſchloß er, ſeinen Weg, unbekümmert darum, ob er durch freundliches oder feindliches Gebiet gehe, durch Franken und Heſſen zu nehmen. In einem eingehenden Schreiben vom 24. Auguſt kündigte er dem Landgrafen Moritz von Heſſen den bevorſtehenden Durchzug an. Gleich hier wie ſpäter immer verlangte er Verpflegung der Truppen durch die Einwohner des Landes, durch das er zog, und wußte mit rückſichtsloſer Energie und Umſicht dafür zu ſorgen, daß es ſeinem Heere nie an den

nothwendigen Bedürfnissen fehlte. Nachdem er bis Göttingen vorgerückt war, traf er am 12. October mit Tilly, der in Hameln lagerte, in der Nähe von Koppenburg zusammen und verglich sich mit ihm über die weitere Richtung seines Zuges. Am 16. October schickte er den Grafen Schlick mit 10 000 Mann gegen Halberstadt vor, um die Hilfsquellen dieses reichen Stiftes, dessen Administrator in den Reihen der Gegner focht, auszubeuten, da der unmittelbare Kriegsschauplatz nicht die nöthigen Contributionen in Aussicht stellte. Dann besetzte er außerdem auch das Stift Magdeburg und schlug zunächst hier dauernd seine Quartiere auf. Das Land mußte nicht allein seine Truppen mit Proviant und allen Lebensmitteln versehen, sondern auch starke Contributionen zahlen, die schonungslos eingetrieben wurden und den Bewohnern fast unerträgliche Lasten auferlegten. Aber das war nun einmal die Lage der Dinge. Ein von der Gesammtheit des Reiches aufgestelltes und durch regelmäßige Steuern besoldetes Heer gab es nicht und konnte es jetzt bei dem inneren Zwiespalt

Rüstung aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges.
Schwarze Reiterrüstung des kaiserlichen Generals der Cavallerie Johann Graf Sporck. (Wien, Artillerie-Museum.)

noch weniger als früher geben. So blieb nichts Anderes übrig als das Heer von den Landschaften, die es auf seinem Zuge berührte, ernähren zu lassen. Und nicht gering waren die Anforderungen, welche der kaiserliche Generalissimus stellte. Wir besitzen zahlreiche Verpflegungsordonnanzen von ihm, welche die Höhe der für jedes Regiment geforderten Lasten deutlich erkennen lassen und es begreiflich machen, daß wahrhaft verzweifelte Nothschreie aus den betroffenen Gegenden an den Kaiser gelangten. Aber so stark der Druck war, er war doch verhältnißmäßig gerecht vertheilt. Wallenstein verstand es, auch diese mit dem Kriege der damaligen Zeit naturnothwendig verbundenen Gewaltsamkeiten in ein festes System zu bringen. Indem er unerbittlich auf den nothwendigen Lieferungen bestand, suchte er doch auch dafür zu sorgen, daß Bürger und Bauer dabei wenigstens einigermaßen bestehen konnten. Er selbst wirkte darauf hin, daß Vorsorge für Aussaat und Ernte getroffen wurde.

Alsbald aber kam er auch in die Lage, von seinen politischen Befugnissen Gebrauch zu machen. Die durch das Erscheinen des starken kaiserlichen Heeres erschreckten niedersächsischen Stände erboten sich noch einmal zu Friedensverhandlungen, an denen sich auch der König von Dänemark, der durch einen Sturz vom Pferde sich eine schwere Verletzung zugezogen hatte und augenblicklich außer Stande war, zu Felde zu ziehen, betheiligte. Allein zu einer Verständigung kam es doch nicht: in voller Schroffheit traten sich die durch den General repräsentirte kaiserliche Hoheit und die in den Ständen vertretene kirchliche und politische Autonomie der Kreise gegenüber. Beide Theile bestanden auf ihren Forderungen, die in einer Form auftraten, als betrachte sich jeder der Verhandelnden von vornherein als den Sieger im Kampfe. Die Kreisstände verlangten vom Kaiser, der General von den Kreisständen vollen Ersatz der Kriegskosten und der Truppenwerbungen. Während dann die Stände weiter forderten, daß die den Katholiken seit 1555 entrissenen Stifter ein für alle Mal in ihrem Besitz bleiben sollten, stellten die Generale zwar im Allgemeinen eine Bestätigung des Religionsfriedens in Aussicht, wollten aber dabei die Jurisdiction des Kaisers vorbehalten wissen, die doch in den Jahren vor dem Kriege die Quelle aller Streitigkeiten gewesen war. Es waren dieselben Differenzpunkte, die dereinst die letzten Reichstage hatten scheitern lassen. Eine Vereinigung darüber erschien unmöglich. Die Generale forderten erst die volle Entwaffnung des Kreises, der Kreis erst die Entfernung der Generale. Trotz aller Vermittelungsversuche, welche die anwesenden Gesandten Brandenburgs und Sachsens unternahmen, kam man einander nicht näher. Schließlich erbot sich der niedersächsische Kreis zwar zu einer Kriegsentschädigung, verlangte aber dafür die Auflösung der Liga, welche die „Ursache aller Zerwürfnisse“ sei. Daß Tilly wohl erbötig war, das ligistische Volk zurückzuziehen, aber die Abdankung desselben ablehnte, gab den Ausschlag. Am 8. März 1626 wurden die Verhandlungen abgebrochen: die Waffen mußten entscheiden.

WIr Ferdinand der Dritte

Röm. Käyſer / zu allen Zeiten Mehrer deß Reichs

Sclavonien / ꝛc. König / Ertzhertzog zu Oeſterreich / Hertzog zu

Marggraff zu Mähren / in Ober- vnd Nieder Lauſnitz / Graff zu Habſpurg

gantzen *Soldateſca* zu Roß vnd Fuß / Wie auch Jedermännigklichen Vnſere

dert / daß zu verhütung aller Vnordnungen / ein gewiſſe Ordinantz geſetzt werde / vermög deren das In

ſolle / vnd ein Jeglicher wiſſen könne / was / vnd wie viel man dem Einquartiertem Kriegsvolck zureichen

meiner Wiſſenſchafft Publiciren laſſen.

VNd iſt anfänglich denen Ständen frey geſtellt / auff die Officier vnd Soldaten / welche ſich *effectiue* bey Ihren Regimentern vnnd *Compagnien* befinden / oder nach vnd nach darzu kommen möchten / entweder die hernach beſchriebene Verpflegung / völlig in baarem Gelde / oder denen Officiern Zway drittl in Gelde / vnd ein Drittl inn Brodt / Fleiſch vnd Wein / oder wo kein Wein / in Bier / Denen gemeinen Soldaten aber / halb in Gelde / vnd halb in vorbemelten Proviant Sorten zureichen / auſſer der *Seruitien* / von Holtz / Liecht / Saltz / Liegerſtadt / vnd für die Reuter die Notturfft von rauchem Fuetter / welches den Hohen vnd Niedern Officiern / ſo wol auch denen gemeinen Soldaten / abſonderlich gebühret.

Vorbemelt Proviandt Sorten / ſollen denen Soldaten nicht höher angeſchlagen werden / Als das Pfundt

Brodt / p.	1. Kreutzer.
Das Pfundt Fleiſch / p.	3. Kreutzer.
Vnd die Maß Wein / p.	6. Kreutzer.
Die Maß Bier aber / p.	3. Kreutzer.

Obriſter zu Roß.

Soll das Monat für 30. Tag gerechnet / vnd auff eines Obriſten Stab zu Roß / ſo Zehen / biß in 7. *Compagnien* hat / für alles vnd Jedes / vnd für alle Stabs Perſonen gereicht werden / Monatlich / Zwölffhundert Gülden.

Deme aber / ſo Sechß / oder weniger *Compagnien* hat / Monatlich / Siebenhundert vnd Zwantzig Gülden.

Dann ſo werden paſſiert auff den gantzen Stab 63. Pferde vnd 24. *Bagagy* Roß / vnd auff Jedes Pferdt nur das rauche Fuetter / als täglich 6. Pfundt Hew / vnd Wochentlich 2. Bundt Stroh.

Auff eine Compagnia Khürasſer Monatlich.

Dem Rittmaiſter /	150. fl
Leuthenant /	60. fl
Cornet /	50. fl
Auff 4 Corporaln Trometer / vnd andere Officier /	180. fl
Einem gemainen Reutter / 30. Krz. deß Tags / thut Monatlich /	15. fl

Ferdinand.

Oueſſenberg.

Denen vberſtenen [illegible]

pflegung / als 15. Krz deß [illegible]

ſonten gebührete / wann

legenheit gemacht werden

Dem Rittmaiſter [illegible]

Futter auff 6. Pferdt / Le

poral / Furier / Muſterſch

vnd einem gemeinen Reu

des Pferdt Täglich geben

vnd Woche miſch Zwey [illegible]

Dann werden paſſie

12. Bagagy Pferdt / Herg

Bagagy Pferdt alſobalden

Auff ein Compagnie

in allem paſſiert / wie auff

Einem O

Auff den Obriſten E

Compagnien hat / für al

Etabsperſonen / wird da

Deme aber ſo Sech

hat / wird das Monat po

Dann die Notthurff

Pferdt / vnd 16. Bagagy

täglich zugeben Sechs P

Zway Bund Stroh.

Auff eine C

M

Einem Haupteman / .

Fendrich / .

Leuthenanten / .

Locus Sig

ittl/ von Gottes Gnaden / Erwöhlter

ns in Germanien/ zu Hungarn / Böhaimb / Dalmatien/ Croatien vnd
g zu Burgund/ Steyr/ Kärndten / Crain / vnd Würtemberg / in Ober: vnd Nider Schlesien /
ung Tirol / vnd Görtz / ꝛc. Entbieten Allen vnd Jeden Vnsern Hohen vnd Niedern Officiern / so wol der
Vnser Hof vnd alles Gues / vnd geben denselben hiermit gnädigst zuvernehmen. Demnach die Nothdurfft erfor-
dert / Vnsere Quartieren / vnd Guarnisonen sich befindende Kriegsvolck / diesen Winter hindurch verpflegt werden
müssen / vnd zugeben schuldig seye. Also haben Wir nachgesetzte Verpfleg vnd Vnderhaltungs Ordinanz zu allge-

nen Juettern gebührt nur halbe Ver-
deß Tags / mit dem vbrigen / so ihme
vnangeritten wehre / soll Jedem ge-
werden / in seiner remontirung.
ister vnd darbey passirt / das rauche
ter / Lemanten auff 4. Cornet 3 Cor-
rfehrer / Veldscherer / jedem zwey /
Rauch 1. Pferdt / vnd soll auff Je-
geben werden Sechß Pfundt Hew /
ren vnd Stroh.
passirn auff die gantze Compagnien /
Herren solle der vbrige Troß vnnd
alden abgeschafft werden.
gnie Archibusier / wird der Vnterhalt
e auff die Compagnia Khürasser.

n Obristen zu Fueß.

en Stab zu Fueß / so von 10. biß in 7.
für alle / vnd Jedes / vnnd für alle
d das Monat passiert / 1102. fl
Sechß / oder weniger Compagnien
t passirt / . . . 700. fl
hurfft am rauchem Futter auff 40.
agy Reß / vnd ist auff jedes Pferdt
Pfundt Hew / vnd Wochentlich

e Compagnia zu Fueß.
Monatlich.
. . . . . 150. fl
. . . . . 50. fl
. . . . . 35 fl

Auff ein Veldtwäbel / . . . . 25. fl
Veldtschreiber / . . . . . 20. fl
Veldtscherer / . . . . . 16. fl
Furier / . . . . . 18 fl
Führer / . . . . . 18. fl
Auff Zween Trummelschleger / Jedem 8. fl. thuet 16. fl
Auff Zwern Pfeiffer / Jedem Acht gülden / thuet 16. fl
Vnd einem gemeinen Knecht deß Tags 12. Kreutzer / thuet
Monatlich / . . . . . 6. fl

Auff eine Compagnia zu Fuß werden passiert Bagagy vnd andere Pferdt in allem Achtzehen / vnd darauff die Nott hurfft deß rauchen Futters / als Täglich 6. Pfundt Hew / vnd Wochentlich 2. Bundt Stroh / der vbrige Troß soll alsobalden abgeschafft werden.

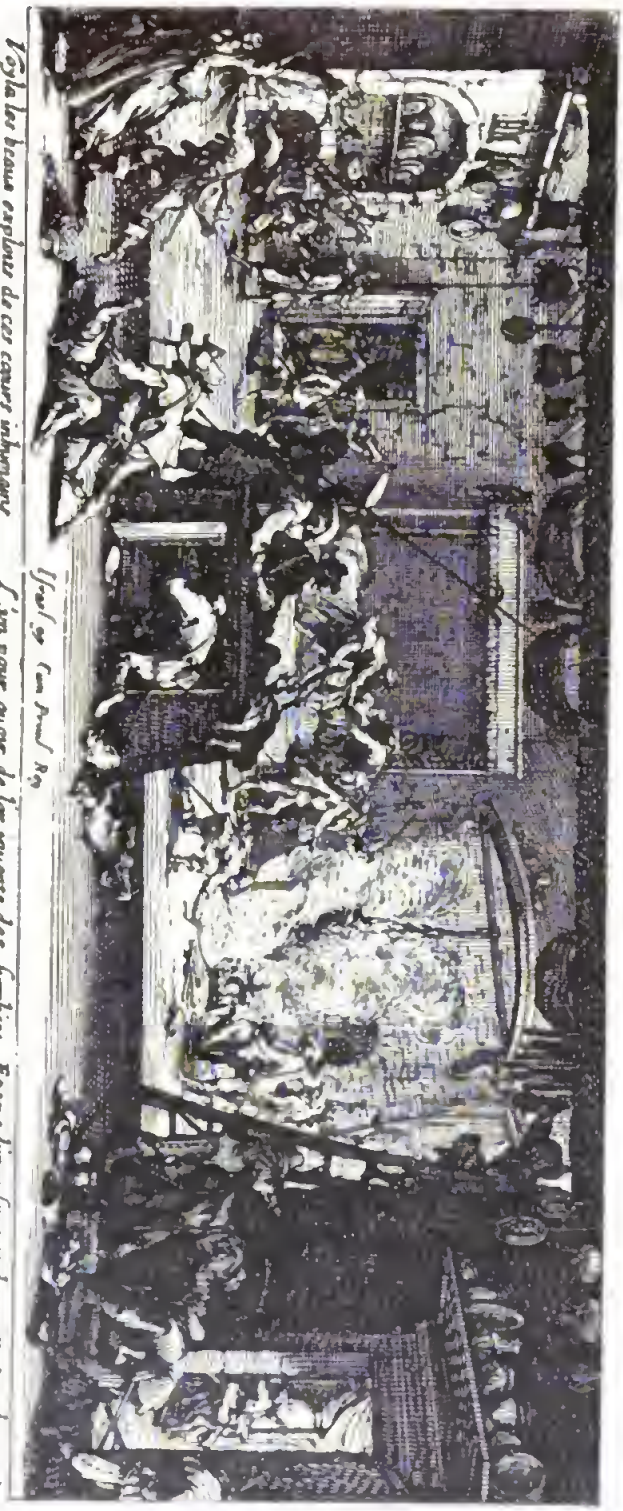
WIder diese Verordnete Verpflegung sollen die Ständ / vnd deren Vnderthanen weder von Officiern / noch gemeinen Soldaten / keines wegs gravirt / noch beschweret werden / auch ein mehrers zugeben nicht schuldig seyn / Sondern die Soldaten mit demselbigen / was Ihnen / vermög deren verwilligung / sich allerdings vergnügen lassen / vnd darüber bey vnnaußbleiblicher Leibs: vnd Lebens Straff / im geringsten nicht *exorbitiren* / wie Wir Vns dann gegen einem / vnd anderm Gnädigst versehen. Widrigen fals aber gegen die Verbrecher obbemelte Bestraffung für die Hand zunehmen / vnd dardurch andere mehr hierauß entstehende Vngelegenheiten zuverhüten / nicht vnterlassen werden solle / Wornach sich Jedermänniglich zurichten / vnd für Schaden zuhüten wissen wird. Geben in Vnserer Stadt Wien / den ersten Januarij / Anno Sechzehenhundert Neun vnd Dreyssig / Vnserer Reiche / deß Römischen im Dritten / deß Hungarischen im Vierzehenden / vnnd deß Böhaimbischen im Zwölfften Jahr.

Ad Mandatum Sac. Cæs.
Majestatis proprium.

Joh. Friderich Vischer.

Für dieſe waren nun aber die politiſchen Verhältniſſe in Niederdeutſchland für den Kaiſer inſofern günſtig, als mehrere der hervorragenden Territorialfürſtenhäuſer in ernſte Streitigkeiten unter einander gerathen waren, ſo namentlich die beiden Linien Braunſchweig-Lüneburg und Braunſchweig-Wolfenbüttel über das Fürſtenthum Grubenhagen. Indem der Kaiſer hier zu Gunſten Lüneburgs entſchied, gewann er den Herzog Georg völlig für ſeine Sache. Derſelbe löſte ſein Verhältniß zum niederſächſiſchen Kreiſe und kündigte dem Könige von Dänemark ſeinen Dienſt. So hatte der Kaiſer hier, wie dereinſt in dem Streit zwiſchen den Linien des heſſiſchen Fürſtenhauſes die Darmſtädtiſche, ſo jetzt in Niederdeutſchland ein proteſtantiſches Fürſtenhaus von der Sache ſeiner Glaubensgenoſſen getrennt. Dazu kam, daß ihm auch im Oſten ein großer Erfolg gelungen war: die ungariſchen Stände hatten ſich bereit finden laſſen, am 8. December 1625 ſeinem Sohne Ferdinand die ungariſche Krone, welche Bethlen Gabor endgiltig zu erringen geſtrebt hatte, aufzuſetzen. Das Schlimmſte für die bevorſtehende Entſcheidung aber war und blieb es, daß die Kurfürſten von Brandenburg und Sachſen nicht zu einem activen Eintreten für die Sache des Proteſtantismus zu bewegen waren. Der Kurfürſt von Sachſen weigerte ſich deſſen geradezu, der Brandenburger aber unterſtützte zwar heimlich den Dänenkönig, war aber zu offenem Anſchluſſe nicht zu vermögen. Er hat durch jene heimliche Unterſtützung trotzdem, ohne der Sache des Proteſtantismus etwas zu nützen, die Rache des kaiſerlichen Generals über ſich heraufbeſchworen.

Auf der andern Seite aber ſchien es doch der Sache der norddeutſchen Proteſtanten zu Statten kommen zu müſſen, daß das von dem Kaiſer ſeinem Feldherrn ſo dringend anempfohlene gute Einvernehmen zwiſchen dieſem und dem General der Liga thatſächlich nicht zu erreichen war. Keiner von Beiden wollte ſich der Autorität des Andern unterordnen. Wallenſtein, der an der Elbe ſtand und ſchon im December 1625 den Verdacht hegte, daß Mansfeld mit ſeinem Truppencorps durch Brandenburg nach Schleſien rücken und den Krieg in die öſterreichiſchen Erbländer hinüberſpielen wolle, verlangte von Tilly, daß dieſer von der Weſer heranrücke und ſich mit ihm verbinde. Darauf wollte Tilly indeß nicht eingehen, weil alsdann dem däniſchen Könige der Zugang zu den Ländern der ligiſtiſchen Truppen offen geſtanden hätte. Das Zerwürfniß, welches darüber zwiſchen den beiden Generalen entſtand, ging ſo weit, daß Wallenſtein drohte, aus dem niederſächſiſchen Kreiſe wegzuziehen, und nur durch das Einſchreiten Maximilians beim Wiener Hofe davon abgehalten wurde. Tilly ſeinerſeits vermuthete, daß ſich der Hauptangriff des däniſchen Königs gegen ihn wenden werde, und verlangte daher von Wallenſtein, und als dieſer ſie ihm verweigerte, von ſeinem Herzoge, Maximilian von Bayern, Hilfe. Dieſer aber vermochte ſie nicht zu gewähren, weil inzwiſchen in Oberöſterreich, das er immer noch in Pfandbeſitz inne hatte, ein bedrohlicher Bauernaufſtand ausgebrochen war, der alle verfügbaren Streitkräfte dort feſſelte. Zudem begann ſich jetzt auch Bethlen Gabor, der



Ausplünderung eines Hauses; Qualen seiner Bewohner. Facsimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

inzwischen mit den Holländern im Haag in Verhandlungen getreten war, wieder zu rühren. Er erklärte sich im Januar 1626 dem Pfalzgrafen gegenüber bereit, wieder loszuschlagen, wenn ihm monatliche Subsidien von 40 000 Thalern gezahlt würden und Mansfeld mit etwa 10 000 Mann zu ihm stoße.

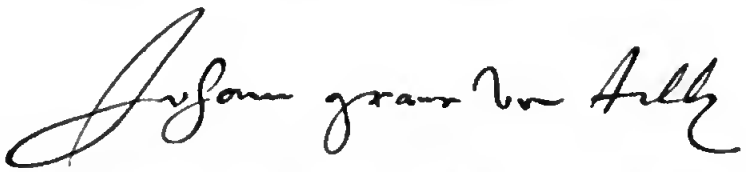
So war die Lage der Dinge, als sich König Christian nunmehr in der That entschloß, zu einem umfassenden Angriff gegen die kaiserlich-ligistischen Streitkräfte vorzugehen. Auf seinem rechten Flügel sollte Herzog Johann Ernst von Sachsen-Weimar nach Westphalen marschiren, um den Holländern die Hand zu bieten, im Centrum wollte er selbst vorgehen, auf dem linken Flügel aber Mansfeld, wie Wallenstein richtig gemuthmaßt hatte, durch Brandenburg nach Schlesien vorrücken, um jenen Haager Verabredungen ge-

mäß mit Bethlen Gabor Fühlung zu gewinnen. Das Letztere zu verhüten, hatte Wallenſtein an dem wichtigſten Elbpaß, der Deſſauer Brücke, ſtarke Verſchanzungen aufwerfen laſſen. In der That kam es hier zum erſten Zuſammenſtoß. Chriſtian IV. hatte ſeinen Oberſten Fuchs entſandt, um längs dem linken Elbufer vorzurücken, ſich mit Mansfeld zu verbinden und mit ihm vereinigt ſich auf Wallenſtein zu werfen. Aber der letztere eilte ſchnell nach Tangermünde herbei und ſchlug dort den Oberſten Fuchs aufs Haupt, bevor dieſer ſeine Vereinigung mit Mansfeld bewerkſtelligt hatte. Fuchs warf ſich nach Tangermünde und bat von hier aus Mansfeld um Hilfe, der dann am 12. April 1626 aus ſeinem Lager aufbrach und auf Tangermünde zu marſchirte. Um dies zu ermöglichen, mußte er die Wallenſteinſchen Truppen aus ihren Ver-

Erhebung der Bauern gegen die Soldateska. Facſimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

ſchanzungen an der Deſſauer Brücke vertreiben. Allein der Angriff, den er hier unternahm, wurde am 25. April 1626 von Wallenſtein glänzend abgeſchlagen und endigte mit einer völligen Niederlage Mansfelds, in deren Folge er ſich mit ſeinem Heere nach Brandenburg flüchtete und daſſelbe dort durch neue Werbungen zu verſtärken ſuchte. Daß der ſchwache Kurfürſt Georg Wilhelm keinen ernſtlichen Verſuch machte, dies zu verhindern, war die Veranlaſſung dazu, daß ſein Land in den folgenden Jahren von Wallenſtein mit furchtbaren Einquartierungen und Brandſchatzungen heimgeſucht wurde.

Wallenſtein that, zum großen Aerger Herzog Maximilians, zunächſt nichts, um ſeinen Sieg auszubeuten, wohl aber erklärte er ſich jetzt bereit, Tilly 16000 Mann zu Hilfe zu ſchicken, damit er ſich einiger wichtiger Plätze, darunter Mindens, Nordheims und Göttingens, bemächtigen könne. Er ſelbſt wollte nach Holſtein und Mecklenburg vordringen, um dadurch den König von Dänemark im Rücken zu bedrohen. Bald aber kam es zu neuen Differenzen zwiſchen Tilly und Wallenſtein, da der Letztere zu ausgedehnte Quartiere



Facſimile der Namensunterſchrift Tillys auf einem Schriftſtück vom 17. Januar 1627. Originalgröße. (Berlin, Königl. Geh. Staatsarchiv.)

für ſich in Anſpruch nahm und dadurch die Ernährung der ligiſtiſchen Armee erſchwerte. Schon jetzt verſuchte Maximilian, dem das ſelbſtändige und eigenmächtige Verfahren des kaiſerlichen Feldherrn ein Dorn im Auge war, das Mißtrauen des Kaiſers gegen ihn wachzurufen, ſo daß ſich Wallenſtein veranlaßt ſah, ſelbſt um die Entſendung des Grafen Trautmannsdorf in ſein Lager zu bitten, um ſein ſtrategiſches Verhalten vor ihm zu rechtfertigen. Ende Juni kamen dann Wallenſtein und Tilly in Duderſtadt zuſammen, um einen gemeinſamen Angriff gegen Chriſtian IV. zu verabreden, der inzwiſchen durch den plötzlichen Tod des Adminiſtrators Chriſtian von Halberſtadt (16. Juni) einen ſchweren Verluſt erlitten hatte. Die Generale verabredeten, daß Wallenſtein auf dem rechten, Tilly auf dem linken Elbufer gegen die Dänen vorgehen ſolle. Tilly war alſo jetzt, ſeinen früheren, gegen Wallenſtein ſo nachdrücklich geltend gemachten Anſchauungen entgegen, bereit, ſeine Poſition an der Weſer aufzugeben. Die Ausführung dieſer Verabredungen aber ſcheiterte daran, daß Mansfeld mit ſeinem inzwiſchen durch Werbungen anſehnlich verſtärkten Heere ſich von Brandenburg gegen Schleſien hin in Bewegung ſetzte und Wallenſtein nöthigte, ihm zu folgen, um die kaiſerlichen Erblande zu decken. Er unternahm aber die Verfolgung Mansfelds

nicht mit seiner ganzen Armee, sondern ließ einen großen Theil derselben in Norddeutschland zurück. Tilly wünschte natürlich, daß diese Truppen ihm unterstellt würden. Allein darauf wollte Wallenstein, der mit Eifer darüber wachte, den Oberbefehl über seine ganze Truppenmacht allein in der Hand zu behalten, nicht eingehen, wies vielmehr seine Truppen an, sich nicht aus ihren Quartieren zu entfernen. Mit Mühe erreichte Tilly auf einer neuen Zusammenkunft mit Wallenstein in Ellrich, daß ihm dieser wenigstens 8000 Mann überließ, wodurch er dann den Streitkräften Christians ungefähr gewachsen wurde.

Wallenstein selbst machte sich mit einem Heere von 30 000 Mann und 43 Geschützen auf, um Mansfeld zu folgen. Ohne sich an die Neutralität des Kurfürsten von Sachsen zu kehren, zog er dabei durch kursächsisches Gebiet, nachdem er, der Form wegen, die Erlaubniß dazu vom Kurfürsten erbeten hatte, erlaubte sich aber auf dem Marsche gegenüber den sächsischen Verpflegungscommissaren so viele Gewaltthätigkeiten und Uebergriffe, daß diese sich mit einer geharnischten Beschwerde an ihren Kurfürsten wandten, die indeß natürlich nicht die geringste Wirkung hatte. Wallenstein schickte dann seinen Obersten Pechmann mit einer Reiterabtheilung nach Schlesien voraus, der dem Grafen Mansfeld eine Schlappe beibrachte. Wallenstein folgte ihm langsam und betrieb die Verfolgung scheinbar lässiger, als man in Wien, wo man auf schnelle Erfolge der weit überlegenen Armee rechnete, erwartet hatte. Er blieb vierzehn Tage ruhig in Neiße stehen, so daß Mansfeld unbehelligt nach Mähren gelangte und dort ungehindert brandschatzen konnte. Vergeblich ermahnte der Kaiser Wallenstein durch zwei auf einander folgende Gesandtschaften zu größerer Eile. Als er endlich Neiße verließ, war Mansfeld schon bis an die Grenze Ungarns gelangt und hatte sich mit den Truppen Bethlens vereinigt, fand aber bei demselben nicht die nachdrückliche Unterstützung, die er gehofft hatte, da er statt mit den von Bethlen verlangten Subsidien mit leeren Händen kam. Wallenstein seinerseits hatte, wie er wiederholt klagte, gerade hier in den kaiserlichen Erblanden Mangel an Zufuhr von Proviant, die er vergeblich wiederholt vom ungarischen Palatin erbat. Dadurch erklärt sich wenigstens zum Theil die Langsamkeit seiner Bewegungen, wie er den aufs Neue bei ihm eintreffenden kaiserlichen Gesandten Trautmannsdorf und Questenberg darzuthun sich bemühte. Doch sagte er ihnen zugleich zu, gegen Neuhäusel vorzumarschiren, welches die vereinigten Truppen Mansfelds und Bethlens, denen noch einige türkische Hilfstruppen zur Seite standen, zu belagern sich anschickten. Wirklich kam es dann, nachdem sich die beiden Heere mehrere Wochen fast völlig unthätig gegenübergestanden hatten, am 30. September zu einem für Wallenstein siegreichen, aber wenig entscheidenden Treffen bei Neuhäusel. Statt dem Feinde zu folgen und sich jetzt energisch gegen Bethlen zu wenden, trat Wallenstein dann, angeblich wegen Mangels an Proviant, den Rückzug an, wahrscheinlich auch aus dem Grunde, weil Bethlen sich inzwischen aufs Neue zu Verhandlungen

entschloß, die zuerst zu einem Waffenstillstande (November), dann aber am 28. December 1626 zum Frieden von Preßburg führten. Dadurch völlig isolirt, sah sich Mansfeld genöthigt, seine Truppen zu entlassen und sich durch Bosnien nach Venedig zu begeben, um dort Mittel zu neuen Kriegszügen flüssig zu machen. Auf dem Wege dahin wurde er von einem Fieber dahingerafft. Er starb, wie er gelebt hatte, als unerschrockener, echter Kriegsmann. Als er sein Ende nahen fühlte, ließ er sich seine beste Kriegsrüstung anlegen und erwartete aufrecht stehend, mit dem Schwerte umgürtet, auf zwei seiner Diener gestützt, den Tod, dem er so oft muthig ins Auge geblickt hatte.

Während hier der Krieg ohne ernstere Entscheidungen beigelegt wurde, hatte in Niederdeutschland Tilly gegen den Dänenkönig mit Energie und Glück gekämpft. Nachdem Christian IV. einige vorübergehende Erfolge errungen und die Bisthümer Münster und Osnabrück besetzt hatte, war er, als er der belagerten Stadt Nordheim zu Hilfe ziehen wollte, von Tilly auf dem Marsche ereilt und bei Lutter am Barenberge vollständig geschlagen worden (27. August 1626). Tilly hatte sich dann der Weser und der braunschweigischen Lande bemächtigt und den Dänenkönig bis ins Gebiet von Bremen verfolgt, wo derselbe bei Stade eine gut gewählte defensive Stellung bezog. Ganz Niederdeutschland befand sich in Tillys Händen.

Wenn man den Verlauf des ganzes Feldzuges von 1626 überblickt, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß Tilly trotz der geringeren Stärke seines Heeres rein militärisch bei Weitem mehr geleistet hatte, als Wallenstein. Gerade in der Zeit, in welcher der Letztere völlig unthätig in Neiße gesessen und nichts gethan hatte, um dem Vordringen Mansfelds nach Mähren entgegenzutreten, hatte Tilly allein den Dänenkönig entscheidend geschlagen und aus fast ganz Norddeutschland verdrängt. Es war nicht wunderbar, daß von den offenen und heimlichen Gegnern Wallensteins Vergleiche zwischen ihm und Tilly angestellt wurden, die nur zu Ungunsten des Ersteren ausfallen konnten. Schon waren in Folge der lässigen Art, mit der Wallenstein scheinbar den Krieg geführt hatte, am Wiener Hofe und in den ligistisch gesinnten Kreisen Stimmen laut geworden, welche den kaiserlichen Feldherrn offen der Feigheit oder Unfähigkeit, den Krieg in großem Stile zu führen, anklagten. Was habe er denn, so fragte man, mit seinem ungeheuren Heere thatsächlich geleistet? Wir sahen, daß selbst der Kaiser sich wiederholt entschloß, Gesandtschaften an ihn abzuschicken, um ihn zu größerer Eile und Energie anzufeuern. Immer lauter waren die Klagen und Beschwerden über ihn erschollen, die doch schließlich auf den Kaiser nicht ohne Eindruck geblieben waren. Alle diplomatischen Berichte der Zeit sind voll davon. Seit Ende 1626 aber verstummen diese Vorwürfe gegen Wallenstein in der Umgebung des Kaisers plötzlich, und in höherem Grade noch als früher tritt uns volles Einvernehmen zwischen dem Kaiser und seinem Generale entgegen. Diese Wandlung war die Folge einer Unterredung, welche der

leitende Miniſter des Kaiſers, Fürſt von Eggenberg, am 25. November 1626 in Bruck an der Leitha mit dem Feldherrn gehabt hatte und in der es dieſem gelungen war, ſein militäriſches Verhalten von politiſchen Geſichtspunkten aus völlig zu rechtfertigen.

Leider ſind wir über dieſe wichtige Unterredung, die ein helles Licht auf das ganze politiſche Syſtem Wallenſteins wirft, nicht mit voller authentiſcher Sicherheit und mit erſchöpfender Ausführlichkeit unterrichtet, da Berichte von keinem der beiden Betheiligten vorliegen, ſondern nur ſolche, welche mittelbar von Ohrenzeugen herrühren. So viel aber erhellt doch mit voller Beſtimmtheit daraus, daß es dem Feldherrn gelang, den Miniſter von der politiſchen Nothwendigkeit ſeiner Art der Strategie zu überzeugen. Wallenſtein ging davon aus, daß es für den Kaiſer weniger darauf ankommen könne, ſchnelle taktiſche Erfolge mit ſeinem Heere zu erringen, durch welche dieſes großen Gefahren ausgeſetzt werden könne, ſondern daß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet ſein müſſe, eben durch eine ſorgfältige Erhaltung dieſes Heeres dem kaiſerlichen Anſehen zu einer feſten Stütze gegenüber den ſelbſtändigen Neigungen des Fürſtenthums, zunächſt des proteſtantiſchen, aber, wenn nothwendig, auch des katholiſchen, zu verhelfen. Das Heer erſcheint danach weniger als Mittel zum Zweck, wie als Selbſtzweck. Dazu kamen nach Wallenſteins Anſchauung zwei weitere rein politiſche Erwägungen, nämlich, daß bei der Menge, Macht und den Anſchlägen der Feinde, zu denen faſt alle Fürſten Europas gehören, und bei der Geldnoth des Kaiſers und ſeiner Erbländer vor Allem darauf geſehen werden müſſe, das große Heer, welches zur Aufrechterhaltung der kaiſerlichen Oberhoheit erforderlich ſei, auf Koſten des Geſammtreichs zu erhalten, d. h. den Krieg möglichſt von den Erblanden fern zu halten, alſo auch auf einen Angriffskrieg gegen Ungarn und die Türkei zu verzichten, vielmehr das Heer in das Herz des Reiches zu verlegen, um dieſes dahin zu bringen, daſſelbe ſo lange zu erhalten und zu beſolden, bis der eine oder andere Theil die Waffen niederlege. Dies könne aber auf keinem anderen Wege erreicht werden, als indem man das Heer ſo ſtark und mächtig mache, daß es der Schrecken von ganz Europa wäre. Dabei müſſe aber darauf geſehen werden, daß daſſelbe keinem anderen Zwecke diene, als eben der Aufrechthaltung der kaiſerlichen Oberhoheit, es dürfe alſo nicht zu Landerwerbungen für das Haus Oeſterreich verwendet werden. Für den letzteren Zweck würde es auch, wie Wallenſtein weiter ausführte, gar nicht zuſammenzuhalten ſein, da es zum großen Theil aus Proteſtanten beſtehe und ſogar von proteſtantiſchen Führern befehligt werde. Gerade um nicht den Anſchein zu erwecken, als ſei es auf eine Vergrößerung Oeſterreichs oder auf die Unterdrückung des Proteſtantismus abgeſehen, habe er dem proteſtantiſchen Element einen ſo großen Raum im Heere verſtattet. Handle es ſich aber bloß um eine ſtarke Repräſentation der kaiſerlichen Gewalt, ſo ſei der Kaiſer vollauf berechtigt, das Heer, welches ohne Schwierigkeiten auf 70 000 Mann und 70 Geſchütze zu bringen ſei, in ganz Deutſchland einzuquartieren und nicht allein die feindlichen Gebiete,

ſondern das ganze Reich zur Unterhaltung deſſelben zu nöthigen. Das müſſe dann ſo lange fortgeſetzt werden, bis entweder die Feinde um einen vernünftigen Frieden bitten oder, gänzlich aufgerieben, außer Stande ſind, die Waffen gegen ihren Herrn zu erheben.

Faßt man dieſe Erörterungen Wallenſteins, mit denen er den vollen Beifall Eggenbergs und auch des Kaiſers fand, zuſammen, ſo ſind ſie nur eine weitere Ausführung der Geſichtspunkte, welche 1625 in ſeiner unter ſeinem Einfluß zu Stande gekommenen Inſtruction enthalten ſind. Es iſt eine Art von Militärdictatur, die der Feldherr anſtrebt und die er in rein ſtaatlich-imperialiſtiſchem Sinne durchführen will, d. h. er will dem Kaiſerthum zu einer überwiegenden Vormachtſtellung gegenüber dem nach einer größeren Selbſtändigkeit ſtrebenden Fürſtenthum, katholiſchem wie proteſtantiſchem, verhelfen. Dieſem Zwecke ſoll das große Heer dienen, das er, wiederum im Einverſtändniß mit dem Kaiſer, noch weiter zu vermehren gedachte. Auf dieſe Weiſe ſollte die Selbſtändigkeit der kaiſerlichen Macht nicht allein gegenüber den Gegnern, ſondern auch gegenüber der Liga, die der Kaiſer durch die Aufſtellung eines eigenen Heeres hatte erreichen wollen, zur vollen Durchführung gelangen, freilich unter Verzicht auf die Anwendung der kirchlichen Reactionsmaßregeln im Reiche. Indem der Kaiſer auf dieſe Gedanken einging und u. A. auf Einwendungen gegen die Anſtellung zahlreicher Proteſtanten im Heere, die bei den Ligiſten ſo großen Anſtoß erregte, Verzicht leiſtete, lenkte er wirklich in die Bahnen einer imperialiſtiſchen Politik im großen Stile ein. In den nächſten Jahren finden wir dann volles Einverſtändniß zwiſchen dem Kaiſer und ſeinem Feldherrn. Die Anklagen gegen die Art ſeiner Kriegführung verſtummen vollſtändig. Man hatte am kaiſerlichen Hofe erkennen gelernt, daß dieſelbe eben nicht aus rein militäriſchen, ſondern vorwiegend aus politiſchen Geſichtspunkten zu verſtehen ſei.

Wie aber hätte eine ſolche politiſch-militäriſche Tendenz des Kaiſerthums, wie ſie Wallenſtein vor Augen ſchwebte, nicht auch eine ſtarke Gegenſtrebung im deutſchen Fürſtenthum wachrufen ſollen? Sie trat am deutlichſten zunächſt nicht bei den proteſtantiſchen Gegnern, ſondern bei den bisherigen katholiſchen Freunden hervor, die vor dem Auftreten Wallenſteins den Krieg, den ſie vorwiegend als einen religiöſen auffaßten, aus eigenen Mitteln geführt hatten, jetzt aber ſich nicht nur in die zweite Stelle zurückgedrängt fühlten, ſondern auch mit wachſender Beſorgniß die gegen die Selbſtändigkeit des Fürſtenthums gerichtete Tendenz der Politik des Kaiſers und ſeines Generals wahrnahmen. Erſt unter dieſem Geſichtspunkte verſteht man voll und ganz die Schärfe der an ſich nicht unberechtigten Klagen, welche in ligiſtiſchen Kreiſen gegen die Bedrückungen der kaiſerlichen Soldateska und gegen die Werbungen, welche Wallenſtein mit Zuſtimmung des Kaiſers vornahm, erhoben wurden.

Dieſe Klagen und Beſchwerden wurden in der That immer dringender. Nicht nur die Proteſtanten, ſondern auch die Katholiken empfanden dies ſich ſtets vergrößernde Heer als eine Laſt, da Wallenſtein auch die katholiſchen

Gebiete und die befreundeter proteſtantiſcher Fürſten, wie des Kurfürſten von Sachſen, mit Einquartierungen und unerſchwinglichen Contributionen heimſuchte. Dazu kam, wie erwähnt, das Mißtrauen der Katholiken gegen Wallenſtein, weil derſelbe in ſeinem Heere und in ſeiner Umgebung ruhig eine Maſſe von Proteſtanten duldete, ja die wichtigſten Oberſtenſtellen aus den in Bruck an der Leitha von ihm entwickelten Gründen an Proteſtanten vergab. Wallenſtein war, wie wir ſahen, völlig frei von jedem religiöſen Fanatismus und allein auf die Hebung der kaiſerlichen und ſeiner eigenen Macht bedacht. Seine gewaltige Stellung, die ihn mit Stolz und hochfahrendem Weſen gegenüber den deutſchen Fürſten erfüllte, machte die Letzteren naturgemäß eiferſüchtig auf den ſtolzen Emporkömmling, der an Glanz und Pracht alle geborenen Fürſten zu überſtrahlen begann.

Raubende Soldaten überfallen einen Reiſewagen. Facſimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

Am lautesten und schroffsten wurden alle diese Anklagen und Beschwerden auf einer Versammlung laut, welche die Liga am 20. Februar 1627 in Würzburg veranstaltete. Nachdem man daselbst zur Stärkung der eigenen Macht eine Vermehrung der ligistischen Armee beschlossen hatte, einigte man sich auf Drängen Bayerns dahin, sich schriftlich und durch eine besondere Gesandtschaft beim Kaiser über die Gewaltthätigkeiten Wallensteins zu beschweren und um Einstellung der weiteren Werbungen zu bitten. Bei den Berathungen wurden zuweilen so extreme Vorschläge ausgesprochen wie der, man solle mit Dänemark Frieden schließen, Tilly zurückberufen und sich eventuell den Bedrückungen Wallensteins mit bewaffneter Hand widersetzen. Mit der Ausführung der Gesandtschaft wurden Mainz und Bayern betraut, die dann den Mainzer Domcantor Reinhard Metternich und den Freiherrn Kurz von Senftenau nach Wien schickten. Dieselben sollten die Wünsche der Liga dem Kaiser persönlich vortragen, außerdem aber eine vom 20. April 1627 datirte Klageschrift der katholischen Kurfürsten überreichen. Der Kaiser gerieth dem gegenüber in nicht geringe Verlegenheit. Unzweifelhaft war er den Fürsten der Liga für die Hilfe, die sie ihm im böhmischen Kriege geleistet hatten, zu Dank verpflichtet, ebenso unzweifelhaft war ein großer Theil der Klagen, die vorgebracht wurden, durchaus berechtigt. Auf der anderen Seite wußte der Kaiser genau, daß sein eigenstes Interesse von Niemand eifriger vertreten wurde als von dem angeklagten Feldherrn. Er suchte die Gesandten durch Ausflüchte und Versprechungen hinzuhalten. Die Antwort, die er ihnen am 17. Mai ertheilte, ging nur auf die Klagen über willkürliche Uebergriffe einzelner Unterbefehlshaber ein und versprach, für Ordnung zu sorgen und alle Ausschreitungen zu bestrafen. Dagegen wurde die Einstellung der weiteren Werbungen, den Verabredungen mit Wallenstein entsprechend, rundweg abgelehnt, ja die Nothwendigkeit betont, daß die Fürsten des rheinischen Kreises, dem von Holland und Frankreich Gefahr drohe, in ihrem Gebiete mehrere Regimenter Fußvolk und Reiterei der Wallensteinschen Armee unterhalten müßten. Auch mit Wallenstein selbst verhandelten die Gesandten. Hier kam es dann zu recht erregten Erörterungen, die das Wesen der Dinge deutlich erkennen ließen. Wallenstein platzte in einer dieser Unterredungen mit der Bemerkung hervor, ob die Fürsten denn vermeinten, der Kaiser wäre nur eine Bildsäule, das will sagen eine äußere Decoration der Reichsverfassung, worauf die Gesandten entgegneten, daß der Kaiser dem Reiche sowohl als das Reich dem Kaiser gelobt und geschworen sei. Einen wirklichen Erfolg vermochten die Gesandten beim Kaiser nicht zu erreichen.

Wie hätte das auch der Fall sein können, da Wallenstein sehr bald aufs Neue große Erfolge für den Kaiser errang? In einem kurzen, aber glänzenden Feldzuge befreite er ganz Schlesien und damit die ganzen kaiserlichen Erbländer von den Feinden, die sie besetzt hatten. Auch hier freilich verfuhr er ganz anders, als der Führer der Liga, Kurfürst Maximilian, wünschte und erwartete. Dieser hatte nämlich schon im Frühjahr 1627 darauf gedrungen,

daß Wallenstein einen Theil seines Heeres Tilly zum Kriege gegen Dänemark überlassen solle. Wallenstein aber wollte diesen nicht ohne seine Mitwirkung beendigen und daher seine Truppen so lange in den Winterquartieren stehen lassen, bis er die aus Ungarn nach Schlesien geflüchteten Mansfeldschen Truppen, die nach Mansfelds Tode von dem sächsischen Herzoge Johann Ernst und, als auch dieser kurz nach Mansfeld starb, von Carpezon geführt wurden, besiegt habe und dann selbst ins Reich vorrücken könne. Dagegen ließ es ihm sein politischer Scharfblick angezeigt erscheinen, den polnischen König in seinem Kriege mit Schweden durch ein Hilfscorps von einigen tausend Mann zu unterstützen, um Gustav Adolf an einem Eingreifen in den deutschen Krieg zu verhindern. Er selbst wandte sich, nachdem ihm der Kaiser für die von ihm geleisteten Vorschüsse auf Eggenbergs Rath das Herzogthum Sagan verliehen hatte, gegen die Mansfeldschen Truppen in Schlesien, die in der Gegend von Cosel, Troppau und Jägerndorf standen. Am 19. Juni 1627 brach er von Neiße auf, nahm in schnellem Siegeslaufe Leobschütz und Jägerndorf ein und brachte am 9. Juli dem Rest der Mansfeldschen Truppen bei Cosel eine vernichtende Niederlage bei. Am 29. Juli ergab sich auch Troppau. Das ganze Land war vom Feinde gesäubert.

Nunmehr wandte sich Wallenstein, nachdem er in Schlesien 15 000 Mann zurückgelassen hatte, mit seiner Hauptmacht nach Niedersachsen. Er wurde dazu vom Kaiser mit neuen außerordentlichen Vollmachten versehen, welche denjenigen entsprachen, mit denen einst Maximilian von Bayern die Execution gegen Böhmen durchgeführt hatte. Am 1. September traf er mit Tilly in Lauenburg zusammen und scheint sich vorübergehend mit ihm über die weiteren Operationen verständigt zu haben. Er überfiel dann die festländischen Besitzungen Christians IV. und schlug dessen Truppen völlig aus dem deutschen Gebiete hinaus, ja sein Unterfeldherr Graf Schlick drang bis tief ins Innere Jütlands vor.

Alsbald aber gerieth er wieder in Zerwürfnisse mit der ligistischen Heeresleitung, da er die weiten, durch seine kriegerischen Operationen gewonnenen Gebiete für sich allein in Anspruch nahm und Tilly wieder auf die schon lange von ihm ausgesogenen Gebiete für seine Winterquartiere beschränken wollte.

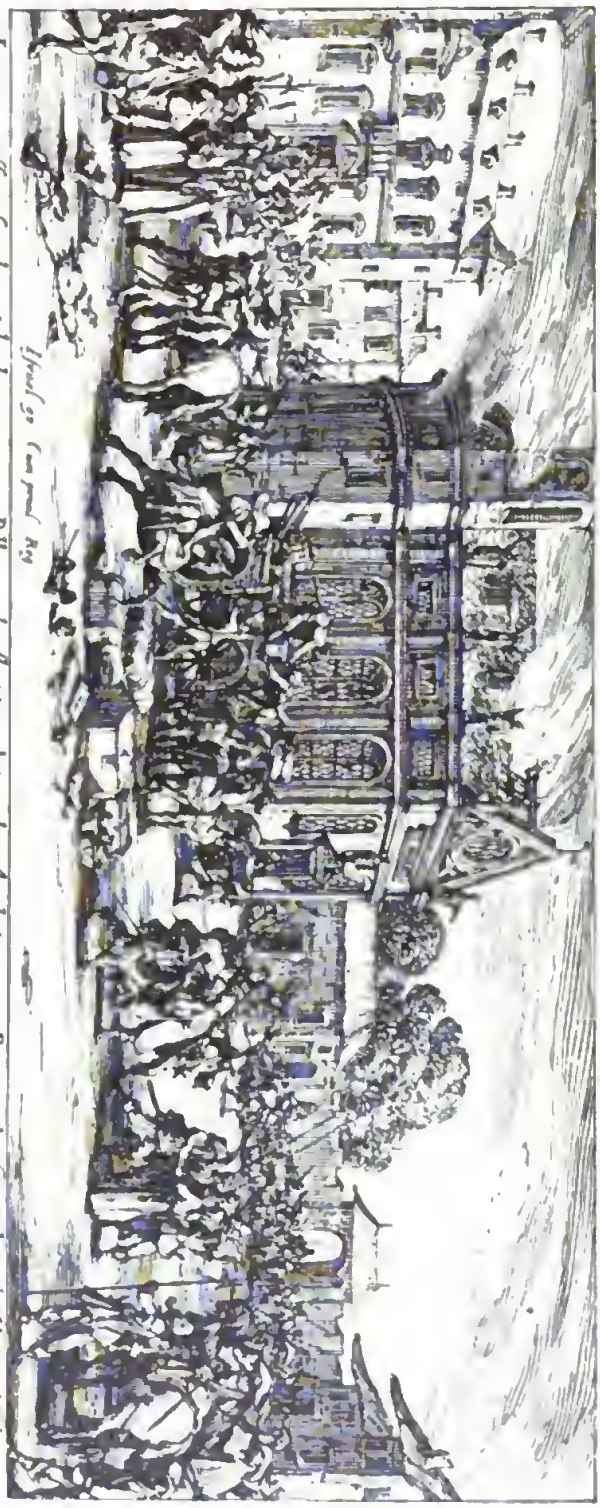
Hierdurch und durch die furchtbaren Bedrückungen, welche Wallenstein über die occupirten Gebiete verhängte, erregt, schrieben die Ligisten, einem schon im Februar in Würzburg gefaßten Beschlusse entsprechend, einen Kurfürstentag nach Mühlhausen aus, zu dem auch Kursachsen und Kurbrandenburg eingeladen wurden und in der That erschienen, da auch sie, namentlich Georg Wilhelm von Brandenburg, unter den Einquartierungen und Contributionen des Wallensteinschen Heeres furchtbar zu leiden hatten. Es war also offenbar auf eine gemeinsame Demonstration des von Wallenstein bedrängten Fürstenthums in seinen vornehmsten Vertretern gegen die in dem General repräsentirte kaiserliche Uebermacht abgesehen, die sich aber in loyale

Formen kleidete und zunächst nicht gegen den Kaiser, sondern nur gegen den kaiserlichen Feldherrn richtete. Nur mit saurer Miene gab daher der Kaiser die erforderliche Zustimmung zur Abhaltung des Kurfürstentages. Gerade deswegen aber, weil der Kaiser jetzt fester denn je zu seinem Generale stand, hielt man in den Kreisen der Liga ein gemeinsames Vorgehen für um so nothwendiger, zumal da immer bestimmter verlautete, daß man sich in Wien mit dem Plane trage, die monarchische Gewalt in Deutschland zu verstärken und „den Kurfürsten des Reichs ihre Präeminenz und Gewalt zu restringiren".

Auf dem Kurfürstentage waren dann Kurmainz und Kursachsen persönlich, alle anderen Kurfürsten durch Gesandte vertreten. Der Kaiser hatte, um über die Vorgänge genau unterrichtet zu sein, den Reichsvicekanzler Freiherrn von Strahlendorf entsandt. Man trat alsbald in Berathung darüber ein, wie den gegenwärtigen Uebelständen, den Durchzügen und Einlagerungen zu steuern, den „Insolentien der undisciplinirten Soldatesca" entgegenzutreten und allem Widerwillen im heiligen römischen Reich zu remediren sei. Das Material, welches darüber den Verhandlungen zu Grunde gelegt werden konnte und in Beschwerdeschriften bestand, welche von den verschiedensten Seiten eingelaufen waren, war in der That mehr als reich genug. So beklagten sich die Reichsstädte in einer eingehenden Eingabe, daß sie trotz aller kaiserlichen Assecurationen und Salvaguardien mit Durchzügen und Gewaltsamkeiten aller Art heimgesucht und um viele Millionen geschädigt worden seien; kleine Communen, die in der Reichsmatrikel nur mit wenigen Gulden belegt seien, hätten Hunderttausende bezahlen, außerdem aber Proviant und andere Bedürfnisse der Armee liefern müssen. Aehnliche Eingaben lagen von Seiten des fränkischen Kreises und von den Stiftern Halberstadt und Magdeburg vor. Sie sind in der That ein Beweis dafür, welche fast unerschwinglichen Opfer den von dem kaiserlichen Heere heimgesuchten Ländern zugemuthet worden sind. Das Stift Magdeburg berechnete die ihm durch die Wallensteinschen Einlagerungen in der Zeit vom October 1626 bis zum September 1627 erwachsenen Kosten auf insgesammt 687233 Thaler; einzelne größere Dörfer hatten bis zu 80000 Thalern aufbringen müssen. Die Stadt Halle wies nach, daß sie 430000 Gulden habe bezahlen müssen und den Heerführern trotzdem auf ihre Forderungen noch 117000 Gulden schuldig sei. Am allerschlimmsten war der Kurfürst von Brandenburg heimgesucht und für seine schwächliche neutrale Haltung gestraft worden. Trotz aller Gesandtschaften, die er an Wallenstein und den Kaiser geschickt hatte, waren seine Länder von den Truppen des Ersteren auf das Fürchterlichste ausgesogen worden. Die Klagen, welche dort von der Bevölkerung erhoben wurden, sind wahrhaft herzzerreißend. Als symptomatisch wurde u. A. angeführt, daß in Stendal 560, in Gardelegen 200 Häuser leer standen, deren Einwohner sich, um den Bedrückungen zu entgehen, geflüchtet hatten.

Verkleinertes Facsimile eines kaiserlichen Schutzbriefes für Nürnberg, vom Jahre 1626.

Derartige Salvaguardien wurden an den Thoren angeschlagen.



Ausraubung eines Klosters durch Soldaten. Faksimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

Es kann daher bei dieſer Lage der Dinge nicht Wunder nehmen, daß die am 3. November 1627 vom Mühlhäuſer Convente an den Kaiſer geſchickte Klageſchrift in ſehr ſcharfem Tone gehalten war und daß ein an Wallenſtein ſelbſt gerichtetes Schreiben die verſteckte Drohung enthielt, man werde ſich ſelbſt zu helfen wiſſen, wenn keine Aenderung erfolge. In dieſen Klagen und Beſchwerden waren katholiſche und proteſtantiſche Kurfürſten völlig einig. Aber es war nur naturgemäß, daß daneben auch Beſprechungen unter den jetzt die entſchiedene Mehrheit bildenden katholiſchen Kurfürſten allein ſtattfanden. Da iſt dann auf dieſem Convente zum erſten Male der verhängnißvolle Gedanke aufgetaucht, jetzt nach der Niederwerfung der Proteſtanten die ſeit Jahrzehnten ſchwebende Streitfrage wegen der in proteſtantiſchen Händen befindlichen geiſtlichen Stifter jetzt

endgiltig im katholiſchen Sinne zu entſcheiden. Damit war die Frage der nächſten Zukunft geſtellt, nicht bloß die zwiſchen Proteſtantismus und Katholicismus, ſondern auch die zwiſchen der Politik der Liga, die auf eine entſchiedene kirchliche Reaction hinauslief, und der des kaiſerlichen Feldherrn, welche jetzt zugleich die des Kaiſers war und auf die Aufrichtung einer von kirchlichen Geſichtspunkten zunächſt abſehenden kaiſerlichen Autorität gerichtet war. In dieſer doppelten Richtung mußte der weitere Gang der Dinge eine überaus wichtige Entſcheidung bringen.

Lagerſcene aus dem dreißigjährigen Kriege; links vorn das Gefängniß.
Facſimile aus Jacques Callots (1594—1635) Radirung „Belagerung von Breda", 1624.

Wallenſtein auf dem Höhepunkte ſeiner Macht. Der Friede mit Dänemark.

Die vollſtändige Niederlage, welche der umſichtige und organiſatoriſch hochbeanlagte König Chriſtian IV. von Dänemark in den Feldzügen der Jahre 1626 und 1627 erlitten hatte, war nicht allein durch die militäriſche Ueberlegenheit Tillys und Wallenſteins, ſondern zu einem großen Theil auch durch eine allgemeine Veränderung der europäiſchen Lage herbeigeführt worden, welche thatſächlich auch die Urſache des militäriſchen Uebergewichts ſeiner Gegner geworden war.

Als Chriſtian ſich im Jahre 1625 entſchloſſen hatte, die Führung in dem niederdeutſchen Kriege in die Hand zu nehmen, hatte er es nicht als einzelner Fürſt, ſondern gewiſſermaßen als der Beauftragte einer europäiſchen Coalition gethan. Nicht allein ſeine Haager Verbündeten, England und Holland, hatten ihn auf alle Weiſe zu unterſtützen verſprochen, ſondern auch der Cardinal Richelieu, der am Anfange ſeiner Regierung mit Eifer die antiſpaniſche Politik Heinrichs IV. wieder aufgenommen, hatte ihm Subſidien zugeſagt. Außerdem hatte man auf einen combinirten Angriff gegen die habsburgiſche Macht vom Norden und vom Oſten her gehofft; man hatte nicht allein mit Bethlen Gabor von Siebenbürgen, ſondern auch mit der Pforte in Verbindung geſtanden und gehofft, daß ein von dieſer Seite gegen die öſterreichiſchen Erbländer unternommener Angriff die Streitkräfte des kaiſerlichen Heeres in jenen Gebieten feſſeln und dadurch ein Zuſammenwirken deſſelben mit dem Heere der Liga unmöglich machen werde. Zu dieſem Zwecke war Mansfeld durch Schleſien nach Mähren und Ungarn entſandt worden. Und in der That, wäre dieſe Combination in vollem Umfange eingetreten, ſo würde Chriſtian IV., von Holland, England und Frankreich unterſtützt, in Niederdeutſchland nur das ligiſtiſche Heer Tillys gegen ſich gehabt und ſich vielleicht behauptet haben. Das Verhängniß für Chriſtian war, daß dieſe europäiſche Combination in den Jahren 1626 und 1627 an beiden Stellen verſagte.

Wir ſahen ſchon, daß Mansfeld bei Bethlen Gabor nicht die Unterſtützung fand, die er gehofft hatte. Zum großen Theile lag das daran, daß der Letztere den Rückhalt, den er von den Türken gehofft hatte, verlor, weil dieſe im Oſten ihres Reiches in einen Krieg mit Perſien verwickelt wurden, welcher es ihnen wünſchenswerth erſcheinen ließ, im Weſten freie Hand zu bekommen. Wie ſie im Oſten gegen ihre Glaubensgenoſſen ab-

weichender Richtung kämpfen mußten, ſo war Kaiſer Ferdinand in einen Krieg mit den andersgläubigen Fürſten des Reiches verwickelt. Beide Theile waren deshalb geneigt, die Differenzen, die zwiſchen ihnen vorwalteten, auf friedlichem Wege auszugleichen. Auf kaiſerlicher Seite war von dieſer Nothwendigkeit Niemand in höherem Grade überzeugt als Wallenſtein. Er war davon durchdrungen, daß man den Krieg mit Ungarn und der Pforte unter allen Umſtänden beendigen müſſe, um die Hände für den deutſchen Krieg frei zu bekommen. Aus dieſem Grunde hatte er, wie er dem Fürſten von Eggenberg in jener Unterredung in Bruck an der Leitha erklärte, den Krieg gegen Bethlen Gabor und die Türken nur mit Vorſicht und nicht angriffsweiſe geführt; er hatte ſich auch hier in erſter Linie nicht als Feldherr, ſondern als Politiker von weitem Blick benommen. So war es dann gelungen, erſt mit Bethlen ein neues Abkommen zu treffen, dem dann im September 1627 der Friede mit den Türken auf Grundlage desjenigen von Zſitwa-Torok gefolgt war. Dadurch wurde der Kaiſer nach dieſer Seite hin völlig von jeder Gefahr befreit, und Wallenſtein konnte ſich mit voller Kraft erſt gegen die Reſte des Mansfeldſchen Heeres in Schleſien und, als er dieſe in einem kurzen glänzenden Feldzuge zerſprengt hatte, nach Norddeutſchland wenden und dort im Verein mit Tilly den Dänenkönig völlig niederwerfen.

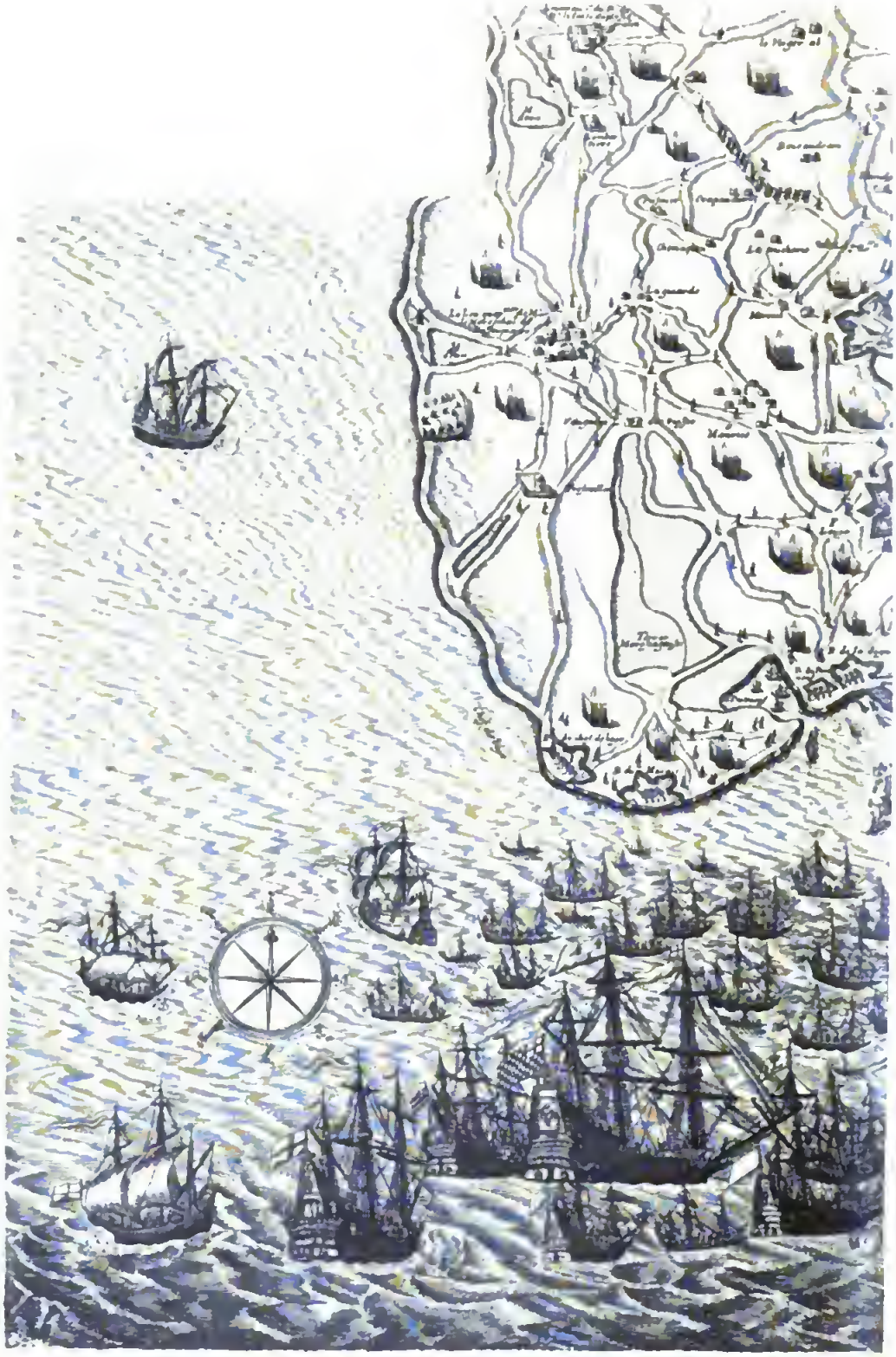
Dieſer vereinigten Macht des kaiſerlichen und ligiſtiſchen Heeres war aber Chriſtian IV. um ſo weniger gewachſen, als auch die Coalition mit ſeinen weſteuropäiſchen Verbündeten nicht Stich hielt. Zunächſt blieben die franzöſiſchen Subſidien aus, da Richelieu, zum Theil wider ſeinen eigenen Willen, eine Schwenkung in ſeiner auswärtigen Politik vollzogen hatte.

Im Jahre 1625, als ſich jene Annäherung zwiſchen Frankreich, England und Holland vollzog, hatte man erwartet, daß Richelieu, wenn er nur erſt im Inneren ſeines Landes aller Schwierigkeiten Herr geworden ſein würde, ſich activ an dem Kampfe gegen Oeſterreich-Spanien betheiligen würde. Um ihm das zu ermöglichen, hatten ſich die proteſtantiſchen Mächte England und Holland ſogar dazu verſtanden, Richelieu in ſeinem Kampfe mit den Hugenotten, der eben im Jahre 1625 aufs Neue entbrannt war, zu unterſtützen: man ſetzte ſich über das Bedenken, die eigenen Glaubensgenoſſen in Frankreich zu bekämpfen, durch die doppelte Erwägung hinweg, daß einmal Richelieus Kampf nicht der Religion, ſondern der politiſchen Sonderſtellung der Hugenotten gelte, und daß ferner die Letzteren das einzige Hemmniß des Zuſtandekommens des Bündniſſes mit Frankreich ſeien. Wie war man daher erſtaunt, als Frankreich, nachdem es der Hugenotten Herr geworden war, ohne ſie darum ihrer religiöſen Freiheit zu berauben, im Jahre 1626 mit Spanien den Frieden von Barcellona abſchloß, der jenes Syſtem eines Bundes gegen Oeſterreich-Spanien völlig über den Haufen warf. Man hat dies Richelieu nicht ohne Berechtigung als eine directe Treuloſigkeit vorgeworfen; er ſelbſt aber hat ſtets behauptet, daß jener Friede mit Spanien von einer extrem-katholiſchen Partei, der er nicht angehörte und die ſeine

kirchliche Haltung nicht billigte, ohne sein Wissen und gegen seinen Willen zu Stande gebracht worden sei. Wie dem auch sei, jedenfalls wurde Richelieu zunächst in den Bahnen der durch jenen Frieden von Barcellona eingeschlagenen Politik festgehalten und mußte vorerst auf seine antihabsburgischen Ziele verzichten.

Es war nur natürlich, daß nach diesem schroffen Systemwechsel Frankreichs sich das Verhältniß desselben zu seinen bisherigen Verbündeten bald geradezu feindselig gestaltete. Während vor dem Frieden von Barcellona von einem gemeinsamen Angriffe Englands und Frankreichs auf Spanien die Rede gewesen war, verbündeten sich jetzt Frankreich und Spanien gegen England. Verschiedene Momente trugen dazu bei, die Spannung zwischen England und Frankreich zu vermehren. Einmal bekam Buckingham in den inneren Wirren, welche damals in England zwischen Königthum und Parlament entsprangen, deutlich den Unwillen zu empfinden, den das englische Volk gegen jene Unterstützung, die er Richelieu gegen die französischen Hugenotten hatte zu Theil werden lassen, empfand. Und da nun die französische Regierung die Bedingungen, die den Hugenotten unter englischer Vermittelung zugestanden worden waren, nicht innehielt, so ergriff Buckingham mit Freuden die Gelegenheit, um sich durch eine Intervention zu Gunsten der französischen Hugenotten die Gunst des englischen Volkes wieder zu gewinnen. Dieser Zweck wurde zwar nicht erreicht, da die von ihm zur Unterstützung La Rochelles unternommene Expedition kläglich scheiterte, aber der alte Gegensatz zwischen England und Frankreich war damit zunächst aufs Neue in voller Schärfe erwacht, England mit Spanien und Frankreich zugleich in Krieg verwickelt. Unter diesen Umständen konnte es dem unter seiner Mitwirkung begonnenen Unternehmen in Deutschland keine Unterstützung zu Theil werden lassen; noch viel weniger aber war das bei Frankreich der Fall, welches jetzt mit Spanien verbündet war und unmöglich an dem Kampfe gegen die deutschen Habsburger theilnehmen konnte. So kam es, daß der aus seinem Stifte vertriebene Administrator Christian Wilhelm von Magdeburg, der sich im Auftrage des Dänenkönigs nach England und Frankreich begab, um Unterstützung für diesen zu erbitten, bei beiden Staaten kein Gehör für seine Bitte fand. Christian IV. blieb in seinem ungleichen Kampfe gegen Tilly und Wallenstein, in welchem er bis tief in sein eigenes Königreich hinein zurückgedrängt worden war, völlig isolirt.

Welche imposante Stellung aber nahm nunmehr in Deutschland der siegreiche kaiserliche Generalissimus ein, der zugleich den Krieg im Osten und den mit Dänemark mit einem für den Kaiser so glücklichen Erfolge geführt hatte! Immer höher flog jetzt sein Ehrgeiz. Seine schroffe und rücksichtslose Natur hatte sich nie durch eine allzu große Achtung vor dem Herkömmlichen, durch die Tradition Geheiligten ausgezeichnet. Schon früher hatten die Fürsten der Liga heftige Klage gegen ihn wegen seines hochfahrenden Wesens erhoben. Jetzt meinte er noch mehr als früher sich über jede Rücksicht auf



Belagerung von La

Verkleinertes Facſimile eines Kupferſtiches in: Joh. Valdor,

Digitized by Google

Rochelle im Jahre 1628.

Ludovici justi XIII triumphalia monumenta. Paris 1649.

sie hinwegsetzen zu dürfen. Indem er die Macht des Kaisers hoch über die aller deutschen Fürsten erhob, meinte er doch zugleich auch die seinige noch weiter steigern und das, was die anderen Fürsten Deutschlands durch das Recht der Geburt besaßen, durch den glücklichen Erfolg seiner Waffen erreichen zu können. Zunächst wünschte er, nachdem er längst in den deutschen Reichsfürstenstand eingetreten war, auch wirklicher Landesfürst zu werden. Er setzte es in der That beim Kaiser durch, daß derselbe, nachdem er über eine Reihe kleinerer Anhänger des Dänenkönigs umfassende Güterconfiscationen verhängt hatte, die mecklenburgischen Herzöge, welche sich ebenfalls Christian angeschlossen hatten, in des Reiches Acht that und ihre Länder ihm, dem glücklichen Feldherrn, verlieh. Nicht ganz ohne Widerstand gelang das. Als Wallenstein zuerst mit diesem Verlangen hervortrat, waren im kaiserlichen Geheimen Rath, dem Ferdinand die Sache zur Begutachtung vorlegte, die Meinungen sehr getheilt; mehrere der Räthe erhoben gewichtige Bedenken gegen die Maßregel, welche allgemeines Aufsehen erregen und Unmuth und Verzweiflung der protestantischen Fürsten wie des Fürstenthums überhaupt noch steigern werde. Den Ausschlag zu Gunsten Wallensteins gab schließlich ein Mann, der später zu seinen schlimmsten Gegnern gehörte: der kaiserliche Beichtvater Lamormain, den der Feldherr, wie allgemein angenommen wurde, durch ein erhebliches Geldgeschenk und das Versprechen, einige Jesuitencollegia zu begründen, für sich gewonnen hatte. In einer Audienz, die der Kaiser im Dezember 1627 seinem Feldherrn in Brandeis an der Elbe bewilligte, setzte er ihn persönlich von der Gewährung seines Gesuchs in Kenntniß. Am 26. Januar 1628 wurde dann die feierliche Urkunde ausgefertigt, durch welche Ferdinand Wallenstein die Herzogthümer Mecklenburg mit allen Hoheiten und Präeminentien, welche die früheren Besitzer gehabt hatten, zu „einem wahren und beständigen Kauf“ überließ. Im Juni 1629 folgte die erbliche Uebertragung.

Dadurch aber wurden ihm nun die weitesten Aussichten eröffnet. Im Besitze eines Theils der Ostseeküste dachte er alsbald daran, diese Herrschaft nach Pommern hin auszudehnen und dem Kaiser bezw. sich selbst auch die Herrschaft über die ganze Ostsee zu erringen. Zu diesem Zwecke ließ er sich von Ferdinand am 21. April 1628 auch zum deutschen Admiral, oder, wie es ausgedrückt wurde, zum „General der ganzen kaiserlichen Schiffsarmada zu Meer, wie auch des oceanischen und baltischen Meeres General“ ernennen. An demselben Tage aber wurden auch seine Vollmachten als oberster Commandirender der Landarmee durch ein neues Patent noch erweitert. Jetzt erst erhielt er officiell den Titel „General-Oberst-Feldhauptmann“, dessen er sich thatsächlich schon seit 1626 bediente. Außerdem erhielt er das Recht, „alles Kriegsvolk zu mustern, abzuzahlen, zu revidiren und der Contrasegnien dabei sich zu gebrauchen“. Selbst die Ernennung der Obersten, die sich der Kaiser 1625 formell noch vorbehalten hatte, wurde ihm überlassen; nur die der Generale blieb auch jetzt in den Händen des Kaisers. Alle Officiere und Gemeine wurden ausschließlich an Wallensteins Befehle gewiesen.

Man hat wohl gemeint und dieser Ansicht noch neuerdings Ausdruck gegeben, daß Wallenstein diese ungeheuren Zugeständnisse dem Kaiser sehr gegen dessen Willen abgetrotzt habe, daß es mehr die Furcht vor seinem eigenen Feldherrn, als der Dank gegen ihn gewesen sei, der Ferdinand dazu veranlaßt habe. Allein, sieht man näher zu und prüft man die weitumfassenden Pläne und Entwürfe, die damals vom Kaiser und seinem Feldherrn erwogen wurden, so erscheint die Sachlage doch in einem ganz andern Lichte. Man wird sagen dürfen, daß im Großen und Ganzen in den großen Zielen der Politik noch völlige Uebereinstimmung zwischen dem Kaiser und seinem Feldherrn herrschte, ja daß dieselben im Wesentlichen auch von der maßgebenden Autorität der occidentalen Christenheit, dem Papste, gebilligt wurden. Der päpstliche Nuntius Caraffa hat sich damals noch mit den universalen Gedanken Wallensteins in der Hauptsache einverstanden erklärt. In der innerdeutschen Politik zwar gingen die Pläne Wallensteins weiter, als der Kaiser zu gehen beabsichtigte. Jene gegen die Selbständigkeit des deutschen Fürstenthums und die Vorrechte des Kurfürstencollegiums gerichteten Tendenzen, welche man Wallenstein nicht ohne Berechtigung zuschrieb, hat der Kaiser, wie er den darüber beunruhigten katholischen Kurfürsten wiederholt versicherte, weit von sich gewiesen. Um so mehr war er mit den Grundzügen der universalen Gedanken der europäischen Politik, zu denen sich Wallensteins kühner Geist damals erhob, durchaus einverstanden. In der That waren dieselben weltumfassend im eigentlichen Sinne des Wortes. Es war nichts weniger und nichts mehr als jene seit Jahrhunderten in den Hintergrund getretene Idee einer abendländischen einheitlichen Christenheit unter der universalen Oberhoheit des Kaisers, die alte imperialistische Idee, welche Wallenstein vorschwebte. Er gedachte den Kaiser wieder zum Schiedsherrn, ja in gewissem Sinne zum Oberherrn der europäischen Staatenwelt zu machen. Wie er mit den Hansestädten in Verhandlungen trat, um eine directe Verbindung zwischen ihnen und Spanien mit Umgehung des holländischen und englischen Zwischenhandels herzustellen, so meinte er auch einen Ausgleich zwischen Polen und Schweden erreichen zu können, etwa auf der Grundlage, daß König Sigismund die Herrschaft Gustav Adolfs in Schweden anerkenne, was bisher noch immer nicht geschehen war, Schweden aber die Bekämpfung Polens auf dem Festlande aufgebe. Wallenstein hoffte so, selbst Gustav Adolf, der bereits mehrfach mit dem Gedanken umgegangen war, in den deutschen Krieg als Gegner des Kaisers einzugreifen, auf seine Seite hinüberzuziehen. Er rechnete dabei vor Allem auf die alte Eifersucht zwischen Dänemark und Schweden, die bei Gustav Adolf um so größer war, als der letzte Friede zwischen beiden Mächten zu Ungunsten Schwedens ausgefallen war. Er stellte Gustav Adolf die Herrschaft über Norwegen, ja selbst über Dänemark, die letztere unter kaiserlicher Lehnshoheit, in Aussicht. Wenn auf diese Weise der Friede zwischen den christlichen Mächten des Ostens und Nordens hergestellt sei, dachte Wallenstein unter Mitwirkung des Papstes den Krieg gegen den

alten Erbfeind der Chriſtenheit, den Türken, in großem Stile wieder aufzunehmen. Eben hierüber iſt er mit dem Papſte bereits in Gedankenaustauſch getreten und hat die volle Billigung des päpſtlichen Nuntius Caraffa gefunden.

Man ſieht, zu welchen weitausſehenden Entwürfen das univerſale Kaiſerthum in der Form, in der es durch ſeinen Feldherrn hergeſtellt war, ſich noch einmal erheben konnte. Aber freilich war es in erſter Linie nicht der Kaiſer ſelbſt, ſondern der Feldherr, der es zu dieſer univerſalen Höhe erhoben hatte und der nun dadurch auch ſelbſt eine Machtſtellung errang, die über kurz oder lang, wenn die Uebereinſtimmung in den Zielen einmal nicht mehr vorhanden war, dem Kaiſer in hohem Maße gefährlich werden konnte. Unter dieſem Geſichtspunkte und dem ihrer fürſtlichen Machtvollkommenheit betrachteten die Fürſten der Liga, betrachtete vor Allem Maximilian von Bayern die Lage der Dinge; der perſönliche Gegenſatz zwiſchen ihm und Wallenſtein, der immer ſchärfer zu Tage trat, war zugleich auch ein ſachlicher. Es war die Frage, welcher Seite ſich der Kaiſer, zwiſchen dieſe beiden Gegenſätze geſtellt, zuneigen werde. Stand doch ſelbſt der ſpaniſche Geſandte, deſſen Herrſcher von den univerſalen Plänen Wallenſteins neben der deutſchen Habsburger Linie den größten Machtzuwachs erwarten durfte, im Weſentlichen auf Seiten Maximilians, weil auch ihm die Machtvollkommenheit des kaiſerlichen Feldherrn unheimlich und gefahrdrohend erſchien. Eben in dieſen Tagen berichtete er hierüber an den Hof in Madrid: „Wallenſtein iſt jetzt der alleinige Gebieter und läßt dem Kaiſer kaum etwas Anderes als den Titel. Bei dem geringſten Widerſpruch gegen ſeine Pläne gibt es keine Sicherheit wider ihn, denn ſeine Naturanlage iſt ebenſo furchtbar wie unbeſtändig, da er nicht einmal ſich ſelbſt zu beherrſchen weiß."

In noch ſchrofferem Gegenſatz zu Wallenſtein aber ſtand, wie erwähnt, der Kurfürſt Maximilian. Dieſer Gegenſatz wurde geſteigert durch allerlei verwegene Reden Wallenſteins, die im Reiche verbreitet wurden; er ſollte, wie Maximilian an den Kurfürſten von Köln ſchreibt, geäußert haben, er wolle die Kurfürſten Mores lehren; ſie müßten von dem Kaiſer und nicht der Kaiſer von ihnen dependiren; die Succeſſion im römiſchen Reich, über die Ferdinand eben damals zu verhandeln begann, gebühre dem Sohne des Kaiſers ohne Weiteres, ohne daß es einer Wahl bedürfe. Gedanken, wie ſie Wallenſtein wohl gehegt und in der Erregung des Augenblicks hingeworfen haben mag, die aber ſchon darum weit von aller Verwirklichung waren, weil der Kaiſer ſie ausdrücklich weit von ſich wies. Für die Kurfürſten aber bildeten ſie naturgemäß einen Gegenſtand ernſter Beſorgniß. Man traute dem kaiſerlichen Feldherrn die verwegenſten Pläne zu und wurde darin durch die Berichte beſtärkt, welche der Kapuziner Alexander de Hales, der dereinſt 1623 von Maximilian zu einer diplomatiſchen Miſſion nach London benutzt worden war, im April 1628 auf Grund der Ausſage einer einflußreichen Perſönlichkeit (personnagio grande) aus Prag über die Pläne und die ganze Sinnesart Wallenſteins erſtattete (die ſogenannten Kapuzinerrelationen). In dieſen

Berichten wird Wallenstein geradezu die Absicht zugeschrieben, die aristokratische Verfassung Deutschlands in eine absolute Monarchie umzuwandeln und dann zu zeigen, „welche große Macht Deutschland innewohne, wenn es unter einem einzigen Oberhaupte vereinigt sei". Ja die Relationen gehen noch weiter, sie behaupten geradezu, daß Wallenstein für den Fall, daß dem Kaiser plötzlich etwas zustoße, die Absicht habe, sich selbst um die Kaiserkrone zu bewerben, sich von seinem Heere zum Kaiser ausrufen zu lassen. Nun hat zwar selbst derjenige unter den neueren Historikern, der am schärfsten den Standpunkt der Anklage gegen Wallenstein vertritt, zugeben müssen, daß nicht die leiseste Andeutung von Wallensteins Seite selbst sich entdecken lasse, welche auf einen solchen verwegenen Gedanken hindeute; auf der andern Seite aber hat derselbe doch nachgewiesen, daß die einflußreiche Persönlichkeit, welche der Gewährsmann des Kapuziners war, doch nicht der Einzige gewesen ist, der dem kaiserlichen Feldherrn solche Pläne zutraute.

Dem gegenüber meinten nun die katholischen Kurfürsten, aufs Neue gemeinsam gegen Wallenstein vorgehen zu müssen. Sie glaubten, daß das nur Erfolg haben werde, wenn sie sich in Person zum Kaiser verfügten. Und je mehr Wallenstein die kaiserliche Machtvollkommenheit zu steigern strebte, um so mächtiger mußten naturgemäß auf der andern Seite die particularistischen Tendenzen emporschnellen. Maximilian gab seinen Mitkurfürsten zur Erwägung anheim, ob man nicht dahin streben müsse, daß das kurfürstliche Collegium die Leitung der Reichspolitik in die Hand nehme, da man am kaiserlichen Hofe keine Lust zu haben scheine, den tausendfachen Schwierigkeiten, die durch die immer erneuten Werbungen Wallensteins entstanden seien, abzuhelfen. Außerdem gab Maximilian und ihm folgend der ebenfalls durch Einquartierungen ꝛc. beleidigte sächsische Kurfürst schon jetzt der Meinung Ausdruck, daß man die römische Königswahl von der Abstellung der Beschwerden gegen Wallenstein abhängig machen solle. Obwohl dann wirklich auf erneutes Bitten von kurmainzischer Seite der Kaiser sich bereit erklärte, bei Wallenstein auf eine Reduction der Truppen hinzuwirken, nahm dennoch ein im Juni in Bingen zusammentretender Convent eine sehr schroffe Haltung an und erneuerte in schärfster Weise die alten Anklagen gegen Wallenstein; ja der bayrische Gesandte Wolkenstein stellte hier schon den Antrag, man solle auf Wallensteins Absetzung dringen, fand aber doch selbst bei Kurmainz zunächst noch keine directe Zustimmung. Wohl aber wurde am 7. Juli beschlossen, die Bundesarmee zur Abwehr weiterer Bedrückungen zu verwenden. Sollten aber die Zusagen des Kaisers wegen der Verminderung der Truppen nicht erfüllt werden, so solle eine Gesandtschaft an den Kaiser mit der Bitte um die Absetzung Wallensteins geschickt werden, da der Kaiser — so sollten die Gesandten erklären — seines Feldhauptmanns zum Gehorsam nicht mehr mächtig genug wäre. Wie ernst man es mit diesen Beschlüssen meinte, geht daraus hervor, daß man thatsächlich bei Kursachsen und Kurbrandenburg anfragte, ob sie bereit seien, sich eventuell an dem Defensionswerk gegen Wallenstein zu betheiligen.

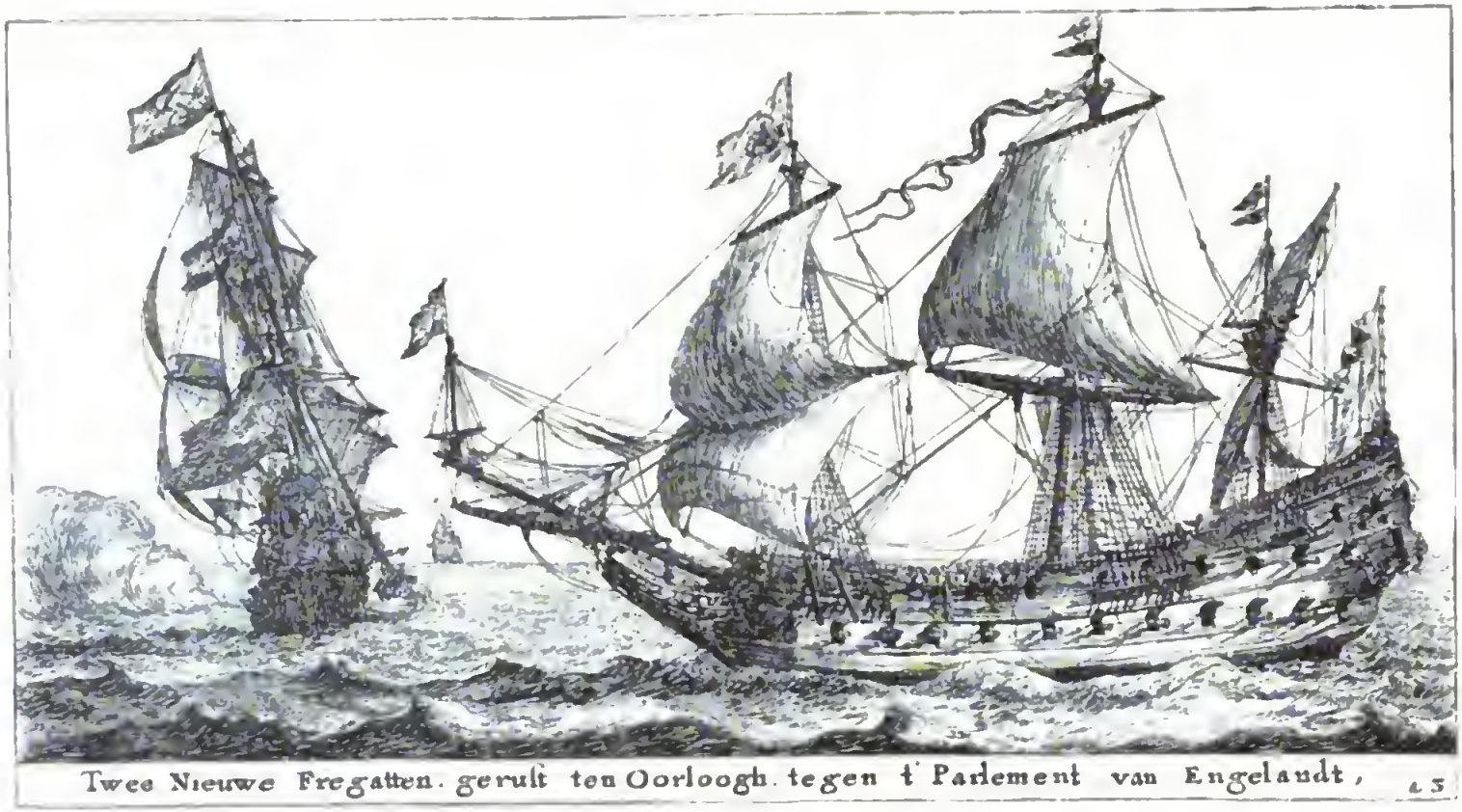
Während sich so im Innern Deutschlands von Seiten der eigentlichen Verbündeten des Kaisers drohende Wolken über dem Haupte des siegreichen Feldherrn zusammenthürmten, trat ihm an anderer Stelle auf militärischem Gebiete zum ersten Male ein Widerstand entgegen, den er nicht zu bewältigen vermochte.

Wir erwähnten schon die umfassenden, auf eine Oberherrschaft über die Ostsee gerichteten Pläne, welche Wallenstein als Reichsadmiral hegte. Sie fanden noch einen besonderen Rückhalt in seinen Interessen als Landesfürst, seitdem er als Herzog von Mecklenburg in den Besitz eines Theiles der Ostseeküste gelangt war. Sein Bestreben ging jetzt vor Allem dahin, sich einiger wichtiger Küstenplätze zu bemächtigen. Schon hatte er den Herzog von Pommern dazu vermocht, kaiserliche Besatzungen in einigen seiner Städte aufzunehmen. Ein ähnliches Ansuchen wurde jetzt auch an die Stadt Stralsund gestellt, welche zwar eine landesherrliche Stadt, aber mit so großen Privilegien ausgestattet war, daß sie sich einer gewissen Autonomie erfreute. Der Herzog von Pommern hatte ihr zudem noch kürzlich zugesagt, sich dafür verwenden zu wollen, daß sie von kaiserlicher Besatzung verschont bleibe. Gleichwohl rückten nun die kaiserlichen Obersten heran und besetzten ein kleines Eiland, den Dänenholm, welches dem Hafen von Stralsund vorgelagert ist. Aber die muthige, für ihre kirchliche und politische Freiheit besorgte Bürgerschaft faßte trotz der Gefahren, die sie dadurch über sich heraufbeschwor, den mannhaften Entschluß, die Kaiserlichen aus dieser Stellung wieder zu vertreiben. Als das gelungen war, erschien der jetzt zum Feldmarschall erhobene Wallensteinsche General Arnim vor der Stadt und stellte in Wallensteins Auftrage die Forderung an dieselbe, eine kaiserliche Besatzung aufzunehmen. Als die Stadt sowohl dies als auch die Aufnahme einer herzoglich pommerschen Besatzung ablehnte, begann im Mai die Belagerung. Allein wie Wallenstein mit Recht auf den Besitz dieser Stadt den allergrößten Werth legte, so erkannten auch die nordischen Mächte die entscheidende Bedeutung derselben. Der Widerstand aller Gegner des Katholicismus und der kaiserlichen Allgewalt sammelte sich in diesem letzten Bollwerke des Protestantismus. Die Bürgerschaft, welche unter der Führung ihrer Bürgermeister und Worthalter Steinwig, Gosen, Hasert und Koch einen heldenhaften Widerstand leistete, fand nicht allein bei Dänemark, sondern auch bei Schweden, welches durch die maritimen Pläne Wallensteins fast am meisten bedroht wurde, eifrige und energische Hilfe. Gustav Adolf war weit entfernt, auf die Anerbietungen, die ihm Wallenstein gemacht hatte, einzugehen. Er vereinigte sich vielmehr auf das Engste mit dem schwer bedrängten Dänenkönige. Hier vor Stralsund fand diese Einigung zum ersten Male ihren Ausdruck. Auch mit Stralsund selbst schloß Gustav Adolf ein Bündniß auf zwanzig Jahre. Die Hilfe, die der bedrängten Stadt von den beiden nordischen, über eine stattliche Seemacht gebietenden Königen in aufopferndster Weise geleistet wurde, gab ihr eine Widerstandskraft, die Wallenstein um so weniger

zu brechen vermochte, als er ſelbſt nicht über eine genügende Anzahl von Schiffen verfügte, um ſie auch von der Seeſeite einzuſchließen. Die Rhede der Stadt blieb daher ſtets frei, ſo daß die muthigen Vertheidiger immer aufs Neue mit Verſtärkungen und Zufuhr verſehen werden konnten. Trotz aller neuen Truppen, die Wallenſtein ſelbſt im Juni heranführte, machte die Belagerung keine nennenswerthen Fortſchritte, obwohl Wallenſtein, wie man ſich erzählte, geäußert hatte, er wolle die Stadt einnehmen, und wenn ſie mit Ketten an den Himmel angeſchloſſen wäre. Schließlich ließ er ſich ſogar herbei, der Stadt einige Zugeſtändniſſe zu machen, wenn ſie den ferneren Widerſtand aufgebe. Er wollte nicht mehr auf einer kaiſerlichen Beſatzung beſtehen, ſondern ſich mit einer herzoglich pommerſchen begnügen; außerdem ſollte die Stadt Abbitte leiſten, dem auf Rügen ſtationirten kaiſerlichen Volk ſtets den Paß gönnen, das däniſche, ſchwediſche und eigene Volk entlaſſen, die neuen Außenwerke niederreißen und eine erhebliche Geldſumme (80000 Thaler) zahlen. Auf dieſer Grundlage war der Rath der Stadt in der That am 14. Juli bereit, einen Accord zu ſchließen, allein die Bürgerſchaft verwarf denſelben und widerſtand auch ferner in hehrer Begeiſterung für ihren Glauben, für den ſie durch Nachgiebigkeit Gefahr fürchtete, allen Angriffen. Als nun am 20. Juli der König von Dänemark mit einer ſtarken Flotte auf Rügen landete, entſchloß ſich Wallenſtein endlich doch, die mit Aufbietung aller Kräfte begonnene Belagerung aufzuheben. Er fürchtete mit Recht, daß, wenn er dieſelbe fortſetze, ein feindliches Heer an einer andern Stelle der Küſte landen und ihn im Rücken bedrohen könne. Zum unendlichen Jubel der Belagerten räumten die Kaiſerlichen in den erſten Auguſttagen die Schanzen und zogen ab.

Wie begründet jene Beſorgniß Wallenſteins vor einer feindlichen Landung war, zeigte ſich ſehr bald. Der König von Dänemark ſegelte ſofort von Rügen nach Uſedom und nahm die Schanzen von Peenemünde und das Schloß in Wolgaſt ein. Mit größter Schnelligkeit raffte nun Wallenſtein ein größeres Truppencorps zuſammen und wandte ſich in Eilmärſchen gegen das däniſche Heer, welches er bei Wolgaſt ſo entſcheidend aufs Haupt ſchlug, daß ſich Chriſtian mit dem Reſte ſeines Heeres ſchleunigſt zu Schiff retten mußte.

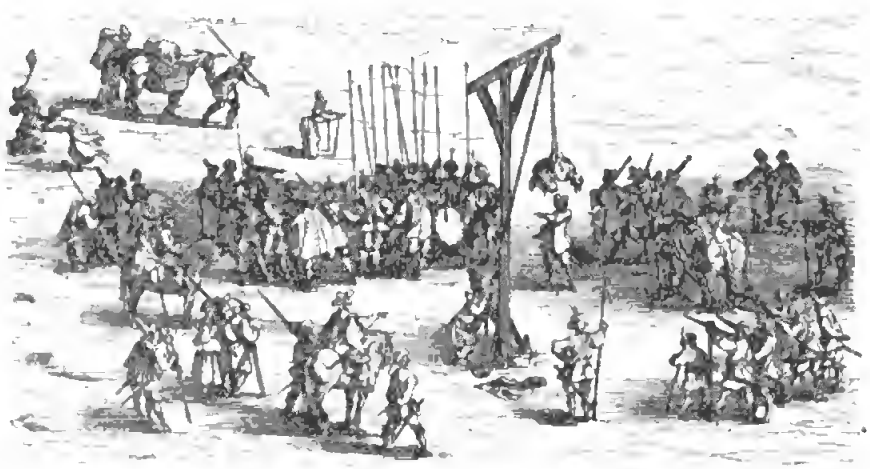
Beide Theile waren jetzt zum Frieden geneigt; denn auch von kaiſerlicher Seite konnte man bei dem Mangel einer Flotte auf eine erfolgreiche Fortſetzung des Krieges gegen die Inſelbeſitzungen des Königs nicht rechnen. Außerdem aber hegte Wallenſtein die Beſorgniß, daß ſich bei einer weiteren Fortſetzung des Krieges der König von Schweden in denſelben einmiſchen werde, deſſen Einvernehmen mit dem Könige von Dänemark er noch für weit enger hielt, als es thatſächlich war. Eben um Dänemark von Schweden loszureißen und, wenn möglich, mit dem Kaiſer zu verbinden, hielt Wallenſtein den Frieden für dringend wünſchenswerth; eben deswegen war er auch dafür, dem Könige möglichſt milde Bedingungeu zu gewähren. Die Landabtretungen von Schleswig, Holſtein und ſelbſt Jütland, die von kaiſerlicher Seite anfangs



Kriegsmarine in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Facsimile der Radirung von Reinier Zeeman (Rooms, geb. 1612).

verlangt worden waren, ließ Wallenstein während der im Januar 1629 auf einem Congreß zu Lübeck begonnenen Unterhandlungen fallen, ebenso die Kriegskostenentschädigung. Die Hauptsache war ihm, daß der König auf jede Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse verzichte und sich endgiltig von Schweden lossage, dessen Gesandten Wallenstein sogar den erbetenen Zutritt zu dem Friedenscongresse verweigerte. So kam man sich allmählich näher. Christian IV. hatte seinerseits, obwohl völlig besiegt, doch ebenfalls einige Bedingungen gestellt, die dem Kaiser sehr unbequem waren; namentlich verlangte er, daß Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises bei freier Religionsübung und freier Wahl der Stifter verbleiben und daß eine Generalamnestie für alle Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises erlassen werden solle. Schließlich aber beschied er sich doch, auf jede Einwirkung in die Regelung der deutschen Angelegenheiten zu verzichten, wogegen ihm alle während der Kriegsjahre entrissenen Länder wiedergegeben wurden. Außerdem verzichtete er für sich und seine Söhne auf alle Ansprüche auf niederdeutsche Stifter, erkannte die Kurwürde Maximilians von Bayern und, nach einigem Sträuben, auch die Absetzung der mecklenburgischen Herzöge und die Uebertragung ihrer Länder auf Wallenstein als zu Recht bestehend an. Auf dieser Grundlage wurde am 22. Mai 1629 der Friede zu Lübeck abgeschlossen.

Der dänische Krieg war beendigt, der Kaiser hatte völlig freie Hand für die Regelung der Verhältnisse in Deutschland erhalten. Es mußte sich nun zeigen, welchen Gebrauch er davon machen werde, ob er auch in dieser Beziehung auf die politischen Ideen seines Feldherrn einzugehen geneigt sein werde. Sehr bald trat es zu Tage, daß das nicht der Fall war. Schon war im Entwurfe eine Maßregel in Aussicht genommen, welche dem Kriege in Deutschland eine ausgesprochen religiös-kirchliche Färbung geben mußte, die den Intentionen des kaiserlichen Feldherrn in keiner Weise entsprach. Der Keim zu einem neuen Conflicte war gelegt.



Der Wippgalgen. Militärstrafe im dreißigjährigen Kriege.
Facsimile aus Jacques Callots (1594—1635) Radirung „Belagerung von Breda", 1624.

Das Reſtitutionsedict und die Abſetzung Wallenſteins.

Wenn man nach den Urſachen der von Jahr zu Jahr ſchroffer gewordenen feindſeligen Spannung zwiſchen Wallenſtein und den Fürſten der Liga, namentlich deren Führer und Haupte Maximilian von Bayern, forſcht, ſo lagen dieſelben doch nicht ausſchließlich oder auch nur vornehmlich in den Gewaltthätigkeiten und Bedrückungen der Wallenſteinſchen Armee, über welche ſich die Liga in allen ihren Eingaben an den Kaiſer in ſo beweglichen Worten beſchwerte: vielmehr war es ein tiefgreifender Gegenſatz der politiſchen Grundſätze und Ziele, welcher zwiſchen Beiden vorwaltete. Man mag der Herrſchſucht und dem ſchrankenloſen perſönlichen Ehrgeize des kaiſerlichen Feldherrn einen noch ſo großen Einfluß auf ſeine Handlungen zuſchreiben: am Tage liegt doch, daß er in erſter Linie den Fürſten deshalb verhaßt war, weil er nach jeder Richtung hin die alte, durch das Territorialfürſtenthum ſeit Jahrhunderten erfolgreich niedergehaltene imperialiſtiſche Idee zu neuem Leben zu erwecken unternahm. Und eben weil unter Karl V. der gleiche Verſuch an dem Gegenſatze der confeſſionellen Parteien geſcheitert war, glaubte ihn Wallenſtein nur verwirklichen zu können, indem er von jenem Gegenſatze zunächſt völlig abſah und das Kaiſerthum gleichſam über denſelben zu ſtellen trachtete, in ähnlicher Weiſe wie das Richelieu in Frankreich gethan hat; nicht eigentlich, als ob er dadurch den katholiſchen Charakter der monarchiſchen Centralgewalt hätte verwiſchen wollen — das hat auch Richelieu in Frankreich nicht gethan —, wohl aber meinte er es erreichen zu können, daß auch den Andersgläubigen eine geſetzlich geſicherte Exiſtenz im Reiche gewährleiſtet würde, bei der ſie beſtehen könnten. Dann würde ſich das Kaiſerthum gegenüber dem Fürſtenthum beider Religionsparteien als überlegene Obergewalt aufgebaut haben. Es waren keineswegs bloß militäriſche Rückſichten, welche ihn veranlaßten, bei der Anſtellung der höheren Offiziere nur auf deren militäriſche Eigenſchaften, nicht aber auf ihr Glaubensbekenntniß zu ſehen. Er wollte vielmehr durch dieſen gemiſcht proteſtantiſch-katholiſchen Charakter ſeines Heeres es unmöglich machen, daß deſſen Siege etwa im Sinne einer einſeitig katholiſchen Reaction verwerthet würden. Er erkannte mit voller Klarheit, daß das Kaiſerthum nach innen wie nach außen zu einem beſtimmenden Machteinfluß nur gelangen könne, wenn es ihm gelänge, über die Kräfte beider Religionsparteien zu verfügen. Denn gerade durch den Gegenſatz zwiſchen ihnen war ſeit Karl V. noch jede Action des Kaiſerthums nach

außen hin gelähmt worden. Um aber dieſe imperialiſtiſche Idee, die ihm vorſchwebte und deren Verwirklichung auch ihm ſelbſt zu einer maßgebenden Stellung neben und über dem Fürſtenthume verhelfen konnte, zur Durchführung zu bringen, ſtrebte er nicht bloß darnach, den inneren Kampf nicht zu einem wirklichen Religionskriege werden zu laſſen, ſondern er ſuchte auch vor Allem, die herkömmlichen Prärogativen des territorialen Fürſtenthums, durch welche die Centralgewalt in dem letzten Jahrhundert völlig lahmgelegt worden war, auf das erreichbar geringſte Maß zu beſchränken. Er hat wohl geäußert, es müſſe dahin kommen, daß es in Deutſchland ebenſo wie in Frankreich und Spanien nur einen König gebe. Die Fürſten ſeien im Grunde nichts Anderes, als die Stände in anderen Monarchieen.

Dieſer ſein politiſcher Grundgedanke aber, dem er zuweilen, wie er zu thun pflegte, in der ſchroffſten und rückſichtsloſeſten Form Ausdruck verlieh, mußte natürlich den energiſchſten Widerſtand bei dem in ſeinen Vorrechten bedrohten Fürſtenthum, namentlich aber bei dem kurfürſtlichen Collegium wachrufen, gegen das mehrere jener weitausſehenden Aeußerungen Wallenſteins in erſter Linie gerichtet waren. Hatte doch einer ſeiner militäriſchen Commiſſäre, der mit ſeinen politiſchen Anſchauungen wohl vertraut war, ſich geradezu zu dem Ausſpruche hinreißen laſſen: es werde nicht eher gut im Reiche ſtehen, als bis man einem der Kurfürſten den Kopf vor die Füße gelegt habe. Sehr bezeichnend iſt es nun aber, daß die ſchroffe Oppoſition gegen dieſe imperialiſtiſche Richtung der Wallenſteinſchen Politik ihre vornehmſten Vertreter nicht in den Reihen der in erſter Linie von ihm bedrängten, zum Theil offen bekämpften proteſtantiſchen Fürſten, ſondern in dem vornehmſten Vorkämpfer des Katholicismus, der zugleich der Verbündete des Kaiſers war, in Maximilian von Bayern, fand. Es war nicht Furcht allein, wie man wohl behauptet hat, was die proteſtantiſchen Fürſten, ſelbſt den Kurfürſten von Brandenburg, der ſich über die gewaltſamſten Uebergriffe Wallenſteins zu beklagen hatte, von einem ſcharfen und directen Vorgehen gegen denſelben abhielt, ſondern zugleich die Erkenntniß der Thatſache, daß Wallenſtein bei aller militäriſchen Eigenmächtigkeit doch politiſch nicht auf eine gewaltſame Unterdrückung des Proteſtantismus ausging. Man hegte auf proteſtantiſcher Seite nicht ohne Berechtigung die Beſorgniß und hat ſie offen geäußert, daß wenn an Wallenſteins Stelle ein Anderer den Oberbefehl über die kaiſerliche Armee übernehmen würde, die militäriſchen Bedrückungen dieſelben bleiben, zu denſelben aber ſich noch kirchlich-religiöſe Reactionsmaßregeln geſellen würden, wie dies bei Tilly immer und immer wieder zu Tage trat. Wohl hat Maximilian, obwohl gerade er es war, der auf eine kirchliche Unterdrückung der Proteſtanten in erſter Linie bewußt und conſequent hinarbeitete, trotzdem, um den Sturz des verhaßten kaiſerlichen Feldherrn zu erreichen, vorübergehend auf eine enge Vereinigung mit den proteſtantiſchen Kurfürſten zu derſelben Zeit gedrungen, in der er die ſchärfſte Maßregel durchſetzte, die je gegen den Proteſtantismus unternommen worden war. Es

ist ihm trotzdem wirklich gelungen, die protestantischen Kurfürsten zu gemeinsamen Vorstellungen gegen Wallenstein herüberzuziehen, ja er hat ihnen den Vorschlag gemacht, gemeinsam die Waffen gegen den kaiserlichen Feldherrn zu kehren. Aber immer gingen die protestantischen Kurfürsten, vorsichtig und mißtrauisch, nur zögernd auf die Vorschläge Maximilians ein. Als er zuerst offen den Gedanken, auf eine Absetzung Wallensteins hinzudrängen, aussprach, fand er bei ihnen lange Zeit, ja fast bis zum letzten Augenblicke Widerstand. Instinctiv fühlten die Protestanten, daß sie von Wallenstein, der auf kirchlich-religiösem Gebiete stets und überall für Schonung und Duldung eintrat, für ihren Glauben und ihre kirchliche Freiheit weniger zu fürchten hatten, als von der Liga, von der sie zu gemeinsamem Vorgehen gegen Wallenstein aufgefordert wurden. Gewiß wurden sie von dem Letzteren militärisch auf das Schonungsloseste bedrückt, ihre Länder der grausamsten Aussaugung preisgegeben; aber sie wußten, daß der Führer der Liga, Tilly, militärisch nicht viel anders verfuhr, außerdem aber stets energisch die Restauration des Katholicismus in den von ihm besetzten Gebieten betrieb. Je deutlicher diese letztere Tendenz innerhalb der Liga hervortrat, um so mehr konnten die Protestanten in dem Kampfe zwischen ihr und Wallenstein in gewissem Sinne als die Verbündeten des Letzteren betrachtet werden. Das sollte namentlich nach dem Erlaß des Restitutionsedicts noch deutlicher hervortreten. Jedenfalls wird man sagen dürfen, daß die protestantischen Gegner des Kaisers seinem Feldherrn nicht annähernd so schroff feindlich gegenüberstanden, als seine katholischen Verbündeten. Der politische Gegensatz zwischen dem kaiserlichen Feldherrn und den Führern der Liga war in der That der denkbar schärfste. Während Wallenstein auf staatlichem Gebiete die möglichste Stärkung der kaiserlichen Gewalt gegenüber dem Fürstenthume anstrebte, auf kirchlichem Gebiete aber für eine weitgehende Duldung eintrat — wie er denn als Herzog von Mecklenburg gleich bei der Entgegennahme der Huldigung seinen Unterthanen ausdrücklich freie Ausübung ihres Glaubens, der Augsburger Confession, zugestand —, trat die Liga nicht minder scharf politisch gegen jede weitere Ausdehnung der kaiserlichen Rechte und für die volle Aufrechterhaltung der hergebrachten fürstlichen Selbständigkeit, kirchlich aber für eine möglichste Zurückdrängung und Unterdrückung des Protestantismus und Restauration des Katholicismus ein. Die weitere Entwickelung der Dinge in Deutschland, die, wie wir sehen werden, auch für die Gestaltung der auswärtigen Politik des Reiches von größter Bedeutung werden mußte, hing davon ab, auf welche Seite der Kaiser sich stellen werde, ob auf die Seite seiner fürstlichen Verbündeten oder auf die seines Feldherrn, der in den meisten Beziehungen seine eigene Macht repräsentirte.

In jener Unterredung, welche im November 1626 zwischen Wallenstein und dem kaiserlichen Minister Fürsten von Eggenberg in Bruck an der Leitha stattfand, war eine völlige Uebereinstimmung in den politischen Zielen zwischen dem Feldherrn und dem Minister herbeigeführt worden. Der kaiserliche Hof war

damals zu der Einſicht gekommen, daß durch dieſe von ihm gebilligten Ziele auch die auf den erſten Blick unverſtändliche Art der Kriegführung Wallenſteins gerechtfertigt erſcheine. Niemals war das Verhältniß zwiſchen Kaiſer und Feldherr ein engeres geweſen als eben damals. Auch die Aufnahme zahlreicher Proteſtanten in das kaiſerliche Heer war aus politiſchen Rückſichten vom Kaiſer zunächſt gebilligt worden. Ferdinand war alſo in der Hauptſache auf die damals ziemlich offen ausgeſprochenen imperialiſtiſchen Gedanken Wallenſteins eingegangen und hatte zunächſt auf die ſeiner innerſten Neigung entſprechenden Pläne kirchlicher Reaction, durch deren Durchführung in den kaiſerlichen Erblanden und in der Pfalz der Krieg erſt ſeine gefahrdrohende Ausdehnung gewonnen hatte, verzichtet. Als nun aber jene imperialiſtiſchen, gegen die Selbſtändigkeit des Fürſtenthums gerichteten Pläne bei ſeinen katholiſchen Verbündeten dem nachdrücklichſten Widerſtande begegneten, wich der Kaiſer zunächſt auf dieſem Gebiete einen Schritt von der Politik, welche ſein Feldherr verfolgte, zurück. Die Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung derſelben ſich entgegenſtellten, veranlaßten ihn zu der Meinung, daß Wallenſtein doch zu weit gegangen ſei, daß ſich ſeine Ideen nicht würden verwirklichen laſſen. Er gab den Fürſten wiederholt die feierliche Verſicherung, daß er an eine Beſchränkung ihrer Rechte, insbeſondere der Privilegien des kurfürſtlichen Collegiums, nicht denke. Damit war das Mißtrauen der Fürſten der Liga gegen den Kaiſer ſelbſt nach dieſer Richtung hin beſchwichtigt; ſie unterſchieden fortan ſehr ſcharf zwiſchen ihrem Verhalten gegen den Feldherrn, den ſie aufs Heftigſte angriffen, und gegen den Kaiſer, dem ſie die loyalſten Verſicherungen, freilich unter der Vorausſetzung gaben, daß er von ſeiner kaiſerlichen Gewalt keinen zu ausgedehnten Gebrauch machen werde. Wenn aber der Kaiſer zunächſt auf dieſem Gebiete ſich von der Politik ſeines Feldherrn mehr oder weniger ausgeſprochener Maßen losſagte und ſich den mit ihm verbündeten Kurfürſten näherte, ſo war es nur natürlich, daß dieſe Annäherung ſich auch auf das kirchliche Gebiet erſtreckte, auf welchem er im letzten Grunde mit ihnen grundſätzlich einverſtanden war. Die kirchliche Haltung ſeines Feldherrn hatte er eigentlich ſtets mehr aus politiſchen Gründen geduldet, als geradezu gebilligt. Wenn dieſe politiſchen Gründe nach jener Annäherung an die Kurfürſten wegfielen, ſo kam er naturgemäß auf ſeine, mit der der Kurfürſten übereinſtimmende kirchliche Auffaſſung zurück. Während der Feldherr den Krieg ganz folgerichtig nur von politiſchen Geſichtspunkten aus führte, ſo dachte der Kaiſer jetzt, die dadurch errungenen Erfolge auch auf kirchenpolitiſchem Gebiete in der rückſichtsloſeſten Weiſe auszubeuten. Er ließ ſich durch das Drängen der Liga und der ſchroff katholiſch geſinnten Kreiſe ſeiner Umgebung, namentlich des päpſtlichen Nuntius, zu einem Schritte verleiten, der, wenn durchgeführt, die Exiſtenz des Proteſtantismus in Frage ſtellen mußte, deſſen Durchführung aber, wenn überhaupt möglich, nur durch eine Erneuerung des Krieges von unabſehbarer Tragweite möglich war. Am 6. März 1629 veröffentlichte er ein ſchon während der großen Waffenerfolge

des Jahres 1628 im Entwurfe fertig gestelltes Edict, welches mit einem Federstriche den protestantischen Fürsten den gesammten Besitz an geistlichen Gütern, welchen sie seit dem Passauer Vertrage erworben und seit Jahrzehnten unbestritten innehatten, entreißen sollte.

Wir erinnern uns, welche große Bedeutung in den verfassungsrechtlichen Streitigkeiten vor dem Ausbruche des Krieges eben jene Frage des Besitzes der geistlichen Güter gehabt hatte. Recht eigentlich an ihr war der letzte Reichstag von 1613 gescheitert, weil dort zum ersten Male die Katholiken offen mit dem Anspruch der Restitution aller von den Protestanten eingezogenen geistlichen Güter aufgetreten waren. Sie hatten sich dabei auf jenen, von den Protestanten niemals als rechtsgiltig anerkannten geistlichen Vorbehalt des Augsburger Religionsfriedens gestützt, nach welchem die geistlichen Güter eines zum Protestantismus übertretenden Kirchenfürsten ipso iure an die Kirche zurückfallen sollten. Danach wäre allerdings ein protestantischer Fürst eines kirchlichen Territoriums eine Unmöglichkeit gewesen. Allein dieser geistliche Vorbehalt war nicht nur, wie erwähnt, niemals von den Protestanten rechtlich anerkannt worden — er war nicht in den Reichsabschied aufgenommen, sondern aus kaiserlicher Machtvollkommenheit veröffentlicht —, sondern es waren auch eine ganze Reihe von Erzstiftern und Stiftern thatsächlich in den Besitz von Protestanten übergegangen. Diese protestantischen „Administratoren" waren dann allerdings nicht zur Ausübung ihrer reichsrechtlichen Befugnisse, des Sitz- und Stimmrechts auf den Reichstagen und bei den anderen ständischen Instituten, zugelassen worden, allein sie in dem Besitz ihrer Stifter selbst anzugreifen, war bis 1613 doch niemals auch nur theoretisch versucht worden. Noch weniger war von einem solchen Versuche jemals in Bezug auf die mittelbaren geistlichen Güter ernstlich die Rede gewesen, vielmehr waren diese, die zahlreichen Klöster, in den protestantischen Territorien ohne Weiteres und ohne erheblichen Widerstand von katholischer Seite von den Landesfürsten eingezogen worden und bildeten seit dreiviertel Jahrhunderten einen integrirenden Bestandtheil der landesherrlichen Finanzen. Wenn nun jetzt durch das Restitutionsedict verfügt wurde, daß alle reichsunmittelbaren Stifter ohne Weiteres nur durch katholische Prälaten besetzt werden, von den mittelbaren Stiftern aber alle diejenigen, welche nach dem Passauer Vertrage eingezogen worden waren, von den protestantischen Landesherren der katholischen Kirche zurückgegeben werden sollten, so wurde damit ein großer Theil des bisher unbestrittenen Besitzes der protestantischen Landesfürsten in Frage gestellt. Was das aber zu sagen hatte, erkennt man sofort, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich außer der fast unübersehbaren Anzahl von Klöstern um nicht weniger als zwei Erzbisthümer und zwölf Bisthümer handelte, welche nicht allein in bisher unbestrittenem Besitz der Protestanten, sondern auch von einer ausschließlich protestantischen Bevölkerung bewohnt waren. Es waren die Erzbisthümer Magdeburg und Bremen, die Bisthümer Halberstadt, Brandenburg, Havelberg, Lebus, Camin, Meißen, Merseburg, Naumburg-

Zeitz, Minden, Verden, Lübeck und Ratzeburg, die nun mit einem Schlage aus proteſtantiſchen Händen in katholiſche übergehen ſollten. Formell mochte man ſich zu dieſer Maßregel für berechtigt halten, wenngleich es immerhin zweifelhaft erſcheinen konnte, ob der Kaiſer ohne Zuſtimmung des Reichstages zu einer ſolchen „Interpretation“ des Augsburger Religionsfriedens, wie man es nannte, die Befugniß hatte; ſachlich ſchloß die Durchführung dieſer Maßregel eine vollſtändige Revolution aller Beſitzverhältniſſe im Reiche, eine geradezu ungeheure Schädigung des Proteſtantismus in ſich. Aber ſelbſt die Berufung auf das formelle Recht wurde dadurch hinfällig, daß man nach einer anderen Richtung demſelben formellen Rechte direct entgegenhandelte. In ganz denſelben Formen wie jener geiſtliche Vorbehalt, auf den man ſich berief, war noch eine andere Zuſatzclauſel zu dem Reichstagsabſchiede von 1555 veröffentlicht worden, jene Ferdinandeiſche Declaration, welche als ausgleichende Maßregel gegenüber dem „Vorbehalt“ die Verfügung traf, daß die proteſtantiſchen Unterthanen geiſtlicher Fürſten das Recht freier Wahl des Religionsbekenntniſſes haben ſollten. War der geiſtliche Vorbehalt giltiges Recht, ſo war es auch die Declaration; jener aber wurde beſtätigt, dieſe geradezu aufgehoben, indem in dem Reſtitutionsedict ausdrücklich verfügt wurde, die katholiſchen Reichsſtände, alſo auch die geiſtlichen, ſollten das Recht haben, ihre Unterthanen zu ihrer Religion zu zwingen und, falls ſie ſich nicht fügen, ſie gegen gebührendes Abzugsgeld aus dem Lande zu ſchaffen. Durch dieſen Rechtsbruch wurde das ganze Edict ohne Frage zu einer offenen brutalen Gewaltthat. Aber auch damit war die „Interpretation“ des Religionsfriedens noch nicht erſchöpft; vielmehr wurde derſelbe jetzt ausdrücklich auf die Katholiken und die Anhänger der unveränderten Augsburger Confeſſion beſchränkt, während die anderen „Secten“, Calviniſten, Zwinglianer, von demſelben ausgeſchloſſen, d. h. außerhalb des Friedens des Reiches geſtellt wurden. Dieſe letztere Maßregel aber betraf mehrere der mächtigſten deutſchen Fürſtenhäuſer, Kurbrandenburg, die alte Kurpfälzer Linie, Heſſen-Caſſel, Zweibrücken u. ſ. w. Dieſe großen Gebiete wurden durch dieſen letzten Artikel ihres factiſchen Rechtszuſtandes beraubt und der ſchrankenloſen Willkür katholiſcher Reaction preisgegeben. Es konnte kein Zweifel ſein, daß ſie ſich mit allen Kräften um ihrer Selbſterhaltung willen gegen die Durchführung des Reſtitutionsedicts wehren und daß dadurch der Krieg, der bisher immer noch als ein Kampf gegen rebelliſche Unterthanen des Kaiſers und deren Helfer aufgefaßt werden konnte, zu einem ausgeſprochenen Religionskriege werden würde.

Nicht minder unzweifelhaft aber war es, daß die Proteſtanten Deutſchlands gegen dieſe Vergewaltigung die Hilfe der außerdeutſchen Proteſtanten finden würden. Der Krieg mußte zu einer Angelegenheit des geſammten Proteſtantismus werden. Gerade dies zu vermeiden, war aber Wallenſtein bisher ſtets aufrichtig beſtrebt geweſen. Er hatte die Fürſten zwingen wollen, ſich der Macht des Kaiſers unterzuordnen, niemals aber hatte er daran gedacht,

ſie in ihrem religiöſen Bekenntniß anzugreifen. Er war daher ein ſehr entſchiedener Gegner des Reſtitutionsedicts und machte durchaus kein Hehl daraus. Wie Recht er hatte, ſollte ſich ſehr bald zeigen. Nur zu ſchnell bekam er die Wirkung der verhängnißvollen Maßregel zu ſpüren. Er bemerkte allenthalben die verzweiflungsvolle Entſchloſſenheit, welche ſich der norddeutſchen Proteſtanten bemächtigte, er ſah mit immer wachſender Klarheit, mit welcher Spannung ſie den Gerüchten von einer bevorſtehenden Landung des Schwedenkönigs Guſtav Adolf lauſchten; es war ihm keinen Augenblick zweifelhaft, daß in dieſem Falle die deutſchen Proteſtanten in Folge dieſes Edicts dem nordiſchen Retter in die Arme getrieben werden würden. Und ſchon begann er die Wirkung auch ganz unmittelbar auf militäriſchem Gebiete zu fühlen in dem mannhaften Widerſtande, welchen ihm wie ein Jahr vorher Stralſund, ſo jetzt die Stadt Magdeburg entgegenſetzte.

In Halberſtadt und Magdeburg war der Kaiſer, nachdem er zur Durchführung des Reſtitutionsedicts eine aus einem Reichshofrath und dem Biſchof von Osnabrück beſtehende Commiſſion eingeſetzt hatte, alsbald praktiſch in dieſer Richtung vorgegangen, indem er ſeinen vorlängſt gehegten Plan, ſeinem Sohne, dem Erzherzoge Leopold Wilhelm, das Bisthum Halberſtadt, welches durch Chriſtians von Braunſchweig Tod erledigt war, zu verſchaffen, jetzt endgiltig durchſetzte. Das Domcapitel wurde gezwungen, den Erzherzog zu wählen. Weniger gefügig erwies ſich das Magdeburger Capitel; es entſchloß ſich zwar, den brandenburgiſchen Adminiſtrator Chriſtian Wilhelm zu entſetzen, poſtulirte aber an ſeiner Stelle den Sohn des ſächſiſchen Kurfürſten, Auguſt, zum Adminiſtrator. Johann Georg aber, ſo gefügig er ſich bisher dem Kaiſer erwieſen hatte, gab jetzt, durch das Reſtitutionsedict zugleich beleidigt und beunruhigt, unzweideutig zu erkennen, daß er dieſe Wahl des Capitels unter allen Umſtänden zu behaupten geſonnen ſei, auch gegen die Anſprüche des Kaiſers.

Die Sache wurde noch verwickelter dadurch, daß nun Wallenſtein von der Hauptſtadt des Stiftes, wohl nicht ohne Billigung des Kaiſers, verlangte, daß ſie eine kaiſerliche Beſatzung anſnehmen ſolle. Er ſelbſt ſtellte dieſe Forderung gewiß nicht, um das Reſtitutionsedict durchzuſetzen; im Gegentheil, er machte gegen Niemand, auch gegen den Kurfürſten von Sachſen nicht, ein Hehl daraus, daß er es auf das Entſchiedenſte mißbillige. Er wollte ſich vielmehr in erſter Linie für den Fall eines Krieges mit Schweden, der in immer drohendere Ausſicht trat, des wichtigen Elbpaſſes verſichern. Er war, um das zu erreichen, ſogar zu Conceſſionen bereit. Er ſtellte der Stadt in Ausſicht, daß die Verpflegung der einzuquartierenden Truppen aus dem Erzſtift, d. h. aus den ländlichen Beſitzungen deſſelben beſtritten werden ſolle. Die Stadt hatte bisher wohl oder übel ein correctes Verhalten gegenüber dem kaiſerlichen Heere beobachtet. Sie hatte nicht allein eine Contribution von 100 000 Thalern gezahlt, ſondern auch Proviant und Kriegsbedürfniſſe aller Art geliefert. Aber eine Beſatzung aufzunehmen, verweigerte ſie mit

aller Beſtimmtheit. Trotz aller beruhigenden Verſicherungen des kaiſerlichen Feldherrn war die ſtreng proteſtantiſche Bürgerſchaft in Folge des Reſtitutionsedicts doch zu ſehr für ihren Glauben beſorgt, als daß ſie ſich wehrlos dem Heere des Kaiſers hätte preisgeben ſollen. Sie blieb unerſchütterlich bei ihrem Widerſtande, auch als ihr Wallenſtein mit Blockirung drohte, keine Zufuhr von Lebensmitteln geſtattete und jede Unbill an den Einwohnern, deren er habhaft werden konnte, verübte. Aber alsbald gewahrte Wallenſtein, daß ſich Magdeburg wieder wie dereinſt Stralſund zu einem Bollwerk für den geſammten Proteſtantismus geſtalten werde. Die Hanſeſtädte ſchickten eine eigene Geſandtſchaft an ihn, um für die Stadt zu intercediren, immer beſtimmter trat das Gerücht von der bevorſtehenden Landung Guſtav Adolfs auf. Wallenſtein entſchloß ſich doch, lieber nachzugeben und die Belagerung der Stadt aufzuheben. Ja, er ging noch weiter. Um den ſich immer deutlicher fühlbar machenden Wirkungen des Reſtitutionsedicts an ſeinem Theile entgegenzutreten, verſicherte er die Stadt ausdrücklich wegen ihrer Religion und erklärte den Geſandten der Hanſeſtädte, das Reſtitutionsedict könne nicht Beſtand haben, er verſpreche ihnen, daß ihnen deswegen nicht das Geringſte zugemuthet werden ſolle. In dieſem Punkte trat alſo ein offener Zwieſpalt zwiſchen der von der Liga inſpirirten Politik des Kaiſers und der ſeines Feldherrn klar zu Tage.

Aber jene ſchroffe Maßregel katholiſcher Reaction war nur die eine Seite der Forderungen geweſen, welche die Liga dem Kaiſer geſtellt hatte. Noch bei weitem ſtürmiſcher war die Forderung erhoben worden, Ordnung mit dem Kriegsweſen zu ſchaffen; immer unverhüllter trat auf dieſer Seite das Verlangen hervor, daß der Kaiſer ſich nicht nur von der Politik ſeines Generals losſagen, ſondern dieſen ſelbſt aus ſeiner übermächtigen Stellung entfernen ſolle. Den Grund oder Vorwand dazu gab wiederum nicht die politiſche Richtung Wallenſteins, ſondern ſein militäriſches Verfahren. Schon im Spätherbſt 1628, eben in jenen Tagen, da der Entwurf des Reſtitutionsedicts hergeſtellt wurde, hatte die Liga aufs Neue auf eine Reduction der Truppen, jedenfalls aber auf eine Einſtellung der neuen Werbungen gedrungen, die, wie ſie behauptete, gegen den äußeren Feind gar nicht nöthig ſeien, ſondern Wallenſtein nur zur Durchführung ſeiner abenteuerlichen und ausſchweifenden innerpolitiſchen Pläne dienen ſollten. Dem gegenüber konnte Wallenſtein mit Recht auf die von Schweden, Holland und Frankreich drohenden Gefahren hinweiſen, welche die Erhaltung der kaiſerlichen Armee in ihrer bisherigen Höhe unbedingt erforderlich machten. Noch einmal gelang es ihm, den Kaiſer zu überzeugen. Ferdinand kehrte der Liga gegenüber den Spieß um und forderte ſie ſeinerſeits zur Entlaſſung ihres überflüſſigen Volkes auf. Vor Allem verlangte er, daß ſie die in proteſtantiſchem Gebiete im ſchwäbiſchen und fränkiſchen Kreiſe ſtationirten Truppen von da entfernen ſolle. Dieſe Forderung, ſo naturgemäß und berechtigt ſie war, rief bei der Liga große Erregung hervor und brachte ſie in der That in große Verlegenheit.

Auf der einen Seite hatte sie selbst fortwährend betont, daß für den äußeren Krieg eine so große Truppenzahl, wie sie gegenwärtig unter den Waffen stehe, nicht erforderlich sei, und konnte sich daher eigentlich nicht weigern, auch ihrerseits auf eine Reduction der Truppen einzugehen, die sie aber nicht vorzunehmen gedachte, um nicht den kaiserlichen Feldherrn zu einer noch größeren Ueberlegenheit gelangen zu lassen. Auf der anderen Seite aber mußte die Ablehnung der Forderung des Kaisers, die ligistischen Truppen aus den protestantischen Gebieten wegzuführen, den Unwillen der Protestanten gegen die Liga wachrufen. An einer Einigung mit dem Kaiser mußte daher der Liga viel gelegen sein; sie wurde dann in der That dadurch erzielt, daß beide Theile Reductionen der Armeen, freilich in sehr beschränktem Umfange, vornahmen. Der Unwille der Liga gegen Wallenstein aber, den sie mit Recht als den Veranlasser der kaiserlichen Forderungen ansah, wurde dadurch natürlich nicht vermindert. Auf einem im Februar 1629 in Heidelberg veranstalteten Ligatage kam diese feindliche Gesinnung gegen den kaiserlichen Feldherrn aufs Neue zu scharfem Ausdruck. Es kam so weit, daß Maximilian, um sich für alle Fälle gegen Wallenstein zu sichern, in Verbindung mit Frankreich trat, obwohl dies eben damals in der mantuanischen Erbfolgefrage in offenen Conflict mit dem Kaiser gerathen war. Eine Erklärung der vier katholischen Kurfürsten vom 10. März 1629, welche dem Kaiser wiederum durch eine besondere Gesandtschaft überbracht werden sollte, wandte sich in den schärfsten Ausdrücken gegen Wallenstein. Das Streben, ihn aus seiner Stellung zu verdrängen, wurde kaum noch verheimlicht. Und um dies zu erreichen, hatten die katholischen Kurfürsten eine gefährliche Waffe in der Hand. Sie erklärten dem kaiserlichen Abgesandten, der in Heidelberg erschienen war, dem Grafen Stadion, daß die römische Königswahl, auf die er im Auftrage des Kaisers dringen sollte, nicht vorgenommen werden könne, bevor die Beschwerden gegen Wallenstein abgestellt seien, da z. B. der sächsische Kurfürst zu einem zu diesem Zwecke zu berufenden Convente nicht kommen zu können erklärt habe, solange die Lausitz von Wallensteinschen Truppen besetzt sei. Immer klarer spitzte sich die Situation dahin zu, daß der Kaiser zwischen den Kurfürsten, von denen die Wahl seines Sohnes zum römischen Könige abhing, und dem Feldherrn, dem er seine ganze große Stellung im Reiche verdankte, endgiltig wählen müsse, daß er die Ersteren nur gewinnen könne, wenn er den Letzteren opfere. Sollte und konnte er sich dazu entschließen?

Ohne Zweifel war dem Kaiser selbst die Gefahr, die in der außerordentlichen Machtvollkommenheit seines Generals lag, klar geworden. Kaum wagten die Wiener Räthe noch, Wallenstein Befehle zu ertheilen, das Verhältniß des Herrn zum Diener hatte sich fast in sein Gegentheil verkehrt. Auf der andern Seite aber verkannte der Kaiser doch nicht, daß seine Macht gegenüber dem Territorialfürstenthum doch in erster Linie nicht allein von dem General erworben sei, sondern auch auf ihm beruhe, daß er, sobald er nicht mehr über eine eigene Armee verfüge, in die alte Abhängigkeit von den Kur-

fürſten zurückſinken werde. Inſofern war der Kampf um die Entſetzung Wallenſteins zugleich ein Kampf zwiſchen den Territorialgewalten und der Centralgewalt. Mußte ſchon die Rückſicht auf dieſe innerdeutſchen Verhältniſſe und die durch das Reſtitutionsedict hervorgerufene feindliche Geſinnung der Proteſtanten dem Kaiſer die Entſetzung ſeines Generals, ganz abgeſehen von dem Danke, den er ihm ſchuldete, als bedenklich, ja gefährlich erſcheinen laſſen, ſo war das in noch höherem Maße der Fall, wenn er ſein Augenmerk auf die augenblickliche Lage der allgemeinen europäiſchen Politik richtete.

Zwar war der Krieg mit Dänemark endgiltig beigelegt und bald darauf auch die Gefahr, die ſo lange Zeit vom Oſten her ſtets gedroht hatte, durch den am 15. November 1629 erfolgten Tod des ſtets unruhigen und unzuverläſſigen Siebenbürgenfürſten Bethlen Gabor in der Hauptſache beſeitigt. Dagegen war es keinem Zweifel mehr unterworfen, daß der König von Schweden die ernſte Abſicht hegte, in den deutſchen Krieg einzugreifen, namentlich nachdem unter franzöſiſcher Vermittelung am 29. September 1629 der Krieg zwiſchen Schweden und Polen, in welchem letzteres noch ſoeben durch ein anſehnliches Hilfscorps unter Arnim von Wallenſtein unterſtützt worden war, durch einen ſechsjährigen Waffenſtillſtand ein vorläufiges Ende gefunden hatte. Guſtav Adolf hatte der Gründe genug, einen offenen Kampf gegen die deutſchen Habsburger zu eröffnen. Bei dem Kampfe um Stralſund war der Gegenſatz, der durch die beiderſeitigen Beſtrebungen nach der Herrſchaft über die Oſtſee bedingt war, klar genug hervorgetreten; vor Allem aber, der Kaiſer hatte den polniſchen Gegner des Königs direct durch Truppenhilfe unterſtützt. Vergebens verſuchte der Kaiſer die alte Eiferſucht zwiſchen Dänemark und Schweden wachzurufen, vergebens trug Wallenſtein dem erſteren ein enges Bündniß gegen Schweden an; Chriſtian IV. entgegnete ihm, er geſtatte außer ſich und Schweden Niemand die Herrſchaft auf dem baltiſchen Meere; ebenſo vergebens aber waren die Verſuche, eine Verſtändigung mit Guſtav Adolf herbeizuführen, obwohl Wallenſtein vorübergehend ſich bereit erklärte, auf den Beſitz von Mecklenburg zu verzichten und die von Guſtav Adolf verlangte Wiedereinſetzung der dortigen Herzöge zu geſtatten. Vielleicht wäre eine gütliche Beilegung der Differenzen möglich geweſen, wenn nicht durch das Reſtitutionsedict zu den politiſchen Streitigkeiten der große religiöſe Gegenſatz in voller Schärfe ſich geſellt hätte. Auch in der äußern Politik zeitigte die Abweichung des Kaiſers von der Politik ſeines Feldherrn verhängnißvolle Folgen. Während ſo von Norden her ein neuer Krieg drohte, war er an einer andern Stelle bereits ausgebrochen: durch den Streit über die mantuaniſche Erbfolge war Ferdinand in offenen Krieg mit Frankreich verwickelt worden.

Im Jahre 1627 war der Herzog Vincenz II. von Mantua und Montferrat aus dem Hauſe Gonzaga ohne Leibeserben geſtorben. Der nächſte Agnat, der unzweifelhaft berechtigte Anſprüche auf die erledigten Herzogthümer erheben konnte, war Herzog Karl I. von Nevers, der Sohn eines Großoheims Vincenz' II., der die Erbin der Herzogthümer Nevers und Rethel

VRBANVS VIII. BARBERINVS PONT. MAX.

Papſt Urban VIII.

Verkleinertes Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.

geheirathet und ſo ſeinem Sohne eine glänzende Stellung in Frankreich verſchafft hatte. Der verſtorbene Herzog hatte ſeine Anſprüche ausdrücklich anerkannt und Nevers' Sohn Karl II. mit ſeiner Nichte, der Tochter ſeines älteſten Bruders, vermählt. Neben ihm aber wurden Anſprüche auf Theile der Erbſchaft von den Herzögen von Savoyen und Guaſtalla geltend gemacht, welche von Spanien, das die Errichtung einer franzöſiſchen Herrſchaft in Italien nicht dulden wollte, unterſtützt wurden. Auf der andern Seite fand Nevers einen mächtigen Förderer ſeiner ohne Frage rechtlich beſſer begründeten Anſprüche an dem Papſte Urban VIII., der aus Gründen des Rechtes und der Politik den ſpaniſchen Anſprüchen energiſch entgegentrat, wie er denn überhaupt eine Frankreich freundliche, Spanien feindliche Politik verfolgte. Der Kaiſer hätte nun an ſich keine Veranlaſſung gehabt, activ in dieſen Erbſchaftsſtreit einzugreifen, zumal ſeine Gemahlin, ebenfalls eine mantuaniſche Prinzeſſin, die Erbanſprüche Nevers' als berechtigt anerkannte und auf ſeiner Seite ſtand. In der That hätte er auch ſachlich nichts gegen deſſen Nachfolge einzuwenden gehabt, wohl aber erhob er gewichtige formelle Bedenken gegen die Art, wie die Erbſchaftsangelegenheit von Nevers' Seite durchgeführt worden war. Einmal war er unmuthig darüber, daß jene Heirath Karls II. mit der Nichte Vincenz' II., welche bisher in einem Kloſter gelebt hatte, ohne Einwilligung der Verwandten, zu denen er ſelbſt als Gemahl einer mantuaniſchen Prinzeſſin gehörte, abgeſchloſſen worden war; außerdem aber hatte der Herzog von Nevers ſogleich Beſitz von der Erbſchaft ergriffen, ohne die Belehnung bei Ferdinand nachzuſuchen. In Folge deſſen ließ ſich der Kaiſer von König Philipp IV. von Spanien bewegen, Mantua als Reichslehen mit Sequeſter zu belegen, bis der Reichshofrath entſchieden haben werde, wem die Erbſchaft zukomme. Er ließ dem Herzoge von Nevers den Befehl zukommen, in Mantua ſeine Herrſchaft nicht auszuüben und für ſeinen Gewaltſtreich um Verzeihung zu bitten, ſtellte ihm aber zugleich, wenn er ſich füge, eine günſtige Entſcheidung in Ausſicht. Man ſieht, daß er ſachlich zunächſt noch nicht gegen den rechtmäßigen Erben vorging; er ſcheute dies auch darum, weil er nicht mit dem Papſte, der Nevers' Anſprüche unterſtützte, in Conflict gerathen wollte.

Inzwiſchen aber war Spanien activ gegen Nevers vorgegangen und hatte die Belagerung von Caſale unternommen. Der Papſt aber, der ſich in erſter Linie als italieniſcher Landesfürſt fühlte und gleich den andern italieniſchen Fürſten eine weitere Ausdehnung der ſpaniſchen Herrſchaft in Italien nicht wünſchte, wandte ſich an Richelieu und bat ihn um Hilfe für Nevers. Richelieu, welcher froh war, auf dieſe Weiſe zugleich den franzöſiſchen Intereſſen dienen und zu dem Papſte in ein nahes Verhältniß treten zu können, war ſehr geneigt, auf die Bitte des Letzteren einzugehen, nur wollte er zunächſt die Belagerung von Rochelle, mit der er eben beſchäftigt war, zu Ende führen. Sobald er dies Ziel erreicht hatte, nahm er ſich der Sache Nevers' mit Eifer an und veranlaßte 1629 König Ludwig XIII. ſelbſt, ſich mit einem Heere

König Ludwig XIII. von Frankreich.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Jeremias Falck (um 1619 bis um 1663); Originalgemälde von Justus van Egmont (1602—1672).

durch die Alpenpäſſe, die der Herzog von Savoyen vergeblich zu ſperren ſuchte, nach Italien zu begeben.

Auf der andern Seite aber gelang es dem Könige von Spanien, Kaiſer Ferdinand zu beſtimmen, die Execution gegen Nevers, der ſich jenem kaiſerlichen Befehle nicht gefügt hatte, durchzuführen. Zu dieſem Zwecke ſollte ein Theil der unter Wallenſteins Oberbefehl ſtehenden Armee durch die Päſſe von Graubündten und Veltlin, welche erſt vor wenigen Jahren den Anlaß zu einer Entzweiung zwiſchen Spanien und Frankreich gegeben hatten, nach Italien geworfen werden. Wallenſtein, mit dem der Kaiſer deswegen in Berathung trat, war anfangs dagegen, weil er der Anſicht war, daß man alle Streitkräfte für den deutſchen und den in drohende Nähe gerückten ſchwediſchen Krieg zur Verfügung behalten müſſe. Auch die Miniſter des Kaiſers waren aus dieſem Grunde anfangs gegen den italieniſchen Krieg. Endlich aber fügten ſie ſich ebenſo wie Wallenſtein: ein kaiſerliches Heer von fünf Regimentern, welches in Schwaben und im Elſaß ſtand, ging unter Colaltos Führung nach Italien. Der offene Krieg mit Frankreich war ausgebrochen und wurde mit wechſelndem Glück geführt. Während die Franzoſen am 30. März 1630 die Feſtung Pinerolo einnahmen, belagerten die Spanier Caſale in Montferrat, die Kaiſerlichen aber nahmen Mantua mit Sturm. Wallenſtein war jetzt, wo es zum offenen Kampfe mit Frankreich gekommen war, mit Eifer bei der Sache; er hat ſogar die Abſicht geäußert, ſelbſt nach Italien zu gehen. Er ſcheute dabei auch den Kampf gegen den Papſt, der feſt zu Frankreich ſtand, nicht. Im Gegentheil, in ſeiner barſchen Weiſe äußerte er, Rom ſei ſchon vor hundert Jahren einmal erobert worden; jetzt ſei es noch viel reicher als damals; warum ſollte es nicht noch einmal erobert werden?

Und in dieſem Augenblick, in dem die Landung Guſtav Adolfs auf deutſchem Boden unmittelbar bevorſtand, mit Frankreich aber ein offener Krieg entbrannt war, drangen nun die Fürſten der Liga, allen voran Maximilian von Bayern, mit verſtärkter Energie auf die Entlaſſung des kaiſerlichen Feldherrn. Im December 1629 hatten ſie auf einer Verſammlung zu Mergentheim den Beſchluß gefaßt, die Confiscation Mecklenburgs nicht anzuerkennen, ſondern die endgiltige Entſcheidung auf den zukünftigen Kurfürſtentag zu verſchieben, auf dem dann auch die Haupt- und Staatsaction gegen Wallenſtein ſelbſt in Scene geſetzt werden ſollte.

In der That, zu Combinationen der ſonderbarſten Art hatte der doppelte Gegenſatz zwiſchen dem Kaiſer und den deutſchen Proteſtanten einerſeits, zwiſchen dem kaiſerlichen Feldherrn und den katholiſchen Verbündeten des Kaiſers andrerſeits geführt. Der erſtere hatte das Eingreifen Schwedens zur Folge, welches nur durch die Bemühungen Frankreichs ermöglicht und durch deſſen italieniſchen Krieg gegen die Habsburger in hohem Maße gefördert wurde. Inſofern waren die Franzoſen nicht allein Verbündete der Schweden, ſondern auch der deutſchen Proteſtanten. Mit denſelben Franzoſen aber

König Philipp IV. von Spanien.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von J. Louys; Originalgemälde von Peter Paul Rubens (1577—1640).

standen in ihrem blinden Haß gegen Wallenstein die Fürsten der Liga, die heftigsten Gegner der Protestanten, in den nächsten Beziehungen; sie waren ein Glied in der Kette, zu welcher Richelieu die verschiedenen antihabsburgischen Mächte zusammengeschmiedet hatte; insofern richtete sich ihre Opposition nicht bloß gegen Wallenstein, sondern auch gegen den Kaiser selbst, dessen überwiegende Macht eben in dem Feldherrn am unzweideutigsten repräsentirt war. Die französischen Gesandten, die auf dem Regensburger Kurfürstentage erschienen, namentlich der Pater Joseph, waren von Richelieu angewiesen, die Forderungen Maximilians von Bayern in jeder Beziehung zu unterstützen, sowohl die, welche auf die strenge Durchführung des Restitutionsedictes, als die, welche auf die Entfernung Wallensteins gerichtet war. Diese beiden Forderungen der Liga aber waren, vom höheren Standpunkte der Politik und der allgemeinen Historie aus betrachtet, eigentlich im Wesen einander entgegengesetzt; durch das Restitutionsedict wurde der Krieg in Deutschland ins Unabsehbare verlängert, für dessen Führung doch eben Wallenstein vom Kaiser auserlesen worden war. Daher ist auch die Politik der Liga in dieser Zeit voll der größten Widersprüche. Während sie auf der einen Seite den Krieg in Deutschland durch die Aufrechterhaltung des Restitutionsedicts verlängerte und sich bereit erklärte, den Krieg mit Schweden aufzunehmen, stand sie auf der andern Seite mit dem Verbündeten Schwedens und der deutschen Protestanten, mit Richelieu, in Verbindung. Nur in einem Punkte hatten ihre entgegengesetzten Forderungen etwas Gemeinsames, und eben deswegen wurden sie von Richelieu aufs Eifrigste unterstützt; sie mußten dazu beitragen, die Macht des Kaisers in Deutschland und die europäische Stellung des Hauses Habsburg zu untergraben. Gewiß haben die Fürsten der Liga wenigstens das letztere Ziel nicht bewußt verfolgt, und in Deutschland wollten sie nur der imperialistischen Form der Macht Ferdinands, welche Wallenstein verwirklichen wollte, entgegentreten. Thatsächlich aber wurden sie dadurch ein Werkzeug in der Hand Richelieus und förderten dessen antihabsburgische Pläne. Er allein auf der einen, Wallenstein auf der andern Seite vertraten eine klare und folgerichtige Politik. Richelieus Hauptstreben war eine Schmälerung der habsburgischen Macht in Deutschland und Spanien. Diese konnte auf keinem andern Wege leichter und gründlicher erreicht werden, als wenn sich der Kaiser auf der einen Seite unversöhnlich mit den Protestanten verfeindete, wie das durch das Restitutionsedict geschah, auf der andern Seite aber seinen siegreichen Feldherrn, dem er seine ganze Macht verdankte, von seiner Seite stieß. Von diesem Standpunkte, aber auch von ihm allein, standen jene beiden Forderungen der Liga nicht im Gegensatz, sondern in unverkennbarem Zusammenhange mit einander, dienten sie beide dem gleichen Zwecke, dem die Liga thatsächlich gar nicht dienen wollte. Von diesem Standpunkte aus erkennt man aber auch erst klar, daß die wahren Interessen des Kaisers mit denen Wallensteins zusammenfielen, daß der Letztere eben voll und ganz der Repräsentant der kaiserlichen Macht im Innern und nach außen

war. Nichts iſt ſo geeignet, dies über allen Zweifel erhaben zu ſtellen, als die Thatſache, daß eben der in heftigem Gegenſatze zu Oeſte reich-Spanien ſtehende franzöſiſche Staatsmann es war, der die auf die Abſetzung Wallenſteins gerichteten Beſtrebungen thatkräftig unterſtützte. Er war es, der die Fäden der Politik nicht allein auf dem Regensburger Kurfürſtentage, ſondern in ganz Europa in der Hand hielt. Der Kaiſer aber ſägte, indem er Wallenſtein entließ, ſelbſt den Aſt ab, auf dem er ſaß. Daß er es dennoch über ſich gewann, es zu thun, lag in erſter Linie daran, daß er der Mitwirkung der Kurfürſten nicht entrathen konnte, wenn er ſeinem älteſten Sohne die deutſche Königskrone verſchaffen wollte. Er genehmigte die Entlaſſung Wallenſteins, den gewollten Zweck aber erreichte er trotzdem nicht. Dieſe ungeheure, für den ganzen weiteren Verlauf der Dinge verhängnißvolle Entſcheidung vollzog ſich auf dem Kurfürſtentage, welchen der Kaiſer auf Anfang Juni 1630 nach Regensburg ausgeſchrieben hatte.

Vergebens hatte der Kaiſer verſucht, vor dem Zuſammentritt des Convents in beſſere Beziehungen zu Maximilian von Bayern, dem Führer der kurfürſtlichen Oppoſition, zu kommen. Er hatte den Abt von Kremsmünſter zu ihm geſchickt und durch ihn verſprechen laſſen, daß die neuen Werbungen Wallenſteins aufhören ſollten, vergebens hatte auch Wallenſtein eine Annäherung an die Liga verſucht und ſelbſt Tilly für eine ſolche gewonnen. Als am 3. Juli der Convent vom Kaiſer in feierlicher Sitzung durch Ueberreichung der Propoſition an den Kurfürſten von Mainz eröffnet wurde, begann alsbald der Sturm gegen den kaiſerlichen Feldherrn. Wieder ging er zunächſt nur von den katholiſchen Fürſten aus; die proteſtantiſchen, welche durch das Reſtitutionsedict von tiefſtem Mißtrauen gegen die kirchlichen Reactionspläne der Liga erfüllt waren, hielten anfangs vorſichtig zurück; ja, ſie machten kein Hehl daraus, daß ſie vor den Plänen der Liga mehr Beſorgniß hegten als vor Wallenſtein. Der Kurfürſt von Brandenburg z. B. hatte ſeine Geſandten angewieſen, ſich an Beſchwerden, die nur gegen Wallenſtein gerichtet ſeien, nicht zu betheiligen, ſondern über die Kriegsbedrückungen beider Heere zu klagen. Weiter hieß es in ſeiner Inſtruction: „Sollten unſere Geſandten vermerken, daß die katholiſchen Kurfürſten auf die Abſchaffung des Herzogen zu Friedland zielen und die Direction des Krieges an ſich bringen wollten, ſo ſollen ſie ſich deſſen nicht theilhaftig machen.“ Voll und ganz unterſtützt wurden dagegen die Fürſten der Liga durch die franzöſiſche Geſandtſchaft, deren oſtenſibler Auftrag auf die Beilegung der mantuaniſchen Erbfolgeſtreitigkeit lautete. Sie beſtand aus dem eigentlichen Geſandten Mr. Leon de Bruslart und jenem Capuziner Pater Joſeph Le Clerk du Tremblay, nächſt Richelieu dem bedeutendſten diplomatiſchen Talente, über welches Frankreich damals verfügte. Er war es namentlich, der direct gegen Wallenſtein wirkte. Richelieu ließ durch ihn erklären, ſein König ſei bereit, wenn der Kaiſer nicht nachgebe, ſich den Kurfürſten anzuſchließen. Dagegen fand der Kaiſer Unterſtützung bei dem ſpaniſchen Ge-

ſandten, Herzog von Doria, der conſequent den antiſranzöſiſchen Standpunkt vertrat, energiſch auf einen Angriff gegen Frankreich und Holland drang und aus dieſem Grunde auch die Beibehaltung Wallenſteins befürwortete. Dieſer ſelbſt weilte in Memmingen, wo er, unbeirrt durch die Verhandlungen des Kurfürſtentages, eifrig Vorbereitungen zu einem Angriff gegen Frankreich, ſowohl in Italien als vom Elſaß her, traf.

Den Verhandlungen in Regensburg ſelbſt wurde wie herkömmlich die Propoſition des Kaiſers zu Grunde gelegt. Sie umfaßte fünf Punkte, die dem Convente in Form von Fragen vorgelegt wurden. Es waren die ſolgenden: 1., was mit dem geächteten Kurfürſten von der Pfalz endgiltig geſchehen ſolle? 2., wie man den Holländern begegnen ſolle, um ihnen die auf dem Reichsboden occupirten Plätze zu entwinden und überhaupt ihrer Beſchützung des Pfälzers ein Ende zu machen? 3., wie man dem Könige von Schweden Widerſtand leiſten wolle, im Falle er ſich in die Reichsſachen einmengen würde? 4., wie man dem Könige von Frankreich entgegentreten ſolle, wenn er ſich noch weiter unbeſugter Weiſe in die italieniſchen Angelegenheiten miſchen würde? 5., wie endlich das Kriegsweſen in Ordnung gebracht werden könne?

Von dieſen Fragen waren die Kurfürſten zunächſt nur die dritte, auf den König von Schweden bezügliche, im Sinne des Kaiſers zu beantworten geneigt. Sie erklärten ſich in der That bereit, ſich an dem Kriege gegen Schweden zu betheiligen. Den vierten Punkt der Propoſition beantworteten ſie dadurch, daß ſie dem Kaiſer energiſch zu einem Abkommen mit Frankreich riethen, welches dann in der That dahin zu Stande kam, daß Ferdinand trotz der inzwiſchen in Italien errungenen Erfolge den Herzog von Nevers im Beſitz von Mantua und Montferrat anerkannte, dieſer aber eine formelle Abbitte leiſtete. Die Berathung über den Krieg mit Holland wurde auf den nächſten Reichstag verſchoben. Dagegen warf man ſich nun mit vollem Eifer auf die Berathung des entſcheidenden fünften Punktes, und zwar begnügte man ſich von vornherein nicht mit den alten herkömmlichen Klagen und Beſchwerden, ſondern beſchloß, zunächſt allerdings gegen die Stimmen der Proteſtanten, ſogleich direct auf die Abſetzung Wallenſteins zu dringen und den Kaiſer zu bitten, „daß der Armee ein ſolches Capo vorgeſetzt werden möchte, das ſelbſt im Reiche angeſeſſen und wohl angeſehen und zu dem die anderen Stände ein deſto beſſeres Vertrauen trügen“. Bis zum 15. Juli gelang es dann auch, die bisherige Oppoſition der Proteſtanten gegen einen gemeinſamen Schritt gegen Wallenſtein zum Schweigen zu bringen. Am 16. Juni einigten ſich alle Kurfürſten über eine Zuſchrift an den Kaiſer, in der ſie ſich beklagten, daß ſie alles Anſehens beraubt ſeien und ſich den kaiſerlichen Commandanten, die ſich mit ihnen dem Stande nach gar nicht vergleichen könnten, unterwerfen und unzählige Drangſale ſtillſchweigend über ſich ergehen laſſen müßten. Nachdem ſie dann dieſe Beſchwerden im Einzelnen, namentlich an dem Beiſpiele von Brandenburg, welches bis jetzt allein vierzig

Millionen Thaler habe aufwenden müſſen, begründet hatten, verlangten ſie ausdrücklich einen Wechſel im Generalat. In einer zweiten Zuſchrift vom 19. Juli wurde der Kaiſer erſucht, fortan auf den Rath der Kurfürſten zu hören und ohne ihr Wiſſen keine wichtige Regierungshandlung vorzunehmen; im Beſonderen verlangten ſie dann noch, daß gegen die vertriebenen Herzöge von Mecklenburg ein förmlicher Prozeß eröffnet werde. Der Kaiſer ſchwankte. Die Zuſchrift der Kurfürſten rundweg ablehnend zu beantworten, trug er natürlich Bedenken, ebenſo wenig aber konnte er ſich entſchließen, ſeinen Feldherrn preiszugeben. Er antwortete mit einer im Weſentlichen aufſchiebenden Wendung: wenn wider ſeinen jetzigen Feldhauptmann etwas in specie geklagt werden ſollte, ſo wolle er ſolches willig anhören und ſich darüber der Gebühr nach reſolviren.

Auf ſolche ſpecielle Einzelanklagen aber, welche die Entſcheidung nur ins Unabſehbare verlängern, vor Allem aber eine eingehende Rechtfertigung Wallenſteins zur Folge haben konnten, wollten ſich die Kurfürſten nicht mehr einlaſſen. Am 1. Auguſt fuhren die drei geiſtlichen Kurfürſten und Maximilian von Bayern perſönlich zum Kaiſer und überreichten ihm eine neue ſcharfe Klageſchrift gegen Wallenſtein. Ferdinand widerſtand eine Zeit lang eifrig der Forderung der Kurfürſten, das Verhältniß zwiſchen ihm und den Kurfürſten wurde ein ſichtlich geſpanntes. Dadurch aber wurde die Beſorgniß der kaiſerlichen Geheimen Räthe, denen Ferdinand die Sache zur Begutachtung übergab, erregt. Zwar vertheidigten ſie in ihrem Gutachten Wallenſtein, dem ſich bisher ein beſtimmter Vorwurf nicht machen laſſe. Daß aber auch ſie von dem hochfliegenden Ehrgeiz des Generaliſſimus Gefahr fürchteten, geht daraus hervor, daß ſie in ihrem Gutachten der Beſorgniß Ausdruck gaben, daß Wallenſtein im Falle ſeiner Entlaſſung „ſich ſeines Volks und in Händen habenden exercitus, welchen er erſtmals auf ſeinen Credit auf den Fuß gebracht, deſſen Obriſten auch von ihm faſt alle zu ſolchen Ehren und Würden, wie auch Geld und Gütern promoviert worden, ſich gebrauchen und anderer dergleichen offendirter, in Hiſtorien vielfältig ſich befindender Feldobriſten Exempel nach ſelbſt vindiciren möchte". Sie riethen dem Kaiſer, für dieſen Fall ſich des Beiſtandes der Kurfürſten ausdrücklich zu vergewiſſern. Schließlich aber empfahlen ſie ihm doch, ſich mit den Kurfürſten nicht zu veruneinigen, ſondern lieber ſeinen General zu entfernen, da er ſonſt auf ein Bündniß der katholiſchen und proteſtantiſchen Reichsſtände gefaßt ſein müſſe. In der That arbeiteten die katholiſchen Kurfürſten auf ein ſolches mit allem Eifer hin, um auf dieſe Weiſe den Kaiſer zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Sie ſuchten mit den evangeliſchen Kurfürſten in ein enges Verſtändniß zu kommen und entſchloſſen ſich ſogar, um dies zu erreichen, denſelben in Ausſicht zu ſtellen, daß das Reſtitutionsedict in ihren Staaten nicht zur Ausführung kommen ſolle. Auch hier offenbarte ſich wieder die eigenthümlich widerſpruchsvolle Politik der Liga. Während ſie den proteſtantiſchen Kurfürſten Aufhebung des Edicts für ihre Länder verſprachen,

machten ſie Wallenſtein einen ſchweren Vorwurf daraus, daß er, ganz im Rahmen ſeiner bisherigen Politik, daſſelbe Edict in Württemberg nicht zur Durchführung bringen wollte.

Trotz dieſes energiſchen Vorgehens der katholiſchen Kurfürſten gegen Wallenſtein ließ der Kaiſer ſeinen Feldherrn auch in der ſchriftlichen Antwort, die er ihnen am 7. Auguſt ertheilte, nicht fallen, ja er vertheidigte ihn im Hinblick auf jene Forderung der Eröffnung eines Prozeſſes wegen Mecklenburg auch im Beſitz dieſes Herzogthums.

Die entgegengeſetzteſten Einflüſſe kämpften in dieſen entſcheidungsvollen Tagen am Hofe des Kaiſers mit einander. Der leitende Miniſter, Fürſt von Eggenberg, war noch immer für Wallenſtein. Den Ausſchlag gab

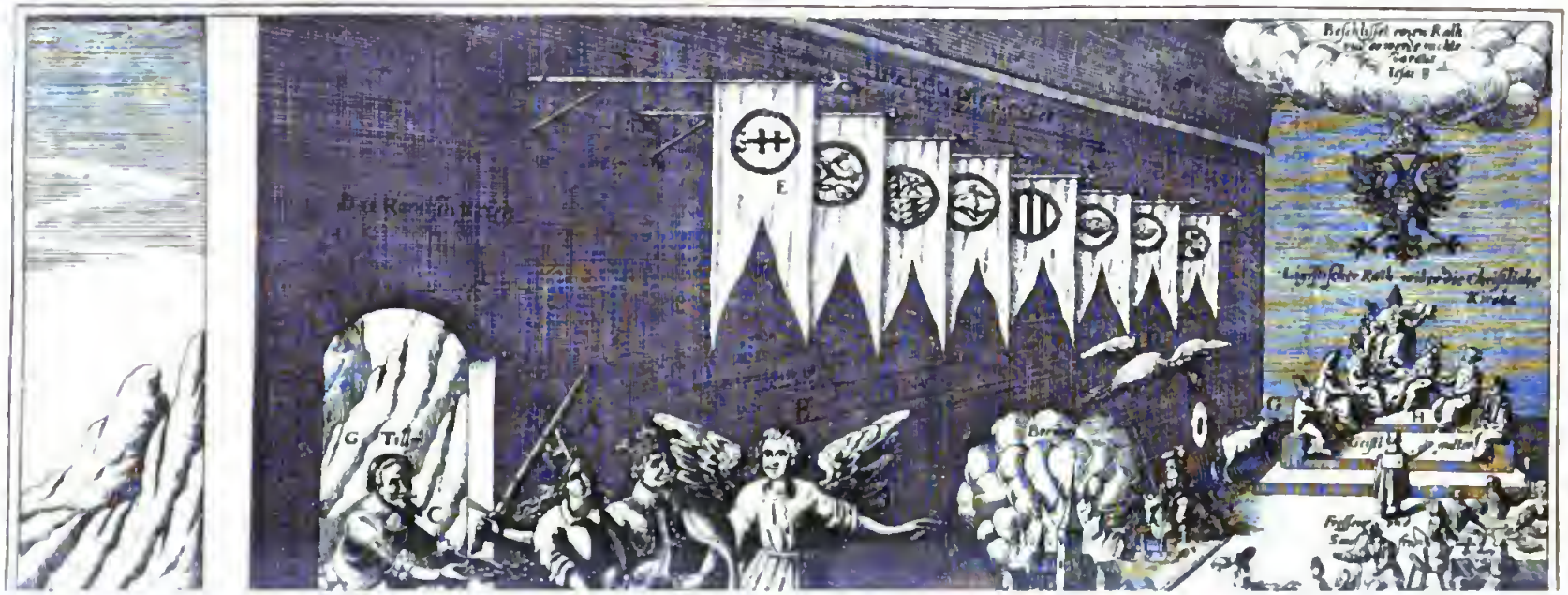
Facſimile der Unterſchrift Wallenſteins, Albrecht Herzog zu Friedland, unter einem Schriftſtück vom 23. März 1628. Originalgröße. (Berlin, Königl. Geh. Staatsarchiv.)

ſchließlich der Papſt, der, durchaus im Fahrwaſſer der franzöſiſchen Politik, mit allen Kräften auf die Beſeitigung des Feldherrn hinarbeitete und ſich zu dieſem Zwecke des kaiſerlichen Beichtvaters Lamormain bediente. Als die Kurfürſten jetzt am 12. Auguſt eine nochmalige Eingabe an den Kaiſer richteten, entſchloß er ſich nachzugeben, nur ſtellte er die Bedingung, daß Wallenſtein weder in ſeiner Ehre noch in ſeinem Beſitz eine Schädigung erfahren ſolle. In der ſchonendſten Form ſollte dieſer Beſchluß Wallenſtein mitgetheilt werden. Zu Geſandten an ihn erwählte der Kaiſer zwei der beſten Freunde des Feldherrn, Werdenberg und Queſtenberg. Sie ſollten ihm klar zu machen ſuchen, daß der Entſchluß des Kaiſers dem Drängen der Kurfürſten gegenüber nicht zu vermeiden geweſen ſei. Wider alles Erwarten empfing Wallenſtein, der ſich über die Vorgänge in Regensburg ſtets auf dem Laufenden erhalten hatte, die kaiſerlichen Abgeſandten durchaus freundlich. Er erklärte ihnen, auf die aſtrologiſchen Hilfsmittel, von denen er in ſeinem Arbeitszimmer

Schwedischer Ankunfft vnd Fortgang im Reich/
Das ist:

Glückliche Continuation der Göttlichen hülffe / ne-

benst angehefftem Wüten der Tyrannen böser Vnthaten/vnd Pharisäischen Rhatschlägen/so jetzo im Schwange gehen.



SO lang sah ich ihm nach/ biß ich bin innen worden /
Das Gott durch jhn das A. Weib einführt zur nechsten
Pforten/
So weit das er wieder beym erst B. Engel wurd bracht:
Ein C. Mann wolt jhn zu rück halten mit groser Macht/
Den er doch nach sich zog/ gleich als mit einer Kette/
Dem Vogel D. baldt sein Beut wiederumb gerewen thäte.
Der Held vermahnet E. die/ so begehrten sein Beystand
Für vnd mit jhm zu Gott zu flehen vmb hülffreich Hand/
Auch kehrten die selbst vmb/ die ihrs E thun nur abwarten/
Weil vnverhoffte G. Thier möchten suchen im Garten.
In dem sie treffen/ kömpt eben daselb H. Vrteil/
Welches jhre Brüder bracht in all dieß groß Vnheil.

Darauff saget zum Held das Weib wenn du nicht wirst ansehen
Waß dir begegnen mag/ sondern recht lahn recht gehen/
Den fernen so wol/ als den nähern Beystandt thu.
Dem Klein wie dem Grossen/ alles I. Vbels anthun.
So weiß ich/ Gott wird dich mit seiner Hülffe segnen/
Gnad/ Sieg vnd all Ehr/ auff dich stets lassen Regenen/
Waß du vornimbst/ wird dir glücklich gehen von statt/
Weil du nicht dir/ Sondern Gott zuschreibest all That.
Du wirst mit Fried vnd Ruhm wieder anheim kommen/
Darzu ein gewünschten Erb deiner Cron bekommen.
Gesund in guter Ruhe leben zu aller frist /
Biß dir sterben wird seyn/ nützer denn Leben ist.

E N D E.

Facsimile eines Flugblattes auf Gustav Adolfs Landung in Deutschland; 1631.

Die Landung Guſtav Adolfs in Pommern.

Als auf dem Regensburger Reichstage jene ungeheure Entſcheidung erfolgte, die Entlaſſung des ſieggekrönten Feldherrn, der ſeit langer Zeit zum erſten Male dem Kaiſer zu einer wirklich kaiſerlichen Machtvollkommenheit im Reiche verholfen hatte, da war im Norden Deutſchlands bereits der Held gelandet, der den Kaiſer von ſeiner ſtolzen Höhe wieder herabſtürzen, den Proteſtantismus in Deutſchland retten und das Gleichgewicht der Kräfte in Europa wieder herſtellen ſollte. Es iſt bezeichnend und verdient hervorgehoben zu werden, daß die Landung Guſtav Adolfs ſchon erfolgt und in Regensburg bekannt war, als der eigentliche Sturm der Liga gegen Wallenſtein begann. Am 26. Juni legten die erſten ſchwediſchen Schiffe an der Inſel Uſedom an, am 16. Juli erfolgte in Regensburg die erſte gemeinſame Eingabe der Kurfürſten gegen Wallenſtein. Daß das möglich war, daß katholiſche Fürſten, welche mit Energie auf die Durchführung des Reſtitutionsedicts drangen und dadurch den geſammten Proteſtantismus in Deutſchland zu leidenſchaftlichem Widerſtande veranlaßten, dem Kaiſer in dieſem Momente höchſter Gefahr, da dem in ſeiner Exiſtenz bedrohten Proteſtantismus ein neuer Helfer und Retter erſtand, die Entlaſſung des Feldherrn abtrotzten, der allein im Stande geweſen wäre, den neuen Feind zu beſtehen, das iſt ein ſprechender Beweis dafür, wie blind der Haß dieſer Fürſten gegen Wallenſtein war, zugleich aber auch dafür, wie ſehr ſie den neuen Gegner unterſchätzten. Auch der Kaiſer ſelbſt ſcheint von der Größe der Gefahr, die ihm drohte, keine Vorſtellung gehabt zu haben. In der Wieneriſch gemüthlichen Art, welche er zuweilen an der ungeeignetſten Stelle hervorkehrte, äußerte er, da habe er „halt a Kriegel mehr“. Die katholiſchen Fürſten aber waren durch die bisherigen Erfolge der kaiſerlichen und ligiſtiſchen Waffen und durch den ungeheuren Aufſchwung, den dadurch die Tendenzen der katholiſchen Reaction genommen hatten, ſo übermüthig und ſiegesgewiß geworden, daß ſie offen ihre Freude über die Landung des „Schneekönigs“ äußerten; denn dadurch werde ſich reiche Gelegenheit zu neuen Confiscationen der Beſitzthümer derer, die ſich ihm anſchlöſſen, darbieten. In Wien aber ſchlug die kaiſerliche Kanzlei, als die Nachricht von der Landung Guſtav Adolfs anlangte, im Staatskalender nach, um zu ſehen, wo denn eigentlich das Ländchen des kleinen Gothenkönigs liege.

Dieſe kurzſichtige Verblendung war um ſo unbegreiflicher, als der kaiſerliche Feldherr, den man ſoeben zu entfernen im Begriff war, ſchon ſeit Jahren mit völlig klarer Erkenntniß der Sachlage und der Perſönlichkeit Guſtav Adolfs immer und immer wieder auf die von dieſer Seite drohende Gefahr hingewieſen hatte. Man kann ſagen, daß die Politik Wallenſteins in den letzten drei Jahren, ſeitdem er den Gedanken einer kaiſerlichen Oſtſeeherrſchaft ernſtlich in Betracht gezogen hatte, in jedem einzelnen Augenblick von der Rückſicht auf den Schwedenkönig beſtimmend beeinflußt worden war, deſſen umſichtige Thatkraft er zuerſt bei der Belagerung von Stralſund in empfindlichſter Weiſe geſpürt hatte. Aus zahlreichen brieflichen Aeußerungen Wallenſteins an ſeine Vertrauten geht unzweifelhaft hervor, daß er dem Dänenkönige in Lübeck trotz der großen über ihn errungenen Erfolge ſo außergewöhnlich milde Bedingungen nur deshalb gewährte, weil er die Beſorgniß hegte, daß bei einer Fortführung des Krieges der König von Schweden ſich in denſelben einmiſchen werde. Von demſelben Geſichtspunkte aus hatte Wallenſtein, der ſonſt ſo eiferſüchtig darüber wachte, ſein ganzes Heer unter ſeinem unmittelbaren Oberbefehl zu behalten, bei dem Kriege Schwedens mit Polen eine Ausnahme gemacht, obwohl doch der Kaiſer gar nicht unmittelbar an demſelben betheiligt war. Noch im Jahre 1629 hatte er einen ſeiner tüchtigſten Officiere, den General von Arnim, mit einem Heere von über 10000 Mann dem Könige von Polen zu Hilfe geſandt, um ihn zu weiterem Widerſtande gegen Guſtav Adolf zu ſtärken und dieſen dadurch von einer Einmiſchung in den deutſchen Krieg abzuhalten. Deshalb hatte ihn dann der trotzdem erfolgte Abſchluß jenes ſechsjährigen Waffenſtillſtandes zwiſchen Schweden und Polen im September 1629 aufs Neue mit ernſter Beſorgniß erfüllt und ihn veranlaßt, ſich anfangs gegen den italieniſchen Krieg wegen der mantuaniſchen Erbfolge zu erklären, damit man zu dem jetzt in drohende Nähe gerückten ſchwediſchen Kriege freie Hand behalte. Auch hier hatte er bewieſen, daß er im Grunde eigentlich der einzige Mann in Deutſchland war, der mit voller Klarheit die politiſche Weltlage überſah.

In der That waren der Anzeichen, daß Guſtav Adolf die ernſtliche Abſicht hegte, den Krieg gegen den Kaiſer, mit dem er ſchon wiederholt mittelbar in politiſchen Gegenſatz gerathen war, unmittelbar nach Deutſchland ſelbſt zu übertragen, in den letzten Jahren mehr als genug vorhanden geweſen. War doch ſchon in den Jahren 1624 und 1625 ernſtlich darüber verhandelt worden, ihm und nicht dem Könige von Dänemark das Directorium des niederdeutſchen Krieges zu übertragen, war doch dann in dem ganzen däniſchen Kriege immer und immer wieder der Einfluß Guſtav Adolfs dem kaiſerlichen Feldherrn trotz aller Erfolge, die er errang, hemmend in den Weg getreten. Vollends ſeitdem Wallenſtein immer klarer mit der Abſicht hervorgetreten war, dem zu einem früher ungeahnten Anſehen erhobenen Kaiſerthum auch die Herrſchaft über die Oſtſee zu verſchaffen, hätte es keinem Einſichtigen mehr verborgen bleiben ſollen, daß über dieſe Frage ein Krieg zwiſchen dem Kaiſer

Guſtav I. Waſa von Schweden.

Facſimile des Kupferſtiches von Martin Rota (um 1558—1586).

und dem ſchwediſchen Reiche gar nicht mehr zu vermeiden war. Der diametrale politiſche Gegenſatz zwiſchen Beiden trat mit voller Klarheit zu Tage. Die Macht, welche das junge ſchwediſche Königthum in den letzten hundert Jahren in mühevollem Ringen mit den Nachbarſtaaten ſich erworben hatte, beruhte auf zwei Grundlagen: einmal auf ſeinem durchaus proteſtantiſchen Charakter, den es in ſchwerem, innerem Kampfe doppelt gefeſtigt hatte, dann aber auf der Herrſchaft über die Oſtſee und ihren Handel, der das conſequent feſtgehaltene Ziel der Politik Guſtav Adolfs in allen ſeinen Kämpfen gegen Dänemark, Rußland und Polen geweſen war. Dieſe beiden Grundgedanken der ſchwediſchen Politik, der proteſtantiſche und der des Dominium maris Balttet, waren in der That untrennbar mit einander verbunden. In beiden Richtungen aber war der Kaiſer der Antipode des ſchwediſchen Staates. Wollte ſich Guſtav Adolf nicht von dem Kaiſer und ſeinem Feldherrn entreißen laſſen, was er in jahrelanger ſchwerer Arbeit errungen hatte, ſo mußte er den Krieg gegen den Kaiſer aufnehmen, zu dem ihm dieſer durch die militäriſche Hilfe, die er dem Könige von Polen geleiſtet hatte, mehr als genügende politiſche Veranlaſſung gegeben hatte. Es war der alte große Gegenſatz aus den Tagen Philipps II., der hier in neuer Geſtalt noch einmal in die Erſcheinung trat. Und wenn es wahr iſt, daß ein Staat nur mit den Kräften erhalten werden kann, durch die er begründet worden iſt, ſo war Guſtav Adolf die Richtung ſeiner Politik gegen die habsburgiſche Weltmacht aus religiöſen wie politiſchen Gründen als unbedingte Nothwendigkeit vorgezeichnet. Die Exiſtenz ſeiner eigenen Königswürde war damit untrennbar verbunden.

Schweden verdankte ſeine Exiſtenz als ſelbſtändiger Staat dem Großvater Guſtav Adolfs, Guſtav Waſa. Er war es, der jene ſicheren Grundlagen der weiteren ſtaatlichen Entwickelung legte, auf denen die Bedeutung dieſes Staates für die nordiſche Welt Europas beruhte: das ſtreng proteſtantiſche Weſen im Innern, durch welches es gelungen war, auf den Bürger- und Bauernſtand geſtützt, dem Königthume zu einer ſelbſtändigen Bedeutung gegenüber dem mächtigen Adel zu verhelfen, das conſequente Streben nach Einfluß und Macht auf der Oſtſee, der wichtigſten Handelsſtraße in jenem Theile Europas, nach Außen. Auf dieſen Grundlagen hatte der älteſte der Söhne Guſtav Waſas, Erich, weitergebaut, freilich in einer ſo gewaltſamen und übereilten Art und Weiſe, daß er ſchließlich in Kampf mit ſeinem eigenen Bruder verwickelt und von dieſem gefangen genommen wurde. Dieſer Bruder, Johann, ein hochbegabter, aber wankelmüthiger Mann, war von den von ſeinem Vater gelegten Grundlagen in jeder Richtung abgewichen, indem er den ſtreng proteſtantiſchen Charakter ſeines Staats in Frage ſtellte und immer deutlichere Hinneigung zum Katholicismus bekundete. Hatte er ſchon dadurch heftige Oppoſition bei ſeinem feſt am evangeliſchen Glauben hängenden Volke

erregt, ſo wuchs dieſe noch erheblich, als er ſeinen Sohn Sigismund auf den Thron des ſtreng katholiſchen polniſchen Königreiches erheben ließ und offen danach ſtrebte, an die Stelle der mit Mühe abgeſchüttelten ſchwediſch-däniſchen eine ſchwediſch-polniſche Union zu ſetzen und dadurch dem Katholicismus auch in Schweden zum Uebergewichte zu verhelfen. Dieſe Oppoſition gegen König Johanns katholiſirende Tendenzen war es, welcher der Zweig des Hauſes Waſa, dem Guſtav Adolf angehörte, ſein Emporſteigen zum Königthum verdankte. Als nämlich nach Johanns Tode deſſen Sohn, jener polniſche König Sigismund, den ſchwediſchen Thron beſteigen ſollte, ſuchte ſich anfangs das ſchwediſche Volk gegen deſſen katholiſirende Tendenzen, die zugleich, dem polniſchen Vorbilde entſprechend, zur Wiederherſtellung der alten Adelsherrſchaft geführt haben würden, dadurch zu ſchützen, daß es den neuen König einen Eid ſchwören ließ, durch den er ſich verpflichtete, des Landes Glauben und Gerechtſame unangetaſtet zu laſſen. Da aber trotz dieſes Eides die katholiſche Geſinnung Sigismunds immer deutlicher zu Tage trat, wuchs der Widerſtand gegen ſein Regiment ſo, daß man den jüngeren Bruder des verſtorbenen Königs Johann, Oheim Sigismunds, Karl von Südermannland, der mit Eifer am evangeliſchen Glauben feſthielt, erſt zum Reichsverweſer, dann (1604) an Stelle Sigismunds zum Könige von Schweden erhob. Dieſer vortreffliche, ſcharfſinnige und kühl berechnende, aber auch nüchterne Fürſt lenkte mit bewußter Folgerichtigkeit in die Bahnen ſeines Vaters Guſtav Waſa wieder ein, d. h. er hielt den proteſtantiſchen Charakter ſeiner Würde ebenſo feſt wie den politiſchen Grundgedanken, auf dem die Bedeutung ſeines Staates beruhte.

Der Sohn dieſes Königs Karl, der durch ſeine ſtreng proteſtantiſche Geſinnung den näher berechtigten, aber katholiſchen Neffen vom ſchwediſchen Königsthron verdrängt hatte, war nun Guſtav Adolf, der nach ſeines Vaters Tode (1611) als ſiebzehnjähriger Jüngling den ſchwediſchen Thron beſtieg. Man ſieht auf den erſten Blick, was das bedeutete. Daß er überhaupt König wurde, verdankte er ſeinem proteſtantiſchen Bekenntniſſe; die Erhaltung ſeiner Würde, welcher der katholiſche polniſche Vetter fortgeſetzt die Anerkennung verſagte, war mit ſeinem religiöſen Bekenntniſſe untrennbar verbunden.

Die Aufgabe, die der Jüngling übernahm, war eine außerordentlich ſchwierige. Sein Vater hatte ihm als Erbtheil drei auswärtige Kriege, mit Dänemark, mit Polen und Rußland, hinterlaſſen, in denen er ſich nicht allein ſeine Weltſtellung, ſondern ſogar die volle Unabhängigkeit ſeines Königthums erſt erringen mußte. Dazu waren die inneren Zuſtände des Reiches keineswegs geſichert und erfreulich. Die Wirren, durch welche Sigismund den Thron verloren hatte und Guſtav Adolfs Vater zur Königswürde emporgeſtiegen war, hatten verderbliche Spuren genug hinterlaſſen. Der von König Johann begünſtigte und wieder zu großem Einfluß gelangte Adel war von Karl noch keineswegs in jeder Beziehung in die alten Schranken zurückgewieſen worden. Das war aber um ſo gefährlicher, als derſelbe offene Hinneigung

Sigismund III., König von Polen.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1632, von Friedrich Hulſius.

zu König Sigismund von Polen bekundete, der noch immer ſeinen Rechten auf den ſchwediſchen Königsthron keineswegs entſagt hatte. Es konnte daher nicht unbedenklich erſcheinen, ſeine privilegirte Stellung anzugreifen, die nicht bloß in ſeinem weitreichenden Einfluſſe auf die Staatsgeſchäfte, ſondern auch in ſeiner völligen Befreiung von allen Steuern ihren Ausdruck fand. Und doch mußte der Verſuch gemacht werden, wenn der junge König die Kräfte ſeines kleinen Königreichs in ausreichendem Maße für ſeine groß angelegte auswärtige Politik zur Verfügung haben wollte. Und das Staunenswerthe gelang! In zwanzigjähriger unausgeſetzter Arbeit verſchaffte Guſtav Adolf dem im Inneren geſpaltenen, nach Außen wenig bedeutenden Reiche eine Weltmachtſtellung, die es befähigte, als beſtimmender Factor in den großen Weltkrieg des Jahrhunderts einzugreifen. Fürwahr eine Leiſtung, die ſeiner Befähigung für ſein hohes Amt ein glänzendes Zeugniß ausſtellt! Dieſe Befähigung, die er ſchon ſehr früh an den Tag gelegt hatte, war durch eine umſichtige und vielſeitige Erziehung von ſeinem Vater mit Eifer und Verſtändniß gepflegt und gefördert worden.

Guſtav Adolf war inmitten der inneren Kämpfe, in denen ſein Vater zur Königswürde emporſtieg, am 19. November 1594 geboren worden und in unruhigen und bewegten Zeiten herangewachſen. Als ſein Vater zum Throne gelangte, war der Sohn zehn Jahre alt. Er hatte ſchon damals eine für ſeine Zeit an Fürſtenhöfen nicht gewöhnliche allſeitige Bildung erworben und früh ein reifes und geſundes Urtheil an den Tag gelegt. Mit beſonderem Eifer wandte er ſich ſchon als Knabe kriegswiſſenſchaftlichen Studien zu und vertiefte ſich namentlich mit Eifer in die Geſchichte der niederländiſchen Freiheitskämpfe. Wilhelm von Oranien war ſein Lieblingsheld; an dem Muſter der niederländiſchen Feldherrn und der niederländiſchen Kriegs- und Befeſtigungskunſt hat er ſich herangebildet. Daneben wurde die allgemeine geiſtige Ausbildung nicht verſäumt. Vor Allem war es das Studium der Sprachen, für das der junge Königsſohn Eifer und reiche Begabung zeigte. Er beherrſchte ſpäter nicht weniger als fünf Sprachen außer der ſchwediſchen: holländiſch, deutſch, franzöſiſch, lateiniſch und italieniſch. Auch in die Anfänge des Griechiſchen war er eingedrungen, ſo daß er Xenophon zu leſen vermochte. Von den Neueren las er mit Eifer die völkerrechtlichen Arbeiten von Hugo Grotius. Er blieb dabei nicht bei der Freude an der äußeren ſchönen Form ſtehen, ſondern drang in das Weſen der Dinge ein, ſo daß er ſich in ſehr jungen Jahren ſchon ein geſundes und treffendes Urtheil aneignete, welches das Erſtaunen der am ſchwediſchen Hofe verweilenden Geſandten erregte. Als elfjähriger Knabe ſchon war er von ſeinem Vater in die Sitzungen des Staatsrathes mitgenommen und in den Mechanismus der Geſchäfte eingeführt worden. Der Vater war ſtolz auf die reiche Begabung ſeines Sohnes, die er mit ſcharfem Blick erkannte und in geeigneter Weiſe zu fördern verſtand. Aehnlich wie ſpäter Friedrich Wilhelm I. von Friedrich dem Großen, ſo hat damals Karl IX. von

Guſtav Adolf geſagt, der ſei größer als er, der werde glücklich hinausführen, was er mühſam begonnen habe; er werde ein zweiter Guſtav Waſa werden. Und ſehr bald bekam die Welt zu ſpüren, wie richtig der Vater geweiſſagt hatte.

Als Guſtav Adolf im Jahre 1611 den Thron beſtieg, übernahm er das Reich, wie die Leichenrede es ausdrückt, „mit zwei leeren Händen". Wollte er es befähigen, eine wirklich bedeutende Stellung inmitten der mit einander ringenden Mächte des Nordens einzunehmen und zu behaupten, ſo mußte er zunächſt verſuchen, Ordnung im Innern zu ſchaffen und vor Allem die Ausnahmeſtellung des privilegirten Adels zu brechen, deſſen reichen Beſitz an Land und Leuten den Zwecken des Staates dienſtbar zu machen. Mit bewundernswerther Umſicht löſte er dieſe ſchwierige Aufgabe, ohne mit dem Adel in directen Conflict zu kommen. Er wußte die alten militäriſchen Traditionen, durch die derſelbe dereinſt in der Führung des Heeres emporgekommen war, wieder zu beleben. Er erinnerte ihn geradezu daran, daß ſeine Privilegien eben auf der alten Leiſtung des „Roßdienſtes" beruhten, daß derjenige, der dem Staate nicht mit allen Kräften diene, auch ſeiner Privilegien verluſtig gehen müſſe. Er wußte militäriſchen Geiſt und Wetteifer wieder in ihm zu wecken. Während er ſeinen erſten Krieg mit Dänemark im Jahre 1613 durch den wenig günſtigen Frieden von Knaröd beendigen mußte, weil er beim Adel nicht die erforderliche Unterſtützung fand, wurde das in den ſpäteren Kriegen ganz anders. Und als erſt der ſtaatliche Sinn im Adel gegenüber den egoiſtiſchen Standesintereſſen wieder erwacht war, gelang es auch, denſelben nicht bloß zu militäriſchem Dienſte, ſondern auch zu finanziellen Leiſtungen heranzuziehen. Auch das geſchah in umſichtiger und vorſichtiger Weiſe, anfangs nur mittelbar, indem der König eine Mühlenſteuer einführte, die von allem zur Mühle gelangenden Korn erhoben wurde und ſo naturgemäß auch das Korn des reichen grundbeſitzenden Adels traf. Später konnte der König geradezu daran gehen, eine Kopfſteuer auch vom Adel zu erheben und dadurch die Steuerlaſt des Bürgers und Bauern, welche durch die langdauernden Kriege geradezu unerträglich geworden wäre, erheblich zu erleichtern.

Nachdem er, auf dieſem Wege langſam, aber ſicher weitergehend, die finanziellen Kräfte ſeines kleinen, nur anderthalb Millionen Einwohner zählenden Staates gehoben und für die Durchführung einer von großen Geſichtspunkten ausgehenden europäiſchen Politik fähig gemacht hatte, ging er mit der gleichen Umſicht an die Neuorganiſation ſeines Heeres, welches bisher trotz ſeiner inneren Tüchtigkeit doch mehr eine Art Landwehr als ein regelrechtes Kriegsheer geweſen war. Dem vorwiegend bäuerlichen Charakter des Landes entſprechend, war bisher nicht allein die Aushebung diſtrictsweiſe erfolgt, ſondern das ganze Heer war gleichſam landsmannſchaftlich organiſirt geweſen. Die einzelnen „Fahnen", die ſich in den Diſtricten verſammelten, waren gar nicht zu größeren Verbänden, zu Regimentern, zuſammengeſchloſſen

worden. Dieſe Organiſation zu einem wirklich ſtehenden Heere hat erſt Guſtav Adolf geſchaffen; er hat zugleich den Truppen eine größere Beweglichkeit verſchafft, indem er im Gegenſatz zu den bisher herrſchenden Waffen, Harniſch, Speer und Pike, die Muskete zur Hauptwaffe machte. Auch mit der Uniformirung, die bisher völlig unbekannt in Schweden geweſen war, hat er einen Anfang wenigſtens mit den Elitetruppen gemacht. Auch Aeußerlichkeiten waren hier von entſcheidender Bedeutung. Indem er den Truppen im Winter Pelze und Pelzhandſchuhe gab, erreichte er es, daß er zum nicht geringen Schrecken ſeiner Gegner in Deutſchland auch Winterfeldzüge zu führen vermochte. Mit einem Worte, er hat ſein Heer, ohne ihm ſeinen bäuerlichen Charakter, auf dem ſeine Stärke beruhte, zu nehmen, zu einem leicht beweglichen und einheitlichen Organismus umgeſchaffen und ihm die Grundlage aller militäriſchen Erfolge, den Corpsgeiſt und die ſtraffe Disciplin, in eifriger unermüdlicher Arbeit anerzogen.

Was das zu bedeuten hatte, zeigte ſich dann in den weiteren Kriegen, die er zu führen hatte und die alle dem einen großen, conſequent feſtgehaltenen Ziele, der Begründung einer Herrſchaft über die Oſtſee, dienten. Selbſt der däniſche Krieg, obwohl er nur mit geringem Erfolge geführt wurde, bezeichnet einen Anfang auf dieſer Bahn. Es gelang ihm, im Frieden wenigſtens die feſten Punkte an der ſchwediſchen Küſte, welche Dänemark noch im Beſitz hatte, wenn auch zunächſt nur in der Form eines Kaufs, deſſen Kaufſumme erſt noch aufgebracht werden mußte, zu erringen. Auf dieſe Weiſe kam er in den Beſitz von Calmar, Oeland und Elfsborg. Bei weitem günſtiger ſchon verlief der Krieg mit Rußland. Mit Geſchick und Scharfblick hatte er die Gelegenheit benutzt, welche ihm die mit dem Emporkommen des Hauſes Romanow verbundenen Wirren boten, um auch hier ſeinen Einfluß geltend zu machen. Während mehrere Prätendenten, darunter eine Zeit lang auch ſein polniſcher Vetter Sigismund, um den ruſſiſchen Thron ſtritten, hatte er in den Oſtſeeküſtenländern Livland, Karelien, Ingermanland feſten Fuß zu faſſen geſucht. In dem Vertrage zu Stolbowa (Februar 1617) trat ihm die ruſſiſche Regierung, um für die Ueberwindung der inneren Schwierigkeiten freie Hand zu gewinnen, dieſe Lande ab: der Grund zur Herrſchaft über die Oſtſee war gelegt. Mit Stolz und Genugthuung konnte Guſtav Adolf ſeinen Ständen verkündigen, ohne ſeinen Willen könne der Ruſſe fortan mit keinem Boote mehr in die Oſtſee fahren; Rußland ſei von der Oſtſee ausgeſchloſſen, es werde ihm künftig ſchwer werden, „über dieſen Bach zu ſpringen".

Zur Sicherung des Errungenen aber gehörte nun vor Allem eine Auseinanderſetzung mit dem polniſchen Vetter, der ihm nicht allein den Beſitz jener Lande, namentlich Livlands, ſtreitig machte, ſondern auch noch immer Anſprüche auf den ſchwediſchen Thron erhob, die Herrſchaft Guſtav Adolfs in ſeinem eigenen Stammlande nicht anerkennen wollte. Kein Zweifel, daß der König von Polen dabei Unterſtützung nicht allein bei Kaiſer Ferdinand,

König Guſtav Adolf von Schweden.

Nach dem Gemälde von Anthonie van Dyck (1599—1641). (München, Königl. Pinakothek.)

ſondern auch bei Spanien und der geſammten katholiſchen Combination der Kräfte, an deren Spitze das Haus Habsburg ſtand, gefunden hat. Polen war ein Glied in jener Kette der univerſalen Machtbeſtrebungen, mit denen damals wieder wie dereinſt unter Philipp II. der Katholicismus dem Proteſtantismus den Untergang zu bereiten dachte. Eine feſte Verbindung zwiſchen Spanien und Polen auf dem Seewege mit Umgehung Dänemarks und Schwedens herzuſtellen, war ein Lieblingsgedanke der habsburgiſchen Politik. Deswegen hatte ſie bei den Friedensverhandlungen mit Dänemark zu Lübeck anfangs darauf beſtanden, daß zum Mindeſten ein feſter Platz an der Oſtſeeküſte an das Haus Habsburg abgetreten werden müſſe. Demſelben Ziele hatte die Ernennung Wallenſteins zum Reichsadmiral, hatte die Belagerung von Stralſund dienen ſollen. Hat doch Wallenſtein ſogar ernſtlich daran gedacht, die Oſt- und Nordſee durch einen Kanal zu verbinden, ein Gedanke, deſſen Durchführung unſeren Tagen vorbehalten geblieben iſt. Der Zweck war auch hier, den in den Händen Dänemarks befindlichen und von dieſem mit einem hohen Zolle belaſteten Sund zu umgehen und dem Handel eine von Dänemark und Schweden unabhängige Bahn zu eröffnen. Man ſieht, wie ſehr in dieſer Beziehung die Intereſſen Dänemarks und Schwedens identiſch waren. Und doch ſind die ſpaniſch-öſterreichiſchen Beſtrebungen durch nichts mehr gefördert worden als durch die zwiſchen dieſen beiden Staaten vorwaltende Spannung, deren Beſeitigung als eines der Hauptziele der proteſtantiſchen Mächte der Zeit, namentlich Englands, erſcheint. Unter dieſem Geſichtspunkte aber gewinnt der polniſch-ſchwediſche Krieg der zwanziger Jahre des 17. Jahrhunderts eine über ſeine lokale Ausdehnung weit hinausragende Bedeutung. Die proteſtantiſche, aufſtrebende Macht Schwedens von der Oſtſee auszuſchließen, Polen nicht allein im Beſitz der preußiſchen Häfen zu erhalten, ſondern auch ihm die Oſtſeeprovinzen im Kampfe mit Schweden zu erringen, wenn möglich gar dem katholiſchen Könige von Polen den ſchwediſchen Thron zurückzugewinnen und danach Schweden zu rekatholiſiren, das Alles waren Ziele, die für den Grundgedanken der katholiſch-habsburgiſchen Politik jener Tage vortrefflich paßten, die durchzuführen man es ſchon über ſich nehmen konnte, den König von Polen in ſeinem ſchweren Kampfe mit Schweden zu unterſtützen. Man ſieht, was hier für Schweden auf dem Spiele ſtand, wie es gezwungen war, alle ſeine Kräfte zunächſt auf dieſen polniſchen Krieg zu concentriren, zugleich aber auch, wie ſehr ſich Guſtav Adolf durch die Unterſtützung, welche ſein polniſcher Gegner durch den Kaiſer und ſeinen Feldherrn erhielt, in ſeinen Exiſtenzbedingungen bedroht fühlen mußte. Kein Wunder, wenn er ſich ſchon 1625, ſelbſt nachdem ſein däniſcher Nebenbuhler die Oberleitung des deutſchen Krieges im Gegenſatz zu ihm erhalten hatte, gleichwohl erbot, von Preußen aus, das er im Kampfe mit Polen beſetzt hielt, durch Polen hindurch eine Diverſion in die ſchleſiſchen Erbländer des Kaiſers zu unternehmen; kein Wunder, daß er dann 1628 der von Wallenſtein hart bedrängten Stadt Stralſund trotz ſeines geſpannten Ver-

hältnisses zu Dänemark im Verein mit diesem nachdrücklichste Hilfe leistete; kein Wunder aber auch, daß sich mehr und mehr die Ueberzeugung in ihm befestigte, daß er die errungene Stellung an der Ostsee nur durch einen unmittelbaren Kampf mit dem Kaiser werde behaupten können. Schon 1628, als Wallenstein immer offener mit seinen maritimen Plänen hervortrat, fing Gustav Adolf an zu besorgen, daß derselbe, wenn es ihm erst gelungen sei, an der mecklenburgisch-pommerschen Küste festen Fuß zu fassen, ihn nicht mehr bloß mittelbar in seiner Stellung an der Ostsee zu bedrohen und zu bekämpfen, daß er bezw. der Kaiser vielmehr über kurz oder lang ihn in seinem schwedischen Stammlande anzugreifen versuchen werde. Die Unterstützung, die der Kaiser Polen durch jenes ansehnliche Heer unter Arnim zu Theil werden ließ, mußte ihn in dieser Besorgniß bestärken. Er befand sich in einer ähnlichen Lage wie Friedrich der Große vor dem Ausbruche des siebenjährigen Krieges. Die Coalition der Gegner war offenkundig vorhanden; im polnischen Kriege war sie ihm offen entgegengetreten. Sollte er warten, bis der Angriff ihn selbst vernichte? Schon 1629 war er entschlossen, ihm durch eine Landung in Deutschland zuvorzukommen; schon damals sprach sich der schwedische Reichsrath, in richtiger Erkenntniß des wahren Wesens der Sachlage, einstimmig für den Offensivkrieg gegen den Kaiser aus und erklärte offen, die vornehmste Ursache dieser deutschen Expedition sei das Streben des Kaisers, Schweden und die Ostsee zu erobern.

Ueberblickt man diese Lage der allgemeinen europäischen Politik, so begreift man, was es zu bedeuten hatte, daß sich Polen im September 1629 trotz der Unterstützung des Kaisers zu jenem sechsjährigen Waffenstillstande mit Schweden entschließen mußte, in welchem es Elbing, Braunsberg, Pillau und Memel, d. h. die wichtigsten Ostseehäfen Preußens, vorläufig an Schweden abtrat und dessen Ansprüche auf die Rußland abgerungenen Ostseeprovinzen anerkannte. Zugleich aber löst sich dadurch auch die alte Streitfrage, ob Gustav Adolf den deutschen Krieg nur aus religiösen oder nur aus politischen Beweggründen unternommen hat, d. h. ob er damit den Zweck verfolgte, die deutschen Protestanten vor den Bedrückungen des Kaisers zu retten, oder nur den Zweck, die Machtstellung seines Reiches zu heben. Thatsächlich waren beide Zwecke, waren Religion und Politik im Geiste des Königs untrennbar mit einander verbunden. Gewiß veranlaßten ihn zunächst rein politische Gründe, den gefährlichen Krieg zu wagen. Aber dieselben standen im engsten Zusammenhange mit den religiös-kirchlichen Gedanken, welche die Welt bewegten. Seine politischen Gegner waren zugleich seine religiösen; der religiöse Gegensatz gab dem politischen erst seine Schärfe und seine tiefere Bedeutung. Je mehr es dem Kaiser gelang, den Protestantismus in Deutschland zu unterdrücken, desto mehr gewann er die Möglichkeit, sich auch gegen die außerdeutschen Protestanten, namentlich aber gegen Schweden, zu wenden. Die deutschen Protestanten waren unzweifelhaft die Verbündeten Gustav Adolfs,

noch ehe er in offenen Krieg mit dem Kaiſer gerathen war. Erinnern wir uns außerdem, daß ſelbſt ſeine Königswürde auf ſeiner unerſchütterlich proteſtantiſchen Ueberzeugung beruhte, ſo erkennen wir mit voller Klarheit, daß politiſche und religiöſe Beweggründe bei Guſtav Adolf überhaupt nicht zu trennen ſind. Indem er ſeine politiſchen Intereſſen vertrat, vertrat er zugleich die des Proteſtantismus überhaupt, der deutſchen Proteſtanten insbeſondere. Man kann zugeben, daß Guſtav Adolf wahrſcheinlich nicht nach Deutſchland gekommen wäre, wenn es ſich nur darum gehandelt hätte, die deutſchen Proteſtanten vor den religiöſen Bedrückungen des Kaiſers zu ſchützen;

Gravirte Medaille mit dem Bruſtbild Guſtav Adolfs im Panzer mit Kragen und Feldbinde.

Umſchrift der Vorderſeite: GVSTAVVS ADOLPHVS SVECORVM GOTHORVM ET VANDALORVM REX. Auf der Rückſeite der Spruch: EIN RITTER WERTH, VON GOTT BESCHERT. VON GOTT ERWELT, VND DAR ZV BSTELT, FIIERE ICH KRIEG. GOTT GIBT DEN SIG, DVRCH IESVM CHRIST, DER MACHT MICH GRIST (gerüſtet). VND WOLGEMVETH, DEN EVANGELISHE ZV GVT.

Gravirt von Lucas Kilian (1579—1637). Originalgröße. Berlin, Königl. Münz-Cabinet.

ebenſo gewiß aber iſt, daß der politiſche Gegenſatz zwiſchen dem Kaiſer und dem ſchwediſchen Könige im letzten Grunde auf den religiöſen zurückgeht. Außerdem aber kann daran gar kein Zweifel ſein, daß neben dieſen rein politiſchen Intereſſen doch das Eingreifen Guſtav Adolfs in den deutſchen Krieg auch durch das Mitgefühl mit ſeinen deutſchen Glaubensgenoſſen, die ſich wiederholt hilfeſuchend an ihn gewandt hatten, beſtimmt wurde. Und in jedem Falle erſcheint in Guſtav Adolf zum erſten Male ein Held auf dem Schauplatze dieſes furchtbaren Krieges, der, von höheren, idealen Impulſen getrieben, ſein ganzes Heer mit dieſen höheren Impulſen zu erfüllen und in den Dienſt einer großen Sache zu ſtellen weiß. Die bisher im deutſchen Kriege aufgetretenen Heere eines Mansfeld, Chriſtian von Braunſchweig,

Wallenſtein waren ungezügelte Söldnerhaufen, von keiner höheren Idee zuſammengehalten, ein Gemiſch aus allen Nationalitäten und Bekenntniſſen, allein auf Gewinn, Sold und Beute bedacht. Guſtav Adolfs Heer war eine von religiöſer und nationaler Begeiſterung erfüllte, von ihrem heldenhaften Könige in ſtrenger Disciplin gehaltene, einheitlich aus einem ſtreng proteſtantiſchen Bauernvolke zuſammengeſetzte Truppe, welche nicht in Brandſchatzungen und Plündern Zweck und Aufgabe des Krieges ſah, ſondern in ſtrenger Zucht die Bewohner der beſetzten Landſchaften nie ohne Noth bedrückte und daher von der von den kaiſerlichen Truppen aufs Aeußerſte ausgeſogenen Bevölkerung bald überall mit Jubel als Retterin begrüßt wurde.

Trotz der hervorragenden Eigenſchaften ſeines Heeres, trotz der großen Kriegserfahrung, die der König und ſeine Feldherrn ſich in den Kämpfen mit Dänemark, Polen und Rußland erworben hatten, war das Unternehmen, zu dem ſich Guſtav Adolf im Mai 1630 anſchickte, ein äußerſt gewagtes. Ein einziger Fehlſchlag hätte ihm unfehlbar ſeinen polniſchen Gegner, ja ſelbſt den König von Dänemark, der in eiferſüchtiger, faſt feindſeliger Geſinnung ihm gegenüberſtand, auf den Hals gezogen. Dabei ſtand er diplomatiſch völlig vereinſamt. Die mit dem franzöſiſchen Geſandten Charnacé gepflogenen Verhandlungen über ein Bündniß mit Frankreich, welches ja den Stillſtand mit Polen vermittelt hatte, waren bisher ebenſo wenig zu einem greifbaren Reſultate gediehen wie die mit Holland, welches Bedenken trug, durch ein Bündniß mit Schweden mit dem Kaiſer, mit dem es wenigſtens formell noch in Frieden lebte, in offenen Conflict zu gerathen. Es fürchtete nicht ohne Berechtigung, alsdann von den vereinigten Kräften Spaniens und des Kaiſers erdrückt zu werden. Mit Mühe verſtand ſich Holland dazu, wenigſtens Subſidiengelder in Ausſicht zu ſtellen.

Trotzdem wagte Guſtav Adolf, von feſtem Gottvertrauen erfüllt, den entſcheidenden Schritt. Im Mai waren alle die umfaſſenden Vorbereitungen für die Expedition vollendet. Am 26. Juni landete der König mit einem nicht ſehr großen, aber ausgezeichnet geſchulten und taktiſch ausgebildeten Heere in Pommern, und zwar auf der Inſel Uſedom. Aber wenn er darauf gehofft hatte, von ſeinen in ihrer Exiſtenz bedrohten Glaubensgenoſſen, denen er als Retter in der äußerſten Noth erſcheinen mußte, begeiſtert aufgenommen und eifrig unterſtützt zu werden, ſo erfuhr er in dieſer Beziehung anfangs nichts als große Enttäuſchungen. Ein ſchlechtes Vorzeichen war es ſchon geweſen, daß kurz vor ſeiner Abfahrt aus Schweden eine Geſandtſchaft des Herzogs Bogislav von Pommern bei ihm erſchienen war, die ihn dringend gebeten hatte, von ſeiner Expedition abzuſtehen oder doch wenigſtens nicht in Pommern zu landen, da er dadurch gegenüber dem Kaiſer und deſſen in ſeinem Lande ſtehenden Truppen in die größte Verlegenheit gerathen werde. Guſtav Adolf ließ ſich natürlich dadurch in ſeinem einmal beſchloſſenen Unternehmen nicht ſtören. Auch als er nun in Pommern erſchien, verharrte

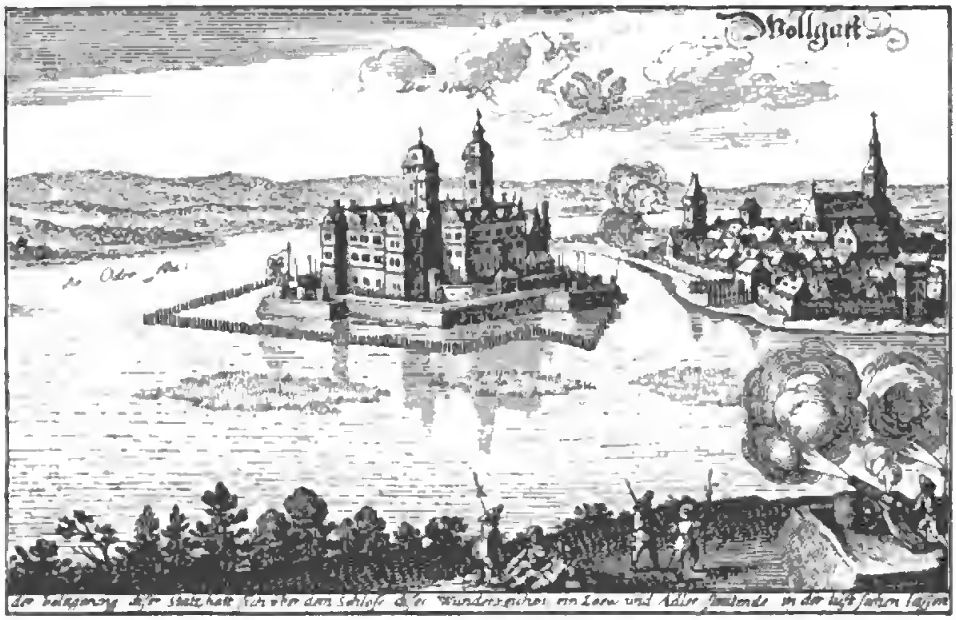
Schwediſche Rettung der Chriſtlichen Kirchen / Anno 1630.

Bogislav in seiner abwehrenden oder zum Mindesten sehr vorsichtig reservirten Haltung. Gustav Adolf beschloß daher, sich selbst zu helfen. Er marschirte, nachdem er den Platz, wo er gelandet war, nothdürftig befestigt und gegen einen feindlichen Ueberfall gesichert hatte, alsbald direct gegen Stettin und forderte die Stadt auf, ihm die Thore zu öffnen. Der pommersche Oberst, welcher sie vertheidigte, machte Schwierigkeiten; da erklärte Gustav Adolf, nur mit dem Herzoge selbst verhandeln zu wollen. Derselbe mußte sich entschließen, persönlich im Heerlager Gustav Adolfs zu erscheinen und, von ihm gedrängt, die Oeffnung der Thore anzuordnen. Zugleich verstand er sich jetzt endlich doch zu einem Bündniß mit dem Schwedenkönige, durch welches ihm der Besitz seines Landes zugesichert, aber zugleich für den Fall seines Todes Bestimmungen getroffen wurden, die Schwedens Rechte in Bezug auf die Regelung der Nachfolgefrage sicherstellten. Dadurch war dem Könige dann eine wichtige Waffe gegen Brandenburg in die Hand gegeben, welches einen Erbvertrag mit Pommern geschlossen hatte, der ihm Anspruch auf die Erbfolge eröffnete.

Als seine nächste Aufgabe mußte es der König dann betrachten, sich eine sichere Operationsbasis zu schaffen und sich den Besitz der pommerschen Küste zu sichern. Mit bewundernswerther Vorsicht und auch zugleich mit größter Energie verfolgte er dieses Ziel. Es gelang ihm, Schritt für Schritt vordringend, eine Reihe pommerscher Plätze, namentlich Stolpe und Anclam, welches die Kaiserlichen in voller Kopflosigkeit ohne Widerstand preisgaben, einzunehmen und sich der wichtigen Grenzpässe nach Mecklenburg zu versichern. Die kaiserlichen Truppen, welche ihres organisirenden Feldherrn beraubt waren und unter der Leitung eines wenig bedeutenden Führers, Torquato Contis, standen, legten eine Schlaffheit und Rathlosigkeit an den Tag, welche die Erfolge des Königs nicht unwesentlich erleichterte. An Zahl waren sie dem schwedischen Heere völlig gewachsen, allein sie verzettelten ihre Kräfte und leisteten nirgends einen energischen Widerstand. Sehr häufig kam es sogar vor, daß kleinere oder größere Söldnerabtheilungen zu dem Schwedenkönige, dessen aufgehendes Gestirn ihnen bessere Aussichten für die Zukunft zu eröffnen schien, übergingen. Als Gustav Adolf am Weihnachtstage des Jahres 1630, um sich seiner Gegner mit einem entscheidenden Schlage zu entledigen, dieselben in ihrem Hauptlager zwischen Greifenhagen und Garz angriff, errang er nach kurzem Kampfe einen entscheidenden Sieg, der die kaiserlichen Truppen nöthigte, Pommern gänzlich zu verlassen. Die Schweden folgten dem geschlagenen Feinde in die Neumark hinein; bis Landsberg an der Warthe sind sie schon in diesen Tagen vorgedrungen. Die pommersche Bevölkerung jubelte auf, als sie sich von ihren Peinigern befreit sah. Ganz Pommern mit Ausnahme von Colberg und Greifswald und ein Theil der Neumark waren am Schlusse des Jahres 1630 in Gustav Adolfs Hand. Jetzt erst begann man am kaiserlichen Hofe und in den Kreisen der katholischen Fürsten einzusehen, welche ernste Gefahr man hier zu bestehen haben werde. Die Nachricht von dem Siege

Guſtav Adolfs bei Garz und Greifenhagen wirkte in dieſen Kreiſen völlig niederſchmetternd.

Für den weiteren Erfolg des kühnen Unternehmens aber war vor Allem die Frage von entſcheidender Bedeutung, welche Stellung nach dieſen erſten, aber noch nichts entſcheidenden Erfolgen die deutſchen proteſtantiſchen Fürſten gegenüber dem Retter, der ihnen in der höchſten Noth erſchienen war, beobachten würden.



Anſicht des Schloſſes und eines Theiles der Stadt Wolgaſt während der Belagerung von 1630. In den Wolken ein durch die Unterſchrift des Stiches erklärtes „Wunderzeichen".

Facſimile aus einem anonymen Kupferſtiche in Matthaeus Merians (1593—1650) „Theatrum Europaeum" vom Jahre 1637.

Der Leipziger Convent und die Zerstörung Magdeburgs.

Welcher Art auch die Beweggründe gewesen sein mögen, die Gustav Adolf zu seinem Eingreifen in den deutschen Krieg veranlaßten: objectiv kann daran kein Zweifel sein, daß der Protestantismus in Deutschland seinem bloßen Erscheinen auf deutschem Boden die Errettung aus schwerer und drohender Gefahr verdankte. Die Maßregeln schroffer katholischer Restauration, mit denen man auf kaiserlicher Seite im Norden wie im Süden Deutschlands auf Grund des Restitutionsedicts bereits eifrigst begonnen hatte, konnten zunächst keinen Fortgang mehr nehmen, da man sich eines neuen, anfangs geringgeschätzten, aber bald sehr gefürchteten Gegners zu erwehren hatte. Das bisherige Auftreten Gustav Adolfs hatte gezeigt, daß man es hier mit einem strategisch wie taktisch hochbedeutenden Feldherrn zu thun hatte. Napoleon hat den König gerade wegen dieser äußerlich unscheinbaren, aber um so meisterhafter geleiteten Operationen am Anfange des deutschen Krieges für einen der größten Feldherrn aller Zeiten erklärt. Gerade in der Art, wie er, ohne je sein ganzes Heer aufs Spiel zu setzen, sich unter den schwierigsten Verhältnissen mit größter Vorsicht seine Operationsbasis sicherte und nur vordrang, wenn er seiner Rückzugslinie und seiner rückwärtigen Verbindungen völlig sicher war, und wie er trotz dieser Vorsicht an der richtigen Stelle mit voller Energie und Kühnheit angriff und die nördlichen Küstenländer, auf deren Besitz es ihm vor Allem ankommen mußte, völlig vom Feinde säuberte, offenbart sich seine strategische Begabung auf das Glänzendste.

Wenn der König nun schon in Schweden im Hinblick auf die im höchsten Maße bedrohte Lage der deutschen Protestanten mit Sicherheit darauf gerechnet hatte, von denselben mit offenen Armen als Retter in der Noth empfangen zu werden, so glaubte er jetzt nach seinen ersten Erfolgen in Pommern und Mecklenburg, die den Kaiserlichen einen sehr heilsamen Schrecken eingejagt hatten, bei den Protestanten sich einen unzweifelhaften Anspruch auf Vertrauen und entgegenkommende Haltung erworben zu haben. Allein, wie sehr sah er sich auch jetzt noch in dieser Hoffnung getäuscht! Das deutsche Fürstenthum war durch die Leiden der letzten Jahre, durch die über alle Gegner des Kaisers verhängten Confiscationen, durch die Absetzung des Kurfürsten von der Pfalz und der mecklenburgischen Herzöge dermaßen in Angst und Kleinmuth verfallen, daß es die Energie eines entscheidenden Entschlusses nicht

mehr besaß. Hatte doch selbst der von den kaiserlichen Truppen aufs Aeußerste bedrängte Herzog von Pommern zum Bündniß mit Schweden fast mit Gewalt gezwungen werden müssen. Die wenigen deutschen Fürsten, welche den Muth besaßen, sich Gustav Adolf freiwillig anzuschließen, vor Allem der tapfere und feurige Landgraf Wilhelm von Hessen, in dem ein Funke des Geistes seines Ahnen, Philipps des Großmüthigen, fortlebte, und der junge wackere Weimaraner Herzog Bernhard konnten Gustav Adolf, so lange er im Nordosten Deutschlands stand, nur wenig helfen. Er freute sich ihres männlichen Entschlusses, aber worauf es ihm in erster Linie ankommen mußte, das war doch der Anschluß der niederdeutschen Fürsten, vor Allem der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, welche als die vornehmsten Führer der deutschen Protestanten galten, deren Beispiel also eine große Menge Anderer mit fortgerissen haben würde. Gerade diese Beiden aber waren unter den Schwächlichen die Schwächlichsten. Johann Georg, der eine wirkliche Meisterschaft nur auf dem Felde unmäßigsten Trinkens entfaltete, war völlig unfähig zu einem männlichen Entschlusse. Wohl war auch er, nachdem er lange genug völlig verkannt hatte, daß es im letzten Grunde die protestantische Religion war, um deren Existenz in Deutschland gekämpft wurde, nachdem er in Folge dessen geradezu als Verbündeter des Kaisers an dem Kampfe gegen seine eigenen Glaubensgenossen theilgenommen hatte, endlich durch das Restitutionsedict aus seiner kühlen Ruhe aufgeschreckt und um das Schicksal seiner Religion, namentlich aber seines geistlichen Besitzes, besorgt geworden. Aber zu irgend einer energischen Aenderung oder gar zu einem völligen Aufgeben seiner bisherigen Politik, mit einem Worte zu einer That, sich aufzuraffen vermochte er nicht. Er meinte noch immer, seine Sicherheit am ehesten zu finden, wenn er in der „Devotion gegen kaiserliche Majestät" verharre; er war in der That naiv genug, zu glauben, daß der Kaiser sich durch eine mattherzige schriftliche Vorstellung von ihm werde bewegen lassen, das Restitutionsedict aufzuheben oder doch Milderungen in der Ausführung desselben eintreten zu lassen. Natürlich aber blieben solche Eingaben ohne jeden Erfolg. Trotzdem kam er noch immer nicht auf den Gedanken, daß die Aufhebung dieses Edicts, welche für den Protestantismus eine Lebensfrage war, eben vom Kaiser nur zu erreichen sei, wenn sich die bedrohten protestantischen Fürsten zu gemeinsamer Abwehr desselben zusammenschlössen und diesen Abwehrbestrebungen durch eine gehörige bewaffnete Macht den nöthigen Rückhalt verliehen. Im Gegentheil, er erklärte, es sei die Sache eines jeden Reichsstandes für sich, wie er sich zu dem Restitutionsedict stellen wolle. Nun gar sich dem Schwedenkönige zum offenen Kampfe gegen den Kaiser anzuschließen und mit seiner Hilfe den Kaiser zur Nachgiebigkeit zu zwingen, das war und blieb zunächst ein für ihn unfaßbarer Gedanke. Vergeblich hatte Gustav Adolf schon im Jahre 1629 versucht, ihn zum Anschluß für den Fall seiner Landung auf deutschem Boden zu bewegen; der Kurfürst hatte auf die verschiedenen Schreiben des Königs nicht einmal geantwortet. Und auch

Landgraf Wilhelm von Heſſen.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Philipp Kilian (1628—1693).

den von den verſchiedenſten Seiten, von Frankreich, von Bernhard von Weimar, von dem Adminiſtrator Chriſtian Wilhelm von Magdeburg, unternommenen Bemühungen gelang es nicht, ihn anderen Sinnes zu machen und ihn zu veranlaſſen, ſich an die Spitze der proteſtantiſchen Oppoſition zu ſtellen.

Ebenso wenig Glück hatten Gustav Adolfs Bemühungen in dieser Richtung bei dem schwachen Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, obwohl dieser durch die unerhörten Bedrückungen, die ihm trotz seiner „neutralen" Haltung durch die Wallensteinschen Truppen zu Theil geworden waren, alle Ursache gehabt hätte, sich des Erscheinens des nordischen Retters aus der Noth zu freuen. Statt dessen hatte er denselben durch verschiedene Gesandtschaften geradezu bitten lassen, ihn nicht ins Spiel einzumischen, sondern bei Seite liegen zu lassen. Mit Recht hatte Gustav Adolf einem dieser brandenburgischen Gesandten entgegnet, der Kurfürst werde durch seine Scheu vor dem Kriege nichts weiter erreichen, als daß er, stillsitzend, in größte Noth

Medaille mit dem Brustbild Georg Wilhelms, Kurfürsten von Brandenburg.

Umschrift der Vorderseite: GEORG · WILH · D · G · MAR · BR · S(anctl) · R(omani) · I(mperii) · ARCHIC · ET · ELEC. Auf der Rückseite das Wappen mit der Umschrift: BORVS · IVL · CL· MON · POM · ET · SIL · DVX · BV · NO (Burggraf von Nürnberg) PRI · R (Fürst von Rügen) · COME · RAVEN · D · RA und die Jahreszahl 1636.
Gold. Originalgröße. Berlin, Königl. Münz-Cabinet.

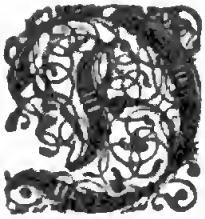
und um all das Seine gebracht werden würde; er müsse daher mascula consilia fassen; denn wer sich selbst zum Schafe mache, den fresse der Wolf. Aber mascula consilia zu fassen, das war nun eben nicht die Sache dieses schwachen Fürsten, der noch dazu völlig unter dem Einflusse seines katholischen und kaiserlich gesinnten Ministers, des Grafen Adam Schwarzenberg, stand, neben dem die energischer gesinnten protestantischen Geheimen Räthe nicht zu rechter Geltung zu kommen vermochten. Alle Erfahrungen, die der Kurfürst in den letzten Jahren mit seiner neutralen Haltung gemacht, hatten ihn nicht darüber belehren können, daß es in einem Existenzkampfe wie dem, den man jetzt führte, nichts Bedenklicheres geben könne, als gar nichts zu thun. Wollte man sich nicht den Folgen des Restitutionsedicts widerstandslos unterwerfen — und das wollten weder der Brandenburger noch der Sachse —, so

gab es nur zwei Wege: entweder Anschluß an Schweden gegen den Kaiser oder eine feste bewaffnete Neutralität nach beiden Seiten, d. h. dem Kaiser gegenüber entschlossene, nöthigenfalls bewaffnete Abwehr jedes Versuchs, das Restitutionsedict in den evangelischen Gebieten durchzuführen, Gustav Adolf gegenüber entschlossene bewaffnete Zurückweisung seiner Einmischung in die deutschen Verhältnisse. Der letztere Weg, der nicht geringere, sondern höhere militärische Anstrengungen als der erstere erforderte, war es, den Arnim den beiden Kurfürsten vorschlug, der aber dann auf dem Leipziger Convente eine durchaus ungenügende und klägliche Durchführung fand. Zunächst blieb man bei dem bloßen Stillsitzen und Nichtsthun, bei einer durch keine Macht gestützten Neutralität, die natürlich keine der beiden kämpfenden Parteien anzuerkennen geneigt war. Gustav Adolf wenigstens, der nach dem Siege von Garz-Greifenhagen bereits in das kurfürstlich-brandenburgische Gebiet eingerückt war, ließ nicht einen Augenblick Zweifel daran bestehen, daß ihm mit einer Neutralität des Kurfürsten gar nicht gedient sei. Derselbe müsse, so ließ er ihm erklären, sein Freund oder sein Feind sein. Aber Georg Wilhelm blieb bei seiner kläglichen Haltung, die seine ganze Ohnmacht beiden Theilen offenbarte. Oder mußte er nicht zu ihrem Spielball werden, wenn er in seiner Noth dem Commandanten von Küstrin befahl, den Kaiserlichen Paß und Repaß zu gestatten, aber auch die Schweden, wenn sie mit Schiffen die Oder heraufkämen, passiren zu lassen, da das nur geschehen könne, wenn Gustav Adolf die Pässe bei Garz und Greifenhagen eingenommen habe? Um der Nothwendigkeit, ein eigenes Heer zu halten und mit demselben eine selbständige Haltung in dem großen Conflicte einzunehmen, überhoben zu sein, wollte also der schwache Fürst beiden Heeren den Durchzug durch sein Land gestatten, dem dadurch unendlich größere Opfer auferlegt werden mußten als durch die Erhaltung eines eigenen Heeres.

Natürlich aber war auch der Kaiser keineswegs gemeint, diese Neutralität der Kurfürsten, ihren Nichtanschluß an Schweden ihnen zum Verdienste anzurechnen. Das Gegentheil sollte der Kurfürst von Sachsen bald genug erfahren. Als derselbe unter Hinweis auf die von dem Könige von Schweden drohende Gefahr den Kaiser von Neuem um Aufhebung des Restitutionsedicts bat, antwortete dieser mit der Forderung, Johann Georg habe sich mit Geld, Waffen und Truppen dem Kampfe gegen Schweden anzuschließen; von Aufhebung des Edicts könne keine Rede sein. Das ging doch selbst dem sächsischen Kurfürsten zu weit. Unter dem Eindrucke dieses kaiserlichen Schreibens ist er auf jenen Gedanken Arnims eingegangen, einen Convent der evangelischen Fürsten zusammenzuberufen, um sich über eine gemeinsame Haltung gegenüber dem Restitutionsedict zu verständigen. Von dem Gedanken eines Anschlusses an Gustav Adolf aber war auch jetzt noch keine Rede.

Auf eine Hilfe von Seiten der deutschen protestantischen Fürsten hatte also der schwedische König vorerst nicht zu rechnen. Eher geneigt dazu zeigten sich einige der norddeutschen Städte. Vor Allem war es Stralsund,

das die Unterstützung, die es 1628 von ihm erhalten hatte, jetzt durch treues Festhalten an seiner Sache vergalt. Außerdem aber schloß sich ihm, freilich in etwas regelloser und übereilter Weise, die Stadt Magdeburg an. Dieselbe schien jetzt berufen zu sein, dieselbe ruhmvolle Rolle als fester Schutzwall protestantischer Gesinnung, die sie dereinst unter Karl V. gegenüber dem Augsburger Interim gespielt hatte, neuerdings unter Ferdinand II. gegenüber dem Restitutionsedict zu spielen. Wir haben schon erzählt, wie sie sich der Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung selbst einem Wallenstein gegenüber zu erwehren verstand. Gleichwohl vermochte sie es nicht zu verhindern, daß der Kaiser dem Domcapitel seinen Sohn Leopold Wilhelm zum Erzbischof octroyirte und dann daran ging, in einzelnen Kirchen der Stadt zu „reformiren", d. h. den Katholicismus gewaltsam wieder herzustellen. Wohl entstand darüber in der durch und durch protestantisch gesinnten Bürgerschaft eine immer wachsende Entrüstung und Erbitterung, allein der Rath, in dem die vorsichtigeren Elemente einen directen Bruch mit dem Kaiser doch scheuten, andere sogar entschieden kaiserlich gesinnt waren, wagte doch nichts Ernstliches dagegen zu thun. Darüber kam es unter den radicaleren Elementen der Bürgerschaft, unter denen sich namentlich die Gesellschaft der „Dingebankbrüder" hervorthat und an deren Spitze der Oberst Schneidewin stand, zu aufrührerischen Bewegungen gegen den Rath, denen dieser energisch entgegentrat, indem er Schneidewin ohne Weiteres gefangen setzte. Allein dadurch wurde die Erbitterung nur vermehrt: es kam schließlich dahin, daß die erregte Bevölkerung den alten, ihr zu „kaiserlich" gesinnten Rath, an dessen Spitze der Bürgermeister Aleman stand, stürzte und einen neuen Rath einsetzte, von dem man eine energischere Vertretung der protestantischen Interessen erhoffte. Als aber auch dieser den Führer der Radicalen, jenen Obersten Schneidewin, nicht freigeben wollte, griff die radicale Partei zu einer sehr extremen Maßregel. Sie trat mit dem vertriebenen Administrator von Magdeburg, Christian Wilhelm, in Verbindung, der sich damals bereits mit Hilfegesuchen an Gustav Adolf gewandt hatte. Der Administrator ging mit Freude auf die Anerbietungen der Radicalen in Magdeburg ein und begab sich, zunächst unerkannt, in Begleitung des schwedischen Agenten Stalmann, nach Magdeburg, wo er am 1. August 1630 eintraf. Nach kurzer Zeit trat er, auf seinen Anhang gestützt, offen hervor; der neue Rath wagte nicht, sich dieser Entwickelung der Dinge entgegenzustellen. Es gelang Christian Wilhelm sehr bald, eine, freilich für ernstliche Unternehmungen viel zu kleine Truppenmacht zusammenzubringen, mit welcher er, im Vertrauen auf die bald zu erwartende Hilfe Gustav Adolfs, sich auch in das ländliche Gebiet des Erzstifts hinauswagte und in der That einige kleinere Abtheilungen der kaiserlichen Truppen verjagte. Allein sehr bald zeigte sich doch, daß das ganze Unternehmen verfrüht gewesen war. Als die kaiserlichen Truppen in etwas größerer Anzahl wiederkehrten, mußte Christian Wilhelm seine ländlichen Positionen wieder aufgeben und sich auf die Stadt zurück-



Er Königl. Majest. zue Schweden ꝛc. Verhalt vnd Verp
GENERAL Statthaltere in den Craysen / bey der Newgen
zuordnen v

Vff die Cavallerie alle 10. Tag.

1.	Einem Regiment zu Pferd / von 12. Compagnien / Vff den Obristen vnd seinen gantzen Staab.	80 Reichsthaler.
2.	Einem Obristen vber 8. Compagnien ebener gestalt für sich vnd die Staabs Personen.	60. Reichsthaler.
3.	Also auch einem Obristen vber 4. Compagnien.	50. Reichsthaler.
4.	Einem Rittmeister über 125. Pferd / für sich vnd das erste blat.	38. Reichsthaler.
5.	Vff jedes Servis Pferd / so dem Obristen vnd Officirern in der bestallung ausser der Compagnie bewilliget.	1. Fl.
6.	Vnd dann einem jeden Reutter vnder der Compagnie / so præsent / gleichsfalls alle zehen Tag / vber deß Haußmans Cost / oder die verordnete Proviant.	1. Fl.

Vff die Infanterie alle 10. Tag.

Einem Obristen vber ein Regiment zu Fueß / vff Ihn vnd seinen gantzen Staab.	80. Reichsthaler.

BElangend die Cost / Prodiant / oder vivers vnd getränck / für die Solda
auß Kön: Gn: zu der *Soldatesca* besserer *Mundirung* / vnd keiner Schuldigkeit / die
ketirens vnd Vberfluß durchauß abgestelt / allein auff die Notturfft gesehen / vnd der arme
dero *sub dato* Franckfurt / den 23. Febr: instehenden 1632. Jahrs / vnd hierbey gelegten *Ordo*
gleiche vnterschiedliche Maß beym Getränck / wie auch bey den Habern / der vngleichen Jah
vnd klagen bey der *Soldatesca* vorgefallen. Als wollen vnd bevehlen Ihre Kön: Majest: da
halten / vnd im Getränck deren verordnete Feldmaß gebraucht / im Weinlandt der *Soldatesca*
ein maaß Wein / geliefert werde.

Ingleichen soll auch in außtheilung deß Habers nicht dem Gewicht / sondern dem ver
so viel deren in bestallung zugelassen / halb so viel / vnd an den Orten / wo der Haber nicht zub

An Hew / vff jedes in der bestallung zugelassens *Servis* vnd *Pagagi* Roß / tag vnd nach

An Strohe / vff jedliches *Servis* Roß / alle 10. tag vier Bischel / vnd da es beschwerlich

Wider diese verordnete Verpflegung / haben die Ständte vnd deren Vnderthanen /
walt / oder vff einigerley weiß noch weg treiben zulassen / da dergleichen auch durch Officirer
ret werden wolte / haben sie gute Macht vnd erlaubtnuß / wie nicht wenigers auch diese leichtf
andere wider den Articulsbrieff lauffende vnbefügnussen anfangen / so gut sie können vnd m
ben / oder andern zur abstraffung zuliefern. Wie dann hiermit vnd zu desto füglicher abstell
vfferlegt vnd anbefolhen wird / zu Roß oder Fuß keine Soldaten ohne Paßzettel auß ihren O
schicht / einer oder der andere dergestalt ohn richtigen Paßzettel / vnd sonderlich mißthätig erfu
befelch / in sein *assignirtes* Quartir gefallen / geplündert / Viehe oder *fourrage* abgenommen / od
seynd / nicht allein die abnahm vnd den schaden den nechsten *restituiren*, sondern auch nach ge
werden. Wornach man sich zurichten / vnd vor vnaußbleibenden bestraffung zuhüten wi

Gustaff Adolph.

Facsimile einer Ordonnanz Gustav Adolfs von Schweden betreff

Verpflegungs ORDONNANZ, Wie es hinfüro dero Verordnete
...worbenen Soldatesca, auff den Lauff: Sammel vnd Musterplätzen an-
...en vnd zuverhalten.

	Einem Capitain.					4 1/3 Reichßth.	24 Cr.
	Einem Leütenant.					3 1/3 Reichßth.	3
	Einem Fendrich.					3 1/3 Reichßth.	3
2	Sergantenteinem	a	1 1/3 Reichßth.	17 Cr.	thut	3 1/3 Reichßth.	4 Cr.
4	Vnder Befelchshabern		1	49		6	16
6	Corporalen	a	1	7		6	42
3	Spilleüth	a	—	84		2 1/3	12
	Vff nachfolgende/ so schon geworben vnd præsent.						
15	Rottmeister	a	—	77		12 1/3	15
21	Vnder Rottmeistern	a	—	63		14 1/3	3
90	Gemeine Soldaten	a	—	56		56	
4	Muster Jungen	a	—	42		1 1/3	18
14	Passevolanten	a	—	42		6	48

...Soldatesca zu Roß vnd Fuß/ soll hierinnen diese ohnfehlbare verordnung geschehen/ weiln
...die 11. tägliche Geldter bewilligt/ daß hierinnen/ sonderlich bey den Officirers/ aller Mißbrauch/ Pan-
...arme Mann zur *ruin*, vber vermögen nicht getrieben werde/ zu dem Ende dann Ihr Kön: Majestät es bey
...Ordonnanz, biß vff anderwertliche Verordnung/ bewenden lassen wollen. Vnd nach deme so gar vn-
...Jahrgäng/ da solcher theils Orten nach/ bald leicht oder schwer befunden worden/ allerhand *difficultäten*
...ist/ daß hinfüro/ welcher Orten dero *Soldatesca* sich befinden / hierinnen ein durchgehende gleichheit ge-
...*tesca* Wein/ vnd im Bierlandt/ oder da der Weinsehr thewer vnd vbel zubekommen/ zwo maaß Bier von

...em verordneten maaß nachgegangen/ vff ein *Servis* Pferdt tag vnd nacht ein Meeß/ vff ein *Pagagi* Pferdt/
...ht zubekommen/ halb so viel Gersten geliefert werden.
...d nacht zehen Pfundt.
...erlich zubekommen// vff das zugelassene Wagen oder *Pagagi* Pferdt halb so viel.
...men sich weder von dem Obristen / noch von deren Officirs/ oder vntergebener *Soldatesca*, durch Ge-
...ficirer oder gemeine Soldaten jhnen zugemütet/ oder durch betrohung vnd würckliche thätigkeiten behar-
...leichtfertige Gesellen/ so inn oder ausserhalb der Quartiren/ vnd vff den Strassen rauben/ plündern/ vnd
...vnd mögen/ in verhafft zunehmen/ vnd solche dem *General*-Statthalter nach gelegenheit an Leib vnnd Le-
...r abstellung aller *exorbitantien* dem Obristen / vnd dero nachgesetzten hohen vnd nidern Officirs ernstlich
...ren Quartiren mit Ober oder Vnterwehr außreuten oder außlauffen zulassen/ dann da dergleichen be-
...ig erfunden/ wie auch nicht weniger/ davon eines Regiments oder *Compagnia* Volck einem andern ohne
...men/ oder in andere wege *ruinirt* vnd geschwächt/ da soll der jenige Officirs/ vnter welchem solche Soldaten
...nach gestaltsambe der Sachen die Thäter am Leib vnd Leben / oder in andere weg *Exemplariter* abgestrafft
...ten wissen wird. *Datum* im Haupt-Quartier Mospurg/ den 3. Maij / Anno 1638.

L.S.

...betreffs des Verhaltens seiner Truppen und ihrer Verpflegung; vom Jahre 1632.

ziehen, die jetzt vom Kaiser in einem sehr scharfen Schreiben aufgefordert wurde, den Administrator zu entfernen. Allein obwohl unter dem Rathe viele besonnene Männer geneigt waren, dies zu thun, da sie einsahen, daß die gegenwärtigen Streitkräfte der Stadt zu einem ernstlichen Widerstande gegen das kaiserliche Heer nicht ausreichen würden, so war doch der Einfluß der radicalen, von dem schwedischen Agenten unterstützten Partei zu groß, als daß dieselben mit ihrer Ansicht hätten durchdringen können. Je mehr sich die kaiserlichen Truppen der Stadt näherten, um so bedenklicher wurde jetzt deren Lage. Da entschloß sich Gustav Adolf, dem an dem wichtigen Elbpaß natürlich außerordentlich viel gelegen sein mußte, seinen Obrist-Hofmarschall Dietrich von Falkenberg nach Magdeburg zu entsenden, um den Muth der erschreckten Stadt zu beleben und den Widerstand zu organisiren. Am 19. October 1630 traf dieser energische und militärisch hochbegabte Mann in Magdeburg ein und ging sofort eifrig an eine umfassende Befestigung der Stadt, durch die sie zunächst gegen einen plötzlichen Angriff der Kaiserlichen gesichert war. In richtiger Erkenntniß der großen Bedeutung der Elbinseln legte Falkenberg auf dem Theile des Werders, welcher „das rothe Horn" genannt wird, eine starke Redoute an und versah außerdem die Strombrücke mit einem festen Brückenkopf, um so dem Versuche einer Landung feindlicher Truppen auf dem Marsch entgegenzuwirken. Er konnte alle diese Arbeiten ungestört beendigen, da Tilly, der jetzt nicht mehr die frühere Energie entwickelte, unbegreiflicher Weise trotz aller Erfolge, welche Gustav Adolf in Pommern und Mecklenburg gegen die kaiserlichen Truppen errang, Monate lang unbeweglich in seinen Quartieren an der Weser stehen blieb und erst Ende November Pappenheim mit 2000 Mann zu Fuß und einigen hundert Reitern gegen Magdeburg entsandte. Dieser geringen Macht waren die Streitkräfte Falkenbergs und die Befestigungen der Stadt zunächst völlig gewachsen. Allein so viel erhellt doch auf den ersten Blick, daß dieser übereilte und in sehr unregelmäßigen, fast revolutionären Formen erfolgte Anschluß Magdeburgs zunächst einen großen Gewinn für die Operationen Gustav Adolfs nicht in sich schloß. Im Gegentheil, hier erwuchs ihm nicht die Möglichkeit, Hilfe zu gewinnen, sondern nur die Nothwendigkeit, solche zu bringen. Gerade das verfrühte Vorgehen Magdeburgs mußte es ihm doppelt störend erscheinen lassen, daß er den Anschluß der beiden protestantischen Kurfürsten, ohne den er an einen Entsatz Magdeburgs nicht denken konnte, immer noch vergeblich anstrebte.

Wohl aber gelang es ihm jetzt, da er die ersten Proben seines Feldherrntalentes auf deutschem Boden abgelegt hatte, bei dem hauptsächlichsten außerdeutschen Gegner des Hauses Habsburg, bei Frankreich, Unterstützung zu finden. Richelieu, der in der Schwächung Oesterreich-Spaniens die nothwendige Vorbedingung für die Größe seines eigenen Vaterlandes sah, hatte, wie wir berichteten, energisch zu dem Abschlusse jenes polnisch-schwedischen Vertrages mitgeholfen, der Gustav Adolfs Eingreifen in den deutschen Krieg erst ermöglicht hatte. Aber zu directer Unterstützung des Schwedenkönigs, den er als bequemen

Sturmbock gegen die habsburgische Uebermacht benutzen zu können meinte, hatte er sich damals noch nicht entschließen können. Jetzt hatten ihm die ersten Erfolge des Schwedenkönigs gezeigt, wie nützlich ihm dieser für seine europäischen Combinationen werden könne. Trotz der lauten Aeußerungen des Mißfallens von streng katholischer Seite, die dagegen laut wurden, beschloß er, mit Gustav Adolf in directe Verbindung zu treten. Aber wenn er gemeint hatte, den schwedischen König, der gar kein „König von Gottes Gnaden" sei, weil sein Vater durch den Willen des Volkes auf den Thron gelangt sei, als ein bloßes Werkzeug seiner Politik benutzen zu können, so hatte er sich gewaltig getäuscht. Gustav Adolf zeigte sich auf diplomatischem Gebiet ebenso bewandert wie auf strategischem. Schritt für Schritt mußte der große französische Staatsmann, um zum Ziele zu gelangen, von seinen ursprünglichen Forderungen zurückweichen. Ueber eine Aeußerlichkeit entstand die erste diplomatische Schwierigkeit bei den Verhandlungen über den von beiden Theilen gewünschten Bündnißvertrag. Richelieu wollte Gustav Adolf aus dem oben bezeichneten Grunde die Prädicate der königlichen Würde im diplomatischen Verkehr nicht voll und ganz einräumen. Gustav Adolf aber erklärte, die Verhandlungen nur auf dem Standpunkte absoluter Gleichheit führen zu können. Dann forderte Richelieu, daß zum Wenigsten in dem Friedensinstrument der König von Frankreich stets vor dem Könige von Schweden genannt werden solle. Auch das verweigerte Gustav Adolf ohne Weiteres; nicht ein Titelchen von dem Rechte und der Würde seiner Stellung wollte er sich nehmen lassen; er erreichte es in der That, daß in dem einen der beiden Exemplare des Vertrages der Name des schwedischen, in dem anderen der des französischen Königs zuerst genannt werde. Das waren Kleinigkeiten, aber sie sind bezeichnend für die Lage und symptomatisch für die weiteren Verhandlungen, in denen Richelieu auch die meisten seiner weiteren Forderungen aufgeben mußte. Vor Allem hatte er verlangt, daß dem Könige von Frankreich ein entscheidender Einfluß auf die kriegerischen Operationen Gustav Adolfs eingeräumt werde. Nimmermehr hätte sich dieser dazu verstanden; er allein wollte die Leitung, das „Directorium" des Krieges in der Hand behalten. Frankreich mußte sich mit den mittelbaren Vortheilen, die ihm die Erfolge der schwedischen Waffen in Aussicht stellten, begnügen; auch seine Ansprüche auf Landerwerb auf deutschem Boden wurden ohne Weiteres zurückgewiesen. Danach erst kam im Januar 1631 der Vertrag von Bärwalde zu Stande, in welchem Frankreich und Schweden ein Bündniß auf fünf Jahre „zum Schutze der gemeinschaftlichen Freunde, zur Sicherung der Ostsee, zur Freiheit des Handels, zur Restitution der unterdrückten und bedrängten Stände" abschlossen. Nur das eine Zugeständniß, auf welchem Richelieu den Anfeindungen seiner katholischen Gegner gegenüber bestehen zu müssen glaubte, machte ihm Gustav Adolf: er verpflichtete sich, die katholische Religion in den eroberten Orten unangefochten zu lassen und nach den Reichssatzungen zu verfahren. Sehr bezeichnend war weiter die Bestimmung, daß mit Bayern und der Liga, mit der Richelieu seit

dem Regensburger Convent gleichfalls in Verbindung ſtand, Freundſchaft gehalten werden ſolle, wenn ſie das Gleiche thäten. Man ſieht: das Bündniß war in erſter Linie gegen den Kaiſer, ja gegen ihn allein gerichtet. Mit der Liga, die noch ſoeben in ſchroffer Oppoſition zum Kaiſer geſtanden hatte, dachte man Frieden bewahren zu können. Guſtav Adolf bedachte dabei nicht, daß eben ſie es geweſen war, die den Kaiſer zum Erlaß des Reſtitutionsedicts gedrängt hatte, welches anzuerkennen er doch weit entfernt war. Zur Erreichung des Bündnißzweckes, d. h. zur erfolgreichen Bekämpfung der kaiſerlichen Uebermacht in Deutſchland, verpflichtete ſich Guſtav Adolf, 30 000 Mann zu Fuß und 6000 Mann zu Pferde zu unterhalten; zu den daraus erwachſenden Koſten verpflichtete ſich Frankreich jährlich 400 000 Thaler Subſidien

Anſicht von Stettin.

Verkleinertes Facſimile eines Kupferſtiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae (1632).

zu zahlen; für das bereits abgelaufene Jahr erhielt Guſtav Adolf außerdem 120 000 Thaler.

Damit war für den König, der bisher faſt ausſchließlich auf die finanziellen Kräfte ſeines kleinen und armen Landes angewieſen geweſen war, ſchon viel gewonnen. Er konnte ſich jetzt mit erneuter Kraft den kriegeriſchen Operationen zuwenden. Für dieſe hatte er anfangs einen umfaſſenden und großartigen Offenſivplan entworfen, den er aber auf dringendes Anrathen ſeines Kanzlers Oxenſtierna zunächſt und ſo lange der Anſchluß der proteſtantiſchen Kurfürſten noch nicht erfolgt war, fallen ließ, um den Krieg langſamer, aber ſicherer in der bisherigen vorſichtigen Weiſe fortzuführen, d. h. erſt an der mecklenburgiſchen und pommerſchen Küſte Platz für Platz einzunehmen und ſich ſo eine ſichere Operationsbaſis und Rückzugslinie zu verſchaffen. Er ſelbſt ging gegen Mecklenburg vor, während er den Haupttheil ſeines Heeres unter Horn in der Gegend von Stettin und Landsberg ſtehen

ließ, um die Oder, die Neumark und Hinterpommern zu decken. Während er dann Neubrandenburg und Demmin, den vornehmsten Paß zwischen Mecklenburg und Pommern, nahm, gelang es in Hinterpommern seinem dortigen General Boëtius, Kolberg einzunehmen (12. März 1631).

Jetzt endlich erschien auch Tilly auf dem Kriegsschauplatze. Er war bis zum December an der Weser unthätig stehen geblieben und dann langsam nach Osten marschirt. Am 29. December war er bei Pappenheim im Lager vor Magdeburg eingetroffen. Die Stadt glaubte schon damals, daß ihr jetzt eine regelrechte Belagerung durch die sehr überlegene kaiserlich-ligistische Armee drohe. Ihr Bürgermeister Kühlewein begab sich an der Spitze einer Deputation ins Lager zu Tilly, um mit ihm über einen Ausgleich zu verhandeln. Tilly forderte, daß die Stadt den Administrator sammt seinen Truppen aus der Stadt entfernen und „in kaiserlicher Devotion bleiben" solle, dann werde sie Pardon erhalten. Die „Vornehmsten" in der Stadt, d. h. die Anhänger des alten kaiserlich gesinnten Rathes scheint Tilly damals in der That auf seine Seite gezogen zu haben, die allgemeine, von den protestantischen Predigern in Erregung gehaltene Stimmung aber war entschieden gegen eine Aussöhnung und geneigt, eher alle Gefahren einer Belagerung auf sich zu nehmen, als sich dem Restitutionsedict zu fügen. Für diesmal aber ging die Gefahr noch glücklich vorüber, da Tilly sich zunächst wieder von der Stadt entfernte, um dem weiteren Vordringen Gustav Adolfs in Mecklenburg entgegenzutreten. Er ließ Pappenheim mit einem Theile seines Heeres vor Magdeburg zurück und überschritt am 5. Januar 1631 die Elbe bei Dessau, um sich langsam durch die Mark der mecklenburgischen Grenze zu nähern. In der That gelang es ihm dort, im März Neubrandenburg mit Sturm zu nehmen; er verhängte eine furchtbare, vernichtende Plünderung über die Stadt. Aber während Gustav Adolf nun fürchtete, er werde sich gegen Stralsund oder das von den Schweden belagerte Greifswald wenden, zog sich Tilly nach wenigen Tagen wieder zurück. Es schien, als wolle er es auf einen entscheidenden Waffengang mit Gustav Adolf, auf den dieser sich völlig gefaßt gemacht hatte, nicht ankommen lassen. Auf Pappenheims Drängen wandte sich Tilly nunmehr wieder gegen Magdeburg, um mit allen Kräften die Eroberung dieses entscheidend wichtigen Elbpasses zu betreiben.

Sofort ergriff Gustav Adolf wieder die Offensive; direct zum Entsatze Magdeburgs heranzurücken, konnte er allerdings nicht wagen, so lange sein Verhältniß zu Brandenburg und Sachsen nicht geklärt war, da er sonst Gefahr lief, daß diese im Falle irgend eines Mißgeschickes, das ihn betraf, sich in seinem Rücken feindlich erheben und seine Verbindung mit der Oder und Ostsee abschneiden könnten. Aber er meinte, durch einen Angriff auf Frankfurt a. O. Tilly von Magdeburg abzuziehen und zugleich auf diesem Wege energischen Vorgehens den Kurfürsten von Brandenburg zum endlichen Anschluß zu bewegen. Am 12. April langte er mit einem Heere von 14000 Mann vor Frankfurt an, nachdem er von dem Commandanten von Küstrin

den Paß zu Waſſer und zu Lande für ſeine Truppen und die Lieferung von Zufuhr energiſch verlangt und endlich auch zugeſichert erhalten hatte. Am 13. April wurde Frankfurt mit Sturm genommen; die kaiſerliche Beſatzung, welche zwiſchen 4000 und 6000 Mann zählte, verlor 1700 Todte, darunter den Obriſtzeugmeiſter Schaumburg ſelbſt; 1000 Gefangene, darunter eine große Anzahl hoher Offiziere, fielen in die Hände der Schweden. In ſeiner Erregung über die furchtbare Plünderung von Neubrandenburg ließ ſich der König hinreißen, ſeiner ſonſtigen ſtrengen Zucht zuwider, den Soldaten die Plünderung der unglücklichen Stadt zu geſtatten. Tilly war, um Frankfurt zu entſetzen, bis in die Gegend von Brandenburg herangerückt, blieb aber, als er die Einnahme der Stadt erfuhr, unthätig zwiſchen Brandenburg und Berlin ſtehen und wandte ſich bald wieder nach Magdeburg zurück. Guſtav Adolf aber rückte in ſchnellen Märſchen gegen Landsberg an der Warthe vor und nahm auch dieſes ein.

Auf die Anhänger des Kaiſers in Deutſchland machten die Nachrichten von dieſen neuen großen Erfolgen des anfangs ſo geringgeſchätzten „Schneekönigs“ einen geradezu überwältigenden, niederſchmetternden Eindruck, der ſich auch auf das Heerlager übertrug und ſeine unmittelbaren Wirkungen bis in die kaiſerlichen Erbländer hin erſtreckte, für die man jetzt einen ſchwediſchen Angriff zu fürchten begann. Selbſt in Prag packten viele Vornehme ihre Koſtbarkeiten zuſammen, um ſich mit ihnen bei einem plötzlichen Angriffe Guſtav Adolfs in Sicherheit zu bringen. Dagegen blieb die gegentheilige Wirkung auf die führenden proteſtantiſchen Fürſten noch immer aus. Ja, eben in den Tagen, in denen Guſtav Adolf dieſe neuen, für die Sache des deutſchen Proteſtantismus ſo vielverſprechenden Erfolge errang, waren auf einem Convente aller Evangeliſchen zu Leipzig Beſchlüſſe gefaßt worden, welche die Erfüllung der Hoffnungen Guſtav Adolfs wiederum in eine ungewiſſe Ferne verſchoben.

Im Februar 1631 war jener auf Anregung des Feldmarſchalls Arnim vom Kurfürſten Johann Georg nach Leipzig berufene Convent evangeliſcher Fürſten in Leipzig zuſammengetreten. Aber ſchon die Worte des Einladungsſchreibens zeigten zur Genüge, daß man ſich von dieſem Convente großer und mannhafter Entſchlüſſe nicht zu verſehen haben werde; er wurde berufen, „um ſich zu Beförderniß gütlicher Tractaten mit den Katholiſchen vorher in friedliebendem Vertrauen mit einander zu unterreden“. Den vornehmſten Gegenſtand der Verhandlungen ſollten die Religionsgravamina, d. h. in erſter Linie das Reſtitutionsedict, bilden. Alſo ſtatt der von Arnim vorgeſchlagenen Begründung einer bewaffneten Neutralitätspartei zwiſchen dem Kaiſer und dem Könige von Schweden, die vielleicht wirklich bei energiſchem Auftreten einen nationalen Frieden ohne fremde Einmiſchung herbeiführen konnte, wiederum der ſchwächliche Verſuch, durch gütliche Verhandlungen mit den Katholiken eine Aufhebung oder Milderung des Reſtitutionsedicts zu erreichen! Auf dieſem Wege war allerdings irgend ein Erfolg nicht zu erzielen. Zu allem Ueber-

fluß hob Johann Georg gleich in der Eröffnungsverhandlung (20. Februar) ausdrücklich hervor, man müsse in unterthäniger Devotion gegen den Kaiser verharren. Und in diesem Tone bewegten sich die ganzen monatelangen Verhandlungen, deren Hauptmittelpunkt endlose Schmausereien, Banketts und Zechgelage zu bilden schienen. Die einzigen Fürsten, welche mit der ehrlichen Absicht, einen mannhaften Beschluß zu Stande zu bringen, erschienen waren, der Landgraf Wilhelm von Hessen und der junge, damals siebenundzwanzigjährige Herzog Bernhard von Weimar, verließen sehr bald in hellem Unmuth den Convent, weil sie einsahen, daß bei dieser Art von Verhandlungen wenig oder nichts herauskommen werde. Schließlich aber sah man doch ein, daß man sich gar zu lächerlich machen werde, wenn als das einzige Ergebniß dieses „evangelischen Convents" eine neue Eingabe an den Kaiser um Aufhebung des Restitutionsedicts zu Tage kommen werde, von der man doch von vornherein wußte, daß sie ergebnißlos sein werde. Schon begann man im Reiche in katholischen Kreisen über diese Carrikatur eines Convents zu spötteln, über das ein katholisches Flugblatt folgende höhnischen Verse verbreitete:

Ach, die armen lutherischen Hündlein
Halten zu Leipzig ein Conventlein!
Wer war dabei?
Anderthalb Fürstlein.
Was wollten sie machen?
Ein kleines Krieglein.
Wer soll ihn führen?
Das schwedische Königlein.
Wer soll Geld dazu geben?
Das sächsische Jägerlein.
Wer wird sich dieses freuen?
Das pfälzische Fürstlein.
Worum ist es ihm zu thun?
Um sein Heidelberger Nestlein.

Ganz so kläglich wollte man nun doch den Convent nicht endigen lassen; man kam vielmehr wirklich auf die Nothwendigkeit einer Kriegsverfassung zu sprechen und setzte fest, was ein Jeder im Falle der Noth an Truppen stellen solle. Brandenburg sagte 5000 Mann, die übrigen Stände den zwölffachen Betrag des Matrikelanschlags zu. Johann Georg selbst erbot sich, 11 000 Mann zu stellen, er versprach, bei Bedrängungen der Augsburger Confessionsverwandten für diese einzutreten, versäumte aber nicht hinzuzufügen, dem Kaiser wolle er gehorsam bleiben. Also nichts von dem kühnen Gedanken, sich als dritte selbständige Partei neben dem Kaiser und dem Könige von Schweden aufzustellen, nicht einmal der Abschluß irgend eines irgend wie festorganisirten Bundes, wie viel weniger ein Beschluß eines Anschlusses an Schweden: vielmehr nur ganz unbestimmte und auf gar keinen bestimmten „Kriegsfall" zugeschnittene Verabredungen, die in keiner Weise geeignet waren, irgend einen bestimmenden Einfluß auf den weiteren Gang der Dinge auszuüben: das war das klägliche Ergebniß des Convents, der am 12. April, einen Tag vor der Eroberung Frankfurts durch Gustav Adolf, geschlossen wurde.

In welch schwierige Lage aber gerieth nun Gustav Adolf durch diese ohnmächtige Haltung derer, auf deren Hilfe er in erster Linie angewiesen war! Immer dringender erschollen von Magdeburg her die Hilferufe der von Tilly und Pappenheim jetzt ernstlich belagerten und in die höchste Noth versetzten

Stadt! Aber durfte Guſtav Adolf dem Hilferufe Folge leiſten, ehe er ſich im Rücken gedeckt wußte? Er konnte dadurch in die größte Gefahr gerathen; denn das Heer, welches ihm nach Zurücklaſſung der unbedingt nothwendigen Occupationstruppen in Pommern und Mecklenburg zur Verfügung ſtand, war der vereinigten Macht Tillys und Pappenheims bei weitem nicht gewachſen. Wollte er den Entſatz verſuchen, ſo mußte er nicht allein im Beſitz der entſcheidenden, den Rückzug deckenden brandenburgiſchen Feſtungen Küſtrin und Spandau, er mußte auch im Beſitz der in kurſächſiſchem Gebiete gelegenen Elbpäſſe ſein. Es war für ihn eine zwingende Nothwendigkeit, mit allen Mitteln zum Wenigſten eine Einigung mit dem Kurfürſten von Brandenburg zu erzwingen. Als ſein Verlangen, daß ihm die Feſtungen Spandau und Küſtrin eingeräumt würden, noch immer auf Schwierigkeiten ſtieß, rückte er mit ſeinem Heere vor Berlin. Nach längeren Verhandlungen zwiſchen beiderſeitigen Bevollmächtigten erreichte er es endlich am 13. Mai durch eine perſönliche Unterredung mit dem Kurfürſten, daß ſeinem Verlangen Folge gegeben wurde. Aber es bedurfte der Drohung, er werde den Kurfürſten als Feind behandeln, wenn er nicht in die „Totalconjunction“ willige, um Georg Wilhelm zur Nachgiebigkeit zu bringen. Dann ſuchte er ſofort daſſelbe bei dem Kurfürſten von Sachſen zu erreichen. Aber dieſer, an deſſen Hofe eben damals der kaiſerliche Rath Hegenmüller gegen die ſchwediſchen Forderungen eifrig wirkte, zögerte mit der Antwort. Und als dann endlich die vom 20. Mai datirte abſchlägige Antwort bei Guſtav Adolf eintraf, war Magdeburg bereits von ſeinem ſchrecklichen Schickſale ereilt worden. Mit Recht konnte Guſtav Adolf Johann Georg ſagen laſſen, die Schuld an dem Falle Magdeburgs treffe nicht ihn, ſondern den Kurfürſten.

In der That, furchtbar mußte die unglückliche Stadt für die klägliche Haltung der proteſtantiſchen Kurfürſten, die den Entſatz verhindert hatten, büßen. Seit Anfang April war ſie von Tilly und Pappenheim gemeinſchaftlich belagert worden. Mit heldenhaftem Muthe hatte ſich Falkenberg mit ſeiner kaum 3000 Mann ſtarken Beſatzung der zehnfachen Uebermacht der Belagerer erwehrt. Einer der mühſam von ihm auf dem rechten Elbufer errichteten Außenwerke nach dem anderen war gefallen, zuletzt auch die außerordentlich ſtarke Zollſchanze. Enger und enger ſchloß ſich der verderbenbringende Kreis der Belagerer um die Stadt ſelbſt. Falkenberg mußte ſich entſchließen, die Vorſtädte niederzubrennen und ſich auf die Vertheidigung der eigentlichen Stadt zu beſchränken. Aber die Vertheidiger ließen den Muth nicht ſinken, durften ſie doch täglich den Entſatz durch den König von Schweden erwarten. Noch am 14. Mai ſcheiterten die von Tilly eröffneten Verhandlungen an der Widerſtandskraft der muthigen Bürgerſchaft. Am 17. Mai eröffnete Tilly das Bombardement auf die Stadt. Aber noch immer hielt ſie ſich. Faſt ſchien es, als werde ſich Tilly entſchließen müſſen, die Belagerung aufzuheben. War doch Guſtav Adolf ſchon bis Potsdam herangerückt. Einen Augenblick ſcheint Tilly in der That an eine Aufhebung

der Belagerung gedacht zu haben. Dann aber entschloß er sich, sie mit allen Kräften zu Ende zu führen, ehe der schwedische Entsatz heranrücke. Am 18. Mai stellte er der Stadt sein Ultimatum, welches ihr nur die Wahl zwischen völliger Unterwerfung und Erstürmung ließ. Darüber wurde nun am 19. in der Stadt verhandelt und auf den Morgen des 20. eine neue Rathssitzung anberaumt, in welcher endgiltig Beschluß gefaßt werden sollte. Aber Tilly wartete das Ergebniß dieser Berathung nicht ab. Noch bevor er eine Antwort auf sein Ultimatum erhalten hatte, beschloß er, durch Personen, die in verrätherischer Verbindung mit ihm standen, über die Vorgänge innerhalb der Stadt aufs Genaueste unterrichtet, in einem Kriegsrath am 19. Mai, am folgenden Morgen zum Generalsturm zu schreiten. Der Rath der Stadt war in der Frühe des 20. noch in der Berathung begriffen, als ein Bote in die Sitzung hereinstürmte und meldete, daß der Feind von allen Seiten heranrücke. Falkenberg, der die Belagerten noch in letzter Stunde zum äußersten Widerstande mit fortreißen wollte, fuhr, da er sich auf seiner nächtlichen Runde überzeugt hatte, daß auf den Wällen Alles in Ordnung war, ruhig in seiner feurigen Rede fort, durch die er den Rath zum Aeußersten zu bewegen versuchte. Da wurde auf dem Thurme der Johanniskirche Sturm geläutet und die weiße Kriegsfahne herausgesteckt. Es war dem Feinde in der That gelungen, in die Stadt einzudringen. Von der Neustadt aus hatten sich seine Truppen unter Pappenheims Führung Morgens fünf Uhr, da sich wie gewöhnlich ein Theil der Besatzung von den Posten entfernt hatte, bis an den Wall herangeschlichen und waren dann durch eine kleine Pforte, die in der Nähe des Stückthores durch den Wall führte, in die Stadt eingedrungen. Ob auch hierbei Verrath im Spiele war, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Genug, Falkenberg fand, als er sich nun schleunigst auf sein Pferd warf und heraneilte, den Feind schon in der Stadt. Noch einmal gelang es ihm vorübergehend, die schon Eingedrungenen zurückzuwerfen. In dem Kampfe, der sich dann in der Nähe des Walles entspann, wurde er von einer feindlichen Kugel niedergestreckt. Auch dann noch aber machten die Vertheidiger den eindringenden Feinden jeden Fußbreit Erde streitig und setzten den Kampf mit dem Muthe der Verzweiflung fort. Während dieses mörderischen Straßenkampfes, der sich dann entspann, scheint es gewesen zu sein, daß Pappenheim den Befehl gab, einige Häuser anzuzünden; er wollte dadurch die Vertheidiger in Angst und Schrecken setzen und veranlassen, vom Kampfe abzustehen und sich zum Löschen des Feuers zu wenden. Einige Zeit später brach an verschiedenen Stellen der Stadt zu gleicher Zeit ein neuer Brand aus, der mit dem von Pappenheims Soldaten angelegten nicht im Zusammenhange gestanden zu haben scheint. Durch diesen Brand wurde dann die ganze Stadt, nachdem sie von den durch die lange Belagerung erbitterten Soldaten auf das Gründlichste ausgeplündert worden war, vollends in einen Trümmerhaufen verwandelt. Wie dieses große Feuer, welches nach und nach die ganze Stadt erfaßte und zerstörte, entstanden ist, darüber wird es

Magdeburg von

Michael. 2 Der Dom zu S. Mauritz. 3
Anna. 8 zum h. Geist. 9 S. Vlrich. 10
Maria Magdalena. 15 Hunenthurn.
athaus. 23 S. Laurentz. 22 S. Pet

MAGD

Lilly belagert, 1631. Facsimil

Facsimile eines satirischen Blattes auf die Eroberung Magdeburgs durch Tilly.

Digitized by Google

CAPITVLATIONES.

Was geſtalt Herrn General Grafen von Tylli den 20. May 1631. die alte Jungfraw zu Magdeburg verheirat worden / vnd ſeyndt folgende Heyraths Nottel

1. Soll Vlm das Heyrat gut geben.
2. Straßburg die Morgengab darlegen.
3. Wirdt Nürenberg die Hochzeit halten /
4. Augſpurg vnd Regenſpurg als Brautführer walten.
5. König in Schweden Ehr vätter ſeyn /
6. Schenckt Würtenberg den Wein.
7. All vngehorſame Statt zuſamen /
Folgen der Braut in Gottes namen.
Da wirdt bey dieſer Hochzeit eben
Gantz ſchön blut farbe Kräntzel außgeben.

Facſimile eines ſatiriſchen Blattes auf die Eroberung Magdeburgs durch Tilly.

bei den einander auf das Schroffste widersprechenden Angaben der gleichzeitigen Quellen wohl nie gelingen, volle Klarheit zu erlangen. Auf kaiserlicher Seite war man gleich nach dem Ereigniß eifrig bemüht, die Schuld von der kaiserlichen Armee und ihren Führern abzuwälzen. Und in der That ist kaum anzunehmen, daß Tilly den Befehl gegeben haben sollte, die Stadt zu zerstören. Ihm kam es doch vor Allem darauf an, in Besitz der strategisch außerordentlich wichtigen Elbfeste zu gelangen. Gelang es ihm, die Stadt zu nehmen, ohne sie zu zerstören, so war seinen strategischen Zwecken damit weit besser gedient. Weit wahrscheinlicher schon ist es, daß die Pappenheimschen Soldaten in der Erbitterung des Kampfes, wie anfangs das vereinzelte, so später auch das größere, an verschiedenen Stellen aufflammende Feuer angelegt haben. Es wäre an sich bei dem Charakter der damaligen Soldatesca durchaus begreiflich, wenn dies auch ohne höheren Befehl geschehen wäre. Aber auch noch eine andere Erklärung, die ebenfalls schon bald nach dem Ereignisse auftauchte, ist durchaus möglich, nämlich die, daß der schwedische Commandant der Stadt, Dietrich Falkenberg, der voll und ganz tapferer Soldat war und nur militärische Rücksichten kannte, im Einverständniß mit der radical-protestantischen Partei der Stadt selbst die Anordnung getroffen hätte, im Falle eines siegreichen Eindringens des Feindes die Stadt lieber in Brand zu stecken, als sie unversehrt in die Hände der Kaiserlichen fallen zu lassen. Magdeburg wäre dann ein früheres Moskau gewesen. Aber welches auch die Ursachen der furchtbaren Katastrophe gewesen sein mögen: die ganze schwere Bedeutung derselben bleibt in allen Fällen dieselbe. Die stolze Stadt, das vornehmste Bollwerk des Protestantismus in Deutschland, war in einen Trümmerhaufen verwandelt. Als der Brand gelöscht war, standen außer dem Dome und der Liebfrauenkirche nur noch einige elende Fischerhütten als unversehrte Reste der stolzen Stadt. 30 000 Menschen sollen bei der Erstürmung umgekommen sein. Hochauf jauchzten die Katholiken über diesen Sieg der kaiserlichen Sache.

„Vor Jahren hat die alte Magd
Dem Kaiser einen Tanz versagt,
Jetzt tanzt sie mit dem alten Knecht,
So geschieht dem stolzen Mädchen recht —

so sang man höhnend in ihren Kreisen. Die Protestanten aber ergriff Schrecken und namenlose Erbitterung über diese grauenvolle Zerstörung der uralten stolzen Stadt. Noch mehr als früher blickten sie jetzt auf Gustav Adolf als auf den Einzigen, der noch Rettung aus der schweren Noth bringen könne. Die Frage war, ob endlich auch die protestantischen Fürsten sich auf ihre Pflicht, auf die einfache Pflicht der Selbsterhaltung, besinnen würden.

Bündniß mit Brandenburg und Sachsen. Die Schlacht bei Breitenfeld.

Es war nicht wunderbar, daß unter den Protestanten, so sehr auch namentlich die breiten Volksmassen in Gustav Adolf ihren Retter zu sehen begannen, doch auch wieder Stimmen laut wurden, welche ihm einen Vorwurf daraus machten, daß er die Stadt Magdeburg, das alte Bollwerk des Protestantismus, fast unter seinen Augen hatte erstürmen und in einen Trümmerhaufen verwandeln lassen. Er hielt es für nothwendig, sich in einer eigenen „Apologie", die er veröffentlichte, gegen diesen Vorwurf zu vertheidigen und die Schuld an dem verhängnißvollen Untergange der Stadt auf die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen zu werfen, die es ihm durch ihre zweifelhafte Haltung unmöglich gemacht hätten, zum Entsatze der belagerten Stadt heranzueilen. Ohne Zweifel hatte er vollkommen Recht. Seine kaiserlich gesinnten Gegner haben offen eingeräumt, daß es strategisch im höchsten Maße gewagt, ja leichtfertig gewesen wäre, wenn er die Elbe, um Magdeburg zu entsetzen, überschritten hätte, ohne sich über die Haltung der Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen ausreichend vergewissert zu haben. Wie nothwendig seine Vorsicht gewesen war, zeigte sich alsbald nach dem Falle der Stadt. Georg Wilhelm begann alsbald auf Wiedereinräumung der von Gustav Adolf besetzten Festungen Spandau und Küstrin zu dringen, die nach dem im Mai geschlossenen Accord dem Könige nur so lange zur Verfügung gestellt worden waren, bis die Magdeburger Angelegenheit entschieden sei. Jetzt mußte also von Neuem das alte langwierige Spiel der Verhandlungen beginnen. Durch den Fall Magdeburgs war der Kurfürst wieder ängstlicher und schwankender geworden als vorher. Was hätte Gustav Adolf gar von Brandenburg zu erwarten gehabt, wenn ihm selbst bei dem Entsatz von Magdeburg ein ernsterer Unfall begegnet wäre! In der That, er hatte nicht anders handeln können, als er gehandelt hatte.

Natürlich wurde aber jetzt seine Lage durch den Fall Magdeburgs keineswegs weniger schwierig; ja sie wäre vielleicht bei der Unentschiedenheit seines Verhältnisses zu Brandenburg geradezu gefährlich geworden, wenn Tilly sich entschlossen hätte, seinen Sieg auszunutzen und mit aller Kraft gegen Gustav Adolfs verhältnißmäßig kleines, dem kaiserlich-ligistischen bei weitem nicht gewachsenes Heer vorzugehen. Aber dieser Angriff, den Gustav Adolf mit Bestimmtheit erwartete, erfolgte nicht. Es kann nicht zweifelhaft

ſein, daß Tilly, ſei es in Folge ſeines hohen Lebensalters, ſei es aus unbewußter Scheu vor der militäriſchen Ueberlegenheit Guſtav Adolfs, die alte Rührigkeit und Energie nicht mehr an den Tag legte. Die faſt ängſtlichen Briefe, welche er nach ſeinem Siege über Magdeburg an den Kurfürſten von Bayern richtete, ſind eher im Tone des Beſiegten als des Siegers gehalten. Der Gedanke, daß er einen umfaſſenden Angriff auf die Schweden machen könne, iſt ihm offenbar gar nicht ernſtlich gekommen. Im Gegentheil, er behauptete in bitter klagendem Tone, daß er ſich aus Mangel an Lebensmitteln nicht bei Magdeburg werde halten können, und beantragte bei Kurfürſt Maximilian, ſich gegen das proteſtantiſche Heſſen und Thüringen wenden zu dürfen. Trotzdem der Kaiſer ſein Heer durch Truppen, welche er aus den Niederlanden und nach Beendigung des mantuaniſchen Erbfolgekrieges aus Italien heranzog, ſehr erheblich verſtärkte, vermochte ſich Tilly nicht zu irgend wie energiſchem Vorgehen aufzuraffen. Pappenheim gerieth über ſein Zaudern und ſeine Unthätigkeit in volle Verzweiflung. Statt ſich unmittelbar gegen den Hauptgegner zu wenden, marſchirte er, nachdem er bei Magdeburg nur ein Corps von 6000 Mann unter Wolf von Mansfelds Befehl zurückgelaſſen hatte, mit dem Haupttheile ſeines Heeres an die Weſer, um namentlich den Landgrafen von Heſſen für ſeinen Anſchluß an Schweden zu züchtigen. Mitte Juni war er in Mühlhauſen in Thüringen. Dadurch erhielt nun Guſtav Adolf im Oſten und Norden Deutſchlands freie Hand und gewann auch, wie Tilly von den Kaiſerlichen mit Recht vorgeworfen wurde, politiſch die Möglichkeit, auf Brandenburg und Sachſen einen heilſamen Druck auszuüben, um ſie zum Abſchluß eines Bündniſſes zu bewegen. Er benutzte zunächſt den militäriſchen Vortheil, den ihm Tillys Abzug gewährte. Während ſeine in Pommern zurückgelaſſenen Truppen unter Atte Trotts Führung am 26. Juni Greifswald einnahmen und dann die vertriebenen Herzöge von Mecklenburg wieder in ihr Land zurückführten, ſicherte ſich Guſtav Adolf ſelbſt ſeine Stellungen an der Havel noch beſſer als bisher und ſchlug dann bei Werben ein befeſtigtes Lager auf.

Aber weitere durchgreifende Erfolge zu erringen, war nur möglich, wenn es ihm endlich gelang, Georg Wilhelm zu einem mannhaften Entſchluß fortzureißen. Das aber ſchien noch immer nicht gelingen zu wollen. Wer wollte es dem Könige verdenken, daß ihn bei dieſer kläglichen Haltung derer, die von ſeinem Erſcheinen in Deutſchland den größten Gewinn hätten haben können, der Unmuth erfaßte? Er hat in der That in jenen Wochen zwiſchen dem Falle Magdeburgs und dem endlichen Anſchluſſe Georg Wilhelms ſehr ernſtlich den Gedanken erwogen, ſich mit der bereits errungenen Defenſivſtellung an der Oſtſee zu begnügen und die deutſchen proteſtantiſchen Fürſten, die ihm ſo wenig Entgegenkommen zeigten, ihrem Schickſale zu überlaſſen. Denn von Woche zu Woche wurde ſeine Lage ſchwieriger. Dänemark nahm eine immer bedrohlichere Haltung an, die franzöſiſchen Subſidien blieben aus oder wurden doch ſehr unregelmäßig gezahlt, ſo daß er auch finanziell in

Verlegenheit gerieth. Es wurde zweifelhaft, ob er den Krieg gegen den Kaiser unter diesen Umständen werde weiterführen können.

In dieser Stimmung traf ihn eine Gesandtschaft des Herzogs von Weimar und des Landgrafen Wilhelm von Hessen, die sich kurz vorher (22. April 1631) über ein Schutzbündniß unter einander geeinigt hatten und nun dem Schwedenkönige ihr Bündniß antragen wollten. Schon im November 1630 war über ein solches zwischen dem Landgrafen von Hessen und dem Könige verhandelt worden; es war der Entwurf einer Eventualconföderation zu Stande gekommen, in welcher nicht allein der Landgraf, sondern auch andere benachbarte Fürsten, namentlich die Herzöge von Weimar, Wilhelm und Bernhard, aufgenommen werden sollten. Diese sollten dann im Westen Deutschlands ein Heer von 10000 Mann aufstellen, zu dessen Oberbefehlshaber Herzog Wilhelm ernannt werden sollte. Auf dieser Grundlage wollten jetzt die Gesandten Weimars und Hessens, die Hofräthe Heusner und Wolf, das Bündniß mit Gustav Adolf endgiltig abschließen. Allein der König war in diesem Augenblicke nicht mehr geneigt, sich darauf einzulassen. So sehr er sich über den hochherzigen und mannhaften Entschluß der beiden Fürsten freute und dieser Freude anerkennenden Ausdruck gab, so mußte er sich doch sagen, daß ihm diese Verbindung mit einigen entfernten, zwar kühnen, aber doch nicht sehr mächtigen Fürsten, in der schwierigen Lage, in der er sich befand, wenig nützen konnte. Hier hätte er wieder, wie bei dem Anschluß Magdeburgs, nur Hilfe bringen, aber kaum solche erwarten können. So schwer es ihm wurde, er mußte den Bündnißantrag ablehnen, weil er für den Fall, daß Sachsen und Brandenburg bei ihrer zweifelhaften Haltung beharrten, entschlossen war, an die Seeküste zurückzukehren. Er versprach den beiden Fürsten nur, wenn sie von den Feinden ihres Glaubens von Land und Leuten vertrieben werden sollten, Schutz und Zuflucht in seinem Lande. Dem Landgrafen von Hessen aber muß es immer zur Ehre gereichen, daß er trotz dieser Abweisung und trotzdem in Folge derselben Herzog Wilhelm von Weimar von jenem Bündniß vom 22. April zurücktrat, dennoch der einmal von ihm erwählten Sache treu blieb und, in festem Bunde mit dem jungen Bernhard von Weimar, sich allein mit wahrem Heldenmuthe der kaiserlich-ligistischen Truppen, welche wiederholt in seine Lande einfielen, erwehrte, so gut es gehen wollte. Einige Monate später, als sich Gustav Adolfs Lage wesentlich verbessert hatte, war er dann doch der Erste, welcher von den Fürsten im Westen und Süden Deutschlands in engen Bund mit Gustav Adolf trat.

In derselben Zeit, in welcher Gustav Adolf sich gedrungen fühlte, das Bündniß mit Hessen und Weimar vorerst noch zurückzuweisen, eröffnete sich ihm noch eine andere Aussicht auf Hilfe von einer Seite, von der man es am wenigsten erwarten sollte. Wallenstein, der seit seiner schimpflichen Entlassung gegen den Kaiser, namentlich aber gegen die Fürsten der Liga aufs Aeußerste erbittert war, erbot sich, an dem Kampfe gegen den Kaiser theilzunehmen, wenn ihm Gustav Adolf ein Heer von 10000 bis 12000 Mann

unter der Führung des alten Grafen von Thurn zur Verfügung stellen wolle. Wir kommen auf diese Unterhandlungen noch zurück, für jetzt genügt es, sie kurz zu erwähnen. Sie eröffneten eine große, freilich vom Könige nur mit großem Mißtrauen aufgenommene Aussicht, die aber zunächst noch in weitem Felde lag und jedenfalls nicht geeignet war, Ersatz für den näherliegenden und unbedingt nothwendigen Anschluß von Brandenburg und Sachsen zu gewähren. Auf diesen mußte nach wie vor die Hauptaufmerksamkeit des Königs gerichtet sein.

Medaille von Kurfürst Georg Wilhelm mit seinem Sohne, dem späteren Großen Kurfürsten, als Kurprinz. Silber. Originalgröße. Kgl. Münz-Cabinet Berlin.

Vorderseite: Umschrift in Majuskeln in zwei konzentrischen Kreisen: Numen quod stupeat vel prisca Georgius aetas sanguinis et Brenni spes Fridericus habent, et miremur adhuc hoc Rhenus et Odera nec non Bregela si famulus noster adoret aquis. Im Felde der Kurfürst und der Kurprinz, gepanzert in einer offenen Halle vor einem Tische stehend.

Mit Brandenburg waren die Verhandlungen alsbald nach der Einnahme Magdeburgs von Neuem eröffnet worden. Aber sie wollten noch immer nicht recht von der Stelle kommen. Zwar konnte daran kein Zweifel sein, daß es dem Kurfürsten Georg Wilhelm nichts weniger als angenehm gewesen wäre, wenn Gustav Adolf seinen Gedanken, sich an die Ostseeküste zurückzuziehen, wirklich ausgeführt hätte. Ganz gewiß wäre es Brandenburg dann so ergangen, wie nach jenem Einfall Mansfelds in sein Gebiet im Jahre 1626. Der Kurfürst hatte Gustav Adolf, wenn auch nach langem Sträuben, seine hauptsächlichsten Pässe und Festungen eingeräumt gehabt. Wäre Gustav Adolf jetzt wirklich aus seinem Lande abgezogen, so würden die Kaiserlichen jetzt ebenso

in dieſelben eingerückt ſein, wie Wallenſtein nach dem Abzuge Mansfelds. Und welcher Unterſchied zwiſchen einer ſchwediſchen Beſetzung des Landes und einer kaiſerlichen obwaltete, das hatte Georg Wilhelm in den letzten Jahren nur zu wohl erfahren. Während die ſchwediſchen Truppen muſterhafte Mannszucht beobachteten und ſich ſtreng an die umſichtige und ſchonende Quartierordnung ihres Königs halten mußten, wären die brandenburgiſchen Lande durch eine erneute kaiſerliche Beſetzung wiederum den furchtbaren Bedrückungen und Ausſaugungen rettungslos preisgegeben worden, welche ſie in

Rückſeite der Medaille von Kurfürſt Georg Wilhelm mit ſeinem Sohne als Kurprinz.

Umſchrift: Talis ego aureolam tranquilla Borussia pacem raro divorum munere oacta color. Im Felde: Landkartenartige Darſtellung eines Theiles von Oſtpreußen, das Friſche Haff mit Königsberg und anderen Städten. Vorn ſitzt auf Waffen die Friedensgöttin. Auf einem Kanonenrohr ſteht 1639, auf einem andern S D, Name des Stempelſchneiders S. Dadler.

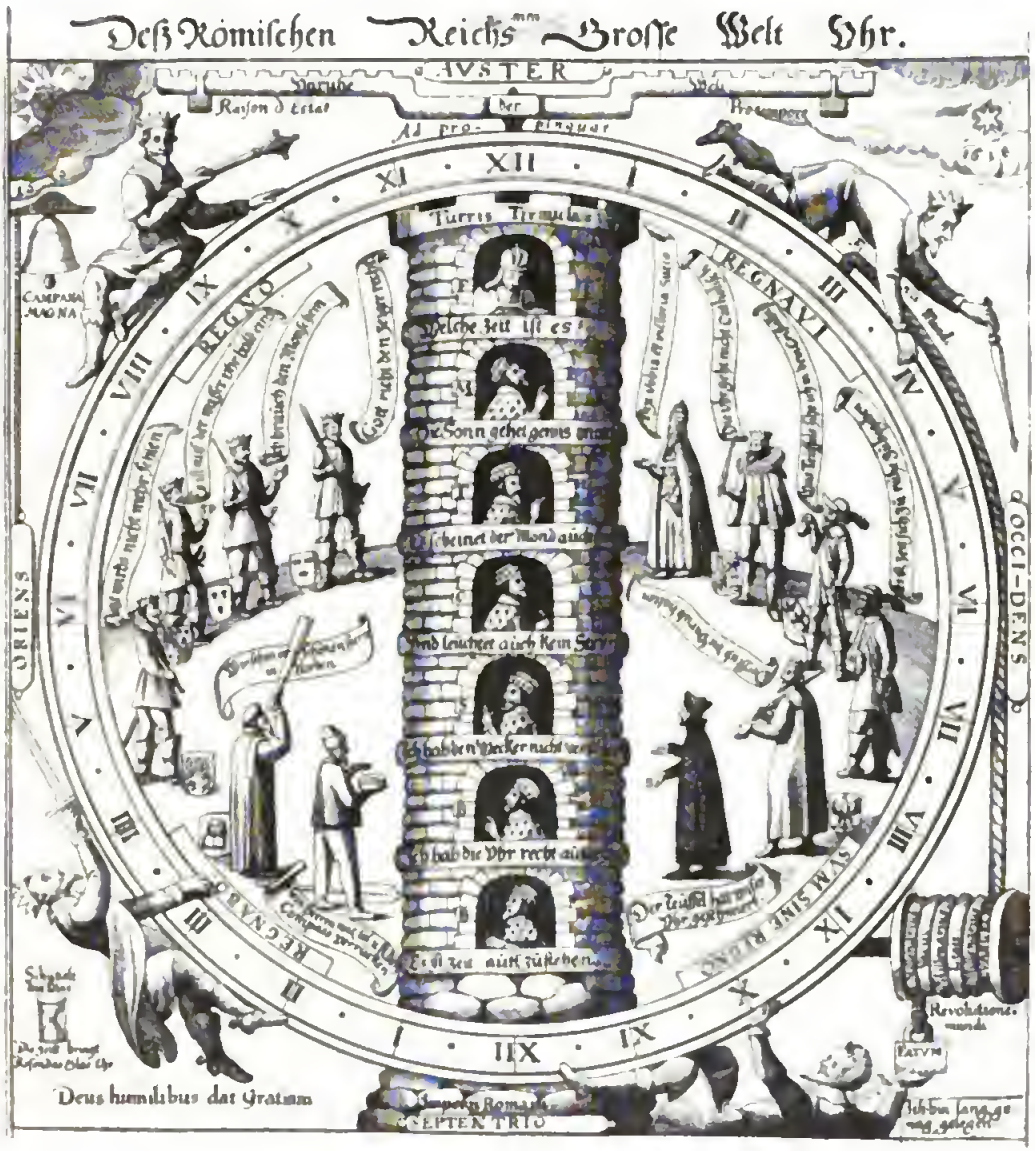
den Jahren 1627—1629 durchgemacht hatten. Trotz alledem vermochte ſich Georg Wilhelm, als nun Guſtav Adolf energiſch den endlichen Abſchluß einer wirklichen Allianz forderte, doch zu einem ſo entſcheidenden Schritte nicht zu entſchließen. Noch immer meinte er vielmehr, ſeine ſo gut wie völlig unbewaffnete Neutralität aufrecht erhalten zu können; ja, er glaubte, es werde ihm gelingen, von Tilly eine Garantie derſelben zu erlangen, wenn er ſich dem Anſchluſſe an Schweden nach wie vor widerſetze. Wohl verſtand er ſich in einer perſönlichen Unterredung mit Guſtav Adolf, die am 30. Mai in deſſen Lager ſtattfand, dazu, dem Könige einſtweilen Spandau und Küſtrin noch zu überlaſſen, aber weiter wollte er nicht gehen. Er ſchlug vielmehr

Gustav Adolf vor, er möge sich nach Schlesien wenden, wo er seine kriegerischen Absichten gegen den Kaiser weit besser verwirklichen könne, als in den ausgesogenen brandenburgischen Ländern. Jetzt aber war Gustav Adolfs Geduld erschöpft; er verlangte kategorisch eine endgiltige Antwort bis zum 17. Juni. Sei dieselbe bis dahin nicht eingetroffen, so sollte es so viel gelten, als wenn er sich feindlich gegen ihn erklärt habe. Um seiner Forderung noch mehr Nachdruck zu verleihen, marschirte Gustav Adolf am 19. Juni von Spandau nach Berlin und ließ seine Artillerie gegen die Stadt auspflanzen. Das wirkte. Am 23. Juni kam der Kurfürst in das Heerlager Gustav Adolfs heraus, am 24. wurde endlich zu großer Freude des Königs der Vergleich unterzeichnet, durch welchen den Schweden das Besatzungsrecht von Spandau während des ganzen Krieges und freier Paß durch Küstrin, im Nothfall auch hier das Recht, Truppen einzulegen, versprochen wurde. Dagegen verpflichtete sich Gustav Adolf, die Festungen dem Kurfürsten gut zu vertheidigen und nach dem Friedensschluß ungeschmälert wieder abzutreten. Bei dem Gelage, welches dann zur Feier des endlich glücklich abgeschlossenen Bündnisses veranstaltet wurde und in ausgelassener Fröhlichkeit verlief, sprach man sogar davon, den brandenburgischen Kurprinzen Friedrich Wilhelm mit der schwedischen Prinzessin Christine zu vermählen. Allein diese scheinbar enge Freundschaft mit dem Schwedenkönige hielt den Kurfürsten nicht ab, seinen vollzogenen Anschluß an Schweden bei dem Kaiser in einem demüthigen Schreiben als einen erzwungenen zu entschuldigen.

Für Gustav Adolf aber war durch diesen Vertrag doch unendlich viel gewonnen. Er konnte sich freier bewegen, es war, als wenn ein auf ihm lastender Bann von ihm genommen wäre. Auch militärisch machte sich das sehr bald fühlbar. Als Tilly von Hessen aus sich wieder der Elbe näherte, um sich mit Pappenheim zu vereinigen, zog Gustav Adolf alle disponiblen Kräfte an sich, um ihm entgegenzutreten. In den letzten Julitagen errang er bei Burgstall einen erheblichen Vortheil über die Gegner: ein Angriff auf das schwedische Lager, welchen Tilly versuchte, wurde glänzend und mit großem Verlust für die Kaiserlichen zurückgeschlagen. Es war keine große Entscheidung, aber es trug doch dazu bei, das Ansehen und den militärischen Ruf des Königs, der zum ersten Male dem „unbesiegbaren" Tilly eine Niederlage beigebracht hatte, zu erhöhen beziehungsweise neu zu stärken. Bald darauf fiel auch Tangermünde in schwedischen Besitz; Gustav Adolf begann sich an der Elbe festzusetzen. In denselben Tagen landete die Königin, seine Gemahlin, mit frischen schwedischen Truppen in Pommern, und Hamilton, der in England für den König 6000 Mann angeworben hatte, erschien auf dem deutschen Kriegsschauplatze. Das Gestirn des Königs bewegte sich wieder in aufsteigender Linie. Alles Weitere hing davon ab, ob es nun gelingen werde, den Kurfürsten von Sachsen auf seine Seite zu ziehen.

Derselbe war nach dem Falle Magdeburgs, der ihn doch in großen Schrecken versetzt hatte, zunächst mehr noch als früher geneigt gewesen,

in „kaiſerlicher Devotion“ zu verharren. Der Kaiſer ſelbſt war es dann, der ihn Guſtav Adolf in die Arme trieb, indem er in der rückſichtsloſeſten Form darauf drang, daß ſich Johann Georg am Kampfe gegen Schweden betheilige.



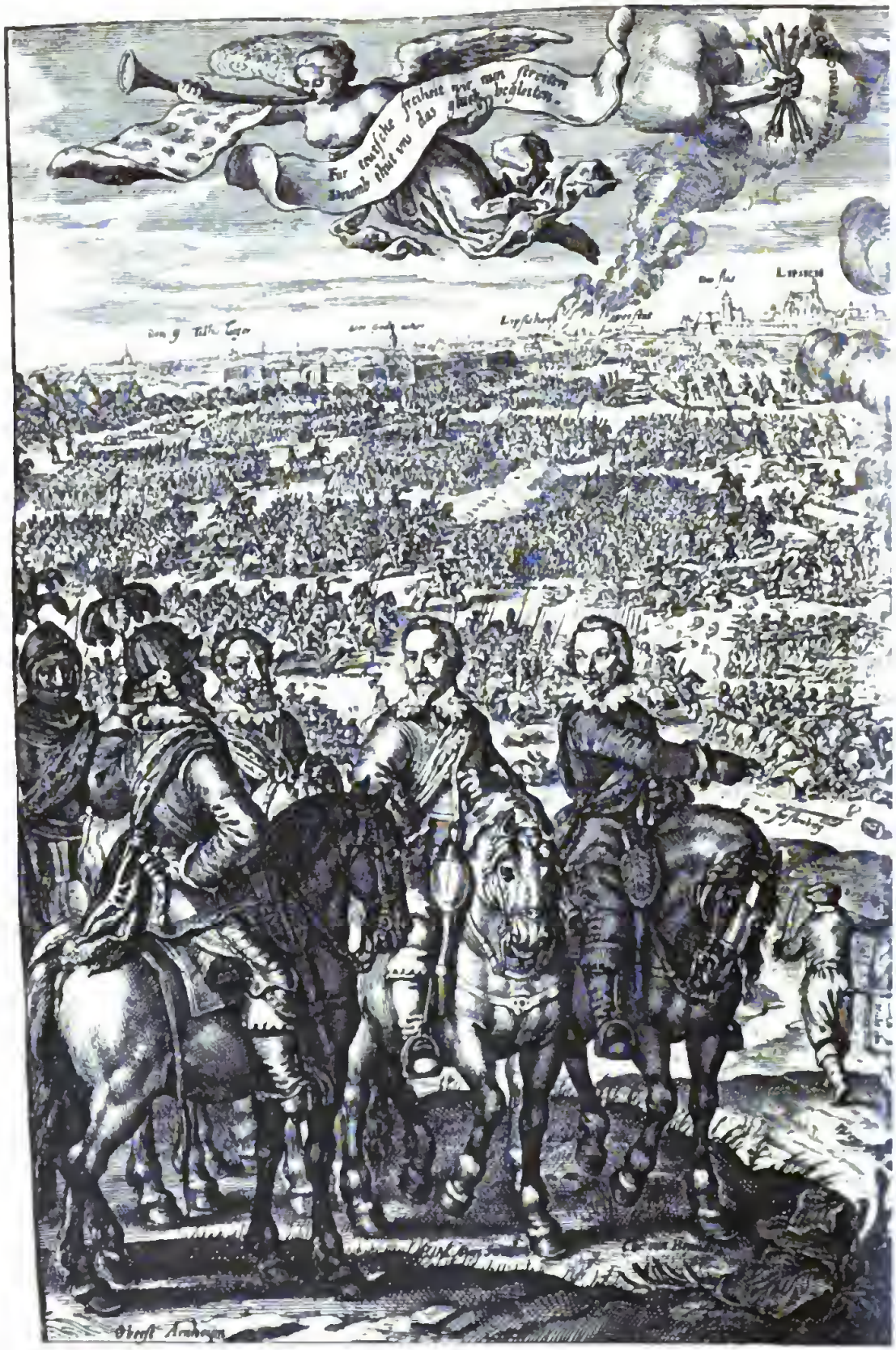
Verkleinertes Facſimile eines politiſchen Flugblattes vom Jahre 1630.

Anfangs forderte Ferdinand in erſter Linie Auflöſung des Leipziger Bundes, von dem ſich loszuſagen dem Kurfürſten wider ſeine Ehre zu gehen ſchien; dann aber verlangte Tilly im Auftrage des Kaiſers immer ſchroffer directen Anſchluß an dieſen. Er eröffnete dem Kurfürſten, er werde gut thun, ſeine

Stifter freiwillig herauszugeben, da der Kaiser unter allen Umständen am Restitutionsedict festzuhalten gedenke. Schon am 23. Mai hatte Ferdinand dem Feldmarschall Vollmacht gegeben, direct gegen den Kurfürsten vorzugehen, wenn dieser die Waffen nicht niederlege. Nicht Tilly war es, der aus eigenem Antriebe das schroffe Vorgehen gegen Kursachsen einschlug; im Gegentheil, sein Verfahren war dem Kaiser zu vorsichtig und zu schonend; namentlich war es Pappenheim, der zu offenem kriegerischen Vorgehen gegen Kursachsen rieth, um es so zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Endlich gegen Ende August entschloß sich Tilly dann, von Eisleben aus, wo er seine Truppen concentrirt hatte, sich mit aller Macht gegen Johann Georg zu wenden.

Mit ungeheuerer Spannung, die sich in einer großen Anzahl von Flugschriften Luft machte, erwartete das evangelische Volk, wie sich Sachsen entscheiden werde. Noch immer versuchte der sächsische Feldmarschall von Arnim, den Kurfürsten bei jenem Gedanken einer dritten Partei, der dem Leipziger Convente vorgeschwebt hatte, festzuhalten. Da wurde allen Schwankungen durch das Einrücken des Tillyschen Heeres, das alsbald die kursächsischen Gebiete mit Brandschatzungen und Contributionen heimsuchte, ein Ende gemacht. Der Kurfürst hielt ein Rendezvous über seine Truppen und führte dieselben dann über Eilenburg nach Torgau, um den Stellungen des Schwedenkönigs näher zu sein und den Kaiserlichen den Vormarsch nach Dresden zu verlegen. Gustav Adolf beeilte sich, ihm zur Hilfe entgegenzurücken. Am 2. September stand er in Wittenberg, am 8. bei Coswig, in unmittelbarer Nähe des kursächsischen Heeres. Am 11. September wurde das Bündniß zwischen Gustav Adolf und Johann Georg abgeschlossen, Düben den beiderseitigen Truppen zum Sammelpunkte bestimmt, wo am 15. September auch Johann Georg selbst in Begleitung des brandenburgischen Kurfürsten eintraf. Die sächsische Armee zählte etwa 18000, die schwedische 28000 Mann, vereint waren sie der kaiserlich-ligistischen nicht allein gewachsen, sondern um ein Geringes überlegen. Freilich bestanden die sächsischen Truppen zum großen Theil aus neugeworbenen und ungeübten Truppen. Im Kriegsrathe war man zweifelhaft, ob man es sogleich auf eine Entscheidung in offener Feldschlacht ankommen lassen oder den Feind durch Diversionen schwächen und ermüden solle. Gustav Adolf sprach sich zunächst im letzteren Sinne aus, stimmte aber freudig zu, als sich Johann Georg, der vor Allem sein Land von den kaiserlichen Truppen befreien wollte, für die Feldschlacht erklärte. Am 16. September setzten sich die Heere gegen Leipzig in Bewegung.

Auf diese reiche Stadt hatte Tilly seit seinem Einmarsch in kurfürstliches Gebiet sein hauptsächlichstes Augenmerk gerichtet. Er hoffte hier eine reiche Contribution erlangen zu können und forderte außerdem Aufnahme einer Besatzung. Die Stadt weigerte sich erst und wollte mit ihrer wenig zahlreichen Besatzung Widerstand versuchen. Als aber Tilly sie erst umlagerte, dann auch zu beschießen begann, konnte die offene Stadt an ernstlichen Widerstand nicht mehr denken und mußte sich zu der ungeheueren Contribution von



Schlacht bei Leipzig; 1631. Im Vordergrunde Guſtav Adolf m

it den Oberſten ſeines Heeres. Facſimile eines gleichzeitigen Kupferſtiches.

400000 Gulden verſtehen. Kaum aber war Tilly in Leipzig eingezogen, ſo erhielt er Kunde von dem Herannahen des vereinigten ſchwediſch-ſächſiſchen Heeres. Er bezog darauf mit ſeiner Armee eine feſte, nach Norden gerichtete Stellung, in welcher er die Stadt, die er gegen den herannahenden Feind decken wollte, im Süden hatte. Nach der herrſchenden Kriegsweiſe bildete die Kavallerie die beiden Flügel des kaiſerlichen Heeres, der rechte unter Fürſtenberg, der linke unter Pappenheim, während im Centrum in compacter, ſehr tief aufgeſtellter Maſſe das geſammte Fußvolk ſtand, vor welchem die „Batterie" aufgepflanzt war. In dieſer Aufſtellung, auf den Höhen bei den Dörfern Podelwitz und Göbſchelwitz, erwartete Tilly die heranziehende feindliche Armee. Er meinte noch, eine Feldſchlacht vermeiden und durch die bloße, feſte und gutgewählte Stellung ſelbſt den Feind von Leipzig abhalten zu können. Nur Pappenheim drang energiſch auf eine Feldſchlacht.

Nach ganz entgegengeſetzten taktiſchen Grundſätzen als Tilly hatte Guſtav Adolf ſeine Armee aufgeſtellt. Während bei den Kaiſerlichen Alles auf die compacte Maſſenwirkung der Infanterie bei Angriff und Abwehr ankam, war das oberſte Princip der ſchwediſchen Taktik größte Beweglichkeit und Manövrirfähigkeit der einzelnen Truppentheile, die nicht in ſtarrer Sonderung, ſondern in Kampfesgruppen gegliedert aufgeſtellt waren. Die „ſpaniſchen" Bataillone Tillys ſtanden zehn Glieder tief und waren darauf berechnet, durch die Wucht ihres Stoßes den Gegner zu erſchüttern und zu durchbrechen; allein auf dieſe Weiſe war die Ausdehnung in die Breite gering, und nur ein kleiner, der zehnte Theil der Bataillone konnte zugleich feuern; diejenigen, die geſchoſſen hatten, konnten dann nur ſchwer hinter die anderen Glieder wieder zurücktreten. Dagegen wechſelten bei Guſtav Adolf Kavallerie- mit Musketierabtheilungen ab und wirkten zuſammen in einer Weiſe, die man in Deutſchland bisher nicht gekannt hatte. Den anſtürmenden Feind empfingen die Salven der Infanterie, dann brach die Cavallerie los; wurde ſie zurückgeſchlagen, ſo wurden die nachfolgenden Feinde wieder von den Musketieren beſchoſſen. Auch die Hauptmaſſe der Infanterie, welche auch auf ſchwediſcher Seite im Centrum vereinigt war, war weit beweglicher und mehr gegliedert aufgeſtellt als auf kaiſerlicher Seite; vor Allem, ſie ſtand nur drei Glieder tief, ſo daß alle gleichzeitig feuern konnten, die beiden erſten Reihen knieend, die dritte ſtehend. Dadurch konnte mit viel weniger Truppen eine ebenſo große Ausdehnung der Front erreicht werden, ſo daß Guſtav Adolf die Möglichkeit gewann, ein zweites Treffen und eine ſtarke Reſerve zu bilden, durch die thatſächlich die Schlacht entſchieden worden iſt. Es waren zwei grundverſchiedene taktiſche Syſteme, die hier zum erſten Male auf einander trafen. Bisher hatten ſich alle Schlachten im Weſentlichen in derſelben Weiſe abgeſpielt: die beiderſeitigen compacten Heeresmaſſen waren auf einander geplatzt und dann ein wildes Handgemenge entſtanden, durch welches ohne complicirtere taktiſche Manöver die Schlacht entſchieden war. Bei Breitenfeld war es recht eigentlich die größere Manövrirfähigkeit der Schweden, welche den Sieg entſchied.

Die Aufstellung der schwedisch-sächsischen Armee, welche in zwei Treffen gegliedert war, war folgende: den rechten Flügel und das Centrum bildete die schwedische, den linken Flügel die sächsische Armee. In der schwedischen Armee befehligte Banér den rechten, Horn den linken, die Verbindung mit den Sachsen herstellenden Flügel. Zwischen den beiden Treffen stand die Reserve des ersten.

Tilly verließ sich zunächst auf den Vortheil seiner Stellung; er hatte die Höhen inne, seine Truppen hatten die Sonne im Rücken. Außerdem trieb der Wind den Schweden den Staub ins Gesicht. Den letzteren Nachtheil wußte Gustav Adolf alsbald wenigstens zum Theil dadurch auszugleichen, daß er die Armee so viel als möglich rechtsab zog und so ihre Front ein wenig veränderte. Unter diesen vorbereitenden Maßregeln war der Vormittag des 17. September verstrichen, ohne daß es zu einem ernstlichen Angriff kam. Es schien, als werde es Tilly wirklich gelingen, einer Feldschlacht auszuweichen. Da begann Mittags zwischen ein und zwei Uhr Pappenheim, den sein Ungestüm fortriß, den Kampf, indem er mit seiner Reiterei einen Angriff auf den rechten schwedischen Flügel unter Banér eröffnete. Da er aber bei demselben in Folge des Rechtsabmarsches der Schweden halblinks vorgehen mußte, so verlor er die Verbindung mit dem auf den Höhen verbleibenden Centrum der kaiserlichen Armee. Diesen Vortheil benutzte Gustav Adolf sofort, er verstärkte seinen rechten Flügel und brach den Widerstand der Pappenheimschen Reiter, die nach kurzer Zeit zum Rückzuge gezwungen wurden. Jetzt aber war einmal die Schlacht im Gange und konnte nicht mehr abgebrochen werden. Tilly ließ daher die compacten Infanteriemassen seines Centrums zum Angriff gegen das ungeübte, neugeworbene sächsische Volk vorgehen, welches in der That sehr bald in die Flucht geschlagen wurde und in wilder Auflösung den Kampfplatz verließ. Der Kurfürst selbst floh ohne Aufenthalt bis Eilenburg. Im Fliehen sprengten die Sachsen aus, man sei geschlagen und Alles verloren, und brachten dadurch auch die schwedischen Truppen des zweiten Treffens in Verwirrung. Es war der kritische Moment der Schlacht. Durch die Flucht der Sachsen war die linke Flanke des schwedischen Heeres entblößt und, wie Tilly meinte, fast schutzlos den Angriffen seiner siegreichen Infanterie preisgegeben. Jetzt aber offenbarte sich die taktische Schulung der Schweden in glänzendstem Lichte. Wie auf dem Exercirplatze machte der linke schwedische Flügel unter Horns Führung eine volle Schwenkung, durch welche er Front gegen den Feind bekam, Gustav Adolf aber führte aus dem zweiten Treffen zwei Brigaden heran. Hier entbrannte nun ein langer furchtbarer Kampf, der nach einiger Zeit zum Stehen kam. Die kaiserliche Infanterie stand wie eine Mauer. Da wurde die Entscheidung dadurch herbeigeführt, daß von dem rechten Flügel, welcher den Angriff Pappenheims siegreich zurückgeschlagen hatte, eine größere Abtheilung ostgothischer Reiter heransprengte, an deren Spitze sich alsbald Horn stellte, der nun eine wuchtige Attacke gegen das kaiserliche Fußvolk unternahm, dessen Reihen durchbrach und die spanischen

Feldmarſchall Banér.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Lucas Schnitzer.

Bataillone zerſprengte. Am Abend des blutigen Tages waren die Schweden Sieger, die Kaiſerlichen bis auf vier Regimenter, die noch rechtzeitig entkommen waren, ſo gut wie völlig vernichtet. Tilly ſelbſt war mehrfach verwundet und wäre auf der Flucht faſt von einem ihm nachfolgenden Officier des Regiments „Rheingraf", dem „langen Fritz", gefangen genommen worden. Die Kaiſerlichen hatten 10 000 — 12 000 Mann Todte und Verwundete und gegen 7000 Gefangene verloren, außerdem faſt ihre ſämmtliche Artillerie und 90 Fahnen und Cornets. Mit Mühe rettete Tilly die Trümmer der geſchlagenen Armee, der einzigen, die dem Kaiſer im Augenblicke zu Gebote ſtand. Die kaiſerlichen Erblande und ganz Deutſchland ſtanden dem Sieger wehrlos offen.

Der Eindruck, den dieſe erſte entſcheidende Schlacht, in der Guſtav Adolf geſiegt hatte, auf beiden Seiten hervorbrachte, war ein ungeheuerer. Bei den Kaiſerlichen herrſchte ein an Verzweiflung grenzender Schrecken: in Wien und Prag zitterte man vor einem ſofortigen Einfall in die kaiſerlichen Erbländer. Durch das proteſtantiſche Deutſchland aber erſcholl ein Jubelruf der Befreiung und Erlöſung. Man prägte Münzen und Medaillen auf Guſtav Adolf, begann ſeine Perſon nach allen Richtungen hin zu verherrlichen. Mit einem Schlage war er, der Beſieger des bisher für unbeſiegbar gehaltenen Tilly, der populärſte Mann im ganzen evangeliſchen Deutſchland.

Medaille mit dem Bildniß Guſtav Adolfs von Schweden.
Silber. Originalgröße. Berlin, Königl. Münz-Cabinet.

Sächsisch Confect.

Es war ein starcker Tisch in einem Breiten-felde
Vnd stunden hare darbey zwey fromme Tapfre Helde/
Confect war drauff gesetzt so Edel zugericht /
Daß man fast weit vnd breit dergleichen findet nicht.
Nemlich *Religio*, vnd *Regis* darneben /
Freyheit vnd *Dignitet*, Guth / Bluth / ja Leib vnd Leben /
Da kam ein frecher Mann / vnd wolte diß Confect
Aus lauter Neyd vnd Haß vom Tische nehmen weg.
Die Helden schaweten / wie mit rauberischen Händen
Er in geschwinder eyll zugrieff an allen enden /
Darumb der eine kam sehr eyffrig vnd geschwind /
Nahm' eine Schal' und schlug dem Räuber auff dem Grind.
Der Ander sahe / daß Er billich war geschmissen /
Vnd schlug ingleichen zu frewdig mit guten Gewissen /
Biß daß der Rauber ward erschrocken vnd verzagt /
Vnd endlich Ritterlich ins freye Feld verjagt.
Nu höre liebe Welt / kom her von allen Enden /
Vnd laß dein' Augen sich hieher zur Tafel wenden /
Sih! Was doch GOttes Rath vnd vnbefleckter Muth /
Sih! Was Gerechtigkeit vnd gute Sache thut.
Sih / die Confect begehrn / die wurden zu Confecten
Den wilden Thieren selbst / Ihr Bluth die Hunde leckten /
Den Vogeln haben Sie sich zum Confect gemest /
Die tragens zum Confect den jungen in ihr Nest.
Ihr hoher *General* der Mann von grossen Thaten /
Die Welschen *Cavaliers*, *Signori*, vnd Crabaten /
Viel grosse Teutsche Herrn hochGräfflich vom Pappier /
Theils lieffen gar darvon / theils liegen todt allhier.

Mich deucht / ich könte wohl itzt Sprichworts weise sagen:
Es kan sich beym Confect zu letzte viel zutragen /
Vnd: Es bekömmet dir das oder jenes Ding
Wie es mit sein Confect vor Leipzig Tyllen gieng.
Ich glaub' es hat dem Herrn gefählet an Vorschneiden /
Die Zinnen sind darzu zu grob vnd vnbescheiden /
Sie schnitten zwar genug / Sie schnitten gar zu viel /
Bald Arm bald Köpffe weg / vnd endlich strumpff vnd stiel.
Ihr weret lieber dort zu Magdeburg gesessen /
Vnd hetter vors Confect Keß' vnd Brod mögen essen /
Alß daß Ihr kommen seyd zukosten Marcepan /
Davon ihr seyd verjagt vnd meistentheils erschlahn.
Es wundert mich nichts mehr / alß von den alten Narren /
Daß Er so näschig ist / vnd wil darnach nicht harren /
Wenn Er nun essen sol / denn sonsten pflegt ein Kind
Zu naschen / vnd was nur die jungen Leute sind.
Von alten Weibern iste gesaget / daß Sie lecken
Wie Ziegen gerne Saltz / vnd nicht von alten Böcken /
Den Näschern gehets so / Ach *Reputation*
Ist auff einmal vernascht sambt der *Munition*.
O GOtt / der du nu hast Ihnn diß Confect vergifftet /
Vnd dir ein ewig Lob in aller Welt gestifftet /
Dir sey die Ehr' vnd Preiß / dir sey der Rhum vnd Danck /
Von Morgen bis hinein zur Sonnen Vntergang.
Ach fahre ferner fort so vnsern Feind zustraffen /
Regiere immerzu so deiner Diener Waffen /
Auff daß Wir gantz vnd gar erlöst aus vnser Noth /
Hier vnd dort ewiglich dich preisen vnsern HOTT.

AMEN

Im Jahr / M. DC. XXXI.

Facsimile eines Flugblattes auf Tillys Niederlage bei Leipzig-Breitenfeld.

Triumphzug Guſtav Adolfs nach Mainz.
Pläne und Entwürfe im Mainzer Winterquartier.

Den vollen Umfang und die ganze Tragweite ſeines Sieges über Tilly ſcheint Guſtav Adolf anfangs kaum gewahr geworden zu ſein. Er überſchätzte die Widerſtandskraft der Liga und wußte nicht, daß dieſelbe mit der Vernichtung der Tillyſchen Armee ſo gut wie völlig gebrochen war. Das katholiſche Deutſchland lag thatſächlich wehrlos zu ſeinen Füßen. Der Kaiſer ſelbſt gab ſich über die furchtbare Gefahr, in die er durch den noch vor Kurzem verachteten „Schneekönig“ gerathen war, keiner Täuſchung hin. In Wien herrſchte eine Muthloſigkeit, welche dicht an Verzweiflung grenzte. Wie war doch Ferdinand ſo ſchnell und jäh von der Höhe herabgeſtürzt, zu der ihn in den Jahren 1626—1630 ſein ſiegreicher Feldherr emporgehoben hatte! Es war nur natürlich, daß er jetzt bitter bereute, damals auf dem Regensburger Kurfürſtentage dem Drängen der Liga nachgegeben und den Mann von ſeiner Seite geſtoßen zu haben, dem er alle die großen Erfolge ſeiner bisherigen Politik verdankt hatte. Aber ſollte es nicht möglich ſein, den ſchwer Verletzten auszuſöhnen und zum zweiten Male zum Retter aus ſchwerer Noth zu gewinnen? Dieſer Gedanke war es, der ſich dem Kaiſer mit Naturnothwendigkeit aufdrängte. Und ſo ganz unmöglich ſchien die Sache doch keineswegs zu ſein. Zwar konnte daran kein Zweifel obwalten, daß Wallenſtein im Innerſten tief ergrimmt darüber war, daß er vom Kaiſer der feindſeligen Eiferſucht ſeiner Gegner preisgegeben worden war, aber auf der anderen Seite hatte doch Ferdinand bei der Abſetzung ſelbſt und auch nach derſelben den Feldherrn wiederholt ſeiner fortdauernden Gunſt verſichert und ſich alle erdenkliche Mühe gegeben, ihm klar zu machen, daß er durch politiſche Rückſichten auf die Kurfürſten zu ſeiner Abſetzung ſehr wider Willen gezwungen worden ſei. Wiederholt hatte der Kaiſer von dem entlaſſenen Feldherrn militäriſche Gutachten erbeten und erhalten; ja, er hatte auf Wallenſteins Rath den ſtrategiſchen Antipoden Tillys, Pappenheim, zum Feldmarſchall befördert. Jedenfalls glaubte Ferdinand nach der furchtbaren Niederlage von Breitenfeld einen Verſuch machen zu müſſen, ſeinen bewährten Feldherrn wiederzugewinnen, zumal auch in der Armee unverhohlen der Wunſch nach Wallenſteins Rückkehr ausgeſprochen wurde. Namentlich war es Pappenheim, der, ſchon lange über die zaudernde und bis zum Uebermaß vorſichtige Kriegführung Tillys im Innerſten ergrimmt, zu wiederholten Malen offen erklärte, der Einzige, der Rettung aus dieſer

ſchweren Bedrängniß bringen und dem Kaiſer wieder zu einem widerſtandsfähigen Heere verhelfen könne, ſei Wallenſtein. Aber auch politiſche Erwägungen veranlaßten den Kaiſer, wieder mit Wallenſtein in Verbindung zu treten. Er erkannte jetzt, ein wie ſchwerer Fehler es geweſen ſei, durch jenes ſchroffe Vorgehen gegen den Kurfürſten von Sachſen dieſen dem Schwedenkönige in die Arme getrieben zu haben. Jetzt galt es, auch dieſen verhängnißvollen Fehler wieder rückgängig zu machen und, wenn irgend möglich, den Kurfürſten Johann Georg, der ſo lange Zeit im Gegenſatz zu ſeinen Glaubensgenoſſen feſt zu dem Kaiſer geſtanden hatte, wieder von der Verbindung mit dem Schwedenkönige zu löſen und zu einem Separatfrieden zu vermögen. Auch hierfür war Niemand mehr geeignet als Wallenſtein, der ja nie ein Hehl daraus gemacht hatte, daß er den religiöſen Charakter, den der Krieg durch das Reſtitutionsedict angenommen hatte, nicht billige, und der außerdem mit dem Feldherrn des Kurfürſten von Sachſen, dem Feldmarſchall Arnim, der lange Zeit in ſeinem Heere gedient hatte, in Beziehungen ſtand, die für Friedensverhandlungen mit Sachſen zum Anhaltspunkte dienen konnten. Der Kaiſer beauftragte alſo Fürſtenberg, ſich mit Wallenſtein in Verbindung zu ſetzen, um zunächſt zu verſuchen, ob man nicht mit ſeiner Hilfe Arnim und durch ihn Kurſachſen für den Frieden gewinnen könne.

Allein Wallenſtein verhielt ſich dieſen erſten Annäherungsverſuchen von kaiſerlicher Seite gegenüber durchaus abweiſend, und zwar aus keinem anderen Grunde, als weil er in lebhaften Verhandlungen begriffen war, die nichts Geringeres bezweckten als ſeinen Anſchluß an den gefährlichſten Gegner des Kaiſers, an Guſtav Adolf.

An der früher oft bezweifelten und geradezu geleugneten, aber ſchon von Ranke in der Hauptſache richtig dargeſtellten Thatſache, daß in der Zeit zwiſchen der Abſetzung Wallenſteins und ſeinem Wiedereintritt ſolche Verhandlungen zwiſchen ihm uud Guſtav Adolf wirklich ſtattgefunden haben, kann nach den neueſten archivaliſchen Entdeckungen aus ſchwediſchen Papieren nicht der geringſte Zweifel mehr obwalten. Wir beſitzen darüber einen eingehenden Bericht eines der Unterhändler ſelbſt, des böhmiſchen Emigranten Seſyma Raſchin, deſſen vielbeſtrittene Angaben eben durch jene neueſten archivaliſchen Veröffentlichungen zwar nicht in allen Einzelheiten, aber doch in der Hauptſache eine überraſchende Beſtätigung erfahren haben.

Ohne Zweifel hat Wallenſtein mit dieſem Verſuch einer Anknüpfung mit Guſtav Adolf eine hochverrätheriſche Handlung nicht zu begehen geglaubt. Seit ſeiner Abſetzung befand er ſich zu dem Kaiſer in keinem unmittelbaren dienſtlichen Verhältniß, vielmehr ſtand er ihm als Herzog von Mecklenburg ebenſo gegenüber wie jeder andere Reichsfürſt. Wie dieſe, ſo glaubte auch er das Recht zu haben, wenn es ſeine politiſchen Ziele, die, von der ihm widerfahrenen perſönlichen Kränkung ganz abgeſehen, nicht mehr voll und ganz mit denen des Kaiſers übereinſtimmten, erforderten, mit dem Schwedenkönige in Verbindung zu treten und im Gegenſatz zum Kaiſer ſeine eigene

Politik zu verfolgen. Freilich bestand zwischen ihm und den Kurfürsten und anderen Reichsfürsten der gewichtige Unterschied, daß die Letzteren ihre Würde

Gottfried Heinrich Graf zu Pappenheim.
Facsimile des Kupferstiches von Wenceslaus Hollar (1607—1677).

von den Vorfahren überkommen hatten, während er sie ausschließlich der Gnade des Kaisers verdankte. Aber dadurch hielt er sich nach der empfindlichen Kränkung, die ihm durch seine Absetzung widerfahren war, nicht mehr für gebunden. Er meinte, ohne jede Rücksicht seinen eigenen Weg gehen zu

können, auch wenn er ihn in einen offenen Gegenſatz zu dem Kaiſer brachte. Ohne Frage ein freventlich kühnes, ein ungeheueres Beginnen! Es iſt nicht wunderbar, daß der König von Schweden in äußerſtes Erſtaunen gerieth, als die erſten unzweifelhaften Schritte in dieſer Richtung von Wallenſteins Seite erfolgten, ebenſo natürlich aber iſt es, daß er ſich durch dieſe Verwunderung nicht abhalten ließ, auf dieſe höchſt eigenthümlichen Verhandlungen einzugehen.

Hatte doch an ſich dem Könige von Schweden bei ſeiner Landung auf deutſchem Boden kaum etwas Erwünſchteres begegnen können, als jene faſt gleichzeitig mit derſelben erfolgende Entlaſſung des kaiſerlichen Feldherrn, den er mit Recht als ſeinen vornehmſten Gegner betrachtet hatte. Er ſah dadurch das hauptſächlichſte feindliche Hinderniß ſeines Unternehmens aus dem Wege geräumt. Man verſteht es, daß er als großmüthiger Gegner dem entlaſſenen kaiſerlichen Feldherrn ſeine Theilnahme mit ſeinem Geſchick durch den Grafen Thurn verſichern ließ. Aber daß Wallenſtein durch den Wunſch, ſich an dem Kaiſer und den Fürſten der Liga zu rächen, ſich ſo weit hinreißen laſſen werde, direct gegen den Kaiſer, in deſſen Dienſten er bis vor Kurzem geſtanden hatte, vorzugehen, das hatte Guſtav Adolf doch kaum anzunehmen gewagt. Eher traute man dem ergrimmten und von dämoniſchem Ehrgeiz getriebenen Manne auf katholiſcher Seite ſolche Abſichten und Pläne zu. Schon im Winter von 1630—1631 fand ein Gerücht, nach welchem die Könige von England und Schweden ſich an Wallenſtein mit weitgehenden Anerbietungen gewandt haben ſollten, bei Tilly Glauben. In der That datiren die früheſten ſicheren Nachrichten von directen Verhandlungen Wallenſteins mit Guſtav Adolf aus dem Anfange des Jahres 1631. Da war es, daß ſich der Graf Matthias von Thurn zuerſt durch Vermittelung jenes Zwiſchenträgers Raſchin, nicht zwar mit Wallenſtein ſelbſt, wohl aber mit dem Schwager deſſelben, dem Grafen Trzka, und deſſen Gemahlin in Verbindung ſetzte. Raſchin begab ſich von Regensburg aus auf Trzkas Beſitzung Opotſchna, wo ſich Wallenſtein in jenen Tagen aufhielt. Schon damals und noch deutlicher einige Zeit ſpäter, in der Mitte des Mai, äußerte Trzka zu Raſchin, Guſtav Adolf könne Wallenſtein leicht gewinnen, wenn er auf ſeine Bedingungen eingehe. Freilich iſt weder jetzt noch ſpäter — und das erſchwert eine erſchöpfende Beurtheilung dieſer Verhandlungen in hohem Grade — mit voller Klarheit zu erkennen, inwieweit die Aeußerungen Trzkas im Auftrage Wallenſteins erfolgten oder auch nur ſich mit deſſen Anſichten völlig deckten. Sehr erklärlicher Weiſe ſcheute ſich Wallenſtein, jemals eine ſchriftliche Aeußerung ſeiner Gedanken und Entwürfe aus der Hand zu geben. Aber an der Hauptſache kann doch ein Zweifel nicht obwalten. Mit größtem Eifer nahmen ſich dann namentlich die böhmiſchen Emigranten, an ihrer Spitze Graf Thurn, dieſer für ihre Sache ſo ausſichtsreichen Verhandlungen an. Thurn und Raſchin hatten eine gemeinſame Audienz bei Guſtav Adolf, der ſich damals in Spandau aufhielt — es waren die Tage, da er den Abſchluß des Bündniſſes mit Brandenburg erzwang — und trugen dieſem die verwunderliche Kunde von

den Trzkaſchen Aeußerungen zu. Dann kehrte Raſchin zum Grafen Trzka zurück, um im Auftrage des Königs weiter mit ihm zu verhandeln. Diesmal ſprach er Wallenſtein ſelbſt, der ihm mit voller Beſtimmtheit erklärte, er werde der Wiederübernahme des kaiſerlichen Commandos die Hölle vorziehen; ſobald ſich Zeit und Gelegenheit biete, werde er dem Könige Alles zu Gefallen thun. Allein er fügte doch vorſichtig hinzu, ſo plump könne er nicht hineintappen, zumal der König ſich noch nicht mit dem Kurfürſten von Sachſen geeinigt habe. In dieſer vorſichtig behutſamen Weiſe wurden die Verhandlungen im tiefſten Geheimniß, an deſſen Bewahrung beiden Theilen in gleicher Weiſe gelegen war, weitergeführt. Aber allmählich nahmen ſie doch auch inhaltlich eine greifbarere Geſtalt an. Von welchem der beiden Theile ein beſtimmt formulirter Vorſchlag ausgegangen iſt, läßt ſich nicht mit Sicherheit ſagen, da in dieſem Punkte der Bericht Raſchins mit den anderen vorliegenden Zeugniſſen nicht völlig übereinſtimmt; genug, es wurde ſchließlich als Grundlage der Verhandlung der Plan in Ausſicht genommen, daß Guſtav Adolf Wallenſtein von ſeinem ſchwediſchen Heere 10000—12000 Mann unter Führung des Grafen Thurn überlaſſen ſolle; dann wollte Wallenſtein verſuchen, eine Anzahl von Officieren der kaiſerlichen Armee in Schleſien zu ſich herüberzuziehen und einen Angriff ins Herz der kaiſerlichen Erbſtaaten, gegen Wien ſelbſt, zu unternehmen. Raſchin iſt dann noch wiederholt zwiſchen dem Heerlager des Königs und des Feldherrn hin- und hergegangen. Guſtav Adolf hat in dieſen Verhandlungen einmal die Aeußerung fallen laſſen, er wolle Wallenſtein zum Vicekönig von Böhmen machen.

Zu dem ſonderbarſten Ausdruck ſind dieſe Verhandlungen auf einer Conferenz gekommen, welche nach der Breitenfelder Schlacht in einem Gartenhauſe des Grafen Maximilian Wallenſtein bei Prag zwiſchen Raſchin, Trzka und Wallenſtein ſtattgefunden hat. Wallenſtein verhehlte ſeine Genugthuung über die Niederlage ſeines alten Nebenbuhlers Tilly nicht und äußerte: „Wenn mir das begegnete, ich nähme mir ſelbſt das Leben; aber es iſt gut für uns.“ Mehr als ſonſt ging er diesmal aus ſich heraus. In ſchroffem Gegenſatz zu der Parteiſtellung, die er ſelbſt früher in den böhmiſchen Wirren eingenommen hatte, äußerte er jetzt, die größte Thorheit der Böhmen ſei es geweſen, daß ſie Slawata und Martinitz nur aus dem Fenſter geworfen haben: man hätte ihnen den Degen durch den Leib rennen ſollen. Er lebte und webte, wie es ſchien, in den umfaſſendſten Entwürfen gegen den Kaiſer und vermaß ſich, das Haus Oeſterreich-Spanien von Grund aus verderben zu wollen.

Ob das nun wirklich im vollen Maße ſeine Meinung geweſen iſt, ob der Unterhändler ſie völlig zutreffend wiedergegeben hat, wer wollte das mit Beſtimmtheit zu ſagen wagen? Möglich iſt es doch ſehr, daß wir es in dieſen Aeußerungen mit einem jener Ausbrüche einer lange verhaltenen Leidenſchaft zu thun haben, wie ſie hier und da bei Wallenſtein hervortraten. So viel iſt aber unzweifelhaft, daß er damals wirklich ſehr ernſtlich geneigt war, im Bunde mit Guſtav Adolf dem Kaiſer die Bedingungen des Friedens mit den

Waffen in der Hand zu dictiren. Da iſt es nun ſehr bezeichnend, daß eben in denſelben Tagen, in welchen Raſchin als ſchwediſcher Unterhändler bei Wallenſtein weilte, auch der Kaiſer, der von dieſen Beziehungen ſeines früheren Feldherrn zu Guſtav Adolf keine Ahnung hatte, ſich durch Queſtenbergs Vermittelung ſchriftlich an ihn wandte, um ihn zu bewegen, das Generalat wieder zu übernehmen und eine Friedensverhandlung mit Sachſen zu verſuchen; und nicht minder bezeichnend iſt es, wie Wallenſtein ſich dem gegenüber verhielt. Es ſchmeichelte ſeinem Ehrgeize, ſich von den beiden im Kampfe begriffenen Mächten umworben zu ſehen. Er meinte, zwiſchen ihnen eine ſelbſtändige politiſche Stellung einnehmen und ſich frei entſcheiden zu können, wem von Beiden er ſich anſchließen ſolle. Er antwortete Queſtenberg auf deſſen Schreiben (vom 8. October 1631), den Oberbefehl übernehmen könne er nicht, er habe ſich dagegen bei Seele und Gewiſſen verſchworen. Zugleich aber erklärte er ſich doch bereit, einen Verſuch zu machen, mit Arnim über einen Separatfrieden mit den Sachſen zu verhandeln. Mit anderen Worten, er wollte nach beiden Seiten hin freie Hand behalten: auf der einen Seite abwarten, welche Antwort Raſchin, dem er geradezu von dem Auftrage Queſtenbergs Mittheilung machte, von Guſtav Adolf zurückbringen werde, auf der anderen Seite aber im Falle einer ihn nicht befriedigenden Antwort doch auch die Brücke zu einer Verſtändigung mit dem Kaiſer nicht abbrechen. Er gefiel ſich in dem Gefühle der Macht, zu zeigen, was er durch ſeine Entſcheidung in der einen oder anderen Richtung vermöge. So lange er zu dem Kaiſer in keinem dienſtlichen Verhältniß ſtand, mochte das noch als Doppelzüngigkeit betrachtet werden können, und ſicher kann man es nicht als Hochverrath bezeichnen; aber klar iſt doch, daß der Weg, auf dem er ſich jetzt befand, ein im höchſten Maße bedenklicher war und ſeinem ganzen Weſen den Stempel der größten Unzuverläſſigkeit aufdrückte, den es früher nicht gehabt hatte. In der That, er war ſeit jener Abſetzung ein Anderer geworden. In dem berechtigten Ingrimm über die ihm widerfahrene Zurückſetzung verlor er die einheitliche Größe und Geſchloſſenheit ſeiner politiſchen Ziele, die in ſeinem erſten Generalate allen ſeinen Handlungen etwas Großes und Bewundernswerthes verliehen hatte, auch wenn die von ihm gewählten Mittel noch ſo gewaltſam waren. Auf dem Wege, den er jetzt einſchlug, war er in Gefahr, ein großangelegter und hochbegabter Abenteurer, aber doch eben ein Abenteurer zu werden.

Faſſen wir die Lage der Dinge, wie ſie ſich im October 1631 geſtaltet hatte, noch einmal kurz zuſammen, ſo kann daran kein Zweifel ſein, daß Wallenſtein unmittelbar vor dem Abſchluſſe eines Uebereinkommens mit Guſtav Adolf zu ſtehen glaubte und nur für den Fall eines unerwarteten Scheiterns dieſer Verhandlungen ſich noch die Möglichkeit einer Wiederannäherung an den Kaiſer offenhalten wollte. Alles hing davon ab, wie ſich nun der König von Schweden endgiltig zu jener Forderung Wallenſteins, ihm ein ſchwediſches Heer von 10000—12000 Mann zu überlaſſen, ſtellen werde.

So lange Guſtav Adolf noch keine Klarheit über die Stellung hatte, welche Brandenburg und Sachſen zu ihm einnehmen würden, war er erklärlicher Weiſe zwar mit einem gewiſſen Mißtrauen, aber doch eifrig auf die Anerbietungen Wallenſteins eingegangen. Nach der Vereinigung mit den beiden Kurfürſten und nach dem großen Breitenfelder Siege war aber die Sachlage eine von Grund aus veränderte, ſo daß die Anträge Wallenſteins bei den weiteren Entſchlüſſen des Königs nur ein Moment unter vielen bilden konnten. Er ſtand in der That in Bezug auf den ganzen weiteren Fortgang ſeines Unternehmens vor einer großen Entſcheidung, als er nach dem Siege von Breitenfeld in Halle mit Johann Georg von Sachſen zu einer Berathung über den Plan der weiteren Operationen zuſammentraf.

Den eigentlichen Zweck ſeines Heereszuges nach Deutſchland, ſoweit er ihn nur in ſeiner Eigenſchaft als König von Schweden unternommen hatte, hatte Guſtav Adolf erreicht. Die auf die Herrſchaft auf der Oſtſee gerichteten Pläne des Kaiſers waren, menſchlichem Ermeſſen nach, gründlich zu Nichte gemacht; dagegen hatte Guſtav Adolf ſelbſt auf der deutſchen Küſte der Oſtſee feſten Fuß gefaßt; hielt er jetzt inne und zog ſich, wie er im Frühjahr 1631 in Folge des mangelhaften Entgegenkommens der proteſtantiſchen Kurfürſten beabſichtigt hatte, an die Oſtſeeküſte zurück, ſo konnte ihm der dauernde Erwerb einiger feſter Plätze an dieſer Küſte nicht verweigert werden. Aber ein ſolches Zurück, welches ihm im Mai Niemand hätte verargen können, wäre jetzt ein Preisgeben der Fürſten geweſen, welche ſich, theils halb wider Willen, wie die Kurfürſten von Brandenburg und Sachſen, theils freiwillig und in hingebendem Vertrauen, wie der Landgraf von Heſſen, ihm angeſchloſſen hatten. Dieſe mit ihm verbündeten Fürſten jetzt der Rache des Kaiſers und der Katholiken preiszugeben, das wäre ein Vertrauensbruch ſchlimmſter Art geweſen. Er mußte vorwärts, mußte den Kaiſer zwingen, einen Frieden zu ſchließen, der den Bundesgenoſſen Schwedens eine völlig geſicherte Exiſtenz gewährleiſtete. Hatte er den Krieg bis jetzt vorwiegend für ſchwediſche Intereſſen geführt: jetzt mußte er ihn im wahren Sinne des Wortes ausſchließlich für den deutſchen Proteſtantismus fortſetzen.

In der That einigte er ſich auf jener Conferenz zu Halle, der auf ſeine Einladung auch Herzog Wilhelm von Sachſen-Weimar beiwohnte, ſehr bald mit Kurfürſt Johann Georg darüber, daß der Sieg auf dem breiten Felde in doppelter Richtung ausgenützt werden müſſe, einmal durch eine Bekämpfung der Liga in ihren eigenen Gebieten im Weſten und Süden Deutſchlands, außerdem aber durch einen Einfall in die kaiſerlichen Erblande, und zwar zunächſt in Schleſien, wo das Tiefenbachſche Corps ſtand. Der König konnte dabei nach dem damaligen Stande der Verhandlungen mit Wallenſtein auf deſſen Mitwirkung rechnen, wenn er auf ſeine Bedingungen einging. Danach hätte er einen Theil ſeines ſchwediſchen Heeres für den Einfall in Böhmen beſtimmen müſſen. Dieſe wären dann unter Wallenſteins Oberbefehl getreten und direct gegen Wien marſchirt; oder der König konnte den Einfall in die

Erblande des Kaiſers ſelbſt unternehmen, einen Theil ſeines Heeres Wallenſtein zur Verfügung ſtellen und dann in gemeinſamer Operation mit ihm die wehrloſen Erblande des Kaiſers in Beſitz nehmen und vor den Thoren von Wien den Frieden dictiren.

Wirklich haben ihm bewährte Kriegsmänner jener und auch ſpäterer Zeit einen Vorwurf daraus gemacht, daß er das nicht that; ſelbſt Oxenſtierna hat ſich nach dem Tode des Königs denen angeſchloſſen, welche das für den größten Fehler erklärten, den Guſtav Adolf begangen habe. Dieſer Fehler aber erſchien um ſo unverſtändlicher, als der Kurfürſt von Sachſen ſelbſt ebenfalls ihm dieſe Vertheilung der ſtrategiſchen Aufgaben vorſchlug, d. h. beantragte, der König ſolle in die kaiſerlichen Erblande, er ſelbſt aber, der Kurfürſt, mit ſeinem ſächſiſchen Heere nach dem Weſten Deutſchlands vordringen.

Wahrſcheinlich aber war gerade der Umſtand, daß der Kurfürſt das vorſchlug, ein Grund dafür, daß der König nicht darauf einging. Er traute dem Bundesgenoſſen, der ſich ihm nur ſehr widerwillig und unter dem Drucke der außerordentlichſten Umſtände angeſchloſſen hatte, nicht recht und befürchtete, daß, wenn derſelbe nach Weſten vorrücken und dabei in den Bereich ſeiner Leipziger Schlußverwandten kommen werde, er ſofort auf jene Pläne einer neutralen dritten Partei zurückkommen, d. h. von der Allianz mit Schweden zurücktreten werde. Dazu kam noch eine Reihe anderer Gründe, deren hauptſächlichſten erſt die rückſchauende ſpätere Betrachtung als nicht ſtichhaltig erkennen konnte. Der König war nämlich der Meinung, daß der ſtärkere Feind — für dieſen hielt er die Liga — im Reiche zu beſiegen ſei, und wollte dieſen, wie er meinte, noch immer gefährlichen Kampf den ſächſiſchen Truppen, die bei Breitenfeld ihre Feuerprobe recht ſchlecht beſtanden hatten, nicht überlaſſen; daß er bei ſeinem Zuge an den Rhein ſo gut wie gar keinen Widerſtand von ligiſtiſcher Seite werde zu beſtehen haben, ahnte er nicht. Den Kurfürſten von Sachſen aber meinte er weit leichter auf ſeiner Seite feſthalten zu können, wenn er ihm den Einfall in die öſterreichiſchen Erbländer, der ihn mit dem Kaiſer in ein unheilbares Zerwürfniß bringen zu müſſen ſchien, übertrage. Aus dieſen Gründen entſchied er ſich, nach dem Weſten zu ziehen, aus denſelben Gründen, namentlich in Folge ſeiner Ueberſchätzung der ligiſtiſchen Streitkräfte, meinte er bei ſeinem Zuge in das Reich ein ſo zahlreiches Corps, wie es Wallenſtein beanſpruchte, nicht entbehren zu können. Er lehnte alſo in dem Augenblick, da der Letztere den Abſchluß der Vereinbarung mit Schweden für unmittelbar bevorſtehend hielt, deſſen Forderung der Ueberlaſſung eines ſchwediſchen Corps von 12000 Mann ab und erklärte, er könne ihm nicht mehr als drei Regimenter, die zuſammen 1500 Mann zählten, zur Verfügung ſtellen. Wallenſtein aber war über dieſe Ablehnung ſeines Antrages — denn als ſolche faßte er es auf — im höchſten Maße erbittert und äußerte, als er die Nachricht davon empfing, jetzt werde es alſo auf anderem Wege gehen müſſen. Er begann, die Fäden, die er mit Guſtav

Der arme Pilgrimirende Nimmer-Till.

Ich armer Nimmer-Till! ich was wend ich mich Tillen?
Ich daß mein Nam vnd Ruhm/mit meiner Geiſter willen
In tiefſten Lethe Fluß ſchon were dieſt Stund
Verſencket/ wo nicht gar in tiefſten Hellen grund.
Ich leb ich/ oder nicht? O du verlogens Glücke!
Bewerſtu du mit ſo ein rückiſch Meiſterſtücke?
Das hett ich nicht gedacht/ daß mir es ſolte thun
Jnvor/ an Tapfferkeit/ ein Lolus Waſſerſchun.
Ich armer Nimmer-Gott! ich ließ mich heilig preiſen/
Ich wolte meinen Arm den gantzen Welt bewerſen!
Ich war ein JOSUA vnd GEDEON der Welt!
Da ligt mein Arm vnd Gott im dreiten Lerchen Feld.
Ich weiß nicht/ wie ich es noch endlich ſol verſtehen?
Es wil kein Hattiger mehr hören auff mein flehen!
Der Teuſchen Keyſer Gott der ſtehet langſam auff/
Vnd kömmet doch noch wol zum beſten Jahrmarckts Kauff!
Ich armer Nimmer-Fürſt! ich wolte Fürſten pochen!
Sie haben ſie/ wenn das welſche Fett gerochen/
Jetzt pochen mich die Knechte vnd Bawren hinderm Pflug/
Vnd wiſchen ihrer mir nicht einer einen Schuch.
Ich armer Nimmer-Starck! Ich wolt die Welt vmbkehren/
Jetzt kan ich mich der Lauß vnd Würme nicht erwehren!
Doch ſchrend ich billich noch hundert tauſent ſtarck
Ja Knechten/ die mir auffgetroffen Bein vnd Marck.
Ich armer Nimmer-Treu! O hett ich laſſen wachſen
Den frommen Kauter-Stuck vnd Lindenbaum in Sachſen!
Sie hett auch meine Täll vnd Zimmel haßgeſeuchet/
Die mir beſtimmen gar die Schwindſucht Schwindelſuchte.
Ich armer Nimmer-Rath! ach was hab ich verlohren/
Daß ich ſo arm gelauffe/ was ich ſo euch geſchworen!
O Mandryn! Mandryn du! du haſt die Peſtilenz!
Dein Nordwind ſtrebet mich aus einm feiten Grentz.
Ich armer Nimmer-Gaſt/ ich wolte mich bezechen/
Vnd auch ein liebes Mahl Canfect vnd Zucker lecken!
Vnd kauffen ohne Geld/ ſo kom ich gleich zum Bad
Daß mir gefrawet wird mein alten Rückgerad.
Ich armer Nimmer-Mann/ ließ mich die VENUS rennen/
Vnd auff gezwungne Kürch vnd Keyſer-Liebe lauffen/
O Mago! O wertha Mago! der Wägde Keon vnd Blum!
Mit deinem Blut hab ich verlohren Glück vnd Ruhm.
Da David auff Befehl Philiſter-Blut vergoſſe/
Ward Er zum Tempel-Bau vntüchtig auß geſchloſſen:
Vnd ich vergieß ohn noth/ aus lauter Frevelmuth
Getaufft vnd ungetaufft vnſchuldig Chriſtenblut.
Ich armer Nimmer-flug/ hett ich gefolgt vor deſſen
Dem ſtete Wechſlen ich zum Schnefer zugemeſſen/
Vnd mich der ſtetten auch gemachet aus dem Staub!
So wer ich vnbefleckt vnd worden nicht zum Raub!
Ich armer Nimmer-fromm! ich kunte meine Sachen
Mein Glück vnd meinen Sieg vnd mich ſelbſt feſte machen/
Durch meiner Gaſten Krafft vnd ſchönſten Engel-Glantz/
Jetzt ligt Glantz vnd Glück vnd feſte machen gantz.
Sag ich/ mein alter Krumpff ſey Jebuſiter-Feſte?
Sie ſchreyen Luthers Volck: ſind das die frommen Gäſte?
Jſt das der beſte Kern der Welſchen Chriſtey?
Sie ſind ſie hochgelehrt in Babels Zauberey.
Ich armer Nimmer-Feſt/ ich halte meine Schantze/
Sie fall ich immer dein/ es vnſerm Lager-Bande!
Das Lügen-Band zerreiſt/ die Union iſt ohn:
Das Luthers Teutſche Treu behelt die Ehren-Kron.
Vnd warlich/ wenn ich ſol die Teutſche Warheit ſagen/
Hat mich zum Lutherthumb mein Hertze nie getragen/
Als nur dem ich beſtand/ daß es Gott vnd der Welt/
Was es glaubt vnd verſpricht/ ſo Teutſch vnd redlich helt.
Ich armer Nimmer-ſtreng/ ach wee ſol ich nur ſagen?
Daß man den Glauben doch den Leuten wil einſchlagen!
Ich glaub es ſelber nicht/ daß man glaub an Ding/
Daß er vor Lügen helt/ wenn ich dann ihn zwing.
Ich armer Nimmer-werth! wo ſol ich mich hinkehren?
Die Teutſchen laſſen ſich von mir nicht mehr bethören!
Die Welſchen ſchreyen ſchon/ weil ich nicht ſiege mehr/
Ich ſey genommen ein mit Teutſcher Ketzer-Lehr.
Die Knechte mahnen mich! die Jeſuiter ſchen
Die Freunde laſſen mich! die Feinde mir nachſtehen!
Die Baren ſpeyen mir ins vnſerm Angeſicht!
Die Todten ſchleppen mich vor Gottes Gnadengericht!
Ich armer Nimmer-Till! vnd was wend ich mich Tillen?
Ich daß mein Nam vnd Ruhm/ mit meiner Geiſter willen
In tiefſten Lethe Fluß ſchon were dieſe Stund
Verſencket! oder gar in tiefſten Hellen grund.

Gedruckt zu Heidelberg/ Anno 1632.

Verkleinertes Facſimile eines Spottblattes auf Tilly vom Jahre 1632.

Adolf angeknüpft hatte, zu löſen und den Anerbietungen der Abgeſandten des Kaiſers Gehör zu ſchenken.

Guſtav Adolf aber ſetzte ſich nunmehr nach Weſten hin in Bewegung. Wie ſehr er die Widerſtandskraft der Liga überſchätzte, erkennt man daraus, daß er zunächſt nur ſehr taſtend und unſicher vorging und als Ziel ſeines Marſches zunächſt nur Erfurt ins Auge faßte; dort dachte er ſein Winterquartier aufzuſchlagen. In Erfurt, wo er Anfang October eintraf, ſchloß er dann zunächſt das Bündniß mit dem Herzoge von Sachſen-Weimar endgiltig ab. Als er dann aber gewahrte, daß ſich nirgends ein Heer der Liga ſehen ließ, machte er ſich ſchon am 6. October von Erfurt auf und überſchritt den Thüringer Wald. In ungeahnt ſchnellem Siegeslaufe nahm er die Bisthümer am Main, deren der Liga angehörige Kirchenfürſten ſchleunigſt die Flucht ergriffen; nach wenigen Tagen war er Herr der würzburgiſchen Feſtung Königshofen und der Hauptſtadt des Bisthums ſelbſt. Am 18. October ergab ſich nach einigem Widerſtande auch das Würzburg gegenüberliegende feſte Schloß Marienburg, auf welchem ſeine Truppen unermeßliche Beute machten, da die Bewohner der Umgegend alle Koſtbarkeiten hierher in Sicherheit gebracht hatten. Die biſchöfliche Bücher- und Handſchriftenſammlung ſowie die Bibliothek der Univerſität und des Jeſuitencollegiums ließ er nach Upſala ſchaffen.

Nach dieſen unerhörten, ſchnellen Erfolgen begann nun auch die Zurückhaltung zu ſchwinden, welche die deutſchen evangeliſchen Fürſten bisher Guſtav Adolf gegenüber an den Tag gelegt hatten. In Würzburg erſchien der Herzog Georg von Lüneburg bei Guſtav Adolf, um einen Bund mit ihm einzugehen; der Herzog von Württemberg erbot ſich gleichfalls zum Anſchluß an den König, wenn er ihm nur etwas näher käme; wichtig war außerdem, daß jetzt auch die ſeit längerer Zeit durch Chemnitz mit der Stadt Nürnberg angeknüpften Verhandlungen ebenſo wie die mit den brandenburgiſchen Herzögen von Ansbach und Bayreuth und mehreren anderen Fürſten und Ständen des fränkiſchen Kreiſes zum Abſchluß gediehen. In noch weit höherem Maße und in wirklich ehrlicher Begeiſterung aber flogen ihm vor Allem die Herzen der evangeliſchen Bevölkerung entgegen. Dem Volke, das unter den katholiſchen Bedrückungen der letzten Jahre unendlich viel gelitten hatte, erſchien er wirklich als der Retter ſeines Glaubens, dem es trotz aller Drangſale mit größtem Opfermuthe treu geblieben war. Hier gewann er ſich durch ſein leutſeliges Weſen und ſeine aufrichtige Frömmigkeit alle Herzen. Schon in jenen Tagen ließ ihm die Stadt Nürnberg erklären, wenn jetzt eine römiſche Königswahl vorzunehmen wäre, ſo wüßte ſie Keinen, dem ſie dieſes hohe Amt lieber anvertrauen möchte als eben ihm.

Man ſieht, daß mit dieſer ſtürmiſchen Begeiſterung der Evangeliſchen für den ſchwediſchen König, die jetzt mit elementarer Gewalt zu Tage trat, doch auch eine ernſte Gefahr in nationalem Sinne verbunden war. Die Möglichkeit einer Fremdherrſchaft auf deutſchem Boden trat in greifbare

Nähe. Und wie hätten dem Könige, der jetzt in einem ununterbrochenen Triumphzuge die geſegneten Gefilde des Maingaues, die reiche „Pfaffengaſſe“ durchzog, nicht Gedanken aufſteigen ſollen, welche über ſeine urſprünglichen

Das Würzburger Schloß.

Verkleinertes Facſimile aus der Anſicht von Würzburg im „Theatrum Europaeum“, 1637; Radirung von Matthaeus Merian (1593—1650).

1. Das Schloß. 2. S. Burckhart Stifft. 3. Teutſchhaus 4. S. Jacob Cl. 5. Hof Spital. 31. Bleicher Thor. 33. Lazareth. 34. Zollerthor.

Pläne einer bloßen Abwehr der kaiſerlichen Oberherrſchaft über die Oſtſee weit hinausgingen? Seine Truppen genoſſen nach den harten Entbehrungen, die ſie im livländiſch-polniſchen Kriege und in den armen und ausgeſogenen

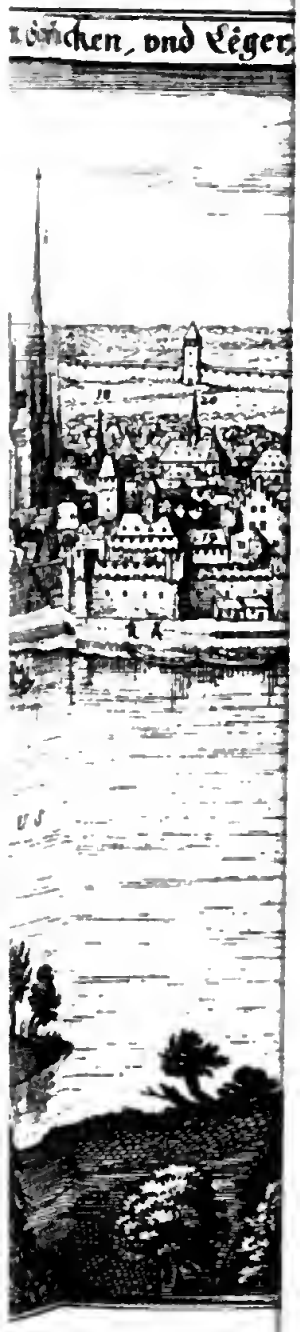
Karte von Franken.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", 1637.

Gegenden des öſtlichen Deutſchlands erduldet hatten, in vollen Zügen die Freuden des Wohllebens in dieſen fruchtbaren Landſtrichen, ſchwelgten in den feurigen Weinen und begannen ſich nur zu ſehr hier heimathlich zu fühlen. Die dadurch auch in dem Herzen manches Bundesgenoſſen des Königs wachwerdende Beſorgniß wurde erhöht, als er nun von den Ständen des fränkiſchen Kreiſes ſich als Landesherrn huldigen ließ und eine neue Kriegs- und Civilverwaltung daſelbſt einſetzte. Zwar erklärte er dabei ausdrücklich, er wolle das von ſeinen Fürſten verlaſſene Land nur ſo lange in Beſitz nehmen und verwalten, „bis der allweiſe Gott nach ſeinem allein guten Walten die Sachen durch einen erwünſchten Frieden anders verordnen möchte“. Aber ſchon dieſe Beſitzergreifung bis zu dem noch in weitem Felde ſtehenden Frieden war geeignet, ernſte Beſorgniſſe bei den deutſchen Fürſten wachzurufen.

Immer weiter ging unaufhaltſam der ſtolze Siegeslauf. Zwar verſuchte jetzt Tilly, der die Trümmer ſeiner geſchlagenen Armee inzwiſchen wieder geſammelt und in weitem Bogen über Halberſtadt, Hildesheim durch Heſſen hindurch an den Main geführt und durch Zuzüge des mit dem Kaiſer verbundenen Herzogs von Lothringen vermehrt hatte, dem Könige am Main entgegenzutreten; allein Guſtav Adolf überfiel zur Nachtzeit ſeine Quartiere und zwang ihn, die Mainlinie aufzugeben und ſich ſüdwärts zurückzuziehen. Dann ſetzte der König ſeinen mainabwärts gerichteten Marſch fort und nahm im November in ſchneller Folge Hanau, Gelnhauſen, Friedberg und Höchſt ein. Frankfurt ſchloß ſich ihm freiwillig an. Im December fiel endlich auch das „goldene Mainz“ in ſeine Hände. Hier, im Herzen Deutſchlands, nicht, wie er anfangs gedacht hatte, in Erfurt, ſchlug er jetzt ſeine Winterquartiere auf, hier hielt er als ſtolzer Sieger Hof, ſo mächtig und prächtig wie nur je ein deutſcher Kaiſer der alten Zeit. Von allen Seiten trafen Geſandtſchaften der deutſchen Fürſten und der europäiſchen Mächte bei ihm ein. Eifrige diplomatiſche Verhandlungen wurden nach allen Richtungen gepflogen. Mit ſtattlichem Gefolge hielt der unglückliche vertriebene Böhmenkönig, Pfalzgraf Friedrich, ſeinen Einzug in Mainz, der bisher noch immer ſeine Wiedereinſetzung von der Gnade des Kaiſers erhofft hatte, jetzt aber, von dem engliſchen Könige, freilich wie immer nur diplomatiſch, eifrig unterſtützt, ſich an den mächtigen Protector des evangeliſchen Deutſchlands wandte, um unter ſeinem Schutze in ſeine alten Stammlande zurückzukehren. Allein Guſtav Adolf ließ ſich auf beſtimmte Verſprechungen ihm gegenüber nicht ein, ſondern verſicherte nur im Allgemeinen, bei Friedensverhandlungen auf des Pfalzgrafen „Heil und Wohlfahrt“ bedacht zu ſein. Er behielt den Pfalzgrafen in ſeiner Umgebung, aber an eine Wiedereinſetzung in ſeine Länder dachte er auch dann nicht, als er die Unterpfalz den Spaniern und Ligiſten abgenommen hatte. Gleichwohl kann es keinem Zweifel unterliegen, daß er die Wiederherſtellung Friedrichs V. in ſeine Erbländer und in die Kur ernſtlich ins Auge faßte. Er hat ſie in den Friedensverhandlungen, die unter Richelieus Vermittelung im Winter 1631 auf 1632 in Mainz mit

ttes Facsimile des K



...stiches von Matthäus

Digitized by Google

der Liga gepflogen wurden, ausdrücklich als eine der Bedingungen eines wirklichen und dauernden Friedens bezeichnet. Daß er aber den Kurfürsten nicht vor dem Abschlusse dieses Friedens in seine von den Schweden wiedereroberten Länder einsetzen wollte, ist ihm nicht zu verargen; er brauchte sie gleichsam als Pfand, um bei den Verhandlungen seiner eigenen Entschädigung, auf die er begründeten Anspruch hatte, sicher zu sein.

Diese Verhandlungen über einen Frieden oder vielmehr über die Neutralität der Liga in dem weiteren Kampfe zwischen Gustav Adolf und dem Kaiser sind in mehr als einer Beziehung von Interesse. Einmal sind sie ein deutlicher Beweis für die widerspruchsvolle politische Stellung der Liga, welche sich schon auf dem Regensburger Kurfürstentage so deutlich gezeigt hatte; dann aber treten in ihnen die politischen Pläne und Entwürfe Gustav Adolfs mit besonderer Klarheit hervor. Bei diesen beiden Seiten der vielverschlungenen und in ihrem Verlaufe oft sonderbar verworrenen Verhandlungen müssen wir noch einen Augenblick verweilen, um dem Leser ein wirklich zutreffendes Bild der politischen Lage in jener merkwürdigen Epoche zu verschaffen.

In jenem Vertrage von Bärwalde, in welchem Richelieu sich endlich zu Subsidienzahlungen an Gustav Adolf verstanden hatte, war u. A. auch die auf den ersten Blick höchst sonderbare Bedingung festgestellt worden, daß Gustav Adolf mit der Liga Frieden halten solle, wenn diese auch ihrerseits sich dazu bereit erkläre. So klar und folgerichtig diese Forderung vom Standpunkte Richelieus aus war, der seit dem Regensburger Kurfürstentage in nahen Beziehungen zur Liga stand und diese in ihrer damaligen Opposition gegen den Kaiser bestärkt hatte, so unerfüllbar war sie von vornherein für Gustav Adolf. Die Verbindung Richelieus mit der Liga stammte eben aus jener Zeit, in der die letztere mit dem Kaiser wegen seines Feldherrn in sehr ernstliche Spannung gerathen war. Richelieu hatte den Bund mit ihr geschlossen, weil er sie als eine der österreich-feindlichen Mächte anzusehen damals ausreichende Veranlassung hatte. Seit Wallensteins Entlassung aber war das anders geworden. Die Ziele, deren Erreichung der Kaiser auf kirchenpolitischem Gebiete anstrebte und die in erster Linie den neuen Krieg mit veranlaßt hatten, waren ihm mit der Liga durchaus gemeinsam. Kaiser und Liga waren zunächst, so sehr auch Ferdinand seine erneute Abhängigkeit von Maximilian drückend empfinden mochte, wieder nahe vereinigt. Die Liga hatte sich ausdrücklich bereit erklärt, an dem Kriege gegen Schweden theilzunehmen und hatte es von Anfang an nachdrücklich gethan. Ihr Feldherr Tilly war vom Kaiser auch zum Oberbefehlshaber des kaiserlichen Heeres ernannt worden. Die Truppen, welche Gustav Adolf bei Breitenfeld besiegt hatte, waren die vereinigten Truppen des Kaisers und der Liga. Es war daher ein sehr eigenthümliches Verlangen, wenn jetzt Richelieu, dem Gustav Adolfs Erfolge anfingen unheimlich zu werden, an diesen auf Grund jenes Vertrages von Bärwalde das Ansinnen stellte, er solle die Neutralität der Liga anerkennen und nicht weiter in deren Gebiet einrücken. Richelieu hatte

alle Veranlaſſung, dieſe Forderung zu ſtellen. Denn er hatte erſt noch im Mai 1631, alſo zu einer Zeit, da der Vertrag mit Guſtav Adolf längſt abgeſchloſſen war, ein Defenſivbündniß auf acht Jahre mit der Liga geſchloſſen, auf welches ſich dieſe jetzt berief. Aber Maximilian verlangte von Richelieu nicht, daß er für die Liga Neutralität erwirke, weil er ſich ſcheute, den Kaiſer dadurch, daß er ſich von ſeiner Sache trennte, preiszugeben, ſondern er verlangte die Eröffnung von Verhandlungen über einen Generalfrieden, den wieder Richelieu nicht bewilligen wollte, weil er eine Fortſetzung des Krieges gegen den Kaiſer wünſchte und eben nur die Liga von dieſem trennen wollte. So war Richelieu eigentlich mit keinem ſeiner beiden Bundesgenoſſen, zwiſchen denen er vermitteln wollte, einverſtanden, als er für die Liga Neutralität forderte. Schließlich aber entſchloß ſich Maximilian unter dem Drange der Umſtände doch, darauf einzugehen, trotzdem der Kaiſer mit Recht Abweiſung der Neutralität und Fortſetzung des Krieges forderte. Er war in der That nicht in letzter Linie durch die Forderungen der Liga in den weiteren Krieg gedrängt worden und war jetzt im höchſten Maße entrüſtet darüber, daß die Liga auf die Neutralität einzugehen, d. h. die Laſt des Krieges ihm allein aufzubürden bereit war. Allein der Liga blieb kein anderer Ausweg. Auf der anderen Seite aber war Guſtav Adolf natürlich keineswegs geneigt, die Neutralität derſelben ohne Weiteres, d. h. ohne eine genügende Sicherung, zu bewilligen. Zum Wenigſten wollte er als Pfand für die gewiſſenhafte Beobachtung der Neutralität von Seiten der Liga die Länder im Beſitz behalten, welche er den einzelnen Fürſten derſelben abgenommen hatte. Maximilian aber war naiv genug, die ſofortige volle Reſtitution aller dieſer Gebiete zu verlangen. Man begreift es, wenn Guſtav Adolf auf dieſe Bedingung unter keinen Umſtänden eingehen wollte, vielmehr außer der vorläufig fortdauernden Beſetzung des ſchon jetzt eroberten Landes noch weitere Garantien forderte, namentlich verlangte, daß die Liga ſofort ihre Streitkräfte von denen des Kaiſers trenne, ihre eigenen Truppen entlaſſe und dem Könige von Frankreich gegen Spanien zur Verfügung ſtelle. Wir brauchen den ſehr wechſelvollen Einzelheiten dieſer Verhandlungen nicht weiter nachzugehen; ſie nahmen zeitweilig einen ſo erregten Charakter an, daß es zu einem Bruche zwiſchen Frankreich und Schweden darüber kommen zu müſſen ſchien. Aber hier wie vor einem Jahr in Bärwalde ſiegte endlich Guſtav Adolf auch auf dem Gebiete der Diplomatie. Die franzöſiſchen Geſandten mußten ſchließlich die zum Theil ſehr harten Specialbedingungen, welche Guſtav Adolf für die Bewilligung der Neutralität ſtellte, acceptiren und ihrerſeits der Liga gegenüber vertreten. Für dieſe Verhandlungen mit Bayern wurde dann ein vierzehntägiger Waffenſtillſtand vereinbart. Da aber Maximilian von Bayern des Königs Bedingungen nicht annehmen zu können erklärte, da außerdem Guſtav Adolf ein Brief deſſelben in die Hände fiel, in welchem er noch vor Ablauf des Waffenſtillſtandes Pappenheim den Befehl ertheilte, eine Diverſion ins niederſächſiſche Gebiet zu unternehmen, ſo brach

Schwediſcher Zug/

Das iſt:

Guter Anfang zu der inſtehenden Göttlichen Hülffe/

vnd Exempel der rechten Buß.

der König dieſe Neutralitätsverhandlungen ab und begann die Feindſeligkeiten wieder, die alsbald zu einer völligen Zerſprengung der Liga führten.

Dieſen Sonderverhandlungen zwiſchen Guſtav Adolf und der Liga waren auch Verſuche einer allgemeinen Friedensvermittelung mit Einſchluß des Kaiſers zur Seite gegangen, für welche ſich namentlich der Landgraf Georg von Heſſen-Darmſtadt eifrig bemühte, die aber auch zu keinem Ergebniß führten, zumal inzwiſchen, wie wir noch ſehen werden, die anfangs vergeblichen Annäherungsverſuche des Kaiſers an Wallenſtein einen günſtigeren Fortgang genommen hatten.

Das Merkwürdigſte an allen dieſen diplomatiſchen Verhandlungen, die ſo verwickelt ſind, daß ihr Zuſammenhang oft kaum mit Klarheit zu erkennen iſt, liegt jedenfalls darin, daß ſich im Laufe derſelben mit ziemlich großer Klarheit die Forderungen offenbarten, deren Erfüllung Guſtav Adolf von dem Frieden erwartete und verlangte. Sehr bemerkenswerth iſt es dabei doch, eine wie große Rolle unter denſelben die Sicherung der religiöſen Freiheiten ſeiner Glaubensgenoſſen ſpielt. Gewiß war der König auch darauf bedacht, für ſich ſelbſt eine ausreichende Entſchädigung und Sicherung vor Angriffsgelüſten des Kaiſers zu erlangen; man wird es ihm nicht verargen können, wenn er dieſe Sicherung nur durch den Erwerb eines Theils der pommerſchen Küſte, die er ſeit lange in Beſitz hatte, erlangen zu können meinte und erklärte, mit Sold für einige Monate könne er ſich nicht wie ein hergelaufener Soldat abfinden laſſen. Das war traurig für das deutſche Reich, aber kaum vermeidbar. Daneben ſchwebte ihm in nicht völlig klaren Umriſſen der Gedanke vor, daß er in irgend einer Form als Protector an die Spitze des proteſtantiſchen Deutſchlands treten könne. Dagegen iſt die Angabe, er habe verlangt, zum römiſchen Könige gewählt zu werden, nicht glaubhaft genug überliefert, als daß ſie angenommen werden könnte. Während aber über das, was er für ſich ſelbſt forderte, völlige Klarheit nicht herrſcht, ſind wir mit voller Sicherheit darüber unterrichtet, daß er mit großer Entſchiedenheit für eine Veränderung oder vielmehr Wiederherſtellung der Verfaſſung des Reiches zu Gunſten ſeiner Glaubensgenoſſen eintrat. Er forderte ausdrücklich die Aufhebung des Reſtitutionsedicts, volle Duldung für beide Religionen in Stadt und Land, die Herſtellung Böhmens, Mährens und Schleſiens in den Zuſtand vor 1618, Rückkehr der dortigen Verbannten, Wiederherſtellung des Kurfürſten von der Pfalz in ſeine Kur und ſeine Länder und eine Reihe von Specialbeſtimmungen, unter denen beſonders die Forderungen hervorgehoben zu werden verdienen, daß alle Jeſuiten als Störer des allgemeinen Friedens aus Deutſchland ausgewieſen werden und daß in allen Stiftskirchen ebenſo viel katholiſche wie evangeliſche Stiftsherren aufgenommen werden ſollten. Mit einem Worte, das Endziel des Königs ging dahin, nicht allein die Wirkungen des Reſtitutionsedicts rückgängig zu machen, ſondern die Dinge im Weſentlichen auf jenen Stand zurückzuführen, den ſie vor dem Ausbruch des böhmiſchen Aufruhrs gehabt hatten.

Da nun trotz der großen militäriſchen Erfolge des Königs die auf dieſer Grundlage geführten Verhandlungen mit der Liga zu einem Ergebniß nicht geführt hatten, ſo galt es zunächſt, deren Widerſtandskraft durch einen Vorſtoß in das Herz ihrer Länder, nach Bayern, völlig zu brechen. Nur auf dieſem Wege konnte die Liga und nach ihrem Erliegen auch der Kaiſer ſelbſt zur Nachgiebigkeit gezwungen werden. Guſtav Adolf entſchloß ſich daher um ſo mehr, die Feindſeligkeiten in umfaſſender Weiſe wieder zu eröffnen, als ſein im Maingebiet zurückgelaſſener General Horn inzwiſchen von Tilly mit überlegenen Streitkräften angegriffen und aus Bamberg vertrieben worden war. Es galt, ihm nicht allein Hilfe zu bringen, ſondern dann der Abwehr den Angriff folgen zu laſſen.

Nachdem er ſeine Hauptſtellung in Mainz durch ſtarke Befeſtigungen geſichert und den Spaniern noch einige feſte Plätze, darunter Kreuznach, abgenommen hatte, übergab er das Commando über die am Rhein zurückbleibenden Truppen dem Pfalzgrafen Chriſtian von Birkenfeld und dem Herzoge Bernhard von Weimar; er ſelbſt brach um Mitte März mit einer Armee von 20000 Mann von Höchſt auf und vereinigte ſich bei Schweinfurt mit dem ungefähr gleich ſtarken Heere Horns. Er war entſchloſſen, direct an die Donau zu marſchiren. Sofort bei ſeiner Annäherung hatte Tilly, der ſich zu ſchwach fühlte, um es auf eine Entſcheidung mit dem ganzen ſchwediſchen Heere ankommen zu laſſen, den Rückzug angetreten. Maximilian forderte ihn in ſeiner Verzweiflung auf, Bayern gänzlich aufzugeben, um ſich mit ſeinem Heere nach Böhmen und Oeſterreich zu wenden und ſich mit dem ſoeben von Wallenſtein angeworbenen kaiſerlichen Heere zu vereinigen; er nahm an, daß Guſtav Adolf alsdann, um es zu einer wirklichen Entſcheidung zu bringen, dem Heere Tillys folgen werde. Schließlich aber wurde doch beſchloſſen, daß das Heer in Bayern bleiben, ſich an die Donau zurückziehen und dem Könige, wenn möglich, den Uebergang über dieſen Fluß verwehren ſolle. Beide feindlichen Heere ſetzten ſich alſo, das ſchwediſche dem ligiſtiſchen folgend, gegen die Donau hin in Bewegung. Am 31. März hielt Guſtav Adolf unter dem Jubel der proteſtantiſchen Bevölkerung ſeinen Einzug in Nürnberg. Freudig verſprach die Stadt, feſt und ſtandhaft zu ihm zu ſtehen.

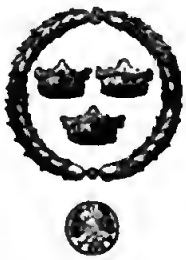
Dann ging der Zug weiter, unaufhaltſam vorwärts. Am 4. April langte der König vor Donauwörth an, das nach zweitägiger Beſchießung in ſeine Hände fiel. Nach langer gewaltſamer Unterbrechung konnte zur Freude der noch immer treu proteſtantiſch geſinnten Mehrheit der Bürger an den Oſterfeiertagen in der alten Reichsſtadt wieder evangeliſch gepredigt werden.

Jetzt endlich ſtellte ſich Tilly nach einem in Ingolſtadt im Beiſein des Kurfürſten Maximilian gehaltenen Kriegsrathe dem weiteren Vordringen des Königs entgegen, indem er am Lech ein ſtark befeſtigtes Lager errichtete, durch welches er dem ſchwediſchen Heere den Uebergang über den Fluß verſperren zu können meinte. In der That riethen ſelbſt ergraute Krieger dem

Könige ab, den Uebergang zu wagen. Trotzdem entſchloß er ſich dazu, nachdem er unter eigener Lebensgefahr perſönlich eine Recognoscirung der feindlichen Stellung vorgenommen hatte, bei der er ſich unerkannt in eine tollkühne Unterredung mit einer feindlichen Schildwache eingelaſſen hatte. Unter dem Schutze dreier gut aufgeſtellter Batterien ließ er in der Nacht vom 14.

Wir Guſtaff Adolph von Gottes Gnaden / der Schwe-
den / Gothen vnd Wenden König / Groß Fürſt in Finland / Hertzog zu Ehſten vnd Carelen / Herr über Ingermanland / ꝛc. Gebieten hiemit vnd in Krafft diß / Allen vnd Jeden Vnſern / wie auch Vnſerer Confœderirten, Hohen vnnd Nidern Kriegs Officiern, als Generaln, Obriſten / Obriſt Leutenanten / Obriſt Wacht: vnd Quartiermeiſtern / Rittmeiſtern / Capitainen / Leutenanten / Fendrichen / Quartiermeiſtern / Furiern / auch gemeinen Soldaten vnd angehörigen / zu Roß vnd Fuß / daß Sie die Ehrnveſte / Fürſichtige vnd Weiſe / Burgermeiſter vnd Rath deß Heiligen Römiſchen Reichs Stadt Nürnberg / Vnſere beſondere Liebe / dero Stadt vnd Landſchafft / Städtlein / Märckte / Flecken / Dörffer / Schlöſſer vnd Häuſer / ſo Ihnen oder den Ihrigen zugehören / wie auch alle vnd jede dero Bürger / Vnterthanen vnd Verwandten / in der Stadt vnd auff dem Land / von allen eigenthätlichen Einquartirungen / Muſterplätzen / Durchzügen / Brandſchatzungen / GeldExactionen / Raub / Plünderung / Abnahm / vnd allen andern Kriegs Preſſuren / wie die Namen haben mögen / nichts außgenommen / nicht allein gäntzlich befreyen / ſondern auch auff allen Fall beſtändigs / wider alle Feindliche Vergewaltigung / defendiren vnd ſchützen / die Commercia, Handlungen vnd Gewerb / von vnd zu der Stadt / aller vnd jeder Orten vngehindert vnd vnaufgehalten fortgehen / die Bürger / Inwohner / Vnterthanen vnd Verwandten / auff der Straſſen von vnd zu der Stadt / jederzeit vnd an was Orten es ſeyn mag / frey / ſicher vnd ohne Gefahr paſſiren vnd repaſſiren / vnd Sie alſo dieſer Vnſerer Salvæ Guardiæ, welche Wir Ihnen auff ihr vnterthänigſtes anlangen / auß gewiſſen beweglichen Vrſachen / gnädigſt ertheilt / würcklich genieſſen laſſen ſollen / bey ernſtlicher Straff Leibs vnd Lebens / ſo der oder die jenige / welche hierwider handeln würden / vnaußbleiblich ſollen zu gewarten haben. Zu Vrkund vnd Bekräfftigung / haben Wir dieſe Salvam Guardiam, deren Vidimus nicht weniger / als das Original ſelbſt gelten vnd in Acht genommen werden ſoll / mit eigner Hand vnterſchrieben / vnd Vnſerm Königlichen Inſiegel bekräfftigen laſſen. Geſchehen in Vnſerm Haupt Quartier zu Würtzburg / den 20. Octobris deß 1631. Jahrs.

Guſtavus Adolphus.



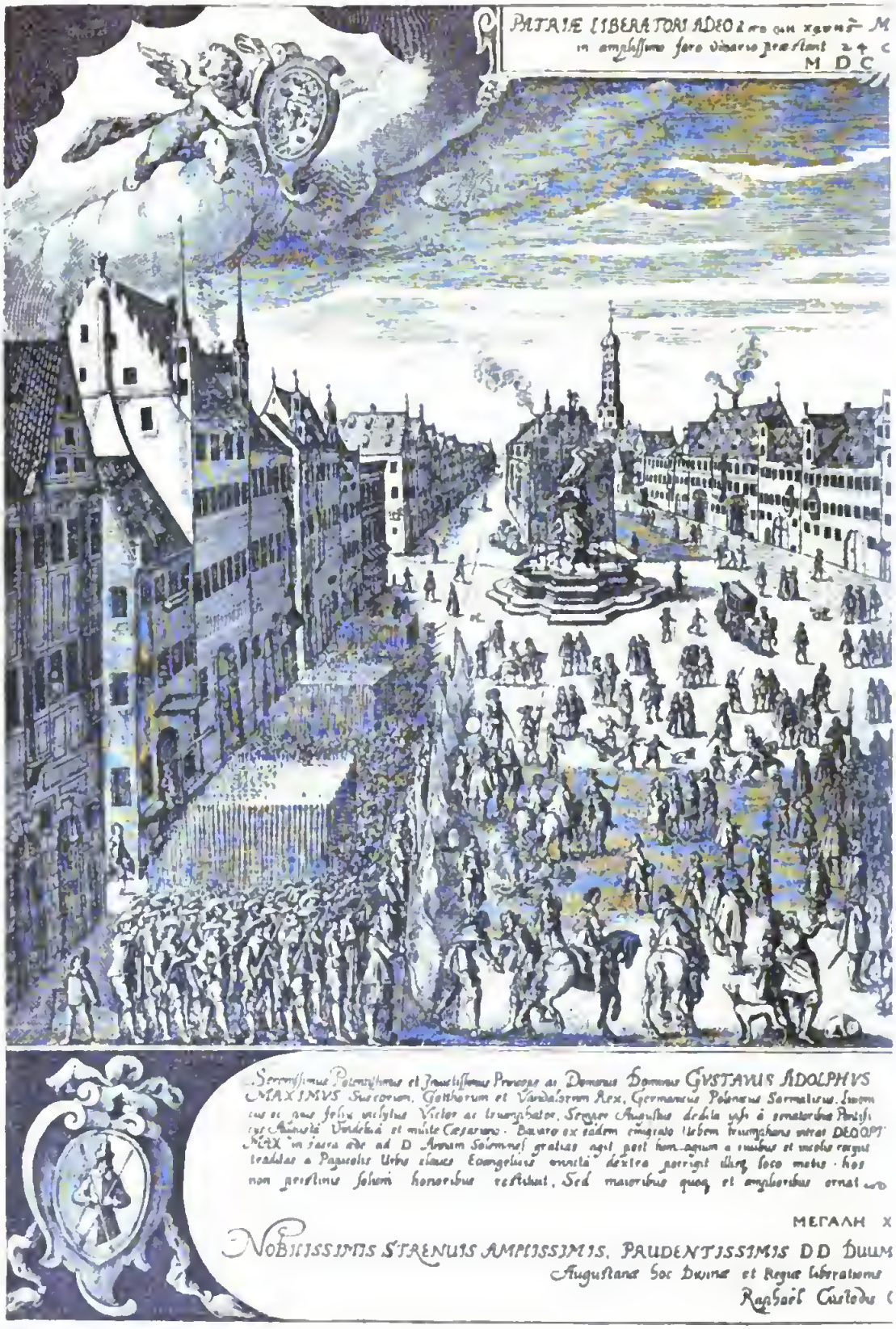
Verkleinertes Facſimile eines für Nürnberg von Guſtav Adolf von Schweden ausgeſtellten Schutzbriefes, Salva guardia. Ertheilt in Würzburg am 20. October 1631.

auf den 15. April im Angeſicht des Feindes eine Brücke zum Uebergang über den Fluß ſchlagen. In dem mörderiſchen Kampfe, der bei dem Uebergange der ſchwediſchen Truppen entbrannte, wurde Tilly ſelbſt tödtlich verwundet. Maximilian aber, der ebenfalls im Lager anweſend war, gab nunmehr, an jedem weiteren Widerſtande verzweifelnd, Befehl zum Rückzuge auf Neuburg und Ingolſtadt. Ganz Bayern ſtand den Schweden offen.

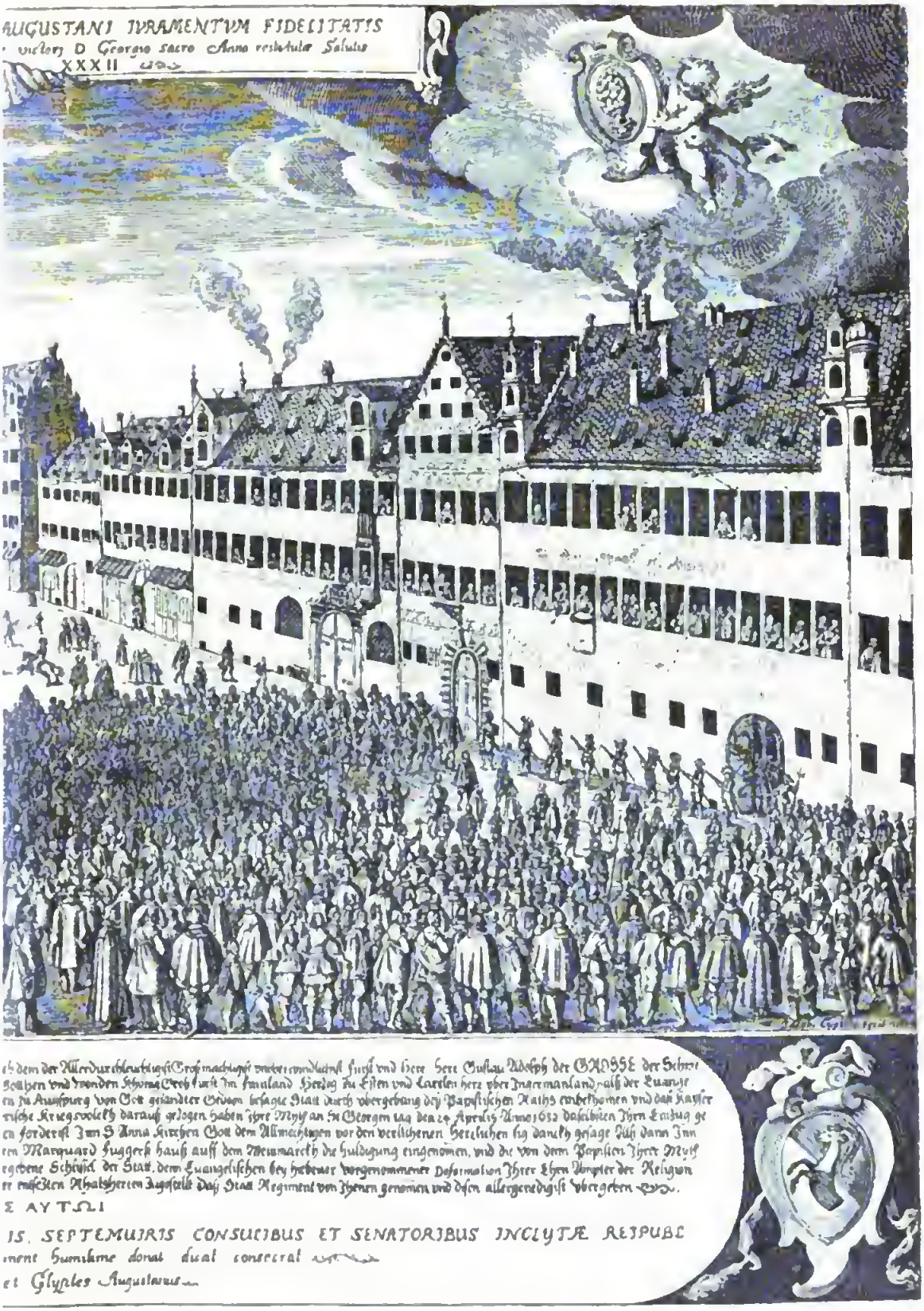
Zunächſt wandte ſich Guſtav Adolf gegen die nur mit einer ſchwachen Garniſon verſehene Stadt Augsburg. Mit der Beſatzung, die an ernſtlichen Widerſtand nicht denken konnte, wurde ein Accord geſchloſſen, der ihr freien Abzug geſtattete. Dann ließ es ſich der König angelegen ſein, die gewaltſame katholiſche Reaction, die über die Stadt verhängt worden war, rückgängig zu machen. Der katholiſche Rath wurde beſeitigt, an ſeine Stelle trat ein nur aus evangeliſchen Mitgliedern zuſammengeſetzter. Um die Stadt dauernd an ſeine Seite zu feſſeln, mußte ſich die Bürgerſchaft, katholiſche wie evangeliſche, dem Könige durch einen körperlichen Eid verpflichten, der aber, wie Guſtav Adolf ausdrücklich verſicherte, ihrer Reichsfreiheit keinen Eintrag thun, alſo in keinem Falle, wie man es wohl aufgefaßt hat, eine Einverleibung der Stadt in die ſchwediſche Monarchie bedeuten ſollte. Darauf hielt dann Guſtav Adolf am 24. April ſeinen feierlichen Einzug in die Stadt.

Gerade die Einnahme dieſer mächtigen Reichsſtadt, in welcher dereinſt die lutheriſche Confeſſion überreicht worden war, die dann lange Zeit für einen der Vororte des Proteſtantismus gegolten hatte, in den letzten Jahren aber den nachdrücklichſten katholiſchen Reactionsverſuchen ausgeſetzt geweſen war, erregte bei den Proteſtanten aufs Neue lauten Jubel. Vor Allem aber, der Marſch nach München konnte dem Könige jetzt kaum noch ſtreitig gemacht werden. Bevor er aber gegen die Hauptſtadt ſelbſt ſich wandte, wollte Guſtav Adolf ſich erſt der vornehmſten bayriſchen Feſtung, Ingolſtadts, bemächtigen. Die bayriſche Armee, die bei der Feſtung lagerte, wich donauabwärts in der Richtung auf Regensburg aus. Soeben war in Ingolſtadt ihr bisheriger Führer, dem von dem Schwedenkönig am Schluß ſeines thatenreichen Lebens all ſein Kriegsruhm geraubt worden war, den am Lech erhaltenen Wunden erlegen. Noch mehr als früher herrſchte jetzt vollſtändige Muth- und Kopfloſigkeit bei dem bayriſchen Heere. Gleichwohl beſchloß Guſtav Adolf, die ſchon begonnene Belagerung Ingolſtadts aufzuheben, als er die Nachricht erhielt, daß ſich die bayriſche Armee mit der Wallenſteins vereinigen wolle. Um ſie davon zurückzuhalten, beſchloß er vielmehr, in das Innere Bayerns aufzubrechen. In wenigen Tagen waren die wichtigen Iſarſtädte Mosburg, Landshut und Freiſingen eingenommen, Mitte Mai, faſt genau ein Jahr nach der Zerſtörung Magdeburgs, hielt Guſtav Adolf ſeinen Einzug in München, deſſen Bürgerſchaft, von ihrem Kurfürſten völlig im Stich gelaſſen, nicht daran denken konnte, ihm ernſtlichen Widerſtand zu leiſten. In ſeinem Gefolge befand ſich der Kurfürſt Friedrich von der Pfalz, der voll ſtolzer Hoffnungen in die Hauptſtadt des nahe verwandten Gegners, der ihn ſeiner Kur und ſeines Länderbeſitzes beraubt hatte, einritt.

Wohl lag für Guſtav Adolf die Verſuchung nahe, und es fehlte nicht an ſolchen, die dazu riethen, das Schickſal Magdeburgs an der Hauptſtadt des Gegners zu rächen Aber der König ließ Milde und Mäßigung walten und verſchonte die Stadt mit jeder Plünderung, zufrieden mit dem Erfolge, der ihm den Weg in die kaiſerlichen Erblande eröffnete. Eine große Anzahl



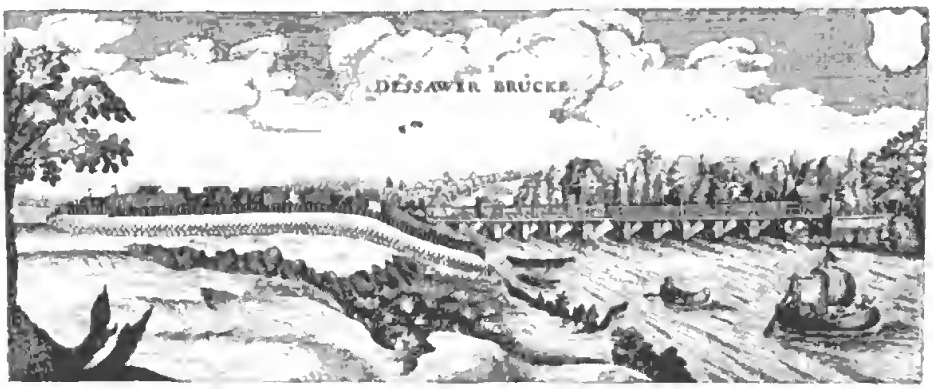
König Gustav Adolf von Schweden empfängt, 1632, in Augsburg die Huldigung der S



. **Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches, 1634, von Jacob Custos (Sohn des Dominicus Custos, 1560—1612).**

verborgen gehaltener trefflicher Geſchütze war die Hauptbeute, die er aus der Hauptſtadt ſeines Gegners mit ſich führte.

Die Liga lag vollſtändig am Boden; von dieſer Seite konnte der Kaiſer weitere Hilfe nicht mehr erwarten. Er wäre verloren geweſen, wenn ihm nicht inzwiſchen noch einmal Hilfe von Seiten jenes Feldherrn, den er dereinſt in Regensburg eben dem bayriſchen Kurfürſten und der Liga geopfert hatte, gekommen wäre: von Wallenſtein.



Die Deſſauer Brücke, an der 1626 Mansfeld von Wallenſtein geſchlagen wurde.
Verkleinertes Facſimile eines Kupferſtiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae (1632).

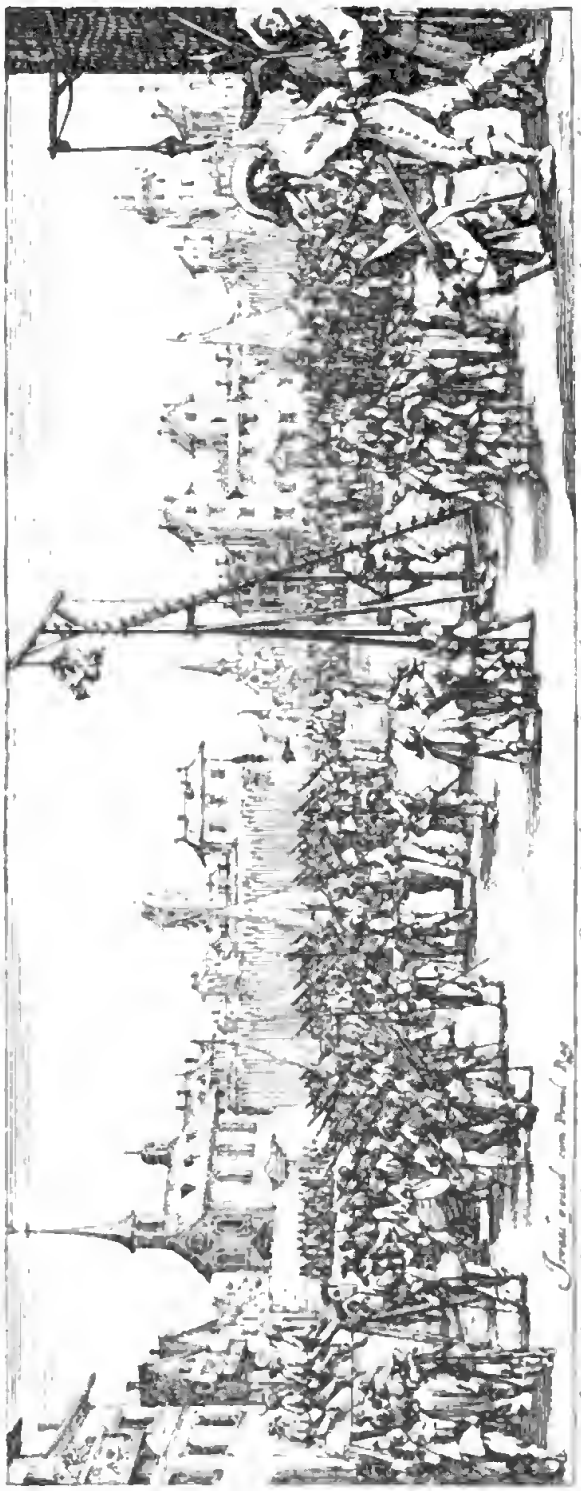
Der Wiedereintritt Wallensteins in das Generalat.

Während Gustav Adolf in schnellem Siegeslaufe von der Elbe bis an den Rhein vorgedrungen war, hatte sich sein sächsischer Bundesgenosse mit der Lösung des ihm zugefallenen Theiles der kriegerischen Aufgabe mehr Zeit und Muße gelassen. Nach den Verabredungen von Halle sollte das sächsische Heer unter Arnims Führung seinen Angriff gegen die österreichischen Erbländer und zwar insbesondere gegen Schlesien richten, wo die einzige noch unberührte kaiserliche Armee unter Tiefenbachs Oberbefehl stand. Dem entsprechend marschirte Arnim zunächst von Leipzig nach Torgau und rückte dann in die Lausitz ein, wohin Tiefenbach einen Vorstoß unternommen hatte (Anfang October 1631). Allein er sah die Lage im Allgemeinen und die seines Heeres insbesondere nicht gerade als eine sehr rosige an, dachte mit Schrecken daran, was aus ihm und seinem Kurfürsten werden sollte, wenn Gustav Adolf, der in immer weitere Ferne vorrückte, ein Unfall zustieße. Er überschätzte die Zahl der ihm gegenüberstehenden Feinde und drang vor Allem bei Johann Georg, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein, auf Vermehrung der Truppen, die in der That dringend wünschenswerth war, wenn das sächsische Heer eine selbständige strategische Aufgabe lösen sollte. Fürs Erste freilich ging noch Alles gut. Arnim war den ihm zunächst gegenüberstehenden feindlichen Truppen überlegen; dieselben zogen sich vor ihm zurück. Bald aber erschienen sie wieder in der Oberlausitz, und Arnim sah sich gezwungen, ihnen hierhin zu folgen, um die kurfürstlichen Länder vor einem feindlichen Einbruche zu schützen.

Während Arnim in den Lausitzen den feindlichen Truppen ohne ernstere Entscheidungen gegenüberstand, war in Dresden die Partei der böhmischen Emigranten in fieberhafter Thätigkeit, um dem erwarteten Einmarsch der sächsischen Truppen in Schlesien zur Seite ein anderes Unternehmen ins Werk zu setzen, welches neben der Bekämpfung des Kaisers auch ihren besonderen Eigeninteressen dienen sollte. Sie wollten unter Leitung Thurns, der nach wie vor mit Gustav Adolf in naher Verbindung stand, ein Heer ausrüsten und einen Einfall in Böhmen unternehmen, um dort einen Aufstand gegen den Kaiser zu erregen und die alten Zustände, wie sie vor der Unterdrückung des böhmischen Aufstandes gewesen waren, wiederherzustellen. Ohne Zweifel hatte Gustav Adolf selbst diesen Plan gebilligt und sich bereit erklärt, den Emigranten jene drei Regimenter schwedischer Truppen zu Hilfe zu schicken,

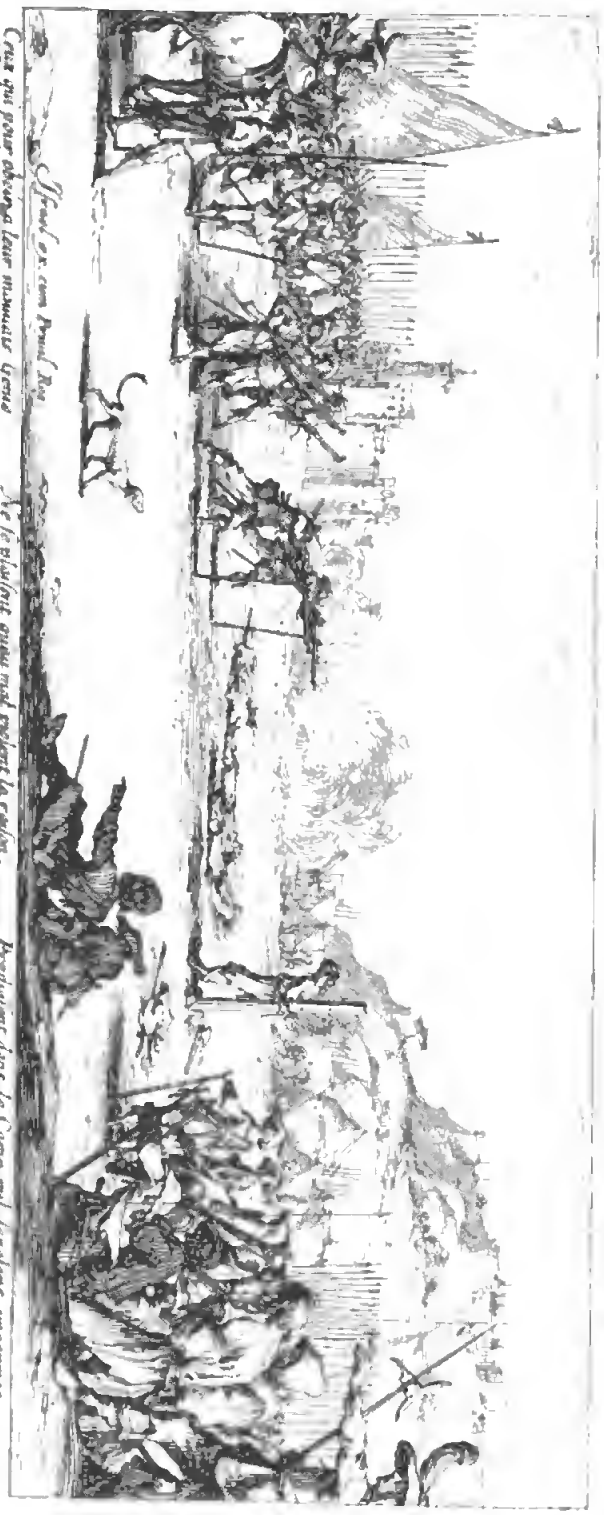
die er Wallenstein statt der von diesem verlangten 10 000 bis 12 000 Mann angeboten hatte. Aber während man inmitten der Vorbereitungen zu diesem weitaussehenden Unternehmen begriffen war, traf plötzlich, für die Emigranten wie für Gustav Adolf gleich unerwartet, die Nachricht ein, daß Arnim seinen auf einen Vormarsch gegen Schlesien gerichteten Plan aufgegeben und sich seinerseits gegen Böhmen gewendet habe. Die Emigranten, deren ganzes Vorhaben dadurch zu Nichte wurde, schäumten vor Entrüstung; denn sie wußten sehr wohl, daß das sächsische Heer gar nicht daran denken werde, jene umfassenden Restaurationen in Böhmen durchzuführen, welche sie durch ihren Einfall hatten erreichen wollen.

Es wird wohl niemals völlig aufgeklärt werden, aus welchen Gründen sich Arnim plötzlich zu dieser grundsätzlichen Aenderung in der Richtung seines mili-



Militärstrafen im dreißigjährigen Kriege: Der Wippgalgen.

Der Verurteilte ist am Wippgalgen emporgezogen. Die Execution findet vor dem mit entfalteten Fahnen aufgestellten Regimente statt, dessen erstes Glied fertig zum Feuern ist. Rechts wird noch ein Verurteilter herbeigebracht; links sitzen vier bestrafte Soldaten mit auf den Rücken gebundenen Händen auf einem böckernen Pferd als Zuschauer des Strafvollzuges. Faksimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.



Militärſtrafen im dreißigjährigen Kriege: Execution durch Erſchießen.
Facſimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

tärischen Vorgehens entſchloß. Sehr erklärlich, daß ſchon viele von den Zeitgenoſſen an eine Einwirkung Wallenſteins auf dieſen Entſchluß dachten. Denn in der That mußte dieſem, der in jenem Augenblicke noch zwiſchen den entgegengeſetzteſten Entſchlüſſen ſchwankte, viel daran gelegen ſein, einen Einbruch der Emigranten in Böhmen zu verhindern, weil mit Sicherheit zu erwarten war, daß dieſelben ſobald als möglich ſich wieder in den Beſitz der ihnen confiscirten Güter ſetzen würden, von denen Wallenſtein einen großen Theil an ſich gebracht hatte. Kein Zweifel, daß er einen Einmarſch des ſächſiſchen Heeres dem der Emigranten bei weitem vorzog. Zudem bot ſich ihm dadurch die Gelegenheit zu Verhandlungen mit ſeinem alten Schüler Arnim. Eine ſolche Gelegenheit war ihm aber in ſeiner kritiſchen Stellung zwiſchen dem Kaiſer, der jetzt immer dringendere Annähe-

rungsverſuche machte, auf der einen und den Schweden und Sachſen, mit denen er die Beziehungen noch nicht völlig abgebrochen hatte, auf der anderen Seite um ſo erwünſchter, als ja eben der Kaiſer ſelbſt ihn dringend gebeten hatte, mit Arnim über einen Separatfrieden mit Kurſachſen zu verhandeln. Er konnte alſo, ohne die Brücken zu einer Verſtändigung mit dem Kaiſer abzubrechen, in ſelbſtändige Verhandlungen mit Sachſen eintreten.

Trotz alledem iſt es keineswegs mit Sicherheit erwieſen, daß Wallenſtein in irgend einer Form die directe Aufforderung zum Einmarſch des ſächſiſchen Heeres nach Böhmen an Arnim gerichtet hat. Es iſt vielmehr ſehr möglich, daß Arnim denſelben allein aus Rückſicht auf ſpecifiſch ſächſiſche Intereſſen und auf ſeine eigenen, auf einen Generalfrieden gerichteten Pläne unternommen hat. Auch dieſe Rück-

Militärſtrafen im dreißigjährigen Kriege: Tod durch den Strang.

Die Verurtheilten, auf der Leiter, links unter der Eiche und rechts im Vordergrunde, werden von Mönchen geleitet; rechts unter der Eiche würfeln zwei auf einer Trommel. Facſimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

Militärſtrafen im dreißigjährigen Kriege: Der Scheiterhaufen.

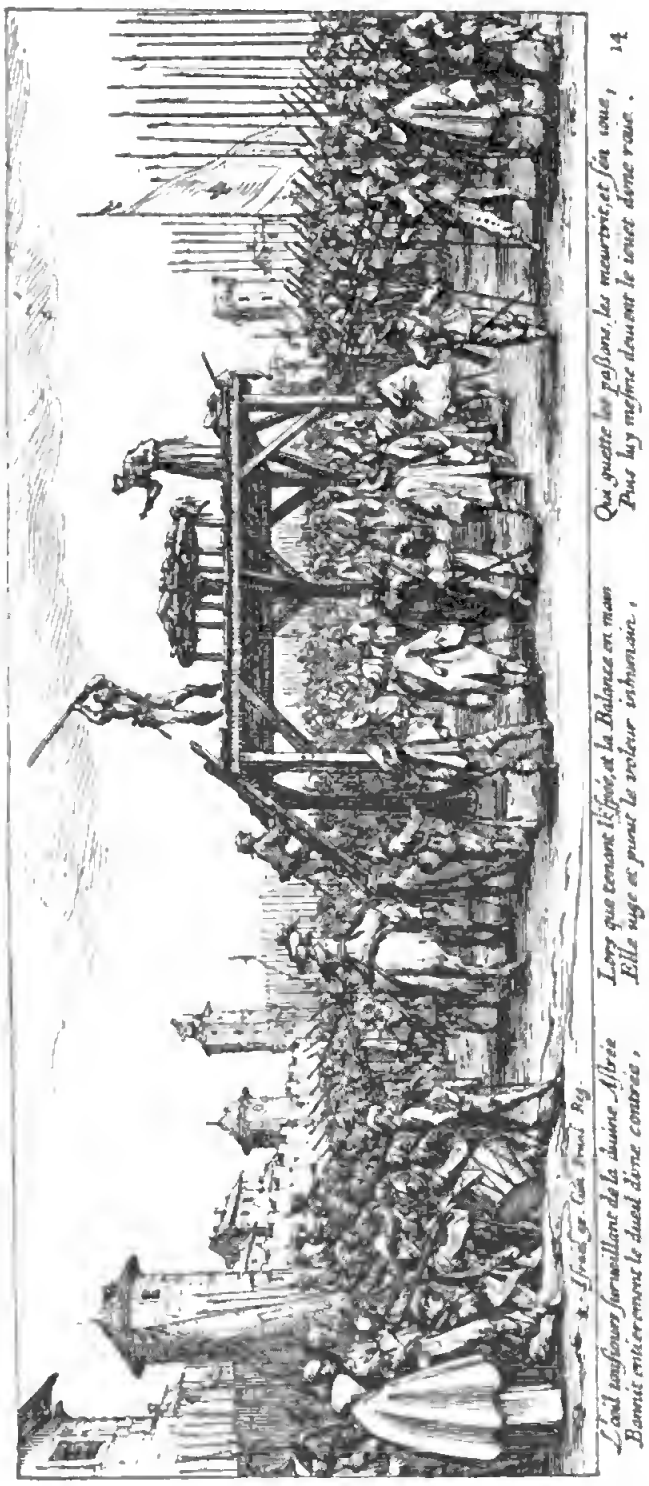
Verbrecher, welche Kirchen oder Häuſer in Brand geſteckt hatten, wurden mit dem Feuertode beſtraft. Die Vollziehung findet zwiſchen zwei mit entblößten Fahnen aufmarſchirten Truppenabtheilungen ſtatt. Als Andeutung des begangenen Verbrechens im Hintergrunde eine Kirche und ein Haus in Flammen.

Facſimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635) in: Les misères et malheurs de la guerre.

ſicht mußte das von den Emigranten geplante Unternehmen als eine ernſte Gefahr erſcheinen laſſen. Denn wenn dieſe ihre Wiederherſtellungspläne in Böhmen zur Durchführung brachten, ſo war die Ausſicht auf einen wirklich ernſtgemeinten Frieden ſo gut wie vernichtet.

Wie dem aber auch ſein mag, ob Wallenſtein den Einmarſch Arnims in Böhmen gerathen hat, ob ihn Arnim mit oder ohne Bewilligung ſeines Kurfürſten aus eigener Entſchließung unternommen hat, genug: Arnim wandte ſich Anfang November plötzlich von der Lauſitz aus nach der Elbe und marſchirte über Kreibitz nach Tetſchen, wo er am 4. November eintraf und ſich alsbald anſchickte, weiter ſtromaufwärts vorzurücken. Am 15. November war die böhmiſche Hauptſtadt in ſeinen Händen. Er traf dabei Vorſorge, daß die Beſitzungen Wallenſteins möglichſt von ſeinen Truppen verſchont wurden.

Wir haben früher berichtet, wie in denſelben Tagen, in denen Raſchin im Auftrage Guſtav Adolfs nach der Breitenfelder Schlacht ſich bei Wallenſtein aufhielt, durch Queſtenbergs Vermittelung von Seiten des Kaiſers der Verſuch gemacht worden war, ihn zur Uebernahme des Commandos und zur Vermittelung mit Kurſachſen zum Zweck von Verhandlungen über einen Separatfrieden zu vermögen. Damals hatte Wallenſtein jenen erſten Auftrag noch abgelehnt, dagegen ſich zur Uebernahme der Verhandlungen mit Arnim bereit erklärt. Allein die Eröffnung derſelben hatte er noch hinzuzögern geſucht, bis er von Guſtav Adolf endgiltige Antwort erhielte. Der entſcheidende Brief Queſtenbergs, der jene kaiſerlichen Aufträge enthielt, war vom 8. October datirt geweſen; Wallenſtein hatte darauf einen Paß für Arnim erbeten, der bereits am 14. October an



Militärſtrafen im dreißigjährigen Kriege: Hinrichtung auf dem Rad.

Facſimile der Radirung von Jacques Callot (1634—1635) in: Les misères et malheures de la guerre.

ihn abging. Wallenſtein aber fand den Paß, wie er ſich ausdrückte, zu „kaltſinnig“ und förmlich und ſchickte ihn, offenbar in der Abſicht, Zeit zu gewinnen, mit einem neuen von ihm gemachten Entwurfe an Arnim, der ſich dann mit demſelben einverſtanden erklärte. Darauf wurde derſelbe noch einmal nach Wien zur Genehmigung und Unterſchrift geſchickt. Als nun Raſchin mit der Nachricht von der veränderten Entſchließung Guſtav Adolfs zurückkam, war Wallenſtein — wir erwähnten es früher ſchon — aufs Aeußerſte entrüſtet und beſchloß nun, eine völlig veränderte Richtung einzuſchlagen; er äußerte: „Jetzt muß es in anderer Weiſe gehen.“ An der Verbindung mit den Schweden an ſich hatte ihm nie beſonders viel gelegen; er hatte ſie nur für ſeine Intereſſen benutzen wollen. Jetzt, da Guſtav Adolf ihm ſo großes Mißtrauen zeigte, ſtand ſein Entſchluß feſt, ſich von den Schweden vollends zu trennen und auf jenen Antrag des Kaiſers einzugehen, d. h. zu verſuchen, ob es ihm gelinge, Sachſen zu einem Separatfrieden ohne Rückſicht auf Schweden zu veranlaſſen. Wenn er aber dieſe Verhandlungen mit Ausſicht auf Erfolg führen wollte, ſo mußte er zu erreichen ſuchen, daß die kaiſerliche Politik wieder in die Bahnen einlenke, die ſie unter ſeiner Einwirkung bis zu dem Erlaß des Reſtitutionsedicts eingeſchlagen, ſeitdem aber verlaſſen hatte. Nur durch die Aufhebung dieſes Edicts konnte es vielleicht gelingen, Sachſen und Brandenburg von den Schweden zu trennen und zum Frieden mit dem Kaiſer zu bewegen.

In dieſer Richtung bewegten ſich die Verhandlungen, welche Wallenſtein auf Grund jener kaiſerlichen Ermächtigung am 30. November in Kaunitz mit Arnim gepflogen hat. Zu einer wirklichen Verſtändigung kam es jedoch nicht, da Arnim zunächſt auf das Anerbieten eines Friedens ohne Zuziehung Guſtav Adolfs nicht eingehen wollte. Aber hier ſchon hat Wallenſtein dem ſächſiſchen Feldmarſchall mitgetheilt, daß er das Generalat, welches ihm der Kaiſer angeboten habe, wieder übernehmen werde. Er ſtellte die Sache ſo dar, als ſei er zu dieſem Schritte gezwungen, weil er durch einen von den Kaiſerlichen aufgefangenen Brief Thurns ſtark compromittirt ſei und das Mißtrauen des Kaiſers beſeitigen müſſe. Wenn er aber Arnim zugleich, wie dieſer an den ſchwediſchen Reſidenten Nicolai ſchrieb, erklärte, er bleibe trotzdem des Schwedenkönigs Freund, und der Kaiſer ſolle es noch erfahren, daß er einen Cavalier beleidigt habe, ſo darf man wohl mit Sicherheit annehmen, daß dieſe Aeußerungen nur auf eine Täuſchung Guſtav Adolfs berechnet waren. Thatſächlich iſt er ſeit dieſer Zuſammenkunft zunächſt von der Verbindung mit Schweden gänzlich zurückgetreten. Der Unterhändler Raſchin ſelbſt, deſſen Angaben Wallenſtein am meiſten belaſten, ſtellt doch ausdrücklich feſt, daß er von da an zunächſt keine weiteren Aufträge für den König von Wallenſtein erhalten habe. Vielmehr nahm deſſen Politik jetzt wieder eine Richtung, welche in mancher Beziehung an die großen Tage des erſten Generalats anknüpft. Vor Allem iſt er aufs Neue beſtrebt, dem Kriege ſeinen Charakter als Religionskrieg zu nehmen und dadurch die Proteſtanten zum

Frieden zu bewegen, wie das der Kaiser selbst sehnlichst wünschte. Ohne Frage schwebte ihm dabei, nachdem er sich von seiner vorübergehenden Verbindung mit den Schweden einmal losgemacht hatte, als Ziel vor, unter den deutschen Reichsständen einen allgemeinen Frieden herzustellen und dann gemeinsam die auswärtigen „Interponenten", d. h. Schweden und Franzosen, aus dem Reiche zu verjagen. Dieser Gedanke taucht in den späteren Verhandlungen mit Sachsen immer wieder auf, auch in der Zeit, da er mit den Schweden doch wieder in Verhandlungen getreten war. So viel aber steht fest, daß Wallenstein in den nächsten Monaten, ja vielleicht in dem ganzen nächsten Jahre nach der Kaunitzer Zusammenkunft beziehungsweise nach der Uebernahme des Generalats dem Kaiser gegenüber eine völlig loyale Haltung beobachtet hat. Freilich, von der früheren Hingabe an Ferdinand und die imperialistische Idee, von der er trotz alles rücksichtslosen Egoismus im ersten Generalat erfüllt war, ist jetzt nach der Regensburger Entlassung nichts mehr zu spüren. Wenn er die Gefühle der Pietät und selbstlosen Hingebung überhaupt jemals gekannt hat: seit dem Regensburger Tage war es damit ein für alle Mal vorbei. Mehr als jemals ließ er sich jetzt politisch wie militärisch in erster Linie von seinem eigenen Interesse leiten. Diesem glaubte er aber jetzt, nachdem die Verhandlungen mit Schweden zu keinem ihn befriedigenden Ergebnisse geführt hatten, am besten dienen zu können, wenn er auf die Anträge des Kaisers einging. Immerhin beschloß er, sehr vorsichtig zu Werke zu gehen und sich nach jeder Richtung hin gegen eine Wiederkehr eines ähnlichen Vorganges wie desjenigen auf dem Regensburger Kurfürstentage zu sichern.

Als daher im December 1631 der Fürst Eggenberg, der vornehmste Anhänger und Freund Wallensteins am Wiener Hofe, der unablässig auf dessen Wiederberufung gedrungen hatte, nach Znaim kam, um mit ihm über die Wiederübernahme des Generalats zu verhandeln, verpflichtete er sich zunächst nur, innerhalb dreier Monate ein Heer von 40 000 Mann auszurüsten, die Führung desselben zu übernehmen weigerte er sich noch. Und nun offenbarte er wiederum in höchstem Maße jene bewundernswerthe organisatorische Kraft, welche schon in seinem ersten Generalat das allgemeinste Erstaunen erregt hatte. Dem Zauber seines Namens gelang, was keinem Anderen bei der damaligen Lage des Kaisers gelungen wäre. In Schaaren strömten von allen Richtungen der Windrose kriegs- und beuteluſtige Kriegsknechte herbei; er erreichte es wirklich, innerhalb der gesetzten kurzen Frist ein aus allen Glaubensbekenntnissen und Nationen zusammengesetztes Heer von der bedungenen Stärke zusammenzubringen. Aber sein Name, das Vertrauen auf seinen Credit und auf seine organisatorische Kraft, auf seine Fürsorge für seine Truppen und Officiere war es, was diese Leute dem Schall der Werbetrommel folgen ließ. Es war kein Zweifel, daß das ganze Heer sofort wieder auseinandergelaufen wäre, wenn Wallenstein nicht die Führung übernahm. Als dieser daher nach Ablauf der drei Monate erklärte, sein Auf-

trag ſei nun erfüllt, er bitte ihm anzugeben, wem er den Oberbefehl über das Heer zu übergeben habe, mußte man ſich in Wien entſchließen, noch einmal durch den Fürſtbiſchof Anton von Wien und dann wieder durch den Fürſten von Eggenberg mit ihm in Verhandlungen zu treten, die dann am 12. und 13. April in Göllersdorf zwiſchen Znaim und Wien ſtattgefunden haben. Wirklich kam dann hier die endgiltige Einigung über den Wiedereintritt Wallenſteins zu Stande. Leider aber ſind die Bedingungen, unter denen er erfolgte, nicht in authentiſcher Form bekannt geworden. Das Original der Capitulation ſcheint verſchwunden zu ſein; wir kennen dieſelbe nur aus den wenig zuverläſſigen, vielleicht ſogar völlig erdichteten Faſſungen in Khevenhillers Geſchichtswerk und in mehreren gleichzeitigen Flugſchriften, die aber keinesfalls die wirklich abgeſchloſſene Capitulation, ſondern wahrſcheinlich nur die Forderungen Wallenſteins darſtellen. Glücklicher Weiſe aber liegen uns eine Reihe von Urkunden vor, welche einige ſpecielle Bewilligungen, die Wallenſtein zu Theil wurden, betreffen und vielleicht das Einzige darſtellen, was überhaupt neben den mündlichen Zuſicherungen Eggenbergs ſchriftlich fixirt wurde. Sie weiſen zum Theil nicht erſt auf die Göllersdorfer Verhandlungen im April 1632, ſondern ſchon auf die im December 1631 in Znaim getroffenen Vereinbarungen hin. Namentlich die für Wallenſtein entſcheidenden politiſchen Befugniſſe ſind ihm ſicher ſchon in Znaim eingeräumt worden. Wir werden in ihnen die von Wallenſtein in erſter Linie geſtellte Bedingung ſeines Wiedereintritts zu erkennen haben.

Zu Verhandlungen mit Sachſen war Wallenſtein ja ſchon in jenem Schreiben Queſtenbergs vom 8. October aufgefordert und ermächtigt worden. Es kann kein Zweifel ſein, daß ihm dieſe Vollmacht zu Friedensverhandlungen in Znaim von Eggenberg beſtätigt worden iſt. Auf Grund derſelben hat am 18. Januar 1632, alſo ſchon vor der endgiltigen Göllersdorfer Abmachung, eine neue Verhandlung mit den Sachſen in Außig ſtattgefunden, und zwar, weil Wallenſtein erkrankt war, zwiſchen deſſen Schwager Trzka und dem Feldmarſchall Arnim. Sie iſt für die vorliegende Frage inſofern von entſcheidender Bedeutung, weil Trzka dort mit voller Beſtimmtheit erklärte, daß der Kaiſer, um den Frieden mit Sachſen zu erreichen, zur Aufhebung des Reſtitutionsedicts bereit ſei. Dieſes Zugeſtändniß, ohne das Wallenſtein auf politiſchem Gebiete Erfolge nicht erreichen zu können meinte, muß ihm alſo ſchon in Znaim gemacht worden ſein. Der Kaiſer lenkte damit wieder in die Bahnen jener Politik ein, die Wallenſtein unter ſeiner Zuſtimmung bis 1629 verfolgt hatte.

Aber auch die Selbſtändigkeit des militäriſchen Commandos und die Sicherung dieſer Selbſtändigkeit gegen alle Verſuche von feindlicher Seite, auf welche Wallenſtein nach den Regensburger Erfahrungen mit Recht das größte Gewicht legte, iſt ihm ſchon in Znaim in ausreichender Weiſe gewährleiſtet worden, wie ſich klar aus der Inſtruction ergiebt, welche Eggenberg für ſeine Verhandlungen mit Wallenſtein vom Kaiſer ertheilt wurde. Indem Ferdinand

den General in den ſtärkſten Ausdrücken ſeines Vertrauens, daß er das nämliche Verhalten, mit dem er in der Vergangenheit ſeine Zufriedenheit erworben habe, auch in Zukunft beobachten werde, verſichert, verſpricht er ihm zugleich auf das Beſtimmteſte, daß er weder durch den Beichtvater Lamormain noch durch irgend einen Anderen in ſeinem Dienſte und in ſeinen Handlungen geſtört und gehindert werden ſolle. Werde dies trotzdem verſucht, ſo ſolle er ſich nur ſtets an den Kaiſer direct wenden, der ihm dann ſchon Genugthuung verſchaffen werde.

Das waren ohne Zweifel ſchon bedeutende Zugeſtändniſſe, welche Wallenſtein ein großes Maß von Selbſtändigkeit einräumten. Sie wurden dann in Göllersdorf noch näher beſtimmt und erweitert. Von ſelbſt verſteht es ſich hier zunächſt, daß ihm die Ernennung der Oberſten in dem Heere, welche ihm ſchon 1628 zugeſtanden worden war, von Neuem überlaſſen wurde; dagegen behielt ſich der Kaiſer, wie ſich aus der ſpäteren Handhabung der Sache ergiebt, die Ernennung der Generale, für die Wallenſtein nur Vorſchläge zu machen hatte, vor. Außerdem iſt ihm ganz unzweifelhaft das Zugeſtändniß gemacht worden, daß kein unabhängiger Heerführer neben ihm im Reiche ernannt werden und einen ſelbſtändigen Heerbefehl führen dürfe. Dieſer Punkt, der die ſtrategiſche Führung dem Generaliſſimus ganz allein in die Haud gab, findet ſich nicht bloß in jenen apokryphen Faſſungen der Capitulation, ſondern er wird dadurch unzweifelhaft beſtätigt, daß im Sommer 1633 Trautmannsdorf dem ſpaniſchen Geſandten ausdrücklich erklärte, Wallenſtein ſei durch ſeine Capitulation ermächtigt, keinen anderen Führer neben ſich zu dulden. Aber man ſcheint auf das Verlangen Wallenſteins noch weiter gegangen zu ſein. Es war davon die Rede geweſen, daß der junge Thronfolger, König Ferdinand von Ungarn, angeblich um das Kriegshandwerk unter Wallenſteins Leitung zu lernen, ſich beim Heere aufhalten ſolle. Wallenſtein verlangte aber ausdrücklich und ſcheint es, wie der Verlauf der Dinge zeigt, erreicht zu haben, daß das nicht geſchehen dürfe, der junge König vielmehr in Prag Hof halten ſolle.

Mit dieſen Zugeſtändniſſen war ihm nicht allein die militäriſche Führung, ſondern auch die Direction der Politik in der Hauptſache in die Hände gegeben. Aber auch finanziell, auch in ſeinen perſönlichen Anſprüchen wurde er in beſtimmteſter Form zufriedengeſtellt. Auch hierüber werden wir nicht durch jene angebliche Capitulation, ſondern durch beſondere Urkunden, welche ihm unmittelbar nach der Rückkehr Eggenbergs aus Göllersdorf ausgeſtellt wurden, unterrichtet. Am 15. April, am Tage dieſer Rückkehr ſelbſt, erwies der Kaiſer Wallenſtein in der Freude ſeines Herzens über die erfolgte Einigung eine rein perſönliche Gnadenbezeugung, indem er ihm 400 000 Thaler, die er der böhmiſchen Kammer aus den erkauften Confiscationsgütern noch ſchuldete, erließ. Am folgenden Tage beſtätigte er ihm das im Jahre 1628 verliehene Herzogthum Mecklenburg, in deſſen Beſitz ihn die Kurfürſten niemals hatten anerkennen wollen, ausdrücklich nochmals. Dies aber war

gegenwärtig von den Schweden beſetzt, und es ſtand keineswegs feſt, ob und wann es gelingen werde, es ihnen wieder zu entreißen. Der Kaiſer verlieh Wallenſtein infolge deſſen das Fürſtenthum Glogau, welches aber in ſeinem alten Verhältniß zu Schleſien bleiben ſollte. Als vollſtändiger Erſatz für Mecklenburg konnte es alſo nicht betrachtet werden, da es kein reichsunmittelbares Fürſtenthum war. Gerade ſeine Würde als deutſcher Landesfürſt aber wollte ſich Wallenſtein um ſo weniger entreißen laſſen, als ſie es gerade war, durch die er auch nach der eventuellen Beendigung des Krieges eine Stellung gewann, in welcher er ſeine unabhängigen und ſelbſtändigen Pläne weiterführen konnte. Der Kaiſer verſprach ihm daher ausdrücklich ein vollkommenes Aequivalent für Mecklenburg, falls es nicht wiedergewonnen werden ſollte, alſo ein Reichsfürſtenthum. Dagegen iſt die Angabe der angeblichen Capitulation, der Kaiſer habe ihm die Verwaltung eines Erblandes oder gar die Oberlehnsherrſchaft in den wiedereroberten Reichslanden zugeſagt, entſchieden als nicht begründet anzuſehen. Der Kaiſer würde damit wirklich ſich ſeines Rechtes als oberſter Lehnsherr im Deutſchen Reiche begeben, zu Wallenſteins Gunſten gleichſam abgedankt haben. In einer anderen beglaubigteren Faſſung iſt nur von einer aus den Erblanden zu beſchaffenden Belohnung und der Ueberlaſſung eines der Regale, etwa des Berg- oder Salzregals, die Rede; das würde dann dahin zu verſtehen ſein, daß ihm auf dieſe Weiſe finanzielle Quellen für den Unterhalt ſeines Heeres bewilligt werden ſollten. Noch weiter in dieſer Richtung ging eine andere Beſtimmung, die, ſo unerhört ſie erſcheint, doch dadurch beglaubigt wird, daß Wallenſtein ſich dem Kaiſer ſelbſt gegenüber im Sommer 1633 darauf berufen hat. Nach derſelben ſtand ihm in den eroberten Gebieten wirklich das Recht der Confiscation und der Begnadigung zu. Wallenſtein wollte über die zu confiscirenden Güter frei zu Gunſten ſeiner Officiere verfügen können und erreichte es in der That, daß der Kaiſer, um die in dieſer Richtung getroffenen Verfügungen ſeines Feldherrn nicht zu durchkreuzen, auf das höchſte und ſchönſte Recht der Souveränetät, auf das der Begnadigung, verzichtete.

Faßt man alle dieſe Bedingungen, wie ſie uns aus den unzweifelhaft authentiſchen Urkunden entgegentreten, zuſammen, ſo gaben ſie, auch wenn man die noch weitergehenden Beſtimmungen der in gleichzeitigen Flugſchriften verbreiteten Capitulationspunkte als unglaubwürdig zurückweiſt, Wallenſtein eine Macht in die Hand, neben der in der That die ſouveräne Obergewalt kaum beſtehen konnte. Mußte es für dieſe ſchon in hohem Maße bedenklich ſein, ſich jeder Einwirkung auf die geſammte ſtrategiſche Führung des Heeres ſo weit zu entäußern, daß ſelbſt dem Sohne des Kaiſers der Aufenthalt im Heerlager nicht geſtattet war und daß der Feldherr ſich ausdrücklich vorbehielt, das Heer des Kaiſers dahin zu führen, wohin es ihm gut ſchien, ſo mußte die monarchiſche Gewalt vollends illuſoriſch werden, wenn ſie auch das Recht der Verhandlung mit fremden Mächten in die Hände des allmächtigen Generals legte und ihm ſogar geſtattete, nach freiem Ermeſſen die Beſitzungen der Gegner zu confis-

ciren und über dieselben zu verfügen. Eine solche absolute Feldherrngewalt, deren Gewährung nur durch die äußerste Noth, in der sich der Kaiser befand, zu erklären ist, konnte in der That mit der Souveränetät des Staatsoberhaupts nicht vereinigt werden. In diesen Bedingungen, welche zwischen dem Kaiser und dem Feldherrn gleichsam vertragsmäßig vereinbart wurden, lag der Keim des künftigen Conflictes schon verborgen. Der Feldherr war nicht der Diener des Kaisers. Zu dieser Stellung würde sich der souveräne „Reichsfürst" Wallenstein nicht mehr bequemt haben; eher könnte man das Verhältniß so auffassen, daß der Feldherr sein Heer vertragsmäßig dem Kaiser zur Verfügung stelle. Das mochte angehen, so lange Beide in der politischen Grundrichtung einverstanden waren. In dem Augenblicke, in welchem das nicht mehr der Fall war und der Feldherr dennoch von diesen ihm verliehenen unerhörten Befugnissen vollen Gebrauch machte, war ein unheilbares Zerwürfniß unvermeidlich.

Trotzdem fühlte sich der Kaiser unmittelbar nach dem Abschluß der Vereinbarung dem Feldherrn zu Dank verpflichtet und hat ihm diesen Dank in bewegtester Weise ausgesprochen. Denn zunächst — und nur auf das Nächste war sein Blick dabei gerichtet — war er durch den Wiedereintritt Wallensteins der furchtbaren Gefahr überhoben, in die er durch den Schwedenkönig versetzt worden war. In wenigen Wochen war das kaiserliche Erbland Böhmen wieder vom Feinde befreit. Dann erst entschloß sich Wallenstein, den immer dringender werdenden Hilferufen Folge zu leisten, welche Maximilian von Bayern von dem Augenblicke an, in welchem er das Generalat wieder übernommen hatte, an ihn richtete. Jetzt mußte die Gewalt der Waffen zwischen den beiden größten Heerführern der Epoche entscheiden.

Gustav Adolf und Wallenstein.

Genau in denselben Tagen, in welchen zu Göllersdorf die endgiltige Einigung über den Wiedereintritt Wallensteins erfolgte, wurde Tilly von Gustav Adolf endgiltig geschlagen, stieg die Noth und Bedrängniß des bayerischen Kurfürsten auf das Höchste. Bis nach Regensburg hatte er mit seinem Heere zurückweichen müssen, seine Hauptstadt war in die Hände des Feindes gefallen. Es war nur natürlich, daß er mit Bestimmtheit erwartete und immer und immer wieder darum bat, Wallenstein möge ihm mit dem neugeworbenen Heere zu Hilfe kommen. Allein dieser war keineswegs geneigt, sich durch die Hilferufe des Fürsten, dem er die schwerste Kränkung seines Lebens verdankte, in seinen zugleich militärischen und politischen Entschließungen beirren zu lassen. Diese aber wiesen ihn darauf hin, sich zunächst gegen die Sachsen zu wenden und auf diese Weise auf der einen Seite das kaiserliche Erbland Böhmen vom Feinde zu befreien, auf der anderen Seite aber unter dem kräftigen Drucke seiner kriegerischen Ueberlegenheit den schon schwankenden Kurfürsten von Sachsen endgiltig von Gustav Adolf abzuziehen und zu einem Separatfrieden mit dem Kaiser zu bewegen. Beides, militärische Bekämpfung und diplomatische Verhandlung, hier in vollem Einverständniß mit dem Kaiser, ging bei ihm unaufhörlich Hand in Hand.

In der That schien die Aussicht, daß Kurfürst Johann Georg auf solche Verhandlungen eingehen werde, an sich nicht gering zu sein. Schon seit einiger Zeit war er wieder in das Geleise jener Politik einer unabhängigen dritten Partei gerathen, ohne auf das soeben geschlossene enge Bündniß mit Schweden erhebliche Rücksicht zu nehmen. Im Februar 1632 hatte er in Torgau eine Zusammenkunft mit Georg Wilhelm von Brandenburg, auf welcher er mit dieser Idee offen hervortrat. Er dachte wirklich daran, den Frieden mit den Katholischen ohne Mitwirkung Schwedens zu schließen und dem Könige als Entschädigung für sein Eingreifen in den deutschen Krieg eine Geldsumme anzubieten. In diesem Sinne wünschte er zunächst ein Separatbündniß mit Brandenburg ohne Hinzuziehung Schwedens zu schließen. Die brandenburgischen Räthe aber waren doch weit entfernt, auf ein solches Ansinnen, welches von einem Verrath an Schweden nicht allzu weit entfernt war, einzugehen. Die Haltung Johann Georgs aber zeigte mit voller Deutlichkeit, wie Recht Gustav Adolf gehabt hatte, indem er ihm die Führung des Krieges „im Reiche“ nicht überlassen wollte. Er hätte diese Gelegenheit

ſicher ergriffen, um die Leipziger Schlußverwandten im Weſten Deutſchlands zu Sonderbündniſſen mit Ausſchluß Schwedens zu bewegen.

Obwohl aber die Abſicht Johann Georgs, dies Ziel im Oſten im Verein mit Brandenburg zu erreichen, an der ehrlichen Weigerung des letzteren geſcheitert war, ſo bereitete dennoch die ſchwankende Haltung des Kurfürſten von Sachſen dem räumlich weit entfernten Schwedenkönige der Schwierigkeiten genug. Guſtav Adolf gewahrte ſehr bald, daß ſein ſächſiſcher Bundesgenoſſe den Krieg in Böhmen, ſeitdem Wallenſtein den Oberbefehl über das kaiſerliche Heer wieder übernommen hatte, nur ſehr läſſig führte und ſich nur zu geneigt zeigte, auf die von dem kaiſerlichen Feldherrn wiederholt durch den Obriſten Sparre angetragenen Friedensverhandlungen einzugehen. Wallenſtein ſeinerſeits aber wußte in ſehr nachdrücklicher Weiſe ſeinen Friedensanerbietungen durch rückſichtsloſes militäriſches Vorgehen den nöthigen Nachdruck zu geben.

Dem gegenüber bot nun Guſtav Adolf Alles auf, um Sachſens Abfall von dem Bündniß mit ihm zu verhindern. Er ſchickte den Grafen Philipp Reinhard von Solms an den Kurfürſten, um ihm die Nothwendigkeit ſeines Vormarſches an die Donau darzulegen, mit welchem Johann Georg ſich wenig zufrieden zeigte, weil er dadurch den Angriffen der Wallenſteinſchen Armee allein ausgeſetzt ſei. Graf Solms gab ſich alle Mühe, Johann Georg klar zu machen, daß Guſtav Adolf durch ſein entſchiedenes Vordringen im Süden, welches ihn bereits bis dicht an die Grenze der öſterreichiſchen Erbländer geführt habe, beabſichtige Wallenſtein nach Süden abzulenken. Sollte ſich derſelbe aber wider Erwarten mit voller Macht auf Sachſen werfen, ſo möge der Kurfürſt nur ſeine Truppen an einem ſicheren Orte concentriren und den König dort erwarten, der dann ſofort zur Hilfe heraneilen werde.

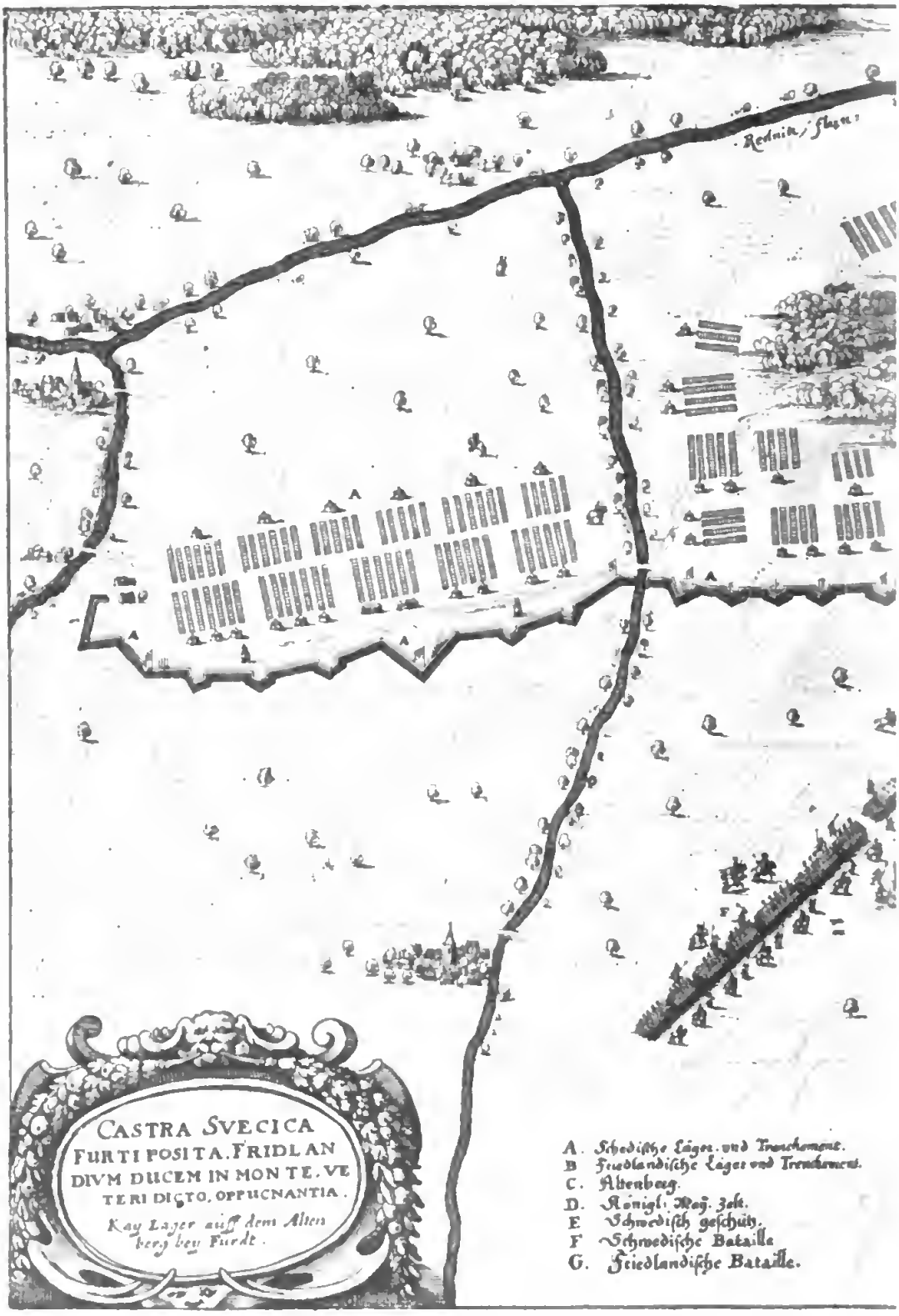
Allein ſehr bald merkte Graf Solms, daß es nicht ſo leicht ſein werde, den Kurfürſten von den einſeitigen Verhandlungen mit Wallenſtein zurückzuhalten. Mehrere zwiſchen Arnim und dem kaiſerlichen Oberſten Sparre gewechſelte Briefe, welche dem Hauptgegner Arnims in Sachſen, dem Oberſten Hoſkirch, in die Hände gefallen waren, wurden von dieſem dem Grafen Solms mitgetheilt. Als dieſer ſich über dieſe Vorgänge beſchwerte, ſuchte ſich Arnim zu entſchuldigen und erklärte, er ſtrebe nach nichts weiter als nach Herſtellung eines allgemeinen Friedens. Mit ausdrücklicher Genehmigung des Kurfürſten ſetzte er ſeine Verhandlungen mit Wallenſtein fort, der auf einer am 21. Mai in Rackonitz abgehaltenen Conferenz als Preis des Separatfriedens verſprach, Sachſen ſolle bei Poſſeſſion der geiſtlichen Güter und Freiheit der Religion belaſſen werden. Allein zu einem förmlichen Abſchluſſe, den Guſtav Adolf nach den Nachrichten, die er von Solms erhielt, für nahe bevorſtehend hielt, kam es dann doch nicht, da Johann Georg ſich durch das während der Unterhandlungen ununterbrochen fortgeſetzte kriegeriſche Vorgehen Wallenſteins zurückgeſtoßen und verletzt fühlte. Mußten ſich doch ſeine Truppen, nachdem Wallenſtein ohne große Mühe am 22. Mai Prag wieder eingenommen hatte, bis nach Pirna zurückziehen.

Für Guſtav Adolf aber mußte Alles darauf ankommen, den Kurfürſten endgiltig von ſeinem Lieblingsgedanken einer dritten Partei beziehungsweiſe eines Separatfriedens abzubringen und ihn zu überzeugen, daß dieſe Beſtrebungen nicht allein im Widerſpruch mit dem ſächſiſch-ſchwediſchen Bündniß, ſondern auch mit dem wahren und bleibenden Intereſſe der evangeliſchen Fürſten ſtänden, welches dauernd nur dadurch gewahrt werden könne, daß dieſe ſich unter einander und mit ihm eng zuſammenſchlöſſen und dann auf Aufrichtung eines allgemeinen Friedens hinarbeiteten.

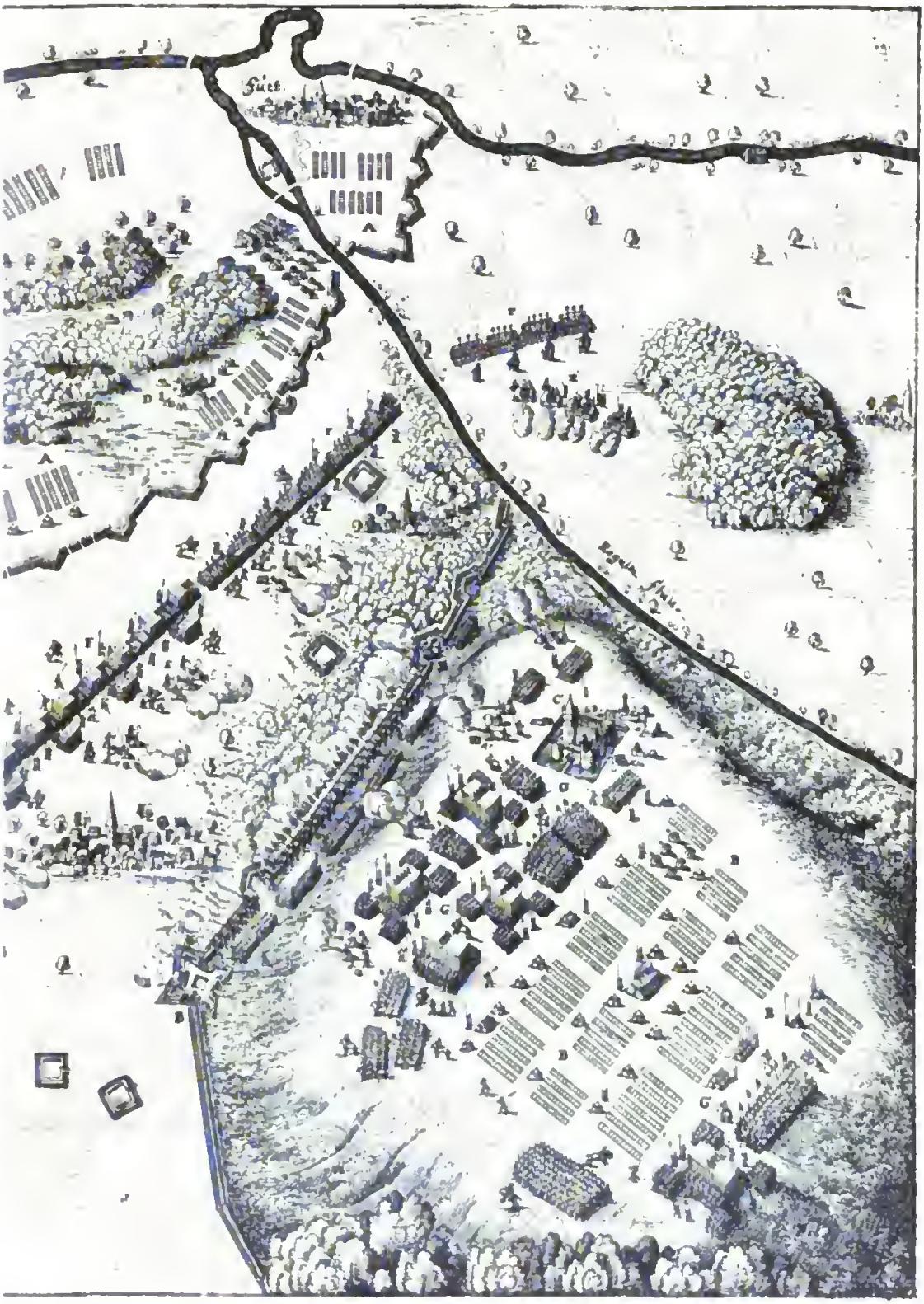
Um über die Grundlagen zu einem ſolchen allgemeinen Frieden vor Allem auch mit ſeinen eigenen ſchwediſchen Räthen völlig ins Klare zu kommen, hatte Guſtav Adolf von dem Stockholmer Reichsrath ein Gutachten über dieſe Frage erbeten, welches eben jetzt, im Mai 1632, bei ihm einlief. Es bewegte ſich im Weſentlichen auf derſelben Grundlage, von der der König in den Friedensverhandlungen im letzten Winter ausgegangen war. In Bezug auf die deutſchen Verhältniſſe verlangte es vor Allem, daß die „reine Religion“ überall, wo ſie vor dem Kriege beſtanden habe, freie Uebung haben und daß alle aus ihrem Beſitz vertriebenen deutſchen Stände reſtituirt werden ſollten. Als Grundbedingung eines abzuſchließenden Friedens bezeichnete das Gutachten mit vollem Recht, daß ſowohl die Liga als der Kaiſer direct mit Guſtav Adolf verhandeln ſollten. Für Schweden ſpeciell forderte es Abtretung von Pommern mit den Seeſtädten und Häfen ſowie von Wismar. Brandenburg, welches Erbanſprüche auf Pommern hatte, ſollte mit einem Theile Schleſiens entſchädigt werden, Kurſachſen Böhmen oder die Lauſitzen erhalten. Ganz beſonderen Werth aber legte das Gutachten — und auch hier traf es ſich mit den Anſchauungen des Königs — auf eine dauernde, feſte Verbindung der evangeliſchen Fürſten Deutſchlands unter einander und mit dem Könige von Schweden, durch die allein eine Garantie für die Dauer des Friedens erreicht werden könne. Es war der Gedanke des corpus evangelicorum, den der Reichsrath hier in den Grundzügen entwickelte und den Guſtav Adolf dann den weiteren Verhandlungen in der That zu Grunde legte.

Um für dieſe weiteren Verhandlungen ebenſowohl als für die Art und Weiſe der Fortführung des Krieges doch endlich zu einem endgiltigen Einvernehmen mit dem wenig zuverläſſigen ſächſiſchen Bundesgenoſſen zu kommen, ſchickte Guſtav Adolf noch einmal eine beſondere Geſandtſchaft an ihn ab, die aus dem Pfalzgrafen Auguſt von Sulzbach und dem württembergiſchen Kanzler Löffler beſtand. Alle. inzwiſchen hatte ſich die militäriſche Lage ſo ſehr verändert, daß an eine ernſtliche Aufnahme von Friedensverhandlungen zunächſt überhaupt nicht mehr gedacht werden konnte.

Wallenſtein hatte ſich, nachdem er Böhmen den Sachſen wieder völlig entriſſen hatte, doch endlich entſchließen müſſen, den unausgeſetzten Hilferufen des Kurfürſten Maximilian Folge zu leiſten und ſich in Bewegung zu ſetzen, um ſich mit deſſen Truppen, die auf Weiden zu marſchirten, zu vereinigen. Guſtav Adolf, der inzwiſchen, um dem Kurfürſten von Sachſen die erbetene



Gustav Adolfs Sturm auf Wallensteins Lager bei Nürnl



rg; 1632. Facſimile der Radirung von Wenzel Hollar (1607—1677).

Hilfe zu bringen, von Bayern sich nordwärts gewendet hatte und auf dem beabsichtigten Marsche nach Sachsen schon bis Nürnberg gelangt war, erfuhr hier von jener Absicht Maximilians, sich mit Wallenstein zu vereinigen. Vergeblich versuchte der König, durch einen Eilmarsch nach Weiden diese Vereinigung zu verhindern. Als er in Vilseck anlangte, hatten die Spitzen der bayerischen Armee Weiden schon erreicht, wo die Avantgarde Wallensteins lag.

Zum ersten Male sehen wir jetzt den König in seinen Entschließungen unsicher werden. Er verzichtet auf das stolze Recht der Initiative, das er sich bisher immer gewahrt hatte, und läßt sich sein Verhalten gleichsam durch das der Feinde vorschreiben. Er war sich nicht völlig klar darüber, ob sich die vereinigten feindlichen Heere nun mit voller Macht auf den Kurfürsten von Sachsen werfen oder gegen ihn wenden würden. Er stellte die verschiedensten Pläne auf und ertheilte seinen Generalen dementsprechende Weisungen, verwarf sie aber immer wieder und entschloß sich dann endlich, Nürnberg seinen Truppen als allgemeinen Sammelpunkt anzugeben und dort abzuwarten, wohin sich der Feind wenden werde. In den ersten Tagen des Juli sammelte sich das schwedische Heer um Nürnberg und legte dort unter Gustav Adolfs und seines Ingenieurs, Hans Olphs, Leitung eine große Zahl von Befestigungen an, die mit über 300 Geschützen vertheidigt wurden. Von der Bürgerschaft Nürnbergs wurde der König wiederum mit größter Begeisterung aufgenommen und in allen seinen militärischen Maßnahmen auf das Wirksamste unterstützt. Die Stadt erklärte sich entschlossen, das Aeußerste für Gustav Adolf einzusetzen, sie rüstete selbst neben den geworbenen Truppen aus der waffenfähigen städtischen Jugend 24 Fähnlein in der Gesammtstärke von über 3000 Mann aus.

Der König brauchte nicht lange abzuwarten, wohin sich der Feind wenden werde. Wallenstein zog ihm mit dem vereinigten Heere von Eger aus nach und kam wenige Tage nach Gustav Adolf vor Nürnberg an. Aber nicht auf eine Feldschlacht hatte er es abgesehen, obwohl Maximilian von Bayern auf eine solche drang. Nicht ohne Berechtigung erklärte der kaiserliche Feldherr, daß er das eben neu angeworbene und noch nicht genügend eingeschulte Heer einer solchen Probe noch nicht aussetzen könne. Vielmehr ließ er zehn Regimenter und neun Compagnieen unausgesetzt an einem fest verschanzten Lager arbeiten, welches innerhalb dreier Tage hergestellt war. Es erstreckte sich am linken Ufer der Rednitz im Umkreise von zweieinhalb Meilen von Stein bis Fürth. Es war eine Befestigung, deren gleichen man in Deutschland noch nicht gesehen hatte. Den Hauptstützpunkt derselben bildete der sogenannte alte Burgstall oder „die alte Veste", bei welcher ein Forsthaus lag. In diesem festen Lager verharrte nun Wallenstein mit seinem 60 000—80 000 Mann zählenden Heere starr und unbeweglich, in der unzweifelhaften Absicht, die Schweden hier auszuhungern. Er erklärte, er wolle den König von Schweden, der bisher stets in kühnem und unaufgehaltenem Vordringen geblieben war, eine andere Art der Kriegführung lehren; er solle sich an diesen unnahbaren Verschanzungen den Kopf gehörig einrennen. Ver-

geblich versuchte Gustav Adolf nochmals, den Gegner aus seinem festen Bau hervorzulocken und zu einer offenen Feldschlacht zu bewegen. Wochen- und monatelang standen sich die beiden größten Feldherren ihrer Zeit vor den Mauern der alten Reichsstadt gegenüber, ohne daß es zu einem irgend wie erheblichen Zusammentreffen gekommen wäre. Nur um neuankommende Proviantcolonnen schlug man sich ab und zu in kleineren Gefechten, in deren einem es den Schweden gelang, jenen inzwischen zum Generalwachtmeister beförderten Obersten Sparre, dessen sich Wallenstein in seinen Verhandlungen mit Sachsen wiederholt bedient hatte, gefangen zu nehmen.

Bei der ungeheuren Truppenzahl, die hier auf verhältnißmäßig engem Raume vereinigt war, konnte es nicht ausbleiben, daß nach einiger Zeit, zuerst innerhalb der Stadt, dann aber auch in beiden Lagern empfindlicher Mangel an Lebensmitteln zu herrschen begann. Bald war das ganze Land meilenweit in der Runde völlig ausgesogen. Die Sterblichkeit, namentlich in der Stadt selbst, nahm reißend zu; in den Lagern fielen die Pferde massenhaft und verpesteten die Luft durch ihren Verwesungsgeruch. Für Gustav Adolf wurde die Lage um so schwieriger, als seine Generale in Bayern und am Rhein, während er hier zu völliger Unthätigkeit verurtheilt war, durch die feindlichen Truppen in immer ernstere Bedrängniß geriethen. Um diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu machen, beschloß Gustav Adolf, das von den meisten Kriegssachverständigen für unmöglich gehaltene Unternehmen eines Angriffs auf das befestigte Lager Wallensteins dennoch zu wagen. Von allen Seiten zog er seine detachirten Corps zusammen und an das Hauptheer heran, ohne daß Wallenstein irgend etwas gethan hätte, es zu hindern. Nachdem er dann nochmals vergeblich versucht hatte, die Kaiserlichen zu einer Schlacht zu bewegen, befahl er am 3. September den Angriff. Mit unerschütterlichem Muthe warfen sich seine bisher unbesiegten schwedischen Truppen auf die furchtbaren Verschanzungen. Der mörderischste Kampf entbrannte um die „alte Veste". Dreimal erstiegen die wackeren Schweden die Wälle, dreimal wurden sie von den Truppen Colaltos wieder heruntergeworfen. Wohl gelang es Bernhard von Weimar, eine benachbarte Anhöhe einzunehmen, von der aus die Veste mit Geschütz hätte beschossen werden können. Aber da ein heftiger Regen eingetreten war, der den Boden sehr durchweicht hatte, so erwies es sich als unmöglich, Geschütze hinaufzubringen. Trotz der bewundernswertheſten Tapferkeit gelang der Sturm nicht. Am Abend mußte sich Gustav Adolf entschließen, seine Truppen zurückzuziehen.

Es war keine eigentliche Niederlage, die er erlitten hatte. Aber zum ersten Male hatte er ein militärisches Unternehmen nicht durchzuführen vermocht. Wallenstein schrieb über den glücklich abgeschlagenen Sturm einen triumphirenden Brief nach Wien. Er durfte stolz sein, denn er war der Erste, der dem „Unbesiegbaren" erfolgreichen Widerstand geleistet hatte.

Gustav Adolf entschloß sich darnach, noch einmal den Versuch zu machen, die früher abgebrochenen Verhandlungen mit Wallenstein wieder anzuknüpfen.

Er bediente sich dazu jenes gefangenen Generalwachtmeisters Sparre, der zunächst wegen der Auswechselung der Gefangenen eine Vereinbarung herbeiführen, dann aber neue Friedensbedingungen vorschlagen sollte, über die Bevollmächtigte beider Theile zusammentreten sollten. Eventuell erbot sich der König auch zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Wallenstein. Gewiß ein verlockendes Anerbieten. Allein Wallenstein verharrte jetzt in einer festen und durchaus correcten Haltung gegenüber dem Kaiser. Er theilte Gustav Adolfs Anerbieten dem Kurfürsten Maximilian mit und ließ dem Könige erklären, er könne sich auf nichts einlassen, ehe er von Wien Instruction erhalten habe. Man ersieht hieraus zugleich, daß sich die Vollmacht zu Friedensverhandlungen, welche Wallenstein bei der Wiederübernahme des Generalats erhalten hatte, doch zunächst nur auf Sachsen erstreckte, nicht aber ohne weiteres auch für Schweden Geltung hatte. Wallenstein theilte die Anträge Gustav Adolfs am 10. September dem Kaiser mit. Allein damit waren, da der Kaiser mit der Antwort zögerte, die Verhandlungen zunächst abgebrochen.

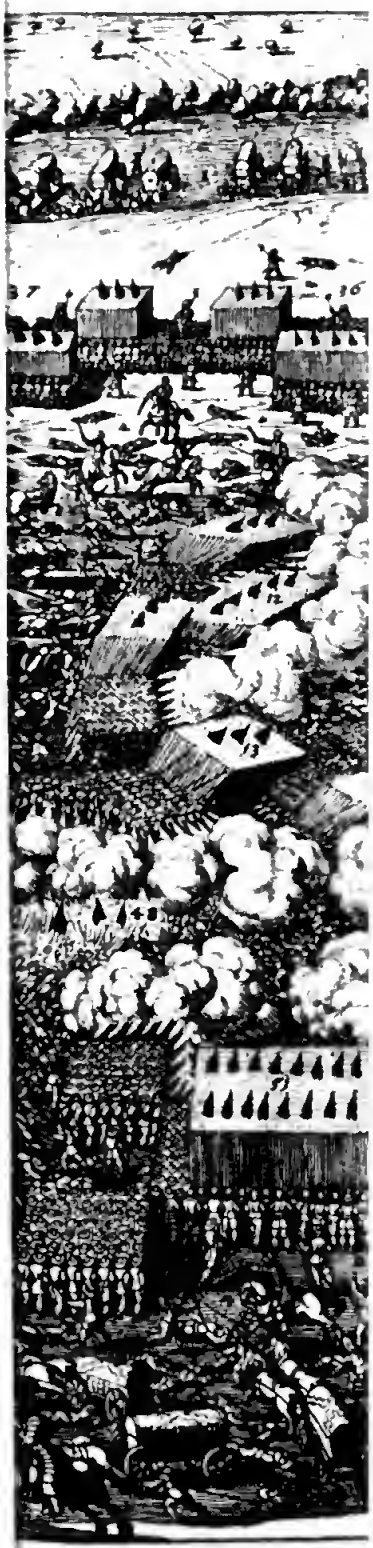
Wenige Tage später, am 18. September, entschloß sich Gustav Adolf endlich, nachdem er dem Gegner am Tage vorher noch einmal vergeblich eine Feldschlacht angeboten hatte, von Nürnberg abzuziehen, da ein ferneres Verweilen in der völlig ausgesogenen Gegend so gut wie unmöglich erschien. Der ungestüme Muth des Königs war hier zum ersten Male an der unerschütterlichen Ruhe eines sehr verschieden gearteten, aber ebenbürtigen Gegners abgeprallt.

Der König schwankte jetzt eine Zeit lang, wohin er sich wenden sollte. Anfangs faßte er den kühnen, der bisherigen Art seiner Kriegführung durchaus entsprechenden Gedanken, direct einen Angriff gegen Oesterreich zu unternehmen, wo die durch die katholischen Reactionsmaßregeln bedrückten Bauern in unruhiger Bewegung und bereit waren, sich ihm sofort anzuschließen. Er durfte hoffen, daß Wallenstein ihm dorthin folgen werde, um die Erblande des Kaisers zu schützen. Er wurde in diesem großangelegten Plane durch seinen Kanzler Oxenstierna eifrig bestärkt. Allein als sich dann Wallenstein, trotzdem sich der König mit seinem Heere nach Süden gewandt und am 5. October die Donau bei Donauwörth überschritten hatte, unbeirrt davon nordwärts nach Bamberg wandte und immer bedrohlichere Nachrichten aus Sachsen eintrafen, als es immer unzweifelhafter wurde, daß Wallenstein, nachdem er Anfangs Holck und dann auch Gallas in sächsisches Gebiet hatte einrücken und dasselbe auf das Grausamste plündern und brandschatzen lassen, auch selbst mit seinem Hauptheere sich gegen den bedrängten Kurfürsten wenden werde, als er von diesem immer dringender und dringender um Hilfe gebeten wurde, da entschloß sich Gustav Adolf doch, jenen kühnen Plan eines Einfalls in Oesterreich aufzugeben und seinem sächsischen Bundesgenossen, so unzuverlässig derselbe sich auch bisher erwiesen hatte, die dringend erbetene Hilfe nicht zu versagen. Er wurde darin außerdem auch durch andere, politische Rücksichten bestärkt. Er glaubte aus dem Verhalten der auswärtigen Mächte entnehmen zu dürfen, daß sein Mißerfolg vor Nürnberg seinem durch die

früheren Erfolge hochgesteigertem Ansehen nicht unerheblich geschadet habe. Frankreich zögerte mit der Zahlung der Subsidien, der stets eifersüchtig, fast feindlich gesinnte König von Dänemark, der seit dem Lübecker Frieden vom Kaiserhofe mit ausgesuchter Rücksicht behandelt wurde, rüstete eifrig, offenbar in feindlicher Absicht gegen Schweden, die Niederlande schienen zu einem neuen Vertrage mit Spanien geneigt, und selbst das Verhältniß zu England begann lauer zu werden. Gustav Adolf sah sich aufs Neue fast völlig isolirt und glaubte den ihm von allen Seiten drohenden Gefahren inmitten Deutschlands nicht mehr gewachsen zu sein. Er erkannte, daß trotz aller seiner Siege seine Lage geradezu bedenklich werden mußte, wenn er seiner protestantischen deutschen Bundesgenossen nicht mehr sicher war. Aus diesem Grunde mußte Kurfürst Johann Georg trotz seiner mehr als lauen Freundschaft unter allen Umständen unterstützt und bei Schweden festgehalten werden. Andernfalls war mit Sicherheit vorauszusehen, daß er in seiner Bedrängniß seinen Frieden mit dem Kaiser schließen werde.

Und in der That war diese Bedrängniß groß und gefährlich genug. Johann Georg hatte, als Wallenstein aus Böhmen abzog, um sich mit Maximilian von Bayern zu verbinden, seinen Feldmarschall Arnim nun doch noch jenen vor einem Jahre in Halle mit Gustav Adolf verabredeten Einfall nach Schlesien ausführen lassen. Als Antwort hatte Wallenstein, um das sächsische Heer zum Wiederabzug von dort zu nöthigen, erst Holck, dann auch Gallas in Sachsen einmarschiren lassen, die in furchtbarer Weise im Lande hausten. Jetzt wälzten sich auch die Schaaren des Wallensteinschen Hauptheeres gegen das unglückliche Land heran, nachdem sich Maximilian von Bayern von demselben getrennt hatte, um Bayern zu vertheidigen. In kurzer Zeit nahm Wallenstein Leipzig und das ganze Kurfürstenthum in Besitz und zog nun auch den Feldmarschall Pappenheim, der inzwischen in Norddeutschland mit vielem Geschick und Erfolg den Krieg gegen Baudissin und den Herzog Georg von Lüneburg geführt hatte, an sich heran. In der schlachtenreichen Leipziger Ebene, wo vor einem Jahre Tillys Heer dem schwedischen Könige erlegen war, sammelte sich jetzt das ganze gewaltige Heer, welches Wallenstein dem Kaiser geschaffen hatte.

Gustav Adolf säumte nicht, ihm nachzufolgen. Er brannte vor Begier, die Scharte vom 3. September auszuwetzen, sein im Sinken begriffenes Ansehen wiederherzustellen und dem größten seiner Gegner in entscheidender Feldschlacht, die er ihm bei Nürnberg versagt hatte, entgegenzutreten. Er ließ an der Donau nur Besatzungen zurück und setzte sich dann am 18. October nordwärts in Bewegung. Als Ziel seines Marsches setzte er sich zunächst Erfurt; dorthin zu kommen, wies er auch den Landgrafen Wilhelm von Hessen an, während Herzog Bernhard von Weimar Befehl erhielt, am Main stehen zu bleiben und sich ihm auf dem Marsche anzuschließen. In Nürnberg traf er noch einmal mit seinem Reichskanzler zusammen und gab ihm die erforderlichen Weisungen für sein Verhalten in Süddeutschland. Es war, als ob er eine Ahnung von seinem nahe bevorstehenden Tode hätte; denn er theilte dem



Facſimile des Kupferſtiches von Matthä

Merian (1593—1650) im „Theatrum Eu

Erläuterungsblatt

zu dem

Merian'ſchen Kupferſtich: Schlacht bei Lützen.

(Erklärung der Ziffern in wörtlichem Abdruck aus Theatrum Europæum, II. Theil; 1637.)

A. Königl. May. in Schweden Bataglia oder Schlacht-Ordnung.
B. General Friedländers Bataglia.
C. Stättlein Lützen.
D. Weg nach Leyptzig allda die beyde Gräben / da die Muſquetirer innen gelegen.
E. Die Windmühlen.
F. Kayſerl. Stück 14. bey der Windmühlen / vnd 7. bey den Gräben.
L. Dorff Churſtp.
M. Schölzinger Höltzlein.
N. Müllers Häußlein.
O. Galgen.
P. Kayſerl. Munition Wagen.

Schwediſche Bataglia.

1. Finniſche
3. Weſt Gotiſche
5. Sörmanländeriſche
7. Upländeriſche
9. Oſt Gothiſche
11. Schmaländeriſche †

Cavallerie an der Fronte deß rechten Flügels.

2.
4.
6.
8.
10.

Commandirte Muſquetiers zu der Cavallerie an der Fronte deß rechten Flügels.

12. Schweden.
13. Die Guardie oder gelb Leib-Regiment.
14. Od. Winckels oder blaw Regiment.
15. Hertzog Bernhards grün Regiment / mit Odr. Wildenſteins.

4. Brigaden.

16. Hertzog Bernhards
18. Hertzog Bernhards
20. Kalbergiſche
22. Wrangels Churländer
24. Dieſenhauſens
26. Courvilliſche

Reuter an der Fronte deß lincken Flügels.

17.
19.
21.
23.
25.

Commandirte Muſquetirer bey der Reutterey deß lincken Flügels.

27. Stechnitz vnd Franhofen
28. Steinbachiſche
29. Brandenſteiniſche
30. Graff von Löwenſteins
31. Anhaltiſche
32. Hofkirchiſche

Reutter zum Hinderhalt deß lincken Flügels.

G. Schwediſche Stücke je 5. vor einer Brigada.
H. Schwediſche Regiment-Stücklein / ſo vor den commandirten Muſquetirern deß der Cavallerie an der Zahl 40. geſtanden.
I. Königl. Munition Wägen.
K. Der Floßgraben.
33. Obriſt. Mitziaf / Obr. Roſſow vnd Odr. Geißdorffs
34. Gr. von Thurn / vnd Heiſiſch

2. Brigaden zu Fuß.

35. Eine Squadron Reutter / Odr. Cehmens.
36. Kniphauſens.
37. Obr. Booſſe vnnd Hertzog Wilhelms

2. Brigaden zu Fuß.

38. Odr. Jülers
39. Heſſiſche
40. Beckermans
41. Buiachers
42. Goldſteins
43. Hertzog Wilhelms

Reutter / zum Hinderhalt am rechten Flügel.

Friedländiſche Bataglia.

44. Ein Truppe Crabaten.
45.
46.
47.

3. Squadronen Küriſſirer.

48.
49.
50.
51.

4. Brigaden zu Fuß.

52.
53.

2. Squadronen Reutter.

54. Ein Truppe commandirter Muſquetirer.
55. Ein Squadron Reutter.
56. Eine Brigada zu Fuß.
57. Truppe Crabaten.
58.
59.
60.
61.

4. Squadron Reutter.

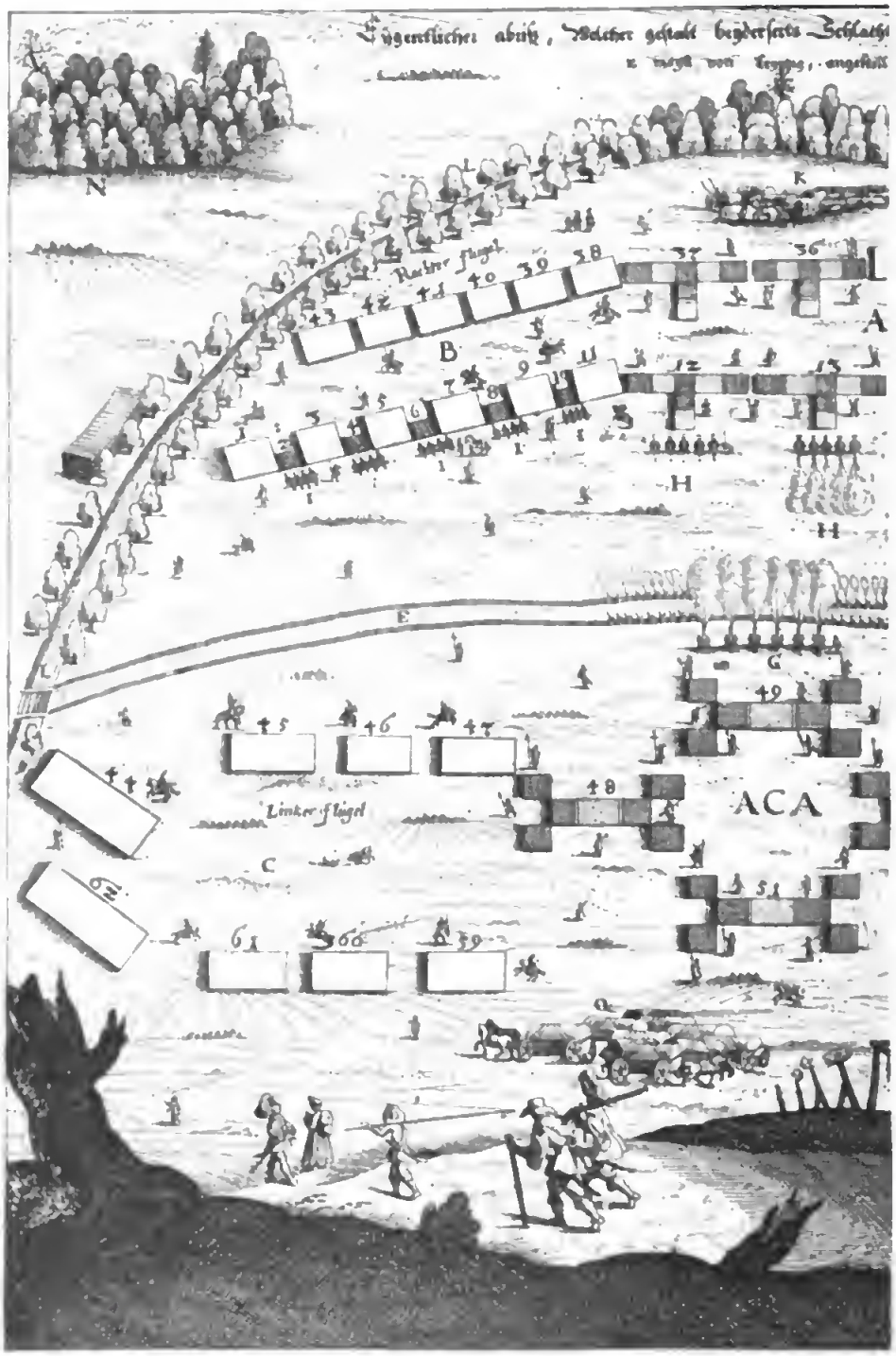
62. Truppe Crabaten.

Digitized by Google

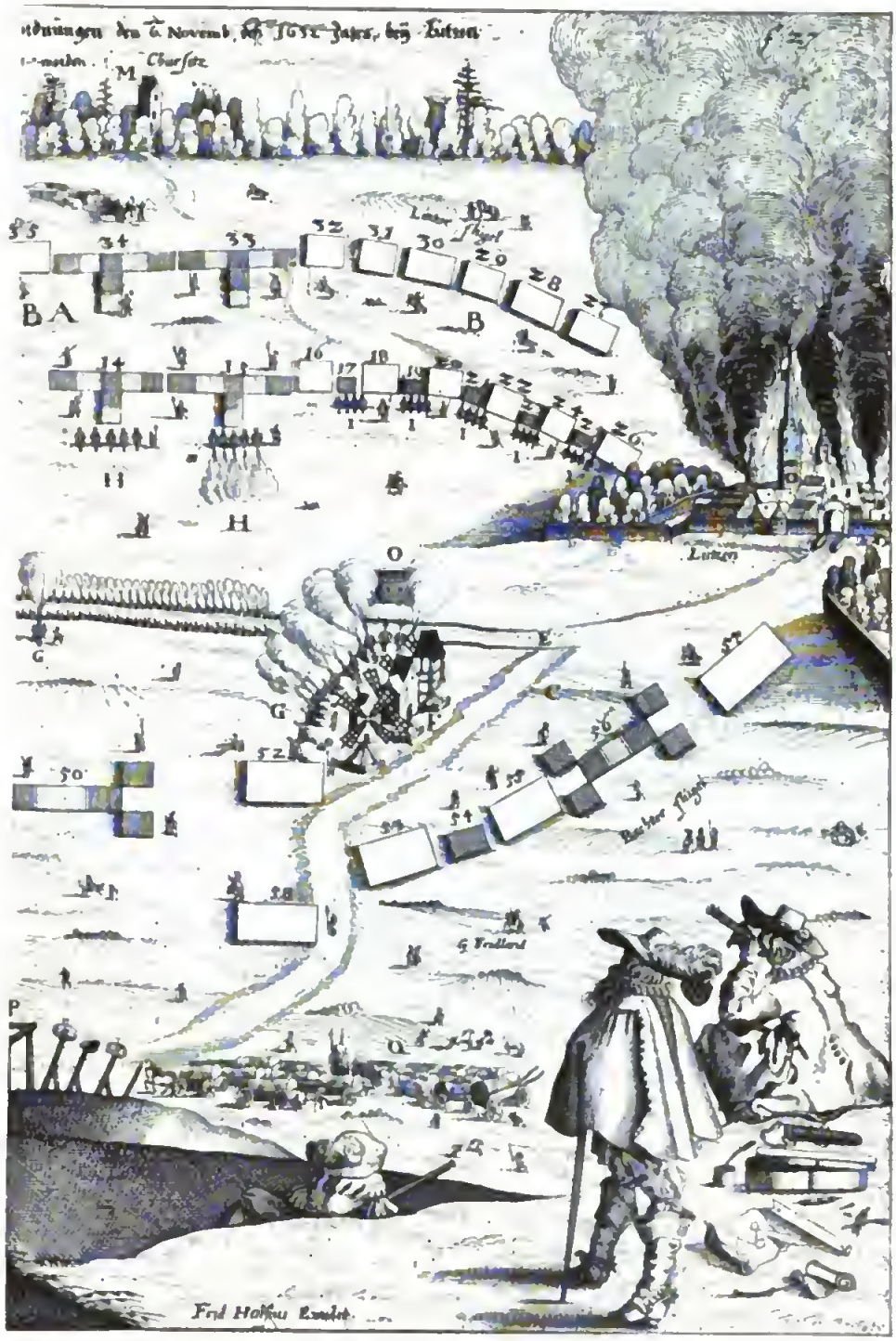
bewährten Staatsmanne auch alle seine Gedanken und Wünsche für die Regierung seines schwedischen Heimathlandes für den Fall seines Todes und während der etwaigen Minderjährigkeit seiner Tochter Christine mit. Dann rückte er in Eilmärschen nach Thüringen vor. Am 1. November war er in Schleusingen und zog in der folgenden Nacht über den Thüringer Wald. Am 5. November traf er in Erfurt ein, wo kurze Rast gehalten wurde. Am 10. November überschritt er bei Naumburg die Saale. Die beiden Heere standen einander in geringer Entfernung gegenüber.

Im Wallensteinschen Heerlager wurde nunmehr Kriegsrath über die Frage gehalten, ob man es auf eine Schlacht ankommen lassen sollte oder nicht. Die einstimmige Meinung war dagegen. Es war, als ob man sich scheute, die große und nothwendige Entscheidung herbeizuführen. Man beschloß, zunächst die Vereinigung des schwedischen Heeres mit dem sächsischen zu verhindern. Zu diesem Zwecke sollte Pappenheim eine Diversion gegen Halle unternehmen. Am 15. November trat er in der That seinen Marsch dahin an, während das Hauptheer zwischen Merseburg und Lützen stehen blieb, um dort ein Lager zu beziehen. Gustav Adolf war von diesen Vorgängen im feindlichen Heere unterrichtet und wollte sich nun zwischen das Gros derselben und das Pappenheimsche Corps einschieben. Am 15. brach er von Naumburg auf und setzte sich gegen Lützen in Bewegung. Sofort erhielt Pappenheim den Befehl, Alles stehen und liegen zu lassen und mit seinem Corps zurückzukommen. Er traf mit seiner Cavallerie am 16. wieder ein, eben als die Entscheidungsschlacht begann.

Der Verlauf der Schlacht war im Gegensatz zu der Breitenfelder Schlacht ein verhältnißmäßig einfacher. Das schwedische Heer sollte nach Gustav Adolfs Plan dem Feinde die Verbindung mit Leipzig verlegen und es zum Rückzug nach Halle nöthigen. Dadurch sollte dann die Vereinigung des schwedischen Heeres mit dem sächsischen ermöglicht werden. Diese Hauptaufgabe fiel dem rechten schwedischen Flügel zu, dessen Führung daher der König selbst übernahm. Er ging zuerst zum Angriff über, der alsbald zu einem furchtbaren Ringen mit dem linken Flügel des kaiserlichen Heeres führte, in welchem gleich am Anfang Pappenheim tödtlich verwundet wurde. An seine Stelle trat Octavio Piccolomini, der mit unerschütterlichem Heldenmuthe sich dem heißen Angriffe der Schweden entgegenstellte. Zwei schwedische Regimenter wurden zersprengt und geworfen. Da führte der König persönlich ein neues, drittes heran. Aufs Neue entbrannte der Kampf, der durch einen plötzlich einfallenden starken Nebel sehr erschwert wurde. Bei der Erneuerung des Angriffs wurde Gustav Adolf, der sich persönlich stark dem Kugelregen aussetzte und in Folge seiner Kurzsichtigkeit zu dicht an den Feind heranritt, in den Arm geschossen, so daß er sein Pferd nicht mehr völlig in der Gewalt hatte. Dann wurde er noch von mehreren feindlichen Kugeln getroffen und sank tödtlich verwundet zu Boden. Ueber seiner Leiche entbrannte dann erst der letzte, fürchterlichste Kampf. Man schlug sich mit einer Wuth, wie man sie nach Wallensteins eigener Aussage bisher nie erlebt hatte. Auf schwedischer Seite



Plan der Schlachtordnung bei Lützen.



Verkleinertes Facsimile aus J. L. Gottfried, Inventarium Succiae; 1632.

übernahm nach dem Falle des Königs der Herzog Bernhard von Weimar die Führung. Es gelang ihm, die in Verwirrung gekommenen ſchwediſchen Reihen wieder zu ordnen und die Kaiſerlichen zurückzudrängen. Immer neue Schaaren warf ihm Wallenſtein, der ebenfalls von einer Kugel geſtreift wurde, entgegen. Aber er konnte es nicht verhindern, daß ſich Bernhard von Weimar einer der beherrſchenden Poſitionen, aus der er die Kaiſerlichen herausgeworfen hatte, dauernd bemächtigte. Ohne eine eigentliche Niederlage erlitten zu haben, entſchloß ſich Wallenſtein doch, den Befehl zum Rückzuge zu geben. Die Schweden behaupteten das Schlachtfeld. Trotzdem aber jubelten alle Anhänger des Kaiſers, als wenn Wallenſtein den Sieg errungen hätte. Sie alle, nicht am wenigſten Wallenſtein ſelbſt, wußten ſehr wohl, was die proteſtantiſche Sache an dieſem Einen Mann verloren hatte.

Das Koller Guſtav Adolfs von Schweden, in welchem er bei Lützen fiel.
Wien, Kaiſerl. Artillerie-Arſenal-Muſeum

Erläuterungsblatt

zu dem

Plan der Schlachtordnung bei Lützen (Seite 422 u. 423.)

(Wörtlicher Abdruck aus: J. C. Gottfried, Inventarium Succiae, 1632.)

„Bericht der Buchſtaben vnd Zahlen / ſo in beygefügtem Kupffer gebraucht vnd angewieſen werden.“

A. Beyder Partheyen Bataglien.
B. Königl. Mayeſt. in Schweden Bataglia.
C. General Friedländers Bataglia.
D. Stattlein Lützen.
E. Weg nach Leipzig / allda die beyde Graben / da die Mußquettirer innen gelegen.
F. Die Windmühlen.
G. Kayſ. Stück / 14. bey den Windmühlen / vnd 7. bey den Gräben.
H. Schwediſche Stück / je 5. für einer Brigada.
I. Schwediſche Regimentſtücklein / ſo vor den commandirten Mußquetirern bey der Cavallerie an der Zahl 40. geſtanden.
K. Königl. Munition Wägen.
L. Der Floßgraben.
M. Dorff Churſitz.
N. Schöltzinger Höltzlein.
O. Müllers Häußlein.
P. Galgen.
Q. Kayſ. Munition Wägen.

Schwediſche Bataglia.

1. Finniſche
3. Weſtgothiſche
5. Sörmanländeriſche
7. Vpländeriſche
9. Oſt Gothiſche
11. Schmaländeriſche †

Cavallerie / an der Fronte deß Rechten Flügels.

2. 4. 6. 8. 10. Commandirte Mußquetirer zu der Cavallerie an der Fronte deß rechten Flügels.

12. Schweden.
13. Die Guardie / oder geld Leib-Regiment.
14. Obr. Winckels oder blaw Regiment.
15. Hertzog Bernhards grün Regiment / mit Oberſter Wildenſteins.

4. Briggaden.

16. 18. Hertzog Bernhards
20. Karbergiſche
22. Wrangels Churländer
24. Diefenhauſens
26. Conrvilliſche

Reuter an der Fronte deß lincken Flügels.

17. 19. 21. 23. 25. Commandirte Mußquetirer bey der Reuterey deß lincken Flügels.

27. Stechnitz vnd Frantzoſen
28. Steinbachiſche
29. Brandſteiniſche
30. Graff von Löwenſteins
31. Anhaltiſche
32. Hofkirchiſche

Reuter / zum Hinderhalt deß lincken Flügels.

33. Obr. Mitzlaf Obr. Roſſaw vnd Obr. Gerſtdorffs
34. Gr. von Thurn / vnd Heſſiſch

2. Briggaden zu Fuß.

35. Ein Squadron Reuter Obr. Oehmens.
36. Knipbauſens
37. Obr. Booſſe vnd Hertzog Wilhelms

2. Briggaden zu Fuß.

38. Obr. Iſlers
39. Heſſiſche
40. Beckermanns
41. Vulachers
42. Goldſteins
43. Hertzog Wilhelms

Reuter / zum Hinderhalt am Rechten Flügel.

Feiedländiſche Bataglia.

44. Ein Trouppe Crabaten.
45. 46. 47. 3. Squadron Kuraſſirer.
48. 49. 50. 4. Briggaden zu Fuß.
51.
52. 53. Squadron Reuter.
54. Ein Traupe commandirter Mußquetirer.
55. Ein Squadron Reuter.
56. Eine Briggada zu Fuß.
57. Ein Trouppe Crabaten.
58. 59. 60. 61. 4. Squadron Reuter.
62. Ein Trouppe Crabaten.
63. 64. Die 2. abgeſchlagene Kayſerliche Briggaden.

Der Heilbronner Bund und der Feldzug in Süddeutschland 1633.

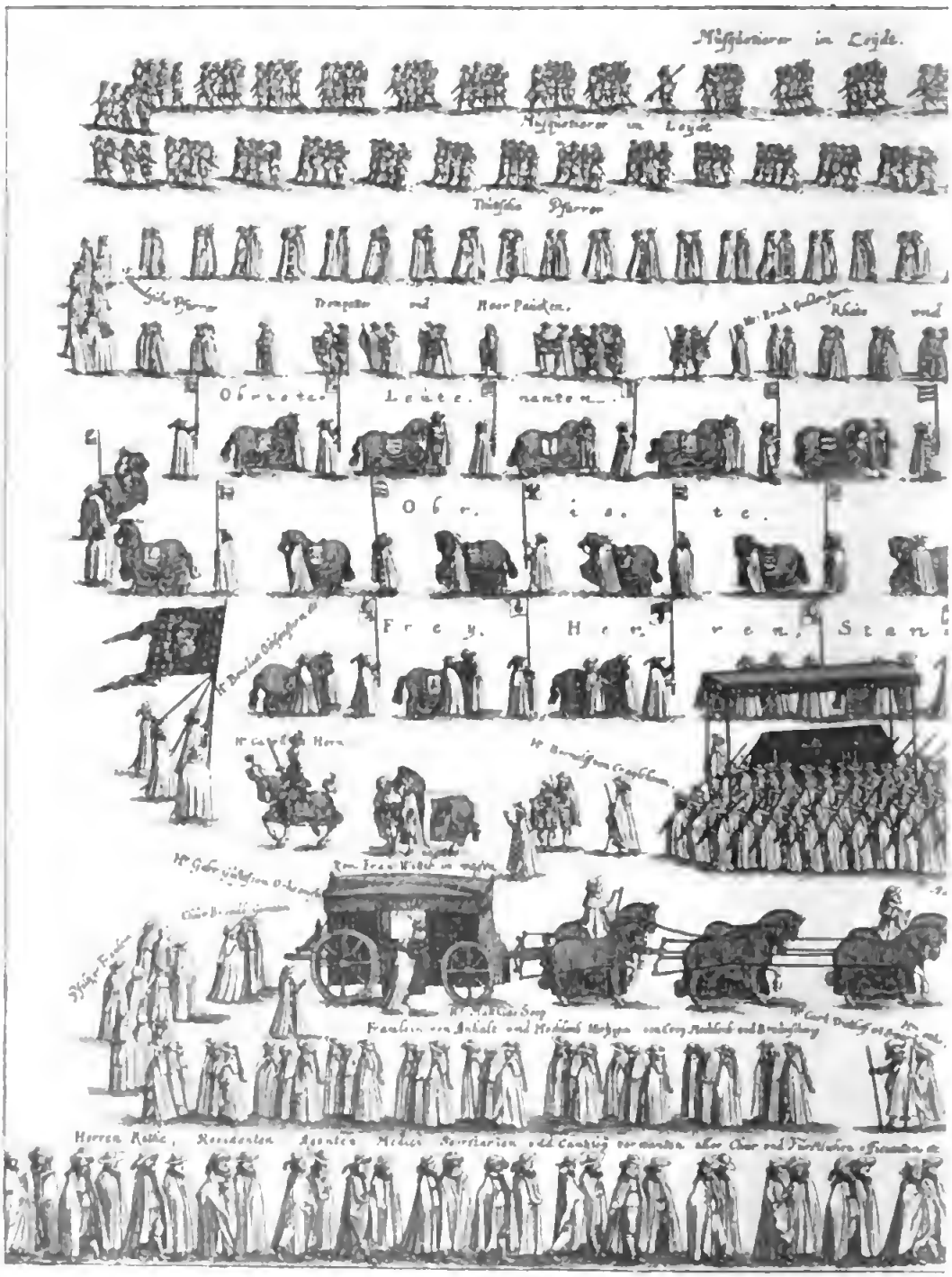
Der Schlacht bei Lützen kommt in mehr als einer Beziehung eine weltgeschichtliche Bedeutung zu: einmal beraubte sie die deutschen Protestanten des heldenmüthigen und sieggewohnten Führers, der sie von dem erdrückenden Uebergewicht der katholisirenden Bestrebungen des Kaisers befreit hatte, und schien sie von Neuem trotz des errungenen Sieges in ihrer Existenz zu gefährden, dann aber bewahrte sie doch auch wieder Deutschland vor der nicht zu unterschätzenden Gefahr der dauernden Festsetzung einer fremden Macht auf deutschem Boden. Denn wenn auch Gustav Adolf bisher noch keine bestimmten und klar erkennbaren Pläne gefaßt haben mochte, welche eine nationale Gefahr in diesem Sinne in sich schlossen, so würde er bei weiteren Erfolgen dieser Versuchung doch wahrscheinlich um so weniger widerstanden haben, als er nach seinen großen Siegen im Jahre 1631 namentlich in Süddeutschland als der Befreier vom Joch der Liga allenthalben in den protestantischen Territorien mit einer Begeisterung aufgenommen worden war, die ihn förmlich herausforderte, sie zu selbstsüchtigen Zwecken zu verwerthen. Er selbst hat einmal geäußert, daß ihm die Verehrung, welche ihm entgegengebracht werde, fast zu groß erscheine. Wir erwähnten, daß die Nürnberger ihm geradezu erklärten, sie wüßten für den Fall einer römischen Königswahl keinen besseren für diese Würde als ihn. Und so ganz unmöglich wäre das doch nicht gewesen. Wenn es dem Könige gelungen wäre, den Pfalzgrafen nicht nur in den Besitz seiner Kur in der Pfalz, sondern auch in die böhmische Königswürde wieder einzusetzen, so war die Mehrheit des Kurcollegiums protestantisch. Nun ist es so gut wie sicher, daß er einen solchen Gedanken vorläufig mit Entschiedenheit von sich gewiesen hatte. Aber hätte er es auch gethan, wenn er länger gelebt, wenn er im weiteren Verlaufe des Krieges noch mehr als bisher das anerkannte Haupt des Protestantismus geworden wäre? Von diesem Standpunkte aus kann man wohl sagen, daß es für den weltgeschichtlichen Ruhm des heldenmüthigen Königs ein Glück gewesen ist, daß er eben jetzt einen ehrenvollen Tod fand. Noch stand und steht sein Bild ungetrübt und rein vor den Augen der Mit- und Nachwelt, noch konnte und kann man ihn als den edlen und ritterlichen Retter der protestantischen und antihabsburgischen Ideen in Deutschland und in Europa bewundern und verehren. Vielleicht hätte er sich, wenn ihm länger zu leben und zu siegen beschieden gewesen wäre, eines Theils dieses Nimbus, der ihn umgiebt, beraubt, vielleicht

wäre er aus einem Retter der proteſtantiſchen Religion in Deutſchland ein nationaler Feind Deutſchlands geworden. Zunächſt aber machte ſich doch die Bedeutung ſeines Ablebens in entſcheidender Weiſe auf beiden Seiten bemerkbar. Die katholiſch-habsburgiſche Partei fühlte ſich wie von einem drückenden Alp befreit und jubelte unverhohlen und laut auf über ſeinen Tod. Wie ſehr er aber nicht bloß als Vorkämpfer des Proteſtantismus, ſondern vor Allem auch als Haupt der antihabsburgiſchen Mächte betrachtet wurde, zeigt nichts deutlicher als die Thatſache, daß der Papſt, der als Oberhaupt der katholiſchen Kirche über ſeinen Untergang hätte frohlocken müſſen, eine Trauermeſſe für ihn leſen ließ, weil er dadurch eine Wiederkehr der erdrückenden habsburgiſchen Uebermacht fürchtete, die er noch im mantuaniſchen Erbfolgekriege ſo bitter empfunden hatte.

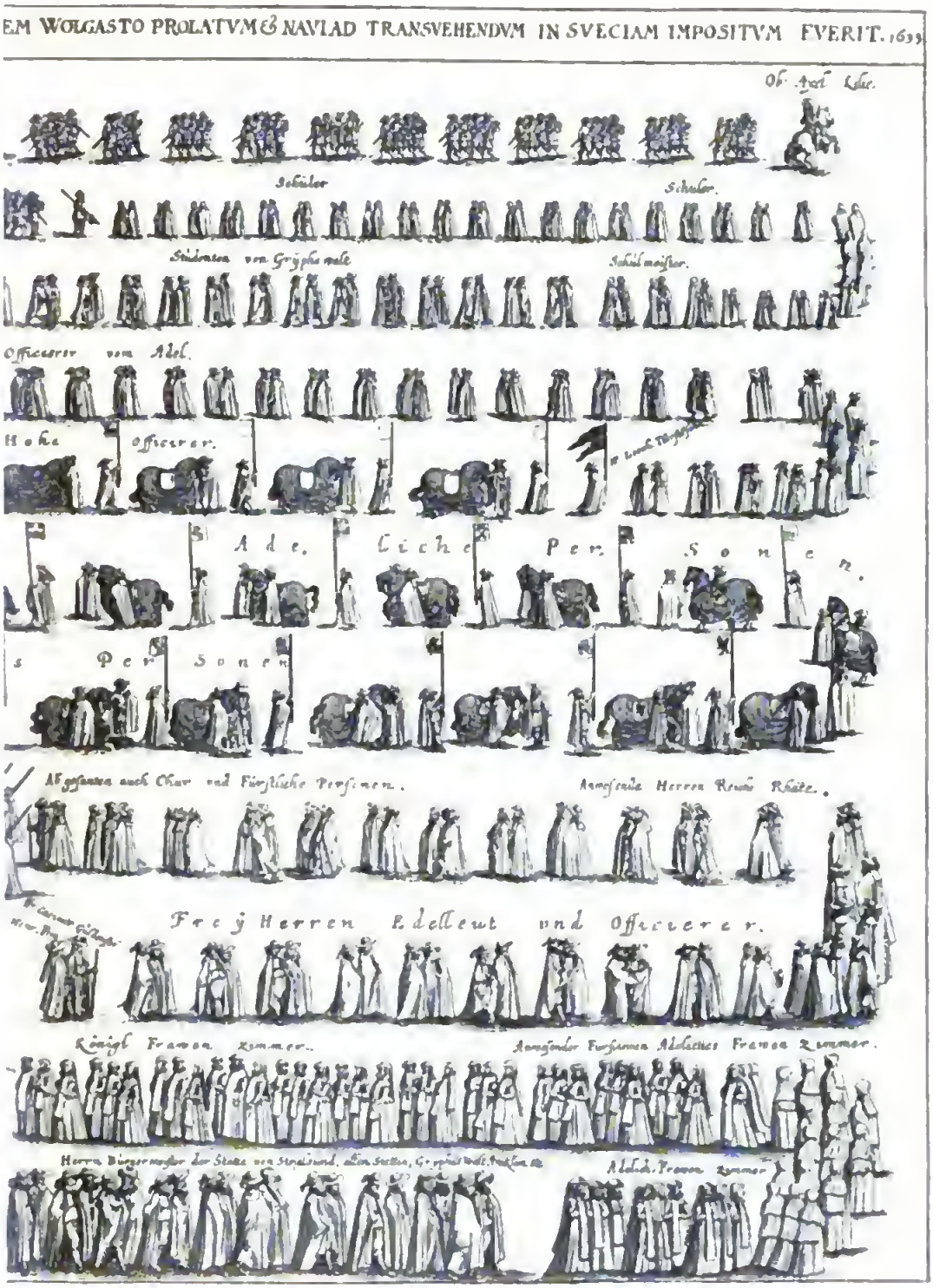
Am allerempfindlichſten aber traf ſein Tod vor Allem ſein ſchwediſches Vaterland, für deſſen Größe und univerſale Stellung in Europa er doch in erſter Linie gekämpft hatte. Von allen den großen Gedanken und Entwürfen, die er gehegt und deren Erfüllung er angeſtrebt hat, tritt doch keiner ſo deutlich und faßbar immer und immer wieder in ſeinem ganzen Leben und Wirken hervor, als der, ſein ſchwediſches Königreich zur beherrſchenden Macht im europäiſchen Norden, zu einer baltiſchen Großmacht mit der unumſchränkten Herrſchaft über die Oſtſee zu erheben. Dieſem großen Ziele hatte er im letzten Grunde auch in ſeinem deutſchen Kriege nachgeſtrebt, die Erwerbung der pommerſchen Oſtſeeküſte iſt das A und O, welches in ſeinen Friedensbedingungen und Entſchädigungsforderungen immer wiederkehrt. Dieſem Ziele zu Liebe hatte das arme ſchwediſche Land die ungeheuren Opfer getragen, welche die großartige europäiſche Politik des Königs erfordert hatte. Mit ſeinem Tode wurde es im höchſten Maße zweifelhaft, ob dieſe Opfer nicht völlig vergeblich gebracht ſeien, ob es überhaupt möglich ſein würde, den deutſchen Krieg fortzuſetzen.

Für dieſe Frage war es vor Allem von entſcheidender Bedeutung, ob die proteſtantiſchen Fürſten Deutſchlands, die mit dem Könige Bündniſſe geſchloſſen hatten, geneigt ſein würden, dieſelben auch nach ſeinem Tode aufrecht zu erhalten. Das konnte mehr als zweifelhaft erſcheinen, da es allgemein bekannt war, daß die mächtigſten dieſer Fürſten, die Kurfürſten von Brandenburg und Sachſen, ſich nur gezwungen dem Könige angeſchloſſen, der letztere aber ſchon bei des Königs Lebzeiten deutlich hatte erkennen laſſen, daß ihm das ſchwediſche Bündniß anfange drückend zu erſcheinen. Alle dieſe ſchweren Sorgen erhöhten den Schmerz, den des Königs treue Schweden und deren feſte Anhänger über den Tod deſſelben empfanden.

Wohl geſchahen alsbald nach der Schlacht bei Lützen die erforderlichen Schritte, um wenigſtens proviſoriſch ein Zuſammenhalten der Schöpfung des Königs zu ermöglichen. Als das ſchwediſche Heer am 17. November den Leichnam Guſtav Adolfs in düſterem Trauerzuge nach Weißenfels überführt hatte, rief es, einer unwillkürlichen Eingebung folgend, den jungen Herzog



Leichenzug Guſtav Adolfs von Schweden in Wolgaſt; 16



53. Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches

Bernhard von Weimar, der nach des Königs Tode bei Lützen die Führung übernommen und durch ſeine edlen perſönlichen Eigenſchaften wie durch ſeine hervorragende ſtrategiſche Begabung ſich das Vertrauen der Truppen erworben hatte, zu ſeinem Feldherrn aus. Sein Bruder, Herzog Wilhelm von Weimar, der formell der Generallieutenant des Königs geweſen war, mußte ſich wohl oder übel der vollzogenen Thatſache fügen. Die Schweden drüben in der Heimath aber bekundeten alsbald ihren Willen, das von ihrem großen und geliebten Fürſten begonnene Werk nach Kräften in ſeinem Geiſte weiterzuführen, indem der Reichsrath alsbald nach Empfang der Trauerkunde die politiſche und militäriſche Leitung der ſchwediſchen Angelegenheiten in Deutſchland dem thatkräftigen und durchaus vom Geiſte Guſtav Adolfs erfüllten Reichskanzler Oxenſtierna übertrug, der von dem Könige noch kurz vor ſeinem Tode vorahnend zum Vollſtrecker ſeines Willens gemacht worden war. Während alſo in Schweden an Stelle der unmündigen Tochter des Gefallenen, Chriſtine, eine vormundſchaftliche Regierung trat, nahm Oxenſtierna die Leitung der ſchwediſchen Politik in Deutſchland in die Hand. Die Aufgabe, die er übernahm, war eine unermeßlich ſchwierige. Dem Heere, auf dem die Fortführung des von Guſtav Adolf begonnenen Unternehmens beruhte, war nicht bloß der geniale Führer genommen, zu dem es mit unbedingtem Vertrauen aufblickte, es war auch ſelbſt nicht mehr das alte, mit dem der König vor anderthalb Jahren auf deutſchem Boden gelandet war. Die Nachſchübe, welche von Schweden von Zeit zu Zeit eingetroffen waren, hatten bei weitem nicht genügt, auch nur die Lücken zu ergänzen, viel weniger die Truppenmacht ſo zu vergrößern, wie es für das immer weiter ausgreifende Unternehmen Guſtav Adolfs erforderlich war. Das Heer beſtand daher zu vier Fünfteln aus in Deutſchland angeworbenen Truppen, die ſchwediſchen bildeten nur den Stamm des Ganzen. In dieſem gemiſchten Heere war es dem Könige noch allenfalls gelungen, die alte Zucht und Disciplin aufrecht zu erhalten. Nach ſeinem Tode aber unterſchied es ſich bald in nichts mehr von den anderen Soldtruppen, ſondern wetteiferte mit dieſen in rückſichtsloſer Ausbeutung und Brandſchatzung der heimgeſuchten Gegenden, zumal ihm in der letzten Zeit auch der Sold nicht mehr mit der alten Regelmäßigkeit ausgezahlt worden war.

Noch bei weitem größer aber waren die politiſchen Schwierigkeiten, die ſich der Fortführung des Krieges in der bisherigen Weiſe entgegenſtellten. Vor Allem ſollte es ſich nur zu bald zeigen, daß es dem Reichskanzler nicht in demſelben Maße wie dem Könige gelingen werde, die volle Unabhängigkeit der ſchwediſchen Kriegführung von Frankreich zu wahren. Von Anfang an hatte der große franzöſiſche Staatsmann als Entgelt für ſeine Subſidienzahlungen einen beſtimmenden Einfluß auf die Kriegführung zu erlangen geſtrebt. Guſtav Adolf war dieſem Streben erfolgreich entgegengetreten, er hatte vor Allem ſich ſtets geweigert, Richelieu Erwerbungen auf deutſchem Boden zu geſtatten. Mit ſeinem Tode wurde auch das anders. Der franzöſiſche Einfluß mußte in demſelben Grade wachſen, in welchem es für Schweden ſchwie-

riger wurde, die deutſchen Bundesgenoſſen auch ferner auf ſeiner Seite feſtzuhalten.

Wie ſchwer das aber ſein würde, zeigte ſich nur zu ſchnell bei den Verhandlungen, welche alsbald im December 1632 von Oxenſtierna und Bernhard von Weimar mit dem Kurfürſten von Sachſen eröffnet wurden. Johann Georg erklärte von vornherein unverhohlen, daß ſein Bündniß mit Guſtav Adolf rein perſönlicher Art geweſen und mit deſſen Tode erloſchen ſei. Daraus zog er nun allerdings noch nicht die Folgerung, ſich von dem ſchwediſchen Bündniſſe loszuſagen, aber in keinem Falle war er geneigt, ſich dem einfachen ſchwediſchen Edelmanne, d. h. dem Reichskanzler, in derſelben Weiſe unterzuordnen wie dem verſtorbenen Könige. Er kam vielmehr jetzt mit doppelter Lebhaftigkeit auf jenen alten Gedanken einer dritten, ihm unterſtellten Partei zurück, von deſſen Ausführung ihn Guſtav Adolf ſchon nur mit vieler Mühe abgehalten hatte. Er betrachtete ſich nunmehr als das Haupt des evangeliſchen Deutſchlands und beanſpruchte für ſich das Directorium, wenn nicht des ganzen Krieges, ſo doch über die Contingente der deutſchen Proteſtanten. Der ſchwediſche Kanzler ſah ſich daher ſehr bald genöthigt, von ſeinem urſprünglichen Gedanken, nach welchem das ganze evangeliſche Deutſchland als corpus evangelicorum im Sinne des Königs mit Schweden unter deſſen alleinigem Directorium einen auf ſtraffe Organiſation begründeten Bund bilden ſollte, zurückzukommen. Zwar ſchlug er einen ſolchen, den er ohne Zweifel mit Recht für das Beſte hielt, noch vor, allein er ließ ſich doch gleich von vornherein herbei, noch zwei andere Wege zu bezeichnen, die man einſchlagen könne, nämlich entweder ſtatt eines zwei corpora zu bilden, deren eines dem ſchwediſchen, das andere dem ſächſiſchen Directorium unterſtehen ſollte, oder, als äußerſte Eventualität, ein evangeliſch-deutſches corpus ohne Schweden zu bilden, ſo daß dieſes den deutſchen Krieg, natürlich gegen eine angemeſſene Entſchädigung, ganz aufgegeben und die Fortſetzung deſſelben den deutſchen Fürſten allein überlaſſen hätte. Am liebſten hätte Johann Georg den letzteren Weg gewählt, wenn er nur gangbar geweſen wäre. Allein er mußte ſich ſagen, daß einmal die Kräfte der deutſchen Fürſten für ein ſolches Unternehmen nicht ausreichen würden, und daß auf der anderen Seite die Friedensanerbietungen, die ihm der Kaiſer gemacht hatte und zu machen fortfuhr, ſofort weit weniger günſtig ausfallen würden, wenn die Unterſtützung der deutſchen Proteſtanten durch Schweden nicht mehr zur Nachgiebigkeit gedrängt hätte. So entſchloß er ſich zunächſt, zumal der Kurfürſt Georg Wilhelm von Brandenburg bei einer Zuſammenkunft in Dresden ſich im Weſentlichen für Feſthalten an Schweden ausſprach, den zweiten jener Wege zu wählen, d. h. ſich für die Bildung zweier corpora, deren eines unter Oxenſtierna, das andere unter ihm ſelbſt ſtehen ſollte, zu erklären. Nur wünſchte er, daß ſein Directorium ſich nicht bloß, wie der ſchwediſche Kanzler forderte, auf ſein eigenes kurſächſiſches Heer erſtreckte. Für Oxenſtierna kam daher zunächſt Alles darauf an, wenigſtens die weſt-

ILLVSTRISSIMVS DD AXELIUS OXENSTIERNA, LIB BARO IN KYMITHO, DOM IN FYHOLMEN, ET TYDOYEN etc. EQVES SACRÆ REGIÆ MAIESTATIS REGNORUMQUE SUECIÆ SENATOR CANCELLARIUS AD EXERCITUM SUMMA CUM POTESTATE PER UNIVERSAM GERMANIAM LEGAT, AC EVANGELI FOEDER DIRECT

Tales ab Arctois venit Oxenstiernius oris,
Rebus in ambiguis invicti Principis ingens
Consultor Belli fulmen, qui sustinet unus
Cæsareas aquilas, inceptorumq laborum
Gustavi magni magnus promotor, et acea
Iniusti vindex libertatisq redemptor

Axel Oxenstierna.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Hendrik Hondius d. J. (1588—1658).

deutſchen Fürſten zu einem feſten Bunde mit Schweden zu veranlaſſen; dann konnte er leichter die Führung des Krieges auf dem öſtlichen Kriegsſchauplatze dem ſächſiſchen Directorium überlaſſen.

Er wandte ſich daher jetzt an die oberdeutſchen Reichskreiſe, die er im März in Heilbronn um ſich verſammelte, um mit ihnen ein Separatbündniß abzuſchließen. Allein ſchon jetzt bekam er die Gegenwirkungen der franzöſiſchen Politik zu ſpüren. Richelieu wünſchte zwar naturgemäß, daß Schweden auch ferner am deutſchen Kriege ſich betheilige und daß ein Bund mit den deutſchen Fürſten zu Stande komme. Allein er wollte Schweden in demſelben nicht zu mächtig werden laſſen, ſondern in eine gewiſſe Abhängigkeit von dem Bunde und damit auch von Frankreich bringen. Denn ſchon längſt waren ihm die großartigen Erfolge des „Gothenkönigs“ unheimlich vorgekommen, ſo daß ihm ſein Tod in manchem Betracht nicht unwillkommen war. Er hatte ſofort das richige Gefühl, daß dadurch Frankreichs Macht und Einfluß im deutſchen Kriege ſehr erheblich wachſen werde. Jetzt konnte es gelingen, das alte Ziel der franzöſiſchen Vergrößerungspolitik, das linke Rheinufer, zu gewinnen, für deſſen Erreichung in dem Kriege mit dem aufſäſſigen Herzoge von Lothringen ſchon ein vielverſprechender Anfang gemacht worden war. Der Geſandte, den Richelieu nach Heilbronn gehen ließ, Feuquières, erhielt daher die Weiſung, zwar für das Zuſtandekommen eines Bundes mit den oberdeutſchen Ständen zu wirken, aber auch dafür zu ſorgen, daß die Stellung Schwedens in demſelben nicht eine allzu vorherrſchende werde. In Folge dieſer Einwirkung konnte es Oxenſtierna in Heilbronn nur mit großer Mühe erreichen, daß ihm die oberdeutſchen und die beiden rheiniſchen Kreiſe das Directorium und die oberſte Entſcheidung in allen Kriegsſachen einräumten. Aber er mußte es ſich gefallen laſſen, daß ihm ein Bundesrath (consilium formatum) zur Seite trat, in welchem neben ſieben ſtändiſchen Mitgliedern nur drei ſchwediſche ſaßen und durch welchen er in allen ſeinen Maßnahmen behindert wurde. Zugleich wurde auf dem Heilbronner Convente beſchloſſen, die Pfalz den Erben des bald nach dem Könige (am 27. November 1632) verſtorbenen Pfalzgrafen Friedrichs V. zurückzugeben. Da der älteſte Sohn Karl Ludwig noch unmündig war, übernahm der Bruder des Verſtorbenen, Ludwig Philipp, die Adminiſtration der Pfalz. So wurde jetzt unter ſchwediſcher Mitwirkung endlich das auf dem Regensburger Deputationstage begangene Unrecht wieder gut gemacht.

Während dieſer Verhandlungen war auch das jetzt unter Bernhard von Weimar ſtehende Hauptheer nicht müßig geweſen. Zwar der ſehr geſchwächten kaiſerlichen Armee, welche Wallenſtein nach der Schlacht bei Lützen nach Böhmen zurückgeführt hatte, zu folgen, wie Johann Georg dringend wünſchte und verlangte, glaubte Bernhard zunächſt nicht wagen zu dürfen. Dagegen

SERENISSIMUS, FORTISSIMUSQ, PRINCEPS AC DOMINUS D BERNHARDUS DUX SAXONIÆ IULIÆ, CLIVORUM, MONTIUMQ LANTGRAVIUS THURINGIÆ, BURGGRAVIUS MAGDE. BURGENSIS COMES MARCÆ ET RAVENSPERGÆ DOMINUS IN RAVENSTEIN, REGIÆ MAIESTATIS REGNORUMQ SUECIÆ, UT ET PRINCIPUM AC STATUUM EVANGELICORUM SUPREMUS MILITIÆ DUX

Bernhard von Weimar.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Wilhelm Hondius (geb. 1600).

gelang es ihm in kurzer Zeit, das Meißener Gebiet von den dort noch ſtehenden kaiſerlichen Beſatzungen in Chemnitz und Freiberg zu befreien und am 27. December 1632 auch Zwickau zu nehmen. Danach aber wurde in einem in Altenburg abgehaltenen Kriegsrathe beſchloſſen, das Heer zu theilen. Die größere, etwa 14000 Mann zählende Hälfte, erhielt Herzog Georg von Lüneburg, um im Verein mit dem tapferen Landgrafen Wilhelm von Heſſen den Kampf in Norddeutſchland zu übernehmen und dem kaiſerlichen General Gronsfeld entgegenzutreten. Bernhard ſelbſt bezog mit der kleineren Hälfte Winterquartiere im Bambergiſchen, um im Verein mit dem Feldmarſchall Horn, der im Herbſt 1632 von Guſtav Adolf mit dem Oberbefehl in Schwaben und Bayern betraut worden war, den Krieg in Süddeutſchland zu führen. Die kurfürſtlich ſächſiſche Armee aber, die unter dem Commando des Feldmarſchalls Arnim ſtand, verblieb in Schleſien und vereinigte ſich im Januar mit dem dort ſtehenden ſchwediſchen Heere unter Duvall und erhielt ſpäter noch Verſtärkung durch einige brandenburgiſche Regimenter.

Sobald Bernhard in Bamberg angekommen war, entwarf er alsbald einen umfaſſenden Kriegsplan, der es deutlich zeigte, daß er nicht vergeblich in Guſtav Adolfs Schule gegangen, daß er ein nicht unwürdiger Nachfolger des großen Königs war. Während Horn und Banér in Schwaben dem Kurfürſten Maximilian und dem Wallenſteinſchen General Aldringer gegenüber ſich erfolgreich behaupteten, gedachte Bernhard im Frühjahr zunächſt eine Demonſtration gegen Böhmen zu unternehmen, um den in Schleſien ſtehenden ſächſiſchen Truppen Actionsfreiheit zu verſchaffen. Sein unter mannigfachen Kreuz- und Querzügen ſtets feſtgehaltener Hauptgedanke aber war die Einnahme der alten Reichsſtadt Regensburg, welche die Stellung der ſchwediſchen Truppen in Bayern ſichern und ihnen zugleich den Zugang zu den öſterreichiſchen Erbländern eröffnen ſollte. Dieſes Ziel aber konnte nur erreicht werden, wenn es gelang, Wallenſtein mit ſeinem in den Winterquartieren noch erheblich vermehrten Heere vom weſtlichen Kriegsſchauplatze fern- und in Böhmen und Schleſien feſtzuhalten. Zu dieſem Ende forderte Bernhard die ſächſiſchen Truppen auf, Wallenſtein in Böhmen aufzuſuchen und nach dieſer Seite hin abzulenken. Um aber während ſeines Zuges nach Süddeutſchland Franken zu decken, verlangte er, daß ſein Bruder Wilhelm, der in Saalfeld in Thüringen ein kleineres Heer geſammelt hatte, nach Schweinfurt ziehe, von wo aus er auch das bei Eger ſtehende Holckſche Corps beobachten und von einem Einfall in die Oberpfalz abhalten konnte. Aber nur mit Mühe und nach langem Zögern war Wilhelm zu bewegen, dieſer Anordnung Folge zu leiſten. Er konnte es noch immer nicht verwinden, daß er als früherer Generallieutenant des Königs ſeinem jüngeren Bruder untergeordnet werden ſollte, und hatte, um ſelbſt einen ſelbſtändigen Oberbefehl zu erhalten, einen von dem Bernhards nicht unerheblich abweichenden Feldzugsplan entworfen, bei dem ihm ſelbſt die Hauptrolle zufallen ſollte. Es bedurfte der energiſchen Mahnungen Oxenſtiernas, um ihn zu veranlaſſen, ſich zu fügen.

Als nun im März Horn durch Aldringer in Bayern in Bedrängniß gerieth und ſich um Hilfe an Bernhard wandte, beſchloß dieſer, alsbald an die Ausführung ſeines Planes zu gehen. Er marſchirte über Nürnberg nach Ansbach und wollte, nachdem er hier die Regat erreicht hatte, den weiteren Vormarſch durch das Thal der Altmühl nehmen. Hier ſtellte ſich ihm der kühne bayriſche Reiterführer Johann von Werth, der vom einfachen Reitersmanne zu ſeiner Stellung emporgeſtiegen und einer der populärſten Helden Bayerns war, entgegen, wurde aber in mehreren Gefechten, bei Altenried und Ohrnbau, von Bernhard zurückgeſchlagen, dem jetzt der Weg zur Donau offenſtand. Am 8. April vereinigte er ſich zwiſchen Augsburg und Donauwörth mit dem Feldmarſchall Horn. Dadurch gerieth Bayern von Neuem wie vor einem Jahre in große Gefahr, und Maximilian verfehlte nicht, ſich mit dringenden Hilfsgeſuchen an Wallenſtein zu wenden.

Allein dieſer glaubte es nicht verantworten zu können, mit ſeinem ganzen Heere dem bedrängten Bayernfürſten zu Hilfe zu kommen und in Folge deſſen die ſchleſiſchen und böhmiſchen Erblande des Kaiſers dem ſächſiſchen Heere preiszugeben. Dort im Südweſten konnte nach ſeiner Anſicht durch eine geſchickt geleitete Defenſive des unter Aldringer ſtehenden, wiederholt von ihm durch Succurs verſtärkten Heerestheils jede ernſtliche Gefahr eines Einbruchs der Schweden in Oeſterreich vermieden werden. Dazu kam, daß er bei Bernhard und Horn eine ſolche Abſicht gar nicht vorausſetzte, ja nicht einmal annahm, daß dieſelben überhaupt Bayern mit ernſteren Kriegsunternehmungen heimſuchen würden. Er war vielmehr feſt überzeugt, daß Bernhard, wie er ja in der That im Frühjahr beabſichtigte, einen Vorſtoß gegen Böhmen, wahrſcheinlich im Einverſtändniß und gleichzeitig mit den Sachſen unternehmen werde. Er blieb daher ziemlich tief in das Frühjahr hinein (bis Mai) in Böhmen ſtehen, um ſich im entſcheidenden Augenblicke gegen den einen oder andern der Feinde zu wenden, mochte er nun von Oſten oder von Weſten kommen. Entſcheidend aber war für ihn vor Allem der Geſichtspunkt, daß mit den Sachſen ſchon im März durch kaiſerliche Commiſſare Friedensverhandlungen angeknüpft worden waren, deren Erfolg und weiteren Verlauf er abwarten wollte. Führten ſie zum Ziele, dann konnte er ſich mit voller Kraft nach Weſten, nach „dem Reiche“ wenden und dort dem Kriege eine entſcheidende Wendung geben. Nach ſeinem alten Grundſatze, daß Friedensverhandlungen und Kriegführung ſich gegenſeitig unterſtützen müßten, beſchloß er darum endlich, den Hauptnachdruck des Krieges gegen denjenigen Feind zu wenden, welchen zu ſich herüberzuziehen ihm am meiſten am Herzen lag, d. h. gegen die Sachſen. Danach war es ganz folgerichtig, wenn er den Krieg „im Reiche“ vorläufig ohne größere Entſcheidungen rein vertheidigungsweiſe geführt wiſſen wollte und dementſprechend Aldringer anwies, ſich nach Ingolſtadt zurückzuziehen und dort ſtets für ſeine Verbindung mit dem Hauptheer Sorge zu tragen. Natürlich war das wenig nach dem Sinne Maximilians, der vielmehr wünſchte, daß Aldringer vor Allem ſein Bayernland

decke. Er entſchloß ſich daher zu einem ſehr bedenklichen Schritte, der nach der ganzen Sinnesart Wallenſteins leicht zu einem ernſten Conflicte mit dieſem führen konnte. Er forderte Aldringer auf, an die Iſar und nach München zu marſchiren, unter dem Vorgeben, Wallenſtein habe erklärt, daß es ihm gleichgiltig ſei, ob ſich Aldringer dorthin oder nach Ingolſtadt wende. In Folge deſſen kam dieſer der Aufforderung nach, vereinigte ſich bei Aichach mit Johann von Werth und ging dann, als Bernhard und Horn am 9. April bei Augsburg den Lech überſchritten, nach München.

Das hätte für Ingolſtadt und Regensburg, auf welches nach wie vor Bernhard ſein Hauptaugenmerk gerichtet hatte, ſowie für die Verbindung Aldringers mit dem böhmiſchen Hauptheere verhängnißvoll werden können, wenn nicht eben jetzt Bernhard und Horn durch eine unter den nicht bezahlten deutſchen Oberſten ihres Heeres ausbrechende Gährung, die alsbald ſehr gefährliche Dimenſionen annahm, an jeder größeren Unternehmung gehindert worden wären. Dadurch war erſt Horn, dann Bernhard ſelbſt genöthigt, ſich vom Heere weg zu Oxenſtierna zu begeben, um bei dieſem wenigſtens eine theilweiſe Befriedigung der Soldforderungen, welche von jenen Officieren am 20. April in einem großen an den Reichskanzler gerichteten Schriftſtücke zuſammengefaßt worden waren, zu erwirken. So war das ſchwediſche Heer in Bayern zunächſt zur Unthätigkeit gezwungen; die kriegeriſchen Operationen geriethen ins Stocken, Aldringer vermochte ſich in der Hauptſache zu behaupten.

Die Verhandlungen über jene Soldforderungen aber zogen ſich ſehr in die Länge, da die Stände des Heilbronner Bundes, welcher ſoeben erſt begründet wurde, wenig geneigt und wahrſcheinlich auch nicht im Stande waren, die großen Summen, welche hierzu erforderlich waren, da manche Oberſten ſeit faſt einem Jahre keine Zahlungen erhalten hatten, zur Verfügung zu ſtellen. Mit Mühe wurde es erreicht, daß wenigſtens ein Monatsſold zur Auszahlung gelangen konnte. Im Uebrigen verfiel Oxenſtierna in ſeiner Verlegenheit auf den Ausweg, den Herzog Bernhard ſelbſt und die Oberſten des Heeres durch Verleihung eroberter oder ſäculariſirter Güter zufriedenzuſtellen. Es machte allenthalben großes Aufſehen, daß Bernhard von Weimar, ohne Zweifel der begabteſte und am meiſten national geſinnte der deutſchen Fürſtenſöhne, welche im ſchwediſchen Heere dienten, es über ſich gewann, ſich das aus den Bisthümern Bamberg und Würzburg gebildete Herzogthum Franken, deſſen Errichtung ſchon Guſtav Adolf beabſichtigt hatte, als ſchwediſches Lehen von Oxenſtierna übertragen zu laſſen (Juni 1633). Wohl war es an ſich erklärlich, daß in einer Zeit, in welcher gewaltſame Beſitzveränderungen in den deutſchen Fürſtenthümern nachgerade eine häufige Erſcheinung geworden waren, ein junger länderloſer Fürſt, der von hohem Ehrgeiz erfüllt war und dadurch die Mittel und die Möglichkeit zu einer nationalen Politik in größerem Maßſtabe zu erlangen hoffte, danach ſtrebte, in den Beſitz eines eigenen Fürſtenthums zu gelangen. Und auch der Gedanke, dieſes Ziel auf dem Wege einer umfaſſenden Säculariſation geiſtlicher Güter zu erlangen, lag

HIC EST IOANNES DE WERTH VIR CVIVS VIRTVS
NVLLOS TITVLOS AMBIT. OMNES MERETVR. MAR.
TI MILES HOSTI TERROR EXEMPLVM MAGNIS DVCIBVS.

Pulchrior eſt miles duro in Certamine cæſus,
Quam ſalvus, Voluit qui dare terga fugæ.

Paulus Furſt Excudit A. 1637

General Johann von Werth.

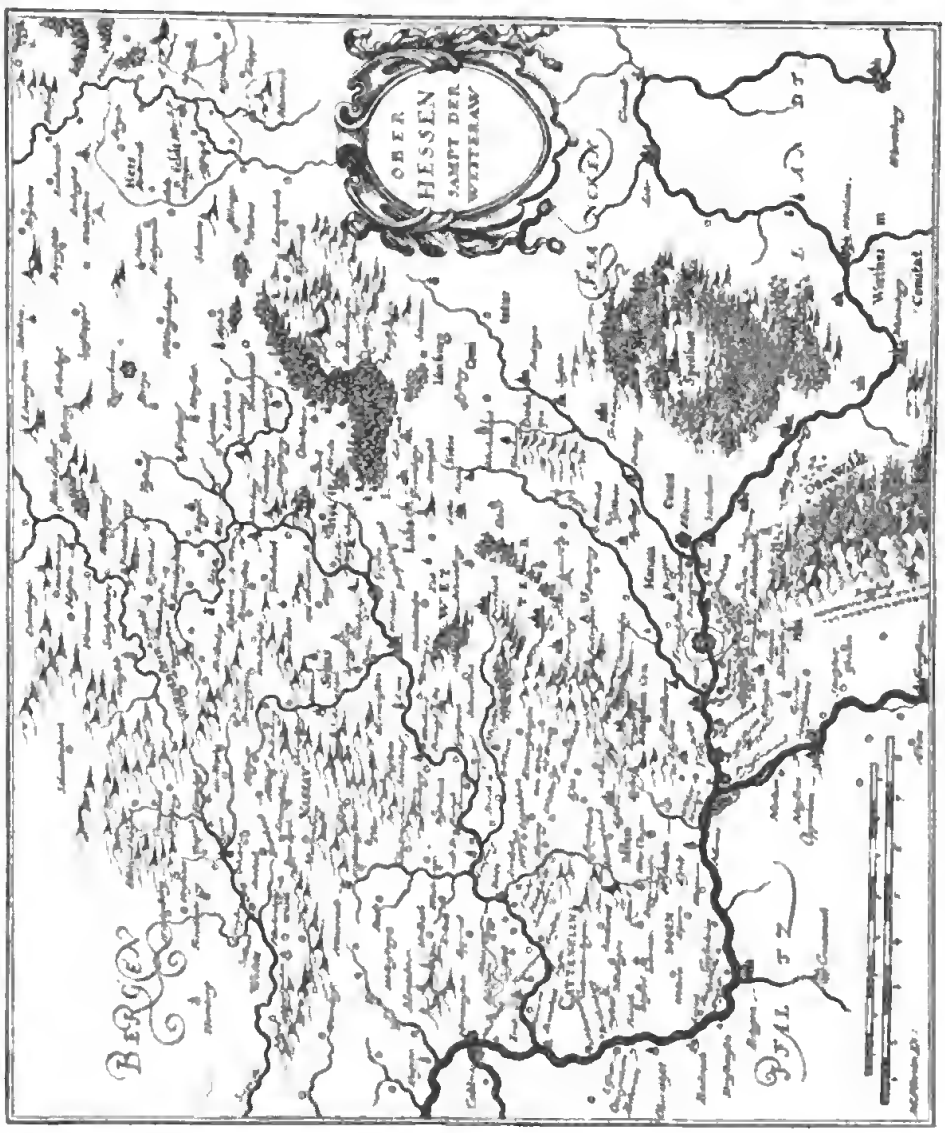
Verkleinertes Facſimile eines Kupferſtiches, 1637, von Paulus Fürſt.

gleichſam in der Luft und iſt in den Friedensverhandlungen bis zum weſtfäliſchen Frieden hin immer wieder aufgetaucht. Das Bedenkliche dabei aber war in dieſem Falle, daß Bernhard dieſes Fürſtenthum aus den Händen einer fremden Macht entgegennahm und dadurch im vollen Sinne des Wortes Vaſall von Schweden wurde, an das bei einem Ausſterben ſeines Geſchlechts das ihm übergebene Fürſtenthum als erledigtes Lehen heimfallen mußte. Und in ähnlicher Weiſe wurde mit den anderen Officieren verfahren; ſie alle erhielten ihre Güterentſchädigungen für die Soldrückſtände in der Form ſchwediſcher Kronlehen.

Nachdem Bernhard von ſeinem neuen Herzogthum Beſitz ergriffen hatte, dachte er noch einmal an eine umfaſſende Diverſion gegen Böhmen. Er wurde dazu durch die Hilferufe veranlaßt, die von Sachſen her an ihn ergingen, wo ein größeres kaiſerliches Corps unter Holck einen verheerenden Einfall in das Meißener Gebiet gemacht hatte. Aber als nun Bernhard über Hof und Kulmbach heranzog, empfing er die Nachricht, daß die Sachſen inzwiſchen einen Waffenſtillſtand mit Wallenſtein geſchloſſen hatten (Auguſt). Trotzdem dachte Bernhard ſein Unternehmen gegen Holck ins Werk zu ſetzen, ſo ſehr er auch über die Haltung ſeines albertiniſchen Vetters erbittert war. Allein Oxenſtierna drang nunmehr darauf, daß Bernhard nach Süddeutſchland zurückkehre, um dort im Verein mit Horn den Kampf gegen Aldringer wieder aufzunehmen. Dort aber waren während ſeiner Abweſenheit am Rhein und Main mancherlei tiefgreifende Veränderungen der allgemeinen Lage vor ſich gegangen.

Die kriegeriſchen Operationen im Frühjahr und Sommer 1633 hatten bis jetzt einen für Schweden und ſeine Verbündeten nicht ungünſtigen Verlauf genommen. Für den Kaiſer wie für das habsburgiſche Geſammthaus war es vor Allem von ſchwerſter Bedeutung, daß die ganze Rheinlinie faſt völlig in den Händen der aus Schweden, Frankreich und Holland beſtehenden antihabsburgiſchen Coalition war. Die oberrheiniſchen Gebiete waren bis auf Hagenau, Philippsburg und Breiſach von den Schweden eingenommen worden. In der Pfalz hatte Pfalzgraf Chriſtian von Birkenfeld Heidelberg erobert und im Auguſt den mit dem Kaiſer verbündeten Herzog von Lothringen bei Pfaffenhofen geſchlagen, am Niederrhein hatten die Holländer in ihrem Kriege gegen Spanien die cleviſche Feſtung Rheinfelden eingenommen. Der Sieg, welchen die niederdeutſche Armee unter Herzog Georg von Lüneburg über den kaiſerlichen General Gronsfeld am 8. Juli bei Heſſiſch-Oldendorf errungen hatte, machte auch in Holland ſeine Wirkung geltend. Rechnet man hinzu, daß Bernhard und Horn durch ihr Vorrücken nach Bayern die Tyroler Alpenpäſſe bedrohten, ſo erkennt man, in wie großer Gefahr namentlich Spanien ſchwebte, die mit ſo großer Mühe errungene Verbindung zwiſchen ſeinen italieniſchen und niederländiſchen Beſitzungen völlig zu verlieren. Aus dieſem Grunde hatte Philipp IV.

schon im Frühjahr 1633 den Gedanken gefaßt, seinem Gouverneur in Mailand, Herzoge von Feria, den Befehl zu geben, ein Heer im Elsaß aufzustellen, welches den Krieg in Oberdeutschland selbständig, d. h. von Wallenstein unabhängig, führen sollte. Er sprach den Wunsch aus, das Wallensteinsche Corps



Karte von Oberhessen und der Wetterau.
Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches in „Theatrum Europaeum", 1670

unter Aldringer möge dem Oberbefehle Ferias unterstellt werden. Wir wissen aber, daß dies der mit Wallenstein geschlossenen Capitulation widersprach. Aber nicht bloß aus diesem Grunde, sondern auch weil thatsächlich sein strategischer Grundgedanke, nach welchem er nach Beendigung des Krieges in Schlesien selbst nach dem Reiche kommen und dort die Entscheidung bringen

wollte, dadurch völlig durchkreuzt wurde, proteſtirte Wallenſtein energiſch gegen Ferias Erſcheinen auf deutſchem Boden. Allein die damals ſchon ſehr eifrig thätige, Wallenſtein feindlich geſinnte Partei im Bunde mit dem ſpaniſchen Geſandten Caſtañeda wußte es durchzuſetzen, daß Ferdinand, zwar nicht das Verlangen, Aldringer ſollte Feria unterſtellt werden, erfüllte, wohl aber den Anzug Ferias geſtattete. Wir werden ſehen, wie dieſe Thatſache zur Verſchärfung des Conflictes zwiſchen dem Kaiſer und ſeinem Feldherrn ſehr erheblich beigetragen hat.

Für die Lage der ſchwediſchen Armee in Süddeutſchland aber wurde dieſer Einmarſch Ferias, der über Klauſen und Füßen im September erfolgte, von um ſo ſchwererer Bedeutung, als Horn ſich in der Abweſenheit Bernhards mit allen ſeinen, etwa 6000 Mann zählenden Truppen von dem Bernhardſchen Hauptheere, das er demnach ohne Führer zurückließ, getrennt hatte, um eine unter dieſen Umſtänden ziemlich zweckloſe Belagerung von Conſtanz zu unternehmen. So vermochte Bernhard, als er nun zum Heere zurückkehrte, die Vereinigung Ferias mit Aldringer, der inzwiſchen die Erlaubniß dazu doch noch erhalten hatte, nicht zu verhindern, ebenſo wenig aber den Entſatz von Conſtanz und Breiſach durch die vereinigten Heere der Gegner zu vereiteln. Mit Mühe gelang es ihm, die Verbindung mit Horn wiederherzuſtellen. Allein an ein Zuſammenwirken mit demſelben war jetzt nach dieſem eigenmächtigen Vorgehen Horns nicht mehr zu denken. Bernhard erhielt vielmehr dann von Oxenſtierna die Erlaubniß, ſelbſtändig vorzugehen, und kam nunmehr alsbald auf ſeinen alten Gedanken zurück, die alte Reichsſtadt Regensburg zu erobern. Und ſo ungünſtig die Verhältniſſe jetzt hier zu liegen ſchienen, der kühne Streich gelang. Während Aldringer und Feria vor Breiſach lagen, während Wallenſtein aufs Neue feſt davon überzeugt war, Bernhard habe es auf einen Einfall in Böhmen abgeſehen, erſchien dieſer plötzlich am 4. November vor Regensburg und eroberte die überaus wichtige Stadt nach nur zehntägiger Belagerung. Das ganze proteſtantiſche Deutſchland jubelte über die kühne That und begann in Bernhard von Weimar den ebenbürtigen Nachfolger Guſtav Adolfs zu ſehen.

Im wahrſten Sinne verhängnißvoll aber mußte dieſer neue große Erfolg der ſchwediſchen Waffen, der ihnen den Weg in die öſterreichiſchen Erblande zu eröffnen ſchien, für den Mann werden, der durch ſeine Unthätigkeit dieſen ſchweren Verluſt der Kaiſerlichen herbeigeführt hatte: für Wallenſtein.

Die Kataſtrophe Wallenſteins.

Nach der Schlacht bei Lützen hatte Wallenſtein ſein Heer, welches durch die furchtbaren Anſtrengungen und die blutigen Schlachten ſchwer gelitten hatte, in das durch den Krieg ſchon völlig ausgeſogene Böhmerland zurückgeführt und dort die Winterquartiere beziehen laſſen. Daß ihm hieraus ein begründeter Vorwurf nicht gemacht werden kann, erſieht man aus dem Berichte, den der kaiſerliche Abgeſandte Queſtenberg am 20. December 1632 aus Prag nach Wien erſtattete. Hier heißt es: „Die campagna hat dies Jahr lang gewährt, die Soldateska iſt mit der Proſiant über die Maßen ſchlecht gehalten und bei den zweien fürgegangenen Treffen übel zugerichtet, wie in dem letzten in wehrender Schlacht von Freund und Feinden der bagaglio, darin des Soldaten ganze Subſiſtenz conſiſtirt, ſpoliirt worden.“ Deshalb habe der General beſchloſſen, den Winter über den Krieg mit Practiken zu führen, d. h. von Neuem Verhandlungen mit dem Feinde, namentlich mit Sachſen, das er nach Guſtav Adolfs Tode auf ſeine Seite zu bringen hoffe, anzuknüpfen und erſt im Sommer wieder den Krieg mit voller Kraft zu eröffnen. In demſelben Sinne berichtete Wallenſtein ſelbſt an den Wiener Hof, ſo äußerte er ſich auch zu dem Grafen von Wartensleben, der von dem Dänenkönige als Friedensvermittler nach Wien geſchickt war und auf dem Rückwege von dort Wallenſteins Lager in Prag berührte: er fühle jetzt, daß er alt werde; er ſei von Krankheiten geplagt, der Ruhe bedürftig. Niemals habe er größere Vorbereitungen zum Kriege gemacht, aber doch niemals größere Begierde gehabt, Frieden zu ſchließen.

Vorerſt aber mußte die Armee wieder in Stand geſetzt, die Lücken, die der Krieg in ihre Reihen geriſſen hatte, wieder ausgefüllt werden. Von Neuem wurden die Werbetrommeln des Friedländers gerührt, und von Neuem ſtrömten Schaaren Kriegsluſtiger zu den wohlbekannten Fahnen. Wie ein Fürſt erſchien Wallenſtein in ſeinem Heerlager. Trotz der Disciplin und Unterordnung, welche er im Heere zu erhalten wußte, war er der Abgott der Soldaten: denn nie ging wahres Verdienſt und wahre Tapferkeit ohne Belohnung aus, und ſo Manchem war es gelungen, aus der niedrigſten Stellung zu den höchſten Ehren emporzuſteigen. So ſehr Wallenſtein es liebte, inmitten des wilden Geräuſches und Lärmens des Kriegslagers, inmitten der königlichen Pracht ſeiner Hofhaltung ſich in ſtolze und unnahbare Abgeſchiedenheit zurückzuziehen, ſo verſtand er es doch, im rechten Augenblicke dem Soldaten auch perſönlich nahezutreten. Höher faſt als alle materiellen Be-

lohnungen, mit denen er dem Verdienst gegenüber nicht kargte, galt es dann wohl, wenn er bei einem Rundgange im Lager den Einen oder Anderen freundlich anredete, auf die Schulter klopfte und wegen seines Verhaltens belobte. Und wie die Soldaten, so wußte er auch die höheren und niederen Officiere an sich zu fesseln, ja sie waren fast in noch höherem Grade abhängig von ihm. Die Obersten, denen die Anwerbung der Regimenter auf eigene Rechnung übergeben wurde, hielten sich für ihre Vorschüsse, die sie zu diesem Zwecke leisteten, wie für die Auszahlung des Soldes nicht an den Wiener Hof, der fast niemals Geld für das Heer zur Verfügung hatte, sondern an den Feldherrn, auf dessen reicher Freigebigkeit zugleich ihre materielle Existenz beruhte. Wie oft hat Wallenstein nicht Manchem von ihnen alte Schulden bezahlt und die pecuniäre Existenz gesichert! Bei Vielen von ihnen war daher die Hingebung an seine Person eine unbedingte. Und das Alles trotz der unnahbaren Verschlossenheit, die er meist selbst seiner nächsten Umgebung gegenüber beobachtete und die ihn auch den Vertrautesten oft als ein unheimliches, unlösbares Räthsel erscheinen ließ. Vollends der gemeine Mann vermochte bei aller Liebe und anhänglichen Verehrung, die er dem Feldherrn zollte, aus seinem Wesen nie recht klug zu werden. Seine außerordentliche, von dem Gewohnten und Hergebrachten so sehr abweichende Erscheinung hatte etwas Geheimnißvolles, fast Unheimliches an sich. Mit einem aus Verehrung und scheuer Verwunderung gemischten Gefühle sah der Soldat zu ihm empor, wenn der ernste und schweigsame Mann mit seinem Scharlachmantel und der rothen Feder auf dem Hute durch das Lager schritt. Man erzählte sich die wundersamsten Geschichten von den mancherlei Sonderbarkeiten seiner Lebensweise, wie er mit höheren, räthselhaften Mächten im Bunde stehe und seine und anderer Menschen Geschicke in den Sternen lese; mit neugieriger Scheu blickte man auf die Astrologen, mit denen der Fürst in stetem Verkehr war. Es erregte Staunen, wenn man beobachtete, wie er inmitten seines fürstlichen Luxus doch persönlich auf das Einfachste und Mäßigste lebte. Er hielt darauf, daß seine Tafel mit den besten Gerichten reichlich versehen war, daß seine Gäste auf das Stattlichste bewirthet wurden; er selbst ließ die meisten Speisen an sich vorübergehen. Prachtentfaltung und königliche Freigebigkeit hielt er für die nothwendigen Erfordernisse seiner Stellung als Feldherr und Landesfürst. Aber so sehr er für seine Soldaten sorgte und stets eine offene Hand für sie hatte, so unbedingt hielt er auch auf strengste Subordination und pünktlichsten Gehorsam gegen jeden seiner Befehle. Wehe dem, der sich in dieser Richtung etwas zu Schulden kommen ließ. Er konnte dann in einen solchen Zorn gerathen, daß er sich selbst nicht mehr kannte und die sonst so meisterhaft bewahrte Herrschaft über sich völlig verlor. In seiner Umgebung hieß es dann, er habe seinen „Schiefer". Dann vermied es Jeder, ihm zu nahen, dann heischte er unbedingte Ruhe. Er selbst kannte diesen Zustand und suchte alles zu vermeiden, was ihn herbeiführen konnte.

Aber auch im Heerlager war er nie bloß Feldherr, sondern auch Staatsmann und Landesfürst. Mitten in den Wirren des Krieges und den mancherlei Gefahren des Augenblicks hatte er noch Zeit und Muße zu einer detaillirten Obsorge für sein Fürstenthum Friedland; denn nicht nur als Feldherr, sondern vor Allem als souveräner Landesfürst, dessen Dienstverhältniß zu dem Kaiser nur ein vorübergehendes sei, hat er sich stets gefühlt. Fortwährend dachte er an die Hebung seiner Hauptstadt Gitschin, an die wirthschaftliche und geistige Wohlfahrt seiner Unterthanen. Er wollte das Herzogthum Friedland in jeder Beziehung von Böhmen unabhängig machen: selbst die Begründung einer Universität in demselben hat er ernstlich ins Auge gefaßt.

Vor Allem aber lebte und webte er in den umfassendsten und kühnsten politischen Entwürfen. Wie als Feldherr, so war er auch als Politiker keineswegs gemeint, sich als ein bloßes Werkzeug in den Händen des Kaisers zu betrachten. Nicht ohne Grund und Zweck hatte er sich seine Selbständigkeit in beiden Richtungen bei seinem Wiedereintritt gewahrt.

Wie nun aber, wenn die Grundrichtung dieser seiner Politik in directen Widerspruch mit der des Kaisers gerieth? Dann mußte der Feldherr nachgeben oder — den Kaiser zwingen, sich seiner politischen Richtung anzuschließen. In der letzteren Möglichkeit lag die ganze Gefahr inbegriffen, welche für den Kaiser damit verknüpft war, daß er eine solche Machtvollkommenheit in die Hand eines so unermeßlich ehrgeizigen und des Gehorsams ungewohnten Mannes gelegt hatte. In der That lag in der Stellung des Kaisers zu seinem Feldherrn ein innerer Widersinn. Nicht der Hof in Wien, sondern das Feldlager des Generals war der Mittelpunkt, in welchem die Fäden der europäischen Politik zusammenliefen. In seinem mit großartiger Pracht ausgestatteten „Friedländer Hause“ in Prag empfing Wallenstein Abgesandte aus aller Herren Ländern. Und er war der Mann dazu, diese diplomatischen Verhandlungen so zu leiten, daß er sich im Nothfall auch dem Kaiser gegenüber seine Unabhängigkeit wahren zu können meinte.

Zunächst zwar waren Kaiser und Feldherr in dem Grundgedanken, von dem die Verhandlungen auszugehen hatten, einig. Ferdinand wie Wallenstein wünschten zu einer Verständigung mit Kursachsen zu gelangen und dieses von den Schweden zu trennen. Aber schon in den Bedingungen, die für eine Vereinbarung zu stellen seien, traten bald gewichtige Differenzen hervor, in denen dann Wallenstein die Gegenwirkung des kaiserlichen Hofes zu spüren bekam und dadurch immer mehr in einen politischen Gegensatz zu dem Kaiser gedrängt wurde, in welchem er kein Bedenken trug, sich in den Verhandlungen mit den Gegnern des Kaisers, die er zunächst als Beauftragter desselben führte, zugleich eine Deckung gegen die feindliche Richtung am Kaiserhofe selbst zu verschaffen. Dadurch aber gerieth er naturgemäß in eine immer zweideutigere Haltung, die endlich im Verein mit der wenig energischen Art seiner Kriegführung, welche allein die Erfolge der Schweden im Westen Deutschlands er-

möglichte, zu einem immer unzweifelhafteren Gegensatz zu der spanisch-katholischen Partei am kaiserlichen Hofe, schließlich aber zu dem Kaiser selbst führte. Dieser Conflict aber mußte ein tragisches Ende nehmen, da der mit unerhörten Vollmachten ausgestattete Feldherr immer entschiedener mit der Absicht hervortrat, den von ihm erstrebten Frieden auch im Gegensatz zum Kaiser durchzuführen. Dadurch wurde seine militärische Macht zu einer Gefahr für den Kaiser, die, von der Wallenstein feindlich gesinnten Partei am Hofe geschickt verwerthet, endlich zu dem Beschluß führte, den General wieder wie dereinst im Jahre 1630 seines Kommandos zu entheben. Diese erneute Schmach über sich ergehen zu lassen, war aber Wallenstein nicht gewillt. Mit schimpflicher Absetzung bedroht, dachte er ernstlich daran, das, was er im Laufe seiner bisherigen Verhandlungen nur ab und zu als möglich erwogen, womit er gleichsam ein gefährliches Spiel getrieben hatte, zur That werden zu lassen, sich mit den Protestanten gegen den Kaiser zu verbinden. Dieser Versuch aber endete mit seinem Untergange.

Suchen wir uns diese stufenweise, ebenso historisch wichtige wie psychologisch das höchste Interesse erweckende Entwickelung, welche die historische Forschung immer und immer wieder unwiderstehlich angezogen hat, wenigstens in den Hauptphasen zu vergegenwärtigen. Volle Klarheit wird über manche dabei auftauchende Frage wohl trotz alles darauf seit zweihundert Jahren verwandten Forscherfleißes niemals erreicht werden, aber über die Grundzüge des Bildes kann nach den in jüngster Zeit aus den schwedischen und sächsischen Archiven veröffentlichten neuen Quellen unserer Kunde ein Zweifel nicht mehr obwalten.

Das wechselnde und complicirte Spiel der Verhandlungen, welche das ganze Jahr 1633 und die ersten Monate des Jahres 1634 erfüllten, begann zunächst sogar ohne directe Theilnahme Wallensteins. Wie schon in dem Augenblicke, da dieser das Generalat wieder übernommen hatte, so war auch jetzt der Kaiser selbst eifrig bestrebt, den Kurfürsten von Sachsen von der Sache Schwedens loszureißen und zu einem Separatfrieden zu bewegen. Als Vermittler bot sich der stets eifrige Friedensstifter Landgraf Georg von Hessen, der schon zu Gustav Adolfs Lebzeiten eine ähnliche Rolle gespielt hatte, an. Er war es, der im März 1633 in Leitmeritz mit den kaiserlichen Abgesandten, an deren Spitze der Bischof Anton von Wien stand, verhandelte. Die kaiserlichen Abgesandten erwiesen sich noch nachgiebiger als früher: nicht nur die Aufhebung des Restitutionsedikts, sondern selbst die völlige Gleichberechtigung der Confessionen, eine paritätische Besetzung des Reichskammergerichts, auch die Herstellung eines Theiles der Pfalz waren sie, wenn auch mit einigen Einschränkungen, zuzugestehen nicht abgeneigt. Auch in Bezug auf die erforderliche Entschädigung Schwedens verhielten sie sich wenigstens nicht völlig ablehnend. Unerbittlich aber zeigten sie sich den Anforderungen gegenüber, welche an den Kaiser persönlich gestellt wurden. Die Herstellung der früheren Zustände in

Böhmen und deſſen incorporirten Ländern wollten ſie nimmermehr zugeſtehen. Mit einer gewiſſen Berechtigung führten ſie aus, daß dem Kaiſer in Bezug auf das Verhältniß der beiden Confeſſionen in ſeinen Erblanden kraft des Grundſatzes cuius regio, eius religio daſſelbe Recht zuſtehe, wie den Fürſten in ihren Territorien. Ebenſo wenig wollten ſie auf die paritätiſche Beſetzung des geheimen Rathes des Kaiſers eingehen. Noch aber ſchien eine Vereinbarung möglich. Indem man ohne definitive Abmachungen von einander ſchied, nahm man doch für den Sommer einen gemeinſamen Friedenscongreß in Breslau oder Prag in Ausſicht.

Die Frage, über die in dieſen Verhandlungen eine tiefgreifende Differenz beſonders klar hervorgetreten war, iſt alſo in erſter Linie die, ob die katholiſche Reaction, welche der Kaiſer nach der Niederwerfung des böhmiſchen Aufſtandes in ſeinen Erbländern durchgeführt hatte, Beſtand haben ſollte oder nicht. Es iſt derſelbe Gegenſatz, der ſpäter in den von Wallenſtein geleiteten Verhandlungen in der Frage, ob das Normaljahr 1618 oder 1622 anzunehmen ſei, wiederkehrt. Eben dadurch, daß Wallenſtein in dieſem Punkte, in dem der Kaiſer nimmermehr nachgeben wollte, dem Begehren der Proteſtanten beitrat, iſt er zuerſt über die Linie der kaiſerlichen Politik hinausgegangen.

Auf den erſten Blick erhellt aber, für wen gerade dieſe Frage von durchgreifender und entſcheidender Bedeutung war. Es waren die böhmiſchen Emigranten unter Thurns Führung, um deren Exiſtenz es ſich dabei handelte. Sie waren es geweſen, welche ſchon im Herbſt 1631 ihre Zwecke durch einen von ihnen ſelbſt auszuführenden Einfall in Böhmen hatten erreichen wollen. Sie hatten für dieſe Abſicht damals die Zuſtimmung Guſtav Adolfs gefunden, und nur daran, daß Arnim mit dem ſächſiſchen Heere ganz unerwartet in Böhmen eingerückt war, war ihr Unternehmen geſcheitert. Aber ſie waren in beſtändiger naher Beziehung zu Schweden geblieben. Eben jetzt, im Frühjahr 1633, entſandte Oxenſtierna den alten Grafen von Thurn nach Schleſien, um dort das Commando über die ſchwediſchen Truppen zu übernehmen. Erinnern wir uns aber, daß dieſer ſelbe Graf Thurn es geweſen war, der an den Verhandlungen zwiſchen Guſtav Adolf und Wallenſtein im Jahre 1631 einen ſehr hervorragenden Antheil genommen hatte, ſo begreift man, was es zu bedeuten hatte, daß dieſe Emigranten jetzt aufs Neue mit Wallenſtein in Verbindung traten, um durch ihn ihre alten Forderungen der Herſtellung der früheren Zuſtände in Böhmen auf dem einen oder dem andern Wege durchzuſetzen. Die Verbindung mit ihnen war es vor Allem, die für Wallenſtein verderblich wurde, ſie waren es, die ihn auf eine verhängnißvolle Bahn zu ziehen und auf derſelben feſtzuhalten ſuchten. Sie wußten, daß Wallenſtein auf religiös-kirchlichem Gebiete ſtets zu größeren Conceſſionen geneigt geweſen war als der Kaiſer. Hier ſuchten ſie einzuſetzen. Sie meinten ihren Zweck am beſten erreichen zu können, wenn ſie auf den alten, ſchon zu Guſtav Adolfs Zeit gefaßten Gedanken, Wallenſtein zum Könige von Böhmen

zu erheben, zurückkämen, der jetzt um ſo leichter durchführbar erſchien, als Friedrich V. inzwiſchen geſtorben war. Gerade hierüber haben die jüngſten Aktenveröffentlichungen ganz neues, überraſchendes Licht verbreitet und gezeigt, daß in dieſer Frage der Bericht Raſchins, der Wallenſtein die Initiative in dieſer Frage zuſchreibt, bewußt zu Ungunſten Wallenſteins die Thatſachen genau auf den Kopf ſtellt. Nicht von dem Feldherrn, ſondern von den Emigranten iſt der Vorſchlag, Wallenſtein auf den böhmiſchen Königsthron zu erheben, ausgegangen, und Raſchin, der in dieſen Verhandlungen gleich anfangs die Mittelsperſon zwiſchen Schweden und Emigranten einerſeits und Wallenſtein andrerſeits geſpielt hat, iſt es ſelbſt geweſen, der einen dahingehenden ſchriftlichen Vorſchlag in Wallenſteins Heerlager überbracht hat.

Noch ehe das kaiſerliche Heer aus ſeinen Winterquartieren aufgebrochen war, erſchien am 26. April, von Thurn entſandt, Seſyma Raſchin in Prag und hatte eine eingehende Unterredung mit Wallenſtein. Dieſer befand ſich gerade in jenen Tagen unzweifelhaft in einer dem Wiener Hofe feindſeligen Stimmung, weil er ſoeben erfahren hatte, daß der Madrider Hof beabſichtige, eine ſpaniſche Armee unter Ferias Oberbefehl im Elſaß aufzuſtellen, während doch in der Znaimer Capitulation ausdrücklich feſtgeſetzt war, daß kein anderer Feldherr neben Wallenſtein ein ſelbſtändiges Commando im Reich haben dürfe. In der hierdurch hervorgerufenen erbitterten Stimmung war Wallenſtein nur zu geneigt, auf Verhandlungen mit den unzufriedenen böhmiſchen Emigranten einzugehen. Er kam im Geſpräch mit Raſchin auf ſeine früheren Beziehungen zu Guſtav Adolf, den er ſehr rühmte, zurück, erklärte aber zugleich, daß es doch ein Glück ſei, daß er gefallen ſei, da, wie er ſich draſtiſch ausdrückte, ſich zwei Hähne auf einem Miſte doch nicht vertragen haben würden. Jetzt ſei es vielleicht eher möglich, mit den Schweden zu einer Vereinbarung über den Frieden zu gelangen. Er ſprach den Wunſch aus, der Generalmajor Bubna möge zu ihm kommen; durch ſeine Vermittelung gedenke er mit dem ſchwediſchen Reichskanzler Verhandlungen anzuknüpfen.

Darin hätte an ſich nichts Verwerfliches gelegen; ſo wie der Kaiſer ſelbſt, ſo ſuchte auch Wallenſtein Verhandlungen über den Frieden anzuknüpfen. Davon, in welchen Bahnen ſich dieſe Verhandlungen bewegen würden, mußte alles Weitere abhängen. Aber eine äußerſt gefährliche Verſuchung lag doch ſchon in dieſer ſelbſtändigen und ohne Wiſſen des Kaiſers angeknüpften Verbindung.

Raſchin kehrte nach dieſer Unterredung zu Thurn nach Liegnitz zurück, Wallenſtein ſelbſt aber verließ nunmehr am 3. Mai das Friedländer Haus in Prag, um ſich zu ſeiner Armee zu begeben und mit dieſer in Schleſien einzurücken.

Ueber die Maßen prächtig war nach zeitgenöſſiſcher Schilderung ſein Auszug aus Prag. „Er hatte vierzehn Kutſchen bei ſich, jede von ſechs Pferden, vierzig Cavaliere und vornehme Hofofficiere warteten ihm auf, neben zehn Trompetern mit ſilbernen und vergüldeten Trompeten und zwölf

Karte von Böhmen. Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", 1637.

Lakaien, welche alleſammt ſammt dem ganzen Hofgeſind in roth und blau von Neuem bekleidet waren. Die Bagagewagen waren auch alle mit rothem Leder bedeckt und auf das Allerſtattlichſte und Köſtlichſte gerüſtet. Er, Herr Generaliſſimus ſelbſt, in einem ledernen Koller und rothem Mantel aufgezogen und führet in ſeiner Armada mit ſich neunzig Compagnien zu Pferd und ſiebzig Compagnien zu Fuß." Es war das letzte Mal, daß die Hauptſtadt Böhmens den Feldherrn in aller ſeiner Pracht ſchaute, er hat ſie nie wieder betreten.

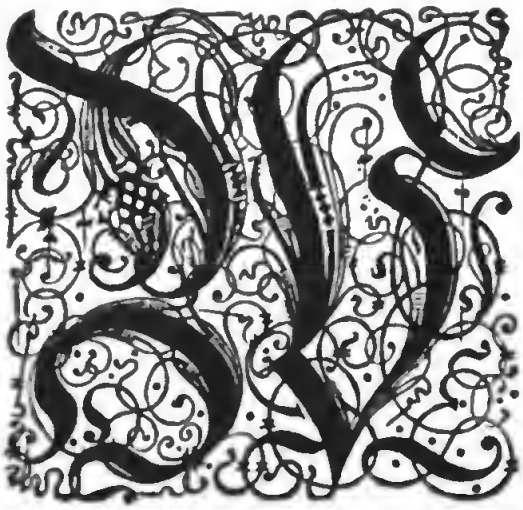
Noch ehe er die ſchleſiſche Grenze erreicht hatte, in Gitſchin, traf ihn Raſchin, der auf ſeinen Wunſch mit Bubna zugleich ſich einfand. In der Unterredung, die dann folgte, ſchlug Wallenſtein doch ſchon eine ſehr bedenkliche Richtung ein, deutete er zum erſten Male klar ſeine Abſicht an, den Frieden eventuell durch eine Vereinigung der einander gegenüberſtehenden Armeen dem Kaiſer abzutrotzen, aber freilich noch immer ſo, daß es zweifelhaft ſein konnte — und Bubna und Oxenſtierna ſelbſt erſchien es zweifelhaft —, ob man es nur mit einer unwillkürlichen Aufwallung, die ihm der Zorn über die Feriaſche Angelegenheit eingegeben haben mochte, oder mit einer feſtſtehenden Abſicht zu thun habe. Immerhin wurde doch der Gedanke einer Vereinigung der Armeen offen ausgeſprochen: „Sind wir nicht Erzlappen", ſo giebt Bubna ſelbſt die Aeußerung Wallenſteins wieder, „daß wir einander die Köpfe zerſchmeißen um Anderer willen, wo wir uns doch den gewünſchten Frieden machen könnten?" Aber ſo weit, wie der Emigrant — denn auch Bubna war ein ſolcher — es wünſchte, ging Wallenſtein doch keineswegs. Den Gedanken, ſich zum Könige von Böhmen krönen zu laſſen, da nur dann die Verhandlungen einen erſprießlichen Gang nehmen könnten, erklärte er zunächſt für „ein Schelmenſtück". Bubna hatte gehofft, er werde ſich direct bereit erklären, als Feind gegen den Kaiſer aufzutreten. Allein Wallenſtein ſprach nur davon, daß man den Kaiſer, „der ſich von Bärenhäutern und Pfaffen anführen und verleiten laſſe", zur Annahme der Friedensbedingungen zwingen müſſe. Als Grundlage des Friedens bezeichnete er volle Religionsfreiheit. Oxenſtierna ſollte, ſo trug Wallenſtein Bubna auf, dieſem zu melden, dahin mitwirken, daß „die Religion an beiden Theilen frei, auch die alten Freiheiten und Gerechtigkeiten reſtituirt würden". Man ſieht, es kommt auch hier wieder auf die Frage der Reſtitutionen in Böhmen hinaus. Bubna aber war doch mit den Erklärungen Wallenſteins keineswegs völlig zufrieden. Er wollte grundſätzliche Feindſchaft gegen den Kaiſer und hatte gehofft, daß Wallenſtein eine völlige Verjagung deſſelben, zum wenigſten aus Böhmen, in Ausſicht ſtellen würde, wie dereinſt Guſtav Adolf gegenüber. Bubna gab dieſer Meinung im Geſpräch mit Trzka offen Ausdruck; Wallenſtein nahm ihm viel zu viel Rückſicht auf den Kaiſer. Schon hier ſehen wir aus Bubnas eigener Relation, wie die Emigranten es waren, die Wallenſtein von vornherein weiter mit fortreißen wollten, als er urſprünglich zu gehen beabſichtigte. Auf den Gedanken der böhmiſchen Krone, über den zu derſelben

Zeit ein anderer böhmiſcher Emigrant, Kinsky, in Dresden mit dem franzöſiſchen Geſandten Feuquières verhandelte, ſcheint Wallenſtein in der That in der Unterredung mit Bubna nicht eingegangen zu ſein, wie er denn auch Feuquières, als dieſer ſich mit einer dahin gehenden Anfrage direct an ihn wandte, Monate lang gar keine Antwort ertheilt hat.

Während nun Bubna erſt zu Thurn zurückreiſte und ſich dann auf den Weg zum ſchwediſchen Reichskanzler machte, rückte Wallenſtein Ende Mai in Schleſien ein und erſchien in den erſten Tagen des Juni in der Nähe von Münſterberg dem von Arnim und Thurn geführten feindlichen Heere gegenüber. Während Illow Nimptſch einnahm und man allgemein einen feindlichen Zuſammenſtoß der Heere erwartete, ſandte Wallenſtein ſchon am Abend des 3. Juni einen Vermittler zu Arnim, der ihn zu einer Zuſammenkunft einladen ſollte. Wie durch Bubna mit den Schweden, ſo wollte er jetzt, wie er es ſchon im Winter 1632/33 durch Sparres Vermittelung gethan hatte, durch Arnim mit den Sachſen Verhandlungen anknüpfen, und zwar das Eine unabhängig, in gewiſſem Sinne ſogar im Gegenſatz zu dem Andern.

Denn um ſich über das ganze Weſen der vielverſchlungenen und verwickelten Verhandlungen Wallenſteins klar zu werden, muß man ſich vor Allem gegenwärtig halten, daß die Gegner, mit denen Wallenſtein verhandelte, unter einander keineswegs einig waren. Seit den Tagen, da Arnim durch ſeinen Einmarſch in Böhmen das beabſichtigte Unternehmen der Emigranten vereitelt hatte, war zwiſchen ihnen und der ſächſiſchen Heeresleitung eine ernſtliche Spannung bemerkbar, die namentlich das Verhältniß zwiſchen Arnim und Thurn zu einem wenig erquicklichen machte, zumal nachdem der Letztere zum Oberbefehlshaber der ſchwediſchen Truppen in Schleſien ernannt worden war. Daß das Bündniß zwiſchen Schweden und Sachſen ebenfalls nicht gerade ein ſehr feſtes war, haben wir im Laufe unſerer Darſtellung wiederholt hervorzuheben Gelegenheit gehabt. Es iſt hierfür bezeichnend, daß Arnim bisher von den Verhandlungen Thurns und der Schweden mit Wallenſtein keine Mittheilung erhalten hatte, und daß Thurn ſehr beunruhigt war, als er erfuhr, daß Wallenſtein nun auch eine Verbindung mit Arnim anknüpfte. Kein Zweifel, daß Wallenſtein ein doppeltes Spiel ſpielte, daß er beſtrebt war, ſtets zwei Pfeile auf ſeinem Bogen zu haben. Während er in den Verhandlungen mit Bubna ſich ſehr abfällig über den Kurfürſten von Sachſen äußerte, ſprach er Arnim gegenüber wieder in erſter Linie von einer Verbindung mit ihm. Und ſehr möglich iſt es, daß diejenigen Recht hatten, welche meinten, daß Wallenſtein mit dieſen Verhandlungen kein anderes Ziel verfolge, als die Gegner von einander zu trennen und dann einen nach dem andern zu ruiniren. Die Art, wie er die Verhandlungen wiederholt in einem Augenblicke abbrach, da man unmittelbar vor dem Abſchluſſe derſelben zu ſtehen ſchien, könnte in der That dafür ſprechen. Daher kam es dann, daß allmählich Alle, mit denen er verhandelte, das Vertrauen, daß er es ernſt meine, verloren.

Wie dem aber auch sei: genug, es kam jetzt, noch ehe Bubna von Oxenstierna zurückkehrte, in Heidersdorf zu einer sehr eingehenden Unterhandlung mit Arnim, die zunächst am 6. Juni mündlich zwischen den beiden Feldherrn gleichsam im Angesicht der einander gegenüberstehenden Heere stattfand, deren Inhalt dann aber Arnim aufzeichnete, um sich von Wallenstein bestätigen zu lassen, daß das in der That seine Meinung sei. Diese Erklärung hat dann Wallenstein in der That vor Zeugen abgegeben. Diese Aufzeichnung Arnims, welche in Abschrift dem sächsischen Kurfürsten übersandt wurde und noch vorliegt, ist also als die wirklich authentische Quelle für den Inhalt der Verhandlungen anzusehen. Danach waren diese vorläufigen Abmachungen doch keineswegs so unerhört, wie man wohl angenommen hat. Zunächst wurde ein Waffenstillstand auf vierzehn Tage verabredet, der dann später noch um einige Tage verlängert worden ist. Als Grundlage des Friedens wurde, ähnlich wie in den Verhandlungen mit Bubna, die Freiheit der Religion bezeichnet, und zwar wurde — und das ist das Entscheidende — als Normaljahr nicht, wie der Kaiser wollte, 1622, sondern 1618 angenommen. Das will sagen: Wallenstein bewilligte im Gegensatz zum Kaiser den Protestanten, insbesondere den Emigranten ihre Forderung, daß, wie Arnim schreibt, „Alles im heiligen Römischen Reiche zum vorigen Stande, wie es vor diesem unglückseligen Krieg Anno 1618 gewesen, gebracht, ein jeder bei Ehren, Würden, Privilegien, Immunitäten und Libertät, bevorab die Religion bei freiem Lauf und also das ganze Römische Reich bei vorigen löblichen Verfassungen unveränderlich sollte gehalten werden". Also, was die kaiserlichen Gesandten noch in Leitmeritz unbedingt verweigert hatten, Herstellung des Zustandes, wie er vor dem böhmischen Aufstande gewesen war, das war Wallenstein zu bewilligen geneigt. Kann man trotzdem die Verhandlungen so weit in der Hauptsache noch als innerhalb der Grenzen der Loyalität gegen den Kaiser sich haltend bezeichnen, wenngleich freilich Wallenstein in seinen Zugeständnissen weiter ging, als mit den politischen Intentionen des Kaisers sich vertrug, so zeigte sich doch in ihnen schon ein sehr bedenkliches Element, wenn weiter vereinbart werden sollte, daß die Armeen, deren Führer hier mit einander verhandelten, die Waffen coniunctis viribus „ohne Respect einiger Person" gegen diejenigen kehren sollten, welche sich unterfangen würden, den statum Imperii noch weiter zu turbiren und die Freiheit der Religion zu hemmen. Das konnte noch gegen die Schweden gedeutet werden, in welchem Falle sich Wallenstein nur einer Doppelzüngigkeit gegen diese schuldig machte, es konnte und sollte vielleicht aber auch so ausgelegt werden, daß auch der Kaiser mit vereinigten Kräften zur Nachgiebigkeit gezwungen werden sollte. Man sieht, daß damit die Verhandlungen, auch wenn man die viel weiter gehenden minder beglaubigten Nachrichten von anderer Seite völlig bei Seite läßt, einen sehr bedenklichen Charakter angenommen hatten. Die Frage war nur, ob und inwieweit die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg geneigt sein würden, auf so geartete Verhandlungen mit Wallenstein sich einzulassen.



Wir Philips Adolph v

burg vnd Hertzog zu Francken / ꝛc.

ſerer / zwar ohne das ſonſt vieler mühesamer oblieg
auch ſo viel andere Vnthaten nach ſich zeuche / deren ein jede
lauter Augenſchein gibt / auß ſonderlicher Göttlicher Fürſehu
bels nicht nachſetzen würden / wir nicht allein vor Vns / in vnſ
das gantze Land ins gemein / die jenige Straffen / welche dieſe d
zu viel befürdert / vmb ſo viel deſto mehr verhengen möchte / wie
in heyliger Göttlicher Schrifft ſo ernſtlich gebotten / angeleg

Haben derohalben vff wunderbarliche / vnd allen Vn
an hand gegebenen Weg nachzuſetzen / vnd nun ein geraume Z
fen hinrichten zu laſſen verordnet / dann wir etwa vor deſſen ver

Es hat ſich aber dabey dieſes ereugnet / daß je mehr vnd
mit ſolcher manier entdecket / daß wir dabey ſpüren vnd mercken müſſen / daß Gott der Allmächtig denen
keit / dero zu ſolchem Ende das Schwerdt von Gott dem Allmächtigen vertrawt vnd anbefohlen / nicht
vber vns ergangene Straffen / deren ſo vielfaltigen Kriege / Hunger / Peſtilentz vnd anderer Vnfäll / ſo

Dann wann Gott der Allmächtig ſolche fünff Städt / vnd alle deroſelben Einwohner (den e
mitiſchen Laſters willen alſo erſchrecklich geſtrafft / ſo iſt leichtlich zu vermuhten / was die mit der Herr
Laſter der verletzten Göttlichen Majeſtät / deren ſie nicht allein würcklich abſagen / vnd dardurch ſich der
von der heyligen Chriſtlichen Catholiſchen Kirchen verdampten Meinungen deß Widertauffs / darzu
Vnthaten / Verſchwerung aller guter Werck / verbinden / mit dem Teuffel in vielfaltigem Ehebruch ſi
ſtäl / vnd andere viel mehr erſchröckliche Vnthaten begehen / welche an dieſem Ort jhrer abſcheuligkeit h

Vnter welchen dann zumal keine iſt / deren Verbrechung nicht Leibs vnd Lebensſtraff vff ſich
ſich bringen / daß wir alſo dergleichen ſtraffbar befundene Perſonen nicht allein an Leib vnd Leben / ſon

Dieweil wir aber vnter vorgenommener Inquiſition dieſes Laſters / vnd daruff angeſtellter Ex
ten Vnderthanen Seelen Heyl vnd Seligkeit / auch dieſelbe widerumb in die Göttliche Huld vnd Gna
ſeiner ſchwer : vnd weitleufftigkeit willen / weil ein mehrers / dann vff beſtraffung anderer Laſter / nohtwe
men / verſchaidenen Centen angehöriger Vnderthanen / in welchen dergleichen Maleficanten begriffen
bunden / nicht vff zuladen wiſſen. Als haben wir nach deßwegen eingeholtem vielfaltigen vnd weitleuf
di, vnd der ſchuldig befundenen Güter einzuziehen / ſo ferrn zu remittiren vnd nachzuſehen.

Daß nemlich von deren Perſonen / welche Kinder hinderlaſſen / Haab vnd Gütern / denſelbigen
ten vermögens / wie ſolches gemeiner geſchriebener Rechten Wegen / deducto ſcilicet ære alieno, vnd v

Bey den jenigen aber welche keine Kinder / aber in vff ſteigender / auch beyſeit Linien / biß an den
wandte vnd Zugethane haben / auch mit obbeſagter Condition an gebührenden theils liquidirlicher Sc

Von den jenigen aber / welche weder in ab : oder vff ſteigender / oder auch beyſeits Linien / biß vff
mögen / jedoch in allweg mit vorangeregtem Vorbehalt der Creditorn Rechten / eingezogen / vnd nach ſo

Nemlich ſoll dauon zum vorderſten der Inquiſition vnd Execution Koſten abgetragen / das v
chen milden vnd Gott gefelligen Stifftungen angelegt werden : Dannenhero ſich ins künfftig neben
demſelbigen zuuorderſt die Ehre Gottes in obacht genommen werden.

Inmaſſen wir dann allbereit in dem Werck / in allen Aemptern vnd Orten / da dergleichen V
den vorerleuterter maſſen anfallenden Gütern / daſelbſt gedachte obligen verordnen / vnd an Ort vnd Z
ſetzter Zeit ablegen ſollen.

Hierauff befehlen wir nun allen vnſern Ampteuten / Vögten / Kellern / Schuldheiſſen / Bur
nen ſo zu Einbringung vorgemeldter Verlaſſenſchafften verordnet / vber all / vnd in allen Puncten vnd
nennt werden möchte / abhalten zu laſſen.

Das verſehen Wir vns alſo ohne alle Ein- oder Widerrede ohnfehlbarlich zu geſchehen.

10. Iunij, Anno 1627.

Facſimile des Hexen-Mandats von Philipp Adolf

ꝯ̃ Gottes Gnaden/ Bischoff zu Wirtz-

ls nach GOTtes deß Allmächtigen vnerforschlichem Willen/ bey Vn-
n halb/ sehr beschwerlicher vnd gefehrlicher Regierung/ sich das Laster aller Laster/ welches
bsonderlich die Leib vnd Lebensstraff vff sich trägt/ die Hexerey nemlich vnd Teuffelskunst/ also/ vnd wie der
g ereugnet/ daß wann wir dero Göttlichen Anweisung vnd Handbietung zu gentzlicher Außreutung dieses V-
rm Gewissen/ ein solches nicht zu verantworten hetten/ sondern auch besorgen müsten/ Gott der Allmächtig vber
ßhafftige Leut/ so viel an jhnen ist/ mit jhrem verdampten Willen vnd Eingehelen/ die verschienene Jahr hero nur
viel weniger wir vns die abschaffung eines so erschrecklichen Vbels/ dessen ernstliche Leibs: vnd Lebensbestraffung
seyn liessen.
ständen nach/ Göttliche Eröffnung vnd Handbietung nicht vnderlassen sollen/ deme vns durch solche Anleitung
t hero ein solche anzahl derogleichen Vnmenschen/ zwar nicht mit verdienten/ sondern viel leidentlichern Straf-
rint/ in vnserm gantzen Land vnd Fürstenthumb/ auch vff die fleissigste Inquisition zu finden/ gewesen seyn solten.
mehr man diesem Laster nachgesetzt/ je mehr sich demselben ergebene Manns: vnd Weibspersonen/ auch dero viel
darunter einlauffenden Vnthaten nicht lenger nachzusehen willens/ sondern zu besorgen/ daß wir/ als die Obrig-
ebührendes Einsehen haben/ Gott der Allmächtig mit Schwefel vnd Fewer von dem Himmel/ weil ja die bißhero
jar nichts gefruchtet/ das gantze Land verderben/ vnd wie Sodoma vnd Gomorra außbrennen möchte.
tzigen Loth sampt seinem Weib vnd Töchtern außgeschlossen) vmb deß eintzigen daselbst hero genandten Sodo-
y begrieffene Vnmenschen/ welche nicht allein ordentlich mit solchem Laster alle/ sondern dabeneben noch mit dem
lbtrünnigkeit von dem Christlichen Glauben schuldig machen/ sondern noch darüber in allerhand ketzerische/ vnd
nicht in Gottes/ sondern deß Teuffels Nahmen/ Absagung alles Himmlischen Heers/ Verpflichtung zu allen
h vergreiffen/ gemeiniglich mit Gifft Menschen vnd Viehe merckliche Schäden fügen/ also Todtschläg/ Dieb-
ben zu erzehlen vnderlassen werden.
ägt/ etzliche aber/ welche neben derselbigen auch die Einziehung der Güter/ vnd confiscationem bonorum mit
ern auch an jhren zeitlichen Gütern zu straffen/ mehr dann befugt weren.
cution, anderst nichts/ dann zuuorderst die rettung der Ehren Gottes/ so dann der armen so jämmerlich verführ-
/ welche sie so liederlich verschertzt/ zu bringen/ suchen vnd zu suchen begehren. Vff diesen Proceß aber/ vmb
dig angewendet werden muß/ welchen Last wir dann/ angesehen die ohne das schwere vnd thewre Jahr/ vnsern ar-
/ vnd sonsten mehrer theils der/ bey jhnen justificierten Personen Vnkosten zu tragen/ dem herkommen nach ver-
tigem Rechtlichen Bedencken/ vns endlich dahin entschlossen/ das vor angeregter massen habende Ius confiscan-

verhoffentlich vnschuldigen Kindern vnd Descendenten vorderst zu Gnaden/ allein der fünffte Theil deß gan-
abzug gebührlicher Quotæ der obliegenden Schulden/ ohne das zu verstehn.
ritten Grad/ (doch denselben außgeschlossen) den Keyserlichen vnd Weltlichen Rechten nach zu rechnen/ Ver-
ulden/ der halbe theil aller Güter eingezogen werden solle.
den dritten/ vnd denselben außgeschlossenen Grad/ solche angewandte Freund nicht haben/ solle das gantze Ver-
zender massen verwendet werden.
ige aber alles getrewlich der armen abgeleibten Sünder vnd Sünderin Seelen zu Heyl vnd Trost/ zu derogleich-
n abgeleibten auch die lebendige/ vmb so viel desto mehr zu trösten vnd zu gedulden vrsach haben/ vnd in allem

l eingerissen/ ehrbare vnd vnuerdächtige Personen zu bestellen/ welche solches alles in gute obacht nehmen/ von
e/ dahin wir es bescheiden werden/ jhre gebührende Rechnung/ bey verpfendung jhrer Haab vnd Güter/ zu ange-

rmeistern/ Rähten/ auch ins gemein allen vnd jeden Vnderthanen/ solchem allem also fleissig nachzusetzen/ de-
rtickeln/ gute vnd bestendige Handbietung zu thun/ vnd sich von solchem allem zumal nichts/ wie es auch ge-

in Vrkund haben Wir vnser Secret Insiegel hierunter zu drucken befohlen. So geben vnd geschehen den

Bischof von Würzburg, vom 10. Juni 1627.

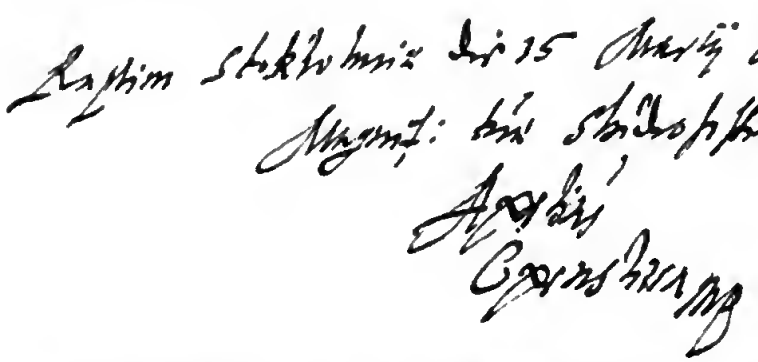
Digitized by Google

Arnim versuchte sie dazu zu bestimmen, weil er die verfügbaren sächsisch-brandenburgisch-schwedischen Streitkräfte für zu schwach hielt, um Wallenstein ernstlichen Widerstand zu leisten. Auf Schloß Chmelen bei Ortrand hatte er am 19. Juni eine Zusammenkunft mit seinem Kurfürsten und dessen Geheimen Räthen, in der er sich für die Wallensteinschen Vorschläge erklärte. Allein der Kurfürst wie seine Räthe verhielten sich vorsichtig-zurückhaltend, obgleich Arnim nicht ohne Berechtigung erklärte, Wallenstein werde, wenn man auf seine Vorschläge nicht eingehe, um allen Verdacht, der sich am kaiserlichen Hofe etwa regen würde, zu zerstreuen, das sächsische Heer mit allen Kräften angreifen und es ruiniren, oder er werde sich mit der stärksten Partei, d. h. mit Schweden und Frankreich, verbinden. So berechtigt diese Meinung auch war, die sächsischen Räthe verharrten in ihrer vorsichtigen Zurückhaltung und schlugen in unbegreiflicher Verblendung vor, Wallenstein weiter hinzuhalten und „zu penetriren, wie weit er zu gehen gedenke". Von Chmelen begab sich dann Arnim nach Peitz zum Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, um dessen Meinung einzuholen (23. Juni). Dieser zeigte sich etwas mehr geneigt, auf Wallensteins Vorschläge einzugehen, allein bei der ablehnenden Haltung des Kurfürsten von Sachsen war damit doch wenig erreicht.

Während der durch diese Verhandlungen in Chmelen und Peitz bedingten Abwesenheit Arnims aus dem schlesischen Hauptquartier hatte Wallenstein die Verbindung mit den Schweden und Emigranten wieder aufgenommen und zunächst am 12. Juni eine Zusammenkunft mit Thurn gehabt, über deren Verlauf sich dieser sehr befriedigt dahin äußerte, es bleibe Alles unverwandelt, „was Herr von Bubna referirt hat, steht alles in guten terminis". Mit größter Ungeduld erwartete Thurn die Rückkehr Bubnas von Oxenstierna; sein sehnlichster Wunsch wäre dahin gegangen, daß die Verhandlungen mit Schweden allein in der Abwesenheit Arnims, dem er gar nicht traute, zum Abschlusse kämen.

In der That traf Bubna am 18. Juni, noch vor Arnims Rückkehr, bei Thurn wieder ein und begab sich am 19. in Wallensteins Lager. Er hatte am 1. Juni bei Oxenstierna in Frankfurt Audienz gehabt und diesem schriftlich wie mündlich über Wallensteins Anerbietungen Bericht erstattet. Der schwedische Reichskanzler hatte ihm dann am 7. Juni eine schriftliche Antwort ertheilt, die ein Muster von staatsmännischer Klarheit und Präcision war, zugleich aber zeigt, daß Oxenstierna die Vorschläge Wallensteins noch keineswegs als einen directen Beweis seiner Absicht, vom Kaiser abzufallen, betrachtete. Im Gegentheil, seine ganze Antwort verfolgte in erster Linie den Zweck, eine deutliche Erklärung darüber zu erlangen, ob Wallenstein „in ordentlicher Weise", d. h. als Bevollmächtigter des Kaisers, die beiden streitenden Parteien vergleichen oder selbst „in particulari, auf die Armee gestützt, dem Kaiser und der Liga seinerseits die Bedingungen des Friedens vorschreiben wolle"; mit anderen Worten, er hielt nach den bisherigen Verhandlungen noch durchaus

für möglich, daß Wallenſtein auf einen im Einverſtändniß mit dem Kaiſer zu ſchließenden Frieden abziele. Einen ſolchen aber hielt Oxenſtierna, wie er weiter erklärte, an ſich für ſehr wünſchenswerth, aber für ſo gut wie unmöglich, weil der Kaiſer eben auf eine Reſtitution der Zuſtände von 1618 freiwillig niemals eingehen werde; dazu komme noch, daß es ſich nicht bloß um zwei, ſondern um eine ganze Reihe ſtreitender Häupter handele, mit denen allen verhandelt werden müſſe. Aus dieſen Gründen erklärt ſich Oxenſtierna mit klaren Worten für den zweiten Weg, d. h. er ſpricht ſich dafür aus, daß Wallenſtein aus eigener Machtvollkommenheit abſchließe; nur dies ſei der rechte Weg zum Frieden. Und da der Kaiſer, wie er richtig annimmt, gerade in Bezug auf die Wiederherſtellung der Zuſtände in Böhmen unüberwindliche Schwierigkeiten machen werde, ſo ſei es das Beſte, denſelben nicht allein von den Verhandlungen auszuſchließen, ſondern auch die Krone von Böhmen und ſeinen incorporirten Ländern Wallenſtein zu übertragen. In dieſem Falle ſei er, Oxenſtierna, bereit, ſich mit Wallenſtein zu vereinigen, der ſich dann ſeinerſeits verpflichten müſſe, ſich die Wohlfahrt Schwedens, insbeſondere deſſen „Satisfaction" d. h. die Schweden zuzugeſtehenden Landabtretungen, angelegen ſein zu laſſen.



Verkleinertes Facſimile einer Unterſchrift von Axel Oxenſtierna; von einem Schriftſtück datirt Stockholm, 15. März 1625.
(Axellus Oxenſtierna m(anu) p(ropria). Berlin, Königl. Geh. Staatsarchiv.

Das war klar und deutlich geſprochen: Verhandlungen mit dem Kaiſer ſind zwecklos, weil dieſer die Bedingungen, auf die es in erſter Linie ankommt, nicht bewilligen wird; alſo offener Abfall Wallenſteins vom Kaiſer, Krönung deſſelben zum Könige von Böhmen und dann Verhandlungen zwiſchen ihm und Schweden, deren Ergebniß anzunehmen der Kaiſer durch die Armeen gezwungen werden ſoll. Was Wallenſtein in einem Augenblicke der Erregung über die Feriaſche Angelegenheit als entfernte Möglichkeit vielleicht erwogen und Bubna in ſehr unbeſtimmter und von dieſem vielleicht übertrieben wiedergegebener Form angedeutet hatte, das verlangte jetzt klar und beſtimmt Oxenſtierna von ihm; er machte ſeine Hilfe von einem offenen Abfall Wallen-

ſteins vom Kaiſer abhängig; er wollte völlig klar ſehen, wie weit es Wallenſtein mit ſeinen Anerbietungen Ernſt ſei.

Wallenſtein ſtand am Scheidewege. Sollte er darauf eingehen, offen von ſeinem Kaiſer abfallen? Man erwartete es mit Beſtimmtheit und wurde in dieſer Erwartung dadurch beſtärkt, daß Wallenſtein, als er die Antwort des Kanzlers durch Bubna erhalten hatte, dieſelbe gerühmt und erklärt hatte, daß kein beſſerer und ſicherer Weg zum Frieden gefunden werden könne. Am 21. Juni, noch vor Arnims Rückkehr, hatte noch einmal eine Zuſammenkunft zwiſchen Thurn, Bubna und Trzka ſtattgefunden, in der man ſich über eine Verlängerung des Waffenſtillſtandes geeinigt hatte. Kurz darauf kam Bubna mit der für Alle gleich überraſchenden Nachricht zurück, daß Wallenſtein ſich weigere abzuſchließen, weil ihm der richtige Moment noch nicht gekommen ſcheine. Thurn und Bubna waren außer ſich und erklärten, ſie wünſchten, ſich niemals auf die Sache eingelaſſen zu haben, durch die ſie jetzt nur compromittirt und blamirt ſeien. Allein ſo war es einmal: in dem Augenblicke, da man am Ziele zu ſein geglaubt hatte, trat Wallenſtein förmlich und entſchieden von den Verhandlungen zurück. Eben damals hat er auch Kinsky verboten, die Verhandlungen mit Feuquières fortzuſetzen. Welches waren die Gründe, welche Wallenſtein zu dieſem plötzlichen Wechſel ſeiner Haltung vermochten?

Vor Allem mag wohl in Betracht kommen, daß ihm die ganze Tragweite deſſen, was er zu unternehmen im Begriff war, in der harten und rückhaltslos offenen Antwort Oxenſtiernas erſt völlig zum Bewußtſein kam Sehr möglich, daß er es von Anfang an nur auf eine Täuſchung der Gegner und auf eine Trennung derſelben von einander abgeſehen, daß er an einen ernſtlichen Abfall vom Kaiſer noch gar nicht gedacht, ſondern eben nur die Möglichkeit erwogen hatte, ihn zur Annahme der von ihm bewilligten Bedingungen zu zwingen. Auch hatte er noch keineswegs die Brücken hinter ſich abgebrochen; im Gegentheil, er hatte den kaiſerlichen Hof zum Wenigſten über den Waffenſtillſtand und die Verhandlungen mit den Sachſen, die man bis zu einer gewiſſen Grenze recht wohl als eine Fortſetzung der Leitmeritzer auffaſſen konnte, unterrichtet und auch dem Kurfürſten von Bayern Mittheilung davon gemacht; freilich nicht ganz genau und rückhaltlos, wie ſich bei den mancherlei bedenklichen Abmachungen von ſelbſt verſteht. Er hatte z. B. dem Kaiſer nicht mitgetheilt, daß er auf das Normaljahr 1618 eingegangen ſei, ſondern behauptet, die Sachſen hätten es vorgeſchlagen, er aber es „categoriſch abgeſchlagen“. Jedenfalls ergab ſich ſchon hieraus, daß er noch entfernt davon war, einen wirklichen und vollen Abfall vom Kaiſer zu beabſichtigen, daß er vielmehr beſtrebt war, zum Mindeſten den Schein voller Loyalität noch zu wahren. Ueberhaupt aber war ihm aus dem Schreiben Oxenſtiernas und dem Verhalten Thurns klar geworden, daß dieſe ihn doch erheblich weiter zu ziehen beſtrebt waren, als er urſprünglich zu gehen beabſichtigt hatte. Dazu kam, daß gerade in dieſer Zeit Nachrichten bei ihm ein-

liefen, nach welchen der Herzog von Feria, durch dessen drohendes Erscheinen in Deutschland sein persönlicher Unmuth in erster Linie hervorgerufen war, angewiesen werden sollte, sich ihm unterzuordnen. Weit mehr noch aber wirkte die Erwägung bestimmend auf ihn ein, daß doch thatsächlich weder Schweden, noch die protestantischen Kurfürsten mit dem Eifer auf seine Anträge eingegangen waren, den er erwartet hatte. Von den Letzteren kehrte jetzt Arnim, wenn auch nicht mit einer direct ablehnenden, so doch sehr vorsichtigen und zurückhaltenden Antwort zurück, Oxenstierna aber hatte sich in einer Weise geäußert, die deutlich erkennen ließ, daß er doch nicht geneigt sei, genau denselben Weg einzuschlagen, den Wallenstein vorgeschlagen hatte. Während der Letztere erst eine Vereinbarung über den Frieden und dann Durchführung desselben durch die vereinigten Armeen angestrebt hatte, hatte der schwedische Kanzler klar und bestimmt erst vollen Abfall vom Kaiser und erst nach vollzogener Thatsache gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen. Selbst wenn Wallenstein wirklich die ernste Absicht gehabt hätte, dies zu thun, was doch keineswegs unzweifelhaft war, so hätte er doch keinesfalls geglaubt, den gewagten Schritt jetzt schon ausführen zu können. Dazu war er seines Heeres nicht sicher genug. Eben in der Zeit, in der die Verhandlungen zunächst wieder abgebrochen wurden, entfernte Wallenstein eine Anzahl von Officieren, denen er nicht völlig traute, aus seinem Heere und behandelte andere so schlecht, daß sie sich von selbst entfernten. Wollte er aber jetzt einen entscheidenden Schritt noch nicht thun, so mußte er, um dem in Wien bereits, wie er wohl wußte, aufsteigenden Verdachte entgegenzutreten, schnell abbrechen. War doch ein unvorsichtig abgefaßtes Schreiben Thurns an ihn abgefangen worden. Als daher Arnim nach seiner Rückkehr aus Peitz eine Verlängerung des Stillstandes beantragte, stellte Wallenstein bei der zu diesem Zwecke in Strehlen veranstalteten neuen Besprechung die für die Sachsen unannehmbare Forderung, daß dieselben ihm alle Orte diesseits der Oder zum Quartier einräumen sollten, und als Arnim darauf nicht einging, forderte er zum Wenigsten die Fürstenthümer Schweidnitz und Jauer. Als dies Arnim ebenfalls ablehnte, wurde endlich der Waffenstillstand am 2. Juli endgiltig gekündigt. Wallenstein trat von den bisherigen Verhandlungen völlig zurück.

Noch an demselben Abend setzte er sich nunmehr gegen die Festung Schweidnitz, welche er durch einen Handstreich zu nehmen gedachte, in Bewegung. Allein dieses Unternehmen scheiterte an der tapferen Vertheidigung der von dem Oberstlieutenant Schönfelser befehligten Besatzung, der ein Regen, welcher das Pulver der Kaiserlichen durchnäßte, zu Hilfe kam. Nunmehr rückte auch Arnim von Brieg her zum Entsatz der Festung heran; es kam zu einem Gefechte vor den Mauern der Stadt, in welchem die Kaiserlichen nicht unerhebliche Verluste erlitten, ohne daß aber eine wirkliche Entscheidung erfolgte. Dann lagerten sich die Heere in der Nähe von Schweidnitz, wo Wallenstein ein befestigtes Lager bezog, einander gegenüber. Gleichzeitig unternahm Holck auf einen ihm von Wallenstein ertheilten Befehl von Böhmen

aus einen Einfall in Sachſen und verwüſtete die Länder des Kurfürſten. Es ſchien wirklich zu einer ernſten Erneuerung der Feindſeligkeiten zu kommen.

Aber inzwiſchen waren nun immer bedrohlichere Nachrichten über die Machinationen einer ihm feindlichen Partei am Wiener Hofe zu Wallenſteins Kunde gekommen, die ihn veranlaßten, aufs Neue Verhandlungen anzuknüpfen, diesmal wohl in der unzweifelhaften Abſicht, ſich gegen dieſe Umtriebe der jeſuitiſch-katholiſchen Partei, die ihm ſchon lange im Stillen entgegenarbeitete, für alle Fälle durch eine wirkliche Vereinigung mit den Gegnern des Kaiſers zu ſichern.

Die, wenn nicht geradezu feindſelige, ſo doch zum Mindeſten ſehr unzufriedene und mißgünſtige Stimmung, die am Wiener Hofe gegen Wallenſtein herrſchte und ihn Schritt für Schritt auf der einmal betretenen Bahn vorwärts trieb, war nicht erſt durch ſeine zweideutige Haltung und läſſige Kriegführung in Schleſien veranlaßt, ſie hatte tiefere und weiter zurückliegende Urſachen. Vor Allem war Maximilian von Bayern, ehe noch Wallenſtein irgendwie ernſtlich daran dachte, die Bahnen der Loyalität zu verlaſſen, von Neuem ſehr aufgebracht gegen ihn und eifrig thätig, ſein Anſehen am Kaiſerhofe zu untergraben. Er war, wie wir früher berührten, ſchon im Frühjahr 1633, als Bernhard von Weimar und Horn ſein Land ernſtlich zu bedrohen anfingen, in hohem Maße aufgebracht darüber, daß Wallenſtein weder ſelbſt zu ſeiner Hilfe herbeieilte, noch Aldringer unter ſeinen Oberbefehl ſtellen wollte, denſelben vielmehr anwies, ſich im Weſentlichen defenſiv zu verhalten, „nichts zu hazardiren“, ſondern vielmehr ſein Hauptaugenmerk auf Böhmen zu richten. Dieſer Befehl, wie ein ähnlicher, der an Holck ergangen war, beruhten auf der Meinung Wallenſteins, daß Bernhard den Vorſtoß gegen Bayern nur als eine Diverſion unternommen habe, ſeine Endabſicht aber auf einen Angriff auf Böhmen von Weſten her gerichtet ſei. Maximilian aber glaubte annehmen zu müſſen — und der Verlauf der Dinge hat ihm Recht gegeben —, daß die vornehmſte Abſicht des Feindes auf Bayern gerichtet ſei, und daß Wallenſtein jenen Befehl an Aldringer nur ertheilt habe, um ihm, dem er wegen ſeines feindſeligen Auftretens auf dem Regensburger Tage zürnte, zu ſchaden. Unaufhörlich drängte der bayriſche Kurfürſt den Kaiſer, er möge Aldringer an ihn weiſen, ihn ſeinem Oberbefehl unterſtellen. Natürlich konnte und wollte Wallenſtein hierauf nicht eingehen; denn eben auf ſeinem einheitlichen Oberbefehle beruhte die ganze Stärke ſeiner Stellung. Auch der Kaiſer ſelbſt war anfangs nicht geneigt geweſen, dem Drängen Maximilians nachzugeben. Er erklärte Queſtenberg gegenüber ausdrücklich, daß er Wallenſtein hierüber keine Vorſchriften machen wolle, von dem er damals noch verſichert, daß er's mit ihm nicht anders denn gut und wohl vermeine. Um völlige Klarheit zu erlangen, wandte ſich Ferdinand an den zunächſt betheiligten General Aldringer ſelbſt. Dieſer aber erklärte ſein volles

Einverständniß mit den nur auf die Defensive abzielenden Anordnungen des Generalissimus. Denn wie zweifelhaft erscheine es, ob man bei einem Angriffe auf den Feind den Sieg davontragen werde; und doch könne eine Niederlage alle Berechnungen des Oberfeldherrn vernichten.

Dadurch war das Ansehen Wallensteins zunächst vollkommen wieder hergestellt, der Kurfürst Maximilian aber aufs Neue sein unversöhnlicher Gegner geworden, der immer und immer wieder Eingriffe gegen die Anordnungen Wallensteins versuchte, die dieser nothwendig zurückweisen mußte, wollte er anders sein Ansehen als alleiniger Oberfeldherr des Kaisers aufrecht erhalten. Maximilian aber fand nun einen mächtigen Bundesgenossen gegen Wallenstein am Wiener Hofe in der Person des spanischen Gesandten Castañeda, der erbittert darüber war, daß Wallenstein gegen die spanische Absicht, ein Heer unter dem Herzoge von Feria im Elsaß aufzustellen, energisch protestirt hatte. Und doch hatte Wallenstein zu diesem Protest nicht bloß die persönliche Veranlassung, daß er unter Berufung auf die Znaimer Verabredungen einen zweiten Feldherrn neben sich nicht dulden wollte, sondern er konnte dafür auch wirklich gewichtige politische Gründe anführen. Er betonte mit Recht, daß dadurch die protestantischen und selbst die katholischen Stände gereizt, vor Allem aber, daß durch das Erscheinen einer neuen fremden Heeresmacht Frankreich zum Eingreifen veranlaßt und die schon begonnenen Friedensverhandlungen vereitelt werden würden. Er sprach es in einem Schreiben an den Kaiser offen aus, „daß die, welche ein solches gerathen, entweder das Werk nicht verstehen oder die Beförderung Ihrer Kaiserlichen Majestät Dienst in keine Consideration ziehen". Keinesfalls aber, so erklärte er, könne er dem Herzoge von Feria auch noch Truppen zu Hilfe schicken, da er deren zur Deckung Böhmens dringend bedürfe. In der That konnte es ihm keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß seine Gegner mit der Forderung eines Hilfscorps für Spanien in erster Linie eine Schwächung seiner militärischen Mittel bezweckten.

Diesen Erwägungen Wallensteins verschloß sich anfangs auch der Kaiser nicht; er erklärte wiederholt, daß der Einmarsch spanischer Truppen nach Deutschland unthunlich sei. Endlich aber gab er doch dem fortwährenden Drängen Castañedas und seiner Bundesgenossen am Wiener Hofe nach und ertheilte dem Cardinal-Infanten Don Fernando, dem Herzoge von Feria und dessen spanischen und italienischen Truppen den gewünschten Paß zum Einmarsch. Zwar suchte man dann Wallenstein wieder zu beruhigen, indem man ihm mittheilte, daß Feria Anweisung habe, sich seinen Anordnungen zu fügen. Aber der erste Schritt zu einer Verletzung der Wallenstein in Znaim und Göllersdorf ertheilten Zusicherungen war doch geschehen.

Auch nach einer anderen Richtung hin war das der Fall. Unter den Gegnern Wallensteins, von deren Intriguen gegen ihn er durch seine Anhänger stets unterrichtet wurde, fing jetzt auch der Todfeind des Feldherrn, der kaiserliche Beichtvater Lamormain, an eine hervorragende Rolle zu spielen

und ſich, den Abmachungen mit dem Feldherrn direct entgegen, in die politiſchen Geſchäfte einzumiſchen. Dem gegenüber vermochten ſchon im Hochſommer 1633 die Freunde Wallenſteins, der Fürſt Eggenberg, Queſtenberg u. A. m. nicht mehr recht durchzudringen. Alles das wußte Wallenſtein und fing an ernſtlich für ſeine Stellung zu fürchten. Wie ſehr die Mißſtimmung, welche ſich ſeiner in Folge deſſen bemächtigte und die auf den Verlauf ſeiner Verhandlungen mit Schweden und Sachſen von entſcheidendem Einfluß geweſen iſt, berechtigt war, ſieht man aus einem Schreiben, welches Queſtenberg am 1. Auguſt an Wallenſtein richtete. Er ſchreibt: „Ich trinke den Sauerbrunnen und ſchlägt darzu alle Unluſt, daß man ſo ſtark negociiren muß und dennoch nicht fortkommen kann!“ Niemand wollte recht Hand anlegen; Alles werde nur oberflächlich betrieben. Er ſei die Stimme eines Rufenden, aber in der Wüſte. Niemand wolle ihn hören. Deutlicher kann ſich wohl ein kaiſerlicher Rath nicht ausdrücken. Es war eben klar, daß von Neuem, wie im Jahre 1630, dem Feldherrn von einer einflußreichen Partei am Hofe entgegengearbeitet wurde; Wallenſtein vernahm, daß dieſe es durchgeſetzt hatte, daß der ihm ebenfalls feindlich geſinnte Präſident des Hofkriegsraths, Graf Schlick, zu ihm ins Lager entſandt werden ſolle, um von Neuem die Forderungen des Kurfürſten Maximilian bei ihm zu vertreten und zugleich die Zuſtände im Heere einer eingehenden Unterſuchung zu unterziehen.

Unter dem Eindrucke dieſer Nachrichten iſt es geſchehen, daß Wallenſtein im Feldlager vor Schweidnitz ſich von Neuem zu Verhandlungen mit den Sachſen entſchloß. Man ſieht jetzt förmlich den Conflict herrannahen; beide, die jeſuitiſch-bayriſch-ſpaniſche Partei am Hofe wie Wallenſtein ſelbſt ſteuerten demſelben immer offenbarer entgegen. Schon auf die Verhandlungen Wallenſteins im Mai und Juni hatte, wie wir hervorhoben, jene Feria'ſche Angelegenheit, von der Wallenſtein ſchon im April Kenntniß hatte, mitgewirkt. Während er im Verlaufe des ganzen Jahres 1632 in einer durchaus loyalen Haltung gegenüber dem Kaiſer verharrt hatte, war er damals, im Frühjahr 1633, zwar noch nicht mit ganz beſtimmten Vorſchlägen, aber doch in ſeinen zum Theil verwegen kühnen Aeußerungen über dieſe Linie der Loyalität weit hinaus gegangen. Es hatte ſchon damals den Anſchein, als denke er an offenen Abfall vom Kaiſer. Aber als dann Oxenſtierna eben dieſen Gedanken als den entſcheidenden, ſeine Ausführung als die Vorbedingung ſeiner Unterſtützung bezeichnet hatte, war Wallenſtein ganz plötzlich und unvermittelt von den Verhandlungen zurückgetreten, ſo daß bei denen, mit denen er verhandelt hatte, der Gedanke entſtehen konnte, er habe im letzten Grunde nichts weiter beabſichtigt, als die Gegner an der Naſe herumzuführen und von einander zu trennen. In der That iſt dieſe Deutung für jene Verhandlungen noch durchaus möglich. Wallenſtein bewegte ſich fortwährend in außergewöhnlichen

Aeußerungen nnd Entwürfen und, ſo vorſichtig er in Bezug auf ſchriftliche Aeußerungen war, ſo aufbrauſend und rückſichtslos konnte er in perſönlicher Erörterung ſein. Er gefiel ſich in der Rolle einer gleichſam über den Parteien ſtehenden Macht, die er benutzen könne, um den ihm als Ziel vorſchwebenden Frieden gegen Jedermann, nöthigenfalls auch gegen den Kaiſer, durchzuſetzen. „Die Freiheit reizte ihn und das Vermögen.“ Wie oft iſt es nicht in der Weltgeſchichte vorgekommen, namentlich im Orient, daß Heerführer an der Spitze ihrer Armeen ſich der Summe der politiſchen Gewalt bemächtigt und eine ihnen feindliche Partei am Hofe bekämpft haben! Eine ſolche Stellung mag ihm als Ziel vorgeſchwebt haben. Die Armeen ſollten im Gegenſatz zu den Schreibern und Pfaffen aus eigener Machtvollkommenheit den Krieg nach ihren Endabſichten beendigen. Als ihm aber die ſcharfe und präciſe Antwort Oxenſtiernas deutlich zum Bewußtſein brachte, daß dieſe Abſicht nur erreicht werden könne, wenn er vorher offen und rückhaltlos ſeinen Abfall vom Kaiſer vollziehe, da zog er es doch vor, von dem bedenklichen Wege, auf dem er ſich befand, zurückzutreten.

Als aber jetzt immer bedrohlichere Nachrichten aus Wien einliefen, die ihm die Gefahr einer neuen Abſetzung in ſich zu ſchließen ſchienen, da dachte er doch nunmehr ernſtlich daran, ſich gegen die Intriguen ſeiner Gegner am Wiener Hofe durch eine Vereinbarung mit ſeinen Gegnern im Felde zu ſichern. Das war der Zweck der neuen Verhandlungen, die er am 16. Auguſt mit Arnim anknüpfte. Leider ſind aber die Nachrichten, welche uns über dieſelben erhalten ſind, ſo widerſprechend, daß es kaum möglich iſt, mit Sicherheit anzugeben, wohin eigentlich ſeine wahre Endabſicht dabei gegangen iſt. Wahrſcheinlich ſind dieſe Widerſprüche der Quellen, die ſogar auch in den verſchiedenen Briefen eines und deſſelben Mannes, des Grafen Thurn, zu Tage treten, darauf zurückzuführen, daß Wallenſtein in der That von einander ſehr verſchiedene Vorſchläge machte, je nachdem er mit dem einen oder dem anderen der Betheiligten verhandelte. Wir werden dabei im Ganzen drei Arten von Verhandlungen von einander zu unterſcheiden haben: einmal die oſtenſiblen, in denen es ſich zunächſt nur um eine Wiedereröffnung des Waffenſtillſtandes handelte, die dann am 22. Auguſt in der That zu Stande kam; zu dieſen iſt ſogar der Präſident des Hofkriegsraths, Graf Schlick, der vom 18. bis 20. Auguſt im Lager verweilte, mit herangezogen worden; ſie waren alſo durchaus harmloſer Natur; dann aber die Verhandlungen mit Thurn und Arnim gemeinſam, endlich die mit Arnim allein. In welcher dieſer beiden letzteren Wallenſtein, der faſt unerreichte Meiſter diplomatiſcher Verſchlagenheit, ſeine wahre Meinung geſagt hat, läßt ſich nicht mit voller Sicherheit feſtſtellen. Jedenfalls treten uns aus den Nachrichten, die darüber vorhanden ſind, zwei durchaus verſchiedene Projecte entgegen. Das eine derſelben, das er nur mit Arnim allein beſprochen haben kann und auf das er ſpäter in einer für Alle unerwarteten Weiſe zurückkam, ging dahin, ſich nur mit Sachſen und Brandenburg zu verſtändigen, deren Armeen mit der ſeinigen

zu verbinden und sich dann gegen denjenigen zu wenden, der den zwischen ihnen vereinbarten Frieden nicht anerkennen wolle, sei es nun Schweden und Frankreich, sei es der Kaiser. Das will sagen: nach diesem Project wollte er den Frieden in Deutschland durch Vereinbarungen mit den deutschen Fürsten allein ohne die auswärtigen „Interponenten" herbeiführen und dann den Kaiser, wenn nöthig, zur Annahme desselben zwingen, eventuell aber auch sich gemeinsam mit den protestantischen Kurfürsten gegen Schweden wenden. Nach seinem späteren Verhalten möchte ich fast vermuthen, daß dieses Projekt, welches nicht nothwendig zu einem unheilbaren Bruch mit dem Kaiser führen mußte, seiner wahren und innersten Neigung entsprach. Allein dasselbe scheiterte daran, daß Arnim an der Ausschließung Schwedens und der sogar eventuell gegen diese Macht gerichteten Tendenz desselben Anstoß nahm und deswegen nicht darauf einging. Daß aber ein solches Project einer Vereinigung Wallensteins nur mit Brandenburg und Sachsen mit Ausschluß Schwedens ernstlich discutirt worden ist, hat Arnim selbst Oxenstierna zugestanden.

Ganz anders lautete das zweite Project, welches, nachdem das erste an der ehrlichen Haltung Arnims Schweden gegenüber gescheitert war, zunächst den weiteren Verhandlungen zu Grunde gelegt wurde. Nach diesem sollte die Vereinigung der Armeen sich nicht auf Brandenburg und Sachsen beschränken, sondern auch auf Schweden erstrecken; ja es sollte ein Bund mit allen antihabsburgischen Mächten, mit Frankreich, Holland und dem Fürsten Georg Rakóczy von Siebenbürgen geschlossen und dann mit vereinigter Macht gegen das Haus Oesterreich vorgegangen werden. Für dieses umfassende Vorgehen wurden sogar schon die Rollen vertheilt: Herzog Bernhard und Holck sollten sich gegen den Kurfürsten von Bayern, Horn gegen Feria wenden; die Franzosen sollten den Kampf gegen Spanien in Italien aufnehmen. Wallenstein selbst wollte sich nach Böhmen zurückziehen und dann von dort aus gegen Oesterreich und Steiermark hervorbrechen. Kein Wunder, daß Thurn, der an den Besprechungen über dieses Project theilnahm, darüber in helles Entzücken gerieth. Er schrieb in seiner optimistisch-übertriebenen Weise am 27. August an Oxenstierna: „Euer Excellenz setzen die wenigsten Zweifel nit, es ist geschlossen, den Kayser nach Spania zu jagen." Ohne Zweifel glaubte Thurn, daß dann auch die Erhebung Wallensteins auf den böhmischen Thron sich mit Nothwendigkeit ergeben müsse.

Mag sich nun aber auch Thurn zu weit gehenden Hoffnungen hingegeben und manche Aeußerung Wallensteins mißverstanden und übertrieben haben, daran kann jedenfalls kein Zweifel sein, daß der kaiserliche Generalissimus diesmal Arnim gegenüber viel weiter aus sich herausgegangen ist, als jemals früher. So vorsichtig und unbestimmt sich Arnim auch nach den bisherigen Erfahrungen über die Projecte Wallensteins dem schwedischen Kanzler gegenüber geäußert hat, den einen Eindruck hatte er doch aus den Verhandlungen mit Sicherheit gewonnen, daß der kaiserliche Feldherr diesmal in weit höherem Grade als früher gegen den Kaiser „disgustirt", daß es ihm

diesmal wirklich Ernst mit seinen Anerbietungen war. Im Einzelnen freilich war Alles noch immer unbestimmt genug und in weitem Felde. Arnim brauchte sich, um dies zu erkennen, nur des grellen Widerspruchs zwischen den beiden Projecten, über die verhandelt worden war, zu erinnern. Wer bürgte dafür, daß der wetterwendische und in den Eingebungen seiner Laune unberechenbare Mann nicht sehr bald wieder auf jenes erste, an Arnims Widerstande gescheiterte Project zurückkam? Wichtig aber war für Arnim vor Allem, daß ihm Wallenstein diesmal doch eine Art von Garantie geboten hatte, indem er sich doch endlich auch über die entscheidend wichtige Frage, ob er denn seiner Armee für den Fall eines offenen Abfalls vom Kaiser völlig sicher sei, offen ausgesprochen hatte. Er hatte kein Hehl daraus gemacht, daß er jene Frage doch nicht in Bezug auf alle Regimenter in vollem Umfange bejahen könne; ja er hatte mehrere Regimenter, sechs an der Zahl, namentlich als solche bezeichnet, deren Zuverlässigkeit er nicht für sicher hielt, und sich erboten, diese dem Oberbefehl Arnims zu unterstellen. Danach schien es ihm in der That mit der Vereinigung der Armeen zur Durchführung des gemeinsamen Endziels voller Ernst zu sein.

Welches aber war nun dieses Endziel? Nach Arnims Aeußerungen ging Wallensteins Anerbieten dahin, daß Alles im römischen Reiche wieder aufgerichtet und sowohl in weltlichen wie geistlichen Angelegenheiten auf den früheren Stand gebracht und so erhalten werden sollte; dabei habe er sich „hochbetheuerlich" erboten, „wider alle diejenigen, so sich dem entgegen setzen sollten, ohne einigen Unterscheid seine Waffen zu wenden, auch nicht eher nachzulassen, bis solcher gewünschter Zweck erreichet". Dieser Vorschlag aber, der im Wesentlichen auf die im Juni ausgesprochenen Pläne herauskommt, erhielt doch diesmal eine weit festere Grundlage durch jenes Anerbieten, einige kaiserliche Regimenter Arnim zu unterstellen. Daneben war jetzt außer der Wiederherstellung der Zustände im Königreich Böhmen einschließlich seines Charakters als Wahlreich auch insbesondere von der Verbannung der Jesuiten, die Wallenstein nicht minder haßte, als sie von den Protestanten gehaßt wurden, die Rede.

Mit diesen Vorschlägen Wallensteins reiste nun Arnim in den letzten Augusttagen aus dem Lager ab, um sich erst zu seinem Kurfürsten, dann aber zu dem schwedischen Reichskanzler zu begeben.

Schon vor ihm hatte auch der Hofkriegsrathspräsident Schlick das Lager verlassen. Sein ostensibler Auftrag hatte dahin gelautet, Wallenstein zu veranlassen, daß er Aldringer mit seinem durch 4000 Mann von Holcks Truppen zu verstärkenden Corps dem schwer bedrängten Kurfürsten Maximilian überlassen möge. Nach dem Berichte, welchen Schlick nach Wien erstattete, hat Wallenstein in der That, wenigstens bedingt, nachgegeben und Aldringer den Befehl ertheilt, „sich Ihrer kurfürstlichen Durchlaucht Ordinanzen begehrtermaßen in Allem zu accomodiren und zu bequemen, allein mit diesem Vorbehalt, daß er sich in keine Hauptbelagerung einiges Ortes einlassen oder impugnieren

ſollte“. Man ſieht: ein unbedingtes Aufgehen des Aldringerſchen Corps in dem ſpaniſchen wollte und konnte Wallenſtein nicht bewilligen: ſoweit er nachgeben konnte, gab er nach.

Ob Wallenſtein auch von der geheimen Miſſion Schlicks eine Ahnung hatte, läßt ſich nicht mit Sicherheit ſagen. Dieſer geheime und nicht ohne Erfolg verſuchte Auftrag Schlicks ging dahin, Gallas, Piccolomini und andere hohe Befehlshaber ſo zu ſtimmen, daß der Kaiſer für den Fall, „daß Sie mit dem Herzoge von Friedland ſeiner Krankheit halber *oder ſonſt* eine Veränderung vornehmen wollten“, ihrer ſtandhaften Treue verſichert ſein dürfte.

Einſtweilen ruhten dann die Verhandlungen in Schleſien, bis Arnim von ſeiner Reiſe zu Oxenſtierna zurückgekehrt ſein würde.

Der ſchwediſche Kanzler war von den Vorgängen im Schweidnitzer Lager ſchon durch die freilich übertriebenen optimiſtiſchen Briefe Thurns unterrichtet, die hauptſächlich den Zweck verfolgt hatten, ſein Mißtrauen gegen Wallenſtein, das ſeit dem Abbruch der Verhandlungen im Juli noch größer geworden war, zu zerſtreuen. Das war ihm aber doch nicht völlig gelungen. Immerhin hatte er ſich, nachdem er erfahren hatte, daß Wallenſtein wirklich ernſtlich mit dem Wiener Hofe geſpannt ſei, bereit erklärt, auf die neuen Verhandlungen einzugehen. Am 10. September traf er mit Arnim, der unterwegs in Großenhain eine Unterredung mit ſeinem Kurfürſten gehabt hatte, in Gelnhauſen zuſammen. Obwohl der Reichskanzler aus Arnims Eröffnungen den Eindruck gewann, daß die Anerbietungen Wallenſteins „für einen bloßen Scherz doch zu grob“ ſeien, trat er doch aus ſeiner Zurückhaltung nur wenig heraus. Er hatte mit der Argliſt und Doppelzüngigkeit Wallenſteins doch ſchon zu ſchlimme Erfahrungen gemacht. Vor Allem hegte er die Beſorgniß, daß derſelbe ſchließlich wieder auf den Gedanken zurückkommen könne, ſich nur mit Sachſen und Brandenburg ohne Zuziehung Schwedens zu verbinden, und Arnim, der ſelbſt doch auch kein volles Vertrauen zu der Sache hatte, mußte ihm zugeben, daß davon im Schweidnitzer Lager auch die Rede geweſen ſei. Natürlich aber wollte Oxenſtierna die Sache, die, wenn ſie Ernſt war, von der größten Bedeutung war, doch auch nicht ganz von der Hand weiſen. Er begnügte ſich ſchließlich mit ziemlich allgemein gehaltenen und unbeſtimmten Erklärungen, die im Weſentlichen wieder darauf hinausliefen, daß Wallenſtein erſt durch die That zeigen müſſe, daß es ihm Ernſt ſei, ehe an eine wirkliche Unterſtützung gedacht werden könne. Er erſuchte Arnim, „den Herzog von Friedland nur fortzutreiben und ihm zu verſichern, daß, wenn er ſeine Deſſeins nur fortſetze, er von ihm und ſeinen Freunden nicht im Stich gelaſſen werden ſolle“. Er ertheilte ferner Herzog Bernhard den Auftrag, dem Feldmarſchall

Holck, dem Vertrauten Wallensteins — der übrigens gerade in diesen Tagen eines plötzlichen Todes verstarb — beizuspringen, sobald er seiner Hilfe bedürfe. Im Uebrigen beschloß der Kanzler doppelt vorsichtig zu sein und alle seine militärischen Maßregeln so zu treffen, daß er für den Fall, daß sich die Verhandlungen abermals zerschlügen, gegen jeden Angriff Wallensteins gedeckt wäre.

Dagegen war der Kurfürst Johann Georg, den Arnim auf der Rückreise am 16. September auf der Moritzburg sprach, jetzt mehr als früher geneigt, auf die Anerbietungen Wallensteins einzugehen. So unbestimmt die Antwort, die er Arnim ertheilte, auch war, so sehr sie den conservativen, nur auf eine Herstellung des Friedens im Allgemeinen gerichteten Charakter der sächsischen Politik auch betonte, so enthielt sie doch die Ermächtigung, daß die Armeen sich zur Erreichnng „der Tranquillirung des heyligen Römischen Reichs und Reducirung desselben Fundamentalgesetze, auch teutschen Libertät" nicht allein mit einander verglichen, sondern auch „treulich cooperirten". Johann Georg bewilligte also jetzt, was er in Chmelen im Juni trotz Arnims Zureden verweigert hatte. Und in etwa gleichem Sinne erklärte sich auch der Kurfürst von Brandenburg, den Arnim am 19. September in Beeskow aufsuchte, beide aber, ohne der Mitwirkung Schwedens zu gedenken. Man nahm an, daß man unmittelbar vor dem Abschluß der Vereinbarung mit Wallenstein stehe. In dieser Erwartung traf Arnim wieder im Heerlager vor Schweidnitz ein.

Da trat Wallenstein am 26. September plötzlich wieder mit jenem schon während der Verhandlungen im August anfangs von ihm ausgesprochenen Gedanken hervor, in Gemeinschaft mit Sachsen und Brandenburg die Schweden vom deutschen Boden zu vertreiben. Sei es nun, daß ihn die unbestimmten Erklärungen Oxenstiernas nicht befriedigten, vielmehr in lebhaften Unwillen gegen dessen zögernde Haltung versetzten, sei es, daß es einigen ihm freundlicher gesinnten kaiserlichen Commissaren, die im September in seinem Lager erschienen waren, gelungen war, ihn zu beruhigen, kurzum, er wollte von der Verbindung mit Schweden, auf die er wahrscheinlich in den Verhandlungen mit Arnim nur zögernd eingegangen war, wieder völlig zurücktreten und sogar Sachsen und Brandenburg veranlassen, sich mit ihm vereint gegen Schweden zu wenden.

Es ist erklärlich, daß vor Allem die böhmischen Emigranten über diese neue Treulosigkeit des Friedländers im Innersten empört waren. Ebenso war der Kurfürst von Sachsen, noch mehr aber der von Brandenburg im Innersten entrüstet über Wallensteins Verhalten. Georg Wilhelm erklärte, man dürfe sich auf weitere Verhandlungen mit ihm unter keinen Umständen einlassen. Weniger nachhaltig scheint die Entrüstung auf der Seite der Sachsen gewesen zu sein; denn wir hören bald darauf von neuen Verhandlungen, die sie mit Wallenstein auf der alten Grundlage der Herstellung der früheren Zustände im Reiche, wie sie unter Rudolf und Matthias gewesen, anknüpfen.

Karte von Schlesien. Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", 1637.

Nach seiner alten Verfahrensweise suchte aber Wallenstein diesen Verhandlungen auf völlig veränderter Grundlage, auf die die Sachsen doch nicht sogleich einzugehen bereit gewesen waren, durch kriegerische Erfolge den nöthigen Nachdruck zu verleihen. Er befahl Gallas, der an des soeben verstorbenen Generals Holck Stelle getreten war, von Neuem einen Einfall in Sachsen zu unternehmen, vornehmlich zu dem Zwecke, um die sächsischen Truppen zu zwingen, sich zur Vertheidigung ihres Landes in dieses zu begeben, d. h. von den Schweden in Schlesien zu trennen. Nachdem er diesen Zweck in der That erreicht hatte, wandte sich Wallenstein mit voller Macht gegen die unter Thurn und Duvall in Schlesien zurückgebliebenen Schweden und griff dieselben in ihrer isolirten Stellung bei Steinau a. O. an. Nach einem von Schaffgotsch geleiteten glücklichen Reitergefechte mußte das ganze, etwa 6000 Mann zählende schwedische Corps capituliren (10. October). Die gemeinen Soldaten wurden in das kaiserliche Heer eingereiht, den Officieren aber, also auch Duvall und dem Todfeinde des Kaisers, dem Grafen Thurn, abzuziehen gestattet, jedoch mit der Bedingung, daß alle noch von ihnen besetzten schlesischen Plätze an die Kaiserlichen ausgeliefert werden sollten. In kurzer Zeit war ganz Schlesien in Wallensteins Händen.

Dieser neue, ebenso glänzende als überraschende Erfolg hatte zunächst eine vorübergehende Umstimmung der leitenden Kreise in Wien zur Folge. Die Briefe, welche von dort aus an Wallenstein nach diesem Siege gerichtet wurden, sind in den überschwänglichsten Ausdrücken der Freude und des Dankes abgefaßt. Selbst der spanische Resident im Lager Wallensteins ergeht sich in unbegrenzten Lobeserhebungen. „Nun wird", so schreibt er dem Kaiser, „sich der Feind zum Frieden genöthigt sehen, und die Angelegenheiten der Religion, Eurer kaiserlichen Majestät und des Hauses Oesterreich werden zu einer Höhe emporgehoben werden, welche sie bisher noch nie erreicht haben."

Der Reihe nach öffneten nun die schlesischen Städte, zuletzt auch Breslau, Wallenstein die Thore. Seine Truppen drangen ins brandenburgische Gebiet vor. Frankfurt a. O. ergab sich ihnen ohne Schwertstreich. Wallenstein dachte an einen Einfall in Sachsen direct, um Johann Georg zum Abschluß der aufs Neue angeknüpften Verhandlungen zu nöthigen. Er rückte in der That nach Görlitz vor. Der kaiserliche Generalissimus nahm noch einmal eine grandiose Stellung ein, er schien die Geschicke der Welt in seiner Hand zu haben: nur kurze drei Monate, und er lag ermordet im Palaste von Eger.

Der Historiker geräth in Verlegenheit, wenn er angeben soll, in welchem Momente der unlösbare Conflict zwischen dem Kaiser und seinem Heerführer ausgebrochen ist. Die Friedensverhandlungen, welche Wallenstein unausgesetzt mit Sachsen und Brandenburg gepflogen hat, würden ihn allein nicht hervorgerufen haben. Von dem, was an diesen Verhandlungen Bedenkliches war, hatte der Kaiser, wenn überhaupt, nur sehr unbestimmte Kunde. In den-

Graf Gallas.

Facſimile des Kupferſtiches von B. Moncornet.

jenigen Theilen der Vereinbarungen aber, welche Wallenſtein ihm mittheilte, war zwar nicht volles Einverſtändniß, aber doch eine gemeinſame Grundlage vorhanden. Iſt doch ſelbſt der Gedanke einer theilweiſen Wiederherſtellung des

Pfälzischen Hauses, wenigstens nach dem Ableben Maximilians, selbst dem Pater Quiroga keineswegs unannehmbar erschienen. Es gab sogar einen Moment, in welchem der kaiserliche Hof unter der Einwirkung Eggenbergs zum nicht geringen Entsetzen der katholisch-jesuitischen Partei geneigt war, nicht zwar für die Erblande, aber doch für das Reich das Normaljahr 1618 zuzugestehen. Bis zu dieser Grenze etwa sind die Commissare des Kaisers in Leitmeritz gegangen. Gegenüber den Vorwürfen, welche die Jesuiten und der kaiserliche Beichtvater Lamormain dagegen erhoben, hat Eggenberg darauf hingewiesen, daß auch der Kaiser seine Theologen habe und daß diese der Meinung seien, daß es ihm sehr wohl erlaubt sei, mit den Andersgläubigen im Reiche Verträge dieser Art abzuschließen. Selbst nach Schlicks Sendung ist der Kaiser den erneuten Verhandlungen Wallensteins mit den Sachsen — von denen mit den Schweden hat er wohl überhaupt keine Kunde gehabt — nicht entgegengetreten. Dies ergiebt sich namentlich aus einem Schreiben, welches er am 18. September an Trautmannsdorf gerichtet hat, in welchem er diesem mittheilt, Wallenstein habe bei ihm angefragt, wie er sich Arnim gegenüber zu verhalten habe. Darauf habe er, der Kaiser, nach reiflicher Ueberlegung befunden, daß Alles davon abhängig sei, ob in der That mit Sachsen und Brandenburg zu einem beständigen Frieden zu gelangen sei: das aber müsse Niemandem besser bekannt sein als dem Herzoge von Friedland.

Dagegen trat in Bezug auf das Verhalten Wallensteins gegenüber Spanien und namentlich gegenüber Maximilian von Bayern die Differenz zwischen der Souveränität des Kaisers und der Selbständigkeit seines Feldherrn immer deutlicher zu Tage. Wir hoben hervor, daß Wallenstein in dieser Hinsicht sich dem Grafen Schlick gegenüber zu der Concession verstanden hatte, Aldringer anzuweisen, daß er sich Maximilian „accommodire", und nur den Vorbehalt gemacht hatte, er solle sich in keine Hauptbelagerung einlassen. Maximilian aber forderte mehr: der Kaiser sollte Aldringer von Wien aus direct anweisen, sich unbedingt den Befehlen des Kurfürsten zu fügen und den Ordonnanzen Wallensteins nicht zu gehorchen. In der That ließ der Kaiser mit einem derartigen Befehl Walmerode, ebenfalls einen erklärten Gegner Wallensteins, an Aldringer abgehen, ohne Wallenstein Mittheilung hiervon zu machen. Darin lag aber ohne Frage eine wirkliche Verletzung der mit Wallenstein abgeschlossenen Capitulation.

So war nun einmal die Lage der Dinge. In einem Momente der höchsten Gefahr hatte der Kaiser den Einzigen, der ihn erretten konnte, mit einer fast souveränen Gewalt ausgestattet, die ihn eigentlich seiner eigenen Verfügung entzog. Er hatte es gethan in der Erwartung, daß sich der Feldherr gleichwohl stets seinen Ansichten und Absichten unterordnen werde. In dem Augenblicke aber, in welchem sich zwischen seinen Zielen und denen des Feldherrn eine tiefgreifende Differenz herausstellte, mußte dem Kaiser die Macht, die er seinem Unterthanen anvertraut hatte, gefährlich und unheimlich erscheinen.

Der Jeſuiten Monarchi.

Ich meynt/es hetten nur vier Monarchien Zünffte
Auff Erden ſollen ſeyn? Wo kömt denn her die
Fünffte?
Die fünffte/die nun gleich ſo hoch geſtiegen iſt/
Daß man der andern Macht vnd Groſſeyn gar
vergiſt/
In dem ſie ſtärcker viel vnd höher noch iſt worden.
Vnd zwar ihr Vrſprung iſt aus einem ſolchen Orden/
Der ſchlecht gnug kunte ſeyn. Jetzt/weil das Glücke lacht
So haben ſies ſo hoch/als wol am Tag iſt/bracht.
Ihr iſt die Monarchi. Der Keyſer iſt nicht Keyſer/
Im fall von ihnen Er die werthen KeyſerKeuſer
Erflehn vnd heiſchen muß. Er hat die meiſte Macht
In ReichesSachen nicht. Er iſt vor nichts geacht
Nur ihr Vaſall iſt er. Har er wol ehe doch müſſen
Von einem ſtoltzen Pabſt ſich treten lan mit Füſſen/
Vnd mehr als hündiſch ſeyn. Den Namen führt er zwar/
Was aber der ihn hilffe/das iſt ja offenbar.
Kein König iſt ſo hoch/Er muß ſich ihnen beugen/
Vnd vor dem hohen Rom ſein Knechtiſche Scepter neigen.
Dis Gantze wollen ſie zu eigen haben gantz/
Vnd lies ſo mancher Printz ſein Häupt vor ihrer Schantz
Ihr Reich ſol ewig ſeyn. Doch ſihet man wie es gangen/
Seyd dieſe Monarchi zu herrſchen angefangen/
Wie mehr als Heydniſch noch. So mancher frommer
Fürſt/
Hat müſſen halten her/nach dem ſie hat gedürſt.
Venedig weis es wol/wie es die Herren karten/
Drümb heiſſen ſie ſie noch von ihnen ſeyn/vnd warten/
Bis gar nichts werde draus. Wie wenig Oetter ſeyn/
Da ſich das loſe Volck nicht hat gedrungen ein.
Wie ſolten auch nun dran. Die Chur war ſchon verredet/
Ehe ſie ſie kriegten noch. Es ward vns auch verödet
So manches ſchönes Feld. Doch ſchickte Gott es ſo/
Daß ſie geflohen ſind/vnd wir noch frey vnd fro/
Ihr Stifft in Augen/wir ſind doch/Gott Lob/geblieben/
Wie mehr ng man vns hielt/ihr wüten iſt vertrieben.
Sie ſtürtzen Tag für Tag. Ihr Scepter neiget ſich.
Die Monarchi gehet ein/gedencket nur an mich/
Vnd trawt auff vnſern Goet. Wie wird/wiewol zu ſpäte/
Der fromme Keyſer doch beſeufftzen ihre Räthe/
Wie ſies ſo falſch gemeynt. Wie wird er wündſchen doch/
Daß er die me geſehn/denn er doch folget noch.

Gedruckt im Jahe M DC XXXII

Verkleinertes Facſimile eines den Kaiſer vor den Jeſuiten warnenden Flugblattes.

Immer mehr näherten ſich inzwiſchen die Beſtrebungen der Gegner Wallenſteins ihrem eigentlichen Ziele. Das Corps Aldringers erhielt von Maximilian unter kaiſerlicher Zuſtimmung die Weiſung, ſich mit dem Herzoge von Feria zu vereinigen. Aber auch die Verfügung über die ihm direct

unterstehenden kaiserlichen Truppen sollte Wallenstein entzogen werden. Gallas erhielt von Wien direct den Befehl, mit 1000 Pferden und allen Dragonern von Böhmen aus nach Nürnberg zu marschiren, während ihm Wallenstein ausdrücklich geboten hatte, mit seinen Truppen Böhmen, auf das das Hauptaugenmerk des Feindes gerichtet sei, zu decken. Die Unterfeldherren des Generalissimus kamen in eine immer bedenklichere Lage. Sollten sie dem Befehl ihres Oberfeldherrn oder dem des Staatsoberhauptes gehorchen? Gallas that mit schwerem Herzen das letztere. Er wußte, daß der kaiserliche Befehl eben von Wien aus, d. h. ohne eigentliche Kenntniß der Lage des Heeres, gegeben war. Er trug kein Bedenken, seine Ansicht dem Kaiser mitzutheilen; er schrieb ihm, daß durch seinen Abmarsch nach Nürnberg des Kaisers Länder dem Feinde offen stehen würden.

Diese Gegensätze in der Auffassung der strategischen Lage waren dann, wie wir sehen, durch Wallensteins Sieg bei Steinau einen Augenblick wieder in den Hintergrund getreten. Bald aber wurden die alten Verdächtigungen wieder laut, namentlich machte man es Wallenstein zum schweren Vorwurf, daß er Thurn wieder entlassen hatte. Daß er hierzu triftige Gründe hatte — erlangte er doch eben dadurch die Uebergabe mehrerer noch im Besitz des Gegners befindlicher Festungen — wurde am Wiener Hofe nicht gewürdigt. Die entscheidende Wendung trat aber dort durch den Fall Regensburgs ein.

„Ich will meinen Kopf zum Pfande setzen, daß der von Weimar nach Eger wird gehen", erklärte Wallenstein noch im November, als auf Veranlassung des Kurfürsten von Bayern ein reitender Bote nach dem andern vom Kaiser an ihn geschickt wurde, um ihm das Begehren Maximilians, Hilfe von ihm zu erhalten, kundzuthun. Es war ein verhängnißvoller Irrthum, in dem sich der Feldherr Wallenstein befand. Die Folgen dieses Irrthums haben recht eigentlich dem Fasse den Boden ausgeschlagen.

Allerdings hatten noch im October, wie Oxenstierna am 27. October Johann Georg mittheilte, die Schweden die bestimmte Absicht, eine energische Diversion gegen Böhmen zu unternehmen, um dadurch den Kurfürsten von Sachsen aus der ihm drohenden Gefahr zu erretten. Bernhard von Weimar hat das direct als die Hauptaufgabe des Feldzugs bezeichnet. Aber er meinte eben, dieses Endziel besser durch einen Angriff auf Regensburg zu erreichen, die Kaiserlichen von Böhmen, Sachsen und Schlesien auf diese Weise nach Bayern heranzuziehen. Das für Wallenstein völlig Unerwartete geschah. Am 14. November fiel Regensburg, der außerordentlich wichtige Donaupaß, in die Hände des Feindes. Damit war allerdings die Gefahr unmittelbar an die kaiserlichen Erblande herangetreten.

Wallenstein aber hatte den immer wiederholten Hilfegesuchen Maximilians von Bayern gegenüber dem Kaiser immer aufs Neue seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß Bernhard gar nicht an einen Ueberfall Regensburgs denke, vielmehr einen Einfall in Böhmen plane. Gegen einen solchen hatte er durch Befehle an Aldringer und Gallas alle erforderlichen Vorkehrungen

getroffen. Noch an dem Tage, an welchem Regensburg fiel, am 14. November, hatte er nochmals an den Kaiser berichtet: „daß der Herzog von Weimar seine Intention gegen Regensburg gerichtet, hat auf der Welt keine Apparenz." Gleichzeitig mit diesem Briefe traf in Wien die Nachricht von dem Falle Regensburgs ein. Maximilian von Bayern hatte Recht behalten, Wallenstein aber geirrt.

Wallenstein erhielt die niederschmetternde Nachricht am 18. November. Sofort, schon am darauffolgenden Tage machte er sich, indem er einen Theil seines Heeres zum Schutze Schlesiens dort zurückließ, auf, um dem Herzoge von Weimar entgegenzugehen und ihn an weiterem Vordringen zu hindern. In zehn Tagen legte er den Weg von Enzowar in der Nähe von Leitmeritz, also an der Nordgrenze Böhmens, bis nach Neumark an der Südwestgrenze zurück; am 30. November stand er bei Fürth in Niederbayern.

Aber inzwischen hatte er bereits die Nachricht von der völligen Umwandlung, die sich in der Stimmung des Wiener Hofes gegen ihn in Folge des Falles von Regensburg vollzogen hatte, erhalten. Er erfuhr, daß man damit umginge, sich seiner durch eine zweite Absetzung zu entledigen. Das wollte er nicht über sich ergehen lassen. Mißmuthig erklärte er dem Grafen Trautmannsdorf, mit dem er in der Nähe von Pilsen zusammengetroffen war, er wolle resigniren.

Inzwischen war auch in den böhmischen Grenzgebirgen der Winter eingetreten. Die Frage war, ob es unter diesen Umständen möglich sein werde, weiter vorzudringen oder gar Regensburg zurückzuerobern. Wallenstein war nicht dieser Meinung. Er glaubte, gerade in diesem Augenblicke sein Heer, auf welchem der Schutz der kaiserlichen Erblande beruhte, nicht unberechenbaren Unfällen aussetzen zu dürfen. Hatte er doch schon dem Grafen Trautmannsdorf gegenüber, seiner ganzen Auffassung von diesem Kriege entsprechend, geäußert, wenn der Kaiser noch zehn Siege erfechte, werde er dennoch nichts erreichen, eine einzige Niederlage aber werde ihn vernichten. Auch glaubte er annehmen zu dürfen, daß Bernhard einen Angriff gegen Oesterreich, während er in Böhmen stehe, nicht wagen werde. Obwohl daher seine Obersten dafür waren, wenigstens eine Belagerung von Cham, das von den Schweden mit einer Besatzung belegt war, zu versuchen, entschloß sich Wallenstein, der für eine solche nicht genügend mit Geschütz versehen zu sein glaubte, doch sich nach Böhmen zurückzuziehen und dort wieder, wie im vorigen Jahre, die Winterquartiere aufzuschlagen, nachdem er den Kaiser kurz von seiner Lage verständigt hatte. Der Kaiser antwortete in ziemlich ungnädigem Tone — zum ersten Male in seiner ganzen Correspondenz mit Wallenstein —, er habe ungern vernommen, daß er den Beschluß gefaßt habe, nach Böhmen zurückzugehen, während es doch seine Hauptaufgabe sein müsse, die kaiserlichen Erblande zu vertheidigen. Daß aber Wallenstein mit seiner Ansicht über die Unmöglichkeit eines Winterfeldzugs nicht allein stand, sieht man am besten aus dem Urtheil seines Gegners, des Herzogs Bernhard von Weimar, der

ebenfalls der Ansicht war, daß „Wallenstein wegen des eingefallenen Frostwetters in dem böhmischen Gebirge nicht so wohl fortkommen können".

Da der Kaiser mehrfach den Befehl an Wallenstein wiederholte, noch in diesem Winter den Feldzug gegen Bernhard zu eröffnen, Wallenstein aber dies für unmöglich hielt, bat der Letztere, ihm Questenberg ins Lager zu senden, da er „wegen vieler Ihrer Majestät Dienst und das bonum publicum betreffenden Sachen nothwendig mit dem Herrn zu reden habe". In der That traf dieser im Verein mit Trautmannsdorf im December 1633 in Pilsen ein, wohin sich Wallenstein von Fürth aus begeben hatte. Der Feldherr wollte die kaiserlichen Abgesandten durch eigenen Augenschein von der Unmöglichkeit, den Feldzug in diesem Winter noch zu eröffnen und die Winterquartiere außerhalb Böhmens zu nehmen, überzeugen; deshalb legte er deren Instruction den Obersten seines Heeres zur Begutachtung vor. Es war ein außergewöhnlicher Schritt, den er damit unternahm, aber er hielt ihn durch die Lage der Dinge für geboten. Die Heerführer sprachen sich einstimmig dahin aus, „daß jetziger Zeit die Execution höchstgedachter kaiserlicher Ordonnanzen eine pur lautere Unmöglichkeit sei". Sie meinten, man dürfe den Vorschlag gar nicht dem gemeinen Mann bekannt werden lassen, da sonst ein allgemeiner Aufruhr entstehen könne. In diesem Sinne berichtete Trautmannsdorf auch an den Wiener Hof. Questenberg, von dem man sich nach Schillers meisterhafter Darstellung dieser Vorgänge doch ein richtiges Bild nicht macht, war ohnehin einer der eifrigsten Verfechter der Wallensteinschen Politik am kaiserlichen Hofe. Er schrieb dem Kaiser noch von Pilsen aus, obwohl ihm die veränderte Stimmung, die in Wien herrschte, nicht unbekannt war: „Eure kaiserliche Majestät sollten allerdings versichert sein, da Etwas daran wäre oder seyn könnte (nämlich an den Gerüchten, daß der Feind in die kaiserlichen Erblande vordringen wollte), daß der Generalissimus Eurer Majestät Dienst in Acht zu nehmen, eher zu Fuß selbst hinlaufen und die Nothdurft in Acht nehmen würde." Aber einen nachhaltigen Eindruck vermochten Aeußerungen dieser Art in Wien nicht mehr zu machen. Der Conflict zwischen dem Hofkriegsrath und dem Generalissimus wurde demungeachtet immer schärfer. Der Fall, der früher bei Gallas vorgekommen war, wiederholte sich bei Suys: er erhielt vom Kaiser und von Wallenstein Befehle, die einander diametral widersprachen. Im Gegensatz zu dem Verhalten, welches Gallas eingeschlagen hatte, gehorchte Suys nicht dem Kaiser, sondern dem General. Das hatte nun aber wieder ein sehr scharfes Schreiben Ferdinands an Wallenstein zur Folge, in welchem ihm in einer unbestimmten Wendung mit Absetzung gedroht wurde.

Daß es so weit inzwischen in Wien gekommen war, liegt indeß nicht allein an dem Mißfallen des Hofes an Wallensteins strategischem Verfahren: es hatte auch tiefer liegende politische Gründe, die namentlich von spanischer Seite mit Nachdruck geltend gemacht wurden.

Zwiſchen den Fürſten der Liga, namentlich dem Kurfürſten von Bayern, und Wallenſtein beſtand ein ausgeprägter politiſcher Gegenſatz ſchon von dem Augenblicke an, da Wallenſtein einen beſtimmenden Einfluß auf die kaiſerliche Politik gewonnen hatte. Während des erſten Generalats Wallenſteins hatte er vornehmlich darin ſeinen Ausdruck gefunden, daß der kaiſerliche Feldherr dem Kaiſerthum eine univerſalmonarchiſche Stellung verſchaffen wollte, welche das katholiſche Fürſtenthum ihm ebenſo wenig einzuräumen geneigt war, wie das proteſtantiſche. In dieſem Zwieſpalt war Wallenſtein zunächſt unterlegen, die Fürſten der Liga hatten ſeine Abſetzung durchgeſetzt. Im zweiten Generalate knüpfte der Gegenſatz vornehmlich an das Reſtitutionsedict und die damit zuſammenhängenden kirchlich-politiſchen Fragen an, in denen Wallenſtein zu Zugeſtändniſſen an die Proteſtanten geneigt war, welche die Katholiken nimmermehr bewilligen wollten. Wir hören daher ſchon ſehr früh im Jahre 1633 von Verſuchen der ligiſtiſchen und der mit ihnen verbündeten jeſuitiſch-kirchlichen Kreiſe, auf den Kaiſer dahin einzuwirken, daß er dem Feldherrn die Friedensverhandlungen, die ihr äußerſtes Mißtrauen und Mißfallen erregten, nicht ferner überlaſſen möge. Einen gewaltigen Rückhalt aber hatten dieſe Wallenſtein feindlichen Beſtrebungen, wie wir ſchon hervorhoben, vor Allem an dem ſpaniſchen Geſandten Caſtañeda gefunden, dem ſich im October noch der Graf Oñate, der damals nach Deutſchland kam, zugeſellte. Während auf dem Regensburger Kurfürſtentage von 1630 gerade die ſpaniſche Politik ſich für Wallenſtein und gegen die auf ſeine Abſetzung gerichteten Beſtrebungen erklärt hatte, während der Wiedereintritt des Feldherrn in das Generalat unter freudiger Mitwirkung der Spanier angeregt und durchgeführt worden war, hatte ſich ſeit Guſtav Adolfs Tode ein ſtets wachſender Gegenſatz zwiſchen ihnen und dem kaiſerlichen Feldherrn herausgeſtellt. Derſelbe beruhte nicht bloß auf der von Seiten des Geſandten wiederholt geäußerten Beſorgniß vor den Eigenmächtigkeiten des Generals, auch nicht bloß auf jener ſeiner Weigerung, den Herzog von Feria neben ſich zu dulden, ſondern er erſtreckte ſich auch auf das ganz allgemein politiſche Gebiet. Ohne Frage hatte Ferdinand II. von Anfang an, ſchon bei den Verhandlungen über ſeine Succeſſion, in denen er den Spaniern die Abtretung des Elſaſſes in Ausſicht geſtellt hatte, der ſpaniſchen Politik einen Einfluß auf die deutſchen Angelegenheiten eingeräumt, der den Intereſſen des Reiches keineswegs überall völlig entſprach. Auch in den mantuaniſchen Erbfolgekrieg, der gar kein unmittelbares deutſches Intereſſe berührte, war Ferdinand weſentlich durch ſpaniſche Einwirkung hineingezogen worden. Eben dadurch aber war das Reich auch im Allgemeinen in den Conflict zwiſchen Frankreich und Spanien verwickelt worden, in dem es ſich wiederum weſentlich um ſpaniſche Intereſſen handelte. In dem inneren Kampfe, in den Richelieu mit der Königin-Mutter und dem Thronfolger ſowie mit dem Herzoge von Lothringen gerathen war, hatte Spanien mehr oder minder offen die dem leitenden Miniſter feindliche Partei unterſtützt; der Herzog von Lothringen war geradezu in einen Bund mit den Kaiſer ge-

treten. Als ſein Kampf mit der franzöſiſchen Staatsgewalt aber eine ungünſtige Wendung genommen hatte, war es Frankreich gelungen, in Lothringen ſich einer Reihe feſter Plätze zu bemächtigen; ſeitdem empfand man im deutſchen Kriege fortwährend die Rückwirkung dieſes ſpaniſch-franzöſiſchen Gegenſatzes; Frankreich trat immer offener und erfolgreicher mit ſeinen Anſprüchen auf das linke Rheinufer hervor. Schon hatte ſich ihm, von Guſtav Adolf bedrängt, der Kurfürſt von Trier in die Arme geworfen und ihm ſeine ſtarken Feſtungen Philippsburg und Ehrenbreitſtein eingeräumt. Wie durch die Proteſtanten Schweden, ſo ſchien jetzt durch die ſpaniſche Richtung der Wiener Politik auch Frankreich in die innerdeutſchen Kämpfe hineingezogen zu werden.

Die Spanier hatten in der Zeit, in der ihr Verhältniß zu Wallenſtein noch ein ungetrübtes war, dieſen zu bewegen verſucht, ſie in ihrem Kampfe mit Frankreich und Holland zu unterſtützen und namentlich jener Richelieu feindlichen Faction directe militäriſche Hilfe zu gewähren. Außerdem aber hatten ſie, wie wir ſahen, an ihn das Anſinnen geſtellt, nicht allein die Aufſtellung des Herzogs von Feria in Oberdeutſchland und dem Elſaß zu genehmigen, ſondern ihm auch einen Theil ſeiner Truppen zu unterſtellen. In der erſteren Beziehung war Wallenſtein in der That eine Zeit lang geneigt geweſen, den Wünſchen der Spanier zu willfahren, d. h. den Herzog von Lothringen und die Königin-Mutter in ihrem Kampfe gegen Richelieu zu unterſtützen. Je mehr dann aber ſeine Friedensverhandlungen mit Sachſen und Brandenburg in Gang kamen, für um ſo dringender nothwendig hielt er es, ein directes Eingreifen Frankreichs in den deutſchen Krieg zu verhüten. Dieſer Geſichtspunkt war in hohem Grade mitbeſtimmend für den Widerſtand, den er erſt dem Einrücken Ferias in Deutſchland und ſpäter der Unterſtellung Aldringers unter deſſen Commando entgegenſtellte.

Die hierdurch entſtandene Spannung zwiſchen Wallenſtein und Spanien und deſſen Vertretern am Wiener Hofe erhielt noch durch ein anderes, auf den perſönlichen Intereſſen Wallenſteins beruhendes Moment eine erhebliche Verſchärfung. Wir wiſſen, daß in Znaim-Göllersdorf der Kaiſer ſeinem Feldherrn bei deſſen Wiedereintritt ins Generalat eine „äquivalente“ Entſchädigung für Mecklenburg in Ausſicht geſtellt hatte. Die böhmiſchen Emigranten hatten ihn dann zu veranlaſſen geſucht, ſich dieſe Entſchädigung dadurch ſelbſt zu verſchaffen, daß er ſich zum Könige von Böhmen erheben laſſe. Daß dies nur

Ziffernerklärung zum gegenüberſtehenden Plaae von Philippsburg (Abdruck aus dem „Theatrum Europaeum“): 1. Veſtung Philipsburg. 2. Das Schloß. 3. Der rothe Thurn. 4. Der weiſſe Thurn 5. Baliſaten. 6. Zollhauß fortificirt. 7. Fiſcher-Häuſer. 8. Neugemachter halber Mond. 9. Herrn Obr. Schmidbergers Läger. 10. Und deſſen Zelt. 11. Herrn Capitän Wimpfling Zelt. 12. Herrn Obr. Leutenants Sängers Zelt. 13. Marcketenter Platz. 14. Reuter Quartier. 15. Batterey auff dem Mühl-Platz. 16. Kalckofen Schantz. 17. Abgegraben Waſſer. 18. Weg nuher Graben. 19. Demolirt Schantz am Moraſt. 20. Neuer Weg von Oberhauſen. 21. Läger vor Oberhauſen. 22. Dorff Oberhauſen. 23. Dorff Knuutenheim. 24. Kirchhof zur Retiruda. 25. Land-Wehr. 26. Brücke auff dem Damm. 27. Halber Mond an der Überfahrt. 28. Mederſcheimer Hof. 29. Dritte Läger auff der Mederſcheimer Aue. 30. Herrn Obr. Leutenant Bilau Zelt. 31. Umbgefällte Bäum zur Bruſtwehr. 32. Lauffgräben um Rhein. 33. Halber Mond zur Flancquir.

Plan von Philippsburg. Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum“, 1670.

in schroffem Gegensatze zum Kaiser geschehen konnte, lag auf der Hand. Thatsächlich liegt aber aus der Zeit der Verhandlungen während des Frühjahrs und Sommers 1633 kein irgendwie sicherer Beweis dafür vor, daß Wallenstein auf diesen Gedanken, der ihm auch von französischer Seite nahe gelegt worden war, damals ernstlich eingegangen ist. Wohl aber wissen wir aus Arnims Munde, daß Wallenstein in den Verhandlungen mit Sachsen als die Entschädigung, die er statt der mecklenburgischen Herzogthümer erstrebe, die Unterpfalz bezeichnet hat, die er durch Theile von Baden und Württemberg erweitert und nach Maximilians Tode auch mit der Kurwürde ausgestattet zu sehen wünschte. Auf diese Weise hoffte er in den Kreis der höchsten Fürsten des Reiches einzutreten. Durch diesen Wunsch aber stieß er mit den specifisch spanischen Interessen unmittelbar zusammen, da Philipp IV. von Anfang an ebenfalls auf die durch seine Truppen eroberte Unterpfalz, deren Besitz für jene von Spanien seit lange angestrebte Verbindung seiner italienischen mit den niederländischen Besitzungen von größter Bedeutung war, Ansprüche erhob. Ob dieser Anspruch jemals verwirklicht werden könne, war damals allerdings noch nicht mit Sicherheit zu sagen. Aber auch wenn er nicht verwirklicht werden konnte, war Spanien in keinem Falle geneigt, die Unterpfalz Wallenstein einzuräumen. In diesem Falle dachte es vielmehr sein Verhältniß zu England dadurch freundlicher zu gestalten, daß die Unterpfalz den Erben Friedrichs V. wieder eingeräumt werde.

Also sowohl in den allgemeinen europäischen, wie in den territorialen Angelegenheiten und Ansprüchen bestand ein unzweifelhafter scharfer Gegensatz zwischen Wallenstein und den Spaniern, der diese zu furchtbaren Bundesgenossen des Kurfürsten von Bayern und der Wallenstein feindlichen Partei am Wiener Hofe machte, und zwar um so mehr, als der junge Thronfolger, Ferdinand III., völlig vom spanischen Einflusse abhängig war und durchaus im Fahrwasser der spanischen Politik segelte. In Bezug auf die Gegnerschaft gegen Wallenstein stimmte der Thronfolger um so mehr mit Spanien überein, als er sich auch persönlich durch Wallenstein verletzt fühlte. Er hatte den dringenden Wunsch geäußert, in Wallensteins Heere an dem Kriege theilzunehmen, und dementsprechend neben ihm den Oberbefehl beansprucht. Wallenstein hatte das unter Berufung auf seine Capitulation, die das ausdrücklich ausschloß, in entschiedener Weise abgelehnt und erklärt, der König von Ungarn — das war der Thronfolger seit 1625 — sei sein geborener Herr, ihm wolle er gern das Commando abtreten, aber weder neben noch unter ihm dienen. Kein Zweifel, daß Wallenstein dazu berechtigt war, aber ebenso unzweifelhaft, daß der Thronfolger sich nun um so eifriger der dem Feldherrn feindlichen Partei zugesellte.

Wallenstein seinerseits aber hatte dieser Partei durch sein zweideutiges Verhalten während des ganzen Jahres 1633 nur zu viele Waffen in die Hand gegeben, die sie benutzen konnte, um den Kaiser gegen ihn aufzureizen. Nach dem Falle Regensburgs gewannen diese Bestrebungen um so mehr die

Oberhand, als sich Wallenstein unter Berufung auf das Urtheil seiner Obersten geradezu geweigert hatte, die ihm vom Wiener Hofe ertheilten Befehle auszuführen. Am Ende des Jahres 1633, als Questenberg und Trautmannsdorf aus dem Wallensteinschen Heerlager mit diesem negativen Bescheide zurückkehrten, war die Spannung zu einem Grade gediehen, der eine gewaltsame Lösung in der einen oder anderen Weise mit Sicherheit erwarten ließ. Wallenstein aber war über diese Stimmungen und Bestrebungen am Wiener Hofe durch die Anhänger, die er dort noch immer hatte, auf das Genaueste unterrichtet. Er war entschlossen, eine Wiederholung der Schmach von Regensburg nicht über sich ergehen zu lassen. Er beschloß, aufs Neue Verhandlungen mit den Gegnern des Kaisers zu eröffnen und zu versuchen, ob er die ihm drohende Gefahr nicht durch schleunigen Abschluß eines Friedens beschwören könne.

Die entscheidenden Schritte, mit denen Wallenstein die im September abgerissenen Fäden der Verhandlung wieder anknüpfte, begannen in den letzten Tagen des Jahres 1633. Diesmal wandte sich Trzka in directem, unzweifelhaftem Auftrage Wallensteins durch seine Schwester an Kinsky und bat ihn, nach Böhmen zu kommen. Ohne Zögern entsprach dieser der Bitte. Unterwegs erhielt er dann einen zweiten vom 26. December datirten Brief Trzkas, in welchem dieser darum bat, daß auch Herzog Franz Albrecht von Sachsen zu Wallenstein komme, falls Arnim nicht kommen könne. Trzka schrieb jetzt rückhaltlos offen, Wallenstein sei entschlossen, sich nicht nur mit den Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen, sondern auch mit Schweden und Frankreich zu vereinigen; er wolle sein Heer in vierzehn Tagen concentriren und dann die Maske abwerfen; des französischen Volkes werde man dabei nicht bedürfen, wohl aber französischen Geldes.

Nach diesem Schreiben Trzkas nahm Kinsky an und mußte es annehmen, daß Wallenstein ernstlich an die Verbindung nicht allein mit den protestantischen Kurfürsten, sondern auch mit Schweden und Frankreich denke, d. h. auf den Plan jener großen antihabsburgischen Coalition zurückkomme, den er im Herbste des Jahres 1633 plötzlich verworfen hatte. Von dieser Auffassung der Dinge aus schrieb Kinsky wiederholt Briefe an den Grafen Thurn, in denen er diesem die Versicherung gab, er zweifle jetzt keinen Augenblick mehr daran, daß Wallenstein ausführen werde, was man im Herbst gewünscht habe. Im gleichen Sinne schrieb er auch an den französischen Gesandten Feuquières, mit dem er früher wegen der Erhebung Wallensteins zum Könige von Böhmen verhandelt hatte. Man sieht, daß, durch Trzkas Brief veranlaßt, die alten Hoffnungen der böhmischen Emigranten sofort wieder lebendig wurden.

Als nun aber Kinsky am 8. Januar, von seiner Gemahlin begleitet, zugleich mit dem sächsischen Obersten Schlieff, den der Kurfürst Johann Georg

zunächst statt Arnims und des Herzogs Franz Albrecht von Lauenburg entsandt hatte, in Pilsen eintraf und alsbald von Wallenstein empfangen wurde, merkte er aus dessen Eröffnungen sehr bald, daß Trzka in jenen Briefen die Farben doch zu stark aufgetragen habe, daß der kaiserliche Generalissimus in erster Linie, gerade wie im September, an eine Vereinigung mit den deutschen protestantischen Fürsten allein denke, mit ihnen einen sicheren Frieden schließen und diesen dann unter allen Umständen sowohl gegen Schweden, als gegen den Kaiser durchsetzen wolle.

In der That gingen dahin Wallensteins Gedanken. Zwar war seine Wiederannäherung an Sachsen, die durch Trzka und auch durch einen eigenhändigen Brief von ihm selbst eingeleitet worden war, zunächst eben durch seinen Conflict mit dem kaiserlichen Hofe veranlaßt; der erste Brief Trzkas ist unmittelbar nach jener Sendung Questenbergs und Trautmannsdorfs abgeschickt worden. Wallenstein war also diesmal sicher entschlossen, es auf einen bewaffneten Conflict mit dem Kaiser ankommen zu lassen. Aber er hielt doch auch noch immer nicht für unmöglich, ihn zu vermeiden, wenn es ihm gelinge, mit Sachsen und Brandenburg zu dem stets und unter allen veränderten Verhältnissen von ihm angestrebten Separatfrieden zu gelangen, sich dann mit den sächsischen und brandenburgischen Truppen zu vereinigen und im Besitze dieser erdrückenden militärischen Uebermacht vom Kaiser ebenso wie von Schweden die Anerkennung dieses Friedens zu verlangen. Erfolgte diese Anerkennung, so war sein hauptsächlichster Zweck erreicht; denn die Befriedigung seiner persönlichen Interessen wäre ein integrirender Bestandtheil des Friedens gewesen; dann konnte er also ohne Verletzung seines Ansehens vom Commando zurücktreten. Versagte der Kaiser seine Zustimmung, dann allerdings war Wallenstein entschlossen, sie ihm mit den Waffen in der Hand abzunöthigen. Dieser seiner Auffassung entsprach es durchaus, daß Wallenstein den kaiserlichen Hof sofort nach dem Eintreffen Kinskys und Schlieffs hiervon und von der Wiederanknüpfung der Friedensverhandlungen in Kenntniß setzte und sogar ausdrücklich die Entsendung eines kaiserlichen Commissars — er nannte Dr. Justus Gebhardt, der auch an den Leitmeritzer Verhandlungen theilgenommen hatte — zu diesen Verhandlungen beantragte. Dieser Auffassung entsprachen auch durchaus die Eröffnungen, die er erst Kinsky und am 9. Januar dem Obersten Schlieff gemacht hat. Wallenstein litt in jenen Tagen gerade wieder an einem besonders schlimmen Anfall von Podagra; er mußte Schlieff im Bett liegend empfangen und hat ihm so seine Erbietungen in die Feder dictirt. Dieselben betrafen sowohl die allgemeine europäische Lage, als die speciell deutschen Anliegen, um deren Erfüllung es sich handelte. Wallenstein ging davon aus, daß er vor Allem den Dominat, welchen die Spanier jetzt im Reiche aufrichten wollten, so lange er lebe, nicht dulden werde. Er berührte damit den tiefinnersten Grund seines Conflicts mit dem Wiener Hofe. Dann fuhr er fort, man dürfe aber auch Frankreich nicht über den Rhein kommen lassen, und ebenso zeigte er sich

nicht geneigt, ſich auf Vereinbarungen mit Schweden einzulaſſen. Er ging im Allgemeinen von der Auffaſſung aus, daß die Feſtſetzung der Friedensbedingungen in der Hauptſache eine innerdeutſche Angelegenheit ſei, daß man den auswärtigen Staaten eine angemeſſene Entſchädigung gewähren, ſie ſonſt aber vom deutſchen Reichsboden nach Möglichkeit fernhalten müſſe. Er ſprach davon, die Spanier aus Italien, Artois und Hennegau zu vertreiben. Schweden könne man mit einigen pommerſchen Seehäfen zufriedenſtellen, für die dann Brandenburg, welches Anſpruch auf Pommern habe, auf andere Weiſe entſchädigt werden könne; Bernhard von Weimar dachte er einigen Landbeſitz in Bayern oder dem Elſaß einzuräumen. Sachſen ſollte die Lauſitzen, Magdeburg und Halberſtadt erhalten. Was er für ſich ſelbſt beanſpruchte, ſcheint er nicht mit Beſtimmtheit geſagt zu haben; nur ſo viel erhellt deutlich, daß er den früher Arnim gegenüber geäußerten Wunſch, durch die Unterpfalz für Mecklenburg entſchädigt zu werden, fallen ließ. Denn er erklärte ſich jetzt in Uebereinſtimmung mit den ihm wohlbekannten Beſtrebungen der beiden Kurfürſten, namentlich des brandenburgiſchen, dafür, daß die Pfalz in vollem Umfange wieder hergeſtellt werde; denn auf Maximilian von Bayern meinte er keine Rückſicht nehmen zu ſollen.

Es war ein umfaſſendes und in allen Grundgedanken richtiges Friedensprogramm, mit dem Wallenſtein ſo hervortrat. Der unendliche Jammer weiterer vierzehn Kriegsjahre wäre dem Vaterlande erſpart geblieben, wenn ein Friede auf dieſer Grundlage zu Stande gekommen wäre. Wäre ein proteſtantiſcher, vom Kaiſer unabhängiger Reichsfürſt mit dieſem Programm und mit der militäriſchen Macht, es durchzuführen, hervorgetreten, es hätte von größtem Segen werden können. Der Leipziger Convent von 1631 hätte dieſe Aufgabe vielleicht löſen können, wenn er es mit der erforderlichen Energie unternommen hätte. Das Friedensprogramm enthielt richtige Grundgedanken, aber es hatte einen Mangel, wodurch es leicht illuſoriſch werden konnte und geworden iſt. Dieſer Mangel lag darin, daß es der kaiſerliche Generaliſſimus war, der es, nicht in Uebereinſtimmung mit dem Kaiſer, ſondern im Gegenſatz zu demſelben, aufſtellte. Denn daß der Kaiſer auf dieſe, theils gegen Spanien, theils gegen ihn ſelbſt gerichteten Bedingungen nicht eingehen würde, lag auf der Hand. Die nothwendige Ergänzung war alſo die den ſächſiſchen Unterhändlern ertheilte Verſicherung, daß Wallenſtein den Frieden auf dieſe Bedingungen auch gegen den Widerſpruch des Kaiſers durchſetzen werde. Daran ließ er in der That nicht den geringſten Zweifel; ſowohl Kinsky als Schlieff waren von dieſer Ueberzeugung durchdrungen. Am 12. Januar reiſte der Letztere mit dieſen Erbietungen Wallenſteins nach Dresden zurück; er hatte zugleich das Erſuchen des Generaliſſimus zu überbringen, der Kurfürſt möge zu weiteren Verhandlungen entweder Arnim oder den Herzog Franz Albrecht von Sachſen-Lauenburg nach Pilſen ſchicken.

Für Wallenſtein ſelbſt kam es nun aber vor Allem darauf an, endgiltig klar darüber zu werden, welche Haltung ſein Heer, auf deſſen Ergebenheit er

im Allgemeinen mit Sicherheit rechnen zu können glaubte, einnehmen werde, wenn es wirklich zu offenem Conflicte mit dem Kaiser käme. Darüber mußte er Gewißheit haben, ehe die Verhandlungen mit Sachsen weiter geführt werden konnten. Ein weiterer Beweggrund dafür, sich hierüber volle Klarheit zu verschaffen, lag darin, daß in denselben Tagen, in denen Kinsky und Schlieff in seinem Lager eingetroffen waren, sich auch ein kaiserlicher Abgesandter, Pater Quiroga, bei ihm aufhielt, der ihm eine neue Forderung des kaiserlichen Hofes überbringen sollte.

Im November 1633 war die Regentin der spanischen Niederlande, Infantin Isabella, gestorben. Der zu ihrem Nachfolger bestimmte Cardinal-Infant, der sich im Heerlager des Herzogs von Feria aufhielt, wollte in Folge dessen jetzt alsbald mit dem spanischen Heere von Oberdeutschland nach den Niederlanden marschiren und verlangte zu diesem Zwecke vom Kaiser ein Hilfscorps von 6000 Reitern, welches von Wallenstein hergegeben werden sollte. Dieses Verlangen wurde nun von Quiroga an Wallenstein gestellt, der sich mit aller Entschiedenheit dagegen erklärte, weil er meinte, daß damit beabsichtigt werde, ihm aufs Neue die Disposition über einen Theil seiner Truppen zu nehmen. Klar aber war ihm doch, daß durch diese Weigerung der Conflict mit dem Kaiser nur verschärft werden würde. Er mußte wissen, wie die Armee sich dazu stellen werde.

Zu diesem Zwecke beschied er die Obersten seines Heeres nach Pilsen, die dann in den Tagen vom 9. bis 11. Januar in der That im Hauptquartier eintrafen. Sie alle waren überzeugt, daß ihnen die Entfernung des Generalissimus von seinem Posten, die, wie sie wußten, in Wien beabsichtigt wurde, zum äußersten Schaden gereichen würde, nicht allein, weil sich der Oberfeldherr persönlich für die Zahlung des schon seit lange rückständigen Soldes verbürgt hatte, sondern auch, weil vor Allem die protestantischen Elemente des Heeres bei einer Aenderung des Obercommandos in eine sehr bedenkliche Lage gerathen mußten.

Wallenstein erklärte nun in der That, er sei entschlossen, abzudanken. Dem aber setzten sich die Obersten mit aller Entschiedenheit entgegen. Fast schien es, als wollten sie ihm das Recht hierzu bestreiten. Eine Deputation wurde an den Feldherrn abgeordnet, um ihn von diesem Entschluß abzubringen. Es bedurfte mehr als eines Ansuchens, ehe er nachgab. Endlich erklärte er sich bereit, auszuharren, aber nur unter der Bedingung, daß auch sie ihm ihre Hilfe zusagten, falls ihm von Wien aus eine Schmach zugedacht sei. In der Erregung des Moments gingen die Heerführer in der That darauf ein. Sie unterzeichneten einen Revers, in welchem sie gelobten, an dem Generalissimus „ehrbar und getreu zu halten, auf keinerlei Weise von demselben sich zu separiren, zu trennen, noch trennen zu lassen", hierbei mit ihm und für ihn den letzten Blutstropfen einzusetzen (12. Januar 1634). Bei einem von Illow gegebenen, aus des Dichters Meisterschilderung bekannten Bankett wurde die Unterzeichnung abgeschlossen. Die Tradition, nach welcher vor dem Bankett

ein Revers verlesen worden sei, in welchem durch eine Clausel der Dienst des Kaisers vorbehalten worden sei, und daß dieser Revers dann nach dem Bankett mit einem andern vertauscht worden sei, in welchem jene Clausel fehlte, ist durch die neuere Forschung als unrichtig erwiesen. Jene Clausel ist vielmehr in dem Concepte des Reverses, welches Wallenstein vorgelegt wurde, von diesem selbst gestrichen worden, noch bevor der Revers den Offizieren vorgelegt wurde. Doch gab Wallenstein, als mehrere der Obersten doch nachträglich stutzig wurden, in einer neuen Berathung die ausdrückliche Erklärung ab, er habe nichts gegen den Dienst des Kaisers oder die katholische Religion im Sinne, er wolle nur, trotz des Widerspruchs, den er erfahre, den Frieden mit den beiden Kurfürsten zu Stande bringen. Aber auf der Hand lag doch die Gefahr, in welche durch diese eigenmächtige Handlungsweise des obersten Heerführers der Kaiser selbst und seine Politik geriethen.

Während sich diese entscheidenden Vorgänge im Lager abspielten, hatten die Verhandlungen mit Sachsen ihren Fortgang genommen. Arnim selbst freilich, auf dessen Ankunft Wallenstein sehnsüchtig wartete, verhielt sich anfangs sehr vorsichtig zurückhaltend. Zwar erklärte er sich dem Kurfürsten gegenüber dafür, die Verhandlungen weiter zu führen; wenn man Wallensteins Anbringen anhöre, so könne man ja „unbetrogen bleiben"; allein von sich selbst sagte er doch zunächst, wenn er nicht Zeichen und Wunder sehe, so glaube er nicht.

Weit weniger bedenklich erwies sich Herzog Franz Albrecht von Lauenburg; er war vielmehr überzeugt davon, daß sich Wallenstein am Kaiser rächen wolle, und wurde in dieser Ueberzeugung durch die Nachrichten, welche Schlieff am 14. Januar aus Pilsen zurückbrachte, noch bestärkt. Er erklärte, die Sachen ständen so „fix", wie nur irgend zu wünschen sei; es komme jetzt nur noch darauf an, Wallenstein Andeutung zu geben, wie dem Faß der Boden auszuschlagen sei. Derselbe stecke jetzt so tief darin, daß er nicht mehr herauskönne. Dagegen giebt auch er auf Grund von Schlieffs Aussagen der Ueberzeugung Ausdruck, daß Wallenstein „sich nur an die Kurfürsten halten", mit Schweden und Frankreich nicht verhandeln wolle. Es scheint in der That, daß die Verhandlungen, welche Thurn auf Grund jenes Kinskyschen Briefes seinerseits mit Oxenstierna anknüpfte, in keiner Weise auf eine directe Anregung Wallensteins, vielmehr nur auf jene übertriebenen Aeußerungen Trzkas in seinem Briefe an Kinsky zurückgehen. Das große Mißtrauen, welches Oxenstierna sowohl als Bubna den Eröffnungen Thurns und Raschins entgegenbrachten, war also ohne Zweifel durchaus berechtigt.

Dagegen kamen die sächsischen Verhandlungen, deren Weiterführung zunächst Franz Albrecht von Lauenburg übernahm, jetzt wirklich in Fluß. An demselben Tage, an welchem Schlieff von Pilsen zurückkehrte, reiste Franz

Albrecht dahin ab. Am 17. war er in Schlackenwerth und erhielt dort bereits eine Abschrift des Pilsener Reverses, die er alsbald nach Dresden übermittelte. Am 20. Januar traf er in Pilsen ein und wurde alsbald von Wallenstein empfangen. Dieser wiederholte ihm im Wesentlichen, was er Schlieff mitgetheilt hatte, „daß er zum Frieden thun wolle, der Kaiser möge wollen oder nicht". Er fragte den Herzog, wie sich Brandenburg zu seinen Anerbietungen stelle, worauf Franz Albrecht versichern zu können glaubte, daß auch Kurfürst Georg Wilhelm bereit sei, auf dieselben einzugehen. Vor Allem aber wünschte Wallenstein, daß Arnim selbst zu ihm komme, um das Werk, bei dem jetzt Eile dringend geboten war, zum Abschluß zu bringen.

Allein eben darin lag sein Verhängniß, daß in Folge der früheren, stets von ihm in der unerwartetsten Weise abgebrochenen Verhandlungen bei denen, mit denen er verhandelt hatte, ein fast unüberwindliches Mißtrauen gegen ihn vorwaltete. Arnim handelte in Folge dessen nicht mit der Energie und Schnelligkeit, welche jetzt allein zum Ziele führen konnte. Während Wallenstein, den eine quälende Unruhe ergriffen hatte, immer dringender Arnims Ankunft erbat, meinte dieser erst mit dem Kurfürsten von Brandenburg zu einer endgiltigen Einigung über das weitere Verhalten gelangen zu müssen.

Statt des von Wallenstein so sehr ersehnten Feldmarschalls Arnim, mit dem allein er die Verhandlungen zu endgiltigem Abschlusse bringen zu können meinte, kamen also in den letzten Tagen des Januar und am 1. Februar nach einander erst der Oberst Schlieff, dann Herzog Franz Albrecht wieder in das Pilsener Lager. Durch ihre Ankunft aber wurden die Verhandlungen nicht erheblich gefördert. Wallenstein gab ihnen nur die Versicherung, daß er fest bei seinem Vornehmen, einen guten und sicheren Frieden herzustellen, verharre, und forderte sie immer dringender auf, Arnim zu größerer Beschleunigung seiner Reise nach Pilsen zu ermahnen. Allein dieser war inzwischen in so angelegentliche Verhandlungen mit seinem eigenen Kurfürsten und mit dem von Brandenburg verwickelt, daß er dem dringenden Mahnrufe nach Pilsen nicht Folge leisten konnte.

Nach der Rückkehr Franz Albrechts von seiner ersten Reise nach Pilsen war am 27. Januar in Dresden der Kurfürst mit seinen Geheimen Räthen und mit Arnim, der soeben eingetroffen war, zu einer Berathung zusammengetreten. Es handelte sich um die Form der Verhandlungen, d. h. um die Frage, ob man auf die Anerbietungen Wallensteins eingehen oder sich durch Vermittelung Dänemarks und des Herzogs Franz Julius von Braunschweig, des Bruders Franz Albrechts, mit dem Kaiser selbst in Verbindung setzen wolle. Wie wenig Ferdinand noch in diesem Augenblicke in Wallensteins Verbindung mit den Sachsen etwas Hochverrätherisches sah, erkennt man vor Allem

daraus, daß er dem Kurfürsten von Sachsen durch Franz Julius die Wahl zwischen diesen beiden Wegen ausdrücklich freigestellt hatte. Nicht die Thatsache, daß Wallenstein mit den Sachsen verhandelte, die vielmehr durchaus im Einklange mit seiner Capitulation stand, erregte am Wiener Hofe Anstoß und Bedenken, sondern die Bedingungen, die er den evangelischen Kurfürsten zu bewilligen geneigt war. Da nun die Wahl des Weges Kursachsen freigestellt war, so entschied sich der Geheime Rath dafür, nicht mit dem Kaiser direct, sondern mit Wallenstein zu verhandeln. Freilich trat dabei noch immer ein gewisses Mißtrauen zu Tage, wie denn der Kurfürst Arnim ausdrücklich instruirte, wenn in den Verhandlungen die Absicht Wallensteins, vom Kaiser abzufallen, hervortrete, so solle er sein Möglichstes thun, ihn davon abzubringen. Schließlich war man aber doch der Meinung, daß eine Verhandlung mit Wallenstein schneller zum Ziele führen werde. Der Kurfürst ermächtigte dem entsprechend Arnim, erforderlichenfalls auch auf eine Vereinigung der sächsischen Armee mit der Wallensteins einzugehen, wenn nur so der vereinbarte Friede durchgesetzt werden könne, d. h. er ging auf die Ansicht Wallensteins, daß der Friede eventuell auch im Gegensatz zum Kaiser geschlossen werden solle, ein.

Danach wandte man sich in jener Berathung vom 27. Januar zu der Frage, welche Bedingungen den Friedensverhandlungen zu Grunde gelegt werden sollten. Wallenstein selbst hatte durch den Herzog Franz Albrecht auf die Leitmeritzer Verhandlungen von 1633, die er noch sehr wohl im Kopfe habe, hingewiesen und sich im Wesentlichen mit denselben einverstanden erklärt. Diesen Leitmeritzer Verhandlungen, die zu einer Annäherung, aber nicht zu einer wirklichen Verständigung geführt hatten, lagen nun aber wieder die zwischen Brandenburg und Sachsen in der Hauptsache vereinbarten Torgauer Artikel von 1632 zu Grunde, welche im Wesentlichen eine Wiederherstellung der Zustände von 1618 und eine Beilegung der vor dem Kriege von protestantischer Seite immer und immer wieder geltend gemachten Reichsgravamina anstrebten. Erinnern wir uns, daß jene Leitmeritzer Verhandlungen in erster Linie an dem Widerstand der kaiserlichen Commissare gegen die Feststellung des Jahres 1618 als Normaljahr gescheitert waren, so erhellt auf den ersten Blick die tiefgreifende Differenz zwischen der Politik des Kaisers und der Wallensteins in diesen Friedensverhandlungen.

Um diesen Gegensatz ganz und voll zu verstehen, müssen wir uns die Forderungen, welche die sächsischen Geheimen Räthe auf Grund jener Torgauer Artikel auch jetzt den Verhandlungen zu Grunde gelegt wissen wollten und die Wallenstein ohne Zweifel in der Hauptsache gut hieß, wenigstens in den Hauptpunkten vergegenwärtigen. Man unterschied dabei kirchlich-religiöse und politische Forderungen. Unter den ersteren stand in erster Reihe natürlich die Aufhebung jenes Edicts, welches den ganzen Kampf erst voll und ganz zu einem religiösen gemacht hatte, des Restitutionsedicts von 1629; im Gegensatz zu demselben verlangte man, daß alle bis 1618

von den Evangelischen eingezogenen geistlichen Güter in deren Besitz verbleiben sollten; ferner bestand man auf der Durchführung jenes alten, in den Kämpfen des 16. Jahrhunderts festgestellten Grundsatzes, daß jeder Reichsstand, einschließlich der Reichsstädte, in seinem Gebiete das ius reformandi aut de religione disponendi haben, d. h. daß der Satz cuius regio, eius religio wieder volle Geltung erhalten solle. Die Anerkennung des Besitzes der geistlichen Güter aber konnte nur Bestand haben, wenn der auf dem Augsburger Reichstage von 1555 vom Kaiser octroyirte geistliche Vorbehalt cassirt oder doch wesentlich gemildert wurde. Diese Forderung wurde daher in der That gestellt. Außerdem verlangte man eine Bestätigung der Ferdinandeischen Declaration, d. h. der Bestimmung, daß die evangelischen Unterthanen geistlicher Stifter Religionsfreiheit haben sollten, und forderte überhaupt volle Gleichstellung der beiden Religionen, Suspension der geistlichen Jurisdiction in den evangelischen Territorien, neue Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens, Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Katholiken und Protestanten nicht durch den Kaiser, sondern durch Vergleichung der Stände unter einander und Genehmigung aller dieser Bestimmungen durch einen Reichstag; kurzum, man nahm alle die Forderungen wieder auf, über die es vor dem Ausbruche des Krieges zu jenen Streitigkeiten gekommen war, welche die Sprengung der Reichstage veranlaßt hatten und ohne deren Beilegung in der That ein dauernder, auf gesunden Grundlagen beruhender Friede nicht möglich war. Unter den politischen Bedingungen, welche geltend gemacht werden sollten, nimmt die erste Stelle die ein, daß in Zukunft kein Krieg mit auswärtigen Staaten ohne Zustimmung der Stände geführt werden dürfe; ferner verlangte man die Auflösung der Liga und Entlassung aller Heere, Aufhebung aller Confiscationen im Gebiete des Reichs (nicht derer in den Erblanden des Kaisers), paritätische Besetzung des Reichshofraths und Reichskammergerichts, Restitution der Pfalz und Wiedereinsetzung der Herzöge von Mecklenburg. Dazu wären dann noch jene Bestimmungen über die Entschädigung Schwedens, Frankreichs und Herzog Bernhards, welche Wallenstein in seiner Unterredung mit dem Obersten Schlieff vorgeschlagen hatte, und eine Festsetzung über die Entschädigung Wallensteins selbst für Mecklenburg gekommen.

Hält man diese Forderungen Kursachsens mit den Anerbietungen Wallensteins zusammen, so sieht man, daß wir es hier mit einem umfassenden Programm der Bedingungen zu thun haben, welche von den Protestanten für die nothwendige Grundlage eines dauernden Friedens gehalten wurden. Nun konnte ja nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen kein Zweifel daran sein, daß der Kaiser selbst nicht geneigt sein werde, dieses Programm in vollem Umfange anzuerkennen. Arnim machte das in der Sitzung des Geheimen Raths auch geltend und wies darauf hin, daß man in einigen Punkten mit Rücksicht darauf, daß man es eben nicht mit Wallenstein allein zu thun habe, sondern auch mit einem kaiserlichen Abgesandten, den Wallenstein von Wien für die Verhandlungen erbeten habe, Zugeständnisse werde machen

müſſen. Als ſolche bezeichnete er einmal die Beſetzung des kaiſerlichen Raths mit Proteſtanten, ferner die Beſtätigung der Ferdinandeiſchen Declaration und endlich die Aufhebung oder Milderung des geiſtlichen Vorbehalts. Man kam darüber zu keinem endgiltigen Beſchluſſe, aber der Verlauf der Berathung zeigte doch, daß eine Verſtändigung an dieſen Punkten nicht ſcheitern werde. Vor Allem aber konnte daran kein Zweifel ſein, daß Wallenſtein im Großen und Ganzen bereit ſein werde, dieſe Bedingungen anzunehmen. Kam es aber mit ihm zu einer endgiltigen Verſtändigung, war man entſchloſſen, dieſe unter allen Umſtänden aufrecht zu erhalten, ſo hätte es ſchließlich auch gelingen müſſen, den Kaiſer, der außer der Wallenſteinſchen Armee über keine andere zu verfügen hatte, zur Genehmigung zu zwingen. Das war, wie wir ſahen, der Gedanke, der Wallenſtein vorſchwebte, durch deſſen ſchnelle Durchführung er den ihm von Wien aus drohenden Gefahren entgehen zu können meinte. Er hätte dann als der große Friedenbringer in einer unvergleichlichen Stellung an der Seite Sachſens und Braudenburgs dageſtanden.

Dieſen letzteren Staat für dieſen Plan zu gewinnen, mußte daher Arnims nächſte Aufgabe ſein; er hielt ſie für dringender als die von Wallenſtein ſo ſehnlichſt gewünſchte Reiſe nach Pilſen. Am 3. Februar reiſte er, mit einer eingehenden Inſtruction verſehen, nach Berlin. Dort aber traf er doch auf mehr Widerſtand, als er erwartet hatte. Georg Wilhelm war an ſich mehr geneigt, mit dem Kaiſer ſelbſt als mit Wallenſtein zu verhandeln, zu deſſen Zuverläſſigkeit er nach den bisherigen Erfahrungen kein ſehr großes Zutrauen hatte, vor Allem aber, er wollte nicht allein Schweden, ſondern auch die übrigen evangeliſchen Kurfürſten, Fürſten und Stände zu den Verhandlungen herangezogen wiſſen und verwies auf den von dem ſchwediſchen Reichskanzler nach Frankfurt ausgeſchriebenen Convent. So lautete die ſchriftliche „Reſolution“, die Arnim am 8. Februar erhielt, wenig tröſtlich. Am folgenden Tage aber gelang es ihm doch, in einer Audienz, die ihm gewährt wurde, einen etwas günſtigeren mündlichen Beſcheid zu erlangen, in welchem der Kurfürſt erklärte, er wolle ſich nicht von Sachſen trennen, ſondern in Gottes Namen zugleich mit ihm den Frieden ſchließen.

Allein mit dieſen Verhandlungen waren koſtbare Tage und Wochen verſäumt worden. Arnim hatte bei ſeinen an ſich gewiß löblichen Beſtrebungen doch zu wenig in Betracht gezogen, daß die Vereinbarung mit Wallenſtein nur gelingen konnte, wenn ſie ſchnell bewerkſtelligt würde. Während er in Dresden und Berlin die Grundlagen zu einer Verſtändigung nach allen Richtungen hin eingehend feſtzuſtellen verſuchte, war der Conflikt zwiſchen Wallenſtein und dem Kaiſer ſchon in voller Schärfe ausgebrochen, während doch gerade Alles darauf ankam, den Frieden zu vereinbaren, ehe es zu einem offenen und unheilbaren Zwieſpalt zwiſchen Kaiſer und Heerführer kam.

Vergegenwärtigt man sich den ganzen bisherigen Gang der Dinge und fragt alsdann, wodurch denn im letzten Grunde die entscheidenden Beschlüsse gegen Wallenstein am Wiener Hofe veranlaßt worden sind, so sind es doch weder die Verhandlungen mit den Sachsen, von denen der Kaiser in der Hauptsache unterrichtet war, noch der Pilsener Revers vom 12. Januar, die das zu Wege gebracht haben. Der Kaiser erhob keine Schwierigkeiten, zu den ersteren, Wallensteins Bitte entsprechend, den Hofrath Dr. Gebhardt nach Pilsen zu entsenden, der in der That am 4. Februar von Wien abreiste, um an den Verhandlungen theilzunehmen; und auch der Pilsener Revers wurde in Wien keineswegs als der Anfang einer wirklichen Rebellion aufgefaßt; man erklärte ihn vielmehr für einen Schachzug, um sich in Vortheil zu setzen, vor Allem einer erneuten Absetzung Wallensteins entgegenzuwirken. Viel größere Bedeutung maß man der eigenmächtigen Haltung des Generals im Allgemeinen, die eine Gefahr für den Kaiser in sich schließe, zu. Vor Allem sah man in der Handlungsweise, welche er den von Questenberg und Trautmannsdorff überbrachten Forderungen des Wiener Hofes gegenüber beobachtet hatte, eine offene Widersetzlichkeit des Feldherrn; man wies darauf hin, daß dieses Verfahren, die Forderungen des Kaisers den Obersten des Heeres zur Begutachtung vorzulegen, ein unerhörtes, mit der Stellung eines Unterthans zu seinem Herrn nicht zu vereinbarendes sei. Dazu kam der allgemeine politische Gegensatz zwischen Wallenstein einerseits, Spanien und dem Kurfürsten von Bayern andererseits. Wohin sollte es führen, so argumentirten die Gegner Wallensteins am Wiener Hofe, wenn ein Mann der allmächtige Befehlshaber der Armee sei, der nicht nur in militärischen Dingen dem Kaiser offen den Gehorsam verweigere, sondern auch politisch eine andere Direction verfolge als der Kaiser? In diesem Zusammenhange aber gewann auch der Pilsener Revers eine andere, für den Kaiser bedrohliche Bedeutung. Immer dringender trat die Umgebung des Kaisers mit dem Verlangen hervor, der Feldherr müsse seines Amtes entsetzt werden. Anfangs dachte man noch daran, ob es nicht möglich sei, die Gefahr durch eine Beschränkung seiner unbedingten Machtvollkommenheit zu beschwören. Aber dem gegenüber wurde darauf hingewiesen, daß das bei dem Naturell Wallensteins unmöglich sein werde. Die volle Absetzung des Allgewaltigen erschien als das einzige Mittel, das Haus Oesterreich von der ihm von seiner eigenen Armee drohenden Gefahr zu befreien.

Die Frage war jetzt — etwa seit der Mitte des Januar — nur noch, ob es möglich sein werde, dem Mächtigen in seinem Heerlager beizukommen. In dieser Beziehung waren die Befürchtungen des Wiener Hofes durch den Pilsener Schluß aufs Höchste gestiegen. Aber auch der Kaiser hatte sich einiger einflußreicher Führer der Armee zu versichern gewußt. Vor Allem hatte man Gallas, der noch im Januar an Wallenstein festgehalten und z. B. an den Verhandlungen mit den Sachsen theilgenommen hatte, gewonnen. Von Bedeutung war es ferner auch, daß man sich eines der vertrautesten

Graf Octavio Piccolomini.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Lucas Vorſterman (1578—1656); Originalgemälde von Gérard Seghers (1591—1651).

Freunde Wallenſteins, den dieſer durch ewige Dankbarkeit an ſich gefeſſelt glaubte, des Generals Piccolomini, verſichert hatte. Auch Aldringer zeigte ſich geneigt, ſich von Wallenſtein loszuſagen.

Daß es für den Kaiser selbst ein schwerer Entschluß war, zum Aeußersten zu schreiten, ist kein Zweifel. Er ist mehr von seiner spanisch-jesuitischen Umgebung dazu getrieben worden, als aus eigenem Antriebe vorgegangen. Er hat gesagt, diese Sache lege sich mit ihm schlafen und stehe mit ihm auf. Aber immer dringender wurde seine Umgebung. Noch im Januar oder in den ersten Tagen des Februar — denn wahrscheinlich ist die Urkunde, welche das Datum des 24. Januar trägt, zurückdatirt — sah sich der Kaiser veranlaßt, in einem Patente, das man vorerst noch geheim hielt, den Oberfeldherrn für abgesetzt zu erklären; des Kaisers Sohn wurde zum Generalhaupt des Heeres ernannt, die Heerführer von dem Gehorsam gegen Wallenstein los und ledig gesprochen, Piccolomini und Coloredo wurden zu Feldmarschällen, Gallas und Aldringer zu selbständigen Heerführern befördert.

Aber dem Mächtigen selbst wurde von seiner Absetzung keine Mittheilung gemacht; im Gegentheil, der Kaiser stand bis zum letzten Augenblick in vertraulicher Correspondenz mit seinem „Oberstfeldhauptmann", den zu vernichten er beschlossen hatte; er wollte ihn sicher machen, um ihn desto unfehlbarer zu treffen.

Gleichwohl war eine Kunde von diesen Vorgängen auch zu Wallenstein gedrungen, er wußte, daß Alles, daß seine Existenz auf dem Spiele stand. Noch war eine Möglichkeit, der Gefahr zu entgehen, wenn jetzt endlich Arnim eingetroffen und der Friede mit Sachsen und Brandenburg zum Abschluß gekommen wäre. Die Situation wäre dann von Grund aus verändert worden. Allein — Arnim kam noch immer nicht.

Trotzdem wollte sich Wallenstein die Möglichkeit einer Verständigung mit dem Kaiser noch immer offen halten. Am 19. und 20. Februar hielt er noch einmal eine Berathung mit seinen Oberoffizieren, obwohl er wußte, daß ein Theil derselben im Begriff war, von ihm abzufallen. In der That erschienen diesmal nur noch dreißig von ihnen; Piccolomini, Suys, Isolano, Butler u. v. a. fehlten. Eine Erklärung ward von Allen, Wallenstein an der Spitze, unterzeichnet, in welcher ausdrücklich gegen die Auffassung, als wäre jener Revers vom 12. Januar gegen den Kaiser oder die katholische Religion gerichtet gewesen, protestirt wurde. Man habe sich nur gegen die Machinationen der Feinde der Armee sichern wollen. Ausdrücklich sprach man für den Fall, daß „das Geringste wider Ihre Kaiserliche Majestät und Dero Hoheit" oder gegen die Religion unternommen werden sollte, Jedweden von der in jenem Reverse eingegangenen Verpflichtung los. In Prag, so wurde beschlossen, sollten sich nunmehr die Regimenter sammeln. Mit diesem Revers wurde Mohr vom Waldt nach Wien gesandt, um ihn dem Kaiser mitzutheilen.

Aber schon waren in Wien die Würfel gefallen. Am 18. Februar war ein neues Patent erschienen, in welchem Wallenstein geradezu meineidiger Treulosigkeit, barbarischer Tyrannei und der Conspiration gegen den Kaiser für schuldig erklärt, die Absetzung von Neuem über ihn verhängt wurde.

Und schon zwei Tage darauf wurde ein Commissarius ernannt, um die Besitzungen Friedlands, Illows und Trzkas zu confisciren. Die völlige Vernichtung des Feldherrn war beschlossene Sache.

Erst in diesem Augenblicke höchster Gefahr ist Wallenstein über die bisherigen Verhandlungen mit den Sachsen hinausgegangen und hat sich, wenn auch nicht an die Schweden direct, so doch an den Herzog Bernhard von Weimar gewendet. Gewiß waren auch seine Verhandlungen mit den Sachsen weit entfernt davon gewesen, sich innerhalb der Grenzen der Loyalität gegen den Kaiser zu halten. Aber ihr Endzweck war doch im letzten Grunde die Herbeiführung eines haltbaren Friedens gewesen; die Vereinigung mit den Sachsen sollte nur dazu dienen, den etwaigen Widerstand des Kaisers gegen diesen vereinbarten Frieden zu brechen. Jetzt aber handelte es sich vor Allem um die Existenz Wallensteins. Arnim war noch immer nicht gekommen, Prag, wohin Wallenstein mit seinen noch treuen Regimentern hatte rücken wollen, hatte sich, als endlich dort das Absetzungsdecret unter Trommelschlag verkündigt worden war, für den Kaiser erklärt, die höchste Gefahr war im Verzuge. Da hat dann Wallenstein am 19. Februar dem Herzoge Franz Albrecht von Lauenburg, der noch bei ihm in Pilsen weilte, den Auftrag ertheilt, sich nach Regensburg zu Herzog Bernhard zu begeben und ihn zu bitten, mit einem größeren Reitercorps gegen Eger hin vorzurücken und sich mit ihm zu vereinigen.

In der That war dies der erste Schritt zu einer Verbindung mit den Schweden, den Wallenstein selbst in dieser letzten Entwickelungsphase seines Lebens unternommen hat. Jene früheren Verhandlungen Thurns und Budnas mit Oxenstierna, welche durch die Decemberbriefe Trzkas veranlaßt worden sind, gehen ebenso, wie ein Schreiben Kinskys an Bernhard von Weimar vom 14. Januar nicht auf Wallenstein selbst, sondern auf die böhmischen Emigranten seiner Umgebung zurück. Daß diese aber diesmal nicht nur ohne jede Autorisation von Wallensteins Seite, sondern im Gegensatz zu seinen wirklichen Absichten gehandelt haben, ergiebt sich aus der ganzen Natur der Verhandlungen mit Sachsen seit dem December 1633, welche ja gerade auf einen Separatfrieden ohne Zuziehung Schwedens, in der Tendenz sogar im Gegensatz zu dieser Macht, abzielten. Erst als diese Verhandlungen durch das Zögern Arnims nicht vorwärts kamen, auf der andern Seite aber seiner Existenz von Wien aus die äußerste Gefahr drohte, hat sich Wallenstein nun doch zu einer Verbindung auch mit Schweden entschlossen.

Nachdem Franz Albrecht mit seiner Botschaft an Herzog Bernhard abgereist war, brach Wallenstein selbst am 21. Februar nach Eger auf, wo er Bernhard von Weimar näher war. Den Regimentern, die ihm noch treu geblieben waren, wurde Laun als Vereinigungspunkt bezeichnet, während die Obersten nach Eger selbst beschieden wurden. Wallenstein war jetzt in der That zu einer autonomen Erhebung gegen den Kaiser entschlossen. Nach glaubwürdigen, zeitgenössischen Berichten hat er in jenen kritischen Tagen ge-

äußert: wolle der Kaiser ihn nicht mehr als seinen General erkennen, so wolle er ihn auch nicht mehr zu seinem Herrn haben; er würde leicht einen andern Fürsten finden, dem er sich anschließen könnte, aber er wolle überhaupt keinen Herrn mehr über sich haben; er wolle selbst Herr sein und habe Mittel genug, um sich als solcher zu behaupten.

Am Nachmittage des 24. Februar zog Wallenstein in Eger ein: er meinte hier ganz sicher zu sein, da die Besatzung unter dem Befehl zweier protestantischer Schotten, Gordon und Leßley, stand, deren Ersteren er erst vor drei Tagen zum Obersten ernannt hatte. Außer seinen nächsten Vertrauten befand sich in seiner Umgebung der Oberst Walter Butler, den er eben auf dem Wege nach Eger getroffen und aufgefordert hatte, ihn dorthin zu begleiten. Er hatte seinen Mörder selbst zu seiner Begleitung aufgefordert.

Am 25. Februar haben dann Illow und Trzka jene beiden Schotten Gordon und Leßley zu sich entboten und ihnen, in ausgesprochenem Gegensatze gegen die kaiserlichen Patente, angemuthet, nur den Befehlen des Friedländers zu gehorchen. Aber in Beiden lebte ein tiefes Gefühl ihrer Pflicht gegen den Kaiser, sie trugen kein Bedenken, dieses den beiden Wallensteinschen Vertrauten zu äußern. Ohne Vereinbarung, aber auch ohne eigentlichen Haß schied man von einander.

Wenn nun aber an die beiden Schotten die entscheidende Frage herantrat, ob sie sich in offenen Gegensatz zu den Kaiser stellen sollten — denn Wallenstein hatte Leßley von seiner beabsichtigten Verbindung mit Bernhard von Weimar gesprochen — so waren sie doch dazu nicht gemeint. Sie näherten sich dem Iren Butler, von dem sie wußten, daß er an der Sache des Kaisers unbedingt festhalte. Anfangs haben sie wohl daran gedacht, Wallenstein nur gefangen zu nehmen; als sie aber zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß das Gelingen dieses Versuchs bei dem in drohender Aussicht stehenden Heranrücken des Herzogs Bernhard doch sehr zweifelhaft sei, einigten sie sich dahin, nicht nur den General selbst, sondern auch dessen vertraute Anhänger, Illow und Trzka, zu ermorden. Gordon gewann es über sich, seine Einwilligung dazu zu geben, daß die Ermordung der Letzteren bei einem Gastmahle in seinem eigenen Hause vollzogen werde.

Die Gäste fanden sich in der That ein. Fröhlich und munter wurde gezecht und wiederholt die Gesundheit des Generalissimus, der nun Selbstherr werden würde, ausgebracht. Als man beim Nachtisch war, brachen auf einen heimlichen Befehl Leßleys sechs handfeste Iren unter Anführung eines Oberwachtmeisters in den Saal ein; mit dem Rufe: „Es lebe Kaiser Ferdinand" stürzten sie sich auf die erschrockenen und sprachlosen Generale. Der Einzige, der einen Widerstand versuchte, war Illow. In wenigen gräßlichen Minuten war Alles vollbracht.

Es wäre jetzt möglich gewesen, das Leben des Generalissimus selbst zu schonen, ihn, nachdem man sich seiner vornehmsten Anhänger entledigt hatte nur gefangen zu nehmen. Aber schon standen die Schweden in der Nähe,

Eigentliche Vorbildung vnd Bericht, welcher gestalt
anderen Obristen vnd Officiceren zu Eger

ALBERTI DVCIS FRIDLANDINI, MILITIÆ CÆSAREANÆ GENERALI
cædes. Egræ die 25 Febr

Ermordung Wallensteins. Verkleinertes Facsimile

Keÿſeeiſche General Hertzog von Friedland, beneben etlich
eichtet worden, den 25 Febr: 1634.

IMI. ET ALIORVM QVORVNDAM DVCVM ET OFFICIARIORVM
anni 1.6 3 4 patrata.

s Kupferſtiches von Matthaeus Merian d. Ä. (1593—1650).

man fürchtete, daß im letzten Augenblicke noch Alles ſcheitern könne, und beharrte bei dem einmal gefaßten Beſchluſſe. Der iriſche Capitän Devereux ſtieg mit einigen irländiſchen Soldaten die Wendeltreppe, welche von der Straße aus zu den Zimmern, die Wallenſtein im Hauſe des Bürgermeiſters Pachhälbel bewohnte, hinaufführte, empor. Wallenſtein hatte eben ein Bad genommen; von dem Lärm aufgeſchreckt, trat er ans Fenſter, um die Wache zu rufen. Aber ſchon hatte Devereux das Zimmer aufgeſtoßen und ſchrie ihm die Worte „Schelm und Verräther" entgegen. Wallenſtein war keines Wortes mächtig; an einen Tiſch angelehnt, bewegte er die Lippen, ohne jedoch ſprechen zu können. Mit ausgebreiteten Armen empfing er den Todesſtoß.

„Eine große Gnade, die Gott dem Hauſe Oeſterreich erwieſen hat", rief der ſpaniſche Geſandte Oñate aus, als die Nachricht von der Ermordung Wallenſteins nach Wien gelangte.

In der That, dahin war es gekommen, daß der Mann, welcher zweimal den Kaiſer und das ganze Haus Habsburg aus der dringendſten Noth errettet hatte, der durch einige ſtolze Jahre hindurch der mächtigſte und erfolgreichſte Vertreter eines groß und univerſal angelegten Kaiſerthums geweſen war, ſchließlich zu einer großen Gefahr, nicht zwar für das deutſche Reich, wohl aber für denſelben Kaiſer, den er gerettet hatte, und für das Kaiſerthum in der Geſtalt, in der dieſer es auffaßte, geworden war. Die Entwickelung, welche die Laufbahn des großen Feldherrn und Staatsmannes in ſeinem letzten Lebensjahre genommen hatte, war ein deutlicher Beweis dafür, daß eine ſo abſolute Feldherrgewalt, wie Ferdinand ſie Wallenſtein eingeräumt hatte, neben der ſouveränen Staatsgewalt nicht beſtehen kann. Die Punctationen von Znaim hatten den Feldherrn ſeinem kaiſerlichen Herrn nicht untergeordnet, ſondern ihn als gleichberechtigte Macht anerkannt; der Kaiſer hatte ſich ſo gut wie jeder Einwirkung auf militäriſchem wie politiſchem Gebiete begeben. Dieſe Stellung hätte auch einem minder ehrgeizigen und minder geiſtig hervorragenden Mann zum Verderben gereichen können, bei Wallenſtein führte ſie mit innerer Nothwendigkeit zu einem Conflicte, der auf regelmäßigem Wege nicht zu löſen war. Dieſer Conflict mußte in dem Augenblicke eintreten, wo ſich auf ſtrategiſchem oder politiſchem Gebiete eine tiefer greifende Meinungsverſchiedenheit zwiſchen dem Kaiſer und dem Feldherrn ergab. Dann war eine nicht gewaltſame Löſung nur möglich, indem der nicht durch die Geburt, ſondern durch ſeine kriegeriſchen Leiſtungen zur höchſten Macht emporgekommene Feldherr ſich dem geborenen Herrn unterordnete oder freiwillig von ſeinem Poſten zurücktrat. Indem Wallenſtein weder das Eine noch das Andere that, ſondern ſeine von der des Kaiſers abweichende Politik auch im Gegenſatze zu ihm durchzuführen unternahm, gerieth er in einen unheilbaren Gegenſatz zu der hiſtoriſch gewordenen, durch die Tradition der Jahrhunderte geheiligten ſtaatlichen Autorität. Dieſem Kampfe gegen das „ewig Geſtrige", den er frevlen Muthes aufnahm, iſt er erlegen, aber erlegen in einer Weiſe, welche dem Kaiſer und dem Hauſe Habsburg nicht zur Ehre gereicht. Denn

mag es auch wahr sein, daß Ferdinand selbst den Befehl zur Ermordung des Feldherrn nicht gegeben hat, von der Schuld, zum Wenigsten der Partei der Action in seiner Umgebung freie Hand gelassen zu haben, ist er nicht freizusprechen. Die Mörder wurden reich belohnt, der Wiener Hof ließ gleichsam eine Rechtfertigungsschrift für die Ermordung unter dem Titel „perduelltonis chaos" veröffentlichen, er ließ die Güter des Ermordeten einziehen und stempelte damit selbst die Ermordung zu einer gleichsam officiösen Execution. Gewiß befand sich der Kaiser in einer Art von Nothwehr, seitdem er zu der Ueberzeugung gekommen zu sein glaubte, daß Wallenstein offenen Verrath und Abfall plane. Aber Beweise dafür hatte er nicht in der Hand, der Angeschuldigte war nicht einmal gehört worden; im Gegentheil, man hatte Alles gethan, um ihn in Sicherheit zu wiegen; noch in dem Augenblicke, da die Absetzungsdecrete unterzeichnet waren, ohne daß ihm von denselben Mittheilung gemacht, ohne daß auch nur versucht wurde, ob er sich fügen werde, hat der Kaiser noch immer in alter vertraulicher Weise mit ihm correspondirt, während es in seiner Umgebung schon beschlossene Sache war, ihn „lebend oder todt" in die Gewalt des Kaisers zu bringen.

Erheben wir uns aber von dem Gesichtspunkte der rein menschlichen Theilnahme an dem tragischen persönlichen Geschicke des merkwürdigen Mannes zu dem Standpunkte allgemeiner historischer Betrachtung über die Stellung, welche er inmitten der Weltkräfte seiner Zeit eingenommen hat, so erhellt doch auf den ersten Blick die weltgeschichtliche Bedeutung, die ihm zukommt. Er hätte für Deutschland das werden können, was Richelieu für Frankreich war, wenn es ihm wie diesem gelungen wäre, den Monarchen in den von ihm vorgezeichneten Bahnen der Politik festzuhalten. Welcher Art diese Bahnen waren, auf denen er das deutsche Kaiserthum zu einer seit Jahrhunderten nicht mehr gekannten Höhe emporführen wollte, ist klarer als aus seinem zweiten aus der Zeit des ersten Generalats zu erkennen. Mit voller Deutlichkeit tritt da zu Tage, daß ihm als Ziel die Aufrichtung einer starken Centralgewalt über dem nach voller Selbständigkeit ringenden Fürstenthume vorschwebte. Daß dieses Ziel aber nur auf der Grundlage religiöser Gleichberechtigung der Confessionen zu erreichen war, hat keiner von den Zeitgenossen so klar und scharf erkannt, wie er. Aus diesem Grunde hat er sich gegen das Restitutionsedict erklärt, von demselben Gesichtspunkte ging er auch während seines zweiten Generalats in den Verhandlungen mit den Sachsen aus. Wäre der Kaiser darauf eingegangen, so wäre nicht allein der Friede in seiner Hand, sondern es wäre auch möglich gewesen, die Einmischung der fremden Mächte in die innerdeutschen Angelegenheiten ein- für allemal abzuwehren. Dieser fremdländische Einfluß im Reiche, von welcher Seite er auch kommen mochte, war es, dem sich Wallenstein mit Energie entgegensetzte. Aus seinem Widerstande gegen die spanischen Einflüsse am Kaiserhofe ist sein ganzer Conflict hervorgegangen. Wohl hat er dann in diesem Conflicte vorübergehend auch an eine Verbindung mit Schweden gedacht, aber er ist doch immer

und immer wieder auf den Gedanken zurückgekommen, vielmehr eine Vereinbarung mit den proteſtantiſchen Kurfürſten anzuſtreben und dadurch die ſchwediſche und franzöſiſche und die ſpaniſche Einwirkung auf die deutſchen Geſchicke zurückzudrängen. Die Verhandlungen, die er mit den Schweden geführt hat, machen im Großen und Ganzen doch den Eindruck, daß es bei ihnen auf eine Täuſchung des Gegners abgeſehen war. In dem Augenblicke, da die Verbindung mit ihnen unmittelbar bevorzuſtehen ſchien, trat er doch wieder mit dem ganz entgegengeſetzten Gedanken hervor, vielmehr in Verbindung mit Sachſen und Brandenburg die Schweden aus Deutſchland „herauszuſchmeißen". Die Vereinbarung mit den deutſchen proteſtantiſchen Kurfürſten war ihm die Hauptſache. Mit ihnen vereinigt glaubte er die Macht in der Hand zu haben, die mit einander ringenden Weltkräfte als vermittelnde bewaffnete Macht zum Frieden zu zwingen. Dieſe Politik von einem gleich hochbegabten deutſchen Fürſten verfolgt, hätte ihr Ziel erreichen, Deutſchland vor dem unermeßlichen Jammer weiterer vierzehn Kriegsjahre bewahren können. Das Verhängniß für Deutſchland lag darin, daß es der kaiſerliche Feldherr war, der das im Gegenſatz zum Kaiſer verſuchte. Darin, daß er mit bewaffneter Hand ſeinen Kaiſer, von dem ihm dieſe Macht übertragen war, zwingen wollte, den von ihm erſtrebten Frieden anzunehmen, liegt ſeine hiſtoriſche Schuld.

Der Prager Friede.

Faßt man, wie man ohne Zweifel thun muß, den Krieg, der nun ſchon ſechszehn lange Jahre auf deutſchem Boden tobte, in ſeinem tieferen Grundweſen als einen Kampf zwiſchen dem Proteſtantismus und Katholicismus in Deutſchland und in Europa auf, ſo ergiebt ſich ſofort, welche Bedeutung es hatte, daß Wallenſtein in dieſem Augenblicke ermordet wurde. Er war in der That der einzige Mann geweſen, der ſeiner ganzen Natur und Geſinnung nach fähig war, ſich zwiſchen und über die einander bekämpfenden Parteien zu ſtellen und beide Theile zu einem annehmbaren Frieden zu vermögen, weil er der Einzige war, der ſich über den confeſſionellen Gegenſatz, der dem Kampfe zu Grunde lag, zu erheben vermochte. Wäre Arnim rechtzeitig im Pilſener Lager erſchienen, wäre dort, wie bei den großen Zugeſtändniſſen, die Wallenſtein zu machen bereit war, durchaus im Bereich der Möglichkeit lag, ein Friede zwiſchen Wallenſtein und den beiden vornehmſten proteſtantiſchen Fürſten in Deutſchland zu Stande gekommen, ſo hätte es vielleicht gelingen können, den Separatfrieden zu einem allgemeinen auszugeſtalten. Wenn auch ein Theil des Heeres den Schritt einer Vereinigung mit Sachſen und Brandenburg auch im Gegenſatz zum Kaiſer nicht mitgemacht hätte, ſo hätte er dennoch über eine ſehr anſehnliche Macht geboten, die ſich ſehr ſchnell vermehrt hätte, wenn er dann aufs Neue, und diesmal gegen den Kaiſer, die Werbetrommel hätte rühren laſſen. Die beſten Offiziere und Soldaten des kaiſerlichen Heeres, vor Allem die proteſtantiſchen, wären ohne Zweifel wieder unter ſeine Fahnen geeilt. Sehr möglich, daß der Kaiſer ſich dann dem von Wallenſtein vereinbarten Frieden hätte fügen und allen deutſchen Proteſtanten bewilligen müſſen, was er ein Jahr ſpäter nur denen bewilligte, welche dem Prager Frieden beitraten.

Wie ganz anders lag die Sache jetzt, nach Wallenſteins Tode. Nun war von dem Univerſalfrieden, den derſelbe angeſtrebt hatte, nicht mehr die Rede. Das Einzige, was der Kaiſer in friedlicher Richtung bezweckte, war ein Separatfrieden mit Sachſen, der ihm die anderen Proteſtanten um ſo widerſtandsloſer preisgab. Von einer Aufhebung des Reſtitutionsedicts für ganz Deutſchland, wie ſie Wallenſtein bewilligen wollte, war der Kaiſer weiter als je entfernt. Er dachte vielmehr, den Widerſtand des Proteſtantismus zu brechen, indem er zunächſt die Proteſtanten ſelbſt von einander trennte und ſie dann iſolirt mit der Gewalt der Waffen überwältigte. Für beide Ziele war

ihm die Erbschaft, die er von dem Ermordeten überkam, in höchstem Maße werthvoll. Die Verhandlungen über den Frieden mit Sachsen, die jetzt freilich in ganz anderem Sinne geführt wurden als von Wallenstein, brauchten nur an dem Punkte wieder aufgenommen zu werden, bis zu dem sie dieser geführt hatte; und zur Ueberwältigung des bewaffneten Widerstandes derer, die er durch den Frieden mit Sachsen zu isoliren und zu schwächen dachte, stand ihm das Heer zur Verfügung, welches der größte militärische Organisator des Jahrhunderts geschaffen hatte.

Freilich war dasselbe durch die Ermordung Wallensteins nicht unerschüttert geblieben. Abgesehen von den Regimentern, welche dem Ermordeten bis zuletzt treu geblieben waren, hatte er doch auch unter den Truppen, welche den letzten entscheidenden Schritt nicht mitgemacht hatten, zahlreiche Anhänger, und vollends die schmähliche Ermordung des Feldherrn rief doch in weiten Kreisen des Heeres Unmuth und Erbitterung hervor. Die Deutschen im Heere gaben seinen Untergang den Wälschen Schuld; es kam zwischen ihnen zu Streitereien, ja zu zahlreichen Zweikämpfen, welche die Disciplin zu untergraben drohten. Bernhard von Weimar hat das sehr ernstlich in den Kreis seiner Berechnungen gezogen und, darauf gestützt, unmittelbar nach der Egerer Katastrophe einen Einfall in Böhmen geplant, der nur an der zwischen ihm und Horn herrschenden Uneinigkeit und an der Weigerung des Kurfürsten von Sachsen, sein Heer an dem Unternehmen theilnehmen zu lassen, gescheitert ist. Schließlich gelang es aber doch, der Confusion in Wallensteins Armee Herr zu werden; der Corpsgeist, mit dem der Feldherr die Truppen zu erfüllen gewußt hatte, bewährte sich auch nach seinem Tode, obwohl die Führung, welche jetzt der junge König von Ungarn und ihm zur Seite Gallas übernahm, nicht entfernt auf der Höhe stand, welche sie unter Wallenstein gehabt hatte. Die großen Erfolge, welche die Kaiserlichen gleichwohl in dem Feldzuge von 1634 errangen, waren in erster Linie durch den Mangel an einheitlicher Leitung bedingt, welcher im Lager der Gegner herrschte.

Herzog Bernhard, unter den Führern der schwedisch-protestantischen Heere ohne Zweifel der weitaus hervorragendste und begabteste, stieß überall auf Hemmungen und auf Widerspruch, der seine Thatkraft lähmte. Der schwedische Feldmarschall Horn, Oxenstiernas specieller Vertrauter, war nicht geneigt, sich dem Weimarer Herzoge irgendwie unterzuordnen oder dessen Pläne wirkungsvoll zu unterstützen. Noch weniger Geneigtheit dazu war auf sächsischer Seite vorhanden. Zwar Arnim war, nachdem die Friedensverhandlungen durch Wallensteins Ermordung ein jähes Ende gefunden hatten, voll Kriegseifers und bereit, mit Bernhard Hand in Hand zu operiren. Allein der Kurfürst Johann Georg, der seine Abhängigkeit von Schweden jetzt drückender denn je empfand und namentlich unwillig darüber war, daß Oxenstierna im Februar in Norddeutschland erschienen war und die dortigen Stände zum Eintritt in den Heilbronner Bund zu bewegen suchte, war keineswegs zu einer energischen Kriegführung geneigt, sondern nur zu sehr bereit, auf die bekannten

Anerbietungen, die alsbald nach Wallensteins Tode von kaiserlicher Seite durch Vermittelung des Herzogs Franz Julius von Braunschweig an ihn herantraten, einzugehen. Ebenso wenig Verlaß aber war auf die Heilbronner Verbündeten selbst, die sich Anfang April, von Oxenstierna berufen, auf dem Frankfurter Convente zusammenfanden. Vergeblich drang Bernhard, der persönlich herbeigekommen war, auf eine endliche Auszahlung des rückständigen Soldes an die Truppen. Ein Theil der Verbündeten hatte noch gar nichts, ein Theil nur Anweisungen statt baaren Geldes an die Bundeskasse gezahlt, nirgends trat wirklich energischer Eifer für die gemeinsame Sache zu Tage. Eifersüchtig auf die herrschende Stellung des schwedischen Kanzlers zeigten sich die meisten Stände den Einflüsterungen der französischen Gesandten, welche den schwedischen Einfluß zu Gunsten des französischen zu verdrängen suchten, nur allzu zugänglich. Sie wurden in ihrer dem Kanzler wenig günstigen Haltung durch Kursachsen unterstützt, dessen Gesandte mehr oder weniger direct auf eine Sprengung des Heilbronner Bundes hinarbeiteten, um ihrem Kurfürsten wieder die Vorortstellung unter den deutschen Protestanten zu verschaffen, aus der er durch Schweden verdrängt worden war, freilich aus keinem anderen Grunde, als weil er sich gänzlich unfähig gezeigt hatte, diese Stellung erfolgreich und wirksam auszufüllen. Oxenstiernas „Directorium" wurde namentlich den Gegenwirkungen der französischen Gesandten gegenüber, auf die wir noch zurückkommen, immer schwieriger. Er war nahe daran, auf dieses „Directorium" über diesen unheilbar zerfahrenen Bund zu verzichten, den deutschen Protestanten den Kampf um ihre Existenz allein zu überlassen und sich mit der Wahrung der schwedischen Eroberungen an der Ostseeküste zu begnügen. Um das Maß der Schwierigkeiten voll zu machen, machte sich auch noch eine zunehmende Spaltung zwischen dem schwedischen Kanzler und dem Herzoge Bernhard von Weimar geltend, durch die der Letztere in seinen strategischen Dispositionen nicht wenig gehemmt wurde. An ein Zusammenwirken der verschiedenen gegen die Kaiserlichen im Felde stehenden Heere war unter diesen Umständen nicht zu denken.

Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß die Kaiserlichen, welche unter des jungen Ferdinand Führung den Krieg alsbald nach dem entscheidenden Punkte des Kriegsschauplatzes, nach Bayern, verlegten, dort sehr bald große Vortheile errangen. Der König von Ungarn brannte vor Allem darauf, den entscheidenden Schlag, welchen Herzog Bernhard im vorigen Jahre der kaiserlich-ligistischen Partei versetzt hatte, wieder wett zu machen, d. h. Regensburg wieder zu erobern. Dieser Aufgabe gegenüber schien ihm die Deckung der östlichen Erblande, namentlich Schlesiens, auf welche Wallenstein den Hauptnachdruck gelegt hatte, in den Hintergrund treten zu müssen. Er kannte die Kriegführung und die schwankende Haltung der Sachsen zu genau, als daß er eine ernste Gefährdung der österreichischen Kronlande von ihrer Seite besorgen zu müssen glaubte. Viel näher lag die Gefahr, in welche diese durch die Eroberung Regensburgs gerathen waren, welches einen festen Stütz-

1634.

ɔcſimile de

Digitized by Google

punkt zum Einmarsch über Passau nach Oesterreich bot. Er ließ sich in dieser Auffassung auch dadurch nicht beirren, daß es den Sachsen wirklich gelang, nachdem das kaiserliche Hauptheer nach der Oberpfalz abgezogen war, in Schlesien erhebliche Fortschritte zu machen und die nicht sehr zahlreich dort zurückgebliebenen kaiserlichen Truppen am 13. Mai bei Liegnitz siegreich zurückzuschlagen. Wußte er doch, daß die Friedensverhandlungen mit Sachsen bereits wieder im Gange waren. Mit voller Wucht wandte er sich, nachdem er mehrere Plätze in der Oberpfalz eingenommen hatte, der Donaulinie zu, wo inzwischen die Bayern im Verein mit Aldringers Corps Straubing eingenommen hatten. Gegen Ende Mai setzten sich dann beide Heere gegen Regensburg in Bewegung. Alsbald eilte auch Bernhard von Weimar mit seinem Heere herbei, um die bedrohte Stadt zu decken. Fast gleichzeitig mit den Kaiserlichen langte er vor derselben an. Aber auf eine offene Feldschlacht konnte er es nicht ankommen lassen, da Horn trotz aller Bitten von seiner Seite, gemeinschaftlich mit ihm zu operiren, im südlichen Schwaben und am Bodensee stehen blieb. Er mußte sich daher damit begnügen, einige Verstärkungen nach Regensburg zu werfen, welche die dortige Besatzung auf 3800 Mann brachten, und dann mit seinem Heere wieder abziehen. Um aber die Kaiserlichen durch eine Diversion an einem anderen Punkte des Kriegsschauplatzes wenn möglich von Regensburg abzuziehen, erwirkte er von Oxenstierna einen Befehl an Banér, einen Einfall in Böhmen zu unternehmen. Allein auch dadurch ließ sich Ferdinand in der Belagerung Regensburgs nicht stören. Als die Stadt, deren Besatzung sich in mannhafter Weise vertheidigte, in immer schwerere Bedrängniß gerieth, namentlich, nachdem am 26. Juni Kehlheim gefallen war, setzte es Bernhard von Weimar endlich doch durch, daß sich Horn zu einem gemeinsamen Entsatzversuche bereit erklärte. Am 12. Juli vereinigten sich ihre Armeen bei Augsburg. Sie zählten zusammen 30 000 Mann und hätten es wohl auf eine Entscheidung in der Schlacht ankommen lassen können. In der That setzten sie sich alsbald in der Richtung auf Regensburg in Bewegung. Bernhard theilte der belagerten Stadt mit, daß der Entsatz am 17. zur Stelle sein werde. Allein seine Boten wurden abgefangen. Am 20. Juli eroberten die beiden Heere Landshut. Der weitere Vormarsch wurde aber durch Horn bis zum 30. Juli verzögert. Als man sich dann endlich wieder in Bewegung setzte, erhielt man die Nachricht, daß der so unendlich wichtige Donaupaß, dessen Eroberung das hauptsächlichste Ergebniß des vorigen Feldzuges gewesen war, am 26. Juli nach zweimonatlicher tapferster Vertheidigung von Lars Kagge, dem eine sehr milde Capitulation bewilligt worden war, den Kaiserlichen hatte übergeben werden müssen.

Nach diesem großen Erfolge, der das Selbstgefühl des kaiserlichen Heeres und ihres jugendlichen Führers gewaltig steigerte, war sehr bald die ganze Donaulinie bis nach Donauwörth hin in den Händen derselben. Darauf wälzte sich, während der bayerische Reiterführer Johann vom Werth tief nach Franken hinein streifte und am 18. August Ansbach nahm, die Hauptmasse

des kaiſerlichen Heeres gegen Nördlingen heran, um ſich den Weg nach Württemberg und den dortigen guten Quartieren zu bahnen. Am 18. Auguſt begann die Belagerung der Stadt.

Jetzt drang Bernhard, der ſich angeſichts dieſer Erfolge der Gegner am 16. Auguſt bei Günzburg aufs Neue mit dem Heere Horns vereinigt hatte, auf eine Schlacht, um nicht auch dieſen wichtigen Poſten ebenſo wie Regensburg in die Hände der Feinde fallen zu laſſen. Wäre ſeine Anſicht ſofort, nachdem die vereinigten Heere bei Nördlingen eingetroffen waren, durchgedrungen, ſo wäre ein Erfolg trotz der ſchlechten Beſchaffenheit der ſchwediſchen Armee, über die Bernhard vergeblich wiederholt bei Oxenſtierna Klage führte, möglich geweſen. Allein Horn und die Mehrheit des Kriegsraths war der Meinung, daß man erſt Verſtärkungen an ſich ziehen müſſe. Dem entſprechend ergingen die erforderlichen Befehle an den General Cratz, der mit der Belagerung Forchheims beſchäftigt war, und an den Rheingrafen Otto Ludwig, der vor Breiſach ſtand, ſchleunigſt zum Hauptheere zu ſtoßen. Allein ehe dieſe dem Befehle nachkommen konnten, traf am 3. September der ſpaniſche Cardinal-Infant mit ſeinem aus Italien heranziehenden Heere im kaiſerlichen Lager ein und veränderte das Stärkeverhältniß der Heere ſehr erheblich zu Ungunſten der Schweden. Gleichwohl entſchloſſen ſich dieſe jetzt auf Bernhards Drängen zur Schlacht, noch ehe die herangerufenen Verſtärkungen vollzählig eingetroffen waren, weil die Beſatzung von Nördlingen, obwohl es ihr noch am 4. September gelungen war, einen Sturmangriff der Kaiſerlichen glänzend abzuſchlagen, mit Beſtimmtheit erklärte, die Stadt nicht länger halten zu können. Wirklich gelang es am 5. September dem ſchwediſchen Heere, ſich in den Beſitz einer guten Höhenſtellung bei Nördlingen zu bringen. Allein auch die Kaiſerlichen hatten eine ſtark verſchanzte Stellung inne, welche genommen werden mußte, wenn die belagerte Stadt entſetzt werden ſollte. Am 6. September wurde der Angriff unternommen. Die Löſung der entſcheidenden Aufgabe fiel dem von Horn befehligten rechten Flügel des ſchwediſchen Heeres zu. Wiederholt griffen ſeine Truppen tapfer an und nahmen in der That die eine oder andere der feindlichen Verſchanzungen. Aber den Kaiſerlichen kam ihre numeriſche Ueberlegenheit zu Statten. Immer neue Truppen wurden auf die bedrohten Punkte geworfen, während Horn ſehr bald über weitere Reſerven nicht mehr zu verfügen hatte. Um Mittag erklärte er, daß er den Kampf nicht weiterzuführen vermöge, und ſchlug vor, die Schlacht abzubrechen. Bernhard mußte ſich entſchließen zuzuſtimmen. Horn ſuchte dann ſeinen Rückzug durch eine Cavallerie-Attacke zu verdecken, allein es erwies ſich als unmöglich, den jetzt auf der ganzen Linie vordringenden Feind zurückzuhalten. Er brach in die im Rückzuge befindlichen ſchwediſchen Linien ein, ohne daß Bernhard es mit dem linken Flügel zu hindern vermochte. Die ſchon in Unordnung gerathenen Reihen des ſchwediſchen Heeres verfielen jetzt gänzlicher Auflöſung. Die Niederlage, welche ſie erlitten, war eine völlig vernichtende. Nur wirre Trümmer des Heeres

Feldmarſchall Guſtav Horn.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1651, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

konnten gerettet werden; allein an Gefangenen büßte man 6000 Mann ein, unter denen ſich der Feldmarſchall Horn ſelbſt befand. Bernhard wurde verwundet und entrann ſeinerſeits nur mit Mühe dem gleichen Schickſal der Gefangenſchaft. Alle Artillerie und Bagage, ſowie der ganze Hofſtaat Bernhards fielen in die Hände des Feindes, ſo daß dieſer, „mehr nicht, denn was er auf dem Leibe gehabt, davon gebracht". Das einzige größere Heer, welches Schweden unter den Waffen hatte, war ſo gut wie vernichtet. Bernhard ſelbſt, der ſich nach Canſtatt rettete und dort mit dem Rheingrafen Otto Ludwig vereinte, machte kein Hehl daraus. Er meldete dem ſchwediſchen Kanzler „das große Unglück, ſo unſere beiden Armeen betroffen, welches ſo arg, daß es nicht ärger ſein kann".

Die Wirkungen dieſer vernichtenden Niederlage waren entſcheidend; Jahre lang vermochten ſich die Schweden nicht völlig von denſelben zu erholen. Die nächſte unmittelbare Folge war die Einnahme Nördlingens, durch die dann der Weg nach Württemberg offen ſtand. Hätten die Kaiſerlichen das geſchlagene Heer Bernhards energiſch verfolgt, ſo wäre es aller menſchlichen Vorausſicht nach verloren geweſen. Allein der Cardinal-Infant wollte nicht länger bei dem kaiſerlichen Heere verbleiben, ſondern ſtrebte jetzt ſeinem Endziele, den Niederlanden, zu, die er, ohne die Trümmer des feindlichen Heeres, welche ſich um Frankfurt a. M. geſammelt hatten, anzugreifen, erreichte. Ferdinand aber wandte ſich mit dem Hauptheere gegen Württemberg, deſſen Herzog eiligſt nach Straßburg flüchtete und ſich Frankreich in die Arme warf. Andere Abtheilungen der Kaiſerlichen wandten ſich gegen Franken und Heſſen, nahmen die Hauptſtadt von Bernhards Herzogthum, Würzburg, ein und ſtreiften bis Fulda und Hersfeld. Daß es gelang, Heidelberg, welches ebenfalls zweimal hinter einander von den Kaiſerlichen belagert wurde, zweimal zu entſetzen, war der einzige Lichtblick in dieſer für die ſchwediſch-proteſtantiſche Sache ſo trüben Zeit und wurde außerdem noch dadurch von Bedeutung, daß ſich an dieſen Unternehmungen zum Entſatz Heidelbergs auch franzöſiſche Truppen betheiligten, die zu dieſem Zwecke den Rhein überſchritten und ſo zum erſten Male offen an dem Kampfe gegen den Kaiſer theilnahmen. Im Uebrigen war die ſtrategiſche Lage Bernhards von Weimar, der jetzt nach einigem Widerſtreben zum alleinigen Oberbefehlshaber der Truppen Schwedens und des Heilbronner Bundes ernannt wurde, eine überaus traurige, faſt verzweifelte. Süddeutſchland war zunächſt völlig verloren, ſchon aber war auch die Verbindung Schwedens mit der Oſtſee ernſtlich bedroht, und zwar nicht durch militäriſche Erfolge der Gegner, ſondern durch den Abfall des verbündeten Kurfürſten von Sachſen, der das Maß der durch die Nördlinger Schlacht hervorgerufenen verhängnißvollen Folgen voll machte.

Noch im Juli, als Herzog Bernhard, um Regensburg zu retten, bei Oxenſtierna einen Befehl zum Einmarſch Banérs in Böhmen erwirkt hatte, ſchien es, als würden die Sachſen an der Seite Schwedens ausharren. Sie hatten ſich dem Unternehmen Banérs angeſchloſſen und waren, mit ihm vereinigt, bis zum Weißen Berge bei Prag vorgedrungen. Als aber von Ferdinands Hauptheer Verſtärkungen bei den Kaiſerlichen in Böhmen eingetroffen waren, hatten ſich die Schweden und Sachſen doch wieder bis Leitmeritz und Melnik zurückziehen müſſen. Je größere Fortſchritte dann die Kaiſerlichen in Süddeutſchland wie in Böhmen machten, um ſo mehr wuchs die Neigung des Kurfürſten Johann Georg, ſich aus dem läſtigen Kriege zurückzuziehen und die Fortführung deſſelben Schweden allein zu überlaſſen. Aber wenn er gehofft hatte, jetzt, wenn auch nicht ganz, ſo doch wenigſtens in der Hauptſache auf der Grundlage der von Wallenſtein angebotenen Bedingungen den Frieden erlangen zu können, ſo wurde er ſehr bald gewahr, daß er ſich in einer argen Täuſchung befand. Trautmannsdorff, der die im Herbſt in Pirna eröffneten Verhandlungen im Auftrage des Kaiſers führte, wußte dieſelben geſchickt hinzuziehen, bis die Entſcheidung zu Ungunſten der Schweden in Süddeutſchland erfolgt war. Dann aber konnte er die Zugeſtändniſſe, die man Sachſen für den Fall eines Separatfriedens machen mußte, erheblich zurückſchrauben. Immerhin hielt der Kaiſer nach wie vor an dem Wunſche nach dem Abſchluß dieſes Separatfriedens feſt, weil er nur dann auf entſcheidende Erfolge gegen die übrigen deutſchen Proteſtanten und gegen Schweden hoffen konnte. Er war daher geneigt, auf die Privatanliegen Sachſens einzugehen, und rechnete darauf, daß der Kurfürſt dann auf die allgemeine Sache des deutſchen Proteſtantismus nicht allzu viel Rückſicht nehmen werde. Trautmannsdorff geſtand daher in den Pirnaer Verhandlungen Kurſachſen den erblichen Beſitz der beiden Lauſitzen, die Rückgabe Magdeburgs an den kurſächſiſchen Prinzen Auguſt und die Einverleibung von vier erzſtiftiſchen Aemtern in das Kurfürſtenthum zu. Und die Rechnung trog nicht. Nach dieſer Seite ſeiner territorialen Anſprüche hin ſicher geſtellt, trug Johann Georg kein Bedenken, die allgemeinen kirchlichen und politiſchen Forderungen ſeiner proteſtantiſchen Glaubensgenoſſen, die noch in den letzten Verhandlungen mit Wallenſtein eine ſo große Rolle geſpielt hatten, völlig preiszugeben. Während damals die Aufhebung des Reſtitutionsedicts und die Freiheit und Gleichheit der Religionsbekenntniſſe für ganz Deutſchland die Grundlage des Friedens bilden ſollte, während man damals noch ſehr ernſtlich auf eine Abſtellung der alten Reichsgravamina der Proteſtanten aus den Zeiten vor dem Kriege gedrungen hatte, war von alledem, war überhaupt von dem Verlangen einer Bewilligung völliger Religionsfreiheit für alle deutſchen Proteſtanten, die Wallenſtein zu bewilligen geneigt geweſen war, nicht mehr die Rede. Sachſen begnügte ſich damit, ſich ſelbſt die Erfüllung der kirchlichen Forderungen zu ſichern. Allein auch das gelang keineswegs vollkommen. Auch für Sachſen wurden die Zugeſtändniſſe, welche Wallenſtein in Ausſicht geſtellt hatte, nicht in vollem Um-

fange, vor Allem aber überhaupt nicht endgiltig bewilligt. Zwar wurde ihm (nicht allen deutschen Protestanten) der Passauer und Augsburger Religionsfriede im Allgemeinen bestätigt, aber gerade die nach jenem streitige Frage der geistlichen Güter, welche nachher eingezogen und den Protestanten durch das Restitutionsedict abgesprochen worden waren, wurde weder vollständig noch endgiltig geregelt. In Bezug auf die mittelbaren, noch vor dem Passauer Vertrage eingezogenen geistlichen Güter allerdings sollte es bei dem Augsburger Religionsfrieden verbleiben. Aber das war gar kein Zugeständniß, sondern es war immer als selbstverständlich betrachtet worden. Selbst das Restitutionsedict hatte den Besitz dieser geistlichen Güter nicht anzutasten gewagt. Dagegen wurde in Bezug auf alle unmittelbaren und auf diejenigen mittelbaren Stifter und geistlichen Güter, die nach dem Passauer Vertrage eingezogen worden waren, nicht etwa der Besitz anerkannt, d. h. das Restitutionsedict aufgehoben, sondern bestimmt, daß es bei ihnen vierzig Jahre lang so bleiben sollte, wie es, wiederum nicht etwa im Jahre 1618, sondern im Jahre 1627 gewesen sei, nur solle deren Sitz und Stimme im Reichstage ruhen. Innerhalb dieser vierzig Jahre sollte dann eine endgiltige Vergleichung vorgenommen werden: also statt der vollen Aufhebung des Restitutionsedicts für ganz Deutschland eine Suspension desselben auf vierzig Jahre zunächst nur für Sachsen und dann für diejenigen, die dem mit ihm vereinbarten Frieden beitreten würden! Ganz ähnlich wurde in der Frage der Amnestie verfahren. Von derselben sollten alle die, welche diesen Vertrag nicht annähmen, vor Allem die Mitglieder des Heilbronner Bundes, die Pfälzer und die Unterthanen Ferdinands in den Erbländern ausgeschlossen sein. Dadurch wurde also auf der einen Seite auf eine Wiederherstellung der Pfalz, auf die man in den Verhandlungen mit Wallenstein so großen Nachdruck gelegt hatte, verzichtet, auf der andern Seite aber wurden die Schlesier, welche sich noch soeben vertrauensvoll wieder unter den Schutz des Kurfürsten von Sachsen begeben hatten, wehrlos dem Kaiser preisgegeben. Alle Unionen und Bündnisse wurden für aufgehoben erklärt, Sachsen selbst aber verzichtete so gut wie vollständig auf seine politisch-militärische Selbständigkeit, indem es auch in die Bedingung willigte, daß es nur eine Armee im Reiche geben solle, die vom Kaiser als einzigem Kriegsherrn befehligt werde. Die Fürsten und Stände sollen kein Kriegsvolk halten, außer was sie zur Besatzung ihrer Festungen brauchen. Jeder Fürst und Stand soll zur Erhaltung dieses Heeres 120 Monate nach der Matrikel zahlen. Zugleich verpflichtete sich Sachsen, zur Wiederherstellung des Herzogs von Lothringen mitzuwirken, das will sagen, sich in einen unabsehbaren Krieg mit Frankreich zu verwickeln, ferner aber im Verein mit dem Kaiser die Schweden, seine bisherigen Verbündeten, aus Deutschland zu jagen. Im Ganzen also lief der Friede darauf hinaus, daß sich Sachsen von der protestantischen Sache völlig lossagte, in den Krieg gegen seine bisherigen Bundesgenossen eintrat, dafür aber außer der Lausitz, die es thatsächlich seit 1618 besaß, nur das Zugeständniß einer vierzigjährigen

Suspenſion der Entſcheidung über die geiſtlichen Güter erreichte. Auf dieſer Grundlage wurde am 24. November 1634 der Präliminarfriede zu Pirna geſchloſſen, dem am 30. Mai 1635 der endgiltige Friede zu Prag folgte.

Selten wohl iſt in der Weltgeſchichte um einen ſo billigen Preis ein ſo vollſtändiger Syſtemwechſel vollzogen worden. Welch ein Unterſchied zwiſchen dieſem Frieden, der thatſächlich geſchloſſen worden war, und dem, über welchen man mit Wallenſtein vor einem Jahre verhandelt hatte! Der letztere hätte die volle Gleichberechtigung aller deutſchen Proteſtanten mit den Katholiken zur Folge gehabt, der jetzt geſchloſſene war ein Verrath an der proteſtantiſchen Sache. Ließ es ſich Sachſen doch gefallen, daß auch dieſe beſchränkten Zugeſtändniſſe nicht allen Proteſtanten, die ſich anſchließen würden, ſondern nur den Augsburgiſchen Conſeſſionsverwandten angeboten wurden. Trotzdem alſo der Prager Friede in gewiſſem Sinne geradezu gegen die Calviniſten gerichtet war, hoffte der Kaiſer doch, auch den calviniſtiſchen Kurfürſten Georg Wilhelm von Brandenburg zur Annahme deſſelben zu bewegen, indem ihm die Anerkennung ſeiner Anwartſchaft auf Pommern, die er ſich dann freilich erſt im Kriege mit Schweden erkämpfen mußte, in Ausſicht geſtellt wurde. Der Kaiſer wollte auch dieſen zweiten mächtigen proteſtantiſchen Fürſten des Reichs von ſeinen Glaubensgenoſſen trennen.

Sollte und konnte dieſer darauf eingehen? Das war die Frage, von der die nächſte Zukunft des brandenburgiſchen Staates abhing. Monate lang rangen am Berliner Hofe die beiden entgegengeſetzten Richtungen mit einander, deren eine durch die eifrig proteſtantiſch und ſchwediſch geſinnten Geheimen Räthe, die andere durch den Grafen Schwarzenberg vertreten war. Ohne Zweifel ſprachen nicht allein die allgemein proteſtantiſchen, ſondern auch die ſpeciell brandenburgiſchen Intereſſen dafür, bei Schweden auszuharren. Oxenſtierna bot Alles auf, den Kurfürſten zum Ausharren zu bewegen; er erklärte ſogar, Schweden ſei nicht gemeint, auf ſeiner Forderung wegen Pommerns zum Nachtheil des Kurfürſten zu beſtehen. Nun hatte zwar auch der Kaiſer ſich erboten, Brandenburgs Anſprüche auf Pommern anzuerkennen. Aber wenn der Kurfürſt dem Prager Frieden beitrat, ſo mußte er ſich den Beſitz Pommerns erſt von den Schweden erkämpfen, während es ihm im andern Falle von Schweden freiwillig abgetreten wurde. Dazu aber kam die Rückſicht auf Preußen einerſeits, auf die rheiniſchen Beſitzungen Brandenburgs andrerſeits, die, wenn man ſich dem Frieden anſchloß, den Angriffen der Holländer faſt wehrlos preisgegeben waren. Eine Garantie für dieſelben zu bieten, war aber weder der Kaiſer noch Sachſen geneigt, ja das letztere ſchien jetzt ſeine alten Erbanſprüche auf die jülich-cleviſchen Länder wieder geltend machen zu wollen. Alle dieſe Geſichtspunkte der großen brandenburgiſchen Politik im Verein mit der Rückſicht auf Schweden, welches ſich um die Rettung des Evangeliums ſo große Verdienſte erworben habe, wurden mit Nachdruck von dem Kanzler Götze geltend gemacht, dem ſich Rumelian Leuchtmar, deſſen Bruder Erzieher des Kurprinzen war, voll und ganz anſchloß. Denen

gegenüber aber entwickelte Schwarzenberg alle seine Geschicklichkeit, um den schwachen Kurfürsten zum Anschluß an den Frieden zu bewegen. Er stellte ihm vor, daß er, wenn er bei Schweden ausharre, vielleicht Pommern gewinnen könne, daß ihm aber der Kaiser, wenn er Sieger bleibe, alsdann sein ganzes Land nehmen könne und werde. Er wußte den Kurfürsten mit diesen Vorstellungen so einzuschüchtern und zu umgarnen, daß er ihn nach Leipzig entsandte, um über den Beitritt zum Frieden zu verhandeln. Aber Georg Wilhelm wollte doch sein Gewissen salviren und noch einige weitere Zugeständnisse zu erringen suchen und wies Schwarzenberg an, auf eine Auseinandersetzung mit Schweden, die Restitution der Pfalz, eine allgemeine Amnestie und eine Vergleichung in der Jülicher Frage zu dringen. Nur wenn er sehe, daß diese Bedingungen absolut nicht zu erreichen seien, sollte er trotzdem abschließen. Und Schwarzenberg schloß ab, und zwar, ohne auch nur ernstlich versucht zu haben, jene Zugeständnisse zu erlangen.

Dieses Verhalten Kursachsens und Brandenburgs aber war das Signal zu einem allgemeinen Abfall der protestantischen Fürsten Deutschlands von der Sache Schwedens, die, wie die Dinge nun einmal lagen, mit der des deutschen Protestantismus untrennbar verbunden war. Noch im Laufe des Jahres 1635 traten Frankfurt a. M., Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar, die Herzöge von Mecklenburg, der gesammte niedersächsische Kreis, ja sogar der Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg, der bisher ein schwedisches Heer in Norddeutschland befehligt hatte, dem Prager Frieden bei. Im Wesentlichen harrten nur der wackere Landgraf Wilhelm von Hessen und Herzog Bernhard von Weimar bei den Schweden aus. Diese schienen dem Uebergewicht der kaiserlichen Waffen um so mehr erliegen zu müssen, als eben jetzt der sechsjährige Waffenstillstand mit Polen ablief und eine Erneuerung des Krieges mit dieser Macht drohte. Da endlich entschloß sich Richelieu, der bei einem völligen Erliegen Schwedens das ganze System seiner europäischen Politik gefährdet sah, thätig in den deutschen Krieg einzugreifen.

Vierte Periode.

Offenes Eingreifen Frankreichs in den deutschen Krieg. Richelieu und Bernhard von Weimar.

(1635—1639.)

Die europäiſche Lage im Jahre 1635. Richelieus auswärtige Politik.

Während in Deutſchland in blutigem Ringen und unter den ſchroffſten Wechſelfällen von den einander entgegengeſetzten Weltkräften gekämpft wurde, hatte Richelieu ohne eigentliche directe Theilnahme an dieſem entſcheidenden Kriege Erfolg auf Erfolg in ſeiner conſequent feſtgehaltenen Politik errungen. Wie er im Inneren Frankreichs gegenüber den immer wieder ſich aufbäumenden Factionen des Adels, katholiſchen wie hugenottiſchen, dem Königthume zu einer früher ungekannten Machtfülle verholfen hatte, ſo war es ihm in ſeiner äußeren Politik Schritt für Schritt gelungen, ohne ſelbſt zu den Waffen zu greifen, die erdrückende Uebermacht des habsburgiſchen Hauſes niederzuhalten und mehr und mehr ſelbſt an die Stelle zu treten, die Spanien-Oeſterreich bisher eingenommen hatte. Nachdem er am Anfange ſeiner Laufbahn durch die Beſetzung der Veltliner Alpenpäſſe und die Erwerbung Pinerolos im mantuaniſchen Erbfolgekriege mit einigen kühnen und geſchickt geleiteten Waffenunternehmungen den Grund zu ſeiner antihabsburgiſchen Politik gelegt, einen Keil zwiſchen die italieniſchen und niederländiſchen Beſitzungen Spaniens eingetrieben hatte, war es ihm gelungen, die Fortſetzung ſeiner auf die Schwächung der habsburgiſchen Macht gerichteten Politik auf andere Schultern abzuwälzen. Wie er es auf jenem Regensburger Kurfürſtentage von 1630 vortrefflich verſtanden hatte, die zwiſchen dem Kaiſer und der Liga beſtehende Spannung für ſeine Zwecke zu verwerthen, wie er dort die auf die Abſetzung Wallenſteins gerichteten Beſtrebungen wirkſam unterſtützt und dazu beigetragen hatte, daß der Kaiſer in dem Augenblicke, da er, nicht ohne Frankreichs Zuthun, in einen neuen Krieg verwickelt wurde, ſich ſelbſt des einzigen Feldherrn beraubt hatte, der dieſen Krieg zu beſtehen fähig geweſen wäre, ſo hatte er im weiteren Fortgange des Kampfes aus den Niederlagen des Kaiſers Vortheil über Vortheil für Frankreich davongetragen. Freilich wurden ihm dann die Erfolge, welche der heldenmüthige Schwedenkönig errang, allmählich doch unheimlich, weil ſie den ſchwediſchen Einfluß in Deutſchland zu dem alleinherrſchenden werden zu laſſen drohten. Allein von dieſer Beſorgniß vor dem „Gothenkönige“, den er nicht zu mächtig werden laſſen wollte, wurde er durch deſſen frühzeitigen Tod befreit. Die naturgemäße Folge der Schwierigkeiten, in welche Schweden danach gegenüber ſeinen deutſchen Bundesgenoſſen gerieth, war, daß dieſe eine ſtets wachſende

Hinneigung zu Frankreich bekundeten, welche Richelieu auf das Geſchickteſte für die Hebung des franzöſiſchen Einfluſſes auf die deutſchen Angelegenheiten verwerthete. Schon auf dem Heilbronner Convente von 1633 ſahen wir ſeine Geſandten erfolgreich thätig, um zwei für Frankreich gleich wichtige Ziele zu erreichen: einmal, die deutſchen Bundesgenoſſen zum weiteren Widerſtande gegen den Kaiſer, d. h. zum Ausharren bei Schweden, zu vermögen, damit die ihm feindliche habsburgiſche Macht nicht allzu ſehr erſtarke, dann aber den Einfluß des ſchwediſchen Kanzlers in dieſem neubegründeten Heilbronner Bunde nicht allzu groß werden zu laſſen, damit er immer genöthigt ſei, auf Frankreich, von dem er ſeine Subſidien bezog, Rückſicht zu nehmen. Nur ſo konnte Richelieu hoffen, ohne directe Theilnahme am Kriege, die er zu vermeiden wünſchte, nur durch Subſidienzahlungen an ſeine Verbündeten dem Kaiſer immer neue Schwierigkeiten zu bereiten, ihn und Spanien nach wie vor im Schach zu halten. Demſelben Zwecke diente es, wenn er die Generalſtaaten, welche an ſich zu einem Abkommen mit Spanien geneigt geweſen wären, zu weiterem Widerſtande zu bewegen verſuchte, indem er ihnen in einem im April 1634 geſchloſſenen Vertrage eine Million Livres jährlicher Subſidien verſprach, wogegen ſich die Holländer dann in der That verpflichteten, den Krieg mit Spanien fortzuſetzen. So gelang es ihm Jahre lang, mittelbar, gleichſam hinter den Couliſſen an der Bekämpfung der habsburgiſchen Machtſtellung in Europa theilzunehmen. Ja, er erntete dabei, ohne geſät zu haben, auch einige directe Früchte, welche als die erſten Erfolge auf dem Wege zu dem ſeit lange erſtrebten Ziele, der Erwerbung des linken Rheinufers, gelten konnten. Wir hoben hervor, wie der Kurfürſt von Trier, von Guſtav Adolf bedrängt, ſich in Frankreichs Schutz begab und dieſem ſeine Feſtungen Philippsburg und Ehrenbreitſtein einzuräumen ſich bereit erklärte. Im Mai 1632 hatten die Franzoſen in der That den Ehrenbreitſtein beſetzt, am 7. October 1634 wurde ihnen auch Philippsburg, nachdem es den Kaiſerlichen abgenommen war, eingeräumt.

Aber ſehr bald zeigte ſich doch, daß ſich dieſe Stellung Frankreichs, dieſe mittelbare Theilnahme am Kriege, während es formell mit dem Kaiſer und mit Spanien in Frieden lebte, für die Dauer doch nicht werde aufrecht halten laſſen. Es fehlte natürlich nicht an ebenſo mittelbaren, aber darum nicht minder empfindlichen Gegenwirkungen von der andern Seite, die Richelieu in ſeiner herrſchenden Stellung im Innern Frankreichs gefährlich werden konnten.

Wir gedachten ſchon des geſpannten Verhältniſſes, in welches der Cardinal in Folge der rückſichtsloſen Art ſeiner inneren Regierung wie durch die Richtung ſeiner äußeren Politik mit der Königin-Mutter und dem präſumtiven Thronfolger, dem Bruder des Königs, Herzoge von Orléans, gerathen war. Dieſe Spannung war allmählich zu einem Grade gediehen, welche es der Königin-Mutter angezeigt erſcheinen ließ, mit ihrem jüngeren Sohne Frankreich zu verlaſſen und ſich zu deſſen ausgeſprochenen Feinden,

Cardinal Richelieu.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Claude Mellan (1598—1688).

nach den ſpaniſchen Niederlanden, zu begeben. Hier aber fand ſie, welche immer der antiſpaniſchen Richtung der Politik Richelieus entgegengearbeitet hatte, bereitwillige Aufnahme und Unterſtützung. Es kam noch einmal zu einem bewaffneten Unternehmen ihrer Partei, welche bei dem von Richelieu wenig rückſichtsvoll behandelten hohen Adel Frankreichs vielen Anhang fand, gegen das durch Richelieu repräſentirte Syſtem des franzöſiſchen Königthums. An dieſem inneren Kampfe, in dem der letzte der Montmorencys ſeinen Untergang fand, hatte dann, ebenfalls mit ſpaniſcher Unterſtützung, auch der Herzog von Lothringen als Gegner Richelieus theilgenommen. Wohl war der Letztere, der den König voll und ganz auf ſeiner Seite hatte, dieſer Regungen inneren Widerſtandes völlig Meiſter geworden, ja es war ihm gelungen, eben in dieſem Kampfe ſich eines großen Theils des Herzogthums Lothringen zu bemächtigen und dadurch ſeinen Machtbereich noch weiter gegen den Rhein hin auszudehnen — im Herbſt 1632 war mit der Eroberung Nancys die des Herzogthums ſo gut wie vollendet —, aber natürlich trugen alle dieſe Vorgänge dazu bei, die Feindſchaft zwiſchen Frankreich und Spanien-Oeſterreich zu einem Grade zu ſteigern, der den Ausbruch des offenen Krieges in immer nähere Ausſicht ſtellte. Namentlich war es Spanien, welches offen und unverhüllt auf einen ſolchen hinarbeitete. Die Aufſtellung eines Heeres unter Feria in Oberdeutſchland und im Elſaß war nicht bloß gegen die Niederlande, ſondern auch und noch mehr gegen Frankreich und deſſen Annexionsgelüſte gerichtet. Im Sommer 1633 machte Spanien die eifrigſten Anſtrengungen, eine große antifranzöſiſche Liga zu begründen, von den Niederlanden wie vom Elſaß her geradezu zum Angriff gegen Frankreich überzugehen, welchen Wallenſtein mit einem Theile ſeines Heeres unterſtützen ſollte. Aber Wallenſtein war, wenn auch aus ganz anderen Gründen, entſchieden gegen einen directen Krieg mit Frankreich, weil er ſehr wohl erkannte, daß dieſer im Weſentlichen nur den ſpaniſchen Intereſſen dienen ſollte. Es war das einer der Geſichtspunkte, unter denen er ſich überhaupt gegen die Aufſtellung des Feriaſchen Corps erklärt hatte. Er wollte nicht nun neben Schweden auch noch Frankreich in den deutſchen Krieg hineingezogen wiſſen, ſondern hielt ſtets an der Hoffnung feſt, denſelben durch einen Frieden mit den deutſchen proteſtantiſchen Fürſten zu beendigen und ſo eine Einmiſchung Frankreichs unmöglich zu machen. Allein der Abſchluß dieſes Friedens wurde durch ſeine Ermordung verhindert, und inzwiſchen gelang es den Franzoſen im Winter 1633/34, ebenfalls ohne kriegeriſche Action, auch im Elſaß feſten Fuß zu faſſen, indem bald die eine, bald die andere der mit einander kämpfenden Parteien einen Platz, den ſie nicht mehr zu vertheidigen vermochte, unter franzöſiſchen Schutz ſtellte. Auf dieſe Weiſe gelangten der Reihe nach Biſchweiler, Neuweiler, Hagenau und Zabern in den Beſitz der Franzoſen.

Dieſes Streben, gegenüber der wachſenden Uebermacht des Kaiſers ſich unter franzöſiſchen Schutz zu begeben, trat nun aber auch unter den mit

CHARLES IIIIDVC DE LORRAINE [illegible] Marchis Duc de Cal Bar &c. Fils de Fran-
cois Comte de Vaudemont et de Chresti[illegible]enne de Salm, ses prem.r armes furent em-
ployées au secours de la Religion et de l'Empereur Ferdin.d II a la Bataille de Praque contre le
Roy de Boheme ou il mena 4500. hõmes. Apres la 1.e Bataille de Leipsic ce Duc passa le Rhin, et
arresta le cours des progrez des Suedois, comandant l'armee Imperiale confederee contr'eux.
Il contribua beaucoup au gain de la batail. de Nortlinquen, et prit les Generaux Horn et Gratz
prisonniers Deffit le Wirtemberg, cõbattit le Duc de Weimar aux bords du Mein, l'empescha d'assi-
eger Besancon, fit leuer le siege de Dole, cõbattit 7 heures aux attaques de Poliony, et de Brisac; et
mit en route l'armee Françoise a Dutlinquen. Ayant cõmandé en Allemagne et en Flandre diu-
erses armees pour l'Emp.r et le Roy d'Espagne auec beaucoup de Valeur. Il a espousé la Duchesse
Nicole de Lorraine sa cousine germaine, fille aisnée de Henry Duc de Lorraine et de Bar, et de Mar-
guerite de Gonzague.

A Paris chez Darret auec priud du Roy 1632.

Herzog Karl IV. von Lothringen.

Verkleinertes Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

Schweden verbündeten evangeliſchen Ständen Deutſchlands immer mehr und mehr zu Tage, je größere Fortſchritte die kaiſerlichen Waffen während des Jahres 1634 machten. Natürlich verfehlte Richelieu nicht, dieſer Hinneigung verſtändnißvoll entgegenzukommen. Allein wenn die Heilbronner Verbündeten den dringenden Wunſch hegten, daß Frankreich ſich offen den Gegnern des Hauſes Habsburg zugeſellen ſolle, ſo war Richelieu doch zunächſt keineswegs geneigt, darauf einzugehen; er hoffte vielmehr, immer noch ſeine zuwartende Stellung behaupten zu können, und wollte nach wie vor verſuchen, durch ermuthigende Worte und Geldunterſtützungen die beſiegten Gegner Habsburgs zur Fortſetzung des Kampfes zu vermögen.

In dieſer Richtung bewegten ſich die Bemühungen der beiden Geſandten de la Grange aux Ormes und Feuquières, welche Richelieu zu jenem Convente der Heilbronner Verbündeten entſandt hatte, der im April 1634 in Frankfurt zuſammengetreten war. Hier war es, wo ſie gegen den anfänglich ſehr ſtarken Widerſpruch Oxenſtiernas und des Herzogs Bernhard von Weimar die Einräumung von Philippsburg an die Franzoſen durchſetzten, hier war es auch, wo ſie die erſten, zunächſt aber noch vergeblichen Verſuche machten, Herzog Bernhard für Frankreich durch eine Penſion, die ſie ihm anboten, zu gewinnen. Schritt für Schritt wurden dann Oxenſtierna und Bernhard, ſo ſehr ſie ihre Unabhängigkeit von Frankreich zu behaupten beſtrebt waren, durch die klägliche Haltung der deutſchen Verbündeten dazu gedrängt, ſich Frankreich in die Arme zu werfen. Die Stände verharrten auch dem beſtändigen Vordringen der Kaiſerlichen gegenüber in ihrer von Frankreich unterſtützten oppoſitionellen Haltung gegenüber Oxenſtierna, ſo daß dieſer ſich zu der Aeußerung veranlaßt ſah, wenn es nicht gegen ſein Gewiſſen wäre, ſeinen Poſten zu verlaſſen, ſo würde er ſich lieber als Sauhirt gebrauchen laſſen, als zuſehen, daß die Stände Mittel genug in Händen hätten zu helfen, aber dazu weder zu bereden noch zu zwingen wären.

Als nun gar die Nachricht von der Nördlinger Schlacht eintraf, war es mit der Haltung der Heilbronner Stände vollends zu Ende. Dringender als je verlangten ſie jetzt von Frankreich, daß es offen mit dem Kaiſer breche. Allein noch immer wollte ſich Richelieu nur dazu verſtehen, die Verbündeten mit Geld und Truppen — es war von einem Hilfscorps von 6000 Mann, welches von einem dem Bunde angehörigen Fürſten befehligt werden ſollte, die Rede — zu unterſtützen. Auch dafür aber ſtellte er ſchon ſehr hohe Bedingungen. Er verlangte Garantie der katholiſchen Religion in allen occupirten Gebieten, Aufnahme aller katholiſchen Fürſten, die ſich vom Kaiſer trennen würden, in den Bund, zum Wenigſten aber Bewilligung der Neutralität für dieſelben, Anweiſung geeigneter Uebergänge über den Rhein für die franzöſiſchen Truppen u. A. m.

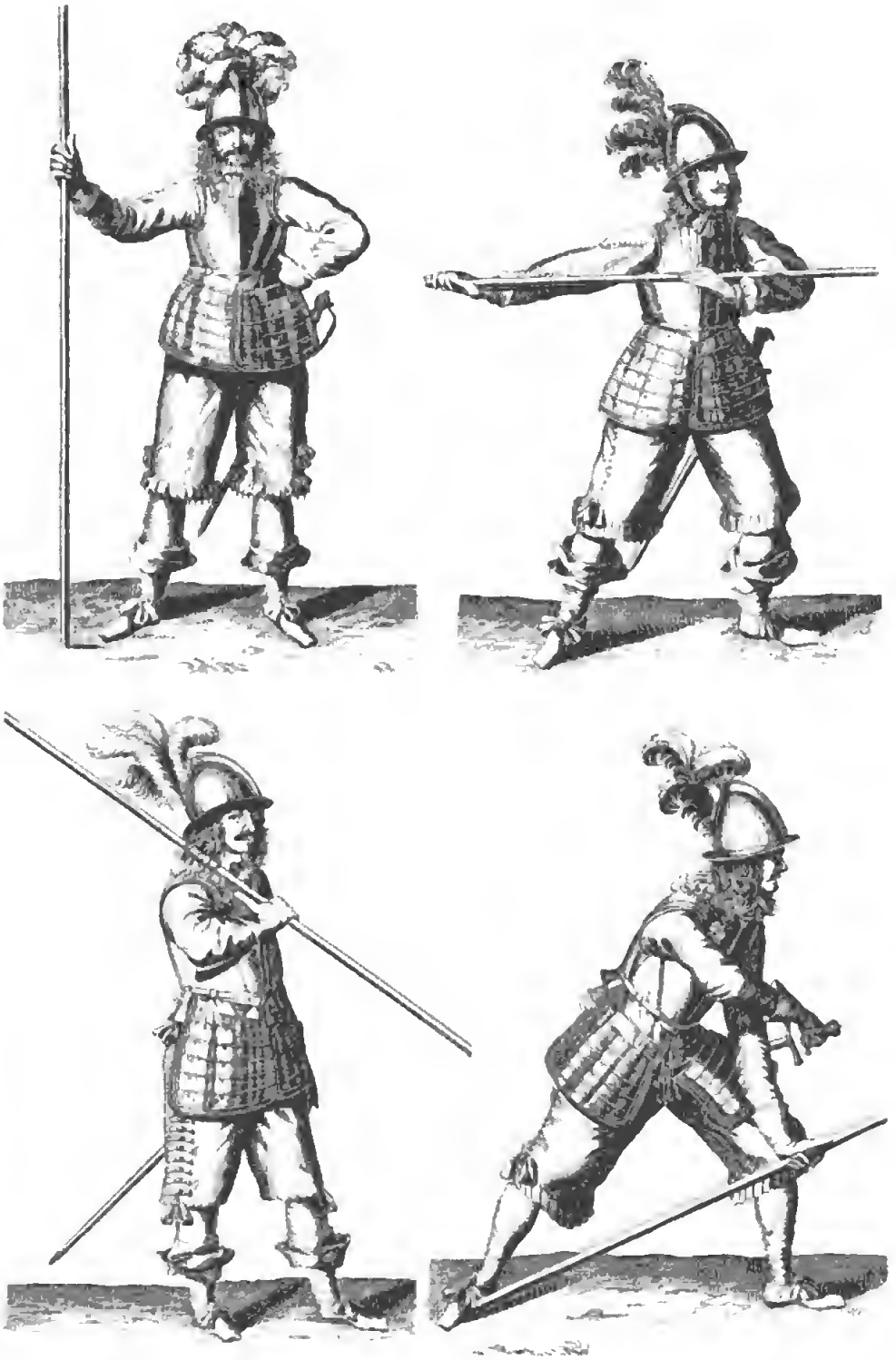
Um Frankreich zu günſtigeren Bedingungen, vor Allem aber zu offener Theilnahme am Kriege zu bewegen, wurden Dr. Löffler und Geheimer Rath Streiff Ende September von Oxenſtierna und den Heilbronner Verbündeten

nach Paris geſchickt, um einen endgiltigen Vertrag abzuſchließen, in dem ſelbſt Oxenſtierna die Einräumung des Elſaſſes an Frankreich zuzugeſtehen bereit war. Allein inzwiſchen war der größte Theil dieſes Landes bereits durch den von den Kaiſerlichen ſchwer bedrängten Rheingrafen den Franzoſen eingeräumt worden. Die Geſandten ſahen ſich daher zu den nachtheiligſten Bedingungen genöthigt. Die Franzoſen wollten ſich gegen Einräumung des ganzen Elſaſſes nur dazu verpflichten, durch Feuquières ein Heer von 14000 Mann in Deutſchland anzuwerben, welches unter franzöſiſchem Commando in den Dienſt des Heilbronner Bundes treten, d. h. nicht als ein franzöſiſches Heer betrachtet werden ſollte. Mit anderen Worten: den offenen Krieg an den Kaiſer zu erklären, verweigerte Richelieu nach wie vor. Nur für dieſen Fall hatte aber Oxenſtierna die ausdrückliche Einräumung des Elſaſſes zugeſtehen wollen. Er war daher aufgebracht darüber, daß die Geſandten, ihre Inſtruction überſchreitend, auch ohne dieſe Vorausſetzung des offenen Bruches Frankreichs mit dem Kaiſer abgeſchloſſen hatten, und weigerte ſich, als nun auf dem im December 1634 zuſammentretenden Fürſtenconvente zu Worms dieſer Vertragsentwurf vom 1. November zur Verhandlung kam, ihn anzunehmen, namentlich auch deswegen, weil derſelbe dem zwiſchen Frankreich und Schweden beſtehenden beſonderen Bündniſſe in vielen ſeiner Beſtimmungen widerſprach. Vor Allem war der Kanzler über die Regelung der Subſidienfrage aufgebracht, weil nach dieſem neuen Pariſer Vertrage die Subſidien nicht, wie bisher nach dem in Heilbronn erneuerten Vertrage von Bärwalde an Schweden, ſondern an den Bund gezahlt werden ſollten. Kurzum, er verweigerte auf das Entſchiedenſte ſeine Zuſtimmung und vertagte, als ein großer Theil der Heilbronner Verbündeten ſich dennoch zur Annahme des Vertrages bereit erklärte, den Convent auf den Januar des folgenden Jahres. Aber als derſelbe nun wieder eröffnet werden ſollte, war außer den wenigen Ständen, die ihre Zuflucht in Worms gefunden hatten, Niemand erſchienen. Erſt am 17. Februar konnte die Verſammlung eröffnet werden, auf der dann alsbald wieder Feuquières, der am 18. eintraf, entſcheidenden Einfluß gewann. Wenigſtens über einen wichtigen Punkt aber gelang es dann hier, nach mancherlei Schwierigkeiten eine Einigung herbeizuführen: Bernhard von Weimar erhielt das oberſte Commando der Bundesarmee, freilich bei weitem nicht mit der Selbſtändigkeit der Kriegsleitung, die er erſtrebt hatte, aber immerhin doch unter Bedingungen, die er annehmen zu können meinte und am 12. März auch thatſächlich annahm. Danach ſollten Directorium und Bundesrath das Recht haben, Deputirte ins Heerlager zu entſenden, um die Rechte der Stände zu wahren. Auch ſonſt wurde die Dispoſition in Militärangelegenheiten Bernhard weſentlich verkürzt. Dagegen übernahmen die Stände Beſoldung und Unterhalt des Heeres und die Bezahlung eines perſönlichen Gehalts von 3000 Thalern monatlich und von 1000 Thalern für außerordentliche Bedürfniſſe an Bernhard ſelbſt. Nur war es allerdings in hohem Maße zweifelhaft, ob dieſe Geldbewilligungen nicht wie die früheren nur auf dem Papier ſtehen bleiben

würden, ob die Stände überhaupt im Stande ſein würden, ſie zu erfüllen. Viele von ihnen, faſt alle rechtsrheiniſchen, waren durch die Kaiſerlichen von Land und Leuten vertrieben, die linksrheiniſchen aber hatten ſehr unter den Einquartierungen der Franzoſen und der eigenen Bundesgenoſſen zu leiden. Die meiſten von ihnen ſahen nach wie vor die einzige Rettung darin, daß Frankreich offen am Kriege theilnehme.

In der That drängte auch die allgemeine politiſche Lage immer mehr zu dieſem Ziele hin. Wollte Richelieu nicht ſeine ganze bisherige äußere Politik verleugnen, ſo mußte er ſich über kurz oder lang zu dem entſcheidenden Schritte entſchließen, und zwar um ſo mehr, als Oxenſtierna nach wie vor ſich energiſch weigerte, jenen Novembervertrag anzunehmen, obwohl die Heilbronner Verbündeten denſelben unterzeichnet und in die Schlußacte des Wormſer Congreſſes vom 30. März 1635 aufgenommen hatten. Dadurch ſtieg die Spannung zwiſchen Oxenſtierna und ſeinen ſo wie ſo zu großen Opfern wenig geneigten deutſchen Verbündeten immer mehr, und es wurde immer unzweifelhafter, daß unter dieſen Umſtänden eine Fortführung des Kampfes unmöglich ſein werde. Schon ſprach man davon, daß Oxenſtierna nach Lage der Dinge nichts Anderes übrig bleiben werde, als ſeinen Frieden mit dem Kaiſer zu machen, und auch unter den Ständen wuchs von Tag zu Tage die Neigung, den Prager Frieden anzunehmen. Bemühten ſich doch die Kaiſerlichen offenkundig, ſelbſt den Herzog Bernhard von Weimar, den entſchloſſenſten und überzeugteſten Verfechter der proteſtantiſchen Sache, zum Anſchluß an den Prager Frieden zu bewegen, freilich völlig vergeblich.

Mittlerweile aber erlangten die Kaiſerlichen im Felde immer mehr die Oberhand durch eine Reihe von Erfolgen, die für Frankreich ſelbſt unmittelbar bedrohlich und beſchämend zugleich waren. Im Januar 1635 wurde gleichſam unter den Augen der Franzoſen Philippsburg von den Kaiſerlichen zurückerobert; bald darauf erſchienen der Herzog von Lothringen und Johann von Werth auf dem linken Rheinufer. Der Erſtere, vom Kaiſer nachdrücklich unterſtützt, führte die verwegenſten Reden; er werde nach Paris vorrücken und dort den Doppeladler an die Stelle der Lilien ſetzen. Ja es ging das Gerücht, die antifranzöſiſche Liga, als deren Vertreter der Herzog von Lothringen betrachtet werden konnte, beabſichtige, denſelben auf den franzöſiſchen Thron zu erheben. Und kein Zweifel war daran, daß Spanien unausgeſetzt auf einen umfaſſenden Angriff gegen Frankreich dringe. Schon waren die Generalſtaaten durch den Cardinal-Infanten in immer wachſende Bedrängniß gerathen. Wie, wenn dieſer am Niederrhein, wie der Herzog von Lothringen am Oberrhein, ſich zugleich und gemeinſam gegen Frankreich wendeten? Richelieu gab ſich über die unverſöhnliche Feindſchaft der Spanier gegen ihn keiner Täuſchung hin. Mit ihnen offen zu brechen entſchloß er ſich zuerſt. Er gedachte es in der umfaſſendſten Weiſe zu thun und eine große antiſpaniſche Liga zu Stande zu bringen, in welche er auch England und die italieniſchen Staaten hineinziehen wollte. Hierüber verhandelten ſeine Geſandten im Frühjahr 1635

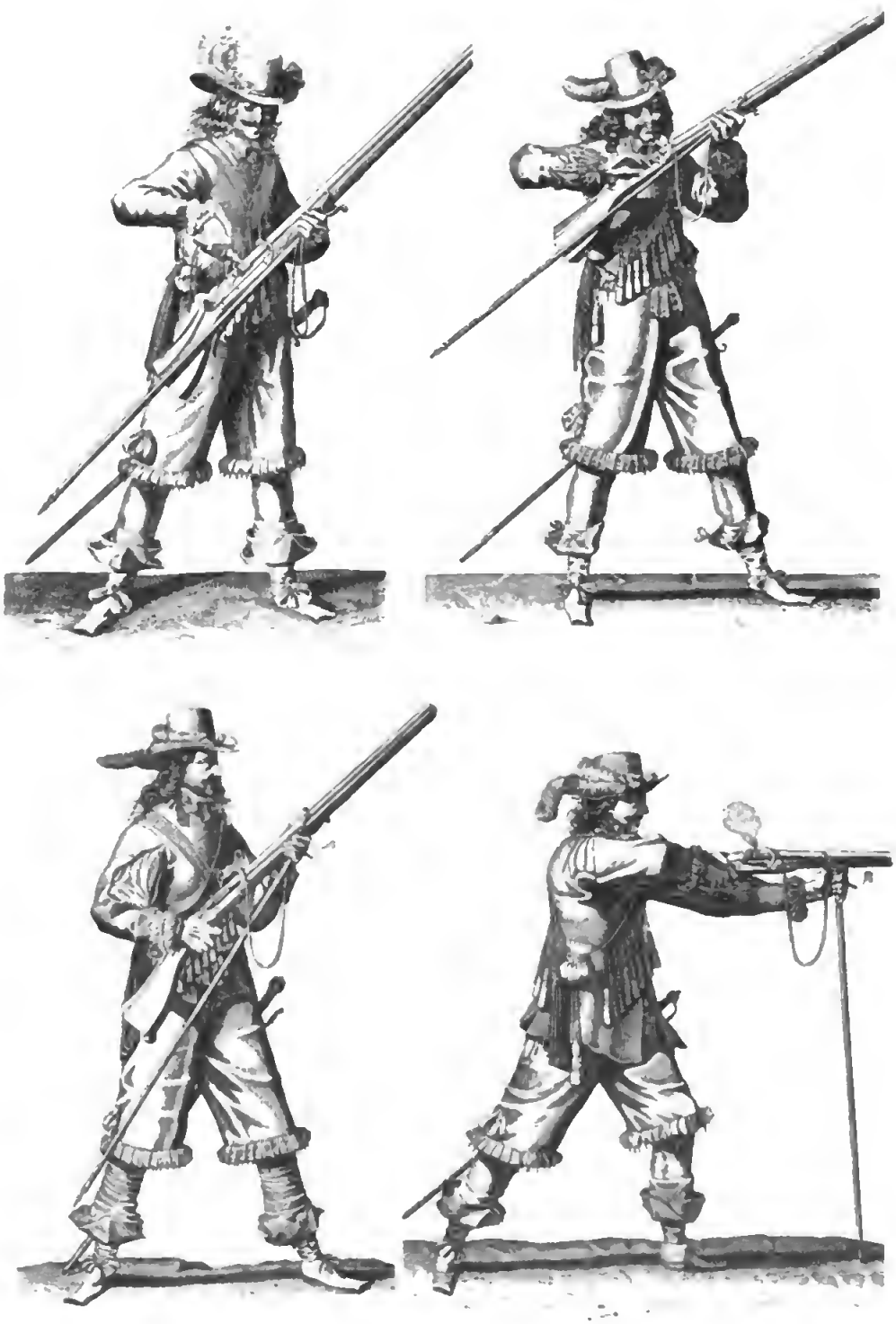


Spießknechte der Infanterie Ludwigs XIV.

Der vierte in Vertheidigungsstellung gegen den Angriff eines Reiters.

(Facsimiles aus: Le Marechal de Bataille, contenant le maniment des armes, les evolvtions etc. Par de Lostelneau, Marschal de bataille des camps et armées de sa Majesté, sergent major de ses gardes françoises. Paris MDCXLVII.)

Musketiere der Infanterie Ludwigs XIV.
1. Im Marſch. 2. 3. 4. Das Laden.



Musketiere der Infanterie Ludwigs XIV.
5. Pulver auf die Pfanne. 6. Anblasen der Lunte. 7. Fertig. 8. Feuer.

mit dem größten Eifer. Vor Allem aber mußte die Verbindung mit den Generalstaaten enger geknüpft, mußten diese zu fernerem Kampfe gegen Spanien in den Stand gesetzt werden. Schon im Februar einigte man sich in der Hauptsache über eine Offensivallianz mit ihnen, die, am 23. April 1635 von Ludwig XIII. ratificirt, beide Staaten verpflichtete, den Krieg gegen Spanien gemeinsam mit je 30 000 Mann zu führen. Danach folgte am 19. Mai die feierliche Kriegserklärung Frankreichs an Spanien.

Dagegen zögerte Richelieu auch jetzt noch, sich auch mit dem Kaiser in offenen Kampf einzulassen; er hoffte noch immer, seinen Zweck durch den von den Heilbronner Verbündeten angenommenen Vertrag, d. h. durch Unterstützung derselben mit Geld und einem französischen Hilfscorps zu erreichen. Lange Zeit blieben alle Bemühungen, welche der von Oxenstierna nach Paris geschickte Gesandte, kein Geringerer als Hugo Grotius, aufwandte, um Milderungen des Pariser Vertrages zu erreichen oder vielmehr die Erneuerung der alten Allianz zwischen Schweden und Frankreich an dessen Stelle zu setzen, völlig vergeblich. Endlich entschloß sich Oxenstierna selbst nach Paris zu reisen. Am 20. April kam er in Compiègne, wo sich damals der Hof aufhielt, an, und zwar in einem Augenblick, der zwar für die Sache der Gegner Habsburgs im Allgemeinen sehr ungünstig, gerade deswegen aber für den augenblicklich von dem Kanzler angestrebten Zweck sehr günstig war.

Kurz vor seiner Ankunft war nämlich in Paris die Nachricht eingetroffen, daß die Kaiserlichen an der von den Franzosen stark besetzten Mosellinie Erfolg über Erfolg errungen und am 26. März sich Triers bemächtigt, den Kurfürsten von Trier, der sich in Frankreichs Schutz begeben hatte, gefangen genommen hatten. Nunmehr war kein Zweifel mehr, daß sich der Kampf mit dem Kaiser nicht mehr vermeiden lassen werde. Ebenso klar aber war, daß man in diesem Kampfe der Hilfe Schwedens nicht entrathen könne. Jetzt war demnach Richelieu sofort bereit, die bisherige Allianz mit Schweden zu erneuern. Von dem Pariser Novembervertrage war nicht mehr die Rede, vielmehr einigte man sich sehr schnell über eine Erneuerung der Bärwalde-Heilbronner Allianz, die schon acht Tage nach Oxenstiernas Ankunft abgeschlossen wurde (28. April). Beide Staaten verpflichteten sich, mit dem Hause Oesterreich, „mit dem sie sich jetzt in Krieg befänden", nur in Gemeinschaft Friede zu schließen, beide erklärten, die evangelischen Stände Deutschlands ihren Verpflichtungen gemäß unterstützen zu wollen. Schweden machte das Zugeständniß, die katholische Religion in den Gebieten, wo sie seit 1618 bestand, nicht zu unterdrücken, Frankreich aber versprach, Schweden bei den von Gustav Adolf eroberten und von den deutschen Ständen ihm als Pfand für seine Ansprüche überlassenen Gebieten zu schützen und ihm die verlorenen wieder erobern zu helfen.

Trotzdem so der Vertrag allen Wünschen, welche Oxenstierna gehegt hatte, durchaus entsprach, machte derselbe die Giltigkeit dieses Abkommens dennoch von der Ratification seiner Königin abhängig, weil er dadurch einen

heilſamen Druck auf Frankreich ausüben konnte, indem er dieſe Ratification nicht eher vollziehen ließ, als bis der offene Bruch Frankreichs mit dem Kaiſer erfolgt wäre.

In der That trat Richelieu jetzt offen in den Krieg ein und machte die umfaſſendſten Rüſtungen, um ihn im großartigſten Maßſtabe zu führen. Nicht weniger als vier große Heere wurden aufgeſtellt: das eine unter Chatillon und de Brèze ſollte in den Niederlanden, ein zweites unter Crequi in Italien operiren; ein drittes unter Rohan wurde nach der Schweiz entſandt, um die Alpenpäſſe im Veltlin zu beſetzen und die Spanier zu verhindern, neue Truppenmaſſen aus Italien nach dem deutſchen Kriegsſchauplatze zu werfen. Das vierte Heer unter La Force endlich ſollte in Deutſchland verwendet werden und im Verein mit Herzog Bernhard von Weimar zunächſt in Lothringen Aufſtellung nehmen.

So wurde, faſt zu derſelben Zeit, da Sachſen durch den Abſchluß des Prager Friedens ſeinen Abfall von der proteſtantiſchen Sache vollzog und dadurch dem Kaiſer das unbedingte Uebergewicht zu verſchaffen ſchien, durch den offenen Beitritt Frankreichs zu dem evangeliſchen Bunde das Gleichgewicht der Kräfte wieder hergeſtellt, freilich aber auch eine neue auswärtige Macht in den deutſchen Krieg hineingezogen. Was Wallenſtein zu vermeiden geſucht hatte, wurde durch die ſpaniſche Richtung der Politik des kaiſerlichen Hofes nun doch herbeigeführt.

Die Feldzüge von 1635 und 1636. Tod Kaiser Ferdinands II.

Die neue Allianz zwischen Frankreich und Schweden konnte für den Krieg und damit für die Zwecke Richelieus ihre volle Bedeutung erst erhalten, wenn es gelang, den Schweden nach der polnischen Seite hin freie Hand zu verschaffen. Im September 1635 lief der im Jahre 1629 durch Frankreichs Vermittelung geschlossene Waffenstillstand ab. Ihn zu erneuern und zu einem dauernden Frieden auszugestalten, mußte die nächste Aufgabe der französischen Politik sein, da bei einem Wiederausbruch dieses Krieges Schweden seine Streitkräfte aus Deutschland so gut wie völlig hätte zurückziehen müssen. Dies zu verhindern war aber um so nothweniger, als die französischen Heere trotz aller großen und umfassenden Kriegsrüstungen bisher nicht viele Lorbeeren davongetragen, weder in den Niederlanden, noch im Herzogthum Lothringen die erwarteten Erfolge errungen hatten, vielmehr ohne die kräftige Hilfe des Herzogs Bernhard von Weimar die empfindlichsten Verluste erlitten haben würden.

Richelieu entsandte daher einen seiner gewandtesten Diplomaten, den Grafen d'Avaux, nach Stuhmsdorf, wo seit dem Frühling des Jahres die Gesandten der verschiedenen europäischen Staaten zwischen Polen und Schweden zu vermitteln beziehungsweise diese Vermittlung zu hintertreiben thätig waren. Denn natürlich wünschte die spanisch-katholische Partei ebenso eifrig die Erneuerung des Krieges, die sie von den schwedischen Gegnern befreit haben würde, wie die protestantischen Mächte, vor Allem England, Holland und Frankreich, die Verhütung desselben anstrebten, um den Schweden für den deutschen Krieg freie Hand zu schaffen. Sehr merkwürdig war in diesen Verhandlungen die Stellung Kurbrandenburgs; sie zeigte recht deutlich, in welchen Widerspruch mit seinen eigenen Interessen es sich gesetzt hatte, indem es sich durch Schwarzenberg zum Beitritt zum Prager Frieden verleiten ließ. Danach hätte es, da es jetzt auf der Seite der kaiserlichen Partei stand, mit dieser die Erneuerung des Krieges betreiben müssen. Dem widersprach aber auf das Schroffste sein preußisches Interesse, welches nur gewahrt werden konnte, wenn der Friede zu Stande kam und Schweden in Folge dessen die von ihm besetzten preußischen Plätze wieder herausgeben mußte. In der That sehen wir denn auch den Vertreter Brandenburgs, den Markgrafen Sigismund, recht eigentlich im Gegensatz zu der Politik des Prager Friedens, eifrig die auf die Herstellung des Friedens zwischen Polen und Schweden gerichteten Bemühungen d'Avaux' unterstützen, die dann in Folge der meisterhaften Geschick-

lichkeit dieses Diplomaten von Erfolg gekrönt waren. Am 12. September 1635 kam in Stuhmsdorf ein Waffenstillstand auf weitere zwanzig Jahre zu Stande. Brandenburg bekam seine preußischen Besitzungen wieder zurück, gerieth aber dadurch in um so größere Gefahr, von den Schweden in seinen brandenburgischen Gebieten für seinen Abfall schwer heimgesucht zu werden.

Für die allgemeine Sache des Protestantismus aber war mit diesem Stuhmsdorfer Waffenstillstande ein neuer Erfolg errungen. Die in Preußen und Livland aufgestellten schwedischen Truppen unter Torstensons Führung, welche für den polnischen Krieg bestimmt gewesen waren, wurden jetzt für den deutschen Kriegsschauplatz frei. Es war die höchste Zeit, daß das geschah; denn Banér, in dessen Heere nach dem Prager Frieden die deutschen Truppen in Folge der kaiserlichen Abberufungsmandate und der sächsischen Lockungen und Versprechungen große Neigung auseinanderzulaufen bekundeten, gerieth gegenüber den durch kaiserliche Truppen verstärkten Sachsen und Brandenburgern, welche jetzt in den Krieg gegen Schweden eintraten, in große Bedrängniß. Die Sachsen suchten ihn in seiner Flanke zu umgehen und von Pommern, zugleich aber von dem von Preußen heranrückenden Heere Torstensons abzuschneiden. Allein der Letztere kam ihnen zuvor; am 23. October erreichte er Wollin, als die Sachsen und Kaiserlichen erst bis Stargard gelangt waren. Banér aber warf die Sachsen am 1. November in einem heftigen Gefechte bei Dömitz zurück, durch das er sich diesen wichtigen Elbpaß öffnete. Mecklenburg und Pommern fielen wieder in die Hände der Schweden. Als die Sachsen nunmehr gegen sie heranrückten, wurden sie am 8. December bei Goldberg geschlagen. Banér eroberte danach hinter einander Havelberg, die Werbener Schanze und den Paß von Fehrbellin. Torstenson aber brachte am 17. December den Sachsen bei Kyritz eine schwere Niederlage bei. Es war nach langer trüber Zeit das erste Wiederaufleben des alten schwedischen Kriegsruhms und zugleich ein Gegengewicht gegen den wenig erfreulichen Gang, den die kriegerischen Operationen auf dem westdeutschen Kriegsschauplatze genommen hatten.

Dort hatte sich bald bei Beginn des Feldzuges gezeigt, daß die französischen Truppen zu hervorragenden kriegerischen Leistungen wenig befähigt waren. Frankreich hatte seit langer Zeit keinen auswärtigen Krieg geführt, die Truppen hatten nur in den inneren Bürgerkriegen Verwendung gefunden, die für ihre taktische Ausbildung keine sehr vortheilhafte Schule gebildet hatten. Sie sollten sich diese Schulung jetzt erst auf dem deutschen Kriegsschauplatze aneignen. Herzog Bernhard gerieth in Verzweiflung über die Unthätigkeit des alten Marschalls La Force, mit dem gemeinsam zu operiren er angewiesen war. Er wünschte sehnlichst, daß dessen Heer, welches sich nach Lothringen zurückgezogen hatte, an den Rhein vorrücke, um dessen Deckung zu übernehmen, während er selbst darauf brannte, auf das rechte Rheinufer hinüberzugehen und dort mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen gemeinsam zu operiren. Sein kühn angelegter Offensivplan fand die volle Zustimmung Feuquières',

der ihm als Generallieutenant eines kleinen französischen Hilfscorps zur Seite stand. Allein La Force war nicht zum Vorgehen zu bewegen, sondern sah seine einzige Aufgabe darin, Lothringen, wo ein Aufstand zu Gunsten des vertriebenen Herzogs ausgebrochen war, zu decken. Bernhard, der zunächst in seiner Stellung in der Nähe von Speier ausharren mußte, gerieth dort in immer steigende Bedrängniß, da er allein den sehr viel stärkeren Heeren der Kaiserlichen unter Gallas und Wolf von Mansfeld gegenüberstand. Vergeblich versuchte er sich durch vereinzelte Vorstöße nach dem rechten Rheinufer Luft zu verschaffen und die hauptsächlichsten dortigen Punkte, welche noch nicht von den Kaiserlichen erobert waren, zu halten. Schließlich mußte er sich, als der ersehnte französische Secours von Woche zu Woche sich verzögerte, selbst zum Rückzug entschließen. Damit war das rechte Rheinufer zunächst gänzlich von den evangelischen Waffen aufgegeben (Ende Juni). Es währte nur kurze Zeit, so gingen die verschiedenen kaiserlichen Heerestheile ihrerseits zum Angriff auf das linke Rheinufer über. Bingen, Oppenheim, Bacharach, Caub, Boppard wurden von ihnen eingenommen. Bei Breisach überschritt der Herzog von Lothringen, bei Speier Gallas den Strom. Bernhard war nicht im Stande, das zu verhindern. Weiter und weiter mußte er nach Westen zurückweichen. Am 1. Juli hatte er in Saarbrücken eine Unterredung mit Feuquières, dem er die verzweifelte Lage offen schilderte und erklärte, daß er verloren sei, wenn der versprochene französische Succurs nicht bald eintreffe. Werde er aber durch ein starkes französisches Heer unterstützt, so wolle er sofort die Offensive gegen Gallas ergreifen, den Rhein überschreiten und im Rücken der Kaiserlichen die Gegend zwischen Frankfurt und Heilbronn besetzen.

Feuquières, der, je länger er mit Bernhard in Berührung kam, ein um so eifrigerer Bewunderer seiner strategischen Begabung wurde, vertrat dessen Forderungen mit Energie am französischen Hofe und bei Richelieu, der sich dann in der That endlich entschloß, den Cardinal La Valette mit der bei Langres gebildeten Armee auf den östlichen Kriegsschauplatz zu werfen, während La Force in Lothringen den Kampf gegen dessen Herzog fortsetzen sollte. Allein auch La Valette beeilte sich nicht allzu sehr, der Weisung, sich mit Bernhard von Weimar zu vereinigen, Folge zu leisten. Mit steigender Ungeduld wartete dieser auf seine Ankunft, da die Kaiserlichen bereits einen großen Theil der Rheinpfalz in Händen hatten und Kaiserslautern, welches die Verbindung mit Mainz und Worms sicherte, ernstlich bedrohten. Mit ingrimmiger Entrüstung mußte Bernhard es mit ansehen, daß der so wichtige Platz am 17. Juli von Hatzfeld eingenommen wurde. Jetzt endlich erschien La Valette; am 27. Juli fand die Vereinigung seines Heeres mit dem Bernhards statt. Mit Eifer drang der Letztere jetzt auf den Vormarsch gegen den Rhein; vor Allem lag ihm Alles daran, Mainz, das seit einiger Zeit aufs Höchste gefährdet war, zu entsetzen. Nur mit Mühe konnte La Valette bewogen werden, bis an den Rhein mit vorzugehen. Er meinte, daß die Hauptaufgabe der französischen Truppen sei, die französische Grenze zu decken. Endlich gab er

nach; und als nun die vereinigten Heere sich gegen Mainz, gegen welches am 22. Juli das Bombardement von den Kaiserlichen eröffnet worden war, in Bewegung setzten und bis Kreuznach vordrangen, entschlossen sich die Kaiserlichen in der That, die Belagerung von Mainz aufzuheben. Am 8. August zog Bernhard in die Stadt ein.

Nachdem es ihm gelungen war, den französischen Marschall so weit mit fortzureißen, hoffte er auch, daß er ihn zu einem Vorstoß auf das rechte Rheinufer bewegen werde. Dem aber schien sich ein Theil des französischen Heeres widersetzen zu wollen. Namentlich war der französische Adel, dessen Blüthe sich in diesem Heere La Valettes befand, entschieden dagegen, sich so weit von den französischen Grenzen zu entfernen. Es bedurfte energischer Strenge und entschiedener Drohungen, ehe die Widerstrebenden sich fügten. Und auch in Bernhards Heere, welches seit langer Zeit wenig oder gar keinen Sold erhalten hatte, regte sich energischer Widerstand, da man auf dem rechten Rheinufer völlig isolirt den überlegenen Kräften der Kaiserlichen gegenüberstehen werde. Bernhard wußte auch diesen Widerstand zu beseitigen und die Truppen zu beruhigen, indem er ihnen versicherte, drüben stehe der Landgraf von Hessen, mit dem vereint werde man operiren. Wirklich wurde dann der Rhein überschritten, allein es gelang nicht, Frankfurt zu halten, welches soeben in den Besitz der Kaiserlichen überging, und Landgraf Wilhelm, der mit der Deckung seines eigenen Landes mehr als genug zu thun hatte, erschien nicht. So blieb der Uebergang über den Rhein in der That ein Stoß ins Blaue. So schwer es ihm wurde: der Herzog mußte sich entschließen wieder zurückzuweichen. Und nun begann der schwierigste Theil der Aufgabe: der Rückzug durch ein allenthalben vom Feinde besetztes Gebiet, der mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden war. Aber das wichtige Unternehmen gelang. Man hat diesen Rückzug mit Recht stets als ein Meisterwerk strategischer Kunst angesehen. Und unzweifelhaft wäre das französische Heer völliger Auflösung anheimgefallen, wenn nicht die überlegene strategische Begabung Bernhards das Schlimmste abgewendet hätte. Ende September langte das Heer ohne nennenswerthe Verluste in Lothringen an.

Dieser Rückzug hatte selbst dem Feinde, der ihn vergeblich zu hindern versucht hatte, Achtung eingeflößt und imponirt. Und als nun die vereinigten Heere Bernhards und La Valettes Lothringen völlig in Besitz nahmen, in Gallas' Heere aber empfindlicher Mangel ausbrach, so sah dieser sich nunmehr zum Rückzuge genöthigt. Bald darauf trafen von Osten die Nachrichten über die siegreichen Kämpfe der Schweden ein und zwangen die Kaiserlichen, einen Theil ihres in Hessen und Thüringen stehenden Heeres den Sachsen zu Hilfe zu schicken. Dadurch aber bekam der Landgraf Wilhelm von Hessen, der in der letzten Zeit doch ernstlich in Versuchung gerathen war, dem Prager Frieden beizutreten, wieder Luft und entschloß sich, von seiner hochherzigen Gemahlin Amalie Elisabeth in seiner muthigen Haltung bestärkt, endgiltig auf der Seite Schwedens und der protestantischen Sache auszuharren. So war gegen Ende

des Jahres 1635 doch wenigstens einigermaßen das Gleichgewicht wieder hergestellt, aber — darüber konnte sich Richelieu selbst keiner Täuschung hingeben — nicht durch die französischen Heere, die im Gegentheil so gut wie nichts geleistet hatten, sondern durch Banér und Torstenson auf der einen, durch Herzog Bernhard auf der andern Seite. Diesen Letzteren endgiltig an die Seite Frankreichs zu fesseln, betrachtete Richelieu daher jetzt als seine vornehmste Aufgabe.

Verhandlungen mit dem Herzoge Bernhard waren schon seit langer Zeit im Gange; im Februar hatte sie Feuquières im Auftrage Richelieus geführt und war mit Versprechungen und verlockenden Aussichten nicht sparsam gewesen. Der König von Frankreich wollte dem Herzoge als dem Oberfeldherrn des Heilbronner Bundes schon damals auch das Commando über das französische Hilfsheer von 12 000 Mann übertragen. Die Bedingungen des Vertragsentwurfs, welche im März 1635 von Feuquières aufgestellt und von Ludwig XIII. angenommen wurden, waren für den Herzog persönlich sehr vortheilhaft. Frankreich wollte ihn nicht nur im Besitz seines, ihm von Schweden übertragenen Herzogthums Franken schützen, sondern ihm auch, freilich unter der Oberhoheit und obersten Autorität des Königs von Frankreich, die Revenuen aus den österreichischen Besitzungen im Elsaß und der Vogtei Hagenau überlassen. Damit aber und durch den Einfluß, welcher in dem Entwurf einem dem Herzoge zur Seite zu stellenden französischen Generallieutenant eingeräumt wurde, wäre Bernhard in eine Abhängigkeit von Frankreich gerathen, die er in Folge seiner nationaldeutschen Gesinnung damals nicht auf sich zu nehmen geneigt war. Er legte den Entwurf erst Oxenstierna zur Entscheidung vor, und als dieser sie seinem Ermessen anheimstellte, verweigerte er schließlich doch seine Zustimmung, um das Heer des Bundes von französischer Beeinflussung frei zu halten. Er wollte nicht als Diener der Franzosen, sondern als deren Verbündeter an ihrer Seite fechten und hoffte damals noch, seine Unabhängigkeit als Feldherr des Heilbronner Bundes wahren zu können.

Dann aber folgten die niederdrückenden Erfahrungen des Feldzuges von 1635, die beiden Theilen nur zu deutlich klar machten, daß sie auf einander angewiesen seien. Der Heilbronner Bund erwies sich als völlig unfähig zu einer selbständigen Haltung neben Frankreich, namentlich aber war er völlig außer Stande, für den Sold und Unterhalt des Bernhardschen Heeres zu sorgen, welches daher in immer steigendem Grade schwierig und aufsässig wurde, ja sich völlig aufzulösen drohte. Wollte Bernhard die Sache des Protestantismus, die er zugleich für die nationale hielt, gegenüber den Reactionsgelüsten des Kaisers aufrecht halten, so konnte er das nur, wenn er von Frankreich durch ausgiebige Subsidien unterstützt wurde, die wieder nicht zu erreichen waren, ohne daß er in ein gewisses Maß von Abhängigkeit zu Frankreich trat. Auf der andern Seite aber hatte auch Richelieu durch die Mißerfolge der französischen Truppen deutlich erkannt, daß er ohne die

überlegene organisatorische und strategische Kraft Bernhards schwerlich etwas erreichen werde, daß eine Vereinbarung mit demselben sogar mit Rücksicht auf die eigene Sicherheit der französischen Grenzen eine absolute Nothwendigkeit sei. So waren schließlich beide Theile durch ihr eigenstes Interesse darauf angewiesen, sich zu einigen. Am 27. October 1635 kam endlich nach mancherlei Verhandlungen hinüber und herüber der Vertrag zu Stande, in welchem Bernhard in den Sold Frankreichs trat, dabei aber in den freilich mehrfach ziemlich dunkeln und vieldeutigen Einzelbestimmungen des Vertrages sich dasjenige Maß von Unabhängigkeit zu wahren suchte, das er für die Fortführung des Krieges in seinem Sinne für unerläßlich hielt. Vor Allem gestand ihm Richelieu jetzt nicht mehr bloß die Revenuen aus dem Elsaß und der Vogtei Hagenau zu, sondern er trat ihm diese, freilich vorläufig nur factisch in Frankreichs Besitz befindlichen Gebiete mit allen Rechten, die das Haus Oesterreich darin besessen hatte, förmlich ab, ohne die Oberhoheit Frankreichs vorzubehalten, d. h. ohne zu verlangen, daß Bernhard französischer Vasall werde. Dagegen gerieth der Herzog von Weimar durch diesen Vertrag in seinem militärischen Verhältnisse, welches er allerdings nur für ein vorübergehendes ansah, in unverkennbare, starke Abhängigkeit von Frankreich. Einer der geheimen Artikel des Vertrages setzte ausdrücklich fest, daß er den Oberbefehl des Bundes nicht mehr nach den Weisungen des Heilbronner Bundesraths und eines von Frankreich ernannten Kriegsraths, sondern allein nach denen des Königs von Frankreich zu führen habe, von dem er persönlich eine Jahresgage von 200 000 Livres und nach der Beendigung des Krieges eine Pension von 150 000 Livres zugesichert erhielt. Außerdem sollte er zur Fortsetzung des Krieges, als dessen Zweck die „Herstellung der Libertät Deutschlands“ bezeichnet wurde, jährlich vier Millionen Livres Subsidien erhalten, allerdings nur unter der Bedingung, daß er das „Bundesheer“, als dessen General er in den offenen Artikeln des Vertrages nach wie vor bezeichnet wird, bis zum 20. Januar 1636 auf 12 000 Mann zu Fuß und 6000 Reiter bringe. Ausdrücklich wurde ihm die Zusicherung gemacht, daß, wenn er durch einen unglücklichen Zufall sein Heer, auf dem seine ganze Existenz beruhte, verliere, ihm der König zu einem neuen verhelfen und daß im Fall der Gefangennahme des Herzogs Frankreich keinen Frieden schließen solle, ohne daß seine Befreiung in demselben stipulirt werde. In gleicher Weise verpflichtete sich dann auch Bernhard, ohne Wissen und Zustimmung Frankreichs keinen Vergleich mit dem Kaiser zu schließen.

Dies der Vertrag, durch welchen Herzog Bernhard, der einzige unter den Heerführern der nächsten Jahre, dem es noch um einen höheren Zweck und ein allgemein vaterländisches Ziel zu thun war, in ein Verhältniß zu Frankreich trat, dessen bedenkliche Seiten ihm selbst keineswegs verborgen blieben. Er gerieth dadurch Richelieu gegenüber in eine Lage, welche ein verhängnißvolles Mittelding zwischen der Stellung eines französischen Söldners und eines selbständigen Verbündeten Frankreichs war. Er meinte das Ver-

hältniß aber nur als ein vorübergehendes, zu einem bestimmten Zweck begründetes ansehen zu dürfen, bei dem er seine Selbständigkeit doch behaupten zu können hoffte. Dem entsprechend suchte er seine Würde als deutscher Landesfürst auch dem französischen Hofe gegenüber zu wahren, als dieser bei einem Besuche, den Bernhard nach dem Abschlusse des Vertrages in Paris machte, die Miene annahm, als betrachte er ihn nur als einen Söldner Frankreichs. Selbst in den Aeußerlichkeiten des Empfanges, in denen man ihn hinter den gerade anwesenden Herzog von Parma zurückstellen wollte, vergab er sich nichts. Als der König dem italienischen Fürsten gestattete, in seiner Gegenwart das Haupt zu bedecken, und von Bernhard verlangte, daß er sich entblößten Hauptes nahe, ließ dieser sich das nicht gefallen, sondern behauptete mit Energie seine Gleichberechtigung auch in diesen äußeren Formen. Ebenso wenig als Söldner wie als Vasall Frankreichs wollte er sich betrachtet wissen. Er wollte in aller und jeder Beziehung sein eigener Herr sein und bleiben, der nur mit französischem Gelde den Krieg führe. Freilich konnte es von vornherein doch einigermaßen zweifelhaft erscheinen, ob es ihm bei den zum Mindesten sehr zweideutigen Bestimmungen des Vertrages gelingen werde, diese selbständige Stellung für die Dauer zu wahren. In jedem Falle lag in diesem Vertrage in ähnlicher Weise der Keim zu einem Conflicte mit Frankreich, wie dereinst in der Capitulation von Znaim, welche Wallenstein mit dem Kaiser abgeschlossen hatte. In welcher Weise sich dieses Verhältniß weiter entwickeln würde, mußte in erster Linie von dem Verlaufe der Kriegsereignisse abhängen.

Diese aber gestalteten sich zunächst in Folge der mangelnden Kriegserfahrung der französischen Heerführer ungünstig genug. Die Kaiserlichen und die Spanier gingen im Jahre 1636, durch Sachsen und Brandenburg gegen Schweden wenigstens einigermaßen gedeckt, Frankreich gegenüber zu einer umfassenden Offensive vor. Von den Niederlanden her drang der Cardinal-Infant in die Picardie ein und bis zur Somme vor; Piccolomini und Johann von Werth überschwemmten das ganze Gebiet zwischen Somme und Oise, so daß Paris selbst vor ihnen zu zittern begann. Namentlich war es Johann von Werth, der mit seinen kecken Streifzügen den Franzosen einen solchen Schrecken einflößte, daß sein Name schon bange Furcht erzeugte, wie dereinst der Ruf „Hannibal ante portas“ im alten Rom. Richelieu gerieth in eine außerordentlich bedenkliche Lage; Bernhard und La Valette waren in ernste Kämpfe im Elsaß und in Lothringen verwickelt, in denen sie sich zwar in der Hauptsache siegreich behaupteten, ja sogar eine Reihe von Erfolgen, wie z. B. die Eroberung der lange belagerten Stadt Zabern (14. Juli) errangen, die es ihnen aber zunächst unmöglich machten, dem bedrohten Norden Frankreichs zu Hilfe zu kommen. Anfangs schien es, als werde durch dieses siegreiche Vordringen der Feinde in das Innere des geheiligten Bodens Frankreichs die ganze Machtstellung Richelieus ernstlich erschüttert werden. Die alten Stimmen der Opposition gegen die gesammte innere und äußere Politik

des Cardinals wurden noch einmal laut; namentlich waren es die katholischen Intransigenten, welche ihre alten Angriffe gegen die Verbindung Richelieus mit den „Ketzern", durch die jetzt dieses Unheil über Frankreich hereinbreche, erneuerten. Schließlich aber gewann doch die allgemeine nationale Gesinnung die Oberhand, welche in diesem Einbruch der Feinde in Frankreich eine Beleidigung des Vaterlandes sah. Richelieu, der in dieser schwierigen und gefahrvollen Lage die volle Ruhe seines Geistes bewahrte, verstand es vortrefflich, diese Gesinnung der Bevölkerung zu verwerthen und zu einer Begeisterung zu erhöhen, welche sich zu allen Opfern bereit erklärte, um den Angriff des Feindes abzuwehren. Wetteifernd trugen alle Stände und Bevölkerungsklassen der Hauptstadt wie des Landes zu den Kosten der Aufstellung eines Vertheidigungsheeres bei oder ergriffen selbst die Waffen, um sich in dessen Glieder einzureihen. Auf diese Weise wurde die schlimmste Gefahr überwunden und der Feind allmählich wieder zurückgedrängt.

Was aber wäre geschehen, wenn nach dem ursprünglichen Plane gleichzeitig mit diesem Angriff von den Niederlanden her ein zweiter von Lothringen aus von dem Herzoge dieses Landes unternommen worden wäre? Daß dies nicht geschah, ist das Verdienst des Herzogs Bernhard von Weimar und La Valettes. Schon hatte Condé, dessen Heer in der Franche Comté stand, die lange Monate vergeblich fortgesetzte Belagerung von Dôle aufgeben müssen und sich nach Burgund zurückgezogen, schon war ihm der Herzog von Lothringen, der sich in Besitz seines ganzen Landes gesetzt hatte, dicht auf den Ferfen, um ihn nach Frankreich hinein zu verfolgen, da erschienen Bernhard und La Valette aus dem Elsaß, wo sie sich bisher mit großem Erfolge Gallas gegenüber behauptet hatten, in Burgund, um sich mit Condé zu vereinigen. Zwar kam nun auch Gallas in Eilmärschen dem Herzoge von Lothringen zu Hilfe, so daß hier von beiden Seiten gewaltige Truppenmassen concentrirt wurden. Allein Bernhard und die französischen Heerführer, unter denen sich namentlich Rantzau durch umsichtige Kühnheit hervorthat, operirten so geschickt, daß Gallas sich, ähnlich wie im Jahre zuvor, im November zu einem äußerst verlustreichen Rückzuge aus den französischen Grenzgebieten gezwungen sah.

So war auf dieser Seite des Kriegsschauplatzes wenigstens die dringendste Gefahr eines Einmarsches der Kaiserlichen und Spanier in die Kernlande der französischen Monarchie in der Hauptsache überwunden. Von einem eigentlichen Erfolge war man freilich noch weit entfernt. Vor Allem war der dringende Wunsch Bernhards, auch in die Kämpfe auf dem rechten Rheinufer einzugreifen, die von den Evangelischen völlig verlorene Stellung in Süddeutschland wieder zu erringen, durch das siegreiche Vordringen der Gegner auf dem linken Rheinufer völlig vereitelt worden. Und auch in Norddeutschland gewannen die Kaiserlichen in Folge des Abfalls der meisten dortigen deutschen Fürsten von der evangelischen Sache immer mehr an Boden. Zwar gelang es dem Landgrafen Wilhelm, der von Lamboy belagerten, von dem Befehlshaber der Be-

ſatzung, Ramſay, mit äußerſtem Heldenmuth vertheidigten Stadt Hanau noch rechtzeitig Entſatz zu bringen, aber von ſeinen eigenen Ländern vermochte er die verheerenden Einfälle der Kaiſerlichen unter Götz, die ſich über ganz Niederheſſen weit nach Weſtfalen hinein erſtreckten und namenloſe Leiden über die heimgeſuchten Gebiete verhängten, nicht abzuwehren. Man hat berechnet, daß die Götzſche Soldateſca auf dieſem einen Raubzuge achtzehn Städte verwüſtet, ſiebenundvierzig Schlöſſer verbrannt und dreihundert Dörfer vom Erdboden

Raubende Soldateſca.

Facſimile der Radirung von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

habe verſchwinden laſſen, daß in einzelnen dieſer Landſchaften die Bevölkerung auf ein Drittel ihres früheren Beſtandes herabgeſunken ſei. Immer mehr nahm dieſer unſelige Krieg auf beiden Seiten den Charakter eines brutalen Vernichtungskampfes an. Längſt waren, mit einziger Ausnahme des Herzogs von Weimar und des Landgrafen von Heſſen, aus den Reihen der Kriegsführer und der Truppen alle edler angelegten Charaktere verſchwunden. Auch die ſchwediſchen Truppen ſammt ihrem äußerſt tüchtigen, aber jeder höheren Regung unzugänglichen Führer Banér waren aus den wohl disciplinirten und organiſirten, frommen und für höhere Ziele fechtenden Soldaten, die

ſie unter Guſtav Adolf geweſen waren, zu der Art jenes Raubgeſindels herabgeſunken, das von Jahr zu Jahr mehr den Heeren dieſer traurigen Zeit ihr Gepräge gab. Auch Brandenburg und Sachſen, die durch ihren Uebertritt zum Kaiſer ihre Rettung erkauft zu haben meinten, mußten jetzt den Kelch der Kriegsleiden erſt recht und bis zur Neige leeren. Sie durften, wenn es den Schweden gelang, ſiegreich gegen ſie vorzudringen, ganz gewiß keine Schonung erwarten, da dieſe naturgemäß über ihren Abfall im höchſten

Raubende Soldateſca.
Facſimile der Radirung von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

Maße erbittert waren. Die beiden Kurfürſten wurden für dieſen Abfall jetzt bitter beſtraft.

Schon im Januar und Februar 1636 hatte Banér einen Einfall in Sachſen unternommen und dort in brutalſter Weiſe geplündert und gebrandſchatzt. Aber da er zu weiterem Vordringen, welches ihn nicht bloß mit den Sachſen, ſondern auch mit den Kaiſerlichen in Kampf verwickelt haben würde, zu ſchwach war, wich er zunächſt wieder zurück und bezog ein befeſtigtes Lager bei Werben, wo er eifrig beſtrebt war, mit Hilfe der franzöſiſchen Subſidien ſein Heer zu ergänzen und zu verſtärken. Ende September fühlte

er sich stark genug, wieder zum Angriff überzugehen. Am 4. October errang er bei Wittstock über den Kurfürsten von Sachsen und den kaiserlichen General Hatzfeld nach langem blutigen Kampfe einen entscheidenden Sieg, bei dem die Gegner 6000 Mann, alles Gepäck und Geschütz verloren.

Das Feldherrntalent Banérs, des ohne Zweifel befähigtsten der schwedischen Generale, hatte sich wieder im hellsten Lichte gezeigt. Auf allen Punkten des Kriegsschauplatzes machten sich die Folgen dieses glänzenden Sieges bemerkbar. Während Banér selbst siegreich nach Thüringen und Hessen vordrang und Wrangel in die Mark Brandenburg entsandte, gewann der Landgraf von Hessen wieder Lust, und auch die bisher schwer bedrängten Franzosen konnten wieder aufathmen, da ein großer Theil der kaiserlichen Truppen vom linken Rheinufer zurückgezogen werden mußte, um Banérs weiterem Vordringen entgegenzutreten. Wirklich wandte sich dieser im December nochmals gegen Kursachsen zurück, nahm Erfurt und zog dann über Naumburg a/S. nach Meißen. Schon begann er auch die andern norddeutschen Fürsten, die dem Prager Frieden beigetreten waren, zu bedrohen. Die Erfolge, welche die Kaiserlichen bisher errungen hatten, waren dadurch zum großen Theil wieder wettgemacht.

Dagegen gelang es dem Kaiser, am Ende des Jahres auf politischem Gebiete noch einen großen Erfolg zu erringen. Am 22. December 1636 wählte das Kurfürstencollegium seinen Sohn Ferdinand III. zum römischen Könige. Freilich konnte die rechtliche Geltung dieser einstimmigen Wahl einigermaßen zweifelhaft erscheinen. Maximilian von Bayern, der sich eben jetzt im Alter von zweiundsechzig Jahren mit der vierundzwanzigjährigen Tochter des Kaisers, Maria Anna, vermählte, war keineswegs allgemein als Inhaber der pfälzischen Kur anerkannt, der Erzbischof von Trier aber befand sich in kaiserlicher Gefangenschaft. Aber wer hätte, da die übrigen Kurfürsten wohl oder übel zustimmten, in der Erregung und Verwirrung der Zeit die Wahl anzufechten unternommen? Es war und blieb ein großer Triumph der kaiserlichen Politik, um so mehr, als eine Zeit lang mit Zustimmung des Papstes Urbans VIII. eifrig das Project, vielmehr den Kurfürsten Maximilian von Bayern zum römischen Könige zu wählen, discutirt worden war.

Es war der letzte Erfolg, den Kaiser Ferdinand II. errang. Wenige Wochen später, am 15. Februar 1637, ist er gestorben, ohne das Ende des schrecklichen Krieges gesehen zu haben, der durch seine starre Unnachgiebigkeit und Bekehrungssucht entfesselt worden und zu solcher Ausdehnung gediehen war. Wohl hatte er eine Zeit lang, in der Glanzperiode Wallensteins, eine universale Weltstellung erlangt, welche die Karls V. noch bei weitem zu überragen schien. Aber mit dem Feldherrn war sie dahingegangen. Ferdinand selbst war nicht der Charakter, sie sich zu erringen und zu erhalten. Starr und unbeugsam in seinen kirchlich-orthodoxen Anschauungen, war er doch weit entfernt, ein selbständiger, sich selbst getreuer Herrscher zu sein, vielmehr ständig abhängig von seiner spanisch-jesuitischen Umgebung, die ihn in den

EIn Erſamer Rath thut hie

von der Röm. Kayſ. May. FERDINANDO ſecun
HErrn Biſchoffens zu Augſpurg Fürſtl. Gna. etnabſonderlich E
nit allein das vilfältig raiſen an benachbarte Vncatholiſche Oert
vnd Anhörung deß Gottsdienſt durch zimbliche Mittel anzuwe
welche zu beſſerer Nachrichtung menigliches hierbey geſetzt werd

Ferdinand der Ander / von Gottes Gnaden / erwöhlt

HRſame / liebe / getrewe / wir ſeyn glaubwürdig in Erfahrung k
Catholiſchen Religion nit zugethan / nach Abſchaffung der vn Catholiſchen Pr
als in das Vlmiſche vnd Oettingiſche Gebiet / Predig zuhören / Kinder zutau
Einbildungen / vnd Geſchöpfften Wohn / als ob wir wegen vorberuerter Abſc
Demnach wir aber von vnſerer / auff reyfft der Sachen Erwögung / erſt angedeuter Ab
vnſern deſſentwegen an euch abgangnen Befelch vnd Verordnungen / obligender Schuldigkeit
zukommen / euch alles fleiſſes angelegen ſeyn laſſen werdet / vnd diß Orths gantz vnbillich / daß
libus, einiger Eintrag vnd Schmälerung geſchehe / oder verſtattet werde.

Hierumben / ſo befelhen wir euch hiemit gnädigſt / daß ihr auff Anhalten jetztgedachters
allein ab- vnd einſtellet / ſonder auch dieſelbigt zu Hörung der Catholiſchen Predig vnd Catech

Solches / wir es ein ſehr nutzliches / vnd Gott wolgefälliges Werck: Als erſtattet ihr au
in vnſerer Statt Wien / den achzehenden Februarij / Anno ſechzehenhundert vnnd dreyſſig / v
dreyzehenden.

Ferdinand.

V T

V. H. zu

Von Gottes Gnaden.

VNſern günſtigen Gruß zuvor / Ehrſame / Veſte liebe beſondere.
Ewerer vn Catholiſchen Burgerſchafft halben / vnd daß wir nemblich ſie in de
billiches betauren vorkombt / vnd euch ſelbſt zum beſten wiſſent iſt / daß ſie ſolche
diß Orths geſchöpffte beſſere hoffnung vnd zuverſicht / nit allein kein Catholi
Chriſtenleuth von allen Sünd vnd Laſtern / ab- vnd zu den Tugenten / auch a
tholiſchen Aergernus / vnd zu Schmäler- vnd Hindertreibung vnſerer Pfarrli
chen / Gutſchen / vnd Hauffenweiß ſich begeben thun / wie wir diß von den Churbayeriſchen / i
tin / fürallemahl nit zu leyden / vnnd daß gemaine Volck letztlich / bey Vnderlaſſung der P
Derowegen / vnd ob wir zwar Ewerer / vnd Ihrer ſelbſt / mit gegenwärtigem Anſinnen
Gefahr / wie nit wenliger der Keyſerlicht / in nechſt verſchinem Auguſto, euch Communicatt
timieren / daß wir nemblich (wie dit Formalia lauten) die nunmehr diſer Geſtalt habende Ge
die Handt zunemmen / vnd ehiſter Möglichkeit fortzuſetzen haben / ſo dann das jetzig weiters v
vnd angetriben / nach Außweyſung erſt verſtandner Key: Rechtmäſſiger Intention in allweg
cutoribus nachgeſetzt / vnd weiters Vnheil / ſo ſonſt in widrigem Fahl zubefahren / verhütet /
euch vnſer G: vnd billichs Begehren vnd Anſuchen iſt / ihr wöllen diß Orths / Ihrer Key: M
was in jeder Chriſtlichen Gemain / von ſelbſten rechtbillich vnd nothwendig iſt. Wie aber nur o
rechter Erwögnus ſich darab zubeſchwären / einhigen Fug nicht haben / alſo ſollen vnd werden
So wir euch der Erhaiſchung nach nit wöllen vorhalten / vnd habt vns euch darnechen mit
Martij Anno 1630.

Hainrich.

HIerauff erinnern / ermahnen / vnd gebieten wir allen Burgern / Burgern / Innwohnern
Befelchen / in einem vnd anderm gehorſamblich nachſetzen / vnd darwider nit handlen / da
den Ampts / auch auffgetraguer Execution halben / andere vnbeliebte Mittel an die Han

Facſimile eines Mandats von Kaiſer Ferdinand II., in welchem den Nichtk
zu beſuchen. W

: kundt vnd zuwiſſen menigklichen/ wie daß

. vnſerm allergnädigſten Herrn ein ernſtliches Mandatum, ſo dann vonn deß
ngsſchreiben/einglangt/darum allergnädigeſt befolhen/ vnd reſpectiuè gnädig begehrt wird/
erhindern/ ſondern auch die hieſſige Burgerſchafft zu Beſuchung der Catholiſchen Kirchen/
nd anzuhalten/ alles mehreren Inhalts obangedeutter Kayſ. vnnd Biſchöfflichen Schreiben/
nd lauten dieſelb von Wort zu Wort alſo.

ömiſcher Keyſer zu allen Zeiten/ Mehrer deß Reichs/ꝛc

n/ waßmaſſen ewre vndergebene Burger/ ſo vnſerer allein ſeeligmachenden
ten/vnd eingeſtelter Exercitio ihrer Confeſſion/an die nechſtangrentzende Benachbarte Oerter/
echzeiten einzuſegnen/ vnd was deme mehreres anhengig/ vnder aller Hard gefaßten vngleichen
nd Einſtellung/eine Veränderung vornemen wollen/ außzulaſſen ſich vnderſtehen vnd anmaſſen.
vnd Einſtellung halber/ genommener reſolution keines wegs außzuſetzen entſchloſſen/ ihr auch
wie von euch biß dato gantz rühmblich/ vnd zu vnſerm gnädigſten Wolgefallen beſchehen) nach-
bberieretes/ vnbefugtes außlauffen/ deß Biſchoffs zu Augſpurg A. an ſeinen Iuribus Parochia-

ſs zu Augſpurg And. beygedachter Burgerſchafft/ mehrangezognes vnbefugtes außlauffen/ nit
vnd Abwarttung deß Gottesdienſts/ durch gezimmende Mittel anweiſet vnd anhaltet.
an vnſern gnädigſt gefälligen Willen/ vnd ſeynd euch mit Kayſ. Gnaden wolgewogen. Geben
Reiche deß Römiſchen im eylfften/ deß Hungariſchen im zwölfften/ vnnd deß Böhaimiſchen im

alendorff

Ad Mandatum Sac. Cæſ. Mayſt proprium.

Johan. Söldner. D.

rich Biſchoffe zu Augſpurg/ꝛc.

r erinneren vns zu benügen/ was wir euch vor diſem in guter wolmainung/
igion vnd Glaubenswesen nit gedencken zu vberreyen/ zugeſchriben: Sintemal vns aber nit ohne
gutwilligkeit/ gar miſſverſtendig/ vnnd ſo weit gantz vngleich arripiert, daß ſie wider all vnſer
irch/ zu anhörung der Predigen/ warin das Wort Gottes vortragen würdet/ vnd darneben die
ttern ermahnt werden/ beſuchen/ ſonder auch anderer Orthen/ mit groſſer der benachbarten Ca-
ſechten vnd Gerechtigkeiten zu Augſpurg/ an vn Catholiſche Orth/ vnd in vn Catholiſche Kir-
dern benachbarten Fürſten vnd Ständen/ Klagweiß hören vnd vernemmen müſſen/ welches
t/ in einen Atheiſmum vnd Ruhloß Weſen vnd Leben gerathen wurde.
verſchonten/ hat vns vnſer tragent Ampt vnd Obligenheit/ auch ob verſtandne Aergernus vnd
an vns abgangne Befelch/ darinn ihre Key: Mayſt: vns bewöglich adhortieren, vnnd in-
Iurisdiction, in acht, auch die Wolbefugte vnd längſt gewünſchte Reformation alßbald für
r Kayſ. May. deßhalben an euch erfolgte Schreiben/ darvon vns Copiæ zukommen/ inſtigiert
zuſein/ vnd zuverfügen/ dannit derſelben Innhalt von euch/ als hierinn verordneten Key: Exe-
nſers Theyls an aller gebürender Schuldigkeit nichts vnderlaſſen werde. Inmaſſen hiemit an
ergangne Befelch/ vneingeſtellet in das Werck ſetzen/ wardurch das jenig volbracht würdet/
zedachte ewere vn Catholiſche Burgerſchafft/ bey ſollicher der Sachen Beſchaffenheit/ vnnd
offentlich vnd billich diſem Key: Befelch der Schuldigkeit nach/ gehorſambiſten volg laiſten.
Willen vnd zu allem Gutem forderiſt wol bewogen. Datum in vnſer Statt Dillingen den 4.

Innwohnerin/ Jung vnd Alt/ niemandt außgenommen/ daß ſie obeinverleibten Keyſerlichen
ier höchſtgedachte Röm: Key: Mey: nit zu ſchärpfferen Mandaten bewogen/ vnd wir obligen-
mmen genöttiget werden. Darnach wiſſe ſich Menglich zurichten.

Decretum in Senatu 12. Martij Anno 1630.

ken Augsburgs unterſagt wird, außerhalb der Stadt abgehaltenen Gottesdienſt
18. Februar, 1630.

Ferdinand II. im Krönungsornat der deutſchen Kaiſer.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1622, von Wolfgang Kilian (1581—1662).

Bahnen ihrer Politik festzuhalten verstand, zum unermeßlichen Schaden seiner selbst und des deutschen Vaterlandes. Mit Karl V. kann er als Persönlichkeit nicht entfernt verglichen werden; wohl aber sind die Wirkungen, welche beide auf die Entwickelung der deutschen Geschichte ausgeübt haben, in ihrer innersten Natur mit einander verwandt. Aber wenn es einem Karl V. nicht gelungen war, die „neue Lehre" niederzukämpfen und auszurotten, so war Ferdinand noch viel weniger der Mann dazu. Zwar war der Mißerfolg seines Strebens bei seinem Lebensende nicht ein so offenkundiger, wie bei seinem so viel größeren Ahnen, der in Verzweiflung darüber, seinen Lebenszweck verfehlt zu haben, allen seinen Würden entsagt und in der Einsamkeit des Klosters geendet hatte. Allein von einem wirklichen Erfolge war doch auch Ferdinand weit entfernt. Noch hielten sich die einander entgegengesetzten Weltkräfte, die er hatte meistern wollen, das Gleichgewicht. Sein Nachfolger aber mußte zugestehen, was er stets verweigert hatte und dessentwegen er den ganzen furchtbaren Krieg heraufbeschworen hatte. Er selbst hat diesen Zusammenbruch seiner ganzen Politik nicht mehr erlebt: inmitten des Kampflärmens ist er dahingegangen.

Bernhards von Weimar Siege und Ausgang.

Eine Zeit lang konnte es ſcheinen, als werde die Schlacht von Wittſtock (4. October 1636) eine ähnliche Bedeutung zu Gunſten Schwedens erlangen, wie vor zwei Jahren die von Nördlingen zu ihren Ungunſten. Nicht allein hatte Banér ſelbſt den Sieg zu einem kühnen Streifzuge durch ganz Mitteldeutſchland verwerthet, ſondern er hatte auch einen Theil ſeines Heeres unter Wrangel nach der Mark entſendet, dem es gelingen zu ſollen ſchien, Kurbrandenburg von der Politik des Prager Friedens wieder ab- und zu Schweden herüberzuziehen. Wrangel war vor Berlin erſchienen; er hatte ſtreng darauf gehalten, daß ſeine Truppen in den kurfürſtlichen Gebieten gute Mannszucht hielten. Dadurch waren dann die in der Bevölkerung ſo wie ſo vorhandenen Sympathieen für Schweden mächtig geſtärkt worden, die ſchwediſche Partei unter den kurfürſtlichen Räthen, an ihrer Spitze der Kanzler Götze, konnte wieder wagen hervorzutreten. Markgraf Sigismund, der als Vertreter des nach Peitz geflüchteten Kurfürſten in Berlin zurückgeblieben war, ſtand in lebhaften Verhandlungen über einen mit den Schweden zu ſchließenden Vertrag. Es ſchien, als werde der Kurfürſt gezwungen ſein, denſelben anzunehmen, da die verſprochenen kaiſerlichen Hilfsvölker, welche den Schweden hätten entgegentreten können, nicht erſchienen. Eine Einigung mit Schweden ſchien aber den brandenburgiſchen Intereſſen um ſo beſſer zu entſprechen, als der Herzog Boguslav XIV. von Pommern auf den Tod erkrankt war, die Erledigung ſeines Landes, auf welches der Kurfürſt Erbanſprüche hatte, unmittelbar bevorzuſtehen ſchien. Ein erneuter Uebertritt Brandenburgs zu den Schweden aber wäre für viele norddeutſche Fürſten, vielleicht für den ganzen niederſächſiſchen Kreis, von entſcheidendem Einfluß geweſen.

Da war es wiederum Schwarzenberg, der den im Werden begriffenen Umſchwung der brandenburgiſchen Politik, der Niemandem erwünſchter geweſen wäre, als dem in Holland bei dem Prinzen von Oranien ſich aufhaltenden Kurprinzen, verhinderte und den Kurfürſten, als im December 1636 endlich kaiſerliche Hilfsvölker unter Morzin erſchienen, veranlaßte, den mit Wrangel vereinbarten Vertrag zu verwerfen und wieder ganz auf die Seite des Kaiſers zurückzutreten. Der Umſchwung, den er herbeiführte, war ein ſo gründlicher, daß der Kurfürſt auf ſeine Veranlaſſung die ſchwediſch geſinnten Räthe, darunter den wackeren Kanzler Götze, aus ſeinen Dienſten entließ. Bald

darauf (20. März 1637) ſtarb der letzte Pommernherzog. Der Kurfürſt erließ ein Beſitzergreifungspatent und verlangte von den pommerſchen Ständen die Huldigung, welche dieſe aber nicht zu leiſten vermochten, da der größte Theil des Landes ſich in den Händen der Schweden befand. Wollte er ſeine Erbſchaft thatſächlich antreten, ſo mußte er ſich ſelbſt erſt das Land erobern. Er mußte alſo aus allen Kräften in den Kampf gegen Schweden eintreten, ſich ganz dem Kaiſer in die Arme werfen. Zu dieſem Zwecke ſchloß er, auf den von Schwarzenberg vorgezeichneten Bahnen weiter ſchreitend, am 22. Juni mit dem Kaiſer den Vertrag zu Prag, durch welchen er das Recht erhielt, zu dem Zweck der Erwerbung Pommerns 6000 Mann zu Fuß und 1000 Reiter zu werben, die dem Kaiſer und dem Kurfürſten zugleich den Eid der Treue ſchwuren und dadurch in eine Zwitterſtellung geriethen, die für das Kurfürſtentum ſehr bald verhängnißvoll wurde, da die zumeiſt zuchtloſen und durchaus habsburgiſch geſinnten Officiere, vor Allem General Klitzing ſelbſt, ſich dem Kurfürſten gegenüber auf ihren dem Kaiſer geleiſteten Eid beriefen und in den Marken, ohne daß Schwarzenberg etwas dagegen that, eine militäriſche Anarchie begründeten, welche das Land vollends an den Rand des Abgrundes brachte. Brandenburg war endgiltig in das ſeinen territorialen wie religiöſen Intereſſen gleich nachtheilige habsburgiſche Fahrwaſſer zurückgekehrt. Die Ausſicht, Niederdeutſchland für die Sache Schwedens und des Evangeliums zurückzugewinnen, war völlig geſcheitert. Banér ſtand wieder gänzlich iſolirt da.

Trotzdem wäre es ihm wahrſcheinlich gelungen, die durch den Sieg von Wittſtock errungenen Vortheile, die beherrſchende Stellung an der Niederelbe, zu behaupten, wenn es möglich geweſen wäre, mit Bernhard von Weimar, wie dieſer ſelbſt ſehnlichſt wünſchte, Hand in Hand zu arbeiten, d. h. wenn Bernhard dauernd auf das rechte Rheinufer hätte zurückkehren und die dort ſtehenden kaiſerlichen Truppen im Weſten feſthalten können. Dadurch aber, daß er von den Franzoſen gezwungen wurde, zunächſt im Verein mit dem Herzoge von Longueville die Franche Comté vom Feinde zu ſäubern, ſo daß er erſt im Auguſt, und auch dann nur vorübergehend, auf dem rechten Rheinufer erſcheinen konnte, wurde es Gallas möglich, vom Rhein her gegen Banér heranzumarſchiren, gegen den dann auch Hatzfeld und Götz aus Weſtfalen und Heſſen vorrückten, ſo daß derſelbe ſich ſehr bald in Torgau von einer mehr als doppelten Uebermacht enger und enger eingeſchloſſen ſah und keinen anderen Ausweg wußte, als ſich nach Pommern zurückzuziehen und mit den dort ſtehenden Truppen Wrangels zu vereinigen. Schon aber war auch dies in hohem Maße ſchwierig. Es gelang nur durch eine meiſterhaft durchgeführte, auf Täuſchung des Feindes angelegte Operation. Geſchickt wußte Banér das Gerücht zu verbreiten, daß er einen Durchbruch nach Erfurt hin plane. Während dadurch die Aufmerkſamkeit des Feindes nach dieſer Seite abgelenkt, ein Theil ſeines Heeres auf dem linken Elbufer feſtgehalten wurde, wandte ſich Banér plötzlich oſtwärts und rückte durch die Lauſitz in Eilmärſchen an

General Karl Gustav Wrangel.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Matthäus Merian d. J. (1621—1687).

die Oder, die er bei Fürſtenberg an einer ſeichten Stelle überſchritt, um dann nach Landsberg an der Warthe zu marſchiren und durch dieſen wichtigen Warthepaß die Vereinigung mit Wrangel, der auf dem rechten Oderufer gegen Küſtrin vordringen wollte, zu gewinnen. Allein als er bei Landsberg ankam (4. Juli), fand er dort den Feind, der alsbald nach ihm abmarſchirt und auf einer kürzeren Linie über Jüterbog, Baruth, Küſtrin ihm zuvorgekommen war, in voller Schlachtordnung auf den Höhen hinter der Stadt vor. Zu ſchwach, ſich mit ihm in offener Feldſchlacht zu meſſen, wandte er ſich eiligſt zur Oder zurück und überſchritt dieſelbe nochmals bei dem Flecken Göritz, drängte nach einem hartnäckigen Gefechte die brandenburgiſchen Truppen unter Klitzing zurück und vereinigte ſich am 13. Juli hinter der Finow mit Wrangel. Er war durch dieſen ſtrategiſch meiſterhaften Rückzug dem überlegenen Feinde entgangen, allein er mußte vor deſſen Uebermacht immer weiter weichen und ſich auf das feſte Stettin zurückziehen. Der größte Theil von Pommern fiel den Kaiſerlichen in die Hände.

Was wollte es jetzt dem gegenüber noch beſagen, daß es Bernhard endlich doch gegen die Intriguen und trotz der lauen Unterſtützung der Franzoſen durchſetzte, daß er nach einigen über den Herzog von Lothringen errungenen Erfolgen am 6. Auguſt bei Rheinau, genau in der Mitte zwiſchen Breiſach und Straßburg, den Rhein überſchreiten konnte? An ein Zuſammenwirken mit den bis an die Oſtſeeküſte zurückgedrängten Schweden, das ihm vor Allem am Herzen gelegen hatte, war jetzt nicht mehr zu denken; dagegen ſah er ſich, ebenfalls iſolirt, bald von überlegenen feindlichen Truppenmaſſen unter Johann von Werth ſo bedroht, daß er, trotzdem es ihm gelang, mehrere Angriffe derſelben auf ſeine Verſchanzungen am Rhein zurückzuſchlagen, trotzdem ſchließlich gezwungen war, wieder auf das linke Rheinufer zurückzuweichen (September) und ſeine Winterquartiere im Bisthum Baſel aufzuſchlagen, wobei es dann zu mancherlei ärgerlichen und feindſeligen Auseinanderſetzungen mit den Schweizer Eidgenoſſen kam.

Im Großen und Ganzen waren ſo die Kaiſerlichen am Ende des Jahres 1637 trotz des vor einem Jahre von den Schweden errungenen Sieges ſehr entſchieden im Vortheile. Bisher hatte das Eingreifen der Franzoſen in den Krieg irgend wie erhebliche Erfolge nicht gezeitigt. Zwar war es den Marſchällen La Valette und La Meilleraye gelungen, am Niederrhein eine Reihe von Plätzen einzunehmen, zwar hatte Prinz Friedrich Heinrich von Oranien Ende September nach langer Belagerung Breda erobert, zwar hatte ferner der Herzog von Schomberg die Spanier im Languedoc bei Leucate geſchlagen. Allein alle dieſe gegenüber den Spaniern errungenen Vortheile konnten die ungünſtige Lage der Dinge auf dem hauptſächlichſten Kriegsſchauplatze, dem deutſchen, nicht ausgleichen. Hier ſchienen die Kaiſerlichen vielmehr endgiltig ein erdrückendes Uebergewicht zu erlangen. War es ihnen doch ſogar gelungen, den tapferen Landgrafen Wilhelm von Heſſen, neben Bernhard von Weimar den einzigen deutſchen Fürſten, der noch mannhaft im Kampfe gegen den Kaiſer ausgeharrt

Prinz Friedrich Heinrich von Oranien.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1630, von Crispin de Paſſe d. J. (1585—1645).

hatte, vollständig aus seinem Lande zu vertreiben und zur Flucht nach Ostfriesland zu nöthigen, wo er den Aufregungen und Anstrengungen eines aufreibenden Kriegslebens noch im Jahre 1637 erlag. Es konnte kein Zweifel sein, daß es bedeutender Anstrengungen der gegen den Kaiser noch unter den Waffen stehenden Mächte bedürfen werde, um noch ferner erfolgreichen Widerstand leisten zu können.

Dieser Erkenntniß verschlossen sich die beiden auswärtigen Mächte, die an dem Kriege betheiligt waren, keineswegs. Am 6. März 1638 schlossen sie, nachdem Oxenstierna im vergangenen Jahre schon wiederholt in Hamburg mit den Kaiserlichen in Friedensverhandlungen gestanden hatte, jetzt, da beide der Gefahr des Erliegens nahe waren, einen neuen Allianztractat, der sie verpflichtete, gemeinsam auszuharren und nur gemeinsam mit dem Kaiser Frieden zu schließen.

In denselben Tagen aber, in welchen durch diesen Vertrag die Widerstandskräfte gegen die Uebermacht des Kaisers sich politisch aufs Neue zusammenschlossen, vollzog sich auch auf militärischem Gebiete ein völliger Umschwung zu Gunsten der protestantischen und antihabsburgischen Sache durch den Fürsten, der allein in diesem Kriege noch von höheren, idealen und nationalen Gesichtspunkten aus die Fahne dieser Sache unter den schwierigsten Verhältnissen hochhielt, durch den Herzog Bernhard von Weimar.

Wie hatte der wackere, sein Vaterland wie seine Religion gleich warm liebende Herzog doch im vorigen Jahre es so bitter empfunden, daß er so wenig dazu beitragen konnte, die mannhaften Anstrengungen Banérs zu unterstützen! Seine treue Anhänglichkeit an das gesammte liebe deutsche Vaterland sei, wie er bei Gott bezeuge, jederzeit der Zweck und die Regel aller seiner Unternehmungen, so hatte er schon im November 1636 an Straßburg geschrieben. Aber dieser durchaus deutsch empfindende Fürst war, um den Widerstand gegen die nach seiner Auffassung dem Interesse des Vaterlandes schädliche Politik des Kaisers fortzusetzen, gezwungen, in den Sold des Auslandes zu treten. In dieser Thatsache offenbart sich der ganze Widersinn der Zustände, welche der unselige Krieg gezeitigt hatte. Und Frankreich, das ihn und sein Heer besoldete, bestand darauf, daß er in erster Linie die französischen Grenzen schütze, that nichts oder doch nur wenig dazu, um ihm ein energisches Eingreifen in den Krieg im Reiche zu ermöglichen. Nur langsam und nicht annähernd vollständig erfüllte es auch nur die vertragsmäßigen Verpflichtungen, die es im October 1635 dem Herzoge gegenüber übernommen hatte. Die versprochenen französischen Hilfstruppen kamen nur sehr zögernd an und bei weitem nicht in der versprochenen Stärke, vor Allem aber, sie waren nur widerwillig dazu zu bringen, den Krieg auf das rechte Rheinufer zu übertragen. Was ging Frankreich, was ging Richelieu der Krieg drüben im Reiche an? Die von ihm besoldete Armee sollte vor Allem zur Erhaltung der Positionen auf dem linken Rheinufer dienen, die er für Frankreich zu erwerben hoffte. Daran änderte auch das neue Bündniß mit Schweden

nichts. Es ſollte nur dazu dienen, den Krieg gegen den Kaiſer im Gange zu erhalten, weil nur dadurch die ſpeciell franzöſiſchen Zwecke erreicht werden konnten. Während Schweden den Krieg im Reiche führte, wollte Richelieu Frankreichs Beſitz auf dem linken Rheinufer vergrößern. Franzöſiſche Truppen zum rechtsrheiniſchen Kriege abzugeben, war er nur ſchwer zu bewegen, und wenn es geſchah, dann ſollten dieſelben nicht, wie Herzog Bernhard wünſchte, deſſen Oberbefehl unterſtehen, ſondern ſelbſtändig bleiben und von franzöſiſchen Marſchällen befehligt werden. Da beſchloß endlich Bernhard, der in ſeinen Baſeler Winterquartieren vergeblich des franzöſiſchen Succurſes geharrt hatte, ſich ſelbſt zu helfen. Mitten im Winter, am 28. Januar 1638, brach er mit ſeinem kleinen, kaum 8000 Mann zählenden Heere von Zwingen auf, rückte den Oberrhein hinauf bei der wichtigen Feſtung Rheinfelden vorbei bis an den Säckingen gegenüber am linken Rheinufer liegenden Ort Stein und überſchritt dort am 30. Januar auf ein paar kleinen Kähnen den Strom. Unbegreiflicher Weiſe hatten die Kaiſerlichen, die mit der Feſtung Rheinfelden den oberen Lauf des Rheines zu beherrſchen glaubten, Säckingen ohne Beſatzung gelaſſen. Die Stadt öffnete daher ſofort Bernhard die Thore, am 31. wurde Laufenburg durch einen Handſtreich genommen, wodurch man eine ſchöne bedeckte Brücke gewann. Nachdem auch Waldshut gefallen war, beſchloß Bernhard den Angriff auf Rheinfelden ſelbſt, das ſtark befeſtigt und von einem wackeren Commandanten, dem Oberſtwachtmeiſter Rödel, befehligt war. Am 2. Februar begann die Belagerung, am 10. das Bombardement. Aber trotz aller Fortſchritte, welche die Belagerer mit ihren Minen und Approchen machten, hielt ſich die tapfere Beſatzung. Da entſchloß ſich Bernhard zum Generalſturm, der auf den 28. Februar angeſetzt wurde.

Gerade an dieſem Tage aber nahte ein feindliches Heer zum Entſatz der Feſtung, deren Wichtigkeit und Bedeutung für den oberen Lauf des Rheins von den Kaiſerlichen ſehr wohl erkannt wurde. Der Kaiſer hatte daher Savello aus Lothringen herbeigerufen und den Kurfürſten von Bayern gebeten, auch den wackeren Reiterführer Johann von Werth zur Unterſtützung des Entſatzunternehmens zu entſenden. Beide vereinigt kamen am 28. Februar vor Rheinfelden an. Es kam zu einem heftigen Gefechte, in welchem Bernhard, deſſen Truppen weit ſchwächer und noch dazu durch den Rhein in zwei Theile getrennt waren, zwar nicht geſchlagen wurde, aber doch ſo viele Verluſte erlitt, daß er ſich zurückziehen und den Feinden den Zugang zur Feſtung eröffnen mußte. Während er nach Laufenburg zurückwich, verſorgten dieſe die Feſtung mit Proviant und Munition; ſie hielten Bernhard für gänzlich unſchädlich gemacht und ſtellten in voller Sorgloſigkeit ihr Heer in völlig zerſtreuten Stellungen auf. Dazu kam, daß unter den beiden Heerführern keine rechte Einigkeit herrſchte. Dieſe Umſtände machte ſich Bernhard zu Nutze; er wagte es, nach zwei Tagen ſchon wieder von Laufenburg aufzubrechen und gegen das kaiſerlich-bayriſche Heer heranzurücken. Es gelang

WIR Friderich / Hertzog von Savello ꝛc.

Römiſcher Baro, Röm: Kayſ: May: Hoff Kriegß Rath / Cämmerer / General Veldt Marſchall vnd beſtellter Obriſter / geben hiemit zuvernehmen: Demnach mit ſonderbahrem ſchaden / der Röm: Kayſ: May: vnſers Allergnädigſten Herrns ꝛc vnd deß gantzen H. Röm: Reichß dienſten / im Werck leyder nur zuviel erfahren müſſen / daß von vnterſchiedlichen Regimentern deß Herrn General Veldt Marſchall / Graven von Götz ꝛc. vnterhabender Armada, an vielen Orten vff deß H. Reichß boden ſtarcke partiten ſich vernehmen laſſen / die Straſſen vnſicher machen / berauben / vnd die Leuth / zwar ohne anſehen plündern / die nothwendigen Commercien, gentzlich verhindern vnd vffheben / Auch ſonſten alle abſcheuliche inſolentien, wider alle ware Kriegß diſciplin, in dem ſchwang treiben:

Wird derowegen hiemit dieſem / allen deß H. Röm: Reichß / vnd andern Stätten / Märckhen / Schlöſſern / Dörffern / vnd dergleichen / wie die Namen haben / Auch derſelben Commendanten vnd Soldateſca vnter vnſerm Commando, im Schwaben / Francken vnd Würtenberg / auch andern Orten vnd Landen / zu einer Nachrichtung angefügt / vnd zwar alles ernſtes anbefohlen / andere aber gebührlich hiemit ermahnet / Alle die Jenige / von obbeſagter Armada, ſo vff der Straſſen / oder ſonſten andern Orten betretten würden / vnd von den Herrn General Veldt Marſchall / Graven von Götz ꝛc. von den Herrn Gen: Wachtmeiſtern / Horſt / vnd Schnetter / oder von Vns keinen friſchen Paß / Als nach dem Achten diß Monats datirt, fürzuweiſen haben / verarreſtirt, eingezogen / Die Widerſpänſtige aber hierinnen abgeſtrafft / vnd ſonſten für Vogelfrey gehalten vnd tractirt werden. Warnach man ſich zu richten. Sig: Heilbronn / den Zwölfften Junij, Anno 1638.

Friderich / Hertzog von Savello L. S.

Ernst Constantin Sattler.

Facſimile eines Mandats des kaiſerlichen Feldmarſchalls Herzog von Savello gegen marodirende Soldaten, 1638.

ihm, dasselbe am 3. März völlig zu überraschen und vernichtend zu schlagen. Am längsten leistete Johann von Werth Widerstand, schließlich aber fiel er ebenso wie Savello und alle andern Generale und die meisten Obersten des Heeres in Bernhards Gefangenschaft. Das Heer selbst war völlig vernichtet, nur verstreute Trümmer vermochten sich nach Basel zu retten. Trotzdem hielt sich die wackere Besatzung von Rheinfelden noch volle drei Wochen, bis sie endlich am 23. März gegen freien Abzug nach Breisach capitulirte.

Damit war Bernhard Herr des Oberrheins bis nach Breisach hin. Schon konnte er es wagen, Taupadel mit dem Gros der Cavallerie nach der oberen Donau zu entsenden, um dem sich dort ansammelnden neuen kaiserlichen Heere entgegenzutreten und es davon abzuhalten, zum Entsatze Breisachs über den Schwarzwald ins Rheinthal herabzusteigen. Denn diese sehr stark befestigte Stadt, welche für die stärkste und wichtigste Festung im ganzen Reiche angesehen wurde und für die Kaiserlichen von der entscheidendsten Bedeutung war, zu erobern, war die Aufgabe, die sich Bernhard nunmehr gestellt hatte.

Breisach mit seiner festen Rheinbrücke war in der That derjenige Platz des Rheinthales, dessen Besitz namentlich gerade für den Krieg zwischen Frankreich und den Kaiser von der größten Tragweite war. Es bildete das vornehmste Bollwerk für die vorderösterreichischen Lande, das Einfallsthor nach Lothringen für den Kaiser, den besten Uebergangspunkt zum Angriff gegen das Reich für die Franzosen. Der Kaiser erklärte die Behauptung Breisachs für das wichtigste Unternehmen des ganzen Krieges und befahl dem Commandanten derselben, Reinach, die Festung bis zum letzten Blutstropfen zu vertheidigen. Seine Feldherren wurden angewiesen, den Entsatz im Falle einer Belagerung zu versuchen, selbst wenn das ganze Heer dabei zu Grunde gehen sollte. Selbst Götz, der in Westfalen stand, erhielt Befehl, hierher heranzueilen. Es war von vornherein anzunehmen, daß es um diese Festung zu den hartnäckigsten Kämpfen kommen werde. Bernhard wandte sich daher, als er nach der Eroberung von Rheinfelden rheinabwärts vorrückte, an Richelieu mit der dringenden Bitte, ihm ein Hilfsheer unter Guébriant zu schicken und ihm wenigstens einen Theil der fälligen Subsidiengelder zu zahlen. Denn mit seinem kleinen Heere, das er noch theilen mußte, um zugleich die Belagerung zu unternehmen und die von den verschiedensten Seiten zu erwartenden Entsatzversuche zurückzuweisen, konnte er diese ungemein schwierige Aufgabe zu lösen nicht hoffen.

In Erwartung des französischen Succurses versuchte Bernhard zunächst Breisach zu isoliren, indem er alle umliegenden Plätze in seinen Besitz brachte. In den ersten Tagen des April nahm er das feste Schloß Rötteln, ferner Neuenburg und Freiburg. Aber schon begann sich um Nördlingen ein starkes kaiserliches Entsatzheer zu sammeln, durch welches Taupadel, der sich in Württemberg in dem oberen Neckarthal festgesetzt hatte, in Bedrängniß gerieth, so daß er sich mit der Bitte um Hilfe an Bernhard wandte. Dieser aber vermochte darauf nicht einzugehen, ehe er den versprochenen Succurs

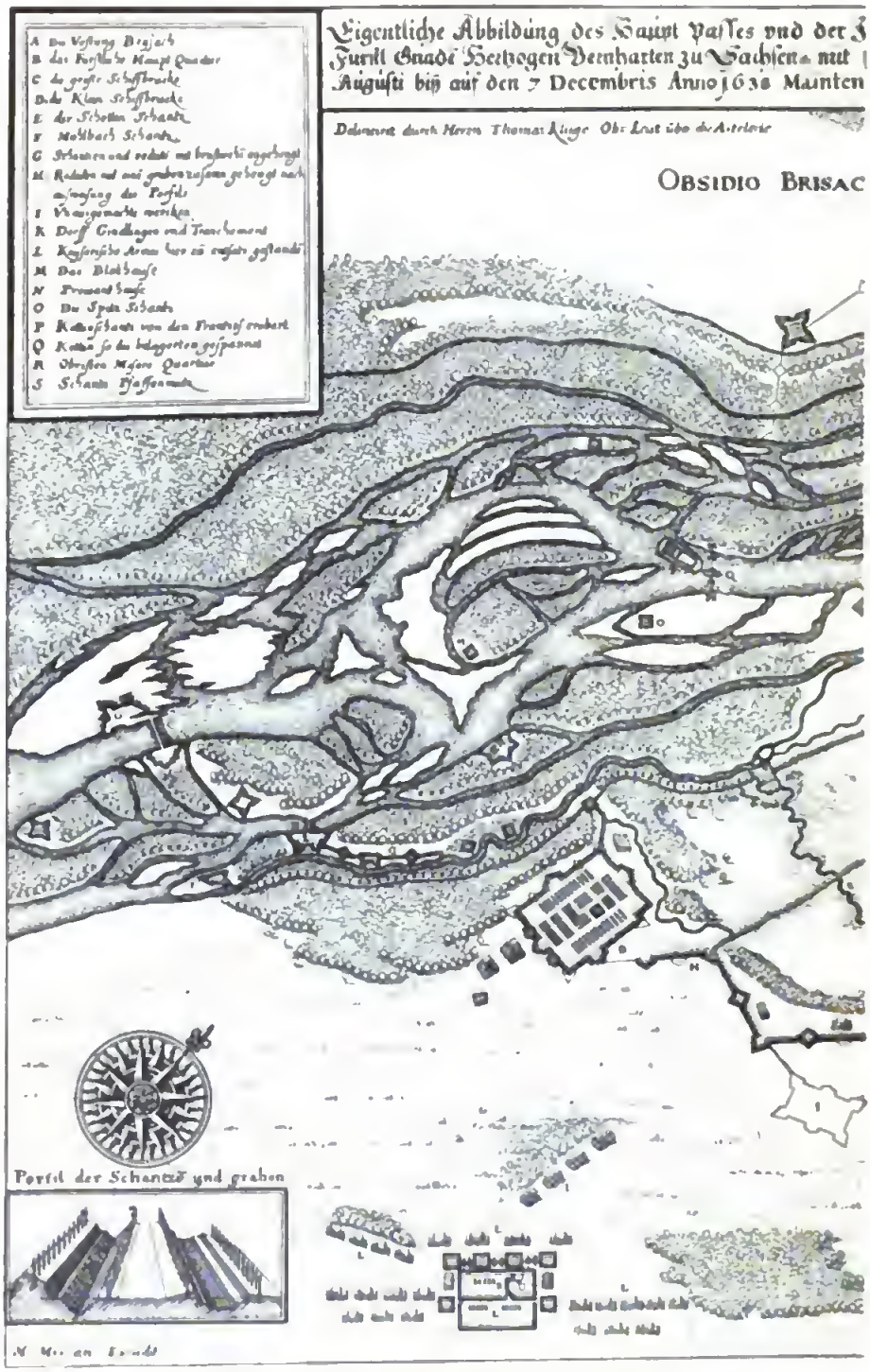
Generalmajor Johann Ludwig von Erlach.

Facſimile des Kupferſtiches von Peter Aubry (1596—1660).

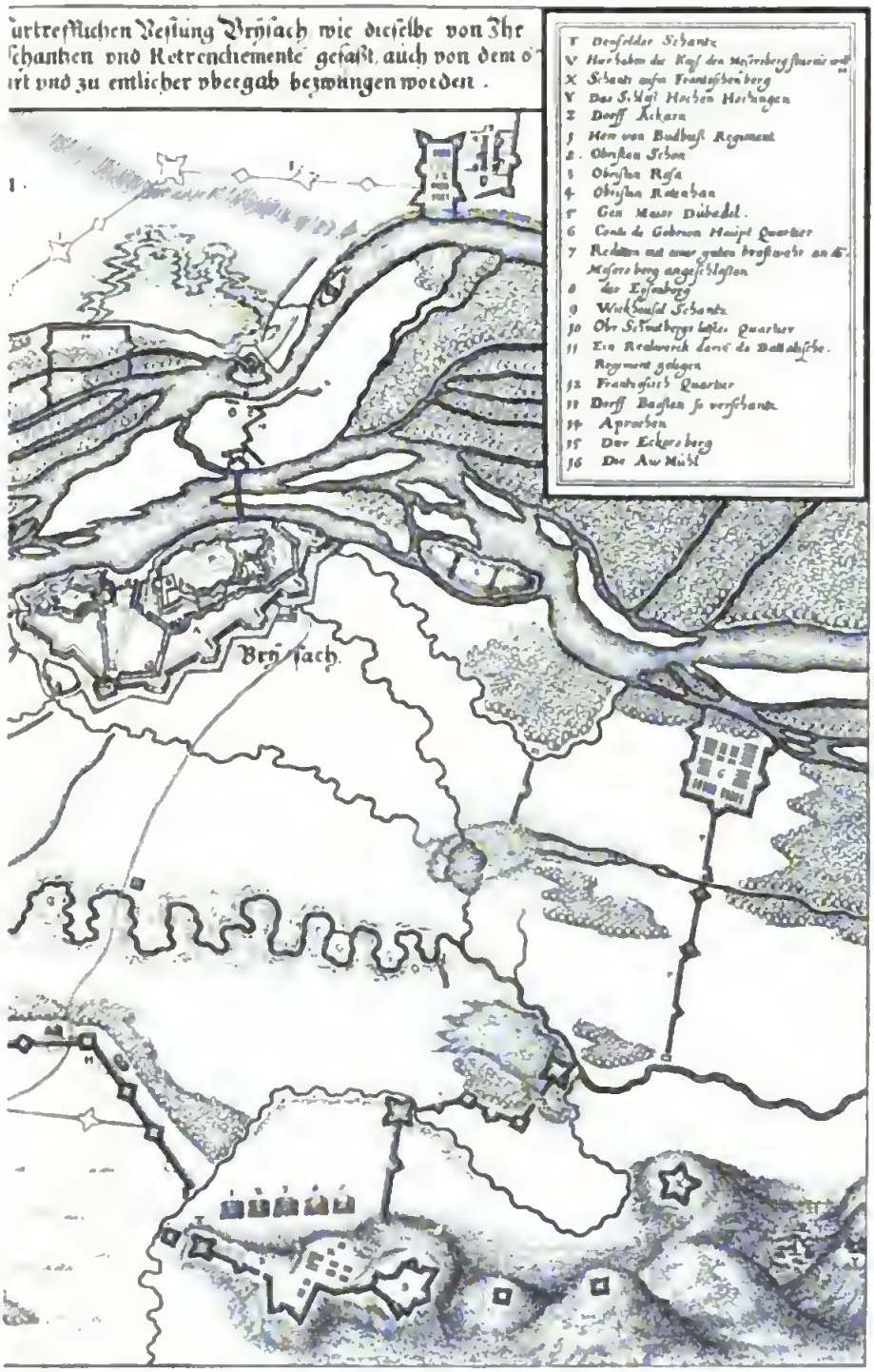
Digitized by Google

von Frankreich erhalten hatte. Als dieser, freilich bei weitem nicht in der erwarteten Stärke, vielmehr nur 3000 Mann an Zahl, am 2. Mai unter Guébriant am Rhein in Neuenburg eintraf, eilte Bernhard in die Berge des Schwarzwaldes hinein, um sich mit Taupadel zu vereinigen und die kaiserliche Armee unter Götz zurückzuwerfen. Allein dieser wich auf weiten Umwegen aus, um durch das Kinzigthal an den Rhein zu gelangen. Es glückte ihm in der That, obwohl auch Bernhard eiligst wieder an den Rhein zurückkehrte, Offenburg zu erreichen und Breisach neu zu verproviantiren. Dadurch war die Situation sehr zu Ungunsten Bernhards verändert; er mußte zugleich gegen das kaiserliche Entsatzheer Front machen und die Festung, vor der er Anfang Juni erschien, blockiren. Dazu reichten seine Kräfte bei weitem nicht aus. Am 18. Juni mußte er die Blockade zunächst wieder aufheben und weitere Hilfe von Frankreich erbitten. Es bedurfte einer besonderen Gesandtschaft an Richelieu, die er dem Schweizer Obersten Hans Ludwig von Erlach, der als Generalmajor in seine Dienste getreten war, übertrug, ehe er es erreichte, daß Turenne mit nur 2000 Mann ihm zu Hilfe geschickt wurde, der dann am 27. Juli in Colmar eintraf.

Sowie dieser Succurs bei ihm angelangt war, setzte sich Bernhard sofort in Bewegung, um Götz, der inzwischen durch den aus der Gefangenschaft entwichenen General Savello Verstärkungen zugeführt erhalten hatte und nun eine neue Proviantcolonne nach Breisach hineinwerfen wollte, anzugreifen. Bei Wittenweier kam es am 9. August zu einer blutigen Schlacht, in welcher die Kaiserlichen, obwohl sie von Bernhard mitten im Marsch durch ein schwieriges Défilé überrascht wurden, lebhaftesten Widerstand leisteten, schließlich aber völlig geschlagen wurden. Nur 2000—3000 Mann retteten sich vom Schlachtfelde. Nun erst (Mitte August) konnte sich Bernhard ernstlich an die Belagerung von Breisach machen. Durch seinen Ingenieur Thomas Kluge ließ er die Festung mit einer Reihe fester Verschanzungen umgeben. In der Nacht vom 6. auf den 7. October gelang es dann, die erste Verschanzung der Festung, die Inselschanze, einzunehmen. Breisach war jetzt von der Außenwelt völlig abgesperrt. Es galt nun, die Besatzung, die auf Capitulationsverhandlungen nicht einging, auszuhungern. Aber die ungeheure Bedeutung, welche ihrem Besitz auch von kaiserlicher Seite beigemessen wurde, veranlaßte trotz der bisherigen Niederlagen noch neue Entsatzversuche. Mitte October sollten sie von Westen durch den Herzog von Lothringen, von Osten durch Götz gleichzeitig unternommen werden. Bernhard wäre alsdann in die schwerste Bedrängniß gerathen. Aber Götz, dessen Unfähigkeit immer klarer zu Tage trat, zögerte zu lange, so daß es Bernhard gelang, dem zuerst herannahenden Herzoge von Lothringen bei Sennheim im Elsaß am 15. October eine schwere Niederlage beizubringen und dann eiligst wieder auf das rechte Rheinufer zurückzukehren, wo am 22. October Götz vor Breisach erschienen war. In den Linien um die Festung kam es dann am 24. October zu einem ungemein heftigen Kampfe, in dem Götz schließlich zurückgeschlagen



Plan von Breisach während der Belagerung von 1638.



Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum“ III. Theil, Druck von 1670.

wurde. Damit war das Schickſal der Feſtung, die nun auf weiteren Entſatz nicht mehr zu rechnen hatte, beſiegelt. Anfang November gingen die letzten Außenwerke verloren, immer enger und enger ſchloß ſich der Ring der Belagerer um ſie. Es war völlig unmöglich, irgend welchen Proviant in ſie hineinzuſchaffen. Unter der Beſatzung und der Einwohnerſchaft brach eine Hungersnoth aus, die allmählich immer entſetzlichere Dimenſionen annahm. Nachdem alle Vorräthe völlig aufgezehrt waren, nahm man ſeine Zuflucht zu den unnatürlichſten und ekelerregendſten Nahrungsmitteln. Ratten und Mäuſe wurden zu hochbezahlten Leckerbiſſen. Bis zur Hefe leerte man den Kelch der mit einer Belagerung verbundenen Leiden, und noch immer zeigte ſich der Commandant nicht geneigt, auf die von Bernhard ihm angebotenen Capitulationsverhandlungen einzugehen. Er hielt ſeinen Poſten mit allen menſchenmöglichen Mitteln, ſelbſt bis über die Grenze des nach den Geboten der Menſchlichkeit Erlaubten hinaus. Erſt als das Entſetzlichſte eintrat, als unter den vom Hunger bis zum Wahnſinn und zur Verzweiflung gebrachten Leuten wiederholte Fälle von Kannibalismus vorkamen, entſchloß ſich Reinach am 17. December zur Capitulation, die der Beſatzung freien Abzug gewährte. Aber es waren nur noch Schatten von Menſchen, welche, an Seele und Leib gebrochen, die Feſtung verließen. Nicht ohne Berechtigung machte Herzog Bernhard dem Commandanten zornige Vorwürfe, daß er es ſo weit hatte kommen laſſen.

Bernhard ſelbſt aber erſchien nunmehr auf der Höhe ſeines kriegeriſchen Ruhmes dem evangeliſchen deutſchen Volke als der Retter und Helfer aus tiefſter Noth; in den überſchwenglichſten Lobeserhebungen wurde er als der zweite Guſtav Adolf geprieſen. Überall regten ſich wieder die Widerſtandskräfte gegen den Kaiſer, die durch die ſtaunenswerthen Erfolge des Weimaraner Helden neues Leben und neuen Muth bekamen. Schon die Siege bei Rheinfelden und Wittenweier hatten bis nach dem Norden hin ihre entſcheidende Wirkung ausgeübt. Dadurch, daß die kaiſerlichen Heeresmaſſen aus Weſtfalen, Heſſen und Thüringen zum Entſatze Breiſachs hatten herangezogen werden müſſen, hatte Banér wieder freie Bahn bekommen und die Kaiſerlichen aus Pommern und Mecklenburg zurückgedrängt, die Mark Brandenburg aufs Neue bedroht. Bis nach Böhmen und Schleſien hin hatten die wenig zahlreichen Truppen der Kaiſerlichen zurückweichen müſſen. Im neuen Jahre 1639 konnte es Banér, nachdem er bei Chemnitz einen Sieg über die Kaiſerlichen errungen hatte, wagen, bis tief nach Böhmen hinein vorzudringen. Er wie Bernhard erhoben ſich zu den kühnſten Entwürfen für den Feldzug von 1639, in welchem ſie nun endlich gemeinſam zu operiren, den Kaiſer in wuchtigen Schlägen von Norden und Weſten her niederwerfen und ihn endlich zu dem erſehnten allgemeinen, auf der Grundlage wirklicher Religionsfreiheit beruhenden Frieden zwingen zu können hofften.

Nur von einer Seite wurden Bernhard Schwierigkeiten bereitet, wurde es verſucht, ihm die Früchte ſeiner Siege vorzuenthalten, und zwar gerade

von der Macht, in deren Dienst und Sold er sie errungen hatte: von Frankreich. In dem Octobervertrage von 1635 hatte sich Richelieu verpflichtet, ihm den Elsaß und die Vogtei Hanau mit allen den Rechten, welche das Haus Oesterreich in diesen Gebieten besessen hatte, zu überlassen. Jetzt erhob er unter den nichtigsten Vorwänden immer neue Schwierigkeiten gegen die Ausführung dieses Vertrages, namentlich gegen die Ueberlassung der soeben mit so großen Schwierigkeiten eroberten Festung Breisach. Richelieu behauptete, nachdem er den ursprünglichen Einwand, daß Breisach nicht zum Elsaß gehöre, als gar zu widersinnig und den Thatsachen widersprechend fallen gelassen hatte, daß die wichtige Festung durch eine so kleine Macht, wie sie Bernhard als Landgraf des Elsasses besitzen werde, nicht behauptet werden könne. Wie Bernhard die Truppen im Dienste des Königs von Frankreich befehligt, wie dieser sie besoldet habe, so müsse er nun auch an den Früchten des Krieges theilnehmen. Vergebens bemühte sich Bernhard, der alsbald daran gegangen war, eine wohlorganisirte Regierung in den eroberten elsässischen Gebieten einzurichten, durch verschiedene Gesandtschaften die Franzosen zur Anerkennung des Vertrages von 1635 zu bewegen. Selbst nach Paris zu gehen, unterließ er in Folge der Warnungen seiner dortigen Freunde. Als aber nun Gusbriant im Auftrage Richelieus ihm das Ansinnen stellte, er sollte den Elsaß „unter der Oberhoheit des Königs von Frankreich“ erhalten, d. h. dessen Vasall werden, da brauste er in hellem Zorn auf und erklärte, er wollte nicht der Erste sein, sein Vaterland zu zerstückeln. Immer schroffer und gespannter wurde sein Verhältniß zu Frankreich, dessen ganze Widernatürlichkeit jetzt klar zu Tage trat. Was hätte der militärisch so hochbeanlagte und so deutsch gesinnte Fürst erreichen können, wenn er seine Siege nicht durch die Subsidien Frankreichs, sondern durch die Unterstützung seiner deutschen Glaubensgenossen erfochten hätte! Er wäre dann dem deutschen Volke das geworden, was ihm Wallenstein hätte werden können, wenn er nicht der General des Kaisers gewesen wäre.

Es fehlte jetzt nicht an den glänzendsten Anerbietungen von kaiserlicher Seite, ihn auf diese herüberzuziehen und zum Anschluß an den Prager Frieden zu veranlassen. Aber trotz aller trüber Erfahrungen, die er mit den Franzosen machte, wies er alle solche Verlockungen, die ihn in Widerspruch mit seiner ganzen Vergangenheit gebracht hätten, mit Entrüstung zurück. Den Kaiser zu einem wirklich dauernden, auf gesunden Grundlagen beruhenden, die berechtigten Forderungen seiner Glaubensgenossen erfüllenden Frieden zu bewegen, das erschien ihm nach wie vor als die Hauptaufgabe seines Lebens. Mit dem ganzen feurigen Optimismus seines Wesens klammerte er sich an die Hoffnung, jetzt, da ihm so Großes gelungen war, Anschluß und Unterstützung bei seinen evangelischen deutschen Glaubensgenossen zu finden. Schon war er mit der hochherzigen Landgräfin von Hessen, Amalie Elisabeth, in Verbindung getreten und hatte versucht, sie für die Erneuerung des Krieges zu gewinnen, aus dem sie als Vormünderin ihres unmündigen Sohnes

Wilhelms VI. auf Drängen ihrer Stände durch den Mainzer Vergleich vom Auguſt 1638 zurückgetreten war; ſchon traf er Vorbereitungen, um den Krieg wiederum auf das rechte Rheinufer zu verlegen und Banér zu gemeinſamen Operationen die Hand zu reichen, ſchon hatten ſeine Truppen bei Neuenburg den Rhein wieder überſchritten: da erlag der tapfere Herzog am 18. Juli 1639 eben in Neuenburg einer peſtartigen Krankheit. Sein Tod kam den Franzoſen, die längſt auf ſeine ſtolze Selbſtändigkeit eiferſüchtig waren, ſo gelegen, daß bei den Zeitgenoſſen das völlig grundloſe Gerücht entſtehen konnte, er ſei auf Veranlaſſung Frankreichs vergiftet worden.

Facſimile der Radirung von Stefano della Bella (1610—1664).

Fünfte Periode.

Ausgang des Krieges und Beginn der Friedensverhandlungen.

(1640—1648.)

Kaiſer Ferdinand III.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1644, von Elias Wideman.

Die Veränderungen der europäiſchen Lage und der Regensburger Reichstag von 1640.

Der Tod Bernhards von Weimar in dem Augenblicke, da er auf dem Höhepunkte ſeines kriegeriſchen Ruhmes angelangt war, hatte den Kaiſer aufs Neue aus drückender Bedrängniß befreit; es war für ihn einer jener völlig unerwarteten Glücksfälle, wie man ſie in dieſem unſeligen Kriege ſchon wiederholt erlebt hatte. Jetzt konnte es in der That ſcheinen, als werde Ferdinand III. erreichen, was ſein Vater durch den Prager Frieden vergeblich zu erreichen verſucht hatte: die völlige Unterwerfung der Proteſtanten unter ſeinen Machtſpruch, ihren Verzicht auf volle Gleichberechtigung. Der Prager Friede hatte an die Stelle des altgeheiligten Reichsrechts ein bloßes Vertragsverhältniß zwiſchen dem Kaiſer und denjenigen Fürſten, welche ſich dieſem Frieden anſchloſſen, begründet. Nur ſie bildeten das officielle Deutſchland; die, welche damals bei Schweden ausgeharrt hatten, in erſter Linie die Heilbronner Verbündeten, waren ausdrücklich von der bewilligten Amneſtie ausgeſchloſſen, ebenſo ausdrücklich waren die „Segnungen“ dieſes Friedens auf die Anhänger der Augsburger Confeſſion beſchränkt, auf die reformirten Fürſten nicht ausgedehnt worden. Und ſelbſt diejenigen, mit denen der Friede geſchloſſen war, hatten nicht Aufhebung, ſondern nur Suspenſion des Reſtitutionsedicts, nur eine zeitlich beſchränkte Anerkennung ihres Beſitzes an geiſtlichen Gütern erlangt. Von der Reſtitution der Pfalz, welche der Heilbronner Bund inzwiſchen beſchloſſen hatte, war im Prager Frieden vollends keine Rede geweſen. Mit andern Worten: der Proteſtantismus insgeſammt hatte in jenem Frieden keinerlei Rechte, ſondern nur eine ganz beſchränkte Duldung für diejenigen, die ſich ihm unterwarfen, erhalten. Das war es, was den heldenmüthigen Weimaraner Herzog, in welchem der ganze Glaubenseifer und die Ueberzeugungstreue ſeiner erneſtiniſchen Ahnen wieder aufgelebt war, zum äußerſten Widerſtande veranlaßt, was ihn vermocht hatte, ſelbſt ein Soldverhältniß zu Frankreich auf ſich zu nehmen, um den Proteſtantismus vor dem Schickſale, welches ihm bei allgemeiner Annahme des Prager Friedens drohte, zu bewahren. Wie vor ihm von anderen Geſichtspunkten aus Wallenſtein, ſo war er von der feſten Ueberzeugung durchdrungen, daß ein wirklich dauernder Friede und eine gedeihliche Entwickelung ſeines Vaterlandes nur möglich ſei, wenn mit dem Princip des Prager Friedens grundſätzlich gebrochen, wenn der Grundſatz der Parität beider Religionen voll und ganz anerkannt werde und in einer allgemeinen, unbeſchränkten Amneſtie ſeinen zu-

treffenden Ausdruck finde. In dieſem Sinne war er, obwohl ein Söldling des Auslandes, zugleich ein nationaler Held geweſen, in welchem das ganze evangeliſche Deutſchland den Mann geſehen hatte, der es aus ſeiner unerträglich gewordenen Lage befreien werde.

Was aber ſollte nun werden, da er in der Blüthe der Jahre dahingegangen war? Er war der einzige deutſche proteſtantiſche Fürſt geweſen, der noch neben den auswärtigen Mächten in Waffen gegen den Kaiſer geſtanden hatte. Derjenige Fürſt, der neben ihm noch am längſten ausgeharrt hatte, der Landgraf Wilhelm V. von Heſſen, war zwei Jahre vor ihm dahingerafft worden, und ſeine heldenmüthige Gemahlin, Amalie Eliſabeth, die an ſeines unmündigen Sohnes Stelle die Regierung übernommen hatte, war bei ihrem Regierungsantritt in einer ſo ſchwierigen Lage, daß ſie, ſo ungern ſie es that, doch zunächſt wohl oder übel einen Ausgleich mit dem Kaiſer eingehen mußte. Allein dazu, den Prager Frieden nun ſchlechthin und ohne Einſchränkungen anzunehmen, hatte ſie doch nicht gebracht werden können, vielmehr hatte ſie die Bedingung geſtellt, daß in denſelben und in die darin für die Proteſtanten ausbedungenen Zugeſtändniſſe auch die Reformirten aufgenommen werden müßten. Allein eben darauf wollte der Kaiſer nicht eingehen; er verſagte aus dieſem Grunde dem von ſeinen Commiſſaren mit der heſſiſchen Landgräfin geſchloſſenen Mainzer Vergleiche ſeine Zuſtimmuug. In dieſem Augenblicke, da ſie durch dies Verhalten des Kaiſers wieder freie Hand bekommen hatte, war ein Abgeſandter Herzog Bernhards, Wiequefort, bei ihr erſchienen, um ſie zu erneutem Anſchluß an ihn beziehungsweiſe an Schweden zu bewegen. Allein zu einem ſo entſcheidenden Schritte hatte ſie ſich doch nicht entſchließen können, zumal ihr militäriſcher Berather, General Melander, ihr einen ganz anderen politiſchen Weg vorſchlug, für den er auch Herzog Bernhard von Weimar gewinnen zu können hoffte.

Melander war nämlich auf jenen alten Lieblingsgedanken Arnims, den ſich eine Zeit lang auch der Kurfürſt von Sachſen zu eigen gemacht hatte, zurückgekommen, den Gedanken einer zwiſchen dem Kaiſer und den auswärtigen Mächten ſelbſtändig aufzuſtellenden „dritten Partei“ deutſcher Fürſten, der auch bei dem Herzoge Georg von Braunſchweig-Lüneburg und bei dem ganzeu niederſächſiſchen Kreiſe Anklang zu finden ſchien. Dem Herzoge Bernhard von Weimar hatte Melander die Rolle des Höchſtcommandirenden dieſer habsburgiſirenden Friedensliga zugedacht; dieſer aber hatte ein ſolches Anſinnen weit von ſich gewieſeu, weil er eben nur in einem mit bewaffneter Hand dem Kaiſer abzuringenden Univerſalfrieden das Heil erblickte.

Das war kurz vor Bernhards Tode geweſen. Eine wirkliche Entſcheidung, eine Erneuerung des Krieges mit dem Kaiſer, wie ſie Bernhard gewünſcht hatte, war alſo von Seiten der Landgräfin von Heſſen nicht erfolgt. Augenblicklich ſtand kein deutſcher Fürſt gegen den Kaiſer unter den Waffen. Ferdinand ſchien am Ziele ſeiner Wünſche, ein fernerer Widerſtand von Seiten des deutſchen Proteſtantismus ſchien unmöglich zu ſein.

Man begreift es, von welcher Bedeutung unter diesen Umständen die Frage sein mußte, was denn aus der Erbschaft Bernhards, aus seinen Eroberungen, vor Allem aus seinem Heere werden würde. Bernhard selbst hatte in seinem Testamente den dringenden Wunsch ausgesprochen, beides seinem deutschen Vaterlande erhalten zu sehen. Er hatte die Bestimmung getroffen, daß seine elsässischen Besitzungen einem seiner Brüder — er dachte vor Allem an Herzog Ernst — angeboten werden sollten. Nur für den Fall, daß er sie nicht annahm, hatte er Frankreich als den zunächst Berechtigten anerkannt.

Es war aber nur natürlich, daß die kriegführenden Mächte auf dieses Testament keine Rücksicht nahmen. Schweden, welches Herzog Bernhard noch immer als den Feldherrn des Heilbronner Bundes angesehen hatte, ebenso wie Frankreich erhoben in gleicher Weise Anspruch auf seine Erbschaft, suchten sein Heer für sich zu gewinnen. Denselben Zweck verfolgte aber auch der Kaiser. Gewann er dieses sieggewohnte Heer für sich, so meinte er vollends jeden weiteren Widerstand niederschlagen zu können. Allein dieses Heer hatte im Solde Frankreichs gestanden, hatte an dieses noch erhebliche Geldforderungen. Diesen Umstand wußte der Abgesandte Richelieus, d'Oissonville, der schon am 28. Juli 1639 im Heerlager erschien, vortrefflich zu benutzen. Er hatte gleich Anweisungen auf die erforderlichen Geldmittel mitgebracht und verhandelte nun eifrig und mit Erfolg mit den Officieren und den Truppen. In der That kam es dann im October zu einem Vertrage, in welchem das Heer, das als Ganzes zusammenblieb, in französische Dienste trat. Die eroberten Plätze nahm Richelieu ohne Weiteres in Beschlag.

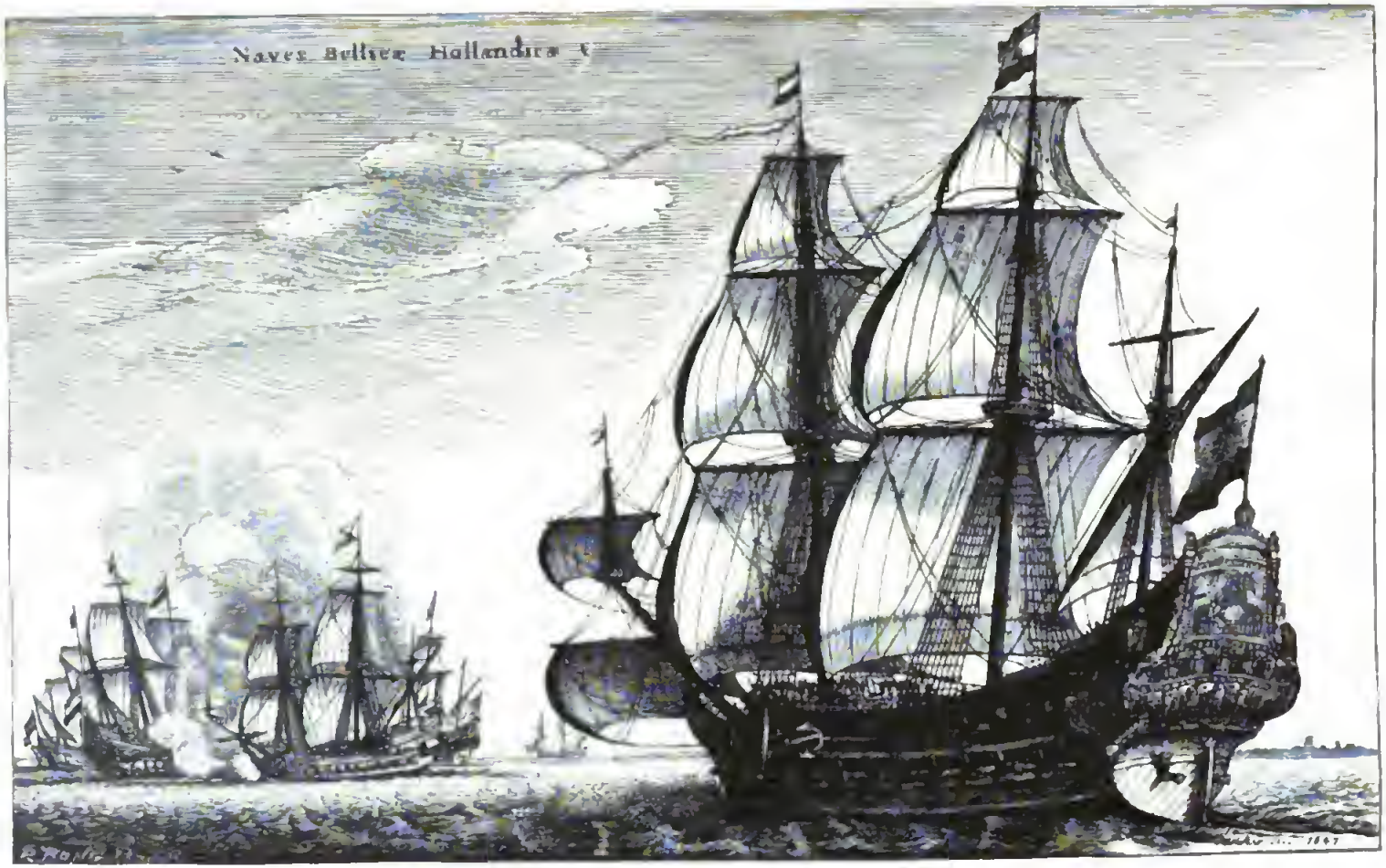
Dadurch aber gewann Frankreich noch weit mehr als bisher das Uebergewicht in dem allgemeinen Kriege. Seine eigenen Heere hatten sich, obwohl in ihnen seine späteren berühmten Generale, die hier ihre Schule durchmachten, die Turenne, Guiche, Guébriant, dienten, bisher nicht eben hervorragend bewährt. Jetzt zum ersten Male kam Richelieu in den Besitz eines wohlorganisirten, mit frischen Siegeslorbeeren bedeckten Heeres. Und dieses Heer zögerte dann nicht, nach Mitteldeutschland vorzurücken und dadurch die dortigen schwankenden Fürsten, welche mit der Begründung einer dritten Partei umgingen, zum Anschluß an Frankreich zu veranlassen. Sowohl die Landgräfin von Hessen als der Herzog von Braunschweig-Lüneburg traten, wie früher mit Schweden, so jetzt mit Frankreich in ein auf Subsidien dieser Macht beruhendes Bündniß. Dadurch war die Fortsetzung des Krieges unter Theilnahme deutscher Fürsten an demselben gesichert, ebenso gesichert aber der entscheidende Einfluß Frankreichs auf diesen Krieg, der den Schwedens immer mehr in den Hintergrund zu drängen schien, und zwar in um so höherem Grade, als damals auch außerhalb des deutschen Kriegsschauplatzes die Machtstellung Frankreichs in unverkennbarem Aufschwunge und die seines alten Rivalen Spanien zusehends zu überholen im Begriff war.

Um dies zu erreichen, hatte Richelieu mit unermüdlichem Eifer neben seinen Anstrengungen für den deutschen Krieg an einer Hebung der französischen

Marine gearbeitet, um auch hier Spanien die Spitze bieten zu können. Seine Kriegsschiffe hatten sich in der That im Mittelmeer eine achtunggebietende Stellung errungen und an den Kämpfen, welche Frankreich mit Spanien in Italien führte, einen hervorragenden Antheil genommen. Um dieser rapiden Entwickelung der französischen Marine entgegenzuwirken, hatte Spanien mit Aufbietung aller Kräfte in Corunna eine gewaltige Flotte ausgerüstet, die, nicht ohne Unterstützung und Förderung des in gespanntem Verhältniß zu Frankreich stehenden Königs Carls I. von England, nach Flandern und Holland gehen und dort das Uebergewicht Spaniens wieder herstellen sollte. Diese gewaltige Armada aber wurde von dem holländischen Seehelden Tromp in den englischen Gewässern angegriffen und nahezu völlig vernichtet. Es war der härteste Schlag, der Spanien und damit auch den auf das Engste mit ihm verbundenen Kaiser treffen konnte. Das Uebergewicht Frankreichs auch in dem deutschen Kriege wurde dadurch noch erheblich erhöht.

Aber auch damit war Richelieu noch nicht zufrieden. Er wollte die spanische Macht in ihrer sichersten Grundlage erschüttern. Nachdem es ihm gelungen war, den Turiner Hof völlig zu Frankreich herüberzuziehen, ging er daran, unter geschickter Benutzung der Regungen provinzieller Selbständigkeit, die Herrschaft Spaniens auf der Pyrenäischen Halbinsel selbst zu untergraben. In Catalonien wie in Portugal entstanden höchst bedenkliche Bewegungen, die schließlich zu vollem Abfall führten. Nachdem sich Catalonien von der spanischen Monarchie losgerissen und auf das Engste an Frankreich angeschlossen hatte, geschah das Gleiche in Portugal, wo in diesen Wirren das Haus Braganza zur königlichen Würde emporstieg (1640).

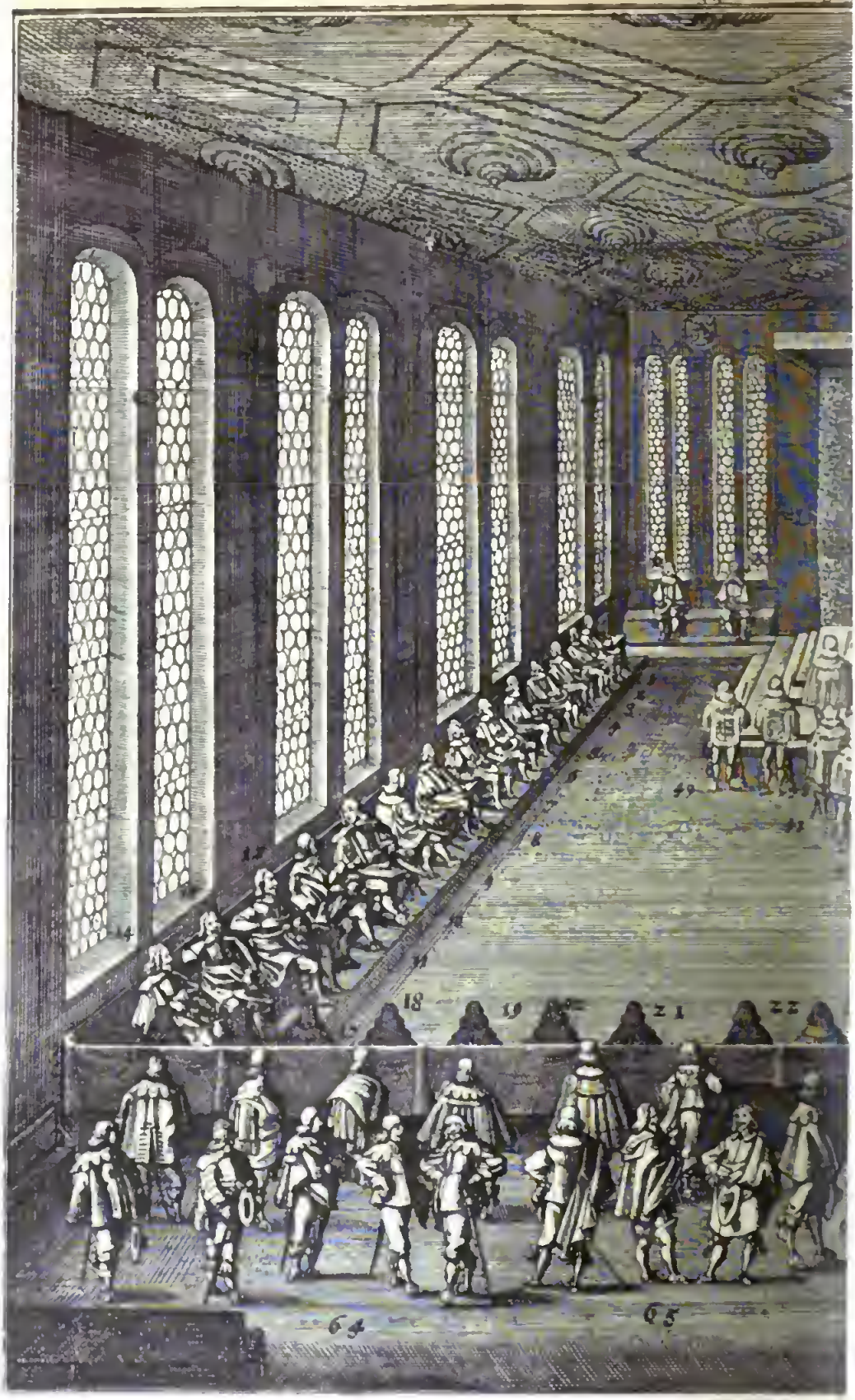
Durch alle diese Vorgänge und Verluste wurde die Thatkraft Spaniens in Holland wie in Deutschland völlig gelähmt, Frankreich aber in die Möglichkeit versetzt, mit doppelter Macht am Rhein zu erscheinen. Der Kaiser, der nach dem Tode Bernhards sich in den kühnsten Hoffnungen gewiegt hatte, gerieth dadurch in Gefahr, von Schweden und Frankreich in die Mitte genommen und erdrückt zu werden. Vergeblich hatte er noch im Sommer 1639 versucht, wenigstens der einen dieser Mächte ledig zu werden, indem er, um die Schweden von Böhmen abzuziehen, den Obersten Booth mit einigen tausend Mann, die er in Preußen geworben hatte, einen Einfall in Livland machen ließ. Aber dieser Versuch, durch den der Kurfürst von Brandenburg, in dessen Gebiet die Werbungen stattgefunden hatten, arg compromittirt wurde, scheiterte kläglich. Nun hatte Ferdinand durch den Grafen Kurz in Hamburg wieder Separatverhandlungen mit Schweden versucht, in welchen er es trotz seines Bundesverhältnisses zu Brandenburg über sich gewonnen hatte, Schweden die Abtretung von Stralsund und Rügen anzubieten. In der That schien es auf dieser Grundlage zu einer Vereinbarung kommen zu sollen; der Graf Kurz hatte die Naivität, den Kurfürsten Georg Wilhelm, den er in Königsberg aufsuchte, zu fragen, ob er in die Abtretung dieser wichtigen, zu Pommern gehörigen Landestheile willige, worauf dieser sehr richtig entgegnete,



Holländiſche Kriegsſchiffe. Nach der Radirung, 1647, von Wenzel Hollar (1607—1677).

wenn er Stralſund und Rügen hätte abtreten wollen, hätte er ſchon längſt Frieden mit Schweden haben können. Aber auch der ſchwediſche Reichsrath zeigte ſich durch die Anerbietungen des Kaiſers nicht befriedigt, und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Schweden verharrte bei ſeinem Bunde mit Frankreich. Und da ſich an dieſes letztere, wie erwähnt, mehrere deutſche Fürſten wieder angeſchloſſen hatten, ſo konnte kein Zweifel daran ſein, daß die Politik des Prager Friedens endgiltig geſcheitert ſei, daß eine Erneuerung des Krieges in vollem Umfange bevorſtehe. Die Heere Schwedens und Frankreichs fanden ſich eben jetzt zum erſten Male zu gemeinſamem Vorgehen zuſammen. Banér, der ſich außer Stande ſah, ſich den Winter über in Böhmen zu halten, war über das Erzgebirge nach Thüringen zurückgewichen und hatte ſich im April 1640 mit der ehemals weimariſchen, jetzt unter Guébriants Oberbefehl ſtehenden Armee bei Saalfeld vereinigt. Auch die heſſiſchen und lüneburgiſchen Truppen hatten ſich ihnen angeſchloſſen. Allein zu entſcheidenden kriegeriſchen Thaten kam es zunächſt nicht, da die Führer der Heere nicht einig unter einander waren. Man trennte ſich wieder, und der Mangel an Lebensmitteln in den völlig ausgeſogenen mitteldeutſchen Gebieten nöthigte Banér, im Herbſte nach Lüneburg zurückzuweichen und dort ſeine Winterquartiere aufzuſchlagen. Einig waren er und die Franzoſen nur in der brutalen Rückſichtsloſigkeit, mit der ſie die unglücklichen Länder, die ſie auf ihren Hin- und Herzügen berührten, brandſchatzten und ausplünderten.

Bei den Fürſten des Reiches aber, deren Länder unter dieſen endloſen Raubzügen an den Rand der Vernichtung gebracht wurden, begann jetzt immer lauter und lauter der Ruf nach Frieden um jeden Preis zu erſchallen. Aber wie ſollte dieſes Verlangen jetzt, da die auswärtigen Staaten ſeit Jahren den lebhafteſten Antheil an dieſem Kriege genommen hatten, noch verwirklicht werden? Das Reich war unter dieſen ſeit mehr als zwei Jahrzehnten fortgeſetzten Kämpfen ſeiner Glieder gegen einander zu dem Schatten eines Staatsweſens herabgeſunken. Sich der äußeren Feinde zu erwehren wäre es nur im Stande geweſen, wenn der Kaiſer ſich hätte entſchließen können, ſeine Intereſſen endgiltig von denen Spaniens zu trennen und eine wirklich nationale Politik zu verfolgen, eine Einigung der deutſchen Stände unter ſich herbeizuführen und dann ſich mit den fremden Staaten auseinanderzuſetzen. Um dieſes Ziel zu erreichen, waren jetzt ſelbſt katholiſche Stände geneigt, eine allgemeine Amneſtie zu gewähren. Um aber zu einer Einigung wenigſtens innerhalb des Reiches zu gelangen, welche durch den Prager Frieden nicht erreicht worden war und nicht erreicht werden konnte, gab es nur Einen Weg: die Berufung eines Reichstages. Das war es dann auch, was die deutſchen Fürſten, welche im Februar 1640 auf einem in Nürnberg gehaltenen Collegialtage verſammelt waren, vom Kaiſer forderten. Unter dem Eindrucke der erneuten Erfolge, welche die franzöſiſche Politik in Deutſchland wie in dem Kriege mit Spanien errungen hatte, entſchloß ſich der Kaiſer, dieſem Verlangen ſtattzugeben. Aber wie wenig er geneigt war, von der Politik des

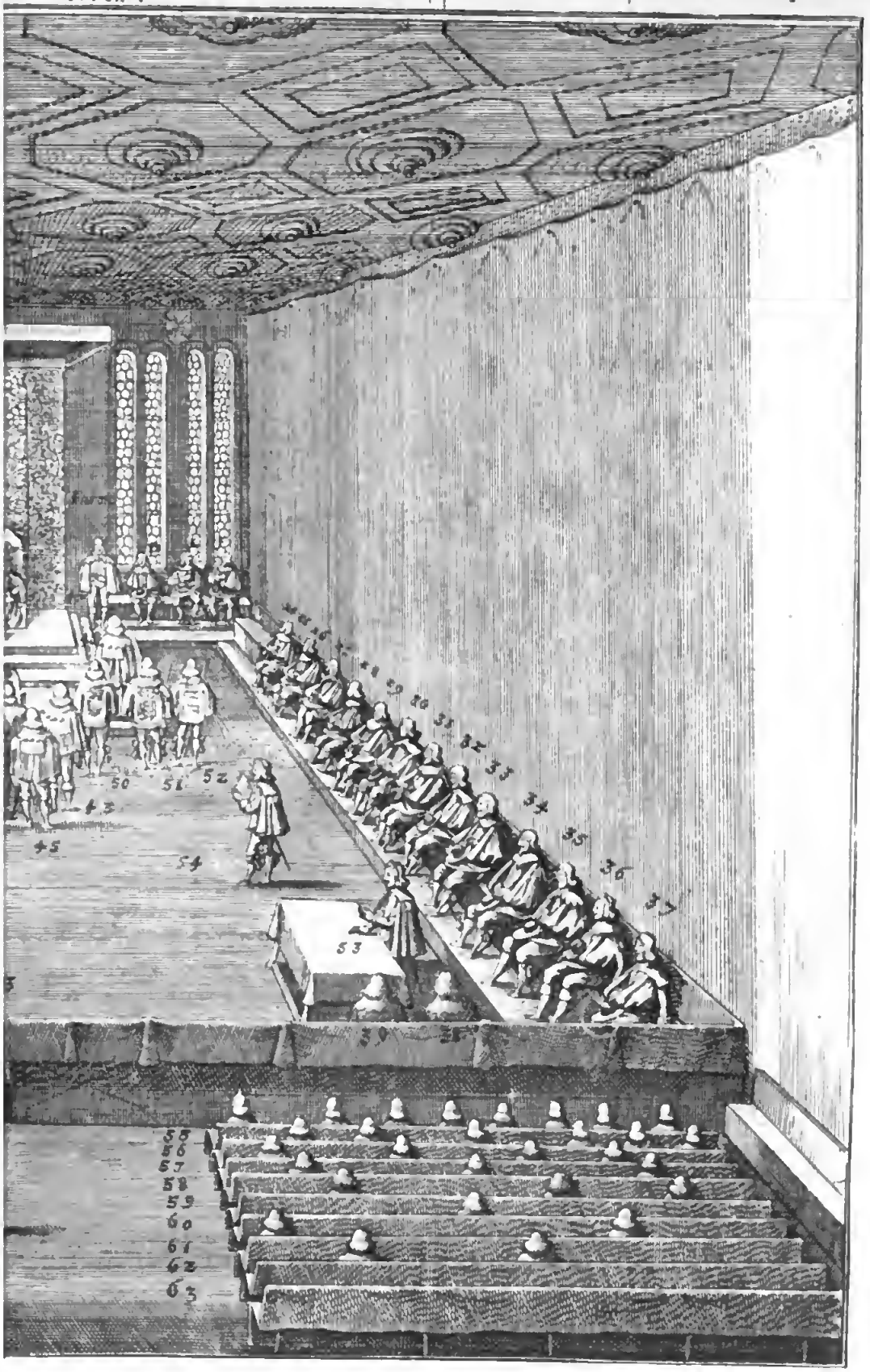


Eine Sitzung des Regensburger Reichstages vom Jahre 1

Digitized by Google

SOLENNIS APUD RATISBONENSES.

ept: diß 1640 Jahrs in Regespurg beÿ eröfnung & propositiõ
worden.



40. Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum".

Erläuterungsblatt

zur

Darſtellung einer Sitzung des Regensburger Reichstages vom Jahre 1640.

(Wörtlicher Abdruck aus dem „Theatrum Europaeum", IV. Theil, zweiter Druck, 1648.)

Von gehaltener Reichs-Seſſion.

Solchem nach iſt von Käy. Mayeſt. den 3. 13. Septemb. eine Ordentliche Reichs Seſſion gehalten / vnd dieſes Reichstags Propoſition von Marggrafen Wilhelms zu Baden F. Gn. erſtlich mündlich gethan / hernach durch D. Johann Söldnern Reichshofraths Secretarium abgeleſen / vnnd dann durch den Chur-Mäyntziſchen Rath Herrn D. Georg Niclauſen Krigersbergern der Actus durch eine Danckſagung vnnd Vermahnung beſchloſſen worden / deſſen allen Solennität vnd Ordnung auß beygefügte Abriß zu ſehen / vnnd verhelt ſich deren Außlegung / wie die Buchſtaben vnd die Ziffern außweiſen:

A. Wegen Chur-Mäyntz iſt geſeſſen.
Ih. Hochw. vnd Gn. Herr Graf Hugo Eberhard Cratz von Scharffenſtein.

B. Wegen Chur-Cölln.
J. Hochw. vnd Gn. Herr Berchtold Graf zu Königseck vnd Rotenfelß.

C. Wegen Chur-Trier hat vacirt.

D. Wegen Chur-Bayern.
J. Gn. Herr Wolff Dieterich Graf vnd Herr von Töring zum Stein.

E. Wegen Chur-Sachſen.
Herr Friederich Metſch off Reichenbach vnd Frieſſen.

F. Wegen Chur-Brandenburg.
Herr Johann Friederich von Löwen.

1. Wegen deß Ertzſtiffts Oeſterreich.
J. Gn. Herr Georg Acharius Graf vnd Herr zu Loſenſtein.

2. Wegen deß Ertzſtiffts Saltzburg.
Ih. Hochw. vnd Gn. Heer Johann Dieterich von Muckenthal Freyherr.

3. Wegen deß Ertzſtiffts Biſonty.
Herr Hieronymus de Lisola Canonicus

4. Wegen D. F. Gn. Herr Stadion Hochmeiſters in Preuſſen.
J. Gn. Herr Wilhelm von Eckershauſen genant Klippel Land Commentur.

5. J. F. Gn. H. Biſchof zu Eichſtatt in Perſon.

6. Ih. F. Gn. Herr Biſchof zu Regenſpurg in Perſon.

7. Ih. F. Gn. Herr Abbt zu Kempten in Perſon.
Wegen Bamberg.

8. Ihr. Hochw. Herr Melchior Otto Voit von Saltzburg Dumbprobſt.
Wegen Würtzburg.

9. Herr Johann Philipp von Vorburg.
Wegen Wormbs.

10. Herr Johann Chriſtoph Metzger Hochfürſtl. Saltzburg. Hof-Vice-Cantzler D.
Wegen Straßburg.

11. Herr Johann von Giſen.
Wegen Coſtnitz.

12. Herr Leonhord Pappus D. vnd DombHeer.
Wegen Augſpurg.

13. J. Hochw. Herr Eberhord Lorentz Schlitterer von Lochen.
Wegen deß Stiffts Hildesheim.

14. Herr Johann Adolph Wolff genant Metternich.
Wegen Paderborn.

15. Herr Peter Buſchmann D. vnd Cantzler.
Wegen deß Hochſtiffts Freyſing.

16. Ih. Hochw. Herr Johann Georg Bucher zu Walckers ouch Domdechant.
Wegen deß Hochſtiffts Paſſow

17. Ihr. Hochw. Herr Johann Hector Schad Freyherr vnd Domdherr.
Wegen deß Hochſtiffts Brixen.

18. Herr Joſ. Berckhofer D. vnd Dumdherr.
Wegen deß Hochſtiffts Chur.

19. Herr Peter Hilger D.
Wegen Ellwangen.

20. J. Hochw. Herr Johann Rudolph Freyherr von Rechberg Domdechant.
Wegen Coryhon.

21. Herr Heinrich Wilhelm Freyherr von vnd zu Leroht.

22. J. Hochw. Herr Dominicus Abbt zu Weingarten.

23. Ih. Hochw. vnd Gn. Abbt vnd Herr zu Sigberg.

24. Ihr F. Gn. Morggraf Wilhelm zu Boden vnd Hochberg in Perſon.
Wegen Bayern.

25. J. Gn. Herr Georg Chriſtoph Freyherr von Haßlang.
Wegen Sachſen Weimar.

26. Herr Georg Frontze der Rechten D.
Wegen Sachſen Eiſenach.

27. Herr Hans Caſpor von Militz.
Wegen Morggroffthumb Culmbach.

28. Herr Erban Caſpor von Feilitſch Cantzler.
Wegen Onolzbach.

29. Herr Jocob Hüffel.
Wegen Pommern Stettin.

30. Heer Peter Fritz D. vnd Präſident.
Wegen Pommern Wolgaſt.

31. Heer Matthæus Wesenbecius, Chur Brondeburg. Roth.
Wegen Würtenberg.

32. Heer Ludwig Friderich von Jonnowitz.
Wegen Heſſen Darmbſtatt.

33. Herr Johann Jacob Wolff von Todtenwarth.
Wegen Mecheinburg Guſtrow.

34. Herr Zacharias Queh / Rath.
Wegen Leuchtenberg.

35. Heer Ludwig Federl D. vnd Cantzler.
Wegen Anholt.

36. Herr Martinus Milagius D. vnd Cantzler.
Wegen Hennenberg.

37. Herr Henrich von Frieſen d' Junger zu Rotham.
Wegen Hoben Zollern.

38. Herr Georg Köberlin D.
Wegen der Schwäbiſchen Grafen.

39. H. Friderich Rudolph Graf zu Fürſtenberg Gen. Wachtmeiſter.
Wegen der Wetterowiſchen Grafen.
H. Heinrich Kran D. Chur-Cölniſcher Roth.

40. H Caſpar Gottfried ältiſter Reichs-Marſchall / vnd Herr zu Pappenheimb.

41. H. Hrinrich Wilhelm / Herr von Stohrnberg Obr. Hof-Morſchall.

42. Herr Maximilion Graf von Trautmansdorff / Obr. Hofmeiſter.

43. Herr Groff von Buchhrimb Obriſter Cammerer.

44. vnd 45. Herr Ernſt Gottlieb vnnd Herr Ledrecht Gebrüder / Fürſten zu Anhalt Fürſten Auguſti zu Pleßgaw junge Printzen.

46. Ihr. F. Gn. Morggraf Wilhelm zu Boden ſo im Nomen Ihr. Kayſ. May. den Vortrag thut.

47. Graf Kurtz Reichs Vice-Cantzler.

48. Elttſt Reichs Hervld.

49. Ungeriſch Herold.

50. Reichs Herold.

51. Böhmiſch Herold.

52. Oeſterreichiſcher Herold.

53. Tiſch / darbey der Chur-Mäyntz Vice-Cantzler Herr Niclous Georg Revgersperger geſtonden / ſo hernach im Namen aller Ständt geantwortet.

54. Herr Reichs-Hof-Rahts Secretari Doctor Söldner ſo die Propoſition abgeleſen.

55. Bouck darauff die geheime Raht geſeſſen.

56. 57. 58. 59. Prælaten Grafen vnd dero Abgeordnetr' ouch Kayſ. Officiri promiscuè.

60. 61. 62. 63. Die Reichs-Statt.

64. 65. 66. Kayſ. Officiri, Prælaten vnd Grafen Abgeordnete geſtanden.

Prager Friedens abzuweichen und die einzig mögliche Grundlage einer Vereinbarung, die Gleichberechtigung der deutschen Stände, anzuerkennen, ergab sich schon daraus, daß er die Einladungsschreiben nur an diejenigen Fürsten ergehen ließ, welche dem Prager Frieden beigetreten waren, unter denen also eine Friedensvereinbarung eigentlich nicht mehr nöthig war. Weder Braunschweig-Lüneburg, noch Hessen erhielten eine Einladung; allein ihre Gesandten fanden sich dennoch ein, und der Kaiser mußte sich schließlich bequemen, sie zuzulassen. Persönlich erschien außer dem Kaiser selbst kein Stand des Reiches; alle ließen sich nur durch Gesandte vertreten.

Aber die großen Schwierigkeiten der Verhandlung offenbarten sich gleich am Anfange bei einer Formfrage, die aber das Wesen der Dinge berührte. Die Proposition forderte den Rath der Stände darüber, wie man den Frieden mit den fremden Mächten herstellen und bis dahin den Krieg mit einmüthiger Macht, ungetrennter Zusammensetzung und guter Ordnung fortsetzen könne; d. h. sie ging von der Fiction aus, daß die deutschen Stände allesammt bereit seien, mit dem Kaiser gegen die fremden Mächte aufzutreten, während doch ein Theil derselben eben mit diesen fremden Mächten verbündet war. Dem entsprechend verlangte der Kaiser von vornherein, daß er allein Namens des Reiches und der Stände die Verhandlungen mit den fremden Mächten führen müsse. Dem widersprachen aber nicht allein die mit Frankreich und Schweden verbündeten deutschen Stände, sondern auch diese Staaten selbst, welche naturgemäß für den in Aussicht genommenen Friedenscongreß freies Geleit auch für ihre Verbündeten verlangten. Der schwedische Gesandte Adler Salvius motivirte das mit dem bezeichnenden Ausspruche: „Das Gleichgewicht Europas ist unmöglich, so lange nicht das Gleichgewicht in Deutschland hergestellt ist!“ Dieses Gleichgewicht in Deutschland herzustellen, mußte also die erste Aufgabe sein, und wer anders konnte sie lösen als der deutsche Reichstag? auf welchem andern Wege konnte man hoffen, sie zu lösen, als auf dem der Bewilligung einer allgemeinen Amnestie und der Herstellung der Dinge in Deutschland auf den Stand, den sie vor Ausbruch des Krieges gehabt hatten? In der That war es diese Forderung der allgemeinen Amnestie, welche alsbald in den Vordergrund der Berathungen trat. Von den protestantischen Fürsten vertraten sie anfangs namentlich die, für die diese Frage von entscheidender Bedeutung war, Braunschweig und Hessen, während Sachsen, welches die Amnestie für sich selbst im Prager Frieden erreicht hatte, in seiner alten unthätigen Haltung verharrte. Dagegen empfahlen selbst einige katholische Fürsten die Gewährung der allgemeinen Amnestie, weil sie einsahen, daß nur auf dieser Grundlage der ersehnte Friede zu Stande kommen könne. Es war also immerhin auf dem Reichstage eine aus Katholiken und Protestanten gemischte Friedenspartei vorhanden, die dann am Anfange des Jahres 1641 eine ungemein bedeutungsvolle Verstärkung durch den jungen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der im December 1640 seinem Vater Georg Wilhelm gefolgt war, erhielt. Sehr bald bekam der Kaiser zu spüren, daß

jetzt in Berlin ein ganz anderer, bei weitem kräftigerer Wind wehe als unter dem schwachen, gänzlich von Schwarzenberg geleiteten Kurfürsten Georg Wilhelm. Der allmächtige Minister entging nur durch seinen, bald nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms erfolgten Tod dem Schicksale, in volle Ungnade zu fallen, deren beginnende Anzeichen schon zu Tage getreten waren. Der junge Kurfürst, welcher alsbald statt der bisherigen Unterstützung des Kaisers eine kräftige bewaffnete Neutralität wählte und zunächst mit Schweden über eine Waffenruhe verhandelte, wies sogleich seine Reichstagsgesandten an, Hessen und Braunschweig in ihren auf eine allgemeine Amnestie und Herstellung in den Zustand vor 1618 gerichteten Bestrebungen thatkräftig zu unterstützen. Allein die allgemeine Amnestie hätte zugleich eine Aufhebung der Vertreibung der Kurfürsten von Kurpfalz und Trier und des Herzogs von Württemberg in sich geschlossen. Aus diesem Grunde vor Allem war der Kaiser energisch dagegen. Sein Minister Trautmannsdorff erklärte, ehe er das zugebe, werde er dem Kaiser rathen, nach Madrid ins Exil zu gehen. Und da Kursachsen, welches anfangs die verderblichen Wirkungen des Prager Friedens zugab, schließlich doch sich wieder von seinen Glaubensgenossen trennte und mit Köln und Bayern zum Kaiser hielt, so blieb das muthige Auftreten Brandenburgs zunächst erfolglos. Aber seine Wirkung auf den Gang der Verhandlungen hatte es doch, zumal die von ihm vertretenen Ansichten eben während dieses Reichstags eine sehr gewichtige Unterstützung durch eine litterarische Erscheinung erhielten, welche das allergrößte Aufsehen in der politischen Welt machte. Unter dem Pseudonym Hippolytus a Lapide erschien im Jahre 1640 ein von dem schwedischen Diplomaten und Geschichtschreiber Chemnitz verfaßtes Buch unter dem Titel: Dissertatio de ratione statns in imperio nostro Romano-Germanico, welches dem Kaiser ebenso schwere wie berechtigte Vorwürfe wegen seiner ganzen bisherigen Politik machte, zugleich aber eine Reihe von Vorschlägen zur Neuorganisirung der Verfassung des Reichs enthielt, welche noch weit über die von Brandenburg, Hessen und Lüneburg aufgestellten Forderungen hinausgingen und geradezu die Verdrängung des Hauses Oesterreich aus dem Reiche als das einzige Mittel zur Rettung des verfallenden deutschen Reiches bezeichneten. Zum ersten Male wird hier mit ähnlicher Motivirung, wie sie zwei und ein halb Jahrzehnte später Samuel Pufendorf in seinem Buche über die Monstrosität der Reichsverfassung mit übrigens nicht ganz zutreffenden Gründen verfocht, offen die Meinung ausgesprochen, daß das Reich als solches aufgehört habe und aufhören müsse, ein Staat zu sein, daß an seine Stelle ein deutscher Staatenbund treten müsse, in welchem Chemnitz dann freilich Schweden und Frankreich die Rolle einer beständigen Schutzherrschaft eingeräumt wissen will.

Nun war ja zunächst keine unmittelbare Gefahr vorhanden, daß solche Theorien etwa in Wahrheit umgesetzt werden könnten. Aber das Buch zeigte doch deutlich, welche Möglichkeiten unter den radicaleren Gegnern des habsburgischen Kaiserthums erwogen wurden, welchen Gefahren sich der Kaiser

ausſetzte, wenn er es aufs Aeußerſte ankommen ließ. Und welchen Wechſelfällen das Kriegsglück unterworfen iſt, davon bekamen eben jetzt der Kaiſer und die in Regensburg verſammelten Stände eine ſehr deutliche Vorſtellung. Mitten während der ſich langhinziehenden Berathungen des Reichstages erſchien ganz plötzlich und unerwartet das vereinigte ſchwediſch-franzöſiſche Heer vor den Mauern von Regensburg und machte Miene, den Berathungen ein höchſt unerwartetes Ende zu bereiten.

Banér hatte ſich in der That zu dem kecken Verſuche entſchloſſen, aus ſeinen Winterquartieren in Lüneburg plötzlich gegen Regensburg vorzugehen, um den Reichstag und den Kaiſer aufzuheben. Mitten im Winter, im December, war er aufgebrochen, hatte ſich mit Guébriant vereinigt und war dann durch Bayern bis dicht vor Regensburg, nach Regenſtauf, herangerückt, von wo er einige Geſchützkugeln in die Stadt hineinſchickte (26. Januar 1641). Aber durch plötzlich eintretendes Thauwetter und den dadurch verurſachten Eisgang auf der Donau wurde der Uebergang über dieſen Fluß und damit der ganze Handſtreich vereitelt. Banér und Guébriant mußten, von den Kaiſerlichen verfolgt, bis nach Norddeutſchland zurückweichen.

In Regensburg aber hatte das Erſcheinen des ſchwediſch-franzöſiſchen Heeres einen namenloſen Schrecken hervorgerufen. Viele von den Ständen hatten abreiſen wollen. Nur der Kaiſer hatte eine muthige und ruhige Haltung bewahrt und dadurch auch die Anderen beruhigt. Einen unmittelbaren Einfluß übte der Kriegsſchrecken auf die Berathungen nicht aus. Der Kaiſer verharrte, trotzdem er jetzt auch von Seiten der katholiſchen Fürſten, ſelbſt von der ſeines treueſten Verbündeten Maximilian von Bayern, Oppoſition erfuhr, bei ſeinem Widerſtande gegen die Bewilligung der allgemeinen Amneſtie und bewilligte ſchließlich nur eine ſehr beſchränkte, welche ihm, „bis die wirkliche Vereinigung aller Stände mit dem Reichsoberhaupte erfolgt ſei“, freie Hand gegen diejenigen, die ſich nicht fügten, gab.

Immerhin war doch der Gedanke einer allgemeinen Paeificaion in Regensburg zum erſten Male ſo nachdrücklich ausgeſprochen worden, daß er nicht völlig überhört werden konnte, und ebenſo unzweifelhaft war es zu Tage getreten, daß es vor Allem der Kaiſer ſelbſt war, deſſen ſtarre Haltung den Frieden erſchwerte und verhinderte. Vor Allem aber, es war hier auch unter den Katholiken eine lebhafte Oppoſition gegen die kaiſerliche Politik zu Tage getreten, welche ſich dann namentlich auch gegen die Verquickung der ſpaniſchen Intereſſen mit denen des Reiches gerichtet hatte. Der Kaiſer konnte und wollte ſich noch immer nicht von der Intereſſengemeinſchaft mit Spanien losreißen; er machte den allgemeinen Frieden u. A. auch von der gleichzeitigen Beilegung des franzöſiſch-ſpaniſchen Krieges abhängig, der augenblicklich für Spanien ſo ungünſtig wie möglich ſtand. Gegen dieſe Auffaſſung des Kaiſers aber, die den Krieg im Reiche zu verewigen drohte, hatte dann doch auch Maximilian von Bayern energiſch Front gemacht. So konnte der Kaiſer ſchließlich nicht umhin, auf Verhandlungen über den Frieden einzugehen, die

endlich zu dem Beſchluſſe führten, daß demnächſt in Münſter und Osnabrück ein Friedenscongreß zuſammentreten, dieſem aber ein Deputationstag in Frankfurt a/M. zur Seite gehen ſolle.

Es war von vornherein klar, daß das Reſultat der Verhandlungen dieſes Congreſſes in erſter Linie von dem weiteren Gange der Kriegsereigniſſe, die zunächſt dadurch keineswegs gehemmt wurden, vielmehr ihrerſeits die Friedensbeſtrebungen unausgeſetzt nach der einen oder anderen Richtung hin beeinflußten, abhängen werde.

Anſicht von Stockholm.

Facſimile des Kupferſtiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Succiae; 1632.

Banérs Ausgang und Torstensons Siege.
Der dänisch-schwedische Krieg.

Banér und Guébriant hatten sich nach dem gescheiterten Anschlag auf Regensburg vor den überlegenen kaiserlichen und bayrischen Truppen nach dem Norden zurückziehen müssen. Dann hatten sich die Heere wieder getrennt. Während die Franzosen sich gegen den Rhein hin wandten, warf sich Banér von Neuem auf Böhmen, mußte aber bald wieder nach Sachsen zurückweichen. Ende März stand er in und um Zwickau und wurde von einem überlegenen kaiserlichen Heere unter Piccolomini in arge Bedrängniß gebracht. Er wandte sich mit dringenden Hilfsgesuchen an Guébriant, der dann auch in der That wieder herauzog und sich mit ihm vereinigte. Gemeinsam bestanden sie einen ernsten und verlustreichen, aber unentschiedenen Kampf gegen Piccolomini. Kurze Zeit darauf, am 21. Mai 1641, starb Banér an den Folgen eines ausschweifenden und unmäßigen Lebens.

Dadurch gerieth nun das schwedische Heer in eine äußerst bedenkliche Lage, die an diejenige des weimarischen Heeres nach dem Tode Bernhards erinnert. Die deutschen Obersten wie ihre Untergebenen, welche seit langer Zeit schon die große Mehrheit der schwedischen Armee bildeten, hatten nicht übel Lust, auseinanderzulaufen. Auch aus den wenig zahlreichen Truppen, die wirklich noch Schweden waren, war längst jener straffe Geist militärischer Zucht und Ordnung, wie jene Begeisterung für eine große nationale und religiöse Sache gewichen, welche dieses Heer unter Gustav Adolf so unwiderstehlich gemacht hatte. Wohl war Banér ein tüchtiger und militärisch begabter Führer gewesen, aber er war in seinen Fehlern wie in seinen Vorzügen ein echter Typus der Kriegsmänner dieser wildesten letzten Jahre des verderblichen Krieges: fähig, Entbehrungen aller Art zu ertragen, dann aber wieder zügellos und ausschweifend; jedes höheren idealen Gedankens baar, hatte er in dem Kriege eigentlich nur noch ein Geschäft, eine Gelegenheit zu wüstem und ungebundenem Leben gesehen. Und wie der Führer, so die Truppen, nur daß sich bei ihnen die Wirkungen einer solchen einem organisirten Raubzuge ähnlichen Kriegführung in noch brutalerer und abstoßenderer Weise zeigten. In den schlimmsten Erpressungen und Brandschatzungen, durch welche die deutschen Gaue weithin in der furchtbarsten Weise verödet und verwüstet wurden, konnten es diese „Schweden“ mit jeder anderen Soldateska

getroſt aufnehmen. Haben doch Wildheiten und Grauſamkeiten wie der berüchtigte „Schwedentrunk“ ſelbſt in dieſer an das Entſetzliche gewöhnten Zeit eine traurige Berühmtheit erlangt. Alle höheren Empfindungen für Vaterland, Religion, Recht und Sitte, welche dereinſt das ſchwediſche Heer Guſtav Adolfs erfüllt hatten, ſchienen in dieſer verwilderten Soldatesca ſpurlos untergegangen zu ſein, von der ſelbſt Banér einmal geſagt haben ſoll, es wäre kein Wunder, wenn die Erde ſich aufthäte und durch ein gerechtes Verhängniß alle dieſe ehrvergeſſenen Frevler verſchlänge.

Was ſollte nun gar aus ſo gearteten Truppen werden, nachdem der Feldherr, der ſie wenigſtens durch ſeine kriegeriſche Tüchtigkeit noch immer in einer gewiſſen militäriſchen Disciplin gehalten hatte, nicht mehr war? Sie ſchienen der vollen Auflöſung oder der Verwandlung in organiſirte Räuberbanden verfallen zu ſein. Da erſchien im November 1641 Linnard Torſtenſon bei dem Heere, der Letzte aus Guſtav Adolfs Feldherrnſchule und ſtrategiſch wie organiſatoriſch der bei weitem begabteſte unter den ſchwediſchen Feldherren der ſpäteren Jahre. Er war ſeit des Königs Tode der Erſte, der wieder in ſchnell auf einander folgenden taktiſchen Entſcheidungen und nicht in der Eroberung des einen oder anderen feſten Platzes, in der Behauptung „ſtrategiſcher Punkte“ Zweck und Aufgabe der Heerführung ſah, der aber zugleich auch die organiſatoriſche Kraft beſaß, ſelbſt bei einer ſo verwilderten Truppe, wie es das Heer Banérs geweſen war, Mannszucht und Ordnung wieder herzuſtellen und ſie zu Kriegsthaten zu befähigen, welche durch die unerhörte Schnelligkeit der Bewegung die ganze Welt in Erſtaunen verſetzten. Er war in der That trotz eines von Podagra heimgeſuchten und ſehr gebrechlichen Körpers, der ihn nöthigte, ſich ſtets in einer Sänfte tragen zu laſſen, ein geborener Feldherr von unvergleichlicher Umſicht und Thatkraft. In drei kurzen Monaten, welche er der Ruhe und Herſtellung der Ordnung widmete, machte er aus dem Banérſchen Soldhaufen eine im höchſten Maße ſchlagfertige und zu den größten Anſtrengungen willige Truppe, drang dann an der niederen Elbe in die Altmark vor und ſtellte in wenigen, wuchtigen Schlägen das Uebergewicht der ſchwediſchen Waffen wieder her. Im April 1642 überſchritt er bei Werben die Elbe und rückte durch brandenburgiſches Gebiet in die ſchleſiſchen Erblande des Kaiſers ein, erſtürmte Glogau (4. Mai), ſchlug den Herzog Franz Albert von Lauenburg vernichtend aufs Haupt und drang bis nach Mähren vor. Und während hier im Oſten die unmittelbarſte Kriegsgefahr die Stammländer der öſterreichiſchen Monarchie bedrohte, gelang es im Weſten auch den franzöſiſchen Waffen, einen entſcheidenden Erfolg über die Kaiſerlichen zu erringen. Am 2. Januar errang Guébriant am Niederrhein bei Kempten unweit Kreſeld einen blutigen Sieg. Torſtenſon aber wandte ſich, nachdem er den Schrecken ſeiner Waffen bis dicht an das Herz der kaiſerlichen Erblande getragen hatte, ebenſo ſchnell und plötzlich wieder nordwärts, vereinigte ſich mit den ſchwediſchen Corps unter Königsmarck und Wrangel und erſchien am 30. October 1642 vor Leipzig. Die Kaiſerlichen,

Linnard Torſtenſon.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1649, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

die unter Piccolomini zum Entſatz der Stadt heranrückten, wurden in den ſchlachtenreichen Gefilden, wo vor nunmehr elf Jahren Guſtav Adolf ſeinen erſten entſcheidenden Sieg erfochten hatte, am 2. November 1642 in einer äußerſt verluſtreichen Schlacht völlig geſchlagen. Alsbald aber unternahm dann Torſtenſon einen neuen Einfall in Böhmen, Schleſien und Mähren.

Es bedurfte dieſer gewaltigen Erfolge ſeiner Gegner, um den Kaiſer zu veranlaſſen, das auf dem Regensburger Reichstage von den Ständen ſo warm befürwortete und zum Beſchluß erhobene Friedenswerk einigermaßen in Fluß kommen zu laſſen. Bisher hatte ſich Ferdinand damit begnügt, die ſchon in früheren Jahren in Hamburg gepflogenen Verhandlungen mit den Vertretern von Frankreich und Schweden im December 1641 wieder aufzunehmen. Man hatte ſich dort wenigſtens über die unerläßlichen Formfragen und Präliminarien in der Hauptſache dahin verſtändigt, daß ſich in Münſter die katholiſchen, in Osnabrück die evangeliſchen Staaten, dort Frankreich, hier Schweden einfinden und daß dieſe Congreßorte Neutralität genießen ſollten. Es dauerte bis zum September 1642, ehe der Kaiſer ſich entſchloß, dieſe Abmachungen zu beſtätigen und nun unter dem Eindruck der Torſtenſonſchen Siege auch dem Deputationstage, welcher ſich auf Grund der Regensburger Beſchlüſſe in Frankfurt verſammelte, ſeine Aufmerkſamkeit in erhöhtem Maße zuzuwenden.

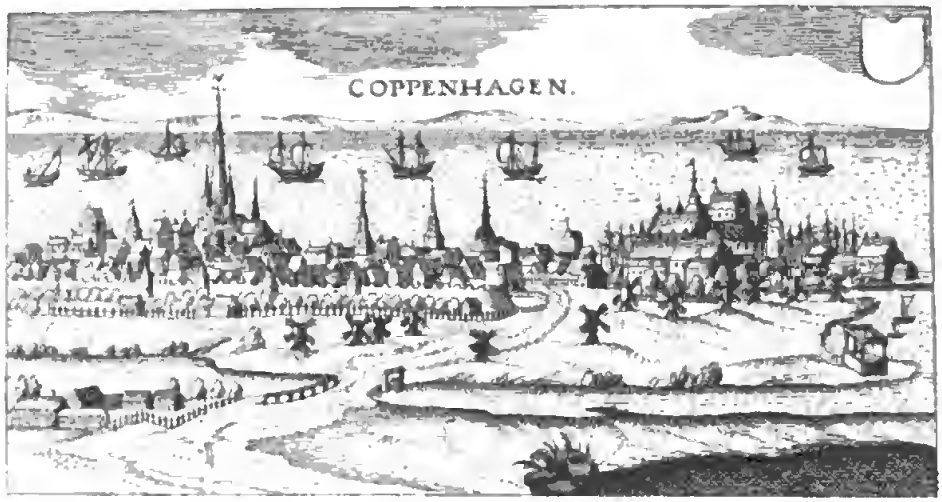
Auf dieſem Deputationstage aber, der im Frühjahr 1643 eröffnet wurde, kam es aufs Neue zu ſehr erregten Erörterungen, in denen doch deutlich zu Tage trat, daß auch die katholiſchen Stände mit der kaiſerlichen Politik nicht mehr einverſtanden waren. Der alte Gegenſatz zwiſchen Kaiſer und Liga, der ſeit dem Kurfürſtentage von 1630 geſchlummert hatte, trat in neuen Formen zu Tage. Während der Kaiſer, unbekümmert um alle die Ereigniſſe, welche inzwiſchen die alte Reichsverfaſſung gründlich über den Haufen geworfen hatten, nach den alten reichsrechtlichen Beſtimmungen in erſter Linie eine Reform der Reichsjuſtiz auf die Tagesordnung ſtellen wollte, betonten jetzt doch auch die katholiſchen Stände die Nothwendigkeit, erſt über das Friedenswerk zu verhandeln. Und ſchon hoben dabei gerade die vornehmſten katholiſchen Kurfürſten, Mainz, Köln und Bayern, nachdrücklich hervor, daß bei dieſem Friedenswerk das ſpaniſche Intereſſe, das will ſagen das Hausintereſſe des Kaiſers, von dem des Reiches getrennt werden müſſe. Sie waren entſchloſſen, ſich nicht mehr in den ſpaniſchen Krieg zu miſchen, für denſelben keine Contributionen mehr zu leiſten. Noch erregter wurden die Verhandlungen, als nun aufs Neue die Form der Friedensverhandlungen, die Frage der Theilnahme der Reichsſtände an denſelben, berührt wurde. Der Kaiſer fand bei dem Verſuch, die in Regensburg ertheilte Zuſage wieder rückgängig zu machen und ſich allein das Recht der Verhandlung mit den fremden Mächten zu vindiciren, nahezu einmüthige Oppoſition. Im weiteren Fortgange der Erörterungen theilte ſich nun freilich dieſe Oppoſition wieder, indem die Kurfürſten den Anſpruch erhoben, daß nur ihre Vertreter zu den Generaltractaten zugelaſſen würden,

während die anderen Fürsten und Stände darauf bestanden, daß auch sie an den Friedensverhandlungen theilnehmen müßten. Die letztere Partei aber fand sehr wirksame Unterstützung auch bei einem der Kurfürsten, dem von Brandenburg, dessen Vertreter Wesenbeck der Einzige war, der eine klare und consequente Politik verfolgte, die ausschließlich und allein darauf gerichtet war, unter allen Umständen den Frieden zu Stande zu bringen, und zwar so, daß er sich nicht bloß auf das politische Gebiet beziehe, sondern auch auf die streitigen kirchlichen Fragen, aus denen der Krieg hervorgegangen war. Aus diesem Grunde erhob Wesenbeck sofort die schroffste Opposition, als der Vorschlag gemacht wurde, die Religionsbeschwerden erst nach dem allgemeinen Frieden vorzunehmen und auf einen sechs Monate nach Abschluß desselben zusammenzuberufenden Deputationstag zu verweisen, in dem dann natürlich in alter Weise die Katholiken die überwiegende Mehrheit gehabt hätten. Die Consequenz, mit welcher der brandenburgische Vertreter dieses System verfocht, verfehlte ihre Wirkung nicht. Indem er das Recht der Theilnahme aller Stände an dem Congresse mit der Forderung, die religiösen Verhältnisse in die Friedensverhandlungen einzubeziehen, verband, hatte er die Genugthuung, nach einiger Zeit sich trotz des religiösen Gegensatzes als Mittelpunkt einer aus Katholiken und Protestanten gemischten Partei zu sehen. Schon fielen von katholischer Seite, von dem Vertreter von Würzburg, Aeußerungen wie die, daß der angebliche „Religionskrieg", von dem der Kaiser und Bayern immer sprächen, ein „eitler Privatkrieg" dieser Mächte sei, darunter die anderen Stände mit leiden und zu Grunde gehen müßten. Der Kaiser gerieth gegenüber dieser Opposition gegen seine spanische Politik in eine immer schwierigere Lage.

Mitten in diese Verhandlungen, welche sich dann schleppend und fast völlig ergebnißlos bis zum Jahre 1645 hinzogen, fiel im Sommer 1643 die Nachricht, daß Dänemark in den Krieg gegen Schweden eingetreten sei. Der Kaiser durfte hoffen, daß dadurch um so mehr eine völlige Umwandlung der allgemeinen Lage zu seinen Gunsten eintreten werde, als kurz vorher, im December 1642, Frankreichs größter Staatsmann Richelieu und kurz nach ihm im Mai 1643 auch sein König Ludwig XIII. gestorben war, so daß die Möglichkeit in Aussicht trat, daß Frankreich unter der vormundschaftlichen Regierung über den fünfjährigen königlichen Knaben Ludwig XIV. seine Hand zunächst vom deutschen Kriege abziehen werde. Allein diese Hoffnung erwies sich sehr bald als trügerisch. Nach einigen Schwankungen lenkte die neue Regierung, an deren Spitze der von Richelieu selbst zu seinem Nachfolger ausersehene Cardinal Mazarin trat, bewußt und folgerichtig in die Bahnen ein, die Richelieu der französischen Politik mit so großem Erfolge vorgezeichnet hatte. Ja der Beginn der neuen Regierung wurde alsbald durch einige militärische Erfolge bezeichnet. Am 19. Mai 1643 errang der junge Prinz Condé einen blutigen Sieg über die Spanier unter Don Francisco de Melho und De la Fuente bei Rocroy, im August gelang es ihm, die Festung Thionville einzunehmen. Und sehr bald sollte sich herausstellen, daß auch das Eingreifen Dänemarks

in den Krieg keineswegs im Stande ſein werde, den Siegeslauf Torſtenſons aufzuhalten oder gar deſſen Erfolge rückgängig zu machen.

Torſtenſon war eben im Begriff geweſen, ſich von Neuem den Weg in die kaiſerlichen Erblande zu bahnen, als er die Nachricht empfing, daß Chriſtian IV., der längſt ſchon auf die Erfolge ſeiner ſchwediſchen Nachbarn eiferſüchtig war, ſich von dem Kaiſer habe beſtimmen laſſen, die Waffen gegen Schweden zu ergreifen. Alsbald rückte Torſtenſon, der ſchon im Anmarſch gegen Wien begriffen war, Ende October 1643 mit gewohnter Schnelligkeit gegen Dänemark heran, errang eine Reihe von blutigen Erfolgen, eroberte ganz Schleswig-Holſtein und drang bis nach Jütland vor. Der König von Dänemark, welcher den Krieg mit der ſtolzen Hoffnung, Schweden die Herrſchaft



Anſicht von Kopenhagen.
Facſimile des Kupferſtiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

auf der Oſtſee ſtreitig zu machen, begonnen hatte, welcher daher die Feindſeligkeiten mit der Wegnahme einiger ſchwediſcher Schiffe im Sund und mit der Aufſtellung eines Zollſchiffes vor der Inſel Ruden begonnen hatte, ſah ſich in allen ſeinen Erwartungen getäuſcht. Er hatte beſtimmt gehofft, daß der alte Rivale Schwedens, Polen, den Waffenſtillſtand kündigen und ihn thatkräftig unterſtützen werde. Die ganze europäiſche Combination gegen Schweden, auf welche auch der Kaiſer gerechnet, in die er ſelbſt den Kurfürſten von Brandenburg hatte hineinziehen wollen, war durch die kriegeriſchen Erfolge Torſtenſons völlig zuſammengebrochen. Dieſer konnte die Fortſetzung des für Schweden nun nicht mehr gefährlichen däniſchen Krieges Wrangel und Horn überlaſſen und ſich gegen Gallas wenden, der mit einem vom Kaiſer den Dänen zu Hilfe geſchickten Heere herannahte und ſchon bis an die Niederelbe vorgedrungen war. Und auch hier blieb Torſtenſon das Kriegsglück treu; in zwei faſt gleichzeitigen Treffen bei Jüterbog und Magdeburg

König Christian IV. von Dänemark.

Verkleinertes Facsimile des Kupferstiches von Hendrik Hondius (1588—1658).

rieb er im October 1644 das kaiſerliche Heer faſt völlig auf. Kaum 2000 Mann vermochte Gallas nach Böhmen zu retten. Torſtenſon aber zögerte keinen Augenblick, ihm mit der größten Schnelligkeit nachzufolgen. Schon war er auch mit dem Fürſten von Siebenbürgen, Georg Rakoczy, dem Nachfolger Bethlen Gabors, in Verbindung getreten, der dann von Ungarn aus wie Torſtenſon von Böhmen her die Reſidenz des Kaiſers ſelbſt in größte Gefahr brachte. Mit Aufbietung aller Kräfte ſtellte der Kaiſer ein neues Heer auf und warf es Torſtenſon entgegen. Allein es erlitt daſſelbe Schickſal, wie das den Dänen zu Hilfe geſandte. Am 6. März 1645 wurde es bei Jankowitz, drei Meilen von Tabor, völlig vernichtend geſchlagen. Es war einer der glänzendſten Siege, welche die ſchwediſchen Waffen jemals errungen hatten. Torſtenſon eroberte danach ganz Mähren und drang bis tief ins Erzherzogthum Oeſterreich vor, während gleichzeitig Rakoczy von Ungarn her gegen Wien heranrückte. Der Kaiſer wäre verloren geweſen, wenn die Ereigniſſe auf dem weſtlichen Kriegsſchauplatze einen ähnlichen Verlauf genommen hätten und dann auch die Franzoſen von Weſten her in die kaiſerlichen Erblande eingerückt wären, wie eine ſolche Combination der ſchwediſchen und franzöſiſchen Waffen von Weſten und Norden her namentlich von Bernhard von Weimar und Banér ſtets angeſtrebt worden war. Jetzt aber wurde ſie dadurch unmöglich, daß die Franzoſen, welche in den letzten beiden Jahren mit wechſelndem Erfolge gegen die Kaiſerlichen gefochten hatten, eben in dem Augenblicke, da dem Kaiſer die höchſte Gefahr drohte, eine ſchwere Niederlage erlitten, die es Ferdinand ermöglichte, einen Theil der bisher auf dem weſtlichen Kriegsſchauplatze verwendeten Truppen nach ſeinen bedrängten Erblanden heranzuholen.

Als der Kaiſer ſich ernſtlich und erfolgreich bemühte, den ihm ſo unbequemen Schweden in ihren däniſchen Nachbarn einen neuen Feind zu erwecken, hatte er nicht bloß auf die Theilnahme Polens, auf die Wiederbelebung jener nordoſteuropäiſchen Coalition gegen Schweden gerechnet, die dereinſt Guſtav Adolf vor ſeiner Landung auf deutſchem Boden ſo große Schwierigkeiten bereitet hatte, ſondern er hatte auch die Hoffnung gehegt, daß Frankreich nach dem Tode Richelieus in innere Schwierigkeiten verwickelt werden würde, welche es an einer thatkräftigen Fortſetzung des deutſchen Krieges hindern würden.

Eine kurze Zeit lang hatte es ſcheinen können, als werde dieſe Combination zutreffen. Der gewaltige Staatsmann, der in einer unvergleichlich folgerichtigen und erfolgreichen Politik die große abſolute Machtſtellung des franzöſiſchen Königthums im Innern und zugleich die umfaſſende und univerſale Politik nach Außen hin ſo feſt und ſcheinbar unerſchütterlich begründet hatte, war doch ſelbſt bei Lebzeiten in Folge der Gewaltſamkeiten, mit denen

sein ganzes Verfahren nothwendig verbunden war, in mannigfache Conflicte mit den politischen Factionen gerathen, welche bis dahin in Frankreich einen bestimmenden Einfluß besaßen und eben durch ihn verloren hatten. Es war nur naturgemäß, daß sie sich nach seinem Tode mit verdoppelter Kraft regten. Ludwig XIII. hatte, den Rathschlägen seines genialen Ministers auch noch nach dessen Tode getreu, für den Fall seines eigenen Ablebens, das bei seiner Kränklichkeit in naher Aussicht zu stehen schien, Anordnungen getroffen, welche die Fortsetzung der bisherigen Politik auch während der Minderjährigkeit seines erst fünf Jahre alten Sohnes sicher stellen sollten. Vor Allem hatte er es verhüten wollen, daß seine Gemahlin Anna von Oesterreich, welche mit der antispanischen Politik Richelieus vornehmlich aus verwandtschaftlichen Rücksichten niemals einverstanden gewesen war, die vormundschaftliche Regierung, welche ihr nach dem Herkommen zufallen mußte, etwa dazu benutzte, in dem System dieser europäischen Politik, auf welcher die Machtstellung Frankreichs in erster Linie beruhte, eine grundsätzliche Aenderung eintreten zu lassen. Aus diesem Grunde hatte er die Verfügung getroffen, daß der Königin während ihrer Regentschaft ein Rath an die Seite gestellt werden sollte, in dem Mazarin, der mit Recht als der Fortsetzer des Richelieuschen Systems betrachtet wurde, die entscheidende Rolle zu spielen bestimmt war. Allein als dann kurz darauf der König starb (14. Mai 1643), gelang es doch der Richelieu entgegengesetzten Faction, welche sich mit der Königin-Regentin eng verbunden wähnte, diese Anordnungen bei Seite zu setzen und die Regentschaft der Königin allein anzuvertrauen. Die von Richelieu niedergehaltenen Parteien hofften jetzt auf einen grundsätzlichen Wandel des Systems, der ihnen wieder die Macht in die Hände spielen werde. Namentlich trat die extreme katholische Partei, die der Politik Richelieus wegen ihrer Verbindung mit den Ketzern stets Opposition gemacht hatte, nunmehr sehr zuversichtlich auf. Allein wie sehr sah sie sich bald in ihren Erwartungen getäuscht! Die Ueberlieferungen der Politik, welche in den letzten Jahrzehnten geherrscht und Frankreich zu seiner universalen Machtstellung verholfen hatten, erwiesen sich doch bei der Königin, als sie einmal die Geschäfte selbstthätig in die Hand genommen hatte, mächtiger als die persönlichen Sympathien und Antipathien; sie hielt an dem Gegensatz gegen Spanien trotz aller verwandtschaftlichen Rücksichten fest. Sehr bald vollzog sich eine immer zunehmende, zuletzt sich zu einem innigen persönlichen Vertrauensverhältniß gestaltende Annäherung an Mazarin. Damit aber war die Beibehaltung der Grundrichtung der Richelieuschen Politik um so mehr gesichert, als bald nach dem Tode Ludwigs XIII. der junge Prinz von Condé eben im Kriege gegen Spanien jene großen kriegerischen Erfolge von Rocroy und Thionville errang, die wir früher berührt haben (S. 561).

Alsbald nahmen dann auch die Franzosen den Krieg in Deutschland wieder auf. Allein sie fanden an den bayrisch-kaiserlichen Truppen, die unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Mercy und des aus seiner Gefangenschaft

Cardinal Mazarin.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Pieter van Schuppen (1623—1707);
Originalgemälde von Pierre Mignard (1612—1695).

wieder befreiten bayriſchen Generals Johann von Werth ſtanden, ſehr kräftigen Widerſtand. Guébriant, der im Jahre 1643 mit der weimariſch-franzöſiſchen Armee in Schwaben eindrang, erhielt bei Rottweil eine ſchwere Verwundung, der er wenig ſpäter erlag, ſein Nachfolger Joſias Rantzau wurde bald darauf bei Tuttlingen an der Donau vollſtändig geſchlagen (24. November 1643). Er ſelbſt wurde gefangen genommen, ſein ganzes Heer auseinandergeſprengt. Danach gelang es den Bayern, die Franzoſen aus einer Reihe von ihnen eingenommener feſter Plätze in Oberdeutſchland wieder zu verdrängen. Selbſt die Eroberungen Bernhards von Weimar ſchienen wieder verloren gehen zu ſollen. Die Bayern belagerten Freiburg und bedrohten dadurch Breiſach, deſſen Einnahme dereinſt ſo ungeheure Schwierigkeiten bereitet hatte.

Mazarin, der den Werth dieſer von Bernhard errungenen Stellungen voll und ganz zu würdigen verſtand, beeilte ſich, ein neues Heer den Rhein überſchreiten zu laſſen, das er dem Marſchall Heinrich de la Tour d'Auvergne, Vicomte de Turenne, der ſpäter in der franzöſiſchen Kriegsgeſchichte ſich einen ſo großen Namen erworben hat, unterſtellte. Aber auch er vermochte den Fortſchritten der Bayern keinen nachhaltigen Widerſtand zu leiſten. Im Mai 1644 fiel Freiburg faſt unter ſeinen Augen. Auch als ihm der junge Prinz von Condé, der ſich ſoeben bei Rocroy und Thionville die erſten Lorbeeren erworben hatte, von der Maas und Moſel her zu Hilfe geſchickt wurde, vermochten die Franzoſen keine durchgreifenden Erfolge zu erringen. Zwar gelang es ihnen im Auguſt 1644, die Bayern nach mannhaftem Widerſtande auf Freiburg zurückzudrängen, aber die Einnahme dieſer Stadt erreichten ſie nicht. Wohl aber bemächtigten ſie ſich Philippsburgs und ſelbſt der Hauptſtadt des Mainzer Erzbisthums.

Da ſich aber Condé bald darauf wieder von Turenne trennte, erlitt der Letztere, der am 26. März 1645 von Neuem über den Rhein gegangen war und gegen Franken heranrückte, am 5. Mai durch den Feldmarſchall Mercy bei Mergentheim eine neue ſchwere Niederlage, nach der er ſich über Hammelburg nach Fulda zurückziehen mußte.

Dieſe Schlacht war aber nicht nur für den weſtlichen Kriegsſchauplatz von Bedeutung; ſie war es vielmehr, die einen Theil der kaiſerlichen Truppen für die öſterreichiſchen Erblande verfügbar machte und dadurch Torſtenſon nöthigte, die ſchon begonnene Belagerung von Brünn aufzugeben und nach Böhmen zurückzuweichen, zumal es dem Kaiſer inzwiſchen gelungen war, den Fürſten Rakoczy von Siebenbürgen zu einem Separatfrieden zu veranlaſſen. Damit war wenigſtens die unmittelbare Gefahr für Wien zunächſt beſeitigt.

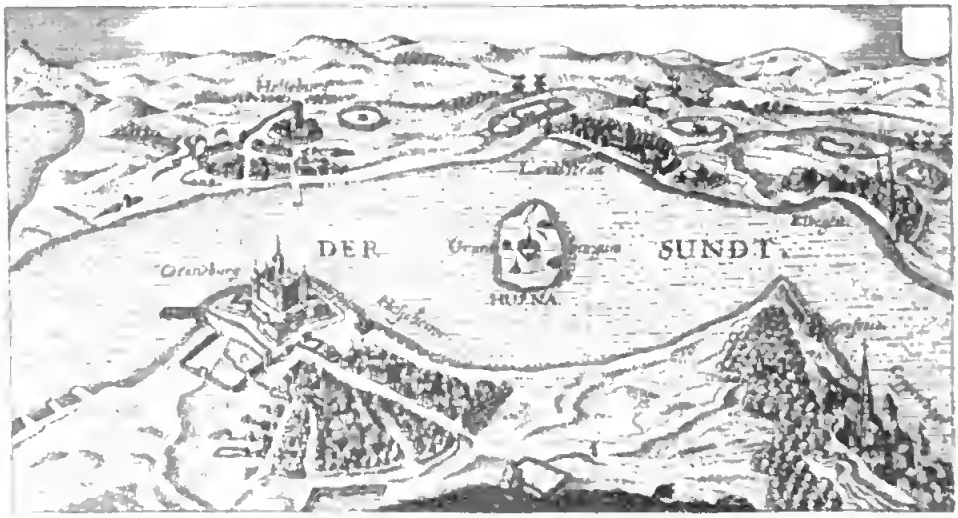
Allein ein wirklicher und dauernder Umſchwung der politiſch-militäriſchen Lage des Kaiſers trat dadurch nicht ein. Denn auf der einen Seite gelang es den Franzoſen, nachdem Condé aufs Neue Turenne zu Hilfe herangezogen war, die Niederlage bei Mergentheim wieder einigermaßen wettzumachen, indem ſie, mit den Heſſen vereinigt, in einer Stärke von nahezu 30 000 Mann wieder gegen die Bayern und Kaiſerlichen vorrückten und dieſelben am 3. Auguſt

Christoph von Königsmarck.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1651, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

in einer für beide Theile äußerſt verluſtreichen Schlacht bei Allersheim zwiſchen Nördlingen und Donauwörth, in welcher Mercy tapfer kämpfend fiel, aufs Haupt ſchlugen. Auf der andern Seite aber hatte Königsmarck in Sachſen feſten Fuß gefaßt und ſich des ganzen Kurfürſtenthums mit Ausnahme von Dresden und Königſtein bemächtigt. Dadurch aber ſah ſich der Kurfürſt von Sachſen, Johann Georg, veranlaßt, einen Neutralitätsvertrag auf ſechs Monate mit den Schweden zu ſchließen, in welchem er dieſen außer Geldzahlungen und Lieferungen die Städte Leipzig und Torgau einräumte und ihnen den freien Durchzug durch ſein Land geſtattete (6. September 1645).

Wenige Tage vorher aber war auch Dänemark von dem Kriege gegen Schweden zurückgetreten, indem es am 25. Auguſt zu Brömſebrö Frieden geſchloſſen hatte, in welchem es den Schweden Zollfreiheit im Sunde zugeſtand und Gothland und Oeſel abtrat. Und da es inzwiſchen auch dem Kurfürſten von Brandenburg in ebenſo umſichtiger als geſchickter Verhandlung gelungen war, ſich mit den Schweden über eine Waffenruhe zu einigen, ſo gewannen dieſe nunmehr in ganz Norddeutſchland das unzweifelhafte Uebergewicht, während gleichzeitig die Franzoſen nach dem Siege bei Allersheim im ſchwäbiſchen und bayriſchen Kreiſe feſten Fuß faßten. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß in dieſem Augenblicke die ſchwediſch-franzöſiſchen Waffen, trotzdem Torſtenſon aus Mähren und Oeſterreich hatte weichen müſſen und dann am 25. December 1645, in Folge ſeines körperlichen Leidens, den Oberbefehl niedergelegt und an Carl Guſtav Wrangel übergeben hatte, das unbedingte Uebergewicht in Deutſchland hatten. Die proteſtantiſchen Stände, vor Allem das in den letzten Jahren ſeit ſeinem Wiederanſchluß an Frankreich und Schweden hart bedrängte Heſſen, konnten wieder aufathmen.



Der Sund in der erſten Hälfte des 17. Jahrhunderts.
Facſimile des Kupferſtiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

Die letzten Kämpfe und der Beginn der Friedensverhandlungen.

Die großen Fragen, um die der Deutschland in allen seinen Theilen bis ins Mark zerstörende Krieg noch immer, trotz der Friedenssehnsucht fast aller deutschen Stände, weiter geführt wurde, waren doppelter Art. Einmal handelte es sich um die Entschädigungen, welche die beiden auswärtigen Mächte, Frankreich und Schweden, für die in dem Kriege gebrachten Opfer an Truppen und Geld forderten, dann aber um die Beilegung der schwerwiegenden reichs- und kirchenrechtlichen Fragen, welche schon in den Jahrzehnten vor dem Frieden den gänzlichen Zerfall der Reichsverfassung herbeigeführt hatten, dann die tieferliegende Veranlassung des ganzen Krieges gewesen waren und jetzt in den beiden protestantischen Forderungen: Verleihung einer allgemeinen Amnestie und Herstellung des Zustandes, wie er vor 1618 gewesen war, zusammengefaßt wurden. Gerade die Combination dieser beiden, ihrem Wesen nach getrennten, aber doch mit einander zusammenhängenden Fragen war es, die das Zustandekommen des Friedenswerkes so außerordentlich erschwerte. Weiter und weiter hatte man sich von dem freilich in sehr unregelmäßigen Formen aufgestellten Gedanken Wallensteins, durch eine Vereinbarung der deutschen Fürsten unter einander eine gemeinsame Action gegen die auswärtigen Mächte zu ermöglichen, entfernt. Jetzt, da die deutschen Fürsten, welche sich noch in Waffen gegen den Kaiser befanden, in unlösbarem Bunde mit Frankreich und Schweden standen, da an die Stelle des von Wallenstein angestrebten allgemeinen deutschen Friedens der Prager Friede getreten war, der die letzten Reste der Reichsverfassung in ein rein vertragsmäßiges Verhältniß verwandelt hatte, jetzt war eine Verhandlung über die innerdeutschen Angelegenheiten nicht mehr ohne gleichzeitige Erledigung der Entschädigungsforderungen der auswärtigen Staaten möglich. Eines war von dem Andern nicht mehr zu trennen. Deswegen forderten auch alle diejenigen, denen es mit der Herstellung des Friedens voller Ernst war, Allen voran der junge Kurfürst von Brandenburg, gleichzeitige Verhandlung über die auswärtigen und innerdeutschen Verhältnisse auf dem Friedenscongresse, der sich seit 1643 in Münster und Osnabrück zusammenzufinden begann. Denn nur so, nur durch eine gleichberechtigte Theilnahme aller deutschen Stände an den eigentlichen Friedensverhandlungen konnten die tieferliegenden Ursachen des Kriegszustandes beseitigt, konnte die allgemeine Amnestie und die Herstellung des Zustandes vor 1618, die auch die auswärtigen Staaten forderten, erreicht werden. Hätte man, wie der

Kaiser forderte, die Beilegung der reichsrechtlichen und kirchlichen Streitigkeiten von dem Friedenscongreß ausgeschlossen und auf einen späteren Reichstag verschoben, so wäre sie eben nicht unter die Garantie des Friedens gestellt worden, ja sie wäre voraussichtlich nie zu Stande gekommen, da auf dem Reichstage der alte Streit der Parteien, der die Reichstage vor dem Kriege gesprengt hatte, sofort wieder ausgebrochen wäre. Die alten reichsrechtlichen Formen, welche den durch den religiösen Zwiespalt der Nation herbeigeführten veränderten Verhältnissen in keiner Weise entsprachen, hatten sich schon nur zu oft als unbrauchbar für die Beilegung der inneren Schwierigkeiten erwiesen. Es wäre ein unmögliches Beginnen gewesen, sie jetzt nach Allem, was vorgegangen war, zur Regelung der innerdeutschen Verhältnisse verwerthen zu wollen. Und doch hatte der Kaiser darauf noch auf dem Frankfurter Deputationstage von 1643 bestanden; er hatte es gethan, obwohl oder vielleicht gerade weil durch die Beraubung der Pfalz und die zahlreichen Reactionsversuche die alte Form schon innerlich zerbrochen, das Uebergewicht der Katholiken noch verstärkt worden war; trotzdem hatte der Kaiser immer und immer wieder gefordert, daß er allein das Reich, welches doch eben aus zwei scharf getrennten, ja in offenem Kampfe begriffenen Parteien bestand, auf dem Friedenscongresse vertrete, obwohl er sich nach wie vor weigerte, die Vorbedingung einer Einigung dieser Parteien, die allgemeine Amnestie, zu gewähren. Nur Schritt für Schritt, nur durch die größten Erfolge seiner Gegner, konnte er veranlaßt werden, von diesem Standpunkte, der jeden dauerhaften Frieden unmöglich machte, zurückzuweichen. Erst als die Vertreter Frankreichs und Schwedens, welche sich in Münster und Osnabrück eingefunden hatten, mit aller Bestimmtheit erklärten, daß sie die Verhandlungen nicht eher eröffnen würden, als bis alle Reichsstände vertreten wären, und als diese Forderung durch die großen kriegerischen Erfolge Torstensons den erforderlichen Nachdruck erhielt, als endlich sogar eine Anzahl katholischer, ehrlich dem Frieden geneigter Stände sich derselben anschlossen, gab der Kaiser, der soeben noch einmal das Zusammentreten eines Kurfürstentages beantragt hatte, wenigstens in dieser Formfrage nach und verstand sich dazu, daß die Gesandten der deutschen Reichsstände auf dem Friedenscongreß erscheinen sollten. Und dasselbe Spiel wiederholte sich dann immer wieder, als man in die Verhandlung der materiellen Fragen eingetreten war. Sowie die kaiserlichen Waffen im Felde einen Erfolg davontrugen, nahm der Kaiser alsbald wieder eine unversöhnliche Haltung ein, schraubte seine Forderungen höher, ja nahm zurück, was er schon bewilligt hatte. Allein diese Lichtblicke, in denen ein Erfolg der kaiserlichen Waffen noch möglich erschien, wurden in den letzten Jahren immer seltener, und da auch der Kurfürst von Bayern, der treueste Freund und Anhänger Ferdinands, eine immer schwankendere Haltung annahm und sich in Separatverhandlungen mit Frankreich einließ, so blieb dem Kaiser schließlich nichts Anderes übrig, als das Friedenswerk seinen Fortgang nehmen zu lassen. Beide, Krieg und Verhandlung, liefen nicht unabhängig von ein-

Marſchall Turenne.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Robert Nanteuil (1630—1678);
Originalgemälde von Philipp de Champaigne (1602—1674).

ander, ſondern in beſtändiger Wechſelwirkung neben einander her. Wenden wir unſere Aufmerkſamkeit zunächſt noch einige Augenblicke den kriegeriſchen Ereigniſſen zu, um dann zu ſehen, welches Ergebniß unter ihrem Einfluß die Friedensverhandlungen zeitigten.

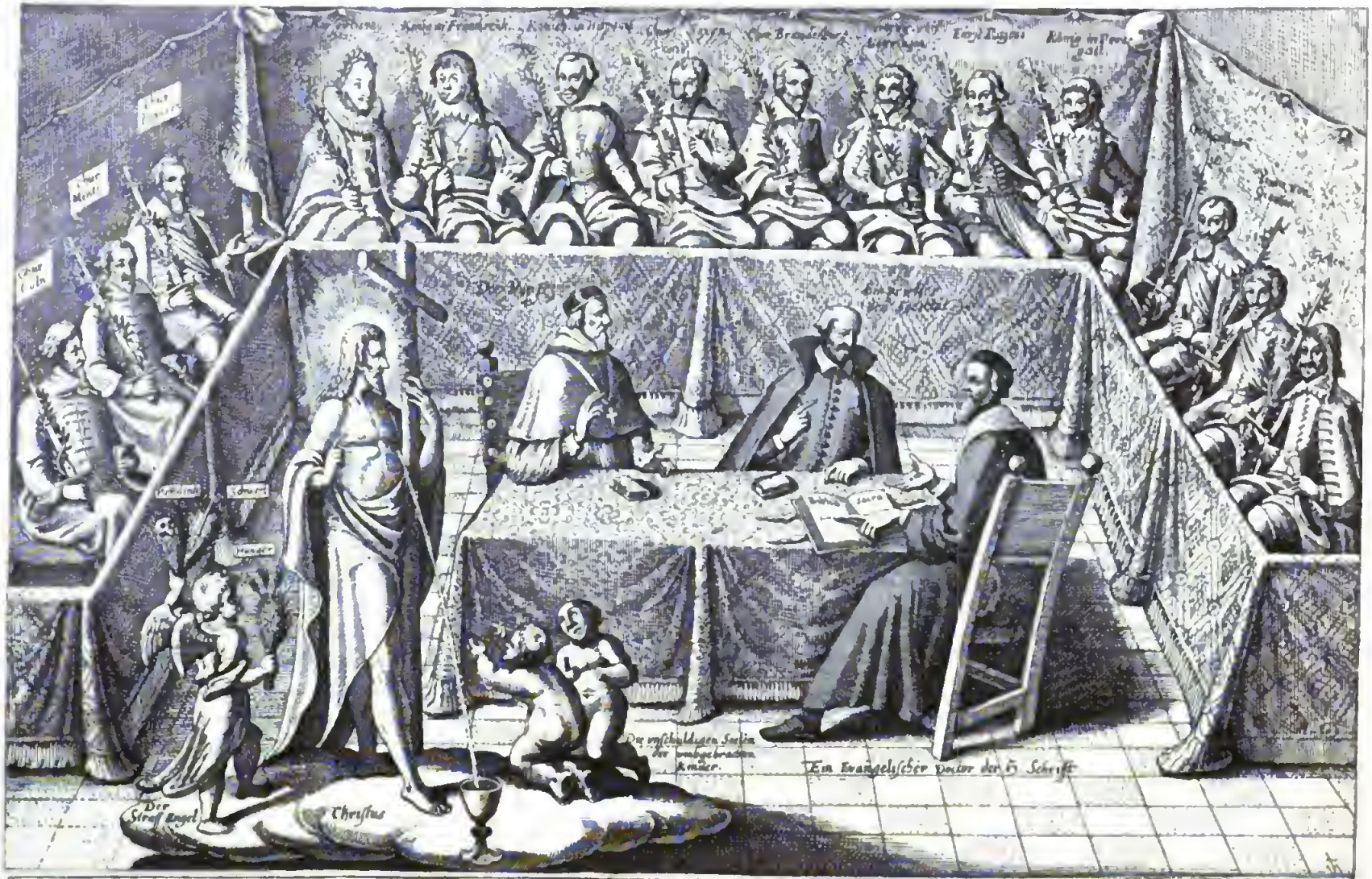
Nachdem Torſtenſon im December 1645 den Oberbefehl über die ſchwediſchen Truppen an Wrangel abgetreten hatte, gerieth dieſer zunächſt in eine ziemlich bedrängte Lage, da Bayern, deſſen Verhandlungen mit Frankreich damals noch nicht zu einem befriedigenden Ergebniß gediehen waren, einen Theil ſeiner Truppen nach der Oberpfalz entſandte, wo ſie ſich im Januar 1646 mit den Kaiſerlichen vereinigten. Dadurch ſah ſich Wrangel in ſeiner Stellung in Böhmen ſo bedroht, daß er ſich entſchließen mußte, aus dieſem Lande zu weichen und ſich durch Thüringen nach Oberheſſen zurückzuziehen, von wo aus er die Vereinigung mit dem in der Rheinpfalz ſtehenden franzöſiſchen Heere Turennes zu gewinnen hoffte. Dem aber ſuchten ſich die vereinigten kaiſerlich-bayriſchen Truppen entgegenzuſtellen, indem ſie von Eger durch Franken an die Mainmündung vorrückten. Aber Turenne wußte ſie durch eine geſchickte Scheinbewegung rheinabwärts, durch die er den Glauben in ihnen erweckte, als werde er nach Flandern ziehen, zu täuſchen. Indem er ſich dann eiligſt wieder ſüdwärts wandte, gelang es ihm, bei Frankfurt die geſuchte Vereinigung mit Wrangel doch zu vollziehen und nun im Rücken der in ihren Stellungen verharrenden Gegner den Main zu überſchreiten. Nunmehr wandte ſich das ſchwediſch-franzöſiſche Heer alsbald gegen Süddeutſchland, drang in kurzer Zeit bis zur Donau vor und ſtand im September vor Augsburg. Ganz Bayern war in ſeinen Händen und wurde auf das Schrecklichſte verwüſtet: der Weg nach den Erbländern des Kaiſers ſtand deſſen Gegnern von Neuem offen. Die Franzoſen bezogen an der oberen Donau, die Schweden am Bodenſee ihre Winterquartiere und rüſteten ſich für das kommende Frühjahr zu dem entſcheidenden Vorſtoße gegen die öſterreichiſchen Erbländer.

In dieſer verzweifelten Lage entſchloß ſich Kurfürſt Maximilian endlich, den Neutralitätsvertrag, über den er ſchon ſeit einiger Zeit mit Frankreich verhandelte, im März 1647 anzunehmen, dem ſich dann Köln, Mainz und Darmſtadt anſchloſſen. Darauf konnte Wrangel, nachdem er die in Bayern freigewordenen Truppen am Main geſammelt hatte, daran denken, einen neuen Einfall in Böhmen zu unternehmen. Der Kaiſer war völlig iſolirt; es ſchien, als werde er jetzt auf dem Friedenscongreß völlig nachgeben und die Forderung Schwedens, nach welcher ſtatt des von Ferdinand bewilligten Normaljahres 1624 das Normaljahr 1618 geſetzt werden ſollte, bewilligen müſſen. Allein er ſchlug eine ganz entgegengeſetzte Politik ein, die ihm die Erbitterung über den Abfall Bayerns eingab. Auf der einen Seite erließ er Abberufungsmandate an die bayriſchen Truppen, welche einen großen Theil derſelben, darunter auch ihren ruhmgekrönten Führer Johann von Werth, zum Uebertritt in das kaiſerliche Heer veranlaßten und dadurch deſſen militäriſche Stellung

Erzherzog Leopold Wilhelm.

Facſimile des Kupferſtiches von Pieter de Jode d. J. (geb. 1606);
Originalgemälde von Jan van den Hoeck (1598—1651).

erheblich verstärkten; auf der andern Seite machte er auf dem Friedenscongreß Miene, sich mit Schweden und Frankreich auf Kosten Bayerns zu verständigen. Schon war so gut wie festgestellt, daß der Erbe des unglücklichen Böhmenkönigs, Karl Ludwig, zum Wenigsten die Unterpfalz zurückerhalten sollte. Wie nun, wenn Ferdinand sich entschloß, ihm die ganze Pfalz sammt der Kurwürde einzuräumen? Es genügte, diese Möglichkeit nur in einigermaßen bestimmter Weise anzudeuten, um Maximilian zu veranlassen, sich dem Kaiser, der auch militärisch inzwischen wieder einigermaßen zu Kräften gekommen war, wieder zu nähern. Im September schloß Maximilian mit ihm den Pilsener Vertrag, durch den er wieder auf Ferdinands Seite zurücktrat und ihm ein Hilfsheer von 10 000 Mann zur Verfügung stellte. Danach wurde das Gleichgewicht wieder einigermaßen hergestellt. Die Kaiserlichen hielten zwischen Eger und Pilsen Wrangel gegenüber Stand, die Spanier, welche sich eben jetzt unter dem Eindruck ihrer durch Frankreich erlittenen Verluste mit den Holländern auseinandergesetzt hatten, ergriffen die Offensive, so daß Turenne dorthin beordert werden mußte. Es schien noch einmal, als wollte sich das Kriegsglück auf die Seite der Kaiserlichen wenden. Wrangel mußte sich durch Thüringen nach Niedersachsen zurückziehen; noch einmal wurde das unglückliche Hessenland von kaiserlichen Heeresschaaren überfluthet, die Spanier fingen an in Catalonien wieder Boden zu gewinnen; sie nahmen Lerida ein; Erzherzog Leopold Wilhelm drang an der Sambre vor, nahm Landrecis und bedrohte, mit den Truppen des Herzogs von Lothringen vereint, die Picardie. Alles stand im Felde wie auf dem Friedenscongreß noch einmal in Frage. In diesem Moment, in welchem der Kaiser zu seiner alten starren Unnachgiebigkeit zurückkehrte, hat Friedrich Wilhelm von Brandenburg, freilich vergeblich, eifrig das Project erwogen, im Verein mit Sachsen, Braunschweig und Hessen, eine dritte unabhängige Partei zu begründen und dann den Kaiser zum Abschluß des Friedens zu zwingen, ähnlich wie das früher Wallenstein beabsichtigt hatte. Dem gegenüber versuchte der Kaiser Alles, um den Kurfürsten von Brandenburg vielmehr zu sich herüberzuziehen und im Verein mit ihm die Schweden gänzlich aus Deutschland herauszujagen. Er bot ihm, um das zu erreichen, nicht allein ganz Pommern, über das in Osnabrück erregte Verhandlungen mit Schweden geführt wurden, an, sondern außerdem noch die vier Bisthümer, die er nach jenen Verhandlungen als Entschädigung für die an Schweden abzutretenden Theile Pommerns erhalten sollte, ferner das Kriegsoberstenamt und das Kreisdirectorium des niedersächsischen und westfälischen Kreises. Es war in der That eine starke Verlockung für den Kurfürsten, dessen diplomatische Stellung auf dem Friedenscongresse eine überaus schwierige war. Aber er widerstand der Versuchung und lehnte ab. Es war sein Glück; denn die kriegerischen Erfolge des Kaisers erwiesen sich als sehr vorübergehende. Nach kurzer Zeit stellte sich das Uebergewicht der französisch-schwedischen Waffen wieder her; der Kurfürst wäre verloren gewesen, wenn er auf die kaiserlichen Anerbietungen eingegangen wäre.



Seuffzer nach dem Guldinen Friden / Allen Christlichen Potentaten / ja allen Christlichen Hertzen zu bedencken.

Christus.

Der Pabst.

Ihr Bischoff / Cardinäl / ihr Priester vnd Prelaten /
Ihr König dieser Welt / vnd jrdisch Potentaten /
Ich höret was zu euch der HERR der Herren sagt /
Wie sehr Er über euch vnd ewer Kriegen klagt?
Ihr / ihr entheiliget sein übergrossen Namen /

Vrat / Catholisch Lehr an manchem Ort verstört /
Vnd schier Sanct Peters Schiff mit wellt vmbgekehrt
Doch hat zu wegen bracht der Jesuiter Orden /
Daß all sein Ketzerey sampt jhm zu schanden worden /
Vnd bleibet vnser Kirch mit jhren Säulen stehn /
Biß daß das Firmament deß Himmels wird vergehn

Die Vnschuldigen Seelen der vmbgebrachten Kinder.

Hör / O Jesu! hör vns Arme /
Daß dich vnser Noth erbarme.
Schaw vns an dein theures Pfund /
Das zur Aschen ist verbrand /
Ist von Mutter / Schaf [illegible]

Spanier.

Will Frankreich sich mit Holland recht verbinden /
Muß ich gezwungen mich zum Frieden finden.

Sachsen.

Ich kan die böse Welt nicht länger lassen schalten
In ihrer Tyranney vnd übermachtem Grim/
Ich muß ihr ruffen zu mit meiner Donner-Stim.
Hör Welt/du tolle Welt/samt dein so schnöden Kinden/
In meinem Eygenthum wolt ihr euch noch versünden?
Wolt ihr mein werthen Hauff/den ich mir außerwehlt
Hab in ein sonder Buch der Heyligen gezehlt/
Den ich in meine Faust vnd Hand hab auffgeschrieben/
Der iederzeit an mir getrew im Glauben blieben/
In hoffnung vñ gedult/durch schmertzen/angst vñ noht/
Durch alle Kümmernuß biß in den letzten Todt/
Wolt ihr so freventlich gantz auß dem Mittel heben?
Ich will ihm Vatterhülff/ich will ihm Leben geben/
Ich will mit meiner Krafft bey ihme selber stehn/
Daß er von ewerm Zorn nicht soll zu boden gehn
Dann der gewürgten Blut zu mir gen Himel schreyet/
Biß daß mein Straffgericht euch all vermaledeyet/
Biß daß es euch zumal stürtz in die Grub hinein/
Da nichts als Zetergschrey mit vnerhörter Pein.
Solt ich/für die ich hab deß Creutzes Todt gelitten/
Für die ich hab die Höll vnd Teuffel selbs bestritten/
Nicht hören in der Noth/vom Zwang erretten nicht?
Mein Hertz in meinem Leib mir mit erbarmen bricht.
Ich hab sie thewr gnug erlöset vnd erworben/
Ich hab für sie bezahlt/bin gar für sie gestorben/
Ich hab sie reich ernehrt/gleich als ein Pelican/
Da man mit einem Speer mein Seit hat auffgethan
Ich weiß wie viel dz Schwert vnd Hunger hat gefressen
Ich weiß wie viel so lang im Elend sind gesessen/
Ich weiß wie viel der Feind verfolget vnd verjagt/
Mit was für Grawsamkeit er ihre Seel geplagt.
Derwegen/ob ich hab mit Hülffe was verzogen/
So bin ich doch mit Gnad den Meinigen gewogen/
Vnd will erwachen nun/als einer auß dem Schlaff/
Den Feinden desto mehr zu schärffen ihre Straff.
Drumb auff ihr König all der Christenheit auff Erden/
Die ihr an meinem Volck zu Ritter wollet werden/
Auff Landsknecht/Burger/Bawr/Herr/Edel/Graff
vnd Fürst/
Die mehr nach blutig Krieg als nach dem Friden dürst/
Laßt ewer Lasen seyn/schafft ob das schwere Kriegen/
Sonst wisset/daß mein Hand soll ob euch allen siegen/
Ich will dem Sanherib euch alle machen gleich/
Vertilgen wie ich thet der Sodomiter Reich
Daß/die ihr niderschlagt/mein Völcklin sey vnd eigen/
Das will ich euch im Zorn mit Plitz vnd Wetter zeigen.
Euch soll zuwider seyn die Krafft der Elemente/
Biß daß ihr an dem Krieg doch machet Ziel vnd Ende.
Auch soll der Höllenschlund euch allzumal verschlingen/
Euch soll von dannen auß kein Helffer widerbringen.
So jaget dann mit ernst dem rechten Friden noch/
Ehe dann in einem Nun euch überfalle die Rach

Drumb er mit seine Stral deß Zorns wird schlagē drein
Sein Seligreiches Wort von euch für würd gewendet/
Daß ihr's mit fort groß vnd Blutvergiessen schändet.
Ihr meint Religion zu pflantzen/ pfui der Schand/
Ist's euch mehr zu thun vmb Regien vnd Land.
Soll ich Statthalter sein/vnd Peters Schlüssel führen/
So will euch allen mich zu hören recht gebühren:
Ja höret was ich sag/vernemmet meinen Raht/
Ehe dann auch allen ewer die Stunde würd zu spat:
Ehe dañ ich euch den Weg deß Lebens muß verschliessen/
Vnd ihr in Ewigkeit die Sünde müsset büssen.
Ihr weil der Friden euch vnd ewer Reich begehrt/
So schaffet allzumal biß daß er würd bewehrt.
Schawet wie der Teutschen Reich in Aschen ist geleget/
Daß sich der Himmel krafft mit zittern drob beweget.
Hat auch Jerusalem gelitten grösser Stöß?
Ich mein das arme Land sey Hülff- vnd Lebensloß/
Nun will das lohe Feür vmb sich noch weiter fressen/
Franckreich/Italien vnd anders nicht vergessen.
Es will der Flammen gern noch mehrers vnderstehn/
Vnd soll die Christenheit darumb zu grunde gehn.
So breche dañ Helm vñ Spieß/vñ laßt das kriegē fahrē/
Werfft es ins feür hinein/vñ schmidet drauß Pflugscha-
Bekrönet ewer Haupt mit Oel-vñ Palmenlaub/ (ren/
Vnd haltet dermal eins dem lieben Friden glaub.

Ein Priester der Socierät.

Was darff man vieler Wort mit langem disputiren?
Wird doch der Römisch Glaub sich nimmermehr verlihrē/
Vor welchem keiner nicht mit Warheit mag bestehn/
Sie müssen all für ihm mit spott zu grunde gehn.
Wir thun von Peter an die rechte Stell vertretten/
Wir können als die Kirch allein mit wunder betten:
Die grosse Märterer vnd Heiligen so werth/
Die vnser Römisch Kirch bißhero feyrt vnd ehrt/
Die haben diesen Glaub/der vnser ist/geführet/
Sie haben ihn mit Blut vnd wunder hoch gezieret/
Was ist sonst für ein Lehr die solch Miracul thut/
Vnd die vergossen ist so manches Christenblut.
Wer will Concilien der Alten Vätter schelten?
Die lassen vnser Lehr deß Glaubens alle gelten.
Verretten haben sie sampt scharffem Eyd gemacht/
Damit man vnser Lehr allein Catholisch acht.
Die hat vom Ketzerhauff viel hon vnd schmach erlitten/
Es hat der Teuffel selbs offt wider sie gestritten/
Wann er viel löser Leut vnd Irrthumb hat erweckt/
Jetzt Nestor auffgebracht/bald Arrianer Sect.
Bald Manicheer Rott/bald Ebions Gesellen/
Die all die wahre Kirch zu boden richten wöllen.
Hussen/Pelagium/Hieronymum von Prag/
Ja noch viel Ketzer mehr/die ich nicht alle sag.
Biß daß der Luther selbs/der Ketzer Vatter/kommen/
Mit sein verdamten Gifft groß überhand genommen/

Alßdann so wird der Frid ohn Fähl vnd Mängel sein/
Auch wird begeben sich der Türck zur Christen Gmein

Ein Evangelischer Doctor der H. Schrifft.

Herr Pater/wie so weit kompt ihr daher geritten?
Ihr habt schier war zu scharff vnd prächtig auffgeschnitten
Wolt ihr mit patientz ein wenig hören mich/
So wißt daß ewer Red nicht halten mag den Stich.
Meint ihr mit alter Lehr vns meisterlich zu schrecken?
Als ob die rechte Lehr solt in den Jahren stecken?
O schlechte discretion! die Alte macht kein rechte/
Das wahre Gottes Wort das bleibt gerecht vnd schlecht
Ihr seyd die rechte Kirch gewesen/nicht geblieben/
Habt Geitz vnd Simoney mit Gottes Wort getrieben.
Mit Ceremonien ein Gwissenszwang gemacht/
Das heilig Abendmal gestümmelt vnd veracht/
Den Kelch den gmeinen Man verbotten vnd entzogen/
Viel anders als es GOtt in seinem Wort erwogen.
Den Ehestand haltet ihr für Vnzucht/wie bekandt/
Besudelt euch dafür mit Concubinen Schandt.
Ihr sperret Junge Leut in Klösterliches Leben/
Den thut ihr Menschengsatz gar steiff zu halten geben.
Wer/die wir Gottes Wort mit frewden nemmen an/
(Wie vns das widerspiel niemand erweisen kan)
Wer/die wir Menschentand nach Gottes willen hassen/
Als Ketzer vns von euch außruffen müssen lassen.
Wir müssen/wie der Hirt/auffrührisch Leute sein/
Ihr seyd die Heyligen/wiewol mit solchem Schein
Auff dem Concilio zu Costnitz ist erschienen/
Daß viel vnschuldig Blut der Christenheit vergossen
Ja das Concilium zu Triene hat vnderricht/
Daß man mit einem recht den Ketzern Glauben bricht.
Daß man kein Friden ihn/wie thewr er sey verheissen/
Darff halten/daß man sie zu todt soll alle schmeissen
Wer hat in Engelland das Pulver eingelegt?
Wer hat doch zu Pariß das Blutig Bad erregt?
Wer hat den schwären Krieg in Böhmen eingeführet?
Habt ihr/Herr Pater/nicht denselben practicirt?
Ihr vnd der Pfaffenschwarm/Ihr vnd die Clerisey?
Wer hat in Niderland verübet Tyranney?
Wer hat doch Magdenburg so grimmig auffgerieben/
Daß wenig überig den Leben sind geblieben?
Wer hat im Teutschen Reich solch Barbarey gestifft/
Daß man vast in dem Blut geschwummen vnd geschifft?
Der Jesuiter Kunst hat solches Spiel gedichtet/
Vñ durch die Spanisch Macht solch kriegē angerichtet/
Da man durch Fewr vnd Schwert die Gwissen zwingen
Vnd soll ohn wider Red ein jeder halten still. (will/
O rahte wer rahten kan/vnd helff den Friden stifften/
Vnd hat er was zuvor durch Reden thun vergifften/
So red er jetz zum Frid vnd rechter Einigkeit:
Sonst wird auß diesem Krieg ein ewig Hertzenleydt

Der Straff-Engel.

Will sich die tolle Welt zum Friden nicht begeben/
So soll die schwere Straff ob ihrem Kopffe schweben/
Schwerdt/Hunger/Pestilentz soll ihr Belohnung sein/
Vnd daß viel schwerer ist/die Noth der Höllen pein.

Der Keyser.

Hätt man mir in dem Reich das Elend nicht verhült/
So hätt es längsten nicht an rechtem Frid gefehlt

Franckreich

Brandenburg.

Wen ich lend von beyden Theilen/
Will ich gern zum Friden eilen.

Lothringer

Ragotz.

König in Portogall.

Bayern.

Macht nur den Adler eben schwachen/
So will ich Ruhe zum Friden geben.

Maintz.

Wir haben nichts mit Krieg gewonnen/
Wir haben schlechtes Garn gesponnen.
Darumb wir nach dem Friden trachten/
Daß wir nicht gantz vnd gar verschmachten.

Cöllen.

Sehr offt hat mich deß Kriegs gerewt/
Dann er mich bringt vmb Land vnd Leut.

Ochsenstirn.

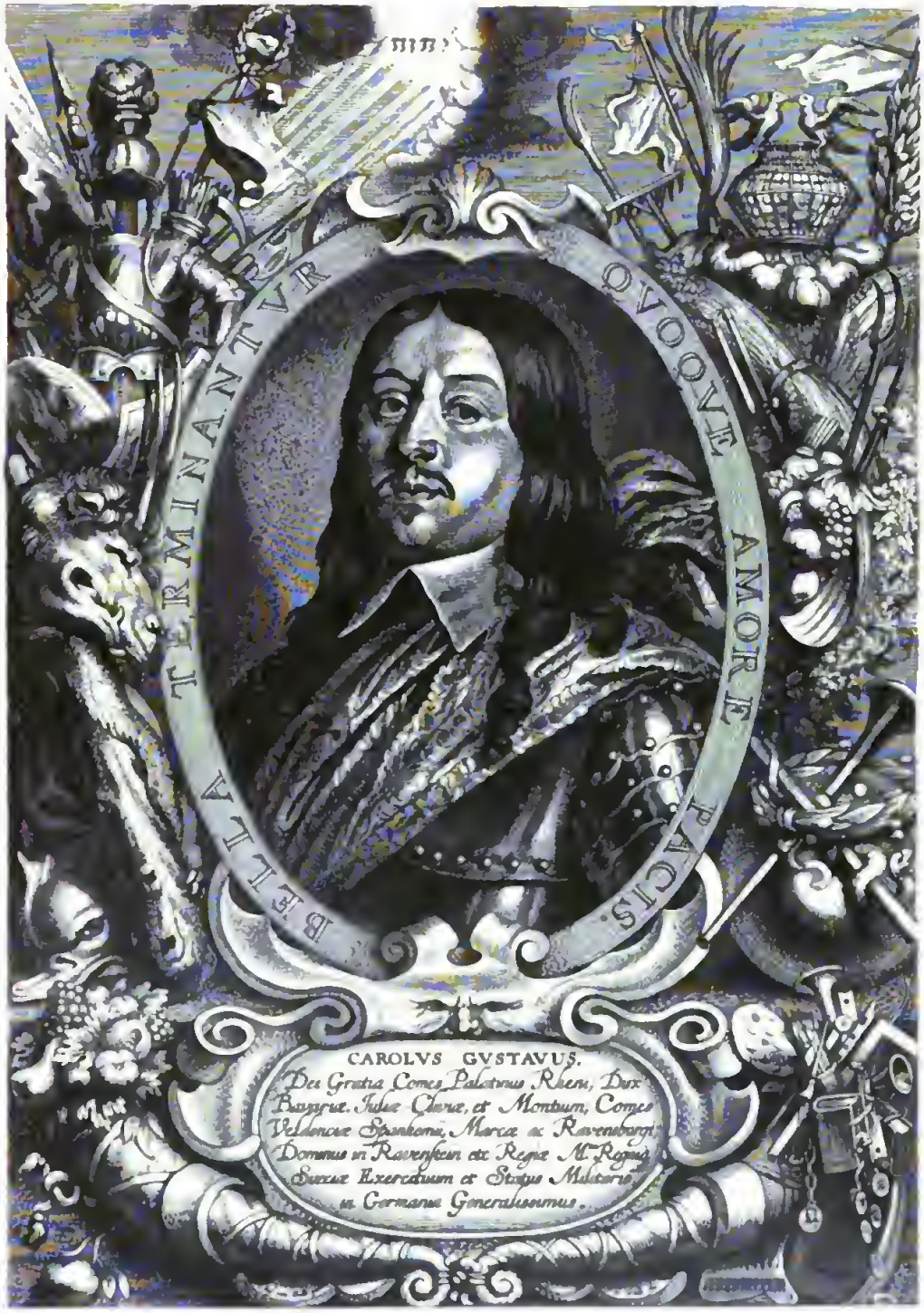
Printz von Oranien.

Hessen.

Suchet den Friden vnd jaget jhr nach.

Anno 1645.

Verkleinertes Facsimile eines den Frieden verlangenden Flugblattes vom Jahre 1645.



Pfalzgraf Carl Guſtav.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Cornelis Galle d. J. (geb. 1600 oder 1605); Originalgemälde von Anſelmus van Hulle (A. Hebbelynck) (1594—1665 oder 68).

Im Frühjahr 1648 überschritt Turenne bei Mainz wieder den Rhein und vereinigte sich mit Wrangel zu einem neuen Einfall in Bayern, um dessen Kurfürsten für den Rücktritt von dem Neutralitätsvertrage zu züchtigen. Sie drangen unaufhaltsam bis zum Lech vor. Bei Zusmarshausen stellte sich ihnen dann ein kaiserlich-bayrisches Heer entgegen, welches jetzt nach Gallas' Tode unter dem Oberbefehl des protestantischen, ehemals hessischen Generals Melander stand, der zur Belohnung für seinen Uebertritt zum Kaiser zum Reichsgrafen von Holzapfel erhoben worden war. Am 17. Mai 1648 kam es hier zur Schlacht, in welcher Holzapfel nicht nur völlig geschlagen wurde, sondern auch seinen Tod fand. Maximilian flüchtete, sein ganzes Heer löste sich auf. Furchtbar verheerend hausten jetzt Wrangels wilde Schaaren in dem unglücklichen Bayernlande, während ein anderer Theil des schwedischen Heeres unter Königsmarck nach Böhmen vordrang. Der Kaiser flüchtete nach Linz, Ende Juli erschienen die Schweden vor Prag und nahmen die Kleinseite der Stadt ein.

Jetzt war jeder weitere Widerstand des Kaisers unmöglich. Schon begannen die Stände auf dem Friedenscongreß ernstlich in Erwägung zu ziehen, ob man nicht den dringend nothwendigen Frieden ohne den Kaiser und das Haus Oesterreich Namens des Reiches abschließen solle. Schon drangen die Schweden jetzt auch von Schlesien aus in Böhmen ein und nahmen Tabor. Pfalzgraf Karl Gustav, von Schweden zum Generalissimus des Heeres ernannt, landete mit neuen Truppen, zog die Elbe herauf nach Böhmen hinein, und Wrangel rüstete sich, vom Inn aus von Neuem vorzugehen; gleichzeitig errang Condé in den Niederlanden bei Lens einen blutigen Sieg über die Kaiserlichen (20. August). Schon schickten sich die Schweden an, die Altstadt Prag zu beschießen, da traf endlich die Nachricht ein, daß der Friede zu Münster und Osnabrück geschlossen sei.

Drittes Buch.

Der weſtfäliſche Friede und die Folgen des Krieges.

Der Abſchluß des Friedens.

Mit einem Streit über die religiöſen und politiſchen Gerechtſame der Unterthanen des Kaiſers in deſſen Erblanden hatte der verderbliche Krieg dereinſt begonnen, dann hatte der Kampf um dieſelben Fragen das ganze deutſche Reich ergriffen und war zu einem Exiſtenzkampf zwiſchen Proteſtantismus und Katholicismus auf der einen, zwiſchen kaiſerlicher Gewalt und territorialer Selbſtändigkeit auf der anderen Seite geworden. Die großen reichsrechtlichen und kirchlichen Streitpunkte, welche man in den Jahrzehnten vor dem Kriege unter der ſchwachen Regierung eines Rudolf II. und Matthias durch Verhandlungen beizulegen vergeblich verſucht hatte, waren die Veranlaſſung zu einem Kriege geworden, der ein volles Menſchenalter hindurch Deutſchlands Gaue in der furchtbarſten Weiſe verwüſtet und verödet und zum Tummelplatz der Heere fremder Staaten gemacht hatte. Eben durch dieſes Eingreifen auswärtiger Mächte aber war die für das ganze politiſche, geiſtige und culturelle Leben Deutſchlands ſo dringend nothwendige endliche Beilegung des Kampfes ungemein erſchwert worden; denn jetzt konnte eine Einigung über die Beſeitigung der tiefen Schäden, an denen der deutſche Reichskörper krankte, nicht mehr durch die Glieder des Reiches unter einander allein erfolgen, ſie war vielmehr mit der Beilegung der internationalen Streitigkeiten auf das Engſte und untrennbar verbunden. Es war in der That dahin gekommen, daß dem deutſchen Volke in ſeiner Geſammtheit das Selbſtbeſtimmungsrecht über die Formen ſeines ſtaatlichen Seins genommen war, daß die Ordnung jeder reichsrechtlichen Streitfrage davon abhängig war, ob und inwieweit man im Stande ſein werde, ſich mit den auswärtigen Mächten zu verſtändigen. Jetzt zeigte es ſich, welches Verhängniß für das Reich als Geſammtheit es war, daß ſeine einzelnen Glieder in dem unſeligen Kampfe unter einander immer und immer wieder genöthigt geweſen waren, die Hilfe des Auslandes anzurufen. Wie der Kaiſer bei dem engverwandten Spanien, ſo hatten die Proteſtanten erſt bei Dänemark, dann bei Schweden, endlich bei Frankreich Unterſtützung geſucht und gefunden. Dadurch aber hielt ſich jeder dieſer Staaten nicht allein für berechtigt, eine Entſchädigung für die im Kriege gebrachten Opfer zu verlangen, welche nur durch eine Zerſtückelung des unglücklichen Reichskörpers erreicht werden konnte, ſondern auch für berechtigt und verpflichtet, bei der Regelung der innerdeutſchen Verhältniſſe, welche die Veranlaſſung des ganzen Krieges geweſen waren, ſein gewichtiges Wort in die Wagſchale zu werfen. Für den Proteſtantismus in Deutſchland war das allerdings zunächſt ein unzweifelhafter Vortheil; denn

dadurch wurden die Zugeſtändniſſe, die ihm im Frieden gemacht wurden und die der Kaiſer ohne den Druck von Seiten der auswärtigen Staaten jetzt ebenſo wenig als früher gemacht haben würde, zugleich unter die Garantie der auswärtigen Mächte geſtellt. Für das Reich in ſeiner Geſammtheit aber war eben dies ein kaum wieder gut zu machender Schade. Die Erledigung der kirchlichen und politiſchen Streitigkeiten des Reiches erfolgte durch eine Vereinbarung nicht zwiſchen dieſem ſelbſt, ſondern zwiſchen ſeinen einzelnen Gliedern und den auswärtigen Mächten, welche kein anderer europäiſcher Staat jemals geduldet haben würde. Was ſeit der Spannung der letzten Reichstage vor dem Kriege, ſeit der Mattſetzung aller gemeinſamen Einrichtungen durch den religiöſen Zwieſpalt ſchon längſt thatſächlich der Fall war, das wurde jetzt in aller Form Rechtens feſtgeſetzt: das deutſche Reich in ſeiner Geſammtheit hörte ſo gut wie völlig auf ein Staat zu ſein; mehr und mehr traten die Einzelſtaaten an ſeine Stelle.

Wie ganz anders hätten ſich die Dinge geſtalten können, wenn der Kaiſer, was er jetzt unter dem Druck kriegeriſcher Unfälle und unter der Garantie der auswärtigen Mächte Schritt für Schritt zurückweichend zugeſtehen mußte, freiwillig eingeräumt, wenn er den Prager Frieden ſo geſtaltet hätte, wie Wallenſtein ihn geplant hatte? Dann wäre es möglich geweſen, alle deutſchen Fürſten um das kaiſerliche Banner zu ſchaaren, Katholiken und Proteſtanten zur gemeinſamen Abwehr jeder weiteren fremden Einmiſchung zu vereinigen. Aber wie wenig war Ferdinand II., wie wenig war auch Ferdinand III. noch auf dem Reichstage zu Regensburg von 1640/41 bereit geweſen, einen ſolchen Weg einzuſchlagen, der zu einer wirklichen nationalen Politik hätte führen können! Wie dereinſt Karl V., ſo verharrten auch ſie bis zum letzten Augenblick, bis äußere Einflüſſe es geradezu unmöglich machten, auf dem Standpunkte, der in den Proteſtanten nicht gleichberechtigte, ſondern nur unter gewiſſen Vorausſetzungen geduldete Glieder des Reiches ſah. Dadurch aber haben die Ferdinande ebenſo wie dereinſt Karl V. die Proteſtanten, welche ſich einem derartig aufgefaßten Kaiſerthum nicht unterordnen konnten und wollten, gezwungen, ihre Rettung durch eine Verbindung mit dem Auslande zu ſuchen, die in beiden Fällen ſchwere Verluſte an Reichsgebiet, jetzt aber auch eine dauernde Einwirkung der fremden Mächte in die inneren Angelegenheiten des Reiches zur Folge hatte.

Man braucht ſich dieſe Sachlage nur klar und in allen ihren Conſequenzen zu vergegenwärtigen, um die großen Schwierigkeiten zu ermeſſen, welche ſich dem Abſchluſſe eines alle Theile befriedigenden, alle obſchwebenden Fragen erledigenden Friedens entgegen ſtellten. Nicht allein die Fülle und ſchwere Bedeutung dieſer zum Theil ſeit langen Jahrzehnten offenen Fragen war es, was die Verhandlungen ſo ungemein erſchwerte, ſondern auch und vor Allem die große Verſchiedenheit der Parteigruppirung in jeder einzelnen derſelben. Naturgemäß konnte bei der ganzen Art der zur Entſcheidung ſtehenden Fragen kaum jemals davon die Rede ſein, daß Frankreich

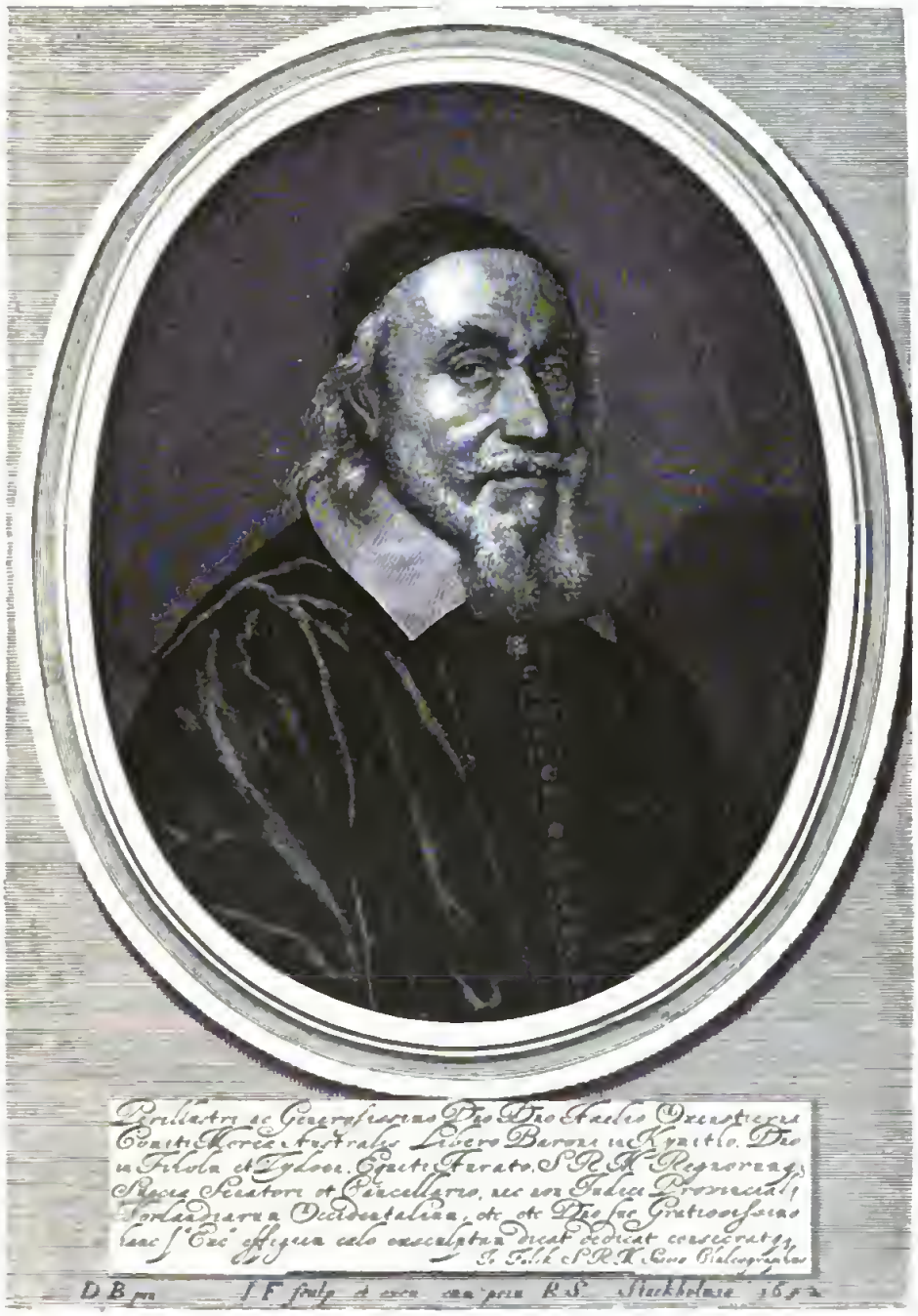
und Schweden auf der einen, das deutsche Reich auf der andern Seite mit einander verhandelt hätten. Ja man kann sagen, daß das letztere in seiner Gesammtheit überhaupt nicht auf dem Congresse vertreten war. Denn der Kaiser allein konnte eine solche Vertretung in diesem Falle schon darum nicht führen, weil er selbst einem Theile der Glieder des Reichs als feindliche Partei gegenüber stand und weil, was damit zusammenhing, seine eigenen habsburgisch-österreichischen Interessen nicht allein mit denen des Reiches nicht zusammenfielen, sondern ihnen in vielem Betracht geradezu entgegengesetzt waren. Gerade in der Thatsache, daß das habsburgische Kaiserthum durch seine mit denen des Reiches in gar keinem Zusammenhange stehenden internationalen Interessen geleitet wurde, lag das Verhängniß unserer nationalen Geschichte. Aber selbst ganz abgesehen davon, daß das deutsche Reich in seiner Gesammtheit auf diesem Friedenscongresse niemals geschlossen den auswärtigen Mächten gegenüber stand, war auch die Parteistellung der einzelnen Glieder desselben unter einander und zum Kaiser durchaus nicht in allen Fragen die nämliche. Wenn der Kaiser in den letzten Jahren schon selbst in den religiösen Angelegenheiten keineswegs immer die Gesammtheit der katholischen Stände für sich gehabt hatte, so wurde auch jetzt der grundlegende Gegensatz zwischen katholischen und evangelischen Ständen, der die Parteigruppirung in den religiösen Fragen wenigstens in der Hauptsache bestimmte, in den territorialen wieder durch einen andern durchsetzt, der sich daraus ergab, daß die territorialen Interessen Oesterreichs-Habsburgs auch mit denen einiger katholischer Stände, namentlich denen des Kurfürsten von Bayern, in schroffem Gegensatz standen.

Wie sollte unter diesen Umständen eine auch nur einigermaßen einheitliche Verhandlung mit den auswärtigen Staaten möglich sein? Es liegt auf der Hand, welchen unermeßlichen Vortheil die letzteren aus diesen verworrenen Verhältnissen des Reiches ziehen konnten, wenn sie diese inneren Streitigkeiten geschickt für ihre Interessen verwertheten. In der That hätte das deutsche Reich noch viel schwerere Verluste, als es thatsächlich der Fall war, erlitten, wenn die auswärtigen Mächte dem zerrissenen Reiche einträchtig gegenüber gestanden hätten. Zum Glück aber war auch das keineswegs in vollem Umfange der Fall. Da viele der grundlegenden Fragen, um deren Lösung es sich handelte, religiös-kirchlicher Art waren, so mußte es zu Tage treten und trat zu Tage, daß die eine der unterstützenden auswärtigen Mächte ihrem innersten Wesen nach protestantisch, die andere katholisch war. Das Gemeinsame, was sie zusammengeführt und zusammengehalten hatte, war eben nur der Haß gegen das Haus Habsburg gewesen. Sobald dieser Haß nicht in Frage kam, mußten alsbald die religiösen Gegensätze deutlich zur Geltung kommen. Frankreich hatte den Krieg ohne Zweifel in erster Linie vom Standpunkte seiner europäischen Politik aus geführt. Dieser ließ es ihm wünschenswerth erscheinen, daß die deutschen Protestanten dem Kaiser nicht völlig erlagen, sondern nach wie vor fähig blieben, einem allzu großen Anwachsen der kaiserlichen Macht entgegen zu treten. So weit, aber auch nur so weit war es bereit,

seine protestantischen deutschen Verbündeten in den Verhandlungen zu unterstützen. Im Uebrigen stellte es sich in der Hauptsache auf die Seite der katholischen Fürsten, namentlich in allen den Fragen, in denen auch deren Interessen im Gegensatz zu denen des Kaisers standen. Denn nicht in dem Gegensatz zwischen Protestantismus und Katholicismus, sondern in dem zwischen Kaiserthum und deutschem Fürstenthum, katholischem wie evangelischem, lag für Frankreich die Hauptbedeutung wie des Krieges, so des Friedens. Wie Richelieu dereinst auf dem Regensburger Kurfürstentage die Liga gegen den Kaiser und seinen General, wie er dann den Bundesgenossen der Protestanten, Gustav Adolf, unterstützt, zugleich aber zu bewegen versucht hatte, die Liga zu schonen, ihr Neutralität zu bewilligen und seinen Kampf unmittelbar nur gegen den Kaiser zu richten, so unterstützte jetzt Mazarin sowohl die katholischen als die protestantischen Fürsten stets, wenn ihr Interesse dem des Kaisers widersprach. Auch in dieser Beziehung war Mazarin der ganz consequente Nachfolger und Fortsetzer Richelieus.

Ganz anders geartet aber war die Stellung Schwedens zu den grundlegenden Fragen. In dem Gegensatz zu dem Kaiser zwar war es mit Frankreich durchaus einig, und wo es galt, ihm Gebietsabtretungen abzutrotzen oder die politische Macht der Stände gegenüber der seinigen zu stärken, da waren Frankreich und Schweden ein Herz und eine Seele. Aber während der Gegensatz Frankreichs zum Kaiser nur ein politischer war, trat bei Schweden auch der religiöse Gegensatz klar und bestimmt zu Tage. Es zeigte sich doch, daß auch die kleineren Epigonen Gustav Adolfs doch eben dessen Erben waren. Wie für Gustav Adolf ganz gewiß die politischen Interessen seines Staates auf sein Eingreifen in den deutschen Krieg hervorragend eingewirkt hatten, daneben aber doch auch der religiöse Gedanke, die Unterstützung der deutschen Protestanten in ihrem Existenzkampfe gegen die katholische Allgewalt des Kaisers, von entscheidender Bedeutung gewesen war, so lagen die Dinge auch jetzt für den umsichtigen Leiter der schwedischen Politik, Axel Oxenstierna, und für die Vertreter Schwedens auf dem Friedenscongresse. Neben der Entschädigung, welche Schweden für sich selbst in Anspruch nahm, war die Sicherung der dauernden Existenz und Gleichberechtigung des deutschen Protestantismus der leitende Gesichtspunkt der schwedischen Politik, und manche dem Protestantismus günstige Bestimmung des Friedens ist nur ihrer Unterstützung zu verdanken.

Betrachtet man die Dinge unter diesem entscheidenden Gesichtswinkel, so war bei aller Verworrenheit und gegensätzlichen Verschiedenheit der Parteiverhältnisse die in den grundlegenden Fragen am klarsten zu Tage tretende Gruppirung doch noch immer die, daß auf der einen Seite Frankreich und die katholischen deutschen Stände, auf der andern Seite Schweden und die deutschen Protestanten standen, zwischen ihnen allen aber in einer fast völlig isolirten Stellung der Kaiser, der in den meisten politischen Fragen alle Parteien, in den religiösen Fragen aber zum Mindesten Schweden und die deutschen Protestanten gegen sich hatte.



Axel Oxenſtierna.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1652, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

Max Graf von Trautmannsdorff,
kaiſerl. Geſandter in Osnabrück.
Nach dem Originalgemälde im Friedenssaal zu Osnabrück

Dieſe Gruppirung war ſchon in den letzten Kriegsjahren, ja während des ganzen Krieges ſo deutlich hervorgetreten, ihre Bedeutung für die Friedensverhandlungen lag ſo klar zu Tage, daß eben aus dieſem Grunde von vornherein eine Trennung der Unterhandlung ſelbſt nach derſelben beliebt wurde. Wir ſahen, daß man ſich darüber einigte, daß in Osnabrück die Schweden mit den Proteſtanten, in Münſter Frankreich mit den Katholiken verhandeln und jede Partei ihre Forderungen präciſiren ſollte. Die kaiſerlichen Geſandten, die in erſter Linie an den Berathungen in Münſter theilnahmen, begaben ſich je nach der Lage der Dinge und den augenblicklichen Bedürfniſſen bald nach Osnabrück, bald wieder zurück nach Münſter.

Dem entſprechend hatten ſich ſeit 1643 ſehr allmählich und langſam die Geſandten der betheiligten Mächte eingefunden. Am früheſten erſchienen die des Kaiſers, Graf Ludwig von Naſſau und Dr. Volmar, beide rekatholiſirte Proteſtanten, denen am 5. November 1645 als hauptſächlichſter und erfolgreichſter Vertreter des Kaiſers der Graf von Trautmannsdorff folgte. Außer ihnen ſpielten hier die entſcheidende Rolle die franzöſiſchen Geſandten, Graf d'Avaux und Abel Servien, Graf von La Roche des Aubiers, die aber unter einander arg verfeindet waren, ſo daß ſich die Königin endlich veranlaßt ſah, neben und über ihnen als vornehmſten Vertreter ihrer Intereſſen den Herzog von Longueville zu beglaubigen. Außerdem aber waren in Münſter neben den Vertretern der deutſchen katholiſchen Stände, unter denen der reichsprälatiſche Abgeſandte Adam Adami hervorragte, als venetianiſcher Geſandter Contarini und der päpſtliche Nuntius Fabio Chigi, der ſpätere Papſt Alexander VII., anweſend.

In Osnabrück nahmen die ſchwediſchen Geſandten, Johann Oxenſtierna, der Sohn des Kanzlers, ein kenntnißreicher und verſtändiger Diplomat, aber an Energie und Schärfe des Verſtandes nicht entfernt mit ſeinem Vater vergleichbar, und Adler Salvius, der ſchon an den Präliminarverhandlungen in Hamburg hervorragenden Antheil genommen hatte, die leitende Stellung

ein. Neben ihnen traten unter den Vertretern der deutschen protestantischen Fürsten namentlich die württembergischen Räthe Löffler und Varnbüler und der braunschweigisch-calenbergische Prokanzler Jacob Lampadius hervor, der sich vordem durch eine im Jahre 1619 veröffentlichte Schrift de republica Romano-Germanica, die als eine Vorläuferin des Werkes von Hippolytus a Lapide betrachtet werden kann, bekannt gemacht hatte.

Bei der Langathmigkeit und Schwerfälligkeit, welche allen diplomatischen Verhandlungen dieser Epoche eigen ist, kann es nicht Wunder nehmen, daß zunächst, ehe es zu der officiellen Eröffnung des Congresses kam, Monate vergingen, während deren man sich über die nichtigsten und nebensächlichsten Formfragen mit einem Ernst und Eifer, als handelte es sich um die wichtigsten Dinge von der Welt, herumstritt. Eine dieser wichtigen Cardinalfragen war z. B. die, ob den Gesandten der Kurfürsten das Prädicat „Excellenz" zuzuerkennen sei oder nicht. Während draußen im Lande nach wie vor der Krieg mit allen seinen Schrecken tobte, hielten sich die Gesandten bei solchen Haupt- und Staatsactionen auf. Wichtiger und schon auf dem Grenzgebiet der eigentlich sachlichen Berathungen stehend war die schon seit Jahren mit Eifer

Johann Oxenstierna,
schwedischer Gesandter in Osnabrück.
Nach dem Originalgemälde im Friedenssaal zu Osnabrück.

Adler Salvius,
schwedischer Gesandter in Osnabrück.
Nach dem Originalgemälde im Friedenssaal zu Osnabrück.

verhandelte Frage, ob der Kaiſer allein das Reich zu vertreten habe oder ob die einzelnen Stände Geſandte auf den Congreß ſchicken ſollten. Wir hoben ſchon hervor, daß es der Erklärung der ſchwediſchen und franzöſiſchen Geſandten, daß ſie in die Verhandlungen nicht früher eintreten würden, als bis die Vertreter der Stände zugelaſſen ſeien, bedurfte, ehe der Kaiſer nachgab. Und auch dieſe Erklärung hätte vielleicht nicht genügt, wenn ſie nicht durch die kriegeriſchen Erfolge Torſtenſons den nöthigen Nachdruck erhalten hätte. Als dann der Kaiſer endlich das lange verweigerte Zugeſtändniß gemacht hatte, entſtanden neue Schwierigkeiten durch die Forderung der Katholiken, es ſollten alle innerdeutſchen Sachen auf den Congreß der katholiſchen Mächte nach Münſter verlegt und erſt nach der „Satisfaction" der fremden Mächte verhandelt werden. Beide Forderungen, deren Erfüllung die proteſtantiſche Sache natürlich ſchwer geſchädigt haben würde, ſcheiterten vornehmlich an dem energiſchen und conſequenten Widerſtande Kurbrandenburgs, deſſen feſtes Auftreten überall, z. B. auch in Frankreich, das größte Aufſehen erregte.

So dauerte es bis zum 11. Juni 1645, ehe es nur dazu kam, daß die beiden auswärtigen Mächte Frankreich und Schweden, jede für ſich, die eine in Münſter, die andere in Osnabrück, ihre Friedenspropoſitionen vorlegen konnten. Dieſelben ſtimmten, natürlich mit Ausnahme der Gebietsentſchädigungsforderungen, welche jede von ihnen geltend machte, in der Hauptſache mit einander überein. Beide verlangten als Grundlage aller weiteren Verhandlungen jene allgemeine Amneſtie, welche ſchon Wallenſtein in Ausſicht geſtellt, der Kaiſer aber bisher immer verweigert oder doch nur in ſehr beſchränktem Umfange zugeſtanden hatte, dem entſprechend Zurückführung des Zuſtandes in Deutſchland, wie er im Jahre 1618 vor Anfang des Krieges geweſen war, und eine ausreichende Sicherſtellung der Reichsverfaſſung gegen alle willkürlichen Uebergriffe des Kaiſerthums. Die letztere glaubten ſie nur dann für ausreichend halten zu dürfen, wenn auf der einen Seite die Ernennung des Nachfolgers ſchon bei Lebzeiten des Kaiſers, d. h. die römiſche Königswahl, wegfalle, auf der andern Seite aber — und das ging rechtlich wenigſtens über den Zuſtand von 1618 weit hinaus — jedem Stande im Reiche die unverkürzte Geltung ſeiner landeshoheitlichen Rechte, einſchließlich des Rechtes, Bündniſſe ſelbſt mit auswärtigen Staaten zu ſchließen, garantirt werde (droits de souveraineté. Artikel VIII der franzöſiſchen Propoſition). So weit, d. h. in allen auf die Schwächung der kaiſerlichen Centralgewalt gerichteten Forderungen, ſtimmten die franzöſiſchen mit den ſchwediſchen Propoſitionen überein. Aber die letzteren gingen in der Unterſtützung der proteſtantiſchen Wünſche noch einen Schritt weiter. Schweden forderte vor Allem ausdrücklich die Ausdehnung der Amneſtie auch auf die böhmiſchen Exulanten und die Freigebung des Evangeliums in den öſterreichiſchen Erblanden; ja ſelbſt in den Territorialfragen ging Schweden von ſeinem proteſtantiſchen Standpunkte aus weiter als Frankreich, indem es einmal die volle Herſtellung der Pfalz forderte, für die Frankreich mit Rückſicht auf Maximilian von Bayern nicht in vollem Umfange

eintreten wollte, außerdem aber zum Zweck der Ausgleichungen und der Entschädigungen der aus ihrem Besitz Vertriebenen umfassende Säcularisationen geistlichen Gutes in Vorschlag brachte. Endlich trat Schweden noch für eine gütliche Beilegung aller Religionsstreitigkeiten ein. Politisch unterschieden sich, abgesehen von den Entschädigungsforderungen, die erst im Verlauf der Verhandlungen näher präcisirt wurden, die Propositionen Frankreichs von denen Schwedens noch dadurch, daß das erstere verlangte, daß Kaiser und Reich sich nicht in den noch fortdauernden Krieg zwischen Frankreich und Spanien einmischen sollten.

So war das Programm für die Regelung der innerdeutschen Angelegenheiten in allen Hauptpunkten aufgestellt, aber aufgestellt nicht vom Kaiser, dessen Bestrebungen es im Gegentheil in den meisten Fragen entgegengesetzt war, sondern von den auswärtigen Mächten, die dadurch einen entscheidenden Einfluß auf die Reform der Reichsverfassung wie auf die endgiltige Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Deutschland von vornherein gewannen. Gewiß war das für das Reich eine beschämende, seine innere Selbständigkeit völlig in Frage stellende Thatsache. Vergebens wiesen patriotisch denkende Männer auf die Schmach hin, die darin lag, daß fremde Fürsten mitten in Deutschland über Deutschland entschieden. „Das Reich kann nur durch das Reich, Deutschland durch Deutschland wiedergeboren werden," so rief Wassenberg in seiner paraenesis ad Germanos (1647) seinen deutschen Landsleuten zu. „Als Kinder eines Leibes, eines Staates, als Brüder müssen sich alle Deutsche in Liebe umfassen und mit allen Kräften und Tugenden heldenmüthig jenem großen Ziele (der Neueinrichtung des Reiches) zustreben." Aber was wollten alle solche patriotischen Ermahnungen gegenüber der Macht der Thatsachen besagen? Die kaiserliche Politik vor dem Kriege und während desselben, ja während dieser Friedensverhandlungen selbst, hatte nur zu deutlich gezeigt, daß eine Einigung Deutschlands aus eigener Kraft, eine Sicherstellung der gleichberechtigten Existenz der protestantischen Glieder desselben nun einmal nicht möglich war. Gab sich doch auch jetzt gegenüber den französisch-schwedischen Propositionen der Kaiser alle erdenkliche Mühe, von dem Normaljahre 1618 und von den anderen protestantischen, von Schweden vertretenen Forderungen abzuhandeln, was irgend abzuhandeln war. Der erste Gegenvorschlag, den er am 25. September 1645 machte, ging dahin, statt 1618 vielmehr 1630 als Normaljahr festzustellen, d. h. alle die gewaltsamen Rekatholisirungen, die durch das Restitutionsedict eingeleitet worden waren, als zu Recht bestehend anzuerkennen, von seiner Weigerung, die Religionsfreiheit auch auf seine Erbländer auszudehnen, ganz zu schweigen. Wie minimal würden nun gar seine Zugeständnisse gewesen sein, wenn der Druck der auswärtigen Staaten ihn nicht zur Nachgiebigkeit und zum Entgegenkommen gezwungen hätte! Und nicht genug damit; eine Einigung in den kirchlichen Fragen unter den Deutschen allein wäre auch durch den Gegensatz zwischen Lutheranern und Reformirten sehr erschwert worden. Forderten doch die ersteren,

allen voran Kurſachſen, daß die letzteren überhaupt nicht an den religiöſen Zugeſtändniſſen, die den Proteſtanten gemacht würden, theilhaben ſollten; wollten ſie ihnen doch kaum Duldung, viel weniger Gleichberechtigung einräumen.

So ergab ſich von vornherein die Nothwendigkeit, die innerdeutſchen Verhältniſſe an der Hand der Propoſitionen der auswärtigen Staaten und im Zuſammenhange mit deren territorialen Forderungen zu behandeln. Da verſuchte nun der Kaiſer, ſich des Gegenſatzes und der Eiferſucht zwiſchen dieſen auswärtigen Staaten für ſeine Zwecke zu bedienen, und zwar dachte er zunächſt, durch die bedrohlichen kriegeriſchen Erfolge Torſtenſons veranlaßt, daran, ſich mit Schweden, das ſich dieſerhalb an ihn gewandt hatte, zu verſtändigen, deſſen territoriale Anſprüche zu befriedigen, um ſich dann mit ganzer Macht gegen Frankreich zu wenden. Allein dieſer Gedanke ſcheiterte an den übertriebenen Forderungen, welche Schweden ſtellte.

Daß Schweden ſeine Entſchädigung vor Allem in der pommerſchen Oſtſeeküſte, welche Guſtav Adolf zum Ausgangs- und Stützpunkte ſeines Unternehmens gedient hatte und in der Hauptſache noch jetzt in ſchwediſchem Beſitz war, ſuchen würde, war von vornherein vorauszuſehen geweſen. Nun war aber der rechtliche Beſitzer ganz Pommerns der Kurfürſt von Brandenburg, der ſich naturgemäß auf das Feierlichſte dagegen verwahrte, daß er, der am Kriege nur vorübergehend Antheil genommen hatte, jetzt die Koſten deſſelben tragen ſollte. Vergebens verſuchte der Kaiſer, den Kurfürſten zur Abtretung von ganz Pommern dadurch zu bewegen, daß er ihm, einem ſchwediſchen Vorſchlage entſprechend, eine Entſchädigung mit geiſtlichem Gebiet, etwa mit Halberſtadt, Minden und Verden, in Ausſicht ſtellte. Dann hatte ſich die Königin Chriſtine eine Zeit lang geneigt gezeigt, ſich mit der Hälfte Pommerns zu begnügen und als Erſatz für die andere Hälfte Bremen und Verden zu fordern. Aber mitten während der Verhandlungen mit dem Kaiſer erhielten ihre Geſandten im Januar 1646 plötzlich von ihr die Weiſung, nicht allein ganz Pommern mit Camin, Wismar, Warnemünde und Bremen, ſondern auch ganz Schleſien zu fordern, Alles als Reichslehen mit vier fürſtlichen Stimmen am Reichstage. Der plötzliche Wechſel war natürlich durch die großen Erfolge der ſchwediſchen Waffen verurſacht, veranlaßte aber nun den Kaiſer, ebenfalls einen Syſtemwechſel vorzunehmen und eine Einigung mit Frankreich zu verſuchen. Aber wenn ſein Geſandter gehofft hatte, dieſes werde ſich mit der endgiltigen Abtretung der lothringiſchen Bisthümer Metz, Toul und Verdun, welche es ſeit 1552 faetiſch, aber nicht rechtlich beſaß, begnügen, ſo ſah er ſich alsbald grauſam enttäuſcht. Die franzöſiſchen Geſandten erklärten, von Lothringen dürfe bei den Verhandlungen überhaupt nicht die Rede ſein; ſie betrachteten dies bereits als ihren endgiltigen Beſitz und forderten jetzt die ganze obere und niedere Landgrafſchaft Elſaß mit dem Sundgau und Breisgau, ferner Breiſach und Philippsburg. Dieſe Forderung aber, welche das Haus Habsburg faſt ſeiner ganzen vorderöſterreichiſchen Länder beraubt haben würde, erhielt erhöhten Nachdruck dadurch, daß Kurfürſt Maximilian von

Königin Chriſtine von Schweden.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches, 1653, von Jeremias Falck (1619 bis um 1663); Originalgemälde von David Beck (1621—1656).

Bayern, der eben damals seine Separatverhandlungen mit Frankreich begann, der erste deutsche Fürst war, der für die Bewilligung derselben eintrat. Wirklich sah sich der Kaiser bereits am 16. April 1646 veranlaßt, die Abtretung der ganzen Landgrafschaft Elsaß und des Sundgaues zu bewilligen, dagegen sträubte er sich nach wie vor gegen die Abtretung von Breisach und Philippsburg, vor Allem aber gegen die der rechtsrheinischen vorderösterreichischen Länder, also namentlich des Breisgaues. Und da die Franzosen auch auf dieser Forderung bestanden, sah sich Trautmannsdorff von Neuem zu Verhandlungen mit Schweden genöthigt. Im Mai erbot er sich trotz der im Prager Frieden Brandenburg geleisteten Zusage, für seinen pommerschen Besitz einzutreten, ganz Pommern, Wismar und die Bisthümer Bremen und Verden den Schweden einzuräumen. Da aber hiergegen naturgemäß sowohl der Kurfürst von Brandenburg als auch die pommerschen Stände, welche mit Recht geltend machten, daß man sie doch nicht wie das liebe Vieh verhandeln könne, protestirten, so entstand hierüber eine wachsende Spannung, welche die pommersche Frage zum Mittelpunkte der ganzen Verhandlungen werden ließ. Brandenburg fand in seinem Widerstande gegen die Abtretung ganz Pommerns Unterstützung nicht allein bei Frankreich, das Schweden dieses wichtige Küstenland nicht einräumen wollte, sondern auch bei den alten Rivalen der schwedischen Herrschaft in der Ostsee, bei Dänemark und Polen, ja selbst bei Rußland. Endlich hatte der Kurfürst, da er eben in dieser Zeit (3. December 1646) sich mit der Prinzessin von Oranien vermählte, auch Holland auf seiner Seite. Es kam so weit, daß Friedrich Wilhelm ernstlich erwog, ob er nicht, auf diese europäische Combination gestützt, es wagen könne, die Waffen gegen Schweden zu ergreifen und sich den Besitz der pommerschen Erbschaft zu erkämpfen. In der That sprach Vieles dafür, schließlich aber überwog doch die Rücksicht auf die damit verbundenen großen Gefahren, die nicht allein Brandenburg selbst, sondern die ganze protestantische Sache auf dem Friedenscongreß bedroht haben würden. Die Osnabrücker Gesandten des Kurfürsten, mit denen er sich auf der Reise nach dem Haag in Lengerich berieth, erklärten sich schließlich doch für eine Einigung mit Schweden, die dann nach weiteren erregten Verhandlungen in der That im Februar 1647 dahin zu Stande kam, daß Schweden sich mit Vorpommern und Stettin nebst einem schmalen Strich von Hinterpommern am rechten Oderufer entlang begnügte.

Danach konnte sich der Kurfürst von Brandenburg, der unter den protestantischen deutschen Fürsten die bei weitem hervorragendste Rolle spielte, wieder mit voller Kraft der Erörterung der religiös-kirchlichen Angelegenheiten widmen, die Hand in Hand mit den territorialen weiter gefördert wurde. Seinem Einflusse ist es namentlich zu verdanken, daß im Artikel VII des Friedensinstrumentes den Reformirten die gleichen Rechte mit den Anhängern der Augsburger Confession zugestanden wurden.

Im Uebrigen mußte der Kaiser gegenüber der festen Haltung Schwedens in allen religiösen und innerdeutschen politischen Fragen Schritt für Schritt

Triumphwagen/

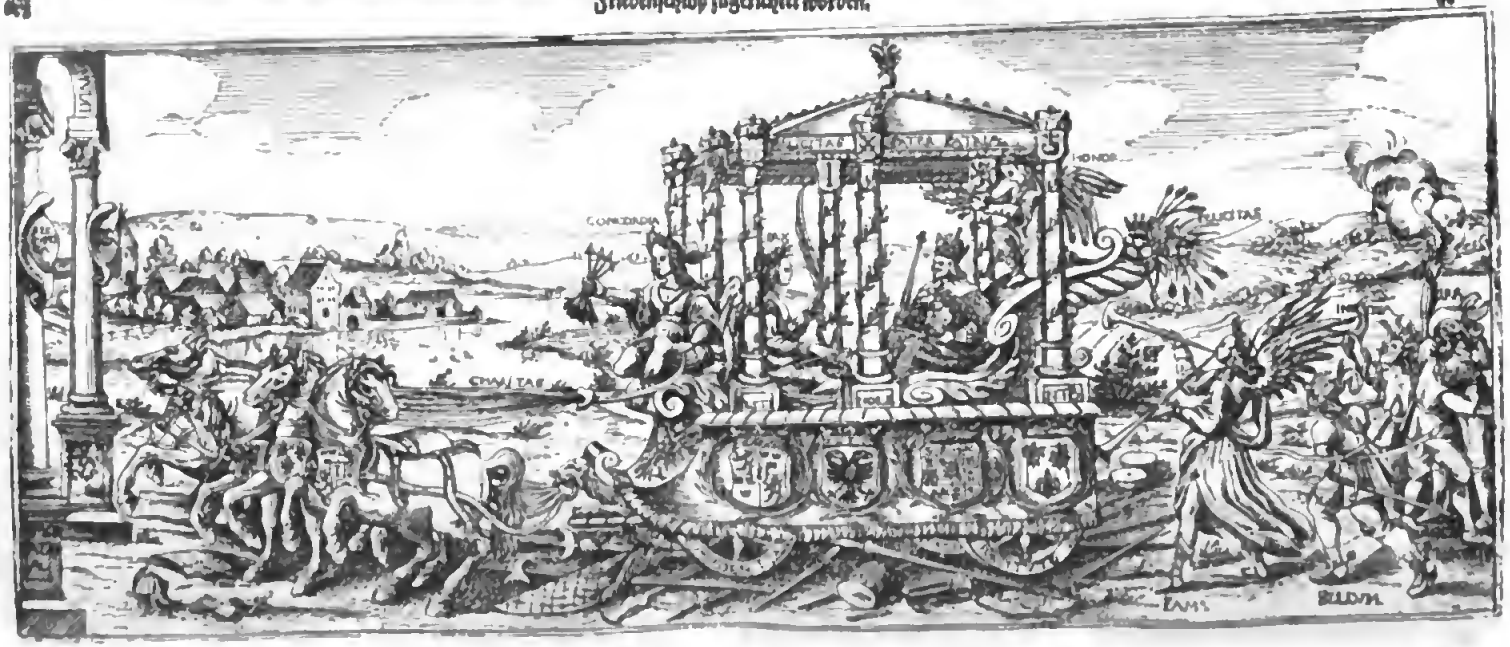
Welcher Ihrer Kayſ: Mayeſt: vnſerm allergnädigſten Her-

ren durch den ſo viel vnnd lange Jahr hero gewünſchten/ lieben/ theuren vnd edlen Frieden/ dieſes 1648.

Jahrs den 24: October/ Durch Ihrer Kayſ: Mayeſt: ſampt beeder Cronen Franckreich vnd Schweden/ neben andern deß Heyl: Röm:

Reichs Churfürſten/ vnd Ständen allerſeyts hochanſehnlichen gevollmächtigten Zu Münſter vnd Oſnabrugg in Weſtphalen in dem

Friedenſchluß zugerichtet worden.



Vnd ſchaw die dieſe Figur an/
Darinn dir fürgebildet wird/
Der Triumph Wagen wol gezirt/
Den die in obbeſagtem Jahr/
Der Edle Fried macht offenbar.
Erſtlich der Wagen wolernannt/
Wird Feſtino Lente genannt/
Den ziehen vier Pferdt ſchön zugleich/
An der Bruſt vier Wappen lobreich/
Wie auch dieſe Wappen imt prangen/
Der Decken vmb den Wagen hangen/
Das erſte iſt vnd bleibt bequem/
Dem Römiſchen Reich wol fürnem/
Das ander Wappen iſt allda/
Das Königreich Hiſpania/
Vnd das dritte Wappen wol bereit/
Iſt der Cron Franckreich allin gemein/
Das vierdte Wappen hoher Ehren/
Thue der Cron Schweden zugehören/
Welliche vier Cronen gemein/
Einander nun verbunden ſeyn/
Das Römiſch Reich mit viel Wolthat/
Vnd Ihr Kayſerlich Mayeſtat/
Wider dero Feind Hochmut vnd trutzen/
Bey ihren Freyheiten zu ſchutzen.
Zum andern ſichſt du im Ornat/
Ihr Kayſerliche Mayeſtat/
Schwerdt/
Vor dero ſitzt der Frieden werth/
Hält ihr für die Juſticia,
Deßgleichen den Glauben allda/
Darzu ſich Ihr Mayeſt: erzeigt/
Von Jugend auff darzu geneigt/
Hinder Ihr Mayeſt: die Ehe/
Welliche ſich frewet ſo ſehr/
Vnd krönet Ihr Mayeſtat gantz/
Mit einem ſchönen Lorberkrantz.
Ein Horn ſiheſt du gar ſchön/
Darauß viel Früchten herfür gehen/
Die der Fried mit ſich bringt ſehr fein/
Erſtlich der gmeine Nutz allein/
Auß dem mehr früchte thun herfür ſprieſſen/
Deren menniglich mag genieſſen/
Als wolfeile Zeit/Glück in der Nahrung/
In allem Gewerb/gute Fortfahrung.
Zum dritten Concordia gut/
Mit dem Liebes Band laiten thut
Die 4. Pferde/ſo gar williglich/
Die Einigkeit lahn weiſen ſich/
Ein Himmel ſiheſt du mit wunder/
Da Ihr Mayeſtae ſitz darunder/
Der ſtehe auff ſiben Säulen veſt/
Verwahrt Ihr Mayeſtat auffs beſt/
Dardurch kanſt du verſtehn zugleich/
Der jeder auch gezieret iſt/
Mit eim Lorber Krantz zu der friſt/
Das iſt daß ſie mit weiſem Rath/
Der Kayſerlichen Mayeſtat/
Beyſtehn vnd helffen den Laſt tragen/
Deß Reichs Notturfft zu allen Tagen/
Zum vierdten ſein geſchrieben ſtehn/
An der Deckin deß Wagens ſchön/
Die Verß in ſolcher Geſtalt/
Nach laut derſelbigen Innhalt:
Felicitas Patet Patriæ gnannt/
Der glückſelig Vatter deß Vatterlands.
Fünfftens ſichſt auch 4. Röder recht/
Zwey vordere die anzeigen ſchlecht/
Prudentia vnd Juſticia,
Die zwey hindere aber da/
Das ein Fortitudo die Stärck/
Vnd Temperantia vermerck.
Zu dem ſechſten ſo ſichſtu dorten/
Zwo Säulen an der Triumph Porten/
Die ein Saul Amor Patriæ,
Liebe zum Vatterland allhie.
Die ander Bacio Status,
Der Rathſchlag nit vernunfft ſeyn muß.
Die zween Schildt geben zu verſtohn/
Den gmeinen Nutzen wolgethon.
Sibenden vnd letſtens wol verſteht/
Fama mit Flügeln auffgebreit/
Vnd zweyen Poſaunen bereit/
Welche durch das gantz Römiſch Reich/
Jung vnd Alt/Arm vnd Reich zugleich/
Von Oriente biß in Occidente/
Den Frieden proclamiert behend/
Führt auch gefangen vnd gebunden/
Den Bellum als gantz vberwunden/
Wie auch Invidia den Neydt/
Sampt der Diſcordia bereit/
Zur Anzeigung vnd gueten Lehr/
Daß ſie nu ſollen herrſchen mehr.
Deßwegen die Kriegs Inſtrument/
Häuffig da ligen an dem End/
Vnd nit mehr ſollen gebraucht werden/
So lang der Fried regiert auff Erden.
Für dieſe Wolthat vns gethon/
Sollen wir GOTT ins Huſſicis-Thron/
Loben vnd dancken ſpat vnd frü/
Mit bußfertig em Leben hie/
O heilige Dreyfaltigkeit/
Hilff vns nach der betrübten Zeit/
Zu dir in dein himmliſchen Saal/
Da kein Vnfrid/Noth vnd Trübſal
Vns wird berühren alleſamen/
Darmit wir preiſen deinen Namen/
Das geb vns Gott auß Gnaden/Amen.

Radiert durch Martin Zimmermann/Kunſtführer in Augſpurg.

Facſimile eines Flugblattes auf den Friedensſchluß von 1648.

Triumphwagen/

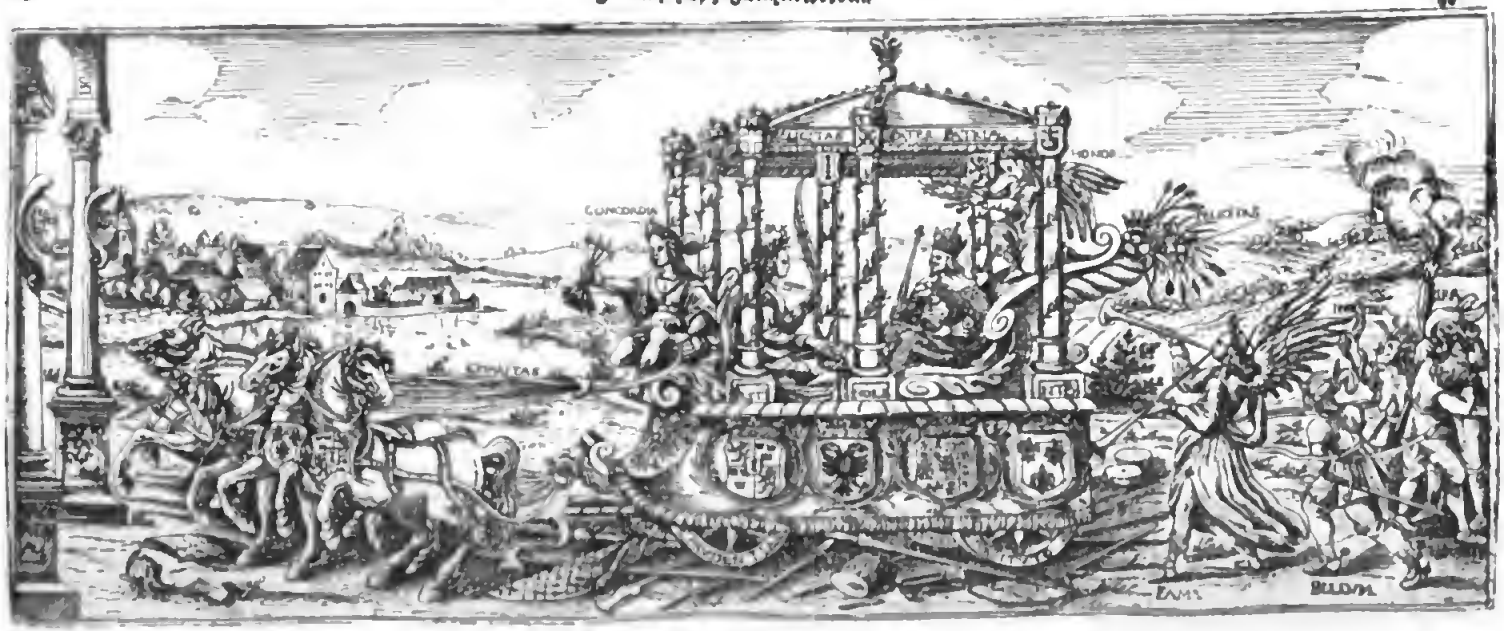
Welcher Ihrer Kayſ: Mayeſt: vnſerm allergnädigſten Her-

ren durch den ſo viel vnnd lange Jahr hero gewünſchten/ lieben/ theiwren vnd edlen Frieden/ dieſes 1648.

Jahrs den 24: October/ Durch Ihrer Kayſ: Mayeſt: ſampt beeder Cronen Franckreich vnd Schweden/ neben andern deß Heyl: Röm:

Reichs Churfürſten/ vnd Ständen allerſeyts hochanſehnlichen gevollmächtigten Zu Münſter vnd Oſnabrugg in Weſtphalen in dem

Friedenſchluß zugerichtet worden.



Vnd schaw hie diese Figur an/
Darinn dir fürgebildet wird/
Der Triumph Wagen wol geziert/
Den dir in obbesagtem Jahr/
Der edle Fried macht offenbar.
Erstlich der Wagen wolernannt/
Wird Festino Lente genannt/
Den ziehen vier Pferdt schön zugleich/
An der Beust vier Wappen lobreich/
Wie auch diese Wappen mit prangen/
Der Decken vmb den Wagen hangen/
Das erste ist vnd bleibt bequem/
Dem Römischen Reich wol fürnem/
Das ander Wappen ist allda/
Das Königreich Hispania/
Vnd das dritt Wappen wol bereit/
Ist der Cron Franckreich assingniert/
Das vierdte Wappen hoher Ehren/
Thut der Cron Schweden zugehören/
Welliche vier Cronen gemein/
Einander nun verbunden seyn/
Das Römisch Reich mit viel Wolthat/
Vnd Ihr Kayserlich Mayestat/
Wider dero Feind Hochmut vnd trutzen/
Bey ihren Freyheiten zu schutzen.
Zum andern sichst du im Ornat/
Ihr Kayserliche Mayestat/
Schwerdt/
Vor dero sitzt der Frieden wereh/
Hält jhr für die Justitia,
Deßgleichen den Glauben allda/
Darzu sich Ihr Mayest: erzeigt/
Von Jugend auff darzu geneigt/
Hinder Ihr Mayest: die Ehr/
Welliche sich frewet so sehr/
Vnd krönet Ihr Mayestat gantz/
Mit einem schönen Lorbeerkrantz.
Ein Horn sihest du gar schön/
Darauß viel Früchten herfür gehen/
Die der Fried mit sich bringt sehr fein/
Erstlich der gmeine Nutz allein/
Auß dem mehr frücht thun herfür spriesst.
Deren menniglich mag geniessen/
Als wolfaile Zeit/ Glück in der Nahrung/
In allem Gewerb/ gute Fortfahrung.
Zum dritten Concordia gut/
Mit dem Liebeo Band latten thut
Die 4. Pferdt/ so gar williglich/
Die Einigkeit lahn weisen sich/
Ein Himmel sihest du mit wunder/
Da Ihr Mayestat sitzt darunder/
Der steht auff siben Säulen vest/
Verwahrt Ihr Mayestat auffo best/
Dardurch kanst du verstehn zugleich/
Der jeder auch gezieret ist/
Mit eim Lorbeer Krantz zu der frist/
Das ist/ daß sie mit weisem Rath/
Der Kayserlichen Mayestat/
Beystehn vnd helffen den Last tragen/
Deß Reichs Notturfft zu allen Tagen/
Zum vierdten fein geschrieben stehn/
An der Deckin deß Wagens schön/
Die Verß in solcher Gestalt/
Nach laut derselbigen Innhalt:
Felicitas Pater Patriæ gnannt/
Der glückselig Vatter deß Vatterlands.
Fünfftens sichst auch 4. Räder recht/
Zwey vordere dir anzeigen schlecht/
Prudentia vnd Justitia,
Die zwey hindere aber da/
Das ein Foritudo die Stärck/
Vnd Temperantia vermerck.
Zu dem sechsten so sichstu dorten/
Zwo Säulen an der Triumph Porten/
Die ein Saul Amor Patriæ,
Liebe zum Vatterland allhie.
Die ander Ratio Status,
Der Rathschlag mit vernunfft seyn muß.
Die zween Schildt geben zu verstohn/
Den gmeinen Nutzen wolgethon.
Sibenden vnd letstens wol versteht/
Fama mit Flüglen außgebreit/
Vnd zweyen Posaunen bereit/
Welche durch das gantz Römisch Reich/
Jung vnd Alt/ Arm vnd Reich zugleich/
Von Oriente biß in Occidente/
Den Frieden proclamiert behend/
Führt auch gefangen vnd gebunden/
Den Bellum als gantz vberwunden/
Wie auch Invidia den Neydt/
Sampt der Discordia bereit/
Zur Anzeigung vnd guten Lehr/
Daß sie nit sollen herischen mehr.
Deßwegen die Kriegs Instrument/
Häuffig da ligen an dem End/
Vnd nit mehr sollen gebraucht werden/
So lang der Fried regiert auff Erden.
Für diese Wolthat vns gethon/
Sollen wir GOTT ins Hüñels-Thron/
Loben vnd dancken spat vnd frü/
Mit bußfertig em Leben hie/
O heilige Dreyfaltigkeit/
Hilff vns nach der betrübten Zeit/
Zu dir in dein himmlischen Saal/
Da kein Vnfrid/ Noth vnd Trüb sal
Vns wird berühren allesamen/
Damit wir preisen deinen Namen/
Das geb vns Gott auß Gnaden/ Amen.

Radiert durch Martin Zimmermann/ Kunstführer in Augspurg.

Facsimile eines Flugblattes auf den Friedensschluß von 1648.

zurückweichen. Verhältnißmäßig schnell erklärte er sich damit einverstanden, daß für die Amnestie und die Restitution der aus ihrem weltlichen Besitz vertriebenen Fürsten das Jahr 1618 als Normaljahr festgestellt werde. Eine Ausnahme bildete hier nur Kurpfalz, welches nicht in seinem vollen Umfange, den es im Jahr 1618 gehabt hatte, sondern nur theilweise wiederhergestellt wurde. Dagegen weigerte sich Ferdinand hartnäckig, Amnestie und Restitution des Besitzes der Vertriebenen auch für seine kaiserlichen Erblande zuzugestehen oder gar die von einigen Seiten gestellte Forderung, den Böhmen das Recht der Königswahl zurückzugeben, zu bewilligen. Trautmannsdorff erklärte mit aller Energie, eher würde sein Kaiser sich Krone und Scepter, Land und Leute, ja das Leben selbst nehmen lassen, ehe er diese Forderungen, die allerdings den gegenwärtigen Besitzstand in Böhmen und Mähren wie in Oesterreich völlig auf den Kopf gestellt haben würden, erfülle. Viel entgegenkommender erwies er sich in allen das Reich betreffenden Fragen. Selbst gegen das Zugeständniß der vollen Souveränität für die Reichsstände hat er nachhaltigen und energischen Widerspruch nicht erhoben. Weit zäher und hartnäckiger war er gegenüber den allgemeinen Religionsbeschwerden und namentlich gegenüber der Frage, ob für den Besitz geistlicher Güter das Jahr 1618, wie die Protestanten, oder das Jahr 1630, wie er verlangte, maßgebend sein sollte. Hier bedurfte es in der That erst der großen kriegerischen Erfolge seiner Gegner im Jahre 1648, ehe er sich in den letzten entscheidenden Fragen zur Nachgiebigkeit entschloß. Speciell über das Reformationsrecht der einzelnen Fürsten wurde bis in den März 1648 eifrig und erregt verhandelt, und auch dann noch dauerte es mehrere Monate, ehe eine endgiltige Einigung über alle obschwebenden Fragen erzielt wurde. Schon fielen die ersten Schüsse, um die Eroberung Prags durch die Schweden herbeizuführen, da endlich, am 24. October 1648 entschloß sich der Kaiser, das Friedensinstrument zu unterzeichnen, welches durch anderthalb Jahrhunderte hindurch das Grundgesetz für das deutsche Reich werden sollte.

Vergegenwärtigen wir uns nun in den Hauptpunkten die grundlegenden nationalen und internationalen Bestimmungen, welche dieser Friede enthielt. Ueberblickt man die Gesammtheit derselben nicht nach der Folge der äußeren Anordnung der einzelnen Artikel, sondern nach ihrem wesentlichen Inhalt, so kann man ohne Schwierigkeit drei Hauptgruppen unterscheiden, nämlich einmal die territorialen, welche die Entschädigungen des Auslandes und die unter den deutschen Fürsten umfassen, ferner die religiös-kirchlichen, endlich diejenigen, welche einer Neuordnung der politischen Verfassung des Reiches zu dienen bestimmt waren. Bei jeder von ihnen müssen wir noch einen Augenblick verweilen.

Die Einzelbestimmungen des Friedens.

I. Gebietsabtretungen und Ausgleichungen.

Die Grundlage der territorialen Veränderungen, welche das Reich durch den westfälischen Frieden erlitt, bildeten die Entschädigungen, welche den auswärtigen Mächten aus Reichsgebiet zugestanden werden mußten und die dann wieder Ausgleichungen für diejenigen Fürsten, aus deren Besitz jene Entschädigungen genommen werden mußten, zur Folge hatten. Da konnte es dann kein Zweifel sein, daß man zur Erreichung dieses Zieles trotz alles Widerspruchs der katholischen Eiferer zu dem Ausgleichsmittel werde greifen müssen, welches Schweden von vornherein vorgeschlagen hatte: zu umfassenden Säcularisationen geistlicher Güter.

Wir sahen, daß bei den Verhandlungen die meisten Schwierigkeiten die von Schweden geforderte Entschädigung gemacht hatte. Es hatte lange gedauert, ehe Kurbrandenburg seinen leidenschaftlichen Widerstand gegen die Regelung der Sache, wie sie dann endlich der zehnte Artikel des Osnabrücker Friedensinstruments enthielt, aufgab. Danach erhielt Schweden ganz Vorpommern mit Rügen und von Hinterpommern Stettin, Garz, Damm, Golnau und die Insel Wollin nebst dem Frischen Haff, ferner Wismar mit seinem Hafen und die Bisthümer Bremen und Verden als weltliche Herzogthümer. Als Herr dieser Gebiete trat Schweden zugleich in den deutschen Reichsverband ein, wie früher Dänemark für Holstein, und erhielt Sitz und Stimme am Reichstage. Außerdem wurde ihm das Privilegium de non appellando und das Recht, für diese Landestheile ein eigenes Appellationsgericht zu begründen, verliehen. Dagegen übernahm es die Verpflichtung, die Städte Wismar, Bremen, Stralsund und Verden, wie die andern Hansestädte bei ihren bisherigen Freiheiten zu belassen. Außerdem wurden der Krone Schweden fünf Millionen Thaler Kriegskosten zur Ablohnung ihrer noch auf deutschem Boden stehenden Truppen bewilligt, deren Zahlung die Reichskreise außer dem österreichischen, burgundischen und bayerischen übernahmen. Mit dieser Entschädigung hatte Schweden also nicht nur erreicht, was es ursprünglich angestrebt hatte: den Besitz eines wichtigen Theils der deutschen Ostseeküste, sondern es hatte auch an der Nordsee festen Fuß gefaßt und zugleich als Glied des Reiches einen beständigen Einfluß auf die innerdeutschen Angelegenheiten gewonnen.

Durch diese Abtretungen an Schweden unmittelbar bedingt waren die Entschädigungen, welche Kurbrandenburg und Mecklenburg für die an Schweden

überlassenen Gebietstheile erhielten. Der Ersatz für beide wurde in Säcularisirungen geistlicher Güter gesucht und gefunden. Friedrich Wilhelm von Brandenburg erhielt die Bisthümer Halberstadt, Camin und Minden als weltliche Herzogthümer, ebenso die Expectanz auf das Erzstift Magdeburg, welches ihm nach dem Tode des gegenwärtigen Administrators, des kursächsischen Prinzen August, zufallen sollte; doch mußte er die vier magdeburgischen Aemter Jüterbog, Querfurt, Dahme und Burg, welche Sachsen im Prager Frieden überlassen worden waren, an dieses abtreten (Artikel XI). Wohl war es für Brandenburg ein schwerer Verlust, daß es auf einen so bedeutenden Theil von Pommern, namentlich auf die Hauptstadt Stettin, verzichten mußte, auf der anderen Seite aber bildeten doch die geistlichen Gebiete, die es als Entschädigung erhielt, ein sehr erwünschtes Verbindungsglied zwischen den märkischen Stammlanden und den Besitzungen Brandenburgs am Rhein, welche aus der Jülich-Cleviſchen Erbschaft stammten und ihm durch einen soeben im Jahre 1647 mit Pfalz-Neuburg geschlossenen Vergleich von Neuem rechtlich zugestanden worden waren. Mecklenburg wurde für die an Schweden abgetretene Stadt Wismar durch die Bisthümer Schwerin und Ratzeburg und die Johanniterconmenden Mirow und Nemerow entschädigt.

Durch diese Brandenburg und Mecklenburg zugestandenen Entschädigungen ging aber wieder Braunschweig der Expectanzen bezw. Coadjutoreien in Magdeburg, Bremen, Halberstadt und Ratzeburg verlustig und beanspruchte hierfür einen Ersatz. Dieser wurde ihm dadurch zu Theil, daß es das Recht erhielt, in dem Bisthum Osnabrück, in welchem immer abwechselnd ein katholischer und ein protestantischer Bischof regieren sollte, die protestantischen Bischöfe zu stellen. Außerdem erhielt es die Klöster Walkenried und Gröningen.

Dagegen waren durch die Abtretungen an Frankreich keinerlei weitere Veränderungen geboten. Hier hatte vielmehr das Haus Habsburg allein die Kosten zu tragen. Ohne Schwierigkeiten und von vornherein war Frankreich die volle Landeshoheit über die seit 1552 in seinem thatsächlichen, aber nicht rechtlich anerkannten Besitz befindlichen Bisthümer und Städte Metz, Toul und Verdun mit Vorbehalt der Trierschen Metropolitanrechte zugestanden worden. Da nun außerdem während des Krieges der Herzog von Lothringen aus seinem Lande völlig vertrieben worden war, so war thatsächlich dieses ganze Land nunmehr in unbestrittenem Besitze Frankreichs. Minder klar waren die Bestimmungen, unter denen ihm der Besitz des ganzen Elsasses eingeräumt wurde. Zwar erhielt es die Stadt Breisach, die Landgrafschaft Ober- und Unterelsaß, den Sundgau und die Landvogtei der zehn Reichsstädte (Hagenau, Colmar, Schlettstadt, Weißenburg, Landau ꝛc.), aber es versprach, die unmittelbaren Reichsglieder im Elsaß in ihrer Reichsfreiheit (in ea libertate et possessione immedietatis erga imperium Romanum, qua hactenus gavisi sunt) zu erhalten. Offenbar sollte dadurch einer endgiltigen Einverleibung vorgebeugt werden, allein indem zu dem an sich schon nicht scharf gefaßten Artikel noch der Zusatz gemacht wurde, daß dem französischen

Oberhoheitsrechte auch kein Abbruch geschehen dürfe (ita tamen, ut praesenti hac declaratione nihil detractum intelligatur de eo supremi Dominii iure, quod supra concessum est), wurde späteren Ansprüchen Frankreichs, wenn sie mit dem erforderlichen Nachdrucke geltend gemacht wurden, Thür und Thor geöffnet. Um dem entgegen zu wirken, hatte man anfangs verlangt, daß die an Frankreich abzutretenden elsässischen Gebiete Reichslehen bleiben sollten, und eine Zeit lang schien es, als wollte Frankreich, um auf diese Weise Einfluß auf die Reichsangelegenheiten zu gewinnen, darauf eingehen. Schließlich aber wurde das doch aufgegeben, da Oesterreich eben unter diesem Gesichtspunkte keinen Werth darauf legte, Frankreich aber dagegen war, weil es gerade aus der Unklarheit der Festsetzungen Vortheil für die Zukunft für sich erhoffte. Endlich erhielt Frankreich die Anerkennung seines Besitzes von Pinerolo und das Besatzungsrecht in Philippsburg; d. h. es trug, im Ganzen genommen, obwohl es nicht entfernt so große Opfer wie Schweden für den Krieg gebracht hatte, den Hauptgewinn davon und schob seine Grenze am Oberrhein bis an diesen Strom selbst vor.

Außerdem aber wußte es auch für seinen Hauptverbündeten, die Landgräfin Amalie Elisabeth von Hessen, vortrefflich zu sorgen. Ihrer hatte sich der französische Gesandte, Herzog von Longueville, mit besonderem Eifer angenommen und es durchgesetzt, daß sie, obwohl sie keine Gebietsverluste erlitten hatte, dennoch eine „Entschädigung" erhielt, die in der Abtei Hersfeld und den schaumburgischen Aemtern Schaumburg, Bückeburg, Sachsenhagen und Stadthagen bestand. Außerdem mußten sich die Erzbisthümer und Bisthümer Mainz, Köln, Paderborn, Münster und Fulda verpflichten, 600 000 Thaler Kriegskostenentschädigung an Hessen zu zahlen.

Endlich wurde in Bezug auf die Pfalz bestimmt, daß Maximilian von Bayern im Besitz der Oberpfalz und der Kurwürde bleiben, für den Erben des geächteten Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz, Karl Ludwig, der die Rheinpfalz zurück erhielt, eine neue, die achte, Kur errichtet werden sollte.

Außer den erwähnten neuen Gebietsverlusten, die das Reich auf diese Weise durch die Abtretungen an Schweden und Frankreich erlitt, wurden noch zwei thatsächlich schon früher eingetretene durch den westfälischen Frieden gesetzlich anerkannt. Artikel VI des Osnabrücker Friedens räumte der Schweiz ihre volle Selbständigkeit, ihr gänzliches Ausscheiden aus dem Reichskörper ein. Die Unabhängigkeit der vereinigten Niederlande aber ward in dem am 30. Januar 1648 zwischen ihnen und Spanien geschlossenen Frieden ausdrücklich anerkannt.

Wie aber gestalteten sich nun die inneren Verhältnisse des in seinem äußeren Umfange so stark reducirten Reiches in kirchlicher wie politischer Beziehung? Wenden wir uns jetzt der Betrachtung der darüber getroffenen Bestimmungen des Friedens zu.

Friedensſchluß zwiſchen Spanien und de

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Jonas Suijderhoef (1613 bis nach 1669) nach dem in der National-Gallerie z
Radirung, nach welcher letztere ausgeführt zu ſein ſcheint, befindet ſich noch in Münſter. Der ſpaniſche Geſandte. G
äußerſten Linken ſteht der

Niederlanden zu Münster in Westfalen.

London befindlichen Gemälde von Gerard Terburg (1608—1681). Eine Kopie des Bildes in der Größe der Suijderhoef'schen
f Seneranda, legt beim Schwur die Hand auf ein aufgeschlagenes Evangelienbuch, auf dem ein Krucifix liegt. An der
ommandant von Münster.

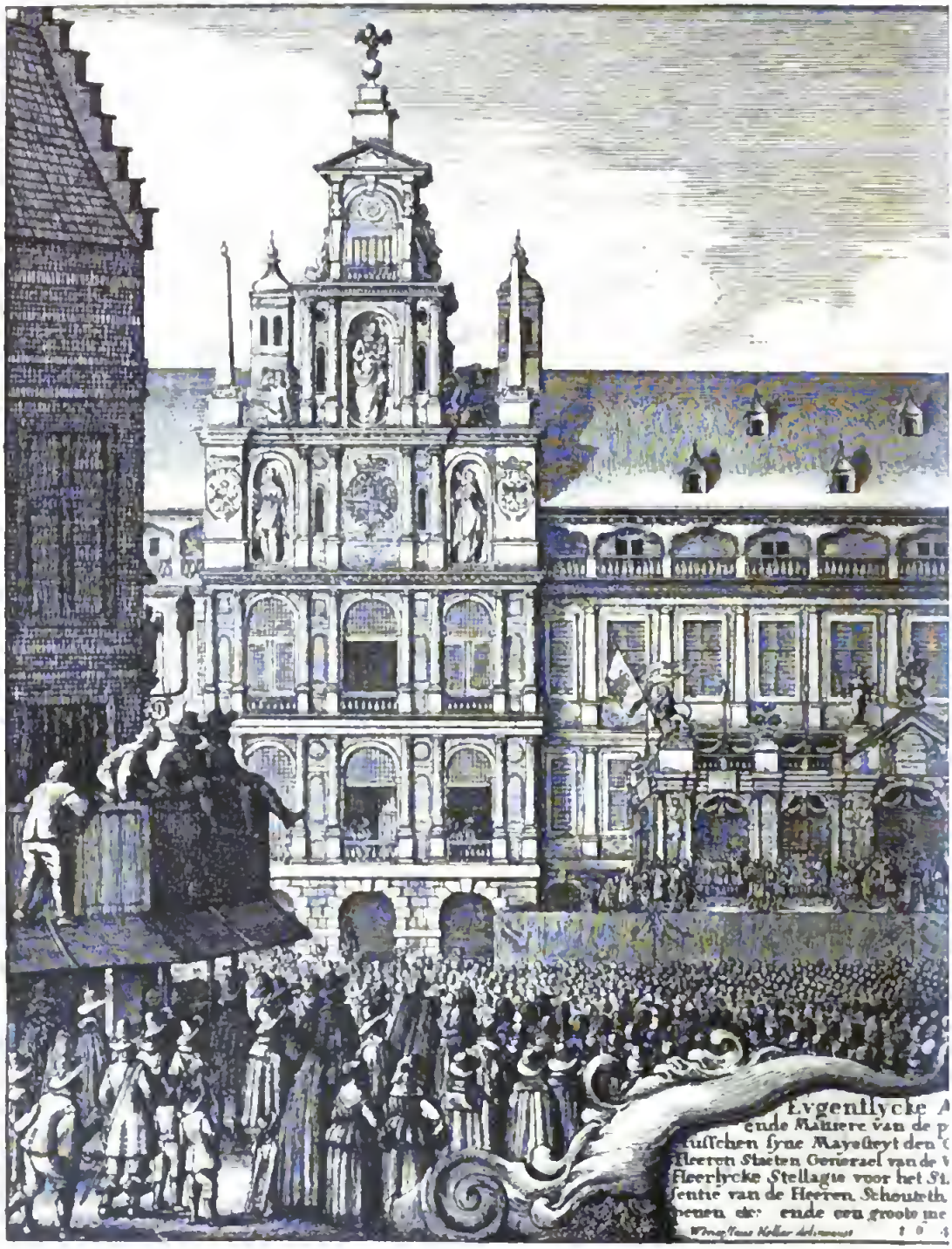
Digitized by Google

2. Die religiös-kirchlichen Beſtimmungen.

Vergegenwärtigt man ſich den Zuſtand, welcher auf religiös-kirchlichem Gebiete bis zum Jahre 1618 in Deutſchland geherrſcht hatte, in ſeinen Grundzügen, ſo erhellt ſofort, daß derſelbe vor Allem auf dem Paſſauer Vertrage von 1552 und dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 beruhte. Allein die Geſchichte des halben Jahrhunderts nach dieſem Religionsfrieden iſt ein ſprechender Beweis dafür, daß die zum Theil ſehr unklaren und widerſpruchsvollen Beſtimmungen deſſelben eine geſunde Grundlage für einen wirklich befriedigenden Zuſtand um ſo weniger zu bilden vermochten, als ihnen noch zwei beſondere Zuſätze hinzugefügt waren, von denen der eine, der geiſtliche Vorbehalt, von den Proteſtanten, der andere, die Ferdinandeiſche Declaration, von den Katholiken nicht als zu Recht beſtehend anerkannt wurde. Gerade dieſe beiden Zuſätze aber enthielten die für den kirchlichen Rechtszuſtand grundlegenden Beſtimmungen. Daraus, daß jede der beiden kaiſerlichen Verordnungen von einer der beiden kirchlichen Parteien nicht anerkannt wurde, war der ganz unhaltbare Zuſtand hervorgegangen, der erſt zu einer völligen Lahmlegung aller Reichseinrichtungen, mittelbar aber endlich zu dem unſeligen Kriege der dreißig Jahre geführt hatte. Wollte man alſo zu einem dauernden Friedenszuſtande gelangen, ſo mußte man erſt zur Klarheit und zu einer von beiden Seiten anerkannten Feſtſtellung über die beiden in jenen Verordnungen geregelten Cardinalfragen kommen. In der That bezog ſich der Streit über die religiös-kirchlichen Beſtimmungen auf dem Friedenscongreſſe von vornherein auf jene Verordnungen von 1555, namentlich aber auf den geiſtlichen Vorbehalt und die damit unmittelbar zuſammenhängende Seſſionsfrage der proteſtantiſchen Adminiſtratoren geiſtlicher Stifter. Zur Beilegung der hierüber von beiden Parteien geltend gemachten Beſchwerden war eine beſondere Deputation evangeliſcher und katholiſcher Reichsſtände eingeſetzt worden, welche dann in Osnabrück mit dem kaiſerlichen und dem ſchwediſchen Geſandten verhandelte. Schon am 15. December 1645 hatten die Proteſtanten eine eingehende Denkſchrift überreicht, in welcher ſie ihre hauptſächlichſten Gravamina zuſammengeſtellt hatten. Es waren im Weſentlichen dieſelben, welche auf den letzten Reichstagen vor dem Kriege eine ſo verhängnißvolle Rolle geſpielt hatten; nur daß jetzt noch das Verlangen nach Aufhebung des Reſtitutionsedicts hinzukam. Die Proteſtanten forderten an erſter Stelle Aufhebung des geiſtlichen Vorbehalts, nach welchem die Entſetzung von Amt und Würden, alſo der Verluſt des geiſtlichen Fürſtenthums, bei einem Geiſtlichen die ſofortige Folge ſeines Uebertritts von der katholiſchen zur evangeliſchen Religion ſein ſollte; die Abſicht dieſer Beſtimmung war geweſen, die geiſtlichen Fürſtenthümer, welche 1555 noch im Beſitz der Katholiken waren, ihnen zu erhalten. Mit Recht hoben aber jetzt wie früher die Proteſtanten hervor, daß ſie an ſich nur Geltung haben könne, wenn ein als Katholik gewählter Kirchenfürſt nach ſeiner Wahl zum Proteſtantismus übertrete, nicht aber, wenn die Stifts-

herren selbst protestantisch würden und dann von vornherein einen Protestanten zum Administrator wählten. In diesem Falle zum Mindesten müsse die Wahl als zu Recht bestehend anerkannt und die Möglichkeit des Uebergangs eines geistlichen Stifts auf einen Protestanten zugegeben werden. Hierüber wie über die seit dem Passauer Vertrage und dem Augsburger Religionsfrieden eingezogenen mittelbaren geistlichen Güter waren dann alle die Streitigkeiten entbrannt, welche Ferdinand II. im Jahre 1629 eigenmächtig zu Gunsten der Katholiken entschieden hatte. Natürlich aber leisteten die letzteren nun gegen die Aufhebung dieses für sie so günstigen Edicts wie gegen die des geistlichen Vorbehalts selbst den nachdrücklichsten Widerstand. Man konnte lange Zeit zu keiner Einigung gelangen, die um so nothwendiger war, als eben seit dem Augsburger Religionsfrieden eine große Fülle geistlicher Güter thatsächlich in den Besitz der Protestanten übergegangen, dann aber durch das Restitutionsedict ihnen wieder abgesprochen worden war. Es handelte sich also um die umfassendsten Besitzfragen, welche im Augenblick fast noch wichtiger waren als die zu Grunde liegende kirchliche Principienfrage. Im Laufe der Verhandlungen stellte es sich dann immer unzweifelhafter heraus, daß man zum Ziele nur dadurch gelangen könne, daß man sich von vornherein und ein für alle Mal auf einen bestimmten Termin einigte, der fortan für die Vertheilung der geistlichen Fürstenthümer und Güter maßgebend sein sollte. Das Naturgemäßeste wäre ja nun an sich gewesen, wenn man für den Besitz der geistlichen Güter denselben Normaltermin festgesetzt hätte, wie für die Amnestie und die Restitution der weltlichen Fürsten, nämlich das Jahr des Ausbruches des Krieges 1618. Dagegen aber erklärte sich der Kaiser mit aller Entschiedenheit aus demselben Grunde, aus dem er gegen die Ausdehnung der Amnestie und Restitution auf seine Erblande nachdrücklichen Widerstand geleistet hatte. Denn dadurch wäre er gezwungen gewesen, auch in diesen die kirchlichen Zustände auf den Stand von 1618 zurückzuführen. Auf der andern Seite aber sah er doch ein, daß das Normaljahr 1630, welches er Anfangs in Vorschlag gebracht hatte und welches alle durch das Edict von 1629 herbeigeführten Restitutionen gesetzlich anerkannt haben würde, in keinem Falle durchgesetzt werden könne. Indem er Schritt für Schritt nachgab, thaten das Gleiche auch die Protestanten, und so einigte man sich schließlich auf den zwischen 1618 und 1630 genau in der Mitte liegenden Termin, den 1. Januar 1624, der dann für alle Zukunft der entscheidende sein sollte; d. h. alle geistlichen Güter einschließlich der reichsunmittelbaren Fürstenthümer, welche an dem genannten Tage im Besitz von Protestanten gewesen waren, sollten protestantisch, alle, welche im Besitz von Katholiken gewesen waren, katholisch auch in Zukunft bleiben. Geistliche, die, während sie im Besitz eines geistlichen Fürstenthums sind, ihre Religion ändern, sollen ihre Stellen aufgeben, dadurch aber an Ehre und Ruf keine Einbuße erleiden (honore famaque illibatis).

Damit war der geistliche Vorbehalt auch auf die Protestanten ausgedehnt, d. h. thatsächlich aufgehoben. Während nach demselben bisher nur



Verkündigung des Friedensschlusses zwischen Spanien und den V

Verkleinertes Facsimile der Radirur

iederlanden vor dem Stadthaus in Antwerpen am 5. Juni 1648.

3 von Wenzel Hollar (1607—1677)

katholiſche Geiſtliche, welche zum Proteſtantismus übertraten, ihr Recht und ihren geiſtlichen Beſitz verloren, galt jetzt das Gleiche auch für Proteſtanten, die katholiſch wurden. Damit war das Drückende, was für die Proteſtanten in jenem Vorbehalt gelegen hatte, beſeitigt, der Standpunkt voller Gleichberechtigung in dieſer Frage nach Maßgabe des Zuſtandes von 1624 anerkannt.

Nachdem in dieſer grundlegenden Frage eine Einigung erzielt war, machten die weiteren religiös-kirchlichen Beſtimmungen keine ſehr erheblichen Schwierigkeiten mehr. Der Grundgedanke, daß ein wirklich dauernder Friede nur auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung der Confeſſionen möglich ſei, kam nunmehr in dem Artikel V des Osnabrücker Friedens, welcher die Regelung ſämmtlicher religiös-kirchlicher Angelegenheiten enthielt, zu vollem Durchbruch.

Danach wurde nun zunächſt der Paſſauer Vertrag und der Augsburger Religionsfriede in dem durch die folgenden Beſtimmungen erweiterten Umfange beſtätigt. Dieſe Beſtätigung einſchließlich der hinzugefügten Erläuterungen erhielt aber eine erhöhte Bedeutung und Sicherheit dadurch, daß von vornherein jeder Widerſpruch gegen die einzelnen getroffenen Beſtimmungen, wie ein ſolcher namentlich von dem Papſte und dem ſtarrkatholiſchen Spanien zu erwarten war und dann auch wirklich erfolgte, als wirkungslos bezeichnet wurde (non attenta cuiusvis seu Ecclesiastici seu Politici intra vel extra Imperium quocumque tempore interposita contradictione vel protestatione, quae omnes inanes declarantur). Damit war die alte Abhängigkeit der kirchlichen Verhältniſſe in Deutſchland von der römiſchen Curie ein für alle Mal aufgegeben. Als Grundſatz wurde nunmehr feſtgeſtellt, was der Kaiſer bisher mit aller Kraft zuzugeſtehen verweigert hatte: volle gegenſeitige Gleichheit (aequalitas exacta mutuaque) zwiſchen Kurfürſten, Fürſten und allen Ständen beider Bekenntniſſe, wobei nach Artikel VII des Friedens die Reformirten ausdrücklich als unter den Proteſtanten einbegriffen bezeichnet wurden. Was den Einen (den Katholiken) Recht iſt, ſoll auch den Anderen (den Proteſtanten) Recht ſein (ut quod uni parti iustum est, alteri quoque sit iustum). Jede Gewaltthat ſoll für immer zwiſchen beiden Theilen verboten ſein.

Damit war wenigſtens für die Stände des Reiches die volle Gleichberechtigung der Confeſſionen, um die man ſo lange vergeblich gekämpft hatte, im Grundſatz zugeſtanden. Aber ein gewiſſes Maß von Duldung wurde doch auch den mittelbaren Ständen und den Unterthanen der einzelnen Landesherren gewährt. Zwar wurde mit dem alten Grundſatz cuius regio, eius religio, nach welchem der Landesherr das Beſtimmungsrecht über die Religion ſeiner Unterthanen hatte, nicht völlig gebrochen, vielmehr das Souveränitätsrecht der unmittelbaren Reichsſtände in religiöſen Dingen nach wie vor in der Hauptſache gewahrt. Allein daneben wird doch für die evangeliſchen Unterthanen katholiſcher Stände im Weſentlichen die Ferdinandeiſche Declaration erneuert, indem ausdrücklich beſtimmt wird, daß dieſelben, ſoweit ſie 1624 durch Vertrag oder Vorrecht, durch langen Gebrauch oder durch bloße Obſervanz die Ausübung des Augsburger Religionsbekenntniſſes beſeſſen haben, ſie auch

behalten und eigene Consistorien, Kirchen- und Schulministerien begründen dürfen. Diese Vergünstigung erhielt aber jetzt auch für die katholischen Unterthanen protestantischer Stände unter denselben Modalitäten Anwendung. Aber auch derer wurde gedacht, welche seit 1624 ihr Bekenntniß gewechselt hatten oder in Zukunft noch wechseln würden. Zu einer radicalen und unbedingten Gleichberechtigung, zu einer Unabhängigkeit der politischen Rechte überhaupt von dem confessionellen Bekenntniß vermochte man sich freilich noch immer nicht zu entschließen, doch wurde wenigstens bestimmt, daß der Landesherr seinen andersgläubigen Unterthanen, sofern sie sich nicht zur Auswanderung entschlössen, Duldung gewähren und zum Wenigsten ungestörte Hausandacht zugestehen sollte. Außerdem aber sollte ihnen gestattet sein, den öffentlichen Gottesdienst ihres Bekenntnisses in der Nachbarschaft, wo er etwa erlaubt sei, zu besuchen und ihre Kinder in auswärtige Schulen ihrer Confession zu schicken. Diese Bestimmungen wurden dann in der weiteren zusammengefaßt, daß derartige, d. h. nicht unter das Normaljahr 1624 fallende andersgläubige Unterthanen nirgends verächtlich gehalten oder scheel angesehen, noch von den Handelsgilden, Handwerkerzünften, Erbschaften, Vermächtnissen, Hospitälern und andern bürgerlichen Rechten, am wenigsten aber von dem ehrlichen Begräbniß ausgeschlossen werden sollten. Denjenigen aber, die sich gleichwohl zur Auswanderung entschlössen, sollte eine genügende Zeit dazu verstattet werden, während deren sie ihre Güter veräußern oder einen geeigneten Verwalter für dieselben bestimmen könnten.

Bis zu einer gewissen Grenze wurden diese in der Hauptsache humanen, aber in mancher Hinsicht schwer durchführbaren Bestimmungen auch auf die österreichischen Erbländer ausgedehnt und bestimmt, daß in Schlesien die Herzöge von Brieg, Liegnitz, Münsterberg und Oels sowie die Stadt Breslau bei der Uebung der Augsburger Confession belassen, die Grafen und Edelleute sowie die unmittelbar unter der königlichen Kammer stehenden Unterthanen wenigstens nicht der Religion wegen zur Auswanderung gezwungen werden sollten; außerdem sollten sie das Recht haben, noch drei neue Kirchen, in Schweidnitz, Jauer und Glogau, zu bauen. Die Krone Schweden und die protestantischen Reichsstände behielten sich vor, um eine weitere Ausdehnung der Religionsfreiheit für ihre Glaubensgenossen hier und in den andern österreichischen Erblanden, in denen diese Zugeständnisse zunächst auf die Grafen, Freiherren und Edelleute beschränkt blieben, bei dem nächsten Reichstage Fürbitte einzulegen.

Aus diesen allgemeinen Grundsätzen über die Gleichberechtigung der Confessionen wurden dann in den schon besprochenen Bestimmungen über den Besitz der geistlichen Güter die praktischen Folgerungen gezogen. Auch hier trat, wie wir sahen, auf der Grundlage des Zustandes, wie er im Jahre 1624 geherrscht hatte, volle Gleichberechtigung ein. Insbesondere wurde dann noch bestimmt, daß das geistliche Wahlrecht unbeschränkt bleiben sollte, nur wurde dem Kaiser das Recht der ersten Bitte vorbehalten. Im Uebrigen soll Wahl und Postulation in allen Erzbisthümern und Bisthümern nach den

Ortsgewohnheiten und Statuten gehandhabt werden. Alle Postulirten und Erwählten sollen feierlich erklären, die geistlichen Fürstenthümer nicht erblich zu besitzen. Die nothwendige Folgerung aus der rechtlichen Anerkennung des Zustandes, wie er in Bezug auf den Besitz der geistlichen Güter im Jahre 1624 bestanden hatte, war dann aber, daß den protestantischen Erzbischöfen, Bischöfen und Prälaten das so lange bestrittene Recht von Sitz und Stimme im Reichstage eingeräumt wurde. Damit hing die Bestimmung zusammen, daß dieselben auf einen binnen Jahresfrist zu erbringenden beglaubigten Ausweis über ihre Wahl und Postulation vom Kaiser sofort belehnt werden sollten.

Wie gestalteten sich nun nach diesem Normaltermin des Jahres 1624 thatsächlich die Besitzverhältnisse der geistlichen Güter? Protestantisch blieben danach die Erzbisthümer Magdeburg und Bremen, die Bisthümer Lübeck, Halberstadt, Verden, Meißen, Naumburg, Merseburg, Lebus, Brandenburg, Havelberg, Minden, Camin, Schwerin, Ratzeburg, von denen die meisten indeß in weltliche Fürstenthümer umgewandelt wurden, ebenso die Abteien Hersfeld, Walkenried, Gandersheim, Quedlinburg, Herford und Gernrode. Die Katholiken behielten die Erzbisthümer Mainz, Trier, Köln und Salzburg, die Bisthümer Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstätt, Speier, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freisingen, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Münster, Lüttich und Chur, die Abteien Fulda, Kempten, Ellwangen, Berchtesgaden, Weißenburg, Prüm, Stablo und Corvey. Im Bisthum Osnabrück soll abwechselnd ein katholischer und ein protestantischer Bischof gewählt werden.

Derselbe Normaltermin 1624 galt für die religiösen Verhältnisse der Reichsritterschaft und der Reichsstädte, welche dieselben Rechte wie die vornehmeren Reichsstände erhielten. Unter den Reichsstädten, welche danach bei demjenigen Religionsbekenntnisse verbleiben sollten, welches in jeder bis 1624 herrschend geblieben oder zur Herrschaft gelangt war, unterschied man dem entsprechend rein katholische (Köln, Aachen und ein paar kleinere Reichsstädte in Schwaben), protestantisch-lutherische (die bei weitem meisten, darunter Nürnberg, Frankfurt, Regensburg, Hamburg, Lübeck, Worms ꝛc.), protestantisch-reformirte (nur Bremen) und gemischte (Augsburg, Dinkelsbühl, Ravensberg, Biberach und Kaufbeuren). In den letzteren sollten die Magistrate mit Gliedern beider Confessionen in gleicher Zahl besetzt werden.

Es galt nun, diese gewonnenen Grundsätze der religiösen Gleichberechtigung auch auf diejenigen Reichsinstitutionen, bei denen nach den Erfahrungen vor dem Kriege die confessionelle Zusammensetzung von entscheidender Bedeutung war, anzuwenden. In erster Linie kam hier das Reichskammergericht in Betracht, dessen Entscheidungen von den Protestanten deshalb stets angefochten worden waren, weil es fast ausschließlich aus Katholiken bestand. Jetzt wurde eine im Wesentlichen paritätische Besetzung beschlossen. Der Kaiser erhielt das Recht, die Kammerrichter und die vier Präsidenten, von denen zwei lutherisch sein mußten, zu ernennen. Die Zahl der Beisitzer wurde auf fünfzig erhöht, von denen der Kaiser zwei nach freier Wahl ernennen konnte. Von

den achtundvierzig von den Ständen zu ernennenden sollten vierundzwanzig der katholischen, vierundzwanzig der protestantischen Religion angehören. Da nun der Kaiser bei den von ihm zu ernennenden beiden Beisitzern an das Bekenntniß nicht gebunden war, so standen in der Regel sechsundzwanzig katholischen vierundzwanzig protestantische gegenüber. Um hierbei jeder Ungleichheit in religiösen Dingen vorzubeugen, wurde dann bestimmt, daß sowohl beim Reichskammergericht als beim Reichshofrath in Sachen katholischer und protestantischer Reichsstände unter einander katholische und evangelische Assessoren in gleicher Zahl richten sollten. Auch im Uebrigen aber sollte die Kammergerichtsordnung auch beim Reichshofrath beobachtet werden.

Aehnliche Bestimmungen wurden für das politische Institut der Reichsdeputationen und außerordentlichen Commissionen getroffen. Bei den ersteren sollte immer eine gleiche Anzahl von Deputirten von beiden Religionen ernannt werden, bei den letzteren dasselbe nur dann geschehen, wenn die Sache beide Religionstheile beträfe.

Allein es konnte auch nicht vermieden werden, für das vornehmste gemeinsame Institut des Reiches, für den Reichstag selbst, bindende Normen zu schaffen, welche eine Wiederkehr der Streitigkeiten, die vor dem Kriege geherrscht hatten, unmöglich machten. War doch die Sprengung der letzten Reichstage gerade dadurch herbeigeführt worden, daß die Protestanten die Mehrheitsbeschlüsse in allen die Religion betreffenden Angelegenheiten nicht anerkennen wollten. Dem entsprechend wurde jetzt thatsächlich der Grundsatz zum Gesetz erhoben, daß nicht allein in Religionssachen selbst, sondern auch in allen andern Angelegenheiten, in denen die Stände nicht als ein Corpus erschienen, sondern nach ihrem religiösen Bekenntniß sich trennten (itio in partes), nicht die Mehrheit der Stimmen, sondern eine gütliche Vergleichung den Streit entscheiden sollte. Ob diese Bestimmung auch für Steuerfragen gelten solle, blieb dem nächsten Reichstage vorbehalten.

Damit war in der That die volle Gleichberechtigung der Confessionen, die dann noch in einer Reihe weiterer Ausführungsbestimmungen zu Tage trat, bei allen Reichsinstituten anerkannt, zugleich aber auch die Thätigkeit derselben in einer Weise gehemmt, welche dieselbe gerade in den entscheidenden Fragen fast völlig illusorisch machen mußte. Es konnte in der That zweifelhaft erscheinen, ob eine Staatsverfassung, welche in dem wichtigsten Organ der Gesammtheit die Stimmenmehrheit nicht als entscheidend bezeichnete, sondern in den entscheidenden Lebensfragen der Nation „gütliche Vergleichung“ erforderte, überhaupt noch den Namen einer Staatsverfassung verdiente. Dieser Zweifel wird noch erheblich verstärkt, wenn man die rein politischen Bestimmungen des Friedens sich vergegenwärtigt.

3. Die Bestimmungen über die deutsche Reichsverfassung.

Die Rechtsgelehrten der Epoche hatten schon bisher vergeblich versucht, zur Klarheit darüber zu gelangen, unter welche der damals geltenden Kate-

gorien von Staatsverfassungen die des deutschen Reiches eigentlich gehöre. Als eine Monarchie konnte sie doch auf Grund der wenigen Reservatrechte, welche der Kaiser noch besaß, kaum bezeichnet werden; ebenso wenig aber war sie eine Aristokratie oder eine Demokratie, aber auch als rein völkerrechtlicher Bund konnte sie nicht betrachtet werden. Dieses rein negative Ergebniß hat Samuel Pufendorf in seinem unter dem Pseudonym Severinus de Monzambano erschienenen Buche de statu imperii germanici mit der größten Schärfe und Klarheit seinen Zeitgenossen zum Bewußtsein gebracht. Wenn er aber auf Grund dieses negativen Ergebnisses das deutsche Reich als eine monströse Bildung bezeichnete, so liegt das daran, daß die Wissenschaft seiner Zeit den Begriff des zusammengesetzten Staates, unter welchen die Reichsverfassung fiel, noch nicht kannte. Aber wunderbar war es nicht, daß bei der gänzlichen Unzulänglichkeit der gemeinsamen Organe der Reichsverfassung die Staatsrechtslehrer schließlich immer mehr der Ansicht zuneigten, daß das deutsche Reich mit einem losen Völkerbunde noch die meiste Aehnlichkeit aufweise. In der That war es das nicht; es war ebenso wie das heutige deutsche Reich ein Staat über Staaten, ein zusammengesetzter, wie man es heute technisch nennt, ein Bundesstaat. Die schwere organische Krankheit, an der das Reich hinsiechte, hatte ihre Ursache nicht darin, daß es eine monströse Bildung war, sondern darin, daß die Organe des zusammengesetzten Staates in Folge ihrer fehlerhaften Einrichtung ihre Functionen nicht in vollem Maße erfüllen konnten. Wie man auch über die juristischen Definitionen, welche sich mit einer zutreffenden Bezeichnung für dieses unaufhaltsam dem Untergange entgegeneilende Staatsgebilde abquälten, denken mag, thatsächlich kann daran kein Zweifel sein, daß das Reich schon vor dem dreißigjährigen Kriege auf dem besten Wege war, aus einem Bundesstaate zu einem rein völkerrechtlichen Staatenbunde zu werden, ebenso wenig aber ist es zweifelhaft, daß es auf dieser schiefen Ebene durch den westfälischen Frieden noch ein gutes Stück weiter hinabglitt.

Das ergab sich schon aus den Anwendungen, welche der Grundsatz der religiösen Gleichberechtigung auf die Reichsinstitute gefunden hatte. Es trat noch klarer in den eigentlich politischen Bestimmungen zu Tage.

An die Spitze derselben, unmittelbar hinter den Artikel I, welcher den Abschluß des Friedens selbst enthält, wurde der Grundsatz der allgemeinen Amnestie (Artikel II) und der allgemeinen Restitution (Artikel III) gestellt. Danach sollten also die Reichsfürsten in den territorialen Besitzstand des Jahres 1618 wieder eingesetzt werden. Von den bedeutenderen Reichsständen bezog sich diese Restitution namentlich auf den Herzog von Württemberg und den Markgrafen von Baden, dagegen wurde mit der Pfalz eine Ausnahme gemacht, indem dieselbe, wie wir früher hervorhoben, nicht in vollem, sondern nur in beschränktem Umfange dem Erben ihres früheren Besitzers zurückgegeben wurde.

Diesen so restituirten wie überhaupt sämmtlichen deutschen Landesfürsten und Ständen wurde nun aber durch den Artikel VIII des Friedens die freie Ausübung ihres Territorialrechtes und der Besitz aller ihrer Rechte, Länder

und Regalien, die volle Landeshoheit, zugestanden, und zwar nicht bloß in Bezug auf die innere Verwaltung ihrer Länder, sondern auch in Bezug auf ihre auswärtige Politik. Ausdrücklich wurde ihnen das Recht eingeräumt, zu ihrer Erhaltung und Sicherheit sowohl unter sich als mit auswärtigen Mächten Bündnisse abzuschließen, sofern dieselben nur nicht direct gegen Kaiser und Reich und dessen öffentlichen Frieden oder gegen den vorliegenden Friedensvertrag gerichtet seien und im Einklange mit dem Eide, den jeder gegen Kaiser und Reich geleistet habe, ständen.

Es liegt auf der Hand, daß damit und mit den Folgerungen, die sich daraus ergaben und die auch in dem Friedensvertrage ausdrücklich gezogen wurden, der Rest von Monarchismus, der noch bisher in der deutschen Reichsverfassung vorhanden war, fast völlig vernichtet wurde. Thatsächlich war ja allerdings dies Bündnißrecht schon längst von den Ständen ausgeübt worden, aber indem es jetzt rechtlich und förmlich anerkannt wurde, wurden die Glieder des Reiches auch ausdrücklich von dem gemeinsamen Reichskörper losgetrennt. Es war kaum noch eine Form zu finden, in welcher dieses Reich, welches nach Außen hin durch jene Bestimmung seine Einheit fast durchweg verlor und seine Rechte an die Einzelstaaten abgab, im Innern noch irgend eine Gewalt über diese Glieder ausüben konnte. Es wollte daher wenig besagen, daß die deutsche Verfassung in ihren Hauptinstituten scheinbar intact bestehen blieb; thatsächlich änderte sich ihr Charakter zu einem noch bei weitem höheren Grade von Decentralisation, als er schon bisher bestanden hatte. Der Kaiser behält nicht einmal das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen oder Festungen in den Gebieten der Stände anzulegen und die alten mit Besatzungen zu versehen. Vielmehr gehen alle diese Rechte, wie die gesammte gesetzgebende Gewalt und das Steuerbewilligungsrecht an den Reichstag über, dessen Thätigkeit aber durch die Bestimmung, daß zu jeder Verordnung Einstimmigkeit der drei Curien erforderlich ist, vollkommen lahm gelegt wird, zumal, wie wir hervorhoben, innerhalb der einzelnen Curien bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden religiösen Parteien nicht durch Stimmenmehrheit, sondern nur durch einen gütlichen Vergleich entschieden werden sollte. Bis in irgend einer wichtigen Frage die drei Curien des Reichstags einen einmüthigen Beschluß faßten, konnte das Reich als solches verloren sein. Der letzte Rest von Centralgewalt war damit dahingeschwunden. Das Reich war in der That jetzt im Wesentlichen nur noch ein Staatenbund vollkommen selbständiger Einzelstaaten. Daß in diesen Bund jetzt auch die 61 Reichsstädte als mit den Fürsten gleichberechtigte Glieder eintraten, bewirkte nur noch eine größere Verschleppung des Geschäftsganges des nunmehr 240 Stimmen (8 Kurfürsten, 69 geistliche, 96 weltliche Fürsten, 61 Reichsstädte, 2 Stimmen nicht gefürsteter Prälaten, 4 Stimmen für sämmtliche Grafen und Herren) zählenden Reichstages. Je weniger diese vielköpfige Versammlung, die bald zum Spott der politischen Welt wurde, den Aufgaben eines großen Gemeinwesens gerecht werden konnte, um so mehr

zog sich das politische Leben der Nation in die Einzelstaaten zurück, deren in den religiösen Kämpfen des sechzehnten Jahrhunderts langsam herangereifte Selbständigkeit während des dreißigjährigen Krieges und durch den westfälischen Frieden zur endgiltigen Ausgestaltung gelangte.

Ueberblickt man diese Bestimmungen in ihrer Gesammtheit, so kann daran kein Zweifel sein, daß sie in erster Linie eine ganz eclatante Niederlage des Kaiserthums darstellten. Wie der Kaiser in der religiösen Frage unter dem Einfluß Schwedens den Protestanten fast alle die Zugeständnisse machen mußte, die zu vermeiden er in dem ganzen hartnäckigen Kriege bestrebt gewesen war, so mußte er sich auch in den politischen Angelegenheiten des Reiches fast sämmtliche Machtbefugnisse entreißen lassen, die dem losen Reichsverbande bisher seinen letzten Halt gegeben hatten. Die Macht der protestantischen, wenn möglich auch der katholischen Fürsten einzuengen und die kaiserliche Gewalt ihnen gegenüber zu erhöhen, das war nach der ersten, mehr lokalen Phase des Krieges, das war namentlich zur Zeit von Wallensteins erstem Generalat die Losung der kaiserlichen Politik gewesen. Unsäglicher Jammer war durch das zähe Festhalten an diesem Ziele, namentlich durch diese Unnachgiebigkeit gegenüber dem Protestantismus über Deutschland verhängt worden. Auf dem westfälischen Friedenscongreß aber hatte es sich herausgestellt, daß das Ziel dieses Strebens, wie die Dinge nun einmal lagen, ein unerreichbares gewesen war; gerade das Gegentheil des Erstrebten trat ein: statt der strafferen Centralgewalt endgiltiger Zerfall derselben, fast völlige Auflösung des Reichsverbandes, definitive und fast unbedingte Anerkennung der Landeshoheit der Territorialstaaten, welche die fast ausschließlichen Träger der Staatsgewalt wurden, dazu aber eine neue starke Einbuße an Landbesitz zu Gunsten der fremden Mächte, Legalisirung der Unabhängigkeit zweier früher zum Reiche gehöriger großer Gebietstheile, der Schweiz und der Niederlande, das waren die traurigen Resultate des grausamen Krieges, wie sie nun in den einzelnen Friedensbestimmungen zu Tage traten. Das Reich hörte im Grunde auf, ein einheitlicher Organismus zu sein; die Selbständigkeit seiner Glieder mußte aber um so verhängnißvoller werden, da ein Theil derselben aus fremden Souveränen bestand, die in jedem Augenblick als Glieder des Reichs ihre auswärtigen Sonderinteressen zur Geltung zu bringen suchten und dabei nicht selten bei den einen oder den andern der deutschen Fürsten Unterstützung fanden. So hatte sich namentlich schon während der Friedensverhandlungen in wachsendem Grade eine Verbindung zwischen Frankreich und Bayern angebahnt, die in ihrem Ursprunge bis auf den Kurfürstentag von 1630 zurückgeht. Diese unselige Verbindung ist es gewesen, die in erster Linie den späteren Rheinbund ermöglichte und Bayern von Seiten Frankreichs wiederholt die ehrenvolle Bezeichnung „unser ältester Verbündeter in Deutschland" eingetragen hat.

Ein großes Resultat wurde aber doch durch diesen traurigen Frieden erreicht: die religiöse Gleichberechtigung der verschiedenen Bekenntnisse wurde für die

reichsunmittelbaren Stände unbedingt, mit einigen Einschränkungen aber auch für die Unterthanen zugestanden. Freilich hätte dieses Ergebniß, das einzige wirklich günstige des ganzen Friedens, schon weit früher erreicht werden können, wenn der Kaiser auf die politische Directive Wallensteins hätte eingehen wollen. Dieser hatte auf religiös-kirchlichem Gebiete in seinen Verhandlungen mit den Sachsen in der Hauptsache fast genau das angeboten, was jetzt bewilligt werden mußte. Nur hätte damals diese Bewilligung ohne die schwerwiegenden Schädigungen der Reichsverfassung in ihrer Gesammtheit und ohne den Druck der auswärtigen Mächte aus freiem Antriebe des Kaisers erfolgen und dessen Macht, statt sie zu schwächen, erheblich stärken können. Vierzehn volle Jahre hatte seit dessen Untergang der furchtbare Krieg vergebens Deutschlands Gaue durchtobt, und nichts war erreicht worden, als daß außer den damals von ihm bewilligten Forderungen der Protestanten unter dem Druck der auswärtigen Mächte noch eine Anzahl weiterer politischer Zugeständnisse an das gesammte territoriale Fürstenthum gemacht werden mußte, welche die kaiserliche Gewalt fast völlig vernichteten und die Entwickelung der Territorialstaaten zur vollen Landeshoheit endgiltig besiegelten.

Aufgabe der einzelnen Territorialstaaten mußte es nun sein, den ihnen dadurch erwachsenen neuen Aufgaben gerecht zu werden und die tiefen Wunden, welche der Krieg dem ganzen Erwerbs- und Handelsleben der Nation geschlagen hatte, durch landesväterliche Fürsorge im Einzelnen wieder zu heilen.

Davon, inwieweit das territoriale Fürstenthum diese Aufgabe zu lösen vermögen würde, hing in Zukunft die Entwickelung der deutschen Geschichte ab. Die alte Einheit zwischen Kaiserthum und Papstthum, wie sie die Habsburger als eine Hinterlassenschaft des Mittelalters stets festgehalten hatten, war mit dem Abschluß des westfälischen Friedens trotz aller von vornherein durch denselben für ungiltig erklärten Proteste, welche der päpstliche Nuntius Fabio Chigi schon am 26. Oktober 1648, der Papst Innocenz X. selbst am 26. November dagegen erließen, auf immer dahin. Die politisch-socialen Aufgaben der Einzelstaaten drängten die religiösen Gegensätze immer mehr in den Hintergrund, ebenso wie das Kaiserthum durch das Landesfürstenthum in den Hintergrund gedrängt wurde. Erst dadurch, daß das aus dem Ganzen in die Theile zurückgetriebene Staatsbewußtsein in einzelnen dieser Theile, namentlich in Kurbrandenburg, zu neuem selbständigem Leben erwachte, konnte die Grundlage für eine neue Gestaltung des deutschen Gesammtstaates gewonnen werden, dessen bisherige Grundlagen in Folge des westfälischen Friedens unheilbarer Zerstörung entgegenreiften.

Die Schwierigkeit der damit dem Territorialfürstenthum gestellten Aufgaben läßt sich aber ganz und voll erst ermessen, wenn man sich den gänzlichen Umsturz aller politischen und socialen Zustände, welche der unselige Krieg herbeigeführt hatte, wenigstens in den Hauptpunkten vergegenwärtigt.

Die deutsche Kultur unter der Einwirkung der Kriegsnoth.

Daß der furchtbare Krieg der dreißig Jahre, den wir in Ursprung und Verlauf im Einzelnen verfolgt haben, in seinen tieferliegenden Ursachen in der That um Fragen idealer Art gekämpft wurde, daß er im letzten Grunde das gewaltige Ringen des deutschen Protestantismus um die ihm hartnäckig verweigerte Gleichberechtigung mit der alten Religion darstellt, darüber kann wohl kaum ein Zweifel sein. Man braucht sich nur die Zustände, wie sie sich unter dem Einfluß der religiösen Spaltung in den Zeiten der Kaiser Rudolph II. und Matthias gestaltet hatten, klar zu vergegenwärtigen, um zu begreifen, daß eben sie es waren, welche fast mit Nothwendigkeit zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den beiden Religionen hindrängten, da der Gedanke unbedingter religiöser Toleranz nun einmal jenem Zeitalter, dessen Hauptlebensinhalt die religiösen Kämpfe gebildet hatten, fremd und unfaßbar geblieben war. Erst der furchtbare Krieg selbst, der den Beweis erbracht hatte, daß eine wirkliche Vernichtung der Gegner nicht möglich sei, hat diesen bis dahin unfaßbaren Gedanken zum Durchbruch kommen lassen.

Aber wie sehr war doch dieser ideale Kernpunkt der Fragen, um welche in blutigem Ringen gestritten wurde, im Verlaufe des Kampfes durch andere rein selbstsüchtige Motive in den Hintergrund gedrängt worden! Selbst bei den Fürsten, welche als die Führer der beiden Parteien betrachtet werden müssen, waren schließlich die rein materiellen Interessen der Gebietserweiterung, der Aneignung geistlichen oder weltlichen Gutes, der größeren oder geringeren Territorialhoheitsrechte so sehr gegenüber den idealen zur Hauptsache geworden, daß schließlich die religiösen Gegensätze in diesem wirren Interessenkampfe kaum noch irgendwo völlig rein in die Erscheinung traten. Diese Entwickelung war dann durch das Eingreifen der fremden Mächte noch erheblich gefördert und verstärkt worden. Zwar die Theilnahme Gustav Adolfs an dem deutschen Kriege hatte, so lange der König lebte, in der That noch einmal zu einem wirklichen Aufflammen der religiösen Begeisterung geführt und dem Kriege vorübergehend einen idealen Schwung gegeben. Nach des Königs Tode aber traten doch auch auf schwedischer Seite die eigensüchtigen Interessen neben denen der Glaubensgemeinschaft sehr in den Vordergrund. In noch bei weitem höheren Maße war das bei der Einmischung Frankreichs der Fall. Hier waren von Anfang an die mit größtem Geschick und bewundernswerther Folgerichtigkeit festgehaltenen politischen Gesichtspunkte, unter denen der des

Erwerbs des linken Rheinufers obenan stand, nicht die hauptsächlich, sondern die allein entscheidenden. Nur sie veranlaßten das französische Reich, welches in seinem Inneren in der Hauptsache den Charakter eines streng katholischen Staatswesens bewahrte, in Deutschland die Protestanten in ihrem Existenzkampfe gegen das Kaiserthum erst mittelbar, dann unmittelbar zu unterstützen. Je mehr diese selbstsüchtigen Interessen der am Kampfe Betheiligten das Uebergewicht gewannen, je mehr Deutschland zum Tummelplatze der Kriegsschaaren

Aus der Zeit des großen Krieges.
Facsimile der Radirung, 1643, von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

auswärtiger Staaten wurde, einen um so verheerenderen Charakter nahm der Krieg an, bis er schließlich in einen Vernichtungskampf ausartete, der an Brutalität seines Gleichen in der Weltgeschichte sucht.

Dazu aber kam noch ein anderes Moment. Selbst diejenigen Fürsten, welche den Kampf wirklich aus vorwiegend idealen Beweggründen in die Hand genommen hatten, welche ihn für die hohen Güter der religiösen Selbständigkeit und Gleichberechtigung begonnen und fortgesetzt hatten, führten ihn doch mit Truppenmassen und militärischen Führern, deren überwiegende Mehrzahl jenen idealen Interessen, um welche gekämpft wurde, völlig gleichgiltig gegenüber stand. Man muß sich den Charakter der damaligen Heere wenigstens

in den Grundzügen veranschaulichen, um die ganze furchtbare Art und Weise dieser Kriegführung recht ermessen zu können.

Die Grundlagen der alten Kriegsverfassung, welche auf der Heeresfolge der Landeseinwohner beruht hatte, waren längst vor dem dreißigjährigen Kriege bis auf wenige vorübergehende Spuren zu Grunde gegangen. Die alten, aus dem Lehnsverbande hervorgegangenen ritterlichen Heere waren schon im 15. Jahrhundert durch das Aufkommen der Feuerwaffen und die dadurch

Aus der Zeit des großen Krieges.
Facsimile der Radirung von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

bedingte überwiegende Bedeutung der Fußtruppen völlig verdrängt worden. Aber auch die Verfassung der Landsknechtshaufen, wie sie sich namentlich seit den Kriegen zwischen Burgundern und Schweizern und seit der Schlacht von Marignano ausgebildet und zur Zeit der Frundsberge und Schertlins von Burtenbach ihre endgiltige Gestaltung erhalten hatte, war doch wenigstens in der Hauptsache noch auf dem Gedanken der nationalen und territorialen Zusammengehörigkeit der Landsknechte aufgebaut. Seitdem auch sie in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts in ihren Grundlagen erschüttert war, hatte sich das reine Söldner- und Werbesystem, welches in gar keinem Zusammenhange mit der sonstigen staatlichen Verfassung mehr stand, ausgebildet.

Dieſes Syſtem, bei welchem von einer idealen Gemeinſchaft zwiſchen dem kriegführenden Fürſten und dem Heere, mit welchem er den Krieg führte, überhaupt kaum noch die Rede ſein konnte, erhielt ſeine höchſte oder vielmehr tiefſte Vollendung eben im dreißigjährigen Kriege. Es wurde allmählich die Regel, daß der Fürſt, welcher Soldaten brauchte, dieſe gar nicht mehr direct ſelbſt anwarb, ſondern die Anwerbung derſelben als ein förmliches finanzielles Geſchäft Unternehmern überließ, welche dann als Oberſten die Führung der von ihnen geworbenen Regimenter erhielten. Dafür wurde ihnen dann eine beſtimmte Summe von dem kriegführenden Fürſten gezahlt oder auch nur in Ausſicht geſtellt, aus der ſie das Werbegeld und den Handſold ihres Regiments zu beſtreiten hatten. Auf dieſem Wege wurde die Anwerbung der Regimenter für deren Oberſten mehr und mehr ein äußerſt lucratives Geſchäft. Den Zahlungen, die ſie von dem Fürſten, in deſſen Dienſt ſie ſtanden, erhielten, lag natürlich der complette Stand eines Regimentes zu Grunde. Erreichte das Regiment dieſen Stand nicht — wofür man ja abſichtlich ſorgen konnte — oder verlor es ihn durch Verluſte im Felde, ſo floſſen Werbegeld und Sold für die am completten Stande fehlenden Mannſchaften in die Taſche des Oberſten. Es war nur natürlich, daß dieſe Art des Werbegeſchäftes ſehr bald in ein raffinirt ausgebildetes Syſtem gebracht wurde, bei dem minder gewiſſenhafte Oberſten ſtattliche Vermögen erwarben, die Unterhaltungskoſten des Heeres aber für den kriegführenden Fürſten ins Ungemeſſene wuchſen. Man hat berechnet, daß der Koſtenaufwand für den Kopf einer Truppe im dreißigjährigen Kriege ſich etwa ſechsmal ſo hoch ſtellte als heutzutage. Schon hieraus erklären ſich die unermeßlich hohen Geldopfer, welche der Krieg den damaligen Staaten auferlegte.

Das hatte aber dann noch weitere, noch verhängnißvollere Folgen. Einmal nämlich gelang es den Fürſten, bei den verhältnißmäßig beſchränkten Einnahmen, die ſie aus der noch wenig durchgebildeten Verwaltung ihrer Länder zogen, nur in den ſeltenſten Fällen, in den ſpäteren Jahren des Krieges thatſächlich nie mehr, die enormen Koſten ihres Heeres auch nur einigermaßen regelmäßig zu beſtreiten. Man griff daher zu den gewaltſamſten und verderblichſten Mitteln. Erſt verſuchte man es mit freiwilligen oder gezwungenen Anlehen, dann ging man zu umfaſſenden Güterconfiscationen über, wie es in Böhmen erſt von Seiten der aufſtändiſchen Stände, dann in noch weit höherem Grade von Seiten des Kaiſers geſchah; genügte auch das nicht mehr, ſo griff man zu den empörenden betrügeriſchen Münzverſchlechterungen, deren verheerende Folgen Handel und Wandel des Landes völlig untergruben und lahm legten. Es war nicht wunderbar, daß das betrogene Volk durch dieſes Unweſen der „Kipper und Wipper“ in grenzenloſe Wuth gerieth, die ſich zuweilen in den leidenſchaftlichſten Formen Luft machte. Als man aber mit allen dieſen Mitteln nicht mehr auskam, verfiel man auf einen negativen Ausweg, den einige Fürſten von vornherein gewählt hatten und der in der Periode Wallenſteins zur höchſten Ausbildung gelangte: man zahlte überhaupt keinen Sold mehr, ſondern wies

Epitaphium oder deß guten Geldes Grabschrifft.

O du Teuffel auff der Baan/ Was helffts alls mit dem Geldt an/ — Ist es noch nicht genug der zeit/ Vnfrid vnd Widerwertigkeit.

WO sind doch Leut alſo verfluchte/
So arg/verſchlagen vñ durchtucht/
Als die Gottloſe Juden ſeyn/
In den Münghandel geſetzt ein/
Sind der ergſten Feind in der Welt/
Die im grund richten das gut Geld
Hie kompt ein Chriſt/
Der ärger iſt.
Mercke Jud ſehe gut Geld herein ich dir/
Was gibſtu auff den Wechſel mir?
Auff den Gulden Häller zu lohn/
Jud Da haſtu 30. Kreutzer ſchon.
Chriſt/ Wil auff den Guldi Pfenig im brauch
Jud· Hier haſtu 30 Kreutzer auch
Chriſt· Was auff den Gulden Kreutzer her/
Jud Zehen Patzen gelt ich nicht mehr.
Chriſt. Was auff den Gulden hatte Patzn/
Jud Hie haſt 12. Patzen in den Tatzen
Chriſt: Was gibſt du auff ein Guldi Beſchen
Jud· Ein ſt haſt nit hare drumb zu eſchen
Chriſt· Auff ein ſt haſt nit 6. Kreutzer was gibſt dar/
Jud· Da haſtu einen Gulden bar
Chriſt: Auff ein Gulden Drey Patzner wol
Jud Vier Gulden 30. Kreutzer für das
Chriſt Was gibſt auff ein 12. Patzner gut/
Jud Dreiſſig Kreutzer iſt wie ja noch.
Chriſt: Auff ein Reichsthaler was gibſt ein/
Jud· Fünff Gulden 30 Kreutzer ſein
Chriſt· Was gibſt auff ein Guldgulden mir.
Jud· Fünff Gulden/30 Kreutzer dafür/
Chriſt: Endtlich was gibſt auff 8 Ducaten du
Jud· Acht Gulden 30. Kreutzer darzu.
Je beſſer Geldt/je mehr gibſt ich/
Darauff darnach ſa richte dich/
Komm bald zu mir wider in ſumma/
Ich zahl dirs wol bey meiner ſcham.
Iſt Epitaphium O Chriſt/
Deß guten Geldes Begräbnuß iſt.

Scham an der Gottloß Chriſt vorab/
Trägt ſelbſt das gut Geldt zu dem Grab.
Das iſt der Juden Teuffels Trayl/
Zu lohn ſoll ſein ein ſtarcker Preyl/
Auff ihren Rucken für ein pahr/
Sag O Leſer/iſt es nicht wahr?
Der Gauckeuffel iſt der recht Thäter/
Der Wucherer och Geldts Verräther/
Die bringens den Juden gefliſſen/
Wo kondten ſie das Geldt ſunſt miſſen.
Die werffens in den Tiegel hie/
Gott werff ſie in die Höll dafür/
Iſt ob Gott wil nicht lang dahen/
Wird die Höll ſeyn ihr aller Gwinn/
Wie wol ſie deſſen nicht beſorgen/
Der Vmbhang helt ihr Sach verborgen.
Diſcordia vns ſein anderst/
Diſer Welt widerwertigkeit/
In hohem vnd Nidern Stand/
Thuet doch das gut Geld entzand/
Scheret vmb hauff/ das es muß von
Dem Juden ſchändlich zu grund gahn/
Jaus ſcheeret aber die dunerbn/
So thun den Gwalt haben geben
Vnter dem abgewichnem Fürhang/
Hat der Gerechtigkeit kein Gang/
Dann ihr Klagen will nicht hemen/
Hie bey den Teuffels Juden ſeyn/
Drumb ſie als der Edel Schatz/
In der ſchnöden Welt haben thun blatz.
Weil die Welt im Vnfriedē ſteht/
Die zeit der Juden Geiz fortgeht.
Schickt aber Gott gnts Regiment/
Der Juden Teuffels Geitz ſich endt.
Ihr wider Chriſtliche Boßheit/
Wie all ihr Vngerechtigkeit/
Ihr angerechtes Geld zum al/
Gemacht von allerley Metall/
Wer das nach ihnen ſchmelzen thut/
Bringt darmen kaum 2 Pfenning gut.

Gelt das nicht zu beklagen ſein/
Gegen dem guten Geldt gemein.
Hie ſpürt man ihren Neid und Haß/
Gegen der Chriſtenheit ohn maß·
Derentwegen hat man ſie erkennt/
Mit ihrem falſchen Geldt verbrennt/
Man ſie heim aller Welt anbhet/
Daß kein Gerechtigkeit iſt mehr/
Warumb ſie hat keinen Fortgang/
Das macht der Welt Teuffels vmhang/
Der in edem nicht ſchafft das Gut/
Bis Gott den Fürhang hinweg thue
Sechr der wigt das Geiz mit Vntrew/
Ey daß es ſein letzts wegen ſey
Hinder ihm ſchlegt der drauff das Prey/
Ich aß ſein Seel auch darob leg/
Samgt ſeiner Münz auff in der Erdn/
Daß der Wunſch an ihm war ſoll werdn/
Daß der Teüfel/Grabet/Todtengräber/
Kamm an Hälſchen finſtern Nebel/
Was wündſch ich? Sie haben mehr Plag/
Weder man ihnen wündſchen mag.
Es iſt vmb den Armen zu thun/
Dem thut es abel darob gahn/
Weil die gut Münz ſtarck geht in grundt/
O Chriſt bitt Gott hertzlich zuundt/
Daß er vns laß nach diſem Zorn/
Die Heimliſche Münz widerfahrn/
Dardurch ans Chriſtus mit Wolthat/
Erkaufft vnd erlöſet hat/
Von der Münz deß Teuffels die zeit/
Als der verfluchten Diwarchet/
Deßwegen laſt ans bitten gleich/
Den lieben Gott im Himmelreich/
Daß er abwend diß vngemach/
Das wird gedruckt zu Dendt zu nach

Zu Augſpurg bey Daniel Manaſſer Kupfferſtechern beym Werthabrucker Thor.

Verkleinertes Facſimile eines Spottblattes auf die Münzverfälſchungen zur Zeit des dreißigjährigen Krieges.

das Heer ausſchließlich darauf an, ſich denſelben durch Contributionen und Brandſchatzungen in den beſetzten Gebieten ſelbſt zu verſchaffen. Auf dieſem Wege wurden dann, da ſich die Truppen bei den ſchwer controllirbaren Contributionen in der Regel einen erheblich höheren Sold als den ihnen vertragsmäßig zugeſicherten erpreßten, den unglücklichen Ländern, welche den Heeren zum Quartier dienten, die ungeheuerſten finanziellen Opfer auferlegt, die mit rapider Schnelligkeit zur völligen Verarmung der Bewohner führten.

Aber auch für das Heer ſelbſt waren dieſe Verhältniſſe von der verderblichſten Wirkung. Blieben die Soldzahlungen, wie das ſehr bald, ſelbſt in den erſten Jahren des Krieges, die Regel wurde, aus und vermochten ſich die Truppen, entweder weil das Land, in dem ſie lagen, zu arm oder ſchon zu ſehr ausgeſogen war, durch Contributionen nicht ſchadlos zu halten, ſo kam es zu offenen Meutereien, welche die Disciplin aufs Aeußerſte ſchädigten und den organiſchen Zuſammenhalt wiederholt geradezu auflöſten. Solchen umfaſſenden Meutereien begegnen wir ſchon bei den erſten Kämpfen in Böhmen, ſie wiederholen ſich dann in regelmäßiger Wiederkehr bei faſt allen Heeren, die in dem Kriege in Wirkſamkeit traten. Wir ſahen, wie ſelbſt Bernhard von Weimar, der der abgöttiſch verehrte Liebling ſeiner Truppen und ein außergewöhnlich beanlagter militäriſcher Organiſator war, durch derartige Meutereien zuweilen in die allergrößten Schwierigkeiten gerieth.

Alle dieſe ſchweren Uebelſtände aber wurden für das Heer wie für die von der Einquartierung deſſelben betroffene Bevölkerung ins Ungemeſſene geſteigert durch die ebenfalls mit der ganzen Art der Verfaſſung und namentlich der Werbung zuſammenhängende Zuſammenſetzung der Truppen. Die mit der Werbung betrauten Oberſten, welche dieſelbe, wenn nicht in erſter Linie, ſo doch mindeſtens nebenbei als lucratives Finanzgeſchäft betrachteten, konnten dabei auf Herkunft, Abſtammung und Charakter des Geworbenen nur wenig Rückſicht nehmen, noch viel weniger aber daran denken, die Werbungen etwa auf die Staaten des Fürſten, für den ſie geſchahen, zu beſchränken. Allenthalben im Reiche wurden die Werbetrommeln gerührt, und wer das Werbegeld annahm, wurde in die Truppe eingeſtellt. Die Verſuche, ein Heer nach der Art früherer Jahrhunderte durch ein Aufgebot der Landeseingeſeſſenen zuſammenzubringen, wie ſie im erſten Jahre des böhmiſchen Aufſtandes unternommen wurden, ſcheiterten völlig und ſind dann ſpäter nicht mehr wiederholt worden. Vielmehr waren dieſe Söldnerheere auf das Bunteſte aus den verſchiedenſten Ländern und Ständen zuſammengewürfelt. Neben den Söhnen deutſcher Bauern, welche die Luſt zum Kriegshandwerk oder der Verluſt des ererbten Gutes zur Fahne trieb, folgte alles mögliche Geſindel aus dem Inlande und Auslande dem Rufe der Werbetrommel, namentlich wenn ſie für einen erfolgreichen und viele Beute verheißenden Namen gerührt wurde. Kein höheres gemeinſames Band, kein perſönliches oder ſtaatliches Verhältniß zu dem Landesherrn, dem ſie dienten, hielt dieſe Schaaren zuſammen. Das Einzige, was ſie vereinte, war die Liebe zu ungebundenem Leben, die Sucht

nach Beute, oder, wie das namentlich in den ſpäteren Jahren des Krieges nur zu oft der Fall war, die Verzweiflung, in friedlicher Arbeit ihr Leben zu friſten. Es hielt außerordentlich ſchwer und bedurfte hervorragender perſönlicher Eigenſchaften der Offiziere, unter denen der deutſche wie fremdländiſche Adel zahlreich vertreten war, um dieſen Regimentern durch den der Fahne geſchworenen Eid einigen ſittlichen Halt zu geben. Daher die für unſere heutigen Begriffe ſo auffallende und abſtoßende Erſcheinung, daß

Aus der Zeit des großen Krieges.
Facſimile der Radirung von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

ganze größere Truppenverbände, wenn ſie in die Gefangenſchaft des Feindes geriethen, oft ohne Weiteres in deſſen Dienſte traten.

Heere von ſolcher Zuſammenſetzung mußten aber natürlich ganz anders auf den Ländern, welche ſie auf ihren Kriegszügen berührten, laſten, als das etwa bei unſeren heutigen, auf der Wehrpflicht der Unterthanen beruhenden Heeren der Fall iſt. Sie machten von vornherein keinen Unterſchied zwiſchen Freundes- und Feindesland, ſondern hauſten in beiden in gleicher Weiſe und hielten in ihrer von Jahr zu Jahr wachſenden Verwilderung ſchlechthin jede Gewaltthat, jede Zerſtörung fremden Eigenthums, mehr und mehr auch die

völlige Ausplünderung ganzer Gegenden, wenn es sich darum handelte, dem Feinde dadurch die Existenzmöglichkeit zu rauben, für erlaubt.

So kam es sehr bald dahin, daß die Leistungen der Bevölkerung für den Sold und Unterhalt der im Lande weilenden Truppen nur den kleinsten Theil der Opfer darstellten, welche sie zu bringen hatte. Und doch waren auch diese Leistungen schon enorm, namentlich wenn man in Betracht zieht, daß, je mehr der Krieg sich in die Länge zog, je mehr der Soldat sich dauernd auf das Lagerleben einrichten mußte, um so ungeheuerlicher neben den Truppen selbst der sie begleitende Troß anwuchs. Wenn das Heer, wie in der Regel im dreißigjährigen Kriege, 30 000—40 000 Mann zählte, so betrug der aus den Soldatenweibern und -Kindern, Dirnen, Buben ꝛc. bestehende Troß, der von dem heimgesuchten Lande ebenfalls unterhalten werden mußte, das Doppelte und Dreifache. Wenn nun schon die Contributionen für die Truppen nach den in den Verpflegungsordonnanzen festgestellten Soldsätzen, welche für den Infanteristen etwa 9—10 alte (= 25—30 neuen), für den Reiter 15 alte (= 37½ neuen) Gulden, für eine einzige Compagnie zu Fuß von 125 Mann etwa 1500, für eine zu Roß 2400 Gulden monatlich betrugen, dem Lande ungeheure Kosten auferlegten, so wurden diese durch den Troß und durch die gewaltsamen Entwendungen und Brandschatzungen der Truppen noch erheblich gesteigert. Die Schilderungen von den Leiden der heimgesuchten Länder, welche uns in Tagebüchern und Chroniken, noch mehr und objectiver aber in den einfachen, aber beredten Zahlenzusammenstellungen in Stadtbüchern und Rechnungen aus der Zeit des Krieges aus fast allen Gegenden Deutschlands erhalten sind, reden darüber in einer Sprache von grausenerregender Deutlichkeit. Nun wird man gewiß von diesen oft haarsträubenden Schilderungen, welche nicht selten von dem Streben, die Unmöglichkeit weiterer Leistungen darzuthun, eingegeben sind, hier und da erhebliche Abstriche machen müssen, aber unzweifelhaft bleibt doch, daß diejenigen Landstriche, welche auf längere Zeit oder wiederholt von größeren Truppenmassen heimgesucht wurden, schließlich in einer Weise ausgesogen und verarmt waren, die sie dicht an den Rand des Abgrundes brachte und jede regelmäßige erwerbende Thätigkeit unmöglich machte. Freilich wird man trotz der massenhaft vorliegenden, oft herzzerreißenden Detailschilderungen zu einem erschöpfenden zahlenmäßigen und statistisch genauen Bilde der durch die jahrzehntelangen Verwüstungen, Truppendurchzüge und die dabei verübten Bedrückungen herbeigeführten wirthschaftlich-socialen Nothstände wahrscheinlich nie gelangen; jedenfalls ist das für jetzt vollkommen ausgeschlossen, da Vorarbeiten hierfür bisher nur in localhistorischer Richtung unternommen worden sind und man sich gerade bei Untersuchungen dieser Art vor übereilten Verallgemeinerungen sehr hüten muß; aber charakteristisch für die schwere Noth der Zeit sind solche localgeschichtliche Einzelheiten, sind selbst solche allgemein gehaltenen, Wahrheit und Dichtung mit einander verwebenden Schilderungen, wie sie uns Moscherosch in seinen Gesichten Philanders von Sittewaldt und Grimmelshausen in seinem

Aller Heyl vnnd Herrnlo en/

Baurenſchinderiſcher Marter Hanſen Vnehrlicher Anfang/ Gefährlichſter Fortgang/ vnnd Allerſchändlichſter Ausgang.

1.

Brechebald Kaſt: vnd Kiſten auff/
Da ſack ich ein/ vnd pack zuhauff/

In Summa/ all mein Fleiſch in Hoſn
Würd mir geſtolen von Franzoſn.

Der muß hernach seins Lebens Zeit/
Viel thun/ es sey jhm lieb odr leidt.
DErhalben ich gelernt nicht mehr
Als das ich suche hin vnd hehr
Wo nichts verlohren / was zufindn/
Auff den Bergen/in Thäl vnd Gründn/
Vff freyem Feld in grünen Büschn/
Was ich von Wild da kan erwyschn ;
Vnd sich mir willig thut ergebn/
Behält vor mir wol Leib vnd Lebn:
Jedoch das sie nach meinn Gefalln/
Meinen gebürnden Zoll bezahln.
Welcher nun ist gefast mit Gelt/
Derselbe seinen Balck behelt/
Wo abr die Pfennig ausgeflögn/
Wird jhm das Fell übr d Ohrn gezogn/
Wann ich nun diß ein Zeitlang treib/
Vor dem halbn Karne sicher bleib/
Vnd nicht erhöhet von der Erd/
Zum Sternseher gemachet werd ;

2.

ALs bann ich mich von newn Mundir
Vfs allerstatlichste staffir
Von der Fussohln ein newes Kleid/
Vergülter Degen an die Seit/
Da müssen seyn viel Posamentn/
Ein schöne Scherp mit gülden Zanckn.
Der Hut mit einer grossen Fedr,
Ein newes Kollr /von Elends Ledr/
Stiefel / Kaloschen/Sporn vergült :
Vnd wann mir hier zu mangelt Gelt.
So spreche ich den Baursman an/
Wo der nicht balt will Zahlung thun/
So muß der arme Teuffel wohl
Oder schlag jhme die Haut voll
Der Baur so sich nicht wehren darff/
Empfindet meine Kützheit scharff/
Sonsten ich nie das Hertz genommn/
Einm Stallbubn vor die Faust zu kommn.

Vnd muß also der Bawr entlauffn:
Gehen mir an nun solche Possn/
Vnd werde nicht jrgend erschossn/
Mit einem Hänfin Pfeil geschwind/
Damit man die Kälber anbindt .

3.

SO fang ichs rechte Leben an/
Da muß ich habn ein schöne Dam
Mit welcher ich mich erlustier/
Biß mir ein schönre kommet für/
Als bald ich die Alte verschenck/
Vnd mich an eine ander henck /
Dieselbe ich so lang behalt/
Biß eine bessre mir gefelt/
Dann geths du Schandhur pack dich, nauß/
Vnd zieh sie Mutter nacket aus/
Lasse sie meine Hund aushetzn/
Also kan ich mich wohl ergetzn/
Wann abr bey diesem guten Lebn/
Der Baursman gantz nicht mehr kan gebn.
Vnd ich gleich wohl ohn Vnterlaß/
Will lebn in vollem Quas vnd Fraß/
Werd ich gezwungn das ich ausreit.
Vnd auff der Strassen mache Beut
Das ist ein fein Thun : wenns gelingt/
Vnd es in sicher Vbung bringt:
Wenns aber einem dahin kömbt
Das man jhm die Augen verbind
Vnd stelt jhn an einn Baum hienau
Wie den heilgen Sebastian/
Odr macht jhn kürtzer vmb ein Spann/
Da wils S. Veltens Leyden han.

4.

KOmme ich aber auch dißmahl
Davon/vnd mit der Haut nicht zahl.
So Jucket mich die Beeven Haut/
Vnd wo solche von mir gekrawt.
Da wurd es böser Kratz vnd Grind/
Das Fleisch mir von den Beinen schwind/

Er ferner meiner nicht begehrt.
Da heist es bald/holla Monseur
Er schaff jhm ein ander Quartier
Wie kranck vnd matt ich immer bin/
Da hülfft gantz nichts ich muß aushin
Meine Haut kan ich kaum erschleppn/
Marshier also an zweyen Steckn.
Vnd wo mich nun der Baur außspürt/
Den ich zuvor hab tribulirt/
So wird er mir den Schlafftrunck gebn/
Das mir das Ghirn vorm Kopff thut klebn/

5.

LEtzlich /wann dann mich armen Laurn/
Verlassen Bürger/vnd die Baurn/
Ein jeglich ehrlicher Soldat/
Vor mir auch einen Abschen hat/
So muß ich mit den Eulen wandern/
Bey Nacht von einem Dorff zum andern/
Vnd hab ein starck Confoy bey mir
Der ich gerne geübrigt wehr
Von etlich tausent Wammest Katzn
Die mich am Leibe pfitzn vnd pfatzn
Welche ich alle muß ernehrn
Kan mich selbst nicht des Hungrs erwehrn/
In diesem Stand arm vnd elend/
Ich endlich mein Siechbette find/
Jrgend auff einem Hauffen Mist
Odr welchs ein wenig besser ist/
In einer alten Scheur odr Stall/
Daselbst en wenn ich vberall
Sehr kranck vnd matt mit Hungers Noth/
Erwart ich mein Elenden Todt.
Mein todter Leib/bey finster Nacht/
Wird bald auff den Kirchhoff gebracht
Auff dem die Aaß an Küen vnd Pferdn
Von den Wolffen gefressen werdn.
Das bringe ich endlich davon
Dann diß Arbeit gibt solchen Lohn.

Facsimile eines Flugblattes, um 1635, auf die Soldateska des dreißigjährigen Krieges.

Simplicius Simplicissimus entworfen haben, doch in hohem Maße. Und je mehr man sich klar machen muß, daß alle allgemeinen Schätzungen über das Sinken der Bevölkerungsziffer in ganz Deutschland, welche die größten Schwankungen aufweisen und die Einwohnerzahl durch den Krieg bald auf die Hälfte, bald auf ein Drittel, bald noch weit mehr zurückgehen lassen, von sehr problematischem Werth sind, um so weniger darf man sich der für den Geschichtsschreiber freilich wenig erfreulichen Aufgabe entziehen, von den aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands vorliegenden Einzelangaben wenigstens einige der zuverlässigsten anzuführen.

Bei Gelegenheit des böhmischen Aufstandes erwähnten wir schon, daß nach neueren, auf gleichzeitigen Einzelangaben beruhenden Berechnungen die Einwohnerzahl Böhmens von vier Millionen auf kaum 800 000 herabging. Ohne Zweifel bei weitem übertrieben ist die in gleichzeitigen Quellen aufgestellte Behauptung, daß in der Pfalz, als Karl Ludwig nach dem Frieden in das Land zurückkehrte, nur noch der fünfzigste Theil der Bevölkerung übrig gewesen sei. Aber ebenso unzweifelhaft ist es, daß gerade die Pfalz, um welche der Krieg in seiner ersten Periode nach der rein local böhmischen Phase hauptsächlich geführt wurde, besonders stark und in besonders langen, ununterbrochenen Zeitabschnitten unter demselben zu leiden hatte, zumal nach der Besitznahme des Landes durch Maximilian von Bayern mit den militärischen auch die empörendsten religiösen Bedrückungen Hand in Hand gingen, welche Tausende an ihrem protestantischen Glauben treu hängender Einwohner zur Auswanderung veranlaßten. Auch mögen einige der vorliegenden Einzelangaben zutreffend sein. So wird berichtet, daß in Germersheim einmal Alles, was sich an Bürgern und Soldaten, Weibern und Kindern noch vorfand, von den entmenschten Kroaten, welche die Stadt eingenommen hatten, niedergehauen wurde. Wenn diese Angabe auch nicht völlig wörtlich zu nehmen ist, so erhält sie in der Hauptsache doch eine sehr gewichtige Stütze dadurch, daß der Erzherzog Leopold Wilhelm sich durch diese grausame Behandlung Germersheims veranlaßt sah, einen strengen und energischen Befehl an seine Truppen zu erlassen, in welchem er jeden Mörder mit dem Tode zu bestrafen drohte. Erst dieser Befehl machte dem Blutbade in der dortigen Gegend für den Augenblick ein Ende. Mit Nichten aber hörten darum die Bedrückungen und Brandschatzungen im Allgemeinen auf. Unaufhörlich war das Land von Truppen überschwemmt, welche namentlich auf dem flachen Lande die verheerendsten Plünderungen und Gewaltsamkeiten verübten. Die Folge war, daß nach einiger Zeit an eine regelmäßige Bestellung der Aecker überhaupt nicht mehr gedacht wurde, so daß in Folge des Mangels an Brotfrucht eine grausame Theuerung und Hungersnoth herrschte. Zu Weinheim an der Bergstraße und in der Umgegend kostete im Jahre 1635 ein Malter Korn die für die damalige Zeit unerhörte Summe von achtzehn bis zwanzig Thalern, ein Malter Mehl vierundzwanzig Königsthaler. Die Bevölkerung griff zu den ekelerregendsten Nahrungsmitteln; man aß gefallene Pferde, Frösche wurden für Lecker-

biſſen angeſehen. Ja ſchon damals ward aus den verſchiedenſten Orten gemeldet, daß man ſich ſelbſt an menſchlichen Leichen vergriffen, ja auch Menſchen, namentlich Kinder, geſchlachtet habe, um ſie zu verzehren. Eine verheerende Peſt war die Folge dieſer haarſträubenden Zuſtände. Ganze Dörfer ſtarben aus. Und dabei wurde das Land gerade damals nach der Schlacht bei Nördlingen von den ſpaniſchen Truppen des Cardinal-Infanten, welche nach den Niederlanden abzogen, und von den ſiegreichen Kaiſerlichen mit den ausgeſuchteſten Grauſamkeiten heimgeſucht. Nach den vorliegenden Einzelſchilderungen muß ſchon in jener Periode jedes Gefühl für Menſchlichkeit den verwilderten Söldnerhorden abhanden gekommen ſein. Schon längſt begnügten ſie ſich nicht mehr mit den Bedrückungen und Erpreſſungen, welche für ihren Unterhalt nothwendig waren; ſie zerſtörten, um zu zerſtören, und weideten ſich mit brutaler Luſt an den Leiden der unglücklichen Bevölkerung. Namentlich waren es die ſpaniſchen und italieniſchen Truppen, über deren Grauſamkeit die empörendſten Klagen erhoben wurden. Fanden dieſe Horden in einem Dorfe nicht ſo viel Vorräthe an Geld und Lebensbedürfniſſen, wie ſie erwartet hatten, oder nahmen ſie gar an, daß vorhandene Vorräthe ihnen verheimlicht würden, ſo ſchreckten ſie vor den ſchlimmſten Peinigungen der Bewohner nicht zurück, in denen ſie bald eine traurige Virtuoſität erlangten. Man ſchoß die Leute ins Knie und drehte ihnen dann die Beine ab, ſägte ihnen die Schienbeine an, machte Schnitte in die Fußſohlen, in die dann Salz geſtreut wurde, ſchnitt ihnen Riemen aus dem Rücken, ja es kam vor, daß Kinder im Beiſein der Eltern lebendig in den Backofen geſchoben wurden. Daneben wurden hier wie faſt überall, wo dieſe Horden hauſten, die Weiber maſſenhaft zu Opfern der viehiſchen Lüſte der entmenſchten Soldateſca. Frauen und Jungfrauen wurden in Gegenwart ihrer Männer und Väter, zuweilen auf offener Straße geſchändet, ſelbſt die Schwangeren, denen man in beſtialiſcher Wuth die Brüſte abſchnitt, wurden nicht geſchont. Es war, als hätten ſich dieſe Horden vorgenommen, die ganze Bevölkerung buchſtäblich zu Grunde zu richten.

Und ſo wie in der Pfalz, ſo war es, bald in höherem, bald in geringerem Grade, überall im Reiche, wo größere Truppenmaſſen längere Zeit in einem Gebiete verweilten. Namentlich hatte der Süden und Weſten Deutſchlands nach der Schlacht von Nördlingen namenlos von den ſiegreichen Kaiſerlichen zu leiden. Eine große Menge von Ortſchaften war völlig vom Erdboden verſchwunden; die Wüſtungen, deren Ueberreſte neuerdings hier und da zu Tage treten oder von denen uns nur die Namen erhalten ſind, ſtammen zum großen Theil aus dieſer Zeit. Und auch in den Städten und Dörfern, welche ihr Daſein gerettet hatten, ſtand nach dem Kriege oft ein großer, oft bis zu zwei Drittheilen anwachſender Theil der Häuſer leer. Die Unſicherheit jeglichen Beſitzes während des Krieges hatte namentlich das immobile Eigenthum ſo entwerthet, daß nach dem Kriege größere Hofgüter für wenige Gulden zu kaufen waren, in den Städten aber Häuſer in großer Zahl niedergeriſſen

Vnparteyische beschreibung/gemeniſter Victualien/was dieſelben in zeit Augſpurgiſcher Blocquierung/von ungefahr anfang deß Monats Novemb. Anno 1634. biß faſt zu ende deß Martij/ Anno 1635: als dieſelbe wider in Röm. Kayſ. Mayeſtt vnſers

Allergnädigſten Herrens/Devotion kochen/aufs höchſte ſo lang eine oder die andere zubekommen geweſen/gegolten: Vnd entgegen wie dergleichen Sachen die zwey Jar/Anno 1640 vnd 1641 Durch Gottes reichen Segen/in guter requie vnd ſeinem Frieden/nach der menge in ringem Preiß/ſein zubekommen geweſen: Der lieben Jugent/vnd gantzen Poſteritet/welche ſolchen Jamer vnd Elend theils nicht gedencken zu mercklicher Erinnerung: Andern aber/ſo offt ſo reiche Segen/wider wiſſen vnd gewiſſen/hochtröſtlich vnd grobärgerlich mißbrauchen/wardurch der Mitreicheſte Gott/mit ihrer fortfahrender abſcheulicher Sicherheit vnd ſtrenger in Himmel ſchreyender Sünd/zu noch vil gröſſerer Straff vnd Plag fürſetzlich bewögt/vnd gleichſam genötiget wirdet:

Zu treuhertziger Warnung in Truck gegeben/gantz nicht zweiffelende/wa man von ſolchen ſchweren Sünden abſtehet/werde Gott ſeinen gerechten Zorn auch laſſen ſchwinden.

Metzen Kern p	24 ß	Rähmagen	1 ß 4 kr	maß Grundl	1 ß 30 kr	Schaf Kern p	4 ß	Schafsbänſchlin	4 kr	maß alt Wein	16 kr
Metzen Korn	22 ß	Rähmaul	30 kr	me Groppen	50 kr	Scho Waitzen	4 ß	Ochſenhirn	5 kr	me neuen Wein	12 kr
Metze Gerſten	6 ß	Rähfuß	30 kr	me Miſchling	36 kr	Scho Feſen	3 ß	Ochſenzung	20 kr	me Brañtewein	36 kr
Metzen Haber	6 ß	Kalbsfuß	4 kr	Häring	12 kr	Scho Korn	1 ß 30 kr	Ochſenmagen	8 kr	me gmein Meeth	6 kr
Metze Erbiß	6 ß	Kühwamme	9 ß	ß Lachs	48 kr	Scho Gerſten	3 ß	Ochſenmeul	5 kr	me Honig	4 kr
Vierle ſchönmel	4 ß	ß Roßfleiſch	30 kr	ß Stockfiſch	45 kr	Scho Haber	1 ß 30 kr	Ochſenwamme	1 ß 52 kr	me braun Bier	2½ kr
V. Rugginme	1 ß 4 kr	ß Roßkutten	16 kr	me Sp. wein	2 ß 32 kr	Metze Erbiß	40 kr	Ochſenfuß	5 kr	me weiß Bier	2 kr
V. Gerſtme	1 ß 5 kr	ß Eſelfleiſch	30 kr	me Malvaſir	2 ß 30 kr	Metze Linſen	48 kr	3. Kalbsfüß	4 kr	Maß Weineſſig	16 kr
V. Häbrnme	1 ß 45 kr	Roßkopf roh.	1 ß 30 kr	me Kainſal	2 ß 22 kr	Vierling Herrenbrodtmehl p	24 kr	ß Wildpret	4 kr	Maß Biereſſig	5 kr
V. gſotthabe	2 ß 12 kr	Roßmagen	30 kr	me alten Wein	1 ß	V. ſchön mehl	10 kr	ß ſchw. wildpret	3 kr	ß Rochzucker	40 kr
V. Erbißmel	1 ß 15 kr	Roßmaul	20 kr	me Honig	1 ß 30 kr	V. Rugginmehl	6 kr	Haaß	24 kr	ß Zwiebeln	14 kr
V. Linſinmel	1 ß 45 kr	Roßfuß	18 kr	me brañtewein	2 ß 40 kr	V. Füſinmehl	11 kr	Indianiſche Han	1 ß	ß Feigen	12 kr
Rugginer Laib/ von 3½ ℔ ein gut Frrund dem andern	1 ß 30 kr	Roßwamme	4 ß	me gmein Meeth	36 kr	V. Häbern mehl	11 kr	Indianiſche hen	45 kr	ß Weinbeer	12 kr
Semel zu 6 loc	12 kr	Kälberhaut	12 ß	me braun Bier	18 Bz	V. gſotnhaber	11½ kr	Capaun	24 kr	ß Rohmandel	32 kr
viereckt mülſtaub	10 kr	Roßhaut	10 ß	me weiß bier	13 Bz	Metze ſchön klei	10 kr	Gantz	24 kr	ß Reiß	4 kr
Metze grobe klei	40 kr	Eſelshaut	9 ß	me Weinreſſig	48 kr	Laib von 22 ℔	4½ kr	Ent	10 kr	ß Zweetzken	3 kr
Vierleng Saltz	48 kr	Kalbshaut	3 ß	me Biereſſig	8 kr	Semel zu 10 loc	½ kr	Hann	10 kr	ß Parmaſonkäß	28 kr
zimlicher Ochs	250 ß	ß ſchweinwildp.	48 kr	ß Rochzucker	2 ß	Vierle Saltz	15 kr	Hun	6 kr	ß Hollenderkäß	16 kr
ſolche Kuch	150 ß	ß hirſche wildp.	40 kr	ß Zwiebeln	30 kr	zimlicher Ochs	30 ß	Wilde Ent	20 kr	ß Schweitzerkäß	6 kr
zimliche Kalb	42 ß	Haaß	1 ß 38 kr	ß Feigen	30 kr	zimliche Kuch	15 ß	Taucherlin	15 kr	ß gmein Käß	6 kr
Schwein	40 ß	Indianiſcher han	9 ß	ß Rohmandel	45 kr	zimlich Schwein	4 ß	par Tauben	8 kr	ß Inſchlitzkertze	10½ kr
Spanfäcklin	2 ß	Indianiſche hen	8 ß	ß Weinbeer	24 kr	Spanfäcklin	12 kr	12. Hennenayr	4 kr	ß Baumöl	12 kr
Schaf	24 ß	Capaun	3 ß	ß Reiß	40 kr	Schaf	2 ß 30 kr	ß Aal	52 kr	ß Lainöl	10 kr
Lamb	14 ß	Gantz	4 ß	ß Zweetzken	18 kr	Lamb	1 ß	ß Rugeten	32 kr	ß Clauēſchmaltz	9 kr
ß Kalbfleiſch	48 kr	Henn	1 ß 30 kr	ß Parmaſonk	1 ß 20 kr	Zäglin	18 kr	ß Forthen	28 kr	Metzen der Bayriſchen Rüb	18 kr
ß ſchweinfleiſch	36 kr	Hun	1 ß	ß Hollenderkäß	1 ß	ß Rindfleiſch	5 kr	ß Hecht	16 kr	Metzen der Schwäbiſchen Rüb	6 kr
dügne Ochſezung	1 ß	Wilde Ent	1 ß 12 kr	ß ſchweitzerkäß	52 ß	ß Kalbfleiſch	5 kr	ß Karpfen	12 kr	Claffte buchin Holtz bayriſch	4 ß 30 kr
Kalbskopf	1 ß	Taucherlin	50 kr	ß gmein Käß	24 kr	ß ſchweinfleiſch	5 kr	ß Barmen	9 kr	Claffte buchin Holtz ſchwäbiſch	3 ß 15 kr
Kalbsgling	1 ß 30 kr	heimiſche Ent	1 ß	ß Inſchlitzkertze	3 ß	ß Schaffleiſch	5 kr	ß Aalr	10 kr	Claffte lang bürckin Holtz	3 ß 30 kr
ß Speck	36 kr	par Tauben	1 ß 20 kr	ß Baumöl	1 ß 20 kr	ß Speck	6 kr	ß Naſen	6 kr	Claffte kurtz bürckin Holtz	2 ß 30 kr
ß Grif	48 kr	Hennen ay	12 kr	ß Leinöl	30 kr	ß Grif	8 kr	ß Krebs	14 kr	Cle fenchtholtz	2 ß 30 kr
ß Rindern würſt/nur ſchlecht. p	24 kr	ß Aal	1 ß 20 kr	ß Clauēſchmaltz	24 kr	ß Rindern würſt	5 kr	3 Neunaugen	2 kr	Cencr Hew	24 kr
Dügne wurſt	16 kr	ß Rugeten	1 ß	meis baye rüb	1 ß 28 kr	Dügnerwurſt	3 kr	ß Laz	12 kr	Schober Stro	30 kr
ß Butter	1 ß	ß Forthen	1 ß 12 kr	me ſchwäb. rüb	1 ß 48 kr	ß Butter	8 kr	ß Stockfiſch	9 kr	ſtanden Werſich	1 kr
ß friſch Schmaltz p	1 ß 20 kr	ß Hecht	32 kr	Cle buchin holtz	10 ß	ß friſch Schmaltz	10 kr	Maß Sengten	1 ß	100 Schneggen	8 kr
ß ſchw. ſchmaltz	1 ß 6 kr	ß Karpfen	36 kr	Cle bürckin holtz	8 ß	ß ſchw ſchmaltz	8 kr	me Grundlen	28 kr	100 gut äpfel	10 kr
ß Schmer	40 kr	ß Alat	34 kr	Cle feuchtem holtz	8 ß	ß Schmer	10 kr	me pfrillen	20 kr	mens Hunelvirn	28 kr
ß Inſchlitz	36 kr	ß Naſen	24 kr	Centner Hew	2 ß	ß Inſchlitz	10 kr	me Groppen	24 kr		
ß Kälbfleiſch	40 kr	ß Barmen	1 ß	Schober Stro	4 ß	Lambsſeiten	40 kr	me Miſchling	16 kr		
		ß Krebs	36 kr	ſtanden Werſich	12 kr	Kalbskopf	12 kr	Häring	2 kr		
		Neunauge	4 kr	100 Schneggen	32 kr	Schafskopf	4 kr	Maß ſpe Wein	52 kr		
		maß pfrillen	1 ß 36 kr	zimblicher Apfel	3 kr	Kalbsgling	12 kr	me Malvaſier	52 kr		
		me Sengtein	1 ß 20 kr	mens Hunelvirn	7 ß			me Kainſal	26 kr		

Verkleinertes Facſimile einer Tabelle der Lebensmittel-Preiſe in Augsburg in den Jahren 1634/35 und 1640/41.

wurden, weil ſich Niemand fand, ſie wieder auszubauen. In vielen Gegenden Deutſchlands dürfte die Bevölkerung heute noch kaum die Ziffer wieder erreicht haben, die ſie vor dem Kriege hatte. In Württemberg ſank die Einwohnerzahl von 313 000 im Jahre 1634 auf 65 000 im Jahre 1645. Die Einwohnerſtatiſtiken, welche uns aus Franken erhalten ſind, weiſen durchſchnittlich einen Rückgang auf ein Viertel der früheren Zahl auf. In Augsburg blieben von 80 000 Menſchen im Jahre 1632 nur 18 000 im Jahre 1648, in Frankenthal in der Pfalz, welches wiederholt belagert worden war, gar von 18 000 nur 324 übrig.

Selbſt in den vom Kriege verhältnißmäßig wenig heimgeſuchten thüringiſchen Gebieten ſank die Zahl der Familien von 1631 bis 1649 durchſchnittlich auf etwa ein Fünftel, in einzelnen Bezirken auf ein Zehntel ihres früheren Beſtandes. In dem Lande zwiſchen Deiſter und Leine erhob Tilly in den wenigen Jahren von 1628—1631 mehr als zwei Millionen Thaler Contributionen. Die Stadt Lüneburg allein mußte von 1638 bis zum Frieden 500 000 Thaler zahlen. Göttingen berechnete ſeinen Schaden ſchon im Jahre 1629 auf 523 000 Thaler. Ueber Braunſchweig-Lüneburg liegt eine Erklärung des Geſandten dieſes Landes auf dem Osnabrücker Friedenscongreß vor, nach welcher dort über hundert Städte, Flecken und Dörfer abgebrannt ſeien, an deren Wiederaufbau man nicht habe denken können. Aehnlich ſchreckliche Zahlen über die Verwüſtungen in Heſſen haben wir ſchon bei der Schilderung des Zuges des kaiſerlichen Heeres unter Götz durch dieſes unglückliche Land erbracht. Für Brandenburg und die Stifter Magdeburg und Halberſtadt braucht nur an die Klagen und zahlenmäßigen Angaben erinnert zu werden, welche ſchon auf dem Regensburger Kurfürſtentage von 1630 darüber vorgebracht wurden. Allein Wallenſteins und Monteeuculis Erpreſſungen betrugen hier nach den in der kurfürſtlichen Kanzlei aufgeſtellten Berechnungen zwanzig Millionen Thaler. In der Stadt Brandenburg ſtanden damals 500 Häuſer wüſt und leer.

Aber nicht nur in den von den Kaiſerlichen heimgeſuchten Gebieten lagen die Verhältniſſe ſo troſtlos. Wenigſtens ebenſo unmenſchlich wie Wallenſtein und Tilly, Montecueuli und Götz hauſten Mansfeld und Chriſtian von Braunſchweig, und auch bei den Schweden, von denen in den letzten Jahren des Krieges namentlich die norddeutſchen Gebiete wiederholt in der ſchrecklichſten Weiſe ausgeplündert wurden, war, wie wir ſahen, die vortreffliche Mannszucht, welche Guſtav Adolfs edle Herrſchergeſtalt bei ihnen zu erhalten gewußt hatte, bald derſelben zügelloſen Roheit und Verwilderung gewichen, welche bei den anderen Heeren der Zeit herrſchend war. An ausgeſuchter Grauſamkeit ſtand Banér hinter den kaiſerlichen Führern, hinter Mansfeld und Chriſtian von Braunſchweig in keiner Weiſe zurück. Von ihm und ſeinen Schweden iſt nach dem Prager Frieden namentlich Kurſachſen wiederholt auf das Grauſamſte gebrandſchatzt worden, ſo daß auch dort bald ähnliche Zuſtände herrſchten wie im Süden und Weſten Deutſchlands. Hierfür iſt es u. A. bezeichnend,

daß sich in den Jahren 1640—1646 in diesem Lande die Wölfe so vermehrt hatten, daß sie in Trupps von fünfzehn bis zwanzig Stück in Dörfer und zuletzt in kleinere Städte einbrachen. Der Kurfürst Johann Georg, der nicht bloß ein gewaltiger Trinker, sondern auch ein tüchtiger und leidenschaftlicher Jäger war, erlegte während seiner Regierung 3543 Wölfe und 203 Bären. Daß solche Erscheinungen nur bei einer starken Verödung und Entvölkerung des Landes möglich waren, liegt auf der Hand. In der That liegen uns darüber ähn-

Räuberischer Ueberfall.
Facsimile der Radirung, 1643, von Hans Ulrich Franck (1603—1680).

liche Berichte vor wie aus anderen deutschen Territorien. So erfahren wir, daß in Freiberg im Jahre 1640 von 1700 Häusern nur noch 500, in Chemnitz ebenfalls nur der vierte Theil der Häuser übrig war.

Doch wir brechen ab; denn wer wollte allen den Jammer und das Elend der Bevölkerung, welche sich in diesen Zahlen, die noch beliebig vermehrt werden könnten, ausdrückt, erschöpfend beschreiben wollen? Selbst wenn man die zahlreichen Uebertreibungen, die in den gleichzeitigen Angaben mit untergelaufen sind, sehr hoch veranschlagt und in Abzug bringt, selbst wenn man ferner in Betracht zieht, daß die Entvölkerung mancher Gegenden zum

Theil auch auf der Auswanderung der bedrängten Einwohner nach anderen Territorien beruht und nicht in vollem Umfange als ein Verlust an Menschenleben zu betrachten ist, bleibt doch immer noch eine Summe des Unheils zurück, welche es begreiflich macht, daß die fleißige Arbeit von Generationen dazu gehörte, um die Wunden, welche der Krieg dem unglücklichen Vaterlande geschlagen hatte, wieder einigermaßen vernarben zu lassen.

Am meisten hatte naturgemäß der Ackerbau gelitten, da während der beständigen Truppendurchzüge die Bestellung des Ackers von der decimirten und ausgesogenen Landbevölkerung oft völlig eingestellt worden war, so daß an Stelle der Wiesen und Felder oft mit Buschwerk überwachsenes Heideland getreten war, in welchem Wölfe und Räuber noch Jahrzehnte lang hausten. In Württemberg lagen noch 1654 acht Städte, fünfundvierzig Dörfer mit 65 Kirchen, 230 öffentlichen und 30 086 Privatgebäuden in Asche. Von dem reichen Kulturland waren 40 000 Morgen Weingärten, 248 000 Morgen Acker und Gärten, 24 000 Morgen Wiesen unbebaut. Wie weit diese Verödung ging, wie allgemein sie war, sieht man am besten aus den Maßregeln, welche nach dem Kriege zu ihrer allmählichen Beseitigung ergriffen werden mußten. So erschienen in der Pfalz verschiedene Verordnungen, in denen Jeder, der alte Häuser reparirte oder wieder aufbaute, für zwei, wer neue baute, für drei, wer wüste Felder, verwilderte Plätze und Weinberge wieder anbaute, für ein bis sechs Jahre Steuerfreiheit erhielt.

Hier wie in einigen anderen wohl verwalteten Territorien, namentlich in Brandenburg und Sachsen, wurden dann in den nächsten Jahren die rühmlichsten Anstrengungen von Seiten der Landesherren gemacht, um aus der Verwüstung und Zerrüttung des Krieges wieder zu einigermaßen geordneten Zuständen zu gelangen und der schweren Nothlage der Landwirthschaft abzuhelfen. Besondere Schwierigkeiten machte die Regelung des Schuldenwesens. Der ritterliche wie bäuerliche Grundbesitz war während des Krieges trotz aller Moratorien, welche ihm von Reichs- und Landesbehörden gegenüber seinen Gläubigern gewährt wurden, in immer tiefere Verschuldung gerathen; die Zinsen waren meist viele Jahre lang nicht bezahlt worden und hatten sich zu großen Summen aufgehäuft. Da mußte dann auf eine Regelung gesonnen werden, welche der bedrängten Landwirthschaft die Existenz ermöglichte, ohne doch den Gläubiger, der zumeist dem städtischen Bürgerstande angehörte, ganz seines Eigenthums zu berauben. Immerhin ging es ohne einige Gewaltsamkeiten nicht ab. In vielen Fällen mußten die Zinsen völlig niedergeschlagen oder erheblich reducirt werden, meist gelang es aber unter Vermittelung der Landesherrschaft, zu einem leidlichen Abkommen zu gelangen.

Vor Allem galt es dann, in vielen Gegenden der traurigen Entvölkerung entgegen zu arbeiten, die zu einem drückenden Mangel an Arbeitskräften und in Folge dessen zu einem rapiden Emporschnellen der Arbeitslöhne führte. Darunter aber litt namentlich der Großgrundbesitz, und zwar um so mehr, als gleichzeitig in Folge des Mangels an genügendem Absatz die Getreidepreise

Klag vnd Bettlied

Der Armen/ durch vielfaltige/ grauſame ſchädliche Krieg/ durchzüg/ vnd andere weg hochbeträngten vnd beſchwerten Bawers vnd Landleuten in der gantzen Chriſtenheit/ vmb den lieben Frieden.

Nach dem alten Kirchengeſang/ Da pacem Domine, in diebus noſtris, gerichtet.

O der Verleyh vns frieden gnädiglich/ ꝛc.

GOtt/ welchem hie alle ding/
Wol ſeind bewuſt/ groß vnd gering:
Wir hand im Hauß/ nun mehr kein Brodt:
Wehm ſagen wir/ in ſolcher nohe?

DA.

ALIUS.

ANder Volck welchs verpraſſet gar/
Was wir geſamblet han diß Jahr/
Inn Müſſiggang/ nit wie man ſoll:
```
```

GIb vns/ dann zu dir lieber HERR/
Wir hoffen all/ die weil nun mehr/
Wucher vnd Geitz/ nimpt vberhand:
So verleyh vns/ in diesem Stand/

PACEM.

FRied/ Einigkeit/ doch wölln mehr/
Straffen all vnser Sünde schweer/
Mit Pestilentz/ Theurung/ Krieg schad?
Wir hand verschuld/ solch vngenad.

DOMINE.

HERR/ vnser Vorfahren all samm/
Solche Boßheit/ Schand/ nie vernamm/
List vnd Betrug/ Vngerechtigkeit/
Als wir offt sehn inn Hertzenleidt.

IN DIEBUS NOSTRIS.

IN vnsern tagn/ wir seind beschwert/
Mit Arbeit viel/ Zinß/ außgelährt:
Vnser Gesind/ muß betlen gehn/
Wir haben heut/ nie Brodt gesehn.

QUIA NON EST.

DAnn es ist kein/ vbriges mehr/
Ob wir im Feldt gearbeit sehr/
Die Reben pflantzt/ Weitt zubekomm/
So hat es doch/ alls hingenomm.

QUI.

DEr vnsre Schaaff genommen hat/
Küh/ Schwein/ Gänß/ Hüner/ gschlagen todt/
Auch die verschlembt/ mutwillig sehr:
Gib jemandt/ der für vns nun mehr.

PUGNET.

STreit/ vnd straff noch die böse leut/
So vns zumal verderben heut/
Wie vorhin auch/ welche doch solln/
Kempffen billich/ wann sies thun wolln.

PRO NOBIS.

FVr vns/ wie du gabst deinem Sohn/
Die sunst waren verdorben schon:
Drumb glauben wir/ das mehr kein Mann/
Auß aller noht/ erretten kan/

NISI TU.

DAnn du: wer sich auff die gantz Welt
Verläßt/ der hat sehr weit gefehlt:
Er sind kein Heyl: drumb wir in gnem/
Hoffen zumal/ auff dich allein.

DEUS NOSTER.

GOtt vnser HErr: wann Vnrecht/ Gwalt/
Wucher vnd Geitz/ in d' Helle fallt/
Grechtigkeit/ Fried/ Sieg/ Triumphirt:
Als dann solch zeit vns frewen wirdt.

Psal: 60. 67. Esa: 59. D. S.

HERR/ schaff vns beystand in der noht: Dann Menschen Hülff ist kein nutz/ &c. Zerstöre die Völcker/ die Lust haben zu Kriegen/ &c. Dann jhre Werck sind Werck der Boßheit/ ja das Werck deß Raubs ist in jhren Händen/ Jhre Füß lauffen zum bösen/ vnd eylen das vnschuldig Blut zuvergiessen/ Jhre Rahtschläge/ Verwüstung vnd Mord ist auff jhrer Bahn: Aber den Weg deß Friedens kennen sie nicht/ in jhrem ziehen ist kein billigkeit: Jhre Weg sind verwirret/ das ein jeder der darein gehet/ nichts vom Frieden weißt. Vnd darumb ist Billigkeit weit von vns/ vnd Gerechtigkeit nahet vns nicht/ &c.

Straßburg/ bey Jacob von der Heyden.

Verkleinertes Facsimile eines die Noth der Bauern darstellenden Flugblattes, etwa aus der Mitte der Kriegszeit.

Kupferstich von Jakob van der Heyden (um 1570—1632).

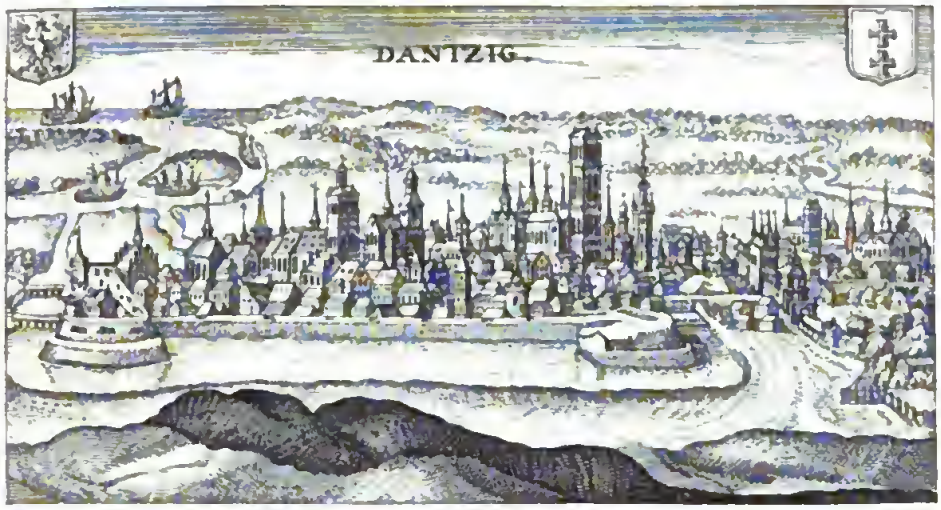
ſehr ſtark fielen. So kam es, daß an vielen Stellen die Grundbeſitzer nicht ohne Berechtigung darüber Klage führten, daß ihr ländliches Geſinde eine bei weitem geſichertere und ſorgenfreiere Exiſtenz hätte als ſie ſelbſt. Weit-

Verkleinertes Facſimile eines Flugblattes auf den Zuſtand des deutſchen Reiches im Jahre 1622.

blickende und ſtaatsmänniſche Landesherren, wie der Kurfürſt von Brandenburg, trugen daher ſehr bald ernſtlich Sorge, durch eigene Edicte, in denen den Anſiedlern beſonders günſtige Bedingungen geſtellt wurden, Coloniſten in ihre Länder heranzuziehen. Hier bot ſich in der That ein ſchier unerſchöpfliches Gebiet für eine fürſorgende landesherrliche Thätigkeit. Daneben wurde

dann auch der Hebung der Landescultur im Allgemeinen eingehende und liebevolle Sorgfalt gewidmet. Unter den Producten des Landes begann eben damals neben den Halmfrüchten und den ſeit langer Zeit herkömmlich gebauten Gemüſeſorten die Kartoffel von immer wachſender Bedeutung zu werden. Dieſelbe war zuerſt in Deutſchland, zunächſt nur als botaniſche Curioſität, von dem Botaniker Kluſius im Jahre 1588 gezogen worden, die ſyſtematiſche Anpflanzung derſelben als Nahrungsmittel begann in einigen Gegenden ſchon vor dem Kriege und gewann dann während deſſelben immer mehr Boden. In Heſſen-Darmſtadt, Weſtfalen und Niederſachſen finden wir ſie um 1640, in Braunſchweig 1647. Nach dem Kriege wurde dann ihr Werth als Nahrungsmittel in immer weiteren Kreiſen erkannt. 1650 wurde ſie in Brandenburg, ſpeciell in Berlin, angebaut und hat nicht wenig zur Hebung der Lebenshaltung der niederen Schichten in Stadt und Land beigetragen. Daneben gewann in mehreren Ländern des Reiches auch der Tabakbau eine gewiſſe Bedeutung.

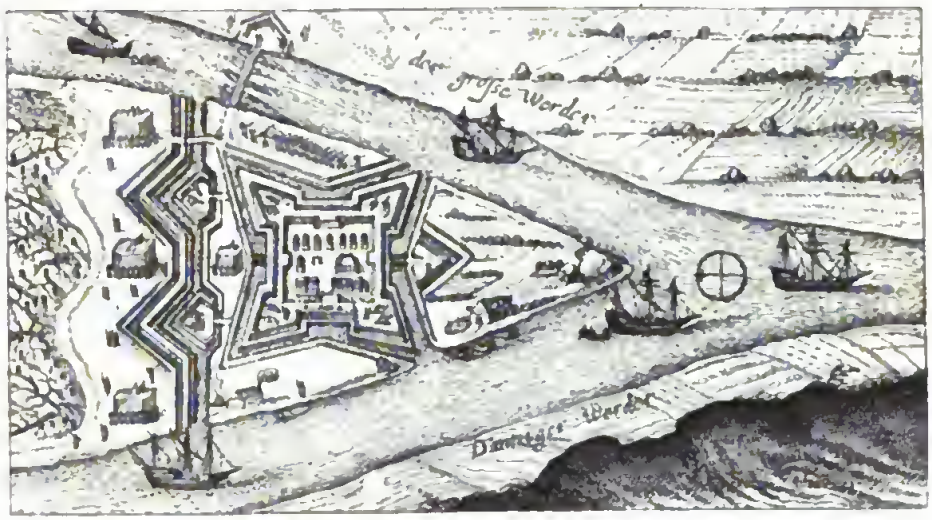
Während ſo der Ackerbau, der unmittelbar am meiſten unter dem Kriege gelitten hatte, bei der Wiederkehr ruhiger Zuſtände in ſtiller und entſagungsvoller Arbeit ſich langſam wieder kräftigte — wenngleich ſich die ſociale Stellung des kleineren Bauernſtandes neben dem Großgrundbeſitz dauernd verſchlechterte —, wurden der Induſtrie und beſonders dem Handel, welcher ſich während des Krieges in andere Länder, namentlich nach England, den Niederlanden und Frankreich, gezogen hatte, Wunden geſchlagen, die anderthalb Jahrhunderte kaum zu heilen vermochten. Noch am Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts hatte der deutſch-italieniſche Handel geblüht, ja er hatte ſich in Folge der niederländiſchen Wirren unter Philipp II. noch mehr als früher nach Deutſchland gezogen. Dadurch war der Verluſt des größten Theils des überſeeiſchen Handels, der in Folge der Entdeckung des directen Seeweges nach Oſtindien Deutſchland verlaſſen und in den ſpaniſch-portugieſiſchen und niederländiſchen Häfen einen großen Aufſchwung genommen hatte, wenigſtens einigermaßen wieder ausgeglichen worden. Die reiche Blüthe, welche namentlich das Kunſtgewerbe in der zweiten Hälfte des ſechzehnten Jahrhunderts in der ſogenannten Spätrenaiſſance gezeitigt hatte, iſt ein ſprechender Beweis für die Wohlhabenheit, welche damals noch in den großen Handelsemporien Süddeutſchlands herrſchte. In der That waren die Städte noch am Anfange des Krieges die materiell geſegnetſten Sitze deutſcher Cultur, ein fröhliches Bürgervolk trieb Handel und Wandel und ergötzte ſich an mehr oder minder harmloſen Volksvergnügungen aller Art, unter denen namentlich die herkömmlichen Schützenfeſte eine große Rolle ſpielten; allenthalben blühte die Induſtrie, herrſchte behäbiger Wohlſtand. Wie war das jetzt durch den Krieg ſo ganz anders geworden! An ſich und unmittelbar hatten zwar die Städte unter den Laſten des Krieges und den Bedrückungen der Soldateſca weniger zu leiden gehabt, als das flache Land, welches ihren verheerenden Brandſchatzungen völlig wehrlos preisgegeben war, während die feſten Mauern der Städte



Anſicht von Danzig.

Facſimile des Kupferſtiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

ſchnell vorübergehenden Durchzügen oder der Ueberfluthung durch kleinere, getrennte Söldnerhaufen doch einen gewiſſen Widerſtand entgegen ſetzten, der ſich zuweilen, wie in Magdeburg und Stralſund, zu einer heldenhaften Gegenwehr erhob. In Folge deſſen war es eine häufige Erſcheinung, daß beim Herannahen eines feindlichen (oder auch freundlichen) Heeres die Bevölkerung des flachen Landes maſſenhaft in die Städte hereinſtrömte und in vielen derſelben vorübergehend, in manchen auch dauernd ſogar ein Anwachſen der Einwohnerzahl herbeiführte. Aber die eigentlichen Lebensadern, freier Handel



Plan der Citadelle von Danzig.

Facſimile des Kupferſtiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

und Verkehr, waren den Städten faſt völlig unterbunden. Alle Sicherheit der Straßen hatte völlig aufgehört. Nur gegen theuere, ſehr oft nicht innegehaltene Schutz- und Geleitsbriefe war es überhaupt möglich, mit einem Waarenzuge von einer Stadt zur andern zu gelangen; ein Handel auf weitere Entfernungen war ſo gut wie völlig ausgeſchloſſen. Nur die Seeſtädte, vor Allem Hamburg, vermochten denſelben einigermaßen in den alten Grenzen aufrecht zu erhalten und in Folge deſſen inmitten der allgemeinen Verwirrung ſich ein gewiſſes Maß von Sicherheit und Wohlſtand zu bewahren. Im Uebrigen wurde während des Krieges ſowohl der binnenländiſche als der früher von der Hanſa faſt ausſchließlich beherrſchte überſeeiſche Handel ſo gut wie völlig vernichtet. Der Hanſabund umfaßte am Schluß des Krieges nur noch Lübeck, Hamburg und Bremen, im Innern Deutſchlands waren Frankfurt und Leipzig, deſſen Meſſe Torſtenſon, der mehrere Jahre dort den Hauptſitz ſeiner Heeresverwaltung aufgeſchlagen hatte, aus wohlverſtandenem eigenem Intereſſe beſchützte, die einzigen Städte, die nennenswerthen Handel betrieben.

Faſt ſchlimmer noch, als alle dieſe verheerenden materiellen Wirkungen des endloſen Krieges waren die moraliſchen, war die ſittliche und geiſtige Verwilderung, welche unter der Generation, die unter den Schrecken deſſelben aufgewachſen war, Platz gegriffen hatte. Dieſem unglücklichen Geſchlechte war das Grauſige einer beiſpielloſen Verheerung und Verrohung der Sitten ſchier zum Alltäglichen, zur Gewohnheit geworden. Viele von ihnen hatten den Frieden mit dem Segen einer ruhigen und geſicherten erwerbenden Thätigkeit nur dem Namen nach kennen gelernt. Ein Menſchenalter lang war die friedliche Arbeit und ihr ſittlicher Werth der Achtung und Werthſchätzung völlig verluſtig gegangen. Man lebte von der Hand in den Mund, von einem Tage zum andern. Was Wunder, wenn man ſich in den Zeiten, in denen man von den Drangſalen des Krieges ausnahmsweiſe einmal verſchont geblieben war, ausſchweifender und verſchwenderiſcher Luſt hingab; wußte man doch nicht, ob man am folgenden Tage noch über das bisher gerettete Eigenthum verfügen werde. War man aber des ererbten väterlichen Beſitzes ſelbſt verluſtig gegangen, nun ſo griff man ſelbſt zur Muskete und wurde aus einem Bedrückten ein Bedrücker. Unter dem jahrzehntelangen Drucke ſolcher Zuſtände mußten aber nothwendig auch die Sitten und Lebensgewohnheiten der Menſchen erheblichen Schaden erleiden. Nicht das iſt wunderbar, daß dies in der That der Fall war, daß der derbe und einfache, harmloſe Sinn der Vorfahren dieſem Geſchlechte abhanden gekommen war, ſondern nur darüber kann man ſich füglich wundern, daß noch ſo viel geſunder Sinn und tüchtige Kraft erhalten blieb, wie ſich nachher in der Periode der wiederaufbauenden Thätigkeit gezeigt hat. Aber es war nur natürlich, daß zunächſt die verrohende Wirkung der langen Drangſale auf allen Gebieten menſchlicher Culturthätigkeit nur zu deutlich zu Tage trat.

Vor Allem waren die geſellſchaftlichen und ſittlichen Zuſtände aufs Tiefſte geſchädigt worden; doch darf man nicht vergeſſen, daß hier der augenſchein-

Leipzig im Jahre 1632 von Wallensteins Truppen angegriffen. Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum“. III. Theil.

liche Niedergang ſchon lange vor dem Ausbruche des eigentlichen Krieges begonnen hatte. Die ſittigende Wirkung, welche die befreiende Geiſtesthat der Reformation auf die Fäulniß und Verderbniß ausübte, die auf vielen Gebieten und nicht in letzter Linie unter der Geiſtlichkeit am Beginn des ſechzehnten Jahrhunderts geherrſcht hatte, war in der zweiten Hälfte deſſelben unter dem wüſten und öden dogmatiſchen Gezänk der wenig ebenbürtigen Nachfolger der Reformatoren zum großen Theil wieder verloren gegangen. Sehr bald kam in dem geſellſchaftlichen Leben die durch die geiſtig-religiöſen Antriebe der Reformation gemäßigte Sinnlichkeit wieder zur ſchrankenloſen Herrſchaft und zeitigte in Litteratur und Leben wenig erfreuliche Früchte. Vor Allem aber darf doch nicht verkannt werden, daß von vornherein der religiöſe Zwieſpalt, der in der Nation zu einer dauernden Herrſchaft gekommen war, politiſch wie geſellſchaftlich auch vor dem Kriege eine zerſetzende Wirkung ausgeübt hatte, welche neben dem hellen Lichte, das die Reformation im geiſtigen Leben des Volkes angezündet hatte, doch auch tiefe und verhängnißvolle Schatten hervorbrachte.

Wir haben im Verlaufe unſerer Schilderung der Ereigniſſe wiederholt darauf hingewieſen, daß die Entwickelung, welche die neue Lehre, nachdem ſie von der Centralgewalt des Reiches ſchroff abgewieſen und bekämpft worden war, nahm, thatſächlich die ſtaatliche Zerſplitterung und die endgiltige Ausbildung des Territorialfürſtenthums erheblich förderte. In derſelben Weiſe aber, wie ſie das politiſche Band, welches das Reich umſchloß, mehr und mehr ſprengte, bis es im weſtfäliſchen Frieden endlich faſt vollends verſchwand, hat ſie auch auf die ſociale Schichtung des Volkes eingewirkt. Indem das Territorialfürſtenthum die Verwaltung und Regierung ſeiner Länder immer mehr von der Centralgewalt loslöſte, hatte es zugleich das Beſtreben, ſich nach unten hin gegen ſeine Unterthanen durch ein ſtetig geſteigertes Hofceremoniell abzuſchließen und nur durch die feſtgeſchloſſene Hof- und Beamtenhierarchie mit ſeinen Unterthanen zu verkehren. Während in der Reformation noch einmal eine gemeinſame große geiſtige Bewegung alle Schichten des Volkes ergriffen hatte, welche leicht eine nationale Bedeutung hätte gewinnen können, wenn ſich ihr nicht das Kaiſerthum in trotzig ſtarrer Verblendung entgegen geſtellt hätte, wuchs, nachdem die religiöſe Spaltung eine endgiltige geworden war, die neue Lehre ſich völlig in die Einzelſtaaten zurückgezogen hatte, in dieſen eine immer höhere Scheidewand zwiſchen Regierenden und Regierten empor. Damals gewöhnte ſich der Adel in den Territorialſtaaten, welcher durch die Reformation aus ſeinen reichen Pfründen verdrängt worden war und nun zahlreich in das Beamtenthum hineinſtrömte, an jenes vornehme Herabſehen auf das „Volk“, an jene Verachtung der bürgerlichen „Canaille“, die in dem ſpäteren politiſchen und ſocialen Leben oft eine ſo verhängnißvolle Rolle geſpielt hat, damals zuerſt vollzog ſich auch auf geiſtigem Gebiete jene ſchroffe Scheidung zwiſchen den höheren und niederen Ständen, die in der neueſten Zeit zu einer Kluft geworden iſt, die das Volk für immer in zwei

ſchroff geſchiedene Elemente zu zerſprengen droht, denen es an der Gemeinſamkeit geiſtiger und materieller Cultur in ſo hohem Grade fehlt.

Dieſe ganze Entwickelung aber wurde in verderblicher Weiſe gefördert und verſtärkt durch den ſtetig wachſenden Einfluß des Fremdländiſchen auf die führenden Kreiſe der Nation, der durch den zunehmenden diplomatiſchen Wechſelverkehr der einzelnen Höfe vor dem Kriege und während deſſelben hervorgerufen wurde. Anfangs hatte der dadurch vermittelte Austauſch der Lebensanſchauungen und Lebensrichtungen ohne Frage günſtig und befruchtend gewirkt. Die jetzt an Fürſtenhöfen und bei dem hohen und niederen Adel

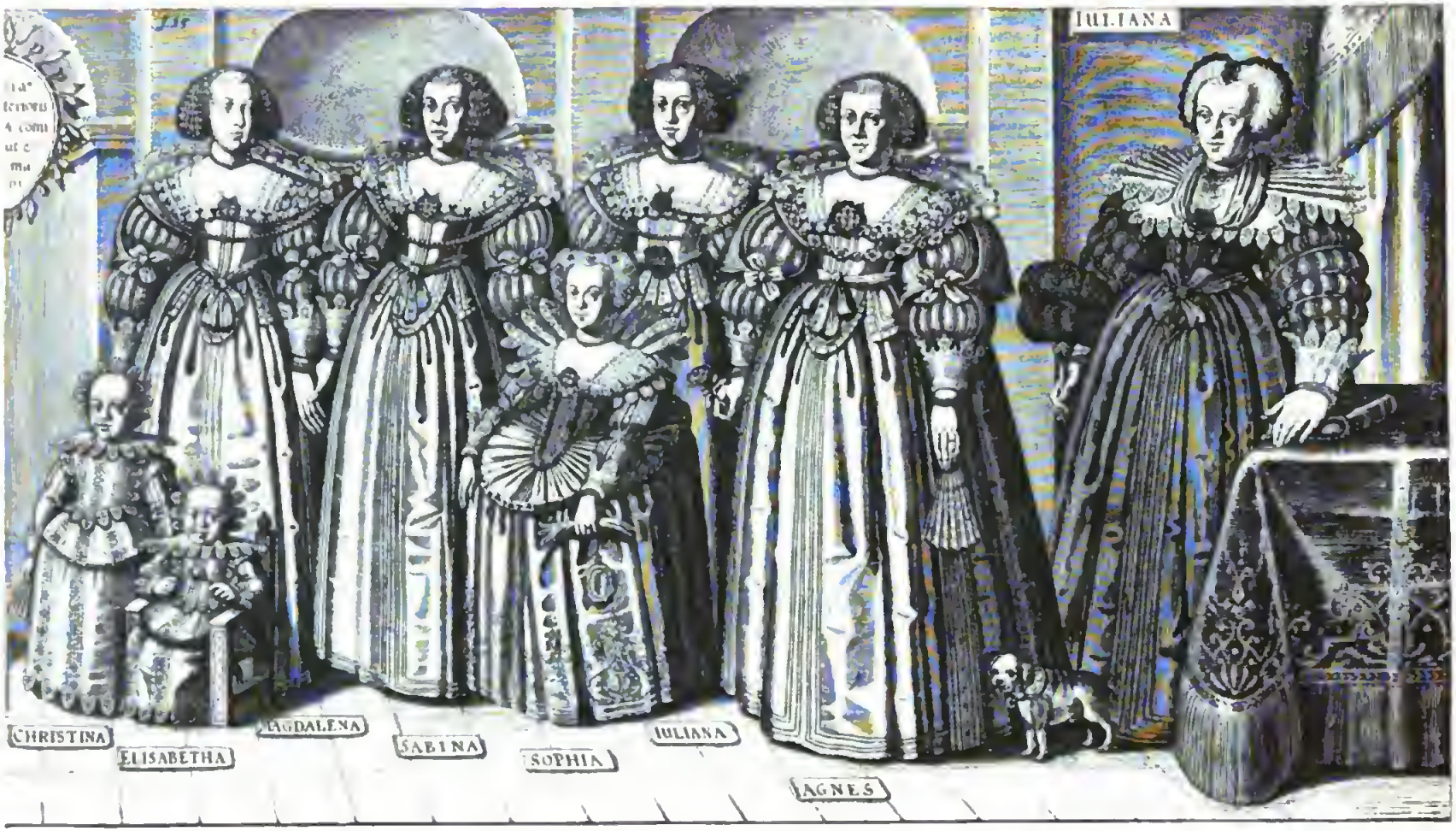
Studenten in muſikaliſcher Unterhaltung.

Facſimile des Kupferſtiches von Jacob van der Heyden in: Speculum Cornelianum. Straßburg, 1618

aufkommende Sitte, die Söhne zu ihrer Ausbildung in höfiſcher Sitte und geiſtiger, geſelliger und künſtleriſcher Cultur in das Ausland, namentlich nach Italien, Frankreich und Spanien, zu ſchicken, hatte dieſen Kreiſen eine Fülle von neuen Gedanken und Bildungselementen zugeführt. Allein nur zu bald zeigte ſich, daß der deutſche Geiſt für die Aufnahme des Fremdländiſchen doch in weit höherem Maße geneigt war, als es für die Aufrechterhaltung einer nationalen Bildung und Geſittung erſprießlich war. Mit den feineren, geſellſchaftlichen Formen, welche in Paris herrſchten, brachten die jüngeren Fürſten- und Adelsſöhne auch die dort vorwaltende Sittenloſigkeit und Leichtfertigkeit in die deutſche Heimath zurück, welche den Zorn und die Entrüſtung warm empfindender Patrioten erweckte. Die kleidſame und ehrbare Tracht, welche

Hoftracht in der erſten Hälfte des 17. Jahrhunderts: Die Familie des Landgrafen Moritz von Heſſen.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Jacob van der Heyden (1570—1637); Originalgemälde von Auguſt Erich.



Hoftracht in der erſten Hälfte des 17. Jahrhunderts: Die Familie des Landgrafen Moritz von Heſſen.
Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Jacob van der Heyden (1570—1637); Originalgemälde von Auguſt Erich.

in der erſten Hälfte des ſechzehnten Jahrhunderts herrſchend geweſen war, wich erſt dem Zwange ſteifer ſpaniſcher Unnatur und dann der zierlichen, aber auch leichtfertigen Pariſer Tracht. Eine lockere phantaſtiſche Putzſucht, welche mit dem Namen „alamodiſch“ bezeichnet und von den Satirikern der Zeit weidlich verſpottet wurde, nahm mehr und mehr überhand. Das Haupthaar, welches am Anfang des Jahrhunderts in freier Fülle gewachſen war, wurde jetzt geringelt und geziert, mit Zangen, Eiſen und Salben behandelt, der Bart wurde glatt raſirt, nur Schnurr- und Kinnbart (à la Henri IV) durften getragen werden. Wamms und Beinkleid wurden luſtig und ſchlotterig und waren mit leichtem Zierrath durchflochten, Kragen und Manſchetten mit Goldfäden durchwirkt. Parfümirte farbige Handſchuhe kamen damals zuerſt unter der deutſchen Herrenwelt nach fremdem Muſter auf. Der Hut erhielt

Duellanten.

Facſimile der Radirung von Jacques Callot (1594—1635).

einen immer breiteren, aufgekrämpten Rand, die Hutfeder reichte oft bis zum Knie herab. Noch ſchroffer und ſchädlicher äußerte ſich der fremdländiſche Einfluß bei der weiblichen Tracht. Am Anfange des Jahrhunderts hatte ſich hier ein unverkennbarer Schritt zum Beſſeren bemerkbar gemacht. Die ſteifen ſpaniſchen Friſuren waren gelockten Haaren gewichen, an die Stelle der Stuarthaube und des ſteifen ſpaniſchen Hutes war der leichtere Schlapphut, an die der Krauſe der Spitzenkragen getreten, der Reifrock war vor dem völlig freien Faltenwurfe des Gewandes gewichen, die Schuhe einfach und eng anſchließend geworden. Aber in der zweiten Hälfte des Krieges hatte ſich auch die Frauenwelt wie in ihrer Sitte und ihren Lebensgewohnheiten, ſo auch in ihrer Tracht der lockeren Art der Franzoſen zugewandt. Graziöſer und leichter, aber auch koketter wurde der Schmuck in Federn und Locken; man ſchlang die Haare zu „Liebesknoten“, überlud die Kleidung mit Schleifen und Bändern, Roſen und Neſſeln, Stickereien und Spitzen. Schön-

heitsinstrumente aller Art, Schminke und Puder spielten eine große Rolle auf dem Toilettentischchen der tonangebenden Damen. Alle diese fremden Sitten und Unsitten, zu denen auch die nunmehr aufkommenden Schönheitspflästerchen gehören, fanden aber allmählich trotz aller Kleider- und Luxusordnungen auch ihren Weg zu den wohlhabenderen mittleren Schichten des Volkes. Das ganze Leben der höheren und mittleren Schichten nahm äußerlich einen fremdländischen Anstrich an.

Aber wäre es nur bei diesen äußeren Einwirkungen geblieben! Aber wie die Tracht, so erlag auch das ganze geistige und gesellschaftliche Leben dem fremdländischen, namentlich französischen Einfluß. Auch in dieser Richtung wurde die politische Verbindung der protestantischen Fürsten mit Frankreich verderblich. Wie der durch Richelieu und Mazarin geschaffene, durch Ludwig XIV. selbst zur höchsten Vollendung, bis zur Gleichsetzung der Persönlichkeit des Königs mit dem Staate (l'état c'est moi) gesteigerte Absolutismus bei den deutschen Fürsten und Fürstchen begeisterte, oft geradezu lächerlich wirkende Nachahmung fand, so gewann der Hof zu Versailles in Sitte, Leben und Tracht eine tonangebende Bedeutung. Die meisten kleinen deutschen Fürsten suchten mit ihm in Entwickelung von Luxus und Pracht, welche mit den traurigen wirthschaftlichen Verhältnissen und den lächerlich geringen Machtmitteln dieser Duodezfürstchen in schroffem Contraste stand, zu wetteifern. Wie der allerchristlichste König, so meinte auch jeder dieser seiner Nachahmer seine officielle Maitresse, seinen glänzenden und prunkenden Hof haben zu müssen. Während aber der Luxus und die Verschwendung am französischen Hofe doch durch die Fülle an demselben zusammenströmender hervorragender Geister trotz aller in den Hofkreisen herrschenden Leichtfertigkeit gehoben und veredelt wurde, vermochte man an den französisirenden deutschen Höfen nur die nachtheiligen äußeren und inneren Elemente dieses Lebens nachzuahmen. Hier fehlten die Racine, Molière, Boileau und Fénélon, welche am französischen Hofe dem sonstigen seichten und leichtfertigen Leben das verklärende Gegengewicht hielten. Vor Allem aber: der Luxus und die Verschwendung und die damit zusammenhängenden lächerlichen Rang- und Etiquettestreitigkeiten hielten viele von diesen kleinen Fürsten von den weit wichtigeren Aufgaben ab, deren Lösung die aus den Leiden des Krieges erwachsenen Zustände gebieterisch forderten. Es war ein Segen für unser Vaterland, daß es daneben doch auch nicht an Fürsten fehlte, welche sich von dieser knechtischen Nachahmung fremden Wesens, von diesem Aufgehen in dem äußeren Glanz der fürstlichen Würde fernhielten, sich vielmehr mit Eifer und Erfolg jenen ernsteren Aufgaben der Verwaltung ihres Landes, der Hebung des Ackerbaues und aller gewerblichen Thätigkeit in allen ihren Zweigen widmeten und das deutsche Wesen mit Verachtung der wälschen Unnatur hochhielten. In dieser wie in jeder andern Richtung staatlicher Fürsorge gingen neben dem Großen Kurfürsten von Brandenburg namentlich Landgraf Georg II. von Hessen-Darmstadt (1605—1661) und Herzog Ernst der Fromme

von Gotha ihren fürſtlichen Standesgenoſſen mit leuchtendem Beiſpiele voran. Auch Kurfürſt Karl Ludwig von der Pfalz hat für die wirthſchaftliche Errettung und Erhebung ſeines ſchwer darnieder liegenden Landes Rühmliches geleiſtet. Hier eröffnete ſich in der That für diejenigen deutſchen Fürſten, welche nicht bloß für die neuen Rechte, ſondern auch für die neuen Pflichten, die ihnen die im weſtfäliſchen Frieden endgiltig errungene Landeshoheit auflegte, ein tieferes Verſtändniß hatten, eine ungemein ſegensreiche und fruchtbare Aufgabe.

Vor Allem bedurften alle diejenigen Gebiete ſchaffender Thätigkeit der Menſchen, welche der Verſchönerung und dem edlen Luxus des Lebens dienen und in Folge deſſen nur bei einem verhältnißmäßigen Wohlſtande fröhliches Gedeihen finden können, bedurften Künſte und Wiſſenſchaften der fürſorgenden Pflege, Anregung und Förderung von oben her, da ſie ihnen von unten her bei der Ungunſt der Lage nur in geringem Grade zu Theil werden konnte.

In dieſer Beziehung hatte ſogar die Prachtliebe und der Luxus vieler Fürſtenhäuſer, ſoweit er ſich nur in vernünftigen Schranken hielt, eine für die Geſammtheit der Entwickelung förderliche Wirkung, indem dadurch namentlich der Architektur eine Reihe größerer Aufgaben geſtellt wurde, bei denen ſie an die Ueberlieferungen der früheren Zeit anknüpfen konnte. Gleichwohl kann daran kein Zweifel ſein, und es iſt nicht mehr als natürlich, daß ſich Kunſt und Kunſtgewerbe in entſchieden abſteigender Linie bewegten. In der That tritt das auf allen Gebieten künſtleriſcher Thätigkeit deutlich zu Tage. Wie kräftig hatten noch am Ende des ſechzehnten Jahrhunderts die reichen und mannigfaltigen Antriebe der Renaiſſance fortgewirkt und eine Reihe prächtiger Bauwerke an deutſchen Fürſtenhöfen und in den reichen Handelsſtädten ins Leben gerufen! Nach den hervorragendſten, der Mitte des ſechzehnten Jahrhunderts angehörigen Prachtwerken der Renaiſſance, einem Otto-Heinrichs-Bau in Heidelberg (1556—1559), den Arkaden des Stuttgarter Schloſſes, der Plaſſenburg (1560 angefangen) waren auch noch am Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts großartige, wenn auch in der Ornamentik ſchon an Ueberladung leidende Bauten wie das Bremer (1612) und das Augsburger Rathhaus (1615) entſtanden. Nicht minder hatten die Wohnhäuſer ſtädtiſcher Patricier, wie das Pellerhaus in Nürnberg und die prächtigen Holzbauten in mehreren niederdeutſchen Städten (Hildesheim, Goslar, Braunſchweig) Zeugniß von der ſchöpferiſchen Kraft der Zeit vor dem Kriege abgelegt. Dann aber erlahmte unter den Drangſalen des Krieges ſelbſt die künſtleriſche Fähigkeit mehr und mehr. Und als das Bürgerthum nach der Wiederkehr ruhigerer Tage wieder Luft ſchöpfte und langſam und allmählich an den Wiederaufbau des Zerſtörten ging, da mußte es ſich mit ſchmuckloſen und nüchternen Bauten begnügen, bei deren Herſtellung mehr auf Solidität und Feſtigkeit als auf äußeren künſtleriſchen Schmuck geſehen wurde.

SEh an O Leſer dieſes Bild/
So ſchröcklich/ſeltzam/wüſt vñ wild
Darinn vor Augen wird geſtellt/
Der gröſte Jammer in der Welt/
Wie ſich die raſend Teufflisch Rotte/
Nach dem ſie hat verleugnet Gott/
Vnd ſich ergeben dem Sathan/
Zuſammen fügt auff dieſem Plan/
Bey finſterer Nächtlicher Zeit
Allda ſucht ein Elende Freud.
Im freyen Feld/an ödem Ort/
In Forcht vnd Schrecken die.vnd dort.

Da der toll/blind vnd thörichte Hauff/
Dem Teuffel ſich ſelbſt opffere auff/
Der doch ſo ſchröcklich jhn erſcheint/
Daß wer es ſicht vor Jammer weint.
Iſt doch kein Fabel noch Gedicht/
Sondern ein warhafftig Geſchicht/
Der Leut die ſolches han geſehen/
Wie auch deß Orts da es geſchehen
Man Ehrenhalb verſchonen mag/
Es kompt doch noch wol an den Tag.
Dann es helt dieſe Scheimenzunfft
Auch anderſtwo Zuſammenkunfft/

Wie man ſolch
Daß daran n
Etlich auff B
Fahrn über ho
Andre werden
An dieſen ſchn
Da ſie pflegen
Auß ſeinem bö
Daß es zu höre
Wann ein Me
Sie cantzen/ſpr
Vnterm Galg

Hexenſabbath auf dem Blocksberg.

…ſchret vnd lieſt/ | Dann wie da iſt die Galliard/ | Auch finden ſich Männer herben/
…zweiffeln iſt. | So hat auch der Tantzplatz ſein Art/ | Damit der Reihen nur gantz ſey/
…in der Lufft/ | Der Sathan hie Platzmeiſter iſt/ | Die Königin das Gifft bereit/
…rg vnd Kluffe/ | Dem folgt der gantze Hauff zur friſt/ | Der Bawr im Circkel iſt wol gebeut
…Bock verzucke | Biß er ſie in die Höll hinein | Vom Gſpenſt ſo mancherley Geſichte/
…Ort verrucket/ | Bringt vnd führt in die Ewig Pein. | Er kan ſich bald erwehren nicht.
…Sathans Lieb/ | Hie ſicht man alte Weiber ſtahn/ | Ins gmein lehrt man da Zauberey/
…wang vnd trieb/ | Die tod Kinder in Körben han/ | All Laſter Schand vnd Schelmerey/
…röcklich iſt/ | Mißbrauchen vnzeitig Geburt. | O daß der Menſch ſo gar verruchi/
…ſein ſo gar vergiſt. | Ein andre mit dem Teuffel huhrt/ | Mit Macht ſeine Verdamnuß ſucht/
…n ſchreyen vnd raſen | Die dritte frißt vnd ſäufft ſich voll/ | Vnd eylt mit vollem Sporen ſtreich/
…ff dem Schindwaſen | Wird von Hölliſchem Tranck gantz toll. | Ins Hölliſch Fewer vnd Tei… Rach

Fac-ſimile des Kupferſtiches. 1620, von Michael Herr.

Noch trauriger als in der Profanarchitektur sah es bei der kirchlichen aus, in der überhaupt von Anfang an der Renaissancestil nie zu einer so großartigen und vielseitigen Entfaltung gekommen war, wie in früheren Perioden der den kirchlichen und transscendentalen Bedürfnissen weit mehr angemessene gothische, der sich denn auch auf diesem Gebiete weit länger erhielt als bei weltlichen Bauten. Immerhin hatte auch die Renaissancezeit einige sehr bemerkenswerthe Kirchenbauten aufzuweisen, wie namentlich die von 1582 bis 1597 errichtete St. Michaeliskirche in München. Allein sehr bald wurde hier, namentlich unter dem Einflusse der Jesuiten, der prunkvoll überladene, immer mehr in Unnatur ausartende Barockstil herrschend, der schon am Ende des sechzehnten Jahrhunderts in dem Straßburger Baumeister und Maler Wendel Dietterlein einen hervorragenden und fruchtbaren Meister fand. Sehr eifrig als Erbauer und Restaurator von Kirchen war namentlich auch der Würzburger Bischof Julius Echter von Mespelbrunn (1573—1618), unter dessen zahlreichen Bauten wir nur das Juliusspital mit der Kilianskirche in Würzburg selbst hervorheben wollen.

In der Plastik war der Niedergang noch ungleich früher eingetreten als in der Architektur; die Renaissance hatte auch hier nie zu einem so nachhaltigen und durchgreifenden Einflusse zu gelangen vermocht wie in der Profanarchitektur. Wohl waren namentlich in der ersten Hälfte des Jahrhunderts noch einige herrliche Werke kirchlicher Art entstanden, wie der 1521 von Hans Brüggemann aus Husum für die Augustinerchorherren in Bordesholm vollendete prachtvolle Altarschrein. Aber Meister von der Kraft und Bedeutung Peter Vischers, Veit Stoß', Adam Kraffts und Jörg Syrlins waren seitdem nicht mehr erstanden. Man kann dies allmähliche Herabsinken der plastischen Kunst gleichsam mit Einem Blicke an dem großen Grabdenkmal Kaiser Maximilians I. in Innsbruck verfolgen, in welchem die älteren Figuren von vollendeter Einfachheit und Schönheit sind, während die späteren zunehmende Künstelei nnd Manier zeigen. Seit der zweiten Hälfte des Jahrhunderts waren dann mehr und mehr an die Stelle der einheimischen Künstler niederländische, in Italien gebildete getreten, die namentlich auf dem Gebiete der allmählich in immer weiteren Kreisen Mode werdenden Grabdenkmäler und Gedenksteine, sowie in der Herstellung prächtiger Brunnenbauten manche tüchtige, ja hervorragende Leistung aufzuweisen haben, wie z. B. den Nürnberger Brunnen vor der Lorenzkirche, den 1589 Benedict Wurzelbauer, und den im Hofe der Münchener Residenz, den 1618 Hans Krumper aus Weilheim herstellte.

In ähnlicher Weise sank auch die Malerei von der Höhe, die sie zur Zeit Dürers und Holbeins erreicht hatte, allmählich herab. Die altkölnische Schule fand noch einige würdige Fortsetzer in Anton von Worms und Bartholomäus Bruyn, der namentlich in seinem 1534 vollendeten Hochaltar in der Stiftskirche zu Xanten ein Werk von hervorragender Schönheit geliefert hat. Im Uebrigen ist selbst bei Dürers Schülern, unter denen Christoph Amberger, Hans Schäuffelin und Adam Elzheimer hervorragen, doch bei aller

Tüchtigkeit einzelner Leistungen ein unverkennbarer Verfall bemerkbar; dagegen blühte in den Niederlanden die van Eyckſche Schule noch fort und erhob ſich um die Wende des Jahrhunderts in Peter Paul Rubens zu ihrer glänzendſten Höhe. In ihm und noch mehr in ſeinen Zeitgenoſſen und Nachfolgern, namentlich in Peter Breughel, feierte zum erſten Male ein geſunder, wenn auch nicht ſelten ins Derbe, ja Gemeine ſchweifender Naturalismus ſeine Triumphe, die auch für Deutſchland nicht ohne Wirkung blieben, ſondern namentlich auf Holzſchnitt und Kupferſtich, die mehr und mehr in den Dienſt der confeſſionellen Polemik traten, einen tiefgreifenden Einfluß ausübten.

Eine wirklich große künſtleriſche Thätigkeit entfaltete ſich aber in Deutſchland in der zweiten Hälfte des ſechzehnten und dem Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts namentlich auf dem Gebiete der Kleinkünſte und des Kunſthandwerkes. Gold- und Silberarbeiter, Juweliere und Elfenbeinſchnitzer, Waffenſchmiede, Plattner, Gravirer und Holzſchnitzer fanden durch die wachſenden Luxusbedürfniſſe lohnende Beſchäftigung und brachten eine große Fülle kleiner, künſtleriſch entworfener und mit liebevoller Sorgfalt ausgeführter Kunſtwerke hervor, welche noch heute das Entzücken aller Kenner erwecken. Namentlich erreichte die Kleinplaſtik in Gold mit Emaille am Anfang des ſiebzehnten Jahrhunderts eine Vollendung, welche die der früheren Zeit bei weitem überragt und auch ſeitdem nie erreicht, viel weniger übertroffen worden iſt. Die Hauptſtätten dieſer ungemein fruchtbaren Kunſtthätigkeit waren München, Nürnberg und Augsburg, namentlich waren es Wenzel Jamnitzer und Anton Eiſenhut, welche ſich auf dieſem Gebiete einen großen und wohlbegründeten Ruf erwarben. Gerade dieſe, einem feineren Geſchmack und geſteigerten Luxusbedürfniſſe dienende Kunſtthätigkeit aber mußte naturgemäß durch den Krieg einen verhängnißvollen Stoß erleiden, von dem ſie ſich Generationen lang nicht völlig zu erholen vermochte. Allmählich nahm auch hier, namentlich aber auf dem Gebiete der Litteratur, ſklaviſche Nachahmung des Fremden immer mehr überhand.

Das geiſtige Leben war unter den furchtbaren Leiden des Krieges faſt völlig erſtarrt, und daran vermochte auch die durch den Frieden gewährte Glaubens- und Denkfreiheit wenig zu ändern, da auch in dem Proteſtantismus, in Anknüpfung an die dogmatiſchen Streitigkeiten des ſechzehnten Jahrhunderts, an Stelle innerer Gefühlswärme ſtarrer Dogmatismus und ſchroffe Orthodoxie getreten waren, die nicht nur auf die Theologie, ſondern auf die Litteratur im Allgemeinen ihren hemmenden und lähmenden Einfluß ausübten.

Es iſt kein Zufall, ſondern ein Ausfluß dieſer Zuſtände, daß in der deutſchen nationalen Litteratur der ganzen Epoche die einzige hervorragende Erſcheinung die religiöſe und politiſche Satire iſt, die namentlich in Johann Fiſchart († 1589) ihren Höhepunkt erreicht hatte. Mit vernichtender Schärfe hatte dieſer fruchtbarſte und vielſeitigſte aller proteſtantiſchen Streitſchriftſteller des ſechzehnten Jahrhunderts in ſeinen größeren und kleineren Schmähgedichten,

Allegorie auf den Friedensschluß vom Jahre 1648. Nach dem Ge

e von Paul Rembrandt Harmensz van Rijn (1607—1669). (Rotterdam, Museum.

Digitized by Google

namentlich aber in seinem „Bienenkorb des heiligen Römischen Immenschwarms“ (1579) und in seiner „Affentheuerlichen naupengeheuerlichen Geschichtsklitterung“ (1575) die kirchlichen und politischen Zustände seiner Zeit mit schroff ausgeprägter Polemik besonders gegenüber der katholischen Kirche gegeißelt, aber auch die Thorheiten seiner eigenen Glaubensgenossen nicht geschont. Er war in der That der einzige wirklich ebenbürtige Nachfolger der Satiriker der Reformationszeit und ohne alle Frage der bedeutendste Dichter der Epoche nach und neben Hans Sachs gewesen. Was sonst auf prosaischem und poetischem, was namentlich auf dramatischem Gebiete nach Hans Sachs an satirischer Polemik auf protestantischer wie katholischer Seite geleistet worden war, ragt kaum irgendwo über ein ziemlich niedriges Durchschnittsmaß hinaus. Merkwürdiger Weise wurden aber auf litterarischem Gebiete in gesunder Reaction gegen das fremdländische Wesen gerade während des Krieges die ersten Samenkörner für eine bessere Zukunft ausgestreut. So fand das satirisch zugespitzte Sinngedicht in Friedrich von Logau (1604—1655) eine hervorragende, ja meisterhafte Pflege. Der sitten- und culturgeschichtlich fast mehr noch als litterarisch bedeutsamen Arbeiten Grimmelshausens und Moscheroschs haben wir im Laufe unserer Darstellung schon wiederholt gedacht. Einen ganz hervorragenden Einfluß auf das litterarische und poetische Leben der Zeit aber übte trotz seiner keineswegs hervorragenden dichterischen Begabung vor Allem Martin Opitz (1597 — 1639) und die von ihm begründete schlesische Dichterschule aus, doch liegt diese seine Bedeutung weniger in seinen eigenen dichterischen Schöpfungen, als vielmehr in seinen theoretischen Arbeiten, in welchen er der deutschen Dichtkunst neue Bahnen eröffnen, sie namentlich aber wieder auf ihre nationalen Grundlagen stellen wollte, wie er es denn vor Allem war, welcher die Poesie, die in Volksdialecten unterzugehen drohte, wieder zur lutherischen Sprache als einzig sicherer Grundlage zurückführen wollte. So trugen Opitz und seine Nachfolger, unter denen namentlich Andreas Gryphius eine hervorragende Stellung einnimmt, erheblich dazu bei, wenigstens der deutschen Litteratur trotz der Herrschaft des Fremdländischen auf allen anderen Lebensgebieten das zu erhalten, was ihr vor Allem Noth that, wodurch sie allein befähigt werden konnte, dem zerrissenen Volke wieder einen gemeinsamen großen geistigen Besitz zu verschaffen: die nationale Grundlage.

Zum Glück für unser Vaterland fanden sich aber auch unter den führenden Kreisen des Volkes, unter seinem Adel und seinen Fürsten, Männer, welche für diese nationalen Bestrebungen, wenigstens die deutsche Sprache vor dem massenhaften Eindringen fremder Bestandtheile zu erretten, Sinn und Verständniß hatten und an ihrem Theile dazu beitrugen, sie von diesem Krebsschaden jeder Volkssprache allmählich wieder zu befreien. In dieser Richtung hat namentlich die 1617 von Ludwig von Anhalt-Köthen auf Anregung des thüringischen Edelmanns Kaspar von Teutleben begründete „fruchtbringende Gesellschaft“ trotz aller verschrobenen Wunderlichkeiten, die ihr sonst anhafteten, ungemein segensreich gewirkt und den Beweis erbracht, daß unter allen Schrecknissen

des Krieges nationales und patriotiſches Empfinden unter dem deutſchen Fürſten- und Adelſtande doch noch nicht verſchwunden war.

Martin Opitz.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Jacob van der Heyden (1570–1637).

Unter denjenigen geiſtigen Mächten aber, welche für ſolche nationale Beſtrebungen helfend und unterſtützend in Betracht kommen konnten, nehmen vor Allem die Geiſtlichkeit und die Schule eine hervorragende Stelle ein. Was die deutſche Geiſtlichkeit, proteſtantiſche wie katholiſche, in den Jahrzehnten vor dem Kriege durch ihr dogmatiſches Gezänke, durch das ſie dem Volke alle Freude an der Kirche geraubt hatte, und durch öde Verketzerung

jedes Gegners gesündigt haben mag, durch ihre Wirksamkeit in und nach dem Kriege hat sie es reichlich gesühnt. Inmitten der furchtbarsten Drangsale des Krieges hat die Mehrzahl der Geistlichen mit unerschütterlicher Treue und Aufopferung bei ihren Gemeinden ausgeharrt und durch Trostspendung an die Unglücklichen und Bedrängten, durch furchtlose Fürsorge für die Kranken lindernd und mildernd auf die unsäglichen Leiden der Bevölkerung eingewirkt, ebenso aber auch nach dem Kriege an der geistigen und sittlichen Hebung des Volkes treu, sorgfältig und eifrig gearbeitet. Hierfür fand sie dann die wirksamste Unterstützung in der Volksschule, die allerdings erst mühsam aus der fast völligen Vernichtung, der sie nach den rühmlichen Keimen der Reformationszeit anheimgefallen war, wieder emporgezogen werden mußte. Auch hier waren es wieder einige weise und aufgeklärte Fürsten, welche den hohen Werth dieser Aufgabe richtig erkannten und bahnbrechend auf dem Wege der Abhilfe schwerer Mißstände vorgingen. Namentlich wurde in Württemberg, welches sich schon unter Herzog Christoph durch eifrige Bestrebungen in dieser Richtung ausgezeichnet und in seiner Kirchenordnung von 1559 die Grundlagen eines gedeihlichen Volksschulwesens gelegt hatte, auch jetzt nach dem Kriege, der diese vielversprechenden Ansätze völlig vernichtet hatte, eifrig und erfolgreich gearbeitet. Eine Generalsynode, welche dort ein Jahr nach dem Frieden zusammentrat, wendete dieser Aufgabe ihre volle Aufmerksamkeit zu. Hier war es, wo zum ersten Male der epochemachende Gedanke der Schulpflichtigkeit aller Kinder gesetzlich anerkannt wurde, der dann freilich anfangs bei den Eltern, namentlich auf dem Lande, wo die Kinder in herkömmlicher Weise zu den ländlichen Arbeiten herangezogen wurden, leidenschaftlichen Widerstand fand.

In ähnlichem Sinn war dann vor Allem auch der wackere Herzog Ernst I. der Fromme von Sachsen-Gotha seit 1640 eifrig für die Volksschule thätig. Von entscheidender Bedeutung für deren Entwickelung ist es geworden, daß er durch den Rector des Gothaer Gymnasiums die nothwendigen Elementargrundlagen für den Volksschulunterricht, ein A-B-C-Buch, Lese- und Rechenbücher ausarbeiten ließ. Im Jahre 1648 erschien dann die bahnbrechende gothaische Schulordnung, welche für die ganze weitere Gestaltung der Volksschule die Grundlage bildete und auch auf das Volksschulwesen anderer Territorien einen großen Einfluß ausgeübt hat.

Für das niedere und höhere Schulwesen wie für die Ausbildung der Pädagogik überhaupt war dann namentlich das Wirken nnd Schaffen von Ratich und Johann Amos Comenius (geb. 1592, † 1671) von weittragendster Bedeutung, indem es vor Allem in den höheren Schulen der Pflege der Muttersprache und der sogenannten Realien gegenüber den übertriebenen antiquarisch-philologischen Traditionen des sechzehnten Jahrhunderts zu ihrem Rechte verhalf.

Auf Schulen und Universitäten, die allerdings auch erst von den verwildernden Einwirkungen der Kriegszeit, vom immer wüster gewordenem

Pennalismus und Nationalismus befreit werden mußten, beruhte in der That die ganze Hoffnung des durch den Krieg niedergetretenen Geſchlechtes. Sie vor Allem waren unter der Pflege weiſer Fürſten, die ihre Bedeutung und ihren Werth für den langſamen Wiederaufbau der Cultur klar erkannten, berufen, der kommenden Generation wiederzugeben, was die gegenwärtige im Sturm und Drange der furchtbaren Kriegszeit verloren hatte: die Luſt zu neuer Thätigkeit und freudigem Schaffen, vor Allem aber den Glauben an ſich ſelbſt. Nur er konnte dem verzweifelnden, durch den Krieg mißhandelten, durch den Frieden endgiltig zerriſſenen Volke das Vertrauen auf eine beſſere Zukunft einflößen, deſſen es ſo dringend bedurfte.

Nocte fides resonant: lapides nudata machæra
ignibus exercet sidera clamor adit:
Luce mero madido vel sanguine sternitur ore:
Sic tempus Phœbo turba dicata terit
M. Cæs. Brabeus P. L. C.

Nächtlicher Aufzug der Studenten in Straßburg.

Facſimile des Kupferſtiches von Jacob van der Heyden in: Speculum Cornelianum. Straßburg, 1618

Ausblick.

Nach furchtbaren dreißigjährigen Leiden war der Form nach der Friede in die schwer darniederliegenden deutschen Lande wieder eingezogen; thatsächlich aber seufzte unser armes Vaterland noch Jahre lang unter dem schweren Drucke einheimischer und fremder Söldnerhaufen, die bis zur endgiltigen Abzahlung der für sie ausbedungenen Ablohnungen und Contributionen nach wie vor rücksichts- und schonungslos auf Kosten der unglücklichen Bevölkerung lebten und praßten. Monate vergingen nach dem Abschluß des Friedens, ehe auch nur die förmliche Auswechselung der Ratificationen erfolgte (18. Februar 1649); auch dann noch wichen aber die fremden Truppen keineswegs sofort vom deutschen Boden. Nicht ohne Berechtigung bestand namentlich Schweden darauf, daß erst die Restitutionen und die übrigen im Frieden seinen Glaubensgenossen gemachten Zugeständnisse durchgeführt werden müßten, ehe von einer endgiltigen Abführung der Truppen die Rede sein könne. Und so schwer einzelne deutsche Landschaften unter dem weiteren Verweilen der Soldatesca zu leiden hatten, so wird man doch zugestehen müssen, daß ohne ein solches die Erledigung der sehr verwickelten Restitutionsgeschäfte und die Durchführung der auf die confessionellen Verhältnisse bezüglichen Friedensbestimmungen noch viel längere Zeit in Anspruch genommen hätte, als es so schon der Fall war. Wie schwer war nicht, von dem Mangel an gutem Willen von Seiten vieler Betheiligten abgesehen, die Feststellung des thatsächlichen Zustandes, wie er auf weltlichem Gebiete im Jahre 1618, in Bezug auf die geistlichen Güter im Jahre 1624 bestanden hatte und jetzt nach den Bestimmungen des Friedens, welche diese Jahre als Normaljahre bezeichnet hatten, wiederhergestellt werden sollte! Der militärisch-diplomatische Congreß, welcher im April 1649 in Nürnberg behufs Regelung dieser Angelegenheiten zusammentrat, hatte Arbeit in Hülle und Fülle, um die einander schnurstracks zuwiderlaufenden Ansprüche der verschiedenen Parteien auf ihre Berechtigung zu prüfen. Es dauerte fast ein halbes Jahr, ehe ein Interimsreceß, mehr als volle zwei Jahre, ehe der Friedensexecutions-Hauptabschied zu Stande kam (26. Juni 1650). Die Verhandlungen auf diesem

Nürnberger Congresse waren zuweilen so erregt gewesen, daß der Krieg von Neuem ausbrechen zu müssen schien. Erst als hier eine endgiltige Einigung zu Stande gekommen war, konnte man wirklich von Frieden im Reiche reden, konnte man ihn wirklich mit ungetheilter Freude, nach langem Leiden aufathmend, feiern.

Auch dann noch aber erstreckte er sich nicht auf alle deutschen Lande. Im Westen blieben die Soldvölker des aus seinem Lande vertriebenen Herzogs von Lothringen noch lange eine Geißel der von ihnen heimgesuchten Länder, im Osten aber machte namentlich die Regelung einer wichtigen Territorialfrage, welche in dem Friedensinstrumente nur in der Hauptsache, nicht aber im Einzelnen geordnet worden war, große und für den betroffenen Territorialstaat sehr drückende Schwierigkeiten.

Wir hoben hervor, daß in Osnabrück nach langen erregten Verhandlungen über die der Königin von Schweden zu gewährende Landentschädigung schließlich ein Abkommen getroffen worden war, nach welchem das Herzogthum Pommern zwischen Schweden und Brandenburg so getheilt werden sollte, daß das erstere Vorpommern mit Stettin und einem Landstreifen am rechten Oderufer, das letztere aber Hinterpommern erhalten sollte. Allein die Grenzlinie zwischen den beiden Theilen, die Größe jenes Landstreifens am rechten Oderufer war späterer Vereinbarung zwischen den beiden betheiligten Staaten vorbehalten worden. Jetzt nach dem Friedensschlusse aber machte die schwedische Regierung von dem Rechte des Stärkeren den ausgedehntesten Gebrauch, indem sie es zu einer Brandenburgs berechtigten Ansprüchen einigermaßen Rechnung tragenden Vereinbarung nicht kommen ließ, sondern seine Forderungen höher und höher steigerte. So lange aber diese Einigung nicht zu Stande kam, blieben die schwedischen Besatzungen auch in den durch den Frieden unzweifelhaft an Brandenburg überlassenen hinterpommerschen Besitzungen; ja Schweden, welches jetzt immer folgerichtiger an die baltische Politik Gustav Adolfs anknüpfte, erhob die Forderung, daß ihm die Erhebung der Seezölle (Licenten) in ganz Pommern wie in Mecklenburg überlassen werden müsse. Schritt für Schritt mußte der Kurfürst von Brandenburg schweren Herzens zurückweichen; es vergingen Jahre, ehe endlich eine definitive Regelung dieser Fragen erreicht wurde. Trotz der Schweden freundlichen Haltung, welche der Kurfürst Friedrich Wilhelm seit seinem Regierungsantritte beobachtet hatte, trat ihm die Königin, welche dereinst seine Gemahlin hatte werden sollen, mit der größten Rücksichtslosigkeit entgegen. Es schien, als müsse der im Werden begriffene brandenburgische Staat durch den übermächtigen schwedischen Nachbar erdrückt werden, zumal der Kurfürst, dessen feste und energische Politik in Wien schon seit langer Zeit eifersüchtiges Mißtrauen erweckt hatte, vom Kaiser keinerlei Unterstützung gegenüber den anmaßenden schwedischen Forderungen fand.

Wir brauchen auf die weitere Entwickelung dieser Dinge, welche einem späteren Stadium der geschichtlichen Entwickelung angehört, nicht näher ein-

zugehen; es genügt hier auf die Richtung hingewiesen zu haben, welche die Verhältnisse im deutschen Reiche in Folge des westfälischen Friedens einschlugen. Das Wesentliche liegt darin, daß einmal in noch höherem Grade als früher der Einfluß auswärtiger Staaten, Schwedens auf der einen, Frankreichs auf der andern Seite, sich in den specifisch deutschen Angelegenheiten geltend machte, dann aber daß die einzelnen Territorialstaaten in dieser schwierigen politischen Lage ganz und völlig auf sich selbst gestellt waren, von Kaiser und Reich eine irgendwie nachhaltige Unterstützung nicht zu erwarten hatten. Das war die Kehrseite der vollen Souveränität, welche die deutschen Einzelstaaten durch den Frieden zum Geschenk erhalten hatten. Das Reich war im Grunde nicht mehr ein staatsrechtliches Gebilde, sondern eine völkerrechtliche Vereinigung, in welcher nicht allein die einzelnen Territorien als selbständige Staaten sich gegenüber standen, sondern auch und vor Allem mehrere auswärtige Staaten einen beherrschenden Einfluß hatten. Waren doch die für die politische Verfassung wie für die kirchlich-confessionellen Verhältnisse entscheidenden Bestimmungen ausdrücklich unter die Garantie aller europäischen Staaten, mit Ausnahme des Papstes und des Sultans, gestellt und zu völkerrechtlichen Einrichtungen gemacht worden. Das Reich als solches war so gut wie aufgelöst, jeder Territorialfürst war „Kaiser in seinem Territorium." Jener Ausspruch, den vor einigen Jahren der schwedische Gesandte Adler Salvius gethan hatte, daß das Gleichgewicht Europas auf dem Gleichgewichte Deutschlands beruhe, konnte jetzt in Bezug auf die durch den Frieden geschaffenen Einrichtungen dahin abgeändert werden, daß das Gleichgewicht Europas auf die Ohnmacht des deutschen Reiches begründet sei. Was an deutschem nationalem Leben und Streben noch vorhanden war und frisch pulsirte, zog sich in die Einzelstaaten zurück. Zunächst aber machte sich, da es an einem klar ausgesprochenen nationalen Gedanken ebenso wie an kräftigen Organen desselben völlig fehlte, die völkerrechtliche Gestaltung der deutschen Einrichtungen mit immer zwingenderer Nothwendigkeit geltend, und zwar um so mehr, als das vornehmste äußerlich noch vorhandene Organ, welches die Pflege einer nationalen Politik hätte in die Hand nehmen können, das Kaiserthum, noch weniger als früher geeignet und befähigt war, diese Aufgabe in die Hand zu nehmen.

Denn daran kann kaum ein Zweifel bestehen, daß in dem aus auswärtigen und einheimischen Gliedern bunt zusammengesetzten Reichskörper das mächtigste und größte, die territoriale Unterlage des Kaiserthums, die österreichisch-habsburgischen Erbstaaten fast in höherem Grade zu den auswärtigen als zu den nationaldeutschen Staaten gerechnet werden mußten. Wenn es schon für die gesammte bisherige Entwickelung der deutschen Geschichte seit der großen nationalen und geistigen Befreiungsthat der Reformation von entscheidender Bedeutung gewesen war, daß die deutsche Centralgewalt sich in ihrer Politik in erster Linie nicht von nationalen, sondern von außerdeutschen Gesichtspunkten hatte leiten lassen, wenn daran kein Zweifel sein kann, daß

eben dadurch die Reformation ſtatt zu einem hohen Aufſchwunge des nationalen Bewußtſeins zu einem zunehmenden Niedergange deſſelben, zu einer von Stufe zu Stufe ſich ſteigernden Zerſplitterung geführt hatte, ſo trat das ganze Verhängniß dieſer, jeder nationalen Wiedergeburt unüberſteigliche Hinderniſſe in den Weg legenden Thatſache nach dem weſtfäliſchen Frieden in noch geſteigertem Maße hervor. Wie Karl V., ſo hatten auch die beiden Ferdinande für das warm pulſirende Leben der Nation nicht das mindeſte Verſtändniß, wie jener, ſo waren ſie in ihrem ganzen Thun und Laſſen in erſter Linie von den Intereſſen ihrer habsburgiſchen Hauspolitik geleitet, ſuchten ſie den Schwerpunkt ihrer Politik nicht im deutſchen Reiche, ſondern in ihrem habsburgiſchen Länderbeſitz. Von der Rückſicht auf die ſpaniſche Linie ſeines Hauſes ließ ſich der Kaiſer während der ganzen Friedensverhandlungen leiten; ihr ordnete er die Intereſſen der aus tauſend Wunden blutenden deutſchen Länder ſo ſehr unter, daß die Stände ſchließlich daran gedacht hatten, den Frieden ohne ihn zu ſchließen. Und als er, dadurch und durch ſeine fortgeſetzten Niederlagen gezwungen, endlich nachgab, und den Frieden, welcher den proteſtantiſchen Ständen des Reiches die ihnen bisher mit der größten Hartnäckigkeit verweigerte Gleichberechtigung gewährte, abſchloß, da beſtand er doch darauf, daß von faſt allen hierauf bezüglichen Beſtimmungen ſeine öſterreichiſch-habsburgiſchen Erblande ausdrücklich ausgenommen wurden.

Durch dieſe Ausnahmeſtellung, die ihnen gegenüber allen deutſchen Territorien eingeräumt wurde, ſchieden dieſelben thatſächlich faſt völlig aus dem Reichsverbande aus, dem einige von ihnen, die Königreiche Böhmen und Ungarn, auch formell nicht angehörten. Und dieſes aus den verſchiedenſten Nationalitäten bunt zuſammengewürfelte Staatsgebilde, in welchem die ſlaviſch-magyariſchen Elemente die deutſchen immer mehr zu überwuchern begannen, welches in den wichtigſten Lebensbedingungen außerhalb der Geſetze des Reiches ſtand, ſollte die territoriale Grundlage für die deutſche Centralgewalt abgeben, ſollte die Führung des deutſchen Volkes in den nationalen und gemeinſamen Fragen übernehmen! In dieſer einen Thatſache ſchon liegt das ganze Elend der weiteren ſtaatlichen Entwickelung des alten Reiches, deſſen Grundlage dieſer weſtfäliſche Friede bildete, einbegriffen.

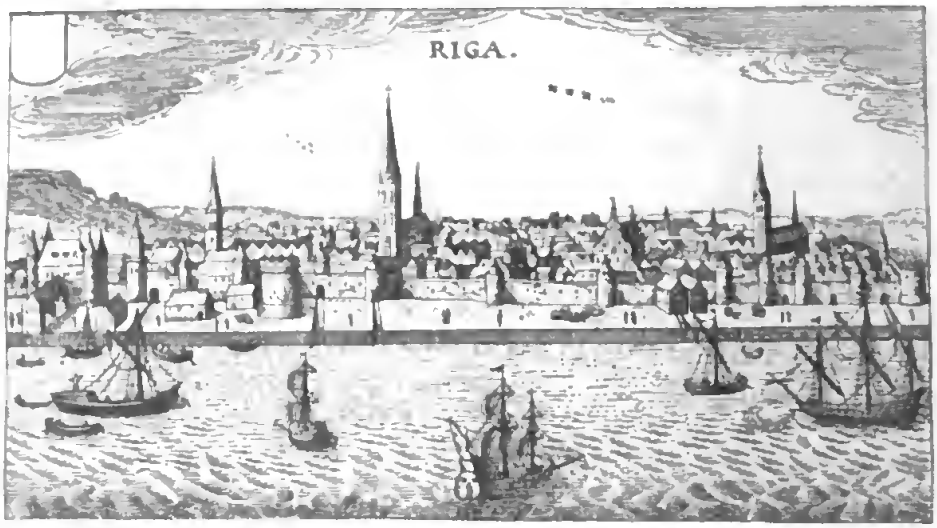
Es konnte nicht anders ſein, als daß das gerade Gegentheil eintrat, daß der weſtfäliſche Friede nur die erſte Stufe zu einer vollen Auflöſung des heiligen römiſchen Reiches deutſcher Nation wurde. Statt der führende Staat in Deutſchland im nationalen Sinne zu werden, wuchſen ſich die habsburgiſchen Erbſtaaten immer mehr und mehr zu einem eigenen, gänzlich außerhalb des nationaldeutſchen Lebens ſtehenden Staatsweſen aus. Schon den Zeitgenoſſen des weſtfäliſchen Friedens, welche das tiefere Weſen der Dinge zu erkennen vermochten, kam es klar zum Bewußtſein, daß es nur einer rein formellen Loslöſung dieſer Gebiete vom Reichsverbande bedürfen würde, um dieſelben zu einem beſonderen, mit Deutſchland gar nicht innerlich zuſammenhängenden Staate zu machen. So lange Oeſterreich-Habsburg in der

Anſicht von Wisby auf der Oſtſeeinſel Gothland zur Zeit des dreißigjährigen Krieges.
Facſimile des Kupferſtiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Suecine; 1632.

Geſtalt, die es nunmehr angenommen hatte, an der Spitze des Reiches ſtand, konnte für dieſes von einem gemeinſamen, von nationalen Intereſſen erfüllten Leben nicht mehr die Rede ſein. Es gab nur eine Rettung; nur wenn an die Stelle des ſeinem ganzen Weſen und Charakter nach nichts weniger als reindeutſchen Länderconglomerats ein wirklich deutſcher Staat die Führung im Reiche übernahm, konnte dem deutſchen Volke wieder erſtehen, was es ſeit den Tagen der hohenſtaufiſchen Kaiſerherrlichkeit nicht mehr beſeſſen hatte, aber in rührender Treue wenigſtens in traumhafter Sage feſtzuhalten ſuchte: ein nationaler Staat. Dieſer aber konnte erſt gegründet werden, wenn das alte Reich, deſſen längſt unſichere Grundlagen durch den religiöſen Zwieſpalt völlig erſchüttert waren, endgiltig zuſammenbrach und einer neuen, ſtärkeren Bildung auf anderen Grundlagen Platz machte. Dieſe völlige Auflöſung, welche die Vorbedingung einer Neubegründung war, angebahnt zu haben, das iſt das negative Verdienſt des weſtfäliſchen Friedens. Fürs Erſte aber und bis dieſe Auflöſung vollendet war, ſchied das deutſche Reich als ſolches faſt völlig aus der Reihe der europäiſchen Großmächte aus, bildete gerade ſeine Ohnmacht die Grundlage des europäiſchen Gleichgewichtes, deſſen Herſtellung die vornehmſte Aufgabe des weſtfäliſchen Friedens geweſen war.

In der That ſtand das Reich in ſeiner Geſammtheit der weiteren Entwickelung der europäiſchen Staatenwelt, wie ſie ſich auf den durch den Frieden geſchaffenen Grundlagen vollzog, ſo gut wie völlig theilnahmlos gegenüber. Wo von deutſcher Seite in dieſe Entwickelung beſtimmend eingegriffen wurde, war es nicht das Reich, ſondern einer der Einzelſtaaten, der handelnd hervor-

trat. Während in Westeuropa der alte universale Kampf zwischen Spanien und Frankreich, der im westfälischen Frieden nicht beigelegt worden war, mit wechselndem Erfolge weiter geführt wurde, während in der nordosteuropäischen Staatenwelt der Wettstreit um das dominium maris Baltici von Neuem begann, verharrte das deutsche Reich, obwohl es sich hier um ein Lebensinteresse desselben handelte, das noch zu Wallensteins Zeit eine so hervorragende Rolle in der kaiserlichen Politik gespielt hatte, in ohnmächtiger Unthätigkeit. Es mußte es mit ansehen, wie Schweden die alten, groß angelegten Pläne Gustav Adolfs auf Erwerbung der vollen Herrschaft über die Ostsee mit steigendem Erfolge wieder aufnahm. So wenig gewachsen die vormundschaftliche Regierung in Schweden und später die selbständige Herrschaft der Königin Christine dem Begründer der schwedischen Großmacht an Kraft und Energie war, an dem Grundgedanken seiner Politik hielt sie doch vollkommen folgerichtig fest. Der westfälische Friede hatte Schweden das nächste Ziel dieser Politik, den Besitz eines großen Theiles der pommerschen Ostseeküste, verwirklicht, ja es hatte auch an den Ufern der Nordsee festen Fuß gefaßt. Und so sehr die geistvolle und gelehrte Königin sich mit Eifer und Hingebung der Beschäftigung mit Künsten und Wissenschaften widmete, so sicher blieb sie sich doch auch ihrer Pflichten als Herrscherin in dieser Richtung der auswärtigen Politik bewußt. In einer Reihe glücklicher Kriege mit den alten Rivalen Schwedens wurden dann die von Gustav Adolf errungenen Erfolge gefestigt und weiter ausgebaut. Als 1654 die Königin Christine die Krone niedergelegt hatte, um zum Katholicismus überzutreten und dann ganz ihren wissenschaftlich-künstlerischen Neigungen zu leben, da schritt ihr energischer und kriegerisch beanlagter Vetter Karl Gustav von Zweibrücken, der nunmehr den schwedischen Thron bestieg,



Ansicht von Riga zur Zeit der Eroberung durch Gustav Adolf (1621).
Facsimile des Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.

Act der Heiraths-Vereinbarung zwischen König Wladislaus IV. von Pole
in Fontainebleau 25. September 1645. Verkleinert

vertreten durch ſeinen Geſandten, und der Fürſtin Louiſe Marie Gonzaga

Facſimile des Kupferſtiches von Abraham Boſſe (1610—1678).

Wladislaus IV., König von Polen.

Facſimile des Kupferſtiches, 1646, von Willem Hondius (geb. 1600); Originalgemälde von Peter Danckerts gen. de Ry (1606—1661).

auf der einmal eingeschlagenen Bahn unentwegt vorwärts. Der Nachfolger Christians IV. († 1648), König Friedrich III. von Dänemark, ebenso wie die polnischen Könige Wladislaw IV. und Johann Casimir bekamen das drückende Uebergewicht der schwedischen Kriegsmacht wiederholt auf das Empfindlichste zu fühlen. Es konnte kein Zweifel sein, daß wie im Westen Frankreich, so im Norden Schweden mehr und mehr zu der Stellung der entscheidenden europäischen Großmacht emporstieg.

Es war gleichsam eine prophetische Vorherverkündigung der weiteren Geschicke des deutschen Reiches, daß in diese Kämpfe um die Vormachtstellung im Nordosten Europas von allen deutschen Staaten nur Kurbrandenburg mit einer außerordentlich geschickt den Umständen angepaßten Politik eingriff. Eben damals hat es die Grundlagen zu seiner späteren Großmachtstellung gelegt, indem es sich die Unabhängigkeit seines Herzogthums Preußen von der Krone Polen, dessen volle Souveränität errang. Es verdankte das der Umsicht und Energie, mit der es als der einzige unter den deutschen Territorialstaaten eine selbständige Haltung in diesen kriegerischen Wirren zwischen Schweden, Dänemark und Polen einzunehmen wagte. Freilich war es noch immer eine bescheidene Stellung in der nordischen Welt Europas, die es sich errang, nicht zu vergleichen mit der, welche ihm früher einmal unter dem schwachen Vater des Kurfürsten verlockend gewinkt hatte, als Gustav Adolf ernstlich daran gedacht hatte, den Kurprinzen mit seiner Tochter Christine zu vermählen und so eine brandenburgisch-schwedische Großmacht an den Ufern der Ostsee zu begründen. Aber jene große, auf einer Vereinigung mit Schweden beruhende Machtstellung, die ihm ein Zufall in den Schoß geworfen haben würde, hätte ihn zugleich seinem deutschen Berufe entfremdet, hätte ihn statt eines deutschen Fürsten zum Könige eines fremden Staates gemacht, hätte ihn gezwungen, seine Politik in erster Linie von den Gesichtspunkten dieses fremden Staates leiten zu lassen. Die kleinere und bescheidenere, aber durch eigene Kraftaufwendung errungene Machtstellung aber erhöhte seine Bedeutung als eines deutschen Fürsten, schuf seinem Staate die Möglichkeit, gerade in die Gestaltung der deutschen Geschicke bestimmend einzugreifen und in ruhiger, ununterbrochener und von großen Gesichtspunkten geleiteter staatsmännischer Arbeit die Grundlagen zu schaffen, welche seinen Nachfolgern ermöglichten, sich ebenbürtig der undeutschen habsburgischen Macht gegenüberzustellen.

So ist es der Große Kurfürst gewesen, der durch seine auswärtige Politik wie durch sein väterliches Walten im Innern, durch welches er die verschiedenartigen Bestandtheile seines Territoriums zu einem Staate ausgestaltete, die weitere Entwickelung dieses zukunftsreichsten deutschen Staates erst ermöglicht und ihn befähigt hat, zur führenden Stellung im deutschen Reiche emporzusteigen. Der Dualismus zwischen Preußen und Oesterreich, der unter seinen Nachfolgern die Geschicke des deutschen Volkes bestimmte, war ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Auflösung des alten Reiches. Mit ihm war

König Friedrich III. von Dänemark.

Verkleinertes Facſimile des Kupferſtiches von Jeremias Falck (um 1619 bis um 1663).

Johann Casimir, König von Polen.

Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

die Frage ſeiner Zukunft geſtellt, die dereinſt von dem größten Staatsmanne des neunzehnten Jahrhunderts zu Gunſten Preußens gelöſt werden und dem deutſchen Volke zurückgeben ſollte, was es ſeit Jahrhunderten verloren und doch ſtets ſo ſehnlich gewünſcht und herbeigeſehnt hatte: den nationalen Staat.

Der Große Kurfürſt.
Bildniß auf einer ſilbernen Medaille. Originalgröße
(Berlin, Königl. Münz-Cabinet.)

Hiſtoriographiſche Note.

Unter den Quellen zur Geſchichte des Zeitalters des dreißigjährigen Krieges nehmen die gleichzeitigen eigentlich hiſtoriographiſchen Arbeiten nur eine ſehr beſcheidene Stellung ein. Wie nach dem gewaltigen geiſtigen Aufſchwunge, welchen die Reformation gezeitigt hatte, in den folgenden Jahrzehnten unter dem Gezänk theologiſch-dogmatiſcher Fanatiker das geiſtige Leben mit Ausnahme der wenigen hervorragenden Erzeugniſſe der ſatyriſchen Litteratur erſtarrte, ſo erging es auch der zeitgenöſſiſchen Geſchichtſchreibung, in der nur die verſchiedenen Fortſetzer Sleidans eine gewiſſe ſelbſtändige geſchichtliche Auffaſſung erkennen laſſen. Speciell für die Geſchichte des dem großen Kriege vorangehenden Jahrzehntes unter Rudolf II. und Matthias liegt außer Kaſpars von Ens Fama Austriaca, welche vom Tode Rudolfs bis zum Jahre 1627 reicht, kaum irgend eine bemerkenswerthe hiſtoriographiſche Erſcheinung vor; dagegen hat der Krieg ſelbſt mehrere gleichzeitige oder wenig ſpätere Darſteller gefunden, welche ſich zwar nicht gerade durch große Selbſtändigkeit der Auffaſſung und tiefere Erkenntniß großer hiſtoriſcher Zuſammenhänge, wohl aber durch den Fleiß und die Umſicht auszeichnen, mit welcher ſie das ihnen zur Verfügung ſtehende, zum Theil authentiſch archivaliſche Material verwerthet haben. Unter ihnen ſind an erſter Stelle zwei umfaſſende Darſtellungen zu nennen, deren eine in katholiſchem, die andere in proteſtantiſch-ſchwediſchem Sinne gehalten iſt. Die erſte rührt von einem öſterreichiſchen Staatsmanne her, welcher einem urſprünglich proteſtantiſchen kärnthiſchen Adelsgeſchlechte entſtammte, dann aber zum Katholicismus übertrat und in ſeiner ganzen Geſinnung und Auffaſſung durchaus und überall auf Seiten des Kaiſers ſteht, in deſſen Dienſten er als Diplomat Verwendung fand, namentlich von 1607 an vierzehn Jahre als kaiſerlicher Geſandter in Madrid thätig war und in dieſer Stellung nicht unerheblich zu der von ſpaniſcher Seite der kaiſerlichen Politik zu Theil gewordenen Unterſtützung beigetragen hat. Es iſt Franz Chriſtoph von Khevenhiller (geb. 1584, † 1650), von deſſen großem hiſtoriſchem Werke, den Annales Ferdinandei, der erſte, die Jahre 1585—1595 umfaſſende Band 1637 erſchienen iſt, während weitere neun Theile in den Jahren 1640—1646 veröffentlicht wurden. Ganz vollſtändig iſt das umfangreiche Werk aber erſt lange nach dem Tode des Verfaſſers 1721—1726 bei Melchior Weidmann in Leipzig erſchienen.

Khevenhillers politiſcher wie hiſtoriographiſcher Antipode war der ſchwediſche Hofhiſtoriograph Bogislav Philipp von Chemnitz, der Enkel des berühmten proteſtantiſchen Theologen Martin Chemnitz, der im Auftrage der ſchwediſchen Regierung und unter ausgiebiger Benutzung der Archive derſelben eine „Geſchichte des Schwediſchen in Teutſchland geführten Krieges“ verfaßte, die aber ebenſo wie das Khevenhillerſche Werk von ihm ſelbſt nicht vollſtändig veröffentlicht wurde und überhaupt ein Fragment geblieben iſt. Bei ſeinen Lebzeiten erſchienen von dem umfangreichen Werke nur der

Digitized by Google

erſte (1648) und zweite Theil (1653, welche eine Darſtellung des Krieges bis zum Jahre 1636 enthalten; der dritte und vierte Theil, welche mit einer Lücke von faſt fünf Jahren bis 1646 reichen, wurden erſt 1855—1859 in Stockholm gedruckt.

Neben dieſen beiden Werken, welche durch das in ihnen verarbeitete, freilich nicht genügend geſichtete und nicht zuverläſſig verwerthete Material immerhin noch heute von Werth und Bedeutung ſind, treten die übrigen hiſtoriographiſchen Arbeiten der Zeit, welche einen mehr oder minder rein compendiöſen Charakter haben, ſehr zurück. Selbſt die wichtigſten von ihnen können an dieſer Stelle nicht mehr als eine flüchtige Erwähnung beanſpruchen. Es ſind das etwa die Rerum Germanicarum sub Matthia, Ferdinandis II. et III. imperatoribus gestarum libri von Johann Peter Lotichius, welche 1646—1650 erſchienen ſind, ferner E. Waſſendergs Commentarii de bello inter imperatores Ferdinandos II. et III. et eorum hostes gesto. 1639/40 und die Epitome rerum Germanicarum ab anno MDCXIII usque ad annum MDCLXVII. Von unzweifelhaft höherem, in mancher Beziehung dauerndem Werthe iſt die Darſtellung der Verhandlungen am weſtfäliſchen Friedenscongreſſe, welche der reichsprälatiſche Abgeſandte auf demſelben Adam Adami entworfen hat.

Während ſo die auf eine Ueberlieferung der Zeitereigniſſe für die Nachwelt gerichteten Arbeiten im Allgemeinen keine ſehr hervorragende Bedeutung in Anſpruch nehmen können, entwickelte ſich in der durch die religiöſen und politiſchen Streitigkeiten angeregten und erregten Zeit die der Informirung der Zeitgenoſſen ſelbſt dienende journaliſtiſche und publiciſtiſche Literatur in einer früher nicht gekannten Fülle und Fruchtbarkeit. Neben den Flugſchriften und Relationen über einzelne Ereigniſſe, welche in unregelmäßiger Wiederkehr ſchon ſeit längerer Zeit erſchienen und verbreitet wurden, gewannen jetzt die regelmäßigen halbjährlichen Meßrelationen eine immer wachſende Bedeutung. Dieſe und die Flugſchriften der Zeit waren es, auf denen die größeren Sammelwerke ähnlicher Art beruhten, unter denen vornehmlich die Arbeiten J. Ph. Abelins, die ſogenannte Gottfriedſche Chronik und das Theatrum Europaeum hervorragen. Sie ſind für die ſpätere Zeit bis auf den heutigen Tag vor Allem auch durch die zeitgenöſſiſchen illuſtrativen Beigaben von Werth und hohem Intereſſe. Ein großer Theil der dem vorliegenden Werke beigegebenen Illuſtrationen iſt den genannten beiden zeitgenöſſiſchen Sammelwerken entnommen.

Für die moderne kritiſche Geſchichtſchreibung aber ſind alle die bisher beſprochenen Quellen unſerer hiſtoriſchen Kunde mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden durch die ſchriftlichen, nicht auf hiſtoriſche Ueberlieferung berechneten Ueberreſte der Zeit ſelbſt, durch die freundlichen und feindlichen Correſpondenzen der Staaten und ihrer Vertreter unter einander, wie ſie in ſtets wachſender Fülle aus den Archiven der verſchiedenen betheiligten Länder hervorgeholt worden ſind. Eine große Reihe von Veröffentlichungen derartigen archivaliſchen Quellenmaterials und eine nicht minder große Zahl umfaſſender darſtellender Arbeiten, welche auf dieſem gedruckten und reichhaltigſtem ungedruckten Aktenmaterial beruhen, hat unſere Kunde über die Epoche des dreißigjährigen Krieges in einem Maße bereichert, das uns die eigentlich hiſtoriographiſchen Arbeiten ſo gut wie völlig entbehrlich gemacht hat; und faſt jedes dieſer Werke hat deutlich gezeigt, daß dieſe Durchforſchung der Archive noch keineswegs beendigt iſt, daß noch unermeßliche hiſtoriſche Schätze über dieſe Epoche im Dunkel der Archive ruhen. Von den größeren deutſchen Archiven birgt allein das dem Verfaſſer genauer bekannte preußiſche Staatsarchiv zu Marburg eine Reihe von mehreren Hunderten umfangreicher Aktenfascikel über den Krieg, von denen bisher

nur ein verschwindend kleiner Theil erschöpfend ausgebeutet worden ist. Vor Allem ruht über die wirthschaftlich-sociolen Folgen des Krieges in fast allen deutschen Archiven ein schier unübersehbares Material von Kriegs- und Verwoltungsakten, welches des kundigen, von dem verwirrenden Detail zu allgemeineren Anschauungen sich erhebenden Forschers horrt. Hier bedeuten die Arbeiten Hansens und seiner Nachfolger, auf die wir noch kurz zu sprechen kommen, in der That noch nichts weiter als einen allerdings vielversprechenden Anfang.

Es kann nun unmöglich die Aufgabe dieser flüchtigen Skizze über die Quellen und die neuere Litteratur in Bezug auf die von uns behandelte Epoche sein, die Veröffentlichungen archivalischen Materials und die auf denselben und auf der Heranziehung ungedruckter weiterer Aktenmassen beruhenden neueren Darstellungen auch nur in annähernder Vollständigkeit, die selbst bei der größten Beschränkung nur zu einer ermüdenden Aufzählung führen könnte, vorzuführen. Wir müssen uns vielmehr mit den allerwichtigsten Erscheinungen dieser kaum übersehbaren Litteratur, mit denen, die eine entscheidende und bleibende Bedeutung in Anspruch nehmen können, begnügen.

Da sind denn für die dem großen Kriege unmittelbar vorhergehende Epoche, in welcher die zu dem Conflicte treibenden Kräfte besonders deutlich hervortreten, namentlich die von der Münchener historischen Commission unter dem Titel „Briefe und Akten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher" veranlaßten Veröffentlichungen von hervorragender Bedeutung. Von dieser Sammlung liegen bis jetzt fünf Bände vor, deren drei erste von M. Ritter bearbeitet sind und die Geschichte der Union und des Jülicher Erbfolgekrieges betreffen, während der vierte und fünfte, die von Stieve herausgegeben sind, die Politik Bayerns von 1591—1607 behandeln. Daneben ist für die westdeutschen Verhältnisse, namentlich auch für den Jülicher Erbfolgekrieg die Publication L. Kellers: „Die Gegenreformation in Westfalen und am Niederrhein." Zwei Bände. 1881 und 1887 von großer Wichtigkeit. Auf diesen und verwandten Akten beruht die eingehende und vortreffliche Darstellung der „Geschichte der deutschen Union von den Vorbereitungen des Bundes bis zum Tode Kaiser Rudolfs II. (1598—1612)" von M. Ritter, 2 Bände. 1867/73 und die Arbeiten desselben Verfassers „Sachsen und der Jülicher Erbfolgestreit" (1874) und „Politik und Geschichte der Union zur Zeit des Ausgangs Rudolfs II. und der Anfänge des Kaisers Matthias" in den Abhandlungen der Münchener Akademie. Band XV. 1880. Sehr wichtige Anregungen und Gesichtspunkte für diese vorbereitende Epoche enthält in reichster Fülle schon das im Jahre 1868 in erster, 1874 in zweiter Auflage erschienene Werk Leopold von Rankes: „Zur deutschen Geschichte. Vom Religionsfrieden bis zum dreißigjährigen Kriege" (Sämmtliche Werke Band VII), welches in vielen seiner grundlegenden Ergebnisse noch heute nicht überholt worden ist. Namentlich durch ihre umfassenden Quellen- und Litteraturnachweise werthvoll und unentbehrlich sind die beiden, freilich mit großer Vorsicht zu benutzenden Bände (IV und V) der Joh. Janssenschen „Geschichte des deutschen Volkes". Dagegen hat das große zusammenfassende Werk über das gesammte Zeitalter der Gegenreformation, mit welchem M. Ritter die Geschichtslitteratur bereichert hat, die uns beschäftigende Periode noch nicht erreicht, sondern erstreckt sich in seinem ersten, 1889 erschienenen Bande erst bis zum Jahre 1586. Auf umfassenden archivalischen Vorarbeiten beruht ferner das Werk Anton Gindelys über Rudolf II. und seine Zeit (1600—1612, 2 Bände, 1862—65), welches gewissermaßen als eine vorbereitende Arbeit für seine späteren umfassenden Forschungen über den dreißigjährigen Krieg selbst betrachtet werden kann. Diesem

Werke zur Seite geht, daſſelbe mannigfach ergänzend, die Arbeit von Chlumeckys über den hervorragendſten mähriſchen Staatsmann dieſer Epoche, Karl von Zierotin und ſeine Zeit (1564—1615). 1862. 1879. Verhältnißmäßig wenig iſt bisher in der Erforſchung der Geſchichte des Kaiſers Matthias geſchehen. Die beiden werthvollſten Werke über dieſe Epoche ſind bezeichnender Weiſe zwei Biographien ſeines leitenden Miniſters, des Cardinals Kleſel. Die eine von J. Frhr. von Hammer-Purgſtall, „Khleſls des Cardinals, Directors des geheimen Cabinets des Kaiſers Matthias, Leben", 4 Bde. (Wien 1847—51) iſt ausgezeichnet durch die reiche Fülle wichtigen urkundlichen Materials, welches dadurch zugänglich gemacht und verwerthet worden iſt, doch raubt die oft ſehr flüchtige und unzureichende Art der Bearbeitung dem Werke einen Theil des Werthes, den es ſonſt haben würde. Dieſem Mangel abzuhelfen iſt das leider nur von geringem Erfolge begleitete Streben der kürzeren Biographie des Cardinals geweſen, welche A. Kerſchbaumer (1865) entworfen hat, die aber weder in der Durchdringung und Auffaſſung des hiſtoriſchen Stoffes, noch in der Darſtellung deſſelben den heutigen Anſprüchen der Wiſſenſchaft zu genügen vermag. Neben dieſen, die Periode des Kaiſers Matthias direct betreffenden Werken bieten auch für dieſe Zeit ſchon eine Fülle von Material die erſten Theile des Werkes von Fr. Hurter: „Geſchichte Kaiſer Ferdinands II. und ſeiner Eltern bis zu deſſen Krönung in Frankfurt." 7 Bände. Schaffhauſen, 1850—54.

Mit dieſem Werke haben wir bereits die Epoche des Krieges ſelbſt erreicht bezw. überſchritten, dem wir uns nunmehr zuwenden. Unter den Aktenveröffentlichungen, welche den Krieg in ſeinem ganzen Umfange betreffen, iſt die ohne Frage werthvollſte die von B. Dudik herausgegebene „Correſpondenz Kaiſer Ferdinands II. und ſeiner erlauchten Familie mit P. Beeanus und P. Wilhelm Lamormaini, kaiſerlichen Beichtvätern", Wien 1877. Die übrigen Veröffentlichungen finden am beſten bei den einzelnen Perioden des Krieges, welche ſie betreffen, Erwähnung.

Eine erſchöpfende, den heutigen Anforderungen der Wiſſenſchaft genügende *Geſammtdarſtellung* des Krieges liegt bis jetzt nicht vor; die Gindelyſchen Arbeiten, welche am eheſten eine ſolche zu verſprechen ſchienen, ſind bisher, ſoweit ſie auf eigenen Forſchungen des Verfaſſers beruhen, nicht über das Jahr 1630 hinaus vorgedrungen; dagegen hat derſelbe in der Sammlung „Das Wiſſen der Gegenwart" Band V eine populär-zuſammenfaſſende Darſtellung entworfen. Die einzige Geſchichte des Krieges in ſeinem ganzem Umfange, die wir beſitzen, iſt die von Friedrich Schiller (1793 erſchienen), welche als litterariſches Denkmal noch heute Beachtung und Intereſſe erweckt, in ihren Einzelergebniſſen aber natürlich von der neueren Forſchung in faſt allen Punkten völlig überholt iſt. Noch vor Schillers Werke war eine Darſtellung von franzöſiſcher Seite erſchienen. die im Weſentlichen auf den Memoiren des franzöſiſchen Diplomaten, Comte d'Avaux, beruht, aber auf eine allſeitig erſchöpfende Behandlung des Stoffes von vornherein keinen Anſpruch erhebt (G. H. Bougeant, Histoire des guerres et des négotiations, qui précédèrent le traité de Westphalie composée sur les mémoires du comte d'Avaux. 1727. 1751).

Bei dieſem Mangel an zuſammenfaſſenden Darſtellungen, welche ſich auf den ganzen Krieg erſtreckten und dieſen zum ausſchließlichen Gegenſtande der Behandlung machten, erhalten die unſere Periode betreffenden Abſchnitte zweier großer, eine weitere und umfaſſendere Aufgabe verfolgender Werke eine um ſo größere Bedeutung. Es ſind das die vortrefflichen, von einer einheitlich-wiſſenſchaftlichen Anſchauung durchdrungenen und der Bedeutung des Gegenſtandes im Rahmen ihrer Aufgabe völlig gerecht werdenden Darſtellungen, welche die Periode des dreißigjährigen Krieges in

J. G. Droysens „Geschichte der Preußischen Politik", namentlich in der ersten Abtheilung des dritten Theils (Leipzig 1861) und in der von W. Oncken nach Häussers akademischen Vorlesungen herausgegebenen „Geschichte des Zeitalters der Reformation 1517—1648" (1868. 2. Auflage 1879) gefunden hat. Beide dürfen noch heute eine hervorragende Stelle in der Litteratur über den dreißigjährigen Krieg in Anspruch nehmen.

Wenden wir uns nun den einzelnen Perioden des Krieges zu, so liegen an Aktenveröffentlichungen über den böhmischen Aufstand und den böhmisch-pfälzischen Krieg 1618/22 zwei wichtige Arbeiten vor, deren eine die Correspondenz Ferdinands II. mit dem böhmischen Statthalter Fürsten Lichtenstein enthält (Ch. d'Elvert, die Bestrafung der böhmischen Rebellion. Brünn 1868), während die andere, von H. von Zwiedineck-Südenhorst herrührende, die „venetianischen Gesandtschaftsberichte über die böhmische Rebellion" veröffentlicht (Graz 1880. Vgl. dazu desselben Verfassers darstellende Arbeit: „Die Politik der Republik Venedig während des dreißigjährigen Krieges." Bd. I. Stuttgart 1882). Die bei weitem werthvollste Bereicherung aber hat unsere Kunde über diese Periode, namentlich aber über die dem Kriege vorangehenden böhmischen Zustände, welche die Veranlassung zu demselben gewesen sind, durch das auf den umfassendsten archivalischen Vorarbeiten beruhende Werk Anton Gindelys „Geschichte des dreißigjährigen Krieges" erfahren, welches in den bisher vorliegenden Bänden I (in drei Abtheilungen) und II (1869—80) thatsächlich zunächst nur diese Periode behandelt, für die es als grundlegend nach jeder Richtung hin bezeichnet werden kann. Daneben wären an Specialarbeiten vor Allem die beiden Abhandlungen von J. Svoboda (Die Kirchenschließung zu Klostergrab und Braunau und die Anfänge des dreißigjährigen Krieges, Zeitschrift für katholische Theologie Band X) und J. Krebs (Die Schlacht am Weißen Berge bei Prag im Zusammenhange der kriegerischen Ereignisse. 1879) zu erwähnen.

Die niedersächsisch-dänische Periode hat eine umfassende Bearbeitung durch J. D. Opel „Der niedersächsisch-dänische Krieg" (2 Bde. Halle 1872. Magdeburg 1878) erfahren, neben der dann die Onno Kloppsche Arbeit „Tilly im dreißigjährigen Kriege" (Stuttgart 1861) in Betracht kommt. Für das mit dieser Periode in der Hauptsache zusammenfallende erste Generalat Wallensteins, mit welchem sich die später zu erwähnende fast unübersehbare Wallenstein-Litteratur weniger als mit dem zweiten und mit der Katastrophe Wallensteins beschäftigt, ist namentlich neben Rankes „Geschichte Wallensteins" (Leipzig 1869) Gindelys zweibändiges Werk „Waldstein während seines ersten Generalats 1625—30" (Prag und Leipzig 1886) von Bedeutung, das am schärfsten den Standpunkt der Anklage gegen Wallenstein vertritt und schon im ersten Generalat die von ihm verschuldeten Ursachen seiner späteren Katastrophe auf Grund eines reichen archivalischen Materials, aber mit unverkennbarer Einseitigkeit nachzuweisen sucht. Daneben wären für diesen Zeitraum etwa noch folgende Specialarbeiten zu nennen: H. v. Zwiedineck-Südenhorst, „Wallensteins Feldzug gegen Mansfeld im Herbst 1626 und die Brucker Conferenz" (Mittheilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung Bd. 6), F. Tadra, „Briefe Albrecht von Waldsteins an Karl von Harrach 1625—27", 1879, und L. Raßfeld, „Zwei Monate Wallensteinscher Kriegführung, September und Oktober 1627", endlich die Untersuchung von Th. Tupetz, „Der Streit um die geistlichen Güter und das Restitutionsedict von 1629", 1883.

Für die Geschichte der Kriegführung Gustav Adolfs auf deutschem Boden kommen zunächst eine Reihe von Aktenveröffentlichungen aus dem schwedischen Archive in Betracht, die zum Theil von schwedischen, zum Theil von deutschen Forschern ver-

anſtaltet worden ſind; von den erſteren nennen wir: 1) Arkiv till upplysning om Svenska Krigens och Krigsinrättningarnes historia. Vol. 1—3 (från och med år 1630 till och med år 1632); 1 utg af R. M. Klinkowström, 2. 3. af J. Mankell, Stockholm 1854—61. 2) Koning Gustaf II. Adolfs skrifter utg. af C. Styffe, Stockholm 1861; von den letzteren verdient namentlich die Publication G. Droyſens, „Schriftſtücke von Guſtav Adolf zumeiſt an evangeliſche Fürſten Deutſchlands“ (Stockholm 1877) Beachtung. Von neueren Darſtellungen haben etwa die folgenden hervorragendere Bedeutung: A. Cronholm, Sveriges historia under Gustav II. Adolfs regor. 6 D. 1857—74; daraus überſetzt: H. Helms, „Guſtav II. Adolf in Deutſchland“. Bd. I. 1874. E. G. Geijer, „Geſchichte von Schweden“. Band III. 1836. Unter den deutſchen Darſtellungen der Periode Guſtav Adolfs darf ohne Frage G. Droyſens Werk, „Guſtav Adolf“, 2 Bde., 1869/70 den erſten Platz in Anſpruch nehmen, neben dem, aber nicht ohne große Vorſicht, A. F. Gfrörers in 4. Auflage von Onno Klopp herausgegebene „Geſchichte Guſtav Adolfs“ zu benutzen wäre. An Specialunterſuchungen über einzelne Seiten der Thätigkeit des Königs oder einzelne kleinere Epochen und Ereigniſſe iſt eine große Anzahl vorhanden, unter denen wir K. G. Heldigs Abhandlung über „Guſtav Adolf und die Kurfürſten von Sachſen und Brandenburg“ (1854) und das Werk von Sodens, „Guſtav Adolf und ſein Heer in Süddeutſchland von 1631 bis 1635“, 3 Bde., 1865—69, anführen; von den einzelnen Ereigniſſen aus dieſer Zeit hat namentlich die Eroberung und Zerſtörung Magdeburgs die Forſchung wiederholt beſchäftigt; vgl. u. A. K. Wittich, „Zur Kataſtrophe des 10/20. Mai 1631.“ (Magdeburgiſche Geſchichtsblätter Bd. 22.), G. Droyſen, „Studien über die Belagerung Magdeburgs“ (Forſchungen zur deutſchen Geſchichte Bd. III.), mehrere kleinere Unterſuchungen des Magdeburger Stadtarchivars Dr. Dittmar, namentlich aber deſſen umfaſſende Arbeit „Beiträge zur Geſchichte der Stadt Magdeburg in den erſten Jahren nach ihrer Zerſtörung 1631.“ 1. Theil. Heft 19 der von G. Droyſen herausgegebenen „Halleſchen Abhandlungen zur neueren Geſchichte“; endlich die Abhandlung von Volkholz „Die Zerſtörung Magdeburgs im Lichte der neueſten Forſchung“, 1892, welche eine Analyſe des geſammten erhaltenen Quellenmaterials giebt, aber aufs Neue gezeigt hat, daß zu einem wirklich endgiltig entſcheidenden Ergebniß über die Entſtehung des allgemeinen Brandes der Stadt nicht zu gelangen iſt; ferner beſchäftigen ſich zwei monographiſche Abhandlungen mit der Schlacht bei Lützen (Droyſen, „Materialien zur neueren Geſchichte, Heft I., Gedruckte Relationen über die Schlacht bei Lützen“ 1880 und, im Anſchluß hieran und nicht ſelten im Gegenſatz zu Droyſens Ergebniſſen, H. Diemar, „Unterſuchungen über die Schlacht bei Lützen“, 1890).

Ueber die faſt unüberſehbare Wallenſtein-Litteratur iſt neuerdings eine die Zeit von 1626 bis 1878 umfaſſende bibliographiſche Ueberſicht von Schmid in den Mittheilungen des Vereins für Geſchichte der Deutſchen in Böhmen, Bd. XVII. erſchienen. Wir müſſen uns hier mit der Anführung der entſcheidenden Erſcheinungen an Aktenveröffentlichungen und Darſtellungen begnügen. Unter den Quellenpublicationen früherer Zeit nimmt die erſte Stelle die Sammlung Fr. Förſters „Albrecht von Wallenſteins ungedruckte Briefe aus den Jahren 1627 bis 1634“, 3 Theile, Berlin 1828 ff. ein, welche dem Herausgeber derſelben die Unterlage zu ſeiner Auffaſſung gegeben hat. Daß Förſter auf Grund dieſes reichen von ihm zuſammengebrachten Materials die Schuld Wallenſteins, d. h. deſſen geheime, im Widerſpruch mit den oſtenſibeln geführten Verhandlungen mit Schweden und Sachſen geleugnet hat, liegt in erſter Linie daran, daß Wallenſtein ſelbſt in ſeinen eigenen Briefen ſich der äußerſten Vorſicht nach dieſer

Richtung befleißigt hat. Wer daher wie Förster auf diese den Hauptnachdruck legt, wird naturgemäß zu einer zu günstigen Auffassung über den kaiserlichen Generalissimus gelangen. Dies ist auch der Grund, aus dem auch Hallwich in seinen verschiedenen, zum großen Theil auf der Correspondenz Wallensteins beruhenden Arbeiten zu einer der Förster'schen ähnlichen Auffassung gelangt ist. So wenig man nun nach den neuesten, die Frage entscheidenden Aktenveröffentlichungen in der Lage sein wird, Hallwich in allen seinen Ergebnissen zuzustimmen, so gebührt ihm doch das große Verdienst, der Forschung eine Fülle neuen Materials zugeführt zu haben. Das gilt namentlich von seinem zweibändigen Werke „Wallensteins Ende. Ungedruckte Briefe und Akten", Leipzig 1879, neben dem er seine Auffassung noch in mehreren kleineren Arbeiten („Wallenstein und Arnim im Frühjahr 1632" in den Mittheilungen des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, Bd. XVII., „Heinrich Matthias Thurn als Zeuge im Prozeß Wallenstein" 1883 u. a. m.) vertreten hat. Ihm ist dann, zum Theil noch weit über ihn hinausgehend, namentlich Schebek in seinem Werke „Die Lösung der Wallensteinfrage", 1881, und „Kinsky und Feuquières", 1882, beigetreten. In dem ersteren Werke hat Schebek den gänzlich übertriebenen und verunglückten Versuch gemacht, den Untergang Wallensteins auf eine systematische Intrigue Slawatas zurückzuführen, deren Fäden er oft auf Grund der gewagtesten Combinationen und Interpretationen der Quellen mehr construirt, als gefunden hat. Jedenfalls wird man diese, den höchst bedenklichen Charakter der Wallensteinschen Verhandlungen mit Schweden und Sachsen so gut wie völlig in Abrede stellenden Versuche, die volle Unschuld Wallensteins nachzuweisen, jetzt endgiltig aufgeben müssen, nachdem aus dem schwedischen und sächsischen Archive die entscheidenden Quellen über diese Frage zu Tage getreten sind. Allen diesen neuesten Veröffentlichungen, welche zum Theil wirklich sehr zu Ungunsten Wallensteins sprechen, zum Theil aber auch von den Forschern, welche sie entdeckten und verwertheten, noch ungünstiger, als es nöthig ist, gedeutet worden sind, haben das Gemeinsame, daß sie in erster Linie nicht Correspondenzen Wallensteins selbst, sondern die schriftlichen Aeußerungen der andern an den Verhandlungen mittelbar oder unmittelbar betheiligten Persönlichkeiten, Thurns, Bubnas, Oxenstiernas ꝛc. enthalten, welche den vielberufenen Bericht Sesyma Raschins, über den neuerdings Max Lenz eine vortreffliche und eindringende analytische Kritik in H. v. Sybels historischer Zeitschrift Bd. 59 veröffentlicht hat, in den Hauptsachen, aber keineswegs in allen Einzelheiten bestätigt haben. Diese entscheidenden, die Auffassung Försters, Hallwichs und Schebeks in vielen überaus wichtigen Punkten widerlegenden Publicationen sind die von E. Hildebrand, „Wallenstein und seine Verhandlungen mit den Schweden. Aktenstücke aus dem schwedischen Reichsarchiv zu Stockholm," 1885, Gaedeke, „Wallensteins Verhandlungen mit den Schweden und Sachsen 1631—1634", 1885, und G. Irmer, „Die Verhandlungen Schwedens und seiner Verbündeten mit Wallenstein und dem Kaiser, 1631—1634", 2 Bände (Bd. 35 und 39 der „Publicationen aus den preußischen Staatsarchiven") 1888/89. Man wird also im Allgemeinen sagen müssen, daß die neuere Forschung zu für Wallenstein günstigen oder ungünstigen Resultaten gelangt ist, je nachdem sie in erster Linie dessen eigene oder die Aufzeichnungen Anderer benutzt hat. Den der Persönlichkeit Wallensteins allein gerecht werdenden mittleren Standpunkt, welchen wir in unserer Darstellung zu vertreten gesucht haben, gewinnt man natürlich nur durch eine Combination beider Quellengruppen. Diese richtigste, von der Frage über Schuld und Unschuld ablenkende und allein die historische Entwickelung und die weltgeschichtliche Bedeutung des rätselhaften Mannes berücksichtigende Auffassung hat

vor Allem Ranke in seiner geradezu klassischen „Geschichte Wallensteins" begründet, welche selbst durch die neuesten Veröffentlichungen nur in wenigen Punkten überholt und berichtigt worden ist und namentlich auch dem Berichte Raschins gegenüber bereits die entscheidenden Gesichtspunkte völlig klar zur Geltung gebracht hat. Und fast will es uns scheinen, als wenn diese Rankesche Auffassung in ihrer psychologischen Grundrichtung von der großartig motivirten Conception Schillers doch nicht so weit abwiche, wie neuerdings von den die Schuld Wallensteins am schroffsten vertretenden Forschern wohl behauptet worden ist. Die eigentlichen Triebfedern und Beweggründe von Wallensteins Handeln scheint mir vielmehr der Dichter, so oft seine Darstellung in thatsächlichen Einzelheiten auch unrichtig ist, doch vorahnend mit dem sicheren Blick schöpferischer Genialität erkannt zu haben.

Die späteren Phasen des Krieges, welche an dramatischer Bewegung und historischem Interesse mit der Periode Gustav Adolfs und Wallensteins auch nicht annähernd zu vergleichen sind, haben in Folge dessen auch bei weitem nicht die Fülle von Bearbeitungen gefunden wie jene. Nur der einzigen größeren historischen Persönlichkeit, welche in den Jahren nach Wallensteins Untergang am meisten in den Vordergrund der Ereignisse trat, dem Herzoge Bernhard von Weimar, ist auch eine umfassende, auf eingehendsten archivalischen Studien beruhende und mit liebevoller Sorgfalt gearbeitete Darstellung zu Theil geworden. Durch dieses neueste Werk G. Droysens „Bernhard von Weimar", 2 Bände, 1885, ist die ältere Lebensbeschreibung des Herzogs von B. Röse (Weimar 1828) vollständig überholt und in den Schatten gestellt worden. Außerdem haben mehrere einzelne Ereignisse aus der Bernhardschen Periode (1634—1639), eine monographische Behandlung erfahren, so die Schlacht bei Nördlingen (J. Fuchs, Die Schlacht bei Nördlingen am 6. September 1634. Wien 1868 und O. Fraas, Die Nördlinger Schlacht am 27. August 1634. Nördlingen 1869), der Prager Friede (K. G. Helbig, Der Prager Friede, im historischen Taschenbuch, Jahrgang 1859), die Schlacht bei Wittstock (R. Schmidt, Die Schlacht bei Wittstock [1636]. Halle 1876) u. a. m.

Für die letzten Kriegsjahre (1640—1648) verdient namentlich die u. A. auf den Berichten Torstensons beruhende Darstellung von V. Dudik „Schweden in Böhmen und Mähren, 1640—1650", 1879, eingehende Beachtung; außerdem aber die Arbeit F. W. Bartholds über „Johann von Werth im nächsten Zusammenhange mit der Zeitgeschichte", Berlin 1826, welche als eine wichtige Vorarbeit zu desselben Verfassers „Geschichte des großen deutschen Krieges vom Tode Gustav Adolfs ab und mit besonderer Rücksicht auf Frankreich." 2 Theile. Stuttgart 1842/43, zu betrachten ist. Ferner erwähnen wir noch von Specialuntersuchungen die Arbeit von H. Brockhaus über den „Kurfürstentag zu Nürnberg im Jahre 1640 (Leipzig 1883), die Biographie Peter Melanders, Reichsgrafen zu Holzappel von W. Hofmann (München 1882), ferner J. Heilmann, „Die Feldzüge der Bayern in den Jahren 1643, 1644, 1645 unter den Befehlen des Feldmarschalls Franz Freiherrn von Mercy" (Leipzig und Meißen 1851) u. a. m.

Ueber den westfälischen Frieden liegt vor Allem die umfassende Aktenpublication J. G. von Meierns vor: „Acta pacis Westphalicae oder Westphälische Friedenshandlungen und Geschichte", 6 Bände, Hannover 1734—1736 und als Ergänzung dazu die „Acta pacis executionis publica oder Nürnbergische Friedens-Executionshandlungen und Geschichte", 2 Bände, Hannover und Göttingen 1736/37; ferner die „Westfälische Friedens-Canzley" C. W. Gärtners in 9 Bänden, Leipzig 1731—1738; außerdem von französischer Seite: Négociations secrètes touchant la paix de Münster et d'Osnabrug. ou recueil des préliminaires, instructions, lettres, mémoires etc. concer-

nant les négociations depuis 1642 jusqu'en 1648 avec les depêches de Mr. de Vautorte etc. A la Haye 1725/26. Von den Darſtellungen der Friedensverhandlungen erwähnten wir ſchon die gleichzeitige Adam Adamis „Arcana pacis Westphalicae.“ Frankfurt 1698, unter dem Titel: „Historica relatio de pacificatione Osnabrugo-Monasteriensi 1707 hrsg. von J. G. v. Meiern. Vgl. ferner J. J. Moſer, Erläuterungen des Weſtfäliſchen Frieden aus reichshofräthlichen Handlungen. 2 Theile. 1775, J. St. Pütter, Geiſt des Weſtfäliſchen Friedens. 1795. K. von Senkenberg, Darſtellung des Osnabrück- und Münſterſchen oder ſogenannten Weſtfäliſchen Friedens 1804.

Zu einer ſyſtematiſchen Schilderung der Folgen des Krieges hat den erſten umfaſſenden, wenngleich keineswegs auch nur annähernd erſchöpfenden Verſuch unternommen Karl Friedrich Hanſer in ſeinem noch heute ſehr beachtenswerten Werke: „Deutſchland nach dem dreißigjährigen Kriege. Dargeſtellt in politiſcher, materieller und ſocialer Beziehung.“ Leipzig 1862. Nach ihm hat namentlich Inama-Sternegg (Die volkswirthſchaftlichen Folgen des dreißigjährigen Krieges für Deutſchland. Hiſtoriſches Taſchenbuch 1864) die leitenden Geſichtspunkte für eine ſolche erſchöpfende Darſtellung vortrefflich angegeben und ſelbſt angewendet. Außerdem liegt darüber eine reiche, zumeiſt allerdings der höheren wiſſenſchaftlichen Geſichtspunkte ermangelnde lokalgeſchichtliche Litteratur vor, die der Ergänzung und einheitlichen Verwerthung dringend bedarf. Als einige der wichtigſten Erſcheinungen derſelben heben wir die folgenden hervor: Roth, Zeitz im dreißigjährigen Kriege. Mittheilungen des Thüring.-Sächſiſchen Vereins, Band 12. Puntſchert, Kriegsſchäden in Retz und Umgebung während des Schwedeneinfalls im Jahre 1645. Blätter des Vereins für Landeskunde Niederöſterreichs. Neue Folge. Band 14/15. O. Kins in den Jahrbüchern für Nationalökonomie Band 14 ꝛc.

Verzeichniß der Illuſtrationen.

Im Text.

Seite 11: Herzog Alexander von Parma. Facſimile des Kupferſtiches von Johann Wierix.

„ 13: Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 1. Zwölf Radirungen von Jakob de Gheyn, nach Heinrich Goltzius.

„ 14: Desgl. Nr. 2.

„ 15: Desgl. Nr. 3.

„ 17: Prunkharniſch Kaiſer Rudolfs II.; Wien, Kaiſ. Artillerie-Arſenal-Muſeum. (Quirin Leitner, die Waffenſammlung des k. k. Artillerie-Arſenal-Muſeums zu Wien.)

„ 19: Der Alchymiſt. Facſimile des Kupferſtiches von Chriſtoph Maurer.

„ 21: Turnierharniſch Kaiſer Maximilians II.; Wien, Kaiſ. Artillerie-Arſenal-Muſeum. (Quirin Leitner, die Waffenſammlung des k. k. Artillerie-Arſenal-Muſeums zu Wien.)

„ 22: Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 4. Zwölf Radirungen von Jakob de Gheyn, nach Heinrich Goltzius.

„ 23: Desgl. Nr. 5.

„ 24: Desgl. Nr. 6.

„ 25: Desgl. Nr. 7.

„ 27: Melchior Kleſel. Facſimile des Kupferſtiches von Aegidius Sadeler.

„ 30: Soldaten vom Ende des 16. Jahrhunderts. Facſimiles der Kupferſtiche von Heinrich Ullrich nach Paulus Manr.

„ 31: Desgl.

„ 34: Desgl.

„ 35: Desgl.

„ 38: Desgl.

„ 39: Desgl.

„ 42: Desgl.

„ 43: Desgl.

„ 44: Die Garden Kaiſer Rudolfs II. Nr. 8. Zwölf Radirungen von Jakob de Gheyn, nach Heinrich Goltzius.

„ 45: Desgl. Nr. 9.

„ 46: Desgl. Nr. 10.

„ 47: Desgl. Nr. 11.

„ 48: Desgl. Nr. 12.

„ 56: St. Georgsthaler des Grafen David von Mansfeld. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)

„ 61: König Heinrich IV. von Frankreich. Facſimile des Kupferſtiches von Thomas de Leu.

Seite 63: Moritz, Landgraf von Hessen. Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian.
„ 65: Fürst Christian II. von Anhalt. Facsimile des Kupferstiches von Lucas Kilian.
„ 69: Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm. Facsimile des Kupferstiches von Crispin de Passe.
„ 71: Truppen aus dem Anfange des siebzehnten Jahrhunderts: 1. Spießknecht in Vertheidigungsstellung gegen einen Reiter. (Waffenhandlung Von den Roehren, Mußquetten vnd Spiessen. Gestalt nach der Ordnung deß Hochgebornen Fürsten vnd Herrn, Herrn Moritzen, Printzen zu Oranien, u. s. w. Figurlichen abgebildet durch Jacob de Gheyn. Gedruckt zu Franckfort am Main 1609.)
„ 72: Desgl.: 2. Schütze, Pulver ins Rohr schüttend. (Ebd.)
„ 73: Desgl.: 3. Schütze im Marsch. (Ebd.)
„ 74: Desgl.: 4. Musketier. (Ebd.)
„ 75: Desgl.: 5. Musketier Pulver auf die Pfanne schüttend. (Ebd.)
„ 76: Fischerring von Papst Paul V. (Nach einem Abdruck im Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin gezeichnet von Carl Leonhard Becker.)
„ 77: Papst Paul V. Facsimile des Kupferstiches von Crispin de Passe.
„ 79: Prachtsiegel von Johann Georg, Kurfürst von Sachsen. (Nach dem Abdruck im Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)
„ 88: Medaillon mit dem Bildniß des Markgrafen Johann Sigismund von Brandenburg. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)
„ 89: Georg Wilhelm, Markgraf von Brandenburg. Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian.
„ 91: Johann Wilhelm, Herzog von Jülich-Cleve-Berg. Facsimile des Kupferstiches von Crispin de Passe.
„ 100: Medaille mit dem Bildniß Tillys. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)
„ 111: Anwerbung und Ausrüstung von Soldaten. (Defenslo patriae oder Landtrettung. Von Joh. Jac. von Wallhausen, derzeit Churf. Maintz. bestelten Obr. Leutenant. Franckfurt a. M. 1621.)
„ 117: Einzelkämpfe aus der Kriegführung zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts. (Ritterkunst. Darinnen begriffen I. Ein Trewhertziges Warnungschreiben wegen deß Betrübten Zustands jetziger Christenheit. II. Vnterricht aller Handgriffen so ein jeder Cavalliror hochnötig zu wissen bedarff. Von Joh. Jac. von Wallhausen. Franckfurt am Mayn 1616.)
„ 127: Johann Georg, Kurfürst von Sachsen. Facsimile des Kupferstiches von Willem de Passe.
„ 135: Kaiser Matthias. Facsimile des Kupferstiches von Aegidius Sadeler.
„ 139: Pfalzgraf Friedrich V. Facsimile des Kupferstiches von Boëtius Bolswert; Originalgemälde von M. de Miereveld.
„ 153: Ambrosius Spinola. Facsimile des Kupferstiches von Hendrik Hondius.
„ 166: Lagerscene. Facsimile der Radirung von Stefano della Bella.
„ 181: General Graf von Buquoy. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.
„ 185: General Graf von Dampierre. Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian.
„ 188: Das Geschütz. Facsimile der Radirung von Stefano della Bella.
„ 197: Aufzug der Kurfürsten bei der Krönung Kaiser Ferdinands II. zu Frankfurt a. M. 1619. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

Seite 199: Kaiser Ferdinand II. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.
„ 207: Bethlen Gabor. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.
„ 208: Truppen des dreißigjährigen Krieges: 1. Lanzenreiter. (Kriegskunst zu Pferdt. Von Joh. Jac. von Wallhausen; der löblichen Statt Dantzig bestelten Obristen Wachtm: vnd Hauptman. Franckfurt am Mayn 1616.)
„ 209: Desgl. 2. Lanzenreiter und Einzelheiten seiner Ausrüstung. (Ebd.)
„ 210: Desgl. 3. Harquebusierer oder Bandelierreuter. (Ebd.)
„ 211: Desgl. 4. Küirissierer. (Ebd.)
„ 212: Desgl. 5. Küirissierer und die Einzelheiten seiner Ausrüstung. (Ebd.)
„ 219: Johann Tserclaes Freiherr von Tilly. Nach dem Gemälde von Anthonie van Dyck. (München, Königl. Pinakothek.)
„ 222 u. 223: Die Schlachtordnung der Heere auf dem Weißen Berge. Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum“ von Matth. Merian; Frankfurt a. M. 1635.
„ 239: Graf Ernst von Mansfeld. Facsimile des Kupferstiches von Willem Jacobzen Delff; Originalgemälde von Michiel Janszoon van Mierevelt.
„ 243: Christian IV., König von Dänemark. Facsimile des Kupferstiches von Jodocus Hondius.
„ 245: Herzog Christian von Braunschweig, Administrator von Halberstadt. Facsimile des Kupferstiches von Simon de Passe; Originalgemälde von Paulus Moreelse.
„ 246: Thaler Christians von Braunschweig. (Nach dem Original im Königlichen Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)
„ 253: Die Einwohner von Heidelberg das Speyrer Thor gegen die heranrückenden Spanier befestigend. Facsimile des Kupferstiches von Peter Isselburg.
„ 259: Papst Gregor XV. Facsimile des Kupferstiches von Peter Isselburg.
„ 260: Scene in einem Heerlager des dreißigjährigen Krieges. Facsimile aus Jacques Callots Radirung „Die Belagerung von Breda“.
„ 264: Truppenwerbung. Facsimile der Radirung von Jacques Callot in: Les misères et malheures de la guerre.
„ 266: Brandschatzung. Facsimile der Radirung von Jacques Callot. (Ebd.)
„ 269: König Philipp III. von Spanien. Facsimile der Radirung von Francisco José de Goya y Lucientes; Originalgemälde von Diego Velazquez de Silva.
„ 271: König Jacob I. von England. Facsimile des Kupferstiches von Wolfgang Kilian.
„ 273: König Karl I. von England. Facsimile des Kupferstiches von Benoit Audran; Originalgemälde von Adriaan van der Werff.
„ 275: Thaler Albrechts von Wallenstein. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)
„ 279: Ein deutsches Universitäts-Auditorium im Anfange des 17. Jahrhunderts. Facsimile des Kupferstiches von Crispin de Passe in: „Academia sive speculum vitae scholasticae“; 1612.
„ 283: Quartiercommissarius Johann Aldringer. Facsimile des gleichzeitigen Kupferstiches von Godf. Muller.
„ 285: Aus dem Studentenleben im Anfang des 17. Jahrhunderts. Facsimile eines anonymen Kupferstiches in: Pugillus Facetiarum Iconographicarū in Studiosorum pottissimum grattiam ex proprijs eoruudem Albis desumptarum. Um 1600.
„ 288: Deutsche Rüstung aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges. Museum Czarskoe-Selo. (Gillé, Musée de Tzarskoe-Selo.)

Seite 289: Rüstung aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges: Schwarze Reiterrüstung des kaiserlichen Generals der Cavallerie Johann Graf Sporck. Wien, Artillerie-Museum. (Quirin Leitner, Die Waffensammlung des k. k. Artillerie-Arsenal-Museums zu Wien.)

„ 292: Ausplünderung eines Hauses; Qualen seiner Bewohner. Facsimile der Radirung von Jacques Callot in: Les misères et malheures de la guerre.

„ 293: Erhebung der Bauern gegen die Soldatesca. (Ebd.)

„ 294: Facsimile der Namensunterschrift Tillys auf einem Schriftstück vom 17. Januar 1627. (Nach dem Original im Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.)

„ 299: Raubende Soldaten überfallen einen Reisewagen. Facsimile der Radirung von Jacques Callot in: Les misères et malheures de la guerre.

„ 303: Facsimile eines kaiserlichen Schutzbriefes für Nürnberg, vom Jahre 1626.

„ 304: Ausraubung eines Klosters durch Soldaten. Facsimile der Radirung von Jacques Callot in: Les misères et malheures de la guerre.

„ 305: Lagerscene aus dem dreißigjährigen Kriege. Facsimile aus Jacques Callots Radirung „Belagerung von Breda".

„ 315: Kriegsmarine in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Facsimile der Radirung von Reinier Zeeman (Rooms).

„ 316: Der Wippgalgen. Militärstrafe im dreißigjährigen Kriege. Facsimile aus Jacques Callots Radirung „Belagerung von Breda".

„ 327: Papst Urban VIII. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.

„ 329: König Ludwig XIII. von Frankreich. Facsimile des Kupferstiches von Jeremias Falck; Originalgemälde von Justus van Egmont.

„ 335: Facsimile der Unterschrift Wallensteins, Albrecht Herzog zu Friedland, unter einem Schriftstück vom 23. März 1628. (Nach dem Original im Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.)

„ 336: Reisewagen während des dreißigjährigen Krieges. Facsimile aus Jacques Callots Radirung „Belagerung von Breda".

„ 343: Sigismund III., König von Polen. Facsimile des Kupferstiches von Friedrich Hulsius.

„ 349: Medaille mit dem Brustbild Gustav Adolfs. Gravirt von Lucas Kilian. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von G. Rehlender.)

„ 352: Ansicht des Schlosses und eines Theiles der Stadt Wolgast während der Belagerung von 1630. Facsimile aus einem anonymen Kupferstiche in Matthaeus Merian's „Theatrum Europaeum" vom Jahre 1637.

„ 355: Landgraf Wilhelm von Hessen. Facsimile des Kupferstiches von Philipp Kilian.

„ 356: Medaille mit dem Brustbild Georg Wilhelms, Kurfürsten von Brandenburg. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von G. Rehlender.)

„ 361: Ansicht von Stettin. Facsimile eines Kupferstiches in:

Inventarivm
SVECIAE,
Das ist:
Gründliche / vnd warhaffte
Beschreibung deß Königreichs
Schweden vnd dessen Incorporirten Provintzien / darinnen von Natur vnd Eigenschafft deß Lands / Fruchtbarkeit / Metallen / Wassern / stehenden / fliessenden / vnd Meeren / Innwohnern vnd Völckern / Ordnungen / Gewonheiten vnd Gebräuchen / Regiment vnd Religionswesen /

wie auch den Schwedischen vnd Gothischen Königen / die von Christi Geburt hero / so wol auſſer als inner Lands regieret / gehandelt wirdt:

In zwey Theil vnderschieden:

Deren der Erste handelt von Anfang der obangeregten Zeit / biß auff die Herrschung GVSTAVI ADOLPHI, deß nunmehr glücklich Regierenden vnd Triumphirenden Königs der Schweden / Gothen vnd Wenden / etc.

Im Andern werden beschrieben alle die Expeditionen / Verrichtungen / Sieghaffte Schlachten / Eroberungen vnd Victorien / so höchstermeldte Königliche Majestät / biß auff gegenwärtige Zeit / durch Gottes Gnade erlangt.

Alles GOtt zu Ehren / vnd der Wahrheit zu stewer / den Liebhabern aber der Alten vnd Newen Historien zu Gefallen verfasset

durch

Joh. Ludwig Gottfried.

Mit schönen Kupfferstücken gezieret / vnd an Tag gegeben durch Friederich Hulsium.

Gedruckt zu Franckfurt am Mayn / bey Wolffgang Hofmann / In Verlegung obgedachtes Hulsij. Im Jahr Christi 1632.

Seite 367: Facsimile eines satirischen Blattes auf die Eroberung Magdeburgs durch Tilly.
„ 372: Medaille von Kurfürst Georg Wilhelm mit seinem Sohne, dem späteren Großen Kurfürsten, als Kurprinz. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)
„ 373: Desgl. Rückseite. (Ebd.)
„ 375: Facsimile eines politischen Flugblattes vom Jahre 1630.
„ 379: Feldmarschall Banér. Facsimile des Kupferstiches von Lucas Schnitzer.
„ 380: Medaille mit dem Bildniß Gustav Adolfs von Schweden. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von G. Rehlender.)
„ 383: Gottfried Heinrich Graf zu Pappenheim. Facsimile des Kupferstiches von Wenceslaus Hollar.
„ 389: Facsimile eines Spottblattes auf Tilly vom Jahre 1632.
„ 391: Das Würzburger Schloß. Facsimile aus der Ansicht von Würzburg im „Theatrum Europaeum“ 1637. Radirung von Matthaeus Merian.
„ 399: Facsimile eines für Nürnberg von Gustav Adolf von Schweden ausgestellten Schutzbriefes, Salva guardia. Ertheilt in Würzburg am 20. October 1631.
„ 401: Die Dessauer Brücke, an der 1626 Mansfeld von Wallenstein geschlagen wurde. Facsimile eines Kupferstiches in: J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae, 1632.
„ 403: Militärstrafen im dreißigjährigen Kriege: Der Wippgalgen. Facsimile der Radirung von Jacques Callot in: Les misères et malheures de la guerre.
„ 404: Desgl.: Execution durch Erschießen. (Ebd.)
„ 405: Desgl.: Tod durch den Strang. (Ebd.)
„ 406: Desgl.: Der Scheiterhaufen. (Ebd.)
„ 407: Desgl.: Hinrichtung auf dem Rad. (Ebd.)
„ 422 u. 423: Plan der Schlachtordnung bei Lützen. Facsimile aus J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae, 1632.
Dazu Erläuterungsblatt.
„ 424: Das Koller Gustav Adolfs von Schweden, in welchem er bei Lützen fiel. Wien, Kaiserl. Artillerie-Arsenal-Museum. (Quirin Leitner, Die Waffensammlung des k. k. Artillerie-Arsenal-Museums zu Wien.)

Seite 429: Axel Oxenſtierna. Facſimile des Kupferſtiches von Hendrik Hondius d. J.
„ 431: Bernhard von Weimar. Facſimile des Kupferſtiches von Wilhelm Hondius.
„ 435: General Johann von Werth. Facſimile des Kupferſtiches von Paulus Fürſt.
„ 450: Facſimile einer Unterſchrift von Axel Oxenſtierna; von einem Schriftſtück datirt Stockholm, 15. März 1625. (Nach dem Original im Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.)
„ 463: Graf Gallas. Facſimile des Kupferſtiches von B. Moncornet.
„ 465: Facſimile eines den Kaiſer vor den Jeſuiten warnenden Flugblattes.
„ 471: Plan von Philippsburg. Facſimile des Kupferſtiches im „Theatrum Europaeum“, 1670.
„ 483: Graf Octavio Piccolomini. Facſimile des Kupferſtiches von Lucas Vorſterman; Originalgemälde von Gérard Seghers.
„ 495: Feldmarſchall Guſtav Horn. Facſimile des Kupferſtiches von Jeremias Falck; Originalgemälde von David Beck.
„ 505: Cardinal Richelieu. Facſimile des Kupferſtiches von Claude Mellan.
„ 507: Herzog Karl IV. von Lothringen. Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.
„ 511—513: Typen der Infanterie Ludwigs XIV. (Le Marechal de Bataille, contenant le maniment des armes, les evolvtions etc. Par de Lostelneau, Marechal de bataille des camps et armées de sa Majesté, sergent major de ses gardes françoises. Paris MDCXLVII.)
„ 524 u. 525: Raubende Soldatesca. Facſimiles der Radirungen von Hans Ulrich Franck.
„ 527: Ferdinand II. im Krönungsornat der deutſchen Kaiſer. Facſimile des Kupferſtiches von Wolfgang Kilian.
„ 531: General Karl Guſtav Wrangel. Facſimile des Kupferſtiches von Matthäus Merian d. J.
„ 533: Prinz Friedrich Heinrich von Oranien. Facſimile des Kupferſtiches von Crispin de Paſſe d. J.
„ 536: Facſimile eines Mandats des kaiſerlichen Feldmarſchalls Herzog von Savello gegen marodirende Soldaten.
„ 538: Generalmajor Johann Ludwig von Erlach. Facſimile des Kupferſtiches von Peter Aubry.
„ 540 u. 541: Plan von Breiſach während der Belagerung von 1638. Facſimile des Kupferſtiches im „Theatrum Europaeum“, III. Theil, Druck von 1670.
„ 544: Kriegselend. Facſimile der Radirung von Steſano della Bella.
„ 551: Holländiſche Kriegsſchiffe. Nach der Radirung von Wenzel Hollar.
„ 556: Anſicht von Stockholm. (J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.)
„ 559: Linnard Torſtenſon. Facſimile des Kupferſtiches von Jeremias Falck; Original-Gemälde von David Beck.
„ 562: Anſicht von Kopenhagen. (G. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.)
„ 565: Cardinal Mazarin. Facſimile des Kupferſtiches von Pieter van Schuppen; Originalgemälde von Pierre Mignard.
„ 567: Chriſtoph von Königsmarck. Facſimile des Kupferſtiches von Jeremias Falck; Originalgemälde von David Beck.
„ 568: Der Sund in der erſten Hälfte des 17. Jahrhunderts. (J. L. Gottfried, Inventarum Sueciae; 1632.)
„ 571: Marſchall Turenne. Facſimile des Kupferſtiches von Robert Nanteuil; Originalgemälde von Philipp de Champaigne.
„ 573: Erzherzog Leopold Wilhelm. Facſimile des Kupferſtiches von Pieter de Jode d. J.; Originalgemälde von Jan van den Hoeck.

Seite 575: Pfalzgraf Carl Gustav. Facsimile des Kupferstiches von Cornelis Galle d. J.; Originalgemälde von Anselmus van Hulle (A. Hebbelynck).
„ 583: Axel Oxenstierna. Facsimile des Kupferstiches von Jeremias Falck; Originalgemälde von David Beck.
„ 584: Max Graf von Trautmannsdorff. Nach dem Originalgemälde im Friedenssaal zu Osnabrück.
„ 585: Johann Oxenstierna. (Ebd.)
„ 585: Adler Salvius. (Ebd.)
„ 589: Königin Christine von Schweden. Facsimile des Kupferstiches von Jeremias Falck; Originalgemälde von David Beck.
„ 606: Aus der Zeit des großen Krieges. Facsimile der Radirung von Hans Ulrich Franck.
„ 607: Desgl.
„ 609: Facsimile eines Spottblattes auf die Münzverfälschungen zur Zeit des dreißigjährigen Krieges.
„ 611: Aus der Zeit des großen Krieges. Facsimile der Radirung von Hans Ulrich Franck.
„ 614: Facsimile einer Tabelle der Lebensmittel-Preise in Augsburg in den Jahren 1634/35 und 1640/41.
„ 617: Räuberischer Ueberfall. Facsimile der Radirung von Hans Ulrich Franck.
„ 619: Facsimile eines Flugblattes auf den Zustand des deutschen Reiches im Jahre 1622.
„ 621: Ansicht von Danzig. (J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.)
„ 622: Plan der Citadelle von Danzig. (Ebd.)
„ 623: Leipzig im Jahre 1632 von Wallensteins Truppen angegriffen. Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", III. Theil.
„ 625: Studenten in musikalischer Unterhaltung. (Speculum Cornelianum. In sich haltent: Viel artiger Figuren / betreffent das Leben eines vermeynden Studenten / sampt andern lehrhafften Vorbildungen. Jetzt auffs newe mit vielen schönen Kupfferstücken / sampt der Beschreibung deß Lebens Cornellj Relegati, vermehrt vnd gebessert. An Tag geben durch Jacobum von der Heyden / Chalcographum. Straßburg Anno M. DC. XVIII.)
„ 626 u. 627: Hoftracht in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Die Familie des Landgrafen von Hessen. Facsimile des Kupferstiches von Jacob van der Heyden, Originalgemälde von August Erich.
„ 628: Duellanten. Facsimile der Radirung von Jacques Callot.
„ 633: Martin Opitz. Facsimile des Kupferstiches von Jacob van der Heyden.
„ 636: Nächtlicher Aufzug der Studenten in Straßburg. Facsimile des Kupferstiches von Jacob van der Heyden (s. Titelangabe unter Seite 625).
„ 641: Ansicht von Wisby auf der Insel Gothland zur Zeit des dreißigjährigen Krieges. (J. L. Gottfried, Inventarium Sueciae; 1632.)
„ 642: Ansicht von Riga zur Zeit der Eroberung durch Gustav Adolf. (Ebd.)
„ 643: Wladislaus IV., König von Polen. Facsimile des Kupferstiches von Willem Hondius; Originalgemälde von Peter Danckerts gen. de Ry.
„ 645: Johann Casimir, König von Polen. Facsimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferstiches.
„ 646: Der Große Kurfürst. Medaillenbildniß. (Nach dem Original im Königl. Münz-Cabinet zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)

Karten im Text.

„ 81: Die Jülich-Cleve'schen Erbländer zu Anfang des 17. Jahrhunderts.
„ 392 u. 393: Karte von Franken. Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum", 1637.

Seite 437: Karte von Oberheſſen und der Wetterau. (Ebd.)
„ 445: Karte von Böhmen. (Ebd.)
„ 461: Karte von Schleſien. (Ebd.)

Vollbilder.

„ 18: Kaiſer Rudolf II. Facſimile des Kupferſtiches von Aegidius Sadeler; Originalgemälde von Johann von Aachen.
„ 254: Herzog von Olivares. Nach dem Kupferſtich von Paul du Pont; Originalgemälde des Porträts von Diego Velazquez de Silva, der Ornamente von Peter Paul Rubens.
„ 280: Albrecht von Wallenſtein. Nach dem Gemälde von Anthonie van Dyck. (München, Königl. Pinakothek.)
„ 330: König Philipp IV. von Spanien. Facſimile des Kupferſtiches von J. Louys; Originalgemälde von Peter Paul Rubens.
„ 340: König Guſtav I. Waſa von Schweden. Facſimile des Kupferſtiches von Martin Rota.
„ 346: König Guſtav Adolf von Schweden. Nach dem Gemälde von Anthonie van Dyck. (München, Königl. Pinakothek.)
„ 546: Kaiſer Ferdinand III. Facſimile des Kupferſtiches von Elias Wideman.
„ 643: König Friedrich III. von Dänemark. Facſimile des Kupferſtiches von Jeremias Falck.

Doppelvollbilder.

„ 105: Der Wladislaus'ſche Huldigungsſaal im Schloſſe zu Prag. Facſimile des Kupferſtiches von Aegidius Sadeler.
„ 131: Krönungszug des Kaiſers Matthias zu Frankfurt a. M. 1612. Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.
„ 140: Friedrich V. von Böhmen und ſeine Gemahlin Eliſabeth. Facſimiles der Kupferſtiche von Willem Jacobzen Delff; Originalgemälde von Michiel Janszoon van Mierevelt.
„ 149: Salbung Ludwigs XIII. von Frankreich. Facſimile des Kupferſtiches von Thomas de Leu; Originalgemälde von François Quesnel.
„ 171: Anſicht von Prag. Facſimile eines Theiles der Radirung von Wenzel Hollar.
„ 188: Kaiſer Matthias und ſeine Gemahlin Anna. Facſimile des Kupferſtiches von Peter Iſſelburg; Originalzeichnung von G. Wyer.
„ 201: Aus den Feſtlichkeiten bei der Krönung Kaiſer Ferdinands II. zu Frankfurt a./M. 1619. Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.
„ 205: Krönung Kurfürſt Friedrichs V. von der Pfalz zum Könige von Böhmen im Dom zu Prag. Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.
„ 250: Anſicht von Heidelberg im Jahre 1622 während der Belagerung durch Tilly. Facſimile der Radirung von Matthaeus Merian im „Theatrum Europaeum", 1637.
„ 308: Belagerung von La Rochelle im Jahre 1628. (Joh. Valdor, Ludovici justi XIII. triumphalia monumenta. Paris 1649.)
„ 377: Schlacht bei Leipzig; 1631. Facſimile eines gleichzeitigen Kupferſtiches.
„ 400: König Guſtav Adolf von Schweden empfängt, 1632, in Augsburg die Huldigung der Stadt. Facſimile des Kupferſtiches von Jacob Cuſtos.
„ 417: Guſtav Adolfs Sturm auf Wallenſteins Lager bei Nürnberg; 1632. Facſimile der Radirung von Wenzel Hollar.
„ 426: Leichenzug Guſtav Adolfs von Schweden in Wolgaſt, 1633. Facſimile eines gleichzeitigen anonymen Kupferſtiches.

Seite 487: Ermordung Wallensteins. Facsimile des Kupferstiches von Matthaeus Merian d. Ä.

„ 552: Eine Sitzung des Regensburger Reichstages vom Jahre 1640. Facsimile des Kupferstiches im „Theatrum Europaeum" IV. Theil, zweiter Druck von 1648.

Dazu Erläuterungsblatt.

„ 562: König Christian IV. von Dänemark. Facsimile des Kupferstiches von Hendrik Hondius.

„ 594: Friedensschluß zwischen Spanien und den Niederlanden zu Münster in Westfalen. Facsimile des Kupferstiches von Jonas Suijderhoef nach dem in der National-Gallerie zu London befindlichen Gemälde von Gerard Terburg.

„ 594: Verkündigung des Friedensschlusses zwischen Spanien und den Niederlanden vor dem Stadthaus in Antwerpen am 5. Juni 1648. Facsimile der Radirung von Wenzel Hollar.

„ 632: Hexensabbath auf dem Blocksberg. Facsimile des Kupferstiches von Michael Herr.

„ 632: Allegorie auf den Friedensschluß vom Jahre 1648. Nach dem Gemälde von Paul Rembrandt Harmensz van Rijn. (Rotterdam, Museum.)

„ 643: Act der Heiraths-Vereinbarung zwischen König Wladislaus IV. von Polen, vertreten durch seinen Gesandten, und der Fürstin Louise Marie Gonzaga in Fontainebleau, 25. September 1645. Facsimile des Kupferstiches von Abraham Bosse.

Beilagen.

„ 28: Das große Siegel Kaiser Maximilians II. (Nach dem Abdruck im Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin gezeichnet von A. Lütke.)

Dazu Erläuterungsblatt.

„ 94: Facsimile einer Seite aus der ältesten erhaltenen politischen Zeitung Deutschlands vom Jahre 1609. (Relation: Aller Fürnemen vnd gedenckwürdigen Historien / so sich hin vnnd wider in Hoch vnnd Nieder Teutschland / auch in Frenckreich / Italien / Schott vnd Engelland / Hispanien / Hungern / Polen / Siebenbürgen / Wallachey / Moldow / Türckey / ꝛc Inn diesem 1609. Jahr verlauffen vnd zutragen möchte. Alles auff das trewlichst wie ich solche bekommen vnd zu wegen bringen mag / in Truck verfertigen will.)

„ 217: Facsimile eines Flugblattes gegen den Calvinismus; aus der Zeit nach 1621.

„ 225: Facsimile eines Flugblattes vom Jahre 1621 auf den Sturz des Winterkönigs.

„ 229: Facsimile eines die Execution in Prag schildernden Flugblattes vom Jahre 1621.

„ 236: Facsimile eines gleichzeitigen Spottblattes auf die Versuche des Winterkönigs, in seine verlorene Herrschaft zurückzukehren.

„ 290: Facsimile einer kaiserlichen Verpflegungsordonnanz; vom 1. Januar 1639.

„ 296: Facsimile eines Briefes von Christian IV. von Dänemark an seine Schwester Elisabeth, Gemahlin des Herzogs Heinrich Julius von Braunschweig. Datirt Nyenburch (Nyborg auf Fünen), den 19. September 1625. (Nach dem in der Sammlung der Verlagsbuchhandlung befindlichen Original.)

„ 339: Facsimile eines Flugblattes auf Gustav Adolfs Landung in Deutschland; 1631.

„ 350: Facsimile eines Flugblattes vom Jahre 1630 auf Gustav Adolfs Eintreten für den Protestantismus.

„ 359: Facsimile einer Ordonnanz Gustav Adolfs von Schweden betreffs des Verhaltens seiner Truppen und ihrer Verpflegung; vom Jahre 1632.

„ 368: Magdeburg von Tilly belagert, 1631. Facsimile des Kupferstiches von Matthaeus Merian.

Digitized by Google

Seite 380: Facſimile eines Flugblattes auf Tillys Niederlage bei Leipzig-Breitenfeld.
„ 394: Anſicht von Mainz im Jahre 1633. Facſimile des Kupferſtiches von Matthaeus Merian im „Theatrum Europaeum“, 1637.
„ 396: Facſimile eines Flugblattes vom Jahre 1632 auf die Triumphe Guſtav Adolfs von Schweden.
„ 421: Schlacht bei Lützen. Facſimile des Kupferſtiches von Matthaeus Merian. (Ebd.) Dazu Erläuterungsblatt.
„ 448: Facſimile des Hexen-Mandats von Philipp Adolf, Biſchof von Würzburg, vom 10. Juni 1627.
„ 493: Belagerung von Regensburg im Jahre 1634. Facſimile des Kupferſtiches von Matthaeus Merian.
„ 528: Facſimile eines Mandats von Kaiſer Ferdinand II., in welchem den Nichtkatholiken Augsburgs unterſagt wird, außerhalb der Stadt abgehaltenen Gottesdienſt zu beſuchen; Wien, 18. Februar 1630.
„ 576: Facſimile eines den Frieden verlangenden Flugblattes vom Jahre 1645.
„ 591: Facſimile eines Flugblattes auf den Friedensſchluß von 1648.
„ 613: Facſimile eines Flugblattes, um 1635, auf die Soldateſca des dreißigjährigen Krieges.
„ 618: Facſimile eines die Noth der Bauern darſtellenden Flugblattes, etwa aus der Mitte der Kriegszeit. Kupferſtich von Jakob van der Heyden.

Karte.

„ 22: Karte der Habsburgiſchen Erbländer zu Anfang des 17. Jahrhunderts. (Entworfen und ausgeführt in C. Opitz' kartographiſcher Anſtalt in Leipzig.)

Inhalts-Verzeichniß.

Erstes Buch.

Gänzlicher Zerfall der Reichsverfassung. Organisation entgegengesetzter Parteien. Union und Liga.

Seite

Rückblick und Ausblick 3

Geschichtliche Entwickelung des Protestantismus S. 5. — Wiedererstarkung des Katholicismus S. 7. — Die deutsche Reichsverfassung S. 9. — Die spanische Weltmacht unter Philipp II. S. 11. — Dualismus zwischen Spanien und Frankreich S. 13. — Kaiser Rudolf II. S. 15. — Die Krankheit des Kaisers S. 19.

Die Umwälzung in den Erblanden des Kaisers und der Zwist im Kaiserhause 20

Die Protestanten in den kaiserlichen Erblanden S. 21. — Maximilians II. Verhalten in den Erblanden S. 23. — Die Lage in den Erblanden beim Regierungsantritt Rudolfs S. 25. — Klesel als Wiederhersteller des Katholicismus in Oesterreich S. 27. — Beginn einer protestantischen Opposition S. 29. — Die Zustände am Hofe Rudolfs II. S. 31. — Ausbruch des Aufruhrs in Ungarn S. 33. — Bocskay Fürst von Siebenbürgen S. 35. — Das Vorgehen der Erzherzöge gegen Rudolf S. 37. — Friede mit den Ungarn und Türken S. 39. — Der Preßburger Reichstag von 1608 S. 41. — Offener Conflict zwischen Matthias und Rudolf S. 43. — Einmarsch Matthias' in Böhmen S. 45. — Die Liebener Verträge. Matthias, König von Ungarn S. 47.

Unruhen in Böhmen. Der Majestätsbrief 49

Eröffnung des böhmischen Landtages von 1609 S. 51. — Conflict Rudolfs mit den böhmischen Ständen S. 53. — Verleihung des Majestätsbriefes S. 55.

Union und Liga 57

Protestantische Unionsbestrebungen vor 1608 S. 59. — Beziehungen der deutschen Protestanten zu Heinrich IV. von Frankreich S. 61. — Landgraf Moritz von Hessen in Paris 1602 S. 63. — Fürst Christian von Anhalt als Führer der Unionsbestrebungen S. 65. — Sonderbündnisse der Lutheraner und Calvinisten S. 67. — Gründung der Union in Ahausen S. 69. — Die Verfassung der protestantischen Union S. 71. — Verhandlungen über ein katholisches Bündniß S. 73. — Gründung und Organisation der Liga S. 75. — Verhandlungen der Liga mit Spanien und Papst Paul V. S. 77. — Verhältniß der Liga zu dem Hause Habsburg S. 79.

Seite

Der Jülich-Clevische Erbfolgestreit 80

Die rechtliche Streitfrage über die Erbansprüche S. 83. — Die verschiedenen Prätendenten S. 85. — Verhalten Kaiser Rudolfs in der Erbfolgefrage S. 89. — Lage beim Tode des letzten Herzogs von Jülich-Cleve-Berg S. 91. — Umfassende Pläne des Erzherzogs Leopold S. 93. — Leopolds Gesandter Tennagel in Frankreich und Spanien S. 95. — Eingreifen Heinrichs IV. in den Erbfolgestreit S. 97. — Ermordung Heinrichs IV. von Frankreich S. 99.

Uebergang der Herrschaft auf Matthias 101

Differenzen zwischen Matthias und den österreichischen Ständen S. 103. — Der Prager Fürstenconvent von 1610 S. 105. — Erneute Aussöhnung zwischen Rudolf und Matthias S. 107. — Die Rüstungen in Passau S. 109. — Herzog Heinrich Julius von Braunschweig in Passau S. 111. — Einmarsch der Passauer Truppen in Oesterreich und Böhmen S. 113. — Eroberung der Kleinseite von Prag durch die Passauer S. 115. — Matthias' Einmarsch in Böhmen S. 115. — Krönung Matthias' zum böhmischen Könige S. 121. — Ausgleich zwischen Rudolf und Matthias S. 123. — Der Kurfürstentag zu Nürnberg S. 125. — Rudolfs Tod. Die Successionsfrage S. 129. — Die Wahl Matthias' zum Kaiser S. 131.

Union und Liga und der Reichstag von 1613 133

Charakter der Kleselschen Vermittelungspolitik S. 137. — Unionstag zu Rothenburg. Ligatag zu Frankfurt a. M. S. 141. — Der Reichstag zu Regensburg S. 143. — Verhandlungen Erzherzog Maximilians mit den Protestanten S. 145. — Scheitern der Verhandlungen S. 147.

Vergebliche Vermittelungsversuche. Die Compositions- und Successionsfrage 148

Union und Liga nach dem Reichstage von 1613 S. 149. — Die Jülicher Erbfolgefrage im Jahre 1614 S. 151. — Kleſels Vermittelungspolitik S. 155. — Compositions- und Successionsfrage S. 157. — Spannung zwischen Klesel und den Erzherzögen. Ferdinand böhmischer König S. 159.

Zweites Buch.

Der dreißigjährige Krieg.

Erste Periode.

Der böhmisch-pfälzische Krieg.

(1618—1623.)

Zustände im Reiche 165

Der Ursprung des böhmischen Aufstandes 167

Die Braunau-Klostergraber Frage S. 169. — Kirchliche und politische Reaction in Böhmen S. 171. — Der Prager Protestantentag. März und Mai 1618 S. 173 — Der Prager Fenstersturz S. 175.

Die Organisation des Aufstandes. Kleſels Sturz und der Tod des Kaisers Matthias 176

Haltung der habsburgischen Erbländer S. 177. — Kleſels Sturz S. 179. — Mansfelds Eintritt in das böhmische Heer S. 183. — Diplomatische Verhandlungen im Winter 1618/19 S. 187.

Die Wahl Ferdinands zum deutschen Kaiser 189

Charakteristik Ferdinands II. S. 191. — Thurn vor Wien. Juni 1619 S. 193 — Eröffnung des Kurfürstentages zu Frankfurt S. 195. Die Wahl Ferdinands S. 201.

Seite

Das Winterkönigthum Friedrichs V. von der Pfalz 202
Die böhmische Königswahl S. 203. — Annahme der Wahl durch Friedrich V. S. 205. — Thurn zum zweiten Male vor Wien S. 207. — Bündnisse des Kaisers gegen den Böhmenkönig S. 211. — Die Haltung der Union S. 215. — Verzweifelte Lage des Königs von Böhmen S. 217. — Einmarsch Maximilians von Bayern in Oesterreich S. 219. — Vordringen des kaiserlich-ligistischen Heeres in Böhmen S. 221. — Die Schlacht am Weißen Berge S. 225.

Die Reaction in den kaiserlichen Erblanden 226
Haltung des Böhmenkönigs nach seiner Niederlage S. 227. — Hinrichtung der Führer des Aufstandes S. 229. — Güterconfiscationen. Maßregeln gegen den Protestantismus S. 231. — Unterwerfung der übrigen Erbländer S. 233.

Der Kampf um die pfälzische Kur. 235
Auflösung der Union. Mansfeld in der Oberpfalz S. 237. — Mansfeld in der Unterpfalz S. 241. — Krieg mit Bethlen Gabor S. 241. — Der Nikolsburger Friede. Der „tolle" Christian von Braunschweig S. 243. — Schlachten bei Wiesloch und Wimpfen 1622 S. 247. — Niederlage Christians von Braunschweig bei Höchst S. 249.

Der Deputationstag zu Regensburg 251
Die Uebertragung der Kur auf Maximilian S. 255.

Zweite Periode.

Der niederdeutsch-dänische Krieg. Wallensteins erstes Generalat.

(1623—1630.)

Wandlungen der allgemeinen Weltlage in den Jahren 1623 bis 1625 263
Die Haltung des niedersächsischen Kreises S. 265. — Universale Stellung des Hauses Habsburg S. 267. — Der Veltliner Handel. Politische Haltung Frankreichs S. 269. — Vertrag zwischen England, Holland und Dänemark S. 275.

Emporkommen Wallensteins 276
Charakteristik Wallensteins S. 277. — Jugendgeschichte Wallensteins S. 279. — Wallensteins Eintritt ins Generalat S. 281. — Politische und militärische Vollmachten Wallensteins S. 285.

Die Feldzüge von 1626 und 1627. Wallenstein und Tilly gegen Christian IV. und Mansfeld 286
Die Lage im niedersächsischen Kreise im Jahre 1625 S. 287. — Einmarsch Wallensteins in die Stifter Halberstadt und Magdeburg S. 289. — Vergebliche Friedensverhandlungen S. 291. — Gefecht an der Dessauer Brücke. April 1626 S. 293. — Mansfelds Marsch nach Mähren und Ungarn S. 295. — Mansfelds Tod. Die Conferenz in Bruck an der Leitha S. 297. — Beginn des Conflikts zwischen Wallenstein und der Liga S. 299. — Ligatag in Würzburg. Der Feldzug in Schlesien, 1627 S. 201. — Der Kurfürsten-Convent zu Mühlhausen S. 305.

Wallenstein auf dem Höhepunkte seiner Macht. Der Friede mit Dänemark 306
Allgemeine europäische Ursachen der Niederlage Christians IV. S. 307. — Wallenstein Herzog von Mecklenburg S. 309. — Imperialistische Entwürfe Wallensteins S. 311. — Belagerung Stralsunds; 1628 S. 313.

Seite

Das Restitutionsedict und die Absetzung Wallensteins 317

Gründe des Zwiespalts zwischen Wallenstein und der Liga S. 319. — Stellung des Kaisers zwischen Wallenstein und der Liga S. 321. — Das Restitutionsedict und seine Folgen S. 323. — Der Ligatag zu Heidelberg; 1629 S. 325. — Der mantuanische Erbfolgekrieg und die europäische Politik S. 331. — Der Kurfürstentag zu Regensburg S. 333. — Absetzung Wallensteins S. 335.

Dritte Periode.

Gustav Adolf und Wallenstein.

Der Prager Friede.

(1630—1635.)

Die Landung Gustav Adolfs in Pommern 339

Verhältniß zwischen Schweden und dem Kaiser S. 341. — Gustav Adolf als König von Schweden S. 345. — Gustav Adolfs Kriege mit Dänemark, Rußland und Polen S. 347. — Beweggründe Gustav Adolfs zum Eingreifen in den deutschen Krieg S. 349. — Landung und erste Erfolge Gustav Adolfs S. 351.

Der Leipziger Convent und die Zerstörung Magdeburgs 353

Ablehnende Haltung der deutschen evangelischen Fürsten S. 355. — Ohnmächtige Stellung der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg S. 357. — Tumultuarische Bewegung in Magdeburg S. 359. — Bündniß zwischen Frankreich und Schweden; Januar 1631 S. 361. — Eroberung von Frankfurt a./O. und Landsberg S. 363. — Der Leipziger Convent. Belagerung Magdeburgs S. 365.

Bündniß mit Brandenburg und Sachsen. Die Schlacht bei Breitenfeld 369

Die Lage Gustav Adolfs nach dem Falle Magdeburgs S. 371. — Erneute Verhandlungen Gustav Adolfs mit Brandenburg S. 373. — Abschluß des Bündnisses mit den Kurfürsten S. 375. — Die Schlacht bei Breitenfeld S. 377.

Triumphzug Gustav Adolfs nach Mainz. Pläne und Entwürfe im Mainzer Winterquartier 381

Verhandlungen Wallensteins mit Gustav Adolf S. 383. — Conferenz zu Holle. September 1631 S. 387. — Der Zug durch die „Pfaffengasse" S. 391. — Winterquartiere in Mainz. Verhandlungen mit der Liga S. 395. — Gustav Adolfs Siege in Bayern. Tillys Tod S. 399. — Einzug Gustav Adolfs in Augsburg und München S. 401.

Der Wiedereintritt Wallensteins in das Generalat 402

Arnims Einmarsch in Böhmen S. 403. — Wallenstein und Arnim S. 405. — Verhandlungen in Kaunitz und Znaim S. 409. — Die Bedingungen des Wiedereintritts Wallensteins S. 411.

Gustav Adolf und Wallenstein 414

Schwankende Haltung des Kurfürsten von Sachsen S. 415. — Gustav Adolf und Wallenstein vor Nürnberg S. 417. — Vergeblicher Sturm der Schweden gegen Wallensteins Lager S. 419. — Schlacht bei Lützen S. 421.

Der Heilbronner Bund und der Feldzug in Süddeutschland 1633 . 425

Allgemeine Lage nach Gustav Adolfs Tode S. 427. — Abschluß des Heilbronner Bundes S. 433. — Die militärische Lage in Süddeutschland S. 437.

Seite

Die Katastrophe Wallensteins 439

Wallenstein in seinem Heerlager S. 441. — Die Verhandlungen in Leitmeritz; März 1633 S. 443. — Wallensteins Verhandlungen mit Schweden und Sachsen S. 447. — Unterhandlungen in Heidersdorf; Juni S. 449. — Oxenstiernas Antwort. Abbruch der Verhandlungen S. 451. — Spannung zwischen Wallenstein und Maximilian von Bayern S. 453. — Die Wallenstein feindliche Partei am Wiener Hofe S. 455. — Erneuerung der Verhandlungen mit Arnim; August S. 457. — Zusammenkunft Arnims und Oxenstiernas in Gelnhausen S. 459. — Wallensteins Sieg bei Steinau; October S. 463. — Zunehmende Spannung zwischen dem Kaiser und Wallenstein S. 465. — Bedeutung des Falles von Regensburg für Wallenstein S. 467. — Gegensatz Wallensteins zur spanischen Politik S. 469. — Wiederaufnahme der Verhandlungen Wallensteins mit Sachsen; 1633 S. 473. — Wallensteins Vorschläge an Sachsen S. 475. — Der Pilsener Revers; 12. Januar 1634 S. 477. — Berathungen in Dresden; 27. Januar S. 479. — Arnim in Dresden und Berlin; Januar bis Februar 1634 S. 481. — Entscheidende Beschlüsse am Wiener Hofe S. 483. — Absetzung Wallensteins. Verbindungsversuch mit Bernhard von Weimar S. 485. — Ermordung Wallensteins in Eger S. 487. — Die weltgeschichtliche Bedeutung Wallensteins S. 489.

Der Prager Friede 490

Die allgemeine Lage nach Wallensteins Tode S. 491. — Kriegerische Erfolge der Kaiserlichen S. 493. — Die Schlacht bei Nördlingen und ihre Folgen S. 497. — Der Prager Friede S. 499.

Vierte Periode.

Offenes Eingreifen Frankreichs in den deutschen Krieg. Richelieu und Bernhard von Weimar.

(1635—1639.)

Die europäische Lage im Jahre 1635. Richelieus auswärtige Politik 501

Richelieu und der Heilbronner Bund S. 509. Offenes Eingreifen Frankreichs in den Krieg S. 515.

Die Feldzüge von 1635 und 1636. Tod Kaiser Ferdinands II. . . 516

Erneuerung des Waffenstillstandes zwischen Schweden und Polen S. 517. — Bernhards Vormarsch an den Rhein und Rückzug nach Lothringen 1635 S. 519. — Bernhards Soldvertrag mit Frankreich S. 521. — Der Feldzug auf dem westlichen Kriegsschauplatze 1636 S. 523. — Brutaler Charakter der Kriegführung S. 525.

Bernhards von Weimar Siege und Ausgang 529

Feldzug von 1637. Schwedisch-französische Allianz von 1638 S. 535. — Belagerung und Eroberung Breisachs durch Bernhard S. 537. — Bernhards von Weimar Ausgang S. 543.

Fünfte Periode.

Ausgang des Krieges und Beginn der Friedensverhandlungen.

(1640—1648.)

Die Veränderungen der europäischen Lage und der Regensburger Reichstag von 1640 547

Das Erbe Bernhards von Weimar S. 549. — Berufung eines Reichstages nach Regensburg S. 553. — Hippolytus a Lapide. Banér vor Regensburg S. 555.

Seite

Banérs Ausgang und Torſtenſons Siege. Der däniſch-ſchwediſche Krieg 557

Der Frankfurter Deputationstag von 1643 S. 561. — Torſtenſons Siege über Dänemark und den Kaiſer S. 563.

Die letzten Kämpfe und der Beginn der Friedensverhandlungen 569

Drittes Buch.

Der weſtfäliſche Friede und die Folgen des Krieges.

Der Abſchluß des Friedens 579

Die Parteigruppirung auf dem Friedenscongreß S. 581. — Die Geſandten der verſchiedenen Mächte S. 585. — Die ſchwediſchen und franzöſiſchen Friedensvorſchläge S. 587. — Die pommerſche Frage. Abſchluß des Friedens S. 591.

Die Einzelbeſtimmungen des Friedens 592

Gebietsabtretungen an Schweden und Frankreich S. 593. — Die entſcheidenden kirchlichen Fragen S. 595. — Das Normaljahr 1624 für den Beſitz geiſtlicher Güter S. 597. — Gleichberechtigung der Confeſſionen. Die geiſtlichen Stifter S. 599. — Parität im Reichskammergericht, Souveränität der Territorien S. 601. — Die Reichsverfaſſung nach den Beſtimmungen des Friedens S. 603.

Die deutſche Cultur unter der Einwirkung der Kriegsnoth . . . 605

Charakter der Heere im dreißigjährigen Kriege S. 607. — Werbung, Beſoldung und Zuſammenſetzung des Heeres S. 611. — Kriegsleiden der Bevölkerung. Sinken der Einwohnerzahl S. 613. — Kriegsleiden in der Pfalz, Württemberg, Sachſen, Thüringen u. ſ. w. S. 617. — Die Wirkungen des Krieges auf den Ackerbau S. 619. — Handel und Induſtrie. Moraliſche Folgen des Krieges S. 621. — Zunehmender Einfluß des Fremdländiſchen auf Sitte und Tracht S. 625. — Nachahmung des franzöſiſchen Abſolutismus in Deutſchland S. 629. — Verfall der Künſte. Baukunſt, Plaſtik und Malerei S. 631. — Kunſthandwerk. Nationale Litteratur S. 633. — Kirche und Schulweſen S. 635.

Ausblick 637

Die Friedensexecution. Schweden und Brandenburg S. 639. — Charakter des habsburgiſchen Kaiſerthums S. 641.

Hiſtoriographiſche Note 647

Verzeichniß der Illuſtrationen 656

Vollendung des Satzes am 19. December 1893.

89095277729

b89095277729a

Date Loaned			
19 No'59			

Demco 292-5